WIDENER LIBRARY
HX 17WV Z

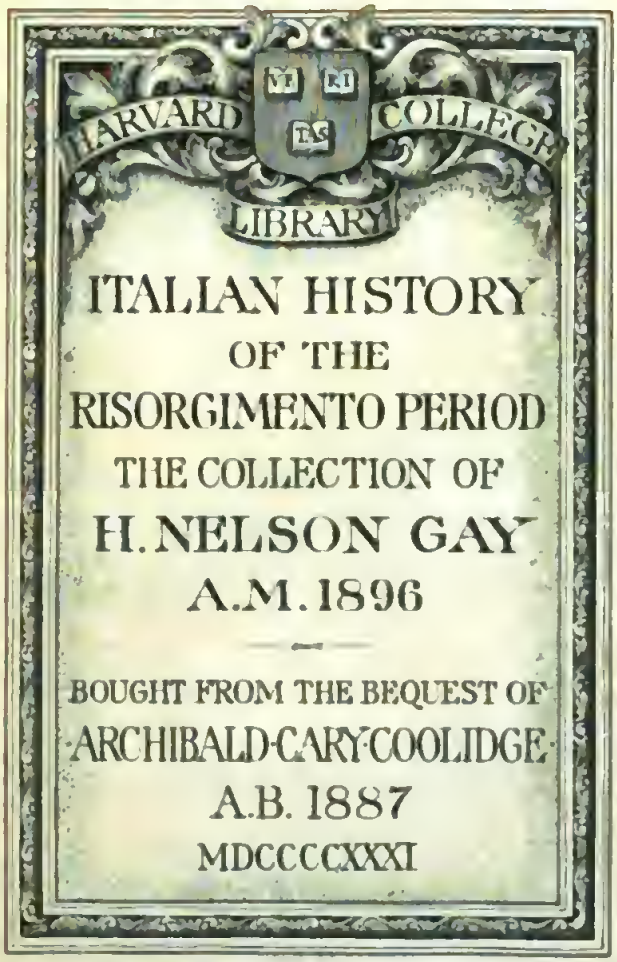
Die

Deutsche Dichtung

Von

Wolfgang Menzel

2240.8.1


HARVARD COLLEGE
LIBRARY
ITALIAN HISTORY
OF THE
RISORGIMENTO PERIOD
THE COLLECTION OF
H. NELSON GAY
A.M. 1896
BOUGHT FROM THE BEQUEST OF
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
A.B. 1887
MDCCCCXXXI

Italy 18

Der

Deutſche Krieg

im Jahr 1866,

in ſeinen Urſachen, ſeinem Verlauf und ſeinen nächſten Folgen.

Dargeſtellt

von

Wolfgang Menzel.

In zwei Bänden.

Erſter Band.

Das Recht der Ueberſetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.

Stuttgart.
Verlag von Adolph Krabbe.
1867.

Digitized by Google

Ger 22498.1

HARVARD COLLEGE LIBRARY
H. NELSON GAY
RISORGIMENTO COLLECTION
COOLIDGE FUND
1931

Schnellpressendruck von Aug. Wörner, vorm. J. G. Sprandel, in Stuttgart.

Digitized by Google

Vorwort.

Die einfache Art, wie die Patrioten von 1813 die deutſche Frage angeſehen haben, ſcheint mir heute noch die richtigſte zu ſeyn, ſo daß man gewiß nicht nöthig gehabt hätte, die Frage zu verdrehen und zu verkünſteln. Es gibt nur ein Deutſchland und die Parteiung, die ſich um ein Groß- und Kleindeutſchland riß, war unnatürlich. Eben ſo wenig ſoll man mäkeln, ob man durch die Freiheit zur Einheit, oder durch die Einheit zur Freiheit gelangen will? Zuſammenhalten nach außen iſt die Hauptſache. Wie kann man denn die Fragen der innern Politik entſcheiden, wenn man nicht Herr im eignen Hauſe iſt, wenn man nicht ſtark genug geworden iſt, jeden fremden Angriff zurückzuſchlagen, jeden fremden Einfluß ſich verbitten zu können, jede fremde Intrigue mit herkuliſchem Inſtinct ſchon in der Wiege zu erwürgen!

So einfach und natürlich ſah man im Jahr 1813 die große deutſche Frage an. Die ganze deutſche Nation ſollte zuſammenſtehen, um das Joch der Fremdherrſchaft zu zerbrechen und um nie mehr ein zweites, ſo wenig als im Innern noch ferner Verräther des großen Vaterlandes zu dulden. Das war der Geiſt von 1813! Der Verfaſſer des vorliegenden Werkes erlebte zu Anfang des Jahrhunderts die ganze Schmach, die über Deutſchland gekommen war. Nach der Schlacht bei Jena wurde

ſeine ſchleſiſche Vaterſtadt von den Rheinbundtruppen geplündert. Namenloſes Elend kam ſieben Jahre lang über das Land. Die ungeheuern Opfer, die Napoleon forderte, erſchöpften es bis zur bitterſten Armuth. Viele tauſend einſt wohlhabende Familien, auch die des Verfaſſers, verloren ihr ganzes Vermögen. Von dem tiefen Schmerze, von der furchtbaren Erbitterung des preußiſchen Volks in jenen ſieben Unglücksjahren hat das heutige, wieder üppig gewordene Geſchlecht freilich keinen Begriff. Mitten im Elend aber war ein Geiſt im Volk erwacht, rein patriotiſch, edel und ritterlich. Bis in die Knabenwelt hinein ging die Begeiſterung durch alle Herzen. Die Bildniſſe Blüchers und Schills, des Braunſchweiger Herzogs und Andreas Hofers konnte man überall, ſelbſt in den ländlichen Hütten ſehen.

Im Frühjahr 1813 kam der König von Preußen nach Breslau und hier war der Mittelpunkt der großen Rüſtungen der Mittelpunkt aller Begeiſterungen und all des Jubels, in den das ſo lange mißhandelte Volk ausbrach, als man endlich Eiſen faßte, um, ein Volk in Waffen, den böſen Feind für immer vom deutſchen Boden zu vertreiben. Der Verfaſſer hat dieſe herrliche Zeit mit erlebt und als es ihm ſein Alter erlaubte, noch im Jahr 1815, erſt ſiebzehn Jahre alt, die Waffen gegen Napoleon ergriffen. Als der Krieg damals ſchnell zu Ende ging, blieb der Verfaſſer dem Geiſte der großen Befreiungskriege treu, als eifriger Turner und Mitbegründer der allgemeinen deutſchen Burſchenſchaft am 18. October 1818 in Jena. Der Kampf der ſ. g. chriſtlich deutſchen Burſchenſchaft gegen die lüderlichen Landsmannſchaften war ganz der nämliche, den heute die Freunde deutſcher Einheit mit dem Particularismus zu beſtehen haben. Der Verfaſſer kam an den Rhein, wurde mit Arndt und Görres, wie früher ſchon mit Jahn befreundet und lebte mit dem unvergeßlichen Görres ein Jahr lang in der Schweiz zuſammen.

Die damalige preußiſche Regierung fügte ſich leider der Politik der Karlsbader Beſchlüſſe, verbot das Turnen und die Burſchenſchaft, maßregelte die Patrioten im offenen Widerſpruch mit den Grundſätzen von 1813 und begünſtigte auf den Univerſitäten Tendenzen, die ausdrücklich darauf berechnet ſchienen, der preußiſchen Jugend die chriſtlich deutſche Begeiſterung ſyſtematiſch aus den Herzen zu reißen. Deßhalb verließ der Verfaſſer ſeine preußiſche Heimath und ſuchte ein Aſyl in der Schweiz, ſpäter in Schwaben. Hier iſt er in einem nun faſt fünfzigjährigen Wirken als Publiciſt und Geſchichtſchreiber dem einfachen und natürlichen Grundgedanken des Patriotismus von 1813 treu geblieben und hat ihn in Zeiten verfochten, wo es faſt niemand anders mehr gethan hat. Denn in einer erſchreckenden Weiſe ſank der Geiſt in Deutſchland ſeit dem Wiener Congreß tiefer und immer tiefer herunter und, als die neue Generation heranwuchs, war die große Zeit von 1813 ſchon vergeſſen. Das Metternich'ſche Polizeiſyſtem und die ruſſiſche Vormundſchaft wachten in höchſter Inſtanz, daß der nationale Geiſt in Deutſchland nie wieder erwache, und die Kleinſtaaterei und Philiſterei arbeiteten eifrig für denſelben Zweck. Bedurfte die jüngere Generation noch des Geiſtes, ſo ſchickte man ſie in die Hegel'ſchen Hörſäle und machte ſie mit der hoffärtigen Selbſtvergötterungslehre trunken. Fanden ſich noch männliche Charaktere, um einem politiſchen Ziele zuzuſtreben, ſo tappten ſie doch nur in die Fußſtapfen des franzöſiſchen Liberalismus hinein und vergaßen über der abſtrakten Freiheit den nationalen Gedanken ſo gänzlich, daß ſie mit den Feinden unſeres Vaterlandes ſympathiſirten, wenn es nur liberale oder radikale Parteien waren. Daher die Unmöglichkeit, daß die nationalen Hoffnungen im Jahr 1848 hätten erfüllt werden können. Die Liberalen trachteten mehr nach Freiheitsbürgſchaften im Innern, als nach nationalem Zuſammenhalten und Schutz der Grenzen nach außen und wurden überdieß

durch den Abfall der Demokraten geſchwächt. Daher ihr Fiasko und die Wiederherſtellung des alten Bundestags mit ſeiner ganzen Miſere.

Einundfünfzig Jahre lang hat der deutſche Bund beſtanden, dieſe Metternich'ſche Schöpfung, die keinen andern Zweck hatte, als den Geiſt von 1813 zu erſticken. Was Thiers unlängſt in einer Rede ausſprach, die wichtigſte Aufgabe Europa's ſey, die Einheit der Deutſchen zu verhindern, das hat Metternich ſchon auf dem Wiener Congreß zur unveränderlichen Praxis des öſterreichiſchen Kabinets gemacht. Preußen wurde gehindert, ferner den deutſchen Einheitsbeſtrebungen Vorſchub zu leiſten. Indeſſen blieb Preußen doch verhältnißmäßig ſtark und erſetzte durch muſterhafte Verwaltung, was ihm an Länderbeſitz fehlte. Es war daher erlaubt, in der langen Zeit, in welcher die deutſche Nation ſelbſt den Geiſt von 1813 verleugnete, das relative Heil für Deutſchland wenigſtens noch in einem Bündniß Oeſterreichs mit Preußen zu ſuchen. Aber Oeſterreich hat durch ein ſtets feindſeliges Benehmen gegen Preußen die dauernde Befeſtigung eines ſolchen Bündniſſes unmöglich gemacht und Preußen endlich zur Nothwehr gezwungen.

In dieſer Nothwehr aber hat Preußen einen Geiſt entfaltet, der dem von 1813 wie ein Kind dem Vater ähnlich ſieht. Ja, dieſer Geiſt, den der Wiener Congreß begraben zu haben wähnte, er lebt wieder. Der einfache und natürliche Patriotismus von 1813 iſt wieder an die Tagesordnung gekommen und auch das Volk in Waffen und die ruhmreichen Helden von 1813, ſie ſtehen alle wieder lebendig da, vom Feldherrn bis zum letzten Landwehrmann. Es ſind immer noch die Alten, die Ewigjungen.

Sollte ich, ein Greis, der ich das Jahr 1813 erlebte, mich nicht freuen, ſie wieder zu begrüßen?

Wenn die großen Hoffnungen der deutſchen Nation in Erfüllung gehen, ſo verdankt ſie es allein dem kriegeriſchen Geiſt

des Volks in Waffen, dem Blut und Eisen, nicht dem Geschwätz liberaler Kammern, nicht den Toasten der Classen-Kappelmänner, nicht der Judenpresse. Ahnungsvoll sang der zu frühe verstorbene Graf Strachwitz, als der deutsche Geist am tiefsten gesunken war, es werden bessere Tage wiederkommen:

Es wird eine Zeit der Helden seyn,
Nicht mehr der Schreier und Schreiber.

Der Krieg hat die Basis der Verträge von 1815 umgeworfen. Dieser Alp drückt Deutschland nicht mehr. Die deutsche Nation kann wieder frei athmen, aber ihre Stämme sind noch getheilt. Es gibt noch Deutsche, die von der Gemüthlichkeit der Kleinstaaterei wie Kinder eingewickelt und gewiegt seyn wollen, die noch ihre deutschen Stammesbrüder ungerecht verachten oder hassen und dagegen jeder fremden Mode nachlaufen, lächerlichen Respect vor allem Fremden zur Schau tragen, im Ausland ihre deutsche Geburt verleugnen und sich vor den Fremden erniedrigen. — Der Uebel größtes ist der confessionelle Gegensatz. Weil die protestantische Regierung in Preußen die deutsche Bewegung zur Einheit leitet, hat man von katholischer Seite angefangen, dagegen blind und unverständig zu eifern. Preußen hat den katholischen Geist frei sich entwickeln lassen. Der gläubige Protestantismus hat den katholischen Geist überall gestärkt, der frivole Unglauben dagegen, der in Oesterreich mit dem Josephinismus und mit der Judenpresse, in Italien durch den Cavourismus und Mazzinismus aufgekommen ist, hat ihn auf das bedenklichste geschwächt. Sodann — welchem einsichtsvollen Katholiken könnte diese Wahrheit verborgen bleiben — die Einheit der Kirche war es, welche vor tausend Jahren die Einheit des weltlichen Reiches nach sich zog, es ermöglichte und bedingte. Der Particularismus und der Vaterlandsverrath, der die Fremden herbeirief, hat die Einheit unseres Reichs zerrissen, was auch die Zerreißung der Kirche nach sich

zog. Er hat an die Stelle der großen einigen Kirche kleine Staatskirchen, wie an die Stelle des großen einigen Reichs die kleinen fürſtlichen Souveränetäten geſetzt. Wird das Reich wieder einig, ſo wird damit der Weg gebahnt, auf dem wir allmählig auch wieder zur kirchlichen Einheit gelangen können. Die Weltgeſchichte hat einen großen Wellenſchlag und die Genoſſen der katholiſchen Kirche ſind am wenigſten berechtigt, den majeſtätiſchen Gang dieſer Weltgeſchichte kleinlich und ängſtlich aufzufaſſen.

Der Gang der Weltgeſchichte drängt uns Deutſche zur Einheit. Faſſen wir das Werk gemeinſam, entſchloſſen und freudig an, denn es öffnet uns eine große Zukunft. Der Deutſche wird wieder geehrt werden unter den Völkern und auch als Privatmann wird er eine erleichterte Exiſtenz finden. Was dabei herauskommt, wenn eine Nation nicht einig iſt, nicht feſt nach außen zuſammenhält, lehrt das Beiſpiel der durch eigene Schuld ſo unglücklichen Polen. Mit Recht wies Graf Bismarck in ſeiner Reichstagsrede am 18. März d. J. auf dieſes Beiſpiel hin, um den deutſchen Volksvertretern ans Herz zu legen, daß jede Nation untergehen muß, die nur der perſönlichen Freiheit nachjagt und nach außen zuſammenzuhalten verſäumt.

Das Bedürfniß einer Orientirung in der Geſchichte des letzten Jahres entſchuldigt wohl die beſchleunigte Herausgabe des vorliegenden Werkes. Bei der Schwierigkeit, ein ſo großes Material zu überwältigen und in die Geheimniſſe der Kabinete einzudringen, werden die geneigten Leſer auch wohl Nachſicht haben, wenn irgend ein Irrthum ſich eingeſchlichen haben ſollte, oder es unmöglich war, Aktenſtücke oder geheime Artikel zu kennen, ehe ſie veröffentlicht ſind.

Digitized by Google

Inhalt des ersten Bandes.

Seite

Vorwort. V

Erstes Buch. Das alte österreichische System und der Bundestag. . . 1

Deutschlands Hoffnungen von 1813 durch Oesterreich vereitelt S. 1. System des Fürsten Metternich 3. Schädliche Folgen davon für Oesterreich selbst 6. Scheinliberalismus in den Mittelstaaten 7. Mißlungener Versuch einer Einigung Deutschlands mit Ausschluß Oesterreichs 10. Olmütz 11. Dänische Intrigue und Londoner Protokoll 12. Der italienische Krieg 15. Corruption in Oesterreich 17. Bach und Bruck 19. Opposition in Ungarn 21. Oesterreich verspricht Reformen und beruft einen Reichsrath 22. Oesterreich bemüht sich um die Mittelstaaten. Frankfurter Fürstentag 26.

Zweites Buch. Oesterreichs innerer Verfall. 31

Grundfehler des österreichischen Systems S. 31. Panslavismus in Böhmen 33. Vernachlässigung des katholischen Staatsprincips 35. Judenwirthschaft 37. Judenpresse 39. Nutzlosigkeit des Schmerlingschen Liberalismus und Sistirung der Reichsverfassung 48. Mißstände im Heerwesen 51. Föderalistischer Versuch des Minister Belcredi 54. Czechischer Uebermuth 58. Kühne Forderungen der Ungarn 59.

Drittes Buch. Die Bedeutung Preußens für Deutschland. 62

Die lange Vernachlässigung Norddeutschlands S. 62. Das Verdienst Preußens um Norddeutschland 68. Preußens deutsche Politik in den Befreiungskriegen 71. Complott Oesterreichs mit den auswärtigen Mächten zur Unterdrückung der deutschen Einheitsbestrebungen und Zurücksetzung Preußens am Wiener Congreß 72. Der Abfall der preußischen Regierung von der deutschen Politik 74. Die liberale Opposition in Preußen 75. Die Feudalpartei 76. Wieder-

Seite

belebung des christlichen Bewußtseyns unter Friedrich Wilhelm IV. Mißlungene Pläne der Gothaer 81. Wiederaufnahme derselben durch den Nationalverein 83.

Viertes Buch. Die preußische Armeereorganisation 92

Die Armeefrage S. 92. König Wilhelm I. von Preußen 98. Die Fortschrittspartei 99. Das Ministerium Bismarck 104. Uebermuth im Abgeordnetenhause 108. Blinde Verkennung der deutschen Politik des Königs von Preußen und Zusammengehen des Berliner Abgeordnetenhauses mit den Feinden Preußens 115.

Fünftes Buch. Die Elbherzogthümer. 118

Uebermuth der Dänen gegen die Deutschen S. 118. Eiderdänische Politik. 121. Project des dänischen Einheitstaates 122. Thronerledigung in Dänemark. Christian IX. 123. Prinz Friedrich von Augustenburg als Prätendent und die Kieler Professoren 124. Einmischung des Nationalvereins 125. Bismarck und Rechberg einigen Preußen und Oesterreich in der dänischen Frage 126. Lächerliche Wuth der englischen Presse 127. Einmarsch der Bundestruppen in Holstein 129. Die Preußen und Oesterreicher in Schleswig 135. Erstürmung der Düppler Schanzen 140. Die Conferenz in London 142. Reise des Kaisers von Rußland 149. Eroberung der Insel Alsen 151. Der Wiener Friede 158. Die Februarforderungen Preußens 159.

Sechstes Buch. Das Treiben zum Kriege. 161

Das Abgeordnetenhaus in Berlin als Avantgarde Oesterreichs in der Bekämpfung Preußens S. 161. Graf Bismarck constatirt die unpatriotische Gesinnung der Mehrheit dieses Hauses 169. Classen-Kappelmanns Posse in Köln 172. Die augustenburgische Nebenregierung in den Elbherzogthümern 180. Vorwitziger Abgeordnetentag in Frankfurt 183. Ohnmächtige Demonstration des Nationalvereins 187. Oesterreichs Bemühungen um Frankreich 191. Die österreichische Regierung begünstigt den czechischen Uebermuth gegen die Deutschen 196. Preußens Bundesreformantrag 201. Der Plan Oesterreichs, für Venetien Schlesien zu nehmen 203.

Siebentes Buch. Diplomatie der Mittelstaaten. 215

Verblendung in Hannover S. 216. In Kurhessen 220. In Nassau 221. Concentration des Preußenhasses in Frankfurt a. M. 222. Politik des Herrn v. Beust in Sachsen 225. Des Herrn v. d. Pfordten in Bayern 226. Württemberg 227. Badens preußenfreundliche Sonderstellung 229. Verblendung der süddeutschen Presse 233. Bruch

Seite

des Gasteiner Vertrags durch Oesterreich 240. Kriegserklärung des Bundestags gegen Preußen 244.

Achtes Buch. Verhalten der auswärtigen Mächte. 249

Schwebe der französischen Politik zwischen Preußen und Oesterreich, England und Rußland S. 249. Große welthistorische Anschauungen Napoleons III. 255. Ein Blick in den Orient 256. Prinz Karl von Hohenzollern in Rumänien 257. Die übel verleumdete und doch großartige und humane Politik Napoleons III. in Bezug auf Mexiko 259. Kaiser Maximilian von Mexiko 264. Der Chauvinismus in Frankreich 269. Kaiser Alexander II. von Rußland 273. Aufhebung der russischen Leibeigenschaft 274. Die jüngste Revolution in Polen 275. Unterdrückung derselben 277. Bedrängnisse der Deutschen und Lutheraner in Livland 280. Fortsetzung der russischen Eroberung in Asien 284. Die Passivität Englands in Bezug auf die deutsche Frage 288. Das neue Königreich Italien 290. Die Bedrängnisse des Papstes 294. Die Encyclica 295. Das Danaidenfaß der italienischen Finanzverwaltung 299. Die Folgen des Septembervertrags 301. Tumult in Turin und Uebersiedelung des Hofes nach Florenz 302.

Neuntes Buch. Einrücken der Preußen in Böhmen. 305

Vermeintliche Stärke und wirkliche Schwäche Oesterreichs S. 306. Vermeintliche Schwäche und wirkliche Stärke Preußens 313. Das Zündnadelgewehr 315. Die Kriegsmanifeste 318. Einmarsch der Preußen in Sachsen 320; und in Böhmen 324. Erfolge der ersten Armee unter Prinz Friedrich Karl 325; und der Elbarmee unter General Herwarth v. Bittenfeld 326. Siege beider Armeen über die Oesterreicher unter Clam-Gallas bei Münchengrätz und Gitschin 327. Einmarsch der zweiten Armee unter dem Kronprinzen von Preußen in Böhmen 330. Glänzende Siege des General v. Steinmetz bei Nachod und Skalitz 331. Das abgesonderte Corps der Preußen unter General Bonin wird durch die Oesterreicher unter Gablenz bei Trautenau zurückgeschlagen, geht aber wieder vor 333, unterstützt von der preußischen Garde und Sieg der letztern bei Burgersdorf und Soor 334. Wuth und Angst der czechischen Bevölkerung 335. Vereinigung sämmtlicher preußischer Armeen 336. Jubel in Berlin und Abreise des Königs zur Armee 339.

Zehntes Buch. Die Schlacht bei Königgrätz. 341

Die Aufstellung der Oesterreicher S. 342. Angriff der Preußen und Uebersicht der Hauptmomente dieser großen Schlacht 343. Officieller Schlachtbericht des preußischen Staatsanzeigers 346. Ausführ-

Seite

licher Bericht des Timescorrespondenten im preußischen Lager 351, des Timescorrespondenten im österreichischen Lager 371. Der Brief des Königs von Preußen 380. Ausgang der Schlacht 385. Das Schlachtfeld 389.

Elftes Buch. Die große Flucht in Böhmen. 391

Die Verwirrung an der Elbe S. 391. Kritiken über die Schlacht 393. Vernachlässigung des Sanitätswesens von Seite Oesterreichs, daher kläglicher Zustand der österreichischen Verwundeten 398. Die preußische Verfolgung 403. Flucht und dumme Angst der Czechen 404.

Zwölftes Buch. Die Preußen vor Wien. 407

Gablenz im preußischen Hauptquartier S. 407. Kaiser Franz Joseph schenkt Venetien dem Kaiser der Franzosen 408. Vermittlungsversuche des französischen Gesandten Benedetti 411. Einzug des Königs von Preußen in Brünn 412. Sieg des Kronprinzen von Preußen bei Tobitschau 414. Die Preußen in Prag 414. Sieg des Prinzen Friedrich Karl bei Blumenau 416. Klapka 417. Theilnahmlosigkeit der Ungarn 418. Auch der Deutsch-Oesterreicher 419. Unmöglichkeit einer Volkserhebung in Oesterreich 420. Der Kaiser hört vom Wiener Gemeinderath nur Vorwürfe 421. Mißlungene Slavenconferenz in Wien 422. Florisdorf 423. Verhandlungen in Nikolsburg 425. Friedenspräliminarien 427. Die Verluste Oesterreichs 432. Geist des preußischen Heeres und General v. Moltke 433.

Erſtes Buch.

Das alte öſterreichiſche Syſtem und der Bundestag.

Was dem großen Kriege vorherging, das erklärt ihn. Wir müſſen in die Geſchichte zurückgreifen, um, wenn auch nur in einer kurzen Skizzirung, die Fäden der Zwietracht zu verfolgen, die das blutige Jahr 1866 herbeiführten.

Es handelte ſich um die alte Rivalität der zwei mächtigſten deutſchen Dynaſtien, aber auch zugleich um die neue Hoffnung der Nation, das durch Theilung ſo tief aufgelockerte und geſchwächte Deutſchland der Einheit wieder näher gebracht zu ſehen. Unſere große Nation bildete früher ein einiges Reich, das mächtigſte in Europa. Der Deutſche war der geachtetſte und zugleich der gefürchtetſte Menſch in Europa. Aber durch das Emporkommen ſo vieler großer und kleiner Dynaſtien und durch die unaufhörliche Uneinigkeit derſelben iſt das deutſche Reich von Innen zerriſſen und der Zerſtörung durch äußere Gewalt preisgegeben worden. Als im Anfang des gegenwär-

tigen Jahrhunderts ein großer Theil Deutſchlands mit Frankreich vereinigt und die Fürſten des übrigen Deutſchland Frankreichs Vaſallen wurden, als zum erſtenmal in der Weltgeſchichte das ganze deutſche Volk unter ein fremdes Joch gebeugt war, da dämmerte endlich in den Deutſchen das Bewußtſeyn einer ungeheuern Verſchuldung, eine tiefe Scham über die verlorene Nationalehre und eine ſehnſüchtige Erinnerung an die ehemalige Macht und Größe des deutſchen Reichs. Sobald aber den fremden Weltſtürmer das Gottesgericht in Rußland erreichte, war es unter allen deutſchen Regierungen zuerſt die preußiſche, unter allen deutſchen Stämmen zuerſt der preußiſche, die das franzöſiſche Joch zerbrachen. Von Preußen ging der Ruf zur Freiheit und Einheit der Deutſchen aus und die Größe der preußiſchen Siege, die ungeheure Zahl der preußiſchen Todten bewieſen, mit welcher Heldenkraft und Opferfreudigkeit die Preußen für die deutſche Sache kämpften.

Die großen und in jeder Beziehung natürlichen und berechtigten Hoffnungen für Deutſchland, wie ſie in Preußen waren geweckt und gepflegt worden, ſollten trotz der unſterblichen Waffenthaten und Siege nicht in Erfüllung gehen, einfach — weil Oeſterreich nicht wollte. Denn hätte Oeſterreich gewollt, ſo würde es ſich nach Napoleons Sturz bei der Neugeſtaltung Deutſchlands mit Preußen gegen jede auswärtige Einmiſchung haben verbinden können. Aber es wollte nicht. Es verband ſich mit den auswärtigen Mächten gegen Preußen. Unbeſtritten hat die Schwächung Napoleons in Rußland begonnen; ohne den Untergang ſeines Heeres im Winter von 1812 hätte Deutſchland ſich nicht ſobald erheben können. Unbeſtritten haben Ruſſen, Engländer und, wenn auch nur in geringem Maße Schweden mitgewirkt, Napoleon zu entthronen. Das meiſte dabei aber haben die Deutſchen gethan und nur ihre Streitkräfte haben den Sieg entſchieden. Somit beſchränkte ſich die Berechtigung Rußlands, Englands und Schwedens darauf, daß ſie mit Oeſterreich und Preußen gemein-

ſchaftlich über das beſiegte Frankreich verfügten. Niemals aber waren ſie befugt, uns Deutſchen die Zurücknahme von Elſaß und Lothringen, wie auch von Belgien (den öſterreichiſchen Niederlanden) zu verwehren und bei der Neugeſtaltung Deutſchlands auch nur ein Wort mitzuſprechen. Preußen verfocht dieſes natürliche Recht der Deutſchen und wenn Oeſterreich ſich an ſeine Seite geſtellt hätte, ſo würden beide vereinigt ſtark genug geweſen ſeyn, um jeden fremden Einfluß vom deutſchen Verfaſſungswerke fern zu halten. Aber das wollte Oeſterreich nicht. Es ſuchte und beförderte den fremden Einfluß auf die deutſchen Angelegenheiten, nur um Preußen nicht aufkommen zu laſſen. Es verband ſich mit dem Ausland gegen Preußen und verſchaffte ſogar dem eben beſiegten Frankreich eine Stimme auf dem Wiener Congreß, nur um ein Votum mehr gegen Preußen aufzutreiben.

Kaiſer Franz wußte wohl, er könne nicht Alleinherr der Deutſchen werden, denn Preußen war ſchon zu mächtig, der ganze deutſche Proteſtantismus, wie auch der Partikularismus des katholiſchen Bayern ſträubten ſich gegen die öſterreichiſche Herrſchaft. Der Kaiſer, unterſtützt von ſeinem berühmten Miniſter, Fürſten Metternich, fand es alſo dem Intereſſe ſeiner Dynaſtie entſprechender, ſich im Oſten abzurunden und ſich mehr auf die Ungarn, Slaven und Italiener ſeines Reichs, als auf die Deutſchen zu ſtützen. Das übrige außeröſterreichiſche Deutſchland ſollte nun aber neben der trefflich abgerundeten und compacten öſterreichiſchen Monarchie — das war der Grundgedanke der Wiener Politik — getheilt bleiben und vor allem ſollte Preußen gehindert werden zu erſtarken. Deshalb wurde der vom preußiſchen Volke ausgegangene nationale Gedanke, wie viel er auch zur Begeiſterung der deutſchen Heere und zum Siege beitrug, von Oeſterreich verſchmäht, zurückgewieſen, bekämpft. Oeſterreich ſchonte damals die Rheinbundfürſten, nur um ſie zu ſeinen Bundesgenoſſen gegen Preußen zu machen, um mit ihrer Hülfe die patriotiſche Begeiſterung im preußiſchen Volke niederzuhalten. Auch Frankreich wurde

nur deshalb geſchont und blieb für ſeine ſchweren Verſündigungen an der deutſchen Nation ungeſtraft, weil Oeſterreich den im preußiſchen Hauptquartier vertretenen Willen der deutſchen Nation brechen wollte. Oeſterreich wurde dabei natürlicher Weiſe von demſelben Frankreich, wie auch von Rußland und England unterſtützt, denn das ganze übrige Europa war, wie damals im Congreß zu Waſhington geſagt wurde, gegen den nationalen Gedanken in Deutſchland verſchworen und „feſt entſchloſſen, die Kräfte, die im großen deutſchen Volke ſchlummern, nicht zur Entwicklung kommen zu laſſen.“ So wurde das ſiegreiche Deutſchland einzig durch die Schuld Oeſterreichs, welches Rußland, England und Frankreich zur Seite hatte, kleiner, als es vorher geweſen war, und erhielt die lockere, die innere Zwietracht und den äußern fremden Einfluß verewigende Bundesverfaſſung. So blieben die preußiſchen Patrioten in der Minderheit und indem das ruſſiſche Kaiſerhaus ſich dem preußiſchen Königshauſe verſchwägerte, ſchloß ſich das letztere den europäiſchen Verträgen an, durch welche jeder Aufſchwung der deutſchen Nation fortan verhindert und ihre Vielſtaaterei verewigt werden ſollte. Der Wiener Congreß, die Stiftung des deutſchen Bundestags, die Karlsbader Beſchlüſſe und die Wiener Schlußakte hatten keinen andern Zweck.

Seit den Karlsbader Beſchlüſſen kannte man Preußen nicht wieder. Der dort unter dem Einfluß des Kaiſer Alexander und des Fürſten Metternich erfolgte Syſtemwechſel ließ alles vergeſſen, was von Preußen aus in den großen Kriegen gegen Napoleon Herrliches und für die deutſche Nation ewig Ruhmwürdiges geleiſtet worden war. Auch der Fortſchritt war vergeſſen, durch den Preußen ſchon im vorigen Jahrhundert ſich Oeſterreich ſo ſehr überlegen gezeigt hat. Das Zeitalter Friedrichs des Großen war vergeſſen. Das Berliner Cabinet befand ſich unter geheimer ruſſiſcher Leitung und anerkannte zugleich im Fürſten Metternich den größten Staatsmann der Zeit, das glänzende Vorbild wie für jede, ſo auch für die preußiſche Diplomatie.

Die Macht und das Anſehen Oeſterreichs überwog damals die Macht und das Anſehen Preußens bei weitem und ſchien auf lange Zeit geſichert zu ſeyn. Oeſterreich hatte ſich mit Galizien, Venedig und der Lombardei abgerundet. Es beſaß vorherrſchenden Einfluß in Italien und im Orient. Es beherrſchte den deutſchen Bundestag und die römiſche Curie. Und doch that Oeſterreich nichts, was ihm ſeine ſtarke Stellung in Europa auf lange Dauer hätte ſichern können. Es hatte ſich gewiſſermaßen mit einem Fluche beladen, indem es den nationalen Gedanken in Deutſchland unterdrückte. Es wurde in eine falſche Conſequenz hinein getrieben. Sofern es nämlich von keinem Aufſchwung des deutſchen Elements etwas wiſſen wollte und ſeine Grenzen ſelbſt gegen den ſpärlichen Einfluß deutſcher Geſinnung aus den Bundesſtaaten durch Mauthen, Bücherverbote, Cenſur und Paßquälereien abſperrte, ſchmeichelte es dagegen den Czechen, Magyaren und Italienern, billigte und pflegte deren nationale Beſtrebungen, hielt die undeutſchen Akademien in Prag, Peſth und Padua, während es in Wien noch keine gab, im beſten Stande und in hohen Ehren und ließ die deutſche Sprache und Sitte in Südtirol viele Jahrzehnte hindurch von der italieniſchen verdrängen, was das Volk ſelbſt keineswegs wollte, was aber durch kaiſerliche Beamte und Prieſter allmälig durchgeſetzt wurde. Damit ſich keine deutſche Geſinnung und Begeiſterung in Wien einſchleiche, wurde die Preſſe niedergehalten, wurde auch in den höhern Schulen außer in mathematiſchen und Naturwiſſenſchaften, die mit Politik nichts zu thun haben, kein Geiſt und höheres Streben geduldet. Ja ſogar die katholiſche Theologie in Oeſterreich durfte an der glänzenden Regeneration, die ſie in den deutſchen Bundesſtaaten und Frankreich fand, nicht theilnehmen. Der Geiſt war ſprichwörtlich gelähmt. Wer nach Wien kam, fand das Volk liebenswürdig und gutmüthig, aber in einer künſtlichen Unmündigkeit und Kindheit niedergehalten. Die Sitten waren außerordentlich gelockert.

Ein merkwürdiger Zug naiver Sorgloſigkeit und Lüderlichkeit ging auch durch die höhern Regionen der Geſellſchaft und der Staatsverwaltung. Der Staat machte Schulden über Schulden und zwar nicht blos aus Noth, ſondern zum großen Theil leichtſinnig und in gewiſſenloſer Nachgiebigkeit gegen Leute, die ſich auf Koſten der ſteuerpflichtigen Unterthanen, welche doch am Ende die Zinſen der Schuld zahlen mußten, bereichern wollten. Beſtechung, Unterſchleif kamen an die Tagesordnung und Juden ſpielten dabei die Hauptrolle. Dieſe Judenwirthſchaft wurde ſo vorherrſchend und mächtig, daß ſie bald auch die einflußreichſten Organe der Tagespreſſe in ihre Gewalt bekam. Dabei verſäumte die Regierung, die natürlichen Hilfsquellen des weiten Reichs auszubeuten, hemmte Handel und Verkehr durch Mauthen und baute keine Straßen, wo ſie am nöthigſten geweſen wären, um den Ertrag fruchtbarer Ländereien durch Export zu verwerthen.

Unter einem ſolchen Verwaltungsſyſtem mußte ſich mancherlei Unzufriedenheit regen, aber ſie verſtummte bei den Deutſch-Oeſterreichern in einem gutmüthigen Sichallesgefallenlaſſen, bei den nicht deutſchen Oeſterreichern im Gewohnheitsgehorſam, in der alten Furcht. Nur im Adel und in den gebildeten Klaſſen, die viel reiſten und ihre Studien in Paris und London machten, bildete ſich ſehr allmälig eine Oppoſition aus, und zwar anfangs ausſchließlich in den nicht deutſchen Provinzen. Mit Hankas literariſchem Betruge (der Deutſchenhaß athmenden ſ. g. Königinhofer Handſchrift) und Palackys böhmiſcher Geſchichtſchreibung begann das Czechenthum leiſe die Fahne zu entfalten. In der Lombardei und Venetien griff der Mazzinismus um ſich, der ſich verſchwur, alles Deutſche bis auf den Tod zu bekämpfen. In Ungarn trachtete Koſſuth, ſein Vaterland von Deutſchland unabhängig zu machen. Man glaubte anfangs freilich nicht, daß das gefährliche Oppoſitionen ſeyen, aber ſie wurden ſehr gefährlich und führten wirklich zum offenen Abfall. Das hätten der Wiener Hof und Fürſt Metternich vermeiden können, wenn ſie das deutſche Element beſſer

gepflegt und nach altem geheiligten Herkommen die Tradition des deutſchen Kaiſerthums bewahrt, den alten Reſpect der nichtdeutſchen Unterthanen vor dem deutſchen Namen aufrecht erhalten und zugleich die Provinzen beſſer verwaltet, ſolider gewirthſchaftet, Bildung und Wohlſtand der Unterthanen mehr gefördert hätten.

Nicht minder fahrläſſig behandelte Fürſt Metternich die deutſchen Bundesſtaaten, indem er alles unterließ, ſie durch das öſterreichiſche Präſidium des Bundestags im nationalen Sinne gleichſam zu electriſiren, gemeinſame Nationalintereſſen zu fördern und einen Geiſt zu pflegen, der ſtark genug geweſen wäre, dem wiedererwachten Nationalſtolz der Franzoſen würdig entgegen zu treten und dem wachſenden Uebermuth der Ruſſen und Engländer würdig das Gegengewicht zu halten. Nicht einmal die Rheinſchifffahrt wurde frei, obgleich es die Verträge verlangten. Jeder Bundesſtaat blieb vom andern durch Zollſchranken abgeſchloſſen. Bitten um Aenderung wurden verächtlich vom Bundestag zurückgewieſen, Friedrich Liſt zum Dank für ſeine Anſtrengungen und Rathſchläge zum Beſten des Verkehrs, der Induſtrie und des Handels, in die Verbannung, in den Kerker, endlich in einen verzweiflungsvollen Tod geſchickt. Die Bundesacte hatte allen Bundesſtaaten Verfaſſungen zugeſichert. Oeſterreich entband ſich aber von dieſer Verpflichtung und Preußen ließ ſich zu ſehr von Metternich gängeln, um nicht dieſem Beiſpiel zu folgen. Ständeverſammlungen wurden nur in den vormaligen Rheinbundſtaaten einberufen und ſollten ganz machtlos bleiben. Die vormaligen Rheinbundfürſten hatten durch ihr langes Feſthalten an Napoleon das 1813 ſo lebhaft erwachte deutſche Nationalgefühl beleidigt, ſahen ſich vor der öffentlichen Meinung vielfach blosgeſtellt und ſuchten das Vertrauen wieder zu gewinnen, indem ſie Verfaſſungen gaben und ſich dadurch einen Vorzug aneigneten, den ſie vor den Beherrſchern Oeſterreichs und Preußens voraus hatten. Es war ihnen jedoch nicht bloß um dieſe Popularität in Deutſchland zu thun, ſondern ſie friſchten auch ihre Sympathien

mit Frankreich wieder auf, indem ſie ihre Verfaſſungsurkunden nach der Schablone der franzöſiſchen Charte entwarfen. Auch England befreundeten ſie ſich mittelſt des Conſtitutionalismus. Ihr Scheinliberalismus fiel ihnen aber leicht und war ihnen nicht gefährlich, weil, wenn irgend eine Kammeropposition etwas zu laut zu lärmen anfing, gleich der Bundestag bei der Hand war, um ſie zum Schweigen zu bringen.

Preußen nahm viel weniger Theil an der Bundesregierung als Oeſterreich. Es ließ den Fürſten Metternich gewähren. Es diente ihm ſogar, indem es die patriotiſche Partei, in der die Begeiſterung der Freiheitskriege nachglühte und der größtentheils die ſtudirende Jugend und das muntere Volk der Turner anhingen, ſchonungslos maßregelte und mit Verbannung oder langjährigem Kerker beſtrafte. Es legte damals den höchſten Werth auf die Pflege der Wiſſenſchaft, jedoch nur in dem Sinne, daß die ſtudirende Jugend dadurch von ihrer deutſchen Begeiſterung abgekühlt werden ſollte. Die damaligen geiſtigen Größen Berlins, Humboldt und Hegel, verbreiteten eine Geſinnung und Geiſtesrichtung, die nichts mehr mit dem Patriotismus zu ſchaffen hatte, ja demſelben verächtlich den Rücken kehrte. Im Uebrigen war die preußiſche Staatsverwaltung unendlich ſolider als die öſterreichiſche, und eifrig bemüht, die Wunden des großen Kriegs zu heilen.

Der anfangs ſehr unſcheinbar aufgetauchte Liberalismus kam mittlerweile in Frankreich zu Kräften und erſtarkte zu einer überwältigenden Macht, indem er die ältere Linie der Bourbons ſtürzte und der jüngern den Thron nur unter liberalen Bedingungen einräumte. Dieſer Vorgang ermuthigte natürlicherweiſe die liberalen Oppoſitionen auch in Deutſchland, doch kam es hier nur zu kleinen Tumulten und das alte öſterreichiſche Syſtem und der Bundestag behielten die Oberhand. Auch fehlte es der liberalen Partei an Patriotismus. Die Völker und ihr Unterſchied waren ihr gleichgültig. Sie wollte gleiche

Freiheit für alle Völker, für alle Menſchen. Sie ging nicht vom deutſchen Nationalgefühl aus, ſondern von der franzöſiſchen Doctrin, welche ſeit Rouſſeau verbreitet war, der großen franzöſiſchen Revolution im vorigen Jahrhundert den Impuls gegeben hatte und nach der Reſtauration im Liberalismus aufs neue zur Geltung kam.

Inzwiſchen lag es doch nahe, daß die liberale Partei aus ihrer Einſeitigkeit irgend einmal heraustreten mußte, da ſie die Erfahrung machte, daß ihr der Particularismus doch nicht ſo zuträglich ſey, als ſie ſich eine Zeitlang eingebildet hatte. Denn obgleich ſie allerdings, wenn ſie es nur mit der Regierung eines kleinen Einzelſtaats zu thun hatte, einen vorübergehenden Erfolg leichter erreichen konnte, ſo legte ſich doch immer die Bundesgewalt dazwiſchen und der Erfolg wurde wieder vereitelt. So lange Preußen zu Oeſtereich hielt, haben alle Oppoſitionen in den kleinen deutſchen Kammern der Bundesgewalt nichts abgewinnen können. Erſt als der Liberalismus in Frankreich im Sturmjahr 1848 zum zweitenmal den Thron umſtürzte, wurde auch Deutſchland vom Revolutionsfieber ergriffen und konnte auch hier der Liberalismus triumphiren. Die Regierungen verloren die Beſinnung, bangten ſchon vor der rothen Republik und warfen ſich den Liberalen in die Arme, deren bisherige Häupter Miniſter wurden. Die Liberalen aber begnügten ſich jetzt nicht mehr mit der Freiheit und mit Rechtserrungenſchaften, die nur ins Gebiet der inneren Politik gehörten, ſondern ſie dachten jetzt zum erſtenmal auch auf nationale Zuſammenfaſſung aller liberalen Capacitäten in einem großen deutſchen Parlamente und auf Vereinigung aller Deutſchen in einem neuen Reiche und weil Oeſterreich damals tief darnieder lag, in Wien das greiſe Regiment Metternichs im ſchmählichſten Bankerott geendigt hatte, aber nur um einem noch unfähigeren Bubenregiment Platz zu machen, während Italien, Ungarn und Böhmen abfielen, blieb nur der preußiſche Staat als der größte in Deutſchland noch unangetaſtet übrig, nach dem nun alle Blicke ſich richteten. Schon ein Jahr vorher hatte

König Friedrich Wilhelm IV. das Band gelöst, durch welches Preußen bisher an das Metternich'ſche Syſtem gefeſſelt geweſen war, und Preußen unter die conſtitutionellen Staaten einzureihen ſich entſchloſſen. Das flößte den Liberalen Vertrauen ein und ſo wurde nun die Einigung Deutſchlands unter Preußen mit Ausſchluß Oeſterreichs das Ziel, welches die Mehrheit des im Frühjahr nach Frankfurt einberufenen deutſchen Parlaments zu erreichen trachtete. Sie hat das Ziel nicht erreicht, weil ſie dem König von Preußen keine ausreichenden Bürgſchaften leiſten konnte. Sie war nicht ſtark genug, um weder die particulariſtiſche Oppoſition in den Mittelſtaaten, welche ſich Preußen nicht unterwerfen wollten, noch auch um die tumultuariſchen Demokraten niederzuhalten, die gar kein fürſtliches Reichsoberhaupt, ſondern eine Republik wollten. Zudem hatte die tapfere öſterreichiſche Armee unter Windiſchgrätz und Radetzky dem monarchiſchen Princip wieder Achtung verſchafft und einen jungen Kaiſer auf den Thron erhoben, deſſen energiſcher Miniſter Fürſt von Schwarzenberg eine Umgeſtaltung Deutſchlands nicht duldete und einfach die Wiederherſtellung des alten Bundestages und des öſterreichiſchen Einfluſſes, wie unter Metternich, forderte.

Unter dieſen Umſtänden konnte der friedliebende König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die deutſche Kaiſerkrone nicht annehmen, die ihm jetzt noch, aber viel zu ſpät, im April 1849, vom Parlament in Frankfurt angeboten wurde. Die liberale Partei hätte nicht einmal Stimmen genug für ſeine Wahl zuſammengebracht, wenn ihr die Demokraten nicht zugeſtimmt hätten. Dieſe thaten es aber nur unter der Bedingung, daß der neue Kaiſer auch die bereits fertige Reichsverfaſſung beſchwören müſſe. Das wollte nun der König von Preußen nicht, weil die Beſtimmungen dieſer Verfaſſung ihm zu ſehr die Hände würden gebunden haben. Auch hätte er die neue Krone nicht behaupten können, ohne zuvor einen blutigen Krieg mit Oeſterreich beſtehen zu müſſen, und das wollte er nicht. Er ſchlug alſo die deutſche Kaiſer-

krone aus, ſtellte aber allen Bundesſtaaten frei, ſofern ſie ſelber wollten, in einen engern Bund mit Preußen einzutreten unter Bedingungen, die erſt gegenſeitig ſollten verabredet werden. Dafür wirkte von nun an die ſ. g. Gothaer Partei, d. h. die bisherige liberale Mehrheit, die von Heinrich von Gagern geführt, ſeit ſie vom Frankfurter Parlament ausgeſchieden war, in Gotha getagt und mit Preußen unterhandelt hatte. Ihr bewilligte der König von Preußen die Eröffnung eines neuen Parlaments in Erfurt, wo ſich die Abgeordneten der Länder verſammelten, welche mit Preußen den engern Bund eingehen wollten.

Dieſe Maßregel war eine Halbheit und beſtrafte ſich als eine ſolche. Die Fürſten, die in der Angſt vor der Revolution den Schutz Preußens nachgeſucht hatten und denen es auch durch die Unterdrückung der Märzrevolutionen dieſen Schutz gewährt hatte, ſahen ſich kaum von ihrer Angſt befreit, als ſie ſich auch ſchon wieder undankbar von Preußen abwandten und ſich zu Oeſterreich hielten. Ja ihr Undank ging ſo weit, daß ſie ſich förmlich mit Oeſterreich zur Wiederherſtellung des alten Bundestags verbündeten und Preußen mit Krieg bedrohten, wenn es nicht nachgebe und nicht die ganze Erbärmlichkeit der alten Bundesverfaſſung unter öſterreichiſcher Präponderanz wieder herſtellen hülfe. Auf dieſe Weiſe ſah ſich Preußen iſolirt, denn auch das Ausland war damit einverſtanden, daß Deutſchland keine beſſere Verfaſſung haben ſolle, damit es nicht erſtarke. Das preußiſche Miniſterium Radowitz wollte zwar den Krieg aufnehmen, aber der friedliebende König zog es vor, nachzugeben. Das neue Miniſterium Manteuffel fügte ſich in alle Forderungen, die der antipreußiſche Bund ihm ſtellte, in den übelberüchtigten Verabredungen zu Olmütz. Fürſt Schwarzenberg und Herr von Manteuffel traktirten hier nicht allein. Der ruſſiſche Geſandte ſtand zwiſchen ihnen und führte ihnen die Hand. Rußland liebt die Oſtentationen. Die ganze Welt ſollte erfahren, in welche Abhängigkeit Deutſchland

von Rußland kommen müſſe, wenn die beiden deutſchen Großmächte in Streit ſeyen. Die Bedingungen, die ſich Preußen zu Olmütz mußte gefallen laſſen, kamen nicht blos Oeſterreich unter Wiederherſtellung des Metternichſchen Syſtems in Deutſchland, ſondern auch Rußland zu gute, welches ſich für den Beiſtand, den es Oeſterreich damals leiſtete, durch einen Raub an Norddeutſchland bezahlt machen wollte.

Jene Bedingungen, die Preußen geſtellt wurden, und die es annahm, waren im Weſentlichen 1. zum Vortheil Oeſterreichs die Wiederherſtellung des alten Bundestags unter dem Präſidium und vorwiegenden Einfluß Oeſterreichs, wie in der frühern Metternichſchen Zeit, und die Wiederherſtellung aller durch die Revolution geſtörten Mißregierungen in den mittlern und kleinen Bundesſtaaten, namentlich in Kurheſſen. 2. Zum Vortheil Rußlands, die Beſetzung Holſteins und Schleswigs durch öſterreichiſche Truppen, um die deutſche und preußenfreundliche Partei daſelbſt zu maßregeln, die Herzogthümer an Dänemark zurückzugeben und ihre Einverleibung in den däniſchen Einheitsſtaat vorzubereiten, eines Staates, in welchem Rußland durch eine kühne Intrigue das Erbrecht an ſich reißen wollte. Damit hing auch der Verkauf der deutſchen Flotte zuſammen. Die Hoffnung auf eine deutſche Marine ſollte den Norddeutſchen vergehen. Oeſterreich brauchte ſie nicht und Rußland wollte ſie nicht aufkommen laſſen.

Die bezeichnete ruſſiſche Intrigue wurde am 5. Juni 1851 zu Warſchau eingefädelt und in dem berüchtigten Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 durchgeführt. Zu Warſchau verabredete ſich Kaiſer Nikolaus mit Dänemark, wenn mit dem kinderloſen König die bisher in Dänemark regierende Linie ausſtürbe, ſolle mit Ausſchluß aller deutſchen Prinzen, denen ein näheres Erbrecht zuſtand, der däniſche Einheitsſtaat mit Einſchluß der deutſchen Elbherzogthümer einzig auf den Prinzen Chriſtian von Glücksburg vererbt

werden. Nicht weniger als elf deutſche Prinzen, die ein näheres agnatiſches Erbrecht in Schleswig-Holſtein beſaßen, wurden ohne Weiteres auf die Seite geſchoben, nämlich nicht nur die ſämmtlichen Auguſtenburgiſchen, ſondern auch die ältern Prinzen der Glücksburgiſchen Linie. Unter den Prinzen dieſer jüngern Linie hatte ſich Rußland abſichtlich den jüngſten ausgeſucht, denn wenn deſſen Nachkommenſchaft ausſtarb, mußte nach Ausſchluß ſämmtlicher älterer Linien das Haus Holſtein-Gottorp, d. h. das ruſſiſche Kaiſerhaus ſelbſt, in das Erbrecht eintreten. Daß die deutſchen Mächte gegen die ruſſiſche Willkür nicht proteſtirten, bewies, wie ſehr Deutſchland damals durch ſeine Uneinigkeit geſchwächt und unter die ruſſiſche Vormundſchaft gebeugt war.

Der Fürſt von Schwarzenberg, der die ruſſiſche Intrigue begünſtigt hatte, um Preußen zu demüthigen, opferte unbedingt das deutſche Intereſſe in den Elbherzogthümern dem ruſſiſchen auf und ſoll ſich zwar mit der Phraſe entſchuldigt haben, er hoffe noch die Ruſſen mit ſeinem Undank zu ärgern, allein er ſtarb plötzlich und ſein Nachfolger ließ wenigſtens in Bezug auf Deutſchland alles ſo fortdauern, wie es Schwarzenberg zu Olmütz ſtipulirt hatte. Nur in Bezug auf das Ausland änderten ſich die Verhältniſſe. Oeſterreich kümmerte ſich nicht um die deutſche Oſtſee, wohl aber um die untern Donauländer. Indem es jene dem ruſſiſchen Einfluß preisgab, wollte es dieſe vor demſelben Einfluß ſchützen.

Auch Frankreich miſchte ſich jetzt ein. Der Präſident der franzöſiſchen Republik hatte ſoeben als Napoleon III. das zweite Kaiſerthum gegründet. War er weniger eiferſüchtig auf die vormundſchaftliche Anmaßung Rußlands über Deutſchland, ſo erwachte doch in ihm die Eiferſucht ſehr lebhaft in Bezug auf die neuen Anmaßungen Rußlands im Orient. In dieſem Punkte trafen ſeine Antipathien gegen Rußland mit denen Oeſterreichs und auch mit denen Englands und Schwedens zuſammen. Einer alten Prophe-

zeiung gemäß ſollte Conſtantinopel, welches im Jahr 1453 von den Türken erobert worden war, nach 400 Jahren denſelben wieder entriſſen werden und zwar durch ein Volk im Norden. Nun verfehlte Rußland nicht, alle griechiſchen Chriſten in der Türkei auf ſeine Seite zu locken, ihnen ſeine Hülfe zu verſprechen, wenn ſie gegen die Türken aufſtehen würden. Zugleich wurde das ruſſiſche Volk fanatiſirt, um einen neuen Krieg gegen die Türkei als Religionskrieg führen zu können. Den äußern Anlaß zum Kriege mußte Fürſt Menzikof vom Zaune brechen. Kurz der große Krieg begann, England und Frankreich ſtanden der Türkei bei und als auch Oeſterreich ſich gegen Rußland erklärte, mußte der ſtolze Nikolaus die Neutralität mit einem ſchimpflichen Rückzug ſeiner Truppen erkaufen. Der nunmehr in der Krimm concentrirte, daher auch der Krimmkrieg genannte Kampf, anfangs ein Angriffskrieg Rußlands, ſchlug in einen Angriffskrieg der Weſtmächte um und endete im Pariſer Frieden von 1856 mit der Demüthigung Rußlands, nachdem der ruſſiſche Kaiſer in Kummer und Zorn geſtorben war. Rußland verlor die Mündungen der Donau.

Für Preußen hatte ſich damals eine ſchöne Gelegenheit dargeboten, mit Oeſterreich und dem geſammten deutſchen Bunde den Weſtmächten beizutreten, was auch Schweden in das Bündniß gezogen haben würde. Durch dieſen Bund des ganzen mittlern und weſtlichen Europa würde das europäiſche Gleichgewicht wieder hergeſtellt worden ſeyn, welches Rußland durch ſeine unverhältnißmäßige und unnatürliche Uebermacht ſtörte. Nichts wäre damals leichter geweſen, als die Ruſſen für immer aus Polen zu vertreiben, von wo aus ſie die beiden deutſchen Großmächte flankiren und dem uneinigen Deutſchland in gefährlicher Nähe drohen. Aber Preußen war damals wegen der Schmach, die ihm in Olmütz widerfahren war, noch zu ſehr gegen Oeſterreich verbittert und begnügte ſich, von Rußland nur zu verlangen, daß es den Balkan nicht überſteige.

Frankreich minirte fort und Rußlands neuer Kaiſer ſchmeichelte ihm, um ſich an Oeſterreich zu rächen. Frankreich ſuchte die Hegemonie in den romaniſchen Ländern, zunächſt in Italien. Unter der heimlichen Protection und Anleitung Frankreichs und Rußlands begann der König von Sardinien Anſprüche zu erheben, deren Endziel nichts Geringeres war, als die Einheit Italiens und die Vertreibung der Oeſterreicher aus dieſem Lande. Da die kleine Macht des Sardiniers nicht ausreichte, wurde die italieniſche Bewegung zur Nationaleinheit unterſtützt durch die republikaniſchen Wühlereien Mazzinis und Garibaldis. Sofern dem Sardinier ſchon während des Krimmkriegs in einer auffälligen Weiſe die Ehre zu Theil geworden war, mit Frankreich und England als der Dritte im Bunde zu figuriren, ſo iſt nicht wahrſcheinlich, daß Napoleon III. erſt durch die Orſiniſchen Bomben, mit denen ihn die Mazziniſten tödten wollten, in den italieniſchen Operationsplan hineingeſchreckt worden iſt. Die Verabredungen waren ohne Zweifel von früherem Datum und die Ausführung wurde erſt durch die neue Annäherung Rußlands an Frankreich beſchleunigt. Sardinien durfte ſich die kühnſte Sprache gegen Oeſterreich erlauben und im geheimen Bunde mit den Mazziniſten die europäiſchen Verträge, die Oeſterreich ſeinen italieniſchen Beſitz ſicherten, mit der Behauptung ins Geſicht ſchlagen, Oeſterreich müſſe aus Italien vertrieben und ein einiges italieniſches Reich geſchaffen werden. Napoleon III. trat zwar noch nicht handelnd auf, billigte aber die Anwendung des allgemeinen, zuerſt von ihm aufgeſtellten Nationalitätenprincips auf Italien. Die Beleidigungen Oeſterreichs von Sardinien aus erreichten bald einen ſolchen Grad von Unverſchämtheit, daß ſich Oeſterreich dieſelben nicht mehr ruhig konnte gefallen laſſen und drohte. Sardinien gab nicht nach und ſo begann der Krieg von 1859, in welchem Frankreich Sardinien beiſtand und Oeſterreich beſiegt wurde.

Der Verlauf und Ausgang dieſes unglücklichen Krieges iſt ſo

allgemein bekannt, daß wir es uns erſparen dürfen, hier in ſeine Einzelheiten einzugehen. Doch im Hinblick auf die ſpäteren Entwicklungen der deutſchen Politik muß bemerkt werden, daß Oeſterreich ihn mit Uebereilung und allzu ſtolzer Ueberſchätzung ſeiner ſelbſt begonnen hat. Es hätte ſich vor allem um die preußiſche Allianz bemühen müſſen, anſtatt ſich bloß auf die Bundespflicht Preußens zu verlaſſen, welche Preußen erfüllen mußte, wenn deutſches Gebiet durch einen äußeren Feind angegriffen wurde. Oeſterreich wollte nicht, daß Preußen bei dieſer Gelegenheit ein Obercommando über die kleineren Bundesſtaaten erhalten ſollte. Es hoffte vielmehr, durch glänzende Siege in Italien und durch die Sympathien, die ihm bei den deutſchen Mittelſtaaten entgegenkamen, ein enormes Uebergewicht über Preußen zu erlangen. Allerdings grünte noch immer der Lorbeer des 1858 in ſeinem 92. Lebensjahre verſtorbenen unvergleichlichen Feldmarſchall Radetzky und exiſtirte noch in ungebrochner Kraft ſeine herrliche Armee. Was Oeſterreich durch die bloße Aufſtellung ſeiner Streitkräfte in Siebenbürgen während des ruſſiſchen Krieges Großes durchgeſetzt hatte, der Rückzug der Ruſſen über den Pruth, mußte das Selbſtgefühl in der Wiener Burg noch erhöhen. Man war ſo ſiegesgewiß, daß man die in Italien operirende kaiſerliche Armee an und für ſich für unüberwindlich hielt, wer ſie auch immer nach Radetzkys Tode befehligen mochte. Man hörte von allerlei Plänen der Wiener Camarilla, welche hätten zur Ausführung kommen ſollen, nachdem man in Italien würde geſiegt haben.*) Aber der Sieg blieb aus. Die öſterreichiſche Armee, die mit ſo großer Zuverſicht ins Feld geführt wurde, blieb plötzlich

*) Der Verfaſſer, der ſich kurz nach dem Kriege in Oeſterreich aufhielt, hörte dort zu ſeinem Erſtaunen von Oeſterreichern, die ihm von länger her als treue Anhänger des Hauſes Habsburg bekannt waren, Aeußerungen der tiefſten Erbitterung über die Camarilla. „Es ſey vielleicht ein Glück, daß Oeſterreich im italieniſchen Kriege unterlegen ſey, denn wenn es geſiegt hätte, würde eine Reaction der brutalſten Gewalt unvermeidlich erfolgt ſeyn."

ſtehn wie vernagelt und ſah ruhig zu, wie eine ſtarke franzöſiſche Armee theils über die Alpen, theils über See von Genua herkam und ſich mit der ſardiniſchen Armee vereinigte. Nichts wäre leichter geweſen, als die ſardiniſche Armee allein zu ſchlagen, oder wenigſtens in Aleſſandria zu cerniren und die eine Hälfte der franzöſiſchen Armee beim Austritt aus den Alpen aufzufangen, wenn die Oeſterreicher diesmal wieder mit derſelben Ueberlegenheit und Schnelligkeit zu handeln verſtanden hätten, wie früher und unter der Führung Radetzkys. Aber ſie blieben ſtehn, ließen die Vereinigung der Feinde zu Stande kommen, wurden in der rechten Flanke umgangen, bei Magenta geſchlagen, dann bis an den Mincio zurückgejagt und noch einmal geſchlagen.

Die Urſache dieſer Niederlage war zunächſt die ſchlechte Führung und Verpflegung der öſterreichiſchen Armee. Nach dem erſten Umſturz des Metternichſchen Syſtems im Jahre 1848 hatten Männer in der Noth, große und edle Charaktere wie Windiſchgrätz und Radetzky, die innern und äußern Feinde gebändigt, das Reich gerettet. Kaum aber war die Gefahr vorüber, ſo kehrte wie in Deutſchland der alte Bundestag, ſo in Oeſterreich die ganze alte Fahrläſſigkeit und Lüderlichkeit des Metternichſchen Syſtems zurück. Vor der Revolution nicht mehr bangend, machte die hohe Ariſtokratie wieder ganz dieſelben Anſprüche wie früher, nämlich zu den höchſten Stellen zu gelangen ohne Verdienſt, die wichtigſten Aemter zu verwalten ohne Fähigkeit. So durfte der ungariſche Graf Gyulai blos, weil er zum höchſten und reichſten Adel gehörte, und ohne jegliche Capacität Oberbefehlshaber der Armee werden und ſie von Niederlage zu Niederlage führen. In gleicher Weiſe kam nach Beſiegung der Revolution auch die alte Judenwirthſchaft wieder in volle Blüthe. Mit den Juden im Bunde beuteten die untreuen Beamten den Staat aus. Die Armeeverwaltung war erbärmlich, die Soldaten hatten kein Brod. Auch das Sanitätsweſen war vernachläßigt. Man erfuhr die ſchaudervollſten Einzelheiten von den Leiden der braven Soldaten, die ſich mit

altgewohnter Tapferkeit ſchlugen, aber von erbärmlichen Generalen nutzlos zur Schlachtbank geführt wurden und für deren Verpflegung die ſpitzbübiſche Armeeverwaltung nicht ſorgte.

Oeſterreich hatte die Lombardei verloren, konnte aber den Krieg mit Erfolg fortſetzen, denn ſein gewaltiges Feſtungsviereck (Mantua, Peschiera, Verona und Legnano), ſowie die Alpen hielten den Feind auf, dem es ſchwerlich gelungen wäre, zumal bei der großen Sommerhitze und Erſchöpfung nach blutigen Schlachten, dieſe Bollwerke aufzubrechen. Auch machte Preußen bereits ſeine Armee mobil, ſchob ſie an den Rhein vor und verſtändigte ſich mit den übrigen deutſchen Bundesſtaaten zu einem Angriff auf Frankreich, um Oeſterreich Luft zu machen. Da nun die Preußen ſchon in hellen Haufen marſchirten, hätte Napoleon III. mit einem Theil ſeiner Armee raſch den Po verlaſſen und an den Rhein ziehen müſſen, um Frankreich zu ſchützen, und Oeſterreich hätte Gelegenheit gehabt, wieder ſiegreich in der Lombardei vorzudringen. Aber dieſe günſtige Sachlage zu benutzen wurde von Oeſterreich eigenſinnig verſchmäht. Unter dem Vorgeben, die preußiſche Hülfe komme zu ſpät und ſey nicht einmal ernſt gemeint, ſchloß es zu Villafranca einen in militäriſcher wie politiſcher Beziehung übereilten Frieden ab. In dieſem Frieden verzichtete es nicht nur auf die Lombardei, ſondern auch auf ſeinen ganzen früheren Einfluß auf das mittlere und ſüdliche Italien und beleidigte zugleich Preußen auf die allerempfindlichſte Weiſe. Eine Raiſon war dabei nicht wahrzunehmen, nur eine ſehr unweiſe Leidenſchaftlichkeit, die einen kleinen Fehler trotzig mit einem noch größeren wieder gut machen zu können wähnte. Preußen zog ſich in guter Haltung zurück und verbiß den Aerger, daß man es umſonſt hatte marſchiren laſſen. Zu ſpät wenigſtens war es nicht marſchirt, denn Oeſterreich hätte noch nach der Schlacht bei Solferino aus dem Vorgehen der Preußen den größten Nutzen ziehn können.

Napoleon III. zog allein ſeinen Nutzen aus jener verhängnißvollen

Gehäſſigkeit Oeſterreichs gegen Preußen. Er riß eigenmächtig Savoyen und Nizza von Italien ab und vereinigte ſie mit Frankreich. Sodann geſtattete er dem Anhang Mazzinis und Garibaldis, auf revolutionärem Wege ſämmtliche Throne der mittel- und ſüditalieniſchen Fürſten, mit einziger Ausnahme des päpſtlichen Stuhles in Rom, umzuſtürzen, und erlaubte dem König Victor Emanuel von Sardinien, ſich durch mit dem Bajonett erzwungene und verfälſchte Volksabſtimmungen zum König von Italien wählen zu laſſen. Der ſardiniſche Miniſter Graf Cavour, der als Werkzeug Napoleons das ganze Spiel leitete, ſtarb zwar, das Spiel aber wurde fortgeſetzt. Man muthete damals Preußen zu, es ſolle in Deutſchland unter der Protection Frankreichs ganz das nämliche Spiel wie Sardinien in Italien ſpielen. Preußen aber hatte eine unvergleichlich bedeutendere Stellung, als Sardinien, und behauptete ſie mit einer Würde, welche das Turiner Kabinet in ſeiner Ohnmacht gegenüber von Oeſterreich und in ſeiner Lakaienſtellung zu Napoleon III. auch nicht entfernt anſprechen konnte. Was Preußen für die Umgeſtaltung Deutſchlands etwa künftig thun würde, das ſollte nur von ihm und dem deutſchen Volke geſchehen und nicht auf Rechnung und Ordre eines Dritten.

Das öſterreichiſche Volk litt furchtbar unter den Sünden der Regierung, die öffentliche Meinung verlangte eine Genugthuung. Obgleich die ſchlechte Truppenverpflegung ſchon im Mai und Juni 1859 während des italieniſchen Feldzugs allgemein bekannt worden war, dauerte es doch noch faſt ein Jahr, bis ſie unterſucht wurde. Erſt Anfangs März 1860 begann man mit einem Prozeß gegen den k. k. Hauptmann Doré, der den Franzoſen den Plan der Befeſtigungen Verona's verkauft hatte. Er wurde kriegsrechtlich erſchoſſen. Faſt gleichzeitig wurde kund, in Wien ſelbſt ſey einer der höchſten Militärbeamten, Feldmarſchallieutenant von Eynatten, plötzlich verhaftet worden, weil er als Chef des Armeeobercommando's in Italien den Staat um zwei Millionen Gulden betrogen habe, ſich für 25,000

Ochſen, große Quantitäten Wein ꝛc., die gar nicht exiſtirten, vom Staat habe bezahlen und die Armee hungern laſſen. Er wich der Unterſuchung raſch aus, indem er ſich in der Nacht vom 7. auf den 8. März 1860 im Gefängniß erhenkte. Gleichzeitig wurden in Trieſt mehrere angeſehene Kaufleute (Brambilla, Marbolfo, Revoltella) verhaftet, als bei den Unterſchleifen betheiligt, und rettete ſich der jüdiſche Lieferant Moiſe Baſevi nur durch die Flucht. In Wien wurde ferner der Director der bei der Armeeverwaltung mit großen Summen betheiligten öſterreichiſchen Creditanſtalt, Richter, verhaftet, und Robert, Chef eines großen Wiener Hauſes, erſchoß ſich, um dem gleichen Geſchick zu entgehen. Die Unterſuchung wurde im tiefſten Geheimniß betrieben. Aber ſchon nach ſechs Wochen erfuhr die ſtaunende Welt, der berühmte Finanzminiſter von Bruck habe ſich am 23. April in Wien ſelbſt entleibt, weil auch er bei den großartigen Betrügereien die Hand im Spiel gehabt und die verhafteten Trieſtiner nur ſeine Handlanger geweſen ſeyen. Am 20. April war Bruck als Zeuge vor das Gericht citirt worden und hatte ſich ſeiner hohen Stellung wegen geweigert, zu erſcheinen, bis es ihm der Kaiſer befehlen werde. Der Kaiſer aber erfuhr von Seiten des Gerichts, es handle ſich um mehr als bloße Zeugenſchaft, entließ daher den Miniſter am 22. und ernannte Plener zu ſeinem Nachfolger. Nun ſah ſich Bruck verloren und ſchnitt ſich über Nacht den Hals ab. Ein ziemlicher Theil der Preſſe ſuchte ihn zu entſchuldigen, er habe nur aus falſchem Ehrgefühl gehandelt, er ſey unſchuldig. Aber man merkte wohl, hinter dieſen Beſchönigungen ſteckte die Todesangſt derer, die ſich mitſchuldig wußten und eine noch weitere Aufdeckung des die ganze Staatsverwaltung durchziehenden Netzes von Betrug fürchteten. Und es gelang auch, den Schaden ſo tief als möglich zu verſchleiern, die Unterſuchung zu beſchränken, die wichtigſten Fragen mit Stillſchweigen zu übergehen. Die öffentliche Meinung verband die Mehrverausgabung von 111

Millionen Gulden Anlehensobligationen mit der Finanzverwaltung Bruck's, erhielt aber keine Aufklärung.

Die Wiener Preſſe war ganz in den Händen der Juden, die Wahrheit wurde verdreht und vertuſcht, die Schuldigen wurden nicht beſtraft. Es waren der Mitſchuldigen zu viele und ſie ſaßen in zu hohen Aemtern und Würden, um von der beſtochenen oder geſchreckten Juſtiz erreicht werden zu können. Deshalb dauerte auch in Oeſterreich das lüderliche Finanzſyſtem und der Unterſchleif in der Armeeverwaltung fort und trotz aller vom Staate bezahlten Millionen mußten auch im nächſten Kriege die öſterreichiſchen Soldaten wieder Hunger leiden. Um die Gährung in den Gemüthern zu ſtillen, verſprach man dem Volke wieder eine Reichsverfaſſung und zog Herrn von Schmerling, der ſich einſt in der Paulskirche als guter Acteur bewährt hatte, wieder aus dem Dunkel hervor, um durch ihn den unlängſt erſt verpönten und verhöhnten Liberalismus im öſterreichiſchen Kaiſerſtaat wieder in Scene zu ſetzen. Ein Reichsrath oder Parlament kam wirklich zuſammen. Aber das ſtolze Ungarn wollte keine Komödie, ſondern ſehr ernſthafte und reelle Rechte und Vortheile erringen und ſchickte keine Vertreter zum Reichstag. Auch nicht Croatien. Das ganze liberale Experiment gerieth in Stocken, man merkte die Abſicht und blieb verſtimmt.

In Ungarn war durch Koſſuth von Italien aus wieder gehörig gewühlt worden, aber die Unzufriedenheit bedurfte ſolcher Hebel nicht, ſie war hinreichend begründet durch den Verluſt aller alten Landesrechte und durch die Finanznoth. Ein kaiſerliches Patent ſuchte am 1. September 1859 die ungariſchen Proteſtanten durch Conceſſionen zu beruhigen, aber die Proteſtanten beſchloſſen am 27. auf einer Verſammlung zu Käsmark, das Patent als nicht vorhanden zu betrachten und einfach ihr altes Recht zu verlangen. Am 15. März 1860 veranlaßte die Feier der Schilderhebung von 1848 einen Studententumult in Peſth. Am 8. April verbreitete ſich die er-

ſchütternde Nachricht, der ſeit 1848 bei Wien in einer Irrenanſtalt aufbewahrte große Reformer Ungarns, Graf Szechenyi, habe ſich durch einen Piſtolenſchuß das Hirn zerſchmettert. Kurz zuvor waren deſſen Papiere unterſucht und, wie es hieß, ein ganzes Arſenal von revolutionären für Ungarn beſtimmten Brandſchriften bei ihm gefunden worden. Die regierungsfeindliche Partei ſprengte daher das Gerücht aus, er habe ſich nicht ſelbſt ums Leben gebracht, und feierte ihn in ganz Ungarn als Märtyrer durch wochenlange Requiems und Ovationen aller Art. Die Regierung glaubte nun noch mehr Conceſſionen machen zu müſſen, ſtellte am 20. April die Comitatsverwaltung wieder her und ſchickte den biderben Helden Benedek, einen gebornen Ungarn, mit unumſchränkter Vollmacht als Civil- und Militärgouverneur nach Ungarn, um mit Ernſt und Milde das ſchwierige Land in Ordnung zu halten. Als der Kaiſer die vermehrten Reichsräthe ernannte, überging er den Primas von Ungarn, weil derſelbe zu Peſth das feierliche Hochamt für Szechenyi gehalten, aber ſechs andere edle Ungarn, auf welche die kaiſerliche Wahl fiel, voran Eötvös, lehnten die Wahl ab und verlangten (wie die Proteſtanten von Käsmark) nur ihr „altes Recht“. Doch nahmen nachher andere die Wahl an, um einen letzten Verſuch in Wien zu machen, aber unter ausdrücklichem Vorbehalt aller Rechte Ungarns. Im Mai erſchien eine Flugſchrift von Horn, noch fanatiſcher, als wenn Koſſuth ſie geſchrieben hätte, in franzöſiſcher Sprache und von Paris aus.

Die Einberufung des vermehrten Reichsraths datirt vom 5. März. Sie entſprach der Einberufung der Notabeln des Jahres 1787 in Frankreich und ſollte (mit Umgehung eines gewählten Parlaments) zunächſt den Credit und das Vertrauen des Volks in die Regierung herſtellen. Der Kaiſer allein ernannte die Reichsräthe (die Erzherzoge, höheren Geiſtlichen, höheren Beamten und 38 Mitglieder der einzelnen Landesvertretungen), denen aber keine Initiative zuſtehen, ſondern die nur die k. k. Vorlagen begutachten ſollten. Der

Reichsrath wurde am 31. Mai in Wien durch Erzherzog Rainer feierlich eröffnet und trat mit großer Mäßigung und Klugheit auf. Aber die Staatsſchuld betrug nach den Vorlagen 2268 Millionen Gulden, das Deficit des nächſten Verwaltungsjahres 40 Millionen. Dieſe troſtloſen Kundgebungen der Regierung und der Widerſtand Ungarns drückten alles Vertrauen nieder und ließen die ſanguiniſchen Hoffnungen, die ſich an den Reichsrath geknüpft hatten, wieder ſchwinden. Er blieb unvollzählig, alſo auch incompetent und vergebens wartete man, ob die Abgeordneten aus Ungarn nicht endlich doch noch kommen würden.

Die Ungarn blieben zu Hauſe und ſuchten ſich vor allen Dingen der deutſchen Geſetze zu entledigen. Im Frühjahr 1861 brach ein allgemeiner Sturm gegen dieſe Geſetze los, obgleich dieſelben im Durchſchnitt weit humaner waren, als die älteren magyariſchen auf barbariſche Zuſtände und Leibeigenſchaft berechneten Geſetze. Genug ſie waren deutſch und wurden von deutſchen Beamten oft genug pedantiſch und vexatoriſch gehandhabt. Alſo wollten ſie die Ungarn nicht mehr. Vergebens hoffte der Kaiſer von dem endlich wieder einberufenen ungariſchen Landtage mehr Mäßigung. Allerdings beſchränkten ſich die Ungarn auf paſſiven Widerſtand, allein ſie verlangten die Verfaſſung von 1848 zurück und Perſonalunion, die ihnen der Kaiſer nicht gewähren konnte, wenn die Einheit ſeiner Monarchie nicht zerriſſen werden ſollte. Koſſuth regte ſich wieder. Waffen ſollten heimlich aus Italien nach Ungarn geſchafft werden, Garibaldi ſollte durch Dalmatien in Ungarn einfallen, an der untern Donau wurden Umtriebe gemacht und Polen ſollte inſurgirt werden. Die Unzufriedenen wagten indeß eine Waffenerhebung nicht und die öſterreichiſche Regierung entſchloß ſich ihrerſeits, einen Gewaltſchritt zu thun, um zu zeigen, daß Ungarn ihr rechtlich unterworfen ſey. Sie hatte, um die Erbitterung nicht zu vermehren, in Ungarn keine Steuern mehr ausgeſchrieben. Sie brauchte Geld und konnte den Ungehorſam in

Ungarn, ohne ihr Anſehen ganz aufs Spiel zu ſetzen, nicht länger fortdauern laſſen. Sie löste alſo am 22. Auguſt den ungariſchen Landtag auf, wie auch die Corporationen in Ungarn, die ihr am hitzigſten widerſtrebt hatten, ſetzte die renitenten Beamten ab, machte den ſtrengen Grafen Moritz Palffy zum Statthalter in Ungarn und ließ die Steuern durch Soldaten eintreiben. Bei dieſer Gelegenheit erfuhr man, daß viele Gutsbeſitzer gern die Steuern zahlten, ſich aber abſichtlich erſt dazu zwingen ließen, weil ſie ſonſt die Rache ihrer enragirten Landsleute hätten fürchten müſſen. Den Reichsrath in Wien zu beſchicken, ließen ſich jedoch die Ungarn nicht bewegen. Auch die Croaten kamen nicht und die Böhmen, die gekommen waren, drohten wieder zu gehen, wenn man ihnen nicht willfahre.

Nun machte das Wiener Kabinet wieder eine Frontveränderung und ſuchte Hülfe im deutſchen Bunde und im Liberalismus der Mittelſtaaten. Am Schluſſe des Wiener Reichstags am 13. September 1862 verſprach der Kaiſer einen „entſchloſſenen Fortſchritt auf der neuen Bahn friedlicher Entwicklung," und meinte damit nicht blos die Fortſetzung des Schmerlingſchen Liberalismus in Oeſterreich, ſondern auch die ſchmeichelnde Heranziehung der liberalen Mittelſtaaten zu einem engern Bunde mit Oeſterreich. Dieſer Plan hatte zum doppelten Zweck, der kaiſerlichen Regierung gegen die widerſpenſtigen Ungarn einen ſtärkern Rückhalt im deutſchen Bunde zu geben und zugleich Preußen zu ſchwächen, ja möglicherweiſe aus dem deutſchen Bunde hinauszudrücken. Die Zeit dazu war günſtig, denn in Preußen war das neue Miniſterium Bismarck ſchon bei ſeinem Beginn von Verwünſchungen begrüßt worden und ſah ſich von einer Oppoſition umdrängt und gehezt, wie ſie noch kaum jemals in einem conſtitutionellen Staate vorgekommen war. Die ungeheure Mehrheit der Landesvertretung, der ſtädtiſchen Communen und der Tagesblätter war gegen die Regierung, als ſey ſie ganz von der ſ. g. Feudal-Partei und von verfaſſungswidrigen, deſpotiſchen Tendenzen beherrſcht. Durch den

innern Hader ſchien nun der König von Preußen in ſeinen Actionen gelähmt zu ſeyn. In den Mittelſtaaten ſtimmte man mit der preußiſchen Oppoſition überein und wetteiferte mit ihr, das Miniſterium Bismarck zu verleumden und zu läſtern. Der alten Eiferſucht, dem alten Haß gegen Preußen ſchien es wohl zu thun, eine Gelegenheit gefunden zu haben, um mit einem Schein von Recht gegen die preußiſche Regierung zu agitiren, weil es ja die preußiſche Volksvertretung ſelber that. Man log ſich mit einem gewiſſen Behagen vor, die Haſſenswürdigkeit Bismarcks ſey eine zweifelloſe Sache. Sogar der Nationalverein, deſſen Hintergedanke doch immer die preußiſche Hegemonie geblieben war, fürchtete eine feudaliſtiſche Reaktion in Preußen und war in ſeine liberale Doctrin viel zu ſehr verrannt, als daß er begriffen hätte, worauf es hier ankam. Auch er ließ das Miniſterium Bismarck im Stich und da ſich der Herzog von Coburg mit dem Verein ſtark liirt hatte, legte man eine Reiſe dieſes Herrn nach Wien ſo aus, als habe er eine Verſtändigung des Vereins mit Oeſterreich auf liberaler Grundlage einleiten wollen.

Somit ſchickte ſich alles trefflich an, um es der öſterreichiſchen Politik zu erleichtern, in der von ihr vorgenommenen liberalen Maske großes Glück zu machen. Alle liberalen Sympathien hatten ſich von Preußen abgewendet, es kam nur noch darauf an, ſie für Oeſterreich dauernd zu gewinnen. Man war ungemein liebenswürdig und die berühmte öſterreichiſche Gemüthlichkeit ſetzte ſich auf die Eiſenbahn, um wiederholte „Vergnügungsreiſen“ durch das ſüdweſtliche Deutſchland zu machen. Man fuhr zwar bis Paris, aber das eigentliche Ziel lag doch nur dieſſeits des Rheines. Die guten Wiener ſollten die Herzen der Bayern und Schwaben gewinnen. Die Bevölkerungen ſollten fraterniſiren. Die Beſuche wurden durch Gegenbeſuche erwidert. Der Hauptzweck konnte natürlich nur in höhern Regionen erreicht werden. Oeſterreich mußte die Regierungen und die liberalen Kammern der Mittelſtaaten gewinnen. Dies geſchah durch Vor-

bereitungen zu einer Bundesreform. Die deutſche Bundesverfaſſung ſollte in der Art geändert werden, daß die Mittelſtaaten mit Oeſterreich enger verbunden würden und daß die liberalen Parteien damit zufrieden ſeyn könnten. Nur Preußen ſollte dabei zu kurz kommen. Die preußiſche Regierung blieb keine blinde Zuſchauerin. Schon am 28. Januar 1863 warnte Bismarck in einem Rundſchreiben, ſah der Gefahr, die Preußen bedrohte, feſt ins Auge und ſagte gradezu: „Oeſterreich könne es dahin bringen, daß Preußen gezwungen würde, ſich mit einem Gegner Oeſterreichs verbünden zu müſſen.“ Anſtatt ſich aber dadurch warnen zu laſſen, ſchloſſen ſich die Mittelſtaaten nur um ſo mehr an Oeſterreich an und die bayriſche Zeitung gab ſich zu der Rolle her, gegen Bismarck Lärm zu ſchlagen und ihn in einem affectirten Patriotismus mit Vorwürfen zu überhäufen, ſo daß der öſterreichiſche Miniſter, Graf von Rechberg, nur im Sinn der öffentlichen Meinung zu ſchreiben ſchien, indem er das preußiſche Umlaufſchreiben äußerſt energiſch beantwortete, am 22. Februar.

Der öſterreichiſche Bundesreformplan reifte in geheimen Verhandlungen mit den Mittelſtaaten. An Preußen wurde nichts mitgetheilt. Erſt am 3. Auguſt, als der König von Preußen zufällig im Bade Gaſtein mit dem Kaiſer von Oeſterreich zuſammentraf, gab ihm dieſer mündlich die erſte Nachricht von ſeinem Vorhaben und ſchon am folgenden Tage wurden von Seiten des Kaiſers Einladungsſchreiben an alle deutſche Fürſten zu einem großen Fürſtentage entſendet, der am 16. Auguſt in Frankfurt a. Main zuſammentreten ſollte. Vergebens ſtellte der König von Preußen dem Kaiſer vor, der Termin ſey zu kurz, eine beſondere Verabredung Oeſterreichs mit Preußen müſſe dem Fürſtentag vorangehen, Preußen könne ſich nicht ſo unvorbereitet überraſchen laſſen. Aber der Kaiſer ging von ſeinen Beſtimmungen nicht ab, denn Preußen zu überraſchen und zu iſoliren, war ja gerade der Zweck des Fürſtentags. Natürlicherweiſe weigerte ſich nun der König von Preußen, daran Theil zu nehmen.

Der Fürſtentag kam zu Stande. Perſönlich anweſend waren der Kaiſer, die Könige von Bayern, Sachſen und Hannover, der Kronprinz von Württemberg, Prinz Heinrich der Niederlande, ſämmtliche Großherzoge, Herzoge und Fürſten. Nur Preußen, Dänemark wegen Holſtein, Anhalt-Bernburg, Lippe-Detmold und Heſſen-Homburg fehlten. Unter allen in Frankfurt einziehenden Fürſten wurde Herzog Ernſt von Coburg vom Volk mit dem lauteſten Jubel begrüßt. Die Berliner Volkszeitung äußerte damals offen den Verdacht: „Oeſterreich will ſich mit Hülfe Frankreichs in Deutſchland entſchädigen für die Opfer, die es der Neugeſtaltung der europäiſchen Staaten bringt.“ *) Die Sache ſtand für Oeſterreich ſo günſtig, daß auch der ſ. g. Abgeordnetentag, eine Verſammlung aus Mitgliedern der verſchiedenen deutſchen Landtage, die nicht zufällig zugleich mit dem Fürſtentage in Frankfurt eröffnet wurde, „die Initiative des Kaiſers von Oeſterreich als ein erfreuliches Zeichen“ begrüßte. Dieſer Abgeordnetentag war aber doch „ein Wind, den Oeſterreich weder zu lenken, noch zu hemmen vermochte,“ und durchkreuzte die Abſicht des Kaiſers, indem er nicht nur die deutſche Reichsverfaſſung von 1849 zurückverlangte, ſondern auch Preußen mit Oeſterreich gleichſtellen wollte.

Der kaiſerliche Reformplan verlangte 1) ein Directorium des Bundes unter Oeſterreichs Vorſitz, beſtehend aus dem Kaiſer von Oeſterreich, den Königen von Preußen und Bayern und zwei weiteren Souveränen, die am 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps betheiligt und zu wählen ſeyen. 2) Einen Bundesrath unter dem Vorſitz Oeſterreichs, beſtehend aus den Bevollmächtigten der 17 Stimmen des bisherigen engern Raths der Bundesverſammlung. Zu einer Kriegserklärung des Bundes ſollen zwei Drittheil der Stimmen im Bundesrath erforderlich ſeyn; wird der Krieg aber für einen Bundesſtaat ge-

*) *Das klang ſo, als ſey damals ſchon daran gedacht worden, durch Darangabe Venetiens Schleſien zu erkaufen.*

führt, welcher zugleich außerhalb des Bundesgebiets Beſitzungen hat, ſo genügt einfache Stimmenmehrheit. (Demnach hätte Preußen ſowohl im Directorium, als im Bundesrathe leicht können überſtimmt und gezwungen werden, ſein Heer dem Kaiſer von Oeſterreich für deſſen beſondere Zwecke zur Verfügung zu ſtellen). 3) Dem Volke bot der Kaiſer ein neues Parlament an unter dem Namen einer Verſammlung von Bundesabgeordneten. Dieſelben ſollten Delegirte ſeyn aus den jeweiligen repräſentativen Körpern der Einzelſtaaten, an der Zahl 300 und zwar je 75 von Oeſterreich und von Preußen, und 150 aus den übrigen Staaten. (Auch in dieſer Zahlenberechnung war Preußen merkwürdig verkürzt, da es mehr Seelen zählt, als das zum deutſchen Bunde gehörige Oeſterreich und auch, als die Mittel- und Kleinſtaaten zuſammen, die doch doppelt ſo viele Delegirte in die Verſammlung ſchicken ſollten.) 4) Die Beſchlüſſe der Bundesabgeordneten ſollten von einer periodiſchen Fürſtenverſammlung geprüft werden, die ihre letzten Entſchließungen dem Directorium mitzutheilen habe. 5) Sicherte der Kaiſer ein neues Bundesgericht zu, ernannt von den Fürſten mit Zuziehung von 12 außerordentlichen Mitgliedern, welche aus den einzelnen Ständeverſammlungen genommen werden ſollten.

Wenn es die Abſicht war, Preußen dahin zu treiben, daß es eine ihm ſo ungünſtige Bundesreform gar nicht annahm und lieber aus dem Bunde austrat, ſo war es dennoch ſchlecht berechnet, denn auf die Mittelſtaaten konnte ſich Oeſterreich nicht verlaſſen. Sie bedienten ſich gern Oeſterreichs gegen Preußen, nahmen ſich aber ſehr in Acht, Oeſterreich ihre Souveränetät zum Opfer zu bringen und ſeine unterthänigen Vaſallen zu werden. Inſofern bedienten ſie ſich gern auch wieder Preußens gegen Oeſterreich. Sie benahmen ſich daher in Frankfurt zwar äußerſt höflich gegen den Kaiſer, aber in der Hauptſache lau. Dazu kam, daß Preußen grade damals im Namen des Zollvereins einen, wie nachher die Erfahrung bewieſen hat, ſehr vernünftigen und beiden Theilen zuträglichen Handelsvertrag

mit Frankreich abgeſchloſſen hatte und den Mittelſtaaten nur die Wahl ließ, entweder dieſen Vertrag zu unterzeichnen, oder aus dem Zollverein auszutreten. Nun gab ſich zwar Oeſterreich alle Mühe, die Mittelſtaaten von Preußen weg und in ſein Zollgebiet hineinzuziehen, allein einen ſolchen Wechſel erlaubte das materielle Intereſſe der Mittelſtaaten nicht. Alle ohne Ausnahme fügten ſich Preußen, unterzeichneten den franzöſiſchen Vertrag und blieben im Zollverein.

Da Preußen den öſterreichiſchen Bundesreformplan von ſich wies, blieb Oeſterreich nichts übrig, als es entweder beim Alten zu laſſen, oder mit den Mittelſtaaten einen neuen Bund einzugehen, von dem Preußen ausgeſchloſſen würde. Das letztere hätte Oeſterreich wohl gern gethan, aber die Mittelſtaaten zeigten keinerlei Eifer dafür und mit Gewalt oder Bundesexecution gegen Preußen vorzugehen, fühlte ſich Oeſterreich nicht ſtark genug. Manche dachten ſich damals und wiederholen es heute noch, Kaiſer Franz Joſeph hätte in Frankfurt den erſten Zuſtimmungseifer der Mittelſtaaten raſch benützen und Bundesexecution gegen das renitente Preußen durch einen Bundesbeſchluß einleiten ſollen. Eine ſeltſame Zumuthung. Der Eifer der Mittelſtaaten war weder ſo warm, noch Oeſterreich ſo ſtark, noch Preußen ſo ſchwach, als ſie hätten ſeyn müſſen, wenn die Execution hätte gelingen ſollen.

Oeſterreich war nun wieder iſolirt, die Ungarn verharrten in ihrem Groll, der Reichsrath blieb unvollſtändig, ein klägliches Rumpfparlament. Das Wiener Kabinet war ſichtlich in Verlegenheit, als Graf Rechberg, der es damals leitete, wieder einen andern Verſuch machte und eine neue Frontveränderung vornahm. Er hatte den eben ſo kühnen, als glücklichen Gedanken, ſich mit dem preußiſchen Miniſterpräſidenten von Bismarck, trotzdem daß beide ſich Jahrelang als Bundestagsgeſandten in Frankfurt feindlich gegenüber geſtanden hatten, in freundliches Einvernehmen zu ſetzen, ein enges Bünd-

niß zwiſchen Oeſterreich und Preußen gegen die däniſchen Anmaßungen in den Elbherzogthümern zu ſchließen und dieſen Handel zur Entſcheidung zu bringen ohne Mitwirkung der übrigen deutſchen Bundesſtaaten. Der Verſuch war praktiſch. Einigten ſich Oeſterreich und Preußen, ſo waren ſie auch ſtark genug, um jeden auswärtigen Feind abzuſchrecken, und brauchten auf die immer mißtrauiſchen und unzuverläſſigen Mittelſtaaten keine allzu ängſtliche Rückſicht mehr zu nehmen. Zunächſt wurden die Ungarn genöthigt, ſich in ihren Forderungen zu mäßigen.

Indem aber Oeſterreich mit Preußen allein die deutſche Frage in den Elbherzogthümern zu entſcheiden unternahm und dabei die andern Bundesſtaaten auf die Seite ſchob, zerbrach es ſelbſt das Gefäß, deſſen es ſich ſo lange bedient hatte, und gab ſelber jenen Bundestag auf, den Fürſt Metternich mit ſo klugem Vorbedacht zum Nutzen Oeſterreichs eingeſetzt und um deſſen Wiederherſtellung ſich im Jahr 1850 Fürſt Schwarzenberg noch mit ſo vielem Eifer bemüht hatte.

Zweites Buch.

Oesterreichs innerer Verfall.

Wir müssen, ehe wir den Faden der Geschichte weiter spinnen, noch den Blick auf die innern Zustände Oesterreichs richten, weil man sich, ohne sie zu kennen, gar Vieles, was in den letzten Jahren geschehen ist, nicht würde erklären können.

Schon lange hat man auf Oesterreich das abgedroschene, aber passende Witzwort im Hamlet angewandt: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark!“ Das vom Himmel am meisten gesegnete Reich in Europa sank in fünfzigjährigem Frieden immer tiefer und tiefer in Schulden. Seine fruchtbaren Länder blieben durch Mauthen, nicht nur vom Ausland, sondern auch unter einander selbst abgesperrt. Es fehlte an Verkehrsmitteln, an Straßen für die Ausfuhr der Landeserzeugnisse. Auch Eisenbahnen zu bauen, bequemte sich Oesterreich später als alle andern Staaten. Für geistige Bildung geschah überaus wenig, für die sittliche am wenigsten. Schon im Jahre 1850 nannte

Feldmarſchall-Lieutenant Welden die Stadt Wien, deren Commandant er damals war, „einen abfaulenden Miſthaufen.“

Die Wurzel alles dieſes Unheils iſt da zu ſuchen, wo die Regierung zuerſt von dem Programme abwich, welches dem deutſchen Kaiſerthume unabänderlich von der Geſchichte vorgeſchrieben iſt. Dieſes Programm verlangte, daß das deutſche Volkselement im Kaiſerſtaate ſtets als das überwiegende gepflegt werde, daß die dem Reich unterworfenen Italiener, Ungarn und Slaven ſich nie einfallen laſſen durften, den Reſpect vor den Deutſchen zu verlieren und ſich über ſie zu erheben. Das Programm verlangte ferner, daß der Kaiſer als erſter Schirmherr der Kirche ſeinem Reiche den katholiſchen Charakter bewahrte und nicht etwa blos die katholiſche Form beibehielt, ſondern auch geſtattete und dazu mitwirkte, daß die Kirche mit Geiſt durchdrungen wurde. Beiden Forderungen hat die öſterreichiſche Regierung nicht entſprochen.

Schon unter Kaiſer Karl V. hatte ſie die Maxime angenommen, ſich mehr auf Spanien und Italien, als auf ſeine deutſchen Kronländer zu ſtützen. Damit ſeine deutſchen Unterthanen nicht von den Reformationsideen der Norddeutſchen angeſteckt werden und keine deutſchen Bücher leſen möchten, wurde die Erziehung in Oeſterreich Jeſuiten anvertraut, die den Unterricht in lateiniſcher Sprache und im italieniſch-ſpaniſchen Geſchmack ertheilten. So geſchah es, daß die Ausbildung des deutſchen Geiſtes, der deutſchen Sprache, der deutſchen Literatur in Oeſterreich im Rückſtande blieb und daß grade dasjenige erfolgte, was man hatte vermeiden wollen. Als nämlich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts der lateiniſche Unterricht ſich als der ausſchließliche auf deutſchem Boden nicht länger behaupten ließ und die Häuſer Habsburg und Bourbon überhaupt den Jeſuitenorden aufhoben und zum Vortheil ihrer Staatsomnipotenz die katholiſche Kirchengewalt bis zur Ohnmacht abſchwächten, wurde das deutſche Oeſterreich plötzlich mit der ihm bisher unzugänglich geweſenen norddeutſchen und franzö-

ſiſchen Literatur überſtürzt, mit einer Literatur, welche durch Anmuth und Gewandheit der Sprache beſtach, deren Grundzüge aber bereits Unglauben und eine unter dem Namen der Humanität und ſchönen Natürlichkeit ſehr aufgelockerte Moral waren. Die in Oeſterreich an Bildung entweder ganz vernachläſſigte oder nur in lateiniſchen Jeſuitenſchulen aufgezogene Jugend war gegen die verderblichen neuen Eindrücke nicht gewaffnet. Die ſtrenge Jeſuitenerziehung hatte nicht verhindert, daß in Wien ein ſinnliches Schlaraffenleben in Unwiſſenheit glücklicher Phäaken aufgekommen war. Alſo wurde hier, was ſich in der norddeutſchen und franzöſiſchen Literatur noch von religiöſem und ſittlichem Ernſt vorfand, am wenigſten goutirt und vielmehr nur alles Frivole gierig eingeſogen und nachgeahmt. Das waren die Zeiten Trattners und Blumauers. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir dafür halten, es wäre für den deutſchen Kaiſer ſchicklicher und nützlicher geweſen, wenn er ſchon unmittelbar nach der großen Reformation in ſeinen Erbſtaaten aufrecht erhalten und weiter ausgebildet hätte, was der deutſche Nationalgeiſt ſo Großartiges im Mittelalter geleiſtet hat. Es war nicht weiſe, daß er den Proteſtanten die Weiterentwicklung der deutſchen Sprache und Literatur überließ, und es war nicht natürlich, daß er ſeine deutſchen Unterthanen in die welſche Schule nahm.

Nach den großen Kriegen gegen Frankreich, welche doch die deutſche Nationalität im tiefſten Grunde aufgeregt hatten, würde Oeſterreich, ſo hätte man glauben ſollen, das Verſäumte nachzuholen bemüht geweſen ſeyn. Es hätte mit der ganzen Fülle des oberdeutſchen, alpinen Geiſtes und Gemüthes in die literariſche Arena eintreten ſollen, wetteifernd mit dem norddeutſchen Geiſte, welcher damals, in Folge der erſchütternden Kriege, der Lüderlichkeit ſich entriſſen und dem Edeln, dem Patriotismus, ſogar der Religion ſich wieder zugewendet hatte. Allein das Gegentheil erfolgte. Fürſt Metternich ſchloß Oeſterreich wie merkantiliſch, ſo literariſch vom übrigen Deutſchland aus!

Eine öſterreichiſche Literatur herzuſtellen, welche der des übrigen Deutſchland in ächt deutſcher Geſinnung und Genialität als höchſte und reichſte Entfaltung nationaler Geiſtesblüthe hätte überlegen werden können, dazu war Metternich weder fähig, noch geneigt. Er weigerte ſich ſogar, eine Akademie der Wiſſenſchaften in Wien aufkommen zu laſſen, durch welche die deutſche Bildung in Oeſterreich einen neuen Schwung hätte bekommen können, und bewilligte ſie erſt ſehr ſpät und ohne ihren deutſchen Charakter zu betonen, oder ihr einen andern ſpecifiſch öſterreichiſchen und ſpecifiſch katholiſchen Geiſt einzuhauchen. Er duldete nicht, daß große Männer in Oeſterreich in Jugend und Volk eine Begeiſterung erweckten. Theologie und Philoſophie ſchliefen beinah ein. Nur in Fachwiſſenſchaften, die jeder national-deutſchen, kirchlichen und politiſchen Begeiſterung fern blieben, wurde etwas geleiſtet.

In dem Maaß aber, in welchem die Regierung lediglich nichts that, um das deutſche Element in Oeſterreich zu heben, zu ſtärken, zu adeln, um den nicht deutſchen Unterthanen in den Provinzen das alte Uebergewicht des Germanismus im Auſtriacismus fühlbar zu machen, begannen jene nichtdeutſchen Unterthanen, Italiener, Magyaren, Böhmen, ſich in ihrer Nationalität zu fühlen. Während das Deutſchthum in Oeſterreich ſyſtematiſch verkleinert und gleichſam ins Kindiſche hinabgedrückt wurde, verloren jene Nichtdeutſchen den alten Reſpect vor den Deutſchen, dünkten ſich mehr und ſtreckten ſich, um ihnen über den Kopf zu wachſen.

Während in dem undankbaren Italien alle Wohlthaten der öſterreichiſchen Regierung nur mit unverſöhnlichem Nationalhaſſe erwiedert wurden, war man in Wien ſo blödſinnig, dieſe Nationalität auf alle Weiſe zu ſchützen und auszudehnen. Die deutſchen Dörfer im Venetianiſchen Gebiet, welche Jahrhunderte hindurch unter der Herrſchaft jener ſtolzen Republik im Gebrauch ihrer deutſchen Sprache und Sitte ungekränkt geblieben waren, wurden jetzt erſt auf Befehl der öſter-

reichiſchen Regierung gezwungen, nur noch italieniſch zu reden. Ebenſo die tapfern Fleimſer, die von Tirol aus in ſo vielen Schlachten der Schrecken der Italiener geweſen waren. Auch ihnen quälte man die italieniſche Sprache auf. Noch fühlen ſie ſich in ihrer deutſchen Heldenkraft den italieniſchen Nachbarn überlegen, aber wenn die welſche Uebertünchung nicht bald von ihnen genommen wird, ſo gehen ſie für uns verloren. Eine Stimme aus Südtirol in der Augsb. Allg. Zeitung vom 8. October 1866 ſagte aus: „Ich konnte mich vor kurzem bei einem Beſuch des Trentino überzeugen, daß nur die Zungen und nicht die Herzen verwelſcht ſind, ja daß ſich die Bauern von Val Arſa und der Sette Comuni mit Stolz der deutſchen Ahnen rühmen. Schaut ſie nur an dieſe feſten Männer und Frauen, die blonden blauäugigen Kinder, ſie ſind deutſch! Hätte Baiern Tirol behalten, ſie wären auch deutſch geblieben; daß ſie jetzt italieniſch ſprechen, iſt eine ſchwere Anklage gegen die öſterreichiſche Regierung Metternichs, dem die Völker nur geographiſche Begriffe waren. Auch „Neu-Oeſterreich“ hat nichts gethan. — Noch vor dreißig Jahren hörte man bis Salurn nur deutſch reden, kaum daß einem hie und da ein italieniſcher Bilderhändler begegnete. Dann rückten die welſchen Holzhändler an, ihnen folgten die Arbeiter, welche im Eiſack- und Rienzthale die Bäume fällten und zerſägten. Dann die Traubenkrankheit, welche den behäbigen deutſchen Weinbauer, den die Noth zwar beten, aber nicht faſten lehrte, zum Verkauf des Guts zwang, das ſparſame Italiener erwarben. Endlich der Bau von Straßen und Eiſenbahnen, zu denen vorzüglich italieniſche Hände verwendet wurden. Zwiſchen Innsbruck und Botzen hört man jetzt ſoviel italieniſch als deutſch. Botzen iſt nur noch eine Vorſtadt Veronas.“

Jenes Uebergreifen des italieniſchen Volkselements hatte nur vorübergehende Urſachen und die italieniſche Sprache würde die deutſche aus den Dörfern Südtirols nicht haben verdrängen können, wenn nicht die öſterreichiſche Regierung in grenzenloſer Verblendung durch

ihre eigenen Machtbefehle die deutſche Sprache auch aus Kirche und Schule verdrängt hätte. Jene Stimme aus Südtirol fährt fort: „Waren in irgend einer Gemeinde ein paar italieniſche Familien, ſo geſtattete man ihnen gleich, eigene Schulen zu errichten. Ja man gab ihnen ſogar welſche Seelſorger, wo doch ein deutſcher genügt hätte, der auch italieniſch verſtand. An den welſchtiroliſchen Lehranſtalten wurde das Deutſche gänzlich bagatelliſirt. Man forderte an denſelben aber von den deutſchen Schülern gleich im erſten Semeſter die Prüfung in italieniſcher Sprache, während an der Univerſität zu Innsbruck zum Deutſchſprechen eine Friſt von zwei Jahren geſtattet wurde, welche man nöthigenfalls noch verlängerte. Ferner die Amtsſprache. Von den Welſchtiroler-Präturen war kein deutſches Wort herauszubringen, während man ſelbſt von uns Deutſchtirolern faſt zu verlangen ſchien, daß wir mit ihnen italieniſch correſpondirten. Ja an manchen rein deutſchen Bezirksämtern liebte man es, wenn Welſchtiroler kamen, italieniſch zu amtiren, ſo daß z. B. die Gerichtsbezirke Neumarkt, Botzen und theilweiſe Meran zur Hälfte mit italieniſchen Acten belegt ſind, wo noch vor Jahren ein italieniſches Actenſtück als Curioſum zu ſehen war. In jüngſter Zeit ſchon glaubte man auf der Eiſenbahn von Botzen abwärts gegen Trient gar nicht mehr im deutſchen Lande zu ſeyn.“

Wie die Vernachläßigung alles Deutſchen im Kaiſerreiche von den Italienern benutzt wurde, haben wir erlebt. Italien hat ſich von Oeſterreich factiſch losgeriſſen. Was ſie trotz ihrer Unfähigkeit mit fremder Hülfe durchſetzten, haben die Ungarn mit weit mehr Tapferkeit im blutigen Kampfe wenigſtens verſucht. Die Regierung ſelbſt hat durch ihre Unfähigkeit, deutſch zu regieren, den Trotz der Ungarn hervorgerufen. Auch die gutmüthigen Wiener haben dazu beigetragen. Sie hatten ihre Freude an den ſchmucken Magyarenrittern in ihrem Nationalcoſtume. Hiſtoriſche Bilder aus Ungarns Vorzeit, Genre- und Landſchaftsbilder aus der Pußta wurden Mode. Wie viele

Wiener Damen verliebten ſich in wie viele ungariſche Dichter! und die Verſe dieſer Dichter wurden ins Deutſche überſetzt, und in liebenswürdiger Dummheit blieb man dieſen Dichtern gut und achtete nicht darauf, wenn auch glühender Deutſchenhaß oder kokette Verachtung alles Deutſchen aus ihren Verſen herausblitzte. Die Magyaren ſetzten durch, daß die bisher auf ihrem Reichstag gebräuchliche lateiniſche Sprache durch die ungariſche erſetzt werden mußte, und der Kaiſer fügte ſich dieſer Neuerung. Die Ungarn fielen dabei in Widerſpruch mit ſich ſelbſt, denn indem ſie das Recht ihrer eigenen Nationalität in Anſpruch nahmen, verſagten ſie daſſelbe den Croaten, Slovaken, Serben, Rumänen und den Sachſen in Siebenbürgen und verlangten mit Ungeſtüm, dieſe alle ſollten, als zu Ungarn gehörig, auch nur magyariſch reden.

Während Oeſterreich nur ſtagnirend und mit dem Gewicht der Trägheit die aggreſſive Leidenſchaftlichkeit der Ungarn zurückwies und aufhielt, aber ſelbſt keinerlei Initiative ergriff, um das immer mehr aufgeregte Ungarn durch zeitgemäße Reformen, namentlich in Szechenyſchem Sinne zu befriedigen, Ungarns Wohlſtand zu mehren und flüſſig zu machen, den Gewaltsangriffen der griechiſchen Kirche gegen die katholiſche im benachbarten Polen zu ſteuern, allen Katholiken in Oſteuropa ihre ſolidariſche Verpflichtung zum Bewußtſeyn zu bringen und durch eine allmählig deutſche Coloniſation die Defenſiv- und Offenſivſtärke der öſterreichiſchen Monarchie an dieſen Oſtgrenzen zu verdoppeln, operirte Rußland mit überlegenem politiſchem Verſtande, um Polen allmälig immer ſicherer zu ruſſificiren und zu dekatholiſiren und zugleich alle griechiſchen Chriſten in der Türkei ſeinem Einfluß zu unterwerfen und dem öſterreichiſchen zu entziehen. Die ruſſiſche Intrigue regierte in der Moldau und Wallachei, in Bulgarien, Montenegro und Griechenland und führte einen Thronwechſel in Serbien herbei, um einen unabhängigen Fürſten daſelbſt zu verdrängen und einen ruſſiſchen Günſtling dafür einzuſetzen.

Das Königreich Böhmen iſt ſchon ſo lange als Kurfürſtenthum dem deutſchen Reich einverleibt geweſen und wird von ſo zahlreichen Deutſchen bewohnt, daß es unmöglich mehr von Deutſchland losgeriſſen werden kann. Die Czechen gehörten immer zu den Begünſtigten am Wiener Hof und nahmen die erſten Stellen im Staats- und Armeedienſt ein. Seit 400 Jahren hat niemand mehr daran gedacht, einen czechiſchen Sonderſtaat aus Böhmen zu machen. Auch die neue czechiſche Partei hat klein angefangen und ſich erſt nach und nach in Anmaßungen gegen die Deutſchen geſteigert, indem ſie das Beiſpiel Ungarns vor Augen hatte und polniſche und ruſſiſche Panſlaviſten mit den Czechen kokettirten. Angeregt durch den Eifer, mit dem unter der napoleoniſchen Herrſchaft die Brüder Grimm und andere deutſche Gelehrte die ruhmwürdigen Erinnerungen der deutſchen Vorzeit ſammelten, fiel es dem böhmiſchen Gelehrten Wenzel Hanka ein, angebliche altböhmiſche Heldenlieder zu veröffentlichen, die er in einer Königinhofer Handſchrift entdeckt haben wollte, im Jahr 1817. Ein Betrug, wie der, welchen ſich der Engländer Macpherſon mit den Liedern Oſſians erlaubt hat, nur daß Macpherſon an einigen echten alten Liedern wenigſtens Anhaltspunkte hatte, indeß Hanka ſeinen Stoff lediglich aus Hageks fabelhafter Chronik und ſogar aus modernen Büchern, z. B. aus einem Gedicht von Herder ſchöpfte. Der Betrug Hankas iſt durch Feifalik und andere gründlich nachgewieſen. Die angebliche Handſchrift iſt verfälſcht und modern. Die angeblich alten Lieder ſchildern die Stadt Prag, wie ſie erſt in ſpäter chriſtlicher Zeit gebaut war. Ebenſo enthalten ſie die gröbſten Verſtöße gegen Sitte und Gewohnheit der älteren Zeit. Anfangs dachte freilich niemand an Betrug, und obgleich die Lieder viel leidenſchaftliche Feindſchaft gegen die Deutſchen durchblicken ließen, wurden ſie doch von den gutmüthigen Deutſchen als ein köſtlicher wiſſenſchaftlicher Fund bewundert, überſetzt und gedruckt. Nun konnte der ſlaviſche Ungar Kollar ſchon noch einen Schritt weiter gehn und auf eine ganz unvernünftige Art die Slaven

in jeder Beziehung hoch über die Deutſchen ſtellen. Man nahm in Deutſchland von dieſem lächerlichen Gebahren mit Recht keine Notiz. Nur Profeſſor Wuttke, als Vorkämpfer der Deutſchböhmen um die deutſche Sache vielfach verdient, hat im Jahr 1848 Kollars, nur auf die gänzliche Unwiſſenheit ſlaviſcher Leſer berechneten Rodomontaden widerlegt. Uebrigens war Kollar nur ein Diener ruſſiſcher Politik, denn ſchon im Jahr 1827 ſuchte er in einem Gedicht (Slavy dcera), das unter den Slaven viel Aufſehn erregte, die freiſinnigen Polen von ihrem Ruſſenhaß abzubringen, was ihm, wie man weiß und ſchon die Revolution von 1831 bewies, nicht gelungen iſt. Es fiel auf, daß im Jahr 1862 an die namhafteſten Panſlaviſten in Böhmen ruſſiſche Orden ausgetheilt wurden und daß an einigen Punkten Mährens, namentlich in Willehrad und Brünn bei der Jubelfeier des mähriſchen Apoſtels, des h. Metud (Methodius) am 25. und 26. Auguſt Reden voll von glühendem Deutſchenhaß gehalten wurden. Ein Doctor Kalusz tobte gegen die deutſchen Schulen und verlangte die Gründung einer ſlaviſchen Kirche, welche der griechiſch-ruſſiſchen, die ohnehin jenen Apoſtel für ſich in Anſpruch nimmt, näher ſtehen ſollte, als der römiſchen.

Die ſlaviſche Oppoſition gegen die deutſche Nationalität würde ſich auf die Höhe der italieniſchen und ungariſchen Oppoſition erhoben haben, wenn nicht der Haß der Böhmen gegen die Ungarn dem Kaiſer zu gute gekommen und wenn nicht grade damals die ſlaviſche Bewegung durch den Krieg in Polen geſtört worden wäre. Die unglücklichen Polen ſtanden 1863 gegen die unbarmherzige Tyrannei der Ruſſen auf, die zu bewältigen ihre Kraft nicht ausreichte. In ihrem blutigen Todeskampfe wurden ſie vielfach unterſtützt vom polniſchen Adel im öſterreichiſchen Galizien, wobei die Regierung in Wien ziemlich lange ſchonend zuſah.

Wie das deutſche Volkselement, ſo wurde auch das kirchliche in der öſterreichiſchen Monarchie vernachläßigt und zurückgeſetzt. Die

Kirche war Magd des Staates und der Staat duldete keinen Geiſt in ihr, keinen großen Biſchof, keinen großen Theologen, keinen begeiſternden Redner, wie deren das übrige Deutſchland, Frankreich und England ſo viele hatte.

Das ſ. g. Proteſtantengeſetz vom 8. April, welches Schmerling erließ, ſchmeichelte nur den Liberalen und dem Unglauben und verletzte tief die katholiſchen Gefühle. Die Metropoliten und Biſchöfe des Reichs erließen im Juni eine Adreſſe an den Kaiſer, worin ſie tief bedauerten, daß das Kaiſerthum nunmehr ſeinen katholiſchen Charakter verleugne. Sie warnten, Oeſterreich möge doch ja nicht das Beiſpiel Sardiniens nachahmen, wo jetzt die Religion der ſchnödeſten Wühlerei erliege und mit der Kirche auch die Sitte, Recht und Wahrheit zerſtört ſeyen. Der Tiroler Landtag klagte in einer Adreſſe den Miniſter Schmerling an, daß er ihnen zum Dank für ihre altbewährte Treue gegen das Kaiſerhaus jetzt die Peſt ins Land ſchicken wolle, „den Peſthauch der ſchlechten Zeit.“ Doktor Fiſcher, vormals Statthalter von Oberöſterreich, jetzt Abgeordneter von Tirol im Reichsrath, ſprach in demſelben Sinne ernſte und ſchöne Worte. Er entwickelte, wie glücklich Tirol ſeit Jahrhunderten durch ſeine Glaubenseinheit geweſen ſey, wie ſich ſeine Volksthümlichkeit gerade durch dieſe Glaubenseinheit herrlich entfaltet habe und wie alle früheren Regierungen dies auch eingeſehen und berückſichtigt hätten. So ſeyen die Edikte Joſephs II. 1789 und 1832 wie die Paritätsvorſchläge von 1848 zurückgezogen worden. Warum man jetzt die Fackel der Zwietracht in das ruhige und treue Land ſchleudern wolle? „In den Ländern, wo bereits die Parität der katholiſchen und proteſtantiſchen Kirche beſteht, da iſt das Proteſtantengeſetz vom 8. April ein Akt der Nothwendigkeit und Staatsweisheit; anders aber in rein katholiſchen Ländern, da iſt es keine Nothwendigkeit. Das Miniſterium ſelbſt ſcheint zum Theil dieſer Anſicht geweſen zu ſeyn, denn weder für Dalmatien, noch für Venetien und die Lombardei wurde es erlaſſen. Man

fragte ſich in Tirol, warum denn jene Länder ausgenommen würden und man erhielt an maßgebender Stelle die Antwort, weil die italieniſchen Länder ſich in einem exceptionellen Verhältniſſe befinden. Ja wohl, es iſt ein Unterſchied zwiſchen ihnen und Tirol. Sie fielen ab, Tirol aber half ſie zum Gehorſam zurückführen. Der Lohn aber, der den treuen Tirolern gebührte, wird jetzt den meuteriſchen Italienern zu Theil."

Das Tiroler Volk hatte recht, die Sündfluth von ſich abzuwehren, die unter dem ſchönen Namen der Toleranz zur joſephiniſchen Zeit, zur Zeit der bayriſchen Verwaltung unter Montgelas und jetzt zum drittenmal gegen ihre Berge heranwogte. Denn hinter der ſ. g. Toleranz verbirgt ſich der wüthendſte Haß gegen die alte Kirche, die Verleumdung und Verhöhnung ihrer Prieſter, die Auflockerung altehrwürdiger Sitte und die Vergiftung des Volksgeiſtes durch die ſchlechte Preſſe. Wenn das Miniſterium Schmerling in ſeinem Umlaufſchreiben die Preſſe als die Macht bezeichnete, welche hauptſächlich zur Verwirklichung des von ihm aufgeſtellten Ideals höherer Bildung für Oeſterreich mitwirken ſollte, ſo hätte er auch etwas thun ſollen, um dieſe Preſſe zu verbeſſern. Die periodiſche Preſſe in Oeſterreich, die am meiſten auf das Volk einwirkt, befand ſich in den unreinſten Händen.

Wir ſahen oben ſchon, wie das deutſche Element in Südtirol von der Regierung vernachläßigt und dem italieniſchen aufgeopfert worden iſt. Daß auch in Bezug auf ſeinen Glauben das treue Volk der Tiroler von der Regierung ſo ſchwer bedrängt wurde, geſchah ohne alle Noth, ohne alle weiſe Vorausſicht, nur zum eigenen Schaden der Regierung. Weil der Schmerlingſche Liberalismus in Wien ſeine Experimente machte, wurde den Tirolern ihre uralte Glaubenseinheit genommen, das Land ſollte mit allen bürgerlichen Rechten auch Nichtkatholiken geöffnet werden. Als Volk und Landſtände in Tirol ſich dagegen wehrten, intonirten die Wiener Judenblätter ein

Zetergeſchrei, welchem der gedankenloſe Liberalismus in ganz Deutſchland nachſchrie. Die allgemeine Toleranz, die Humanität ſchienen beeinträchtigt zu ſeyn. Aber Tirol hat mit ſeinem Katholicismus den deutſchen Proteſtanten niemals wehe gethan. Es hat ſie als Gäſte immer freundlich und jahrelang bei ſich aufgenommen. Es hat ſeine Art und Weiſe niemand aufgedrungen und nur verlangt, daß man auch ihm nichts Fremdes aufdringe. Es war immer gut deutſch, trotz irgend einem andern deutſchen Volksſtamme. Als Norddeutſchland ſeinen Schill und Braunſchweiger Herzog hatte, geſellte ihnen Tirol ſeinen herrlichen Sandwirth zu, den Stolz nicht blos der Tiroler, ſondern aller Deutſchen. Das deutſche Tirol war ſeit vielen Jahrhunderten das unerſchütterliche Bollwerk der deutſchen Nationalität gegen Süden. Wie oft brachen ſich die Wellen mailändiſcher und franzöſiſcher Heere an den unnahbaren Tiroler Bergen. Lange vor dem unvergeßlichen Jahre 1809 übte ſchon das Tiroler Volk die gleiche Treue an Deutſchland und ſchlug, obgleich nur ein kleines armes Bergvolk, die ſtolzeſten Heere Welſchlands und Frankreichs zurück. Dieſen Muth und dieſe Kraft aber ſchöpfte das Tiroler Volk aus ſeiner uralten Einigkeit im Glauben, in der Sitte und Tracht. Ein Edelſtein unter den deutſchen Völkerſtämmen, den man nicht ſollte zerſchlagen oder verfälſchen wollen.

Da ſich die im vorigen Jahrhundert überall ſehr vom Geiſt entleerte katholiſche Kirche zuerſt in Frankreich, in den deutſchen Mittelſtaaten, Preußen und England reichlich wieder mit Geiſt erfüllte, ziemte es Oeſterreich, welches noch den Rang der erſten katholiſchen Macht in der Welt behauptete, am allerwenigſten geiſtig zurückzubleiben. Noch mehr hätte es zu einer Wiederaufnahme katholiſcher Begeiſterung aufgefordert werden ſollen durch die griechiſch-ruſſiſche Propaganda im katholiſchen Nachbarlande Polen. Der deutſche Kaiſer, der älteſte Schirmherr der römiſchen Kirche, durfte nimmermehr ruhig zuſehen, wenn katholiſche Glaubensgenoſſen in nächſter Nähe

zu Märtyrern gemacht wurden. Die griechiſch-ruſſiſche Propaganda, durch welche bereits viele Millionen Unirte ins Popenthum hinein gezwungen worden ſind, iſt eins der wirkſamſten Regierungsmittel Rußlands, aber verderbendrohend allen andersgläubigen Nachbarn. Nicht dem dumpfen Popenthume, das nicht einmal eine Predigt kennt, kommt es zu, das Gebiet der abendländiſchen Kirchen zu erobern und mit Barbarei die Civiliſation zu erſetzen. Nach Oſten hin chriſtlichen Geiſt und germaniſches Recht und Ehrgefühl auszubreiten, war die große Miſſion der Deutſchen im Mittelalter. Sie iſt in Wien längſt vergeſſen, obgleich grade der öſterreichiſche Kaiſerſtaat durch das rückſichtsloſe Vordringen der Ruſſen am meiſten gefährdet iſt.

Wenn man die öſterreichiſche Preſſe, die Wiener Unterhaltungsblätter durchläuft, ſo findet man viel mehr halbheidniſche Frivolität und jüdiſchen Spottgeiſt darin, als katholiſche Geſinnungen. Es iſt eine die deutſche Nation wie die katholiſche Kirche demüthigende, eine ſchreckliche Wahrheit, daß die öſterreichiſche Regierung, die Erbin des deutſchen Kaiſerthums, ihre orientaliſche Miſſion nur darin geſucht hat, dem Judenthum Vorſchub zu leiſten.

Der Krebsſchaden der öſterreichiſchen Monarchie war die Judenwirthſchaft. Juden beherrſchten die Finanzen und die Preſſe. In ihren Händen war das Geld und das Wort. Das chriſtlich deutſche Volk ſchien nur noch da zu ſeyn, ſich das Geld von ihnen aus der Taſche ziehen und ſich von ihren Zeitungen belügen zu laſſen. Die Monarchie würde bei ihren unermeßlichen Hülfsquellen weniger als jede andere (namentlich als die geographiſch kleinere und von der Natur minder geſegnete preußiſche Monarchie) durchaus nicht nöthig gehabt haben, unaufhörlich beim Großjuden Geld zu borgen und ihm ungeheure Wucherzinſen dabei zu gewähren. Auch alle andern Borgereien und Verpfändungen, Börſenſchwindeleien, Verkauf der Regalien und Eiſenbahnen, wobei weder der Staat noch das Volk, ſon-

dern nur der Jude gewann, wären nicht nöthig geweſen, wenn man von Anfang an ehrlicher gewirthſchaftet hätte. Aber wie konnte man aus den Schulden herauskommen, wenn betrügeriſche Beamte, Generale und ſelbſt Miniſter die Lieferungen für den Staat und die Armee immer und immer wieder Juden anvertrauten, indem ſie ſich von ihnen beſtechen ließen und dann viel weniger und das Wenige ſchlechter lieferten, als wofür ſie bezahlt wurden. Die Prozeſſe, welche wegen der ſchlechten Armeeverwaltung nach dem unglücklichen Kriege von 1859 eingeleitet wurden, halfen gar nichts. Die Selbſtmorde der zunächſt Betheiligten zogen einen Schleier darüber.

In der geſegnetſten Monarchie Europas ſah man ſchon ſeit vielen Jahren im gemeinen Verkehr weder Gold noch Silber, ſondern nur Kupfer und Papierfetzen. In den Provinzen herrſchte, einige gewerbſame Städte und reiche Adelsſitze ausgenommen, bittere Armuth. Das arme Volk fand keinen Schutz bei der Regierung, denn hier wurde jede Rückſicht auf das Volk von der Finanzfrage verſchlungen. Die niedern Beamten waren ſchlecht bezahlt und auf Beſtechungen angewieſen. Von ihnen kam dem Volke kein Troſt und in den nicht deutſchen Provinzen machten ſie ſich verhaßt und ſogar verächtlich, weil ſie von Wien aus nicht den Impuls erhielten, der ſie als ehrliche und ſtrenge germaniſche Charaktere den Ungarn und Böhmen gegenüber in impoſanter Würde hätte darſtellen ſollen. Der Ungar, viel ungebildeter und wilder als der Deutſche, hatte doch weit mehr Ehrlichkeit und Ritterlichkeit bewahrt, als jenes hungerleidende Beamten- und Schreibervolk, was man ihm ins Land ſchickte. Im Jahr 1861 drückte ſich die ungariſche Adreſſe von Gran gar deutlich darüber aus. In Croatien mußte der edle Ban Jellachich aus Kummer ſterben, weil die Beamten ſogar die Eicheln im Walde zu beſteuern anfingen, die eine Lebensfrage für das geldarme Volk waren, da es ohne ſie ſeine Schweine nicht füttern kann. In Galizien herrſchte dieſelbe Verwahrloſung. Dieſe Provinz iſt von der Natur

reicher geſegnet, als die preußiſche Provinz Poſen, und doch blieb ſie weit hinter dieſer zurück, wie im Wohlſtand, ſo in der Bildung. In Poſen koſtet der Morgen Acker dreimal ſo viel als in Galizien. Poſen iſt ſchon großentheils germaniſirt, Galizien noch tief in altſlaviſcher Barbarei verſunken.

Von Wien aus drang in die Provinzen nicht jener ſtolze und edle germaniſche Geiſt tiefer Religioſität, ſtrenger Rechtlichkeit und hoher Ritterlichkeit, der uns Deutſchen im Mittelalter die ſlaviſchen, wie die romaniſchen Nachbarn unterwarf. Der Geiſt, der von Wien aus in die Provinzen drang, war nur die Karrikatur davon, undeutſch und unchriſtlich durch und durch, jüdiſcher Spekulationsgeiſt und allerfrivolſte Vergnügungsluſt und Lüderlichkeit. Die evangeliſche Kirchenzeitung ſagte: „In Oeſterreich iſt eine Verarmung des Geiſtes eingetreten, wie ſie in einem chriſtlichen Lande kaum größer gedacht werden kann. Alles iſt auf das Materielle gerichtet. Alle Gedanken kriechen am Boden. Eſſen und Trinken haben eine Bedeutung, von der man ſich anderwärts kaum eine Vorſtellung machen kann. Der Satz, der uns in früheſter Jugend eingeprägt wurde: Die Pflicht geht dem Vergnügen vor — wird dort gradezu umgekehrt. Ein grauenhafter Mangel an ſittlichem Geiſte iſt faſt national geworden. Von dem tiefgeſunkenen Wien verbreitet ſich die Jauche über das ganze Land.“

Dieſe Jauche hatte ihre Kanäle hauptſächlich in der Wiener Tagespreſſe, die ſich faſt durchaus in den Händen der Juden befand, und in den ſchlechten Theaterſtücken und Poſſen, die in die kleinen Theater der Provinzen eindrangen. Die hiſt. pol. Blätter in München brachten im Frühjahr 1866 folgende Betrachtung darüber: „Vom ſittlichen Ruin, den die Blätter, das Theater und die Harfeniſten (Volksſänger) im Bunde unter dem Volke anrichten, iſt es ſchwer, ſich einen Begriff zu machen. Den ſchmutzigſten Witzblättern iſt es geſtattet, Miniſter und Geiſtliche in den ſchändlichſten

Karrikaturen zu verhöhnen, die Karrikaturen werden vor die Schaufenſter von hunderten der Tabakläden geſtellt (dieſe Tabaktrafikanten haben das Recht, die Blätter einzeln zu verkaufen, damit das Gift ja recht eindringlich und bequem verbreitet werden kann), um ſchon die Schulbuben und die Lehrjungen frühzeitig alle geiſtliche und weltliche Autorität recht gründlich verachten zu lehren. Der Unflath auf den Theatern iſt ſo arg, daß bisweilen die Dichter wegen zu arger Zoten ausgepfiffen werden und daß ſelbſt manche Judenblätter ein Stück ſolcher Dichter ſchon deßwegen rühmen, weil es wenige und nicht ſehr grobe Zoten enthalte. Die Gerichte und die Polizei ſcheinen gegenüber der Geſetzgebung, welche im weiteſten Sinne für die Lüderlichkeit und die perſönliche Schmähung ausgebeutet wird, völlig lahm zu ſeyn. Oeffentliche Dirnen durchziehen in Schaaren manche Straßen der innern Stadt bei einbrechender Dämmerung. Betrug und Wucher ſind bei den Gerichtsverhandlungen an der Tagesordnung und das Haus Israel ſteht ſelbſtverſtändlich bei allen Attentaten auf das Eigenthum in erſter Linie voran. Linnen, Wollentücher, Seidenſtoffe und Zeuge aller Art werden den Fabrikanten abgeſchwindelt, verſchleudert und die Fabrikanten um ihr Geld betrogen. Mit der maſſenhaften Verſchleuderung kann dann der redliche Verkäufer keine Konkurrenz aushalten, denn der Dieb und Betrüger hat es leicht unter dem Preiſe zu verkaufen, und ſo werden Fabrikanten und Kaufleute durch jüdiſche Spekulanten zugleich in Maſſe ruinirt. Es iſt ſchon ſoweit gekommen, daß die Gerichtsbehörden öffentliche Warnungen vor den Kratzern an die Fabrikanten und Gewerbsleute ergehen ließen. „Kratzer“ werden jene jüdiſchen Gauner genannt, die wie ein wahrer Ausſatz ganze Provinzen umſpinnen und wie Borkenkäfer den geſunden Stamm des ehrwürdigen Gewerbes unterwühlen und verderben. Ebenſo wird der Landmann in ganzen Provinzen durch die jüdiſchen Wucherer um Haus und Hof gebracht. In Ungarn, Mähren, Böhmen, beſonders in Galizien ſind

die Bauerngüter tauſendweiſe vergantet worden und fallen in die Hände der Blutſauger. Die Regierung wagt es gar nicht mehr, ſtatiſtiſche Tabellen über dieſe traurigen Zuſtände zu publiziren. In Steiermark, das auch ſchon den Segen der Juden empfindet, kommt noch dazu das Eingehen der Eiſengewerke, wodurch tauſende von Menſchen brotlos werden. Allenthalben Steuerrückſtände und herbe Noth. Dafür ſchießen in Wien die Häuſer von in kurzem reich gewordenen Juden wie Königspaläſte empor.

Nur Juden- und nur von den Juden ſubventionirte oder doch gewonnene Zeitungen finden es lächerlich, wenn jemand den alle Tage offenbarer als Wahrheit ſich herausſtellenden Satz behauptet: Oeſterreich geht durch die Juden unter. Roebuk, das engliſche Parlamentsmitglied, ſagte ſchon vor ſechs Jahren dasſelbe, nur noch mit einem altengliſchen Anflug von Humor mit den Worten: „Oeſterreichs Läuſekrankheit ſind die Juden.“

Ueber die Herrſchaft der Juden in der Wiener Tagespreſſe gab die Augsburger Poſtzeitung nähere Auskunft. Die „Preſſe“ hat nur einen nominellen Redacteur, die Hauptarbeit hat der Jude Friedländer und unter ihm arbeiten andere Juden. Die „Oſtdeutſche Poſt“ redigirt der Jude Kuranda, die „conſtitutionelle öſterreichiſche Zeitung“ der Jude Löwenthal. Auch an der Wiener Zeitung arbeiten Juden. Die „Morgenpoſt“ redigirt der Jude Landſteiner. Auch die „Tribune“ redigirt ein Jude. Die hiſt. polit. Blätter Band 51 von 1863 S. 157 f. führten weiter aus: „Hier iſt nicht bloße Irreligioſität und Indifferentismus, nein! hier iſt ein ingrimmiger Haß gegen alles poſitive Chriſtenthum Jahrelang aus tauſend und tauſend mit corroſivem Gift gefüllten Schalen über die Häupter des armen, oder beſſer geſagt des jetzt geiſtig und leiblich verarmten Volkes ausgegoſſen. So wie hier verhöhnt und an den Haaren im Kothe geſchleift wird alles Kirchliche nirgends mehr in Deutſchland, Berlin vielleicht ausgenommen. Wir wollen die Elemente aufzählen, welche in dieſer Verdum-

mung und Verwüthung des Volks in erſter Reihe thätig ſind. Das Journal „Die Preſſe“, das Organ deſſelben Herrn Zank, von deſſen Mitteln auf Koſten ſeiner Leſer ſich Summen in hunderttauſenden zu erwerben jüngſt eine unbeſtreitbare, bei Gericht in den Acten deponirte Thatſache erzählt wurde, geht im Sturme ſeit 1848 voran. Die ſchlüpfrigen Romane ihrer Feuilletons mit ausgeſprochen irreligiöſer Tendenz, Notizen, Leitartikel, alles iſt berechnet, die Religion als Aberglauben darzuſtellen. Gegen Rom hören die maßloſeſten Beſchimpfungen nie auf. Vom Zurücknehmen einer Lüge nie eine Spur. Zank gilt als Millionär, nahm einen Juden als Redacteur und hat ſich ſeither immer mit Juden umgeben. Für die Intereſſen der Juden wurde in der „Preſſe“ immer in erſter Linie gewirkt. Wenn ſchon eine Coterie der Creditanſtalt mit 160,000 Gulden ihre Dankgefühle beurkunden mußte, läßt ſich denken ꝛc. Und dieſe „Preſſe“ iſt eine Art Evangelium geworden, verbreitet in allen deutſchen Provinzen Oeſterreichs. Der reformjüdiſche Geiſt predigt in den Alpen, Kärnthen und Steyermark, wie in den mähriſchen Flächen. Der Philiſter, dem die Triebfedern und Perſonen, welche hier wirken, unbekannt ſind, hat natürlich auch keinen Fernblick, um das Ziel der hier angeſtrebten Tendenzen zu verſtehen. Er wird mitſchreien für die unbedingte Gewerbefreiheit bis er zum Bettler geworden, und für die Trennung der Schule von der Kirche, bis er die Conſequenzen mit Entſetzen an ſeinen eigenen Kindern gewahr wird. Er wird die Feuilletonromane für eine Quelle von Lebensweisheit und gefälliger geſellſchaftlicher Gaben für ſeine Töchter halten, bis die Schmach über ſeine Familie hereinbricht.

Die andern Organe, welche die öffentliche Meinung von Wien aus bearbeiten, ſtreben mehr oder weniger derſelben Tendenz nach. Die „Donauzeitung“ macht kein Hehl aus ihrer offiziellen Exiſtenz und vertritt den Rottek-Welckerſchen Kammerliberalismus. Die „Oeſterreichiſche Zeitung“ geht auch mit miniſteriellen Anſchauungen. Bei ihr

iſt der Eigenthümer, das Redactionsbureau bis auf die Notizenſammler, alles jüdiſchen Stammes. Unlängſt nannten dieſe Tintenjuden ein ganzes Dekanat der Budweißer Diöceſe „fanatiſche Pfaffen.“ Die „Neueſten Nachrichten,“ bei denen wieder alles vom Redacteur an ſemitiſchen Geblütes iſt, machen für Ungarn Oppoſition und ſind voll Judenhaß gegen die Kirche. Die „Morgenpoſt“ wird in vielen tauſend Exemplaren unter das Volk, beſonders unter die Arbeiter geworfen. Politiſch gemäßigt, hegt ſie doch gegen die katholiſche Kirche die ganze Feindſchaft des modernen Juden. Das „Fremdenblatt“ gehört einem Bruder des Heinrich Heine und vertritt alle Judenangelegenheiten ſehr eifrig in erſter Linie. Die „Vorſtadtzeitung“ liegt in allen Kneipen und verdächtigen kleinen Caſes auf. Plump, roh und bildungslos ſtachelt ſie wie mit einer Hetzpeitſche die Arbeiter auf. Gegen die barmherzigen Schweſtern brachte ſie abſcheuliche Verleumdungen auf, aber die Juden werden immer von ihr geſchützt und eifrig vertreten.

Die „Oſtdeutſche Poſt,“ herausgegeben von Ignaz Kuranda, iſt erbötig für Anerkennung und Dank die verſchiedenſten Richtungen zu vertreten. Kuranda wurde auch in das Abgeordnetenhaus gewählt und wirkte daſelbſt, wie die Juden meinen, als einer der größten Meiſter in der Politik, ſo daß das politiſche Wirken deſſelben eine eigene Rückſicht verdient. Daß auch in dieſem Organe die jüdiſchen Intereſſen immer vorerſt hochgehalten ſind, dafür bürgt der Name Kurandas. — Der „Kikeriki“ hat zunächſt nicht das Volk, ſondern den Pöbel zum Kreiſe ſeiner ſegensreichen Wirkſamkeit erwählt. Dieſelben Motive, welche den Herausgeber bewogen, das Stück: „Einer von unſre Leut“ zur Verherrlichung und zum Lobpreiſe des Judenthums zu ſchreiben, mögen ihn auch bei ſeiner Zeitung leiten. — Außer dieſen Witzblättern gibt es noch viele andere. Die meiſten machen in den großen Anſchlagzetteln die widerlichſten Bajazzoſprünge.

Sogar an der „Offiziellen Wienerzeitung“, dem vornehmſten der Wiener Blätter, iſt Iſrael thätig.

In den Feuilletonromanen der meiſten Blätter wird das Publikum mit Galgen, Rad, Mord, Todtſchlag, Vergiftung, Raub und allen Nachtheilen der Geſellſchaft unterhalten. Die „Morgenpoſt“ that in Räuberromanen das äußerſte. Ein Herr Breyer (verſteht ſich ein Jude) bot ſeine ganze orientaliſche Phantaſie auf, um das Galgenholz mit dem Lorbeer der Dichtkunſt zu verherrlichen. Daß die Galgen-, Mord- und Selbſtmordliteratur auf das Volk einen furchtbaren Einfluß übe, darüber herrſcht nur eine Stimme. Das Theater geht ziemlich gleichen Schritt mit der Publiciſtik.“

In der gründlichen Gemeinheit der Wiener Theaterſtücke iſt die alte harmloſe Gemüthlichkeit der chriſtlichen Bevölkerung unter dem Einfluß der jüdiſchen Poeten mit einer unchriſtlichen und unſittlichen Poſſenreißerei vergiftet worden. Das gute Herz guckt immer noch heraus, aber es wird mißbraucht, um nur noch dem Judenthum ſentimental zu ſchmeicheln. In einer Menge von Wiener Stücken treten edle Juden auf, wie ſie in der Wirklichkeit nie und nirgends, am allerwenigſten in Wien exiſtiren, lauter weiſe Nathane und uneigennützige Tugendhelden. Die Poeten wollen damit dem chriſtlichen Volk weiß machen, ſo liebreich dächten die Juden, und es läßt ſich nicht verkennen, daß dieſe Poeten im Intereſſe der großen jüdiſchen Staatsbetrüger geſchrieben haben, um die öffentliche Meinung zu calmiren.

Das liberale Schmerlingſche Syſtem, welches nach dem traurigen Kriege in Italien die aufgeregten Gemüther beſänftigen ſollte, gewährte dem Volke und der Armee keine Genugthuung für die lange fortgeſetzte Mißregierung. In der Armee beſſerte ſich nichts. Man bemerkte im Gegentheil ein immer tieferes Herabſinken des Geiſtes, den Radetzky der Armee eingepflanzt hatte. Ein „öſterreichiſcher Soldat“ äußerte ſich darüber*) ſehr freimüthig. Wenn man auch nicht alles

*) Oeſterreichiſches Syſtem, als die einzig wahre Urſache ſeiner Niederlagen. Leipzig, bei Engelmann, 1866.

von der Schattenſeite anſehen ſoll und gewiß in der öſterreichiſchen Armee noch viel von der bewundernswürdigen Hingebung, Tapferkeit und Kameradſchaftlichkeit übrig blieb, die man mit Recht ſo ſehr an ihr ſchätzte, ſo ſprechen doch zu viel Thatſachen und Zeugniſſe für die Schattenſeite, als daß man ſie leugnen oder ignoriren könnte. Die Beförderungen durch bloße Gunſt ohne Verdienſt wurden um ſo kränkender für die Zurückgeſetzten, als die Offiziersgehalte ſehr knapp zugeſchnitten und durch einen Menge von Abzügen noch verringert waren. Auch der Ton der höhern Offiziere gegen die niedern ſoll eine ſchlimme Aenderung erfahren haben, während für ſittliche Hebung der Gemeinen gar nichts geſchah, vielmehr der Stock allein regierte und oft die Offiziere nicht einmal die Sprache ihrer Untergebenen kannten. *)

*) Jener Offizier glaubt ſagen zu dürfen: „Ein Ton nie dageweſener Rohheit und Brutalität machte ſich in der Armee breit und galt als Verdienſt. Man merzte nach und nach alle alten Generale und Regimentscommandanten, die ſich dieſen Ton nicht aneignen konnten oder wollten, aus und erſetzte ſie durch Männer, die es verſtanden, nach ruſſiſchen Manieren Truppen zu commandiren. Das Dienſtreglement und die Kriegsartikel hatten nur mehr den Werth der Erinnerung, da geheime Präſidialien, womit alle ſelbſtändigen Commandanten verſehen und mittelſt welcher denſelben beinahe unumſchränkte Vollmachten eingeräumt wurden, dieſelben illuſoriſch machten. Die Regimentsgerichte ſanken zu willenloſen Werkzeugen der Regimentscommandanten herab. Es gab keine Inſtanz mehr, wo der Untergebne gegen ſeinen Commandanten Recht finden konnte, da der Satz, „der Vorgeſetzte hat immer Recht“ als oberſtes Prinzip aufgeſtellt wurde. Um dieſes Prinzip recht anſchaulich zur Geltung zu bringen, wußte man alles, ſelbſt augenfällige Vergehn, die von ſelbſtändigen Commandanten begangen wurden, zu bemänteln, indem man ſie, unter gleichzeitiger Beförderung, vom Truppenkörper entfernte. Selten folgte die Penſionirung als Strafe und nur in äußerſt ſeltenen, beſonders markirten Fällen ließ man den Schuldtragenden ſeine Charge freiwillig quittiren.“ S. 22.

„Der cameradſchaftliche Geiſt, der einſt die Zierde der öſterreichiſchen

Auch in der Armeeverwaltung trat keine Beſſerung ein. Die ſchrecklichen Erfahrungen des Jahres 1859 dienten nicht zur Warnung *). Abgeſehen von den bekannten Betrügereien dauerte der Pedantismus fort, der die ſtrengſte drei- und vierfache Controle vorſchrieb, aber damit nur ganz unnütz das Heer der Beamten vermehrte und eine Verzögerung und Verwirrung in den Geſchäftsgang brachte, die den Zweck der Controle gänzlich verfehlten. Auch wurde viel von oben befohlen, was nach unten hin gar nicht zur Ausführung kam **).

Armee war, exiſtirt nur mehr ſcheinbar. Gegenſeitiges Mißtraun, Intriguen der ſchmutzigſten Art traten an ſeine Stelle." S. 26.

*) „Man hätte, ſchreibt jener Offizier, erwarten ſollen, daß die folgenden ſieben Jahre dazu benützt würden, um ein vernünftigeres, leichter überſehbares Verpflegungsſyſtem einzuführen, allein die Erfahrung des Jahrs 1866 hat uns gelehrt, daß an der Sache im Geringſten nichts geändert worden iſt. Die Armee, welche 1866 in Böhmen operirte, war eben ſo und noch ſchlechter verpflegt als die im Jahr 1859 in Italien operirende." S. 31. Der Offizier knüpft hier die ſehr richtige Bemerkung an, daß Veruntreuungen und Unterſchleiſe in der Armeeverwaltung im Kriege auf der Stelle und unmittelbar mit dem Tode beſtraft werden ſollten. Die langwierige Procedur im Jahr 1860 hat bekanntlich zu nichts geführt, weil ſie erſt nach dem Kriege vorgenommen wurde und die Leichtigkeit, mit der die Sache bemäntelt wurde, konnte den Staatsbetrügern nur Muth machen, in ihrem Syſtem fortzufahren.

**) „Es iſt die reinſte Wahrheit, die ſich nicht beſtreiten läßt, da ſie täglich durch Thatſachen zur Genüge bewieſen wird, daß unſer ungeheurer Controlapparat noch niemals einen Unterſchleif verhindert hat und daß niemand, der einmal in den Gang unſerer Adminiſtration eingeweiht iſt, aus Rückſicht auf die Controle ſich behindern ließ, einen ſolchen zu begehn. Auch iſt unſer Gebührenreglement und unſere Verrechnungsmethode ein derartiges Chaos, daß jeder, ohne Gefahr entdeckt zu werden, betrügen kann, wie er will." S. 37.

„Nach dem Feldzug von 1859 erſchien ein allerhöchſtes Handbillet, worin anbefohlen wurde, daß von nun an der Mannſchaft Kaffee als Friedens-

Das liberale Experiment, welches der Regierung das verlorene Vertrauen zurückbringen ſollte, wurde am 26. Februar 1861 durch die neue Reichsverfaſſung beſiegelt, erfüllte aber ſeinen Zweck keineswegs. Der Reichsrath zu Wien, der die Vertreter aller Kronländer in ſich vereinigen ſollte, war von Anfang an nur ein Rumpfparlament und blieb es. Denn die Ungarn erſchienen nicht, verlangten für ſich eine Sonderſtellung und die Verfaſſung von 1848 zurück. Auch die Kroaten erſchienen nicht. Die unfruchtbaren Verhandlungen ſchleppten ſich vier Jahre lang fort, ohne daß die Ungarn durch Drohungen oder durch Güte, kaiſerliche Beſuche ꝛc. irgend bewogen werden konnten, ihren paſſiven Widerſtand aufzugeben. Somit konnte Oeſterreich mit ſich ſelbſt nicht fertig werden, während es zugleich wegen Schleswig-Holſtein mit Preußen in ſchwerem Conflicte lag, die Mittelſtaaten, trotz dem Fürſtentage in Frankfurt, Oeſterreich keine feſte Stütze darboten und endlich auch von Italien her ein neues Gewitter drohte. Napoleon III. ſchloß am 15. September 1864 einen Vertrag mit Victor Emanuel, worin er dem letztern verſprach, binnen zwei Jahren Rom zu räumen, wogegen ihm der König von Italien verſprechen mußte, dem Papſte Bürgſchaften zu gewähren, die deſſen künftige Unabhängigkeit ſicherten. Der Rückzug der Franzoſen aus Rom deutete an, man billige in Paris die Einheit Italiens und wünſche auch einen Rückzug der Oeſterreicher aus Venetien. Eine Störung des europäiſchen Friedens ſtand zwar noch nicht in Ausſicht, allein Oeſterreich mußte doch auf Eventualitäten der äußern

---

und Kriegsration zu verabfolgen ſey. Die Mannſchaft bekam aber keinen Kaffee, ſondern die Armeeverwaltung verordnete bei allen Truppenkörpern nur probeweiſes Kaffeekochen und zwar auf Koſten der Mannſchaft. Später erhielt die Mannſchaft zwar auf Staatskoſten einen Kaffee, der aber nur ein abſcheuliches, braungefärbtes Waſſer war, und da nun die Mannſchaft keinen mehr trinken wollte, bekam ſie auch keinen mehr." S. 23.

Politik gefaßt ſeyn und daher im Innern die Oppoſition zu beſchwichtigen ſuchen.

Das bisherige Syſtem hatte ſich nicht bewährt, Schmerlings Liberalismus hatte die Ungarn nicht verſöhnt, die Tiroler tief verletzt. Wie nun bereits am 27. October 1864 Graf Rechberg für die äußere Politik dem Grafen Mensdorf Pouilly hatte weichen müſſen, ſo mußte nun auch Schmerling für das Innere am 27. Juni 1865 dem Grafen Belcredi weichen und einen Monat ſpäter am 27. Juli wurde der Reichstag geſchloſſen.

Man hatte es mit der abſoluten Monarchie und dem Concordate verſucht, dann mit dem Liberalismus und dem Proteſtantenpatent. Alles umſonſt. Jetzt verſuchte man es auf einmal wieder mit dem Föderalismus und dem Nationalitätenprincipe. Die neue Wendung der Dinge ging von den Magnaten, von der großen Ariſtokratie in Ungarn aus, die den Kaiſer vor der Demokratie ſchützten, aber zugleich die nationalen Rechte Ungarns in einem neuen Föderalismus am beſten zu wahren hofften. Sie waren unterſtützt von der Ariſtokratie in Böhmen, ſo daß hier ſogar echt deutſche Fürſten und Grafen mit den Czechen und für deren Uebergewicht über die Deutſchen ſtimmten. Die Deutſchen im Kaiſerſtaate, welche der Reichsverfaſſung, dem Liberalismus und Centralismus anhingen, wurden jetzt nicht mehr gefragt. Man brauchte nicht ſie, auf deren Gewohnheitstreue man ſich verlaſſen konnte, ſondern die Ungarn und Böhmen, die man gewinnen mußte.

Bald nach der Gaſteiner Uebereinkunft erfolgte endlich auch die Feſtſtellung des bisher noch immer ſchwankenden Verhältniſſes Oeſterreichs zu Ungarn oder die, wenigſtens einſtweilige Entſcheidung der innern Verfaſſungsfrage des Kaiſerreichs. Die Regierung konnte in dieſer Angelegenheit nicht eher vorgehen, bis ſie ihr gefährdetes Bündniß mit Preußen auf's neue befeſtigt und ſich durch den Gaſteiner Vertrag den Rücken gedeckt hatte.

Am 20. September 1865 erließ Kaiſer Franz Joſeph ein Manifeſt an ſeine Völker, worin er erklärte, er ſehe ſich durch die bisherige Nichttheilnahme der Ungarn am Wiener Reichstage genöthigt, die am 26. Februar 1861 proclamirte Reichsverfaſſung zu ſiſtiren, bis die Einzellandtage der verſchiedenen Kronlande ſich über eine künftige allgemeine Reichsverfaſſung vereinbart haben würden. Zunächſt ſollte Ungarn mit den andern Kronländern jenſeits der Leitha gefragt werden und der Kaiſer behielt ſich vor, „die Verhandlungsreſultate der Vertretungen jener öſtlichen Königreiche, falls ſie eine mit dem einheitlichen Beſtande und der Machtſtellung des Reichs vereinbare Modification der erwähnten Geſetze (in Betreff der Reichsvertretung) in ſich ſchließen würden, vor Seiner Entſchließung den legalen Vertretern der anderen Königreiche und Länder (diesſeits der Leitha) vorzulegen, um ihren gleich gewichtigen Ausſpruch zu vernehmen und zu würdigen.“ Der Kaiſer ſchloß: „ſo lange die Reichsvertretung nicht verſammelt iſt, wird es die Aufgabe meiner Regierung ſeyn, alle unaufſchieblichen Maßregeln und unter dieſen insbeſondere jene zu treffen, welche durch das finanzielle und volkswirthſchaftliche Intereſſe des Reichs geboten ſind.“

Das war der ausgeſprochene Föderalismus und Sieg der bisherigen Oppoſition in Ungarn, weßhalb auch dort alles voll Jubel war. Diesſeits der Leitha nahm man das Manifeſt nur mit Sorge auf. Die Deutſchöſterreicher ſahen den Schwerpunkt der Monarchie von Wien nach Peſth verlegt und fürchteten, das ſeit Jahrhunderten vorherrſchende deutſche Element werde unterliegen. Die Liberalen hatten ſchon mit Argwohn das Miniſterium Schmerling fallen ſehen und beſorgten eine Reaktion unter dem Einfluß der ungariſchen Magnaten. Daß die Landtage ſo vieler Kronländer, die alten Haß gegeneinander nährten und miteinander rivaliſirten, ſich in kurzer Friſt über eine neue allgemeine Reichsverfaſſung untereinander und mit der Krone einigen würden, glaubte wohl niemand. Unterdeß regierte

der Kaiſer ohne Reichsrath und behielt ſich vor, Anleihen zu ſchließen ohne deſſen Garantie.

Die Böhmen verfehlten nicht, ihre ſlaviſchen Anſprüche zu demſelben Maaß hinaufzuſchrauben, wie die Ungarn. Czechiſche Blätter verlangten, wenn Siebenbürgen und Croatien mit Ungarn zu einem Geſammtkörper verbunden würden, ſollten auch Mähren und Schleſien in gleicher Weiſe mit Böhmen verbunden werden. Während die Kaiſerkrone zu erbleichen ſchien, erhielt die Krone des h. Stephan und die des h. Wenzel plötzlich einen neuen Glanz.

Aber auch unter den Deutſchöſterreichern begann eine Bewegung. In Steiermark erhob im Anfang des Oktober eine Partei ſ. g. Autonomiſten Oppoſition gegen das kaiſerliche Decret. An ihrer Spitze ſtand ein Freiherr von Kaiſerfeld. Sie behaupteten, die einmal verliehene Februarverfaſſung beſtehe immer noch in Kraft und es wäre angemeſſener geweſen, den zufolge jener Verfaſſung in Wien verſammelten Reichsrath mit dem ungariſchen Landtag in Peſth in Unterhandlung treten zu laſſen, anſtatt alle einzelnen Provinziallandtage zu fragen.

Am 9. October übernahm Herr von Wüllerstorf das ſorgenvolle Miniſterium der Finanzen und brachte nach vieler Mühe ein neues Anlehen von 90 Millionen in Paris zu Stande. In Wien ſelbſt wollten die Geldmänner ſich nicht darauf einlaſſen. Auch Rothſchild nicht. Doch fanden ſich Pariſer Häuſer, die für 100 ſich herbeiließen 62 zu geben, wovon noch 7 pCt. Proviſion und 3 Agio abgezogen worden ſeyn ſollen, ſo daß der Schuldner nur 52 empfing. Die öſterreichiſche Preſſe maskirte den Scandal ein wenig durch eine Verleumdung des preußiſchen Miniſterpräſidenten, als hätte derſelbe bei ſeiner Anweſenheit in Paris das Zuſtandekommen jenes Anlehens zu verhindern geſucht. In ſeinem Namen antwortete die norddeutſche Zeitung und frug ironiſch, ob er etwa auch den Wiener Börſenmännern einen Zwang angethan habe? Inzwiſchen kam der kaiſerlichen Regierung

zu Statten, daß die Ungarn, denen ſie eine ſo große Conceſſion gemacht hatte, unter ſich ſelbſt nicht einig waren. Der gefeierte Deak ſuchte die Extreme zu verſöhnen, doch kam es bei den Wahlen zum Landtage zu blutigen Exceſſen. Den Magnaten, deren Einfluß doch vorzugsweiſe das neue, Ungarn ſo günſtige Arrangement zuzuſchreiben war, ſtellte ſich eine demokratiſche Partei entgegen und einer ihrer Vorkämpfer Gozsdu ſprach der Ariſtokratie gradezu das Recht ab, in der bisherigen Weiſe das Volk zu vertreten. Auch Croatien und Siebenbürgen wollten ſich nicht mit Ungarn vereinigen und von den Magyaren majoriſiren laſſen. Ein Antrag der Deutſchöſterreicher, welcher eine Vereinbarung der deutſchen und ungariſchen Liberalen bezweckte, wurde von den letzteren abgelehnt, denn ſie forderten in erſter Linie nicht liberale Bürgſchaften, ſondern nationale Unabhängigkeit.

So verging der Herbſt unter Wahlen und fruchtloſen Unterhandlungen der Parteien. Während jenſeits der Leitha in den ungariſchen Magnaten eine ſtarke conſervative Partei vertreten war, vermißte man eine ſolche dieſſeits der Leitha. In Deutſchöſterreich traten nur die Liberalen hervor, um die Reichseinheit, die durch das Septemberpatent ſiſtirte Reichsverfaſſung, das einige und alleine Reichsparlament und das liberale Syſtem Schmerling zu reclamiren.

Am 23. November wurden die ſämmtlichen Landtage in den Kronländern eröffnet, nur Ungarn blieb noch zurück, weil der Kaiſer perſönlich herkommen wollte, um in der Burg zu Ofen den ungariſchen Landtag zu eröffnen. Wie vorauszuſehen war, blieb die Mehrheit der deutſchen Landtage der Reichsverfaſſung getreu, bedauerte deren Siſtirung, erklärte ſie noch für beſtehend und einige verlangten ſogar die Wiedereröffnung des allgemeinen Reichstags. So die Landtage von Unteröſterreich, Oberöſterreich, Steiermark, Kärnthen, Schleſien, Salzburg und Vorarlberg. Die Landtage von Mähren und Krain konnten ſich nicht einigen. Die von Tirol und Trieſt gingen über die Verfaſſungsfrage hinweg. Die von Galizien, Iſtrien und dem Küſtenland

erklärten ſich gegen die deutſche Auffaſſung für das Septemberpatent. In Mähren kämpfte Giskra für die ſiſtirte Verfaſſung. In Böhmen bekamen aber auf dem Prager Landtage die Czechen unter Anführung des Grafen Leo Thun die Oberhand und die Deutſchen unter dem Fürſten Karlos Auersberg und Dr. Herbſt unterlagen nach heftigem Widerſtand. Da der kaiſerliche Regierungscommiſſär Graf Lazanski ſelbſt die Partei der Czechen ergriff und von der ſiſtirten Reichsverfaſſung mit Verachtung redete, legten Fürſt Auersberg, die Grafen Althan, Salm, Morzin und Hartig, wie auch Schmerling ihr Mandat nieder. Mit Recht erregte der czechiſche Eifer eines alter ego des deutſchen Kaiſers große Senſation. Man glaubte, die deutſche Dynaſtie habe die Beſinnung verloren, indem ſie ihre treueſten Stützen in der deutſchen Nation ſelber zerbreche und den Feinden alles Deutſchen zum Werkzeuge diene. Zugleich betrieben die Czechen einen Plan, die Bezirkseintheilung von Böhmen zu ändern, um die Deutſchen bei den Wahlen in Nachtheil zu bringen. Auch ſetzten ſie durch, daß auf der Univerſität Prag und auf den Gymnaſien in Böhmen das Czechiſche ein Uebergewicht über das Deutſche erhielt. Auch der croatiſche Landtag in Agram votirte, der deutſche Sprachunterricht ſolle in den Schulen nicht mehr obligatoriſch ſeyn. Dabei fielen von Seiten der ſlaviſchen Redner die unvernünftigſten Reden gegen die deutſche Bildung und Literatur, wie zu den Zeiten der Huſſiten. Endlich ahmten die Czechen den Ungarn auch darin nach, daß ſie, wie jene ihre h. Stephanskrone, eine h. Wenzelskrone als ihr Palladium bezeichneten und damit den Anſpruch 1) auf Unabhängigkeit von Deutſchland und 2) die Wiedervereinigung Mährens und Schleſiens mit Böhmen verbanden. Vergebens wies Profeſſor Höfler in Prag urkundlich nach, daß die Wenzelskrone eine Fabel ſey, daß dem Herzog Wenzel keine Krone gebührt habe, daß Böhmen ein Kurfürſtenthum des deutſchen Reiches geweſen ſey, daß es alle ſeine Kultur von Deutſchland empfangen habe, nur durch deutſche Civiliſation aus der ärgſten Barbarei

herausgeriſſen worden ſey, daß Kaiſer Karl IV. die Univerſität Prag nicht als eine czechiſche, ſondern als eine wahre universitas für alle Nationen gegründet habe, daß im ganzen Gebiet der Wiſſenſchaft die Deutſchen beinahe alles, die Czechen beinahe nichts geleiſtet hätten. Demungeachtet habe die Regierung die Czechen immer begünſtigt, bei Beförderungen zur Profeſſur auch Unfähige vorgezogen, wenn ſie nur Czechen waren, ſo daß ſich die Czechen durchaus nicht über Zurückſetzung zu beklagen hätten. Schließlich machte er darauf aufmerkſam, daß ſowie das deutſche Element aus ſeiner wohlthätigen Verbindung mit dem ſlaviſchen herausgeriſſen würde, die Slaven einfach in ihre frühere Barbarei zurückfallen würden, ganz ſo wie es früher zur Huſſitenzeit der Fall geweſen war. Höfler erntete ſchlechten Dank für ſeine goldenen Worte, die czechiſchen Studenten empörten ſich gegen ihn und mit Noth entging er ihren Mißhandlungen.

Inzwiſchen erklärten ſich ſtarke Parteien in den von den Ungarn für die Stephanskrone in Anſpruch genommenen Ländern gegen die Unterordnung unter Ungarn, eine ſlaviſche Partei in Croatien, eine deutſche und rumäniſche in Siebenbürgen. Der croatiſche Landtag in Agram war ſehr ſtürmiſch, blieb aber ohne Ergebniß, weil die für die Reichseinheit geſtimmte bedeutende Minderheit den Saal verließ, ſo daß keine Beſchlüſſe mehr gefaßt werden konnten. In Siebenbürgen hatte die ungariſche Partei ein Wahlgeſetz erſchlichen, wodurch die Sachſen und Rumänen in die Minderheit fielen, dieſe ließen es jedoch an einem energiſchen Proteſt gegen die Ungarn nicht fehlen.

Erſt am 12. Dezember hielt Kaiſer Franz Joſeph ſeinen feierlichen Einzug in Peſth, wobei er enthuſiaſtiſch empfangen wurde und ſchon beim Austritt aus dem Wagen den Ungarn, die ihrem Deak den Vortritt gaben, ſein volles Vertrauen entgegenbrachte. Am folgenden Tage eröffnete der Kaiſer den ungariſchen Landtag in der Burg der Peſth gegenüberliegenden Stadt Ofen, wiederholte, daß er den Ungarn vertraue und drückte die Hoffnung aus, daß ſie auch ihm vertrauen

würden. Man konnte zwiſchen den Zeilen leſen, daß er eigentlich die Zukunft Oeſterreichs in ihre Hände lege und er konnte ihnen in der That keine größere Conceſſion machen. Aber er ermahnte ſie auch zur Vernunft. Es ſey durchaus nothwendig, daß ſie auf eine billige Vereinbarung ihrer Intereſſen mit denen der Geſammtmonarchie eingehen müßten. „Denn unabweisbar iſt das Erforderniß des einheitlichen Beſtandes und der Machtſtellung des Reichs, dem jede andere Rückſicht untergeordnet werden muß.“ Dem widerſprach aber grade der Anſpruch der Ungarn auf eine völlig ſelbſtändige Verfaſſung und Verwaltung, eigene Miniſterien, geſonderte Finanzen und geſondertes Heerweſen. Nur die Perſonalunion ſollte die Länder diesſeits und jenſeits der Leitha noch verbinden. Die Verfaſſung von 1848 ſollte als Baſis, ſo verlangte Deak, nicht verlaſſen werden. Inzwiſchen waren die Ungarn unter ſich ſelbſt nicht einig. Die vielen Hitzköpfe im niedern Adel verlangten mehr als die Magnaten.

Um die Gemüther des ritterlichen Volkes zu gewinnen, begab ſich der Kaiſer nochmals am 28. Januar 1866 nach Peſth und brachte ſeine Gemahlin mit. Der Jubel war wieder ſehr groß, ohne daß noch eine Nachgiebigkeit erzielt wurde. Die Magnaten zeigten ſich am loyalſten, die jungen Herrn vom niederen Adel aber gaben dem kaiſerlichen Hofe einen Ball, von dem ſie alle Offiziere, auch die des kaiſerlichen Gefolges ausſchloſſen. Da bald darauf Oeſterreichs unheilvoller Conflikt mit Preußen ausbrach, ſchmeichelten die Ungarn dem Kaiſer mit einem erkünſtelten Echauffement gegen Preußen und boten ihm alle ihre Streitkräfte an in der Hoffnung, er werde, von Preußen und Italien zugleich bedrängt, die ungariſchen Forderungen williger annehmen. Es geſchah indeſſen nicht. Nach langen Verhandlungen beantwortete der Landtag die kaiſerliche Erklärung am 3. März mit einer Adreſſe, welche Franz Deak*) abgefaßt hatte und welche ſehr gemeſſen und

*) Deak iſt ſo beliebt in Ungarn, daß er ſogar ſchon zu einer mythiſchen

loyal lautete, worin aber nur eine ſcheinbare Nachgiebigkeit durchſchimmerte. Es hieß nämlich darin: „Wir anerkennen, daß es Verhältniſſe giebt, welche Ungarn und die übrigen unter der Herrſchaft Eurer Majeſtät ſtehenden Länder gemeinſchaftlich intereſſiren, und unſer Streben wird dahin gerichtet ſeyn, daß in Bezug auf die Feſtſtellung und Behandlungsweiſe dieſer Verhältniſſe ſolche Beſtimmungen zu Stande kommen, welche ohne Gefährdung unſerer conſtitutionellen Selbſtändigkeit und unſerer geſetzlichen Unabhängigkeit dem Zweck entſprechen.“ Mit dieſer Phraſe behielt ſich Ungarn die Verfaſſung von 1848 vor und drang ſchließlich auf die Ernennung eines verantwortlichen ungariſchen Miniſteriums, unabhängig von dem in Wien.

Perſon geworden iſt. Im Frühling 1866, als Deak erkrankt war, ließ der Lippaer Geſangverein in Radna eine Meſſe für ſeine Geſundheit leſen und pflanzte zum Andenken ein wildes Kaſtanienreis vor der Kirche. Als nun das Reis den Sommer über friſch grünte und wuchs, entſtand die Sage, Deak ſey einſt in der Nacht hier erſchienen und habe den Zweig gepflanzt als eine Art Wahrzeichen und Palladium für Ungarn; ſo lange er gedeihe, werde Glück und Segen über Ungarn kommen. Seitdem wallfahrtet das Volk zu dem wunderbaren Kaſtanienzweige und betet vor demſelben.

Drittes Buch.

Die Bedeutung Preußens für Deutſchland.

Um die Bedeutung Preußens richtig zu würdigen, muß man ſich vor allem die geſchichtliche Thatſache zum Verſtändniß bringen, daß bereits ſeit acht Jahrhunderten Norddeutſchland von der jeweiligen deutſchen Reichsgewalt im Vergleich mit Süddeutſchland vernachläßigt worden iſt. Es mußte ſich in der Regel, da es von Süden her nicht unterſtützt war, ſelber helfen, um ſich der äußeren Feinde zu erwehren und das deutſche Reich nach Nordoſten hin zu erweitern, nach Nordweſten hin wenigſtens zu vertheidigen. Die Verſuche der Norddeutſchen, im Intereſſe aller Deutſchen und ihres großen Reiches ſeine inneren Spaltungen zu überwinden und aus der Kleinſtaaterei herauszukommen, eine compacte Kriegsmacht und Marine zu gründen, wozu ihre langgeſtreckte Küſte naturgemäß aufforderte, wurden nicht blos durch die Eiferſucht innerhalb ihrer eigenen Kleinſtaaten, ſondern auch häufig durch die Gleichgültigkeit, Mißgunſt und offenbare Feindſchaft

der Süddeutſchen und der Kaiſergewalt ſelbſt vereitelt oder auf lange Zeit gehemmt.

Nachdem die ſächſiſchen Kaiſer glorwürdigen Andenkens, unter denen das deutſche Reich wunderbar gedieh und ſich mehrte, die Augen geſchloſſen hatten, begann mit den ſaliſchen Kaiſern, indem ſie ihr Augenmerk nach dem Süden richteten, die lange Vernachläßigung des deutſchen Nordens.

Auch die ſchwäbiſchen Kaiſer machten Front nach Süden, um den Norden haben ſie ſich wenig bekümmert. Da nun aber Deutſchland ſein Nationalintereſſe gleich ſehr nach allen Seiten zu wahren hat, ſo mußten andere im Norden thun, was die Kaiſer nicht thaten. Inſofern ſpielte Heinrich der Löwe die Hauptrolle in Norddeutſchland, während Kaiſer Friedrich Barbaroſſa vorzugsweiſe im Süden beſchäftigt war. Heinrich ſuchte für Deutſchland zu ergänzen, was der Kaiſer zu leiſten nicht geneigt und fähig war, nämlich die Ausbreitung des Chriſtenthums und Germanismus in den Slavenländern und die Gründung einer deutſchen Marine in der Oſtſee. Er nahm alſo ziemlich genau dieſelbe Stellung ein, welche Preußen gegenwärtig einnimmt, indem es das ſtärkſte Bollwerk der deutſchen Nationalität gegen den ſlaviſchen Oſten iſt und der deutſchen Marine endlich aufhelfen will. Aber wie man jetzt den guten Willen Preußens verleumdet, es um ſeiner Erfolge willen beneidet und ihm jedes moraliſche und phyſiſche Hinderniß in den Weg wirft, damit es nicht zum Ziele gelange, ſo war auch damals der Süden und Weſten Deutſchlands in gleichem nationalen Unverſtande eifrig bemüht, Heinrichs des Löwen für Deutſchland ſo heilſame Pläne zu vereiteln und den Gewinn lieber den Dänen und Slaven zu gönnen, als dem deutſchen Herzog.

Die Ausbreitung des Chriſtenthums und des Germanismus im noch heidniſchen Slavenlande machte ſich Heinrich der Löwe zu ſeiner Hauptaufgabe. Was wäre wohl aus Deutſchland geworden, wenn ſein ritterliches Volk unter tapfern Führern nicht über Saale, Elbe

und Oder hinaus zugleich mit dem Chriſtenthum die deutſche Machtſphäre ausgedehnt hätte? Heinrich der Löwe kämpfte für Chriſtenthum und Deutſchthum gegen die damals noch äußerſt barbariſchen Slaven und handelte ſomit in vollem Einklang mit dem damaligen religiöſen Zeitgeiſt und mit dem großen deutſchen Intereſſe.

Dem deutſchen Kaiſer ziemte es, während er das deutſche Reich im Süden mehrte, den tapfern Herzog auf alle Weiſe zu unterſtützen, damit er es auch im Norden mehre. Aber die unglückſelige dynaſtiſche Eiferſucht trieb den Ghibellinen an, den Welfen zu verderben. Heinrich der Löwe unterlag dem Schwert des Barbaroſſa, ſein großes Herzogthum wurde zertrümmert, alle ſeine Pläne wurden vereitelt, denn der Kaiſer war nicht mächtig genug und hatte auch keinen Trieb dazu, ſich des deutſchen Nordens mit derſelben Energie anzunehmen, wie des Südens. Er vertrug ſich mit dem Tänen, gab den Slaven Reichslehen und ſchuf, indem er die oberſte Herzogsgewalt in Norddeutſchland vernichtete, jenes unglückliche Syſtem geiſtlicher und weltlicher Kleinſtaaterei, welches Norddeutſchland bis auf den heutigen Tag noch nicht überwunden hat.

Ohne des Kaiſers Nachhülfe und unter heftiger Anfeindung der Fürſten und Biſchöfe nahm in den folgenden Jahrhunderten nur die Hanſa einen großartigen Aufſchwung und führte Heinrichs des Löwen Plan aus durch die Schöpfung einer deutſchen Marine. Das von ihm gegründete Lübeck blieb das Haupt der Hanſa. Die Hanſeaten drangen zuerſt als Kaufleute an den langgedehnten Oſtſeeküſten bis nach Livland vor und brachen der großartigen Coloniſation des deutſchen Ritterordens Bahn. Es wäre aller Deutſchen dringendes Intereſſe geweſen, die Hanſa zu unterſtützen, wie früher Heinrich den Löwen. Aber bei ihrer ewigen Uneinigkeit ließen ſie die Hanſa im Stich, wie ſie den Löwen im Stich gelaſſen hatten. Ganz Deutſchland hätte hinter der Hanſa ſtehen müſſen. Die Induſtrie und der Handel, die Häfen und die große Marine, namentlich aber das aus-

gedehnte Coloniſationsſyſtem der Hanſeaten öffnete der Uebervölkerung im geſammten deutſchen Reiche Wege des Abfluſſes, des Wohlſtandes und Ruhms und hielt ſeine Colonien im Zuſammenhange mit dem Mutterlande. Wenn uns Holland ſpäter engherzig ſeine Colonien verſchloß, ſo that ſie dagegen die alte Hanſa dem ganzen deutſchen Volke weit auf. Aber die reiche Hanſa wurde von den deutſchen Fürſten beneidet. Die Kleinſtaaterei, die der große Barbaroſſa in Norddeutſchland organiſirt und ſanktionirt hatte, war verſtockt und weit entfernt, einem allgemeinen Nationalintereſſe dienen zu wollen. Sie unterband die Adern des innern Verkehrs, ſperrte die Flüſſe und duldete kein großartiges Verkehrsſyſtem, ja die Straße von Süden nach Hamburg iſt bis heute vernachläßigt geblieben. Damals weilten die Kaiſer fortwährend im Süden und ſchienen nicht zu wiſſen, daß Deutſchland Küſten im Norden habe. Die kleinen norddeutſchen Fürſten aber ruhten mit ihrem Neide gegen die Hanſa nicht, bis ſie, im Bunde mit Dänemark und Schweden, den Feinden unſeres Reichs, die Hanſa bis zur Ohnmacht geſchwächt hatten. Seitdem wurde die Oſt- und Nordſee nicht mehr von der deutſchen, ſondern von der däniſchen, ſchwediſchen und engliſchen Flagge beherrſcht und auch die großen Colonien der Hanſa und des ihr ſtets innig verbündeten und durch die Schifffahrt von ihr abhängigen deutſchen Ordens waren nun iſolirt und mußten nach und nach eine Beute der Schweden und Polen, zuletzt der Ruſſen werden. Wie ganz anders hätten die deutſchen Oſtſeeprovinzen ſich der Ruſſen erwehren können, wenn ſie noch durch eine mächtige hanſeatiſche Flotte hätten geſchützt werden können, und wenn die Auswanderung nicht ſeit dem Verfall der Hanſa ins Stocken gerathen wäre, ſondern noch drei Jahrhunderte fortgedauert hätte!

Mit dem Verfall der norddeutſchen Hanſa hing das Aufkommen derjenigen Dynaſtie zuſammen, die, obgleich deutſchen Urſprungs, doch auf die Throne von Dänemark, Schweden und Rußland gelangend,

alle folgenden Jahrhunderte hindurch Norddeutſchland am meiſten geſchadet und wehe gethan hat. Chriſtian, Graf von Holſtein, der eigentliche Henker der Hanſa, wurde als Chriſtian III. König von Dänemark, und von ihm ſtammen bis auf heute die Dänenkönige, das 1809 aus Schweden vertriebene Königsgeſchlecht und ſeit Peter III. die ruſſiſchen Kaiſer ab. Desgleichen auch der Prinz von Auguſtenburg.

Einen Erſatz für die Hanſa ſchienen die Niederlande darzubieten, deren Induſtrie und Handel ſich großartig entwickelte. Die tapfern Niederländer hatten ſich ſeit Jahrhunderten der Franzoſen erwehrt, die ihnen ihre Herrſchaft aufdringen wollten. Die Niederländer allein hatten in unſterblichen Schlachten Frankreichs Uebermacht zurückgeſchlagen, ohne vom deutſchen Reich unterſtützt zu werden. Ja es kam vor, daß ein deutſcher Kaiſer (Karl IV.) ſelber mit den Franzoſen im Bunde gegen ſie focht und ſich von ihnen ſchlagen ließ. Dennoch wurden ſie an den Herzog von Burgund, einen franzöſiſchen Prinzen, vererbt, der ſich zwar von Frankreich eben ſo unabhängig machte, wie von Deutſchland, aber doch welſches Weſen mehr begünſtigte, als deutſches. So konnten die Niederlande ihren deutſchen Brüdern an den Ufern der Nord- und Oſtſee nichts nützen. Durch Heirath kamen ſie an das Haus Oeſterreich, aber Kaiſer Karl V. ſchenkte ſie ſchon wieder weg an Spanien. In den Wirren der Reformationszeit riß ſich der nördliche Theil der Niederlande vom ſüdlichen los und gründete die holländiſche Republik. Der ſüdliche blieb bei Spanien und beide waren hinfort durch politiſchen und kirchlichen Haß geſchieden. Holland riß ſich ganz vom deutſchen Reiche los. Stolz auf ſeine junge Seemacht und auf ſeinen einträglichen Handel, dachte es nicht daran, dem gemeinſamen deutſchen Vaterlande nützlich zu werden, noch ſelbſt aus ihm Nutzen zu ziehen. Es würde ſeine Seemacht und ſeine Colonien in großartigſter Weiſe haben vermehren können, wenn es die Uebervölkerung in Deutſchland, die immer zur Auswanderung bereit iſt, nach ſeinen Colonien hingelenkt hätte, zu

einer Zeit, in welcher die engliſchen Colonien erſt noch im Entſtehen waren und ihm Platz ließen. Holland aber gefiel ſich in einer übermüthigen Verachtung ſeiner deutſchen Brüder, wollte nichts von ihnen wiſſen, ſperrte ihnen ſogar die Schelde ab und — mußte zur Strafe ein Kleinſtaat bleiben, den England bald weit überholte. Als am Schluß des vorigen Jahrhunderts England, anſtatt dem ihm befreundeten Erbſtatthalter von Holland zu helfen, vielmehr alle holländiſchen Colonien eroberte und für ſich behielt, konnte es dieſen Vortheil nur erringen, weil Holland zu ſchwach, ſeine Colonien noch zu wenig bevölkert waren. Hätte es ſeit anderthalb hundert Jahren den Strom deutſcher Auswanderer in ſeine Colonien eingelaſſen, ſo hätten alle engliſchen Schiffe gegen ſie nichts auszurichten vermocht. Denn die tapferen Boers, zehnmal ſo zahlreich, als ſie es noch jetzt ſind, hätten das Cap den Engländern niemals ausgeliefert.

Der ſüdliche, ſpaniſch gebliebene Reſt der Niederlande, das heutige Belgien, fiel zwar an Oeſterreich zurück, blieb aber für Deutſchland nur ein verlorener Poſten, da es, zwiſchen Frankreich und Holland eingekeilt, von Oeſterreich ſelbſt vernachläßigt wurde.

Somit war Norddeutſchland nach Weſten hin ſeiner ſchönſten Häfen beraubt, war der wichtige weſtliche Theil eigentlich ganz von ihm abgeſchnitten. Dann folgte Hannover, welches nur noch dem Namen nach zum deutſchen Reich gehörte, weſentlich aber als engliſche Provinz dem deutſchen Intereſſe eben ſo entfremdet war wie Holland. Bremen und Verden, ſowie auch Vorpommern mit Stralſund hatten ſich die Schweden im weſtphäliſchen Frieden abtreten laſſen. Holſtein und Schleswig waren in die ſchwediſch-däniſchen Händel verwickelt, Deutſchland eben ſo entfremdet. Mecklenburg war durch eine Heirath ſo ſehr unter ruſſiſchen Einfluß gekommen, daß ruſſiſche Truppen lange Zeit im Lande lagen, als ob es ſchon eine ruſſiſche Provinz wäre. Auch der Kurfürſt von Sachſen ſtand unter dieſem ruſſiſchen Einfluß, da er ſich unter ruſſiſchem Protektorat zum

König von Polen hatte wählen laſſen, ohne mehr als ein Schattenkönig zu ſeyn.

Der deutſche Orden, einſt ſo mächtig an den weiten Ufern der Oſtſee, war in ſeiner Iſolirung, da er vom deutſchen Reiche nicht unterſtützt wurde, theils der ruſſiſchen Barbarei, theils ſchwediſchen und polniſchen Intriguen erlegen und mit Ausnahme Preußens unter undeutſche Herrſchaft gekommen.

Das war die Lage Norddeutſchlands im Anfang des vorigen Jahrhunderts. Dieſes traurige Panorama entfalteten die gutdeutſchen Küſtenländer von Flandern bis Eſthland.

Nur ein einziger und damals noch nicht großer Staat verfocht in Norddeutſchland noch unabhängig von jedem fremden Einfluß das deutſche Nationalintereſſe und die deutſche Ehre. Einzig der große Kurfürſt von Brandenburg, Friedrich Wilhelm, hatte eine ſelbſtändige Stellung behauptet. Er befreite Preußen von der polniſchen Lehensherrſchaft, er rächte Deutſchland endlich an den Unholden des dreißigjährigen Krieges, indem er die Schweden ſchlug. Er ſtand ritterlich dem deutſchen Kaiſer im großen Kampfe gegen Ludwig XIV. bei, wurde aber ſchlecht dafür belohnt, denn er hätte die Schweden ganz vom deutſchen Boden vertrieben, wenn ihn der Kaiſer nicht im Stich gelaſſen hätte. Dennoch wurde durch ſeine verſtändigen und energiſchen Nachfolger auf dem Grunde fortgebaut, den er gelegt hatte. Norddeutſchland durfte wieder aufathmen. Neben der Kleinſtaaterei und Fremdherrſchaft wuchs in Norddeutſchland wieder ein größerer, echt deutſcher Staat mit elaſtiſcher Kraft empor, um endlich den Schweden, Polen und Ruſſen einen Damm entgegenzuwerfen und das deutſche Nationalintereſſe im Nordoſten fernerhin ſiegreich zu verfechten.

Friedrich der Große wird in neuerer Zeit auf eine merkwürdige und gewiß unvernünftige Weiſe mißkannt. Wer das große Geſammtintereſſe deutſcher Nation im Auge behält und ſich erinnert, wie jämmerlich die Fremdherrſchaft in Norddeutſchland hereinbrach und immer

weiter vorzuſchreiten drohte, ehe das ritterliche Preußen ihr Halt gebot, kann in Friedrich dem Großen nur einen ruhmwürdigen Vorkämpfer der deutſchen Geſammtnation anerkennen. Zugegeben, daß Friedrich der Große gewaltthätig durch das Recht hindurchgriff, indem er die Verlegenheit Maria Thereſias benützte, um ihr das ſchöne Schleſien wegzunehmen, ſo verdankt ihm Deutſchland dennoch den Schutz ſeiner Grenzen und ſeiner Nationalität, die Oeſterreich damals unſern Nationalfeinden preiszugeben ſchon geſchworen hatte.

Die Vernachläßigung Norddeutſchlands von Seiten Süddeutſchlands und des deutſchen Kaiſerhauſes ſelbſt culminirte im Vertrag von Verſailles am 1. Mai 1757. In dieſem Vertrage verpflichtete ſich Oeſterreich gegen die ausländiſchen Mächte, die deutſchen Provinzen, welche es mit ihrer Hülfe von Preußen wegreißen würde, ihnen für immer zu überlaſſen, ja ihnen ſogar öſterreichiſche Provinzen zum Lohn für ihre Hülfe preiszugeben. Frankreich ſollte einen Theil der Niederlande mit dem Hafen von Oſtende bekommen. Die übrigen Niederlande, mit Ausnahme Luxemburgs, ſollten einem franzöſiſchen Prinzen zum Erbe werden. Die Feſtung Luxemburg ſollte zum Vortheil Frankreichs geſchleift und auch Cleve von Preußen abgeriſſen werden. Schweden ſollte das preußiſche Pommern, Polen ſollte Oſt- und Weſtpreußen, Rußland ſollte Kurland und Semgallen bekommen und alle dieſe Abtretungen ſollten den fremden, nichtdeutſchen Mächten für immer verbleiben.

Was würde wohl aus Deutſchland geworden ſeyn, wenn das Genie Friedrichs des Großen und die Tapferkeit der Preußen nicht dieſen nichtswürdigen Vertrag mit Kanonenſchlägen zerriſſen hätten? Der ganze Nordoſten Deutſchlands wäre Schweden, Polen und Rußland geopfert worden. Der Vertrag von Verſailles ging von Wien aus, von dort, wo man die Krone Karls des Großen bewahrte, vom Centrum des heiligen römiſchen Reiches deutſcher Nation aus, vom Kaiſer, welcher geſchworen hatte, alle Zeit Mehrer des deutſchen

Reichs zu ſeyn. Welche Pflichterfüllung des heil. Reichsoberhauptes, wenn er hier die Niederlande, dort die ganze deutſche Küſte von Mecklenburg bis Kurland den Feinden deutſcher Nation freiwillig abtreten wollte!

Was man auch an Friedrich II. von conſervativer Seite wegen ſeiner Irreligioſität und von liberaler Seite wegen ſeiner rückſichtsloſen Autokratie gerügt und beklagt hat, um die deutſche Nation hat er ſich doch das größte und dankenswertheſte Verdienſt erworben, indem er die Durchführung des Vertrags von Verſailles verhinderte und die Unabhängigkeit, die militäriſche und moraliſche Macht des preußiſchen Staats, des einzigen, der deutſches Intereſſe an den nordöſtlichen Grenzen verfocht, aufrecht erhielt. Hätte er dieſes ſtarke Bollwerk gegen Polen, Schweden und Rußland nicht aufgerichtet, hätte er den Franzoſen und Ruſſen nicht einen heilſamen Schrecken vor der norddeutſchen Waffenkraft eingejagt, wohin wäre es denn mit dem nördlichen Deutſchland gekommen?

Nach Friedrichs Tode trat unter ſeinem Nachfolger Erſchlaffung ein. Der neue Monarch vermochte den ruſſiſch-öſterreichiſchen Intriguen nicht ſo geſchickt zu ſteuern wie der große König. Thuguts Ränke trieben den Preußenkönig zum Basler Frieden. Sein Sohn Friedrich Wilhelm III. übernahm dieſe ſchlimme Erbſchaft und kam zwiſchen dem ländergierigen Frankreich, dem unverſöhnlichen Neide Oeſterreichs und der falſchen Freundſchaft, dem ſchlauen Bevormundungsgelüſte Rußlands in die gefährlichſte Lage. Durch ſeine Niederlage bei Jena verlor Preußen die impoſante Stellung wieder, die es ſeit dem großen Kurfürſten eingenommen hatte. Es ſchien ungewiß, ob Norddeutſchland ſich jemals wieder aus der Fremdherrſchaft befreien würde.

Aber gerade in ſeiner Schwächung und Verkleinerung bewies der preußiſche Staat und das im Geiſte des großen Kurfürſten und des großen Friedrich erzogene Volk eine elaſtiſche Kraft, wie kein anderes in Europa. Als der Augenblick der Erhebung gekommen war,

Digitized by Google

leiſtete das kleine preußiſche Volk in ſchneller Ausrüſtung, Disciplin, Schlagfertigkeit noch bei weitem mehr als das große Volk der Spanier. In wenigen Wochen ſtand in Preußen, welchem Napoleon nur noch 40,000 Soldaten zu halten erlaubt hatte, das ganze Volk in Waffen da und Bauern, Handwerker, Studenten ꝛc., die nie vorher auch nur Pulver gerochen hatten, ſchlugen Napoleons erfahrenſte Veteranen zurück und erfochten Sieg auf Sieg über das größte Heer und den größten Feldherrn Europas. Die Welt war damals über die Schnellkraft des preußiſchen Volkes eben ſo erſtaunt, als ſie es heute iſt. Das Jahr 1866 hat nur beurkundet, daß die Kraft, die 1813 explodirte, im preußiſchen Volke geblieben, daß ſie ſein charakteriſtiſches Weſen iſt.

Niemand ärgerte ſich über die Energie und die glänzenden Erfolge der Preußen in den Jahren 1813 und 14 mehr als Oeſterreich. Es ging die Allianz mit Preußen und Rußland damals nicht eher ein, als bis die Proclamation von Kaliſch verleugnet wurde. Metternich haßte und fürchtete die Begeiſterung für Deutſchland, die damals im preußiſchen Volke herrſchte, viel mehr, als das bereits ſehr geſchwächte, nur noch mit ſeinen letzten Kräften verzweiflungsvoll kämpfende Frankreich. Er trat alſo dem Streben Steins, Blüchers, des Tugendbundes und aller preußiſchen Patrioten, welche die Rheinbundfürſten ſtrafen und ihre Länder einem einigen deutſchen Reich einverleiben wollten, mit dem grade entgegengeſetzten Programm entgegen, wobei er von Rußland und von England eifrig unterſtützt wurde. Dieſes Programm forderte die Erhaltung der Rheinbundfürſten auf ihren Thronen unter öſterreichiſchem Schutz als Gegengewicht gegen Preußen und die patriotiſche Partei. Nachdem Napoleon und zwar hauptſächlich durch die große Energie und heroiſche Opferfreudigkeit der preußiſchen Truppen endlich ganz niedergeworfen und abgeſetzt war, ſchloſſen ſich auch die dort wiederhergeſtellten Bourbons ſogleich

an die antipreußiſche, d. h. antideutſche Coalition Oeſterreichs mit Rußland, England, Schweden und Dänemark an.

Von den Hoffnungen für ganz Deutſchland, die man in Preußen gehegt hatte, konnte nun nichts mehr in Erfüllung gehen. Metternich ſchuf ſtatt des einigen deutſchen Reiches mit ſeinen wiederhergeſtellten alten Grenzen, wie es die Preußen mit Recht verlangt hatten, — den ſ. g. deutſchen Bund, das jämmerlichſte politiſche Pfuſchwerk, das die Weltgeſchichte je geſehen hat. Nach ſo großen und unſterblichen Siegen der deutſchen Nation erhielt das Bundesgebiet engere Grenzen, als das alte Reich auch noch in ſeiner letzten ſchlechteſten Zeit beſeſſen hatte. Elſaß, Lothringen blieben bei Frankreich; Belgien, der burgundiſche Kreis des deutſchen Reichs, noch bis 1793 öſterreichiſch, wurde mit ſeiner gut deutſchen Bevölkerung vom deutſchen Bunde getrennt. Trotz aller Heimtücken, welche Dänemark in der napoleoniſchen Zeit an Deutſchland ausgeübt hatte, durfte es Holſtein behalten. Bald erkannte man als Hauptaufgabe der antideutſchen Coalition, die im Wiener Congreß ſaß, die möglichſte Schwächung Preußens, die Unterbindung aller preußiſchen Adern, damit dieſes elaſtiſche Volk ja nicht wieder deutſche Politik mache wie 1813. Vor allem mußte Preußen von der Nordſee ausgeſchloſſen, ihm alſo ſein treues Oſtfriesland weggenommen werden, um es mit der engliſchen Provinz Hannover zu vereinigen. Damit es ferner keinen Fuß im ſüdlichen Deutſchland faſſe, durfte es ſein altes treues Ansbach und Bayreuth nicht zurückerhalten. Da man ihm doch für ſeine großen Anſtrengungen im Kriege einen Erſatz gewähren mußte, ſchob man ihm nicht ohne Schadenfreude die katholiſchen Rheinlande zu. Dahinter ſteckten folgende Abſichten. Am Rhein, in nächſter Nähe Frankreichs, ſollte Preußen ſtets von Colliſionen mit Frankreich bedroht bleiben, während es doch grade hier nur einen verhältnißmäßig kleinen Beſitz und dem großen Frankreich gegenüber eine ſchwache Stellung hatte. Der kleinere weſtliche Theil

der preußischen Monarchie erhielt gar keinen unmittelbaren Zusammenhang mit dem größeren Theil im Osten, sondern war von diesem auf eine künstliche, man darf wohl sagen perfide Weise durch die Schöpfung und Vergrößerung des Königreichs Hannover getrennt worden. Man kann sich keine ungeschicktere geographische Lage eines Staates denken, als die, in welche Preußen durch den Wiener Congreß gebracht worden war. In der ungeheuren Längenausdehnung von Trier bis Memel und noch dazu in zwei Hälften getrennt, hatte es keinen natürlichen Mittelpunkt, keine Abrundung und bot überall leicht angreifbare Langseiten dar. Ferner sollten die Rheinprovinzen Preußen auch zur inneren Schwächung gereichen, weil ihre Katholicität und ihre französische Justiz einen Gegensatz gegen Altpreußen bildeten.

Durch solche Mittel und Vorkehrungen brachte es der Wiener Congreß nun in der That dahin, daß Preußen trotz seiner großen Leistungen im Kriege, erst jetzt im Frieden gleichsam geknebelt wurde und nicht mehr im Stande war, für die Einheit und die gedeihliche Entwicklung der deutschen Gesammtnation etwas zu thun. Das damalige preußische Kabinet desavouirte den Patriotismus von 1813 und fügte sich dem Metternichschen System, wobei der Einfluß der russischen Verwandtschaft wesentlich mitwirkte. Indessen ging die Tradition, daß vom preußischen Volke aus etwas für Deutschland geschehen solle, deswegen nicht unter. Sie belebte sich auf eine merkwürdige Weise in Schwaben, wo Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen“ zuerst die Parole aufwarf, Deutschland müsse sich unter Preußen einigen und zwar in liberalem Sinne. Der erste thatsächliche Schritt dazu war der von Preußen eingeleitete und durchgeführte deutsche Zollverein.

Auch der Liberalismus brach sich in Preußen, wenn auch nur indirekt, eine breite Bahn. Die Männer, die in den zwanziger und dreißiger Jahren unter dem Ministerium Altenstein gebraucht

wurden, um der ſtudirenden Jugend und den gebildeten Claſſen die Begeiſterung vom Jahre 1813 her, das chriſtlich deutſche Programm der Burſchenſchaft auszureden, würden allzu unpopulär geworden ſeyn, wenn ſie nicht, ohne daß es der fromme König gewahr wurde, mit dem franzöſiſchen Liberalismus kokettirt hätten. Denn dieſer Liberalismus wurde in dem Maß populär, als der Patriotismus verboten war, und richtete ſich, weil er das ungeſtraft thun durfte, gegen die Kirche. Aus der großen Schule des Philoſophen Hegel wie aus den Seminarien, denen der begünſtigte Dieſterweg vorſtand, gingen die entſchiedenſten Feinde der chriſtlichen Religion hervor, welche ganz mit den Liberalen in Frankreich ſympathiſirten. Auch der ſehr einflußreiche Lachmann, noch vielmehr der große Alexander von Humboldt gehörten zu denen, die das Chriſtenthum negirten. Humboldt kokettirte mit den Juden,*) Lachmann unterſchrieb die Proteſte gegen Hengſtenberg. Aus dem Vorherrſchen ſolcher Tendenzen in Berlin erklärt ſich die grauſame Verfolgung der unſchuldigen Lutheraner in Schleſien, die Duldung jener ſchändlichen Verleumdungen und Mißhandlungen, mit denen der von den Liberalen vielgeprieſene Schön in Königsberg die frommen Prediger daſelbſt verfolgte, das rückſichtsloſe Verfahren gegen den Kölner Erzbiſchof und endlich die gänzliche Gleichgültigkeit, mit welcher Preußen der Unterdrückung des evangeliſchen Glaubens in den ruſſiſchen Oſtſeeprovinzen zuſah. Hieraus erklärt ſich ferner die wüthende Verfolgung des zu chriſtlicher Beſinnung zurückgekehrten Miniſteriums Eichhorn von Seiten der Preſſe, die Verhöhnungen desſelben in Königsberg, die Frechheit, mit welcher Ruge, Bruno Bauer, die Deutſch-Katholiken, die Lichtfreunde, die Proteſtmänner auftreten durften.

*) Humboldt ſchrieb viele Jahre lang vertraute Briefe an den Mann der Jüdin Rahel, worin er über den König von Preußen, ſeinen edeln Gönner und Wohlthäter, Spott ergoß. Dieſe Briefe wurden von einer andern Jüdin herausgegeben.

Man muß an dieſe jetzt veralteten Dinge erinnern, um den inneren Zwieſpalt im Preußenthume zu begreifen. Einerſeits lebte hier in der Regierung wie im Volke der Gedanke von 1813 fort und man gab die Erinnerung an die große deutſche Miſſion Preußens nicht auf, wie die Stiftung des Zollvereins bewieſen hat. Andrerſeits bildete ſich auf den Univerſitäten und in der Preſſe jener verneinende Geiſt aus, welcher ſeiner innerſten Natur nach undeutſch, nur von der Oppoſition in Frankreich her entlehnt war, leider aber die gebildeten Claſſen in ſolchem Umfange durchdrang, daß er noch in der Neuzeit die landſtändiſchen Wahlen beherrſchte und das Abgeordnetenhaus in Berlin zu einer ganz unnatürlichen, beinahe wahnſinnigen Oppoſition gegen die Regierung trieb.

Zu den Verhängniſſen, die über den preußiſchen Monarchen kamen, ohne daß ſeine Feſtigkeit und Klugheit denſelben unterlegen wäre, geſellte ſich noch eine Partei von Ultras, die königlicher ſeyn wollten, als der König ſelbſt, ein Anhang von Freunden, die ihm beim beſten Willen doch oft mehr ſchadeten, als ſeine Feinde. Das war die ſ. g. Feudalpartei mit ihrem berühmten Organ, der Kreuzzeitung, und mit einem Uebergewicht im Herrenhauſe. Durch ihre Oppoſition gegen den Liberalismus hat ſie ſich ungeheuer verhaßt gemacht und war auch wirklich ungerecht und ſtörriſch gegen gerechte Forderungen der Zeit, ſo daß die Regierung ſelbſt ihren übertriebenen Eifer zuweilen hemmen, ihre Behauptungen dementiren mußte. Aber ſie wurde gereizt durch die Verleumdungen und durch die Mißachtung, die ſie in der Preſſe und auch im Abgeordnetenhauſe erfuhr. Es waren in dieſer Partei ſehr edle Perſönlichkeiten und ſie vertraten auch die edlen Elemente des Altpreußenthums, ohne welche Preußen für Deutſchland gar nicht hätte leiſten können, was es geleiſtet hat.

Zur gerechten Würdigung dieſer Partei wollen wir ihre verſchiedenen Elemente charakteriſiren.

Es iſt eine royaliſtiſche Partei, die den rocher de bronze der

preußiſchen Monarchie der wilden Brandung der demokratiſchen Sündflut entgegenſtemmt und nicht leiden will, daß ein eitler Profeſſor, den der Staat bezahlt, ein franzöſiſch zugeſchulter Advokat, ein ganz dummer, zweckeſſender Gewohnheitsſchreier, oder gar ein frecher und boshafter Jude ſtatt des Königs den Staat regieren wollen. In dieſem Punkte ſtehen die Royaliſten auf dem feſten Boden der Geſchichte, halten die ruhmwürdigen Erinnerungen der preußiſchen Monarchie feſt und werden vom Nationalſtolz, vom echten Preußengefühl im Volke unterſtützt. Nur inſofern fallen ſie ins Extrem und geben den Angriffen ihrer Gegner Blößen, als ſie mit den Verkehrtheiten der modernen Verfaſſungen nach franzöſiſcher Schablone, des modernen Wahlſyſtems, der Principienreiterei, des ſyſtematiſchen Opponirens und des Maulheldenthums im Abgeordnetenhauſe, doch auch oft die Volksvertretung da bekämpft und verachtet haben, wo ſie als ſolche im Rechte war. Die royaliſtiſche Partei hätte poſitiv auf ein echt deutſches Verfaſſungsweſen, auf eine Vertretung nach Provinzen, Ständen, Genoſſenſchaften dringen und nicht bloß negativ gegen die franzöſiſchen Unnatürlichkeiten der beſtehenden Verfaſſung eifern ſollen.

Die Partei iſt zweitens eine ariſtokratiſche. Sie feudaliſtiſch zu nennen, iſt Unſinn und eine bloße Bosheit der Gegner. Die wirklichen Lehen im Beſitz der Partei laſſen ſich zählen. Man kann die Partei nur eine ariſtokratiſche nennen. In dieſer Beziehung vertritt ſie nun wirklich das edelſte Volkselement in Preußen, die Ehrenhaftigkeit alter Familien, an die ſich in uralter örtlicher Verbindung auch die Ehrenhaftigkeit des Bauernſtandes knüpft. Hier iſt der Kern des preußiſchen Volks zu ſuchen, noch nicht zerfreſſen von Advokaten, Zeitungsſchreibern und Juden. Dieſer patriarchaliſche Adel und ſeine patriarchaliſchen Bauern ſind zugleich der Kern des preußiſchen Heeres. Sie bewahren und erhalten die alte Tapferkeit, die alte Disciplin, jene ritterliche Ehrenhaftigkeit, die Preußen vor allen deutſchen Staaten groß gemacht und unſterblichen Ruhm erkämpft haben. Dieſes edle

Metall hat allerdings auch Schaum und Unrath aufgeworfen. Der Hinkeldeyſche Prozeß und mehrere andere enthüllten Unwürdigkeiten, ja Frevel eines lüderlichen, hoffährtigen Junkerthums, wie im Anfang des Jahrhunderts vor der Schlacht bei Jena. Allein nach ſolchen Auswüchſen des jungen Adels, wie ſie in jeder größeren Reſidenz vorkommen, hätte man doch niemals den geſammten preußiſchen Landadel und das geſammte preußiſche Offizierskorps beurtheilen ſollen.

Die Partei iſt drittens eine fromme, ſtreng chriſtliche, daher natürlicherweiſe den zahlloſen, nicht bloß in der öſterreichiſchen, ſondern auch in der preußiſchen Tagespreſſe thätigen Juden grenzenlos verhaßt. Aus dieſer ſchmutzigen Quelle ſtammen die ſchändlichſten Verleumdungen und Beſchimpfungen des chriſtlich deutſchen Adels. Allerdings war die frühere preußiſche Regierung an der Entchriſtlichung der ſ. g. gebildeten Klaſſen ſelber Schuld, da ſie das Miniſterium Altenſtein bevollmächtigte, auf allen Univerſitäten, Gymnaſien und Schullehrerſeminarien den evangeliſchen Geiſt ſyſtematiſch auszutilgen und dagegen den Hegelſchen einzupflanzen. Die böſen Saaten ſind in den vierziger Jahren aufgegangen, in denen der Abfall vom Chriſtenthum in Preußen eine koloſſale Höhe erreicht hat. Jedermann weiß, daß die revolutionären Tollheiten des Jahres 1848 genau damit zuſammenhingen. Das Gift des Unglaubens blieb indeß auf die ſ. g. gebildeten Claſſen beſchränkt und obgleich es den Arbeitervereinen und dem großſtädtiſchen Proletariat vermittelt wurde, blieb doch die weit überwiegende Maſſe des Landvolks, wie auch der niedere Bürgerſtand, und auch unter den höher gebildeten Claſſen alles von der Anſteckung frei, wo noch die alten Tugenden der Frömmigkeit, Sittlichkeit, Ehrenhaftigkeit und Treue nicht erſtorben waren. Gegen die Sündflut des Hegelthums, des Deutſchkatholicismus, der Lichtfreunde, der Judenpreſſe erſtarkte die chriſtliche Reaction in Preußen immer mehr. Auf den Univerſitäten wurde wenigſtens die Theologie von der Hegelſchen Giftmiſcherei *geſäubert* und der wahnſinnige Chriſtushaß in die weltlichen Facultäten

verwieſen. Der König ging mit dem beſten Beiſpiel voran, indem er laut verkündete: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen! Die bedeutendſten Staatsmänner und der größte Theil des begüterten Adels folgte dieſer Fahne. Man durfte den böſen Dämon ſchon bei der Thronbeſteigung des jetzigen Königs für überwunden erachten, obgleich es ihm noch gelang, eine zahlreiche Nachgeburt ins Abgeordnetenhaus zu liefern. Die Partei nun, die man die feudale, oder die Kreuzzeitungspartei nennt, ſtellte ſich mit der größten Energie auf die chriſtliche Seite und vertrat aufs ritterlichſte den noch im Kern des Volks lebenden Geiſt, die alte ernſte fromme Geſinnung der Väter.

Wenn ſie daneben zuweilen durch ſchroffe Einſeitigkeit nicht blos die Gegner alles Glaubens, ſondern auch die zurückſtieß, die einem guten Glauben, nur auf andere Art anhingen, ſo iſt das zu entſchuldigen. Man muß nur bedenken, wie iſolirt, in ihren Anfängen wenig unterſtützt, von allen Seiten angefeindet, gehetzt, angebellt und angebiſſen dieſe fromme Partei war. Vom Miniſterium übel angeſehen, von der Mehrzahl der Rationaliſten und Hegelianer unter der evangeliſchen Geiſtlichkeit ſelbſt verlaſſen und verhöhnt, mußten ſie ſich wohl in die feſte Burg ihres Glaubens zurückziehen und einſeitig werden. Als nach glücklicher Beſeitigung der Altenſteinſchen Mißregierung Hof und Miniſterium dem verderbten Zeitgeiſt gegenüber ihre Chriſtlichkeit betonten, war es der Partei der Kreuzzeitung gewiß nicht zu verdenken, daß ſie ſich freute und ſich mit Innigkeit dem frommen König hingab, was ihr dann wieder als byzantiniſcher Serviliſmus ausgelegt wurde.

Nur in einer Beziehung war das Verhalten der Partei unbedingt zu tadeln. Sie kokettirte nämlich zu viel mit Rußland. Sie predigte das Zuſammengehen Preußens mit Rußland in Zeiten, wo jedem Deutſchen und Proteſtanten Pflicht und Ehre das Gegentheil geboten. Sie rieth Preußen Rußland beizuſtehen, als Frankreich, England und Oeſterreich im Jahr 1854 die Eroberung der Türkei durch Rußland

verhinderten. Keine Macht iſt für Preußen und Deutſchland gefährlicher als die ruſſiſche. Dieſer Macht zu helfen, daß ſie noch größer wird, als ſie ſchon iſt, kann nicht preußiſche Politik ſeyn. Zudem war es eine confeſſionelle Pflicht gläubiger Proteſtanten, der Gewalt und Argliſt entgegenzutreten, womit Rußland das Landvolk in Livland um ſeinen lutheriſchen Glauben brachte. Daß die fromme Partei in Preußen dazu ſchwieg und dem Czaaren wiederholt ihre Huldigungen darbrachte, leidet keine Entſchuldigung.

Nun denke man ſich die preußiſche Regierung zwiſchen dieſer ihr näher und hinter ihr ſtehenden Partei und der ihr gegenüber ſtehenden vom ausländiſchen Spiritus der franzöſiſchen Deputirtenkammer berauſchten Oppoſition, und man wird ihr zugeſtehen müſſen, daß ſie das Staatsruder feſt handhabte und geſchickt und ſicher zwiſchen den Extremen hindurch ſchiffte. Nicht jenen Parteien, ſondern der Regierung allein verdankte Preußen alle die großen Vortheile, die ihm der Zollverein gewährte, namentlich auch die Sympathien, die es dadurch im nicht preußiſchen Deutſchland gewann. Der Regierung allein verdankte Preußen den confeſſionellen Frieden, welcher wiederkehrte, ſobald Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung kam und den Katholiken und Lutheranern gerecht wurde. Der Regierung allein verdankte Preußen die Sparſamkeit und Ordnung im Haushalt und die ſtrenge Rechtlichkeit in Juſtiz und Verwaltung, daher auch ſeinen blühenden Finanzzuſtand, wodurch es ſich ſo ſehr zu ſeinem Vortheil von Oeſterreich unterſchied.

Die heftigen Erſchütterungen des Jahres 1848 boten Preußen Gelegenheit dar, eine zweckmäßige Reform des deutſchen Bundes durchzuſetzen, zumal da ſein principieller Gegner, Oeſterreich, eine Zeitlang gänzlich darniedergeworfen war. Aber die Perſönlichkeit des ſonſt ſo vortrefflichen Königs Friedrich Wilhelms IV. eignete ſich nicht zu einem gewaltſamen Durchgreifen. Die Revolution in Berlin am 18. März war bereits von den treuen Soldaten unterdrückt

und binnen einer Stunde würden die Insurgenten, die sich nur noch in einigen Straßen hielten, vollends zerstreut worden seyn, wenn nicht der gute König einem falschen Rathe folgend, das Schießen hätte einstellen lassen. Seine Rathgeber meinten, eine Versöhnung mit der Revolution werde ihm alle Liberalen in Deutschland gewinnen, ein gewaltsames Niederschmettern der Rebellen aber ihn verhaßt machen. Sie vergaßen, daß man Kraft zeigen muß, wenn man geachtet seyn will. Die freiwillige Nachgiebigkeit, die Entfernung der tapfern Truppen aus Berlin wurde dem König überall nur als Schwäche ausgelegt und sein edler Wille verhöhnt. Zudem war er sich selbst nicht klar, welches Ziel er verfolgen sollte. Noch unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution hatte er durch seinen Vertrauten, den General von Radowitz, mit dem alten Metternich in Wien unterhandeln lassen, um an der Seite Oesterreichs den nahenden Sturm zu beschwören. Noch in demselben verhängnißvollen Märzmonat überschickte ihm Prinz Albert, Gemahl der Königin von England, einen Reformentwurf, wonach der deutsche Bund wieder in ein Kaiserreich hätte sollen umgewandelt werden. Sämmtliche deutsche Souveräne und Bürgermeister der freien Städte sollten einen Fürstentag bilden und den Kaiser wählen. Die Stände der Einzelstaaten sollten aus beiden Kammern derselben Mitglieder wählen, in einen Reichstag. Dem sollte sich ein Reichsgericht beigesellen, zusammengesetzt aus den Juristenfacultäten der deutschen Universitäten. Ein dem Reichstag verantwortliches Reichsministerium sollte Inneres und Aeußeres des Reichs verwalten. Der König von Preußen billigte diesen Plan im Allgemeinen, verbesserte ihn aber dahin, daß die mediatisirten Fürsten und Grafen, wenn auch nur in zweiter Linie neben den Souveränen zum Fürstentage zugezogen, und daß der gewählte Kaiser, wenn katholisch, vom Erzbischof von Köln, wenn evangelisch, von einem noch zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg gesalbt und gekrönt werden sollte.

Man erkennt unschwer aus diesen Thatsachen, daß sich der König noch der Illusion hingab, Oesterreich werde Preußen eine Gleichstellung gönnen und die Mittelstaaten würden ihr particularistisches Interesse dem des Reiches unterordnen. Er begriff noch nicht, daß so lange nicht eine zwingende Gewalt in die deutschen Verhältnisse eingreift, ein freiwilliges Aufgeben von Sondervortheilen zum Wohl des Ganzen etwas Unmögliches ist.

Es fehlte im Jahr 1848, obgleich der liberale Rausch vorherrschte, doch keineswegs an nationalgesinnten Männern. Also hätten solche auch Preußen berathen können. Die deutsche Mission Preußens wurde in den Jahren 1848 und 49 deutlicher als je vorher von Freund und Feind erkannt. Noch aber waren die Freunde weniger zahlreich, weniger rührig, weniger klug als die Feinde. Was Preußen für Deutschland leistete, wurde nicht anerkannt. Was es von Deutschland mit Recht verlangen konnte, wurde ihm abgeschlagen. Seine guten Freunde spielten eine jämmerliche Rolle. Die Mehrheit in der Paulskirche wollte dem König von Preußen vorschreiben und ging sogar den Bund mit der blutrothen äußersten Linken ein, um dem König, indem sie ihm die Kaiserkrone aufs Haupt setzte, zugleich Hände und Füße zu fesseln. Die Fürsten des Dreikönigbündnisses und alle andern, die sich damals vor ihren eigenen empörten Völkern unter die Fittige des schwarzen Adlers flüchteten, machten sich, nachdem die Gefahr vorüber war, des schwärzesten Undanks gegen Preußen schuldig, ließen es im Stich und intriguirten mit Oesterreich, um dasselbe Preußen, das ihnen ehrlich geholfen hatte, zu schmähen und zu schwächen. Die unpatriotische Haltung der Mittelstaaten war es vorzüglich, wodurch Preußen zu Olmütz gezwungen wurde, der antideutschen Coalition abermals, wie früher am Wiener Congreß, nachzugeben. Oesterreich unter seinem Minister Fürsten Felix von Schwarzenberg handelte im Jahr 1850 wieder ganz eben so gegen Preußen, wie es Metternich

im Jahr 1815 gethan hatte. Auch diesmal galt es nicht Preußen als solchem, sondern der deutschen Mission Preußens. Man wollte nicht, daß Deutschland einig werde, und fürchtete Preußen nur insofern, als die Hoffnung, Deutschland werde durch Preußen einig werden, in den letzten Jahren in so großem Umfange gewachsen war. Die Fürsten der Mittelstaaten stellten ihr dynastisches Interesse über alles und glaubten, auch diesmal wie früher, ihre Throne nur im Bunde mit Oesterreich schützen zu können, Frankreich sah in der Uneinigkeit Deutschlands eine Möglichkeit, künftig zum zweitenmal das linke Rheinufer an sich reißen zu können. England wollte Preußen nicht an die Nordsee kommen lassen. Der gefährlichste und rührigste Feind Deutschlands war aber Rußland. Daß Preußen gehindert werde, seine deutsche Mission zu erfüllen, war Rußlands lebhafteste Sorge. Es spann daher die dänische Intrigue an, über die wir schon im ersten Buche ausführlich berichtet haben. Die russische Dynastie sollte die dänische beerben, nachdem die deutschen Elbherzogthümer für immer dem dänischen Einheitsstaate einverleibt wären. Der Sund sollte demnach zunächst indirect, später direct in die Gewalt Rußlands fallen. Dadurch sollte die Ostsee ein russisches Gewässer und für Preußen gesperrt werden, wie ihm durch die englisch-hannöversche Intrigue bisher die Nordsee versperrt geblieben war.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Rußland, nachdem ihm soviel gelungen war und es in seinem Uebermuth jetzt auch noch die Türkei erobern wollte, dabei ausdrücklich auf die Neutralität Preußens gerechnet hat. König Friedrich Wilhelm IV. war der gehässigen Anfeindungen und des Undanks satt geworden und bedurfte der Ruhe um so mehr, als sich der Keim der Krankheit bei ihm entwickelte, der er bald erliegen sollte. Preußen verhielt sich wirklich im Krimkriege neutral und nützte dadurch Rußland, großmüthig vergessend, wie sehr Rußland ihm in Olmütz und in der dänischen Frage geschadet hatte.

Der Prinz von Preußen wurde für den kranken König Regent. Italien und Frankreich überzogen Oeſterreich mit Krieg. Preußen nahm dieſe Gelegenheit nicht wahr, um ſich wegen Olmütz zu rächen, ſondern es rüſtete für Oeſterreich und ſchickte ſeine Truppen an den Rhein. Aber es erntete für dieſe Bundestreue keinen Dank. Oeſterreich ſchloß lieber den übereilten Frieden von Villafranca, als daß es ſich von Preußen hätte wollen helfen laſſen. Man muß dieſe Handlungsweiſe Oeſterreichs im Auge behalten, um zu begreifen, weſſen ſich Preußen von Oeſterreich zu verſehen hatte, wenn es nicht beſtändig auf der Hut blieb.

Um dieſe Zeit bildeten die Reſte der alten Gothaer Partei in Deutſchland den ſ. g. Nationalverein. Wenn man erwägt, daß am 12. Juli 1859 der Frieden von Villafranca geſchloſſen, und daß der deutſche Nationalverein nur fünf Tage ſpäter, am 17., in einer Verſammlung zu Eiſenach gegründet wurde, ſo begreift man den Zuſammenhang der Nationalvereinspolitik mit dem Cavourismus in Piemont. Man dachte Preußen in Deutſchland die Rolle zu, welche Piemont in Italien ſpielte. Erſter Präſident des Vereins wurde der Abgeordnete und Gutsbeſitzer von Bennigſen in Hannover, der redſeligſte Apoſtel des Vereins war aber der getaufte Jude Metz, ein Advokat aus Darmſtadt. Der Verein machte viel Lärm von ſich, gelangte aber zu keinerlei Macht, denn während er Preußen an die Spitze ſtellen wollte, mißfiel es doch dem ſpecifiſchen Preußenthum, ſich von einer mittelſtaatlichen Partei treiben und hofmeiſtern zu laſſen. In Süddeutſchland aber, wo man gegen die Preußen eine Menge Vorurtheile und Antipathien, insbeſondere aber Furcht hegte, fand der Nationalverein zu ſchwache Anklänge. Auch ſetzte ihm Süddeutſchland, namentlich das katholiſche Bayern und Oeſterreich, alsbald einen großdeutſchen ſ. g. Reformverein entgegen, der für Oeſterreich gegen Preußen wirkte. Nur der Herzog Ernſt von Coburg Gotha, der viel

Ehrgeiz beſaß, nahm ſich, wie der Schützenfeſte, ſo auch des Nationalvereins an.

Am 3. September 1860 trat eine größere Verſammlung des Nationalvereins in Coburg zuſammen, der wieder Herr von Bennigſen präſidirte. Es wurden hier ganz vernünftige Anträge geſtellt, ſofern es damals ſchon jedermann einleuchten mußte, daß man eine energiſchere Zuſammenfaſſung der durch die bisherige Bundesverfaſſung ſo künſtlich zerſtückten deutſchen Nation nur mit Preußen oder gar nicht erreichen könne. Der Verein bezweckte die Schaffung einer einheitlichen Centralgewalt und eines deutſchen Parlaments mit allen geſetzlichen Mitteln und drückte das doppelte Vertrauen aus, daß Preußen ſich der Sache annehmen und das deutſche Volk alsdann auch ſich gern unter die preußiſche Oberleitung fügen werde. Dabei glaubte er immer noch die Reichsverfaſſung von 1849 zur Baſis nehmen zu dürfen, und wahrte zugleich das deutſche Bundesgebiet, ſo daß auch Deutſch-Oeſterreich durch die erwünſchte preußiſche Hegemonie uns nicht entfremdet werden ſollte. Der Hoffnung fehlte hier aber die Zuverſicht des Glaubens. Die Debatte ſchwankte. Die Abgeordneten aus Frankfurt a. M. proteſtirten ausdrücklich gegen die preußiſche Hegemonie. Doctor Braunfels wollte nicht, daß der Nationalverein „nur ein Schemel für Preußens Größe werde.“ Damals ſchon war Frankfurt a. M. der Feuerheerd des Preußenhaſſes. Mit mehr oder weniger Bewußtſeyn dienten hier die Liberalen und Demokraten dem partikulariſtiſchen Conſervatismus des Bundestags und des alten Metternichſchen Syſtems zu Werkzeugen, indem ſie ſich ſelbſt und andere damit täuſchten, als haßten ſie Preußen nur, weil es die Freiheit gefährde, als ſey es ihnen nicht liberal genug. Wie müſſen die Diplomaten Oeſterreichs und der Mittelſtaaten über dieſe ihre liberalen Bundesgenoſſen heimlich gelacht haben!

Pickford aus Heidelberg frug die Frankfurter ironiſch, ob ſie den Zweck ohne Mittel wollten? wo ſie denn ihren Victor Emanuel oder

Garibaldi herholen wollten? Wo die Herrn aus Frankfurt die Macht hernähmen, Kronen zu versagen oder zu vergeben? „Kann der Nationalverein dem Prinzregenten von Preußen etwa ungestraft vorübergehen? Schreiben Sie nur getrost und recht deutlich die preußische Führerschaft auf ihre Fahnen, denn mit Ihrem kleinstaatlichen Liberalismus werden Sie nicht weit kommen, dessen ist man in weiten Kreisen herzlich satt. Mit Adressen und Trinksprüchen erobert man Schleswig-Holstein und Kurhessen nicht. Dazu gehören Erfolge, dazu gehört die blanke Waffe!" (hier wurde der Redner durch den Ruf unterbrochen: Das wäre arg!) Diese vernünftige Rede, deren ganzer Inhalt sechs Jahre später durch die Siege Preußens bestätigt worden ist, wurde damals von der Versammlung nur mit Mißbehagen und Widerspruch angehört. Schultze-Delitzsch suchte die Frankfurter Opposition zu beschwichtigen, um eine Trennung im Nationalverein zu verhüten, und hob hervor, die Hegemonie in Deutschland solle Preußen ja nicht bedingungslos anvertraut werden und Preußen werde sie nicht erhalten, wenn es sich diesen Bedingungen nicht füge. Er vergaß aber dabei die Hauptsache, nämlich was zu thun sey, wenn Preußen stark genug wäre, die Hegemonie auch ohne jene Bedingungen an sich zu reißen, oder wenn Preußen sich überhaupt versage? Der unvermeidliche Metz trug wieder die Phrase vor: „Wenn ich auch die deutsche Einigung will, so will ich sie nur als Mittel zur freiheitlichen Entwicklung von Deutschland." (Verhandlungen S. 37.) Durch diese Naivetät sollten die liberalen Philister getröstet werden, indem man ihnen die preußische Hegemonie empfahl. Sie sollte ja nur ein Deckmantel zur Durchführung der liberalen Doctrin seyn. Der Prinz-Regent von Preußen sollte nur eine willenlose Puppe seyn, die Herr Metz und Compagnie hinter der Scene mit Bindfaden in Bewegung setzen würden.

Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der italienischen Frage und berieth den Antrag: es sey nicht die Aufgabe einer deutschen Politik, in einem Kampf zwischen Oesterreich und Italien um den

Beſitz Venetiens für das erſtere einzutreten. Die meiſten Anweſenden ſtimmten dafür und vergaßen, daß ſie auch nicht über ein Bajonet zu verfügen hatten, um ihren Wünſchen Nachdruck zu geben, und daß, wenn ihnen ein paarmal hunderttauſend Bajonette verfügbar geweſen wären, ſie die Frage vom deutſchen Standpunkt aus ganz anders hätten beantworten müſſen. Sie wollten ja einen Nationalverein vorſtellen. Sie nahmen ja die Miene an, als ob ſie (beſonders die Juden unter ihnen) etwas vom deutſchen Nationaliintereſſe verſtünden. Hätten ſie es verſtanden, ſo würden ſie Karls des Großen älteſte Eroberung für das deutſche Reich nicht ſo leichten Kaufes haben hingeben wollen. Seit tauſend Jahren hat in Italien immer der deutſche Kaiſer, hin und wieder auch der franzöſiſche König das Uebergewicht gehabt. Die neueſte Emancipation Italiens iſt das Ergebniß eines wilden Parteigetriebes durch franzöſiſche und engliſche Aufhetzerei. Die Italiener würden erſt dann ein Recht haben, von ihrer Selbſtändigkeit zu reden, wenn ſie die Franzoſen aus Nizza und Savoyen hinausgeſchlagen hätten. So lange ſie das nicht können, ſind und bleiben ſie die Vaſallen und das Spielzeug Frankreichs.

Reyſcher aus Württemberg war der einzige, der in der Coburger Verſammlung dem lächerlichen Enthuſiasmus für die Italiener entgegen trat, der dem Deutſchen nicht gezieme. Er wies darauf hin, daß die Italiener ſelbſt nicht wünſchen könnten, Frankreich möchte mehr Einfluß in Italien erhalten, als Oeſterreich. Um wie viel weniger zieme es den Deutſchen. Ueberdieß ſey die Verſammlung ja ganz außer Stande, Krieg oder Frieden beſchließen zu können.

Dieſe Coburger Verſammlung, an ſich ganz unwichtig, war doch ein treuer Spiegel der liberalen Illuſionen jener Zeit, und das hübſcheſte darin war, daß doch einige wenige Vernünftige durch die Nebel hindurch eine Zukunft zeigten, die das viele unnütze Wortmachen mit Thaten und Erfolgen verdrängen würde.

Die Fürſten ſelbſt nahmen an der Bewegung Theil. Die Mit-

teſtaaten nämlich glaubten zwiſchen den rivaliſirenden beiden Großſtaaten zu mehr Geltung kommen zu können, als bisher. Andrerſeits diente das Drängen der ſ. g. Volks- und Fortſchrittspartei nach einer Bundesreform und nach einem Parlament bald dieſem bald jenem Cabinet als Mittel, den Rivalen anzugreifen, oder einen Angriff desſelben zu pariren.

Da ſich Oeſterreich und Preußen über den Oberbefehl der Bundesarmee nicht hatten einigen können, vereinigten ſich die Mittelſtaaten in einer Conferenz zu Würzburg im November 1860 dahin, neben dem öſterreichiſchen und preußiſchen auch noch ein drittes Obercommando für ſich anzuſprechen, welchem das ſiebente bis zehnte Bundesarmeecorps unterſtellt werden ſollte. Am 15. September 1861 ergriff der königlich ſächſiſche Miniſter, Freiherr von Beuſt, die Initiative in Bezug auf eine Reform des deutſchen Bundes mit einem Parlament (Delegirtenverſammlung) nach dem Geſchmack der liberalen Agitatoren und zugleich wieder ganz im Sinne und Intereſſe der mittelſtaatlichen Regierungen, ſofern er die beiden Großſtaaten möglichſt aus einander halten, den Mittelſtaaten aber beim Bundestag eine Mehrheit der Stimmen ſichern wollte. Oeſterreich lehnte das ſächſiſche Reformproject ab. Graf Rechberg erklärte ſich am 5. November beſonders dagegen, daß Oeſtereich mit Preußen das Präſidium theilen ſollte. Das Aufgeben der einheitlichen Form könne die deutſchen Zuſtände nicht conſolidiren. Die Zuziehung der Delegirtenverſammlung in politiſchen Fragen werde die Einheit auch nicht fördern und noch viel weniger den Geſchäftsgang vereinfachen. Auch Preußen antwortete am 20. Dezember auf das ſächſiſche Project durch den Grafen von Bernſtorf, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, entſchieden ablehnend. Herr von Beuſt hatte neben dem Bundestag eine Art Volksvertretung vorgeſchlagen, welche aus Delegirten der Ständeverſammlungen in den Einzelſtaaten zuſammengeſetzt ſeyn ſollte. Graf Bernſtorf erklärte, für die Großſtaaten, in deren Reichsverſammlung auch

Abgeordnete ſolcher Länder ſitzen, würde die Delegation ſchwierig ſeyn und keinesfalls würden ſich die betreffenden Reichsverſammlungen dem Delegirtenhauſe in Frankfurt unterwerfen wollen. Viel natürlicher ſchien es dem preußiſchen Miniſter zu ſeyn, in Anwendung des durch Artikel 11 der Bundesacte gewährten Bündnißrechts einen Theil der deutſchen Bundesgenoſſen in einem engern Bunde, unbeſchadet des äußeren zu vereinigen.

Gegen die vom Grafen von Bernſtorf ausgeſprochene Aeußerung, worin der engere preußiſche Bund mit dem Erfurter Parlament wieder ins Gedächtniß gerufen wurde, legten Oeſterreich und die Mittelſtaaten in identiſchen Noten vom 2. Februar 1862 Verwahrung ein, indem ſie die preußiſche Auslegung des Artikels 11 nicht wollten gelten laſſen. Hierauf erklärte Preußen, es verzichte auf weitere Verhandlungen über dieſe Frage.

Dennoch wurde das Delegirtenproject von den Preußen abgeneigten Kabineten feſtgehalten, weil man dadurch einem populären Verlangen entſprach und Preußen zur Nachgiebigkeit zwingen oder beſeitigen und unpopulär machen zu können glaubte. Am 14. Auguſt wurde daher am Bundestage von Seiten Oeſterreichs, der vier mittleren Königreiche, der beiden Heſſen, Braunſchweigs und Naſſaus förmlich der Antrag geſtellt, einen Ausſchuß in Betreff der Delegirtenfrage niederzuſetzen. Preußen verwahrte ſich dagegen und ſprach dem Bundestage ſeine Competenz ab, weil dieſe Frage nur durch Stimmeneinheit entſchieden werden könne. Der Ton der öſterreichiſchen und preußiſchen Blätter wurde damals ein ſehr gereizter. Den erſtern wurde vorgeworfen, vertrauliche Aeußerungen entſtellt in die Oeffentlichkeit gebracht zu haben. Ein gehäſſiger Artikel des Frankfurter Blattes l'Europe konnte ſeine Quelle nur im auswärtigen Miniſterium zu Wien haben. Herr von Bismarck erklärte ſich darüber in Berliner Blättern: „Es iſt unwahr, daß die Zurückziehung der preußiſchen Trup-

pen und des Kriegsmaterials aus den Bundesfeſtungen in Ausſicht geſtellt ſey; es iſt erfunden, daß in der Depeſche erklärt worden, Preußen werde, falls Deutſchland von außen angegriffen werde, der Invaſion nichts in den Weg legen. Was den Ton der Depeſche betrifft, ſo trägt dieſelbe den Stempel eines Verſuchs, die Urſachen der Entfremdung beider deutſcher Großmächte feſtzuſtellen, und dieſelbe ſo viel als thunlich zu mildern und zu beſeitigen. Wenn vertrauliche Eröffnungen der Art den offiziöſen Federn des Wiener Kabinets als Stoff zu verhetzenden Artikeln überliefert werden, wenn dieſelben ſogar und in erſter Linie ihren Weg in das Pariſer Blatt la France finden, ſo wird das preußiſche Kabinet von ſolchen Thatſachen ohne Zweifel mit Bedauern, aber auch mit der Ueberzeugung Act nehmen, daß es fernerhin ſich nicht empfiehlt, ſeinerſeits eine Initiative der Verſtändigung zu ergreifen."

Das Delegirtenproject wurde übrigens in der Bundestagsſitzung vom 22. Januar 1863 durch Stimmenmehr verworfen, indem Preußen, Baden, Luxemburg, Dänemark, Oldenburg und die meiſten kleinern Staaten dagegen ſtimmten, auch Kurheſſen zu Preußen übertrat und Naſſau ſich der Stimme enthielt. Oeſterreich erklärte ſofort, es werde mit den ihm gleichgeſinnten Bundesgenoſſen nunmehr auf Grund des Artikel 11 der Bundesacte das Delegirtenproject im Wege der Separatverbindung durchzuführen verſuchen. Wenn nun auch Preußen, was es zunächſt nicht that, auf ſein altes Erfurter Parlament zurückkommen wollte, ſo hatte Deutſchland die Ausſicht, mit zwei Nationalparlamenten beglückt zu werden.

Dieſem Verhalten der deutſchen Kabinete ging das der Volksparteien parallel. Der Nationalverein fuhr fort, im Sinne der preußiſchen Hegemonie zu wirken. Herzog Ernſt von Coburg blieb der Patron des Vereins. Der Herzog machte im Januar 1861 einen Vorſchlag zur Bundesreform ganz nach dem alten Gothaiſchen Plane, wonach Deutſchland die preußiſche Spitze erhalten, Oeſterreich aber

ausgeſchloſſen werden ſollte. Der Herzog von Meiningen proteſtirte gegen ſeinen Vetter. Miniſter Graf Borries in Hannover drohte im Mai in der Kammer mit einem auswärtigen Bündniß, wenn der Nationalverein die Selbſtändigkeit Hannovers antaſte. Miniſter Dalwigk in Heſſendarmſtadt verbot den Nationalverein, blieb aber mit dieſer Maßregel iſolirt, denn in andern Staaten glaubte man, der Nationalverein werde weniger zu bedeuten haben, wenn man ihn nicht durch eine Verfolgung erſt wichtig mache und friſch belebe, zumal da er hinlänglich mit Antipathien im Volk zu kämpfen habe. Der gedachte Verein lud zu einer großen Verſammlung auf den 28. September nach Weimar ein, um die deutſche Frage zu beſprechen. Die Liberalen in Oeſterreich, für welche Rechbauer und Berger das Wort führten, konnten ſich zur Beſchickung dieſer Verſammlung nicht verſtehen, weil ſie eine zu preußiſche Färbung hatte, worauf die großdeutſche oder öſterreichiſche Partei eine ähnliche Verſammlung ihrer Geſinnungsgenoſſen zum 23. October nach Frankfurt am Main einlud. Beide Verſammlungen wurden gehalten, ſtellten alſo zwei einander entgegengeſetzte Vorparlamente dar, das eine für das künftige Parlament der engern Bundesſtaaten, das andere für die künftige Delegirtenverſammlung. Das eine ging aus dem ſchon beſtehenden Nationalverein hervor, das andere gründete der jenem entgegengeſetzte ſ. g. deutſche Reformverein. Dieſe Volksparteien traten alſo genau in die Fußtapfen hier des preußiſchen, dort des öſterreichiſchen Miniſteriums und erwieſen ſich als vollkommen berechtigte Vertreter der deutſchen Uneinigkeit, nur nicht der Einigkeit, oder als Vertreter deſſen, was der Nation zum Nachtheil und zur Unehre gereicht, nur nicht deſſen, was ihr zum Nutzen und zur Ehre gereicht.

Deswegen war es ganz apropos und bewies die Umſicht des ruſſiſchen Kabinets, daß es in denſelben Tagen, in welchen die Herrn in Weimar und Frankfurt unnütze Reden für Deutſchland hielten, einen ganzen Regen von Ordenskreuzen auf Böhmen herunterfallen ließ, um

die eifrigſten Anhänger des Czechismus und Panſlavismus für ihre Antipathien gegen die deutſche Nation zu belohnen.

Schon im folgenden Jahre 1863 glaubte Oeſterreich, gegen Preußen energiſch vorgehen zu dürfen, weil die Mittelſtaaten mehr ihm, als Preußen zuneigten und die liberalen Parteien in den Mittelſtaaten und in Preußen ſelbſt dem preußiſchen Miniſterium immer mißtrauiſcher und feindſeliger entgegen traten. Das war die Zeit, in welcher Kaiſer Franz Joſeph den Fürſtentag in Frankfurt eröffnete und eine Bundesreform vorſchlug, welche Preußen in ſeinen Bundesrechten weſentlich verkürzen ſollte. Wir haben ſchon in der Geſchichte der wiederholten und einander immer widerſprechenden politiſchen Verſuche Oeſterreichs die Geſchichte jenes Fürſtentags dargelegt. Der Verſuch mißlang vollſtändig, weil die Mittelſtaaten ſich einer öſterreichiſchen Hegemonie ſo wenig als einer preußiſchen unterwerfen wollten und Oeſterreich, von Sorgen wegen Ungarn gequält, aus dem kühlen Verhalten der Mittelſtaaten den Muth nicht ſchöpfen konnte, um zwiſchen ſeinen und den preußiſchen Anſprüchen die Waffen entſcheiden zu laſſen. Es kam alſo auch diesmal keine Bundesreform zu Stande.

Am Ende verlangte Preußen, wenn es überhaupt auf eine Reform des beſtehenden deutſchen Bundes eingehen ſolle, 1. daß Oeſterreich und Preußen ein Veto zuſtehen müſſe, wenn es ſich um einen Bundeskrieg handle, der nicht blos Vertheidigung des Bundesgebiets bezwecke; 2. daß Preußen mit Oeſterreich gleichberechtigt werde zum Vorſitz und zur Leitung der Bundesangelegenheiten; 3. daß zum deutſchen Parlament nicht die ſchon gewählten Kammern der Einzelſtaaten als Delegirte zuſammengezogen werden ſollten, ſondern daß die Mitglieder des Parlaments aus direkten Wahlen nach der Kopfzahl hervorgehen ſollten.

Darauf ging Oeſterreich nicht ein. Es würde ohne Zweifel beſſer

gethan haben, wenn es eine freundliche Verſtändigung mit Preußen geſucht hätte. Dann würde es den grollenden Völkerſtämmen an der Adria, an der Theiß und an der Moldau ſicher mehr imponirt haben, als indem es mit den Mittel- und Kleinſtaaten in Frankfurt am Main tagte und vor der Hand nur Paragraphen ſtyliſirte.

Viertes Buch.

Die preußiſche Armeeorganiſation.

Nach vielen herben Erfahrungen erkannte der König von Preußen ſchon als Prinzregent, unter ſo vielen Feinden und falſchen Freunden bleibe Preußen iſolirt und könne ſeine Machtſtellung nur behaupten, ſeine welthiſtoriſche Beſtimmung nur erfüllen, wenn es die elaſtiſche Kraft im eigenen Volke wieder ein wenig anſpanne. In dieſem verhängnißvollen Augenblick aber wuchſen dem König neue fanatiſche Feinde im eigenen Lande wie Pilze in der Nacht aus dem Boden hervor. Die künftige Geſchichtſchreibung wird davon Act nehmen, in welchen Schwierigkeiten der greiſe Regent ſtandhaft blieb und unverdroſſen ſein Ziel verfolgte.

Wie übel hatte man ſeinem trefflichen Bruder mitgeſpielt! Was ſtand ihm ſelbſt und ſeinen Nachkommen bevor! Es war nöthig, auf alle Wechſelfälle beſſer vorbereitet zu ſeyn, als es ſeine Vorgänger geweſen waren. Zu dieſem Behufe betrieb er vor allem die Reor-

ganiſation des preußiſchen Heeres. Schon im badiſchen Feldzug 1849 war es als unnatürlich aufgefallen, daß im preußiſchen Heere verheirathete Landwehrmänner kämpfen mußten, während viele unverheirathete junge Männer daheim blieben. Bei der Mobiliſirung im Jahr 1859 trat daſſelbe Uebel wieder zu Tage. Zudem war die preußiſche Armee für einen Großſtaat nicht zahlreich genug und bei nur zweijähriger Dienſtzeit auch innerlich nicht genug geſtählt. Der Prinzregent betrieb alſo eine umfaſſende Reorganiſation des Heeres und ſie ging von ihm ſelbſt aus, wie er das auch ausdrücklich erklärt hat, nicht von den Generalen von Bonin und von Roon. Die Linie ſollte beträchtlich vermehrt und ihre Dienſtzeit von zwei auf drei Jahre erhöht werden. Das erſte Aufgebot der Landwehr, welches bisher auf ſo fehlerhafte Weiſe mit der Linie verbunden geweſen war, daß je ein Landwehrregiment mit einem Linienregiment zu derſelben Brigade gehörte, ſollte ganz wegfallen und das zweite Aufgebot nur für Nothfälle als Reſerve dienen.

Die preußiſchen Kammern hatten im Jahr 1859 für die Mobiliſirung der Armee, die an den Rhein zog, ſieben Millionen Thaler bewilligt. Weil der Frieden von Villafranca ſo ſchnell erfolgte, wurde der Marſch eingeſtellt. Jene ſieben Millionen aber verwendete der Prinzregent nunmehr auf die Reorganiſation der Armee, mit der er ſogleich begann und die er auch, alles Widerſpruchs ungeachtet, energiſch durchführte. Als er am 12. Januar 1860 die Kammern in Berlin eröffnete, bat er ſie, ihn bei der zweckmäßigen und für das Staatswohl unumgänglich nothwendigen Aenderung im Heerweſen, welche das Miniſterium am 10. Februar bei den Kammern beantragte, zu unterſtützen. Die Mittel dazu ſollte eine neue Grundſteuer liefern. Das Herrenhaus ſträubte ſich, weil die Grundſteuer dem Intereſſe des grundbeſitzenden Adels zuwider lief. Das Miniſterium bat nun das Abgeordnetenhaus wenigſtens um 9 Millionen Thaler, um eine erhöhte Streitbarkeit des Heeres zu ermöglichen, und ſie wurden ihm bewil-

ligt, am 15. Mai. Um auch ein Stimmenmehr im Herrenhauſe zu erzielen, ernannte der Prinzregent 18 neue Mitglieder deſſelben. Dieſe Vermehrung des ariſtokratiſchen Körpers mißfiel aber wieder den Liberalen.

Die Abſicht Preußens, ſein Heer zu verſtärken, erregte großes Mißtrauen bei den Mittelſtaaten und am meiſten bei Hannover, das zwiſchen den beiden Hälften der preußiſchen Monarchie eingeklemmt war. Der damalige Miniſter von Borries erklärte in der hannoverſchen Kammer am 1. Mai, indem er den Nationalverein vorſchob, dieſer Verein wolle die ganze Militärgewalt des Bundes in den Händen Preußens ſehen. „Das ſey aber nichts anders, als eine völlige Mediatiſirung aller übrigen deutſchen Fürſten. Eine ſolche werde und könne ſich keiner der größeren Fürſten, ja ſo lange noch Recht beſtehe, auch keiner der kleineren gefallen laſſen. Ein ſolcher Verſuch würde zu Bündniſſen der deutſchen Fürſten unter einander, ja könne ſelbſt zu Bündniſſen mit außerdeutſchen Staaten drängen.“ Nur einen Tag ſpäter, am 2. Mai, verwarf die Bundesmilitärcommiſſion in Frankfurt die von Preußen vorgeſchlagene Reform der Bundeskriegsverfaſſung, wonach der Oberbefehl im Kriege zwiſchen Oeſterreich und Preußen hätte getheilt werden ſollen.

Am 2. Januar 1861 wurde Friedrich Wilhelm IV., der vielgeprüfte, durch einen ſanften Tod von ſeinem Leiden erlöst und beſtieg der Prinz-Regent als Wilhelm I. den preußiſchen Thron. Derſelbe erließ am 7. Januar eine Proclamation, worin er zuerſt erklärte, er bleibe dem Worte ſeines verewigten Bruders treu: „Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!“ Sodann erklärte er, unter ſeiner Regierung werde ein Fortſchritt erfolgen und zwar in der deutſchen Frage. „Es iſt Preußens Beſtimmung, nicht dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anſpannung ſeiner geiſtigen und ſittlichen Kräfte, in dem Ernſt und der Aufrichtigkeit

ſeiner religiöſen Geſinnung, in der Einigung von Gehorſam und Freiheit, in der Stärkung ſeiner Wehrkraft liegen die Bedingungen ſeiner Macht; nur ſo vermag es ſeinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten. Ich halte feſt an den Traditionen meines Hauſes, wenn ich den vaterländiſchen Geiſt meines Volks zu heben und zu ſtärken mir vorſetze. Ich will das Recht des Staats nach ſeiner geſchichtlichen Bedeutung befeſtigen und ausbauen. Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutſchland zuſammen."

In der Thronrede bei Eröffnung des Landtags am 14. Januar forderte der König abermals die Kammern auf, der Armeereorganiſation zuzuſtimmen und ſie aus der erhöhten Grundſteuer zu beſtreiten. Das Abgeordnetenhaus war damals noch zufrieden, daß der König die Verfaſſung einzuhalten gelobt und auch das bisherige liberale Miniſterium in ſeinen Aemtern belaſſen hatte. Auch mußte es anerkennen, welche Mühe ſich das Miniſterium gab, das Herrenhaus endlich (am 7. Mai) zur Anerkennung der Grundſteuererhöhung zu vermögen. Unter dem Einfluß des Nationalvereins wollte das Haus in der antiöſterreichiſchen Politik ſogar noch weiter gehen, als die Regierung ſelbſt. Es erklärte ſich am 6. Februar für die Anerkennung Italiens und am 7. nach einem Antrag Stavenhagens ſogar für eine Reform des deutſchen Bundesſtaats, an deſſen Spitze Preußen treten ſollte. Herr von Schleinitz, Miniſter des Auswärtigen, mußte das Haus dringend bitten, von ſolchen Anträgen abzuſtehen, da ſie „weit über den gegenwärtigen Standpunkt Preußens hinausgriffen" und einen Krieg mit Oeſterreich heraufbeſchwören könnten. In den Mittelſtaaten bemerkte man eine unruhige Bewegung, ihre Miniſter traten zu einer Conferenz in Würzburg zuſammen, um eine engere Militärverbindung unter einander zu erzielen, weshalb eine preußiſche Erklärung vom 21. April ſie an ihre Bundespflichten erinnerte. Inzwiſchen war das preußiſche Abgeordnetenhaus auf den Verdacht gekommen, es ſey der

Digitized by Google

Regierung in der deutſchen Frage nicht Ernſt und die Verſtärkung des Heeres bezwecke nur Schmälerung der Volksrechte im Innern. Es zeigte ſich daher in ſeinen Bewilligungen geizig und argwöhniſch, indem es am 31. Mai von den 8½ Millionen Thalern, welche die Regierung für das Heer verlangte, 1½ Millionen ſtrich und auch den Reſt nur als Extraordinarium bewilligen wollte. Der König hielt indeß an ſeinem Plane feſt und löste die Kammern am 5. Juni auf.

Von dieſem Augenblick an wuchs das Mißtrauen der ſ. g. Fortſchrittspartei. Man verbreitete die Meinung, die liberalen Miniſter dienen nur als vorgeſchobene Maske, um dahinter abſolutiſtiſche Plane zu verſtecken, und die Vermehrung des Heeres ſolle nur ein Mittel ſeyn, die Freiheit und die Verfaſſung zu unterdrücken. Im Programm der Fortſchrittspartei, welches am 9. Juni die Neuwahlen zum Abgeordnetenhauſe beeinfluſſen ſollte, wurde in erſter Linie gefordert, die nächſte Kammer ſolle ein Geſetz über Miniſterverantwortlichkeit, die größte Sparſamkeit bei der Armee und eine Reform des Herrenhauſes in liberalem Sinne durchſetzen. Gröbere Mißverſtändniſſe hat es kaum je gegeben. Während der König, ſeinem offenen Gelöbniß treu, für die deutſche Sache wirkte, wurde ſeine Regierung von denen, welche ſelbſt für eine größere, einheitliche deutſche Politik arbeiteten und gegen den Particularismus kämpften, ganz ebenſo, ja faſt noch mehr verdächtigt und verhöhnt, als von den Parteigängern des alten Metternichſchen Syſtems und der Kleinſtaaterei. Die Agitation gegen Preußen in der Preſſe überſtieg alle Grenzen des geſunden Verſtandes. Zahlloſe urtheilsunfähige Zeitungsphiliſter erhitzten ſich gegen das vermeinte Unrecht Preußens, und als König Wilhelm ſich im Sommer kurze Zeit in Baden-Baden aufhielt, glaubte ein überſpannter Jüngling, Oskar Becker, das deutſche Vaterland vom Verderben zu retten, indem er den König mit einer Piſtole erſchießen wollte, aber fehlte, am 14. Juli.

Als am 20. September die conſervative Partei in Preußen ein

Wahlprogramm erließ, welches dem der Fortſchrittspartei vom 9. Juli entgegengeſetzt war, erließ das fortſchrittliche Wahlcomite in Berlin am 29. einen Aufruf, worin es von dem nächſten Landtage „ein energiſcheres Vorgehen und eine entſchloſſenere Initiative“ verlangte.

Nach der alten Sitte hätte der neue König die Erbhuldigung der Stände entgegennehmen ſollen. Das liberale Miniſterium rieth aber davon ab, weil die frühern Stände durch die Verfaſſung beſeitigt ſeyen. Es wurde daher eine andere Feierlichkeit vorgeſchlagen, nämlich die Krönung in Königsberg. Eine ſolche hatte nur einmal in Preußen ſtattgefunden und zwar als der Kurfürſt von Brandenburg zum erſtenmal den Titel als Friedrich I. König von Preußen annahm. Die folgenden fünf Könige hatten ſich nicht krönen laſſen. Indem es der ſiebente in der Reihe that, bezeichnete er dadurch im Voraus einen neuen und wichtigen Abſchnitt der preußiſchen Geſchichte. Die letzten Vorgänge im Königreich forderten ihn auf, den heiligen Begriff der Krone zu betonen, den das jüngere Geſchlecht vergeſſen zu haben ſchien. Was konnte die Initiative, mit welcher das Wahlcomite gedroht hatte, anders bedeuten, als den Eingriff des Parlaments in die Kronrechte?

Zum Krönungstage wurde der 18. October gewählt, der Jahrestag der Leipziger Schlacht. Am Tage vorher hielt der König eine Anrede an die verſammelten Mitglieder beider Häuſer des Landtags und ſagte: „Die Herrſcher Preußens empfangen ihre Krone von Gott. Ich werde deshalb morgen die Krone vom Tiſche des Herrn nehmen und auf Mein Haupt ſetzen. Dies iſt die Bedeutung des Königthums von Gottes Gnaden und darin liegt die Heiligkeit der Krone, welche unantaſtbar iſt. Ich weiß, daß Sie ſelbſt den Sinn des Actes ſo verſtehen, zu deſſen Zeugen Ich Sie berufen habe. Die Krone iſt mit neuen Inſtitutionen umgeben. Sie ſind nach denſelben berufen, der Krone zu rathen. Sie werden Mir rathen und auf Ihren Rath werde Ich hören.“ Dieſe Anſprache hielt das Königthum von Gottes Gnaden feſt und machte aus den Kammern bloße Rathgeber, während

die Oppoſition ſich den conſtitutionellen König nur wie den in England als Puppe dachte, welcher unterſchreiben müſſe, was ihm die Miniſter vorlegen, Miniſter, die ſelbſt wieder nur aus der Mehrheit im Unterhauſe hervorgegangen ſeyen. Natürlicherweiſe wurde dieſer ſchroffe Gegenſatz der Auffaſſungen einſtweilen ignorirt, um das Feſt nicht zu ſtören, aber die Oppoſition behielt ſich die Antwort vor.

Dieſelbe erfolgte bei den Wahlen. Das Königthum von Gottes Gnaden war ſchon lange vorher in den kleinern deutſchen Kammern verrufen geweſen und nun trat der ganze moderne Liberalismus und die Demokratie in Preußen aufs leidenſchaftlichſte dagegen in die Schranken. Es war die alte Täuſchung der franzöſiſchen Doctrin, welche das mit Volk und Ständen einträchtige Königthum von Gottes Gnaden mit dem Imperialismus, mit dem Princip verwechſelte, welches man zur Reformationszeit den ſpaniſchen dominatus absolutus und ſpäter den monarchiſchen Abſolutismus Ludwigs XIV., das l'état c'est moi nannte. Jenes war das chriſtlich deutſche Princip des Mittelalters, dieſes war das Princip der Kaiſergewalt im alten heidniſchen Rom und wurde wieder das Princip der Renaiſſance. Beide ſtehen ſich nicht gleich, ſondern bilden den ſchroffſten Gegenſatz. Denn das erſte Princip ſchützt die Freiheit, das letztere ſchließt ſie aus. Eine wahrhafte Volksvertretung und Volksfreiheit gewährt nur das erſtere, weil der König ſelbſt ſich unter ein höheres Geſetz beugt. Aber der moderne, wie der antike Imperialismus verlangt von den Völkern blinden und ſclaviſchen Gehorſam, weil er den Herrſcher nicht durch die Gnade Gottes regieren läßt, ſondern ihn ſelber zum alleinigen Gott, zur alleinigen Quelle des Rechts macht. Dieſen großen Unterſchied begriff jene preußiſche Fortſchrittspartei nicht, weil ſie in der franzöſiſchen Schule erzogen und voll Verachtung gegen die chriſtliche Religion, das chriſtlich deutſche Princip längſt vergeſſen hatte. Die Rede des Königs bei der Krönung wurde daher von ihr nur als Ankündigung einer abſolutiſtiſchen Reaction aufgenommen und die

Agitation bei den Neuwahlen zum Landtag erreichte diesmal einen noch höhern Hitzegrad, als je zuvor. Die Conservativen brachten nur eine kleine Anzahl ins Abgeordnetenhaus, die ungeheure Mehrheit der Neugewählten waren Liberale und Demokraten.

Man bemerkte unter den Gewählten das alte Demokratenhaupt Waldeck, Löwe von Calbe, nebst andern Amnestirten, dann eine fast lächerliche Menge von Kreisrichtern und ziemlich viele Juden, obgleich der preußische Hauptjude, Jakobi in Königsberg, vornehm thuend eine Wahl abgelehnt hatte, weil seine Zeit noch nicht gekommen sey. Begreiflicherweise war auch das eitle Professorenthum unter den Gewählten vertreten. Man hat ausgerechnet, daß damals von hundert Wahlberechtigten nur 27 gewählt haben; wenn man nun aber annähme, daß die, welche nicht wählten, Conservative gewesen wären, so würde dieselben der Vorwurf einer sträflichen Fahrlässigkeit treffen und man müßte sagen, ein Volk, welches sich von einer Handvoll Demokraten und Juden regieren lassen will, ist nichts besseres werth, als von ihnen regiert zu werden. Die wenigen conservativen Blätter in Preußen brachen damals in bittere Klagen aus. Die conservative Bevölkerung sey träge und passiv und glaube genug gethan zu haben, wenn sie alles dem König überlasse, als ob der König nicht ihrer gerade bedurft hätte.

Die Trägheit der Wähler und daß die meisten die Sache dem König allein überlassen wollten, hatte seinen Grund wesentlich in der Gleichgültigkeit gegen das moderne, nur geistlos dem Französischen nachgebildete Verfassungswesen, bei vielen sogar in einem Eckel vor demselben, denn es paßt eben nicht zur deutschen Art, daher in Preußen, wie überall in den Ländern, wo diese Verfassungsart eingeführt ist, stets nur eine Minderheit von Agitatoren und Schreiern sich zu den Wahlen drängt und durch die niederträchtigsten Mittel, Bestechung und Bedrohung, Lügen und Verläumden, Terrorismus und wenn nicht physische doch moralische Mißhandlung Andersdenkender und ihrer

Candidaten, die eignen Candidaten durchſetzt. Dieſe Leute wiſſen wohl, wie verhaßt das Wahlgehetze dem ruhigen Bürger und Bauer iſt, und um ſo frecher werden ſie, um ſie von den Wahlen zurückzuſchrecken. Etwa wie Eulenſpiegel in die Suppe ſpuckt, damit reinliche Leute fern bleiben.

Als nun am 14. Januar 1862 der König abermals den Landtag mit einer Thronrede eröffnete, worin er an der Heeresreorganiſation, an der Reform der Bundesverfaſſung und ſpeciell der Bundeswehrverfaſſung feſthielt, ſetzte ihm das Abgeordnetenhaus unter Grabows Präſidium den hartnäckigſten Widerſtand entgegen. Die demokratiſche Fortſchrittspartei hatte eine ungeheure Mehrheit erlangt. Die Altconſervativen, die Altliberalen, die Katholiken und die Polen bildeten nur verſchwindende Minderheiten. Die Fortſchrittspartei war in ihrem Mehrheitsbewußtſeyn in keiner Tugend, dagegen in Blindheit, Rückſichtsloſigkeit und Grobheit außerordentlich fortgeſchritten. Sie verlor gänzlich das Gefühl des Rechts und des parlamentariſchen Anſtandes. Reichensperger von der katholiſchen Partei der Rheinlande mußte ſich in einer eignen Flugſchrift beſchweren, daß die Mehrheit im Abgeordnetenhauſe ihn und alle andern, die nicht zur Mehrheit gehörten, nicht zu Worte kommen ließ. Der Verfaſſer ſtand an der Spitze der katholiſchen Fraction. „Sonderbar, ſo lange die Liberalen in der Minorität waren und unſerer zu bedürfen glaubten, gab jene Bezeichnung ſo wenig Aergerniß, daß man mich ſogar zweimal zur Würde des Erſten Vicepräſidenten erhoben hatte; jetzt aber, als ſie die Majorität bildeten," wurden die bisherigen Führer der katholiſchen Partei nicht einmal mehr in die Commiſſionen gewählt. Der Terrorismus der ſ. g. Fortſchrittspartei ging noch weiter, indem er der Minorität im Abgeordnetenhauſe nicht nur die Theilnahme an den Commiſſionen, ſondern auch die freie Rede abſchnitt, zuerſt durch tumultuariſchen Schlußruf und ſodann durch einen förmlichen Kammerbeſchluß. „Um an meinem geringen Theile zu thun, was möglich ſey,

damit die Freiheit des Wortes der Minorität wenigſtens principiell gewahrt bleibe, brachte ich zufolge des oben erwähnten Vorganges den Antrag in das Haus: zu beſchließen, ‚daß der Schluß einer Debatte, zu welcher Redner angemeldet ſeyen, nicht herbeigeführt werden könne, bevor nicht mindeſtens Einer der Angemeldeten das Wort erhalten habe.‘ Meine ſchließliche dringende Bitte, ‚im Intereſſe der Redefreiheit, im Intereſſe des Landes und der geſunden Entwicklung des Verfaſſungslebens, ja im Intereſſe der Majorität ſelbſt, die doch ganz füglich wieder einmal Minorität werden könne, meinem Antrage zuzuſtimmen,‘ blieb unerhört: nach vorgenommener Zählung ergab ſich, daß er mit 140 gegen 113 Stimmen verworfen war. Damit iſt es alſo förmlich Rechtens geworden, daß die Majorität unbedingt darüber zu beſtimmen hat, ob die Minorität überhaupt gehört werden ſoll.“ Derſelbe Terrorismus reichte auch noch weit über die Wände des Ständeſaals hinaus. Der Verfaſſer führt an, daß ihm in den Zeitungsberichten ſeine Kammerreden gänzlich entſtellt worden ſeyen, alles im Intereſſe der herrſchenden Partei, daß man ihm zuweilen reinen Unſinn in den Mund gelegt habe und daß jede Reclamation von Seite der betreffenden Parteiblätter unbeachtet geblieben ſey. In London ziemt dem Sprecher des Hauſes die ſtrengſte Unparteilichkeit. In Berlin machte das Abgeordnetenhaus ſeinem Präſidenten zur erſten Pflicht, Werkzeug der Partei zu ſeyn. In London, ſogar in Paris wird die Minorität angehört, ja vergönnt man ihr verhältnißmäßig öfter und länger das Wort, eben weil ſie ihrer Meinung nur durch die Debatte, nicht durch die Abſtimmung Nachdruck geben kann. In Berlin dagegen wurde jeder abweichenden Meinung ſofort das Wort abgeſchnitten, zum Schluſſe gerufen, ehe die Redner an die Reihe kamen ꝛc. Anderwärts achtet man das verfaſſungsmäßige Recht der Krone und des Oberhauſes. In Berlin wurde es nicht geachtet. Die Fortſchrittspartei ging darauf aus, erſtens den König zu terroriſiren, ihn einzuſchüchtern, daß er ſeine Miniſter entlaſſe und ſich ſolche aus

der Fortſchrittspartei aufdrängen laſſe, und zweitens dem Herrenhauſe ſein verfaſſungsmäßiges Recht als drittem Factor der Geſetzgebung abzuſprechen und eine Reform deſſelben zu erzwingen, die es zu einem Werkzeug des Abgeordnetenhauſes erniedrigt haben würde. Das Berliner Abgeordnetenhaus wollte Regierung und Herrenhaus in ſich verſchlingen, ſeine Machtſphäre über beide ausdehnen.

Die königliche Erklärung fand im Berliner Abgeordnetenhauſe nur Hohn und wilden Widerſpruch. Alle Vernunft ſchien aus dieſem Hauſe gewichen zu ſeyn. Die Armeereorganiſation entſprach dem Geiſte, in welchem ſeinerzeit Scharnhorſt das preußiſche Heer wieder hergeſtellt und Blücher es zu unſterblichen Siegen geführt hatte. Sie ſtellte die Gebrechen ab, welche in das Landwehrſyſtem hineingepfuſcht worden waren. Sie war im Ganzen wie in den Details ſo durchdacht und ſo praktiſch behandelt, daß ſie im erſten Kriege die Probe aufs glänzendſte beſtand und die Bewunderung aller Welt erregte. Sie war nothwendig, um Preußen ſtark zu machen, daß es den Gefahren trotzen konnte, die ihm drohten. Sie war das Mittel, nicht nur Preußen zu ſchützen, ſondern auch das deutſche Einigungswerk durchzuführen. Sie war das Großartigſte, Nützlichſte und Beſte, was überhaupt in Deutſchland und für Deutſchland ſeit fünfzig Jahren geſchehen iſt — und das alles mißkannten damals die Schreier im Abgeordnetenhauſe und wütheten gegen die preußiſche Armee, wollten gar keine ſtehende Armee mehr haben, ſondern nur noch Milizen, wie in der Schweiz. Die Kammermehrheit gerieth dadurch in Widerſpruch mit ſich ſelbſt, da ſie kurz vorher eine großartige deutſche Politik Preußens verlangt und Preußen beinahe in einen Krieg mit Oeſterreich hineingehetzt hatte, ein ſolcher Krieg aber mit einem verringerten Armeeſtand und bloßen Milizen unmöglich geführt werden konnte. Das Abgeordnetenhaus dachte aber auch gar nicht mehr an eine deutſche Politik Preußens, es hatte ſich ſo in die Vorausſetzung eines drohenden Abſolutismus hineingelogen, daß es um jeden Preis das Heer

vermindern und den König entwaffnen wollte. Dahin zweckte der Antrag Hagens am 6. März, wonach das Haus vom Miniſterium die Specialiſirung des Etats, d. h. Nachweiſung aller Einzelausgaben für die Armee verlangte. Der Finanzminiſter von Patow erklärte das für einen Eingriff eines Factors der geſetzgebenden Gewalt in die exekutive und bereits am 11. wurde der Landtag abermals, zum zweitenmal, aufgelöst. Zugleich erhielt der Fürſt von Hohenlohe-Ingelfingen, bisheriger Präſident des Herrenhauſes, den Vorſitz im Miniſterium, deſſen liberale Mitglieder (Patow, Schwerin, Auerswald ꝛc.) austraten, um einem kurzen Uebergangsminiſterium von weniger bekannten Namen Platz zu machen. Die Preſſe der Regierung klagte das Abgeordnetenhaus an, es maße ſich die Rechte der Krone an und ſtrebe nach einer Parlamentsregierung. Aber die Preſſe der Oppoſition war ihr weit überlegen und reizte und hetzte dermaßen gegen die Regierung, daß ſelbſt die Univerſitätsbehörde, ſelbſt der Magiſtrat Berlins gegen die miniſteriellen Erlaſſe proteſtirte, welche die Wähler zu loyaleren Wahlen aufforderten.

Die Wahlen fielen wieder und zwar in noch größerer Zahl als zuvor zu Gunſten der Oppoſition aus. Das Uebergangsminiſterium beſaß nicht Energie genug, der letztern Widerſtand zu leiſten. Der neue Landtag trat am 19. Mai zuſammen und den ganzen Sommer über quälten ſich die Miniſter und die wenigen gemäßigten Kammermitglieder mit Vermittlungsvorſchlägen „bis zur Grenze des Möglichen“ ab. Die Oppoſition, im Uebermuth der Mehrheit, wies alles zurück und die Heeresreform, die Hauptſache, um die ſich alles drehte, durften die Miniſter nicht aufgeben. Da ſie nun nicht mehr rückwärts noch vorwärts konnten, traten ſie ab. An die Spitze des neuen Miniſteriums ſtellte der König am 24. September 1862 den Freiherrn von Bismarck-Schönhauſen, frühern Geſandten am Bundestage, in Paris und Petersburg, einen Mann von eiſernem Charakter. Er gehörte früher einfach der ſ. g. feudalen oder Kreuzzeitungspartei in

Preußen an. Nachdem er aber Jahrelang als Geſandter am Bundestage in Frankfurt a. M. tief in die Unnatur der deutſchen Bundesverhältniſſe hineingeblickt hatte, fiel es ihm (ſo ſagt er ſelbſt) wie Schuppen von den Augen. In einem Briefe, den er am 12. Mai 1859 an den damaligen Miniſter von Schleinitz ſchrieb, erklärte er: „Wenn wir mit unſern Vaterlandsgenoſſen auf eine engere und praktiſchere Weiſe verbunden ſeyn werden, dann erſt werde ich gerne auf unſern Bannern das Wort deutſch ſtatt preußiſch leſen.*)“ Man erkennt hieraus, daß den geiſtreichen und muthigen Bismarck in Frankfurt a. M. ein ſtolzes Gefühl ergriff, im Labyrinthe des deutſchen Bundes der Theſeus zu werden, der den Minotaurus vor den Kopf ſchlägt. Es iſt ſehr intereſſant, den politiſchen Gedanken des großen Miniſters bis ſieben Jahre vor dem Kriege verfolgen zu können. Im Jahr 1862 erſchien in Berlin „ein preußiſches Programm in der deutſchen Frage“ wahrſcheinlich vom Grafen von G. verfaßt, worin erörtert wurde: „Ohne eine kräftige Conſolidirung Preußens iſt eine Conſolidirung der deutſchen Verhältniſſe undenkbar. Der erſte Schritt alſo, den Preußen zu thun hat, iſt: ſich ſelbſt wiederzufinden, aus dem Katechismus ſeiner Politik die ‚moraliſchen Eroberungen,‘ die ‚Sympathien Deutſchlands‘ überall da auszumerzen, wo dieſe auf politiſchem Boden ſehr ephemeren und ſehr leicht wiegenden Früchte nur mit reellen und vollwichtigen Opfern zu erlangen ſind. Ein lakoniſches Nein in Frankfurt und einzelnen Regierungen gegenüber in allen Angelegenheiten, die nicht mittelbar oder unmittelbar ein poſitives preußiſches Intereſſe fördern — das iſt unſrer Anſicht nach das erſte Wort zur Löſung des deutſchen Räthſels.“ Der muthmaßliche Verfaſſer war Bismarcks Vertrauter und Nachfolger auf einem wichtigen Geſandtſchaftspoſten.

Ein Mann wie Bismarck mußte dem König zuſagen und deſſen

*) Der Brief erſchien im Journal des Débats vom 13. Juni 1866.

deutſche Politik zur Reife bringen helfen. Ebenſo der würdige Kriegsminiſter von Roon, der bisher die Armeereorganiſation geleitet hatte und im Amte blieb. Das Finanzminiſterium erhielt von Bodelſchwingh. Graf Eulenburg, der eben den preußiſchen Handelsvertrag mit Japan abgeſchloſſen hatte und von dort zurückgekehrt war, bekam das Miniſterium des Innern. Das Abgeordnetenhaus rüſtete ſich bis an die Zähne, das neue Miniſterium zu ſtürzen, verſagte ihm jedes Vertrauen, verwarf das von ihm eingebrachte Etatsgeſetz und wurde von der Preſſe dabei mit dem hitzigſten Eifer unterſtützt. Hundert Blätter wetteiferten, den Herrn v. Bismarck ſo ſchwarz zu malen, wie den Gottſeybeiuns. Wenn in England die Preſſe der Oppoſition ſo plumpe Ausfälle auf die Miniſter macht, ſo übt das dort weniger Einfluß, denn man iſt die unanſtändige Parteiſprache ſchon gewohnt und kein Miniſter verliert an Achtung, wenn ihn auch die Preſſe beſudelt. In Deutſchland war eine ſolche Sprache noch neu und die Oppoſition beutete die Leichtgläubigkeit des Publikums aus, das in ſeiner Mehrheit immer noch naiv genug war, zu glauben, was gedruckt ſey, ſey wahr.

Das Miniſterium zog das vom Abgeordnetenhauſe verworfene Etatsgeſetz zurück. Das Haus forderte es auf, den Etat für 1863 unverzüglich einzubringen, und erklärte jede Ausgabe, welche die Regierung einem Beſchluſſe des Hauſes zuwider mache, für verfaſſungswidrig. Das Miniſterium erwiderte, das Abgeordnetenhaus habe einſeitig und allein das Budget nicht zu bewilligen, dazu gehöre auch das Herrenhaus. Das letztere ſelbſt erklärte ſich in dieſem Sinne. Endlich berief ſich die Regierung auf den § 109 der Verfaſſung, welcher lautet: „Die beſtehenden Steuern und Abgaben werden fort erhoben und alle Beſtimmungen der Geſetze und Verordnungen bleiben in Kraft, bis ſie durch ein Geſetz abgeändert werden.“ Bismarck erklärte, das Budget für 1863 könne unmöglich vor Jahresfriſt vorgelegt werden, jedoch wünſche er aufrichtig eine Ausgleichung. Das

Abgeordnetenhaus glaubte aber nicht, daß dieſelbe aufrichtig gemeint ſey, und ſetzte voraus, die Regierung wolle nur Zeit gewinnen, faßte alſo wieder einen energiſchen Beſchluß, indem es den Beſchluß des Herrenhauſes für verfaſſungswidrig erklärte, weil dieſes Haus kein Recht habe, ein bereits vom Abgeordnetenhauſe verworfenes Budget nachträglich noch zu ſanctioniren. Hierauf wurde der Landtag zum drittenmale geſchloſſen, am 13. October. In der Schlußrede ſagte Bismarck: „Die Regierung Sr. Majeſtät des Königs hat den Beſchlüſſen des Hauſes der Abgeordneten, nach welchen die größtentheils bereits verwendeten Koſten der Reorganiſation des Heeres und andere unentbehrliche Ausgaben für das laufende Jahr abgeſetzt werden ſollten, nicht beitreten können. Sie würde ſich einer ſchweren Pflichtverletzung ſchuldig machen, wenn ſie die auf Grund der früheren Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Umformung der Heeresverfaſſung unter Preisgebung der dafür gebrachten beträchtlichen Opfer und mit Beeinträchtigung der Machtſtellung Preußens, dem Beſchluſſe des Hauſes gemäß, rückgängig machen wollte.“

Damals lief eine Aeußerung des Herrn von Bismarck durch alle Zeitungen. Obgleich ſie außerhalb der Kammer erfolgte und nicht ſtenographirt wurde, ſo iſt ſie doch auch niemals widerlegt worden. Der Miniſterpräſident äußerte nämlich geſprächsweiſe (am 30. September), „die großen Fragen der Zeit würden nicht durch Kammerreden und Majoritätsbeſchlüſſe, ſondern durch Blut und Eiſen entſchieden.“ Auch dieſe ſehr richtige Auffaſſung der Dinge, welche das Jahr 1866 und ſchon lange vor dieſem Jahre der ganze Lauf der Weltgeſchichte beſtätigt hat, wurde von der Oppoſition wieder nur boshaft und kleinlich als Ankündigung eines Reactionsſyſtems in der innern Politik Preußens verſchrieen, während der große Staatsmann doch nur die äußere und zwar die deutſche Politik im Auge hatte.

Der preußiſche Landtag blieb über den Winter vertagt, wurde aber im Anfang des Jahres wieder einberufen. Am 17. Januar 1863

eröffnete der Miniſterpräſident denſelben mit gewohnter Ruhe und Würde und ermahnte das Abgeordnetenhaus noch einmal, die Zweckmäßigkeit des verbeſſerten Heerweſens und den guten Willen des Königs anzuerkennen, der nicht daran denke, die Verfaſſung eigenmächtig verletzen zu wollen. In derſelben Weiſe äußerte ſich der König gegenüber den Deputationen, die man ihm ſchickte. Wiederholt ſagte er: „Ich habe nach längerer Erwägung die Reorganiſation des Heeres beſchloſſen, um ohne übermäßige Opfer die Wehrhaftigkeit Preußens, wie es die jetzige Weltlage erfordert, zu mehren, und um die Dienſtpflicht der ältern Landwehrmänner zu erleichtern. Ihre Durchführung iſt für das Wohl des Landes ſchlechthin nothwendig und ich werde bei ihr beharren.“ Das Abgeordnetenhaus achtete nicht auf dieſe Worte und ſcheute ſich nicht, in ſeiner an den König ſelbſt gerichteten Adreſſe die Vorausſetzung auszuſprechen, er verſtehe die Sache nicht, er laſſe ſich von einer kleinen, der Nation längſt entfremdeten Minderheit leiten und die Regierungsgewalt mißbrauchen und indem er die Miniſter walten laſſe, verſchulde er, daß die Achtung vor dem preußiſchen Namen verſchwinde! Der König nahm natürlicherweiſe die Deputation, die ihm dieſe beleidigende Adreſſe überbringen ſollte, nicht an. Das Miniſterium vertheidigte die Krone ritterlich gegen eine ungeheure Uebermacht von Schreiern im Abgeordnetenhauſe und in der Preſſe.

Welcher erbärmliche Kampf der Volksvertreter gegen das preußiſche Heer gerade in den Tagen, in welchen das fünfzigjährige Jubiläum der großen preußiſchen Siege im Jahr 1813 gefeiert werden ſollte! Nur das Heer feierte ſie mit Liebe, im Volke ſorgte die Oppoſition dafür, daß es die Feier gar nicht, oder nur lau beging. Der alte Blücher und ſeine Helden haben ſich damals wohl in ihren Gräbern umgedreht. Ein durch und durch erkünſtelter und verlogener Parteieifer des Augenblicks ſiegte über das natürliche Gefühl des preußiſchen Volks und das Größte, was dieſes Volk jemals geleiſtet hatte, wurde

auf unerhörte Art einzig zum Vortheil eitler Advokaten, Profeſſoren und von Natur unpatriotiſcher Literaturjuden verleugnet.

Am 11. Mai kam es im Abgeordnetenhaus zu einer der heftigſten Scenen. Profeſſor von Sybel, der unlängſt erſt von München in preußiſche Dienſte nach Bonn berufen war, bezeigte der Regierung ſeine Dankbarkeit durch grenzenloſen Hohn und Uebermuth, indem er dem Kriegsminiſter von Roon zurief, derſelbe dürfe nicht von Patriotismus reden, da er mehr als jeder andere den Rechtszuſtand in Preußen alterirt habe; wenn er zum erſtenmal auf ſeiner Laufbahn einen patriotiſchen Schritt thun wolle, ſo ſolle er aus dem Miniſterium austreten. Der Kriegsminiſter antwortete: „Wenn dergleichen perſönliche Aeußerungen gegen ein Mitglied des Miniſteriums gemacht werden, ſo iſt das eine unberechtigte Anmaßung.“ Der gerade den Vorſitz führende Vicepräſident Bockum-Dolffs unterbrach den Kriegsminiſter und brachte ihn, der dagegen proteſtirte, durch die Glocke zum Schweigen, wobei die Mehrheit der Kammer mitbrüllte: „Schweigen, ſchweigen!“ Hierauf erklärte Bockum-Dolffs, „der Kriegsminiſter habe nicht das Recht gehabt, die Aeußerung des Herrn v. Sybel eine ungerechte Anmaßung zu nennen. Nur ihm, dem Präſidenten, würde es zugeſtanden haben, jene Aeußerung des Herrn v. Sybel zu rügen, wenn er ſie tadelnswerth gefunden hätte. Das habe er aber nicht, denn Herr v. Sybel habe ſich in ſeinem Recht befunden.“ Der Kriegsminiſter verwahrte ſich gegen die Gewaltthätigkeit des Hauſes, worauf neuer Tumult erfolgte und Bockum-Dolffs ſich bedeckte. Der Hut, den man ihm brachte, war zufällig nicht der ſeinige und fiel ihm über das Geſicht herunter, wodurch ſeine Haltung viel von der beabſichtigten Majeſtät verlor. Die Sitzung blieb auf eine Stunde aufgehoben, der Kriegsminiſter entfernte ſich und kam nicht wieder.

Da die Aeußerung Sybels in hohem Grade provocirend und perſönlich beleidigend war, die Antwort des Kriegsminiſters dagegen den parlamentariſchen Anſtand in keiner Weiſe verletzte, konnte ſich

das Miniſterium einer neuen Mißhandlung im Abgeordnetenhauſe nicht ausſetzen, erklärte daher demſelben, es werde den Sitzungen nicht eher wieder anwohnen, als bis das Haus ausdrücklich erkläre, ſein Präſident habe keine disciplinariſche Gewalt über den Miniſtertiſch. Das Haus antwortete ausweichend und ſetzte ſeine Berathungen auch in Abweſenheit der Miniſter fort. In dieſer liebſamen Stimmung berieth es eine Adreſſe an den König, in welcher es demſelben zur Pflicht machte, das Miniſterium zu entlaſſen, ohne vom Recht des Königs Notiz zu nehmen. Es war dieſelbe Gewaltthätigkeit, mit der man dem Kriegsminiſter geſagt hatte, er ſolle abtreten, die man jetzt gegen den König ſelbſt richtete. Alle Gemäßigten im Abgeordnetenhauſe erklärten ſich gegen die Adreſſe, oder wollten ſie wenigſtens mildern. So Graf Schwerin, früherer Miniſter von der Partei der geſtürzten neuen Aera. So der geiſtvolle Freiherr v. Vincke, der gefeiertſte Redner der frühern Oppoſition, jetzt nur noch mit Ziſchen angehört. So Reichensperger, das beſonnene Haupt der katholiſchen Partei. Aber ihre Bedenken wurden verlacht und am 22. Mai die Adreſſe mit 239 gegen 61 Stimmen angenommen. Darin war in ſehr ehrerbietigen Ausdrücken dem König doch nicht mehr und nicht weniger geſagt, als er müſſe ſeine Miniſter entlaſſen und einzig das thun, was das Abgeordnetenhaus haben wolle.

Die Adreſſe glaubte zunächſt, Bockum-Dolffs rechtfertigen zu müſſen. Derſelbe habe nur von ſeinem Recht, jederzeit das Wort ſelbſt zu ergreifen und mithin andern Rednern, auch den Miniſtern Schweigen zu gebieten, Gebrauch gemacht. Wenn die Miniſter davon Anlaß genommen hätten, ihr perſönliches Erſcheinen in der Kammer zu verweigern, ſo ſey das verfaſſungswidrig, denn ſie müßten erſcheinen, ſo oft es das Haus verlangt. Zweitens klagt die Adreſſe, die Miniſter weigerten ein Geſetz vorzulegen, welches ſie wegen Verfaſſungsverletzung verantwortlich mache. Drittens ſeyen nur die Miniſter Schuld, wenn die Ordnung des Staatshaushaltes nicht hergeſtellt werden

könne. Viertens hätten die Miniſter Preußen auch nach außen hin iſolirt, ihm überall Feinde erweckt und die Hoffnung auf Wiederherſtellung der Macht und Einheit Deutſchlands vereitelt. Fünftens hätten die Miniſter dem König nicht die Wahrheit berichtet in Bezug auf die Lage des Landes und die Geſinnung des Volkes. Deshalb könne das Haus mit dieſen Miniſtern nicht länger verkehren. Die Adreſſe ſagte wörtlich: „Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verſtändigung mehr mit dieſem Miniſterium; es lehnt ſeine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Jede weitere Verhandlung befeſtigt uns nur in der Ueberzeugung, daß zwiſchen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft beſteht, welche nicht anders als durch einen Wechſel der Perſonen und mehr noch durch einen Wechſel des Syſtems ausgefüllt werden wird.“ Der König nahm die Deputation des Hauſes nicht an.

Mittlerweile hatte auch das Herrenhaus ſich geregt und in ſeiner Sitzung vom 20. und 21. Mai eine ſtarke Demonſtration zu Gunſten der vom Abgeordnetenhauſe ſo ſchwer bedrängten Krone gemacht. Das Abgeordnetenhaus, erklärte man, wolle eine Parlamentsregierung und die heftigſten Schreier darin ſeyen Staatsdiener. Solle ſich ein König von Preußen von ſeinen eigenen Beamten mediatiſiren laſſen?

Der König antwortete am 26. Mai dem Abgeordnetenhauſe ganz im eigenen Namen und ohne die Unterſchrift auch nur eines einzigen Miniſters. Vor allem wies er den Vorwurf zurück, als ſeyen ihm die Abſichten des Hauſes und die Wünſche des Landes nicht der Wahrheit getreu vorgetragen worden. „Preußens Könige leben mit und in ihrem Volk und haben ein klares Auge und ein warmes Herz für die wahren Bedürfniſſe des Landes. Auch über die Vorgänge in der Sitzung vom 11. war Ich genau und wahrheitsgetreu unterrichtet. Die Thatſache ſteht feſt, daß das Präſidium einen Meiner Miniſter *nicht nur* unterbrochen und ihm Schweigen geboten, ſondern ihm auch

durch Vertagung der Sitzung das wiedererertheilte Wort sofort entzogen hat. Diesem Acte konnte keine andere Deutung gegeben werden, als daß es sich um eine Anwendung der Disciplinargewalt des Präsidiums gehandelt habe." Weiter rechtfertigt der König seine Minister: „Meine Minister haben es an den zur Erzielung eines gesetzlich geordneten Staatshaushalts erforderlichen Vorlagen nicht fehlen lassen. Sie tragen nicht die Verantwortung dafür, daß die Beschlußnahme über dieselben bisher nicht erfolgt ist." Ferner erklärt der König: „Die Stellung Preußens ist nicht isolirter als die anderer europäischer Staaten; eben so wenig aber wie die übrigen Mächte kann sich Preußen unter den gegebenen Verhältnissen der Nothwendigkeit entziehen, den gegenwärtigen Bestand seiner Wehrkraft ungeschwächt aufrecht zu erhalten. Unter allen Umständen aber ist und bleibt es ausschließlich Mein durch Artikel 48 der Verfassungsurkunde verbrieftes königliches Recht über Krieg und Frieden zu entscheiden." Endlich erklärt der König das Ansinnen der Adresse, gleichsam auf Befehl des Hauses seine Minister fortzuschicken, für unstatthaft, da nach dem Artikel 45 der Verfassungsurkunde ausschließlich der König die Minister ernennt und entläßt. „Meine Minister besitzen Mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit Meiner Billigung geschehen und Ich weiß es ihnen Dank, daß sie es sich angelegen seyn lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegen zu treten."

Unmittelbar darauf am 27. Mai, wurde die Kammer entlassen zum viertenmal und wurden, um die unerhörte Frechheit der Presse zu zügeln, sechs Berliner Blätter verwarnt, was man der Regierung wieder als schreckliche Willkür auslegte.

Wie unvernünftig das Abgeordnetenhaus handelte, erkannte man am besten aus dem damaligen Vorgehen Oesterreichs gegen Preußen. Kaiser Franz Joseph würde nicht so kühn am Fürstentage zu Frankfurt, der gerade in diese Zeit fiel, aufgetreten seyn, wenn er nicht

geglaubt hätte, Preußen ſey durch ſeinen innern Verfaſſungsſtreit geſchwächt. Er durfte das preußiſche Abgeordnetenhaus als ſeinen Bundesgenoſſen gegen die preußiſche Regierung anſehn.

Inzwiſchen ließ ſich der König von Preußen nicht irre machen, weder durch den Fürſtentag in Frankfurt, noch durch das Abgeordnetenhaus in Berlin. Er appellirte noch einmal an ſein Volk, indem er neue Wahlen zum Abgeordnetenhauſe ausſchrieb, aber ſie fielen wieder feindſelig gegen die Regierung aus. Der König eröffnete am 9. Nov. den Landtag mit einer kräftigen Rede und wies darauf hin, wie nützlich die Vermehrung ſeines Heeres geweſen ſey, da ohne ſie der Fürſtentag ihn wahrſcheinlich mehr bedroht haben würde, und rühmte den preußiſchen Erfolg, ſofern die Mittelſtaaten im Zollverein geblieben ſeyen und dem Handelsvertrag mit Frankreich zugeſtimmt hätten. Aber das Haus der Abgeordneten achtete nicht darauf, ſondern tobte von neuem gegen das Miniſterium. Gerade damals ſtarb der König von Dänemark und es frug ſich, ob das Londoner Protokoll von 1852 von deutſcher Seite nicht ſolle umgeſtoßen werden, weil es ohne Zuſtimmung des Bundestags verfaßt worden war, weil der däniſche Einheitsſtaat mit Einſchluß der deutſchen Elbherzogthümer dem Recht und Intereſſe des deutſchen Bundes zuwiderlief und weil die Deutſchen in jenen Herzogthümern widerrechtlich mißhandelt wurden. Der Bund hatte gegen dieſe Mißhandlungen proteſtirt und den Dänen bereits mit Bundesexecution gedroht. Der König von Preußen verlangte vom Abgeordnetenhauſe 12 Millionen Thaler, um gegen Dänemark rüſten zu können. Das Haus aber antwortete in einer Adreſſe vom 18. Dezember mit Hohn, es bewillige nichts, denn es mißtraue der Regierung, welche die Waffen wohl nicht für das deutſche Recht, ſondern für das däniſche Unrecht ergreifen zu wollen ſcheine. Die 12 Millionen wurden am 22. rückſichtslos geſtrichen. Vergebens vertheidigte das Herrenhaus die Regierung. Das Abgeordnetenhaus erklärte deſſen Beſchlüſſe für verfaſſungswidrig.

Nun blieb der Regierung nichts übrig, als abermals, zum fünftenmale, den Landtag zu ſchließen, am 25. Januar 1864. Der Miniſterpräſident motivirte dieſen Schritt der Regierung damit, daß die Beſchlüſſe des Abgeordnetenhauſes keinen andern Zweck hätten als die Schwächung und Zerrüttung des preußiſchen Heeres, welches man grade jetzt bedürfe. „Zur Ausführung der vom deutſchen Bunde beſchloſſenen Execution in Holſtein und zur Wahrung der Machtſtellung und Ehre Preußens in der weitern Entwicklung dieſes Streites bedurfte und bedarf die Regierung Sr. Majeſtät außerordentlicher Mittel für die Militär- und Marine-Verwaltung. Während das Herrenhaus in einer Adreſſe an des Königs Maj. ſeine vertrauensvolle Bereitwilligkeit zur Unterſtützung der Krone in dieſer ernſten Frage ausgeſprochen hat, iſt von dem Hauſe der Abgeordneten die geforderte Genehmigung zu einer Anleihe verſagt und ſogar die Bewilligung desjenigen Geldbedarfs verweigert worden, welchen Preußen als Mitglied des deutſchen Bundes beizutragen unzweifelhaft verpflichtet iſt. Indem das Haus dieſen Beſchluß faßte, iſt es um ſo entſchiedener mit der vertrauensvollen Geſinnung in Widerſpruch getreten, von welcher das preußiſche Volk für ſeine Könige jederzeit beſeelt war, als des Königs Majeſtät in der Allerh. Antwort vom 27. v. M. auf die Adreſſe des Hauſes ſeine Geſinnung und ſein königliches Wort als Bürgſchaft dafür hingeſtellt hat, daß die beantragten Geldmittel zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes verwandt werden würden. Der feindſelige Charakter dieſer Beſchlüſſe, in welchen ſich das Beſtreben ausdrückt, die auswärtige Politik der Regierung einem verfaſſungswidrigen Zwange zu unterwerfen, iſt durch Reſolutionen erhöht worden, durch welche die Mehrheit des Hauſes der Abgeordneten, in der von ihr willkürlich aufgeſtellten Vorausſetzung kriegeriſcher Verwicklungen zwiſchen Preußen und andern deutſchen Staaten, im Voraus gegen das preußiſche Vaterland Partei genommen hat. Ein ſolches Auftreten des Hauſes der Abgeordneten kann auf die Befeſtigung und Entwicklung unſerer

Verfaſſungszuſtände nur verderblich einwirken, und es muß einſtweilen auf die Hoffnung einer Verſtändigung verzichtet werden. Die Regierung Sr. Majeſtät wird ſich aber unter allen Umſtänden für verpflichtet halten müſſen, mit ganzer Kraft und in voller Ausübung der königlichen Rechte für die Erhaltung des Staats und für das Wohl und die Ehre Preußens einzuſtehen. Sie hält an der Ueberzeugung feſt, daß ſie hierbei in der patriotiſchen Geſinnung des Landes eine ausreichende und wachſende Unterſtützung finden werde."

Wohl niemals iſt der redliche Wille einer intelligenten und energiſchen Regierung gröblicher mißkannt worden. Man iſt daher aufgefordert, die Gründe einer ſo auffallenden und unnatürlichen Mißkennung näher zu unterſuchen. Es ſind aber keine andern zu finden, als die in der allgemeinen Verblendung des modernen Liberalismus liegen, der ſeine Doctrin und Praxis in Paris entlehnte, aber auch an der in Preußen gepflegten, beſonders in kirchlicher und ſocialer Beziehung autoritätsfeindlichen Oppoſition einen Alliirten fand. Man muß die Macht dieſer Oppoſition als factiſch vorhanden anerkennen, kann ſich aber nicht darüber täuſchen, daß ſie eine dem deutſchen Weſen fremde Tendenz, daß ſie nur eine Maske iſt, welche die wahre Natur und Phyſiognomie des preußiſchen und deutſchen Volkes nicht kennzeichnet, daher auch nothwendig wieder von ihr abfallen muß.

Wir dürfen es als ein Glück betrachten, daß die Ausſchreitungen der parlamentariſchen Oppoſition den Sieg der Natur über die Unnatur beſchleunigt haben. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauſes war in die äußerſte Unnatur verfallen. Sie vertrat nicht mehr das Staatswohl, nicht die Macht und Ehre Preußens nach außen, ſondern ſchloß ſich im Gegentheil an alle äußeren Feinde Preußens an, um die preußiſche Regierung zu verleumden, zu beſchimpfen und in ihren wichtigſten patriotiſchen Actionen zu hemmen

und zu lähmen. Sie vertrat auch nicht das Volkswohl und die Freiheit im Innern, ſondern hinderte im Gegentheil die Regierung, ihre großartigen Gedanken in Bezug auf die deutſche Marine, in Bezug auf die Bundesreform ꝛc. auszuführen, und übte, anſtatt die Freiheit zu achten, bei den Wahlen und in der Preſſe, wie auch bei den Debatten im Hauſe ſelbſt einen faſt jakobiniſchen Terrorismus. Sie vertrat in keiner Beziehung das wahre, echte, unveräußerliche materielle Recht des ganzen Volks, ſondern nur das papierne, der Aenderung eben ſo fähige als bedürftige formelle Recht, welches die Verfaſſung jeder Kammermehrheit zuerkennt. Sie vertrat nur ſich ſelbſt, nur perſönliches Parteiintereſſe, nur die franzöſiſche Doctrin, welche niemals auf deutſchem Boden hätte Platz greifen ſollen. Sie vertrat nur die falſche Anſicht, nach welcher es die Pflicht jeder zweiten Kammer ſeyn ſoll, immer und immer Oppoſition zu machen, das jeweilige Miniſterium zu ſtürzen, am jeweiligen Miniſterium niemals etwas Gutes gelten zu laſſen, es immer nur ſchwarz zu malen, immer nur Krieg mit ihm zu führen und unabläſſig dahin zu arbeiten, daß entweder mit dem Miniſterium der Thron ſelbſt umgeſtürzt wird, oder daß der Thron nur noch als ein willenloſes Stück Holz gilt und alle wirkliche Gewalt einer Parlamentsregierung übertragen wird. Das iſt die Principienreiterei des franzöſiſchen Liberalismus, der ſchon deswegen in Deutſchland nicht hätte nachgeahmt werden ſollen, weil er auch in Frankreich unnatürlich und unpraktiſch iſt, weil er ſich nie auf die Dauer als haltbar erwieſen hat, weil er immer nur in der Anarchie einer verſuchten rothen Republik und dann im Imperialismus unterging. Die Principienreiterei wäre wohl auch nicht ſo weit getrieben worden, weder in Frankreich noch in Deutſchland, wenn ſie nicht dem Ehrgeiz und den vielen Eitelkeiten der Kammerredner geſchmeichelt hätte, jenen Maulhelden, die immer ein Publikum finden, welches ihre Phraſen mit Bewunderung anhört, wie das ja ſchon im alten Athen der Fall war.

Wenn man die Kammerreden und Zeitungsartikel der preußi
Opposition vor dem Ausbruche des Krieges liest, kann man sich
verhehlen, sie habe sich, die Wirklichkeit der Dinge gänzlich verkenn
in die Illusion der französischen Kammeropposition vom Jahr 1
hineingeträumt und zu ihrem Schrecken erst hinterdrein inne we
müssen, daß König Wilhelm kein Karl X. und das Ministerium
mark kein Ministerium Polignac war.

Fünftes Buch.

Die Elbherzogthümer.

Wir unterbrechen die Schilderung des Verfassungskampfs in Berlin, um unsere Blicke den Elbherzogthümern zuzuwenden, denn an die Entscheidung ihres Schicksals sollten sich noch viel schwerere Conflicte knüpfen und der innere Hader in Preußen sollte hinter einem großen Kriege nach außen verschwinden.

Seit dem Londoner Protokoll von 1852 übten die Dänen ungehindert ihre Willkürherrschaft in Schleswig und Holstein, setzten deutsche Beamte und Geistliche ab und dänische ein, unterdrückten die deutsche Sprache und verlangten, alles solle dänisch reden, verkauften die Domänen der deutschen Herzogthümer, um dänische Staatsschulden damit zu tilgen, und verlachten die Proteste der Stände in gedachten Herzogthümern, ja sie gingen so weit, 1855 die Einverleibung der Herzogthümer in den dänischen Gesammtstaat zu decretiren. Die Stände baten den Bund um Hülfe, wenigstens für Holstein, weil es

zum deutſchen Bunde gehörte. Aber erſt 1857 kam die Frage am Bunde zur Verhandlung und König Friedrich VII. von Dänemark gab im folgenden Jahre zu, die Geſammtverfaſſung ſolle einſtweilen für Holſtein unverbindlich ſeyn, bis weitere Verhandlungen die Sache ausgleichen ſollten. Dieſe zogen ſich nun in die Länge. Im Jahr 1859 erklärte Friedrich, Erbprinz von Auguſtenburg, der als Major in der preußiſchen Armee diente, ſein Vater habe zwar auf das Erbrecht in den Herzogthümern verzichtet, er aber nicht und wahre für ſich dieſes Recht. Man achtete nicht viel darauf. Erſt nach dem unglücklichen Kriege, welchen Oeſterreich in Italien führte, hielt es das Wiener Cabinet für rathſam, dem däniſchen Uebermuth endlich eine Schranke zu ſetzen, um ſich dadurch die Sympathien in Deutſchland wiederzugewinnen, die es lange entbehren zu können geglaubt hatte. Jetzt erſt konnte auch Preußen ſich der Herzogthümer annehmen, ohne Gefahr zu laufen, daß man ihm einſeitiges Vorgehen und gewinnſüchtige Abſichten vorwerfe. Unter dem Einfluß der deutſchen Großmächte ſchrieb nun der Bundestag am 8. März 1860 der däniſchen Regierung vor, ſie dürfe für Holſtein und Lauenburg keine Geſetze erlaſſen ohne Zuſtimmung ihrer Stände, und als am 19. März die Ständeverſammlung in Schleswig auf däniſchen Befehl plötzlich geſchloſſen wurde, wahrte Preußen auch die Rechte Schleswigs, ſofern die alte Verbindung dieſes Herzogthums mit Holſtein 1) ſeine Nichteinverleibung in den däniſchen Geſammtſtaat und 2) die Gleichſtellung der deutſchen und däniſchen Sprache bedinge. Dänemark aber trotzte fort und verkündete am 3. Juni ſein Finanzgeſetz, ohne die Stände zu fragen. Es verließ ſich auf Rußland und England und bezeigte den Deutſchen die tiefſte Verachtung. Die frühern Vorgänge berechtigten es auch dazu. Wer ſollte nicht eine Nation verachten, die trotz ihrer Macht ſtets uneinig war, dadurch ſich ſelbſt ſchwächte und ſich demüthig die Schmach gefallen ließ, die ihm das Ausland im Londoner Vertrage von 1852 auflegte!

Es lag jedoch jetzt nicht mehr im Intereſſe Oeſterreichs, die nationalen Beſtrebungen der Deutſchen zu hemmen und zu verhöhnen, wie zehn Jahre früher in Olmütz. Es ſuchte ſich vielmehr Freunde in Deutſchland zu machen. Und ſo wurde es denn möglich, daß der Bundestag am 7. Februar 1861 Dänemark mit Bundesexecution bedrohte, wenn es nicht binnen ſechs Wochen den Ständen der deutſchen Herzogthümer das Budget vorlege. Es achtete jedoch auf dieſe Drohung nicht, hierin unterſtützt von der engliſchen Preſſe. Die Poſt ſchrieb: „Dänemark kann ruhig ſeyn, ſo lange Palmerſton am Ruder iſt.“ Lord Ellenborough rief im Parlament: „Wenn Preußen gegen Dänemark marſchirt, ſo marſchirt Frankreich gegen Preußen.“ Nur wie zum Hohn des Bundes legte die däniſche Regierung den Ständen ein Quaſibudget vor, die indeſſen den Betrug alsbald erkannten.

Bisher hatte die ganz von Oeſterreich abhängige Mehrheit am Bundestage Norddeutſchland gänzlich und abſichtlich vernachläſſigt, nur um Preußen zu ſchaden. Als Preußen 1859 den Bund aufforderte, die norddeutſchen Küſten in beſſeren Vertheidigungsſtand zu ſetzen, blieb die Sache liegen. Erſt 1860 affectirte der Bundestag, nur um Preußen zu verhöhnen, das lebhafteſte Intereſſe dafür und befahl ſogleich eine genaue Unterſuchung des Thatbeſtandes, über die in dringlicher Eile berichtet werden ſollte. Der preußiſche General von Moltke, derſelbe, der 1866 Chef des preußiſchen Generalſtabs war, wurde mit der Unterſuchung der Nordſeeküſten beauftragt und ſtrengte ſich ſelbſt und die ihm beigegebenen Offiziere aufs äußerſte an, um in der kürzeſten Friſt die möglichſt genauen und vollſtändigſten Berichte über die Mängel der Küſtenvertheidigung in der vorgeſchriebenen Eile zu erſtatten. Als nun aber ſeine ſorgfältigen Ueberſichten und Pläne in Frankfurt angekommen waren, legte man ſie dort einfach ad acta und ließ ſie drei Jahre lang liegen. Dann erſt nahm der Bundes-

tag dieſe Angelegenheit wieder einmal vor, aber nur, um ſämmtliche preußiſche Vorſchläge abzulehnen.*)

Den däniſchen Fanatikern, die vom Geſammtſtaat nicht laſſen wollten, trat inzwiſchen eine gemäßigte Partei entgegen, welche die ſ. g. eiderdäniſche Politik verfolgte. Sie wurde von dem Miniſter Hall vertreten. Dieſer Partei ſchien es räthlicher, ſich nur mit Schleswig abzurunden, die Schleswiger durch Schulunterricht und Sprachtyrannei mit Gewalt zu Dänen zu machen, Holſtein aber in ſeinem bisherigen Verhältniß zum deutſchen Bunde zu belaſſen, um von dieſer Seite her Ruhe zu haben. Denn Holſtein auch noch, wie Schleswig, zu incorporiren und däniſch zu machen, hatte doch viel größere Schwierigkeiten und hätte am Ende auch die deutſche Eſelsgeduld erſchöpfen können. Das Nationalitätenprincip wurde nun auch in Dänemark als Ferment gebraucht, nach der Mode der Zeit. Zahlreiche Volksverſammlungen wurden in Scene geſetzt, um einen rein däniſchen Geſammtſtaat bis zur Eider zu verlangen, ohne fernere Trennung der Provinzen oder des Sprachgebiets. Auf das alte Provinzialrecht Schleswigs, auf die alte verfaſſungsmäßige Verbindung Schleswigs mit Holſtein und auf die Rechte der deutſchen Mehrheit in Schleswig, die doch ſelbſt das Londoner Protokoll von 1852 gewährleiſtet hatte, wurde keine Rückſicht genommen. Am 21. Januar 1863 ſprach ſich das Landesthing entſchieden für die Incorporation Schleswigs in den däniſchen Einheitsſtaat aus. Der König ſchwankte noch und wollte die europäiſchen Verträge nicht in ſo plumper Weiſe brechen. Als aber am 10. März der Thronfolger von England die däniſche Prinzeſſin Alexandra,

*) Graf Moltke hat es ſelbſt unlängſt erzählt und hinzugefügt, wie ſchlecht die Küſtenbefeſtigungen an der Nordſee noch bis zum Jahr 1866 geblieben ſeyen, habe die ſchnelle Wegnahme von Stade und Geeſtemünde durch ein paar preußiſche Schiffe deutlich gezeigt. „Daheim" October 1866.

Tochter des däniſchen Thronfolgers oder Protokollprinzen Chriſtian, heirathete und durch engliſche Begünſtigung deren junger Bruder Wilhelm zum Könige von Griechenland auserſehen wurde, aus welchem Lande ſo eben der bayriſche König Otto verjagt worden war, ohne daß ſich die deutſchen Mächte deſſelben angenommen hätten, ſah König Friedrich VII. von Dänemark, daß ſich die Deutſchen in der That ganz geduldig und immer von neuem von England verhöhnen ließen, und nahm nun keinen Anſtand mehr, dem immer wildern Drängen der däniſchen Volksverſammlungen nachzugeben. Nachdem eine große Volksverſammlung in Kopenhagen ſelbſt die Incorporirung Schleswigs noch einmal am 28. März ſtürmiſch verlangt hatte, erließ der König bereits am 30. das Decret, welches die Incorporirung wirklich verfügte.

Die deutſche Bevölkerung in Schleswig war ſo geknechtet und überwacht, daß ſie keinen Widerſtand zu leiſten vermochte. Zwar wurde am 17. Juli die ſchleswigiſche Ständeverſammlung einberufen; weil ſie aber nur dazu dienen ſollte, die Incorporirung gutzuheißen, und man ihr nicht einmal die Prüfung der Wahlen erlaubte, legten faſt alle Mitglieder ihr Mandat nieder. Die Holſteiner wagten in mehreren Volksverſammlungen, auf der Unzertrennlichkeit Schleswigs von Holſtein zu beſtehen, dieſe Verſammlungen wurden aber verboten. Der deutſche Bund proteſtirte gegen den 30. März und verlangte vom König von Dänemark die Zurücknahme ſeines Decrets, die jedoch unter nichtigen Vorwänden verweigert wurde. Auch diesmal wieder ſchleppte ſich die Sache beim Bundestage lange hin, bis derſelbe endlich am 1. October abermals mit der Execution in Holſtein drohte, wenn Dänemark ſein Decret nicht zurückzöge. Dieſe Drohung wurde in Dänemark verlacht, weil niemand an ihre Ausführung glaubte. Auch wurde die deutſche Drohung ſogleich mit einer engliſchen beantwortet. Engliſche Noten ermahnten den deutſchen Bund, ſich doch ja wie ein artiges und folgſames Kind aufzuführen, weil es

ſonſt unfehlbar gezüchtigt werden würde. Wenn Deutſchland ſich die Unverſchämtheiten Dänemarks nicht unbedingt gefallen laſſe und in eine Action gegen daſſelbe einzutreten wage, werde es einen furchtbaren europäiſchen Krieg heraufbeſchwören. Am 13. November nahm der däniſche Reichsrath die neue Verfaſſung des Geſammtſtaates an, in welchem auch Schleswig gleichförmig eingeſchloſſen ſeyn ſollte, und die Verfaſſungsurkunde wurde dem König zur Unterzeichnung vorgelegt.

Allein er erkrankte und ſtarb, ehe er noch unterzeichnet hatte, am 15. November 1863. Ihm folgte ſogleich der durch das Londoner Protokoll zum Erben beſtimmte (daher nur der Protokollprinz genannte) Glücksburger als König Chriſtian IX. Dieſer neue Herr bedachte ſich, die gefährliche Verfaſſungsacte zu unterzeichnen, aus Beſorgniß, der deutſche Bund könnte doch einmal Ernſt machen. Weil er nun doch ſelber ein deutſcher Prinz war, geriethen die enragirten Dänen in Wuth. Der Pöbel umringte das Schloß in Kopenhagen und ſtieß gräßliche Schimpfreden und Drohungen aus, ſo daß der unglückliche König ſich gezwungen ſah, die neue Verfaſſung zu unterzeichnen. Beamte und Geiſtliche in Schleswig, größtentheils Dänen, huldigten dem König. Nur wenige Deutſche weigerten ſich, in Holſtein aber weigerte ſich die größere Mehrheit und 24 Ständemitglieder unterzeichneten ſchon am 19. November in Kiel eine Eingabe an den deutſchen Bund, worin ſie baten, der Bund möge das Erbrecht des Auguſtenburgers anerkennen und ſchützen.

Vor dem Londoner Protokoll von 1852 hatte Prinz Chriſtian von Holſtein-Auguſtenburg den erſten Anſpruch, nach dem Ausſterben der ältern königlichen Linie in Dänemark die deutſchen Elbherzogthümer zu erben. Allein er hatte in Folge jenes Protokolls das Erbrecht für ſich und ſeine Nachkommen gegen eine nicht unbedeutende Geldentſchädigung förmlich und feierlich an den Protokollprinzen abgetreten und ſein damals noch junger erſtgeborner Sohn Friedrich *proteſtirte* erſt viel ſpäter gegen jene Abtretung des Erbrechts und

nahm das ſeinige in Anſpruch, erſt als die Möglichkeit auftauchte, das alte Erbrecht könne trotz jenes Protokolls noch einmal zur Geltung kommen. Prinz Friedrich reclamirte, wie oben ſchon bemerkt iſt, aber ſein Proteſt wurde kaum beachtet und erſt als die königliche Linie in Dänemark ausſtarb, begann der Prinz eine Rolle zu ſpielen, ſofern man ihn vorſchob, um Preußens Einfluß aus den Elbherzogthümern zu verdrängen. Die deutſchen Mittelſtaaten protegirten ihn, damit unter ihm ein neuer Kleinſtaat geſchaffen würde, der im Verein mit ihnen gegen Preußen operiren und ihre Stimmen am Bundestag verſtärken ſollte. Die Schleswig-Holſteiner ſelbſt fielen ihm begeiſtert zu, um ihre Selbſtändigkeit unter ihm zu bewahren und weil ſie ihn für den rechtmäßigen Erben hielten, den weder das Londoner Protokoll, noch die Entſagungsurkunde des Vaters um ſein natürliches Recht habe bringen können. Ihre Führer aber, zumal die Kieler Profeſſoren, hingen ſchon längſt mit den deutſchen liberalen Kammermitgliedern eng zuſammen. Sogar der Nationalverein, der ſonſt für Preußen geſtimmt war, unterſtützte jetzt den Auguſtenburger gegen Preußen in der Hoffnung auf einen großen Sieg des deutſchen Liberalismus überhaupt. Oeſterreich ſah dieſer Agitation mit dem größten Vergnügen zu und gab dem Reformverein Ordre, ſich jetzt friſchweg an den Nationalverein anzuſchließen, um mit ihm gemeinſam für den Auguſtenburger zu arbeiten. Denn das hieß ſo viel als gegen Preußen arbeiten.

Ganz Deutſchland kam in Bewegung. Die deutſche Preſſe forderte, daß das mächtige Deutſchland endlich die däniſche Unverſchämtheit beſtrafe. Durch die Sänger-, Turner- und Schützenbünde und zahlreiche Volksverſammlungen wurde der Zorn gegen Dänemark geſchürt, und wurden Vereine für Schleswig-Holſtein gegründet, um dem Prinzen von Auguſtenburg Geldmittel zu verſchaffen. Auch die Parlamente von Berlin und Wien erklärten ſich kräftig gegen die däniſche Ungebühr. Die Regierungen ſprachen ſich noch nicht über

das Erbrecht aus. Nur König Max von Bayern wurde durch das ſtürmiſche Drängen ſeines Volks genöthigt, den Prinzen Friedrich von Auguſtenburg als erbberechtigt anzuerkennen. Der Bundestag endlich nahm Act davon, daß ſeine bisherigen Beſchlüſſe in Dänemark nicht befolgt worden waren, und entzog dem däniſchen Bundesgeſandten für Holſtein ſeine Stimme. Statt ſeiner wollte der badiſche Bundestagsgeſandte Robert von Mohl die holſteiniſche Stimme am Bundestag im Namen des Auguſtenburgers übernehmen, was jedoch nicht zugelaſſen wurde.

Die große Bewegung, welche durch Deutſchland ging, wurde auch jetzt wieder wie im Jahre 1848 von der demokratiſchen Partei geſchürt. Wie ſie es meinte, verrieth ſie, ſofern ſie gegen die Dänen die Maske der edelſten patriotiſchen Entrüſtung vornahm, während ſie auf der andern Seite alles Nationalgefühl verleugnete und mit Italienern, Ungarn und Polen ſympathiſirte. Nur das demokratiſche Parteiintereſſe beſtimmte ſie. Aber eines ihrer Häupter, Waldeck, warf ihr im Berliner Abgeordnetenhauſe Inconſequenz vor, da ſie keineswegs es mit den deutſchen Bundesregierungen, ſondern vielmehr mit den Demokraten in Kopenhagen halten ſollte.

Alles fügte ſich aufs geſchickteſte, um die öſterreichiſche Politik zu unterſtützen. Indem ſich Oeſterreich ſchon durch ſeine Vorſchläge am Fürſtentage, durch das liberale Miniſterium Schmerling und durch die Verſöhnung des Reformvereins mit dem Nationalverein der liberalen Sympathien in Deutſchland verſichert hatte, konnte es unbedenklich Preußen ſelbſt zu einer Cooperation gegen die Dänen aufforbern. Es hatte dabei den Vortheil, die Liberalen in ganz Deutſchland in ihrem Vertrauen zu beſtärken. Preußen, gegen welches ſo viel Mißtrauen herrſchte, ſchien auch an der Seite Oeſterreichs nur eine untergeordnete Nebenrolle ſpielen zu können. Jedenfalls durfte ſich Preußen, obgleich es der nächſte Nachbar Dänemarks war, die Ehre nicht anmaßen, allein hier dem deutſchen Intereſſe aufgeholfen

zu haben. Oeſterreich überwachte alle ſeine Schritte in den Elbherzogthümern. Zugleich aber mußte ihm daſſelbe Preußen dienen, die demokratiſche Fortſchrittspartei im Zaum zu halten. Und auch, um die etwas übermüthig werdenden Mittelſtaaten wieder zu demüthigen, brauchte Oeſterreich den preußiſchen Beiſtand.

Preußen ſelbſt dachte nicht daran, an den Elbherzogthümern eine Eroberung machen zu wollen. Es hatte nichts anderes im Sinne, als ſeinen partikulariſtiſchen Vortheil einzig in dem Verdienſt zu ſuchen, den es ſich um Deutſchland erwerben würde. Es durfte hoffen und erwarten, daß ihm auch künftig der Schutz der Nordgrenzen und die Aufſicht über die deutſche Marine vom deutſchen Bunde in dem Maaße anvertraut werden würde, in welchem es die Elbherzogthümer und ſeine Häfen mit kräftiger Hand der däniſchen Uſurpation entreißen würde. Daſſelbe allein zu thun, war nicht ſeine Abſicht. Es würde dadurch nur den Argwohn, als wolle es nur partikulariſtiſch handeln, genährt haben. Es nahm alſo in dieſem Falle gern die öſterreichiſche Allianz an und hatte auch gegenüber den Mittelſtaaten und der demokratiſchen Fortſchrittspartei ein mit Oeſterreich gemeinſames Intereſſe.

Jedermann erſtaunte über das plötzliche Zuſammengehen Preußens mit Oeſterreich. Die Erbitterung darüber war noch größer als die Ueberraſchung. Die mittelſtaatlichen Organe der Triasidee, die demokratiſchen Blätter und viele Stimmen aus Oeſterreich grollten und tobten. Die Allianz der beiden Großſtaaten jagte den Mittelſtaaten Furcht ein, vereitelte die Erfolge der Demokratie und kränkte den Reformverein, welcher Oeſterreich an die Spitze Deutſchlands ſtellen und Preußen demüthigen wollte, daher der kaiſerlichen Regierung mit Unwillen vorwarf, ſie laſſe ſich von Preußen ins Schlepptau nehmen. Die Wiener Regierungsorgane erwiderten jedoch, Oeſterreich habe keine Verbindlichkeiten gegen die Mittelſtaaten, da

dieſelben die warmen Anträge des Kaiſers am Frankfurter Fürſtentage nur kalt aufgenommen hätten.

Der Reformverein machte einen Verſuch, mit dem Nationalverein ebenſo zuſammen zu gehen, wie Rechberg mit Bismarck. Beide beriefen eine gemeinſchaftliche Verſammlung aller Abgeordneten deutſcher Ständeverſammlungen nach Frankfurt a. M., am 21. Dezember. Siegmund Müller von Frankfurt übernahm den Vorſitz, ihm zur Seite v. Bennigſen und Graf Lerchenfeld, die Häupter des National- und des Reformvereins. Der letztere Verein blieb in der Minderheit und zog ſich bald darauf zurück. Die Beſchlüſſe der Verſammlung entſprachen einſeitig den Wünſchen der Triaspartei, der Fortſchrittspartei und der Partei der Kieler Profeſſoren, die den Auguſtenburger auf den Schild erhoben hatten. Die in Frankfurt Verſammelten mußten ſich das Wort geben 1) das Erbrecht des Auguſtenburgers zu verfechten und durch ihn die Triasſtaaten durch einen neuen jenſeits der Elbe zu verſtärken, als Gegengewicht gegen Oeſterreich und Preußen; 2) jede deutſche Regierung, welche dem nicht zuſtimme (alſo Oeſterreich und Preußen) mit allen verfaſſungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen und 3) für Einberufung eines deutſchen Parlamentes zu wirken. Um die Durchführung dieſes Programms zu überwachen, ſetzte die Verſammlung einen Ausſchuß von 36 Mitgliedern nieder, der in Frankfurt bleiben ſollte.

Die Dänen blieben ſo übermüthig wie zuvor. Dagbladet ſchrieb, „die Deutſchen ſeyen zu feig, ſich zu ſchlagen," und die däniſche Regierung ſelbſt glaubte noch mit der leichtfertigen Aeußerung durchkommen zu können, „Schleswig ſey ja nur proviſoriſch in Dänemark incorporirt worden." Man glaubte in Kopenhagen, die neuen Bundesbeſchlüſſe würden wieder nur leere Demonſtrationen ſeyn. In demſelben Sinne ſprachen ſich die Engländer aus, auf deren Schutz die Dänen unbedingt vertrauten.

Was England betrifft, ſo ergriffen die Miniſter, die Mehrheit

des Parlamentes und bei weitem die meiſten politiſchen Zeitungen auf das entſchiedenſte die däniſche Partei, leugneten den Deutſchen jedes Recht ab, beſchimpften die deutſchen Regierungen und das deutſche Volk, bedrohten es und benahmen ſich ſo ungeberdig, daß man zweifeln mußte, ob die große engliſche Nation außer dem natürlichen Sinne für das Recht, nicht auch überhaupt den Verſtand verloren habe. Anfangs ſetzte die engliſche Preſſe voraus, das immer uneinige Deutſchland ſey zu gar keiner Action fähig, werde ſich ſelbſt die Hände binden und die Regierungen würden noch froh ſeyn, wenn England drohte, um die murrende Bevölkerung in Deutſchland durch ſolche Drohungen zu ſchrecken. Als man aber in England merkte, die Drohungen würden von Deutſchland mit verdienter Verachtung zurückgewieſen, erregte das Verwunderung und großen Aerger. Die bisherige Verhöhnung Deutſchlands ging in erbitterten Haß über und von nun an wetteiferte man in England, durch die Preſſe das Publikum vollſtändig zu täuſchen, nicht nur alles, was auf dem Feſtland geſchah, zu entſtellen, alles was von Deutſchland ausging, zu verkleinern oder im gehäſſigſten Lichte zu zeigen, ſondern auch falſche Nachrichten zu verbreiten, ja ſogar falſche Depeſchen zu ſchmieden. Und zu alledem war eigentlich kein vernünftiger Grund vorhanden, denn England war nie von Deutſchland beleidigt worden; England zog durch ſeinen Waarenabſatz ungeheuern Gewinn aus Deutſchland; England bedurfte der deutſchen Allianz gegen Rußland wie gegen Frankreich. Die wenigen beſonnenen Engländer, deren Stimme zuweilen durch das antideutſche Wuthgeheul durchdrang, wieſen deutlich nach, wie dumm das ganze engliſche Gebahren ſey. Auch war die Königin Victoria ſelbſt ſo entſchieden auf deutſcher Seite, daß ſie erklärte, ihr Name würde niemals unter einer Kriegserklärung Englands gegen Deutſchland ſtehen. Eine ſolche erfolgte auch nicht, Lord Palmerſton hatte ſie auch nie beabſichtigt. Er hatte die Dänen gegen Deutſchland aufgehetzt und den Deutſchen gedroht nur in der Hoffnung, ſie würden ſeinen Drohungen nachgeben.

Da es nicht geſchah, ſetzte er ſich in ſeiner frivolen Weiſe darüber hinweg, dachte nicht daran, Deutſchland den Krieg zu erklären, und ließ die Dänen im Stich.

Inzwiſchen wurde der Bundesbeſchluß vom 7. Dezember vollzogen. Im übermüthigen Vertrauen auf England, Rußland und Schweden wies das Miniſterium Hall in Dänemark auch diesmal wieder alle Ermahnungen von deutſcher Seite zurück, bis am 23. Dezember die vom Bundestage befohlenen Executionstruppen, 12,000 Sachſen und Hannoveraner unter dem Befehl des ſächſiſchen Generallieutenants von Hake die holſteiniſche Grenze überſchritten, während preußiſche und öſterreichiſche Truppen als ihre Reſerve gleichfalls Stellung an der Grenze nahmen. Die däniſchen Truppen unter General de Meza leiſteten keinen Widerſtand, rafften nur alle Caſſen und Pferde im Herzogthum zuſammen und retirirten damit nach Schleswig. Sobald die deutſchen Truppen das verlaſſene Holſtein beſetzten, wurde wie verabredet in allen Städten und Dörfern Prinz Friedrich von Auguſtenburg von den Bevölkerungen als Herzog und Landesherr proclamirt. Die eingerückten Truppen ließen es zu und Prinz Friedrich zog am 30. Dezember triumphirend in Kiel ein, wo er jedoch nur als Privatperſon verweilen durfte. Oeſterreich ſelbſt beantragte am 2. Januar 1864 am Bundestage ſeine Entfernung aus dem Herzogthum, jedoch nur um Preußen ſicher zu machen, denn es ließ ſich am Bundestage überſtimmen und der Prinz durfte in Kiel bleiben. Dasſelbe Manöver wiederholte Oeſterreich am 8. Januar gegenüber der liberalen Agitation und dem Sechsunddreißiger-Ausſchuß, indem es ſich mit Preußen zu einer ſcharfen identiſchen Note dagegen vereinbarte, der man aber ſtillſchweigend keine Folge gab. Auch Preußen that nichts gegen den Sechsunddreißiger-Ausſchuß, indem es England im Auge hatte, dem die große liberale Agitation in Deutſchland damals noch ein wenig imponiren ſollte.

Der deutſche Bund hatte nur ein Recht an Holſtein, überließ es

daher recht gern Preußen und Oeſterreich allein, auch Schleswig vom Joche der Dänen zu befreien. Die ſchleswigſche Frage war heikel und konnte leicht einen europäiſchen Krieg herbeiführen. Der deutſche Bund durfte ſoviel nicht wagen und überließ die Ehre, mit Schleswig fertig zu werden, den beiden deutſchen Großmächten allein. Dieſe rückten nun wirklich gegen Schleswig vor. England beſchwerte ſich, beruhigte ſich aber, als Preußen ihm am letzten Tage des Jahres in einer Note erklärte, es halte dem Principe nach immer noch am Londoner Protokoll von 1852 feſt und verlange nur, daß Dänemark die Verpflichtung, die es damals eingegangen ſey, erfülle; wenn aber Dänemark ſie zu erfüllen ſich fernerhin weigere, ſo könne Preußen genöthigt werden, ſich von jenem Protokoll loszuſagen, jedoch würde es auch in dieſem Fall zu neuen definitiven Arrangements nur unter der Mitwirkung der Mächte ſchreiten, die jenes Protokoll mit unterzeichnet hätten.

Gegen die deutſchen Mittelſtaaten erlaubte ſich England, alle diplomatiſche Sitte verletzend, die gröbſte Unverſchämtheit. Murray, der engliſche Geſandte in Dresden, ſchrieb am 5. Januar an den ſächſiſchen Miniſter von Beuſt: „durch das Auftreten der deutſchen Truppen in Holſtein iſt nicht nur der Beſchluß des Bundestages, ſondern auch die Gerechtigkeit verletzt worden. Bayern, Sachſen und Württemberg müſſen gemeinſchaftlich dafür verantwortlich gemacht werden.“ Herr von Beuſt antwortete, in Herrn Murrays Schreiben komme die verletzende Sprache nur der Flüchtigkeit ſeiner Behauptungen gleich. Daß er Bayern und Württemberg, die nicht einmal Truppen nach Holſtein geſchickt haben, verantwortlich machen wolle, ſey ein Beweis mehr von ſeiner Unwiſſenheit. Die Aufführung von Bundestruppen in einem Bundeslande, in welchem ſie ſich durch Bundesbeſchluß befinden, gehe eine fremde Regierung nichts an und Drohungen ſeyen nur das wirkſamſte Mittel, die Regierung, die man damit einſchüchtern wolle, in der Behauptung ihrer Ehre und Würde zu be-

ſtärken. Auf eine an Württemberg gerichtete engliſche Note, welche zwar minder unhöflich war, als die an Sachſen gerichtete, aber doch einer deutſchen Regierung den Weg, den ſie zu gehen habe, hofmeiſterlich vorſchreiben wollte, antwortete Miniſter von Hügel mit eben ſoviel Feſtigkeit als Feinheit und wies namentlich auf den Widerſpruch hin, in den England falle, ſofern es im eigenen Lande ſo rückſichtsvoll der öffentlichen Meinung nachgebe, ſie aber in Deutſchland zu verachten den Regierungen empfehle.

Daß bald darauf Garibaldi nach England eingeladen wurde, um dort als der intimſte Freund Englands und zugleich als der Held der Revolution gefeiert zu werden, gehörte auch mit zu den Einſchüchterungsmitteln, nach denen England damals in lächerlicher Haſt griff, ohne früh genug zu bemerken, daß es nur Fehlgriffe thue. Die Drohung mit Garibaldi war hauptſächlich gegen Oeſterreich gerichtet.

Frankreich nahm zu dem däniſchen Conflict eine Stellung ein, welche unerwarteter Weiſe dem deutſchen Intereſſe günſtig war. Es war mit England geſpannt. Der feierliche Aufruf zu einem europäiſchen Congreſſe, den Napoleon III. hatte ausgehen laſſen, um alle ſchwebenden Fragen durch die Großmächte entſcheiden zu laſſen, wurde hauptſächlich durch die Schuld Englands ſo gut wie unbeachtet gelaſſen. England wies ihn am 25. November mit dem Bemerken ab, ein Congreß werde die Schwierigkeiten, welche die Löſung der ſchwebenden Fragen darbiete, nicht vermindern, ſondern vermehren. Rußland und Oeſterreich zeigten ſich nun zwar geneigt, auf die Congreßidee einzugehen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß ſie ſich durch Beſchlüſſe des Congreſſes nicht würden überſtimmen laſſen. Dieſe Zurückweiſung ſeines großen Congreßgedankens verletzte den franzöſiſchen Kaiſer tief und der däniſche Streit kam ihm ſehr gelegen, um England entweder zu ſich herüber zu ziehen und zum Werkzeug ſeiner Politik zu machen, oder aber es zu iſoliren und tief zu demüthigen. Man erfuhr, Frankreich habe, ſobald der Krieg der deutſchen Mächte gegen

Dänemark auszubrechen drohte, England zu einer Cooperation zu Gunſten Dänemarks aufgefordert, um unter einem guten Vorwand gegen Preußen marſchiren und die Rheinprovinzen angreifen zu können; England ſey aber nicht darauf eingegangen, weil es der Habgier Frankreichs nicht habe dienen wollen. Die France warf England vor, es habe die Cooperation Frankreichs gefordert, aber „den Preis nicht angezeigt, der allein eine Parteinahme Frankreichs in den deutſchen Händeln rechtfertigen könnte.“

Je mehr nun England für die Dänen ſchwärmte, umſomehr mußte ſich die franzöſiſche Preſſe der Rechte der Deutſchen annehmen. Dabei betonte Napoleon III., daß an der Eider und Schley das Nationalitätenprincip zur Geltung kommen müſſe, daß den Bevölkerungen allein das Recht zukomme, durch einen Plebiscit oder wenigſtens durch das Organ der Stände über die Erbfolge zu entſcheiden. Damit trat er Oeſterreich entgegen, welches natürlicherweiſe dem Nationalitätenprincip abhold war und Plebiscite nicht billigen konnte, die möglicherweiſe in Venedig, Ungarn und Böhmen nachgeahmt werden wollten. Napoleon III. trat damit aber auch Preußen inſofern entgegen, als dasſelbe dem Auguſtenburger nicht geneigt ſchien, dem außer dem Erbrecht auch der Wille des Volks in Schleswig-Holſtein, die öffentliche Meinung des deutſchen Volks und auch ſchon ein Theil der Bundesregierungen zur Seite ſtanden. Wenn je die deutſchen Mittelſtaaten wegen des Erbrechts in den Elbherzogthümern mit Oeſterreich und Preußen in Conflict kommen ſollten, konnte ſich Frankreich zu ihrem Beſchützer aufwerfen und die Rheinbundzeiten erneuern. Darauf arbeitete es denn auch mit Vorſicht hin, ſofern es ſchon am 8. Januar die deutſchen Bundesſtaaten (außer Oeſterreich und Preußen) in einem Circular ermahnte, keine Rückſicht mehr auf das Londoner Protokoll zu nehmen, da es „ohnmächtig“ ſey, und ſo raſch als möglich ein fait accompli zu machen, d. h. die Herzogthümer mit Bundestruppen zu beſetzen, ehe ihnen Preußen und Oeſterreich zuvorkämen. Das Umlaufſchreiben hatte keine Folge, viel-

mehr fügte ſich der Bund darein, Preußen und Oeſterreich die Initiative zu überlaſſen. Inzwiſchen fuhr Napoleon III. fort, das Recht der deutſchen Bevölkerung in den Herzogthümern zu protegiren, indem er mit großer Gelaſſenheit abwartete, ob die Kluft zwiſchen den beiden Großſtaaten und den Mittelſtaaten nicht bald weiter reißen würde.

Prinz Friedrich von Auguſtenburg glaubte, Napoleon III. werde unter dieſen Umſtänden ſich ſeiner gegenüber den Großmächten annehmen, und richtete ſchon am 2. Dezember aus Gotha ein unterwürfiges und ſchmeichelhaftes Schreiben an ihn, welches ihm ſehr übel verdacht wurde. Für deutſches Recht, rief die Preſſe faſt einſtimmig, ſolle man nicht franzöſiſche Hülfe anrufen. Napoleon III. antwortete ſehr höflich und fein, drückte eine warme Theilnahme für den Prinzen aus, verſprach ihm aber nichts, da nicht er, ſondern nur der deutſche Bund und in zweiter Linie die Großmächte gemeinſam zu prüfen und zu entſcheiden hätten.

Als der Krieg unvermeidlich wurde und England von Frankreich dringend verlangte, es ſolle ſich mit ihm zur Aufrechterhaltung des Londoner Protokolls verbinden und nöthigenfalls mit Gewalt vorgehen, antwortete Drouyn de Lhuys in einer klugen Note: Kaiſer Napoleon neige ſich bekanntlich zum Nationalitätenprincipe, vermöge daher die nationalen Gefühle und Beſtrebungen der Deutſchen nicht zu tadeln. Wozu alſo gegen ſie Krieg führen? Für das inſulariſche England ſey es wohl leicht, einen ſolchen Krieg als See- und Blokadekrieg zu führen, für Frankreich aber wäre ein Krieg mit dem unmittelbar es berührenden Deutſchland der unheilvollſte und gewagteſte, den es unternehmen könne.

Rußland hatte die ganze Intrigue angeſponnen, die zu dem Londoner Protokoll führte, und das Recht der deutſchen Bevölkerungen und Stände in den Elbherzogthümern, das geſetzliche Erbrecht des Auguſtenburgers und ſomit die Geltung alter heiliger Verträge

und Recht und Ehre der geſammten deutſchen Nation mit Füßen getreten. Rußland hätte demnach auch ſein Schwert ziehen ſollen, um das Londoner Protokoll mit Gewalt aufrecht zu erhalten. Allein es war mit der großen polniſchen Inſurrection beſchäftigt, konnte auf keine ſichere Allianz gegen die deutſchen Großmächte und den deutſchen Bund rechnen, maskirte daher die augenblickliche Schwäche ſeiner Stellung durch eine ſcheinbar wohlwollende Neutralität und ließ nur das Geſpenſt der ſ. g. Gottorpſchen Anſprüche am deutſchen Horizont aufſteigen, um zu zeigen, daß es uns Deutſchen immerhin künftig noch die Rechnung machen würde, wenn wir uns nicht wie bisher gegen Rußland als artige und furchtſame Kinder verhielten. Das in Rußland regierende Haus Holſtein-Gottorp hatte ſeinen Anſpruch auf den ſ. g. Gottorp'ſchen Theil von Holſtein längſt an die in Dänemark regierende Linie des Hauſes abgetreten, es hatte abſolut keinen Anſpruch mehr darauf, aber es machte denſelben geltend, um die Rechtsbegriffe zu verwirren, und verband ſich dadurch zugleich die maaßgebenden Kreiſe in Deutſchland, welche den Auguſtenburger als ein Werkzeug der Demokratie betrachteten und ganz beſeitigen oder wenigſtens einſchüchtern wollten. England machte Rußland Zumuthungen, wie es ſie Frankreich gemacht hatte, aber Alexander II. ließ ſich eben ſo wenig darauf ein, wie Napoleon III., hielt es vielmehr für gerathener, Preußen und Oeſterreich auf alle Art zu ſchonen und für ſich zu gewinnen.

Auch Schweden that nichts, um das Londoner Protokoll aufrecht zu erhalten. Das ſchwediſche Volk hatte keine Luſt, für die Dänen große Opfer zu bringen, und eben ſo wenig das norwegiſche. Nun gab es zwar eine ſcandinaviſche Partei, welche bei dieſer Gelegenheit mit Beſeitigung des Protokollprinzen gern Dänemark an Schweden gebracht, ganz Scandinavien vereinigt und die deutſchen Elbherzogthümer Deutſchland überlaſſen hätte. Allein dieſem Gedanken war keine Großmacht zugeneigt, außer Frankreich, und ihn durchzuführen, reichten die Mittel Schwedens nicht aus. Dieſe Re-

signation konnte man in der Erklärung des Königs von Schweden vom 8. Dezember zwischen den Zeilen lesen. Wenn Schweden Dänemark nicht bekam, wie hätte es seine Kräfte im Kampfe für dasselbe unnütz erschöpfen sollen?

Unter diesen Umständen konnten Oesterreich und Preußen die Occupation Schleswigs beginnen, ohne einen andern Feind vor sich zu haben, als die Dänen. Schon lange stand die preußisch-österreichische Reserve hinter den Bundestruppen, welche Holstein besetzt hatten. Sie wurde jetzt endlich verstärkt und unter den Oberbefehl des greisen Feldmarschall von Wrangel gestellt. Schien dieser mehr als 80jährige gemüthliche Großvater der preußischen Armee nicht mehr frisch und rasch genug zur Kriegführung, so stand ihm doch der feurige Prinz Friedrich Karl zur Seite, welcher den preußischen, und der bewährte Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, welcher den österreichischen Flügel der combinirten Armee befehligte. Das einseitige Vorgehen dieser Armee ohne Rücksicht auf den Bund erregte mancherlei Mißfallen. Die Oesterreicher nahmen ihren Weg nicht durch Sachsen, sondern durch Schlesien. Die Preußen zogen durch's Oldenburgische, durch Hamburg und Lübeck, ohne es vorher angezeigt zu haben. Eine Aufforderung Preußens an den Bundesgeneral von Hake, sich dem Oberbefehl Wrangels zu unterwerfen, blieb erfolglos. Hake schob die Bundestruppen in den Westen Holsteins und ließ der alliirten Armee zum Durchmarsch den Osten offen. Die Oesterreicher und Preußen wurden, indem sie durch Holstein zogen, kühl aufgenommen, weil man immer noch das Mißtrauen hegte, sie wollten eigentlich nur den Dänen und nicht den Deutschen helfen. Die kleine Stadt Wandsbeck protestirte gegen die preußische Einquartierung, ebenso Ahrensburg, ebenso Kiel. In Hamburg wurde vor den Fenstern des Feldmarschall Wrangel eine Schleswig-Holsteinsche Fahne mit Trauerflor aufgepflanzt, welche die Inschrift trug: „Wrangel, dem Verräther von Schleswig-Holstein." In Kiel pflanzten die Preußen ihre eigenen

Fahnen auf und entfernten die Wachen von der Wohnung des Prinzen Friedrich, ohne ihn jedoch ſonſt zu beläſtigen. Wrangel wollte Rendsburg beſetzen, aber Hake weigerte ſich. Dagegen legte Wrangel, ohne auf Hakes Proteſtation zu achten, preußiſche Truppen als bleibende Beſatzung nach Altona, Neumünſter und Kiel, um ſichere Etappenplätze zu haben. Als am 12. Februar das erſte preußiſche Bataillon in Altona einrückte, mußte es in rauhem Wetter ſtundenlang auf der Straße ſtehen, weil die Einwohner es nicht einquartieren wollten und der Bundescommandant gegen den Einmarſch der Preußen proteſtirte. Endlich wurde dieſer peinliche Handel ſo geſchlichtet, daß die Preußen blieben, die Bundestruppen aber die Hauptwache beſetzt hielten. Auch im Gebrauch des Telegraphen und der Eiſenbahn wurden den Preußen Chikanen gemacht. Man kann ſich denken, wie das die braven preußiſchen Truppen erbitterte, die mit Begeiſterung für die gerechte Sache der Herzogthümer ankamen und für dieſelben ihr Blut und Leben laſſen wollten.

Prinz Friedrich wich den Preußen bei ihrem Einmarſch in Kiel aus, kehrte aber bald wieder zurück und blieb. Ihm zur Seite ſtanden ſeine Räthe, Samwer und Franke. Er blieb in ununterbrochenem Verkehr mit den Vereinen und Vertretern der Stände in Holſtein, wie auch bald nachher mit denen in Schleswig, denn auch von hier aus empfing ihn, ſowie die Dänen zurückweichen mußten, die allgemeinſte und lauteſte Acclamation. Im Uebrigen verhielt er ſich paſſiv und vermied alles, was Oeſterreich und Preußen hätte verletzen können. In Gotha unter den Augen des ihm warm befreundeten Herzog Ernſt von Coburg hatte ſich ein Wehrausſchuß gebildet, um dem Prinzen Friedrich eine eigne kleine Armee zu organiſiren. Derſelbe mußte ſich jedoch auflöſen.

Am 1. Februar 1864 überſchritten die Preußen und Oeſterreicher die Grenze des Herzogthums Schleswig, nachdem die Dänen bereits den Brückenkopf von Rendsburg geräumt hatten. Das däniſche

Heer, 50—60,000 Mann unter General de Meza wollten das berühmte Danewirk halten. Während sie aber Gablenz hier festhielt, kam ihnen Prinz Friedrich Karl in die Flanke und hätte ihnen den Rückzug nach Flensburg abgeschnitten, wenn sie nicht nach einem blutigen Gefecht mit Gablenz schleunig entflohen wären. Gablenz verfolgte sie und schlug sie noch einmal bei Oeversee. Wir gehen auf die Details dieses Krieges nicht näher ein, weil es uns nur darauf ankommt, die Stellung der Mächte vor dem großen Kriege von 1866, die dessen Beginn herbeiführten, zu charakterisiren. Der Verlust des Danewirks machte den Pöbel in Kopenhagen wüthend, so daß er abermals das Schloß bestürmte und sogar die königlichen Damen insultirte.*) Meza wurde abgesetzt und General von Gerlach sollte statt seiner die feste Verschanzung bei Düppel unter Mitwirkung der dänischen Flotte vertheidigen.

Bedeutungsvoll erschien das erste Zusammentreffen preußischer und dänischer Kriegsschiffe. Capitän Jachmann stieß am 17. März bei der Insel Rügen auf sechs dänische Schiffe (1 Linienschiff, 2 Fregatten, 2 Corvetten und 1 Dampf-Aviso) und griff sie keck an, obgleich er nur zwei Korvetten (Arkona und Nymphe) und ein Dampf-Aviso (Loreley) commandirte. Nach dritthalbstündiger sehr heftiger Kanonade konnten sich die preußischen Schiffe unbelästigt zurück-

---

*) Im Hamburger Correspondenten meldete ein Schreiben aus Kopenhagen vom 11. Februar: „Leider hat ein Theil des verworfensten Pöbels die Gelegenheit benutzt, als die Königin Louise und die Prinzessin Dagmar nach der Predigt die Frauenkirche verließen, um in ihre Kutsche zu steigen, dieselben in empörendster Weise zu insultiren. Mit auf die unwürdigste Art befleckten Kleidern sollen die Damen, worunter sich auch die Prinzessin Maria von Anhalt-Dessau befunden haben soll, im Schlosse angekommen seyn, die Königin in ruhiger Fassung und Würde, die Prinzessin Dagmar aufgelöst in Thränen."

ziehen. Die däniſchen hatten durch das treffliche Feuer der Preußen größere Verluſte erlitten, als ſie ihnen zugefügt hatten.

Die Diplomatie war ununterbrochen thätig. Vor allem gab ſich England die größte Mühe, weitere Erfolge der deutſchen Waffen zu hindern. Was ihm durch leere Drohungen nicht gelungen war, ſuchte es nun durch ein Stimmenmehr der Großmächte zu erzielen und lud daher ſchon am 21. Februar ſämmtliche Großmächte zu einer Conferenz in London ein, wurde aber, im Anfang wenigſtens, von Frankreich abgewieſen, welches noch beleidigt war, weil England kurz vorher die franzöſiſche Einladung zu einem Congreß in Paris abgelehnt hatte. Aber auch Dänemark wollte ſich auf keine Conferenz einlaſſen, bevor Schleswig von den Alliirten wieder geräumt ſeyn würde. Gleichwohl wurde fleißig unterhandelt.

Um dieſen Unterhandlungen von deutſcher Seite und in deutſchem Intereſſe Nachdruck zu geben, dachten die Mittelſtaaten immer noch an das fait accompli, zu dem ihnen Frankreich ſo dringend gerathen hatte. Die bewaffnete Initiative hatten ſie bereits verſäumt. Aber es ließ ſich noch ein bundesgeſetzliches fait accompli machen durch Anerkennung des Auguſtenburgers. Darauf arbeitete der ſcharf durchdachte Ausſchußbericht des bayriſchen Bundestagsgeſandten, Herrn von der Pfordten, am 11. Februar hin. Am 18. dieſes Monats tagten die Miniſter der Mittelſtaaten in Würzburg und vereinigten ſich dahin, nichts was etwa die Großmächte einſeitig mit Umgehung des Bundes beſchließen würden, anzuerkennen, wenn darin nicht das deutſche Recht der Herzogthümer gewahrt ſey. Zweitens ſolle über die Erbfolge der Bund allein zu entſcheiden haben, dieſe Entſcheidung ſolle beſchleunigt, die Stände der Herzogthümer ſollten einberufen werden und endlich ſolle der Bund die dermalen in Holſtein ſtehenden Bundestruppen verſtärken, um das Recht des Bundes im Angeſicht der Truppen der beiden Großmächte nachdrücklich zu wahren. Doch ſtanden die Mittelſtaaten von der Ausführung des letztern Entſchluſſes

alsbald wieder ab. Von preußiſcher Seite kam der Generaladjutant von Manteuffel nach Dresden, von öſterreichiſcher Seite Erzherzog Albrecht nach München, um zu beſchwichtigen. Die Aufregungen dieſer Tage beſchleunigten das Lebensende König Maximilians II. von Bayern, welcher vier Tage nach der Ankunft des Erzherzogs in München am 10. März unerwartet ſchnell verſchied. Unter dieſen Umſtänden wurde am 12. März der bayriſche Antrag am Bundestage, die Anerkennung des Auguſtenburgers betreffend, auf unbeſtimmte Zeit hinausgeſchoben und ebenſo der ſächſiſch-württembergiſche Antrag auf Einberufung der Stände in Holſtein. Als Entſchädigung wurde dagegen den Mittelſtaaten, nachdem wieder Frankreich ſtark darauf gedrungen hatte, die Mittheilnahme eines deutſchen Bundesgeſandten an der Londoner Conferenz zugeſichert, die nun doch zu Stande kommen ſollte.

Hatte die Bevölkerung von Schleswig, wetteifernd mit der von Holſtein, durch ihre Verſammlungen, Deputationen und Adreſſen unzweideutig dargethan, daß ſie den Auguſtenburger allein für erbberechtigt halte und daß ſie feſt entſchloſſen ſey, ſich keinen unberechtigten Herrn octroyiren zu laſſen, ſo glaubte auch der Sechsunddreißiger-Ausſchuß in Frankfurt ein neues Lebenszeichen von ſich geben und die öffentliche Meinung in Deutſchland zum Beſten der Schleswig-Holſteiner aufs neue elektriſiren zu ſollen, forderte daher zu großen Volksverſammlungen am Oſtermontag (28. März) auf, die denn auch an vielen Orten gehalten wurden. Doch war die Begeiſterung etwas abgeſchwächt. Die Trennung des Reformvereins vom Nationalverein, welche nur das einſeitige Vorgehen des letztern verſchuldet hatte, wirkte nach. Auch mißbilligte man die Anmaßung, mit welcher der Sechsunddreißiger-Ausſchuß den Fürſten drohte, und das wiederholte unzeitige Drängen nach Einberufung eines deutſchen Parlamentes, welches jedenfalls nur ein Maul gehabt haben würde, um Oeſterreich und Preußen zu beſchimpfen, aber keinen Arm ſie zu bezwingen, es

hätte ſich denn des franzöſiſchen Armes bedienen wollen. Im März machte der Herzog Ernſt von Coburg eine Reiſe nach Paris, worüber wieder viel phantaſirt wurde. Wahrſcheinlich iſt, daß Frankreich die engliſche Einladung zur Conferenz nicht eher annahm, bis es der Zulaſſung eines deutſchen Bundestagsgeſandten, welcher das Intereſſe der Mittelſtaaten und das beſondere der Elbherzogthümer ſelbſt wahren ſollte, verſichert worden war, und bis ſich England auch ſeinerſeits herbeigelaſſen hatte, das Londoner Protokoll von 1852 nicht mehr als Baſis der Unterhandlungen zu betrachten. Jetzt erſt mußte Dänemark ſeinen trotzigen Nacken ein wenig beugen und ſich in die Conferenz ſchicken. In dieſem wichtigen Zeitpunkt gaben 40 Mitglieder der holſteiniſchen Ständeverſammlung am 5. April von Kiel aus eine neue Erklärung ab, worin ſie ausdrückliche Verwahrung einlegten gegen jeden künftigen Conferenzbeſchluß, der etwa das gute Recht der Herzogthümer Schleswig-Holſtein, ihrer Stände und ihres allein rechtmäßigen Herzogs Friedrich beeinträchtigen würde.

Unter den deutſchen Mittelſtaaten war bisher für die deutſche Sache Bayern am entſchiedenſten vorangegangen. Seit dem Tode des Königs und den Beſchwichtigungen trat Sachſen energiſcher hervor und wurde der ſächſiſche Miniſter, Herr von Beuſt, zum Vertreter des deutſchen Bundes bei der Londoner Conferenz gewählt. Württemberg ſchloß ſich Bayern und Sachſen ohne Rückhalt an. Am weiteſten wollte Baden gehen, ohne daß ſeine Stimme durchſchlug. Dagegen erſah man aus dem engliſchen Blaubuch (Acten und Correſpondenzen, die dem Parlamente vorgelegt werden müſſen), daß, obgleich Hannoveraner an der Beſetzung Holſteins Theil hatten, die hannöverſche Diplomatie heimlich mit England kokettirte und ſogar am Londoner Protokoll feſthalten zu wollen verſicherte. Graf Platen, Miniſter des Aeußern in Hannover, in deſſen Depeſchen dergleichen zu leſen war, erklärte alles für ein Mißverſtändniß.

Unterdeß waren die drei Parallelen vor den Düppeler

Schanzen eröffnet und alles zum Sturme vorbereitet worden. Ein furchtbares Bombardement ging dem Sturm der Preußen voran, der am 18. April unter dem Commando des Prinzen Friedrich Karl mit bewundernswürdiger Tapferkeit und Schnelligkeit ausgeführt wurde. Die Dänen verloren binnen ein paar Stunden die berühmten Schanzen und ließen über 1000 Todte und Verwundete, 3200 Gefangene und 118 Geschütze in den Händen der Preußen zurück. Auf dänischer Seite wurde General Duplat, auf preußischer General Raven tödtlich verwundet. Der Gesammtverlust der Preußen belief sich auf 200 Todte und 8—900 Verwundete.

An diesem glorreichen Tage wurde der Ruhm des preußischen Heeres verjüngt. So rasch und unwiderstehlich hatten die Preußen einst unter Friedrich dem Großen und unter Blücher gesiegt. Eine freudige Bewegung ging durch ganz Deutschland. Der König von Preußen selbst verließ Berlin und erschien schon am 21. auf den erstürmten Schanzen, um der Armee zu danken und die Verwundeten zu trösten. Ueberall strömte das Volk herbei und Deputationen legten ihm das deutsche Recht persönlich ans Herz. Er antwortete tief bewegt: „Die Sache der Herzogthümer sey ihm heilig und preußisches Blut solle nicht umsonst vergossen seyn.“ Man bemerkte, der König habe nicht dem alten Marschall Wrangel, sondern dem Prinzen Friedrich Karl zuerst für den Sieg gedankt. Am 18. Mai wurde Wrangel in allen Ehren entlassen, mit dem Grafenstande und einem hohen österreichischen Orden belohnt, und Friedrich Karl zum Oberfeldherrn der Alliirten ernannt. Seltsamer Weise verlieh der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der gleich einigen andern deutschen Prinzen die Preußen in diesem dänischen Feldzug begleitete, sich selber den mecklenburgischen Militärverdienstorden, schon vor dem Sturme von Düppel.

Die dänische Flotte leistete in diesem Kriege bei weitem nicht so viel, als man von ihr erwartet oder gefürchtet hatte. Rolf Krake,

das Panzerſchiff, von dem man ſo viel Rühmens machte, nahm nur ſchwachen Antheil am Düppeler Kampfe, die preußiſchen Zwölfpfünder jagten ihn bald zurück. Dagegen zeigte die junge preußiſche Marine eine unvergleichliche Keckheit. Am 25. April wurde bei der Inſel Rügen eine große däniſche Fregatte durch die Grille, ein preußiſches Kanonenboot, welches nur zwei Kanonen führte, angegriffen und in die Flucht geſchlagen, weil die Preußen viel beſſer ſchoſſen. Man erwartete damals das Erſcheinen einer öſterreichiſchen Flotte in der Oſtſee, um in Verbindung mit den preußiſchen Schiffen die däniſche Flotte zu bekämpfen; jedoch ſie blieb aus, weil ſie zum Kriegszweck nicht unbedingt nöthig war und man England nicht noch mehr erbittern wollte, England, welches ſeine Drohungen und Schmähungen damals verdoppelte. Nur zwei öſterreichiſche Fregatten, Schwarzenberg und Radetzky, kamen bis Helgoland, um die Elbmündung von der däniſchen Blokade zu befreien. Am 9. Mai ſahen ſie drei däniſche Kriegsſchiffe kommen, zwei Fregatten und eine Corvette, griffen dieſelben ſogleich an und kanonirten ſich mit ihnen ein paar Stunden lang herum, unterſtützt von dem preußiſchen Aviſodampfer Adler, bis die ſtark beſchädigten däniſchen Schiffe entwichen, aber auch der Schwarzenberg, deſſen Fokmaſt in Brand gerathen war, eine bedeutende Havarie und großen Verluſt an Mannſchaft erlitten hatte. Der Capitän des Schwarzenberg, Tegethoff, wurde wegen ſeiner Tapferkeit zum Admiral ernannt.

Unmittelbar nach dem Siege von Düppel wollten die Preußen die früher ſchon von ihnen angegriffene däniſche Feſtung Fridericia belagern, fanden ſie aber ſchon verlaſſen. Der preußiſche General Vogel von Falkenſtein drang bis zur äußerſten Nordſpitze Jütlands vor. Die Bevölkerung grollte wohl, unterwarf ſich aber.

Die Conferenz in London war unterdeß wirklich zu Stande gekommen. Es hatte Mühe gekoſtet, die Dänen durch England und England durch Frankreich ſo weit zu bringen, daß ſie ſich in Unter-

handlungen einließen, deren Basis schon nicht mehr das Londoner Protokoll von 1852 war. Nachdem die beiden deutschen Großmächte, obgleich sie die Sache allein durchfechten zu wollen schienen, einen Vertreter des deutschen Bundes bei der Conferenz zugelassen hatten, erließ Herr von Bismarck am 29. März ein Rundschreiben an die Mittelstaaten mit der dringenden Aufforderung, sie möchten auf der Conferenz mit Oesterreich und Preußen zusammen gehen, denn nur wenn alle drei deutschen Factoren einig seyen, vermöchten sie dem Ausland zu imponiren und das durchzusetzen, was das Interesse Deutschlands und der Herzogthümer erheische. In diesem Sinne wurde nun Herr von Beust auch wirklich instruirt, so daß demselben allgemeines Vertrauen entgegen kam. Die sächsische Kammer gab am 19. April eine klare und kräftige Erklärung ab, worin sie aus Anlaß der nahe bevorstehenden Conferenz im Namen der deutschen Stände und des deutschen Volks nochmals das deutsche Recht der Herzogthümer wahrte. An diese Erklärung schlossen sich bald nachher die meisten deutschen Ständeversammlungen an und sie wurde von mehr als tausend deutschen Kammermitgliedern unterzeichnet. Die Zuschriften, welche Herr von Beust aus diesen Kreisen erhielt, beantwortete derselbe aufs verbindlichste und versicherte wiederholt, er lege großen Werth auf solche öffentliche Erklärungen, weil sie dazu dienen würden, dem Auslande die Einmüthigkeit der deutschen Gesinnung darzulegen.

Die Conferenz wurde in London am 25. April durch den englischen Minister Russel eröffnet. Ihm stand Clarendon zur Seite. Frankreich wurde durch Latour d'Auvergne, Rußland durch v. Brunnow, Schweden durch den Grafen Wachtmeister, Oesterreich durch Graf Apponyi und von Biegeleben, Preußen durch Graf Bernstorff und von Balan, Dänemark durch von Quaade, Bille und Krieger vertreten. Weil aber Herr von Beust noch nicht angekommen war, wurde zum Aerger Englands durch die deutschen Großmächte und Frankreich jede

Berathung ausgeſetzt, bis zum 25. April, an welchem Tage Herr von Beuſt in die Conferenz eintrat. Jetzt erſt begannen die Verhandlungen, zogen ſich aber in die Länge, weil Dänemark während der Waffenruhe zu Lande die Blokade zur See nicht aufgeben wollte. Trotz des Schlages von Düppel blieb Dänemark noch ſehr trotzig, indem es immer noch auf England hoffte. England drohte damals ſo laut mit ſeiner Flotte, daß die Dänen in der That glauben konnten, es werde ihm endlich doch noch zu Hülfe kommen. Die engliſchen Miniſter ſetzten in ihrer üblen Laune allen Anſtand aus den Augen. Lord Ruſſel nahm eine Deputation aus Schleswig-Holſtein nicht an. Sein Organ Daily News ärgerte ſich darüber, daß der engliſche Prinz Alfred vom König von Preußen den ſchwarzen Adlerorden angenommen habe, „eine Decoration, die ſich beſſer für die Henker von Düppel geeignet hätte.“ Dasſelbe Blatt ärgerte ſich, daß Herr von Beuſt zur Tafel der Königin Victoria eingeladen worden war. „Einen Mann, der ſich durch ſein unverſchämtes Auftreten gegen unſere Regierung berühmt gemacht hat, ſieht das engliſche Publikum nicht für geeignet an, um ein Gaſt des engliſchen Hofes zu werden.“ Dagegen ſtach das Betragen Frankreichs auffallend ab. Während der Pfingſtfeiertage folgte Herr von Beuſt einer kaiſerlichen Einladung nach Paris und wurde in den Tuilerien auf das zuvorkommendſte empfangen. Dieſes Einverſtändniß Frankreichs mit dem deutſchen Bunde vermehrte den Aerger in England. England glaubte immer noch Deutſchland wie bisher puffen und ſchulmeiſtern zu dürfen, und wollte uns ausdrücklich verbieten, Rendsburg zu einer Bundesfeſtung und Kiel zu einem Bundeshafen zu machen.

Weil Oeſterreich, Preußen und der deutſche Bund in der Conferenz einig zuſammenſtanden, mußte Dänemark nachgeben und vorerſt ſeine Blokade fallen laſſen, ſo daß am 12. Mai ein Waffenſtillſtand auf einen Monat beſchloſſen werden konnte, während deſſen jeder kriegführende Theil, was er hatte, behalten, die Blokade aber ſiſtirt

werden ſollte. Am 17. Mai erklärte Graf Bernſtorff, Preußen erkenne das Londoner Protokoll nicht mehr an, verlange die gänzliche Trennung Schleswig-Holſteins von Dänemark und die Vereinigung beider Herzogthümer unter einem Herrn, wolle damit aber die Idee einer Perſonalunion der Herzogthümer und Dänemarks unter Chriſtian IX. noch nicht von der Hand weiſen. Obgleich dies nun für Dänemark das günſtigſte Ultimatum war, das ihm geſtellt werden konnte, lehnten es die däniſchen Bevollmächtigten dennoch ab und wollten am Londoner Protokoll feſthalten. Weiter konnte däniſch-engliſcher Uebermuth nicht gehen. Am 28. Mai erklärte daher Graf Apponyi, Oeſterreich verlange die Vereinigung Schleswig-Holſteins, deſſen gänzliche Trennung von Dänemark und die Anerkennung des auguſtenburgiſchen Erbrechts. Dem ſchloßen ſich Graf Bernſtorff und von Beuſt an. Sobald nun England die Feſtigkeit der deutſchen Mächte erkannte und da es niemals im Sinne gehabt hatte, einen Krieg gegen Deutſchland zu wagen, gab es der Hauptforderung der deutſchen Mächte nach und ſuchte nur noch den nördlichen Theil Schleswigs bei Dänemark zu erhalten, wogegen Lauenburg den Deutſchen bleiben ſollte. England hoffte bei dieſem Vorſchlag von Frankreich unterſtützt zu werden, weil Napoleon III. ausdrücklich das Nationalitätenprincip vorangeſtellt und wiederholt verlangt hatte, die Bevölkerung Schleswigs ſelbſt ſolle befragt werden. Auch ſchloß ſich Frankreich wirklich dem Antrage Englands inſofern an, als es dem däniſch redenden Nordſchleswig freiſtellen wollte, bei Dänemark zu bleiben. Inzwiſchen hatte bereits in den Herzogthümern ſelbſt eine große Volksverſammlung von 50,000 Männern zu Rendsburg am 8. Mai die Untrennbarkeit von ganz Schleswig als altes Recht des Landes gefordert und die Nordſchleswiger improviſirten, ſobald ſie von dem engliſchen Conferenzvorſchlag erfuhren, ſogleich eine beſondere ausſchließlich nordſchleswigſche Volksverſammlung zu Bögehoved, worin auch ſie, obgleich jütiſch redend, vom uralten Verbande mit dem deutſchen Schleswig

nicht laſſen zu wollen erklärten. Die Conferenz nahm zwar von dieſen Demonſtrationen keine Notiz, konnte ſich aber auch über die Linie, durch welche Nord- und Südſchleswig getrennt werden ſollten, nicht einigen, indem die Dänen zu viel für ſich verlangten. Der Waffenſtillſtand ging zu Ende. Man verlängerte ihn noch um 14 Tage bis zum 26. Juni und ſtritt fort, ohne ſich über eine Theilungslinie verſtändigen zu können. Am 18. Juni ſchlug England noch vor, den Streit durch einen Schiedsrichter (den alten König Leopold von Belgien oder Napoleon III.) entſcheiden zu laſſen, aber Dänemark ging auch darauf nicht ein. Auch die deutſchen Großmächte wollten ſich durch keinen fremden Richterſpruch binden laſſen. Alſo mußte ſich die Conferenz am 25. Juni unverrichteter Dinge auflöſen.

In der letzten Sitzung machte der däniſche Bevollmächtigte, Herr von Quaade, dem engliſchen Miniſterium bittere Vorwürfe, daß es Dänemark immer gehetzt, ihm immer Hoffnungen gemacht, es zu einer Ueberſchätzung ſeiner Stellung verleitet und dann zuletzt ſchmählich im Stich gelaſſen habe. Clarendon wies die Beſchuldigung zurück, bewaffnete Hülfe ſey Dänemark niemals verſprochen worden und Dänemark ſelbſt habe oft genug die Rathſchläge und Warnungen Englands zurückgewieſen. Dieſe heftige Scene in der letzten Conferenzſitzung kam dem engliſchen Miniſterium inſofern zu ſtatten, als es, von Dänemark beleidigt, auch weniger Mitleid und Rückſicht gegen dasſelbe zu haben brauchte. Schon am 27. Juni erklärten Lord Ruſſel im Oberhauſe und Lord Palmerſton im Unterhauſe in langen Reden, daß die engliſche Regierung es ihrem Intereſſe nicht angemeſſen finde, ſich wegen Dänemark in einen Krieg zu ſtürzen. Ruſſel nahm zwar die Miene an, als ſey ganz England im hohen Grade entrüſtet über Oeſterreich und Preußen, „welche Dänemark von Anfang an mißhandelt und als Stärkere den Schwächern in ungerechter und tyranniſcher Weiſe unterdrückt hatten,“ allein auch er meinte, England habe ſich der Dänen wegen doch in keine Unkoſten zu ſetzen. Das Parla-

ment hörte dieſe miniſteriellen Erklärungen mit auffallender Ruhe und Zuſtimmung an. Im Grunde wußte jedermann, es ſey dem Parlament von Anfang an ſo wenig wie der Regierung, den Tories ſo wenig wie den Whigs Ernſt geweſen, den Dänen zu helfen. Man hatte nur umſomehr das Maul gebraucht, je weniger man die Hand rühren wollte. Man hatte auf die alte Uneinigkeit und Fügſamkeit Deutſchlands gerechnet, es mit bloßen Worten einſchüchtern wollen und ſah ſich getäuſcht. Im Ernſt dachte kein Engländer daran, den dem engliſchen Handelsintereſſe ſo nützlichen und unentbehrlichen Frieden mit Deutſchland zu brechen. So erklärt ſich die gelaſſene Haltung des Parlaments, nachdem es vorher ſo unnütz gegen Deutſchland gelärmt hatte, zur Genüge. Man glaubte übrigens, die Königin Victoria habe einigermaßen darauf eingewirkt durch die Feſtigkeit, mit welcher ſie den Miniſtern entgegen trat und durch die Drohung mit einer Auflöſung des Parlaments. In ſeiner üblen Laune hatte Lord Ruſſel im Parlament geſagt, man dürfe den Erklärungen der deutſchen Großmächte nicht trauen. Palmerſton übernahm es, ſein Bedauern über dieſe Unſchicklichkeit auszudrücken.

Während aller dieſer Vorgänge hatte Prinz Friedrich von Auguſtenburg ſchon am 16. April aufs neue dem bevorſtehenden Congreß gegenüber feierlich ſein Erbrecht gewahrt und im Juni reiste derſelbe nach Berlin und nahm beſondere Rückſprache mit Herrn von Bismarck, die jedoch unbefriedigend ausfiel, weil, wie man damals wenigſtens glaubte, der Prinz ohne Zuſtimmung des deutſchen Bundes und der Stände in den Herzogthümern ſich nicht befugt erachtete, beſtimmte Conceſſionen an Preußen zu machen. Außer dem Bericht des Herrn von der Pfordten am Bundestage waren noch mehrere ſtaatsrechtliche Erörterungen zu Gunſten der auguſtenburgiſchen Erbfolge erſchienen. Den meiſten Ruf erlangte die des Herrn Warnſtedt in Göttingen. Die juriſtiſchen Facultäten an faſt allen deutſchen Univerſitäten gaben Rechtsgutachten ab, welche dem Herrn von Warnſtedt

zuſtimmten. Alle dieſe Männer des fingirten Rechts vergaßen, daß der Auguſtenburger auf Schleswig-Holſtein nicht mehr wirkliches Recht hatte, als Heinrich V. auf den Thron von Frankreich, daß es im deutſchen Intereſſe lag, die Elbherzogthümer in die Hand eines Mächtigeren zu geben, als des Auguſtenburgers, denn ein Kleinſtaat mehr konnte Deutſchland im Norden nicht ſtärken noch ſtützen.

Eine neue überraſchende Wendung trat im großen Drama dieſes verhängnißvollen Jahres mit einer neuen ruſſiſchen Intrigue ein. Das unvermeidliche Rußland war endlich der polniſchen Inſurrection Meiſter geworden, ſeine Stellung gegenüber dem Weſten Europas hatte dadurch wieder Feſtigkeit erlangt. Warum hätte es die uns Deutſchen ſo verderbliche Intrigue, die es heimlich mit Dänemark 1851 in Warſchau angeſponnen und im Londoner Protokoll von 1852 ſo meiſterhaft durchgeführt hatte, nun ſie plötzlich zerriſſen ſchien, nicht wieder anknüpfen ſollen? Durfte Rußland, das über ein halbes Jahrhundert hindurch Deutſchland bevormundet und behofmeiſtert hatte, jetzt zugeben, daß Deutſchland ſein Recht eigenmächtig herſtellte? Durfte es dulden, daß jener Prinz von Auguſtenburg, den es erſt vor zwölf Jahren mit einem leichten diplomatiſchen Naſenſtüber aus der Reihe erbberechtigter Fürſten hinausgeſchleudert hatte, ſich jetzt wieder melden konnte? Vor zwölf Jahren hatten alle Großmächte gewetteifert, deutſches Recht mit Füßen zu treten, blos weil es Rußland ſo haben wollte. Durfte Rußland ſich gefallen laſſen, daß man es jetzt nicht mehr beachtete? Freilich konnte Rußland jetzt nicht mehr über Oeſterreich und Preußen verfügen, wie dereinſt zu Olmütz. Aber es konnte ſich dieſe Mächte wieder geneigt machen, indem es eine Politik befolgte, welche dem Intereſſe derſelben zu dienen ſchien. Für das Erbrecht des Auguſtenburgers hatte ſich am lebhafteſten die deutſche Demokratie intereſſirt. In den Herzogthümern ſelbſt hatte ein zehnmal wiederholtes Plebiscit ſchon längſt den Volkswillen conſtatirt und Frankreich hatte immer wiederholt das Recht der Bevölkerungen betont,

ſich ihren Herrſcher ſelbſt zu wählen. Das brachte den Auguſtenburger in eine falſche Stellung zu Preußen und Oeſterreich, die inſofern Herrn der Lage waren, als ſie allein Schleswig erobert und im Beſitz hatten. Rußland durfte nun annehmen, daß es Oeſterreich und Preußen keineswegs verletzen würde, wenn es vorſichtige Anſtalten träfe, den Auguſtenburger noch einmal, wie 1852 zu beſeitigen, und an ſeine Stelle einen andern Candidaten zu bringen, der mit den Volksverſammlungen, mit dem Sechsunddreißiger-Ausſchuß, mit dem Coburger und mit dem 2. Dezember weniger Verkehr gehabt hätte.

Kaiſer Alexander II. von Rußland erſchien am 9. Juni in Berlin und begab ſich von da nach dem Bade Kiſſingen, wo er mit dem Kaiſer von Oeſterreich zuſammentraf. Dahin nun begab ſich auch der Großherzog Peter von Oldenburg und am 19. Juni trat der Kaiſer von Rußland an den gedachten Großherzog alle Anſprüche der holſtein-gottorpſchen in Rußland regierenden Linie auf das Erbrecht in den Herzogthümern ab. Damit gewann das bisherige Geſpenſt der ſ. g. gottorpſchen Anſprüche ein gewiſſes Leben, eine ziemlich deutliche Greifbarkeit. Am 23. Juni meldete der Großherzog ſeinen Erbanſpruch förmlich beim deutſchen Bunde an. Der deutſche Bund forderte hierauf den Auguſtenburger auf, auch ſeine Anſprüche darzulegen. Zum Ueberfluß meldete ſich nun auch Prinz Friedrich Wilhelm von Heſſen mit einem Erbanſpruch, ſo daß wenigſtens die öffentliche Meinung in Bezug auf das Erbrecht in den Herzogthümern in neue Ungewißheit verſetzt und der energiſche Fortſchritt der auguſtenburgiſchen Rechtsverwahrung durchkreuzt wurde.

Man glaubte, Rußland wolle nicht nur den Auguſtenburger verdrängen, ſondern auch ſeinen Protokollprinzen aufgeben und dem Oldenburger außer den Herzogthümern auch noch die däniſche Krone zuwenden, damit der däniſche Geſammtſtaat doch wieder vollſtändig zuſammengeleimt werden könne. Allein es handelte ſich für Rußland um etwas, was ihm viel näher lag. Es hatte im Krimkriege den

Kürzeren gezogen und nur mit großer Anſtrengung eben erſt wieder die Inſurrection in Polen unterdrücken müſſen. Frankreich hatte ihm im Krimkriege am weheſten gethan, hegte Sympathien für Polen und agitirte in Rumänien und Konſtantinopel gegen die ruſſiſche Politik. Jetzt ſchien es ſich auch in die däniſche Frage einmiſchen zu wollen. Der Auguſtenburger hatte ſich an Napoleon III. gewandt, Herr von Beuſt, der Vertreter der Mittelſtaaten, hoffte auf ſeine Verwendung. Ja er war ſogar auf der Londoner Conferenz zum Schiedsrichter vorgeſchlagen worden. Um nun Frankreich zu demüthigen, blieb Rußland nichts übrig, als ſich an Oeſterreich und Preußen anzuſchließen und denſelben in der däniſchen Frage Conceſſionen zu machen. Obgleich es in London bis zum letzten Augenblicke den hartnäckigen Widerſtand der Dänen unterſtützte, glaubte man doch, es habe ſchon vorher ſeinen Entſchluß gefaßt, ſich mit den deutſchen Großmächten in gutes Einvernehmen zu ſetzen. Unter den Acten, welche dem däniſchen Reichsrath vorgelegt wurden, befanden ſich auch die Depeſchen des däniſchen Geſandten in St. Petersburg, wonach Fürſt Gortſchakof die Schleylinie als Grenze feſthielt, und der ruſſiſche Geſandte bei der Londoner Conferenz machte England ernſte Vorſtellungen, es ſolle eine Flotte in die Oſtſee ſchicken, um mit Rußland gemeinſam Dänemark zu ſchützen. Aber England traute dem ruſſiſchen Eifer nicht.

Die däniſche Preſſe tobte gegen England, daß es die Dänen ſo lange gehetzt habe und ihnen jetzt nicht helfe. Das nahm England übel und drohte. Die Londoner Conferenz kam zu keinem Ergebniß, weil keine auswärtige Macht gegen das diesmal vereinigte Deutſchland feindlich vorſchreiten wollte. Sie löste ſich auf und unmittelbar nachher, am 26. Juni, griff der energiſche Prinz Friedrich Karl, nach dem Abgang des alten Wrangel, Oberbefehlshaber der alliirten Armee, die Dänen wieder an, die immer noch nicht hatten nachgeben wollen.

Die Dänen hatten eine feste Stellung auf der Insel Alsen genommen. Am 29. Juni aber wurden sie von den Preußen, die noch vor Sonnenaufgang auf Kähnen hinüberfuhren, blitzschnell angegriffen, getödtet, gefangen, der Rest zur eilenden Flucht getrieben. Nun erst bequemte sich Dänemark, um einen Frieden zu bitten, der in Wien unterhandelt wurde. Die siegreichen Preußen und Oesterreicher nahmen ganz Schleswig und die dazu gehörigen Inseln ein.

Die russische Intrigue, die so plötzlich den Oldenburger dem Augustenburger vorschob, wurde in Deutschland als Demonstration gegen den Nationalverein und als ein Versuch aufgefaßt, die russische Vormundschaft über Deutschland zu erneuern. In England und Frankreich aber wurde das plötzliche Erscheinen des russischen Kaisers, den Fürst Gortschakof und eine zahlreiche diplomatische Kanzlei nach Kissingen begleiteten, noch anders aufgefaßt. England hatte kurz vorher den Jubelempfang Garibaldis zu London in Scene gesetzt. Nichts mußte ihm willkommner seyn, als die Völker des mittlern und westlichen Europas durch das Gespenst einer neuen heiligen Allianz erschrecken zu können. Es durfte namentlich hoffen, Frankreich wieder an sich zu fesseln und die westmächtliche Allianz herzustellen, wenn es Frankreich mit einer neuen Coalition der drei nordischen Mächte bedrohen könnte. Nun erschienen vom 2. Juli an in der Morning Post, dem Organ Palmerstons, eine Reihe von russischen, preußischen und österreichischen Depeschen, welche die Thatsache einer neuen engen Allianz der drei nordischen Mächte constatiren sollten, aber sämmtlich gefälscht waren. Die drei Mächte constatirten auch sogleich die Fälschung und erklärten auf das bestimmteste, niemals Verabredungen der bezeichneten Art gepflogen zu haben. Dennoch war man in Frankreich sehr argwöhnisch und die inspirirte Pariser Presse äußerte sich dahin, daß, wenn auch die Dokumente nicht echt seyen, ihnen nichtsdestoweniger eine gewisse Wahrscheinlichkeit inwohne. Im August wurden französische Depeschen an Dänemark durch eine Indiscretion des däni-

ſchen Reichsraths, der ſie vom Miniſterium zur Einſicht erhalten hatte, veröffentlicht, worin ſich die Beſorgniß Frankreichs vor einer neuen Coalition ſehr deutlich ausſprach, und womit zugleich entſchuldigt wurde, daß Frankreich den Dänen keine beſſere Hülfe leiſten könnte.

In dem Augenblick, in welchem ſich Napoleon III. bedroht ſah, traf er Maßregeln der Abwehr. Die wenn auch abgeleugnete, doch mögliche Allianz der großen Mächte im Oſten machte alle die kleinen Staaten, die zwiſchen ihnen und Frankreich lagen, zu ſeinen natürlichen Verbündeten und Schützlingen. Schweden ſchien von Rußland, Italien von Oeſterreich, das kleine Staatenconglomerat im deutſchen Bunde von preußiſcher Hegemonie oder großmächtlicher Dictatur bedroht. Polen hatte ſich eben erſt gegen Rußland erhoben, Ungarn war noch unverſöhnt mit Oeſterreich, in Preußen ſtand dem Miniſterium eine compacte liberale Oppoſition entgegen. Mit all dieſen Elementen glaubte nun der franzöſiſche Kaiſer ſich nöthigenfalls verſtärken zu ſollen, wenn aus der Coalition eine Wahrheit würde. Daher ſeine Freundlichkeit gegen Herrn von Beuſt als den eifrigſten Vorkämpfer der deutſchen Mittelſtaaten gegen die deutſchen Großſtaaten. Daher ſeine moraliſche Unterſtützung der Coburger und Kieler Politik.

Dänemark wurde übrigens durch England und Rußland einigermaßen getröſtet. Nicht nur der Prinz und die Prinzeſſin von Wales, ſondern auch der Großfürſt Nikolaus kamen nach Kopenhagen und der letztere verlobte ſich mit der däniſchen Prinzeſſin Dagmar.

Im Sommer fanden perſönliche Zuſammenkünfte unter den europäiſchen Monarchen ſtatt. Am 22. Juni kam der König von Preußen mit dem Kaiſer von Oeſterreich in Karlsbad zuſammen und man bemerkte, daß ihre Miniſter, Herr von Bismarck und Graf Rechberg, eine längere Strecke auf der Eiſenbahn in demſelben Waggon fuhren und ſich auf das freundſchaftlichſte mit einander unterhielten. Das nächſte Ergebniß der neu befeſtigten Einigkeit zwiſchen Oeſterreich und Preußen war am 8. Juli die gemeinſchaftliche Erklärung dieſer beiden

Mächte, daß ſie allein, ohne Zuziehung des deutſchen Bundes, mit Dänemark Frieden ſchließen würden, weil auch nur ſie allein den Krieg geführt hätten, und daß ſie gemeinſchaftlich die Herzogthümer beſetzt halten würden, bis die Erbfolgefrage entſchieden ſeyn würde. In dieſer Erklärung war das Erbfolgerecht des Auguſtenburgers nicht mehr betont, wie bei der mißlungenen Conferenz in London. Der Bundestag ließ ebenfalls ſeine früheren Sympathien für den Auguſtenburger fallen und forderte den Oldenburger auf, ſeine Anſprüche geltend zu machen. Nur die bayriſche Stimme erklärte, ſie halte am Auguſtenburger feſt. Um dieſelbe Zeit, Ende Juli, kam der alte König Leopold von Belgien mit Napoleon III. im Bade Vichy zuſammen, wovon viel geredet wurde, ohne daß man ein Ergebniß erfuhr.

Das neue däniſche Miniſterium beeilte ſich, um Frieden zu bitten, wozu Oeſterreich und Preußen auch gern bereit waren. Vom 18—31. Juli ſollte Waffenruhe ſeyn, und am 26. Juli wurde die Friedensconferenz in Wien eröffnet. Auch Herr von Bismarck begab ſich dahin. Die Verhandlungen zogen ſich in die Länge, da ſich die Dänen in ihren Conceſſionen wieder ſehr zähe zeigten. Sie hofften nämlich, es könne bei dem Mißtrauen Frankreichs und durch die ruſſiſchen Recognoscirungen zu einem großen europäiſchen Conflicte kommen, den Dänemark abwarten müſſe, um günſtigere Chancen zu erlangen. So mußte denn der Waffenſtillſtand verlängert werden und da der Conflict ausblieb, bequemten ſich die Dänen endlich am 1. Auguſt zum Abſchluß der Friedenspräliminarien, in welchen beſchloſſen wurde: 1) Dänemark tritt die Herzogthümer an Oeſterreich und Preußen ab, 2) die Grenze wird genauer regulirt, 3) die Staatsſchulden werden nach dem Maße der Bevölkerung vertheilt, 4) die Kriegskoſten tragen die Herzogthümer.

Der ſächſiſche Miniſter, Herr v. Beuſt, kündigte am 12. Auguſt beim Bundestage die Anfrage an: Mit welchem Rechte ſich Oeſterreich und Preußen Länder abtreten laſſen von einem Könige, dem

ſie gar nicht gehören und den der Bund nicht anerkannt habe? Dieſe ſeine Aeußerung wurde mit großer Indignation von den kriegführenden Mächten zurückgewieſen und der Bund gab ihr auch keine Folge.

Von einem definitiven Friedensabſchluß war übrigens noch nicht die Rede. Die Auseinanderſetzung der verwickelten Finanzfragen erforderte noch viele Zeit. Dänemark wollte den Herzogthümern ſo viele Geldlaſten als möglich zuſchieben, um ſich ſelbſt zu erleichtern, und wartete auch noch immer auf den möglichen Ausbruch eines großen europäiſchen Conflictes, welcher den ganzen Friedensſchluß in Frage ſtellen und den Dänen neue Vortheile hätte zuwenden können. Indeſſen blieben Oeſterreich und Preußen einig und gegen ihre vereinigte Macht würde kein Staat in Europa einen Angriff gewagt haben.

Am 20. Auguſt kam der König von Preußen nach Wien und wurde vom Kaiſer in Schönbrunn auf das herzlichſte empfangen. Beide Monarchen umarmten ſich. Ein rieſenhafter preußiſcher Adler ſchmückte die Ehrenpforte. Die Muſik ſpielte die preußiſche Nationalhymne und der unermeßliche Volksjubel bezeugte, welch hohen Werth die Bevölkerung Wiens, wie jeder gute Deutſche, auf die Einigkeit der beiden deutſchen Großmächte legte. Die Parole dieſes Tages war: Kein Olmütz, kein Villafranca mehr! Oeſterreichiſcherſeits wurde dieſe gute Gelegenheit benutzt, um den dort ſo lange und ſehnlich gewünſchten Anſchluß an den deutſchen Zollverein anzubahnen, und Preußen war auch nicht abgeneigt, wenigſtens die Möglichkeit eines ſolchen Anſchluſſes zu erwägen, zu welchem Zwecke eine Zollconferenz in Prag anberaumt wurde. Abermals ein Anlauf, um das Unmögliche möglich zu machen. Preußen konnte ſicher darauf rechnen, daß die Mittelſtaaten als ſeine Zollvereinsgenoſſen niemals in den Anſchluß Oeſterreichs an den Zollverein willigen würden, weil das Finanzſyſtem Oeſterreichs und das Verhältniß ſeiner der Mehrheit nach

halbbarbarischen Bevölkerungen zu denen der Zollvereinstaaten es aus materiellen Gründen nicht zuließ.

Inzwischen schien ein fernes Ungewitter im Westen aufzusteigen und Oesterreich zu bedrohen. Lord Clarendon kam von London nach Wien, um, wie es hieß, dringend vom Anschluß Oesterreichs an die nordischen Mächte und von der damals gefürchteten Coalition abzumahnen. Aber schon am 15. September schloß Napoleon III. mit Victor Emanuel einen neuen Vertrag ab, in welchem er sich verpflichtete, binnen zwei Jahren seine Truppen aus Rom zurückzuziehen. Das kam einer neuen engern Allianz zwischen Frankreich und Italien gleich, mithin einer Drohung, zunächst gegen Oesterreich. Unmittelbar darauf aber sah man freundliche Begegnungen der preußischen und russischen Machthaber mit der französischen Kaiserin Eugenie, die in das nassauische Bad Schwalbach gekommen war. Der König von Preußen ging von Bad Gastein nach Wien, dann nach Baden-Baden und besuchte von hier aus die französische Kaiserin in Schwalbach, am 11. September. Der Kaiser von Rußland mit Gemahlin begab sich nach Darmstadt zu seinen Verwandten und besuchte die Kaiserin Eugenie ebenfalls, am 21. September. Seine Gemahlin blieb in Darmstadt und es fiel auf, daß die Kaiserin Eugenie bei ihrer Rückkehr nach Frankreich diese Stadt vermied. Der russische Kaiser empfing am 14. October in Darmstadt noch einen Besuch des Königs von Preußen und reiste nachher mit Gemahlin über Lyon nach Nizza. Dorthin begab sich auch Napoleon III. und hatte am 27. October eine Conferenz mit dem russischen Kaiser, ohne günstigen Erfolg, wie man glaubte.

Im October reiste Herr v. Bismarck in das Seebad nach Biarritz und kam am Schlusse des Monats nach Paris. Kurz vorher war Benedetti, ein alter Feind Oesterreichs, zum französischen Gesandten in Berlin ernannt worden. Zugleich scheiterte die Prager Zollconferenz, denn die Mittelstaaten, die dem Handelsvertrag Preußens mit Frank-

reich nicht eher hatten beitreten wollen, bis Oeſterreich in den deutſchen Zollverein aufgenommen würde, ſahen ſich in die Alternative verſetzt, entweder aus dem bisherigen Zollverein auszutreten, was mit unberechenbaren Nachtheilen für ſie verbunden war, oder Oeſterreich im Stich zu laſſen. Sie wählten das letztere und ſomit errang die preußiſche Politik einen glänzenden Sieg über die öſterreichiſche, während ſie beide als alliirt gegen Dänemark innig verbunden erſchienen.

Alle dieſe Vorgänge finden ihre Erklärung in der Abneigung Oeſterreichs, auf die preußiſchen Forderungen in Schleswig-Holſtein einzugehen. Napoleon III. benutzte natürlicherweiſe dieſe Spannung zwiſchen den deutſchen Großſtaaten, um wo möglich ihre Allianz zu ſprengen, und ermunterte Preußen, die Elbherzogthümer zu annectiren mit Ausnahme des däniſch redenden Nordſchleswig, welches er nach dem Nationalitätenprincip Dänemark zurückgegeben wünſchte. Es gelang ihm indeß nicht, Preußen zu gewinnen, wobei ihm ohne Zweifel ſowohl die Sendung des Lord Clarendon, als die Haltung Alexanders II. in Nizza hinderlich war.

Die Spannung zwiſchen Oeſterreich und Preußen hatte in dem Augenblicke wieder begonnen, in welchem ihre vereinigten Waffen in Dänemark geſiegt hatten. Bei der Eroberung der Elbherzogthümer einig, kamen ſie in neuen Conflict, als es ſich darum handelte, was mit den Herzogthümern anzufangen ſey. Die Mittelſtaaten drängten Oeſterreich, ſich für den Auguſtenburger zu entſcheiden, und Oeſterreich, dem die Elbherzogthümer zu ferne lagen, als daß es dort für ſich einen Beſitzſtand hätte gründen wollen, war geneigt, dem Wunſche der Mittelſtaaten zu entſprechen. Ein Kleinſtaat mehr im Norden mußte auch ein weiterer Bundesgenoſſe Oeſterreichs gegen Preußen werden. Der Auguſtenburger hatte bereits ein ſo gehäſſiges Betragen gegen Preußen eingehalten, daß alle Feinde Preußens darauf rechnen konnten, er werde auf ihrer Seite ſtehen. Bekam er die Herzogthümer, ſo konnte er auf die Unterſtützung der Seemächte zählen, die

das Aufkommen einer deutſchen Marine zu verhindern wünſchten. Die Flensburger Fiſcher hatten bereits erklärt, wenn ſie nicht mehr unter däniſcher Flagge fahren könnten, würden ſie lieber unter der preußiſchen fahren, als unter der auguſtenburgiſchen, denn jene würde mehr Achtung genießen und ihnen mehr Sicherheit gewähren. Damit wurde die Sachlage richtig bezeichnet. Unter Preußen mußten die Elbherzogthümer ein Bollwerk Deutſchlands, unter dem Auguſtenburger konnten ſie nur wieder eine ſchwache Seite Deutſchlands werden. Als integrirender Theil des preußiſchen Großſtaats konnten ſie für die deutſche Marine bedeutend werden, nicht aber als ein Kleinſtaat, deſſen Fürſt aus Haß gegen Preußen immer däniſche, engliſche und ruſſiſche Hülfe anſprechen würde.

Wenn gerade dieſer Umſtand Oeſterreich abhielt, Preußen Conceſſionen machen zu wollen, weil ihm das deutſche Nationalintereſſe gleichgültig war und es in Preußen nur ſeinen Rivalen ſah, ſo hätten doch die Mittelſtaaten und die Fortſchrittspartei, die immer für die deutſche Sache begeiſtert zu ſeyn affectirten, nicht verkennen ſollen, Preußen allein könne die Elbherzogthümer fortan im deutſchen Intereſſe mit ſtarker Hand gegen das Ausland beſchützen und dieſe ſchönen Provinzen für die deutſche Marine nutzbar machen. Das wurde aber vom Partikularismus und von der Fortſchrittspartei blind verkannt. Die letztere ging in ihrer unverſtändigen Wuth ſo weit, in die Bevölkerung von Holſtein und Schleswig die Parole auszuwerfen: lieber däniſch, als preußiſch!

Preußen machte, wie billig, Anſpruch auf den Dank des Bundes und des deutſchen Volks, der ihm nicht paſſender und würdiger gewährt werden konnte, als wenn man ihm die Elbherzogthümer überließ, um dadurch mit ſeiner eigenen Macht die von ganz Deutſchland zu ſtärken. Es brauchte dort nicht die Souveränetät zu erwerben, nur den militäriſchen und maritimen Oberbefehl. Aber weder Oeſterreich, noch die Regierungen der Mittelſtaaten, noch die Fortſchritts-

partei wollten ihm ſo viel gönnen. Da indeß Frankreich, England und Rußland ſich zu keiner gemeinſchaftlichen Politik in Bezug auf Deutſchland vereinigen konnten und Oeſterreich den Mittelſtaaten nicht traute, zog es doch vor, ſich mit Preußen auszugleichen.

So wurde nun am 30. October von Seite Oeſterreichs und Preußens der Wiener Frieden mit Dänemark abgeſchloſſen. Darin trat Chriſtian IX. Schleswig, Holſtein und Lauenburg an Oeſterreich und Preußen ab, welche frei darüber ſollten verfügen können. Die Nordgrenze Schleswigs wurde berichtigt, die Kriegskoſten ſowie 29 Millionen Thaler der däniſchen Staatsſchuld (die im Ganzen zu 96 Millionen berechnet war) wurde den Herzogthümern aufgelegt. Gegenſeitige Amneſtie und in Bezug auf Handel und Schifffahrt gegenſeitige Begünſtigung gleich den bisher am meiſten begünſtigten Staaten wurde zugeſichert. Da in dem Frieden das Erbrecht Chriſtians IX. anerkannt war, weil er ſonſt kein Recht gehabt hätte, die Herzogthümer abzutreten, beeilten ſich der Auguſtenburger und der Oldenburger beim Bundestage zu reclamiren und Ritterſchaft und Landſchaft von Lauenburg baten, dem Königreich Preußen einverleibt zu werden. Man ließ aber dieſe Fragen noch unentſchieden, wie denn die Rechtsfrage überhaupt der Machtfrage untergeordnet blieb. Unmittelbar vor dem Wiener Frieden trat Graf Rechberg zurück und überließ ſeinen wichtigen Poſten in Wien dem Grafen von Mensdorff-Pouilly, der anfangs noch das gute Einvernehmen mit Preußen fortſetzen zu wollen ſchien.

In Holſtein ſtanden noch die Bundestruppen, Sachſen und Hannoveraner. Oeſterreich und Preußen trugen am 1. Dezember beim Bundestage darauf an, ſie zu entfernen, weil das Object der Bundesexecution nicht mehr beſtehe. Es geſchah unter den heftigſten, jedoch ohnmächtigen Wuthausbrüchen der preußenfeindlichen Preſſe, denn daß Preußen ſeine Eroberung feſthalten würde, daran konnten Freund und Feind nicht zweifeln. Weil aber damals Oeſterreich noch

mit Preußen zuſammen ging, konnten die Mittelſtaaten nichts erreichen, was ihrem Wunſche, das Bundesrecht gegen das einſeitige Vergreifen der beiden Großmächte zu ſchützen, entſprochen hätte.

Am 22. Februar 1865 formulirte Preußen ſeine Forderungen in folgenden Punkten. 1) Preußiſche Truppen bleiben in den Herzogthümern, deren Wehrkraft zu Waſſer und zu Lande mit Ausnahme eines Bundescontingents Preußen zur Verfügung ſteht; 2) Rendsburg wird Bundesfeſtung; 3) der Kieler Hafen, die den Alſener Canal beherrſchenden Plätze und die Ufer des künftigen Nordoſtſeecanals kommen in preußiſchen Beſitz; 4) die Herzogthümer ſchließen ſich dem Zollverein an; 5) Poſt und Telegraphen werden preußiſch. Dieſe ſehr billigen Forderungen, deren Befriedigung dem Geſammtintereſſe Deutſchlands diente, weil nur ein ſtarkes Preußen unſern Norden ſchützen kann, wurden von Oeſterreich abgelehnt. Hier dachte Graf Mensdorff ſchon wieder auf eine Frontveränderung der öſterreichiſchen Politik, die ſich kein Jahr mehr gleich zu bleiben vermochte. Dadurch ermuthigt, trugen am 27. März Bayern, Sachſen und Darmſtadt am Bundestage darauf an, der Auguſtenburger ſolle ſofort in die Verwaltung der Herzogthümer eingeſetzt werden. Oeſterreich ſtimmte zu, Preußen nicht. Der Antrag wurde mit neun gegen ſechs Stimmen angenommen, man gab ihm aber keine Folge, ſondern ſetzte die Unterhandlungen fort. Oeſterreich wollte Preußen nur den Kieler Hafen, die Beſetzung Rendsburgs, die Oberaufſicht über den Canal und den Anſchluß der Herzogthümer an den Zollverein zugeſtehen, nicht aber das militäriſche und maritime Commando, die Rekrutirung und Matroſenpreſſe. So ſtritt man ſich fort, ohne daß es zu einem Bruche kam, der aber vorausſichtlich doch einmal erfolgen mußte, wenn man fortfuhr, zum größten Nachtheil der deutſchen Nationalintereſſen, Preußen aus den Elbherzogthümern wieder verdrängen zu wollen. Als im April 1865 die vor Danzig ſtationirte preußiſche Flotte nach Kiel verlegt werden ſollte, proteſtirte Oeſterreich.

Im Anfang Juni erklärte Preußen, ſeine Forderungen ſeyen gerecht und mäßig, ſie bezweckten nur die Verſtärkung Deutſchlands, des deutſchen Wehrſyſtems, der deutſchen Flotte, des deutſchen Handels, identificirten in unwiderleglicher Weiſe das deutſche mit dem preußiſchen Intereſſe und verlangen nicht einmal eine Annexion, ſondern laſſen dem Prinzen von Auguſtenburg ſein Erbrecht offen; wenn man aber Preußen dieſe billigen und nothwendigen Forderungen nicht bewilligen wolle, werde es vielleicht gezwungen werden, mehr zu fordern.

Sechstes Buch.

Das Treiben zum Kriege.

Oeſterreich benutzte mit vieler Verſchlagenheit die Mittelſtaaten und die Partei des Auguſtenburgers, um ſeinen preußiſchen Bundesgenoſſen in der öffentlichen Meinung zu discreditiren und insbeſondere den energiſchen Grafen von Bismarck unpopulär zu machen. Die deutſche Preſſe log ſich in einen Haß gegen Preußen hinein, der in keiner Weiſe natürlich war, da ſie nur particulariſtiſches Intereſſe vertrat, während das große deutſche Nationalintereſſe ohne Zweifel von dem ſo tief verhaßten Bismarck vertreten wurde.

Zu den ſchlimmſten Feinden Preußens in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage gehörte das Abgeordnetenhaus in Berlin. Der König eröffnete die Kammern am 14. Januar 1865 in Perſon und bat um ihre Unterſtützung ſeiner eben ſo gut deutſchen, als preußiſchen Politik. Aber Grabow, Präſident des Abgeordnetenhauſes, hatte bei ſeiner Antrittsrede kein Wort des Dankes für die Armee und für das

energiſche Miniſterium, ſondern überhäufte das letztere mit Vorwürfen, weil es einige wenige Beamte verſetzt hatte, die mit der Fortſchrittspartei gegen die Krone wühlten, und weil auch einige extreme Fälle von Preßfrechheit beſtraft worden waren. Das Haus brüllte ihm wie gewöhnlich Beifall zu und eine lächerliche Deputation aus Köln brachte ihm eine ſilberne Bürgerkrone. Graf Eulenburg ſtellte ihn wegen ſeiner Parteilichkeit zur Rede und Reichensperger bemerkte ſehr richtig, die Fortſchrittspartei allein hemme das gedeihliche Zuſammenwirken des Volks mit der Regierung und ſey doch nur von einer Minderheit im Volke gewählt, wenn ſie auch durch ihre Manöver die Mehrheit im Hauſe erlangt hätte. Aber die Fortſchrittspartei wies höhniſch jede Vermittlung ab. Die Koſten für die Organiſation der Armee wie für den Krieg wurden verweigert und ein Budget konnte abermals nicht zu Stande kommen.

Auf der andern Seite war die conſervative Partei unzufrieden, daß die Regierung mit dem wilden Abgeordnetenhauſe überhaupt ſo viele Umſtände mache. Wie die Mehrheit dieſes Hauſes das preußiſche und das deutſche Geſammtintereſſe ihrer Parteidoctrin opferte, ſo dachten viele der ſog. Feudalpartei auch nur an ihre Parteidoctrin und opferten derſelben das große nationale Intereſſe auf, indem ſie nur immer eine Allianz der Fürſten gegen die Fortſchrittspartei erzielten und die nationale Aufgabe Preußens mißkannten. Ueber dieſes Verhältniß der Partei zur Krone geben die ſchon etwas älteren Briefe des Grafen Bismarck, die jetzt erſt veröffentlicht worden ſind, den beſten Aufſchluß. *)

*) Während die abſcheulichſten Verleumdungen in der deutſchen Preſſe den Grafen Bismarck überſchütteten, wurde er von der Kreuzzeitung nicht unterſtützt. In einem nunmehr gedruckten Briefe vom 22. Auguſt 1860 ſchrieb er: „Ich ſollte ruſſiſch-franzöſiſche Zumuthungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern unterſtützt haben. Ich zahle demjenigen tauſend Friedrichsd'or, der mir nachweiſen kann, daß

Was insbeſondere die Elbherzogthümer anlangt, ſo ſollte die preußiſche Regierung zwar alles für dieſelben gethan haben, aber keinen Dank noch Lohn anſprechen, noch ſollte geſchehen dürfen, was

---

dergleichen Anerbietungen jemals zu meiner Kenntniß gebracht ſeyen. Ich habe nie etwas anderes gerathen, als uns auf die eigene und für den Fall des Kriegs von uns aufzubietende nationale Kraft Deutſchlands zu verlaſſen. Dieſes einfältige Federvieh der deutſchen Preſſe merkt gar nicht, daß es gegen das beſſere Theil ſeiner eigenen Beſtrebungen arbeitet, wenn es mich angreift. Wenn ich ein öſterreichiſcher Staatsmann oder öſterreichiſcher Reaktionär wie der Herzog von Meiningen wäre, ſo würde unſere Kreuzzeitung mich ſo gut in Schutz genommen haben, wie letztern; die Lügenhaftigkeit jener Verdächtigungen iſt keinem unſerer politiſchen Freunde unbekannt. Da ich aber nur ein alter Parteigenoſſe bin, der obenein das Unglück hat, über manche ihm genau bekannte Dinge eigene Anſichten zu haben, ſo läßt man mich nach Herzensluſt begeifern. Es geht nichts über Ketzerrichter im eigenen Lager. Mir iſt es recht, man ſoll ſich nicht auf Menſchen verlaſſen und ich bin dankbar für jeden Zug, der mich nach Innen zieht."

In einem Briefe vom 18. September 1861 tadelt er die conſervative Partei in Preußen, daß ſie die ſchlimmſten Feinde Preußens in Schutz nehme. „Dieſes Syſtem der Solidarität der conſervativen Intereſſen aller Länder iſt eine gefährliche Fiction, ſo lange nicht die vollſte, ehrlichſte Gegenſeitigkeit in aller Herrn Länder obwaltet. Iſolirt von Preußen durchgeführt wird es zur Don Quixoterie, welche unſern König und ſeine Regierung nur abſchwächt für die Durchführung der eigenſten Aufgabe. Wir kommen dahin, den ganz unhiſtoriſchen gott- und rechtsloſen Souveränetätsſchwindel der deutſchen Fürſten zum Schooßkind der conſervativen Partei Preußens zu machen, und begeiſtern uns für die von Napoleon geſchaffenen, von Metternich ſanctionirten kleinſtaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutſchlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht iſt, ſo lange der Unſinn der jetzigen Bundesverfaſſung beſteht. Ich ſehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung am Bunde oder in einem Zoll- und Vereinsparlament ſo zimperlich zurückſchrecken."

dieſe Eroberung allein für das deutſche Geſammtintereſſe ausgiebig machen würde *). Denn die Fortſchrittspartei alliirte ſich dem Grafen Bismarck gegenüber mit dem Particularismus der Mittelſtaaten, und die Feudalpartei hielt immer noch zu Oeſterreich.

Obgleich im Abgeordnetenhaus Männer genug ſaßen, welche gern Schleswig-Holſtein, ja noch weit mehr annectirt hätten, ſo verleugneten ſie doch dieſe Geſinnung, um dem Miniſterium Bismarck nicht Recht geben zu müſſen. Dem Haſſe gegen dieſes Miniſterium opferten ſie unbedenklich preußiſches Recht und Intereſſe auf. Die Mehrheit dieſes preußiſchen Hauſes, anſtatt die ihr verwandten liberalen Elemente im übrigen Deutſchland, namentlich in Kiel und im ſog. Deutſchen Nationalverein nach ſich zu ziehen, ordnete ſich vielmehr dem erbärmlichſten kleinſtaatlichen Parlamentarismus unter. Herr von Bismarck verfehlte nicht, der Mehrheit des Hauſes dieſe Politik vorzuwerfen. Er habe alles gethan, was im großen Intereſſe nicht nur Preußens, ſondern Geſammtdeutſchlands liege, aber das Haus, das ihn dabei hätte unterſtützen ſollen, habe ihm Schritt vor Schritt Hinderniſſe in den Weg gelegt, ihm die Mittel zur energiſchen Verfechtung des preußiſchen Intereſſes verweigert, ihn täglich verleumdet, ihm das Widerſinnigſte aufgebürdet und immer nur Schlechtes von ihm vorausgeſagt, was nachher niemals eingetroffen ſey. Als er Dänemark den Krieg erklärte, habe das Haus ihm die Mittel verſagt und ausgeſchrieen, er wolle nur den Dänen helfen und die deutſche Bewegung unterdrücken. Als die Herzogthümer hauptſächlich mit preußiſchem Blut erobert worden ſeyen, als Dänemark nicht nur Holſtein, ſondern auch Schleswig, was der deutſche Bund vorher

*) Aus einem Schreiben des Grafen Bismarck vom 16. Mai 1864: „Die Herzogthümer haben ſich bisher an die Rolle des Geburtstagskindes in der deutſchen Familie und an den Gedanken gewöhnt, daß wir uns auf dem Altar ihres Particularismus willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutſchen im Norden Schleswigs die Exiſtenz Preußens einzuſetzen haben.“

gar nicht einmal in Aussicht genommen hatte, abgetreten hatte, auch dann noch wollte das Haus nicht einmal die Kriegskosten bewilligen und wetteiferte mit Preußens Feinden, seine gerechten Forderungen an die Herzogthümer auf nichts herabzudrücken, den preußischen Truppen ihre Stellung in den Herzogthümern zu verleiden, den preußischen Namen unpopulär zu machen. Auf diese gerechten Beschwerden des Ministers, vornämlich in der Sitzung vom 13. Juni 1865, antwortete die Mehrheit des Hauses nur mit Hohn. Schultze-Delitzsch sagte, der Patriotismus seiner Partei sey nur latent und werde schon wieder zum Vorschein kommen, wenn erst das Ministerium Bismarck gestürzt wäre.

Ein Antrag des Abg. von Bonin sollte eine Ausgleichung anbahnen, weil er aber die Armeereorganisation anerkannte, nur eine geringe Verminderung der Armee verlangte und die Landwehrfrage nicht im Sinne der Mehrheit erledigen wollte, auch der Kriegsminister selbst sich nur mit Zurückhaltung darüber äußerte, verwarf ihn das Abgeordnetenhaus. Der Berichterstatter Gneist schloß am 5. Mai seine Rede mit folgenden Worten: „Der Kriegsminister ist nicht nur ein politischer, er ist auch ein religiöser Mann und deshalb wird er mir glauben, daß die Reorganisation mit dem Kainszeichen des Eidbruchs an der Stirn keine dauernde Institution des Landes werden wird, wenn es eine göttliche Gerechtigkeit gibt.“ Der Kriegsminister antwortete: „Wenn der Referent sich erlaubt hat, gegen mich in einer parlamentarisch unerhörten Weise persönlich zu werden, so muß ich staunen, daß kein Ordnungsruf erfolgt ist. Aber ich muß bemerken, daß die Worte des Herrn Referenten das Zeichen der Ueberhebung und Unverschämtheit an der Stirne tragen.“ Der grade präsidirende Vicepräsident von Unruh hielt nicht für nöthig, einen Ordnungsruf ergehen zu lassen, „so lange er nicht zu erkennen vermöge, daß die Reorganisation neben der beschworenen Verfassung aufrecht erhalten werden könne. Wenn der Referent gefehlt, so habe der Kriegsminister

die Grenzen des parlamentariſchen Gebrauchs ſo weit überſchritten, daß er befürchte, ihn künftig nicht ſchützen zu können." Gneiſt erklärte, er habe den Kriegsminiſter nicht perſönlich beleidigen wollen, er habe nur nicht vorausſetzen können, daß der Kriegsminiſter, wenn er von der Verfaſſungswidrigkeit der Reorganiſation überzeugt ſey, an ihre Zukunft glauben könne. Hierauf nahm der Kriegsminiſter „ſeine durch das Verhalten des Vicepräſidenten, der ihn nicht geſchützt, provocirte Aeußerung zurück."

Die Mäßigung des Miniſteriums wurde von der Kammer nicht getheilt, die Sprache der letztern wurde vielmehr immer leidenſchaftlicher. Als die Mehrheit des Abgeordnetenhauſes am 30. Mai auch die Marinevorlage verwarf und der Regierung für die Flotte keinen Heller bewilligte, erinnerte Herr von Bismarck an den Eifer, mit welchem von derſelben Seite her früher auf Verſtärkung der Marine gedrungen worden ſey. Profeſſor Virchow aber antwortete: „Die Vorlage war gar nicht ernſthaft gemeint, ſondern nur ein Scheinmanöver. Es iſt eine Umkehr der Wahrheit, zu ſagen, die Comiſſion habe kein Intereſſe für die Marine an den Tag gelegt. Wenn der Herr Miniſterpräſident den Bericht geleſen hat, weiß ich nicht, was ich von ſeiner Wahrhaftigkeit halten ſoll. Die Wahrheit iſt, daß die Vorräthe im Staatsſchatz abnehmen, daß die Mittel zur Fortſetzung der budgetloſen Verwaltung ſich vermindern und daß man den Ausfall durch eine Anleihe ausfüllen will, um weiter am warmen Ofen ſitzen zu können." Die Mehrheit lachte und lachte wiederholt, als Herr von Bismarck mit Ruhe frug, wohin es führen ſolle, wenn man Beleidigungen ausſpreche, welche zwingen, perſönliche Genugthuung zu fordern, und als er hinzufügte: „Es ließe ſich davon reden, wenn es Ihnen erwünſcht iſt." Genug man lachte. Virchow nahm ſeine Worte nicht zurück und der Miniſterpräſident entfernte ſich. Der Präſident weigerte ſich, Virchow wegen ſeiner beleidigenden Aeußerung zur Ordnung zu rufen, unter lautem Beifall der Mehrheit.

Herr von Bismarck ließ Virchow fordern, der aber das Duell ablehnte, wieder unter Zustimmung der Mehrheit und von Zustimmungsadressen aus dem Lande unterstützt. Virchow erklärte sich nur bereit, zu revociren, wenn auch Herr von Bismarck die in seiner Rede vorgekommene Vergleichung Virchows mit Hannibal Fischer (aus dem frühern Bankerott der deutschen Flotte bekannt) zurücknehmen wolle, was aber Bismarck verweigerte.

In Folge des Virchowschen Handels stellten von der Heydt und Genossen am 10. Juni im Abgeordnetenhause den Antrag, wenn der Präsident des Hauses eine persönliche Beleidigung in der Debatte zulasse, ohne einen Ordnungsruf ergehen zu lassen,*) soll es 15 Mitgliedern des Hauses erlaubt sein, den Antrag auf Ordnungsruf zu stellen und das Haus darüber entscheiden. Da sich der Präsident nicht als unparteiischer Präsident des Hauses, sondern als Parteichef benommen hatte, wurde er begreiflicherweise von seiner Partei geschützt und der Antrag verworfen.

Im Herrenhause wurde am 14. Juni von den Herrn von Below und von Frankenberg ein ähnlicher Antrag gestellt, wonach das Privi-

---

*) In den Motiven des Antrags hieß es: Die Reorganisation der Armee sollte nach dem fast unglaublichen Ausdruck eines Redners das Kainszeichen des Eidbruchs an der Stirne tragen, preußische Gerichtshöfe konnten der Servilität beschuldigt, verdiente Staatsbeamte der Corruption geziehen, Vertreter der k. Regierung gradezu verhöhnt, Mitglieder des Hauses mit wiederkäuenden Thieren verglichen werden, ohne daß der Präsident zur Wahrung der Ordnung eingeschritten wäre. Wenn aber diesen Fällen gegenüber, Beleidigungen, welche sämmtlich von Rednern der linken Seite ausgingen, einmal ein Mitglied der rechten Seite auch nur von einer berüchtigten Rede eines seiner Gegner sprach, wurde er vom Präsidium in der allerentschiedensten Weise rectificirt. Dient dem Präsidenten nicht mehr der parlamentarische Anstand, sondern sein subjectives Gefallen oder Mißfallen an den Worten der Redner zum Maßstabe, so ist parlamentarische Ordnung überhaupt nicht mehr vorhanden.

legium der Mitglieder beider Kammern, in der Debatte Perſonen ungeſtraft injuriren und verleumden zu dürfen, geſetzlich eingeſchränkt werden ſolle. Das bezog ſich zugleich auf die unverſchämte Verleumdung, die im Abgeordnetenhauſe gegen den preußiſchen Richterſtand geſchleudert worden war. In der Debatte machte von Senfft-Pilſach darauf aufmerkſam, daß die Sprachfrechheit im Abgeordnetenhauſe nur die der Preſſe abſpiegle. „Das Uebel liege in den vielen kleinen Fortſchrittsblättern, meiſt redigirt von jungen jüdiſchen Literaten. Dieſe Blätter ſuchten die Eheſcheidungen zu befördern, beleidigten die Beamten, ſchädigten die auswärtige Politik, höhnten alle Autorität. Eine jüdiſche Proklamation aus Königsberg leiſtet in dieſer Beziehung das Höchſte.“ Der Redner erinnerte, daß in England alle im Parlament geſprochenen Verleumdungen und Beleidigungen beſtraft würden. Herr von Bismarck bemerkte: „Das Privilegium, zu beleidigen und zu verleumden, ſolle nur ſo lange beſtehen, als das Sittengeſetz ſtark genug ſey, es zu verhindern; das ſey aber leider nicht mehr der Fall.“ Der Antrag wurde vom Herrenhauſe angenommen.

Am 12. Juni ſtimmte das Abgeordnetenhaus über den Etat ab und ſetzte ihn zu 144 Mill. Ausgaben und 151½ Mill. Einnahmen feſt. Die bisher enragirteſten Redner erkannten doch an, daß in Preußen eine Steuerverweigerung nicht am Platze ſey und daß ſie vom Volke verlaſſen werden würden, wenn ſie dieſelbe wagten. Dagegen verweigerte das Abgeordnetenhaus, wie bisher, nicht nur die Koſten für die Armeereorganiſation, ſondern auch die Kriegskoſten des däniſchen Krieges und die zur Vermehrung der Flotte erforderlichen Gelder und erklärte, Gelder aus dem Staatsſchatz zu entnehmen, für verfaſſungswidrig. Der Sinn dieſer widerſprechenden Abſtimmungen war: Das Haus wollte die Friedlichgeſinnten und Königstreuen im Lande nicht vor den Kopf ſtoßen, dem Könige die Mittel weiter zu regieren gewähren, aber dem Miniſterium in Bezug auf ſeine Hand-

lungen jede Anerkennung und jeden Credit verweigern, um es möglichſt zu iſoliren. Das Herrenhaus nahm auch diesmal den vom Abgeordnetenhauſe feſtgeſetzten Etat nicht an, ging aber inſofern von ſeinem frühern Verfahren ab, als es auch den Etat der Regierung nicht annahm, ſondern die Regierung nur erſuchte, „die nothwendigen Ausgaben als Verwaltungsform feſtzuſtellen und dieſe, wie auch die Staatseinnahme für 1865 zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.“

Dem am 13. Juni gefaßten Beſchluſſe des Abgeordnetenhauſes, die Kriegskoſten zu verwerfen, gingen lebhafte Debatten voraus. Vergebens mahnten das Miniſterium und die conſervative Partei die Mehrheit des Hauſes an die preußiſche Ehre, an das große preußiſche Intereſſe. Der Miniſterpräſident conſtatirte, welchen peinlichen Eindruck es mache, daß dieſes Haus einer großen nationalen Frage gegenüber keinen Boden zu finden wiſſe, als den einer ſterilen Negation, und er glaubte hinzufügen zu dürfen, das ſey nicht das Mittel, das Königthum zu beugen und die conſtitutionellen Einrichtungen zu ſtärken. Preußen habe in Verbindung mit Oeſterreich die Elbherzogthümer von Dänemark frei gemacht und mit Deutſchland vereinigt. Damit ſey alles geleiſtet worden, was man ſo heiß erſehnt habe. Preußen habe es mit Oeſterreich allein viel vollſtändiger erreicht, als es mit den übrigen deutſchen Bundesſtaaten oder mit 32 Mitbeſitzern hätte erreicht werden können. Für Preußen gebe es keine beſſere Politik als die, welche die Regierung handhabe, und wer dieſer Politik entgegen ſey, der unterſtütze nur die Feinde des Vaterlandes.

Am 17. Juni wurde der Landtag zum ſechstenmale geſchloſſen durch den Miniſterpräſidenten. Derſelbe erkannte in ſeiner Rede mit Befriedigung, daß wenigſtens die Erneuerung des deutſchen Zollvereins, neue Zollverträge mit Frankreich, Oeſterreich, England und Belgien, ein neues Berggeſetz, einige neue Eiſenbahnen ꝛc. zu Stande gekommen ſeyen, bedauerte aber, daß die deutlich ausgeſprochene Abſicht

des Abgeordnetenhauſes, „den gegenwärtigen Rathgebern der Krone Schwierigkeiten zu bereiten,“ viel Gutes verhindert habe, was durch Zuſammenwirken des Hauſes mit der Regierung hätte zu Stande kommen können. „Das Haus verſagt der Regierung die Mittel zur Herſtellung einer den gegenwärtigen Verhältniſſen entſprechenden Kriegsflotte, wie die unter der Mitwirkung früherer Landtage ins Leben gerufene und durch die kriegeriſchen Ereigniſſe des vorigen Jahres bewährte neue Heereseinrichtung, unter Gefährdung der äußeren Sicherheit des Landes. Aber die Regierung wird unbeirrt durch feindſeligen und maßloſen Widerſtand, ſtark im Bewußtſeyn ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten und die Intereſſen des Landes nach Außen wie nach Innen kräftigſt vertreten.“

Unterm 5. Juli befahl der König, da die Vereinbarung mit dem Abgeordnetenhauſe nicht zu Stande gekommen ſey, ſolle die Vorlage der Regierung in Bezug auf die Einnahmen und Ausgaben maßgebend bleiben.

Die enragirteſten Mitglieder des Abgeordnetenhauſes vereinigten ſich mit der Partei in Köln, welche früher ſchon dem Präſidenten Grabow durch eine Deputation einen Lorbeerkranz überſchickt hatte, zu einer großartigen Demonſtration gegen die Regierung. Das ſtand im Zuſammenhange mit der fünfzigjährigen Feier der Einverleibung der Rheinprovinzen in den preußiſchen Staat. Dieſe Feier hatte kurz vorher, am 15. Mai, im Beiſeyn des Königs ſelbſt in Aachen ſtattgefunden und der König hatte in Köln den Grundſtein zu einem Denkmal für ſeinen Vater gelegt, aber die radicale Partei hatte alles gethan, um den patriotiſchen Enthuſiasmus bei dieſer Gelegenheit zu dämpfen. Hatte man nun hier den König ſo auffallend kalt empfangen, ſo wollte man dagegen jetzt dem Abgeordnetenhauſe deſto mehr Ehre anthun und lud die heimkehrenden Mitglieder der bisherigen Kammermehrheit zu einem großen Feſt, wobei ihnen der

Dank des Landes ausgedrückt werden ſollte, nach Köln ein. Eine Nachahmung des großen Reformbanketts, welches 1848 den Sturz Ludwig Philipps veranlaßt hatte. Die deutſche Fortſchrittspartei äffte hier, wie immer, nur den Franzoſen nach. Man hetzte zugleich die zahlreichen Arbeiter in Köln, daß ſie ſich verſammelten und eine thatkräftige Unterſtützung der Abgeordneten in Ausſicht ſtellten, wenn dieſe etwa durch die Polizei in ihrem Freudenrauſche geſtört werden ſollten. Dieſe unbeſonnene Drohung veranlaßte aber gerade die vorragenden Celebritäten des Abgeordnetenhauſes, dem Kölner Feſte nicht anzuwohnen. Weder die Gemäßigten, wie Graf Schwerin, noch auch Präſident Grabow, Waldeck, Tweſten ꝛc. wollten ſich von einer Lärmerpartei fortreißen laſſen, die das Abgeordnetenhaus eher compromittiren, als ehren zu können ſchien.

Der Kölner Kaufmann Claſſen-Kappelmann, der an der Spitze des Feſtcomites ſtand, miethete den Gürzenich, um in deſſen großem und berühmten Saale das Feſt abzuhalten. Im Auftrage der Regierung verboten der Kölner Polizeipräſident Geiger und der Bürgermeiſter des nahen Dorfes Lengerich das Feſt. Als am 23. Juli etwa 60—70 Abgeordnete in Köln eingetroffen waren, konnten ſie nur im Hotel Metz eine Dankadreſſe an Herrn Claſſen-Kappelmann unterzeichnen, während dieſer Held des Tages unter dem nichtigen Vorgeben, es drohe ihm Verhaftung (was gar nicht der Fall war), über die belgiſche Grenze geflohen war. Zugleich unterzeichnete das Feſtcomite einen Proteſt gegen das Polizeipräſidium und Bürgermeiſteramt. Unterdeß waren die für das Feſt in Bereitſchaft gehaltenen Speiſen in den zoologiſchen Garten gebracht worden, wo das Feſt der Polizei zum Trotz abgehalten werden ſollte. So wie aber hier radicale Reden gehalten und Toaſte ausgebracht wurden und man auf die Mahnung des Bürgermeiſters nicht hören wollte, erſchien Militär und trieb die ganze Verſammlung aus dem Garten hinaus. Die Betheiligten gingen auf die andere Seite des Rheins nach Deutz

hinüber, wurden aber am Abend auch von hier durch den Bürgermeiſter und aufgeſtelltes Militär zurückgewieſen. Am andern Morgen fuhren ſie den Rhein hinauf nach Ober-Lahnſtein im Naſſauiſchen, aber auch hier war bereits naſſauiſches Militär aufgeſtellt und ſie mußten wieder abziehen.

Weil der Held des Tages, Herr Claſſen-Kappelmann, dringend in einem öffentlichen Aufruf zwar „nicht die hochgeehrten Herrn Landtagsabgeordneten, ſondern die heißblütigen jüngern Männer mit den muskulöſen Armen und ſchwieligen Händen" aufgefordert hatte, „jede Provocation, jede Widerſetzlichkeit gegen Polizei und Militärgewalt zu meiden," erklärte der „Socialdemokrat," die Demokraten wollten von den Liberalen nichts mehr wiſſen. Er zählte den Aufruf des Herrn Claſſen-Kappelmann zu den „Aeußerungen der feigen Hunde, des elenden Gothaerthums. Wir verlangen, daß die Organe der Demokratie dem erbärmlichen Philiſterthum, das durch die kräftige Haltung der zu ſeiner Unterſtützung herbeigeeilten Arbeiter in Todesangſt verſetzt wurde, einen kräftigen Schlag auf die alte Schlafmütze und den dicken Schafſchädel geben."

Am Rhein gedemüthigt, ſetzte die Partei des doctrinären Liberalismus ihre Agitation eifrig fort in den Mittelſtaaten und in den Elbherzogthümern. Die gedachte Partei in Kiel nahm ſich des auguſtenburgiſchen Erbrechts nur unter der Bedingung an, daß der Herzog ihr liberale Conceſſionen mache. Das geſchah unter Vermittlung des eifrigen Nationalvereins und des kleinen Coburger Hofes. Damit ſchmeichelte man den Mittelſtaaten, welche nichts ſehnlicher wünſchten, als ſich durch einen neuen deutſchen Kleinſtaat zu verſtärken und mit demſelben gegen Preußen Front zu machen. Die Preſſe wurde nun angeſtrengt, um in den Elbherzogthümern und in allen Mittel- und Kleinſtaaten Deutſchlands Preußen auf alle erdenkliche Art zu verdächtigen und zu verleumden. Mit der raffinirteſten Gewandtheit wurde der Streit

zwiſchen dem Miniſterium Bismarck und dem Abgeordnetenhauſe in Berlin benutzt, um alles Gehäſſige, was man dem preußiſchen Staat, der preußiſchen Machtſtellung überhaupt zudachte, einzig auf Herrn von Bismarck abzuladen, um den König und die guten Preußen glauben zu machen, es ſey nicht auf ſie, ſondern nur auf einen zufälligen Miniſter abgeſehen. Im Hintergrunde ſtand dann noch Oeſterreich, welches zwar ſehr nöthig fand, noch keineswegs mit Preußen zu brechen, jedoch jedes kleinſte Zugeſtändniß nach dem Maaße der Verlegenheiten abmaß, welche Preußen durch die Kieler Profeſſoren, durch den Auguſtenburger, durch die Bundesſtaaten und ihre Preſſe bereitet wurden.

Prinz Friedrich von Auguſtenburg benahm ſich gegen Preußen auffallend ſpröde, da es doch mehr in ſeinem Intereſſe gelegen wäre, ſeine Stärke und eine geſicherte Zukunft in der Abhängigkeit von und treueſten Anhänglichkeit an Preußen zu ſuchen, als im Trotz gegen Preußen und im Abhängigwerden von Parteien zweideutiger Geſinnung, von ſchwächern und unzuverläſſigen Freunden und von der ihre Front unaufhörlich wechſelnden Wiener Politik. Der Prinz hatte am 1. Juni 1864 eine dreiſtündige Unterredung mit Herrn von Bismarck, worin der letztere ihm auf die Anerkennung ſeines Erbrechts Hoffnung machte, wenn er den unvermeidlichen Forderungen Preußens zuſtimmen würde. Herr von Bismarck ſelbſt hat den Inhalt des Geſprächs veröffentlicht. „Der Erbprinz machte in allen Punkten Schwierigkeiten. Das Aufſichtsrecht über den Canal ſey ihm in ſeiner Ausdehnung nicht klar. Landabtretungen an Preußen werde er vor dem Landtage ſchwer verantworten können. Jedenfalls müßten dieſelben gering und genau begrenzt ſeyn. In Betreff einer Militärconvention ſagte er, die mit Coburg abgeſchloſſene gehe in manchen Punkten zu weit, es würden daher ſeinerſeits Abänderungen gewünſcht werden. Er könne mit dergleichen Bedingungen nicht vor den Landtag treten. Ueberhaupt hätten die Herzogthümer Preußen gar nicht

gerufen. Ohne uns würde der Bund die Befreiung der Herzogthümer mit mehr Leichtigkeit unter weniger läſtigen Bedingungen bewirkt haben. Er betonte unſere Abhängigkeit von Oeſterreich, welches jedenfalls mit zu entſcheiden habe, und die Nothwendigkeit ſeinerſeits keine Zuſagen zu machen, deren Genehmigung durch die Stände er nicht verſichert ſey. Den Geſammteindruck der Unterredung muß ich dahin zuſammenfaſſen, daß der Erbprinz uns nicht mit dankbaren Gefühlen betrachtet, ſondern als unwillkommene Mahner, zu deren möglichſt unvollſtändiger Befriedigung der Beiſtand der Stände und auch Oeſterreichs in Bewegung zu ſetzen ſey.“ Ein Jahr ſpäter miſchte ſich der Prinz in die Unterhandlungen zwiſchen Oeſterreich und Preußen ein, ohne jedoch etwas auszurichten. Seine Denkſchrift war vom 31. März 1865 datirt.

Unterdeß wurden die Dänen im nördlichen Theile von Schleswig von der Kieler Partei drangſalirt mit demſelben Terrorismus, mit dem früher die Deutſchen von den Dänen geängſtigt worden waren. Als Preußen zur Prüfung der Sachlage einen Commiſſär, Prinzen von Hohenlohe, hinſchickte, lärmte die Preſſe gleich wieder, Preußen wolle die Dänen vertröſten, Nordſchleswig an ſie abtreten und um dieſen Preis ſich die deutſchen Theile der Herzogthümer annectiren. Am 3. Juli 1865 erklärte der preußiſche Staatsanzeiger, Preußen werde allerdings nicht dulden, daß die auguſtenburgiſche Partei in Nordſchleswig tyranniſire.

Je mehr und mehr machte ſich im Lande eine ſ. g. auguſtenburgiſche Nebenregierung fühlbar. Prinz Friedrich hatte in Kiel ein vollſtändiges kleines Miniſterium um ſich für alle Geſchäfts- und Verwaltungszweige, ein reichlich ausgeſtattetes Bureau für Preßangelegenheiten und Agitationen, inſpirirt von Coburg und vom Nationalverein. Anſtatt ſich Preußen zu befreunden, ohne welches die Elbherzogthümer weder vom däniſchen Joche befreit worden wären, noch künftig einen ausreichenden Schutz ihrer Deutſchheit finden können,

that die Partei alles, um Preußen verhaßt zu machen, in der Presse zu verleumden, die Bevölkerung der Herzogthümer gegen Preußen aufzuhetzen, und ging im Undank und in der Frechheit so weit, wenn nicht zu veranlassen, doch gern zu dulden, daß in Gegenwart preußischer Soldaten das bekannte Volkslied mit folgendem Schlusse gesungen wurde: Schleswig-Holstein stammverwandt, schmeißt die Preußen aus dem Land! Unter den Agenten der Partei zeichnete sich der schlesische Jude May, Redacteur einer Zeitung in Altona, und der preußische Abgeordnete Frese aus, die, obgleich geborene Preußen und den Elbherzogthümern fremd, doch aufs keckste gegen Preußen agitirten. Herr von Zedlitz ließ den erstern (im Juli) festnehmen, den andern ausweisen. Sein österreichischer College im Condominat, Herr von Halbhuber, protestirte gegen ihre Verhaftung und die holsteinische Partei brachte dem Juden Ovationen. Herrn von Halbhubers Benehmen ließ allerdings auf einen tiefen Riß im Bündniß zwischen Preußen und Oesterreich schließen und die Partei verfehlte nicht, damit zu prahlen, daß Oesterreich ganz auf ihrer Seite stünde. Herr von Zedlitz hielt seine Ordnungsmaßregel aufrecht, da ihm unzweifelhaft zustehe, preußische Unterthanen zu maßregeln, die so grob gegen preußische Ehre und preußisches Interesse frevelten. Würden österreichische Unterthanen sich in den Elbherzogthümern Aehnliches gegen Oesterreich erlauben, so werde er letzteres gerne unterstützen. Dabei wurde in Erinnerung gebracht, daß im Jahr 1851 ein Schneider Ruscial, der als österreichischer Unterthan damals gegen Oesterreich agitirte, augenblicklich von österreichischen Soldaten unter Commando des Feldmarschall-Lieutenant von Legeditsch ergriffen und nach Oesterreich fortgeschleppt worden war.

Am 6. Juli, als dem Geburtstag des Prinzen Friedrich, wurde demselben wieder durch Deputationen gehuldigt, größere Demonstrationen aber durften nicht stattfinden.

Man erfuhr, Preußen wolle die Einberufung der schleswig-

holſteiniſchen Stände nicht eher gut heißen, bis ſie dem Condominat den Eid der Treue würden geleiſtet haben, ein Riegel, welcher der Partei nothwendig vorgeſchoben werden mußte, wenn die antipreußiſche Agitation ſich nicht auch noch mit parlamentariſchem Anſehen und einem Schein der Geſetzlichkeit umkleiden ſollte. Auch die preußiſchen Kronjuriſten, welche damals ihr Gutachten abgaben, legten alles Gewicht einzig auf das Beſitzrecht Preußens in den Elbherzogthümern, wie es ihm in Gemeinſchaft mit Oeſterreich im Wiener Frieden durch Abtretung von Seiten Dänemarks zugefallen ſey. Demzufolge hatte kein Dritter ein Recht, in den Herzogthümern politiſch zu agitiren oder gar eine Nebenregierung zu errichten.

Indem aber die Meinungen Oeſterreichs und Preußens auseinander gingen, traten die Mittelſtaaten hervor, um wieder einmal die ihrige geltend zu machen. Schon am 14. und 15. Juli kamen die Herrn von Beuſt und von der Pfordten in Leipzig zuſammen, um einen Anſchluß der Mittelſtaaten an Oeſterreich gegen Preußen zu Gunſten des Auguſtenburgers vorzubereiten, und am 27. Juli trugen Bayern, Sachſen und Heſſen-Darmſtadt am Bundestage darauf an, der Bund ſolle von den beiden Großmächten Auskunft erbitten, wie es mit der Berufung der Stände in Schleswig-Holſtein ſtehe, ferner die Einverleibung Schleswigs in den deutſchen Bund bevorworten und einen Theil der Kriegs- und bisherigen Verwaltungskoſten übernehmen. Aber nicht gewohnt, ſich durch die Mittelſtaaten beſtimmen zu laſſen, verhandelten Oeſterreich und Preußen unter ſich. Der König von Preußen reiste nach dem Süden, offenbar in Erwartung einer perſönlichen Zuſammenkunft mit dem Kaiſer von Oeſterreich zunächſt in Karlsbad. Als ſie nicht zu Stande kam, weil Oeſterreich die preußiſchen Anträge abwies, verſammelte der König von Preußen am 21. Juli zu Regensburg alle ſeine Miniſter um ſich und hielt einen Miniſterrath, deſſen Ergebniß man als ſehr kriegeriſcher Natur bezeichnete. Gleichwohl ſetzte der König ſeine ſüdliche Reiſe fort und

empfing am 24. Juli in Salzburg den Herrn von der Pfordten, der zu vermitteln kam. Vom 28. Juli an blieb der König mehrere Wochen im Bad Gaſtein, während der Kaiſer von Oeſterreich im Bad Iſchl verweilte. Als Oeſterreichs Unterhändler flog Graf Blome wiederholt hin und her.

Am 14. Auguſt einigten ſich endlich Herr von Bismarck und Graf Blome auf folgende Punkte: 1) Die Verwaltung der Elbherzogthümer wird getheilt, Oeſterreich übernimmt Holſtein, Preußen Schleswig. 2) Beide beantragen am Bunde die Errichtung einer deutſchen Flotte mit dem Bundeshafen Kiel. Bis der Bund entſchieden haben wird, gehört der Kieler Hafen Oeſterreich und Preußen gemeinſam. Das Commando im Hafen behält jedoch Preußen. 3) Beide beantragen, Rendsburg zu einer deutſchen Bundesfeſtung zu machen; bis dahin bleibt die Beſatzung halb preußiſch und halb öſterreichiſch. 4) 5) Preußen behält zwei Militärſtraßen und eine Telegraphenverbindung in Holſtein. 6) Die Elbherzogthümer ſchließen ſich dem Zollverein an. 7) Der Nordoſtſeecanal wird von Preußen gebaut und bleibt unter preußiſcher Aufſicht. 8) Lauenburg geht in den definitiven Beſitz Preußens über, welches Oeſterreich dafür mit 2½ Mill. däniſchen Thalern entſchädigt.

Nachdem dies abgemacht war, begab ſich Kaiſer Franz Joſeph am 19. Auguſt nach Salzburg und erwartete dort den König von Preußen, der noch an demſelben Tage ankam. Indem er aus dem Wagen ſtieg, empfing ihn der Kaiſer mit zweimaliger herzlicher Umarmung und am folgenden Tage ratificirten ſie den Gaſteiner Vertrag vom 14.

Die auswärtigen Mächte verhielten ſich dem Gaſteiner Vertrage gegenüber ungefähr ſo, wie ſie ſich während des Dänenkriegs verhalten hatten. Sie ließen die Sache gehen, weil ihnen die Allianz Oeſterreichs und Preußens zu ſehr imponirte. Nur Bedenklichkeiten und Unzufriedenheiten ließen ſie blicken. In England geſchah das

wieder auf die gröbſte Art. Lord John Ruſſel äußerte in einem Rundſchreiben an die engliſchen Geſandten vom 14. September, der Gaſteiner Vertrag „trete alle Rechte, alte ſowohl wie neue, gleichviel, ob ſie ſich auf eine feierliche Uebereinkunft zwiſchen Herrſchern oder auf den Volkswillen ſtützen mochten, mit Füßen.“ Der franzöſiſche Miniſter Drouyn de Lhuys legte in ſeinem Rundſchreiben den Accent darauf, daß die Bevölkerung der Herzogthümer nicht befragt worden ſey. Auch ein ruſſiſches Rundſchreiben des Fürſten Gortſchakof drückte Bedauern ohne Nachdruck aus.

Der Gaſteiner Vertrag wurde von den Kabinetten der deutſchen Mittelſtaaten mit Zurückhaltung aufgenommen. Anträge am Bunde ließen auf ſich warten. Nur in der Preſſe wurde ſtark agitirt, am meiſten gegen Preußen, aber auch gegen Oeſterreich, weil daſſelbe Preußen zu viel nachgegeben habe. Die ſächſiſche Preſſe verſtieg ſich bis zu Drohungen. Der Sechsunddreißiger-Ausſchuß erließ am 3. September einen Aufruf an alle dermaligen ſtändiſchen Abgeordneten in Deutſchland, worin er ſie zu einer großen Verſammlung auf den 1. October nach Frankfurt am Main beſchied, „um über Rettung des öffentlichen Rechtszuſtandes in den Elbherzogthümern zu berathen und zu beſchließen, da durch die Gaſteiner Uebereinkunft der Regierungen von Oeſterreich und Preußen die klarſten Rechtsgrundſätze und namentlich das nur durch das Intereſſe Deutſchlands beſchränkte Selbſtbeſtimmungsrecht der Herzogthümer auf das ſchwerſte verletzt worden ſeyen.“ Am 6. September verſammelten ſich auch eine Anzahl ſchleswig-holſteiniſcher Abgeordneter in Kiel und 177 Delegirte der ſchleswig-holſteiniſchen Vereine in Neumünſter und legten beim Bundestage Proteſt ein gegen die Trennung der beiden Herzogthümer, indem ſie zugleich verlangten, daß Herzog Friedrich als allein berechtigter Landesherr anerkannt und daß die Stände einberufen würden, ohne deren Mitwirkung nichts Endgültiges über die Herzogthümer feſtgeſetzt werden könne. Dagegen wurde bemerkt, daß eine förmliche und definitive

Trennung der Herzogthümer gar nicht erfolgt ſey, daß viele Inſtitute, z. B. die Landesuniverſität Kiel, beiden gemeinſchaftlich bleiben, daß dem Bunde ſein Recht, desgleichen auch den Ständen ihre künftige Einberufung vorbehalten und die Erbfolgefrage offen gelaſſen ſey, daß ſich aber die beiden deutſchen Großmächte doch nicht wohl in den Fall bringen könnten, ihre Entſchließungen vom Votum der ſchleswig-holſteiniſchen Stände abhängig zu machen.

In derſelben erſten Woche des September machten die däniſchen Bewohner Nordſchleswigs ihren deutſchen Mitbürgern eine kleine Diverſion, indem ihrer 2000 Kopenhagen beſuchten, wo ſie mit brüderlichem Jubel empfangen wurden.

Oeſterreich übernahm die ausſchließliche Verwaltung Holſteins, entfernte aber den Herrn von Halbhuber, der ſich gegen Preußen zu feindlich benommen hatte, und ſetzte den vom Kriege her in den Herzogthümern ſehr populären General von Gablenz als kaiſerlichen Statthalter ein. Derſelbe betonte in ſeiner Proclamation vom 15. September, er wolle „die unter den Holſteinern ſo hoch ausgebildete Selbſtverwaltung aufrecht erhalten und vor allem die Landeskinder dabei mitwirken laſſen.“ In Schleswig behielt Herr von Zedlitz die Civilverwaltung, ihm wurde aber als Gouverneur des Landes General von Manteuffel übergeordnet, der gleichfalls am 15. September eine Proclamation erließ, worin er nur betonte, „die preußiſche Verwaltung ſchließe den Gedanken der Gerechtigkeit, der öffentlichen Ordnung und der Beförderung der gemeinen Wohlfahrt in ſich.“ Er ſetzte einige Beamte in Schleswig ab, weil ſie eine allzu feindliche Stellung gegen Preußen eingenommen hatten. Darüber wurde nun wieder ein großes Geſchrei erhoben. Er nahm ſodann Anlaß, in einer freimüthigen Anrede an die Beamten in Flensburg ſich dahin auszuſprechen, daß die Beſorgniß, die beiden Elbherzogthümer ſollten nunmehr getrennt ſeyn und bleiben, eine grundloſe ſey. Ebenſo ſey es nur eine gehäſſige Verleumdung, wenn

man ausſprenge, Preußen wolle Nordſchleswig wieder an Dänemark abtreten. „Wer den Gedanken an Landesabtretung hat, verſündigt ſich an Schleswig-Holſtein, er begeht gewiſſermaßen Landesverrath gegen dieſes. Mit ihrem Blute haben meines Königs Soldaten Düppel und Alſen erobert, mit ihren Armen erbauen ſie jetzt dort Feſtungswerke, von denen aus ſie das Land bis zur Königsau behaupten werden, und jede 7 Fuß breit Erde decke ich, bevor ſie abgetreten werden, mit meinem Leibe.“ Man hatte nämlich die Meinung verbreitet, Preußen werde dem franzöſiſchen Gedanken in Bezug auf Nordſchleswig nachgeben und eine engere Allianz mit Frankreich eingehen, um mit deſſen Willen weitere Annectirungen in Deutſchland vorzunehmen. In Bezug auf die Klagen, daß Schleswig und Holſtein, die ewig unzertrennlich bleiben ſollten, nun doch getheilt worden ſeyen, ſoll, einer damals cirkulirenden Anecdote zufolge, Herr von Bismarck geäußert haben, die Leute ſollten ſich nur beruhigen, denn wer Schleswig habe, der habe auch Holſtein.

Gleichwohl that die auguſtenburgiſche Partei alles Mögliche, um Preußen zu trotzen und der preußiſchen Verwaltung das äußerſte Mißtrauen zu bezeugen, als ob das ganze Volk ſich über den Gaſteiner Vertrag höchſt unglücklich fühle und an ſeiner Zukunft verzweifle. In dieſer Abſicht erklärten die Kieler Profeſſoren, „wegen Ungunſt der gegenwärtigen Zeit könne das 200jährige Jubiläum der Univerſität Kiel am 5. October nicht gefeiert werden.“ Sie hätten ohne Zweifel beſſer gethan, wenn ſie in Uebereinſtimmung mit der kerndeutſchen Rede des General von Mantenffel die Univerſität Kiel als Bollwerk deutſcher Wiſſenſchaft und deutſchen Geiſtes gegen die Dänen aufgefaßt und ſich des Schutzes erfreut hätten, den dieſelbe endlich durch das mächtige Preußen gewonnen habe.

Unterdeß vollzog der König von Preußen die Annectirung Lauenburgs, deſſen Stände ihm am 26. September perſönlich in Ratzeburg huldigten. Herr von Bismarck wurde zum ſpeciellen

Miniſter des kleinen Herzogthums ernannt und zum Grafen erhoben. Eine Zuſtimmung der preußiſchen Stände wurde nicht eingeholt.

Herr von Manteuffel hielt ſtrenge Ordnung und duldete nicht, daß Beamte als Anhänger der auguſtenburgiſchen Partei gegen die neue preußiſche Regierung heimlich oder öffentlich agitirten. Als der Prinz von Auguſtenburg am 14. October einen kleinen Beſuch in Eckernförde auf ſchleswiger Boden machte und von ſeiner Partei Illumination und Volksjubel für ihn als den rechtmäßigen Landesherrn vorausbeſtellt war, ahndete der preußiſche Gouverneur dieſe unkluge Demonſtration mit Strenge, ſchickte Truppen nach Eckernförde, entfernte einige ſtädtiſche Beamte und einen vorlauten Schulmeiſter, der eine Feſtrede gehalten hatte, und bedeutete dem Prinzen in einem Schreiben vom 18. October, wenn er nochmals ohne Erlaubniß des Königs den Boden Schleswigs beträte, werde er ihn verhaften laſſen. Unter demſelben Datum verbot Herr von Zedlitz in Schleswig ferner landesherrliche Attribute dem beizulegen, dem ſie nicht gebührten, da nur Preußen und Oeſterreich die Landesherrn ſeyen. Mithin dürfe der Prinz von Auguſtenburg nicht mehr Herzog und auch nicht mehr Friedrich VIII. genannt werden. Daſſelbe Verbot erließ am 31. October Herr von Gablenz für Holſtein und warnte vor auguſtenburgiſchen Demonſtrationen. Der Prinz antwortete unterm 29. October Herrn von Manteuffel mit der Forderung, er ſolle die ſchleswig-holſteiniſchen Stände zuſammentreten laſſen, um die Anſicht des Landes zu erfragen.

Am 1. October kamen in Frankfurt am Main die vom Sechsunddreißiger-Ausſchuß einberufenen Abgeordneten aller damaligen deutſchen Ständeverſammlungen zuſammen, jedoch nur 200 bis 300. Die Oeſterreicher hatten ſich bis auf Einen gänzlich ausgeſchloſſen. Von den Preußen kamen nur 7 und gaben eine große Menge ſchriftliche Erklärungen ab, womit ſie ihr Wegbleiben von Frankfurt rechtfertigten. Tweſten, obgleich in der heftigſten Oppoſition

gegen Herrn von Bismarck und damals ſogar in gerichtlicher Unterſuchung, erklärte doch den Frankfurtern, da ſie offenbar nicht blos gegen das gegenwärtige Miniſterium in Preußen, ſondern gegen den preußiſchen Staat überhaupt eine feindſelige Stellung einnähmen und Preußens Macht zu ſchwächen trachteten, könne er nicht mit ihnen gehen. Der Geſchichtſchreiber Mommſen hatte vorher ſchon in einer verſtändigen Flugſchrift die auguſtenburgiſche Partei von ihren Illuſionen und Mißgriffen zurückzubringen verſucht und nachgewieſen, daß der auguſtenburgiſche Particularismus weder mächtig genug ſey, um gegen die Großmächte anzukämpfen, noch auch das deutſche Geſammtintereſſe befriedigen könne. Jetzt erließ Mommſen noch ein Schreiben an den Sechsunddreißiger-Ausſchuß in Frankfurt, worin er ſagte, die Ohnmacht der Mittelſtaaten habe ſich während des däniſchen Kriegs, ſowie vor und nach dem Gaſteiner Vertrage ſo deutlich offenbart, daß dieſe Mittelſtaaten dem kleinſtaatlichen Souveränetätsſchwindel und auguſtenburgiſchen Particularismus keine Stütze mehr darböten. Damit ſey auch die gänzliche Ohnmacht des Frankfurter Abgeordnetentags entſchieden. Demſelben fehle jetzt jede Befähigung, wie jede Berechtigung. „Wäre es zu erwarten, daß ein deutſcher Abgeordnetentag in dem Sinne ſich ausſpräche, daß er die Beſeitigung aller Sonderarmeen und alles jenes Souveränetätsſchwindels forderte, der an dem Marke Deutſchlands zehrt, daß er definitive ewige Unterordnung unter den preußiſch-deutſchen Großſtaat den ſämmtlichen Mittel- und Kleinſtaaten und insbeſondere jetzt den Elbherzogthümern vorſchriebe, nur dann würde eine ſolche Verſammlung befugt ſeyn, in der jetzt ſchwebenden Frage zu vermitteln.“ Da dies aber nicht zu erwarten ſey, lehne er, Mommſen, die Theilnahme an den Frankfurter Verhandlungen ab. Mehr oder weniger war dies die Anſicht der ungeheuern Mehrheit der preußiſchen Abgeordneten. Auch aus Bayern kam ein Ablehnungsſchreiben in Frankfurt an, unterzeichnet von 14 namhaften Abgeordneten, welche ſich dahin ausſprachen, die Verſamm-

lung könne lediglich nichts nützen, sondern möglicherweiſe den Mittelſtaaten Gefahr bringen. Somit war nun die kleine Verſammlung in Frankfurt in die ſchwache Stellung heruntergebracht, in der ſich 1849 das Rumpfparlament in der Paulskirche nach dem Ausſcheiden der Oeſterreicher und Preußen befand. Wenn auch einige Regierungen der Mittelſtaaten es nicht ungern ſahen, daß gegen Preußen in Verſammlungen wie in der Preſſe agitirt werde, ſo waren ſie doch durch das im Gaſteiner Vertrage erneute Bündniß Oeſterreichs mit Preußen zu ſehr eingeſchüchtert, um den Drohworten der Frankfurter Verſammlung irgend welchen Nachdruck geben zu können oder nur zu wollen.

Trotz alledem faßte die Frankfurter Verſammlung, welche 275 Mitglieder zählte, die kühnſten Beſchlüſſe, als ob ſie die höchſte Inſtanz im deutſchen Bunde wäre. Nämlich: 1) Das Selbſtbeſtimmungsrecht des ſchleswig-holſteiniſchen Volks bleibt in Kraft. Der Gaſteiner Vertrag wird als Rechtsbruch von der Nation verworfen. 2) Sämmtliche deutſche Volksvertretungen, insbeſondere das preußiſche Abgeordnetenhaus, ſollen für die verletzten Rechte der Herzogthümer eintreten. 3) Sämmtliche deutſche Volksvertretungen ſollen den Regierungen, „welche die bisherige Politik der Vergewaltigung fördern konnten," Steuern und Anlehen verweigern. 4) Die Verſammlung läßt den Sechsunddreißiger-Ausſchuß fortbeſtehen. Man behielt die Perſonen des bisherigen Ausſchuſſes bei unter dem Vorſitz des Dr. Müller in Frankfurt. Am Schluß des October ſollten die Abgeordneten ſich abermals in Frankfurt verſammeln, um weitere Beſchlüſſe zu faſſen.

Man ließ ſie gewähren. Die Abgeordneten wurden nicht gehindert, Reden zu halten und Beſchlüſſe zu faſſen. Auch erfolgte keine Gegenerklärung von Seiten der Regierungen. Man ſpottete nur über den „Kinnbackenkrampf" jener Unverbeſſerlichen, die nicht mehr leben konnten, ohne unaufhörlich Reden zu halten, und ohne

unaufhörlich bei Zweckeſſen zu ſchwelgen. Die Duldung, die ſie erfuhren, die völlige Nichtbeachtung ihrer Prahlereien gereichte ihnen zu einer ſchrecklichen Demüthigung, die ſie aber nicht zu empfinden ſchienen. Sie ſollten ſich ausſchwatzen dürfen, bis es aller Welt langweilig und zum Eckel würde. Als ſie am 1. October Abends bei ihrer geſelligen Zuſammenkunft in einem großen Saale bei einander ſaßen, brach ein Schwarm Arbeiter herein, um ſie gründlich zu verlachen und zu verhöhnen. Es waren Anhänger Laſalle's, wie man ſagte, welche die Gelegenheit ergriffen, hier in Frankfurt, wie kurz vorher in Köln, recht augenfällig zu zeigen, daß das Volk, mit dem die „Volkspartei" immer prahle, von dieſer Volkspartei, d. h. von den Profeſſoren, Advocaten, reichen Induſtriellen und ſonſtigen gebildeten und ſtudirten Kammerſchwätzern gar nichts wiſſen wolle. Die übermüthigen Laſallianer wurden damals in Frankfurt zwar wieder zur Thüre hinausgeworfen, hatten aber ihren Zweck erreicht und die Illuſion zerſtört, als ob das Volk hinter den Abgeordneten ſtünde. Indeſſen hielten es Oeſterreich und Preußen doch ihrer Würde angemeſſen, einige Vorkehrungen zu treffen, um die Wiederkehr ſo feindſeliger Acte innerhalb der Bundesſtadt zu verhüten. Beide Großſtaaten gaben durch ihre Geſandten am Bundestage dem Frankfurter Senat gleichzeitig ihre Meinung kund. Die preußiſche Note war vom 6. October datirt und es hieß darin: „Wir können nicht dulden, daß vorzugsweiſe am Sitz des Bundestages auf die Untergrabung beſtehender Autoritäten der erſten Bundesſtaaten hingearbeitet wird, daß von dort aus Preßerzeugniſſe in die Welt geſchickt werden, welche ſich durch Rohheit vor allen übrigen hervorthun. Der Verlauf des Abgeordnetentages hat gezeigt, daß die Phraſe im gebildeten Theile der Bevölkerung immer weniger Anklang findet. Aber die Nachſicht des Senats bleibt deshalb nicht minder tadelnswerth." Die öſterreichiſche Note war vom 8. October datirt und es hieß darin: „Der Verlauf des am 1. October zu Frankfurt gehaltenen ſ. g. Abgeord-

netentags hat für jetzt nur die innere Haltloſigkeit dieſes neuen Agitationsverſuchs und die Zerfahrenheit der politiſchen Parteien in Deutſchland bloßgelegt. Die eingelaufenen Abſagebriefe, wie die unverkennbare Gleichgültigkeit des Publikums dürften ſelbſt den Urhebern dieſer bedeutungsloſen Demonſtrationen die Verkehrtheit des Unternehmens gezeigt haben, an den Entſchlüſſen der beiden erſten Mächte Deutſchlands ihre anmaßliche Kritik zu üben. Allein wenn auch die gehörten Reden, ſowie die Reſolutionen der Verſammlung in ihrer, gelinde geſagt, unpaſſenden Motivirung und halbrevolutionären Zuſpitzung gerechter Mißachtung verfallen ſind, ſo tilgt dieſes Fehlſchlagen doch nicht den verletzenden Charakter der Thatſache, daß die gegen Oeſterreich und Preußen gerichteten Schmähungen und Beleidigungen, welche die demokratiſche Preſſe täglich anfüllen, in Frankfurt unter den Augen des Bundestages und der eigenen Truppen der beiden Mächte auf offener Tribüne wiederholt worden ſind. Es darf ferner nicht außer Acht gelaſſen werden, daß jener Sechsunddreißiger-Ausſchuß, welcher den Abgeordnetentag einberufen hat, auch diesmal erneuert worden iſt als ein in Permanenz erklärtes Organ der deutſchen Revolutionspartei. Die Regierungen Deutſchlands werden gewiß ſämmtlich mit uns darin einverſtanden ſeyn, daß ſchon die bloße Exiſtenz dieſes Ausſchuſſes eine vollkommen ungeſetzliche und unconſtitutionelle iſt."

Die Wiener Generalcorreſpondenz vom 20. October fügte in einem halbamtlichen Artikel hinzu: „Den deutſchen Großmächten, ſowie allen deutſchen Regierungen ſteht nicht nur das unzweifelhafte Recht zu, ſondern liegt geradezu die Pflicht ob, daß innerhalb des deutſchen Staatenbundes von keinem dazu nicht berufenen Organe eine allgemeine politiſche Wirkſamkeit gleichſam in Vertretung Deutſchlands ausgeübt werde. Es iſt nicht zu dulden, daß einzelne Abgeordnete, deren Befugniſſe ſich nur auf den Staat beſchränken, für welchen ſie gewählt ſind, ihr Mandat eigenmächtig ausdehnen und

außerhalb ihres Landes in ihrer Eigenſchaft als Abgeordnete eine politiſche Thätigkeit äußern und daß einzelne Abgeordnete verſchiedener deutſcher Länder willkürlich zuſammentreten, politiſche Beſchlüſſe faſſen und ſich ein Mandat für die Geſammtheit des Bundesgebiets anmaßen, welches ihnen Niemand verliehen hat."

Im Frankfurter Senat wurde die Angelegenheit behandelt, aber die Anträge der beiden deutſchen Großmächte am 20. October durch Stimmenmehrheit abgelehnt.

Unterdeß fanden in Berlin und in Leipzig Verſammlungen der Mitglieder des dortigen Nationalvereins ſtatt, worin merkwürdigerweiſe beſchloſſen wurde, die neue vom Sechsunddreißiger-Ausſchuß nach Frankfurt einberufene Verſammlung zu beſchicken, aber an den Forderungen Preußens an Schleswig-Holſtein feſtzuhalten. In Berlin ſchlugen am 24. October Löwe und Duncker als Programm vor: wenn die preußiſchen Mitglieder des Nationalvereins auch beharrlich in ihrem inneren Verfaſſungskampfe fortführen, ſo erkennen ſie doch an, das Selbſtbeſtimmungsrecht der Schleswig-Holſteiner ſey durch ihre Pflichten gegen Deutſchland begrenzt, und da zur Zeit eine bundesſtaatliche Centralgewalt nicht beſtehe, Preußen aber die Hauptpflicht einer ſolchen, den Schutz der Herzogthümer zu Land und zur See übernehmen müſſe, ſo ſey Preußen ſo berechtigt wie verpflichtet, in den Herzogthümern diejenigen Rechte in Anſpruch zu nehmen, welche nach der Reichsverfaſſung (von 1849) der definitiven Centralgewalt übertragen ſind. Die Leipziger Verſammlung vom 24. October, geleitet von Roſe und Biedermann, ſtimmte mit dieſem Berliner Programm im Weſentlichen überein und wollte Preußen ſeine Erfolge in den Herzogthümern gönnen, nur nicht kraft der Annexionspolitik, ſondern kraft jener Reichsverfaſſung, welche Preußen an die Spitze eines geeinigten Deutſchlands ſtelle.

Dieſes Programm wurde auch in Frankfurt ſelbſt in der Verſammlung des Nationalvereins, die am 29. October wirklich ſtatt

hatte, vollſtändig durchgeſetzt. Es hatten ſich ungefähr 400 Mitglieder eingefunden und darunter befanden ſich diesmal mehrfache Celebritäten des Berliner Abgeordnetenhauſes: Schultze-Delitzſch, Löwe von Calbe, Duncker ꝛc. Doch würden ſie mit ihrem Programme kaum durchgedrungen ſeyn, wenn ſich nicht auch nichtpreußiſche Norddeutſche und vorzüglich Mitteldeutſche unter Leitung des ſich diesmal für Preußen ſehr anſtrengenden Darmſtädter Metz jenes Programms eifrig angenommen hätten. Der endliche Mehrheitsbeſchluß lautete: „1) Der Nationalverein hält feſt an ſeinem Programm von 1862, wodurch er die Reichsverfaſſung als Ziel aufgeſtellt hat, ferner an dem Programm von 1860, worin er ſich bereit erklärte, Preußen die deutſche Centralgewalt zu übertragen unter der Bedingung, daß auch das deutſche Volk ſich dieſer Centralgewalt unterwerfen werde und daß die preußiſche Regierung Deutſchlands Intereſſe nach jeder Richtung thatkräftig wahrnehmen werde. 2) In Bezug auf Schleswig-Holſtein wahrt der Nationalverein das Selbſtbeſtimmungsrecht der Herzogthümer. Nur die Intereſſen Deutſchlands dürfen es beſchränken. Weil aber beim Mangel einer deutſchen Centralgewalt nur Preußen die deutſchen Küſten und Grenzen im Norden wirkſam vertheidigen kann, hält der Nationalverein die Baſis der am 26. März zwiſchen preußiſchen Abgeordneten und dem engern Ausſchuſſe der Schleswig-Holſteinvereine getroffenen Vereinbarung feſt.“ Um den Eindruck dieſer großen Conceſſionen an Preußen für ſüddeutſche Ohren abzuſchwächen, wurde ſchließlich noch die baldige Einberufung der Stände in Schleswig-Holſtein verlangt und über Willkürherrſchaft, Vergewaltigung und Rechtsloſigkeit geſcholten. Dieſe Beſchlüſſe erfuhren lebhaften Widerſtand. Ein Herr Bürgers aus Köln eiferte am lauteſten gegen die preußiſche Spitze. Als Schultze-Delitzſch die Stärkung Deutſchlands durch Preußen empfahl und den Particulariſten „klägliche Kleinſtaaterei“ vorwarf, ſchleuderte ihm Braunsfeld von Frankfurt eine „klägliche Großſtaaterei“ entgegen. Die Galerien

waren antipreußiſch und die Reden für Preußen wurden meiſt mit Ziſchen beantwortet.

Die natürliche Folge war, daß ſich viele bisherige Mitglieder des Nationalvereins, die den Mittel- und Kleinſtaaten angehörten, von ihm losſagten. Der Verein war nur der Abklatſch des unglückſeligen Frankfurter Parlaments von 1848, welches nur in hohlen Redensarten die deutſche Einheit proclamirte, während es in der Wirklichkeit durch und durch nur von particulariſtiſchen Intereſſen und Vorurtheilen beherrſcht war, daher auch in bitterem Parteihaß auseinanderfiel. Die preußiſche, die öſterreichiſche und die mittelſtaatliche Partei ſtanden auf feſtem Boden, die Nationalpartei ſchwebte in der Luft. So damals, ſo jetzt.

Die preußiſche Partei trug diesmal in Frankfurt einen Sieg davon, der aber die mittelſtaatliche Partei nur ärgerte und in ihrem Preußenhaß beſtärkte. Ihr Aerger ergoß ſich auch über Oeſterreich, weil daſſelbe ſie im Stich ließ und zu Preußen neigte. Oeſterreichiſche Blätter bemerkten ſpöttiſch: da die Mittelſtaaten auf dem Fürſtentage 1863 ſich ſo lau gegen Oeſterreich verhalten hätten, gehe das letztere doch etwas ſicherer mit Preußen. Auch glaubte man, wenn Oeſterreich in Holſtein rückſichtsvoller vorging als Preußen und gern den Schein behauptete, als widerſtrebe es den preußiſchen Anſprüchen, ſo habe das nur bezweckt, den Preis zu ſteigern, den es für ſeine Anerkennung der letztern fordern würde.

Inzwiſchen bemerkte man doch kein rechtes Zuſammengehen Oeſterreichs mit Preußen. Die Frankfurter Senatsantwort wurde von Oeſterreich zurückgewieſen, weil der Senat Preußen und Oeſterreich dieſelbe Antwort gegeben habe, da ihre Auffaſſung doch eine verſchiedene ſey. Ein weiterer Schritt der beiden Großmächte erfolgte in Frankfurt nicht. Preußen erklärte nur, der Senat befinde ſich unter dem Einfluß derſelben Partei, vor der es gewarnt habe. Zugleich zeigte ſich eine große Animoſität gegen Preußen in der öſter-

reichiſchen Preſſe. Während der öſterreichiſche Geſandte in Paris, Fürſt Metternich, Verſuche machte, ein intimeres Verhältniß Oeſterreichs zu Frankreich anzubahnen, um das Wiener Kabinet in ſeinen Conflicten mit Preußen und Ungarn zu ſtärken, wurde Preußen beſchuldigt, es kokettire mit Frankreich, um Oeſterreich zu ſchaden.

Im October 1865 wurde das Gutachten der preußiſchen Kronſyndici in Bezug auf das Erbrecht des Prinzen Friedrich von Auguſtenburg bekannt. Daſſelbe beſagte: 1) Der Vater des Herzog Friedrich, der noch lebende Herzog Chriſtian Auguſt, hat auf das Erbrecht in den Elbherzogthümern zu Gunſten der Linie Glücksburg nicht nur für ſich, ſondern auch für ſeine ganze Familie entſagt und iſt dafür von Dänemark mit 1½ Mill. Speciesthalern abbezahlt worden, laut der vom Herzog Chriſtian Auguſt am 30. December 1852 unterzeichneten Acte. 2) Im Wiener Frieden trat der durch die europäiſchen Mächte und durch jene Acte des Herzogs Chriſtian Auguſt ſelbſt als rechtmäßiger Thronfolger in Dänemark und den Elbherzogthümern anerkannte Glücksburger, König Chriſtian IX. die Elbherzogthümer an Oeſterreich und Preußen ab, welche beiden Mächte mithin allein und ausſchließlich im Beſitz gedachter Herzogthümer ſind. 3) Herzog Friedrich hat erſt am 15. Januar 1859 in einem Schreiben an den König von Dänemark ſein Erbrecht auf die Herzogthümer reclamirt, natürlich erfolglos. 4) Sein Vater hat erſt am 16. Nov. 1863 eine Erklärung abgegeben, worin er ſein eigenes (aber bereits verkauftes) Erbrecht dieſem ſeinem Sohne Friedrich abtritt, wozu er als Unterzeichner der Acte vom 30. December 1852 nicht mehr berechtigt war. 5) Mithin iſt der Erbanſpruch des Herzogs Friedrich unbegründet und nur Oeſterreich und Preußen üben gemeinſchaftlich die Souveränetät in den Herzogthümern aus.

Gleichzeitig erſchien die Flugſchrift des Herrn von Treitſchke: „Die Parteien und die Herzogthümer.“ Darin wurde dem Prinzen Friedrich vorgeworfen, er habe die ihm anfangs günſtige Stimmung des

preußiſchen Hofes durch eigene Schuld verſcherzt, indem er die preußiſchen Forderungen, auf die doch ſogar Oeſterreich eingegangen ſey, zurückgewieſen habe. Es wäre beſſer für ihn geweſen, wenn auch gewiſſermaßen nur als Vaſall Preußens zu herrſchen, als ein Herrſcher ohne Land zu bleiben. Er habe gegen Herrn von Bismarck „gemüthlich“ geäußert, es wäre ihm lieber, die Preußen wären gar nicht in die Elbherzogthümer gekommen, wohin man ſie auch nicht gerufen habe. Seine Preſſe habe dieſe Aeußerung erſt weggeleugnet, dann wieder zugegeben und entſchuldigt. Dieſelbe Preſſe habe in den Herzogthümern ſelbſt raſtlos gegen Preußen agitirt und Verleumdungen über Preußen gehäuft. Er habe, von einem förmlichen Miniſterium umgeben, in Kiel eine förmliche „Nebenregierung“ etablirt und durch zahlreiche Organe in den Vereinen und Gemeinden des Landes agitiren laſſen. Daß eine ſolche Nebenregierung exiſtire, habe ſeine Partei geradezu geleugnet und doch ſtehe in dem Bericht des Sechsunddreißiger-Ausſchuſſes an die Abgeordnetenverſammlung, die am 1. October in Frankfurt am Main zuſammentrat, ganz deutlich „für die Zwecke der herzoglichen Regierung in Kiel und im Einverſtändniß mit derſelben ſind 347,813 Gulden verwendet worden.“ „Alſo hat,“ ſo ſchließt die Flugſchrift, „Prinz Friedrich einen ungewöhnlich hohen Grad von Unklugheit und Unaufrichtigkeit gezeigt,“ daß Preußen genöthigt war, ſich von ihm zurückzuziehen.

Die ſchleswig-holſteiniſche Frage war aus einem Proviſorium ins andere gerückt worden, und obgleich die Intereſſen, welche Oeſterreich und Preußen dabei hatten, ſich leicht hätten ausgleichen laſſen, fehlte doch dazu der Wille in Wien. Oeſterreichs und Preußens vereinigte Macht, an die ſich auch die Mittelſtaaten anzuſchließen genöthigt ſahen, war von ſo überwältigender Stärke, daß weder Rußland noch Frankreich wagen konnten, ſie anzugreifen. Schon 1864 bot Preußen Oeſterreich an, ihm Venetien zu garantiren. Ein feſtes Bündniß mit Preußen mußte auch Ungarn abhalten, ſich gegen

Oeſterreich zu empören, und Rußland, ſich in die Angelegenheiten des Orients und zunächſt der untern Donauländer einzumiſchen. Oeſterreich konnte aus dem Bündniß mit Preußen den größten Nutzen ziehen, während ihm die Mittelſtaaten in ihrer Schwäche und Uneinigkeit keinen ſolchen Vortheil boten. Das Miniſterium Mensdorff in Wien aber wies die Garantie Venetiens durch Preußen mit Stolz zurück und ging intime Beziehungen zu denjenigen Renegaten der Paulskirche und der Gothaer ein, die ihr Aſyl in Wien geſucht hatten. Dieſe Herrn glühten von Preußenhaß, vielleicht weil ihr Ehrgeiz durch Preußen nicht befriedigt worden war. Wenigſtens läßt ſich ein principieller Grund nicht finden, da ihren frühern Anſichten die preußiſche Politik jedenfalls mehr entſprechen mußte, als die öſterreichiſche.

Oeſterreich, von ſo vielen Gefahren umringt, würde das ihm ſo nützliche preußiſche Bündniß nicht ſo keck und leichtſinnig von ſich geſtoßen haben, wenn es ſich nicht in eine grobe Täuſchung eingewiegt und durch ausländiſchen Einfluß hätte verführen laſſen. Die Täuſchung betraf die Stärke Preußens. Man bildete ſich in Wien ein, dieſelbe ſey viel geringer, als ſie es in der That war. Man las in öſterreichiſchen Militärzeitungen in ſcheinbar wiſſenſchaftlichen Darlegungen, daß Preußen durchaus nicht im Stande ſey, die normirte Kriegsarmee in voller Stärke aufzubringen. Man hätte in Wien Zeit genug gehabt, ſich durch Nachforſchungen in Preußen ſelbſt eine richtigere Anſicht der Dinge zu verſchaffen. Andererſeits ſprachen die Zeitungen mit der größten Zuverſicht von der die preußiſche weit überwiegenden Militärmacht Oeſterreichs, und wurde das Publikum in volle Sicherheit gewiegt, der Kaiſerſtaat werde nicht weniger als 800,000 Mann auf die Beine bringen und die Mittelſtaaten würden die Million bald voll machen.

Der zum Kriege aufreizende fremde Einfluß iſt im Verkehr des öſterreichiſchen Geſandten, Fürſten Metternich, mit dem Kabinet der

Tuilerien zu ſuchen. Hier wurde von öſterreichiſcher Seite an Frankreich eine große Conceſſion bewilligt, nämlich die freiwillige Abtretung Venetiens an Italien unter franzöſiſcher Vermittlung, damit endlich Italien beruhigt und Frankreichs Verpflichtungen gegen dieſes Land erfüllt werden könnten. Die Compenſation für Venetien ſollte Oeſterreich mit franzöſiſcher Erlaubniß in einer Wiedereroberung Schleſiens ſuchen und deshalb mußte der Krieg mit Preußen vom Zaune gebrochen und jeder erſte beſte Vorwand dazu ergriffen werden. Die gerechten Forderungen Preußens in den Elbherzogthümern wurden unter dieſen Umſtänden von Oeſterreich als Anmaßung erklärt und an dieſem Faden wurde weiter geſponnen, bis es zum offenen Bruch kam.

Während Oeſterreich ſelbſt um Frankreich buhlte, beſchuldigte es Preußen dieſer Buhlerei. Schon früher hatte man die Beſuche des Herrn von Bismarck in Frankreich als Vorboten eines preußiſchen Cavourismus erkennen wollen und den König von Preußen beſchuldigt, er wolle mit franzöſiſcher Hülfe der Victor Emanuel Deutſchlands werden. Je weniger das der König von Preußen wollte, um ſo mehr brachte ihn der Verdacht in Verlegenheit, denn er durfte, indem ihn Oeſterreich und die Mittelſtaaten bedrohten, nicht auch Frankreich gegen ſich ſtimmen. Nach allem, was bekannt worden iſt, hat er eine ſelbſtändige deutſche Politik behauptet und ſich weder an Frankreich verkauft wie Viktor Emanuel, noch Frankreich beleidigt.

Im Spätherbſt verweilte der preußiſche Miniſterpräſident einen Monat im Pyrenäenbade Biarritz, beſuchte auf dem Heimwege im Anfang des November den Hof der Tuilerien und hatte am 7. Oct. 1865 eine Unterredung mit Drouyn de Lhuys, dem franzöſiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten. Da arbeitete die ganze preußenfeindliche Preſſe ſich ab, ihm Pläne anzudichten, als wolle er, wenn Frankreich die Elbherzogthümer Preußen überlaſſe, dieſem Frankreich Conceſſionen machen auf Koſten des übrigen Deutſchland. Von

Wien aus wurden dem preußiſchen Premier die giftigſten Artikel der Preſſe ſogar bis nach Biarritz täglich ins Haus geſchickt und man klagte ihn an, eben ſo gehäſſig gegen Oeſterreich geſinnt zu ſeyn, indem er namentlich das damalige Zuſtandekommen des öſterreichiſchen Anlehens in Paris habe verhindern wollen. Er ſelbſt äußerte ſich über dieſe Anklagen nach ſeiner Rückkehr nur mit Verachtung und Spott, da er gewiß die Mittel nicht gehabt habe, weder auf die Börſe von Paris, noch auf die von Wien ſelbſt einzuwirken. Eines ſeiner Organe warnte übrigens die öſterreichiſche Preſſe in Bezug auf ihre unfruchtbaren und nur Oeſterreich ſelbſt ſchädlichen Gehäſſigkeiten gegen Preußen.

Inzwiſchen blieb es beim Alten und die Mittelſtaaten gaben ihren ohnmächtigen Widerſtand gegen den Condominat und den Gaſteiner Vertrag auf. Sachſen, Bayern und Darmſtadt hatten am 27. Juli beim Bundestage die Aufnahme Schleswigs in den deutſchen Bund und die Einberufung der ſchleswig-holſteiniſchen Stände beantragt. Die Entſcheidung darüber erfolgte erſt am 18. November, indem Oeſterreich und Preußen ihr ausſchließliches Beſitzrecht in den Elbherzogthümern wahrten und dem Bunde ruhiges Abwarten empfahlen, worauf die drei Antragſteller ferneres Vorgehen für fruchtlos erachteten und ihre Anträge zurückzogen.

Im Anfang des Jahres 1866 wurde in den Herzogthümern aufs gehäſſigſte gegen Preußen agitirt, ohne deſſen Hülfe doch deutſches Recht und die maritimen Intereſſen dort nicht geſchützt werden konnten. Das liberale Gehetze ging von den Kieler Profeſſoren aus, die den kleinſtaatlichen Particularismus und den doctrinären Schwindel des Parlamentarismus verfochten und kein Verſtändniß der großen deutſchen Frage hatten. Vergebens erklärten ſich 19 Mitglieder der holſteiniſchen Ritterſchaft, von Scheel-Pleſſen geführt, am 23. Jan. 1866 in einer Adreſſe für die Perſonalunion der Herzogthümer mit Preußen. Sie

wurden verhöhnt. Die auguſtenburgiſche Partei war die ſtärkere und machte neue Demonſtrationen. Der öſterreichiſche Statthalter wurde erſucht, die holſteiniſchen Stände einzuberufen, was er zwar am 11. Januar mit dem Bemerken ablehnte, der gegenwärtige Augenblick ſey noch nicht dazu geeignet, allein er drückte doch ein Auge zu, als die Partei auf den 23. Januar eine große Maſſenverſammlung nach Altona ausſchrieb. Dieſelbe kam wirklich zu Stande und war von den namhafteſten Mitgliedern des Nationalvereins beſchickt, die ſich auch dort hören ließen und die bekannten Forderungen für den Auguſtenburger und für die einberufenen Stände ſtellten. So der unvermeidliche Metz von Darmſtadt (als ſ. g. Commis voyageur des Nationalvereins, der überall dabei ſeyn mußte, in preußiſchen Blättern nach ſeiner jüdiſchen Abſtammung gewöhnlich Aaron genannt), Müller von Frankfurt a. M., Kolb ꝛc. General von Gablenz mißbilligte zwar die Verſammlung, nachdem ſie vorüber war, hatte aber nichts gethan, ſie zu verhindern. Deshalb nun erließ Preußen ſchon am 26. Januar eine Note an den preußiſchen Geſandten in Wien, Herrn von Werther, um Beſchwerde beim Wiener Kabinet zu führen. Durch die Altonaer Verſammlung ſey ein Wendepunkt in den Beziehungen des Wiener Kabinets zu Preußen eingetreten. „Man wolle wohl in Wien von der in Holſtein begünſtigten und gebildeten feindſeligen Stimmung gegen Preußen Gebrauch machen, wenigſtens ſey es nicht anders zu erklären. Wenn man zugelaſſen habe, daß die ſüddeutſchen Führer der Demokratie eine direkte Aufforderung zur Steuerverweigerung in das Land hineinſchleudern, ſo werde ein bisher durch ſeinen conſervativen Sinn ausgezeichnetes Land zum Heerde der Revolution gemacht. Schmerzlich berühre es den König Wilhelm, daß dies unter dem Schutz des öſterreichiſchen Doppeladlers geſchehe, der noch vor kurzem im blutigen Kampf neben dem preußiſchen Banner geweht habe. Sollte Oeſterreich auf ſein Recht in Holſtein wenig Werth legen, ſo ſey die Zukunft der Elbherzogthümer doch für Preußen eine

Lebensfrage. Deshalb müſſe jede Ungewißheit ſchwinden und es völlig klar werden zwiſchen Oeſterreich und Preußen."

Dieſe warme Anſprache fand in einer öſterreichiſchen Note vom 7. Februar eine kalte und ablehnende Antwort: „Der gegenwärtige Zuſtand der Herzogthümer ſey nur ein proviſoriſcher und deshalb müſſe jedem anderweitigen Rechtsanſpruch die freie Aeußerung zuſtehen." Am 12. März äußerte ſich die Kreuzzeitung: „Nichts könnte ſowohl für Oeſterreich als für Preußen, als für ganz Deutſchland erſprießlicher ſeyn, als die Allianz zwiſchen den beiden erſtgenannten Mächten. Mit Graf Rechberg konnte man darauf hoffen. Graf Mensdorff dagegen läßt kein Verſtändniß mehr erwarten. Man ſetzt von Wien aus alle Hebel in Bewegung, um Preußen zu ſchädigen und zu verläſtern, zumal durch die Preſſe von Madrid bis Petersburg. Wir ſind nicht gemeint, auf die Dauer den unglücklichen Freier zu ſpielen. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage nicht nur, auch die deutſche Frage konnte voll gelöst werden, wenn die Großmächte einig blieben. Aber Oeſterreich will nicht mit uns gehen. So gehen wir allein." Um dieſelbe Zeit regte die Norddeutſche allgemeine Zeitung die Reform des deutſchen Bundes wieder an, dieſer Gedanke wurde aber von der preußenfeindlichen Preſſe nur mit Hohn aufgenommen.

Weil unterdeß die Agitation für den Auguſtenburger in Holſtein fortdauerte und von dem öſterreichiſchen Statthalter zwar mißbilligt, aber nicht ernſtlich verhindert wurde und preußiſche Reclamationen desfalls erfolglos blieben, verordnete der König von Preußen am 11. März 1866, daß wer einer andern Autorität, außer dem im Wiener Frieden ſtipulirten Condominat in den Herzogthümern würde „gewaltſam Geltung verſchaffen wollen," ſolle mit 5—10 Jahren Zuchthaus beſtraft werden.

Eines Zwiſchenfalls muß hier noch gedacht werden, der zwar nicht unmittelbar auf den bevorſtehenden Krieg einwirkte, doch die Haltung des Wiener Kabinets charakteriſirt. Dieſes Kabinet hatte

durch Siſtirung der Reichsverfaſſung die Hoffnungen der Deutſch-Oeſterreicher zerſtört, überhaupt ſeinen deutſchen Unterthanen den Rücken gekehrt, um ſich liebkoſend den bisher trotzigen Ungarn zuzuwenden. Dieſe waren nun zwar in eine ariſtokratiſche und liberale Partei geſpalten, die erſte unter des Grafen Apponyi, die andere unter Deaks Führung, jedoch in ihren nationalen Forderungen ſo einig, daß ſie mehr verlangten, als der Kaiſer gewähren konnte, weshalb die Unterhandlungen ſich in die Länge zogen. Wie immer, wenn die Regierung mit dem deutſchen und ungariſchen Beſtandtheil der Monarchie nicht harmonirte, drängten ſich auch diesmal die Böhmen herbei, um durch ihren Eifer für die Regierung womöglich der ſlaviſchen Nationalität das Uebergewicht in der Monarchie zu verſchaffen. Nun war Miniſter Graf Belcredi das Schooßkind der czechiſchen Partei und im Vertrauen auf den Einfluß dieſes Miniſters machte die Partei verwegene Verſuche, die Deutſchen in Böhmen zu unterdrücken. Sie verlangte, in allen Schulen Böhmens, auch den deutſchen, ſolle die czechiſche Sprache gelehrt werden und als Landesſprache den Vorrang über die deutſche Sprache haben.

Am 29. März trug Rieger (ein fanatiſcher Czeche mit deutſchem Namen) beim Prager Landtage darauf an, daß die Univerſität czechiſirt und degermaniſirt werde. Der Regierungscommiſſär hatte nichts dagegen einzuwenden und die hohe böhmiſche Ariſtokratie, worunter auch große deutſche Herrn, die Fürſten von Fürſtenberg und Taxis, Graf von Weſtphalen ꝛc. ſtimmten zu. „Wie muß da, ſchrieb die oſtdeutſche Poſt, jedem Deutſchen die Schamröthe ins Geſicht ſteigen, wenn er in den Reihen der Czechen Namen findet, die der deutſchen Nation angehören, Söhne alter deutſcher Geſchlechter, die nicht einmal die Sprache verſtehen, für deren Oberherrſchaft ſie ſtimmen.“

Was Böhmen heute noch zu ſeinem Glücke fehlt, iſt, daß ſeine Germaniſirung noch nicht weiter vorgeſchritten iſt, Dank der Fahrläſſigkeit der Habsburger und dem Egoismus der böhmiſchen Ariſtokratie, der

czechiſche Sklaven lieber waren als freie deutſche Bürger und Unwiſſenheit lieber als Wiſſen. Am meiſten hat ſich das Metternichſche Syſtem verſündigt, indem es noch im 19. Jahrhundert das deutſche Element im Kaiſerreich vernachläſſigte und zurückſetzte, und dagegen das ſlaviſche, ungariſche und italieniſche begünſtigte.

Wenn man erwägt, daß es Abſicht war, im bevorſtehenden Kriege Schleſien von Preußen abzureißen, ſo fällt dadurch einiges Licht in die Träumerei von der Wenzelskrone. Schleſien gehörte wie Mähren früher zu Böhmen. Das Phantom jener heiligen böhmiſchen Krone tauchte vielleicht aus dem Nichts nur hervor, um einen Anſpruch Böhmens an Schleſien zu begründen, wie man gleichzeitig in Ungarn immer von der h. Stephanskrone ſprach, deren Träger Croatien und Siebenbürgen anzuſprechen haben. Bei alledem mußte es auffallen, daß das Miniſterium Belcredi das Slaventhum und ſeinen feindlichen Gegenſatz gegen das Deutſchthum ſo ſtark betonen ließ, in einem Augenblick, in welchem Oeſterreich im Bunde mit den Mittelſtaaten und im Namen des deutſchen Bundes unter Vortragung der deutſchen Fahne den Krieg gegen Preußen begann. Zugleich bewies es, wie ſehr die Parteien in Deutſchland in Theorien, Sonderintereſſen und Nebendinge verrannt ſind, daß ſie auf die Vorgänge in Böhmen ſo viel wie gar nicht Acht gaben. Wären ſie wirklich von einem großen deutſchen Nationalgefühl durchdrungen und erfüllt geweſen, ſo hätten ſie die czechiſchen Inſulten nicht geduldet. Die Wichtigkeit, welche Böhmen für Deutſchland hat, ſofern es von Südoſten her bis tief in die Mitte Deutſchlands hereinragt, iſt überhaupt von den ſonſt klugen und überklugen, lauten und überlauten Leuten, die ſich den Deutſchen als Wortführer aufdrängen, noch viel zu wenig, eigentlich noch gar nicht gewürdigt worden.

Als in Wien die Kriegspartei ſiegte, verrieth die geſammte ſüddeutſche Preſſe wenig Verſtändniß von dem, was man in Wien wollte. Auch die Preſſe der deutſchen Mittelſtaaten ſchloß ſich der

öſterreichiſchen in wüthendem Preußenhaſſe, in blinder Preußenverachtung an, ohne irgend die Folgen für Deutſchland zu bedenken, oder auch nur zu unterſuchen, ob der Feind, gegen den alles loszog, auch wirklich ſo haſſenswürdig ſey, ob man es mit der deutſchen Nationalität nicht am Ende in Berlin beſſer meine, als in Wien, und vor allen Dingen, ob es denn ſo gar leicht ſeyn würde, Preußen zu beſiegen. Nur die hiſtoriſch-politiſchen Blätter in München ſahen heller in die Zukunft und warnten, obwohl vergeblich. Dieſes achtbarſte Organ des katholiſchen Deutſchland äußerte ſich über den Preußenhaß derer, die als Renegaten der Gothaer Partei jetzt zur Camarilla in Wien gehörten, ſehr ungünſtig und ſagte: „Der Kaiſer hatte von Anfang an einen richtigeren Blick als ſämmtliche Führer und Wiener Marionetten der großdeutſch liberalen Partei, deren Wille zuletzt zu dieſem unſeligen Kriege den Ausſchlag gegeben hat.“ Band XV. S. 215.

Der politiſche Horizont verfinſterte ſich immer mehr. Man erfuhr preußiſcherſeits, Oeſterreich rüſte heimlich, kaufe Pferde auf, und ziehe allmälig drei Armeecorps theils bei Krakau, theils in Oberſchleſien und Mähren, theils in der nordweſtlichen Ecke von Böhmen zuſammen. Man forſchte daher. Ein preußiſcher Offizier, Graf Walderſee, wurde am 6. März in Prag verhaftet, weil er unter falſchem Namen Notizen über die militäriſchen Dislocationen in Böhmen geſammelt und ſogar in der Feſtung Thereſienſtadt von den Befeſtigungen ſollte Zeichnungen aufgenommen haben. Das letztere wurde entſchieden von der preußiſchen Preſſe geleugnet. Man nahm ihm in Prag nur ſeine Papiere ab und ſchickte ihn über die Grenze zurück. Gleichzeitig waren in Folge der czechiſchen Agitationen beim Landtag in Prag in mehreren innern Bezirken Böhmens Unruhen ausgebrochen. Das gemeine czechiſche Volk war gegen die verhaßten Juden und, weil die Juden dort durchgängig deutſch reden, zugleich gegen die harmloſen Deutſchen aufgehetzt worden, mißhandelte ſie und

plünderte deren Häuſer, ſo daß Militär einſchreiten mußte. Die öſterreichiſche Preſſe verſicherte, nur zu dieſem Zweck allein ſeyen militäriſche Bewegungen in Böhmen vorgenommen worden. Die preußiſche Preſſe aber wies darauf hin, daß die Concentrirungen kaiſerlicher Truppen gerade in den Grenzbezirken ſtattfinden, wo gar keine Judenkrawalle vorgekommen ſeyen.

Oeſterreich hatte ſeinen Entſchluß gefaßt und achtete nicht mehr auf die dringenden Vorſtellungen Preußens, es möge den Bürgerkrieg vermeiden. Ein perſönliches Schreiben des Königs von Preußen an den Kaiſer Franz Joſeph und ein anderes an den jungen König von Bayern blieben ohne Erfolg. Man hatte ſich in Wien und München in den Traum eingewiegt, man habe eine ſolche Uebermacht, daß Preußen nothwendig unterliegen müſſe. Man war geneigt, Venetien an Italien freiwillig gegen eine große Geldentſchädigung zu überlaſſen und dadurch Frankreich zu beſchwichtigen, während man Schleſien erobern und Oeſterreich damit für Venetien entſchädigen wollte. Am 11. März hielten die Marſchälle zu Wien einen Kriegsrath und am 15. wurde der Befehl erlaſſen, demzufolge große öſterreichiſche Truppenmaſſen ſich nach Böhmen bewegten. Die Zeitungen mußten rühmen, Oeſterreich allein bringe 800,000 Mann auf die Beine. Feldmarſchall-Lieutenant Benedek wurde zum Oberfeldherrn mit unumſchränkter Vollmacht ernannt. Um den ihm zugeneigten Bundesſtaaten einen Vorwand zum Kriege gegen Preußen zu geben und deren Truppen mit den öſterreichiſchen vereinigen zu können, unterrichtete Oeſterreich am 16. März dieſe Bundesſtaaten, es werde demnächſt beim Bundestage nach § 11. der Bundesakte eine Bundesexecution gegen Preußen beantragen.

So weit war Oeſterreich ſchon vorgegangen, als Preußen erſt am 19. März die Rüſtungen Oeſterreichs conſtatirte. Desgleichen die Rüſtungen Sachſens, denn das arme Sachſen hatte ſich vorſchieben laſſen und trotz aller gerechten Beſorgniſſe der Bevölkerung

nahm Miniſter von Beuſt eine kecke und herausfordernde Stellung ein. Miniſter von der Pfordten in Bayern, der für den Hauptagitator der antipreußiſchen Bewegung galt, war vorſichtiger, ſchonte die bayriſchen Truppen und übereilte ſich nicht, ſie ins Feld zu führen.

Am 24. März beſchwerte ſich Preußen in einem Rundſchreiben an die deutſchen Höfe über die bedrohlichen Rüſtungen Oeſterreichs, glaubte in dem allgemeinen deutſchen National- und Bundesintereſſe eine Bürgſchaft für Erhaltung des Friedens ſuchen zu müſſen und forderte zu einer Reform der Bundesverfaſſung, insbeſondere der Bundesheerverfaſſung auf, deren Schwerfälligkeit einer raſch eintretenden Gefahr nicht zu begegnen vermöge. Die Mittelſtaaten antworteten einfach mit Hinweiſung auf § 11. der Bundesverfaſſung, welcher jedem Bundesſtaat verbiete, den andern feindlich anzugreifen, und die Entſcheidung dem Bundestage vorbehalte. Die Antwort Sachſens war vom Grafen Beuſt auffallend ironiſch abgefaßt. Da nun Oeſterreich in ſeinem Stillſchweigen verharrte und ſeine Rüſtungen fortdauerten, verfügte Preußen am 28. März, ſeine zunächſt bedrohten Feſtungen in Schleſien und einſtweilen zwei Armeecorps in Kriegsbereitſchaft zu ſetzen. Hierauf erfolgte ſchon am 31. März von Seiten Oeſterreichs die Erklärung an Preußen: Sämmtliche umlaufende Gerüchte von öſterreichiſchen Rüſtungen ſeyen erlogen, Oeſterreich habe gar nicht gerüſtet und ſey weit entfernt von dem Gedanken, Preußen angreifen zu wollen. Es verlange daher, daß Preußen ſeine begonnenen Rüſtungen ſofort wieder einſtelle. Die Antwort Preußens lautete ablehnend: Preußen beabſichtige nicht entfernt, Oeſterreich anzugreifen, aber es ſey durch die öſterreichiſchen Rüſtungen gezwungen worden, ſich auf einen Angriff gefaßt zu machen, und ſeine Anordnungen hätten nur einen rein defenſiven Charakter. Es ſchenkte alſo den Verſicherungen Oeſterreichs keinen Glauben.

Alle Zeitungen waren überfüllt mit gegenſeitigen Anſchuldigungen

und absichtlichen Unwahrheiten. Das allgemeine Lügengewebe wurde noch verwickelter durch die Börsennachrichten, die auf Hausse oder Baisse spekulirten und demnach die Kriegsgerüchte dämpften oder steigerten. In den Mittel- und Kleinstaaten ließen sich die alten Neider Preußens und die gegen Bismarck erbitterten Liberalen zu der dummen Anschuldigung hinreißen, Graf Bismarck allein wolle Krieg und zwar Krieg um jeden Preis, um durch äußere Erfolge die Opposition im Innern zum Schweigen zu bringen. Er wolle, hieß es, für Deutschland werden, was Cavour in Italien, und suche sich daher auf Frankreich zu stützen, dem er das Saarbrücker Kohlenbecken als erste Abschlagszahlung abtreten wolle. Die preußischen Regierungsblätter erklärten dieses Gerücht für eine gemeine Lüge.

Preußen bewies gerade damals, daß es Deutschland gegen Frankreich schützen wolle. Das war der Sinn seines Antrags einer Bundesreform am 9. April, eingeleitet durch ein Umlaufschreiben vom 24. März. Graf Bismarck verlangte, die Bundesregierungen sollten einen Bundesreformplan entwerfen und einem neu einzuberufenden deutschen Parlament zur Berathung vorlegen. Das letztere sollte nicht aus Delegirten bestehen, sondern aus allgemeinen Wahlen auf breitester Grundlage hervorgehen und nur das passive Wahlrecht sollte Einschränkungen erleiden. Wie weit die Competenz des Parlaments gehen solle, wurde vorläufig nicht festgesetzt. Dieses Bismarck'sche Reformproject wurde von der Presse schlecht aufgenommen, sein patriotischer Sinn gar nicht verstanden. Wie Graf Bismarck das Berliner Abgeordnetenhaus behandelt hatte, ließ einem durch ihn einberufenen Parlamente wenig Hoffnung. Man staunte über seine Kühnheit, mit einem solchen Project hervorzutreten. Man nannte es ein Danaergeschenk und verwarf es, bis klügere Stimmen sich hören ließen, das Geschenk sey immerhin werthvoll, man solle es nur ergreifen und den kühnen Grafen in Berlin beim Wort nehmen.

Man glaubte, Preußen habe mit ſeinem Antrage nur einem ähnlichen Schritte Oeſterreichs beim Bunde zuvorkommen wollen. Aber Bismarcks Umlaufſchreiben vom 24. März ſprach es ſchon mit großer Klarheit aus, daß die Bundesreform nur das Mittel, der Zweck aber die Aufrechterhaltung der bisherigen Selbſtändigkeit Deutſchlands nach außen ſeyn ſolle. Das Umlaufſchreiben wies auf die Nothwendigkeit hin, den Stand der Bundesmilitärverhältniſſe zu verbeſſern und der preußiſchen Militärmacht einen raſchen und energiſchen Beiſtand von Seiten der übrigen Bundescontingente zu ſichern. Was Preußen für ſich fordere, fordere es nur für das geſammte Deutſchland, für das große Nationalintereſſe. „Das Schickſal Preußens würde das Schickſal Deutſchlands nach ſich ziehen, denn wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, würde Deutſchland an der Politik der europäiſchen Nationen nur noch paſſiv Antheil nehmen. Wenn der deutſche Bund in ſeiner jetzigen Geſtalt und mit ſeinen jetzigen politiſchen und militäriſchen Einrichtungen den großen europäiſchen Kriegen, die aus mehr als einer Urſache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen ſoll, ſo iſt nur zu ſehr zu befürchten, daß er ſeiner Aufgabe erliegen und Deutſchland vor dem Schickſale Polens nicht ſchützen werde.“ Die Weltgeſchichte wird Act davon nehmen, daß dieſe ernſten Worte faſt überall nur mit Hohn aufgenommen und gar nicht verſtanden wurden.

Es handelte ſich in der That um die größte Gefahr nicht blos für Preußen, ſondern für ganz Deutſchland. Sollte Oeſterreich einen Krieg gegen Preußen provociren, um dieſen ſeinen Nebenbuhler für immer zu demüthigen, vielleicht zu vernichten, und ließen ſich die Mittelſtaaten und die liberalen und demokratiſchen Parteien bethören, dazu mitzuwirken, ſo lag es auch im Intereſſe Rußlands, Dänemarks und Englands, die Seemacht Preußens in der Oſt- und Nordſee im Keime zu erſticken, ſo machte ſich Frankreich für ſeine Rückſicht auf Oeſterreich durch die preußiſche Rheinprovinz und durch eine Erneuerung

des Rheinbundes bezahlt, Preußen fiel dann unvermeidlich in die ruſſiſche Vaſallenſchaft. Oeſterreich ſelbſt, wenn auch ſiegreich, würde die Hegemonie in Deutſchland nicht erringen, denn Rußland würde ſein Schwert über das nordöſtliche, Frankreich über das ſüdweſtliche Deutſchland ausſtrecken. Die Elbherzogthümer würden ganz aus der deutſchen Machtſphäre hinausfallen, von einer deutſchen Marine würde keine Rede mehr ſeyn.

Dieſe Erwägungen rechtfertigen vollkommen Bismarcks mahnendes Rundſchreiben. Aber Neid und Parteileidenſchaft machten die Deutſchen blind.

In der Weſerzeitung las man folgenden Artikel aus München, 14. April. Ein Mitglied der öſterreichiſchen Geſandtſchaft äußerte ſich dieſer Tage: „Wenn Graf Bismarck glaubt, er habe Oeſterreich durch ſeinen Reformantrag am Bunde und durch ſein Bündniß mit Italien Schach geboten, ſo iſt er in arger Täuſchung; es koſtet dem öſterreichiſchen Kabinet nicht mehr Kühnheit, als der Reformantrag dem Grafen Bismarck, um binnen wenigen Tagen die preußiſchen Plane gründlich zu beſeitigen. Das öſterreichiſche Kabinet wird dieſe Kühnheit zeigen, wenn Bismarck nicht bald andere Bahnen einſchlägt. Wir überbieten Preußens Reformantrag mit der Forderung eines conſtituirenden Parlaments, dem wir einzig und allein in Bezug auf die Centralgewalt (d. h. die Hauptſache!) Beſchränkungen auferlegen, und ganz Deutſchland ſteht begeiſtert an unſerer Seite, ja ſelbſt die Regierungen der Mittelſtaaten, wenn ihnen auch die Kühnheit unſeres Plans nicht ſonderlich behagen mag; wir geben Italien Venedig und das Feſtungsviereck, ein höchſt unſicherer Beſitz, der uns weit mehr koſtet, als er einträgt. Das preußiſch-italieniſche Bündniß wird dadurch eine Todtgeburt, und das dann endlich bis zur Adria freie Italien, das uns ſchon einmal 600 Millionen geboten, übernimmt mit Vergnügen 1000 Mill. von Oeſterreichs Schulden, und wenn Oeſterreich, getrieben und entſchuldigt durch die Lage, einen kühnen

Griff in das Kirchenvermögen macht, hat es noch weitere 1000 Mill. Gulden und iſt dann in jeder Hinſicht befähigt, Preußen auf den Sand zu ſetzen.“ In der Wiener „Neuen Preſſe“ erſchien am 15. April ein Artikel, der daſſelbe Project guthieß.

Damit ſtimmt überein, was im Herbſt von einer gut unterrichteten Feder aus Baden geſchrieben wurde. In der „Badiſchen Antwort auf das Pamphlet über den angeblichen badiſchen Verrath“ wird mitgetheilt, es ſeyen, als noch niemand an Krieg dachte, von Seite Oeſterreichs an Bayern Anträge gemacht worden, die an einer Abſicht Oeſterreichs, einen Krieg zu provociren nicht zweifeln ließen. *)

Oeſterreich gab ſich einer verhängnißvollen Täuſchung hin. Kaum erſt nach dem Krimkriege zum Dank für ſein Vorgehen gegen Rußland von Frankreich verrathen und um die Lombardei gebracht, hoffte es von demſelben Frankreich Beiſtand gegen Preußen, da ſeine natürliche Politik doch nur der innigſte Bund mit eben dieſem Preußen ſeyn konnte. Halten beide deutſchen Großmächte zuſammen und ſchließen ſich ihnen die Mittelſtaaten an, ſo können ſie ein Heer von 1½ Millionen trefflicher Krieger ins Feld ſtellen. Wer in Europa vermöchte ihnen zu widerſtehen? Sie eroberten Schleswig, auf das ſie kein Recht hatten, ohne daß Rußland, England und Frankreich einen Widerſpruch wagten. Wenn ſie beſchließen, binnen einem

*) Indem der Verfaſſer die Beſchuldigungen Oeſterreichs gegen Baden zurückweist, ſagt er Seite 7: „Man war in Wien bereits daran, noch direkter die Niederlage von Königgrätz den Bayern in die Schuhe zu ſchieben, wenn nicht der angegriffene Staatsmann am 3. und 4. September nach Wien eine Antwort gerichtet hätte, die Andeutungen über weitere Mittheilungen und Schritte enthielt, welchen man in Wien doch aus dem Wege zu gehen ſuchte, weil dieſer Premier eben im Beſitze von Anträgen und Vertragsentwürfen erſchien, welche noch weiter als Felonie und Verrath gingen, da ſie zu derjenigen Zeit gemacht wurden, wo man laut und entrüſtet erklärte, an eine Friedensſtörung nicht im mindeſten zu denken.“

halben Jahre ſoll die Lombardei wieder öſterreichiſch ſeyn, ſo iſt ſie es. Wenn ſie beſchließen, die Donau bis ins ſchwarze Meer ſoll öſterreichiſch ſeyn, ſo iſt ſie es. Wenn ſie beſchließen, binnen ſechs Monaten ſoll kein Ruſſe mehr im Königreich Polen ſtehen, ſo ſteht keiner mehr drin. Das ungeheure Gewicht ihrer Kriegsſtärke drückt jeden Widerſtand nieder, woher er auch kommen mag. Oeſterreich kann alſo im Bunde mit Preußen das ganze untere Donauland beherrſchen und ſeinen ganzen alten Einfluß auf Italien wiedergewinnen und braucht ſich auch nicht im mindeſten vor einer Hand voll Magyaren und Czechen zu geniren. Wenn es dagegen ſich Preußen zum Feinde macht, ſo erhalten alle alten Feinde Oeſterreichs, Rußland, Italien, Frankreich und die Oppoſition der Magyaren und Czechen ein enormes Uebergewicht. Gleichwohl nahm Oeſterreich die Miene an, als habe es Preußen gar nicht nöthig, ärgerte, reizte und bedrohte Preußen. Eine kaum erklärbare Politik, da doch die trügeriſche Verlockung, Schleſien wieder zu gewinnen, die reellen Vortheile eines Bündniſſes mit Preußen in keiner Weiſe aufwiegen konnte. Die Wiener Burg war nicht gut berathen, als ſie den Magyaren und Czechen auf Koſten der Deutſchen ſo viel nachgab. Sie war noch übler berathen, als ſie Allianzen mit dem Ausland gegen die verbrüderte deutſche Macht ſuchte. Belcredi galt als fanatiſcher Czeche, Graf Mensdorff als ein Lebemann, der kaum zwei Stunden des Tags den Geſchäften widmete und ſich von den unzuſtändigſten Perſonen, von Nichtöſterreichern, von abgefallenen Gothaern berathen ließ, wie v. Gagern und v. Biegeleben aus Darmſtadt, v. Meyſenbug aus Kurheſſen, v. Wydenbruk, der auguſtenburgiſche Agent. Unter ſolchen Einflüſſen und unter dem Eindruck der ungariſchen und böhmiſchen Preſſion ſchien das Wiener Kabinet alle beſſere Beſinnung zu verlieren. Ungarn und Böhmen wetteiferten, dem Kaiſer alle ihre Streitkräfte gegen Preußen anzubieten, einen Krieg gegen Preußen als ungeheuer populär auszuposaunen und ſo viel möglich die deutſchen Oeſterreicher gegen die

deutſchen Preußen zu hetzen, damit ſich beide verbluten möchten und ſie ſelber ſpäter um ſo ſicherer ihr ſelbſtändiges magyariſches und czechiſches Reich gründen könnten.

Gleichzeitig erſchienen mehrere Geſchichtswerke, in denen die preußiſche Politik während des 7jährigen Krieges und des Basler Friedens in der gehäſſigſten Weiſe in Erinnerung gebracht wurde, um darzuthun, daß es die Hauptaufgabe der öſterreichiſchen Politik ſeyn müſſe, Preußen zu demüthigen, womöglich zu vernichten. Der Griffel der Geſchichte, beſtimmt, um Fürſten und Völker zu belehren und vor alten Thorheiten und Sünden zu warnen, wurde hier mißbraucht, um alten Haß zu ſchüren, alte Dummheit als Weisheit zu empfehlen. Die betreffenden Werke waren das Leben des Herzog Albrecht von Sachſen-Teſchen von v. Vivenot in Wien, und die Geheimniſſe des ſächſiſchen Kabinets, in Dresden erſchienen.

Einen ſeltſamen Eindruck machte es, daß, nachdem Oeſterreich dem jungen Prinzen in Paris ſeinen vornehmſten Orden, das goldne Vließ geſchickt hatte, Preußen ihm wetteifernd auch noch den ſchwarzen Adlerorden ſchickte (im März 1866). Leider ſollte das Kind von Frankreich daraus nicht die Einigkeit der beiden deutſchen Großmächte, ſondern das Gegentheil erkennen.

Unterdeß dauerte der heikle Notenwechſel zwiſchen Wien und Berlin fort. Am 7. April leugnete Oeſterreich ſeine Rüſtungen und ſpielte auf eine mündliche Aeußerung des Grafen Bismarck gegen den öſterreichiſchen Geſandten in Berlin, Grafen Karolyi an, wonach Bismarck ſich über den Gaſteiner Vertrag leicht hinwegſetzen zu wollen erklärt haben ſollte. Preußen antwortete am 15. April, es weiſe die Anſchuldigung Bismarcks als unwahr zurück, beharre dabei, daß Oeſterreich wirklich an den Grenzen gerüſtet habe, rechtfertigte dadurch ſeine Gegenrüſtungen und verlangte, wenn es Oeſterreich ernſt ſey, Preußen nicht angreifen zu wollen, ſo ſolle es auch zuerſt wieder abrüſten. Hierauf erwiderte Oeſterreich in kaum erwarteter Weiſe

entgegenkommend, es wolle am 25. ſeine Abrüſtung beginnen, wenn Preußen verſpreche, vom folgenden Tage an daſſelbe zu thun. Preußen erklärte ſich dazu bereit und ſo hoffte man, der Friede werde erhalten bleiben.

Am 21. April verwies auch der Bundestag den preußiſchen Bundesreformantrag an einen Ausſchuß und am 22. zeigten ſich die in Augsburg tagenden Miniſter der Mittelſtaaten einſtimmig geneigt, den preußiſchen Antrag nicht abzulehnen. Bismarcks Organ, die nordd. allg. Zeitung, ſchrieb am 24. zur Motivirung des preußiſchen Antrags: „Schon am Ende des Jahres 1862 aus Anlaß des Fürſtencongreſſes in Frankfurt hat die preußiſche Regierung erklärt, daß ſie nur in einer ‚aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung‘ die Bürgſchaft zu erblicken vermöge, daß nicht die wahren Bedürfniſſe und Intereſſen particulariſtiſchen Beſtrebungen zum Opfer gebracht würden. ‚Nur eine ſolche Vertretung,‘ heißt es wörtlich in der die Ablehnung der öſterreichiſchen Reformvorſchläge begründenden Denkſchrift des Kgl. Staatsminiſteriums vom 15. September 1863; ‚nur eine ſolche Vertretung wird Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutſchland zu Gute komme.‘ Kein noch ſo künſtlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann dies Spiel und Widerſpiel dynaſtiſcher und particulariſtiſcher Intereſſen ausſchließen, welches ſein Gegengewicht und ſein Correctiv in der National-Verſammlung finden muß. In dieſer Verſammlung, die aus dem ganzen Deutſchland nach dem Maßſtabe der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, ſo wenig wie außer Deutſchland, ſo auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen ſich innerlich loslöſenden Theil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in ſie eintreten. Die Intereſſen und Bedürfniſſe des preußiſchen Volks ſind weſentlich und unzertrennlich identiſch mit denen des deutſchen Volkes; wo dieſes

Element zu ſeiner wahren Bedeutung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine ſeinen eigenen Intereſſen widerſtrebende Politik hineingezogen zu werden. — Als etwas Neues, Unerwartetes kommt alſo auch dem Inhalt nach der Antrag, welchen die preußiſche Regierung nunmehr in der Bundesverſammlung geſtellt hat, nicht; er iſt nicht, wie man es von fortſchrittlicher Seite darzuſtellen ſucht, die Folge einer Wandlung der Anſichten des jetzigen Leiters der preußiſchen Politik, nicht ein bloßes Auskunftsmittel in einer ſchwierigen Verwicklung, ſondern der ſachgemäße, nicht blos von den Mitgliedern des gegenwärtigen Miniſteriums, ſondern von den preußiſchen Staatsmännern der verſchiedenſten Parteiſtellung gebilligte Ausdruck für die deutſche Politik Preußens. Graf Bismarck hatte nicht ſobald die Leitung des Miniſteriums übernommen, als er demſelben Ausdruck zu geben verſuchte, und iſt daher derſelbe bereits in den am 18. December 1862 der Bundesverſammlung übergebenen Ausſchußverhandlungen niederlegt."

Preußen machte dem Neunerausſchuß der Bundesverſammlung am 11. Mai in Bezug auf die Bundesreform noch nähere Mittheilungen. 1) Das deutſche Parlament ſollte in den Organismus des Bundes eingefügt und periodiſch einberufen werden. „Es wird durch dieſe Combinirung erzielt, daß die Beſchlußfaſſung der Nationalvertretung auf den dafür ſpeziell bezeichneten Gebieten der künftigen Bundesgeſetzgebung die bisher erforderliche Stimmeneinheit unter den Bundesgliedern zu erſetzen haben würde." 2) Zu jenen Gebieten gehören die im Artikel 64 der Wiener Schlußacte unter dem Namen „Gemeinnützige Anordnungen" zuſammengefaßten Materien: das Münz-, Maaß- und Gewichtsweſen, Civilprozeßordnung, Patentgeſetzgebung, Wechſelrecht ꝛc. 3) Dazu das Verkehrsweſen, Land- und Waſſerſtraßen, Eiſenbahnen, Telegraphen, Poſt, Waſſerzölle. 4) Freizügigkeit, Regulirung der Auswanderung im nationalen Intereſſe. 5) Zoll- und Handelsgeſetzgebung. 6) Schutz des deutſchen Handels

im Ausland und zur See. 7) Gründung einer deutschen Kriegsmarine mit den erforderlichen Kriegshäfen ꝛc. 8) Reviſion der Bundeskriegsverfaſſung zur beſſern Zuſammenfaſſung der deutſchen Wehrkräfte.

Am 7. Mai brachte die Kreuzzeitung einen vom Präſidenten von Gerlach verfaßten Artikel, der dringend zum Frieden mahnte und worin es hieß: „Dem berechtigten preußiſchen Berufe der Machtentfaltung in Deutſchland ſteht der eben ſo berechtigte öſterreichiſche Beruf der Machterhaltung in Deutſchland gegenüber. Dieſer Dualismus iſt der lebendige Grundcharakter, die reale Baſis der Verfaſſung von Deutſchland. Er hat Deutſchland fünfzig Jahre Frieden, blühenden Wohlſtand und Freiheit von fremder Einmiſchung verſchafft, Preußens Ehre und Macht iſt ein Kleinod nicht blos Deutſchlands, ſondern auch Oeſterreichs, und Oeſterreichs Ehre und Macht ein Kleinod Preußens. Jede Wunde Preußens iſt aber auch eine Wunde Oeſterreichs und jede Wunde Oeſterreichs eine Wunde Preußens. Krieg zwiſchen Preußen und Oeſterreich wäre ein grundverderblicher Krieg und würde, abgeſehen vom materiellen Unheil, ganz Deutſchland und insbeſondere Preußen und Oeſterreich in ihren weſentlichen Lebensorganen ſchwer, vielleicht tödtlich beſchädigen. Louis Napoleon würde wie Italiens, ſo auch Deutſchlands Lehensherr werden. „Morituri te salutant“ riefen nach Sueton Gladiatoren dem Kaiſer Claudius zu, als ſie zu ſeiner Beluſtigung einander zerfleiſchen ſollten.“

Nachdem Oeſterreich ſich am 25. April zur Abrüſtung bereit und Preußen ſeinerſeits dieſem Beiſpiel zu folgen erklärt hatte, erklärte Oeſterreich ſchon wieder, es könne nur im Norden abrüſten, nicht aber im Süden, weil Italien ſo große Rüſtungen an der Grenze von Venetien und Tirol mache. Dagegen erklärte wieder Preußen, wenn Oeſterreich nicht ganz abrüſte, werde es ebenfalls gerüſtet bleiben. Italien aber erklärte, es ſey ihm gar nicht eingefallen

zu rüſten, und auch Napoleon III., den man in Mitſchuld zog, leugnete, etwas von italieniſchen Rüſtungen zu wiſſen. Gern aber nahm Victor Emanuel die Erklärung Oeſterreichs zum Vorwand, um ſeine ſchon im Stillen begonnenen Rüſtungen jetzt ganz offen und im größten Maßſtab zu vollenden, verſicherte jedoch, er werde ſich nur vertheidigen, nicht angreifen. Miniſter Rouher ſprach ſich in demſelben Sinn in der franzöſiſchen Kammer aus. Unterdeß lehnte Oeſterreich am 26. April auch die von Preußen gemachten Vorſchläge in Bezug auf Schleswig-Holſtein ab und ſprach ſich ſo unverblümt für den Prinzen von Auguſtenburg aus, daß Preußen in dieſer Abweichung vom Gaſteiner Vertrage und Wiener Frieden die feindſeligſte Abſicht Oeſterreichs erkennen mußte. Das hatte nun zur Folge, daß von keiner Seite abgerüſtet, ſondern die Rüſtungen vielmehr bis zum äußerſten Maaß geſteigert wurden. Nun kamen auch die Mittelſtaaten in Bewegung und Sachſen begann zuerſt ſeine Rüſtungen, als ob es von Preußen bedroht wäre. Man war hier viel zu hitzig. Vergebens warnte der Magiſtrat von Leipzig, der am 5. Mai für Sachſen Neutralität verlangte. Preußen beſchwerte ſich, Sachſen rief am 5. Mai die Entſcheidung des Bundes an und der Bundestag erklärte ſich am 9. Mai mit zehn Stimmen gegen fünf für Sachſen. Schon am 2. Mai hatte die Wiener „Preſſe“ die Mittelſtaaten vor einem preußiſchen Uſurpationsverſuch gewarnt und geradezu eingeſtanden, Oeſterreichs ungeheuere Rüſtungen ſeyen gegen Preußen und nicht gegen Italien gerichtet, denn es komme ihm gar nicht darauf an, gegen eine gute Entſchädigung Venedig abzutreten, das ihm nur viel koſte und es beſtändig mit einem neuen Kriege bedrohe. Für Oeſterreich ſey es weit räthlicher, mit Hülfe Deutſchlands Preußen zu unterdrücken.

Das war ganz im Sinne des Plans, Venetien gegen Schleſien zu vertauſchen.

Ein Zwiſchenfall, der nur die Erhitzung der Gemüther in Deutſch-

land bewies, war der Mordverſuch auf Graf Bismarck, einen Tag nach der Rede von Auxerre am 7. Mai. Blind, ein junger Oekonom, der in Hohenheim bei Stuttgart ſtudirt hatte, Pflegeſohn eines 1848 berüchtigten und nach England geflohenen deutſchen Demokraten, reiste nach Berlin, lauerte dem Miniſterpräſidenten auf offener Straße auf und feuerte aus einem Revolver zwei Schüſſe von hinten auf ihn ab, ohne zu treffen. Der Miniſter, ein großer und ſtarker Mann, packte ihn und warf ihn nieder. Im Ringen konnte Blind den Revolver noch dreimal hart am Leibe ſeines Gegners abdrücken, was dem letztern jedoch nur Contuſionen verurſachte. Blind fand Gelegenheit, ſich in der nächſten Nacht den Hals durchzuſchneiden und ſtarb. Ein Brief von ihm beurkundete, daß er durch den Mord Bismarcks habe den Frieden erhalten und Deutſchland retten wollen. So wiederholte ſich hier abermals die ungeheure Verblendung Oskar Beckers. Junge Leute, die wirklich für Deutſchlands Einheit ſchwärmten, ließen ſich durch die Lügen derer, die um keinen Preis eine wollten, zum Fanatismus gegen die Einzigen entflammen, die eine nationale Einheit, Macht und Größe zu fördern geneigt und fähig waren.

Die Mehrheit des Berliner Abgeordnetenhauſes und die demſelben anhängende Fortſchrittspartei in Preußen ſah nur mit verbiſſenem Grimme der Entfaltung der preußiſchen Fahne zu. Nie ſtellte ſich eine Volksvertretung ein kläglicheres Armuthszeugniß aus, als die preußiſche, indem ſie dem eigenen Staat keine mächtige Stellung nach außen und keine Waffenehre mehr gönnen wollte, ſondern gleichſam mit dem ohnmächtigen Gekläff eines Hundes dem edlen Roß, das den vaterländiſchen Helden zum Siege trug, in die Ferſe beißen wollte. Das Abgeordnetenhaus bewilligte keinen Heller für die Armee. Es erkannte nicht einmal den rechtmäßigen und ehrenvollen Erwerb des Herzogthums Lauenburg für Preußen an, weil die Regierung das Haus nicht zuvor um Erlaubniß gebeten habe. So in der Abſtimmung am 3. Februar 1866. Als der Krieg mit

Oeſterreich unvermeidlich herannahte und der König von Preußen durch die zuerſt von Oeſterreich begonnenen Rüſtungen, durch die hartnäckige Feindſeligkeit und Ungerechtigkeit Oeſterreichs in Verweigerung deſſen, was Preußen mit Recht und zum Vortheile von ganz Deutſchland in den Elbherzogthümern zu fordern hatte, ſich zu Gegenrüſtungen gezwungen ſah, erklärten am 5. Mai alle vier Wahlbezirke von Berlin, der Belehrung des Juden Jacoby folgend, der Krieg, den Preußen beginnen wolle, ſey unberechtigt und unſittlich. Preußen habe gar kein Recht auf Schleswig-Holſtein, nur die Elbherzogthümer ſelbſt und das künftige Parlament hätten über die Zukunft der erſteren zu entſcheiden. Die Volkspartei ſolle den Krieg verwerfen und ihr ganzes Intereſſe wie bisher dem Kampfe gegen die Regierung zuwenden. Das hieß ein zweites Olmütz verlangen. Oeſterreich allein war viel mächtiger als Preußen und wurde noch durch die Mittelſtaaten verſtärkt. Oeſterreich wollte den Krieg und eben ſo begierig waren die Mittelſtaaten, von den Herrn v. Beuſt und v. d. Pfordten dazu angereizt. Nichts erſchien damals wahrſcheinlicher, als ein Sieg Oeſterreichs und der Mittelſtaaten über Preußen, und in einem ſo bedenklichen Momente wurde die Regierung vom Abgeordnetenhauſe nicht unterſtützt, ſondern im Stich gelaſſen und verhöhnt.

Auch in den Provinzen wehte dieſer Berliner Wind. Eine Volksverſammlung in Königsberg proclamirte am 9. Mai ebenfalls das Selbſtbeſtimmungsrecht der Schleswig-Holſteiner, verwarf die preußiſchen Anſprüche in den Elbherzogthümern und verwarf auch das von Graf Bismarck angekündigte deutſche Parlament. Die Einigung Deutſchlands ſey nicht auf dem Wege Bismarcks, ſondern nur auf dem der Freiheit zu erzielen. Die Volkspartei ſolle daher fortfahren, Bismarck zu bekämpfen. In ähnlichem Sinn richteten die Stadtverordneten in Königsberg, Stettin, Köslin, Kolberg, Magdeburg am 24. Mai grobe Adreſſen an den König, worin ſie einen

gründlichen Wechsel des Systems und der Personen der Regierung forderten. Der Ausschuß des Nationalvereins in Berlin erklärte am 14. Mai, Bismarck solle erst in der preußischen Verfassungsfrage nachgeben und die Volkspartei gewähren lassen, ehe er an ein deutsches Parlament und an eine deutsche Verfassung zu denken habe. Die letztere existire schon, nämlich die Reichsverfassung von 1849, von der allein Heil zu erwarten sey. In dieser Weise sah sich die preußische Regierung, indem sie zum Kriege gegen übermächtige Feinde rüstete, zugleich im Innern umheult von s. g. Volksvertretern, die, als ob sie im Bunde mit dem Feinde stünden, alles thaten, um die Regierung zu schwächen, das Heer zu entmuthigen.

Auch in den Mittelstaaten arbeitete der Nationalverein gegen Preußen. Seit Bismarck ein Parlament wollte, wollten es die nicht mehr, die es früher am hitzigsten reclamirt hatten. Der deutsche Liberalismus bewährte wieder seine unverbesserliche Ideologie, seine totale Unfähigkeit, eine Sache praktisch anzugreifen. Er schwärmte für das Parlament, so lange niemand da war, der es hätte verwirklichen können. Kaum trat ein Mann von Energie auf, der es verwirklichen konnte, so wendete sich alles von ihm ab. Man wurde an Schillers Worte erinnert:

> Da rufen sie den Geist an in der Noth
> Und grauet ihnen gleich, wenn er sich zeigt.

Die norddeutsche Zeitung, Bismarcks Organ, in ihrer Nummer vom 26. Mai beschuldigte Oesterreich, es habe sich über das Ministerium Bismarck keineswegs zu beklagen gehabt, welches vielmehr mit Oesterreich gegangen sey. Dieses gute Einvernehmen sey erst 1863 durch den plumpen Reformplan Oesterreichs gestört worden, der Preußen in eine untergeordnete Stellung habe herabdrücken wollen. Die ganze österreichische Politik dränge auf die Schwächung

Preußens hin und ſuche auf Koſten Preußens in Deutſchland eine Entſchädigung für das, was es in Italien verloren habe, oder noch ferner werde aufgeben müſſen. Zu dieſem Behufe reize Oeſterreich auch die deutſchen Mittelſtaaten gegen Preußen auf und weil man dort für den Prinzen von Auguſtenburg ſchwärme, ſchmeichle jetzt Oeſterreich der auguſtenburgiſchen Partei und begünſtige einen Prätendenten, deſſen Recht es früher nicht anerkannt und den es factiſch außer Beſitz geſetzt habe.

Siebentes Buch.

Diplomatie der Mittelstaaten.

Wenn der Krieg ausbrach, war die Theilnahme der Mittelstaaten für Oesterreich von großer Wichtigkeit, denn sofern sie nur Streitkräfte genug aufstellten, mußte Preußen sie abzuwehren suchen, konnte also nur weniger Truppen gegen Oesterreich selbst verwenden. Ihrer Zustimmung war Oesterreich diesmal ziemlich sicher. Sie waren nämlich wie Oesterreich selbst in der Täuschung befangen, Preußen werde ohne viele Mühe besiegt werden können. Sie rechneten auf eine Revolution in Preußen. Die Erbitterung gegen Bismarck in Berlin und in allen preußischen Provinzen war, wie sie meinten, so hoch gestiegen und die Abneigung in Preußen vor dem Kriege selbst im Heere so allgemein, daß es an einer Volkserhebung und am Sturze des Grafen Bismarck nicht fehlen könne, wodurch der ganze Krieg verhindert werden würde. Aber wenn er auch zum Ausbruch käme, zweifelten sie nicht, die Macht Oesterreichs schon allein sey der preußischen weit überlegen.

Hieraus erklärt ſich zweierlei, einmal daß die Mittelſtaaten in ſo übereilter Weiſe den Aufforderungen Oeſterreichs zur Kriegsdrohung, ja zur förmlichen Kriegserklärung gegen Preußen Folge leiſteten, und zweitens, daß ſie mit ihren Rüſtungen und der Vereinbarung und Durchführung eines Operationsplans ganz und gar nicht eilten und faſt unglaublich, ja ſträflich langſam damit vorgingen. Am meiſten muß man ſich darüber wundern, daß Hannover und Kurheſſen ſo eifervoll der öſterreichiſchen Kriegsluſt durch ihre Abſtimmungen am Bundestage dienten und doch für den Krieg nicht frühe genug rüſteten und ſich vom Ausbruch des Kriegs überraſchen ließen, da gerade ſie, zwiſchen den beiden Hälften Preußens eingekeilt, am nächſten bedroht waren. Sie hätten ſich entweder an die Feinde Preußens gar nicht anſchließen, oder ſich frühe genug ausreichend rüſten und, wenn ſie zu ſchwach waren, ſich noch rechtzeitig auf das Gebiet ihrer Bundesgenoſſen zurückziehen müſſen.

Der böſe Genius des blinden Königs von Hannover war ein Graf Platen aus Holſtein. Der vielgehaßte Graf Bories war nur ein ehrlicher Conſervativer, ſtrenger Bureaukrat und Verächter der liberalen Kundgebungen geweſen, daneben ein ausgeſprochener Feind Preußens, aber kein Intrigant. Durch „Intriguen niedern Ranges," wie ein ehrenwerther Ariſtokrat aus Hannover geſagt hat,*) kam Platen in die höchſte Gunſt, ſtellte ſich aber niemals der Kammer blos und wirkte immer nur „hinter den Couliſſen." Ihm geſellte ſich eine entſprechende Camarilla zu, welcher der König unglücklicherweiſe ſein Ohr lieh. Preußen bot dem König die volle Erhaltung ſeiner Souveränetät an, wenn er ſich dem preußiſchen Bundesreformplan anſchlöße. Man erfuhr, Oeſterreich habe dagegen dem König von Hannover die bündigſten Verſprechungen gemacht und ihm durch

*) Hannovers Schickſal vom Juni bis September 1866. Als Manuſcript gedruckt. Hannover, Helwing 1866.

den Prinzen Solms ein eigenhändiges Schreiben des Kaiſers überſandt, worin geſtanden habe: „Hannover wird nicht untergehen, ſo lange noch ein öſterreichiſcher Soldat auf den Beinen ſteht.“ Das glaubten nun die guten Hannoveraner. Erſt hinterdrein hat man geſagt, ein ſolcher Brief des Kaiſers und ein ſolches Verſprechen habe gar nicht exiſtirt und das Gerücht davon ſey nur ausgeſtreut worden, um die Hannoveraner zu beruhigen. Wahr iſt, daß am 16. März Oeſterreich die ihm vertrauten Mittelſtaaten bereits inſtruirte, es werde die Frage der Elbherzogthümer, unbekümmert um den Gaſteiner Vertrag, dem Bunde zur Entſcheidung zuweiſen, und ſofort, da ein Conflict mit Preußen nicht ausbleiben könne, die Aufſtellung von einem Bundesarmeecorps fordern. Von Hannover wird am Schluſſe dieſer öſterreichiſchen Note gehofft, daß es zuſtimmen werde. Der Prinz Solms kam erſt am 20. Mai nach Hannover mit dem Auftrage, die noch in Holſtein verweilende öſterreichiſche Brigade Kalik für den Kriegsplan dem König von Hannover zur Verfügung zu ſtellen.

Unter die zahlloſen Lügen, welche ſpäter die antideutſche Hydra gegen Preußen ausſpie, gehörte auch die, Preußen habe den König von Hannover erſt von Rüſtungen abgehalten und dann plötzlich überfallen. Aus den preußiſchen Depeſchen und aus den Antworten des Königs von Hannover und des Grafen Platen iſt nun*) unwiderleglich nachgewieſen, daß Preußen den König von Hannover keinen Augenblick in Zweifel gelaſſen hat, welche Gefahr er laufe, wenn er ſich der kriegsluſtigen Partei anſchlöſſe. Hannover erklärte wiederholt, es wolle ſich neutral verhalten. Preußen fügte ſich darein, drängte den König von Hannover nicht zu einem Bündniß, ſondern verlangte nur, Hannover ſolle, wenn es neutral bleiben wolle, ſeine Armee im Friedensſtande laſſen und nicht rüſten. Dennoch behielt der König

*) Die Verhandlungen zwiſchen Preußen und Hannover. Berlin 1867.

von Hannover, als die neuen Rekruten in die Regimenter eintraten, die ganze alte Mannſchaft zurück und ließ die ſ. g. Reſerviſten, die ſonſt um dieſe Zeit beurlaubt wurden, diesmal nicht fort. Preußen erklärte ſogleich, wenn er wolle, daß ſeine Neutralität von Preußen anerkannt würde, habe er ſofort die Reſerviſten zu entlaſſen. Dieſe Erklärung gab der preußiſche Geſandte am 10. April perſönlich ab und König Georg „war voll Danks für dieſe freundliche Eröffnung," gab ihr aber keinerlei Folge, ſondern unterhandelte mit Oeſterreich, welches die Brigade Kalik aus Holſtein zurückziehen und mit 6000 holſteiniſchen Freiwilligen ein Lager bei Stade beziehen laſſen wollte, um ſich hier mit der hannöverſchen Armee zu vereinigen. Dann wollte man mit 50,000 Mann wo möglich gegen Berlin operiren. Schon in den erſten Tagen des Mai wurden 10,000 neue Gewehre von Hannover nach Stade geſchickt und die Beurlaubten der letzten drei Jahrgänge einberufen. Graf Bismarck ſchrieb ſofort am 9. Mai eine Depeſche nach Hannover, worin es hieß: „Es hätte in der Hand der hannövriſchen Regierung gelegen, durch einen entſchiedenen Anſchluß an uns oder wenigſtens durch eine wirkliche und loyale Neutralität uns die Möglichkeit zu geben, ſeine Intereſſen mit den unſrigen zu vereinigen. Wenn ſie ſtatt deſſen vorzieht, durch ihre Haltung den letzten und entſcheidenden Druck auf uns auszuüben, und uns dadurch zu zwingen, nur noch unſere Sicherheit zu Rathe zu ziehen, und auch auf dem Gebiete deutſcher Reformbeſtrebungen jede Rückſicht auf bisher gemeinſame Prinzipien fallen zu laſſen, ſo müſſen wir ihr die ganze Verantwortlichkeit für die unausbleiblichen Folgen zuſchreiben." Graf Platen antwortete am 14., wenn der Krieg wirklich ausbräche, wünſchte Hannover neutral zu bleiben und ſey bereit, wegen der Neutralität mit Preußen zu unterhandeln, aber nur für dieſen Kriegsfall, ſofern alsdann „die Grundſätze des deutſchen Bundesrechts ihre thatſächliche Geltung nicht mehr finden würden." Hannover wollte ſich alſo bis zum letzten Augenblick das Rüſtungsrecht vorbehalten gemäß

ſeinen Verpflichtungen gegen den Bund, ſo lange der Krieg noch nicht begonnen habe. Preußen verlangte eine beſtimmtere Erklärung und warnte abermals, Hannover möge doch ja „nicht auf die Niederlage Preußens ſpekuliren, indem Hannover in dieſem Falle leicht zu Compenſationen benutzt werden könnte.“ Der preußiſche Geſandte drängte, wurde aber hingehalten und unterdeß wurde das verleumderiſche Gerücht verbreitet, Preußen habe einen Vertrag mit Frankreich abgeſchloſſen, dem zufolge die Rheinlande an Frankreich, Hannover und Sachſen dagegen an Preußen fallen ſollen. Eine Depeſche des Grafen Bismarck vom 28. Mai erklärte dieſes Gerücht ſogleich für eine Lüge. Allein Hannover ließ ſich auf keine Verſtändigung mit Preußen mehr ein. Der Stadeſche Plan wurde als zu gewagt aufgegeben, aber der Entſchluß, an Oeſterreichs Seite den Krieg zu führen, feſtgehalten. Nachdem Hannover ſchon am 14. Juni zu dem verhängnißvollen Bundesbeſchluß mitgeſtimmt hatte, der den Krieg unvermeidlich machte, ſchlug Preußen am folgenden Tage in einer unter dieſen Umſtänden ſtaunenswürdigen Langmuth dem König von Hannover noch einmal einen Vergleich vor und ſicherte ihm ſeinen Beſitzſtand und ſeine Souveränetätsrechte zu unter einziger Bedingung der Abrüſtung und des Anſchluſſes an den preußiſchen Bundesreformantrag. Hannover antwortete am nächſten Tage, 16. ablehnend.

Mithin hat Preußen ſeinerſeits die größte Aufrichtigkeit und großmüthigſte Schonung gegen Hannover bewieſen und waren die ſpäteren Anſchuldigungen, es habe Hannover überraſcht, eben ſo erlogen, wie die von der Vertauſchung der Rheinlande, durch die man Preußen des Verraths an der deutſchen Nation zu bezüchtigen die Stirne hatte, während grade in Wien die Vertauſchung Venetiens gegen Schleſien eifervoll gewünſcht und deshalb der Hof der Tuilerien beſchmeichelt wurde.

Die Verblendung war ſo groß, daß man nur von Siegen träumte und ſogar ſchon die Beute vertheilte. Was mehrere Zeitungen

bereits vorſchlugen, wurde ſpäter durch Actenſtücke beſtätigt, die man in Hannover und Frankfurt gefunden hat. Eine Landkarte war im voraus verfertigt worden, wonach Preußen verlieren ſollte: Schleſien an Oeſterreich, Thüringen an Sachſen, einen Theil Weſtphalens an Hannover, Henneberg an Meiningen, das Eichsfeld an Kurheſſen, Rheinpreußen an Naſſau, Darmſtadt und Bayern, Hohenzollern an Württemberg.

In Kurheſſen war die Mißregierung ſchon aus dem vorigen Jahrhundert geerbt, in welchem der Landgraf ſeine Unterthanen Stück für Stück für hundert Thaler als Soldaten ans Ausland verkaufte. Als Wilhelm I., der alte Kurfürſt, nach Napoleons Sturz reſtaurirt wurde, behielt er nicht nur den altmodiſchen Titel Kurfürſt bei, welcher, da es jetzt nichts mehr zu küren gab, auch nicht mehr in die Zeit paßte, ſondern er führte auch Puder und Zöpfe wieder ein und war ein entſetzlicher Geizhals. Sein Sohn und Nachfolger Wilhelm II. brachte monatelang an der Spielbank in Baden-Baden zu und ſeine ganze Regierung war eine Reihe von Scandalen (Drohbriefe, Maitreſſenwirthſchaft ꝛc.). Unter deſſen Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm I. hat ſich die Mißregierung womöglich noch geſteigert. Sein Miniſter Haſſenpflug, der lutheriſche Frömmelei zur Schau trug, diente nur dem katholiſchen Oeſterreich gegen das proteſtantiſche Preußen. Die innere Tyrannei, Verfaſſungsbruch ꝛc. wäre nicht möglich geweſen, wenn der Kurfürſt nicht immer von Wien aus geſchützt worden wäre. Oeſterreich hatte dabei nur die Abſicht, Heſſen gegen Preußen zu hetzen, denn Heſſen und Hannover dienten ihm als Pfahl im Fleiſche Preußens. Oeſterreich wollte um jeden Preis die Kleinſtaaterei gegen die immer auf Preußen ihre Hoffnung ſetzenden Einheitsbeſtrebungen aufrecht erhalten.

Die kurheſſiſche Mißregierung wurde hauptſächlich von der demokratiſchen Partei ausgebeutet. Eine ſolche Fürſtenwirthſchaft war in der That geeignet, auch den ruhigſten Bürger abzuſchrecken, oder

zu erzürnen, ſo daß ihm ſchweizeriſche und nordamerikaniſche Zuſtände annehmlicher erſcheinen mußten, als die Koſtſpieligkeit und Nichtswürdigkeit deutſcher Winkelmonarchien. Oeſterreich und der kleinſtaatliche Particularismus hatten aber nur Furcht vor Preußen, nicht vor der Demokratie und ließen dieſe letztere gern gewähren. Nur im Jahr 1862, als Oeſterreich mit dem Liberalismus kokettirte, hinderte es Preußen nicht, endlich dem Wahnſinn, der in Kaſſel mit einem abermaligen Verfaſſungsbruche drohte, durch den bekannten „Feldjäger" ein Ziel zu ſetzen. Im Ganzen aber gewannen die Stände kein Terrain und Kurheſſen konnte aus ſeiner langen Drangſalirung erſt durch die großen Erfolge Preußens im Kriege erlöst werden. Der Kurfürſt gab nur ſcheinbar dem Drängen Preußens nach und ließ die Stände in ſtets vergeblicher Erwartung zappeln. Niemals iſt ein edler deutſcher Volksſtamm für ſeine lange Treue und Geduld von ſeinen Fürſten mit ſchnöderem Undank belohnt worden und wenn es noch eines Zeugniſſes bedürfte, wie gewiſſenlos das alte Metternichſche Syſtem und der davon unzertrennliche Bundestag geweſen iſt, ſo würde es die lange Duldung beweiſen, welche jenes volksverachtende Syſtem dem Hofunfug in Kaſſel hat angedeihen laſſen.

Nicht ganz ſo grell trat die Mißregierung im Herzogthum Naſſau an den Tag. Daß der Herzog ſich um die Stände nicht kümmerte, wäre weniger aufgefallen, denn andere Fürſten thaten es auch nicht. Aber das Volk in Naſſau litt ökonomiſch außerordentlich durch die Verſchwendungen eines Hofes, der ſich das halbe Land als Domäne angeeignet hatte und damit den eigenen Unterthanen Concurrenz machte. Eine Staatswirthſchaft ohne Gleichen, gegen die ſchon der berühmte preußiſche Miniſter, Freiherr von Stein, als naſſauiſcher Ritter vergebens proteſtirte.*)

*) In Oppermanns Flugſchrift „Freiherr Karl v. Stein und das Kleinſtaatenthum" leſen wir, daß in dem kleinen Herzogthum die jährliche

Die freie Stadt Frankfurt am Main hatte während der langen Dauer der deutſchen Bundesverfaſſung als Sitz des Bundes-

---

Ausgabe für auswärtige Angelegenheiten allein im Jahr 1864 212,000 fl. 15 kr. betragen habe. Welche Lächerlichkeit, daß ſo ein Zwergſtaat Geſandtſchaften im Ausland unterhält, und welche Rückſichtsloſigkeit gegen die armen Unterthanen! Da die ſtaats- und volkswirthſchaftliche Monſtroſität im Herzogthum Naſſau einzig in ihrer Art iſt, verdient ſie genauer bekannt zu werden. Oppermann bemerkt: „In Naſſau beſchäftigte ſich das Volk bisher vorzugsweiſe mit der Erzeugung von Holz, Getreide, Wein und der Gewinnung von Bergwerksprodukten; außerdem wurde daſſelbe durch das Vorkommen ſo vieler Thermen und Mineralquellen — man zählt deren in Naſſau nicht weniger als 135 — angewieſen, in der Ausbeutung der letzteren eine vorzügliche Nahrungsquelle zu ſuchen. Die Domaine begnügte ſich nicht damit, an dieſen verſchiedenen volkswirthſchaftlichen Thätigkeiten ‚Antheil‘ zu nehmen: — ſie nahm einen Zweig derſelben (Mineralwaſſerdebit) monopoliſtiſch vollſtändig in Beſchlag und trat bezüglich der anderen, in Folge ihres großen ‚Beſitzes‘, ihrer bedeutenden ‚Hülfsmittel‘ und der ihr mehr oder weniger zur Verfügung ſtehenden ‚Staatsanſtalten‘ und ‚Staatsdiener‘, vorab der Forſt- und Finanzbeamten, derartig wuchtig concurrirend auf, daß ſie auf den ‚Markt‘ und die ‚Preiſe‘ nicht blos Einfluß gewann, ſondern dieſelben nicht ſelten geradezu ‚beherrſchte‘. Wenn alſo — einestheils die Domaine durch ihren ‚Beſitz‘ die ergiebigſten Ländereien der wirthſchaftlichen Thätigkeit des Volks vorenthielt, anderntheils dem letztern — mit koloſſalen Kräften und unterſtützt von der ganzen Staatsmaſchine, in ihrer Eigenſchaft als Bergwerksbeſitzer, als Badewirth, als Wein-, Frucht-, Holz- und Mineralwaſſerhändler in den wichtigſten Branchen des Verkehrs die großartigſte und verderblichſte Concurrenz machte — war es da ein Wunder, daß die Population ſo langſam anwuchs; daß die Auswanderung ſo ſtarke Dimenſionen annahm; daß die Vermehrung des Nationalwohlſtandes weder mit den natürlichen Quellen des Reichthums noch mit der Entwicklung anderer Staaten irgendwie im Verhältniß ſtand! — Waren Brod und Holz billig — ſo mußte dies der ‚Domaine‘ ‚ſehr fatal‘ ſeyn — ſie wollte ja aus ihren Frucht- und Holzvorräthen ‚hohe Einnahmen‘ ‚machen‘; waren Brod und Holz theuer — ſo

tages große Vortheile genoſſen und wenn der Senat deshalb in unverbrüchlicher Treue und Ergebenheit den Winken aus der Wiener Burg gehorchte und dem Metternichſchen Syſtem, durch welches der Bundestag allein geſchaffen war und allein erhalten werden konnte, eifervoll anhing, ſo war das nur pflichtſchuldige Dankbarkeit. Daß ſich auch die Wiener Judenwirthſchaft und Judenpreſſe in der Frankfurter abſpiegelte, war ganz natürlich. Wer hätte es ferner den reichen Frankfurtern verdenken ſollen, wenn ſie mit den vielen Diplomaten in der Bundesſtadt, namentlich mit den einflußreichen, gern Geſchäfte machten, gern ihre Protection ſuchten, gern eine gewiſſe Vertraulichkeit von ihrer Seite mit glänzenden Diners und eleganten Aufwartungen erkauften, wenn der Geldſack dem Ordensſtern nachlief und der Ordensſtern auch wieder dem Geldſack. Frankfurt iſt eine rührige Stadt und hat rechtſchaffene Bürger von Alters her, aber das damals herrſchende Geldprotzenthum mit ſeinen diplomatiſchen

---

waren die Zeiten für ſie ‚ſehr angenehm‘ — — ihre Beutel füllten ſich ja ſtattlich mit den vom Volk in Kummer und Noth aufgebrachten Gulden. Welch ein unheilvoller, welch ein unnatürlicher Zuſtand! Litt das Volk, das außerdem ſtets den Stachel des ihm in der Domaineneigenthumsfrage zugefügten Unrechts lebhaft und bitter empfand, ſo gingen die ‚Geſchäfte‘ des Regentenhauſes flott. Und dieſes durch die Geſchäfte der eigenen Herrſcherfamilie in ſeinem Erwerb ſo ungemein gehemmte Volk mußte von Jahr zu Jahr mehr Steuern aufbringen. Zu den alten, an und für ſich ‚fehlerhaften‘ und außerdem in der Praxis ſo ungleich vertheilten Steuern trat die Beſteuerung des Biers und des Branntweins. Namentlich wurde die Gewerbeſteuer, die dem Handwerkerſtand fortwährend zu den heftigſten Beſchwerden Anlaß gab, zu einer ‚Schraube ohne Ende‘. Die Stempelerhöhungen waren ſchon 1816 von Stein als eine ‚für die Armuth drückende, unerträgliche Laſt‘ bezeichnet worden; die naſſauiſche Regierung ſuchte jedoch die Stempelgelder immer mehr in die Höhe zu treiben — — während ſie 1856 erſt 232,276 fl. betrugen, erreichten ſie 1864 ſchon die Summe von 418,160 fl. Die Steuern in Naſſau waren höher als die in Preußen.“

Affectationen und mit ſeiner Judenpreſſe ſchändete den altreichsſtädtiſchen Charakter und gab ſich zum verächtlichen Werkzeuge der ſchlechteſten Politik her, die zwar immer von der Wiener Leitung des Bundestags unzertrennlich geweſen war, im letzten Stadium der Bundeszeit aber eine moraliſche Häßlichkeit offenbarte, wie man ſie vorher kaum für möglich gehalten hätte. Um nämlich die Unnatur der Bundesverfaſſung und die öſterreichiſche Leitung des Bundes trotz der für Oeſterreich ſelbſt ſo verhängnißvollen Mißregierung in Wien zu verewigen, legte die diplomatiſche Agitation und die inſpirirte, tonangebende Preſſe in der Bundesſtadt die letzte Scham ab, und verband mit dem Extrem von Läſterung und Lügenhaftigkeit in den Ausſchleuderungen ihres Kothvulkans gegen Preußen zugleich den Unverſtand, an den Sieg einer ſolchen Tendenz, wie die ihrige, zu glauben, und das ſittliche Gericht, das über ſie kommen mußte, nicht zu fürchten.

Das Königreich Sachſen hatte ſich, wie es ſchien aus alter Gewohnheit, ganz an Oeſterreich angeſchloſſen. Wir haben niemals glauben können, daß der ſo ernſte und verſtändige König Johann ſich einzig durch die Schönrednerei des Herrn von Beuſt zu einer Politik habe überreden laſſen, die für ein proteſtantiſches, hochgebildetes und Preußen ſo nahe liegendes Land jedenfalls unnatürlich war und unzuträglich werden mußte. Dagegen belehrte uns die Geſchichte, wie zähe die ſächſiſche Dynaſtie, ſeitdem ſie im proteſtantiſchen Lande katholiſch wurde, an den katholiſchen Traditionen hängt, die es mit dem katholiſchen Großſtaat verknüpfen. Die Furcht, von Preußen verſchlungen zu werden, erſchien ſeit der Theilung von 1815 gerechtfertigt. Wenn man nun aber zu ſchwach iſt, um ſich gegen einen mächtigern Nachbar vertheidigen zu können, iſt es gefährlich, denſelben zu reizen, indem man ſich mit deſſen Feinde verbündet. Das proteſtantiſche ſächſiſche Volk iſt dem ſchleſiſchen und brandenburgiſchen Nachbar nahe verwandt, dem böhmiſchen gar nicht. Seine Sprache,

ſeine Bildung, ſein Glauben, ſeine gewerblichen Intereſſen ziehen es zur Gemeinſchaft mit Preußen hin, nicht mit Oeſterreich. Sachſen war im gleichen Falle wie Mecklenburg, welches ſeit faſt zwei Jahrhunderten unter preußiſchem Schutz ſein dynaſtiſches Intereſſe, ſeine ſelbſtändige Verwaltung, ſein altes Recht, Sitte und Herkommen ungekränkt bewahrt hat. Das Beiſpiel Mecklenburgs nachzuahmen, wäre Sachſens natürliche Politik geweſen.

Inzwiſchen triumphirte am ſächſiſchen Hofe die Politik des Herrn von Beuſt. Wir haben ihn einen Schönredner genannt, weil wir in der That ſonſt nichts an ihm zu rühmen wiſſen. Wenn es nur Redensarten in der deutſchen Welt gäbe, nur Kammerreden und ſchön ſtyliſirte Depeſchen, und nicht auch Blut und Eiſen, ſo könnte ſich Deutſchland geehrt fühlen, dem Herrn von Beuſt die Kaiſerkrone anzutragen. Da nun aber Deutſchland noch nicht ganz von der Phraſe erobert iſt, da die Phraſe im Gegentheil, wie niemand mehr wird leugnen können, die preußenfeindlichen Höfe verblendet und über die Thatkraft Preußens getäuſcht hat, ſo kann man Herrn von Beuſt von ſeiner Schuld an dem Unglück, in welches er den König Johann hat hineinführen helfen, nicht ganz frei ſprechen.

Im Königreich Bayern war der vielgeliebte König Maximilian II. noch im beſten Lebensalter plötzlich am 10. März 1864 geſtorben. Dieſer Herr hatte ſich mit Vorliebe der ſchleswig-holſteiniſchen Frage gewidmet und ſeinen Miniſter, den Herrn von der Pfordten, beauftragt, das Erbrecht des Prinzen von Auguſtenburg als Staatsrechtslehrer in einer gründlichen Expoſition und als Vertreter Bayerns am Bundestage geltend zu machen. Ihn leitete dabei das reinſte Wohlwollen für die Holſteiner und Schleswiger, mit denen ſein Vertrauter, der nunmehrige General v. d. Tann, einſt gegen die Dänen gekämpft hatte. Im Uebrigen konnte er als Regent des erſten und größten unter den deutſchen Mittelſtaaten nicht wohl eine andere, als mittelſtaatliche Politik befolgen. Die Vermehrung der deutſchen Klein-

ſtaaten durch einen neuen nordalbingiſchen Staat mußte ihm lieber ſeyn, als jede andere Entſcheidung über die Herzogthümer. Nun verſtand es grade Herr von der Pfordten, mit großer, lange geübter Virtuoſität, trotz aller entgegen ſtehenden Schwierigkeiten, immer wieder die ſ. g. Triasidee geltend zu machen. Das lockere Conglomerat der Mittelſtaaten ſollte ſich nämlich, zu immer größerer Bedeutung erwachſend, zwiſchen Preußen und Oeſterreich einſchieben, indem es deren Rivalität nährte.

Eigentlich hätte ſich nun Bayern immer nur lauernd und neutral zu den mit einander hadernden deutſchen Großmächten ſtellen ſollen, es neigte aber mehr Oeſterreich zu als Preußen und darin liegt der ſicherſte Beweis, daß v. d. Pfordten Preußen für mächtiger und aggreſſiver hielt, als Oeſterreich. Nur weil er bei Preußen ſchon ein Uebergewicht der Stärke erkannte, legte er das Gewicht Bayerns in die Wagſchale Oeſterreichs.

Ludwig II., Sohn und Nachfolger des verewigten Maximilian, war bei ſeiner Thronbeſteigung erſt neunzehn Jahre alt. Dieſer junge liebenswürdige König galt im Anfang nicht für den, der über die bayriſche Politik verfüge. Er wurde nicht einmal von ſeinem greiſen, damals in Italien verweilenden Großvater berathen. Er ließ das Miniſterium gewähren, ſeine Neigungen waren einer Welt der Harmonieen zugewendet und nicht dem diplomatiſchen Schachſpiel auf der Landkarte des deutſchen Bundes. Der ſächſiſche Componiſt Richard Wagner, der berühmte Gründer der ſ. g. Zukunftsmuſik, hatte mit ſeinen Opern ihm das Herz abgewonnen. Die Anmaßung und Habſucht des großen Künſtlers, ſein Verſuch, alte demokratiſche Freunde in einflußreiche bayriſche Aemter zu bringen, und die Hoffahrt, mit welcher er auf das bayriſche Volk herunter ſah, führten eine ſolche Aufregung im Volk herbei, daß er München verlaſſen mußte und nach der Schweiz ging, immer aber noch mit dem König in Verbindung blieb. Unterdeß war Herr v. d. Pfordten das Factotum der aus-

wärtigen Politik Bayerns und ſchloß ſich in der mittelſtaatlichen Politik eng an Herrn von Beuſt in Dresden an, deſſen hitziger Eifer übrigens ſeiner ruhigen Beſonnenheit zur Folie diente. Beuſt konnte ſich nicht frühe genug in den Krieg ſtürzen, er betrieb die Mobiliſirung der ſächſiſchen Armee ſchon in dem Augenblick, als Oeſterreich rüſtete, lange bevor in Preußen gerüſtet wurde. V. d. Pfordten verzögerte die bayriſchen Rüſtungen. Das Natürlichſte ſchien im Frühjahr 1866 für Bayern wie für die Mittelſtaaten überhaupt eine bewaffnete, eine aufmerkſame Neutralität zu ſeyn, aber nicht eine blinde Parteinahme. Die bayriſche Parteinahme war nun freilich nicht ganz ſo blind, wie die hannöverſche und ſächſiſche. Bayern zauderte, wog die Opfer ab, die es bringen ſollte, rechnete mit Oeſterreich.

Im Königreich Württemberg war die Stimmung feindlich gegen Preußen. Der hochſelige König Wilhelm I. hatte zwar im Jahr 1840 ſeine Politik in der deutſchen Frage in einer Weiſe klar und beſtimmt gezeichnet, welche Preußen ſo günſtig als immer möglich war*). Allein er ſelbſt war ſpäter davon wieder abgegangen und

*) Der König ſchrieb an einen hohen Verwandten:

„Stuttgart den 28. März 1842. Aus Ihrem Briefe, der dem Bericht beilag, erſehe ich, daß Tettenborn dem Blittersdorf die nämlichen Nachrichten gegeben hat, welche mir Latour ſchon vor einiger Zeit mittheilte; aus beiden geht das lebhafte Intereſſe hervor, uns mit Preußen zu entzweien, indem ſie uns mißtrauiſch machen. Es kann durchaus nicht in dem wohlverſtandenen Intereſſe von Preußen liegen, Süddeutſchland zu ſchwächen, denn es würde diejenigen Hülfsmittel verringern, auf welche es nothwendigerweiſe zugewieſen iſt; dies ſind öſterreichiſche Inſinuationen, die Blittersdorf durchſchauen muß, wenn er ſich nicht mit Wiſſen täuſchen will. Preußen ſteht und fällt mit Süddeutſchland, nicht ſo Oeſterreich, dem alles an der Schwäche von Deutſchland liegt, um es deſto bequemer für ſeine Privatzwecke benutzen zu können. Ich bin nicht blind für die wirklichen Fehler der preußiſchen Politik, aber in Hauptſachen ſind ſie gezwungen, im deutſchen Intereſſe zu handeln — nicht ſo Oeſterreich — und wenn ich noch

hatte ſich im Jahr 1850 entſchieden Oeſterreich zugewandt, hauptſächlich, weil er beſorgte, Preußen könnte von Hohenzollern aus immer mehr feſten Fuß in Süddeutſchland faſſen. Im Uebrigen war er ſtets ein eifriger Förderer und Anhänger des preußiſchen Zollvereins geblieben und ſein Mißtrauen gegen Oeſterreich, ſeine Unzufriedenheit mit dem Dank Oeſterreichs hatten mehrmals wieder bei ihm überhand genommen. Sein Sohn und Nachfolger Karl I., vermählt mit der Großfürſtin Olga, Tochter des Kaiſer Nikolaus, alſo Nichte des Königs von Preußen, glaubte ſich, indem der Conflict zwiſchen den beiden deutſchen Großmächten anwuchs, wie es die geographiſche Lage ſeines Landes mit ſich brachte und es Baden ſogar ungern thun mußte, an die Politik der Mittelſtaaten anſchließen zu müſſen, und ſein Miniſter Freiherr von Varnbüler trat ſofort den Herren von der Pfordten und von Beuſt an die Seite. Wenn er es mit beſonderm Eifer zu thun ſchien, indem ihm ſogar einmal ein vae victis entfiel, ſo übereilte er doch die Mobiliſirung nicht, wie Beuſt, ſondern hielt damit zurück, wie v. d. Pfordten. Neben der Regierungspreſſe wetteiferte die katholiſche und demokratiſche in einem Echauffement gegen Preußen, welches nicht ganz natürlich war.

Großherzog Ludwig III. von Heſſen-Darmſtadt ließ ſeinen

---

daran gezweifelt hätte, ſo würden mich die Unterredungen mit Fürſt Metternich, vorigen Herbſt, davon ganz überzeugt haben. Sein übel verdeckter Grimm gegen den König von Preußen, ſeine Verhöhnung jedes echt deutſchen Nationalgefühls, ſeine römiſche Tendenz ſind alles Schlagbäume zwiſchen ihm und uns, die wohl mit Höflichkeit übertüncht werden können, aber auch veranlaſſen müſſen, ihn immer mehr in ſeinen römiſchen Jeſuitismus verſinken zu ſehen, und wenn die Welttrompete ſich einſt hören läßt und ſein Staat in ſeiner ganzen natürlichen Schwäche erſcheint, wenn Deutſchlands Wiedergeburt vor ſich gehen ſoll, ſo muß Oeſterreich untergehen, iſt mein Wahlſpruch ſo lang ich lebe." Man hat die Echtheit des Briefes bezweifelt, nirgends aber in authentiſcher Weiſe ſeine Unechtheit nachgewieſen.

Miniſter v. Dalwigk gleichfalls eifervoll mit Herrn von Beuſt gehen und war auch mit ſeinen Truppen bei der Hand. Sein Bruder Alexander, der ſchon 1859 in der öſterreichiſchen Armee in Italien gedient hatte, wurde durch öſterreichiſchen Einfluß Chef des achten Armeecorps.

Dagegen war der Großherzog Friedrich von Baden einem Kriege gegen den König von Preußen, ſeinen Schwiegervater, abgeneigt und mußte nur, weil er durch die geographiſche Lage ſeines Landes dazu gezwungen war, ſich an ſeine Nachbarn anſchließen. Man ſagte, es ſey ihm mit Verluſt von Land und Leuten gedroht worden, wenn er ſich nicht füge. An die Stelle des preußenfreundlichen Miniſter von Roggenbach war nicht lange vorher in Baden v. Edelsheim eingetreten, der ſich mit dem württembergiſchen Miniſter v. Varnbüler an die Herrn v. d. Pfordten und v. Beuſt anſchloß, ohne daß unter der Oberfläche dieſes Bündniſſes die Preußenfreundlichkeit in Baden nicht fortgedauert hätte.

Der badiſche Miniſter von Roggenbach machte nach ſeinem Austritt aus dem Miniſterium eine Reiſe nach Berlin und beſprach ſich hier mit dem preußiſchen Miniſterpräſidenten, um zu conſtatiren, daß eine anſehnliche Partei in Baden den Krieg gegen Preußen mißbillige und daß nur die gefährdete Lage des Landes unter ſeinen Nachbarn ſchuld ſey, wenn die badiſche Regierung ſich gezwungen ſähe, mit Bayern und Oeſterreich zu gehen. Nach dem großen Siege der Preußen in Böhmen wurde alsbald ein Brief Roggenbachs an den Grafen Bismarck vom 1. Juli als authentiſches Actenſtück abgedruckt. Darin hieß es: „Der Uebertritt der großherzoglichen Regierung in die Reihen ihrer eignen größten und gefährlichſten Feinde, unter die Zahl der zur Erhaltung öſterreichiſcher Herrſchaft in Deutſchland und des für die nationalen Intereſſen des deutſchen Volks unverträglich und unmöglich gewordenen Bundesrechts verbundenen Staaten entbindet mich jeder ſchonenden Rückſicht gegen dieſelbe. Der Um-

ſtand, daß ein ungerechtfertigter Druck durch Badens Nachbarſtaaten es dem patriotiſchen Fürſten dieſes meines Heimathlandes unmöglich gemacht hat, ſich dieſer ſchändlichen Verbindung aller ſelbſtſüchtigen und vaterlandverrätheriſchen Leidenſchaften zu entziehen, enthält für mich eine weitere Aufforderung, meinerſeits wenigſtens nach Kräften die Regierungen zu bekämpfen, welche ſich nicht entblödeten, dieſe Vergewaltigung eines ihrer Mitfürſten unter dem Vorwande eines von ihnen mißdeuteten Bundesrechtes zu vollziehen. Der einfachen Aufgabe, wie ſie heute für jedes ehrliche deutſche Herz und jedes deutſche Gewiſſen liegt, gedenke ich in vollem Maße Genüge zu thun. Laſſen wir dieſe Verkennung der Stellung deutſcher Bundesfürſten, wie ſie die letzten Bundesbeſchlüſſe offenbarten, den letzten Mißbrauch ſeyn, den habsburgiſche Intrigue mittelſt des vom Wiener Kabinet ſchlau gefügten Bundesrechts vollbrachte. Ich meinerſeits wenigſtens bin der Meinung, daß ähnlicher Frevel wie dieſer von den Mittelſtaaten muthwillig über ihre Völker und Deutſchland gebrachte Bundeskrieg künftig verhütet werden muß. Dazu iſt nothwendig, daß das Syſtem des im Jahr 1815 von Oeſterreich zu ſeinem Dienſt geſchaffenen und ſtets zum Dienen bereiten deutſchen Bundes gebrochen und ſtatt deſſen ein deutſcher Staat gegründet werde, ſtark genug, ſich künftig dem zerſetzenden Einfluſſe dieſer fluchwürdigen Politik des Wiener Hofes zu entziehen."

Das öſterreichiſche Syſtem von 1815, das Herr von Roggenbach endlich gebrochen wünſcht, iſt von einem ſeiner Vorgänger, dem badiſchen Miniſter Freiherrn von Blittersdorf, in einem Schreiben vom 5. November 1847 an den damaligen Bundestags-Präſidenten, Grafen von Münch-Bellinghauſen, eben ſo treu als offenherzig dargelegt worden. Es lautete: „Erwäge ich den Gang, den das öſterreichiſche Kabinet ſeit 25 Jahren in allen Bundesangelegenheiten conſequent eingehalten hat, ſo iſt es mir nicht zweifelhaft, daß daſſelbe kein in ſich geſchloſſenes Deutſchland mit nationalen Tendenzen und

gemeinſchaftlicher centraler Action will und wollen kann. Ein ſolches Deutſchland könnte ſich nur auf Koſten des Particularismus der einzelnen Bundesſtaaten bilden und, da Oeſterreich ſeinen Particularismus nicht mit dem Intereſſe Deutſchlands verſchmelzen und in demſelben aufgehen laſſen kann, eben ſo wenig aber auch von Deutſchland wird ausſcheiden wollen, ſo iſt es ſelbſtverſtanden, daß der K. K. Hof der Bildung eines ſolchen neuen Deutſchlands entgegen ſeyn muß. Hierin begegnet ſich das Intereſſe Oeſterreichs mit den Intereſſen der Dynaſtien der minder mächtigen Bundesſtaaten."

Im Frühjahr 1866 nun, in dem Zeitpunkt, von dem wir reden, wurde von den ſämmtlichen mittelſtaatlichen Kabinetten die deutſche Frage noch völlig aus dem Geſichtspunkt des Herrn von Blittersdorf beurtheilt und wetteiferten ihre Miniſter, jenes verderbliche öſterreichiſche Syſtem aufrecht zu erhalten.

Neben den Regierungen ſtand noch das Volk und das Volk war ſeit geraumer Zeit gewöhnt, ſich durch ſeine Stimmführer in den Kammern und in der Preſſe laut vernehmen zu laſſen. Aber wie verhielt ſich die mittelſtaatliche Preſſe zur deutſchen Frage? Auch ſie in ihrer ungeheuern Mehrheit, auch wo ſie nicht direct von Oeſterreich ſubventionirt war oder particulariſtiſche Intereſſen offiziell und halboffiziell in Hof- und Staatszeitungen vertrat, auch wo ſie ganz unabhängig war, ergriff Partei für Oeſterreich und zwar in der leidenſchaftlichſten Weiſe. Nur wenige periodiſche Blätter mahnten zur Beſonnenheit und machten klar, was für Intereſſen auf dem Spiel ſtanden, die das Volk aufs blödſinnigſte zu verſcherzen im Begriffe war.

Die Mittelſtaaten bilden immer noch den älteſten und echteſten Kern der deutſchen Nation. Um ſo mehr hätte ihren Bevölkerungen daran liegen ſollen, jede Gelegenheit zu ergreifen, um das Urrecht der Deutſchen, eine einige Nation zu ſeyn, herzuſtellen und ſtark genug zu werden, um ſich durch ihre Einigkeit des Auslandes zu er-

wehren, das uns ſchon ſo viele Provinzen geraubt und uns ſeit Jahrhunderten ſo ſchamlos ausgeplündert und bevormundet hat. Aber die Bevölkerungen waren ſchon viel zu lange an die Kleinſtaaterei gewöhnt. Die alte deutſche Eiche iſt hier verfault, von den paraſitiſchen Wurzeln der modernen Souveränetäten durchfreſſen. Um dieſe Souveränetäten zu ſchaffen, verkaufte man ſich ſchon unter Ludwig XIV. an Frankreich, um ſie zu erweitern, unter Napoleon. Die Rheinbundzeit wurde hier, wenn man es auch nicht eingeſtehen wollte, doch von vielen als das verlorene Paradies betrachtet, in dem auf allen Bäumen Kronen von Napoleons Gnaden wuchſen.

Im geraden Widerſpruche damit ſtanden die mittelſtaatlichen Sänger-, Turner- und Schützenbünde, die jährlichen Verſammlungen aller denkbaren Vereine, wo deutſche Männer zu tauſenden und aber tauſenden mit dreifarbigen deutſchen Fahnen und Bändern zuſammenſtrömten, in unzähligen Feſtreden und Liedern das einige Deutſchland hoch leben ließen und gegen die Viel- und Kleinſtaaterei olympiſche Donner ſchleuderten. Was iſt bei dieſem vielen Spektakel herausgekommen? Was war das Weſen der ganzen tumultuariſchen Bewegung für die deutſche Einheit in den Mittelſtaaten? Was? — Wind, Schwindel, Lüge, Eitelkeit der Redner, Gourmandiſe der Zweckeſſer, Kinnbackenkrampf. Mit Recht haben ſchon öfter wahre deutſche Patrioten ſich vor dieſer hohlen Aufgeblaſenheit der Phraſe auf deutſchem Boden entſetzt.

Als Thaten an die Stelle der Worte treten ſollten, ſtockte die ſtürmiſche Bewegung zur Einheit augenblicklich und die Bevölkerungen zeigten ſich auf einmal wieder ſo particulariſtiſch als möglich und erklärten ſich fanatiſch für den Krieg gegen Preußen, um unter der Führung Oeſterreichs das Metternichſche Syſtem, die ſchlechte Bundeswirthſchaft und durch ſie vor allem die Viel- und Kleinſtaaterei aufrecht zu erhalten, ſollte es auch mit Abtretungen an Frankreich und vielleicht auch an Rußland erkauft werden müſſen. Denn wenn

Digitized by Google

Oeſterreich geſiegt hätte, würde es an Compenſationen für das Ausland nicht gefehlt haben, da das alsdann vollkommen wiederhergeſtellte Metternichſche Syſtem wiederum den letzten Reſt deutſcher Einheitsbeſtrebungen mit Hülfe des Auslandes zu unterdrücken ſich bemüht haben würde.

Die älteſten und echteſten deutſchen Volksſtämme in den Mittelſtaaten hatten die Wahl, Preußens Bundesreformanträge zu unterſtützen und eine einheitliche Erſtarkung der großen deutſchen Nation mit anbahnen zu helfen, oder Deutſchland zwiſchen öſterreichiſcher Corruption, magyariſcher und czechiſcher Anmaßung, kleinſtaatlicher Mißregierung, oder einem neuen Rheinbund, oder ruſſiſchem Protectorat vollends zu zerreißen. Die Vertreter dieſer edlen deutſchen Volksſtämme in der Preſſe wählten unbedenklich das letztere.

Wenn man den Franzoſen zumuthete, ſie ſollten ihr großes einiges Reich in dreißig ſelbſtändige Staaten vertheilen, in Königreiche, Großherzogthümer, Herzogthümer, freie Städte, und jeder von ſeiner kleinen Reſidenz aus ſollte den andern anfeinden, beſchimpfen und ſich mit dem Ausland gegen ihn verbünden, ſo würden die Franzoſen nicht einmal begreifen, was man ihnen zumuthete, denn das Bedürfniß, trotz aller inneren Parteien nach außen einig zu ſeyn, und der Nationalſtolz ſind ihnen zur andern Natur geworden. In Deutſchland aber hörte man im Frühjahr 1866 noch tauſendſtimmig den Ruf: Wir wollen kein einiges Deutſchland haben! Wir wollen den Bundestag, die Kleinſtaaterei behalten! Wir wollen uns vor allen Nationen Europas blamiren! Wir ſchämen uns gar nicht, wir wollen unvernünftig ſeyn!

Die mittelſtaatliche Preſſe umnebelte den Verſtand der Bevölkerungen, auf die ſie Einfluß übte, durch eine unglaubliche Menge von Selbſttäuſchungen, Vorurtheilen, aber auch abſichtlichen Entſtellungen und Lügen. Dieſe betrafen zunächſt Preußen. Nicht nur wurde die Macht Preußens, die Stärke und Trefflichkeit der preußi-

ſchen Armee bis zur Verachtung unterſchätzt, ſondern die inneren Zuſtände Preußens wurden durchweg als faul geſchildert. Freilich gingen dieſe Verleumdungen zunächſt vom Berliner Abgeordnetenhauſe aus und wurden von der mittelſtaatlichen Preſſe nur adoptirt. Aber die Vertreter und Zuſchneider der öffentlichen Meinung in den Mittelſtaaten hätten beſonnener prüfen ſollen. Ein Süddeutſcher, der ſchon Jahre lang in Preußen gelebt hatte, ſagte die Wahrheit, aber man wollte ihn nicht hören. „Preußen," ſo lautete ſein Bericht, „iſt ein in mächtiger Vorwärtsbewegung begriffener Staat. Die Symptome, dieſen Eindruck zu erzeugen, begegneten mir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Hineingeſtellt in das regſame und reiche Rheinland, in den bedeutendſten Fabrikbezirk des Continentes, erfüllte die Macht und Leichtigkeit, mit der ich den Fortſchritt auf allen Gebieten des nationalen Volkslebens ſich entwickeln ſah, mich oft mit Bewunderung. Nahm ich hierzu die Sittlichkeit und die Solidität der preußiſchen Adminiſtration, wie ſie meiſt ebenſo mit ſicherem Takt die Gefahr gemüthlichen Schlendrians, wie das läſtige Weſen einer kleinlichen Bureaukratie zu vermeiden verſteht, ſah ich, mit welchem Fond von Gemeinſinn, Tüchtigkeit und Hingabe die communalen Angelegenheiten, namentlich in den weſtlichen Provinzen, von den Bürgerſchaften geleitet werden, überhaupt jenen in ſich geſchloſſenen Zug männlicher Selbſtändigkeit und Unabhängigkeit, ſo verſtärkte ſich mir jener Eindruck. Nahm ich weiter hiezu die volksthümliche Organiſation des preußiſchen Heerweſens, welche daſſelbe in vielem Betracht zu einer Volksſchule geſtaltet, die Umſicht und Intelligenz ſeiner Leiter, den eigenthümlichen, aber geſchichtlich gegründeten und ſchon mit der Muttermilch eingeſogenen, uns Süddeutſche öfters abſtoßenden, weil uns ſchier unverſtändlichen national-preußiſchen Patriotismus, den blühenden Stand der preußiſchen Finanzen, betrachtete ich die Freiheit, in der auch das religiöſe Leben in der Fülle ſeiner Unterſchiede und Gegenſätze ſich bewegt, die Entwicklung des öffentlichen Unterrichts,

ſo ergaben ſich mir weitere gewichtvolle Momente zur Beſtätigung jenes Eindrucks."

Das alles konnte man in Süddeutſchland recht gut wiſſen, ebenſo wie man die zerrütteten Zuſtände Oeſterreichs kannte. Aber man log ſich in die Bewunderung Oeſterreichs und in die Verachtung Preußens hinein, ohne auch nur zu bedenken, daß ſich jede Lüge ſelbſt beſtraft.

Die zweite große Lüge betraf den Grafen Bismarck. Die mittelſtaatliche, wie die öſterreichiſche Preſſe wurde nicht müde, ihn zu beſchuldigen, er wolle Deutſchland an Frankreich verrathen, mit den Rheinprovinzen die franzöſiſche Hülfe erkaufen. Davon war nun kein Wort wahr; im Gegentheil wurde von öſterreichiſcher Seite aufs eifrigſte der Austauſch Venetiens gegen Schleſien unter franzöſiſcher Vermittlung und im Bündniß mit Frankreich betrieben, und wie Herr von der Pfordten und ſein Anhang die Sache anſah, ſollte bald aus den Münchner Verhandlungen des 18. Juli erklärt werden.

Die dritte große Lüge, mit welcher die mittelſtaatliche Preſſe die Augen der Bevölkerung verblendete, war das rein erkünſtelte Echauffement für die deutſche Bundesverfaſſung und das Bundesrecht. Preußen ſollte dagegen gefrevelt haben. Aber Preußen hatte nichts gethan, als in engſter Verbindung mit Oeſterreich gegen Dänemark ohne den Bund vorzugehen. Wenn dadurch die übrigen Bundesglieder gekränkt wurden, ſo war doch Oeſterreich dabei eben ſo ſchuldig als Preußen. Die übrigen Bundesglieder hätten aber über die Form hinwegſehen und die Sache ins Auge faſſen dürfen. Die Eroberung Schleswigs, die der Bund als ſolcher nie gewagt hätte, war ja der größte Gewinn für Deutſchland und verdiente von allen Deutſchen den wärmſten Dank. Auch war das ganze Bundesrecht eine Fiktion. Jeder wußte, daß die letzte Entſcheidnng immer nur von Oeſterreich oder Preußen oder von beiden zugleich und nicht vom Bunde ausgehen konnte, und

nahm darnach ſeine Stellung. Niemand hat für den Bund gekämpft, jeder nur entweder für Oeſterreich oder für Preußen.

Damit hing die vierte große Lüge zuſammen, die den Beſitz von Schleswig-Holſtein betraf. „Statt deren Befreiung vom däniſchen Joche," ſchreibt Hermann von Schmettau, „als eine deutſche Nationalangelegenheit anzuſehen, und die Erwerbung Schleswigs, welche das Frankfurter Parlament vergebens für Deutſchland erſtrebt hatte, mit allgemeiner Theilnahme zu begrüßen, war man im Gegentheil unzufrieden, daß die Herzogthümer blos an die beiden Großmächte abgetreten waren, und nicht an den Bund, als ob das nicht ganz auf das nämliche für das deutſche Volk hinausgelaufen wäre. Die Fürſten freilich mochten ſcheel ſehen, daß ſie über dieſelben nicht mitzuſprechen hatten. Sie hatten deswegen nur ſich allein anzuklagen, denn man hatte ſie aufgefordert, die Inſel Fehmarn, die zu Holſtein gehörte, zu erobern, ſie hatten es abgelehnt, und die Ehre war drei preußiſchen Compagnieen vom 48. Regiment zu Theil geworden. Sie durften ſich nun nicht beklagen, daß man ohne ſie Frieden ſchloß. Ob nun aber der Bund, oder Oeſterreich und Preußen für Deutſchland etwas eroberten, dem deutſchen Volke im Großen und Ganzen konnte es ganz gleichgültig ſeyn, die Eroberung kam ihm immer zu Gute. — Der Neid darüber war ganz ungerechtfertigt."

In demſelben großen deutſchen National- und Bundesintereſſe lag es, die preußiſchen Februarforderungen in Bezug auf die Elbherzogthümer anzuerkennen und dankbar anzunehmen. Denn das konnte jeder voraus wiſſen, daß der kleine Auguſtenburger die deutſche Grenze im Norden nicht ſchützen, eine deutſche Marine nicht gründen könne, ſondern daß es dazu der Macht Preußens bedürfe. Aber die Juriſten des Particularismus, mit denen damals der verblendete Liberalismus Hand in Hand ging, klügelten das Recht und Intereſſe der deutſchen Nation hinweg und nahmen die Miene an, als ob das durch Verzichtleiſtung des Vaters längſt hingeſchwundene Erbrecht eines

kleinen Fürſten das Palladium ſeyn ſolle, um das allein alle Deutſchen ſich zu ſchaaren hätten. Man konnte die große Sache des Vaterlandes nicht kleinlicher auffaſſen.

Die demokratiſche Preſſe allein hatte auf ihrem Standpunkt Recht, indem ſie die Flamme des Preußenhaſſes nur anblies und ſchadenfroh das große Lügengewebe noch mehr entſtellte und verwirrte, denn ihr kam es nur darauf an, daß überhaupt alles drüber und drunter ginge und in Deutſchland tabula rasa gemacht werde.

Dagegen hatte die particulariſtiſche Preſſe zwar ein beſtimmtes Ziel vor Augen, war aber vollkommen blind gegen die Gefahren, denen ſich die kleinſtaatliche Politik ausſetzte, indem ſie ſo kriegeriſch vorging. Sie cultivirte ſo recht den Hochmuth, der vor dem Falle kommt. Sie hätte klüger, vorſichtiger in ihren Aeußerungen ſeyn ſollen.

Die ultramontane Preſſe verfuhr ungerecht und ebenfalls unklug. Sie hätte wohl erwägen dürfen, daß die Könige von Preußen ſeit den Kölner Wirren den Katholiken ihres Reichs gerecht geworden ſind, daß auf allen katholiſchen Univerſitäten und Prieſterſeminarien in Preußen katholiſcher Geiſt gepflegt wird und katholiſche Gelehrte, unbehindert von der proteſtantiſchen Regierung, ſegensreich wirken. Sie hätte nicht vergeſſen ſollen, daß die Jeſuiten in Preußen geduldet, die barmherzigen Schweſtern hoch geehrt ſind, während in Wien und Prag, wie auch in den Mittelſtaaten tumultuariſche Kundgebungen gegen die frommen Ordensbrüder und Ordensſchweſtern den Kirchenhaß und die brutalſte Intoleranz verriethen. Trotz des Concordates iſt die fromme Geſinnung in Oeſterreich durch die Frivolität des Metternichſchen Syſtems und durch die Judenpreſſe ſyſtematiſch vergiftet und ein Haß gegen die Kirche liberale Modeſache geworden, kaum weniger als in Italien. Auch in den Mittelſtaaten wurden die Biſchöfe von einer ſchadenfrohen Bureaukratie und Preſſe ſtets unter dem Daumen gehalten und wo ſie muthig die Kirche vertheidigten,

wie in Freiburg, grauſam gemaßregelt. Und trotz alle dem zog die ultramontane Preſſe im Frühjahr 1866 mit dem joſephiniſchen Oeſterreich und mit dem kirchenfeindlichen Particularismus gegen Preußen zu Felde und blieb nicht dahinten im Verbreiten wahnſinniger Verleumdungen und Lügen.

Die evangeliſche Preſſe der Mittelſtaaten blamirte ſich vielleicht noch mehr, denn die Katholiken konnten am Ende ſagen: wir ſind eben Katholiken und können nichts Proteſtantiſches leiden, alſo auch die preußiſche Regierung nicht. Die Proteſtanten im ſüdlichen und weſtlichen Deutſchland aber mußten wiſſen, daß auf dem Feſtland von Europa Preußen der einzige Großſtaat ſey, der die evangeliſche Kirche ſchütze und aufrecht erhalte, und daß, wenn Preußen zu Grunde ginge, von einer Seite die römiſche, von der andern die griechiſche Kirche die kleine proteſtantiſche überwältigen würden. Auch konnte die evangeliſche Geiſtlichkeit in den Mittelſtaaten wiſſen, wie redlich die zwei letzten Könige von Preußen ihr Verſprechen: „wir wollen dem Herrn dienen!“ gehalten haben und in welchem Wohlſtand die evangeliſche Theologie und Kirche ſich in Preußen befindet, nachdem die gottloſe Hegelei überwunden iſt. Trotz alle dem hörte man viele proteſtantiſche Pfarrer der Mittelſtaaten von der Kanzel herab in die ſinnloſe Lüge einſtimmen, Preußen ſey der Angreifer, ſey im Unrecht, begehe einen himmelſchreienden Frevel. Erſt die Schrift von Fabri aus Barmen mußte ihnen beweiſen, auf welchen Irrweg ſie gerathen waren.

Zu den großen Lügen der Preſſe, die wir bereits charakteriſirt haben, geſellten ſich unzählige kleine und jeden Tag wurden neue ausgeheckt, ſo daß das leichtgläubige Publikum ſich gegen Preußen entrüſtete und daß, wer damals die Reden mit anhören mußte, die bereits die Schulknaben nachſchrieen, ſich nur wundern mußte, warum Oskar Becker und Blind nicht noch mehr Nachfolger erhielten. Hier nur einige der damals tagtäglichen Lügen zur Probe: Bismarck habe

in Biarritz Deutſchland an Napoleon verrathen, nicht nur die preußiſchen Rheinprovinzen, ſondern auch Rheinheſſen und Rheinbayern an Frankreich verkauft. Bismarck habe dem franzöſiſchen Kaiſer zu ſeiner Rede in Auxerre Glück gewünſcht. Bismarck betreibe eine Revolution Ungarns, Bismarck habe dem König von Italien 30 Millionen vorgeſchoſſen. Der König von Preußen ſey ganz verdüſtert, er wolle den Frieden, er ſehe das ſchrecklichſte Unglück voraus. Die Königin Auguſta, ſeine erhabene Gemahlin, habe ihn fußfällig angefleht, ſich von Bismarck zu trennen. Ebenſo der Kronprinz. Viermal habe der Kaiſer von Rußland in gleichem Sinn an ihn geſchrieben, aber der König ſey wie von böſem Zauber befangen und höre immer noch auf Bismarck. In ganz Preußen herrſche die tiefſte Niedergeſchlagenheit. Alles fürchte ſich vor dem Kriege; von der Landwehr erwarte man offenen Widerſtand, wenn marſchirt werden ſollte. Da die preußiſche Kammer kein Geld für den Krieg bewilligt habe, fehle es an der Ausrüſtung, an Monturen, an Schuhen. Ueberhaupt ſey die budgetloſe Regierung in Geldnoth. Dagegen heben ſich die Courſe in Oeſterreich, ſtehe dort alles wohl, herrſche die allgemeinſte Begeiſterung für den Krieg und ſey man bereit, mit beinahe einer Million der auserleſenſten Krieger dem Unweſen in Preußen ein für allemal ein Ende zu machen.

Man erkennt daraus, gegen welche ungeheure Vorurtheile Preußen zu kämpfen hatte, aber leider auch, wie wenig man ſich in unſern conſtitutionellen Ländern, politiſch reif zu ſeyn, rühmen durfte.

Preußen erklärte dem Bundestage am 1. Juni wiederholt, ſeine Rüſtungen ſeyen durchaus nur defenſiv und würden augenblicklich abbeſtellt werden, wenn Oeſterreich und Sachſen abrüſteten. Aber noch an demſelben Tage that Oeſterreich in ſeiner Gegenerklärung einen raſchen Schritt zum Kriege vorwärts, indem es Preußen gradezu beſchuldigte, daſſelbe habe mit Italien ſchon lange einen Angriff auf Oeſterreich verabredet, weshalb ſich Oeſterreich nunmehr ganz

dem deutſchen Bund in die Arme werfe und denſelben auf-fordere, die Entſcheidung in der Frage der Elbherzogthümer zu über-nehmen. Zugleich kündigte es an, es werde, um auf die Stimme des Volks zu hören, die holſteiniſchen Stände einberufen. In der That erfolgte dieſe Einberufung auf den 11. Juni nach Itzehoe. Preußen legte am 3. Juni Proteſt ein, weil die Berufung auf den Bund dem Gaſteiner Contract zuwider ſey. Wenn aber Oeſterreich dieſen Vertrag breche, ſo kehre es damit nur auf den Standpunkt des Wiener Friedens zurück, alſo zum gemeinſchaftlichen und unge-theilten Condominat. Dadurch werde Preußen berechtigt, Holſtein gemeinſchaftlich mit den Oeſterreichern zu beſetzen, wie es ſeinerſeits auch den Oeſterreichern nicht verwehre, Schleswig mit zu beſetzen.

In Folge deſſen rückten die Preußen ſchon am 7. Juni ins Holſteiniſche ein. Herr von Gablenz, der öſterreichiſche Gouverneur daſelbſt, wich mit ſeiner einzigen Brigade unter Proteſt, aber ohne Schwertſtreich vor der Uebermacht der Preußen zurück, räumte die Feſtung Rendsburg und Kiel, von wo auch die holſteiniſche Landes-regierung und Prinz Friedrich von Auguſtenburg flüchteten. Leſſer, Mitglied der Regierung und beſtimmt, den Landtag in Itzehoe zu eröffnen, hatte ſich ſchon dahin begeben, als die Preußen ihm zuvor kamen und ihn verhafteten. Mithin unterblieb der Landtag. Indem aber der preußiſche Gouverneur, General von Manteuffel, die Regierung Holſteins zugleich mit der von Schleswig übernahm, ver-ſprach er beiden Herzogthümern einen gemeinſchaftlichen Landtag. Die Oeſterreicher concentrirten ſich in Altona, verließen dieſe Stadt aber ſchon am 11. Juni und eilten durch das Hannöveriſche auf der Eiſen-bahn nach Süden.

Oldenburg, welches ſich eng an Preußen anſchloß, verfehlte nicht bei dieſem Anlaß eine Erklärung beim Bundestage abzugeben, worin es ſeine Erbanſprüche an die Elbherzogthümer in Erinnerung brachte.

Noch mitten im Gedränge der Ereigniſſe ſuchte Preußen eine

rechtliche Ausgleichung. In einem Rundſchreiben an die Vertreter Preußens im Auslande vom 4. Juni ſagte Graf Bismarck: „Am 7. Mai bot meine Depeſche dem Wiener Kabinet die Möglichkeit einer Annäherung dar. Sie war ein Symptom cordialen Gefühls und wachſender Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens. Aber vergebens haben wir auf eine Auslaſſung darüber gewartet. Im Gegentheil ſind wir gezwungen, die Erklärung der öſterreichiſchen Regierung beim Bundestag am 1. Juni als die Antwort auf unſere verſöhnlichen Eröffnungen zu betrachten. In dieſer Erklärung übergibt Oeſterreich nach einer rückblickenden Darlegung, die mit den Thatſachen nicht übereinſtimmt und gegen Preußen beleidigend iſt, dem Bundestage die Entſcheidung über die ſchleswig-holſteiniſche Frage und gibt zugleich Kenntniß von einem Acte der Souveränetät in Holſtein, nämlich die Einberufung der Stände, welche es für ſich allein zu unternehmen von dem Augenblicke an nicht berechtigt iſt, wo es ſich ſelbſt durch die Verweiſung auf den Bundestag vom Gaſteiner Vertrage entbindet und dadurch an Stelle der jüngſten geographiſchen Theilung das alte Verhältniß des Mitbeſitzes ſetzt. — Nicht allein wurde in Wien der gänzliche Mangel aller und jeder Bereitwilligkeit bekundet, in ſelbſt vertrauliche Verhandlungen einzutreten und die Möglichkeit einer Verſtändigung zu discutiren, ſondern Auslaſſungen einflußreicher öſterreichiſcher Staatsmänner und Rathgeber des Kaiſers ſind dem Könige von einer authentiſchen Quelle mitgetheilt worden, welche keinen Zweifel läßt, daß die kaiſerlichen Miniſter Krieg um jeden Preis wünſchen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja ſelbſt mit der ausgeſprochenen Abſicht, den öſterreichiſchen Finanzen durch preußiſche Contributionen oder durch einen ‚ehrenvollen‘ Bankerot Hülfe zu verſchaffen.“

Am 9. Juni erklärte Preußen am Bundestage, derſelbe habe kein urſprüngliches Recht zur alleinigen Entſcheidung der ſchleswig-hol-

ſteiniſchen Frage. Abgeſehen davon, daß Schleswig den Bund nichts angehe, ſey auch in Bezug auf Holſtein die Competenz des Bundes noch nicht feſtgeſtellt. Das kaiſerliche Kabinet ſelbſt habe in dem mit Preußen gemeinſchaftlich am 11. Februar 1864 abgegebenen Separatvotum und in einer Depeſche vom 10. Januar deſſelben Jahres an den kaiſerlichen Geſandten in München ſeine Zweifel und Bedenken gegen die Ausdehnung der Competenz des Bundes geäußert. Preußen habe in ſeiner Depeſche vom 7. Mai ſich bereit erklärt, die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit in Verbindung mit der Bundesreform und unter Mitwirkung einer nationalen Vertretung zu behandeln, die dem Einfluß particularer Intereſſen das Gegengewicht halten und die Bürgſchaft gewähren würde, daß die von Preußen gebrachten Opfer ſchließlich dem geſammten Vaterlande und nicht der dynaſtiſchen Begehrlichkeit zu gute kommen. Unter den gegenwärtigen Umſtänden aber muß Preußen Einſpruch dagegen erheben, daß über eigene, durch blutige Kämpfe und durch internationale Verträge erworbene Rechte ohne ſeine Zuſtimmung Verfügung getroffen werde.

Schon am folgenden Tage, am 10. Juni, legte Preußen den Mittel- und Kleinſtaaten einen neuen Bundesreformplan vor. Darnach ſollten Oeſterreich und die Niederlande vom Bunde ausgeſchloſſen bleiben. Ein neuer Bundestag ſollte nach dem Reichswahlgeſetz von 1849 gewählt werden, das Bundesparlament nach dem ſchon frühern Vorſchlage durch allgemeine Wahlen. Die Landmacht des Bundes ſollte im Norden unter preußiſcher, im Süden unter bayriſcher Führung ſtehen. Die Leitung der Marine behielt ſich Preußen vor. Dieſem Plan widerſtrebte die Mehrheit der Mittelſtaaten.

Am 9. Juni nahm der Bundestag mit Zuſtimmung Preußens einen bayriſchen Antrag an, wonach ſowohl die öſterreichiſchen als preußiſchen Truppen aus den Bundesfeſtungen Mainz und Raſtatt abziehen und durch bayriſche und kleinſtaatliche Truppen einſtweilen erſetzt werden ſollten, was auch ſofort geſchah. Die Annahme dieſes

Antrags bewies, daß Oesterreicher und Preußen in Gemeinschaft nicht mehr dem Bunde dienen konnten, also der Ausbruch des Kriegs zwischen ihnen nahe bevorstehe.

Nunmehr beantragte Oesterreich am 11. Juni, der Bund solle nach Artikel 19 der Wiener Schlußakte gegen die Selbsthülfe Preußens in Holstein einschreiten und das ganze Bundesheer mobil machen. Am 14. stimmte der Bundestag wirklich mit neun gegen sechs Stimmen diesem Antrag bei. Die Zustimmenden waren: Oesterreich, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, beide Hessen, Nassau und die 16. Kurie. Hierauf erklärte Herr von Savigny, der preußische Bundestagsgesandte, durch diesen Beschluß werde der Bundesvertrag gebrochen, und stellte seine amtliche Thätigkeit ein. Herr von Kübeck aber, der österreichische Präsidialgesandte beim Bunde, erklärte diesem sogleich, nach Artikel 1 der Bundesakte und Art. 5 der Wiener Schlußakte habe Preußen kein Recht aus dem Bunde auszutreten, welcher aufrecht erhalten werden müsse.

In Bezug auf die Abstimmung vom 14. Juni am Bundestage erklärte Graf Bismarck: „Unter den Stimmen, welche sich zu Gunsten der von Oesterreich vorgeschlagenen Mobilisation ausgesprochen haben, befand sich auch die 16. Kurie, welche aus sechs kleinen Staaten besteht. Unter denselben hatten drei, nämlich Lippe, Waldeck und Reuß-Schleiz, dem Repräsentanten der Kurie vorgeschrieben, gegen den Antrag zu votiren. Der vierte, Schaumburg-Lippe hat sich nach einer offiziellen Mittheilung des Fürsten der Abstimmung enthalten. Es war also nur das 6000 Einwohner zählende Lichtenstein, welches seine Instruction zu Gunsten Oesterreichs abgegeben, und Reuß-Greiz, dessen Abstimmung noch nicht verificirt worden ist. In jedem Falle aber war die Majorität der Kurie für die Verwerfung des österreichischen Antrags. Ungeachtet dieser Evidenz votirte der dermalige Vertreter der Kurie, Herr von Strauß, Gesandter des Fürsten von

Lippe, für den Antrag. Dieſes Votum iſt demnach ein Falſum und war für den Bundesbeſchluß vom 14. entſcheidend, denn ohne dieſes Votum wären acht gegen acht Stimmen geſtanden, da von denen, welche für Oeſterreich ſtimmten, noch das Votum hätte abgezogen werden müſſen, welches Braunſchweig und Naſſau gemeinſchaftlich abgegeben haben, indem das eine gegen das andere ſtimmte. Dieſe Thatſachen werden dazu beitragen, den Verfall zu erklären, in welchem ſeit langer Zeit die Bundesinſtitutionen durch Parteigeiſt, Intriguen und Beſtechlichkeit gerathen ſind.“ Man kann nur hinzufügen, daß, wenn auch ſolche Fälſchungen nicht*) vorgekommen wären, eine Bundes-

*) v. Strauß berief ſich in einem Flugblatt auf einen Vertrag vom Jahr 1816 unter den Kuriatmitgliedern, wonach (§. 5) in dringenden Fällen der Votant der Kurie mit der Mehrheit ſtimmen dürfe. Auch ſey der Landesherr des Votanten mit ihm zufrieden geweſen. Reyſcher, die Urſachen des deutſchen Krieges, 4. Auflage S. 68 bemerkt dazu: „Die Mehrheit innerhalb der Kurie war für alsbaldige Beſchlußfaſſung; von den vieren, welche dieſelben bildeten, waren 2 für, 2 gegen den öſterreichiſchen Antrag; bei Stimmengleichheit hatte aber der Geſandte nach dem Uebereinkommen der Kurie der Mehrheit der Bundesverſammlung ſich anzuſchließen und dieſe war für den Antrag. Ueberſehen iſt hiebei nur, daß Reuß jüngere Linie, indem es für Verweiſung in den Ausſchuß ſtimmte, offenbar gegen den öſterreichiſchen Antrag auf alsbaldige Mobiliſirung war; folglich ſtanden auf Seite der Gegner des Antrags 3 Stimmen innerhalb der Kurie und der Geſandte hatte nicht für, ſondern gegen den Antrag zu ſtimmen, vermehrte ſomit die Anzahl der Gegner, während die Mehrheit auf 8 herabſank. Dieſe hob ſich aber wieder auf die nothwendige Anzahl von 9, indem Baden, das ſich der Abſtimmung enthielt, nach der Geſchäftsordnung des Bundes der Mehrheit beizuzählen war. Aber konnte und durfte denn der Präſidialhof die wichtige Sache überhaupt ſo in der Kürze abmachen und Deutſchland für ſeine eignen Intereſſen in einen Krieg verwickeln? Oeſterreich hatte am 11. Juni den Antrag auf Mobilmachung ſämmtlicher nicht zur preußiſchen Armee gehörigen Armeecorps des Bundesheeres geſtellt und ſchon am 14. war der Beſchluß gefaßt, ohne daß auch nur eine Commiſſion darüber

verfaſſung von vorn herein nichts taugte, in welcher Abſtimmungen in ſo kleinen Bruchtheilen vorgeſchrieben waren. Was iſt an einer Allianz des Löwen mit dem Haſen, des Adlers mit dem Zaunkönig irgend Natürliches?

Graf Bismarck erließ ſchon am 15. ein Rundſchreiben an die Vertreter Preußens im Auslande, worin er den Wortlaut der Artikel 54 und 63 in der Wiener Congreßakte in Erinnerung brachte. Hier heißt es: Die Bundesſtaaten verpflichten ſich, unter keinerlei Vorwand einander mit Krieg zu überziehen. Entſteht unter ihnen Streit, ſo hat der Bundestag zu entſcheiden, aber nur durch Vermittlung und gelingt ihm dieſe nicht, ſo wird der Handel an eine Auſtregalinſtanz gewieſen, welcher die Parteien ſich ohne Appellation zu unterwerfen haben. Von dieſer Vorſchrift, ſchreibt Graf Bismarck, ſey der Bundestag notoriſch abgewichen, weshalb Preußen den Bundesvertrag für gebrochen und ſich jeder Verpflichtung gegen den Bund für entbunden erachte.

Freiherr von Werther, der preußiſche Geſandte in Wien, erhielt bereits am 12. Juni ſeine Päſſe, worauf auch dem Grafen Karolyi, öſterreichiſchen Geſandten in Berlin, die ſeinigen übergeben wurden.

Am 16. forderte der Bundestag mit zehn gegen fünf Stimmen Oeſterreich und Bayern auf, Sachſen und Hannover zu Hülfe zu kommen, da ſie bereits von Preußen angegriffen waren. Oeſterreich erklärte ſich bereit dazu.

Somit mußte der Krieg beginnen. Hinter der Einſtimmigkeit der Mittelſtaaten mit Oeſterreich verbarg ſich aber der alte Particularismus. Die Mittelſtaaten haben nämlich nie weder einem Groß-

---

gehört war. Mit Recht bemerkte der preußiſche Geſandte, daß das Bundesrecht Bundesgliedern gegenüber keine Kriegserklärung kenne, ſondern nur ein Exekutions-Verfahren, das aber an beſtimmte Normen und Vorausſetzungen geknüpft ſey, welche in dieſem Falle nicht beachtet worden."

ſtaat, noch einander ſelbſt getraut.*) Bayern wollte ſich für Oeſterreich nicht opfern, es verlangte erſt Bürgſchaften von ihm und es verlangte ſie ohne Mitwiſſen und eventuell auf Koſten ſeiner nächſten Nachbarn und Bundesgenoſſen. In dem geheimen Vertrage, den es am verhängnißvollen 14. Juni mit Oeſterreich einging, verpflichtete es ſich, zum Kriege gegen Preußen 40 bis 50,000 Mann unter dem alleinigen Oberbefehl des Prinzen Karl von Bayern zu ſtellen. Unter deſſen Befehl ſollte auch das achte Bundesarmeecorps geſtellt werden. Der Operationsplan werde dem k. k. Oberkommando mitgetheilt werden. Oeſterreich verpflichtete ſich, keinen einſeitigen Frieden mit Preußen zu ſchließen, ſondern Bayern an den Friedensunterhandlungen Theil nehmen zu laſſen. Am 15. Juni ſollte die bayriſche Armee in Franken concentrirt ſeyn. — Die übrigen ſüddeutſchen Bundesgenoſſen hatten von dieſem geheimen Vertrage Bayerns keine Kunde und wurden, als ſie ſie erhielten, ſehr vor den Kopf geſtoßen, indem ſie einen § fanden, nach welchem ſich Bayern eventuelle Entſchädigungen und Gebietsvergrößerungen (natürlich nur auf Koſten ſeiner ſchwächeren Nachbarn) ausbedungen hatte. Innerhalb der antipreußiſchen Coalition walteten daher verſchiedene und zuweilen ſogar entgegengeſetzte Intereſſen vor. Daher wurde auch in der militäriſchen Leitung der Coalition Einheit des Befehls vermißt. Prinz Karl hatte von Benedek, dem Oberfeldherrn, keine Befehle anzunehmen, ſondern ihm nur Mittheilungen zu machen. Prinz Alexander von Heſſen ſollte allerdings vom Prinzen Karl Befehle annehmen, ſowie

*) Der hochſelige König Wilhelm I. von Württemberg, ein Herr von großem Verſtande, erzählte dem Verfaſſer einmal, wie oft und vergeblich er die Mittelſtaaten zu einer gemeinſamen Wahrnehmung ihrer Intereſſen ermahnt habe, und Seine Majeſtät bediente ſich dabei folgender Vergleichung: „Wenn ich ſie endlich einmal in einer Schüſſel beiſammen hatte und hineingriff, um Eiſen zu faſſen, griff ich nur in Sand und lief mir beſtändig nur der Sand zwiſchen den Fingern durch.“

auch wieder die oberſten Führer des württembergiſchen und badiſchen Contingents, Generallieutenant von Hardegg und Prinz Wilhelm von Baden, unter dem Befehl des Prinzen von Heſſen ſtanden. Allein dieſe Contingente, oder vielmehr deren Souveräne, mußten mit Rückſicht behandelt werden. Baden hatte ſich nur ungern mit in den Krieg hineinziehen laſſen. Sonderintereſſen und politiſche Bedenken mußten um ſo gewiſſer auf die Kriegführung im weſtlichen Deutſchland einwirken, als die Dinge in Böhmen ſo ſchnell zur Entſcheidung kamen.

Sehr zum Vortheil der Diplomaten, welche insgeheim die Fäden lenkten, ſchob die öffentliche Meinung alle Schuld auf die armen Generale, Verdächtigungen und Verunglimpfungen, die faſt einſtimmig von der Preſſe unterſtützt wurden. So las man in der Augsburger Allgemeinen Zeitung von der Aktion oder vielmehr Nichtaktion des 7. und 8. Bundesarmeecorps: „Fünf Kriegsherrn und fünf Kriegsminiſterien mit ihrer bureaumäßigen Vielſchreiberei waren zu viel des Guten für die Aktion. Fünf Generalſtäbe, fünf Intendanturen! Woher ſollte da der feſte einheitliche Plan, die ſtandhafte Vorbereitung deſſelben, die raſche Ausführung von Maßregeln, die ſchnelle Bewältigung unvorhergeſehener Umſtände, die unverzügliche Ergänzung des Materials kommen? Der Erfolg hat bewieſen, wie ungenügend das Aufgebot, wie unvollſtändig und unzweckmäßig die Ausrüſtung war. Die Reichsarmee von 1756, welche ſo viel Spott erfahren, iſt nur in einer verſtärkten Auflage wiedergekehrt. Statt der 70,000 Mann, welche Bayern wenigſtens hätte ſtellen ſollen — ſein Bundescontingent iſt auf 66,231 Mann berechnet — verfügte ſein Oberbefehlshaber über höchſtens 45,000 Mann, und bei Württemberg und Baden wird das Verhältniß ein ähnliches geweſen ſeyn. Anzuerkennen iſt, daß zahlreiche Prinzen der bedrohten Höfe nicht zu Haus blieben, ſondern nach dem Parade- und Uebungslagerleben auch die Drangſale und Gefahren des Krieges kennen lernen wollten. Leider aber haben wir

auch von Prinzen gehört, die ſich aus Etiketterückſichten nicht unterordnen wollten."

Die Oppoſitionspreſſe nahm von der Zögerung Anlaß, das Bundesmilitärweſen überhaupt anzugreifen. Der Stuttgarter Beobachter (Nr. 175) erinnerte an die unermeßlichen Summen, welche das Kriegsweſen ſeit 50 Jahren verſchlungen hatte, um ſich am Ende als unfähig zu erweiſen. Eine Menge neue Einrichtungen und Verbeſſerungen ſeyen im preußiſchen Heere, ſeit dem Bürgerkrieg in Nordamerika auch im Unionsheere vorgenommen worden, um dieſe Fortſchritte der Kriegskunſt hätten ſich aber die mittel- und kleinſtaatlichen Regierungen nicht gekümmert. Das vereinigte 7. und 8. Armeecorps ſey viel ſtärker geweſen, als die kleinen ihnen entgegengeſchickten preußiſchen Corps, und doch ſey man nicht vorwärts gekommen.

Am wichtigſten war, daß Herr von der Pfordten trotz alles ſcheinbaren Echauffements für Oeſterreich ſich doch in einem gewiſſen Sinne neutral zu halten wußte. Er glaubte, wenn Oeſterreich ſiegen würde, durch den Vertrag vom 14. Juni gedeckt und eines Erwerbs für Bayern ſicher zu ſeyn, wollte aber Oeſterreich keine großen Opfer bringen. Er beeilte ſich alſo nicht, die Preußen anzugreifen; er wartete erſt die große Entſcheidung in Böhmen ab und konnte ſich, wenn etwa Oeſterreich unterliegen ſollte, dadurch, daß er im Kampf gegen Preußen nicht allzu hitzig vorging, deſſen Schonung erkaufen. Daher die Langſamkeit der bayriſchen Rüſtungen, die verhältnißmäßig geringe Zahl der bayriſchen Offenſivarmee und das lange Zaudern. „Noch Herrn des Eiſenbahnnetzes, konnten die Bayern in wenigen Stunden in Eiſenach und Koburg ſeyn, die ſchwachen Koburger Truppen entwaffnen und den Hannoveranern den Weg frei machen. Statt deſſen durften ſich die Bayern wochenlang nicht rühren und ihre Offiziere angelten in den Dörfern der Rhön aus langer Weile Forellen."

Achtes Buch.

Verhalten der auswärtigen Mächte.

Man war am begierigſten zu erfahren, welche Stellung Frankreich zu den kämpfenden Mächten in Deutſchland einnehmen würde. Napoleon III. hatte bisher mit großem Geſchick und Erfolge Frankreich im Innern regiert und den franzöſiſchen Einfluß nach außen in einer viel energiſcheren Weiſe geltend gemacht, als es vor ihm die Bourbonen und Orleaniden gethan hatten. Im Krimkriege war es ihm gelungen, den Ruhm der franzöſiſchen Waffen wieder über den aller andern Nationen zu erheben und den ruſſiſchen Koloß zu demüthigen. Ja er hatte die Genugthuung, daß ſich das nämliche, ſonſt ſo ſtolze und übermüthige Rußland jetzt um ſeine Freundſchaft bewarb, um ſich an Oeſterreich für deſſen Verhalten im Krimkriege zu rächen. Obgleich es nun nicht im Intereſſe Frankreichs liegen konnte, Rußland zu einer Schwächung Oeſterreichs behülflich zu ſeyn, ſo konnte doch Rußland grade damals, nachdem es ſeine

Kräfte im Krimkriege erſchöpft hatte, zunächſt an die Wiederaufnahme ſeiner orientaliſchen Eroberungspläne nicht denken und der Kaiſer der Franzoſen konnte deshalb die neue ruſſiſche Freundſchaft benutzen, um in Italien den franzöſiſchen Einfluß an die Stelle des öſterreichiſchen zu ſetzen. Er unterſtützte daher den kleinen König von Sardinien, half ihm mit Heeresmacht, ſiegte im Feldzug von 1859 über Oeſterreich, nahm ihm die Lombardei ab und ſchenkte ſie dem Sardinier, duldete ſodann die Wühlereien der Mazziniſten und ihrer engliſchen Freunde, durch welche die Fürſten in Mittel- und Unteritalien vertrieben wurden, und flickte dann das neue Königreich Italien zuſammen, welches von nun an nur noch ein Vaſallenſtaat Frankreichs ſeyn konnte und ſich gefallen laſſen mußte, daß Savoyen und Nizza Frankreich förmlich einverleibt wurden und eine ſtarke franzöſiſche Beſatzung in Rom blieb, um den Papſt zu ſchützen.

Nachdem Napoleon III. erſt Rußland und nachher Oeſterreich gedemüthigt hatte, ſchien es nahe zu liegen, daß er auch trachten würde, Preußen zu demüthigen und ſomit die Manen ſeines großen Oheims an den Coalitionsmächten von 1813 zu rächen. Allein er hat wohl kaum daran gedacht, ſo wenig wie an eine Rache an England, denn er mußte wie England gegen Rußland, ſo Preußen gegen Oeſterreich zu benutzen ſuchen.

Napoleon III. war vorſichtig und keineswegs in der Lage, entſcheidend durchgreifen zu können, wie ſein Oheim. Er mußte in ſeiner äußern Politik, wie in ſeiner innern, große Parteien, die er einzeln nicht überwinden konnte, eine durch die andere neutraliſiren. Er hatte ſich in Frankreich ſelbſt zwiſchen die Bourbons und die rothe Republik eingeſchoben, und mußte daher fortwährend die Rückſchritts- durch die Fortſchrittspartei und wieder dieſe durch jene im Zaume halten. Er bediente ſich der klerikalen Partei gegen die demokratiſche und dieſer gegen jene und wirkte auf die eine durch die Kaiſerin Eugenie, auf die andere durch ſeinen Vetter Prinz Napoleon ein.

Ja er legte einen Werth darauf, daß die Parteien in dieſen beiden ihm nahe ſtehenden Perſönlichkeiten ſeinen guten und böſen Genius erkennen und immer zweifelhaft bleiben ſollten, welchem von beiden er am Ende nachgeben werde. Indem er die Parteien in dieſer Ungewißheit ließ und, wenn er ſie auch ärgerte, doch einer jeden immer wieder Hoffnung machte, hielt er ſie am ſicherſten von extremen Demonſtrationen und Wagniſſen ab. Ganz die nämliche Politik nun hielt er auch gegenüber den Mächten des Auslands inne und blieb immer in der Schwebe zwiſchen England und Rußland, wie zwiſchen Preußen und Oeſterreich, ſchmeichelnd bald dem einen, bald dem andern, ſo daß keiner recht wußte, woran er mit ihm war, es aber auch nicht mit ihm verderben wollte. Nie gab er einen Anlaß, ihn für einen unbedingten Feind zu halten, ſondern ließ Jedem noch die Ausſicht auf ſeine Freundſchaft. Auch ſcheint er, bald direct, bald indirect, die rivaliſirenden Mächte abwechſelnd in Verſuchung geführt zu haben, ſey es, um ſie dahin zu treiben, daß ſie ihm ein Opfer bringen ſollten, ſey es auch nur, um ihre gegenſeitige Eiferſucht fort und fort zu nähren.

Mit welcher überlegenen Schlauigkeit der Kaiſer der Franzoſen jeden zufälligen Anlaß raſch zu benutzen verſtand, um Oeſterreich und Preußen, wenn ſie ſich vereinbaren wollten, wieder zu trennen, erhellt am beſten aus der Intrigue von Villafranca. Kaiſer Franz Joſeph war bei Solferino geſchlagen worden, aber ſein Feſtungsviereck war unverſehrt und ſchreckte die Franzoſen zurück. Die Preußen marſchirten bereits an den Rhein, um Oeſterreich Bundeshülfe zu leiſten, und Napoleon III. hätte in Eile mit dem größten Theil ſeiner Armee nach Frankreich zurückkehren müſſen, da Marſchall Peliſſier im Lager von Chalons weitaus nicht ſtark genug geweſen wäre, die Preußen aufzuhalten. Oeſterreich war mit Preußen damals ſo weit einig, daß erſteres ſelbſt am Bundestage in Frankfurt beantragte, den Prinz-Regenten von Preußen zum Oberbefehlshaber der geſammten Bundes-

macht zu ernennen. Der Regent mußte aus einem rein formellen Grunde dieſe Ehre ablehnen, weil der Bundesfeldherr verantwortlich iſt, ein regierendes Haupt aber nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Den Umſtand dieſer Ablehnung benutzte nun Napoleon III. mit Blitzesſchnelle, um dem Kaiſer von Oeſterreich ein tiefes Mißtrauen gegen die Abſichten des Prinz-Regenten beizubringen und dadurch die nahe Gefahr, von welcher Frankreich durch die preußiſche Armee bedroht war, zu beſeitigen. Die Zeitungen meldeten, und es iſt nie widerlegt worden, Napoleon III. habe zu Villafranca dem Kaiſer Franz Joſeph einen Vermittlungsvorſchlag vorgelegt, welcher angeblich von Preußen an England und Rußland gebracht worden ſeyn ſollte, des Inhalts, daß, wenn Oeſterreich ſich dieſe Vermittlung hätte müſſen gefallen laſſen, es mehr in Nachtheil gekommen wäre, als wenn es den Frieden annahm, den ihm Frankreich anbot. Durch dieſe grobe Täuſchung ließ ſich Franz Joſeph verführen, den voreiligen Frieden von Villafranca abzuſchließen. Seine Proclamation ſagte ganz deutlich, er halte ſich für verrathen von Preußen, denn es hieß darin: „Ohne Bundesgenoſſen weiche ich nur den ungünſtigen Verhältniſſen der Politik. Ich habe mich entſchloſſen, der Wiederherſtellung des Friedens ein Opfer zu bringen, nachdem ich die Ueberzeugung gewonnen, daß durch directe, jede Einmiſchung Dritter beſeitigende Verſtändigung mit dem Kaiſer der Franzoſen, jedenfalls minder ungünſtige Bedingungen zu erlangen waren, als bei dem Eintreten der drei am Kampfe nicht betheiligt geweſenen Großmächte in die Verhandlung, mit den unter ihnen vereinbarten und von dem moraliſchen Drucke ihres Einverſtändniſſes unterſtützten Vermittlungsvorſchlägen zu erwarten geweſen wären.“

Die angebliche Vermittlungsnote Preußens, mit welcher Franz Joſeph ſeinen Entſchluß entſchuldigte und motivirte, exiſtirte gar nicht. Er hatte ſie ſich aufbinden laſſen, ohne ihre Echtheit zu unterſuchen. Die echte preußiſche Note vom 24. Juni, worin England und

Frankreich wiederholt ersucht worden waren, sich einer Vermittlung anzuschließen, enthielt durchaus nichts, was Oesterreich hätte berechtigen können, ihr die gehässige Deutung zu geben, die ihr zu Villafranca untergeschoben wurde. Am 7. Juli fand Preußen dieselben Friedensbedingungen, die am folgenden Tage Franz Joseph von Napoleon annahm, als sie ihm von Napoleon III. mit der Bitte, zu vermitteln, notificirt wurden, zu hart für Oesterreich und lehnte die Vermittlung ab. Ehrlicher konnte Preußen nicht handeln und in demselben Augenblicke ließ sich Kaiser Franz Joseph durch ein gefälschtes Aktenstück täuschen und hinreißen, einen so nachtheiligen Frieden zu schließen, den ihm Preußen nie zugemuthet haben würde, und zum Ueberfluß noch dasselbe Preußen in der oben citirten Proclamation aufs ungerechteste zu verdächtigen und tödtlich zu beleidigen. Herr von Schleinitz, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin, ließ durch den preußischen Gesandten in Wien mit größter Bestimmtheit erklären: „1) Daß Seitens Preußen keinerlei Bedingungen einer Mediation formulirt oder dergleichen, die von einer andern Macht formulirt gewesen wären, acceptirt worden sind; 2) daß das dem österreichischen Circulär beigefügte, seitdem durch die Zeitungen veröffentlichte Project uns gänzlich unbekannt gewesen ist.“ Nur England wollte aus Vorliebe für die italienische Agitation, daß Oesterreich nicht nur die Lombardei, sondern auch Venedig verlöre, und man überredete den Kaiser Franz Joseph, Preußen sey mit dieser Ansicht Englands einverstanden. Die österreichische Verblendung war staunenswürdig. Wenn Preußen wirklich der englischen Ansicht gewesen wäre, so hätte es entweder seine Armee gar nicht mobil gemacht, oder wenigstens nicht an den Rhein, sondern — nach Böhmen geschickt.

Napoleon III. hatte die deutschen Großmächte glücklich wieder auseinander gebracht und spann nun, immer mit überlegener Klugheit, den Faden fort. Preußens Rüstungen hatten ihn genirt, aber es jetzt

etwa anzugreifen, wagte er nicht. Es genügte ihm völlig, wenn nur die beiden deutſchen Großmächte uneinig blieben. Nach einer Turiner Quelle ſoll er ſchon in Villafranca dem Kaiſer Franz Joſeph inſinuirt haben, er möge ſich mit Frankreich gegen Preußen verbinden und mit Frankreichs Hülfe die Hegemonie in Deutſchland erringen, die ihm nur Preußen ſtreitig mache. Damit werde Deutſchland die Einheit wiedererlangen, nach der es ſich ſo ſehr ſehne. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß Frankreich für dieſe Durchführung des Nationalitätenprincips in Deutſchland, wie für die in Italien eine Belohnung vorausſetzte und daß ihm das unter Oeſterreich wieder vereinigte Deutſchland das linke Rheinufer abtreten müßte, wie ihm das unter Sardinien vereinigte Italien Savoyen und Nizza hatte abtreten müſſen. Kaiſer Franz Joſeph war auf dieſe Verführung nicht eingegangen und es wurde höchlich von ihm gerühmt, daß er lieber die italieniſche Lombardei, als ein deutſches Bundesland habe preisgeben wollen.

Als König Wilhelm I. von Preußen im Herbſt 1861, in Erwiderung des Beſuchs in Baden den franzöſiſchen Kaiſer in Compiègne beſuchte, ſoll dieſer daſſelbe Locklied Preußen vorgeſungen haben, welches er zwei Jahre früher Oeſterreich vorſang. Das Nationalitätenprincip ſolle auf Deutſchland angewandt werden, Preußen an die Spitze Deutſchlands treten und Oeſterreich beſeitigt werden. Die Vortheile einer Verbindung mit Frankreich wurden damals Preußen ſo ſehr ans Herz gelegt, daß der Gedanke an eine franzöſiſch-preußiſche Zolleinigung Wurzel faſſen konnte. Aber ſchon ein halbes Jahr vor der Zuſammenkunft in Compiègne hatte die Opinion nationale (vom 5. März 1861) den Wunſch hingeworfen, das Kohlenbecken von Saarbrücken mit Saarlouis, Zweibrücken und Landau, die erſt im zweiten Pariſer Frieden von Frankreich ſeyen abgeriſſen worden, möchten demſelben zurückgegeben werden. Preußen hörte mit tauben Ohren zu und ging auf die Verſuchung nicht ein.

Als 1863 der Aufſtand in Polen ausbrach, kam wieder Oeſter-

reich an die Reihe, von Paris aus beſchmeichelt und verlockt zu werden, um es wieder, wie in Villafranca zu einer Cooperation gegen Preußen zu verleiten. Ohne Oeſterreich konnte Frankreich nichts gegen die Ruſſen in Polen unternehmen, ein unabhängiges Königreich Polen nicht herſtellen. Wenn auch Oeſterreich ſein Galizien aufopfern mußte, ſo konnte es reichlich auf Koſten Preußens und durch die Hegemonie in Deutſchland entſchädigt werden. Man hörte, es ſey ihm Schleſien angeboten worden, wogegen Frankreich ſeine Belohnung auf dem linken Rheinufer zu erhalten begehrte.

Man würde jedoch den Kaiſer der Franzoſen unbillig beurtheilen, wenn man eine Politik, die ihn ſeine Gegner zu neutraliſiren nöthigte, für gemeine oder kleinliche Intrigue halten wollte. Er hat mehr Verſtand und Vorausſicht als die meiſten ſeiner Zeitgenoſſen. Sein Blick umfaßt nicht bloß die nächſten Nachbarn, ſondern in großartiger Combination die Stellung der Welttheile gegen einander. Er allein vor allen europäiſchen Regenten erkannte die Nothwendigkeit eines Zuſammenhaltens und einer ſolidariſchen Verpflichtung der europäiſchen Mächte gegenüber von Aſien und Amerika, d. h. gegenüber der aſiatiſchen Vormacht Rußland und der amerikaniſchen Vormacht in den Staaten der Union. Hieraus erklären ſich ſeine merkwürdigen Operationen im Orient und in der neuen Welt.

Er erkannte mit Recht, daß wenn Rußland fort und fort in Aſien Eroberungen mache, ſeine Macht allmälig ſo koloſſal anſchwellen würde, daß ſie Europa erdrücken müßte. Schon war es unmöglich geworden, Polen aus der ſchrecklichen Umarmung des ruſſiſchen Bären loszureißen, oder wenn es noch möglich ſchien, mußte man es zu flankiren ſuchen. Im Krimkriege war Rußland glücklich aus dem Donaugebiet hinausgeworfen worden. Man durfte keine Zeit verſäumen, dieſes Donaugebiet zu einem Bollwerk gegen Rußland zu machen, um von hier aus theils die Türkei gegen Rußland zu ſchützen, theils möglicherweiſe einmal das unglückliche Polen zu befreien. Da

nun Napoleon III., um Italien unter ſeinem Protectorate zu einigen, das Nationalitätenprincip proclamirt hatte, lag es ihm nahe, aus demſelben Princip auch eine Einheit Rumäniens herzuleiten und den Verſuch zu machen oder machen zu laſſen, die Italiener an der untern Donau ebenſo unter ſich zu vereinigen, wie die am Po. Denn die Rumänen ſind Nachkommen der ehemaligen römiſchen Einwohner in Möſien und Dacien oder der Ureinwohner ſelbſt, die nur von den herrſchenden Römern die Sprache annahmen, und ſie reden noch eine dem Italieniſchen verwandte Mundart. Sie bewohnen die Moldau und Wallachei, das ruſſiſche Beſſarabien und einen Theil von Siebenbürgen. Um in dieſe rumäniſche Bevölkerung mehr Einheit zu bringen, ſtrebte Frankreich darnach, wenigſtens die Moldau und Wallachei, die noch zur Türkei gehörten und wovon jede einen eigenen Hospodar hatte, unter einem Hospodar zu vereinigen. Dies geſchah in Folge von Umtrieben, durch welche Alexander Couza, der ſeine Verbindungen in Paris hatte, wirklich von beiden Donaufürſtenthümern zum gemeinſchaftlichen Fürſten erwählt wurde, 1859. Rußland duldete es, weil ein ſo ſchwacher Nachbar ihm doch zunächſt nicht gefährlich war, oder weil er ſich wenigſtens gegen Oeſterreich brauchen ließ. Er war ein gemeiner Abenteurer, der als regierender Fürſt ſeine Stellung nur benutzte, um Schätze zuſammenzuhäufen. Indem er die Armee auf franzöſiſchen Fuß ſetzte, verdoppelte er die Steuern, zog die Kloſtergüter ein, ſetzte den Metropoliten Milesco in den Kerker und mißhandelte den Klerus. Alles im Namen der Aufklärung und der Civiliſation. Deshalb gründete er auch zu Jaſſy eine Univerſität in einem Lande, das keine Schulen und nicht einmal Straßen hat. Zugleich diente er der europäiſchen Demokratie, ließ ſich zur See aus Frankreich Kanonen kommen, empfing den ungariſchen General Klapka in Bucareſt und ſtand in Verbindung mit Garibaldi. Um als liberaler Reformator zu glänzen, wollte er die Bauern emancipiren und ſprengte den Widerſtand der Bojaren durch einen Staats-

ſtrich. Allein er hatte in dem rohen Volke keinen Boden. Die Bojaren hielten zuſammen, auch das Militär ließ ihn im Stich und plötzlich im Februar 1866 nahmen ihn die verſchwornen Generale und Bojaren gefangen und ließen ihn unter der Bedingung, daß er abdicire und ſich ruhig verhalte, mit ſeinen Schätzen nach Paris abziehen.

Man unterhandelte, was jetzt mit den Donaufürſtenthümern anzufangen ſey, als plötzlich am 22. Mai 1866 Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (Sohn des Fürſten Karl Anton, der ſein Fürſtenthum an Preußen abgetreten und für ſich und ſeine Nachkommen die Rechte eines Prinzen des königlich-preußiſchen Hauſes erhalten hatte, auch eine Zeit lang königlich-preußiſcher Miniſterpräſident geweſen war) plötzlich in Bukareſt erſchien, ohne daß die Welt von ſeiner heimlichen Reiſe etwas erfahren hatte. Aber die laute Freude, mit der er in der Wallachei empfangen, und die Schnelligkeit, mit der er als Hospodar der Wallachei und dann auch der Moldau anerkannt wurde, bewieſen hinlänglich, daß man ihn erwartet und die Wahl ſchon vorbereitet hatte. Wie ſich die Großmächte dazu verhielten, erfuhr man nicht und da unmittelbar darauf der Krieg in Deutſchland ausbrach, läßt ſich auch, ehe die Akten vorliegen, nicht ermeſſen, von welcher Seite her der preußiſche Prinz am meiſten begünſtigt worden iſt. Da der vertriebene Couza das Werkzeug der franzöſiſchen Politik geweſen war, vermuthete man, Prinz Karl werde wenigſtens von Rußland nicht abgelehnt, falls Rußland nicht förmlich die Abſicht hatte, Preußen mit ſeiner Zuſtimmung zu ſchmeicheln, um ſich der Allianz deſſelben in der orientaliſchen Frage zu verſichern.

Zum weiteren Verſtändniß der Verhältniſſe in den Donauländern nur noch eine kurze Bemerkung über Serbien. Hier war die ruſſiſch geſinnte Familie Obrenowitſch 1843 geſtürzt worden, um der öſterreichiſch geſinnten Familie des großen ſerbiſchen Freiheitshelden Kara Georg den Platz zu räumen. Aber Alexander, der ſchwache

Fürſt dieſes Hauſes, wurde durch ruſſiſche Agitation ebenfalls geſtürzt und von Oeſterreich nicht geſchützt. Man warf dem Grafen Buol, der damals das auswärtige Amt in Wien leitete, deshalb große Verſäumniß vor. Seit 1859 regiert nun wieder der ruſſiſch geſinnte Miloſch Obrenowitſch, den auch Frankreich gegen Oeſterreich unterſtützt hatte. Der Streit zwiſchen Serbien und der Pforte über das Beſatzungsrecht der Türken in einigen feſten Plätzen des Landes dauert immer noch fort. In Bezug auf Belgrad mußte die Pforte nachgeben und ihre Beſatzung auf die Citadelle beſchränken.

Man wirft Oeſterreich mit Recht vor, daß es ſein Anſehen an der untern Donau nicht beſſer gewahrt habe. Immer mit dem Weſten ſich abquälend, verſäumte es ſeine Miſſion im Oſten. Man hat bemerkt, daß es am wenigſten ſeine Aufgabe, europäiſche Civiliſation in den Barbarenländern auszubreiten, begriffen hat. Im öſterreichiſchen Theil Serbiens herrſcht die größte Rohheit und Armuth, Wohnſtube und Schweineſtall ſind eins. Im türkiſchen Serbien herrſcht Wohlſtand und beſſere Sitte.*)

Da Napoleon III., wie oben geſagt iſt, ſeiner Politik die weiteſte Ausdehnung gab, ſo erklärt ſich ſeine Bemühung um das Zuſtandebringen des Suezcanals und überhaupt um Einfluß auf Aegypten nicht blos aus dem Bedürfniß, wegen Algerien die ganze Nordküſte Afrikas zu beeinfluſſen, ſondern auch aus ſeiner Stellung zu England. Herrſcht ſein Einfluß in Aegypten vor, ſo kann er den Engländern den nächſten Weg nach Oſtindien verſperren, wenn England ſich nicht gefügig genug gegen Frankreich zeigte.

Wichtiger als alles andere war die Politik, welche Napoleon III. befolgte, als der große Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausbrach. Indem dieſe mächtige Union durch innere Parteien zerriſſen, im gehäſſigſten Bruderkriege ſich ſelbſt zerfleiſchte,

*) Beilage der Augsb. Allg. Zeitung 1867. Nr. 5.

konnte ſie nicht mehr ihr großes ſüdliches Nachbarland Mexiko beaufſichtigen. Es war mithin möglich, der ſpaniſchen Bevölkerung dieſes Landes aus ihrem tiefen Verfall wieder aufzuhelfen und, ſofern man ihr dieſe Hülfe aus Europa brächte, den europäiſchen Einfluß in der neuen Welt wieder herzuſtellen. Napoleon III. faßte dieſen Gedanken auf und hat ihn auch offen vor Europa ausgeſprochen. Als der mächtigſte Herrſcher unter den romaniſchen Völkern hatte er das Recht und den welthiſtoriſchen Beruf, die romaniſche Race in Amerika nicht ſchmachvoll entarten und politiſch allmälig untergehen zu laſſen. Zugleich lag es im Intereſſe aller europäiſchen Mächte, der nordamerikaniſchen Union, die ſich ſchon ſehr übermüthig gegen das alte Europa benommen hatte, bereits ſehr mit Rußland kokettirte und eine künftige Allianz Aſiens und Amerikas gegen Europa in Ausſicht nahm, ein Gegengewicht in Amerika ſelbſt zu geben. Das lag im beſondern Intereſſe Englands, dem in der Marine der Union ein furchtbarer Rivale heranwuchs.

Gegründeter Anlaß zu einer bewaffneten Expedition nach Mexiko lag vor. Die mexikaniſche Republik taumelte, wie alle andern ſpaniſchen Republiken im Süden Amerikas, aus einer Revolution in die andere. Seitdem man die Altſpanier vertrieben hatte, verloren auch die Creolen, die in Mexiko gebornen Nachkommen der Spanier, oder die Weißen immer mehr ihre bisherige Ueberlegenheit und die farbige Bevölkerung, Meſtizen (Nachkommen von Weißen und Indianern), Mulatten (Nachkommen von Weißen und Negern), Indianer, Neger und wieder die Miſchlinge dieſer letzteren beiden Racen machten ihre Zahl und ihre Anſprüche an die Mitregierung geltend. Der katholiſche Klerus übte zwar noch einen bedeutenden Einfluß, war aber in ſeinen untern Schichten ziemlich verwildert und vermochte der liberalen Partei, die ſchon längſt in Freimaurerlogen organiſirt, von den Vereinigten Staaten aus inſpirirt und von verwegenen Generalen geleitet war, nicht mehr genügend zu widerſtehen. Im Jahr 1860 wurde

der Präſident Miramon, nachdem er kaum ſeinen Vorgänger Zuluaga geſtürzt hatte, ſelber wieder durch Juarez geſtürzt, der ein Meſtize war und die farbige Bevölkerung für ſich hatte. Miramon ließ in der letzten Noth das Hotel des engliſchen Geſandten in der Hauptſtadt Mexiko erbrechen und 100,000 Dollars von dort rauben, welche engliſche Staatsgläubiger bei ihm deponirt hatten. Nun raubte auch Doblado, ein Untergeneral des Juarez, einen für das Ausland beſtimmten Silbertransport im Werth von 1,200,000 Dollars und Juarez ſelbſt erklärte in einem Decret vom 1. Juli 1861 alle Verbindlichkeiten gegen Ausländer vorläufig auf zwei Jahre für aufgehoben. Der ſpaniſche Geſandte und der päpſtliche Nuntius wurden auf brutale Art aus Mexiko fortgejagt. Auf den franzöſiſchen Geſandten de Saligny wurde ein Attentat gemacht, drei engliſche Unterthanen wurden ermordet. Um ſich Geld zu machen, jagte Juarez auch die Biſchöfe fort und plünderte die Klöſter. Es handelte ſich alſo diesmal nicht um einen gewöhnlichen tumultuariſchen Präſidentenwechſel, ſondern um einen Sieg der farbigen Race über die weiße, indianiſcher Wildheit über europäiſche Cultur, halb heidniſcher Barbarei über die chriſtliche Kirche.

Während England und Spanien von der tollen Meſtizenregierung in Mexiko nur Genugthuung und Erſatz des erlittenen Schadens verlangten, faßte der Kaiſer der Franzoſen die Frage aus einem höhern Geſichtspunkt auf. Es ſchien ihm der europäiſchen Politik angemeſſen, in dieſem Falle nicht blos eine einzeln vorgekommene Unart Amerikas zu beſtrafen, ſondern auch künftigen Fällen dieſer Art vorzubeugen, das Anſehen der europäiſchen Staaten und die Achtung der europäiſchen Civiliſation in der neuen Welt herzuſtellen. Die Gelegenheit war günſtig, an die Stelle der turbulenten Republik in Mexiko eine geordnete monarchiſche Verfaſſung zu ſetzen und eine europäiſche Dynaſtie daſelbſt zu gründen. Die Regierung von Waſhington ſchien es wenigſtens nicht verhindern zu können, da die Süd-

ſtaaten der Union ſelbſt ſie zu ſtürzen unternahmen. Beim Ausbruch des Bürgerkrieges in der Union ſchien den Südſtaaten ihr Sieg gewiß zu ſeyn und mit dieſen ariſtokratiſch geſinnten Staaten ließ ſich die verträgliche Nachbarſchaft einer Monarchie eher denken, als mit den ſtörriſchen Republikanern des Nordens.

Frankreich, Spanien und England verabredeten eine bewaffnete Expedition nach Mexiko und am 8. Dezember 1861 kamen die erſten Schiffe derſelben nach Veracruz. Frankreich hatte die meiſten Landungstruppen geſchickt, aber grade dieſer Umſtand machte die Engländer mißtrauiſch. England gönnte Frankreich keine Eroberung in Mexiko, ließ ſich durch Juarez für ſeine Verluſte mit einer Erſatzſumme abfinden und zog ſeine Schiffe zurück. Spanien that desgleichen, denn General Prim, der die ſpaniſchen Landungstruppen in Mexiko anführen ſollte, hatte keine Luſt, als der Schwächere den Franzoſen zu folgen, die ihm alle Lorbeern und Eroberungen vorweg nehmen würden. Die Abfindung Englands und Spaniens erfolgte am 19. Februar 1862 in dem Vertrage, den beide Mächte mit Juarez zu Soledad abſchloſſen. Die franzöſiſchen Truppen unter General Lorencez blieben nun, von ihren europäiſchen Bundesgenoſſen verlaſſen, allein auf mexikaniſchem Boden zurück und ſetzten ſich, weil in Veracruz das gelbe Fieber herrſchte, in dem höher gelegenen Orizaba feſt, indem ſie neue Befehle aus Paris abwarteten. Napoleon III. mußte das egoiſtiſche und verrätheriſche Verhalten Englands verſchmerzen und für ſich allein den Kampf in Mexiko fortſetzen, denn ohne Genugthuung erhalten zu haben, durfte er ſeine Truppen nicht aus Mexiko zurückziehen, das litt die Waffenehre Frankreichs nicht. Er ſandte alſo unter General Forey Verſtärkungen nach Veracruz und veröffentlichte am 3. Juli die intereſſante Inſtruction, die er ihm mitgab. Darin hieß es: „Bei dem jetzigen Stande der Civiliſation in der Welt iſt die Proſperität Amerikas für Europa nicht gleichgültig, denn Amerika nährt unſere Fabriken

und unterhält unſern Handel. Wir haben ein Intereſſe daran, daß die Republik der Vereinigten Staaten mächtig und blühend ſey, aber wir haben gar kein Intereſſe, daß ſie ſich des ganzen Golfs von Mexiko bemächtigt, von dort aus die Antillen und Südamerika beherrſcht und über die Producte der neuen Welt die alleinige Verfügung in die Hände bekommt. Eine traurige Erfahrung belehrt uns heute, wie prekär das Loos unſerer Induſtrie iſt, ſo lange ſie gezwungen iſt, ihren Rohſtoff von einem einzigen Markt, deſſen Wechſelfällen ſie unterworfen bleibt, zu beziehen. Wenn aber Mexiko ſeine Unabhängigkeit beibehält und die Integrität ſeines Gebietes bewahrt, wenn dort mit Hülfe Frankreichs eine ſtabile Regierung errichtet wird, ſo werden wir der lateiniſchen Race jenſeits des Oceans ihre Stärke und ihr Preſtige wiedergeben, ſo werden wir unſern und den ſpaniſchen Colonien in den Antillen ihre Sicherheit wiedergeben, ſo werden wir unſern wohlthätigen Einfluß in Centralamerika feſtgeſetzt haben, und dieſer Einfluß wird uns, indem er unſerm Handel unermeßliche Abſatzquellen eröffnet, die für unſere Induſtrie unerläßlichen Stoffe verſchaffen. Das ſo regenerirte Mexiko wird uns ſtets günſtig bleiben, nicht nur aus Dankbarkeit, ſondern auch weil ſeine Intereſſen mit den unſrigen übereinſtimmen werden, und weil es in den guten Beziehungen mit den europäiſchen Regierungen einen Stützpunkt finden wird.“ Nun ſollte es nach der Monroedoctrin, welche zum erſtenmal der Präſident Monroe 1823 in ſeiner Botſchaft an den Congreß der Ver. Staaten aufgeſtellt hatte, europäiſchen Mächten unterſagt ſeyn, irgendwie in Nord- oder Südamerika, das einen unabhängigen Welttheil für ſich bilde, zu interveniren. Aber Lincoln, der damalige Präſident, war gehindert, dieſe Doctrin ſtreng Hand zu haben. Mit dem Bürgerkriege beſchäftigt, konnte er nicht auch noch mit Frankreich Krieg anfangen. Sein Staatsſekretair Seward begnügte ſich daher in einer Depeſche vom 3. März 1862, Frankreich

nur zu warnen, daſſelbe werde ſich täuſchen, Mexiko ſelbſt werde keinen Regenten aus Europa dulden.

Dieſe Schwäche der Ver. Staaten hätten die europäiſchen Seemächte, vor allem England, nothwendig benutzen ſollen, um das franzöſiſche Unternehmen zu unterſtützen und das geographiſch trefflich gelegene und reiche Mexiko zu einem Bollwerk des europäiſchen Einfluſſes in der neuen Welt zu machen.

Die Zerrüttung in Mexiko war übrigens ſo groß, daß franzöſiſche Kerntruppen des juariſtiſchen Geſindels ohne Zweifel Meiſter werden mußten. Zwar erlitt Lorencez, weil er zu wenig Truppen hatte, vor der feſten Stadt Puebla eine Schlappe, als aber Forey nachkam, ſtoben vor ihm die Guerillabanden auseinander. Juarez wagte nicht einmal, die Hauptſtadt Mexiko zu vertheidigen, und ſchon am 10. Juni hielt Forey in derſelben ſeinen feierlichen Einzug unter dem Jubel der Klerikalen, der beſitzenden Claſſen und überhaupt der Weißen. Man glaubte franzöſiſcherſeits auch auf die reinen Indianer rechnen zu können, die immer noch die Mehrheit der Bevölkerung bildeten und von den Miſchlingen tyranniſirt und verachtet wurden. Man hatte nicht verfehlt, dieſen Indianern zu erzählen, die Kaiſerin Eugenie von Frankreich aus dem edlen ſpaniſchen Hauſe der Montijo ſtamme von weiblicher Seite aus dem Hauſe Guzmann, und einer dieſes Geſchlechts habe eine Enkelin des Montezuma, des letzten indianiſchen Kaiſers von Mexiko, geheirathet, ſo daß Frankreich auch auf das Reich Montezumas gewiſſermaßen ein Erbrecht beſitze. Man ließ deshalb die Kaiſerin Eugenie in den Straßen von Mexiko hochleben.

Napoleon III. mißkannte jedoch nicht, daß man ihm den unmittelbaren Beſitz Mexikos nicht gönnen würde. Er ſuchte ſich daher einen paſſenden Candidaten für den wieder herzuſtellenden Kaiſerthron in Mexiko aus, einen Mann, dem er die ganze Verantwortung für das neue Kaiſerreich und die ganze Unzufriedenheit der Nordamerikaner,

wie auch der Gegner Frankreichs in Europa aufladen konnte, um ſich ſelbſt im ſchlimmen Falle einen anſtändigen Rückzug zu ſichern, während derſelbe Mann im günſtigen Falle immerhin von Frankreich abhängen, deſſen Vaſall und Werkzeug bleiben mußte. Dieſer Mann war Erzherzog Maximilian, Bruder des Kaiſer Franz Joſeph, ein Nachkomme Karls V., des erſten chriſtlichen Kaiſers von Mexiko, der alſo auch ein Erbrecht anzuſprechen hatte. Forey verfehlte nicht, dieſes glückliche Zuſammentreffen den Mexikanern ins rechte Licht zu ſetzen, und die geſchmeidige Notablenverſammlung, die er in Mexiko zuſammenbrachte, rief ſchon am 10. Juli 1863 den Erzherzog zum Kaiſer aus.

Die Welt wunderte ſich, daß ein Bruder des öſterreichiſchen Kaiſers ſich zu der ihm von Frankreich zugedachten Rolle hergab, ſofern er dadurch gleichſam der Vaſall Frankreichs wurde und es überhaupt ſchien, als ob er ſich in Mexiko nicht lange würde behaupten können. Allein man hielt ihn für ehrgeizig und unternehmend. Er rühmte ſich, die öſterreichiſche Marine in Flor gebracht zu haben. Seine Gemahlin Charlotte, Tochter des alten Königs der Belgier, wurde als noch feuriger und unternehmender charakteriſirt und ſoll ihn in ſeinem muthigen Entſchluſſe bekräftigt haben. Er antwortete einer mexikaniſchen Deputation ſchon am 3. October 1863, er nehme die Krone von Mexiko an unter der Bedingung, daß die Mehrheit des mexikaniſchen Volks ihm ihre Stimme gebe. Während des Winters reiste er mit ſeiner Gemahlin zu deren Vater nach Brüſſel und zum Kaiſer nach Paris, wo alles abgemacht wurde.*) Es handelte ſich nur noch um ſeine Stellung zu Oeſterreich. Kaiſer Franz Joſeph verlangte, ſein Bruder ſolle für ſich und ſeine Nach-

*) Die Pariſer nannten ihn nicht Archiduc, ſondern Archidupe und man glaubte allgemein, er werde der Betrogene ſeyn, ſobald er Napoleon einen anſtändigen Rückzug geſichert haben würde.

kommen auf sein eventuelles Erbrecht in Oesterreich verzichten, wenn er die Krone von Mexiko annehme. Charlotte wollte, wie die Zeitungen meldeten, diese Verzichtleistung nicht zugeben, welche gleichwohl durchgesetzt wurde, indem Franz Joseph selbst am 9. April 1864 von Wien nach Miramar, dem Lustschloß des Erzherzog Max am adriatischen Meere, reiste und dort mit ihm die Entsagungsurkunde unterzeichnete.*) An demselben Tage, dem 10. April, schloß der Erzherzog auch mit Frankreich einen Vertrag ab. Darnach sollten 25,000 Franzosen zum Schutz des neuen Kaisers so lange in Mexiko bleiben, bis der Kaiser sich eine ausreichende eigene Kriegsmacht geschaffen haben würde. Dazu solle der Kaiser eine Fremdenlegion von 8000 Mann anwerben. Als Kostenersatz sollte Frankreich sogleich 66 Millionen mexikanische Anleihen und 270 Millionen mit 3 Procent verzinst erhalten. Nachdem sich Erzherzog Max auf diese Weise mit Oesterreich und Frankreich abgefunden hatte, nahm er am gleichen Tage die mexikanische Krone aus den Händen des Don Gutierez de Estrada an, der sie ihm an der Spitze einer Deputation aus Mexiko überbrachte.

Das neue kaiserliche Paar verließ hierauf Miramar, nahm noch am 19. April in Rom den Segen des h. Vaters in Empfang und schiffte dann wohlgemuth über das atlantische Meer. Am 28. Mai kam es in Veracruz an, soll sich aber in seinen glänzenden Erwartungen bald getäuscht gesehen haben. Man erzählt, die Kaiserin Charlotte habe über den schlechten Empfang in Veracruz geweint. In der Hauptstadt Mexiko war der Empfang am 12. Juni zwar

---

*) In Wiener Blättern wurde gesagt: „Mexiko war ein Sicherheitsventil für den europäischen Frieden. Um so größer ist der Act des Vertrauens, den Oesterreich gegeben, indem es dem Kaiser der Franzosen ermöglichte, sich aus dem Netz, in dem er sich durch den Krieg verfangen, herauszuziehen. An wem ist es nun, Dankbarkeit an den Tag zu legen?“

ſehr prächtig und erweckte wieder große Hoffnungen, aber der neue Kaiſer überwarf ſich mit der einzigen Partei im Lande, die ihn wahrhaft willkommen geheißen hatte, nämlich mit der klerikalen. Forey hatte bereits das ſämmtliche Kirchengut mit Beſchlag belegt, wahrſcheinlich, um ein Pfand zu haben, wenn die Koſten der Expedition nicht aus andern Mitteln beſtritten werden könnten, und Maximilian hing viel zu ſehr von den franzöſiſchen Truppen und ihrem zum Marſchall erhobenen Generale ab, als daß er an deſſen Verfügung etwas hätte ändern können. Vergebens proteſtirte der päpſtliche Nuntius, und der erzürnte Papſt, der eben erſt das neue Kaiſerpaar eingeſegnet hatte, mußte erleben, daß Maximilian jede Verbindung mit ihm abbrach. Die Klerikalen in Mexiko verloren ſomit ihr Vertrauen zu dem neuen Herrſcher, dem die liberale und republikaniſche Partei ohnehin abgeneigt war. Ohne Stütze in der Bevölkerung zu finden, hing Maximilian ganz nur von den militäriſchen Erfolgen der Franzoſen ab, die ſich im Lande ausbreiteten und vor denen Juarez ſich weit nach Norden bis an die Grenze der Ver. Staaten zurückziehen mußte. General Bazaine zeichnete ſich bei dieſen Expeditionen am meiſten aus. Um von den Franzoſen unabhängiger werden zu können, warb Maximilian einige tauſend Mann in Belgien und Oeſterreich, die jedoch für ſeinen Zweck nicht ausreichten. Im Jahr 1865 kehrte Forey nach Frankreich zurück und für ihn trat Bazaine als Chef der franzöſiſchen Truppen und als Marſchall ein.

Ueberall wichen die republikaniſchen Banden vor den Franzoſen zurück, machten aber zuweilen einen glücklichen Ueberfall. Sie waren ſo verwildert, daß ſie nicht ſelten ihre eigenen Offiziere tödteten, um ſie zu berauben. Ihre Gefährlichkeit beſtand hauptſächlich darin, daß ſie den Bau von Eiſenbahnen verhinderten, denn die Arbeiter konnten nicht auf jeder Strecke franzöſiſche Truppen neben ſich haben. Die ſchlechten Wege aber erſchwerten die Communikation außerordentlich.

So konnte die kaiſerliche Regierung nicht zu Kräften kommen. Den franzöſiſchen Soldaten wurde der Dienſt in Mexiko ſo verleidet und das wurde in Frankreich ſo bekannt, daß im October 1865 ein zur Verſtärkung nach Mexiko geſchicktes Regiment Zuaven ſich unterwegs empörte.

Unterdeß ging der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten zu Ende, die Südſtaaten wurden beſiegt und unterworfen und die neu erſtarkte Unionsregierung faßte jetzt die Monroedoctrin wieder auf und deutete dem Kabinet der Tuilerien im Herbſt 1865 ganz höflich an, Frankreich werde am beſten thun, ſeine Truppen freiwillig aus Mexiko zurückzuziehen, weil ſonſt die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und der Congreß unfehlbar auf eine bewaffnete Durchführung der Monroedoctrin dringen würden. Präſident Johnſon wählte die Sprache der höflichen Erinnerung, weil er einen Krieg mit Frankreich vermeiden wollte, über den ſich niemand gefreut haben würde als England. Napoleon III. war zu einſichtsvoll, um der Mahnung aus Waſhington nicht Folge zu geben. Verrathen von England und von Spanien, konnte er, da die Franzoſen ſelbſt die Expedition nach Mexiko äußerſt ungern ſahen und die Truppen ihren Eifer dafür längſt verloren hatten, nicht mehr hoffen, ſeine urſprüngliche Idee in Mexiko verwirklichen zu können, mußte ſie alſo aufgeben. Anſtandshalber bemühte er ſich noch um eine Anerkennung ſeines Schützlings Maximilian in Waſhington, wohl wiſſend, daß ſie doch nicht würde gewährt werden. Sie wurde ihm abgeſchlagen und es blieb ihm nichts übrig, als die Vereinigten Staaten durch das bündige Verſprechen zu beruhigen, er werde die franzöſiſchen Truppen aus Mexiko zurückziehen und zwar in drei Abtheilungen, die erſte ſchon im November 1866.

In dieſem Stadium befand ſich die mexikaniſche Angelegenheit, als der Krieg in Deutſchland ausbrach. Das Mißlingen ſeines überſeeiſchen Plans wurde von der franzöſiſchen Oppoſition ausgenutzt,

um den Kaiſer mit Tadel zu überhäufen und ſein Anſehen zu ſchwächen. Er ließ ſich jedoch nicht irre machen und noch viel weniger gab er den treuloſen Rathſchlägen derer nach, die ihn in den Krieg mit Preußen hineinhetzen wollten. Was ſich während des deutſchen Krieges und bald nachher in Mexiko zutrug, werden wir ſpäter nachholen.

Natürlicherweiſe verfolgten die klugen, nur ſanft blinzelnden Augen des Kaiſers der Franzoſen die Verwicklung in Deutſchland mit großer Aufmerkſamkeit. Sie kam ihm gelegen, denn es mußte ihm lieb ſeyn, daß die fatale Situation ſeiner Truppen in Mexiko über den großen Dingen, die ſich in Deutſchland zutrugen, vergeſſen wurde. Auch konnte Frankreich, wie das bisher immer aus innern Kriegen der Deutſchen erfolgt war, wieder einen Gewinn davon tragen. Wenn auch Napoleon III. in der That eine große Friedensliebe zu erkennen gab und ſich nicht mit den Waffen in der Hand in den deutſchen Krieg einmiſchte, ſondern eine ſtrenge Neutralität einhielt, hörte man dennoch nicht auf zu argwöhnen, er ſey es, der Oeſterreich und Preußen gegen einander verhetze. Sein auswärtiger Miniſter Drouyn de Lhuys neigte ſichtbar mehr zu Oeſterreich, ohne daß es ihm erlaubt wurde, Oeſterreich einen thätigen Beiſtand zu leiſten. Fürſt Metternich war ſehr thätig in Paris. Der kaiſerliche Prinz erhielt den höchſten öſterreichiſchen Orden. Es mag ſeyn, daß auch in Paris, wie in Wien und in den deutſchen Mittelſtaaten die Meinung vorgeherrſcht hat, Preußen werde im Kriegsfall der Uebermacht Oeſterreichs und der Mittelſtaaten unterliegen. Das würde mit der eventuellen Zuſicherung der ſchleſiſchen Eroberung übereinſtimmen, die Oeſterreich von franzöſiſcher Seite ſoll gemacht worden ſeyn, und Frankreich hätte bei einer Niederlage Preußens jedenfalls eine beſſere Gelegenheit gefunden, das alte franzöſiſche Gelüſten nach den preußiſchen Rheinlanden zu befriedigen, als wenn Preußen ſiegte.

Schon lange vor dem Kriege flogen Gerüchte durch die Zeitungen, Frankreich habe ſchon im Voraus für den Fall, daß eine der beiden Großmächte im Kriege eine Territorialvergrößerung erwerbe, für ſich ſelbſt eine Compenſation ausbedungen, um das durch die Vergrößerung einer deutſchen Großmacht geſtörte europäiſche Gleichgewicht wiederherzuſtellen. Als Minimum dieſer Kompenſation wurde das vielberühmte Kohlenbecken an der Saar genannt. Indeſſen erklärte man in Berlin offiziell und wiederholt, die Beſchuldigung, Graf Bismarck habe um dieſen Preis Frankreichs Gunſt erkauft, für völlig grundlos, der König habe vielmehr erklärt, er werde nie einen Fuß breit deutſchen Bodens abtreten. Auch der franzöſiſche Moniteur desavouirte wiederholt alle jene falſchen Gerüchte von Compenſationsverabredungen, die bereits getroffen oder auch nur nachgeſucht worden ſeyen.

So viel Zurückhaltung, wie das kaiſerliche Kabinet der Tuilerien, glaubte die Oppoſition nicht beobachten zu ſollen. Sie wollte und verlangte, Frankreich ſolle ſich in den deutſchen Krieg einmiſchen, wie es früher im dreißigjährigen Kriege geſchehen war, um ſeine Grenzen wieder auf Koſten des zerrütteten Deutſchlands auszudehnen, oder es ſolle wenigſtens mit allen Kräften zu verhindern ſuchen, daß Deutſchland durch den Sieg und die Hegemonie einer ſeiner Großmächte zu größerer Einheit gelange als bisher, weil ein einiges Deutſchland Frankreich gefährlich werden könnte, ihm wenigſtens die Luſt benehmen würde, wie bisher bei jeder Gelegenheit die Uneinigkeit der Deutſchen zu ſeinem Vortheil auszubeuten. Die Oppoſition drängte alſo zum Kriege und affectirte einen ſchwärmeriſchen Chauvinismus.*) Es

*) Die in Frankreich immer noch vorhandene Neigung, auf die Eroberungsplane des großen Napoleon zurückzukommen, erhielt den wunderlichen Namen Chauvinismus nach einem alten Soldaten, Chauvin, der in einem Luſtſpiel von Scribe, „le Soldat Laboureur“, noch ganz voll von den großen Erinnerungen der napoleoniſchen Kriege, für dieſelben ſchwärmt und ſie zurückwünſcht.

war ihr aber damit nicht Ernſt. Sie wollte nicht, daß der Ruhm und die Macht des alten Napoleon ſich in denen des Neffen verjüngen ſollten, ſondern im Gegentheil, ein unbeſonnener Krieg mit Deutſchland ſollte nur das Mittel werden, den Neffen wie den Oheim vom Throne zu ſtürzen. Die geheimen Anhänger des Hauſes Orleans waren es, die ſich ſo kriegsluſtig ſtellten. Vor allem der kleine Thiers, obgleich alt geworden, immer noch der eitle Geck wie früher. Schon 1840 hatte er die Maske des Chauvinismus vorgenommen und Deutſchland mit Krieg überziehen wollen. Man nannte das aber nicht ein Löwengebrüll, ſondern nur das Brummen einer Schmeißfliege (le petit foudrillon), die auf Ludwig Philipps Naſe ſaß. Dieſer Schwätzer, der unter Ludwig Philipp durch ſeine Habgier und Eitelkeit das ganze conſtitutionelle Syſtem in Verachtung brachte und unhaltbar machte, wurde trotz ſeiner Erbärmlichkeit jetzt wieder von der orleaniſtiſchen Partei als der größte Staatsmann Frankreichs geprieſen und durfte wieder eine Rolle in der Kammer ſpielen, weil man ihn als Werkzeug brauchte, um den Thron des alternden Napoleoniden zu untergraben. Schon im Anfang des März 1866 machte Thiers mit Ollivier und einigen Andern heftige Angriffe auf Preußen, die jedoch der kaiſerliche Miniſter Rouher niederſchlug. Der Kaiſer gönnte den Schwätzern nicht, einen Einfluß auf ſeine Politik zu üben.

Eine Aeußerung des Kaiſers, die er auf einer kleinen Reiſe zu Auxerre that, am 6. Mai, machte übertriebenes Aufſehen. Er ſagte nämlich: „Ich verabſcheue die Verträge von 1815, die man heute zur Grundlage unſerer auswärtigen Politik machen möchte.“ Daß Napoleon III. ſo denke, wußte man ſchon lange. Er conſtatirte nur, daß Oeſterreich und Preußen im Begriff ſeyen, ſelber jene Verträge zu zerreißen.

Als der Krieg nahe bevorſtand, ging Frankreich mit England und Rußland auf den Vorſchlag einer europäiſchen Conferenz ein, die am 24. Mai hätte zuſammentreten ſollen. Preußen und Italien

ſtimmten auch zu, nur Oeſterreich nicht, indem es die Bedingung ſtellte, die Conferenz dürfe keinem der betheiligten Staaten Gebietsabtretungen zumuthen. Da nunmehr auch die übrigen Großſtaaten zurücktraten und die Conferenz nicht zu Stande kam, iſt es kaum der Mühe werth, näher zu unterſuchen, wem es am meiſten und wem am wenigſten mit der Conferenz überhaupt Ernſt geweſen iſt. Jedenfalls würde Oeſterreich nicht abgelehnt haben, wenn es nicht vor Rußlands und Englands Abſtimmungen einige Beſorgniß gehabt hätte. Sich auf die Quadrille Oeſterreich-Frankreich-Preußen-Italien zu beſchränken, ſchien ihm thunlicher. Als der Krieg in Deutſchland wirklich ausbrach, ging durch alle Zeitungen ein Brief Napoleons III. an ſeinen Miniſter Drouyn de Lhuys, vom 11. Juni, folgenden Inhalts:

„Wäre die Conferenz zu Stande gekommen, ſo hätte, Sie wiſſen es, Ihre Sprache klar und deutlich ſeyn müſſen. Sie hätten in meinem Namen erklären müſſen, daß ich jeden Gedanken an eine Gebietserweiterung ſo lange zurückweiſen würde, als das europäiſche Gleichgewicht nicht von anderer Seite geſtört würde. In der That würden wir an eine Ausdehnung unſerer Grenzen nur dann denken können, wenn die Karte Europas zum ausſchließlichen Vortheile einer Großmacht geändert werden und die angrenzenden Provinzen durch frei bekundeten Wunſch ihren Anſchluß an Frankreich begehren ſollten. So lange dieſe Umſtände nicht eintreten, halte ich es unſeres Landes für würdiger, etwaigen Gebietserwerbungen den ſchätzbaren Vortheil vorzuziehen, daß wir in gutem Einverſtändniſſe mit unſern Nachbarn leben, indem wir ihre Unabhängigkeit und ihre Nationalität achten. — — — Der Conflict, der ſich erhoben hat, hat drei Urſachen: die ſchlecht begrenzte geographiſche Lage Preußens, das Verlangen Deutſchlands nach einer politiſchen Umgeſtaltung, die ſeinen allgemeinen Bedürfniſſen gemäßer iſt, und die Nothwendigkeit für Italien, ſeine nationale Unabhängigkeit zu ſichern. Die neutralen

Mächte konnten ſich nicht in die inneren Angelegenheiten der fremden Länder einmiſchen wollen. Trotzdem hatten die Höfe, welche an der Abfaſſung der deutſchen Bundesakte Theil genommen haben, das Recht zu prüfen, ob die begehrten Aenderungen nicht ſo beſchaffen ſeyen, daß ſie die beſtehende Ordnung in Europa gefährdeten. Was uns betrifft, ſo würden wir für die Mittelſtaaten des deutſchen Bundes eine engere Verbindung, eine kräftigere Organiſation und eine bedeutendere Rolle, für Preußen mehr Gleichartigkeit und Macht im Norden, für Oeſterreich die Aufrechterhaltung ſeiner hohen Stellung in Deutſchland gewünſcht haben. Wir würden außerdem gewollt haben, daß gegen eine billige Entſchädigung Oeſterreich Venetien an Italien abtreten könnte; denn wenn Oeſterreich im Verein mit Preußen und ohne Rückſicht auf den Vertrag von 1852 gegen Dänemark im Namen der deutſchen Nationalität Krieg geführt hat, ſo ſchien es mir gerecht, daß es in Italien daſſelbe Prinzip anerkennen mußte, indem es die Unabhängigkeit der Halbinſel vervollſtändigte. Das ſind die Ideen, die wir im Intereſſe der Ruhe Europas zur Geltung zu bringen verſucht haben würden. Heute iſt zu fürchten, daß das Loos der Waffen allein darüber entſcheidet. Welche Haltung geziemt Frankreich gegenüber dieſen Eventualitäten?"

„Sollen wir unſer Mißvergnügen kundgeben, weil Deutſchland findet, daß die Verträge von 1815 zur Befriedigung ſeiner nationalen Beſtrebungen und zur Aufrechterhaltung ſeiner Ruhe ohnmächtig geworden ſind? In dem Kriege, der im Begriffe ſteht, auszubrechen, haben wir nur ein zweifaches Intereſſe: die Bewahrung des europäiſchen Gleichgewichts und die Aufrechterhaltung des Werkes, das wir in Italien haben aufrichten helfen. Aber um dieſes Doppel-Intereſſe zu wahren, genügt dazu nicht die moraliſche Kraft Frankreichs? Wird es genöthigt ſeyn, den Degen zu ziehen, damit ſein Wort gehört werde? Ich denke, nicht. Wenn trotz unſerer Be-

mühungen die Friedenshoffnungen ſich nicht verwirklichen, ſo ſind wir nichts deſto weniger durch die Erklärungen der bei dem Streite betheiligten Höfe geſichert, daß, wie auch immer der Krieg ausläuft, keine der Fragen, die uns berühren, gelöst werden wird ohne Zuſtimmung Frankreichs. Bleiben wir alſo in einer aufmerkſamen Neutralität und ſtark durch unſere Uneigennützigkeit, beſeelt von dem aufrichtigen Wunſche, daß die Völker Europas ihre Streitigkeiten vergeſſen und ſich zu dem Einen Zwecke der Civiliſation, der Freiheit und des Fortſchrittes einigen mögen! Bleiben wir, vertrauend auf unſer Recht, ruhig in unſerer Stärke!“

Was Rußland betrifft, ſo iſt bereits oben bemerkt worden, daß ſich Kaiſer Alexander II. diesmal nicht in der Lage befand, wie die Kaiſerin Eliſabeth im ſiebenjährigen Kriege, ſich in die deutſchen Bruderkämpfe einzumiſchen. Nachdem Rußland im Krimkriege große Verluſte erlitten hatte und vollends durch ein Verwaltungsſyſtem, welches beinahe wie in Oeſterreich viel zu wünſchen übrig ließ, in ſeinen Finanzen zurückgekommen war, bedurfte es Ruhe. Es konnte nicht daran denken, ſich in einen neuen Krieg mit den europäiſchen Mächten einzulaſſen, und mußte ſich zur Uebung ſeiner Truppen mit den wenig koſtſpieligen und in ihren Erfolgen gewinnreichen Expeditionen in Mittelaſien begnügen. Der Kaiſer machte es ſich zur Hauptaufgabe, die Leibeigenſchaft der Bauern in Rußland gänzlich aufzuheben, eine Maßregel, die ihm die Sympathien des europäiſchen Liberalismus gewinnen und zugleich der kaiſerlichen Gewalt eine Stütze im gemeinen Volke gegen den von polniſchen und franzöſiſchen Ideen ein wenig angeſteckten ruſſiſchen Adel gewähren mußte. Später konnte der Kaiſer auch wohl darauf rechnen, daß ſich der Wohlſtand eines Landes heben würde, wenn aus den ehemals trägen nnd leichtſinnig in den Tag hineinlebenden Leibeigenen erſt freie Eigenthümer, fleißige und ſparſame Hausväter geworden ſeyn würden. Wir vermögen freilich nicht zu beurtheilen, ob die ſlaviſche Race geeignet iſt,

in ſocialer und wirthſchaftlicher Beziehung den germaniſchen und romaniſchen Charakter anzunehmen. Jene Race iſt zu ſehr gewöhnt, Herr oder Knecht zu ſeyn; die mittlere Stellung des freien Mannes auf beſcheidenem Erb und Eigen war ihr bisher fremd. Auch hat die Volksmaſſe die frühere Adelstyrannei nur mit der Beamtentyrannei vertauſcht, die noch ſchlimmer iſt als jene, wenn es dem Kaiſer nicht gelingt, ihrer Corruption Meiſter zu werden. Die Aufhebung der Leibeigenſchaft in Rußland datirt vom 3. März 1861.

Der Kaiſer übereilte die Sache nicht, ſondern ließ die Befreiung der Bauern nur allmälig erfolgen. Sie mußten ſich verpflichten, dem Adel für die Abtretung des Grund und Bodens verhältnißmäßigen Erſatz durch Gegenleiſtungen zu geben, und wo ſie das nicht ganz vermöchten, ſollte das Staatsvermögen für ſie eintreten. Wie vorauszuſehen war, erfolgten mannigfache Proteſte von Seiten des Adels und ließen ſich in einigen Gouvernements auch die Bauern zu Aufſtänden verleiten, ſofern ſie meinten, ihr völliges Loskommen vom Adel müſſe viel raſcher vor ſich gehen. Das waren aber nur vereinzelte Demonſtrationen, die keine ernſtliche Folge hatten. Die Macht des Kaiſers blieb unerſchüttert. Es wurden Adelsverſchwörungen entdeckt, aber unſchädlich gemacht. Im Jahre 1862 brachen in den meiſten Städten Rußlands große Feuersbrünſte aus, die aus Bosheit angelegt wurden, um das Volk in Harniſch zu bringen und Unruhen zu veranlaſſen. In Petersburg ſelbſt brannte es vom 3—10. Juni und mehr als 10,000 Menſchen wurden hier obdachlos, das Volk aber empörte ſich nicht, ſondern warf ſich vor dem Kaiſer auf die Knie und bat ihn um Hülfe.

Die geheimen Verſchwörungen in Rußland, die in ſolcher Weiſe ihre ohnmächtige Wuth kund gaben, hingen mit andern im Königreich Polen zuſammen. Auch hier befreite der Kaiſer die Bauern von den bisherigen Frohnen. Er konnte in Polen nicht weniger thun, als in Rußland ſelbſt, und indem er ſich das gemeine Landvolk ver-

pflichtete, konnte ihm der Adel allein mit allen ſeinen Verſchwörungen nicht mehr gefährlich werden. Doch verſäumte er nicht, auch dem polniſchen Adel verſöhnend entgegenzukommen, indem er ſchon 1861 im Königreich Polen einen beſonderen Staatsrath unter vorzugsweiſer Zuziehung geborner Polen einſetzte und demſelben neue und zwar gewählte Gouvernements-, Diſtricts- und Municipalräthe unterordnete. Allein dem polniſchen Adel lag, wie dem ungariſchen, nationale Unabhängigkeit mehr am Herzen als ein liberales Regierungsſyſtem. Die ausgewanderten Polen in Paris, London und Italien ſtanden in der engſten Verbindung mit Koſſuth und Mazzini und erfreuten ſich geheimer Unterſtützung, denn Lord Palmerſton war der große Protector aller europäiſchen Revolutionäre und ließ ſie gelegentlich los, wie es ſeine Politik erforderte. Auch in Frankreich fanden die Polen warme Sympathien. Unter ſolchen Einflüſſen dehnte ſich die Verſchwörung in einem weiten Kreiſe aus. Die verwegenſten Hoffnungen ließen eine unwiderſtehliche revolutionäre Strömung von Italien ausgehen, von wo Garibaldi ſie nach Ungarn hinüberleiten ſollte. Hier ſollte Koſſuth ſie aufnehmen und nach Polen hinüber leiten, wohin Mieroslawsky kommen wollte, um die Dictatur zu übernehmen. Auch die Donaufürſtenthümer wurden in Mitleidenſchaft gezogen, und Waffen wurden hier über Conſtantinopel eingeſchmuggelt für Ungarn und Polen.

In Polen begannen ſchon im Frühjahr 1861 patriotiſche Demonſtrationen. Man feierte am 25. Februar den Jahrestag der Schlacht von Grochow, in welcher vor 30 Jahren die Ruſſen von den Polen beſiegt worden waren, und ſang das Lied: „Polen iſt noch nicht verloren.“ Das Militär mußte einſchreiten. Am 15. Auguſt (dem Napoleonstage) brachten große Volksmaſſen dem franzöſiſchen Conſul laute Huldigungen dar. Schien es die größte Unklugheit von Seiten der Verſchworenen, die mächtige ruſſiſche Regierung ſo grob herauszufordern, ſo war die Demonſtration doch wahrſcheinlich darauf

berechnet, Frankreich einen Vorwand zur Intervention zu geben. Zu dieſem Zwecke verlangte eine von vierzigtauſend Polen unterzeichnete Adreſſe vom ruſſiſchen Kaiſer die Erfüllung der Verträge von 1815, die damals den Polen verbürgte Verfaſſung und Perſonalunion. Fürſt Czartoryski, das Haupt der polniſchen Emigration in Paris, wurde von ſeiner Partei ſchon als künftiger König von Polen bezeichnet, während Mieroslawsky an der Spitze der Demokraten Polen lieber zu einer Republik gemacht hätte. Man begreift nicht recht, wie die Verſchwörer ſo blind in ihr Verderben rennen konnten, denn ohne im geringſten einer Hülfe von Frankreich oder England aus gewiß zu ſeyn, alarmirten ſie nur die ruſſiſche Regierung und nöthigten den Kaiſer Alexander, ſein bisheriges Wohlwollen in die äußerſte Strenge umzuwandeln.

Am 15. Januar 1863 ließ die ruſſiſche Regierung in ein und derſelben Nacht in Warſchau und allen irgend erheblichen Ortſchaften Polens die waffenfähige junge Mannſchaft in den Betten überfallen und als Rekruten nach Rußland ſchleppen. Dieſe Maßregel erfüllte ihren Zweck, denn, wenn auch viel junge Polen entwiſchten und ſich in den großen Wäldern zuſammenrotteten, heimlich Waffen erhielten und Freiſchaaren bildeten, ſo waren es doch der Arme nicht genug, um einer Militärmacht wie der ruſſiſchen lange Widerſtand leiſten zu können. Im Ganzen brachte Langiewicz, den die ariſtokratiſche Partei zum Dictator erhob (nachdem Mieroslawsky von der demokratiſchen Partei mit ſeinem ſchwachen Anhang gleich im erſten Gefecht von den Ruſſen geſchlagen und wieder aus Polen hinausgeworfen war), nur 12,000 Mann zuſammen, erfocht einige kleine Siege, hatte aber kein ſchweres Geſchütz und mußte bald vor der Uebermacht der Ruſſen über die öſterreichiſche Grenze flüchten. Von nun an konnten die kleinen Inſurgentenbanden, die noch hie und da auftauchten, noch ungleich weniger ausrichten. Eben ſo wenig gelang ein Mordverſuch auf den ruſſiſchen General Berg, dem der Kaiſer

alle Gewalt in Polen übertrug. Die in ihrer Art bewundernswürdige Keckheit, mit welcher ſich in Warſchau ſelbſt mitten unter ruſſiſchen Kanonen und Bajonetten eine geheime Revolutionsregierung etablirte, täglich Decrete und Zeitungen drucken und durch eine geheim organiſirte Gensd'armerie ihre Todesurtheile vollſtrecken ließ, bewies zwar eine außerordentliche Hartnäckigkeit des Widerſtandes und eine wunderbare Uebereinſtimmung der polniſchen Bevölkerung in ihrem Ruſſenhaß und in der Treue gegen ihre geheimen Führer; allein die materielle Macht war und blieb auf Seite der Ruſſen, die durch die ſtrengſten Hausſuchungen in Warſchau am Ende doch die geheimen Druckereien, einiges Perſonal der geheimen Regierung und einige Gensd'armen entdeckten. Da nun Frankreich, England und Oeſterreich dem ruſſiſchen Kaiſer zwar Vorſtellungen machten, er möge Schonung gegen das unglückliche Polen üben, dieſen Vorſtellungen aber keinen Nachdruck gaben, und Preußen, um ſeine eigenen polniſchen Antheile zu ſchützen, der Inſurrection keinen Vorſchub leiſtete, Oeſterreich aber die Unterſtützung, welche dieſelbe anfangs in Galizien gefunden, nicht länger duldete, mußte ihr ermattendes Feuer am Ende auch im ruſſiſchen Polen erlöſchen. Es war ein großes Unglück, welches hätte vermieden werden können, wenn die Revolutionspropaganda im Ausland nicht ſo gar unvorſichtig gerechnet hätte. Sie ſtürzte Polen in unabſehbares Elend.

Die ruſſiſche Regierung übte begreiflicherweiſe jetzt keine Schonung mehr. Nur die Emancipation der Bauern ließ ſie beſtehen, weil ſich ihr dieſelbe während der Inſurrection ſehr nützlich erwieſen hatte, denn die Bauern verhielten ſich paſſiv und leiſteten dem Adel und den Städtebewohnern keine Hülfe. Die beiden vorherrſchenden Claſſen in Polen, Adel und Klerus, wurden bis zur Ohnmacht erſchöpft, der Adel durch den Tod im Gefecht, durch Hinrichtungen, durch Fortſchleppen nach Sibirien und durch die Flucht ins Ausland furchtbar decimirt und ein großer Theil ſeiner Güter confiscirt, der Klerus

gleichfalls durch Verhaftungen, wenn auch weniger durch Hinrichtungen gelichtet, ſeiner Güter und Rechte größtentheils beraubt. Da der Papſt gegen dieſe Beraubungen proteſtirte, erlaubte ſich der ruſſiſche Geſandte in Rom, Herr von Meyendorf, eine beleidigende Aeußerung gegen den Papſt, welcher ihm dafür die Thüre wies. Der Geſandte reiste ſofort ab und die ruſſiſche Regierung ſagte ſich von jedem ferneren Verkehre mit dem römiſchen Stuhle los. Durch dieſelben Mittel, welche ſie früher ſchon in den altpolniſchen Provinzen gegenüber den Unirten und in Livland gegenüber den Lutheranern angewandt hatte, fing ſie jetzt auch im Königreich Polen an, die katholiſchen Bauern maſſenhaft zur griechiſchen Kirche zu bekehren, durch Verſprechungen, Entfernung der katholiſchen Geiſtlichen, Belaſtung der katholiſchen Gebräuche mit ſchweren Unkoſten, Empfehlung der griechiſchen Gebräuche durch Wohlfeilheit ꝛc. Die katholiſche Taufe z. B. wurde dem armen Bauer zehnmal höher angeſetzt, als die griechiſche. Man zweifelte nicht mehr, daß die Gräciſirung der polniſchen Kirche mit der Ruſſificirung des Volks gleichen Schritt halten und ſo raſch als möglich vollendet werden ſollte. Wenn umgekehrt griechiſche Chriſten in irgend einem andern europäiſchen Staate ſo tumultuariſch zu einer andern Confeſſion hätten bekehrt werden ſollen, würde die ruſſiſche Regierung zum Schutz ihrer Glaubensgenoſſen wahrſcheinlich energiſch intervenirt haben. Die katholiſchen Staaten Europas haben die katholiſche Kirche in Polen nicht geſchützt.

Lithauen, das Polen von Alters her verbrüderte Land, hatte allerdings an der letzten polniſchen Inſurrection theilgenommen, wurde aber dafür noch härter geſtraft, als Polen ſelbſt, grade weil es ſchon länger mit Rußland vereinigt war. Der ruſſiſche Gouverneur in Wilna, General Murawiew, rottete unbarmherzig den inſurgirten Adel aus, gab deſſen Schlöſſer den Bauern zum Plündern preis und ſchickte alles, was nicht fliehen konnte oder umkam, nach Sibirien. Es gab hier ganze Diſtricte, die nur vom ſ. g. Bauernadel bewohnt

waren. Dieſe ließ er gänzlich ausleeren und die ganze Bevölkerung ins Innere Rußlands ſchleppen. Sein Nachfolger, General Kaufmann, übertraf ihn noch an Grauſamkeit. Man erzählt von ihm Dinge, die an die ſcheußlichſten Zeiten im alten Byzanz erinnern.*) Er wurde endlich abgeſetzt und ſoll im Wahnſinn geſtorben ſeyn.

Das ruſſiſche Syſtem, die katholiſche Kirche und die polniſche Nationalität zu vernichten oder aus den Grenzen des ruſſiſchen Reichs zu verdrängen, ging nicht aus Rache oder Noth hervor, ſondern war das Ergebniß kalter Ueberlegung der zuerſt von Kaiſer Nicolaus adoptirten Staatsraiſon. Die frühern Czaare und Czaarewnen hatten ſich vorzugsweiſe der Deutſchen aus den Oſtſeeprovinzen oder der aus Deutſchland Eingewanderten zur Civiliſirung der barbariſchen Ruſſen bedient. Dadurch war Disciplin in die Armee und Verwaltung gekommen, war das rohe Material des weiten Reichs verarbeitet und zu einer Maſchine gemacht worden, mit der ſich etwas ausrichten ließ, da ſie nur einem Willen gehorchte. Deutſch-Ruſſen waren es, die als Miniſter, Feldherrn und Diplomaten binnen einem Jahrhundert Rußland ſo groß gemacht haben, als es jetzt iſt, während es vorher nur ein Barbarenſtaat war, der noch an kein Meer reichte und von dem man im übrigen Europa kaum Notiz nahm. Trotzdem nun, daß Rußland den Deutſchen ſo viel verdankte und daß Kaiſer Nicolaus ſelbſt aus dem deutſchen Geſchlechte Holſtein-Gottorp ſtammte, änderte er das bisherige Syſtem, zog die Ruſſen den Deutſchen vor und entwarf den Plan, den er ſelbſt natürlich noch nicht vollkommen durchführen konnte, aber auf ſeine Nachfolger vererbte, innerhalb

*) Unter andern ſchickte er einmal ſeinen Adjutanten Bitin nach Poniewierz, um die dortigen katholiſchen Geiſtlichen zu mißhandeln. Dieſe ließ Bitin aus allen umliegenden Pfarreien zuſammenkommen, dann alle nackt auskleiden, mit Eſelsohren verſehen und jeden an ein nacktes Frauenzimmer gebunden, von Koſaken durch die Stadt jagen. Nach dem Monde.

ſeines unermeßlichen Reichs nur die ruſſiſche Sprache und Sitte und nur die griechiſch-ruſſiſche Kirche zu dulden, und alle andern Nationalitäten und Culte innerhalb des Reichs allmälig auszumerzen.

Dieſes Syſtem wurde nun, wie es den Polen und Katholiken mit dem Untergang drohte, auch auf die deutſche Nationalität und auf die proteſtantiſche Kirche in den Oſtſeeprovinzen angewendet, wenn auch nicht ſo gewaltſam und ſtürmiſch, doch allmälig und conſequent. Ueber die Drangſale der lutheriſchen Kirche in Livland kam im Halle'ſchen Volksblatt 1866, Nr. 101 f. ein intereſſanter Aufſatz mit Auszügen aus dem offiziellen Berichte des ruſſiſchen Grafen Bobrinsky, den Kaiſer Alexander II. beauftragt hatte, die kirchlichen Zuſtände in Livland zu unterſuchen. Das Hauptergebniß war, daß die ruſſiſch-griechiſche Propaganda in dem lutheriſchen Lande nicht des geringſten moraliſchen Erfolges ſich erfreute, während ſie nur mit eiſerner Geſetzesſtrenge den materiellen feſthält. Den livländiſchen Bauern, welche, worüber Graf Bobrinsky ſelbſt ſich vollkommen freimüthig äußert, nur durch betrügeriſche Verſprechungen, die niemals erfüllt wurden und auch gar nicht hatten erfüllt werden ſollen, von der lutheriſchen Kirche waren abtrünnig gemacht worden, bereuten dieſen Schritt aufs bitterſte, ſahen ſich grauſam getäuſcht und konnten doch, ohne den ſchwerſten Strafen zu verfallen, zur lutheriſchen Kirche nicht mehr zurückkehren. Die Folge davon war, daß ſie in die eigens für ſie erbauten griechiſchen Kirchen nicht hinein gingen, die alſo faſt ganz leer ſtehen blieben und verfielen, die Bauern aber entweder verzweiflungsvoll die lutheriſchen Pfarrer um Hülfe anflehten, oder einem gänzlichen Kirchenhaß und rohem Unglauben verfielen. Im Ganzen haben ſich 140,000 Livländer zur griechiſchen Kirche hinüber locken laſſen. „Aber," ſagt Graf Bobrinskys Bericht, „die angeblichen Converſionen haben nirgends ganze Gegenden, ganze Kirchſpiele oder Dorfſchaften (welche übrigens dort nicht geſchloſſen beiſammen, ſondern in einzelnen Häuſern und Gruppen über die Felder zerſtreut liegen)

betroffen, ſondern überall fanden ſich dazu nur Einzelne, welche alſo mitten unter ihren lutheriſchen Standesgenoſſen wohnen blieben. Zu ihrer Verſorgung, dem Namen nach, ſollten 113 griechiſche Kirchen errichtet werden, jedoch nur 46 ſind wirklich gebaut worden, und zwar in der elendeſten Art, ſo daß ſie jetzt ſchon wieder in Verfall gerathen. An 54 Stellen hat man vorhandene Gebäude, Scheunen ꝛc. dazu eingerichtet, die Räume ſchmutzig, eng, armſelig. Aus 13 der auf dem Papier ſtehenden Kirchſpiele endlich iſt gar nichts geworden, ſondern ſie ſind den benachbarten zugeſchlagen. Dieſe neuen griechiſchen Kirchſpiele umfaſſen zum Theil 300—1000 Quadratwerſt, ſo daß die Leute zum Theil 20—50 Werſt von Kirche und Prieſter entfernt ſind. Die Pfarren ſind in keinerlei Weiſe dotirt; dieſe Prieſter wohnen größtentheils zur Miethe, erhalten außer 400 Rubeln Gehalt 250 Rubeln Fuhrkoſten jährlich; manche von ihnen haben bis jetzt auch noch nicht einmal eſthniſch gelernt. Sie haben nicht nur mit ihren angeblichen Gemeindegliedern ſelbſt ſo gut wie gar keine Gemeinſchaft, ſondern ſtehen auch ſonſt völlig iſolirt und ausgeſchloſſen von allem Verkehr im Lande."

Kaiſer Nicolaus hatte die Abſicht, die Bekehrung viel energiſcher und raſcher durchzuführen, als es ſeit ſeinem Tode geſchehen iſt. Er wollte mit Verletzung der Verträge, durch welche die Livländer bisher geſchützt waren, das ganze lutheriſche Kirchengut des Landes rauben, was nur durch die Verwendung ſeines preußiſchen Schwagers, Friedrich Wilhelms IV., verhindert oder wenigſtens bis zu ſeinem Tode verzögert wurde. Dieſem Umſtand iſt es zu verdanken, daß die lutheriſche Kirche in Livland ſich noch in gutem Stande befindet und daß der Abfall zur griechiſchen Kirche nicht noch weiter gediehen iſt.

Der Bericht des Grafen Bobrinsky fährt fort: „Im Felliniſchen Kreiſe habe ich 7 ruſſiſche Geiſtliche geſprochen, in Dorpat 2, im Pernau'ſchen Kreiſe 5. Ich habe jeden von ihnen gefragt: ob er nur

ein rechtgläubiges Kirchſpiel nachweiſen könne, in welchem die Mehrzahl der Kirchſpielangehörigen nicht den Wunſch geäußert hätte, zum Lutherthume zurückzukehren. Alle haben mir, und zwar jeder einzeln befragt, verneinend geantwortet. In der Umgegend des Gutes Helmet hatte ich aus 12 verſchiedenen Gutsgemeinden je 2 Menſchen vorgefordert; ſtatt 24 Menſchen meldeten ſich etwa 400. Das Gerücht von meiner bevorſtehenden Ankunft hatte ſich ſchnell im Gouvernement verbreitet, und ich fand in Oberpahlen mehr als 600 Menſchen vor, welche meine Ankunft erwarteten; in der Stadt Fellin fand ich ſchon mehr als 1000. Um ähnlichen Zuſammenrottungen im Pernau'ſchen Kreiſe zu entgehen, befahl ich, daß nur wenige Perſonen, die ich beſtimmen würde, vor mich kommen dürften, und nie ließ ich mehr als ſechs zugleich ins Zimmer kommen, und auch immer nur in Gegenwart des ruſſiſchen Geiſtlichen und des Ordnungsrichters. Ueberall baten mich die Bauern inſtändigſt und unter Thränen, Ew. Majeſtät die Bitte vorzutragen, daß ihnen ſelbſt oder doch wenigſtens ihren Kindern geſtattet werden möchte, den lutheriſchen Glauben zu bekennen. Der moraliſche Zuſtand dieſer unglücklichen Familien, welche vom Lutherthum abgefallen und der Rechtgläubigkeit doch in ihrem Innern nicht zugefallen ſind, iſt der beklagenswertheſte. Ihre Bekehrung zur ruſſiſchen Kirche iſt im Jahr 1845 nicht aus religiöſen Beweggründen erfolgt, ſondern einzig in der Hoffnung, ihre materielle Lage zu verbeſſern. Das iſt eine unbeſtrittene Thatſache, vollſtändig eingeſtanden von der ruſſiſchen Geiſtlichkeit. Ew. Majeſtät, es iſt mir peinlich geweſen, die Erniedrigung der ruſſiſchen Rechtgläubigkeit durch die Enthüllung dieſes offiziellen Betruges mit eigenen Augen zu ſehen, peinlich, weil dieſer Gewiſſenszwang und dieſer offizielle Betrug ſich an den ruſſiſchen Namen knüpfen."

Aber alles Flehen der im Gewiſſen bedrängten, alle Petitionen der lutheriſchen Geiſtlichkeit und der livländiſchen Stände, endlich auch die Vorſtellungen des Grafen Bobrinsky blieben erfolglos. Livland

hatte im Frieden von Nyſtädt im Jahr 1721 die bündige Zuſicherung voller Religionsfreiheit erhalten, was jedoch jetzt ignorirt wurde. Der Vorwurf, ruſſiſche Agenten hätten die Bauern betrogen, wurde thatſächlich niedergeſchlagen, indem die ruſſiſche Regierung den Bauern, die ſich bekehren ließen, wirkliche Vortheile gewährte. Domänen wurden nur ſolchen livländiſchen Bauernknechten zugewieſen, die zur griechiſchen Kirche übertraten, und Pächter von Staatsgütern wurden entlaſſen, wenn ſie nicht ihrem Proteſtantismus entſagten. Die kürzlich erſchienenen „Livländiſchen Beiträge“*) berichten: „Bald nachdem Graf Schuwalow das baltiſche Generalgouvernement mit der oberſten Leitung der geheimen Polizei vertauſcht hatte, erfuhr man, daß bei dem baltiſchen Domänenhofe in Riga eine Inſtruction des Domänenminiſters hinſichtlich der Dotirung der Knechte mit Land eingegangen ſey, und bald darauf, daß die Knechte griechiſch-orthodoxer Confeſſion die Vorhand haben ſollten. Zugleich wurde der Plan entworfen, auch die Parcellen der kurländiſchen Krongüter mit aus Livland zu importirenden griechiſch-orthodoxen Knechten zu beſetzen.“

Daneben iſt die Preſſe unabläſſig thätig, um ſowohl die landſtändiſche Verfaſſung, als die lutheriſche Kirche in Livland zu verleumden, zu läſtern und zu verſpotten. Das ſey nur Junkerthum, Pfaffenthum, alter Zopf. Die Federn, die hierin der ruſſiſchen Regierung dienen, ſchreiben ganz ſo, wie unſere reformjüdiſchen und fortſchrittlichen Federn in Deutſchland. Daher hegt man auch bei uns keine Sympathie für die deutſchen Stammgenoſſen an der Oſtſee. Die vielen tauſend Feſtredner auf deutſchen Sänger-, Turner- und Schützenfeſten haben niemals auch nur ein Wort des Mitgefühls für unſere deutſchen Brüder in Livland geſprochen.

In den „Livländiſchen Beiträgen“ wird ferner bemerkt, daß die inſpirirte deutſch-ruſſiſche Preſſe in neuerer Zeit nicht mehr blos

*) Erſter Beitrag. Berlin bei Stille und van Muyden 1867. S. 21.

proteſtantiſches Pfaffen- und Junkerthum verſpotte, ſondern auch die deutſche Nationalität als ſolche angreife. „In einem dieſer Erzeugniſſe wird das bekannte Heerſchild des ruſſiſchen Reichswappens unter feierlicher Anrufung des h. Georg (eſthniſch pühha Jürri) dem Volke dahin gedeutet, der zu tödtende geflügelte Drache ſey das Deutſchthum, der die tödtliche Lanze ſchwingende Ritter dagegen das Ruſſenthum.“ Zugleich geſchehe alles, um ſeit 1862 „das Anſehen der örtlichen deutſchen Landesbehörden zu erſchüttern.“

Während alle dieſe Dinge im Weſten des ruſſiſchen Reiches vorgingen, dehnte daſſelbe ſeine Herrſchaft unausgeſetzt in Aſien weiter aus, aber ohne viel Aufſehen davon zu machen, ganz im Stillen und ſogar ohne große Kraftanſtrengung, weil es nur mit rohen und unter ſich uneinigen Barbaren zu thun hatte. So eroberte es von Sibirien aus das noch wenig bevölkerte, zu China gehörige und im Norden dieſes Reichs gelegene Amurland, welches ihm am 28. Mai 1858 von China förmlich abgetreten werden mußte und wegen ſeines großen Stromes ihm noch ſehr wichtig und nützlich werden kann. Im folgenden Jahr endete es den langen, blutigen Tſcherkeſſenkrieg im Kaukaſus durch Gefangennehmung des großen Propheten und Agitators Schamyl, am 8. September 1859. Sobald dieſes edle Haupt fehlte, war auch das Band zerriſſen, welches die tapfern Bergſtämme bisher zur Erhaltung ihrer alten Freiheit im Kampfe gegen Rußland vereinigt hatte. Zu ſtolz, um die Sclaven Rußlands zu werden, und zu der Einſicht gelangt, daß ſie in vereinzelten Verzweiflungskämpfen vollends zu Grund gehen müßten, wanderten die edelſten Tſcherkeſſenſtämme in die Türkei aus, zu hunderttauſenden, eine Schaar nach der andern bis zum Jahr 1864. Aber in der Türkei war für ſo viele Flüchtlinge keine Vorſorge getroffen und eine Menge derſelben wurden von Hunger und Krankheiten hingerafft. — Auf der andern Seite des kaſpiſchen Meeres dehnte Rußland ebenfalls ſein Gebiet aus in Kämpfen, die ſeit 1853 ununterbrochen fortdauern. Es gilt

hier die tatariſchen Steppenvölker ebenſo zu bewältigen, wie die Bergvölker des Kaukaſus. Chiwa, welches Rußland im Jahr 1839 nicht hatte erobern können, fiel 1854 in ſeine Hände. Von hier aus kann Rußland auf dem kürzeſten Wege durch Afghaniſtan die oſtindiſchen Beſitzungen Englands erreichen. Bevor es aber gegen Afghaniſtan vorrücken kann, muß es erſt Khokand und Bochara unterworfen haben, weil dieſe Usbekenſtaaten den Weg flankiren und leicht abſchneiden können. Deshalb ſind kleine ruſſiſche Heertheile, ohne in Europa Aufmerkſamkeit zu erregen, doch unabläſſig thätig, um in dieſen Ländern feſten Fuß zu faſſen. Im Jahr 1865 eroberten ſie Taſchkund, den wichtigſten Punkt in Khokand, und jetzt kommt Bochara an die Reihe, von wo es nicht mehr weit nach Kabul, der Hauptſtadt von Afghaniſtan, und nach der engliſch-oſtindiſchen Grenze iſt.

Die Vorgänge in Rumänien ſind oben ſchon geſchildert, doch iſt bis jetzt nicht aufgeklärt, wie ſich Rußland dazu verhalten hat. Zu einer Intervention zu ſchreiten, hat es nie die Miene gemacht, obgleich es in den ſüdlichen Theilen der europäiſchen Türkei wieder eine chriſtliche Agitation und Inſurrection gegen den Sultan hervorrief und nur auf den Ausbruch des Krieges zwiſchen Oeſterreich und Preußen, und vielleicht auch auf eine bewaffnete Einmiſchung der Franzoſen zu warten ſchien, um die Eroberung der Türkei wieder in Angriff zu nehmen, wobei es dann die mit ſich ſelbſt genug beſchäftigten Großſtaaten nicht wieder, wie 1854, würden ſtören können. Die Griechen auf der Inſel Kandia brachen in offenen Aufſtand gegen den türkiſchen Paſcha aus, heimlich unterſtützt vom Königreich Griechenland. Auch Epirus kam in Bewegung, und doch that Rußland keinen Schritt, um die Inſurgenten zu unterſtützen, als der Paſcha von Kandia aus Aegypten bewaffnete Hülfe erhielt. Demnach ſchien für Rußland der rechte Augenblick noch nicht gekommen zu ſeyn, um den orientaliſchen Plan auszuführen.

Schon längſt war es die Aufgabe Oeſterreichs, durch Vorrücken

ſeiner Machtſphäre bis zu den Mündungen der Donau den ruſſiſchen Plan zu vereiteln, allein es that nichts dafür, ſondern vergeudete ſeine ganze Politik in dem unglücklichen Metternichſchen Syſtem, welches Rußland gewähren ließ, um mit ruſſiſcher Hülfe Preußen zu ſchwächen und Deutſchland zu unterjochen. Nur im Jahr 1854 benutzte es Siebenbürgen, um von hier aus durch eine bloße Aufſtellung ſeiner Truppen die Ruſſen zum Rückzug aus der Türkei zu nöthigen; aber es that keinen Schritt weiter, um das Donaugebiet bis ans ſchwarze Meer dauernd unter ſeinen unmittelbaren Einfluß zu bringen, was es damals konnte. Rußland ſpeculirt auf die Sympathien der Südſlaven in der Türkei, aber grade im Donaugebiet wohnen die Ungarn, Siebenbürger, Sachſen und Rumänen, welche Rußland von den Südſlaven trennen. Wenn Oeſterreich wie bisher verſäumt, ſein Reich bis zum ſchwarzen Meere in dieſer Richtung auszudehnen, ſo wird bei erſter Gelegenheit Rußland ihm für immer in Rumänien und Serbien den Riegel vorſchieben. Daß Rußland dann die europäiſche Türkei ſich unterwerfen würde, leidet keinen Zweifel. Weil es aber das dringende Intereſſe des mittleren und weſtlichen Europa iſt, daß Rußland nicht ſo weit um ſich greife, um von der Türkei her die ganze Levante beherrſchen und aus nächſter Nähe auch noch Italien bedrohen zu können, würde Oeſterreich nicht allein ſtehen, ſondern die Weſtmächte für ſich haben und auch Preußen, verſteht ſich nur, wenn es ſeine preußenfeindliche Politik ein für allemal aufgäbe. Das weite Donaugebiet enthält bei dünner und halbwilder Bevölkerung den fruchtbarſten, aber großentheils uncultivirten Boden voll Sümpfe, die ſich trocknen, voll Wälder, die ſich lichten laſſen, der günſtigſte Boden für eine großartige Coloniſation.

Ein ſelbſtändiges Reich, welches die verſchiedenen Völker an der untern Donau und am Balkan etwa unter einem ſlaviſchen, rumäniſchen oder magyariſchen Oberhaupt vereinigen könnte, läßt ſich nicht wohl denken, weil keine Nationalität ſich der andern, nicht einmal

ein Slavenſtamm dem andern würde unterwerfen wollen. Nur ein großer Culturſtaat vermag jene Länder zu annectiren, entweder Oeſterreich oder Rußland. Wenn das nun Oeſterreich verſäumt, ſo fällt alles Rußland anheim. Koſſuth hat nur Rußland gedient und auch Deak noch vor kurzem, indem ſie träumten, acht Millionen Magyaren vermöchten für ſich allein ohne Oeſterreich neben Rußland zu beſtehen. Sie würden von der ruſſiſchen Knute, die ihnen ſchon 1849 deutlich winkte, furchtbar heimgeſucht werden. In ihrer Verblendung gaben die Ungarn nicht Acht, was Rußland hinter ihrem Rücken that. Es reclamirte bekanntlich die nationalen Rechte der Ruthenen in Oſtgalizien, weil ſie dem ruſſiſchen Stamme verwandt ſind. Aber die Ruthenen ſitzen nicht nur in Galizien, ſie greifen auch durch die Karpathen tief in Ungarn ein.

Wohin ſich Kaiſer Alexander II. im deutſchen Kriege neigen würde, ob zu Preußen oder Oeſterreich blieb im Ungewiſſen. Der Umſtand, daß ſeine Schweſter, die Königin Olga von Württemberg, die ihn in St. Petersburg beſucht hatte, zwar auf ihrer Hinreiſe bei ihrem Oheim, dem König von Preußen, in Berlin eingekehrt war, auf ihrer Rückreiſe kurz vor dem Ausbruch des Krieges aber nicht wieder über Berlin, ſondern über Wien gegangen war und die kaiſerliche Familie daſelbſt mit ihrem Beſuch erfreute, iſt wohl zu wichtig genommen worden. Sofern Württemberg im Kriege auf öſterreichiſcher Seite ſtehen wollte, war jene Reiſe über Wien etwas Natürliches. Auf der andern Seite darf nicht vergeſſen werden, daß der Krieg in Deutſchland der ruſſiſchen Politik Vortheile darbot, mochte ſiegen wer da wollte. Denn von jeher iſt der Vergrößerung Rußlands nichts ſo ſehr zu ſtatten gekommen, als die wechſelſeitige Zwietracht ſeiner Nachbarn. Die Zwietracht zwiſchen Dänen und Schweden, zwiſchen Polen und Schweden, zwiſchen Preußen und Oeſterreich, zwiſchen Oeſterreich und der Türkei, zwiſchen der Türkei und Perſien hat ihm zu allen ſeinen großen Eroberungen verholfen.

Im Jahre 1866 mußte Rußland vom deutſchen Kriege Vortheil ziehen, mochte Preußen oder Oeſterreich den Sieg erringen. Errang ihn Preußen, ſo mußte Oeſterreich wenigſtens auf einige Zeit dermaßen geſchwächt werden, daß es nicht mehr im Stande ſchien, wie im Jahr 1854 bedeutende Streitkräfte an der untern Donau zu verſammeln und die ruſſiſchen Heere am Uebergang über den Balkan zu hindern. Wenn aber im deutſchen Kriege Oeſterreich ſiegte, ſo mußte eine außerordentliche Schwächung Preußens die unausbleibliche Folge ſeyn und würde man ſo ziemlich den Theilungsplan ausgeführt haben, den die hitzigſten Gegner Preußens ſchon auf der Landkarte verzeichnet hatten. Alsdann würde der preußiſche Reſt gezwungen worden ſeyn, ruſſiſchen Schutz anzuſprechen, wie im Jahr 1807, und es wäre in die Vaſallenſchaft Rußlands gefallen. In den Elbherzogthümern würde der Prinz von Auguſtenburg zur Regierung gekommen ſeyn, ſeinen neuen Kleinſtaat aber auch nur durch ruſſiſche Protection haben behaupten können, wenn nicht etwa noch Rußland, England und Frankreich dem König von Dänemark zum Wiedererwerb wenigſtens eines Theiles der verlornen Elbherzogthümer verholfen hätten.

England ſpielte damals eine ſeines alten Anſehens nicht mehr ganz würdige Rolle. Die Königin Victoria hatte den beſten Willen und auch die richtige Einſicht, welche ſie bewahrte, als der Tod ihr den geliebten Gatten, Prinzen Albert, am 14. Dezember 1861 entriß. Aber ſie konnte nichts gegen die Parlamentsregierung ausrichten, die unter dem populären Miniſter, dem eben ſo genialen als frivolen Greiſe, Lord Palmerſton, geraume Zeit hindurch von der conſervativen Bahn einer würdevollen Ariſtokratie ablenkte, ſich mit der europäiſchen Revolutionspropaganda gemein machte, ja man darf wohl ſagen, encanaillirte. Palmerſton hegte und pflegte in London eine auswärtige Bande von Verſchwörern, Rebellenführern und Meuchelmördern, die er nach Belieben zurückhielt, oder wie wilde Thiere losließ, um hier

die italieniſchen Throne zu untergraben und zu ſtürzen, dort den Kaiſer der Franzoſen mit Bomben einzuſchüchtern, hier die unglücklichen Polen gegen Rußland zu hetzen, dort in den untern Donauländern wühlen zu laſſen, alles nur, um die Mächte des Feſtlandes in ſtetem Alarm zu erhalten. Am frechſten war das Spiel, welches Palmerſton mit Frankreich trieb unter der Maske der Freundſchaft. Unverſchämt hing er ſich beſtändig an den Arm Napoleons III., aber man wußte nie recht, ob als guter Kamerad oder als Policeman. Wie ſehr er beſorgte, Frankreich könne auf ſeine heimtückiſchen Liebkoſungen einmal mit einem furchtbaren Schlag ins Geſicht antworten, geht aus der Vermehrung des engliſchen Heeres und aus der Errichtung und Einübung einer zweiten Armee von 150,000 Freiwilligen (volunteers) hervor, die eine etwaige Landung von Frankreich her abwehren ſollten.

Mit Frankreich gegen Rußland in der orientaliſchen Frage übereinſtimmend, überwachte England dennoch aufs eiferſüchtigſte die franzöſiſche Politik und durchkreuzte ſie in Tunis und Aegypten, hauptſächlich aber in Griechenland. Nur um Griechenland ganz von England abhängig zu machen, zettelte Palmerſton die Intrigue an, die den guten König Otto aus Athen vertrieb, und ſetzte an ſeine Stelle den däniſchen Prinzen Wilhelm unter dem griechiſchen Namen Georgios, deſſen Schweſter ſo eben den engliſchen Thronfolger, Prinzen von Wales, geheirathet hatte und der nur ein blindes Werkzeug der engliſchen Politik war. Palmerſton hätte gern geſehen, wenn Napoleon III. die polniſche Inſurrection unterſtützt hätte, wie er denn ſelbſt den Polen Vorſchub zu leiſten ſchien, ohne daran zu denken, ſich ernſtlich ihrer anzunehmen. Als Napoleon der ihm geſtellten Falle entgangen war, ſtellte ihm Palmerſton eine zweite, der er nicht ſo gut entging, nämlich in Mexiko, wie oben ſchon erörtert iſt.

Die Dänen hofften, weil die Kinder ihres Protokollprinzen, der als Chriſtian IX. Dänemark erbte, von England ſo ſehr bevorzugt

wurden, Palmerſton werde ſich ihrer mit größter Energie gegen den deutſchen Bund annehmen. Aber er that es nur mit leeren Prahlereien und ließ die leichtgläubigen Dänen im Stich. Das unvernünftige Toben der engliſchen Preſſe gegen Deutſchland ſollte nur die Feigheit und Verrätherei Palmerſtons ein wenig maskiren, wie ein ſchlechter Commandant, der die Feſtung übergeben will, die blind geladenen Kanonen noch fürchterlich knallen läßt. Jedenfalls gereichte es dem engliſchen Nationalverſtande nicht zur Ehre, daß er ſich bis zu einem ſolchen Grade von Wahnſinn durch den alten Palmerſton mißleiten ließ. Deutſchland rächte ſich für die unvernünftige Beſchimpfung, die ihm von Seiten der engliſchen Preſſe widerfuhr, auf die edelſte Art, indem es die Dänen züchtigte, ohne ſich um England zu bekümmern, aber auch ohne Gegenbeſchimpfung. Die Handlungsweiſe des deutſchen Volks war die eines Gentleman, die des engliſchen nicht. Inzwiſchen dauerte der engliſche Paroxismus nicht lange. Das Wuthgeheul gegen Deutſchland wich bald wieder einer achtungsvollen Anerkennung deutſchen Geiſtes, beſonders nachdem Palmerſton im Jahr 1865 geſtorben war.

Das neue Königreich Italien war berufen, an dem bevorſtehenden Kriege zwiſchen Oeſterreich und Preußen theilzunehmen, indem es als Bundesgenoſſe Preußens das öſterreichiſche Venetien und Südtirol angriff.

Um die italieniſchen Dinge richtig zu beurtheilen, haben wir auf die noch ſehr junge Entſtehung und Ausbildung des neuen Königreichs einen kurzen Rückblick zu werfen. Das ſchöne Italien war aus den europäiſchen Verträgen von 1815 nicht glücklicher hervorgegangen als Deutſchland. Hier wie dort herrſchte das Metternichſche Syſtem. Hier wie dort wurde die Kleinſtaaterei gepflegt unter ausſchließlich öſterreichiſchem Einfluß. Wie Deutſchland durch den öſterreichiſchen Bundespräſidenten vom Bundespalaſt in Frankfurt a. M. aus gegängelt wurde, ſo Italien durch den öſterreichiſchen Geſandten

vom venetianiſchen Palaſt in Rom aus. Dieſer Wiener Politik wirkte zuerſt England entgegen. Von London gingen alle Umtriebe aus, die in Italien dem öſterreichiſchen Einfluß entgegen arbeiteten. In London war der Hauptſitz der italieniſchen Emigration und Lord Palmerſton ihr großer Protector. Italien diente dem unedlen Lord wie ein Doppelofen, um bald Oeſterreich, bald Frankreich heiß zu machen. Oeſterreich ſah in der Fülle ſeiner Macht auf Mazzinis Wühlereien nur mit Verachtung hinab, handelte jedoch nicht ſehr klug, indem es ſich in der Lombardei populär zu machen ſuchte, und deshalb das italieniſche Element in Südtirol begünſtigte und das deutſche verkommen ließ. Es durfte auf keinen Dank der Italiener rechnen. Gleichwohl ſtand es in ſeiner vollen Macht da und die klägliche Ohnmacht der Italiener offenbarte ſich grade in dem Augenblick, den ſie für den günſtigſten hielten, um das Joch der Deutſchen abzuwerfen. Karl Albert, König von Sardinien und Vater des jetzt regierenden Victor Emanuel, erlebte, als er ſich zweimal an die Spitze der Nationalpartei ſtellte, 1848 und 1849 nur ſchreckliche Niederlagen.

Die Bewegung zur Nationaleinheit kam in Italien erſt in Fluß, als Frankreich ſie zu fördern anfing. Erſt als Napoleon III. ſich auf ſeinem neuen Kaiſerthron in Paris befeſtigt, im Krimkriege den Waffenruhm Frankreichs hergeſtellt, Rußland gedemüthigt und im Pariſer Frieden von 1856 den erſten Rang unter den europäiſchen Monarchen eingenommen hatte, und es ihm beliebte, die romaniſchen Nachbarländer näher an ſich zu ziehen und wie Spanien, ſo auch Italien ſeine Protection anzutragen, ſchwollen die bisher ſchlaff herabhängenden Segel der italieniſchen Einheitspartei wieder hoch auf. Napoleon III. wollte ſich zwar in Italien ſo wenig wie in Spanien nach dem Beiſpiel ſeines Oheims zum Herrn machen, weil er dadurch eine europäiſche Coalition würde gegen ſich heraufbeſchworen haben, aber er wollte eben ſo wenig die Einheitsbeſtrebungen der Italiener

begünſtigen. Er wußte wohl, daß ein einheitliches Italien ſich von Paris aus nicht ſo leicht würde beeinfluſſen laſſen, als ein getheiltes. Er wollte alſo die italieniſche Kleinſtaaterei fortdauern laſſen. Seine Idee war eine Conföderation der italieniſchen Staaten unter franzöſiſchem Einfluß, mit Ausſchluß des öſterreichiſchen. Dazu ſollte die in Neapel herrſchende Familie Bourbon wo möglich verdrängt und wieder durch einen Murat erſetzt werden. Das wollten Mazzini und Garibaldi, die Häupter der italieniſchen Agitation, am allerwenigſten. Sie gingen auf die volle ganze untheilbare Einheit Italiens und auf eine republikaniſche, nicht monarchiſche Verfaſſung aus. Daher der Groll dieſer Partei gegen den Kaiſer der Franzoſen und das ruchloſe Attentat vom 14. Januar 1858, die berüchtigten Bomben Orſinis. Inzwiſchen verfolgte Napoleon III. ſeinen Plan und beſchwichtigte die fanatiſchen Unioniſten in Italien dadurch, daß er dem König von Sardinien erlaubte, die Befreiung Italiens bis zur Adria als Programm aufzuſtellen und Oeſterreich auf alle Art herauszufordern. Dies führte, wie bekannt, den Krieg von 1859 herbei, in welchem Oeſterreich die Lombardei verlor.

Nun begannen die Wühlereien, durch welche die kleinen Staaten Mittel- und Unteritaliens ihre bisherigen Souveräne verlieren ſollten. Zu dieſem Zwecke vereinigten ſich die ſardiniſche und die mazziniſtiſche Partei, denn beide ſtrebten nach derſelben Einheit Italiens, wenn auch die eine die monarchiſche, die andere die republikaniſche Staatsform des geeinigten Italien im Sinne hatte. Die erſtere wurde von Frankreich berathen und unterſtützt, während die letztere ſich von England leiten ließ und der franzöſiſchen Hülfe fortwährend und mit Recht mißtraute. Napoleon III. hatte ſich ſoeben das italieniſche Herzogthum Savoyen, das Heimathland der ſardiniſchen Könige, und die Grafſchaft Nizza annectirt, als Lohn für ſeine dem König Victor Emanuel geleiſtete Hülfe und als Compenſation für die Lombardei, die Oeſterreich ihm und die er dann erſt wieder dem König Victor

Emanuel abgetreten hatte. Daraus erkannten die Mazziniſten, daß es dem Kaiſer der Franzoſen um die Einheit und Unabhängigkeit Italiens nicht zu thun war. Hatte er doch ſelbſt ein ganzes Stück von Italien weggeriſſen und für ſich behalten. Hatte er doch Venetien noch in der Gewalt der Oeſterreicher gelaſſen und unterhielt er noch eine anſehnliche franzöſiſche Armee in Rom, zum Schutze des Papſtes, den Mazzini und Garibaldi verwünſchten, und deſſen Wegſchaffung ihnen die erſte und letzte Bedingung ſchien, unter der die wahre Einheit Italiens erzielt werden könne.

Vor allen Dingen glaubte nun dieſe Partei dafür ſorgen zu müſſen, daß die Franzoſen nicht etwa von Rom aus auch feſten Fuß in Neapel und Unteritalien faßten. Einem neuen Murat wollten ſie um jeden Preis zuvorkommen. England unterſtützte dieſen Plan auf das lebhafteſte und ſo konnte Garibaldi, von engliſchen Schiffen begleitet, mit einer Freiſchaar in Sicilien landen, dort alles in Aufruhr ſetzen und das Königreich Neapel im Sturm erobern. Dieſe Demonſtration, die ohne die Mitwirkung Victor Emanuels in keinem Falle Oberitalien erſchüttern konnte, war zunächſt nur gegen Frankreich gerichtet. In einer Volksrede, welche Garibaldi nach ſeiner Landung in Sicilien im Jahr 1862 zu Marſalla hielt, ſpie er Feuer und Flammen gegen Frankreich. „Der Herrſcher Frankreichs, der Verräther vom 2. Dezember, hält Rom beſetzt unter dem Vorwande, den Papſt zu ſchützen. Lüge! Lüge! Ihn treibt nur Raubſucht, infame Herrſchgier ꝛc.“ Victor Emanuel legte ſich nun ins Mittel und würde ſich nöthigenfalls mit den Franzoſen gegen Garibaldi vereinigt haben, wenn dieſer Hitzkopf nicht der beſſern Einſicht Mazzinis nachgegeben hätte. Für ſich allein konnten die Mazziniſten die Einheit Italiens nicht durchſetzen, alſo handelten ſie klüger, indem ſie ſich mit Victor Emanuel verſtändigten. Sie legten ihm Neapel zu Füßen und durften jedenfalls hoffen, er werde an ihrer Seite ſo viel Stärke gewinnen, um der franzöſiſchen Hülfe weniger zu bedürfen

und nicht in immer tiefere Abhängigkeit von Frankreich zu kommen. Italia farà da se, war die Looſung.

Mit den Kleinſtaaten Mittelitaliens war man bald fertig geworden, die Souveräne von Toscana, Modena und Parma wurden einfach fortgejagt, und ihre Länder dem König Victor Emanuel durch eine improviſirte, durch Terrorismus unter den Dolchen der Mazziniſten und unter den Säbeln der Piemonteſen erzwungene Volksabſtimmung ausgeliefert. Daſſelbe geſchah mit dem ganzen Norden des Kirchenſtaats, den man einfach wegriß, unter Zuſtimmung Napoleons III. und in Anweſenheit ſeiner Truppen. Denn der Kaiſer der Franzoſen wollte den Papſt zwar ſchützen, ihm aber möglichſt wenig eigene Rechte laſſen, damit er deſto ſchutzbedürftiger werde. Ein kleiner Kirchenſtaat ſchien ihm daher für ſeine Politik geeigneter, als ein großer. Der Verſuch des h. Vaters, ſich durch ein eigenes päpſtliches Heer unter Lamoricière zu ſchützen, mißlang. Der tapfere franzöſiſche General unterlag der piemonteſiſchen Uebermacht, und der Papſt blieb unter dem Schutz von etwa 30,000 Franzoſen in ſeiner Reſidenz wie in einer anſtändigen Gefangenſchaft.

Der Papſt bewährte in ſeiner äußerſt ſchwierigen Lage eine unerſchütterliche Standhaftigkeit. Oeſterreich konnte ihn nicht mehr ſchützen. Der Sarde wollte ihm Rom rauben, Frankreich ihn zum willenloſen Werkzeug des Imperialismus machen. England erwartete ſchadenfroh den Untergang des Papſtthums und unterſtützte die Mazziniſten, die auf Zerſtörung der Kirche überhaupt ausgingen. Rußland verfolgte die katholiſche Kirche in Polen bis zur Vernichtung. Das ſonſt ſo eifrig katholiſche Spanien ließ den Papſt im Stich und diente der franzöſiſchen Politik. Ebenſo Mexiko. Aber der h. Vater wich und wankte nicht, machte dem Zeitgeiſt keine Conceſſion und ließ ſich weder durch Drohungen ſchrecken, noch durch Liebkoſungen verführen.

Für den Fall ſeiner Vertreibung aus Rom hatte ihm ſchon vor

dem Septembervertrage Bayern ein Asyl in Deutschland, Oesterreich in Venedig, Spanien auf den Balearischen Inseln und England auf der Insel Malta angeboten.

Am 8. Dezember 1864 überraschte Pius IX. die Welt mit einer Encyclica, worin er 80 Irrlehren der Neuzeit als der Kirche und der göttlichen Ordnung feindselig verdammte, und zwar mit besonderer Rücksicht auf die politischen Maximen, denen zufolge die Kirche eigentlich überflüssig und der Staat allein alles ist, gleichviel ob der gottesfeindliche Sinn in der Despotie oder Demokratie, im Imperialismus oder im contrat social und Communismus wurzle. „Es wird gelehrt, das Interesse des Staats und der sociale Fortschritt fordern, daß die bürgerliche Gesellschaft construire und regiere ohne alle Rücksicht auf die Religion." Aus dieser Grundlehre der modernen Gesellschaft leiten sich alle andern Irrthümer her, das s. g. Staatsrecht, wonach der Staat die Kirche bevormunden, regieren, tyranniſiren, ausplündern, der Kirche sogar das Recht, ihre Priester selber heranzubilden, entziehen darf; die Trennung der Schule von der Kirche, die nichts anderes bezweckt, als das religiöse Gefühl in der gesammten Jugend künstlich auszutilgen; die s. g. Toleranz oder die Gleichgültigkeit des Staats gegen jedwedes religiöses Bekenntniß, die aber eigentlich keine Toleranz ist, sondern gewöhnlich die gröbste Intoleranz des Staats gegen die christliche Kirche in sich schließt und in sehr auffallender Weise gläubige Katholiken (wie auch gläubige Protestanten) anfeindet und dagegen jede nicht christliche Partei, seyen es Juden oder Atheisten, Pantheisten, Materialisten, Rationalisten ꝛc. begünstigt. Endlich wahrt die Encyclica das göttliche Gesetz in seiner Ewigkeit und Unabänderlichkeit gegen die dem Zufall und stetem Wechsel unterworfene Autorität menschlicher Gesetze und Verfassungen. Der Papst verwirft den Satz, „daß der Volkswille, ausgesprochen durch die s. g. öffentliche Meinung oder auf irgend eine andere Weise, die höchste Autorität sey." Die Geschichte der Neuzeit hat bewiesen, daß sowohl Despoten als

revolutionäre Convente, als die Zufallsmajoritäten der Parlamente Geſetze und Verfaſſungen von äußerſt ephemerer Natur geſchaffen haben und daß dabei weit öfter böſe Leidenſchaft, Unverſtand und Aberwitz mitgewirkt haben, als Beſonnenheit und Weisheit.

Das alles ſind Wahrheiten, die der h. Vater auszuſprechen berechtigt und verpflichtet war. In der That zeigt uns die Geſchichte Europas ſeit nun beinahe vier Jahrhunderten einen ununterbrochenen, immer mehr ſich ſteigernden Kampf gegen das Chriſtenthum. Es iſt, nachdem durch den Sieg des Chriſtenthums, Heidenthum und Judenthum überwunden waren, jetzt, indem der chriſtliche Sinn immer mehr abgeſchwächt wird, das Wiederaufleben (die Renaiſſance) des Heidenthums und Judenthums und deren Reaction gegen das bisher noch herrſchende Chriſtenthum. In dem Augenblicke, in welchem der Stuhl Petri in Rom ringsum von den Todfeinden der Kirche bedroht iſt, ziemt es dem Papſte, mit einem hellleuchtenden Blitze der Wahrheit die Mitwelt aufzuklären über die Bedeutung der Religion für die Menſchheit und in großen Zügen den welthiſtoriſchen Act des Abfalls vom Chriſtenthum zu conſtatiren, ob dieſe Menſchheit ſich vielleicht noch eines beſſern beſinne.

Allein der Papſt konnte unmöglich erwarten, daß die Inhaber der weltlichen Macht, die Plünderer der Kirche, die Verfolger der Biſchöfe, die Mazziniſten und Garibaldianer, plötzlich ihr bisheriges Intereſſe aufopfern, ihre bisherigen Meinungen aufgeben würden. Eben ſo wenig konnte er die Proteſtanten befriedigen, weil er dieſe insgeſammt, auch die Gläubigen unter ihnen, mit demſelben Maaße der Verdammniß maß, wie die Feinde der Religion. Deshalb hatten die zahlloſen Reclamationen, die alsbald in allen Zeitungen Europas erſchienen, wohl Recht, wenn ſie die Encyclica als eine für den Moment unwirkſame Demonſtration erklärten. Die alten Feinde der Kirche antworteten dem h. Vater nur mit Hohn und die Preſſe ſpie aus tauſend Drachenköpfen neues Gift gegen das Kreuz.

Die nicht zunächſt Betheiligten zuckten die Achſeln und ſprachen von ultramontaner Anmaßung oder Bornirtheit, indem ſie ſelbſt über ihrem momentanen Vorurtheil und Intereſſe den großen Gang der Weltgeſchichte mißkannten und gegen die Warnung taub waren.

Nur die franzöſiſchen Biſchöfe nahmen ſich der Encyclica mit Feuereifer an und verkündigten ſie von den Kanzeln trotz des kaiſerlichen Verbotes. Man beruhigte ſie indeſſen bald wieder, da der Kaiſer ſeine ſchützende Hand doch niemals ganz vom Papſte abzog.

Seine ſchlimmſten Feinde hatte der Papſt in Italien ſelbſt. Die Regierung Victor Emanuels, zumal das Miniſterium Ricaſoli raubte alles Kirchengut unter dem Vorwand, der Staat mache von dieſem großen Beſitz eine nützlichere Verwendung für die Geſellſchaft als die Kirche. Nun iſt es zwar richtig, daß ein großer Theil des italieniſchen Grund und Bodens in der todten Hand (wie auch im Alleinbeſitz reicher Familien) viel weniger Ertrag gewährt, als wenn er in Bauerngüter zerſchlagen wäre. Allein es fiel Ricaſoli gar nicht ein, mit einer ausgiebigern Bodencultur in Italien auch nur den Anfang zu machen. Die Kirche wurde nur verleumdet, um den Raub zu beſchönigen. Die Hauptſache war, man machte ungeheure Staatsſchulden und die Beſchlagnahme des Kirchenguts, als eines unſchätzbaren Pfandes, ſollte dem Staat Credit verſchaffen. Alles aber war Börſenſchwindel, der Staat wurde ebenſo betrogen und geplündert wie die Kirche. Man nahm eine Anleihe von 500 Millionen Lire auf und wenn der ehrſame Bürger und Bauer ſich über die Höhe der Summen entſetzte, lachten die Beamten ihn aus, das alles werde durch den unerſchöpflichen Gnadenſchatz der Kirche gedeckt. Von dieſen ungeheuern geſtohlenen und geborgten Millionen kam aber in Wirklichkeit nur ein kleiner Theil dem Staate zu gute, der größere Theil verſchwand in den Taſchen der Börſenmänner und der Beamten. Große Domänen,

namentlich im Neapolitaniſchen, wurden um ein Spottgeld den Creaturen der herrſchenden Regierungspartei überlaſſen. Man leſe die jüngſten italieniſchen Annalen von Rüſtow und man ſchaudert über die entſetzliche Verſchwendung und Habgier, die lebhaft an die Zeiten des weiland franzöſiſchen Directoriums erinnert. Die ſ. g. Conſorterie, eine in Turin ganz ſo wie in Waſhington etablirte aus Beamten und Parlamentsmitgliedern zuſammengeſetzte Aſſociation, die unter dem Schutz ſelbſtgemachter Geſetze und Verwaltungsmaßregeln die Plünderungen zu ihrem Monopol gemacht hatte und zugleich den Staatscredit überſpannte und immerfort die Steuern erhöhte, bedachte nur ſich und ihren vertrauten Anhang. Rüſtow ſchreibt: „Wir haben alles durchforſcht, was geſchehen iſt, und müſſen ſagen, daß uns kaum jemals eine Regierung, die ein ſolches Wirkungsfeld vor ſich hatte, die doch außerdem die Bildung des ganzen modernen Europas zu Hülfe rufen konnte, ſo armſelig erſchienen ſey. Keine Liebe und kein Verſtändniß! Nichts wußten die Leute zu thun, als piemonteſiſche Decrete abzuſchmieren, um ſie zu neapolitaniſchen zu machen, als Beamte zu wechſeln, um ihre Favoriten unterzubringen. Wo ſie etwas für die Wegſamkeit des Landes vorbereiteten, — vom Thun wollen wir hier nicht reden, — da war es nichts anderes als was ſich durch die gemeinſten Banquiersoperationen machen ließ, wie ſie das oberherrliche Frankreich auch ſeiner Provinz Italien zur Nachahmung empfohlen hatte, der Provinz Italien, in die es ſeinen Einfluß getragen hatte, um den Boden für den Papierſchwindel bequem in angemeſſener Weiſe zu erweitern. Nichts von einer leitenden Idee, aber auch gar nichts! die hellſte Unfähigkeit in jedem Fache, in jeder Richtung. Nicht zufrieden waren dieſe Leute damit, daß ſie für die Hebung der neapolitaniſchen Induſtrie nichts thaten, — nein ſie mußten auch noch in ihrer Trägheit auf ihre Unterdrückung hinwirken. Lieferungen aller Art für die Bedürfniſſe der neapolitaniſchen Verwaltung wurden an piemonteſiſche Lieferanten vergeben, welche ſie wieder von

piemonteſiſchen Induſtriellen decken ließen. Die Briefeinwürfe ließ man aus Piemont kommen, aus Piemont das Papier für die vielen abſolut unnützen Verwaltungsſchmierereien, welche die neue Regierung für nöthig hielt. Auch piemonteſiſche Arbeiter kamen, um an den Eiſenbahnen zu ſchaffen und — was der Sache die Krone aufſetzte, als ob es die italieniſche Regierung darauf abgeſehen hätte, Süditalien wieder zu verlieren, dieſe piemonteſiſchen Arbeiter wurden als eine Art Vorgeſetzter der neapolitaniſchen behandelt und erhielten doppelt ſoviel Lohn als dieſe. Ja eine Sache, die ans Unglaubliche grenzt und doch eine reine Wahrheit iſt, man ließ für die Findelhäuſer im Neapolitaniſchen piemonteſiſche Ammen kommen! Man hob die Arbeit der weltberühmten Münze von Neapel auf und ſchloß mit betrügeriſchen Speculanten, fremden Spitzbuben der böſeſten Art Contracte, um einige Millionen neuer Münze prägen zu laſſen, damit die fremden Spitzbuben daran eben ſo viel gewinnen, als dieſe Münzen werth waren."

Die italieniſche Finanzverwaltung war das Danaidenfaß. Aller Raub verſchwand, wie groß er auch war, und immer höhere Steuern, immer höhere Staatsſchulden mußten den Verluſt erſetzen. Indem die neue italieniſche Regierung die chriſtliche Kirche und ihr Oberhaupt in Rom auf die feindſeligſte Weiſe angriff, verkaufte ſie ſich gänzlich den Juden. Ein Correſpondent der Augsburger Allg. Zeitung vom 1. April 1865 ſchrieb aus Turin: „Rothſchild wird bald unumſchränkter Herr ſeyn im Lande Italien und Victor Emanuel wird zuletzt ſeine Civilliſte aus der Caſſe der hieſigen Agenten Rothſchilds, Herrn Horace Landau, ſich auszahlen laſſen müſſen. Außer den auf viele hunderte von Millionen lautenden Schuldbriefen wird Rothſchild in bäldeſter Friſt auch die Eiſenbahnen, Bergwerke, Domänen und Kirchengüter in Händen haben und dem Finanzminiſter Sella nichts mehr zu verſetzen übrig bleiben, als die reine freie Gottesluft, in der wir athmen. Seit geſtern cirkulirt das Gerücht, daß Herr Sella auch

das Tabaksmonopol an das bekannte Pariſer Banquierhaus verpachten will."

Während die ſardiniſchen Commiſſäre in den eroberten Ländern Mittel- und Süditaliens nur raubten und ſich verſorgten, überließen ſie dem Anhang Mazzinis und Garibaldis, die von ihnen ſelbſt phyſiſch ruinirte Kirche auch moraliſch zu ruiniren. Die gebildeten Claſſen waren ſchon längſt verführt, durch Freimaurerlogen und franzöſiſche Literatur zum äußerſten Kirchenhaß fanatiſirt. Garibaldi, als Großmeiſter der italieniſchen Freimaurer, trug dieſen Haß offen zur Schau. Die Biſchöfe und Prieſter wurden nicht blos von der Regierung beraubt, Mönche und Nonnen ins Elend gejagt, ſondern auch von den Mazziniſten und Garibaldianern gröblich inſultirt und ſelbſt in den Kirchen mißhandelt. Der franzöſiſche Roman von Renan, der die Gottheit Chriſti leugnet und aus dem Heiland einen lächerlichen Schwärmer macht, wurde auf das eifrigſte in Italien verbreitet. Der Prieſter Paſſaglia, ein alter Freund Cavours, machte den ſchwachen Verſuch einer Kirchenreformation, aber mit eben ſo geringem Erfolge, wie Ronge in Deutſchland. Eben ſo wenig richteten die Engländer mit ihren anglikaniſchen Traktätlein aus. Der Italiener blieb bigott katholiſch oder warf jede Religion von ſich. Für ihn gab es zwiſchen dem Papſt und Voltaire kein drittes.

Das gemeine Volk, zumal in Süditalien, verharrte ganz ſo, wie das auch ſchon am Ende des vorigen Jahrhunderts beim Einbruch der Franzoſen der Fall geweſen war, in ſeiner alten Frömmigkeit, verdammte den Kirchenraub, haßte die ſardiniſchen Beamten als fremde Plagegeiſter, wünſchte ſehnlich die wohlfeile bourboniſche Zeit zurück und ſchaarte ſich in bewaffnete Banden zuſammen, um die fremden Räuber aus dem Lande zu jagen. Mord und Brand erfüllte ganz Unteritalien. Von einer Begeiſterung für die Idee italieniſcher Nationaleinheit konnte natürlicherweiſe unter dieſen Umſtänden nicht die Rede ſeyn.

Der Hof in Turin vertraute indeſſen auf die franzöſiſche Unterſtützung, auf die Gunſt des mächtigen England und auf die immer fortſchreitende revolutionäre Bewegung der Zeit, die ihm bisher ſchon ſo förderlich geweſen war. Ohne ſich viel anſtrengen zu dürfen, hatte das ſardiniſche Königshaus, einzig mit Hülfe der Weſtmächte und der Revolution eine Provinz nach der andern annectirt, eine Stufe der Macht nach der andern erſtiegen. Prinz Napoleon hatte die älteſte Tochter Victor Emanuels geheirathet. Ihr jüngerer Bruder Amadeus wurde von der Revolutionspropaganda auserſehen, an der Stelle des durch ſchändliche Intriguen vertriebenen König Otto, König von Griechenland zu werden, und man verband damit ausſchweifende Hoffnungen, wenn es gelingen ſollte, die Revolution von Griechenland aus nach Rumänien, von Italien aus nach Ungarn und von beiden Seiten nach Polen auszudehnen. Allein es gelang nicht und Amadeus, der dem Lord Palmerſton zu franzoſenfreundlich ſchien, mußte dem engliſchen Candidaten weichen, dem Dänenprinzen und Schwager des Prinzen von Wales.

Als Napoleon III. den ſchon erwähnten Septembervertrag ſchloß, demzufolge er im Herbſt 1866 alle ſeine franzöſiſchen Truppen aus Rom zurückziehen wollte, jubelte die italieniſche Nationalpartei, denn ſie dachte nicht anders, als daß Rom nach dem Abzug der Franzoſen die Hauptſtadt des Königreichs Italien werden würde. Napoleon III. dämpfte aber dieſen Jubel und nöthigte den König von Italien, ſeine Reſidenz zwar in der Mitte des Reichs, aber nicht nach Rom, ſondern nach Florenz zu verlegen. Das erzeugte nun eine tiefe Erbitterung in Turin und ganz Piemont. Der Volksſtamm, von dem die erſte Erhebung Italiens ausgegangen war, ſollte nun die Hauptſtadt verlieren und mit ihr allen Vortheil und allen Ruhm der Erhebung. Aber auch die Nationalpartei gerieth in Wuth, daß ſie Rom noch nicht haben ſollte, und Mazzini ließ angebliche geheime Zuſatzartikel zum Septembervertrage veröffentlichen, wonach Victor Emanuel ſich an-

heiſchig gemacht haben ſollte, wie früher ſchon Savoyen und Nizza, ſo demnächſt auch noch Piemont und Genua an Frankreich abzutreten, ſobald ihm Frankreich den Beſitz Venetiens verſchafft haben würde. Am 30. Januar 1865 machte ſich der Zorn des Volks in Turin durch einen Tumult Luft. Ein glänzender Hofball, der angeſagt war, wurde durch den Pöbel geſtört, Herrn und Damen, beſonders der franzöſiſche Geſandte inſultirt, die Wagen mit Steinen beworfen und „nieder mit dem König!“ gebrüllt. Da flüchtete der König und wollte nie mehr wiederkommen, ließ ſich nachher aber doch bewegen, zurückzukehren, um eine verabredete Verſöhnungsſcene zu ſpielen. Als er flüchtete, folgten ihm die Wagen ſeiner Maitreſſen und blieben fortan im königlichen Theater zu Turin ſechs Logen unbeſetzt, worin bisher ſchöne Römerinnen, Venetianerinnen, Genueſerinnen, Polinnen ꝛc., deren Luxus der König (re galantuomo genannt) aus ſeiner Civilliſte beſtritt, geglänzt hatten.

Dem König war nicht ganz wohl bei der Sache zu Muthe. Er hatte es mit den treuen Piemonteſen verdorben, die verhältnißmäßig beſſere Soldaten ſind, als alle andern Italiener, und deren Energie ihm ſo viel genutzt hatte, und ſollte in eine neue Reſidenz überſiedeln, wo er fremd war, wo ihn das Volk nicht kannte, noch liebte und wo er ſich vor den Mazziniſten weniger geſchützt ſah, als in Turin. Er ging jedoch nach Florenz und eröffnete daſelbſt am 18. November 1865 das italieniſche Parlament. Daſſelbe ſpielte indeß die große Rolle nicht, zu der es ſich hätte berufen fühlen können. Zu den beiden alten Parteien, der miniſteriellen consorteria, der großen Plusmachergeſellſchaft, die wir ſchon kennen, und der republikaniſchen Fortſchrittspartei Mazzinis und Garibaldis, geſellte ſich jetzt noch die Partei der unzufriednen Piemonteſen unter Ratazzis Führung. Die Verhandlungen waren unfruchtbar, weil die Mazziniſten ihre Oppoſition aus Furcht vor Frankreich mäßigten, die Regierung aber den weiteren Verlauf der Dinge abwarten mußte. Von einer friſchen und energiſchen Reform

der italieniſchen Zuſtände war nicht die Rede. Neben allen alten Uebeln hatte man auch noch die neuen auf Italien geladen. Für das Volk geſchah nicht das mindeſte. Italien hat den herrlichſten Culturboden, die werthvollſten Produkte, die ſchönſten Häfen. Der Boden wird nicht benutzt, ungeheure Strecken, z. B. in dem berühmten Campanien, das noch fruchtbarer ſeyn könnte als die Lombardei, ſind immer noch nichts anderes als meilenweite Oelpflanzungen, einem meiſt abweſenden Herrn gehörig. Wenige Wochen im Jahre genügen, die Arbeit darin zu beſorgen. Die übrige Zeit durchfaulenzt der italieniſche Landmann und zieht überall das Hirtenleben dem Ackerbau vor. Hier bedürfte es einer durchgreifenden Reform. Aber Miniſterium und Parlament denken nicht daran. Man hat keine Zeit dazu. Man muß die Habgier befriedigen, man muß Parteiumtriebe machen. Man muß nach Pariſer Befehlen lauſchen.

Eine beſſere Wendung der Dinge bereitete ſich jedoch vor, als der Krieg in Deutſchland das Königreich Italien zum Bündniß mit Preußen hintrieb. Die Preſſion, die es von Paris aus erlitt, mußte ihm dadurch einigermaßen erleichtert werden und es war auch eine Möglichkeit eröffnet, daß in der Zukunft vielleicht die unſolide italieniſche Staatsverwaltung ſich die ſolide Verwaltung Preußens zum Muſter nehme.

Je mehr Preußen ſich von Oeſterreich bedroht ſah, um ſo weniger darf man ihm einen Vorwurf daraus machen, daß es die Annäherungsverſuche des neuen Königreichs Italien nicht von ſich wies. Brach ein Krieg zwiſchen Preußen und Oeſterreich aus, ſo war Italien der natürliche Bundesgenoſſe Preußens, und mit Preußen beſchäftigt, konnte Oeſterreich einem Angriff Italiens jedenfalls nur mit getheilter Kraft widerſtehen. Daher das Buhlen des italieniſchen Geſandten in Berlin. Den Anfang machte ein Handelsvertrag zwiſchen Italien und dem deutſchen Zollverein, der den materiellen Intereſſen beider Contrahenten zu Gute kam, ohne ein politiſches

Ziel zu verfolgen, daher auch von den deutſchen Mittelſtaaten angenommen und am 31. Dezember 1865 unterzeichnet wurde. Ein politiſches Bündniß mit Italien einzugehen, zögerte Preußen bis zum letzten Augenblick und ſchloß es erſt am 8. April 1866 ab, als dem Kriege mit Oeſterreich nicht mehr auszuweichen war.

Neuntes Buch.

Einrücken der Preußen in Böhmen.

Ein neuer großer Bürgerkrieg, worin im Angeſicht der ſchadenfrohen Franzoſen und Ruſſen ſich wieder einmal die Deutſchen zerfleiſchen ſollten, war unvermeidlich geworden. Gewiß der größte Theil der deutſchen Nation wünſchte die Segnungen des Friedens fortdauernd zu genießen und ſah dem Kriege mit Kummer und Unwillen entgegen. Doch lebte in den geſtählteren Herzen die Ueberzeugung, daß der gordiſche Knoten der deutſchen Bundesangelegenheiten nothwendig vom Schwert durchſchnitten werden müſſe. Und wer die Organiſation des preußiſchen Heeres kannte, bangte nicht davor, daß es in einem Kampf unterliegen werde, in welchem ihm der nationale Gedanke zur Seite ſtand. Denn dieſes Heer zog mit den Hoffnungen aller ehrlichen Deutſchen aus, die endlich einmal wieder zu einer großen Nation zuſammen zu wachſen wünſchten und ſich nach dem Ende jenes nichtswürdigen Metternichſchen Syſtemes ſehnten, durch

welches die großen Siege der Deutſchen in den Jahren 1813 bis 1815 wieder vereitelt worden und die unſerer großen Nation ſo unwürdige Bundesverfaſſung geſchaffen worden war. Die Geiſter aller der Helden, die je für die deutſche Sache gekämpft, von Arminius und Karl dem Großen an, umſchwebten ſegnend die Fahnen des ſchwarzen Adlers.

Oeſterreich hatte den Krieg durch den Bruch des Gaſteiner Vertrages provocirt. Oeſterreich hatte zuerſt gerüſtet, ſchon im Februar. Preußen folgte mit ſeinen Rüſtungen erſt am Ende des März nach. Unter dem nichtigen, ſpöttiſch hingeworfenen Vorwande, Judenkrawalle in Böhmen dämpfen zu müſſen, wozu ein Bataillon hinreichend geweſen wäre, zogen ganze öſterreichiſche Armeecorps an die ſächſiſche und ſchleſiſche Grenze in Gegenden, wo gar keine Judenkrawalle vorgekommen waren. Auch Sachſen rüſtete ſchon gleichzeitig mit Oeſterreich. Jedermann erwartete daher, die öſterreichiſche Armee werde eine kühne Offenſive ergreifen, in Schleſien einfallen und Sachſen beſetzen, während die Armeecorps der Mittelſtaaten ſich concentriren und gegen Berlin vordringen würden. Dieſe Erwartung wurde durch die officiöſe Wiener Preſſe genährt, die bereits mit vollem Behagen ihren Leſern den Einzug Benedeks in Berlin und die Plünderung dieſer großen Stadt durch die Croaten ausmalte. In den Mittelſtaaten war man nicht weniger kriegsluſtig und ſiegestrunken. Preußen, ſo glaubte man allgemein, werde ſich defenſiv verhalten müſſen, die Landwehr werde gar nicht mitfechten wollen, eine Revolution in Berlin werde den Grafen Bismarck ſtürzen und der König von Preußen werde ſich, wie einſt ſein Bruder in Olmütz, allen Forderungen Oeſterreichs fügen müſſen.

Oeſterreich war nicht ſo ſtark, als wofür man es hielt. Statt der oft gerühmten 800,000 Mann hatte es deren nicht ganz 500,000. Da nun Italien die Gelegenheit nicht verſäumte, Oeſterreich, während es mit Preußen kämpfte, in den Rücken zu fallen und Venetien an-

zugreifen, ſo mußte Oeſterreich ſeine Streitkräfte theilen. Indem es 150,000 Mann unter Erzherzog Albrecht in Italien aufſtellte, brachte es nur noch 245,000 Mann in der ſ. g. Nordarmee zuſammen, die unter dem Feldzeugmeiſter von Benedek in Böhmen ſtand, mit 600 Geſchützen und ſieben Raketen-Batterien. Dieſe Streitkräfte waren in ſieben Infanterie-Armeecorps und fünf Kavallerie-Diviſionen vertheilt, nämlich das erſte öſterreichiſche Armeecorps unter dem General der Kavallerie, Grafen Clam-Gallas, das zweite unter dem Feldmarſchall-Lieutenant Grafen Thun, das dritte unter F.-M.-L. Erzherzog Ernſt, das vierte unter dem F.-M.-L. Grafen Feſtetics, das ſechste unter F.-M.-L. Baron Ramming, das achte unter Erzherzog Leopold, das zehnte unter F.-M.-L. Baron Gablenz. Die fünf Kavallerie-Diviſionen ſtanden unter dem General-Major Baron Edelsheim, General-Major Fürſten Thurn und Taxis, F.-M.-L. Prinzen von Schleswig-Holſtein, General-Major von Zaytſek und F.-M.-L. Coudenhove. Mit dieſer öſterreichiſchen Nordarmee vereinigten ſich die Sachſen in der Stärke von 25,000 Mann mit 46 Geſchützen, ſo daß Benedek im Ganzen über 270,000 Mann gebot, eine Ziffer, die in keinem Verhältniß ſtand zu der, mit welcher man früher immer gedroht hatte und die in der That zu einem Offenſivſtoß auf die gut gerüſtete preußiſche Monarchie nicht ausreichte.

Gleichwohl hätte der Offenſivſtoß gewagt werden können, wenn zugleich das 7. und 8. Bundesarmeecorps (Bayern, Württemberger, Badener, Darmſtädter), in gehöriger Stärke und raſch nach Norden vorgerückt wäre, um ſich mit den Naſſauern, Kurheſſen und Hannoveranern zu vereinigen und Berlin zu bedrohen. In dieſem Falle hätte Preußen ſeine gegen Oeſterreich dirigirte Hauptarmee um zwei oder drei Armeecorps ſchwächen müſſen, um den Offenſivſtoß von Südweſten her zu pariren, und dann wäre Benedek immerhin ſtark genug geweſen, aus ſeiner Defenſive herauszutreten, und einen raſchen und gewaltigen Offenſivſtoß gegen Schleſien und Sachſen zu wagen.

Allein das ging aus zweierlei Gründen nicht an. Aus einem politiſchen Grunde nicht, weil Oeſterreich gern ſeine Kräfte geſpart und die Heere der Mittelſtaaten voran geſchickt hätte, die Mittelſtaaten aber denſelben Hintergedanken hatten und, um ihre Kräfte zu ſparen, lieber Oeſterreich wollten vorangehen laſſen. Aus einem militäriſchen Grunde, weil auch die Truppen, über welche Oeſterreich und ſeine Verbündeten verfügten, noch nicht vollſtändig ausgerüſtet waren. In Oeſterreich fehlte es namentlich noch ſehr im Train- und Verpflegungsweſen. Man hatte nicht genug Fuhrwerke und die Magazine waren noch nicht in Ordnung. Schon die bloße Zuſammenziehung der Truppen brauchte viel Zeit, weil die öſterreichiſche Armee nach Metternichs altem Syſtem immer ſo in die Kronländer vertheilt war, daß die böhmiſchen Regimenter niemals in Böhmen, die ungariſchen niemals in Ungarn ſtehen durften, ſondern daß jedes Regiment in eine von ſeiner Heimath möglichſt weit entfernte Garniſon zu liegen kam. Trat nun eine Mobiliſirung ein, ſo dauerte es lange, bis die in der Heimath ausgehobenen Rekruten und Beurlaubten bei ihren Regimentern anlangen konnten. Nach dieſem Syſtem beherrſchte Oeſterreich jedes ſeiner Kronländer durch die Truppen aus einem andern Kronlande und einer andern Nation angehörig. Das hatte ſeine politiſchen Gründe, war aber einer beſchleunigten Mobiliſirung ſehr hinderlich und führte gelegentlich auch in Friedenszeiten zu Mißſtänden.*)

---

*) „Ein Truppenkörper, der in der Reſidenzſtadt Wien garniſonirt war, beſtand aus Italienern und rekrutirte ſich aus Italien. Sein Commandant aber, der zu den Privilegirten gehörte, welche ſich in nichts genirten, benutzte die Verordnung, die den Eintritt von Freiwilligen in jedes Regiment geſtattete, zu einer maßloſen Werbung von Freiwilligen und ſchickte die Italiener heim, viele ſogar, ehe ſie noch gehörig einexerzirt waren. Der Vorrath alter Monturen für die Beurlaubten war unter dieſen Umſtänden

Auch das 8. Bundesarmeecorps ließ mit ſeiner vollen Ausrüſtung lange auf ſich warten. Daß die hannoverſchen und kurheſſiſchen Truppen nicht gehörig vorbereitet waren, zeigte ſich ſpäter, da ſie bei ihrem Ausmarſch Noth litten. Wenn alſo unter dieſen verſchiedenen Heertheilen des Bundes auch mehr Zuſammenhang geweſen wäre, als es der Fall war, fehlte es immer noch an gar vielem Nöthigen und Unentbehrlichen für eine Feldarmee. Da ſich das nun ſo verhielt und es die Regierungen ſo gut wie die Commandirenden wiſſen konnten, muß es Wunder nehmen, warum man dennoch den Krieg in ſo großer Uebereilung anfing und in ſo leidenſchaftlicher Weiſe Volk und Truppen erhitzte.

Man hat zunächſt gefragt, warum Benedek, der doch die Verhältniſſe kennen mußte, den Oberbefehl nicht lieber abgelehnt habe. Die öſterreichiſchen Blätter rühmten wiederholt und ohne Widerſpruch, der Kaiſer habe ihm unbedingtes Vertrauen geſchenkt und unbeſchränkte Vollmacht ertheilt, ſo daß er auch ſeine Generale ganz nach ihrer Brauchbarkeit habe wählen können. Nun ließ er aber ganze öſterreichiſche Armeecorps unter dem Commando von Männern, welche ſich in frühern Kriegen ſchon ſchlecht bewährt hatten und zu denen weder das Heer, noch das Volk Vertrauen hegte. Zu ihnen gehörte Clam-Gallas, der ſchon im Kriege von 1859 bei Magenta Fehler gemacht, der Generalquartiermeiſter Krismanich, noch einige ſehr hochgeſtellte Herren. Da es nun bekannt war, daß Benedek, Sohn eines zum Proteſtantismus übergegangenen ungariſchen Juden, der hohen Ariſtokratie nicht genehm war, und er doch ganz freie Hand haben ſollte, wunderte man ſich natürlicherweiſe, warum doch ſo viele hohe

---

natürlich bald erſchöpft, der Commandant ließ daher neue machen für die Beurlaubten, wie für die Freiwilligen, und die Staatscaſſe wurde damit belaſtet.“ Oeſterreichs Syſtem als die einzig wahre Urſache ſeiner Niederlagen, von einem öſterreichiſchen Soldaten S. 24.

und reiche Herrn, ſogar Erzherzöge, die wichtigſten Stellen in der Armee inne hatten. Benedeks Generalſtabschef, Freiherr von Hennickſtein, ſtammte von einem Juden ab, der vor hundert Jahren mit einem Sack auf dem Rücken altes Leder ſammelte, bald aber ein reicher Mann wurde. Sein Enkel, der Generalſtabschef, galt in Wien als ein Mann voller Witz, aber von jener bekannten Art des jüdiſchen Witzes, der alles nur negirt, zerſetzt, wegſpottet, bei gänzlicher Abweſenheit eines ordnenden und ſchaffenden Genies. Von Benedek ſelbſt glaubte man nachher, er ſey vorher zu ſehr überſchätzt worden. Bei ſo großem Mangel an Urtheil und Wechſel der Meinungen in unſerer Zeit war es faſt unvermeidlich, daß Benedek ſpäter wieder zu ſehr unterſchätzt wurde.

Seit dem Tode der großen Feldherrn Radetzki, Windiſchgrätz, Schönhals war die Armee vernachläſſigt, der Willkür und Faulheit ganz unfähiger Menſchen Preis gegeben. Patriotiſche und einſichtsvolle Generale erkannten das Uebel und warnten, machten Vorſchläge, wurden aber nur „abgeſchnauzt.“ *)

---

*) „Was in Preußen eingeführt wurde, galt bei uns als ſchlecht. Keine Zündnadelgewehre! ſchrie man, keine allgemeine Wehrpflicht! Blos weil ſie preußiſch ſind. Woran ſcheiterten die intelligenteren Hierarchen der Militärariſtokratie, die Degenfeld, Frank, Schmerling, Gablenz, Möhring, Beigelsperg, John? An der Abneigung der Grünne und Crenneville gegen alles Preußiſche und am Antagonismus Franz Joſephs gegen den Staat Friedrichs II. Man bequemte ſich lieber, franzöſiſche Inſtitutionen einzubürgern, und zwang gemüthliche ſteiriſche Jäger, die katzenartigen Zuaven im Springen und Schreien nachzuäffen, als daß man bewährte preußiſche Einrichtungen adoptirt hätte. Verfaſſer dieſer Schrift vernahm aus allerſicherſter Quelle, daß im Jahr 1865 dem Kaiſer von einem der tüchtigſten Generale eine Art Memorandum unterbreitet wurde, worin auf gewiſſe Vorzüge und Ueberlegenheiten der preußiſchen Waffen und Einrichtungen aufmerkſam gemacht und die Erfahrungen des gemeinſchaftlichen Feldzugs in Schleswig niedergelegt worden waren. Was war die Folge davon? Keine

Trotzdem herrſchte in Wien die größte Zuverſicht. Graf Grünne,*) lange Zeit der allmächtige Mentor des jungen zur Regierung ge-

---

Antwort von Seite des Kaiſers und ein ſehr ungnädiger mündlicher Beſcheid des hochfahrenden, bei der Armee wie im Volke tief verhaßten erſten Generaladjutanten, Grafen Crenneville. ‚Der Kaiſer, hieß es, wiſſe ſchon ſelbſt, was er zu thun habe und es ſey in der öſterreichiſchen Armee niemals Praxis geweſen, daß ein General Vorſchläge unterbreite, ohne hiezu den allerhöchſten Befehl erlangt zu haben.‘ Das war die Stimmung am Hofe zu Wien und ſo wurden ehrliche, treue Soldaten abgeſchnauzt, die es wagten, im Intereſſe des Kaiſers und des Heeres Vorſtellungen zu machen.“ Was wollen wir? Armeereorganiſation. München 1867. S. 14.

*) Der Kaiſer hatte mit ſeinen Generaladjutanten, die ſein ganzes Vertrauen genoßen und in den Armeeangelegenheiten den größten Einfluß übten, kein Glück. Zwar mußte er den Grafen Grünne, den man ſchon lange als ſeinen böſen Genius bezeichnet hatte, nach den Niederlagen von 1859 entlaſſen oder wenigſtens in ein minder wichtiges Amt (in den Stall, wie man ſagte) verweiſen. Aber ſeinem Nachfolger Grafen Crenneville wurde nichts Beſſeres nachgerühmt. „Graf Grünne brachte die Brutalität und die tollſte Willkürherrſchaft in die Armee. Ein Wort von ihm genügte, um den verdienſtvollſten Mann zu penſioniren. Das Armee-Obercommando zitterte vor ihm, denn er ging ſo weit, bereits vom Kaiſer ſignirte Erlaſſe nach Gutdünken abzuändern. Graf Crenneville war ein ſeiner würdiger Nachfolger. Dazu General Schlitter, der Verfaſſer des famoſen Organiſirungsinſtituts. Unter der Aegide ſolcher Matadore blühte das unerhörteſte Protectionsweſen und es wurden neue Schöpfungen ausſtudirt, um es zu fördern. So ſchoſſen die Kriegscommiſſäre wie Giftpilze hervor, dieſe Peſtbeule der Armee. Desgleichen das Adjutantencorps, dieſes Wickelkind des Nepotismus, eine Einrichtung, die der Protectionskriecherei Thüren und Thore öffnete. Wurde das Avancement bis dahin ſchon mit einer beiſpielloſen Willkür gehandhabt, ſo erreichte dieſe mit der Schöpfung des Schlitterſchen Inſtituts den höchſten Grad, denn nun konnten die hochgeborenen Klienten ohne ſcheinbare Verletzung der Bundesgeſetze ſtets avanciren vom Adjutantencorps in die Truppe und von dieſer wieder zurück, bis ſie eines ſchönen Tages Oberſten waren. Der Protectionsſchwindel

kommenen Kaiſers, ſagte noch im Juni: „Dieſe Preußen werden wir mit naſſen Fetzen fortjagen.“ In einer Proklamation Benedeks hieß es: „Wir ſtehen einer Streitmacht gegenüber, die aus zwei Hälften zuſammengeſetzt iſt, Linie und Landwehr. Erſtere bilden lauter junge Leute, die weder an Strapazen, noch Entbehrungen gewöhnt, niemals eine bedeutende Campagne mitgemacht haben. Letztere beſteht aus jetzt unzuverläſſigen, mißvergnügten Elementen, die lieber die eigene mißliebige Regierung ſtürzen, als gegen uns kämpfen möchten. Der Feind hat in Folge langer Friedensjahre auch nicht einen einzigen General, der Gelegenheit gehabt hätte, ſich auf dem Schlachtfeld heranzubilden. Veteranen vom Mincio und von Paleſtro, ich denke, ihr werdet unter euern alten bewährten Führern es euch zur beſondern Ehre anrechnen, einem ſolchen Gegner auch nicht den leiſeſten Vortheil zu geſtatten. — Der Feind prahlt ſeit langer Zeit mit ſeinem ſchnelleren Kleingewehrfeuer, aber Leute, ich denke, das ſoll ihm wenig Nutzen bringen. Wir werden ihm wahrſcheinlich dazu keine Zeit laſſen, ſondern ungeſäumt ihm mit Bajonet und Kolben auf den Leib gehen. Sobald mit Gottes Hülfe der Gegner geſchlagen und zum Rückzug gezwungen ſeyn wird, werden wir ihn auf dem Fuße verfolgen und ihr werdet in Feindesland euch ausraſten und diejenigen Erholungen im reichlichſten Maaß in Anſpruch nehmen, die ſich eine ſiegreiche heldenmüthige Armee mit vollſtem Rechte verdient haben wird.“ Die Wiener Preſſe ſprach von den preußiſchen Truppen nur wie von „Schneidergeſellen,“ wetteiferte, die verächtlichſten Vorſtellungen von ihnen zu erwecken, und empfahl im Voraus den Croaten, wenn ſie nach Berlin kommen würden, dort gründlich zu plündern, ja die ganze Stadt dem Erdboden gleich zu machen. Die Wiener Judenpreſſe war

---

wurde von einigen Regimentsinhabern zum Handel mit Offiziersſtellen ausgenutzt.“ Der Zerfall Oeſterreichs von einem deutſchen Oeſterreicher. Leipzig 1867. S. 13.

von jeher die ſchlechteſte in Europa, diesmal übertraf ſie ſich ſelbſt in Ehrloſigkeit und Gemeinheit.

Wir glauben den Schilderungen der preußiſchen Armee, wie ſie damals aus öſterreichiſcher Feder floſſen, einen Artikel der Times entgegenhalten zu dürfen: „Für Engländer, welche lange gewohnt waren, die preußiſche Armee als eine Schaar eilig ausgehobener und ungeübter Mannſchaften beſchreiben zu hören, konnte nichts auffallender ſeyn als das Aeußere dieſer Truppen. Außer den ſchönen und kräftigen Leuten in der Linie, welche in den vorderſten Reihen dieſes Feldzugs fochten, hatte Preußen hinter dieſen noch Landwehrregimenter, die aus eben ſo großen, eben ſo kräftigen, aber älteren Soldaten beſtehen. Davon ſind die meiſten Gemeinen Männer in guter Lebenslage, denn nachdem ſie ihre Dienſtzeit in der Linie beendeten, haben ſie größtentheils ſelbſtändige Geſchäfte etablirt, oder einen Beruf gewählt, der ihnen ein gutes Einkommen ſichert; doch haben ſie beim Ruf des Vaterlandes alles im Stich gelaſſen und ſind wieder in die Armee eingetreten, zu der ſie eine Intelligenz mitbringen, wie ſie in den Armeen keines anderen Landes in Europa gefunden wird. Auch haben ſie im Privatleben nichts von ihrer früheren militäriſchen Uebung und Haltung verloren; es ſind wahrhaft herrliche Truppen, das Ideal eines Heeres. Auch werden ſie vortrefflich geführt, denn ihre Offiziere, faſt alle von adeliger Abſtammung, ſind Männer, die früher ebenfalls in der Armee gedient haben und in Friedenszeiten auf ihren Gütern meiſt in denſelben Diſtricten leben, aus welchen die Soldaten, die ſie jetzt befehligen, gezogen ſind, ſo daß dieſe Landwehrtruppen mit ihrer höheren Bildung und Intelligenz eine ritterliche Zuneigung für ihre Vorgeſetzten verbinden, wie ſie die Gemeinen der Heereshaufen charakteriſirte, die einſt für das Haus Stuart kämpften.“

In Preußen vertraute man zwar auf die alte Tapferkeit und neue vortreffliche Organiſation des Heeres, ließ aber nirgends eine Luſt zum Kriege blicken. Der König ſelbſt hatte ſchlafloſe Nächte, ſo

ſehr beunruhigte ihn die Lage der Dinge. Er bot bis zur letzten Stunde allen ſeinen Gegnern die Hand, ſchrieb eigenhändige dringende, ſogar bittende Briefe an die Monarchen von Oeſterreich und Bayern, worin er ſie vom Bürgerkrieg abmahnte, und bot auch dem König von Hannover und allen deutſchen Fürſten, die ſich gegen ihn erklärt hatten, wiederholt die Freundeshand und die Garantie ihres Beſitzſtandes an, wenn ſie ſeinem Bundesreformplan zuſtimmen würden. Im preußiſchen Kriegsminiſterium und in der Armee herrſchte dieſelbe Friedensliebe. Ich hörte in Berlin ſelbſt aus dem Munde höherer und niederer Offiziere einſtimmig beklagen, daß ſie gegen die Oeſterreicher fechten ſollten, die ſie als tapfere Waffenbrüder ehrten und als liebenswürdige Kameraden gern an ihrer Seite ſähen.

Die Volksſtimmung in Preußen vor dem Kriege war eine ſo merkwürdige, wie ſie kaum je in der Geſchichte der Kriege vorgekommen iſt. Die Regierung hatte ſich einen Schatz geſammelt, von dem ſie die Rüſtungskoſten beſtreiten konnte, die ihr das Abgeordnetenhaus nicht bewilligte. Sie hatte das Heerweſen auf eine bewundernswürdige Weiſe organiſirt, aber ſie wurde nicht darum bewundert, ſondern geſchmäht, weil ſie es gegen den Willen des Abgeordnetenhauſes gethan hatte. Um das *wie* bekümmerte man ſich auch gar nicht, man wüthete nur dagegen, *daß* ſie es gethan habe. Die Schreier ahnten gar nicht, welche außerordentliche Leiſtung, welches Wunder die Regierung ganz im Stillen und ohne Prahlerei in der Reorganiſation des Heeres vollbracht hatte. Wenn ihr Geſchrei mehr als leerer Wind geweſen wäre, würden ſie der Regierung ſchweren Schaden zugefügt, ihr in der Kriegführung große Hinderniſſe in den Weg gelegt haben. Es war aber göttliche Fügung, daß ihr Geſchrei der Regierung nützte. Denn während die Regierung kalt und ruhig dabei blieb, ließen ſich durch den ewigen Lärm der preußiſchen Oppoſition Oeſterreich und die Mittelſtaaten, ja ſelbſt Frankreich bethören, zu glauben, der König von Preußen habe nicht freie Hand

genug, ſey durch die Volksvertretung gelähmt, erliege unter der Laſt des Mißtrauens und werde bald gezwungen ſeyn, Bismarck zu entlaſſen. Durch dieſe falſche Vorausſetzung wurden aber nur die Feinde Preußens gelähmt, indem ſie weniger große Rüſtungen zum Kriege machten, weil ſie dieſelben nicht für nöthig hielten und auf die innere Schwächung Preußens rechneten. Das preußiſche Volk in Maſſe war wohl beunruhigt und beſonders in den Städten mannigfach verführt durch die wilden Reden im Abgeordnetenhauſe, durch die Agitationen der Schreier bei den Wahlen und durch die Preſſe, blieb aber im Ganzen in einer feſten Haltung und dem König treu, zahlte die Steuern und ſchaarte ſich zahlreich unter die Fahnen. Von einer Kriegsluſt war im ganzen Volke nicht die Rede, von einer Gereiztheit gegen Oeſterreich oder die Mittelſtaaten nicht die Spur. Von Oſtpreußen, vom Rhein, von Weſtfalen her meldeten die preußenfeindlichen Blätter, viele verheirathete Landwehrmänner hätten ſich ungern zum Kriegsdienſt geſtellt, weil ſie ihren Familien und ihrem Geſchäft entriſſen wurden und nicht gern als Deutſche gegen Deutſche fechten würden. Aber ſie ſtellten ſich alle und bewieſen eine Tapferkeit und Ausdauer im Kriege, die ihnen um ſo mehr Ehre macht, je mehr nicht Liebhaberei, ſondern Pflicht und Mannesehre ſie anſpornten.

Dieſer Stimmung entſprach die Andacht des Volkes an dem Buß- und Bettage, den der König am 18. Juni angeordnet hatte. Der frivole Spott aber, den die Gegner über dieſes Beten ausgoßen, erfuhr mit Recht eine tiefe Beſchämung.

Die preußiſche Armee, die gegen Oeſterreich geführt wurde, zählte 280,000 Mann, darunter 228,000 M. Fußvolk, 29,000 M. Reiterei und 23,000 M. Artillerie mit 900 Geſchützen, war alſo der öſterreichiſchen Nordarmee überlegen. Zudem beſaß die preußiſche Infanterie in ihren Zündnadelgewehren, welche von hinten geladen wurden, eine überlegene Waffe, womit ſie in derſelben Zeit viel öfter ſchießen konnte, als der Feind es mit ſeinen Schießgewehren

nach früherer Conſtruction vermochte. Die Zündnadelgewehre wurden von einem gewiſſen Dreyſe erfunden. Derſelbe hatte im Jahr 1821 ein Eiſenwaarengeſchäft in Sömmerda gegründet. „Damals machte man ſchon Verſuche, die Steinſchloßjagdgewehre zur Percuſſionszündung umzuarbeiten. Dies auffaſſend, beſchäftigte ſich Dreyſe — unter Beihülfe des Büchſenmachers Burckhard in Weimar und der Apotheker Baudius und Kahleys zu Sömmerda — mit zum Theil lebensgefährlichen Verſuchen zur Herſtellung von Zündapparaten für Percuſſionszündhütchen, und im Jahr 1824 wurde der Firma Dreyſe und Collenbuſch von der preußiſchen Regierung ein Patent für Zündhütchen ertheilt. Die folgenden Jahre benützte Dreyſe vorzugsweiſe zur Ausführung der ihn längſt beſchäftigenden Idee der Verlegung des Zündungsproceſſes bei den Gewehren von außen nach innen, und zu der Conſtruction einer die geſammten zum Schuß erforderlichen Theile in ſich enthaltenden Patrone. Für die Zündung der Patrone erſchien ihm die Nadel das geeignetſte Mittel und im Jahr 1829 war es ihm bereits gelungen, das erſte noch von vorn zu ladende Zündnadelgewehr herzuſtellen, für deſſen eigenthümliche Conſtruction ihm für ſeine Perſon ein Patent auf acht Jahre für den Umfang des preußiſchen Staates verliehen wurde. In demſelben Jahre wurde das königlich preußiſche Kriegsminiſterium auf die Vortheile dieſes Gewehrs für Militärzwecke aufmerkſam gemacht. Durch fortdauernde opfervolle Verſuche verbeſſerte Dreyſe ſein noch vorn zu ladendes Gewehr, aber bei den praktiſchen Prüfungen ſtellten ſich noch mancherlei Uebelſtände heraus und erſt im Jahr 1836 gelang es ihm, den bisher unvermeidlichen Ladeſtock zu beſeitigen und dem Kriegsminiſterium in Berlin das erſte von hinten zu ladende Zündnadelinfanteriegewehr vorzulegen. Nach noch mehrfachen Veränderungen und Verbeſſerungen ließ König Friedrich Wilhelm IV. im Herbſt 1840 das nunmehr allen Forderungen entſprechende Gewehr als Militärwaffe zunächſt für die Füſilierbataillone einführen und gewährte dem Erfinder die

Mittel zur Anlage ſeiner großartigen Gewehrfabrik, welche noch blüht. Auch der Erfinder lebt noch hoch bejahrt und wurde vom König in den Adelſtand erhoben.“ *)

Die preußiſche Offenſivarmee wurde in eine größere und kleinere Hälfte getheilt. Die ſ. g. erſte Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl, Sohn des Prinzen Karl, zählte drei preußiſche Armeecorps und von ihr ſchied ſich wieder ein kleinerer Theil als die ſ. g. Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld. Die ſ. g. zweite Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm umfaßte vier Armeecorps.

Als Chef des preußiſchen Generalſtabs trat General von Moltke in dieſem Kriege plötzlich mit einem Glanz in die Weltgeſchichte ein, der keine beſſere Folie finden konnte, als jene dunklen Schatten, die bisher wetteifernd von den äußern und innern Feinden Preußens auf deſſen Armeeorganiſationen geworfen worden waren. Unter dem Kriegsminiſter General von Roon war die vom König ſelbſt entworfene Reorganiſation des Heeres in der muſterhafteſten Weiſe durchgeführt worden. Die Eintheilung, die Bewaffnung, Uebung und Disciplin des Heeres, wie auch ſeine Verproviantirung und ſeine Ausſtattung mit allem Kriegsgeräth, wie es die neue Zeit erfordert, ließ nichts zu wünſchen übrig. Es war geſorgt für Feldtelegraphen und jeden Heertheil begleiteten Wagen mit den nöthigen Eiſenſchienen und Werkzeugen, um zerſtörte Eiſenbahnen ſchnell wieder herzuſtellen. Dieſes treffliche Material aber mit überlegenem Geiſte zu beherrſchen und nach einem genialen Plane in Bewegung zu ſetzen, war vorzugsweiſe die Aufgabe des Generalſtabs, und wie ſie gelöst wurde, davon zeugen jetzt die unvergänglichen Blätter der Geſchichte.

Nie contraſtirte eine große und gute Leiſtung mit einer kleinen und ſchlechten Vorausſetzung ſtärker als hier. Die Armeereorgani-

*) Nach Winterfelds Geſchichte des Kriegs S. 90.

ſation, die man verdammt, das Offizierscorps, deſſen Ehre zu beflecken die Preſſe gewetteifert hatte, bewährten ſich aufs glänzendſte und eine ſtrahlende Sonne ſtieg aus dem Sumpfe der Verleumdungen empor. Der preußiſche Generalſtab war von Gneiſenaus und Grolmans Zeiten her immer ausgezeichnet geblieben, und hier war für die Macht und das Gedeihen Preußens im Stillen unendlich mehr geſchehen, als im Lärm der Preſſe und des Abgeordnetenhauſes. Ein umſichtiges Auge hatte hier gewacht und Saaten der Zukunft waren hier geſäet worden, von denen die politiſchen Schwätzer und Schreier nichts ahnten. *)

Das preußiſche Kriegsmanifeſt vom 18. Juni beſchuldigte Oeſterreich, Preußen zum Krieg gezwungen zu haben. „Oeſterreich will nicht vergeſſen, daß ſeine Fürſten einſt Deutſchland beherrſchten, will im jüngern Preußen keinen natürlichen Bundesgenoſſen, ſondern nur einen feindlichen Nebenbuhler erkennen. Preußen, meint es, iſt in allen Beſtrebungen zu bekämpfen, weil, was Preußen frommt, Oeſterreich ſchadet. Alte, unſelige Eiferſucht iſt in hellen Flammen

*) Wie umſichtig der preußiſche Generalſtab verfuhr, erhellt aus folgender Anekdote, die im Sommer durch die Zeitungen lief. Vor einigen Jahren reisten einige Photographen in den kleinen Städten Böhmens herum und portraitirten die Leute um einen billigen Preis, nahmen aber auch die ſchönen Gegenden auf, um hübſche Landſchaftsbilder mit nach Hauſe zu bringen. Im Juli 1866 erkannte ein Kleinſtädter in Böhmen in dem bei ihm einquartierten Oberſten vom preußiſchen Generalſtab einen jener Photographen wieder und frug ihn erſtaunt: Wie ſind Sie denn auf einmal Oberſt geworden? Jener antwortete: Fragen Sie mich lieber, wie ich Photograph geworden bin? Die vermeintlichen Photographen hatten in Böhmen das Terrain aufgenommen. — Dieſer Fall ſteht durchaus nicht vereinzelt. Vor mehreren Jahren waren preußiſche Offiziere in Civilkleidern damit beſchäftigt, das Terrain des Schwarzwaldes aufzunehmen, und im preußiſchen Generalſtab erſtreckt ſich die genaue Terrainkunde auf alle Nachbarländer.

wieder aufgelodert. Preußen ſoll geſchwächt, vernichtet, entehrt werden. Ihm gegenüber gelten keine Verträge mehr. Wohin wir in Deutſchland ſchauen, ſind wir von Feinden umgeben und deren Kampfgeſchrei iſt: Erniedrigung Preußens! Bis zum letzten Augenblick habe ich die Wege gütlicher Ausgleichung geſucht und offen gehalten. Oeſterreich wollte nicht."

Zwei Tage ſpäter, am 20. Juni, erließ der Kronprinz Friedrich Wilhelm aus ſeinem Hauptquartier Neiſſe in Schleſien einen kurzen und einfachen, beſcheidenen und doch muthigen Armeebefehl, worin es hieß: „Mit ſchwerem Herzen, aber ſtark im Vertrauen auf die Hingebung und Tapferkeit ſeiner Armee, iſt der König entſchloſſen, zu kämpfen für die Ehre und Unabhängigkeit Preußens, wie für die machtvolle Neugeſtaltung Deutſchlands. Zum erſtenmal ſeit über fünfzig Jahren ſteht unſerm Heere ein ebenbürtiger Feind gegenüber, vertraut auf eure Kraft, auf unſere bewährten vorzüglichen Waffen und denkt, daß es gilt, denſelben Feind zu beſiegen, den einſt unſer größter König mit einem kleinen Heere ſchlug."

Etwas trotziger klang die Proclamation, welche Prinz Friedrich Karl am 22. Juni von Görlitz aus erließ: „Soldaten! Das treuloſe und bundesbrüchige Oeſterreich hat ohne Kriegserklärung ſchon ſeit einiger Zeit die preußiſchen Grenzen in Oberſchleſien nicht reſpectirt. Ich hätte alſo ebenfalls ohne Kriegserklärung die böhmiſche Grenze überſchreiten dürfen. Ich habe es nicht gethan. Heute habe ich eine betreffende Kundgebung übergeben laſſen, und heute betreten wir das feindliche Gebiet, um unſer eignes Land zu ſchonen. Unſer Anfang ſey mit Gott! Auf ihn laßt uns unſere Sache ſtellen, der die Herzen der Menſchen lenkt, der die Schickſale der Völker und den Ausgang der Schlachten entſcheidet. Wie in der heiligen Schrift geſchrieben ſteht: laßt eure Herzen zu Gott ſchlagen und eure Fäuſte auf den Feind! In dieſem Krieg handelt es ſich — ihr wißt es — um Preußens heiligſte Güter und um das Fortbeſtehen unſeres theuern

Preußens. Der Feind will es ausgesprochenermaßen zerstückeln und erniedrigen. Die Ströme von Blut, welche eure und meine Väter unter Friedrich dem Großen und in den Befreiungskriegen, und wir jüngst bei Düppel und auf Alsen dahingegeben haben, sollen sie umsonst vergossen seyn? Nimmermehr! Wir wollen Preußen erhalten wie es ist, und durch Siege kräftiger und mächtiger machen. Wir werden uns unserer Väter würdig zeigen. Wir bauen auf den Gott unserer Väter, der in uns mächtig seyn und Preußens Waffe segnen wolle. Und nun vorwärts mit unserm alten Schlachtruf: Mit Gott für König und Vaterland! Es lebe der König!"

Schon am 16. Juni hatte sich Oesterreich bereit erklärt, Sachsen, Hannover und Kurhessen zu unterstützen, nachdem es am 14. ein enges Schutz- und Trutzbündniß mit Bayern geschlossen hatte. Der letzte zum Frieden mahnende Brief des Königs von Preußen an den Kaiser blieb fruchtlos und so mußte denn der Krieg seinen Anfang nehmen. Wer anders hätte ihn anfangen sollen, als Oesterreich? Aber die österreichische Nordarmee blieb wie gebannt in Böhmen stehen, anstatt rasch in Schlesien einzubrechen oder wenigstens Sachsen zu schützen und so schnell als möglich ihre Vereinigung mit den süd- und norddeutschen Bundesgenossen zu suchen. Man entschuldigte das Zaudern Benedeks mit der Weigerung Bayerns, ein Hülfscorps nach Böhmen zu schicken, ja sogar damit, daß man erst abwarten müsse, bis das achte Bundesarmeecorps seine Streitkräfte vollkommen ausgerüstet und zusammengezogen haben würde. Der Hauptgrund war wohl, er wußte sich zum Angriff nicht stark genug und hielt es für räthlicher, nach dem Beispiel des Fabius Cunctator und nach dem des Feldmarschall Daun im siebenjährigen Kriege, den überlegenen Feind in einer concentrirten und festen Stellung zu erwarten.

Die Preußen gingen dagegen aufs rascheste vor und zwar nicht blos mit ihrer Hauptmacht gegen Oesterreich, sondern auch mit einem kleinen Truppenrest gegen Hannover und Kurhessen. Wir verfolgen

hier zunächſt nur den Zug der Hauptarmee nach Böhmen. Sie war, wie oben ſchon geſagt iſt, in eine erſte und zweite Armee getheilt. Die erſtere ging nach Sachſen, die andere nach Schleſien.

In Sachſen hatte Herr v. Beuſt am eifrigſten den Krieg angeſchürt und obgleich das ſo nahe bedrohte Volk gerne die Erhaltung des Friedens oder wenigſtens eine Neutralitätserklärung Sachſens gewünſcht hätte, traten die Landſtände dem Miniſter doch nicht energiſch entgegen. Das Geld zur Mobilmachung wurde am 5. Juni von ihnen bewilligt und da die ſächſiſche Stimme am Bundestag den Krieg gegen Preußen mitbeſchloß, ſo mußte Sachſen auch auf den Krieg gefaßt ſeyn. Man hatte mit der Mobiliſirung geeilt und 25000 Sachſen ſtanden ſchlagfertig da. Der kriegeriſche Eifer eines ſo kleinen Landes gegenüber einem ſo großen Militärſtaat wie Preußen war nur gerechtfertigt, wenn ihn der mächtige Bundesgenoſſe Oeſterreich ſchützte und zwar durch ein raſches Vorrücken des kaiſerlichen Hauptheeres. Welch ſeltſame Allianz war es dagegen, wenn Sachſen von vorn herein dem Feinde preisgegeben und nur das ſächſiſche Heer mit dem rückwärtsſtehenden öſterreichiſchen Heere vereinigt wurde! Die Preußen ſelber waren erſtaunt, als ſie am 16. unter General Herwarth v. Bittenfeld, der die ſ. g. Elbarmee oder zweite Abtheilung der erſten preußiſchen Armee commandirte, zuerſt die ſächſiſche Grenze überſchritten und keinen Feind fanden. Die ganze ſächſiſche Armee war bereits nach Böhmen entwichen. Auch die königliche Familie und Herr von Beuſt hatten ſich geflüchtet. Schon längſt befanden ſich die königlichen Schätze auf der Feſte Königsſtein, zuletzt wurden auch noch die koſtbarſten Bilder der Dresdener Galerie entfernt und nach München gebracht. Kurz, die Preußen fanden nirgends einen Widerſtand und das ganze Land lag ihnen offen. Nur die Elbbrücken bei Rieſa und Meißen waren unnöthiger Weiſe abgebrochen und wurden ſogleich durch die Preußen wiederhergeſtellt. Herwarth mit der Elbarmee hielt ſchon am 18. Juni in Dresden mit 75000 Mann ſeinen Ein-

zug. Augenzeugen ſchildern den nicht enden wollenden Zug erſt der Reiterei und zwar größtentheils Lanzenreiter, dann des Fußvolks mit glänzenden Helmen und des ſchweren Geſchützes über die Elbbrücke in Dresden als ſchrecklich ſchön und manches Vaterherz zitterte bei dem Gedanken, daß dieſe ſtolzen Kriegermaſſen nach Böhmen zögen, wo die Söhne Sachſens ſtanden. Im übrigen hatten die Preußen gleich beim Einmarſche erklärt, ſie führen nur Krieg mit dem verblendeten König, das Volk ſolle geſchont werden, die Beamten ſollen in ihren Aemtern bleiben. Das Schloß wurde beſetzt, aber hier wie überall das königliche Privateigenthum auf das gewiſſenhafteſte geſchont. Die Disciplin der preußiſchen Truppen war muſterhaft, ihr Verkehr mit den Einwohnern ein durchaus freundlicher. *)

„Zwei vortreffliche Einrichtungen der preußiſchen Armee ſind an jedem bisherigen Haltplatze ſchnell in Thätigkeit geſetzt worden, der Feldtelegraph und die Feldpoſt. Sobald der Ort des Hauptquartiers für die Nacht beſtimmt iſt, bricht die Feldtelegraphen-Diviſion nach der nächſtgelegenen permanenten Telegraphenſtation auf und führt von hier aus einen einzigen Draht an der Seite des kürzeſten Weges nach dem Hauptquartier, und das geſchieht mit ſolcher Schnelligkeit, daß

*) Der Timescorreſpondent berichtete: „Die gutherzigen Soldaten haben keine Schreckniſſe mitgebracht. Sähe man nicht die Säbel und Bajonette im Sonnenlichte blinken, ſo könnte man ſich inmitten des tiefſten Friedens wähnen. Hier helfen die Soldaten den Bauern die Heuernte einbringen, dort ſieht man ſie in den Gärten der kleinen Hütten arbeiten und immer machen ſie ihre Einkäufe gegen baare Bezahlung. Die barfüßigen kleinen Bauernjungen laſſen ſich zu Spazierritten auf die preußiſchen Pferde ſetzen, wenn dieſe zur Tränke geführt werden, oder ſie blicken halb neugierig, halb furchtſam in den Lauf einer gezogenen Kanone nnd nur wenn irgend ein Zug kühner kleiner Buben eine Hand voll Kornblumen in die Mündung einer Kanone zu ſchieben wagt, wird er durch die nur ungern dazu ſchreitende Schildwache aus dem Umkreiſe der Batterie hinweggewieſen.“

in den meiſten Fällen der Stab bei ſeiner Ankunft im Quartier den Telegraphen ſchon fertig findet und durch denſelben ſogleich Befehle verſenden und Berichte empfangen kann. Die Feldpoſt hat ebenfalls ihren Sitz im Hauptquartier, aber auch ein Zweigpoſtamt bei jedem einzelnen Armeecorps. Der ganze Apparat des Feldtelegraphen wird in zwei leichten Wagen geführt. Der eine enthält die Batterien und Nadeln und wird als ein kleines Zimmer benutzt, in welchem der Telegraphiſt arbeitet; im zweiten Wagen befinden ſich die Pfähle und Drähte nebſt den zu ihrer Aufrichtung erforderlichen Werkzeugen. Die Drähte ſind um Drehſcheiben gewunden, welche in den Wagen hineingefaßt ſind, ſo daß der Draht abgewickelt und ausgeſpannt werden kann, während der Wagen im Gange iſt. So bleibt das Hauptquartier jeden Tag in direkter telegraphiſcher Verbindung mit Berlin."

Dieſe leichte Eroberung Sachſens war für Preußen unſchätzbar, denn der Feind war nunmehr aus der Nähe Berlins viel weiter entfernt und Preußen gewann eine zuſammenhängende Operationsbaſis von Oberſchleſien bis nach Thüringen, um ſofort gegen Böhmen operiren zu können. Die Eiſenbahnen kamen ihm dabei außerordentlich zu ſtatten, denn in allen Richtungen längs der Operationslinie vor dem Rieſengebirge und Erzgebirge, durch welche die Päſſe nach Böhmen führen, konnten auch größere preußiſche Truppenmaſſen raſch hin und her geworfen werden. Dadurch wurde es den preußiſchen Feldherrn möglich, wenn Benedek hätte nach Sachſen oder Schleſien vorbrechen wollen, ihm überall hinreichende Streitkräfte entgegenzuwerfen, oder aber, wenn er das nicht wollte und den Angriff der Preußen jenſeits der Berge abwartete, ihn darüber zu täuſchen, wo die Preußen zuerſt durchbrechen und von welcher Seite ſie ihn angreifen würden. In den erſten Tagen konnten der Kronprinz von Preußen, der die erſte Armee in Schleſien verſammelt hatte, und Prinz Friedrich Karl, welcher der Elbarmee nach Sachſen nachgerückt war, die eigentliche Abſicht Benedeks noch nicht kennen,

und durften immerhin noch eines Angriffs auf Schleſien gewärtig ſeyn. Als ſie aber inne wurden, wie wenig Benedek ſich übereile, verſäumten ſie keine Zeit mehr, um ſelber zum Angriff überzugehen. Doch thaten ſie es vorſichtig. Der Kronprinz dehnte ſeine Linie weit nach Oberſchleſien aus, um Benedek auf dieſer Seite feſtzuhalten, während die Elbarmee in Sachſen ſeine Aufmerkſamkeit nach dem Weſten hinlenkte. Benedek wurde in Ungewißheit gelaſſen, von welcher Seite her der Hauptſtoß der Preußen kommen würde. Doch hatte er immer noch den Vortheil der innern Linie. Die preußiſchen Armeen ſtanden auf der äußern Linie viel weiter auseinander, als die nach Oſten und Weſten vertheilten Hälften der öſterreichiſchen Armee, die ſich nach Umſtänden immer ſchnell wieder zuſammenziehen konnten, wenn ihnen der Feind Zeit dazu ließ.

Im preußiſchen Hauptquartier wurde beſchloſſen, Prinz Friedrich Karl und die Elbarmee ſollten von Weſten her drei Tage früher in Böhmen eindringen, als der Kronprinz von Oſten her, theils um dem letzteren Zeit zu laſſen, ſich aus den langen Thälern des Gebirges herauszuwinden, theils um Benedeks Aufmerkſamkeit nach dem Weſten hin zu lenken und dadurch dem Kronprinzen ſein ſchwieriges Vordringen zu erleichtern. Der Plan gelang vortrefflich. Wenn Benedek auch dem Prinzen Friedrich Karl zu wenig Streitkräfte entgegenwarf, ſo ſtellte er doch auch dem Kronprinzen zu wenig entgegen, weil er immer noch beſorgte, noch weiter öſtlich angegriffen zu werden.

Schon aus dem Umſtande, daß Benedek, obgleich Oeſterreich zuerſt gerüſtet hatte, Sachſen nicht deckte und Schleſien nicht friſchweg angriff, glaubten Sachverſtändige ſchließen zu dürfen, es fehle etwas an ſeinem Kriegsplan und derſelbe verheiße Oeſterreich kein Glück. Einen noch ungleich größeren Fehler aber beging er, indem er den Vortheil der inneren Linie nicht benutzte, als die Preußen an verſchiedenen Orten und in drei weit von einander getrennten Colonnen vom Gebirge her in Böhmen eindrangen. Es hätte ihm wohl ge-

lingen können, mit seiner ganzen überlegenen Macht das Heer des Prinzen Friedrich Karl einzeln zu schlagen, bevor demselben das Heer des Kronprinzen hätte zu Hülfe kommen können. Dann würde auch der letztere, wenn sich Benedek mit seiner siegreichen Armee plötzlich auf ihn geworfen hätte, den Stoß kaum haben aushalten können. Man wird bei dem Einmarsch der Preußen in Böhmen unwillkürlich an den verhängnißvollen Feldzug vom Jahr 1796 in Italien erinnert. Damals theilte Wurmser, indem er aus dem Alpengebirge in Italien einfiel, sein Heer. Mit dem größeren Theile ging er selbst voran, die kleinere Hälfte unter Quasdanowich schlug einen andern Weg ein. Bonaparte aber, der vor Mantua stand, fiel blitzschnell mit seiner ganzen Macht erst über den einen, dann über den andern her und schlug beide. Da Benedek im Jahr 1866 mit seiner concentrirten Nordarmee jeder der beiden getrennten preußischen Armeen beinahe doppelt überlegen war, hätte ihm ein ähnlicher Sieg, wie ihn siebenzig Jahre früher Bonaparte erfocht, vielleicht gelingen können. Aber er zafelte seine Armeecorps auseinander und hatte, wo auch die Preußen erschienen, nicht genug Streitkräfte beisammen, völlig der goldnen Regel entgegen, derzufolge es im Kriege nicht sowohl auf die Truppenzahl, die man überhaupt aufbieten kann, ankommt, als darauf, daß man nur am entscheidenden Punkte der Stärkere ist.

Benedek verlegte sein Hauptquartier nach Josephstadt an der obern Elbe zwischen der Grafschaft Glatz und dem Riesengebirge, schickte aber 60,000 Mann unter dem Grafen Clam-Gallas in westlicher Richtung vor, um einen Angriff von dort her in guten Stellungen an dem Flusse Iser aufzuhalten, der sich zwischen Prag und Collin in die Elbe ergießt. Es fiel allgemein auf, daß er die Gebirgspässe nicht vertheidigen ließ. Die Preußen kamen durch enge, leicht zu vertheidigende Felsen- und Waldthäler, ohne einem Feinde zu begegnen. Der Krieg wurde am 23. Juni durch den Prinzen Friedrich Karl und den General Herwarth eröffnet, indem

beide die böhmiſche Grenze überſchritten. Der erſtere über Zittau in der Richtung gegen Reichenberg, der andere auf dem äußerſten rechten Flügel über Schluckenau und Rumburg. Schon am folgenden Tage war Reichenberg, eine bedeutende Fabrikſtadt, von Friedrich Karl beſetzt und wurde die zerſtört gefundene Eiſenbahn ſchnell wieder hergeſtellt. Am 25. ſtieß die Avantgarde Friedrich Karls, die Diviſion Horn, zwiſchen Reichenau und Turnau bei Liebenau zuerſt auf den Feind und zwar auf die Avantgarde des Grafen Clam-Gallas, die Brigade Poſchacher, die man wegen ihrer tapfern Vertheidigung des Königsberges in Schleswig (1864) die „eiſerne Brigade“ nannte. Nach einem fünfſtündigen Geſchützfeuer hieben die preußiſchen Dragoner in das öſterreichiſche Fußvolk ein und die eiſerne Brigade zog ſich nach Podol zurück. Horn ging am folgenden Tage bis zur Iſer vor, beſetzte die Stadt Turnau und griff noch in der Nacht auf den 27. das auf der Nordſeite der Iſer gelegene, von der eiſernen Brigade verbarrikadirte Dorf Podol an. Ein preußiſches Bataillon drang ein. Die Oeſterreicher ſuchten es wieder hinauszuwerfen, aber vergebens. Der Mond ſchien hell, mitten in der Nacht wurde ſtundenlang fortgekämpft, bis die dem erſten zu Hülfe eilenden preußiſchen Bataillone die eiſerne Brigade mit einem ſolchen Kugelregen überſchütteten, daß ſie davon floh, ohne auch nur die Iſerbrücke zu zerſtören, und 500 Gefangene zurück ließ.

Die preußiſche Elbarmee fand die Päſſe des Lauſitzer Gebirges ganz frei und ſtieß erſt nach einem langen Marſche durch das nordweſtliche Böhmen am 27. Juni bei Hühnerwaſſer auf ein paar öſterreichiſche Huſarenregimenter, welche Clam-Gallas ausgeſchickt hatte, um zu recognosciren. Sie wurden zurückgeworfen.

Nunmehr vereinigte ſich die Elbarmee mit der des Prinzen Friedrich Karl und beide drängten gegen Münchengrätz vor, welches Clam-Gallas beſetzt hatte, am 28. Juni. Die preußiſche Diviſion Horn, der die von Franſecky folgte, ging nordöſtlich von Münchengrätz

über die Iſer und ſtieß bei großer Hitze des Tages auf 21 öſterreichiſche Bataillone, die mit zahlreicher Artillerie auf dem iſolirten Berge Muskey aufs vortheilhafteſte aufgeſtellt, die rechte Flanke des Grafen Clam-Gallas deckten. Bei Brzezina entbrannte ein furchtbarer Kampf, aber nach einer ungeheuern Anſtrengung gelang es den beiden preußiſchen Diviſionen, den Berg zu erſtürmen, wozu weſentlich eine kühne Umgehung des Feindes beitrug, welche Oberſt von Zychlinski mit zwei Bataillonen durch enge Felſenſchluchten ausführte. Während dies im Rücken von Münchengrätz geſchah, brach die preußiſche Diviſion Münſter gegen dieſe Stadt auf, griff ſie von vorn an und ſchlug, da die Iſerbrücke zerſtört war, hier eine Pontonbrücke hinüber. Auf dem andern Ufer ſtanden die Sachſen und ſuchten es durch heftiges Feuern zu verhindern. Als nun auch ſüdweſtlich noch weitere preußiſche Truppenkörper über die Iſer ſetzten und Clam-Gallas jetzt ſeine linke Flanke bedroht ſah, wie die rechte, zog er ſich mit einem Verluſt von 500 Todten und Verwundeten und dreimal ſo viel Gefangenen zurück, und überließ Münchengrätz und die ganze Iſerlinie den Preußen.

Die Preußen machten hier verhältnißmäßig viele Gefangene, beſonders Italiener, die keine Luſt zum Kampf hatten. Der Timescorreſpondent erzählt, ihrer 25 hätten ſich einem einzelnen preußiſchen Lieutenant ergeben, und fährt fort: „Die Gefangenen berichten, daß ſie ſeit zwei Tagen nichts zu eſſen hatten, und bitten flehentlich um einen Biſſen Brod. Das öſterreichiſche Commiſſariat ſcheint noch eben ſo demoraliſirt zu ſeyn, wie es im italieniſchen Feldzuge war. Auch die öſterreichiſchen Lazaretheinrichtungen haben viele Mängel. Beim Einmarſche der Preußen wurden hier (in Münchengrätz) 26 Verwundete gefunden, die mit Blut bedeckt, vernachläßigt und unverbunden in einer Hütte auf dem Fußboden lagen, und nach ihrer Ausſage ſeit 48 Stunden keine Nahrung erhalten hatten. Kein Arzt war bei ihnen zurückgeblieben, noch war ihre Lage dem preußiſchen Com-

mando gemeldet worden. Glücklicherweiſe wurden ſie von einem preußiſchen Stabsoffizier zufällig entdeckt. Lazarethbedürfniſſe ſind nur ſpärlich vorhanden, doch wurden preußiſche Militärärzte ſogleich zu den Unglücklichen geſandt und der Magiſtrat von Münchengrätz wurde aufgefordert, Leinwand zum Verbinden ihrer Wunden zu liefern. Es heißt, die Magiſtratsmitglieder haben ſich geweigert, zur Linderung der Leiden ihrer Landsleute die Hand zu bieten, bis endlich Graf Stolberg, ein preußiſcher Küraſſieroffizier, über ihre Barbarei empört, das Schwert gegen den Bürgermeiſter zog und ihn niederzuſtoßen drohte, wenn den Verwundeten nicht ſogleich geholfen würde. Dies wirkte und die erforderlichen Materialien wurden herbeigeſchafft."

Indem die Sieger unausgeſetzt vorrückten und ihnen ihr Proviant nicht ſchnell genug folgen konnte, trat an dieſem und am folgenden Tage Noth an Lebensmitteln ein. Alle Dörfer waren von den Einwohnern verlaſſen, alle Vorräthe waren zerſtört, ſogar die Brunnen verſchüttet, das Vieh in die Wälder geflüchtet. Wo man noch Bewohner entdeckte oder einholte, waren es fanatiſirte Czechen in Todesangſt oder thieriſcher Wuth.

Trotzdem durfte Prinz Friedrich Karl keine Stunde verſäumen, dem Feinde nachzurücken und ſobald als möglich ſeine Armee mit der des Kronprinzen, die ihm von Oſten her entgegen kam, zu vereinigen. Clam-Gallas hatte am 29. Juni eine ſehr ſtarke Stellung bei Gitſchin eingenommen. Bekanntlich liegt in dieſer Stadt der berühmte Wallenſtein begraben. Benedek hatte Clam-Gallas verſprochen, das 3. öſterreichiſche Armeecorps ihm dahin zu Hülfe zu ſchicken, gab aber Gegenbefehl, da er das Corps im Oſten brauchte, und nun hätte Clam-Gallas der preußiſchen Uebermacht weichen ſollen, blieb aber ſtehen. An dieſem Tage ſchickte Prinz Friedrich Karl die Diviſionen Werder und Tümpling voran, die ſchon in der Nacht bei Podkos ein blutiges Gefecht beſtanden, aber erſt am 29. Nachmittags um 3 Uhr

den Feind bei Gitſchin angriffen. Clam-Gallas hatte alle ſeine Truppen und auch ſeine Reſerve, die halbe ſächſiſche Armee hier vereinigt, und ſchickte Truppen vor, die aber nach hartnäckigem Kampfe überall von den Preußen zurückgedrängt wurden. Da ihn die Preußen nun auch hier wieder, wie den Tag vorher bei Münchengrätz, in der rechten Flanke umgingen, zog er ſich hinter Gitſchin zurück und ließ nur die Sachſen in der Stadt. Die Nacht war ſchon herein gebrochen, die Preußen ruhten aber nicht. Um Mitternacht drang ein Theil der Diviſion Werder in die Stadt ein, wurde aber in der Dunkelheit nicht nur von den Sachſen, ſondern auch von vielen Bürgern mit einem mörderiſchen Feuer begrüßt. Die Sachſen machten hier ihrem ganzen Preußenhaſſe Luft, indem ſie die Hornſignale der Preußen nachahmten, und dadurch im Finſtern die Preußen täuſchten, daß ſie die Sachſen für ihre Kameraden hielten und dagegen auf ihre eignen Leute ſchoßen. Als indeß noch mehr Preußen eingedrungen waren, mußten die Sachſen flüchten und den Oeſterreichern nacheilen. In dieſem blutigen Kampf verloren die Preußen 2000 Mann an Todten und Verwundeten. Die Oeſterreicher verloren wenigſtens eben ſo viel und dazu noch 2000 Gefangene. Es kam an dieſem Tage vor, daß 5 preußiſche Huſaren vom berühmten Ziethen'ſchen Regiment 350 Gefangene machten, was ſich nur aus der großen Ermüdung und Entmuthigung des öſterreichiſchen Fußvolks erklären läßt. Man bemerkte damals ſchon, daß die öſterreichiſchen Truppen, trotz ihrer bekannten Bravour, durch die überraſchende Schnelligkeit der Preußen nicht nur im Schießen mit den Zündnadelgewehren,*) ſondern auch

*) Der engliſche Timescorreſpondent im öſterreichiſchen Lager bemerkte über die Zündnadelgewehre, deren Zerſtörungen er in der öſterreichiſchen Armee kennen lernte: „dieſe Waffe ſcheint zu verwunden, nicht aber zu tödten. Das Wurfgeſchoß iſt ſo klein, daß die von ihm hervorgebrachte Wunde, wenn ſie nicht in ein edles Lebensorgan geht, weniger gefährlich iſt, als die

im Manövriren, im Umgehen der Flanken, im Erstürmen der Höhen ꝛc., verblüfft und wie betäubt wurden.

Clam-Gallas*) zog sich südöstlich nach Miletin und Horzitz zurück und war nicht mehr im Stande, die Vereinigung der ihm gegenübergestandenen Armee des Prinzen Friedrich Karl mit der des Kronprinzen von Preußen zu verhindern. Er hätte diese Aufgabe nur zu lösen vermocht, wenn er über doppelt so viel Streitkräfte zu befehlen gehabt hätte, als ihm übergeben waren, oder wenn ihm von Bayern aus Hülfe gekommen wäre.

Wir gehen nun zur Armee des Kronprinzen von Preußen über, die in ihrem östlichen Vorrücken nicht weniger rasche und glänzende Siege erfocht, wie die Armee des Prinzen Friedrich Karl und die Elbarmee im Westen. Doch standen ihr größere Streitkräfte

---

Kugel der Oesterreicher. Es streift einen Knochen, ohne ihn zu zerschmettern. In einigen Gefechten hatten die Oesterreicher nur einen Todten auf sechs Verwundete." Gleichwohl waren es der Verwundeten sehr viele und sie wurden wenigstens für die nächste Zeit außer Gefecht gesetzt, wenn auch bei Leben erhalten.

*) Dem Nürnberger Correspondenten wurde aus Prag vom 6. Juli geschrieben: „Täglich treffen versprengte Soldaten ein, deren Erzählungen haarsträubend sind und, wenn auch nur zur Hälfte wahr, die Wuth der Soldaten über ihre Führer sehr wohl erklären. Clam-Gallas mußte besonders in den Gefechten bei Gitschin ganz unsinnige Dispositionen getroffen haben. Daß seine Soldaten seit drei Tagen nichts gegessen hatten, habe ich schon erwähnt; neu ist, daß die meisten ohne Patronen zur Schlachtbank geführt wurden und ohne weiteres Commando, als das: hier oder dort zu bleiben, ausharren mußten, bis der Feind ganze Reihen in aller Ruhe niedergeschossen hatte. Das Regiment Khevenhüller wurde in einen Sumpf dirigirt, in welchem es bis auf Wenige wehr- und hülflos niedergeschossen wurde. Das achtzehnte Jägerbataillon schoß mehrere Stunden lang auf das Regiment König von Preußen, bis es bei Tagesanbruch den Irrthum gewahr wurde. Ein Theil des Regiments Gyulai gerieth in einen Teich ꝛc."

der Oeſterreicher gegenüber, als ſie Clam-Gallas den Armeen im Weſten entgegengeführt hatte.

Indem der Kronprinz nach Böhmen abzog, hinterließ er in Oberſchleſien nur zwei kleine Corps von wenigen Bataillonen, das eine unter General von Knobelsdorf bei Ratibor, das andere unter General Graf Stolberg bei Nikolai. Sie reichten hin, um einen etwaigen Einbruch der Oeſterreicher von Galizien her zu hemmen. Man hatte früher glauben gemacht, die Oeſterreicher ſtünden in großer Zahl in Galizien und würden von dort aus den Hauptangriff Benedeks auf Schleſien unterſtützen. Es befanden ſich indeß in Galizien nur wenige Truppen zum Schutze Krakaus. Um jedoch jede Art von Zuzug aus Galizien nach Böhmen zu erſchweren, griff Stolberg Oswieczin an, durch welches die Eiſenbahn führt. Sein Angriff war durch einen Schneider aus Nikolai den Oeſterreichern verrathen worden, die nun, in den Bahngebäuden verſteckt, ein mörderiſches Feuer auf die Preußen richteten, am 27. Juni. Gleichwohl wurden ſie bald hinaus geworfen und die Eiſenbahn zerſtört, die Verbindung zwiſchen Galizien und der öſterreichiſchen Hauptarmee dadurch unterbrochen.

Um Benedek zu täuſchen und glauben zu machen, er werde ihn weiter öſtlich angreifen, ſchickte der Kronprinz am 22. Juni zwei Diviſionen von Neiſſe aus in der Richtung gegen Olmütz hinter der Grafſchaft Glatz in das öſterreichiſche Schleſien hinein über Friedberg, Freiwalde und Zuckmantel, und ließ ausſprengen, ſie ſeyen nur die Vorhut der großen ſchleſiſchen Armee. Obgleich das Land ſehr gebirgig iſt, fanden ſie doch den Weg nicht verſperrt und ſtießen erſt ſüdlich der Berge auf öſterreichiſche Huſaren, mit denen ſie kleine Gefechte hatten. Der Zweck des Kronprinzen wurde aber vollſtändig erreicht, denn Benedek glaubte wirklich, der preußiſche Hauptangriff könne von dieſer Seite kommen, ließ hier einen zu großen Theil ſeiner Truppen ſtehen und hatte nur vier Armeecorps bereit, um dem Kron-

prinzen entgegen zu treten, als dieſer viel weiter weſtlich, nämlich auf der andern Seite der Grafſchaft Glatz mit ſeiner Hauptmacht in Böhmen einfiel. Dies geſchah in drei Colonnen am 27. Juni und zwar in der Richtung von Lewin nach Nachod, von Wünſchelburg nach Tuntſchen (hier im Centrum marſchirte die Garde) und von Liebau nach Trautenau.

Die erſte Colonne führte der ſiebenzigjährige General von Steinmetz an der Spitze des 5. Armeecorps. Er hatte die ſchwierigſte Aufgabe, indem er erſtens lange und enge Gebirgsthäler durchziehen mußte, die der Feind ſehr wirkſam hätte vertheidigen können. Gelang es ihm, dieſelben offen zu finden, ſo konnte er doch beim Austritt aus dem Gebirge nur einen Truppentheil nach dem andern hinausſchieben, die der Feind mit weit überlegenen Streitkräften einzeln zu überwältigen vermochte. Indeß kam es ihm zu ſtatten, daß der Feind erſtens die Defiléen wirklich offen ließ und ihm auch beim Austritt aus dem Gebirge keine Uebermacht entgegen warf.

Steinmetz ſchickte ſeine Vorhut unter dem General-Major von Löwenfeldt in das Defilé von Nachod, aus dem am 26. Juni Abends die wenigen hier ſtehenden Oeſterreicher vertrieben wurden. Am folgenden Tage jedoch, als die Vorhut weiter gegen Skalitz vorging, ſtieß ſie auf große Maſſen der Oeſterreicher, die Vorhut des Armeecorps des Feldmarſchall-Lieutenant von Ramming, und mußte zurückweichen. Bald aber erhielt ſie Unterſtützung durch preußiſche Reiter unter General v. Wnuck, der die öſterreichiſche Reiterei ſiegreich zurückſchlug und dabei verwundet wurde, und durch Artillerie. Von beiden Seiten rückten Truppen nach, bis jeder Theil etwa zwanzig Bataillone ſtark war, und nun entbrannte die Schlacht, welche mit dem Rückzug der Oeſterreicher endete. Hier bewährte ſich die Wirkſamkeit der preußiſchen Zündnadelgewehre und Gußſtahlkanonen auf eine für die Gegner ſchreckliche Weiſe. Auch preußiſche Uhlanen und Dragoner ſiegten über öſterreichiſche Küraſſiere, ſo daß ſich die Preußen

in allen Waffengattungen überlegen zeigten. Der preußiſche Verluſt betrug nur 600 Mann. Die Oeſterreicher verloren 4000 Mann, darunter 2000 Gefangene. Man bemerkte, die letzteren ſeyen luſtig und fidel geweſen und hätten große Freude darüber geäußert, daß ſie endlich im preußiſchen Lager wieder warme Koſt bekamen, welche ſie lange entbehrt hatten. Die öſterreichiſche Armeeverwaltung erwies ſich jetzt wieder ſo ſchlecht, wie 1859. Häufig ritten ungariſche Huſaren über die ſchleſiſche Grenze, und meldeten ſich als Deſerteure, nur um den Hunger ſtillen zu können.

Am 28. verfolgte Steinmetz die Oeſterreicher auf der Straße nach Skalitz. Hier ſtand ihm ein neues öſterreichiſches Armeecorps unter Erzherzog Leopold nebſt drei Brigaden des Armeecorps vom Grafen Feſtetics entgegen in einer durch Wald gedeckten Stellung, und gaben von den Höhen von Skalitz aus ein furchtbares Feuer auf die Preußen, bis die letzteren ihre Batterien erſtürmten und ſie zum Rückzug zwangen. Bei dem Sturm zeichnete ſich beſonders das 47. preußiſche Infanterieregiment nebſt den Königsgrenadieren aus, desgleichen das 6. Grenadierregiment, deſſen Chef zufällig derſelbe Erzherzog war, gegen den es an dieſem Tage ſo heldenmüthig kämpfte. Skalitz wurde genommen, die Oeſterreicher abermals zurückgeſchlagen. Man bemerkte am Abend bei den preußiſchen Truppen mitten unter den Schreckniſſen des Schlachtfelds eine unermeßliche Freude und lauten Jubel. Man lagerte mitten unter Todten und Verwundeten, tröſtete und erquickte die letzteren und trug ſie in die Lazarethe unter Scherz und lauter Fröhlichkeit. An einer Stelle, wo ein Thor durch den Eiſenbahndamm führt, lagen eine Maſſe öſterreichiſcher Reiter und Pferde todt, die hier zu ſpät den Durchgang geſucht hatten. Man erfuhr, der Erzherzog, der hier wieder 4000 Gefangene verlor, habe nicht ganz nach Benedeks Befehl gehandelt, ſofern er die Preußen in einen Hinterhalt hätte locken ſollen. Dem ſey wie ihm wolle, ſo fehlte in den Operationen der Oeſterreicher jedenfalls der Zuſammen-

hang. Da Benedek der Armee des Prinzen Friedrich Karl nur 60,000 Mann entgegengeſchickt hatte, war das Gros der Armee, das er ſelbſt befehligte, der Armee des preußiſchen Kronprinzen weit überlegen und mit dieſer ganzen Macht hätte er Steinmetz erdrücken müſſen, ſtatt ihm nur vereinzelte Armeecorps entgegenzuſchicken. Leopold widerſtand am 29. noch einmal bei Jaromirz, da ihm das Armeecorps des Grafen Feſtetics zu Hülfe kam, doch zog ſich auch dieſer nach einem kurzen Artilleriekampf wieder zurück.

Die zweite Abtheilung der ſchleſiſchen Armee unter General von Bonin ſchickte ihre Vorhut am 27. Juni in die böhmiſche Stadt Trautenau, wo ſie freundlich empfangen wurde. Doctor Roth, Bürgermeiſter der Stadt und Reichstagsabgeordneter, gab die beruhigendſten Verſicherungen. Als aber die preußiſche Reiterei (lithauiſche Dragoner) hinter Trautenau auf öſterreichiſche Reiterei geſtoßen war, entfaltete Feldmarſchall-Lieutenant von Gablenz ſo überlegene Streitkräfte der Oeſterreicher, daß die Truppen Bonins nach Trautenau und noch weiter zurückweichen mußten. Diesmal wurde aus den Häuſern der Stadt von den Bürgern auf die Preußen geſchoſſen und ſiedendes Waſſer und Oel auf ſie herabgegoſſen.

Das beſonders marſchirende preußiſche Gardecorps unter Prinz Auguſt von Württemberg zog am 26. Juni über Braunau in Böhmen ein, hörte am 27. den Kanonendonner ſowohl von Skalitz als von Trautenau her, ſtellte die Verbindung zwiſchen Steinmetz und Bonin her und wandte ſich, nachdem der Sieg des erſtern bei Skalitz entſchieden war, raſch gegen Weſten, um dem bedrängten Bonin beizuſtehen. Die erſten Colonnen der Garde überraſchten die Oeſterreicher, die nichts von ihrer Ankunft geahnt hatten. Obgleich nun Gablenz am 28. Juni mit 25,000 Mann Trautenau noch lange feſtzuhalten und ſich zugleich bei Burgersdorf und Soor (wo ſchon einmal Friedrich der Große die Oeſterreicher geſchlagen hatte), der Garde zu erwehren ſuchte, wurde er doch auf beiden Seiten zurück-

geſchlagen und verlor 8000 Mann. Die öſterreichiſchen Regimenter zeigten hier große Tapferkeit, wurden aber, wenn ſie anſtürmten, durch die Spitzkugeln der Zündnadelgewehre reihenweiſe niedergemäht, ehe ſie dem Feind an den Leib kommen konnten. Der treuloſe Bürgermeiſter von Trautenau wurde von den Preußen gefangen abgeführt.

Die Garde richtete am 29. ihren Marſch nach Königinhof und drang durch dieſe von den Einwohnern faſt ganz verlaſſene Stadt ſo blitzſchnell bis zur Elbbrücke durch, daß ſie dieſelbe abſperrte und alle zurückgebliebenen Oeſterreicher ſich gefangen geben mußten. Hier reichten ſich die Garde und Steinmetz die Hand und die Oeſterreicher zogen ſich unter die Kanonen der Feſtung Joſephſtadt zurück.

Wir haben vorhin ſchon berichtet, daß dem Aufmarſch der öſterreichiſchen Truppen in Böhmen in einigen Gegenden dieſes Landes Volkstumulte vorhergingen, welche gegen die Juden und Deutſchen gerichtet waren. Dieſelben mußten ſogar zum Vorwand dienen, um die Rüſtungen gegen Preußen zu maskiren. Man ſagte, die Truppen würden nur zuſammengezogen, um jene Tumulte niederzuhalten. Aber nicht lange vorher waren auch deutſche Lehrer auf der Univerſität Prag inſultirt worden und hatte der böhmiſche Landtag Univerſität und Schulen zu czechiſiren unternommen. Alle dieſe Aufreizungen der Czechen gegen die Deutſchen ſollten nun auch nutzbar gemacht werden im Kriege. Oeſterreich ſchrieb zwar Deutſchlands Einheit, Deutſchlands Recht auf ſeinen Schild, indem es im Namen des deutſchen Bundes das rebelliſche Preußen beſtrafen wollte. Dieſer zärtliche Enthuſiasmus für Deutſchland hinderte es aber nicht, den ſlaviſchen Racenhaß gegen die Preußen in ihrer Eigenſchaft als Deutſche aufzurufen und ins Feld zu führen.

Miniſter Graf Belcredi, der den Czechen bereits ſo entſchieden das Uebergewicht über die Deutſchböhmen verliehen hatte, that auch alles, um im Kriege den Racenhaß walten zu laſſen. Von ihm ging nämlich der Befehl aus, daß in Böhmen alle politiſchen Beamten ſich

unmittelbar vor dem Einrücken der Preußen entfernen ſollten. Der Miniſter wollte damit verhindern, daß die Beamten vom Feinde benutzt würden, um die dem Lande aufgelegten Contributionen bequemer einzuziehen. Der Erfolg aber bewies, daß die Abweſenheit der Beamten dem Lande die Tragung der Laſten nur erſchwerte und große Ungerechtigkeiten herbeiführte, indem die Laſt nur die traf, die unmittelbar in den Bereich des Feindes kamen, und nicht gleichmäßig vertheilt werden konnte. Die vorgegebene Abſicht verfehlte alſo ihr Ziel, war aber auch nicht die eigentliche Abſicht. Dieſe konnte nämlich keine andere ſeyn, als das von ſeinen Beamten verlaſſene und nicht mehr in Ordnung gehaltene Volk in Wuth und Verzweiflung zu bringen. In der That verübte das durch Schuld der Regierung uncivilisirt und verwildert gebliebene czechiſche Landvolk nicht ſelten an verwundeten und wehrloſen Preußen die ärgſten Grauſamkeiten, wobei ſich beſonders die Weiber ſollen hervorgethan haben. Indeſſen ging nach den großen Siegen der Preußen die Volkswuth in Volksangſt über. Auch erkannte das Volk wohl, daß man es nicht gut mit ihm gemeint hatte, als man ſeiner gewohnten Obrigkeit zuerſt davonzulaufen befahl. Man las in den Blättern, das Volk ſey mißtrauiſch geworden und habe ſich geäußert: Haben wir uns in der Nothzeit ohne Beamten behelfen müſſen, ſo brauchen wir auch nachher keine mehr.

Erſt gegen Ende Juli wurde ein wahrſcheinlich ſchon früher verfaßter und vom k. k. Hauptmann Alfred von Vivenot unterzeichneter Aufruf bekannt, worin er im Namen des Kaiſers einen Landſturm in Mähren, Schleſien und Böhmen zu organiſiren antrieb. Jeder, der nur ein Gewehr tragen, oder auch nur eine Senſe, einen Dreſchflegel zu brauchen wiſſe, ſolle dem Feind in den Rücken fallen. „Der Feind zittere vor eurer Rache!“ Der Aufruf wurde in ſchleſiſchen Blättern und in der Kreuzzeitung Nr. 178 abgedruckt. Alfred von Vivenot aber iſt der Verfaſſer eines Lebens des Herzog Albrecht von Sachſen-Teſchen, welches zu Anfang des Jahres 1866 in Wien erſchien, zu

dem einzigen Zweck, die preußiſche Politik am Ende des vorigen Jahrhunderts zu verleumden und durch gänzliche Entſtellung der geſchichtlichen Wahrheit den Haß gegen Preußen zu ſchüren. Der Aufruf dieſes grimmigen Preußenfeindes fand bei den Bevölkerungen, an die er gerichtet war, keinen Anklang.

Der im öſterreichiſchen Hauptquartier artig aufgenommene engliſche Correſpondent, welcher die erwarteten Siege Benedeks immer auf's ſchnellſte und genaueſte der Times melden ſollte, fand ſchon nach dem Gefecht von Skalitz die böhmiſche Bevölkerung, wenn auch noch mitten unter Benedeks ſich endlich concentrirenden Armeecorps, doch ſchon in tödlicher Angſt vor den Preußen. Er ſchrieb: „Der Truppenmarſch der Oeſterreicher hört noch immer nicht auf. Trotz der frühen Stunde waren die Leute in den Dörfern ſchon auf und ſammelten ſich an der Landſtraße. Schrecken lag auf jedem Geſichte, während ſie die Soldaten durch Spenden von Trinkwaſſer freundlich zu ſtimmen ſuchten. Viele baten uns, ihnen zu rathen, wohin ſie flüchten ſollten? Die Preußen, die Preußen! hörte man, wie ihnen ausweichen? dieſen ſchrecklichen Feinden, die alles plündern und niederbrennen, wie man dem armen Volke überall weiß gemacht hatte. Der Kummer der Weiber war erſchütternd und die Kinder ſtimmten in das Jammergeſchrei ein, das uns aus jeder ärmlichen Hütte entgegentönte. Nicht minder bedauernswerth war es, überall auf den Feldern das Getreide in voller Reife zu ſehen, ohne daß man es abmähte. Hier wuchs Nahrung genug, während die Soldaten hungerten und ich ſelbſt ſeit 2 Uhr des vorigen Tages nichts zu eſſen gefunden hatte.“ Wenige Tage ſpäter konnte man an den niedergetretenen Kornfeldern in meilenweiter Erſtreckung erkennen, welchen Weg die Oeſterreicher auf ihrem Rückzug eingeſchlagen hatten. An jenem Tage beobachtete der engliſche Correſpondent unter dem Schatten eines Baumes, wie die zahlloſen Bataillone der Oeſterreicher vorbeimarſchirten, die ſich bei Sadowa concentriren ſollten. Sie zogen mit klingendem Spiele

vorüber, viele durch die Hitze und ihr ſchweres Gepäck erſchöpft, doch gab keiner der Ermüdung nach, ſo lange er ſich noch aufrecht erhalten konnte. *)

Benedek konnte die von zwei Seiten her ſiegreich vorgedrungenen Preußen nicht mehr von einander getrennt halten, die Vereinigung ſämmtlicher preußiſcher Armeen, der des Kronprinzen, des Prinzen Friedrich Karl und der Elbarmee nicht mehr verhindern und mußte bis zur Feſtung Königgrätz zurückgehen, um hier erſt ſeine allzu ſehr zerſtreuten Corps zu concentriren und in einer feſten Stellung auf Bergen hinter zahlreichen Batterien die Preußen zu erwarten, wie einſt in einer ähnlichen Stellung nicht weit davon Feldmarſchall Daun bei Collin den großen Friedrich erwartet und zurückgeſchlagen hatte.

Die Breslauer Zeitung brachte einen einläßlichen Artikel über den Plan, den ſich der öſterreichiſche Oberfeldherr ausgedacht hatte. Dieſer Plan wird gelobt und nur ſeine unvollkommene Ausführung getadelt. Es heißt darin: „Das Quellgebiet der Iſer und Elbe, in dem Friedrich der Große die aus dem ſiebenjährigen Kriege berühmte Stellung von Arnau an der Elbe über Turnau nach Münchengrätz an der Iſer einnahm, bildet die natürliche Vormauer der öſterreichiſchen Hauptſtellung in Böhmen. Alle aus dem Königreich Sachſen öſtlich von der Elbe, aus der Oberlauſitz und aus Schleſien bis nach Reinerz zu in Böhmen mündende, alſo von einem 24 Meilen langen Halbkreiſe ausgehende Straßen treffen auf das Quellgebiet oder werden von demſelben beherrſcht, während die Eiſenbahn von Joſephſtadt zur obern Iſer nicht nur die einzelnen Subjecte der öſterreichiſchen Operationsbaſis verbindet, ſondern auch durch den Strang von Prag nach

*) Mitten unter den Truppen bemerkte der Correſpondent große Hunde, deren Dienſt darin beſtand, die Pauken der Regimentsmuſik auf einem Räderwerk hinter ſich her zu ziehen, während der Paukenſchläger hinterdrein ging und eifervoll paukte.

Turnau das Centrum der Stellung mit dem Centrum der Provinz verbindet. Die öſterreichiſche Stellung war demnach nicht nur eine ſehr wichtige, ſondern auch eine ſehr ſtarke. Sie bot einem kühnen, ſchlagfertigen Feldherrn Gelegenheit, die Corps der drei vormarſchirenden preußiſchen Armeen einzeln mit Uebermacht anzufallen. Das iſt nicht geſchehen, vielmehr war, während die preußiſchen Offenſivbewegungen in einander paßten, die öſterreichiſche Defenſive zerfahren und matt." Das war der Hauptfehler, den Benedek begangen hat.

Der Artikel fährt weiter fort: „General von Steinmetz hat die ſchwierigſte Aufgabe gehabt, indem er durch ein langes Defilé marſchiren mußte und grade hier Benedek auf ſeinem rechten Flügel die meiſten Streitkräfte beiſammen hatte, während der linke Flügel unter Clam-Gallas zu ſchwach war. Unverkennbar war es Benedeks Abſicht, den einzelnen Colonnen des Kronprinzen das Heraustreten aus dem Gebirge zu verwehren und ſie in die Thäler zurückzudrängen. Mit nachrückenden ſchwachen Abtheilungen wollte er dann die Päſſe vorläufig ſperren und dadurch Zeit gewinnen, mit ſeiner geſammelten Hauptmacht den von Norden anrückenden Armeen des Prinzen Friedrich Karl und Herwarths entgegen zu treten und dieſe (womöglich einzeln) mit großer Uebermacht zu ſchlagen. Dieſem Plane gemäß ſetzte er dem Vorrücken der von Norden kommenden Armeen vorläufig keinen oder nur unbedeutenden Widerſtand entgegen. Dieſer an ſich richtige Plan des Strategen ſcheiterte, wie ſo mancher, an der taktiſchen Durchführung. Das heldenmüthige Vordringen der Colonnen des Kronprinzen öffnete die Defiléen; unſere Truppen gewannen an den Ausgängen Terrain und Benedek ſah ſich genöthigt, ſchon hier große Maſſen ins Gefecht zu führen, alſo ſeine Hauptmacht aus der Hand zu geben. Da der Kronprinz ſiegreich vorrückte, ſeine Corps unausgeſetzt Fühlung am Feinde behielten, war es um Benedeks Plan vollſtändig geſchehen. Prinz Friedrich Karl und Herwarth nutzten die

Tage der Kämpfe von Nachod und Trautenau, rückten gleichfalls siegreich vor und bewerkstelligten ihre Vereinigung."

Als die ersten Siegesnachrichten aus Böhmen am 27. Juni in Berlin anlangten, brauste diese Stadt in freudiger Bewegung auf. Große Volkshaufen versammelten sich vor dem Palais des Königs. Eine Deputation trat ein, ihn zu beglückwünschen, während draußen „Eine feste Burg ist unser Gott" gesungen wurde. Der König antwortete, man solle sich durch den ersten Erfolg nicht zu sehr hinreißen lassen, schwere Opfer stünden noch bevor, ehe Deutschland, wenn auch nicht ein einziges, doch ein einiges werden könne. Doch er baue auf die Tapferkeit seines Heeres und auf die Treue seines Volks. Dann trat er auf den Balkon hinaus und redete zu der unübersehlichen Volksmenge, die mit entblößten Häuptern in tiefer Stille ihm zuhörte, Worte des Muthes, mahnte zum Ausharren und ließ die Armee hoch leben. Das Volk antwortete mit einem dreimaligen donnernden Lebehoch auf den König. Dann wälzte sich die Menge vor das Hotel des Grafen Bismarck, der kurz vorher Mühe gehabt hatte, zu verhüten, daß ihm das Volk auf der Straße nicht die Pferde ausgespannt und ihn selbst im Triumph gezogen hatte, und brachte auch ihm ein lautes Hoch aus. Bismarck trat hervor und erklärte mit kräftiger Stimme dem Volke: „nicht ihm, sondern allein dem König und dem Heere gebühre die Ehre und" — in diesem Augenblicke unterbrachen ihn gewaltige Donnerschläge eines Gewitters, dann fuhr er fort — „und der Himmel schießt seinen Salut dazu."

Ein elektrischer Strom der Freude ging durch die Herzen und verscheuchte einen großen Theil des vom Abgeordnetenhause aus so lange vergifteten Hasses gegen die Regierung. Der König selbst aber eilte schon am 30. Juni, vom Grafen Bismarck und vom Kriegsminister von Roon begleitet, nach Böhmen in das Lager seiner tapfern Krieger.

Schon am 1. Juli war er im Schloß Sichrof bei Turnau an-

gekommen und ſein erſter Dank galt dem General Steinmetz, der das Schwierigſte raſch vollbracht hatte und dem er am gleichen Tage ſchrieb: „Die viertägigen Siege, welche Sie, Herr General, mit Ihrem tapfern Armeecorps erfochten haben, erweiſen ſich von ſolcher Wichtigkeit und Entſchiedenheit für die Operationen der geſammten Armee, zugleich aber von ſolchem Umfang am 27. und 28., daß ſie einer ſelbſtändig gelieferten zweitägigen Schlacht gleichkommen, ſo daß ich Ihnen für Ihre ausgezeichnete Führung und Leitung derſelben meine königliche Anerkennung im höchſten und vollſten Maaße hiermit ausſprechen muß. Sie haben die Ehre, die ſchwierigen Operationen größtentheils gelingen zu machen, die ich der ganzen Armee geſtellt hatte.“ Der König verlieh ihm zum Dank den ſchwarzen Adlerorden, den höchſten in Preußen, und ſchloß das Schreiben: „Ich bin ſtolz darauf, dieſe höchſte Auszeichnung zum erſtenmal ſeit meinem hochſeligen Vater, wie er dies im Befreiungskriege vermochte, für hohe Auszeichnung vor dem Feinde verleihen zu können.“

Zehntes Buch.

Die Schlacht bei Königgrätz.

Am 2. Juli ſtanden die drei preußiſchen Armeen noch in einer Linie von vier Meilen auseinander, während Benedek ſeine Truppen in einer nur halb ſo langen Linie bei Königgrätz concentrirt hatte. Es war ihm alſo noch möglich, die preußiſche Stellung in der Mitte zu durchbrechen, und man glaubte im preußiſchen Lager, daß er es verſuchen würde. In der Nacht auf den 3. Juli erhielt der König von Preußen zuverläſſige Nachricht, daß ſich ihm Benedek mit allen ſeinen Streitkräften entgegen ſtelle. Der König befahl alſo augenblicklich, noch in der Nacht ſollten alle ſeine Corps concentriſch vorgehen, um einander in der Schlacht die Hände zu reichen und den Feind aufzuhalten, wo er auch vordringe. Wie bisher bildete die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld den rechten Flügel und bewegte ſich gegen Nechanitz. Die Armee des Prinzen Friedrich Karl, bei welcher der König weilte, bildete das Centrum und bewegte ſich

gegen Sadowa. Die Armee des Kronprinzen bildete wie früher den linken Flügel und war, von Königinhof kommend, noch am weiteſten entfernt, ſo daß ſie erſt Nachmittags ankommen und in die Schlacht eingreifen konnte.

Benedek ließ am Morgen des 3. Juli, ehe noch die Schlacht begonnen hatte, ſeinen Generalſtabschef von Henikſtein, den Grafen Clam-Gallas und General Krismanic verhaften, weil ſie ihre Schuldigkeit nicht gethan, und machte den General Baumgarten zum Chef des Generalſtabs, einen Mann, deſſen Fähigkeit nicht hoch gerühmt wurde und der jedenfalls zu plötzlich und in dem kritiſcheſten Moment unvorbereitet ins Amt eintrat.

Der öſterreichiſche Oberfeldherr dachte nicht an einen Offenſivſtoß, den Verſuch, ſich zwiſchen die preußiſche Armee zu werfen, wie man preußiſcherſeits befürchtete. Er ahmte vielmehr das Verfahren des Feldmarſchall Daun im ſiebenjährigen Kriege nach und nahm, wie dieſer bei Collin, ſo er vor Königgrätz, auf den waldigen Höhen von Chlum, denen die ſumpfigen Thäler der beiden Flüßchen Biſtriz (weſtlich) und Trotina (öſtlich) vorlagen, eine ſo ſtarke Stellung ein, daß er hoffte, die Preußen würden ſie eben ſo wenig einnehmen, als ſie einſt trotz des Genies Friedrichs des Großen die Stellung von Collin zu forciren vermocht hatten. Die Oeſterreicher hatten hier ihre ganze Nordarmee beiſammen, 600 gezogene Geſchütze waren ſtaffelförmig hinter und über einander aufgeſtellt und an allen wichtigen Punkten war die Waldung, die zwiſchen Feldern und Dörfern das ganze anſteigende Terrain bedeckte, der Art wegraſirt, daß ſie den heranrückenden Preußen keinen Schutz gewähren konnte, ſondern dieſelben dem wohlgezielten Feuer bloßſtellte. Die ganze Stellung Benedeks glich einem engen Halbkreiſe auf den Höhen rings um Chlum, dem höchſten Punkte, hinter welchem dann noch die Reſerve aufgeſtellt war. In dieſer vortrefflichen Verfaſſung konnte Benedek hoffen, den heranſtürmenden Feind mit ungeheurem Verluſt zum Rück-

zuge zu nöthigen, indeß ſeine eignen Truppen in mehr gedeckter Stellung weniger zu leiden haben würden. Allein, wenn ſeine Hoffnung durch die Tapferkeit der Preußen und namentlich durch einen Angriff in Flanke und Rücken getäuſcht werden ſollte, wenn er geſchlagen wurde, hatte er die Elbe auf nur wenigen Brücken zu überſchreiten, der Rückzug mußte ſich alſo ſtopfen und die Zerrüttung der geſchlagnen Armee vergrößern. Auch wunderte man ſich mit Recht, warum Benedek die Flußübergänge über die Biſtriz, die vorliegenden Dörfer und das ſumpfige Thal der Trotina nicht befeſtigt hatte, um den Preußen das Vordringen zu erſchweren.

Die Nacht vor der Schlacht war dunkel und ſtark bewölkt. Am frühen Morgen fing es an zu regnen und regnete bis Nachmittag fort. Die Wege wurden dadurch erweicht. In den reifen Kornfeldern, durch die ſich die Truppen nur mühſam hindurch arbeiteten, verſanken die Räder der Kanonen bis an die Achſe. Durch dieſes Hinderniß wurde beſonders die Armee des Kronprinzen, die den weiteſten Weg von Königinhof her durchmeſſen mußte, aufgehalten und ſtrengte ſich unſäglich an, um noch zur rechten Zeit zur Schlacht zu kommen, mit demſelben Feuereifer und mit derſelben zähen Ausdauer, wie einſt die Truppen Blüchers von Wavre aus durch den tiefſten Koth den bei Waterloo bedrängten Engländern zu Hülfe geeilt waren.

Die Hauptmomente der großen Schlacht waren folgende. Um 8 Uhr Morgens kam die Vorhut des preußiſchen Centrums nahe an der Biſtritz vor dem Dorfe Sadowa ins erſte Feuer. Die Preußen zogen je mehr und mehr Batterien vor und eine Zeit lang war blos von beiden Seiten die Artillerie mit ihren Kanonen thätig. Unter dem Schutz der Batterien gingen ſodann vom preußiſchen Centrum aus zwei Diviſionen Fußvolk, die eine unter General Horn gegen Sadowa, die andere unter General Franſecky weiter öſtlich gegen das Dorf Benatek vor. Die Oeſterreicher vertheidigten die Dörfer, die wenigen Brücken und die dahinterliegenden Wälder mit der größten

Tapferkeit und ihre Batterien hatten den Vortheil der Stellung, ſo daß ihr Feuer den Preußen, je näher dieſelben herankamen, um ſo furchtbarer wurde. Trotz allen Verluſten gewannen die Preußen Terrain, aber nach 4—5 Stunden langem Kampfe hatten ſie doch erſt nur das Thal und einige Waldungen beſetzt, nur einige der nächſten öſterreichiſchen Batterien zum Schweigen gebracht. Während bei Sadowa die Schlacht noch ſtand, war Franſecky bereits über Benatek weiter vorgedrungen, gerieth aber in ein ſo entſetzliches Feuer der öſterreichiſchen Kanonen, daß er trotz des ausdauernden Heldenmuthes ſeiner Truppen, als große öſterreichiſche Infanteriemaſſen ſich auf ihn warfen, in der erſten Nachmittagsſtunde bis nach Benatek zurückweichen mußte. Die Truppen waren äußerſt erſchöpft, denn ſie hatten ununterbrochen vier Stunden lang gekämpft, als aber Franſecky ihnen bei Benatek zurief: „Nicht weiter zurück, hier ſterben wir!“ hielten alle Stand und keiner wich mehr zurück, obgleich die Kugeln des Feindes noch unaufhörlich in ihre Reihen ſchlugen.

Unterdeſſen war die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld von Weſten her gegen den linken Flügel der öſterreichiſchen Stellung, welchen die Sachſen auf den Höhen von Prim und Problus einnahmen, vorgedrungen. Auch hier war der Kampf äußerſt hartnäckig, bis um 1 Uhr Nachmittags der König von Preußen, der auf einer Anhöhe hinter Sadowa hielt und von hier aus die Schlacht leitete, einen energiſchen Sturmangriff gegen Problus befahl. Obgleich die Preußen hier über ein offenes Blachfeld vordringen und dabei das ſchrecklichſte Feuer der Sachſen*) aushalten mußten, rückten ſie doch mit klingendem Spiel muthig heran und ſchlugen die Sachſen, die ſich hier aufs verzweifeltſte wehrten, endlich aus dem brennenden Dorfe Problus hinaus.

---

*) Aus gezogenen Geſchützen, die ſie erſt kurz vorher aus preußiſchen Arſenalen erkauft hatten.

Im Centrum waren die Oeſterreicher in den erſten Mittagsſtunden im Vortheil und es ſchien, als würden ſie mit ihren Infanteriemaſſen, wie ſie ſchon in der Richtung von Benatek gethan hatten, bald von allen Seiten vorgehen, um die ihnen gegenüberſtehende Armee des Prinzen Karl und die Elbarmee zurückzuſchlagen und dann über die zu ſpät heranrückende Armee des Kronprinzen herzufallen. Einen ſolchen Angriff hätte aber Benedek ſchon am Vormittag machen müſſen, wenn er hätte gelingen ſollen, und allerdings waren ſeine Streitkräfte denen, die ihm unmittelbar gegenüber ſtanden, weit überlegen. Das Uebergewicht der Zahl erlangten die Preußen erſt, als die Armee des Kronprinzen herbeigekommen war. Indeß machte Benedek von ſeiner Uebermacht keinen Gebrauch, oder vielmehr er konnte ihn nicht machen, weil die Preußen des Centrums durch Muth und Ausdauer erſetzten, was ihnen an Anzahl der Streiter fehlte.

Grade zur rechten Zeit kam die Armee des Kronprinzen an, um in die Schlacht einzugreifen, ein weiteres Vordringen der Oeſterreicher zu verhindern, dem preußiſchen Centrum Luft zu machen und die Schlacht zu entſcheiden. Von der Armee des Kronprinzen rückte zuerſt die Garde heran und ſchlug die Oeſterreicher bei Horenowes zurück, ſo daß ſie der Diviſion Franſecky bei dem ganz nahe liegenden Benatek die Hand reichte. Unaufhaltſam drang die preußiſche Garde dann nach Maslowed und gegen Chlum, den Schlüſſel der öſterreichiſchen Stellung ſelber vor. Hier hielten ſich die Oeſterreicher noch lange, weil hier ihre größten Maſſen ſtanden, mit denen ſie noch einmal vordrangen. Die preußiſche Garde hielt ſich ſtundenlang mit unvergleichlicher Bravour. General Hiller von Gärtringen ſtarb an ihrer Spitze den Heldentod. Aber in dieſem Augenblicke rückte auch die bisher durch die öſterreichiſche Uebermacht in Schach gehaltene Armee des preußiſchen Centrums unter Prinz Friedrich Karl wieder vor, während die unterdeß herangekommenen weitern Diviſionen des

Kronprinzen die Trotina überschritten und die österreichische Stellung in der rechten Flanke forcirten, und gleichzeitig die Elbarmee, ihren Sieg über die Sachsen verfolgend, den linken Flügel der österreichischen Stellung eindrückte. Benedek vermochte der preußischen Garde die Höhen von Chlum nicht wieder zu entreißen und gab, um nicht überflügelt und gefangen zu werden, den Befehl zum allgemeinen Rückzug, suchte denselben aber durch einen Sturmangriff seiner gesammten Cavallerie-Reserve zu decken. Aber auch diesen Angriff schlug die preußische Cavallerie-Reserve unter persönlicher Anführung des Prinzen Friedrich Karl in einem mörderischen Kampfe zurück, so daß der Rückzug der Oesterreicher in wilde Flucht ausartete und nur die Nacht und die Ermüdung der Sieger die Verfolgung hemmte.

Dies sind die Hauptmomente der großen Entscheidungsschlacht gewesen, wenn man sie in wenigen Umrissen zeichnen will. Der Geschichtschreiber hält es jedoch für seine Pflicht, bei der großen welthistorischen Wichtigkeit dieser Schlacht auch in ihre einzelnen Details einzugehen, nach Quellen, die für die zuverlässigsten gelten. Da ausführliche und officielle österreichische Quellen noch fehlen, halten wir uns an die intelligenten Correspondenten der englischen Times, die ihre Berichte gleichzeitig aus dem preußischen und österreichischen Lager erstattet haben, an den Bericht im preußischen Staatsanzeiger und an den schönen Brief, den der König von Preußen unmittelbar nach der Schlacht an seine Gemahlin nach Berlin geschrieben hat.

Der offizielle Schlachtbericht im preußischen Staatsanzeiger gab folgendes Schlachtbild: „Man vermuthete das österreichisch-sächsische Heer in einer Position: die Elbe vor der Front, die Festungen Josephstadt und Königgrätz auf den Flügeln. Diese Stellung war überaus stark, indessen stand die schlesische Armee in ihrer rechten Flanke. Ein unmittelbares Heranziehen jener Armee nach Horzitz lag daher nicht in der Absicht. Am 2. Juli Abends nach 11 Uhr ging bei dem Obercommando die Nachricht ein, daß die feindliche Armee über die Elbe

vorgegangen ſey und in bedeutender Stärke den Abſchnitt der Biſtritz beſetzt habe. Der Entſchluß, mit allen Kräften dort anzugreifen, wurde ſogleich gefaßt. Um 12 Uhr gingen die betreffenden Befehle ab, um 4 Uhr früh des 3. Juli waren ſie in Händen der Armeecommandos, und um 7 Uhr befanden ſich alle Corps auf dem Marſch. Die erſte Armee ſtand dem Feinde zunächſt. Von derſelben ging die Diviſion Franſecky von Cereckwitz gegen Benatek und die Diviſion Horn auf der Chauſſee gegen Sadowa vor. Das zweite Corps blieb auf dem rechten Flügel der Diviſion Horn, das dritte Corps dahinter in Reſerve. Als die Tête der Diviſion Horn ſich gegen 8 Uhr Morgens Sadowa näherte, fielen gegen dieſelbe einige Kanonenſchüſſe. Zu dieſer Zeit traf Se. Majeſtät der König auf der Höhe bei Dub ein und unternahm ſofort eine Recognoscirung der feindlichen Aufſtellung, während die Avantgarden-Batterien der Diviſion Horn und des zweiten Corps ihr Feuer eröffneten. Die Recognoscirung ergab, daß der Feind die Dörfer und Wälder an der Biſtritz beſetzt und jenſeits des Baches Stellung genommen hatte. Mit welchen Kräften und in welcher Weiſe, blieb indeſſen unbekannt. Der Nebel, der hin und wieder durch Regen unterbrochen wurde, behinderte die Fernſicht. Man vermochte nur aus dem an verſchiedenen Punkten eröffneten Artilleriefeuer zu ſchließen, daß mehrere feindliche Batterien in Thätigkeit gekommen waren. Jenſeits der Biſtritz ſteigt das Terrain an und iſt von ſtärkeren wie ſchwächeren Mulden derartig durchſchnitten, daß es die in denſelben ſtehenden Truppen der Einſicht wie der Feuerwirkung des Gegners entzieht. Die Höhen bieten günſtige Artilleriefeſtellungen und eignen ſich vortrefflich zur Infanterie-Vertheidigung. Die Dörfer ſind zum Theil maſſiv, zum Theil von Fachwerk gebaut; die Wälder bieten gute Stützpunkte. Um an dieſe von Natur ſehr ſtarke Stellung zu gelangen, muß man den Biſtritz-Bach überſchreiten, der ein entſchiedenes militäriſches Hinderniß bildet und nur mittelſt Brücken zu paſſiren iſt. Den höchſten Punkt bildet die Höhe, auf welcher das

Dorf Chlum liegt. Sie dominirt das Terrain nach allen Seiten. In dieſer Stellung entwickelte der Feind immer mehr Artillerie.

Da man preußiſcherſeits, trotzdem daß der Nebel nachgelaſſen hatte, der Terrainfalten wegen die Aufſtellung der feindlichen Infanterie nicht bemerken konnte, ſo kam es darauf an, den Feind zur Entwicklung ſeiner Kräfte zu zwingen. Zu dieſem Zweck ertheilte Se. Majeſtät um 9 Uhr an die erſte Armee den Befehl, die Biſtritz zu überſchreiten. Die Diviſion Horn ging gegen das Wäldchen von Sadowa vor, rechts von ihr das zweite Corps, links in der Richtung auf Benatek die Diviſion Franſecky. Es entbrannte auf der ganzen Linie ein hartnäckiger Infanteriekampf, indem es ſich um den Beſitz der von den Oeſterreichern beſetzten Wälder handelte. Man erkannte bald, daß man es mit ſehr bedeutenden Kräften des Feindes zu thun habe, der die Stellung zur Vertheidigung künſtlich verſtärkt hatte. Die Diſtanzen waren von demſelben markirt, die Wälder verhauen, und Schützengräben wie Epaulements für die Batterien hergeſtellt. Unter dieſen Umſtänden das Centrum des Feindes unter großen Opfern zu durchbrechen, konnte nicht die Abſicht ſeyn. Es kam vielmehr darauf an, hier ein hinhaltendes Gefecht zu führen, bis der Kronprinz und General von Herwarth einzugreifen im Stande waren. Se. Majeſtät befahl demgemäß, daß der Kampf in der Front hauptſächlich durch Artillerie geführt werde, während der General von Herwarth die Biſtritz bei Rechanitz überſchreiten ſollte. Das Eingreifen der zweiten Armee konnte man vor 11 Uhr nicht erwarten. Während von der erſten Armee rechts und links der Straße zwiſchen Benatek und Treſowitz gekämpft wurde, ſtellte die Avantgarde der Elb-Armee unter dem Schutz der Artillerie auf dem dieſſeitigen Ufer die Brücke über die Biſtritz her, und begann den Bach zu überſchreiten. Das Dorf Lubno und die Höhe wurden von derſelben beſetzt. Die Sachſen entwickelten dagegen ihre Artillerie in guter Stellung. Um dieſelbe zu delogiren, wurde die Diviſion Canſtein auf Hradek dirigirt. Von hier ſollte ſie gegen

den linken Flügel in Prim vorrücken. Zur Unterſtützung dieſes Angriffs ging die Diviſion Münſter gegen Problus vor. Die Diviſion Etzel verblieb noch in Reſerve. Während hier um den Beſitz der Dörfer Problus und Prim gekämpft wurde, behaupteten die Diviſionen Franſecky und Horn ihre Stellung in dem Wäldchen ſtandhaft, wenn auch unter ſehr großem Verluſt. Die fünfte und ſechste Diviſion, ſowie eine Diviſion des Cavalleriecorps und die Reſerve-Artillerie verblieben noch immer verfügbar in Reſerve.

Die Armee des Kronprinzen marſchirte in der Weiſe, daß das erſte Corps, gefolgt von der Cavalleriediviſion, von Ober-Prausnitz öſtlich Miletin auf Groß-Bürglitz, die Garde von Königinhof auf Jericek und Lhota, das ſechste Corps, nach Detachirung einer Brigade gegen Joſephſtadt, von Gradlitz auf Huſtiran und Nesnaſow, und das fünfte Corps in Reſerve auf Choteborek vorging. Im allgemeinen nahm man die Direction auf Horenowes. Um 11 Uhr 15 Minuten traf die Tête des Gardecorps auf der Höhe von Choteborek ein. Aus dem Geſchützfeuer des Feindes konnte man erkennen, daß derſelbe mit ſeinem rechten Flügel bei Horenowes ſtand. Gegen denſelben traf der Stoß der zweiten Armee. Oeſterreichiſcherſeits hatte man eine ſehr ausgedehnte Stellung hinter der Biſtritz mit der ganzen Armee genommen. In dieſer Linie ſtanden fünf Corps und die Sachſen, während zwei Corps, nämlich das erſte und ſechste, in Reſerve bei Rosberitz à cheval der Straße von Sadowa nach Königgrätz verblieben. Soweit es ſich durch öſterreichiſche Gefangene feſtſtellen ließ, ſtand rechts und links der Straße bei Sadowa das vierte Corps, rechts von demſelben bis Horenowes das dritte und zweite Corps, und links von demſelben nach Nechanitz hin das achte und zehnte Corps und die Sachſen. Das preußiſche Gardecorps entwickelte ſich ſofort und zog ſeine ganze Artillerie vor. Dieſe wurde von vier Batterien des ſechsten Corps unterſtützt, hinter welchem 17 Bataillone zum Gefecht auseinander gezogen wurden. Das erſte Corps war noch zurück und konnte noch

nicht in die erſte Linie einrücken. Es hatte die Beſtimmung, die Verbindung zwiſchen der erſten und zweiten Armee herzuſtellen. Das fünfte Corps ſollte in Reſerve verbleiben. Dieſes Vorrücken zwang den Feind, ſeine Stellung zu verändern. Die Artillerie, welche den linken Flügel der erſten Armee beſchoß, gab die innegehabte Poſition auf und ſtellte ſich auf die Höhen öſtlich Horenowes, von wo ſie um 11 Uhr 40 Minuten das Feuer gegen die Garde und das ſechste Corps begann. Inzwiſchen gelang es der Diviſion Franſecky nach blutigem Kampf das Wäldchen bei Maslowed gegen bedeutende Ueberlegenheit in Beſitz zu nehmen. Hiedurch wurde es möglich, um halb 1 Uhr die Reſerveartillerie der erſten Armee zwiſchen Sadowa und Maslowed zu entwickeln, nachdem die Artillerie des zweiten Corps bei Dohalicka bereits wirkſam war. Man kann annehmen, daß preußiſcherſeits um 1 Uhr Nachmittags ungefähr 500 Geſchütze in Thätigkeit waren, und daß der Gegner mindeſtens die gleiche Zahl in ſeiner verſchanzten Stellung entwickelt hatte. Während des Artilleriekampfs blieb die Colonne der Armee des Kronprinzen im Avanciren und bald nach 1 Uhr begann die öſterreichiſche Artillerie die Stellung von Horenowes zu verlaſſen. Die Infanterie der Garde und das ſechste Corps griffen nunmehr die Dörfer Maslowed und Ciſtowes an und nahmen dieſelben nach hartnäckiger Gegenwehr. Wiederholte Verſuche der Oeſterreicher, das verlorene Terrain zurück zu gewinnen, ſcheiterten an der feſten Haltung der preußiſchen Uhlanen. Der Kampf wurde hier immer lebhafter und entſcheidender. Man näherte ſich der ſtark verſchanzten und beſetzten Höhe vor Chlum. Während die Infanterie, unterſtützt von der Artillerie, gegen dieſe Stellung vorgeführt wurde, kämpfte man in der Front noch immer um den Beſitz des Wäldchens von Sadowa, in der linken Flanke aber um die Dörfer Problus und Ober-Prim. General von Herwarth wurde benachrichtigt, daß der Kronprinz den Oeſterreichern den Rückzug auf Joſephſtadt verlegt habe, und es nun darauf ankomme, ihren linken Flügel zu umfaſſen.

Sobald die Avantgarde des erſten Corps zwiſchen der Armee des Kronprinzen und der des Prinzen Friedrich Karl eingetroffen war, wurde ſie zur Unterſtützung des Gardecorps gegen Chlum vorgeführt, und die Höhe trotz der tapferſten Gegenwehr genommen. Dieſer Erfolg war für den Ausgang der Schlacht entſcheidend. Mit der Höhe von Chlum verloren die Oeſterreicher ihren Hauptſtützpunkt, den eigentlichen Schlüſſelpunkt der Stellung. Das Feuer der Oeſterreicher erloſch mehr und mehr in der Front. Se. Majeſtät der König ging an der Spitze der Reſervecavallerie der erſten Armee zwiſchen Sadowa und Maslowed in der Richtung auf Streſetitz zur Verfolgung vor. Es war halb 4 Uhr. Dieſes Vorgehen war das Signal zur allgemeinen Verfolgung, welche in der Front hauptſächlich von der fünften und ſechsten Diviſion geführt wurde. Auf dem rechten Flügel waren inzwiſchen von der 14. und 15. Diviſion wie einer Brigade der 16. Diviſion die Dörfer Problus, Prim und Charbuſitz genommen, ſo daß die dort befindliche Diviſion des Cavalleriecorps in der Richtung auf Streſetitz zur Verfolgung vorgehen konnte. Die öſterreichiſch-ſächſiſche Armee ſuchte über Königgrätz zu entkommen. Ein Theil der Cavallerie nahm die Richtung auf Pardubitz. Setzten auch einzelne Abtheilungen derſelben an günſtigen Terrainabſchnitten den verfolgenden Truppen zeitweiſen Widerſtand entgegen, ſo war doch die taktiſche Ordnung der öſterreichiſchen Armee vollſtändig gebrochen, und die Verfolgung wurde bis zum Einbruch der Dunkelheit fortgeſetzt. 174 Geſchütze, etwa 18,000 Gefangene und 11 Fahnen fielen in die Hände der Preußen. Oeſterreichiſcherſeits wird der Geſammtverluſt auf 40,000 Mann berechnet, während derſelbe preußiſcherſeits die Zahl von 10,000 nicht überſteigt."

Der Timescorreſpondent im preußiſchen Lager meldete: „Am Montag, den 2. Juli, machte Prinz Friedrich Karl mit der Erſten Armee bei Kammenitz Halt, theils um dem Kronprinzen Zeit zu laſſen, Miletin, eine fünf Meilen von Kammenitz gelegene Stadt, zu

erreichen, theils aber auch um ſich über die Bewegungen der Oeſterreicher Auskunft zu verſchaffen. Am Nachmittage deſſelben Tages ſandte er zwei Offiziere aus, welche die Weiſung hatten, jenſeits Horzitz zu recognosciren. Beide trafen mit öſterreichiſchen Truppen zuſammen und mußten ſich durchkämpfen und angeſtrengt reiten, um die erlangte Information glücklich heimzubringen. Major von Ungar, der, von einigen Dragonern begleitet, die Richtung auf Königgrätz einſchlug, ſtieß auf ein großes Corps öſterreichiſcher Cavallerie und Jäger, bevor er den Biſtritz-Fluß erreichte, über welchen der Weg von Horzitz nach Königgrätz, ungefähr auf halbem Wege zwiſchen dieſen beiden Städten, hinüberführt. Eine Cavallerie-Schwadron ſprengte ſogleich auf ihn zu und er und ſeine Dragoner mußten in vollem Galopp davonjagen; die Oeſterreicher verfolgten ſie und die am beſten Berittenen holten die kleine preußiſche Truppe ein, ohne dieſelbe jedoch anhalten zu können. Nach einem im Reiten ſtattgefundenen Scharmützel, in welchem der Major von Ungar einen Lanzenſtich in die Seite erhielt, der den größten Theil ſeines Rocks hinwegriß, ihm aber kaum die Haut verletzte, erreichte dieſe Truppe wohlbehalten die Vorpoſten ihrer eigenen Armee. Weiter nach dem preußiſchen rechten Flügel hin fand auch der andere zum Recognosciren ausgeſandte Offizier die Oeſterreicher in beträchtlicher Zahl und mußte ſich ſchleunig zurückziehen.

In Folge der Berichte dieſer beiden Offiziere und anderer Nachrichten beſchloß Prinz Friedrich Karl einen Angriff. Er ertheilte demnach geſtern Abend den Befehl, daß ſeine Armee über Horzitz hinaus vorrücken ſollte. Gleichzeitig ſchickte er Lieutenant von Normand mit einem Briefe an den Kronprinzen; in dieſem Schreiben wurde der Letztere erſucht, am nächſten Morgen von Miletin aus vorzudringen und den Oeſterreichern in die rechte Flanke zu fallen, während Prinz Friedrich Karl ſelbſt ihre Front attakiren wollte. Es herrſchte einige Beſorgniß, daß die zahlreich umherſtreifenden öſterreichiſchen Cavallerie-

Patrouillen den Adjutanten anhalten und dieſen Brief bei ihm finden möchten; doch gelang es dem Lieutenant von Normand, ihnen auszuweichen, und um 1 Uhr des Morgens kam er ungefährdet im Hauptquartier des Kronprinzen an. Um 4 Uhr erſchien er wieder bei Prinz Friedrich Karl, um über die glückliche Ausführung ſeiner Miſſion zu berichten und dem Führer der Erſten Armee die Zuſage der Mitwirkung der Zweiten zu überbringen. Wäre dieſer Adjutant auf dem Wege nach Miletin vom Feinde angehalten oder getödtet worden, ſo würde ſein Verluſt wahrſcheinlich den ganzen Feldzug beeinflußt haben, denn jener Brief hat einen ſehr weſentlichen Einfluß auf den Ausgang der heutigen Schlacht ausgeübt.

Lange vor Mitternacht waren die Truppen in Bewegung, und um 1½ Uhr des Morgens brach der Generalſtab von Kammenitz auf. Bei Sonnenaufgang begann ein feiner Regen herabzufallen, der bis zu einer ſpäten Stunde des Nachmittags anhielt. Der Wind wurde heftiger und blies kalt und rauh in das Geſicht der Soldaten, die nur wenig Gelegenheit gehabt hatten, ſich durch Schlaf und Nahrung zu erquicken.

Bei Tagesanbruch hatten die Truppen zum Angriff gegen die Oeſterreicher Stellung genommen. Das Hauptcorps der Armee ſtand bei Milowitz, einem Dorfe an der von Horzitz nach Königgrätz führenden Landſtraße. Die 7. Diviſion unter General Franſecky war bei Ceſekwitz auf dem linken, und die 4. und 5. Diviſion bei den Dörfern Briſtan und Pſaneck auf dem rechten Flügel poſtirt, während General Herwarth von Bittenfeld mit dem 8. und einem Theile des 7. Armeecorps nach der auf der äußerſten Rechten gelegenen, zehn Meilen von Milowitz entfernten Stadt Neubidſow geſandt wurde. Um 4 Uhr begann die Armee vorzurücken und marſchirte langſam die ſanft aufſteigende Anhöhe hinauf, die von Milowitz nach dem fünf Meilen näher an Königgrätz befindlichen Dorfe Dub führt. Schwer und durch den Regen verwickelt, lagen die Kornähren auf dem Erdboden; leicht und behend

ſchlüpften die Tirailleure hindurch; doch die in dichten Colonnen ihnen folgenden Bataillone mußten ſich mühſam durch das zertretene Getreide hindurcharbeiten, und die Artilleriepferde hatten ſchwer zu arbeiten, um die Räder der Kanonen-Lafetten durch den lehmigen Boden zu zerren. Um 6 Uhr ſtand die ganze Armee dicht vor Dub; doch durfte Niemand bis zum Gipfel des Abhanges hinaufgehen, denn die Anhöhe, auf welcher Dub ſteht, hatte den Oeſterreichern alle Bewegungen der Truppen verdeckt, und es war demnach nicht unwahrſcheinlich, daß die Erſteren von der Nähe der Preußen noch keine Ahnung hatten; nur die preußiſchen Cavallerie-Vedetten, welche am vorigen Abend ſo weit vorgeſchoben worden waren, blieben ruhig auf dem Gipfel des Hügels, als ob hinter ihnen nichts Ungewöhnliches vorginge.

Die Luft war dicht und nebelig; ununterbrochen rieſelte der Regen herab, und der Wind blies mit bitterer Schärfe, während die Infanterie und Artillerie hinter dem Gipfel des Hügels bei Dub den Befehl zum Vorrücken erwartete. Um 7 Uhr ließ Prinz Friedrich Karl ſeine Cavallerie und reitende Artillerie vorgehen. In ruhigem Trabe ritten ſie den zur Biſtritz hinabführenden Abhang hinunter. Ungeachtet der Schlüpfrigkeit des Erdbodens hielten ſie ſich in ſchnurgraden Linien geordnet. Am Fuße des Hügels ertönten die Trompeten und während die Truppen ſich der Brücke näherten, führten ſie am Flußufer mancherlei Schwenkungen und Manoeuvres aus, als wollten ſie das Feuer des Feindes herausfordern.

Und nun begannen die Oeſterreicher aus einer Batterie zu ſchießen, welche auf einem Felde in der Nähe des Dorfes aufgeſtellt war, wo die Landſtraße die Biſtritz kreuzt und — die Schlacht bei Sadowa nahm ihren Anfang.

Die erſten Schüſſe fielen um 7½ Uhr. Die dicht am Fluſſe ſtehende preußiſche reitende Artillerie antwortete den öſterreichiſchen Kanonen; doch wurde auf keiner Seite heftig gefeuert und während

der erſten halben Stunde beſtand die Kanonade faſt nur in vereinzelten Schüſſen.

Um 7¾ Uhr erſchien der König von Preußen auf dem Schlachtfelde; ſehr bald wurde die reitende Artillerie durch andere Feldbatterien verſtärkt und die preußiſchen Kanoniere begannen nun ihre Geſchoſſe in großer Menge in die öſterreichiſche Poſition zu ſenden.

Kaum aber hatte das preußiſche Feuer energiſch angefangen, ſo ſchienen öſterreichiſche Kanonen, wie durch Zauberei, an allen Punkten der Poſition aufzutauchen. Von jedem Wege, aus jedem Dorfe, aus dem Obſtgarten von Mokrowaus auf der preußiſchen Rechten bis zu Benatek auf ihrer Linken kamen flammende Blitze und ſauſten ſchwirrende Geſchoſſe, welche, mit ſcharfem Krachen explodirend, ihre Splitter raſſelnd unter die Kanonen, Kanoniere, Lafetten und Pferde ſandten, indem ſie oft einen Mann oder Pferd tödteten, zuweilen eine Lafette zertrümmerten, immer aber den Erdboden aufwühlten und die lehmige Erde den Soldaten in das Geſicht ſchleuderten.

Indeſſen beſchränkten die Oeſterreicher ſich nicht darauf, gegen die Artillerie allein zu feuern, ſie ſchleuderten ihre Kugeln auch den ihnen gegenüberliegenden Abhang in der Richtung von Dub hinauf; eine Granate fiel mitten unter eine Uhlanenſchwadron, die in unmittelbarer Nähe des Königs ſtand; ſich tief in den Erdboden hineinwühlend, ſchleuderte ſie zwanzig Fuß hohe Lehmmaſſen in die Luft empor; einen Augenblick ſpäter explodirte ſie und richtete in der Schwadron furchtbare Verheerungen an.

Als die Kanonade in der Front einen ernſten Charakter annahm, begannen die Kanonen der 7. Diviſion das zur Rechten der Oeſterreicher gelegene Dorf Benatek zu beſchießen. Die Oeſterreicher gaben Schuß für Schuß zurück und keiner der beiden Gegner verlor oder gewann Terrain. Auch im Centrum blieb die Schlacht auf beiden Seiten vollkommen gleich. Die Preußen brachten eine Batterie nach der anderen ins Gefecht und richteten ein furchtbares Feuer gegen die

öſterreichiſchen Kanonen: die Letzteren antworteten und zahlten das Empfangene zuweilen mit Zinſen zurück, denn die öſterreichiſchen Artillerie-Offiziere kannten ihr Terrain und jede Granate traf ihr Ziel; viele Offiziere und Soldaten fielen, viele Pferde wurden getödtet oder verwundet. Mehr Krankenträger wurden nach den Batterien hinabgeſandt und kehrten ſtets mit Verwundeten zurück, die ſie auf Bahren trugen; die Wunden waren unter dem Feuer eilig verbunden worden, und die Patienten ſchienen für den Augenblick ſo betäubt zu ſeyn, daß der Schmerz ſich nicht ſehr fühlbar machte.

Allmälig ſchien die preußiſche Kanonade heftiger zu werden und die öſterreichiſchen Batterien zwiſchen Dohalitz und Dohalicka zogen ſich weiter den Hügel hinauf; die Kanonen zu Mokrowaus jedoch behaupteten noch ihren bisherigen Standpunkt und die Preußen hatten die Biſtritz noch nicht überſchritten. Doch wurden nun viele Kanonen gegen Mokrowaus gerichtet und um 10 Uhr war auch die dort poſtirte Batterie gezwungen, ſich etwas weiter zurückzuziehen.

Während dieſer Kanonade war ein kleiner Theil der Infanterie gegen den Fluß vorgeſchoben worden, wo ſie ſich hinter einer bequem gelegenen Bodenerhöhung gegen die feindlichen Kugeln deckte. Die 8. Diviſion kam auf der linken Seite der Landſtraße heran und formirte ſich, unter dem Schutze der Anhöhe, zum Angriff auf das Dorf Sadowa, während die 3. und 4. Diviſion auf der rechten Seite des Weges ſich zur Erſtürmung von Dohalitz und Mokrowaus anſchickten. Bevor ſie ihre Vorbereitungen vollſtändig beendet hatten, gerieth das auf dem rechten Flügel der Oeſterreicher gelegene Dorf Benatek in Brand und die 7. Diviſion eilte dorthin, um ſich des Ortes zu bemächtigen. Doch ließen ſich die Oeſterreicher durch die Flammen nicht vertreiben und hier, zum erſtenmale in dieſer Schlacht, kam es zu einem Handgemenge. Das 27. Regiment eröffnete den Angriff und warf ſich in die Obſtgärten des Dorfes; die brennenden Häuſer trennten die Kämpfenden, welche eine Salve nach der andern durch die Flammen hindurch

gegen einander abfeuerten. Doch fanden die Preußen Mittel und Wege, die brennenden Häuſer zu umgehen, und ihren Gegnern in den Rücken fallend, zwangen ſie dieſelben zum Rückzuge. Bei dieſer Gelegenheit machten die Preußen viele Gefangene.

Es war 10 Uhr, als Prinz Friedrich Karl den Befehl zum Angriff gegen die Dörfer Sadowa, Dohalitz und Mokrowaus ertheilte. Die Colonnen rückten, von Tirailleuren gedeckt, bis zum Ufer vor, das ſie ohne großen Verluſt erreichten. Von hier aus jedoch mußten ſie um jeden Zoll der Terrains kämpfen. Die öſterreichiſche Infanterie hatte die Brücken und Dörfer ſtark beſetzt und eröffnete gegen die zum Angriff heranrückenden Preußen ein heftiges Feuer. Die letzteren vermochten auf den ſchmalen Wegen und gegen die Verſchanzungen der Häuſer nur langſam zu avanciren und die durch ihre Reihe fahrenden Salven forderten zahlreiche Opfer. Die Angreifenden feuerten zwar viel ſchneller, als ihre Gegner; doch konnten ſie ihre Zielpunkte nicht feſt ins Auge faſſen, die Bäume und der Pulverrauch umhüllten die Dörfer. Hierdurch geſchützt, ſchoßen die öſterreichiſchen Jäger blindlings nach den Richtungen hin, wo ihr Gehörorgan ihnen den augenblicklichen Standpunkt der Angriffscolonnen verrieth und ihre Salven wirkten mit verheerender Wirkung unter den dichtgeſchloſſenen Reihen der Preußen. Doch gelang es den Letzteren, vermöge ihres Muthes und ihrer unbeugſamen Beharrlichkeit, — denn jeder Fußbreit gewonnenen Terrains koſtete ihnen Leute und an einigen Stellen war der Erdboden mit Verwundeten faſt gepflaſtert; — ſich allmälig, obgleich langſam, beſſere Stellungen zu erringen.

Um die preußiſche Infanterie zu unterſtützen, änderte die Artillerie nun die Richtung ihres Feuers und ohne die feindlichen Batterien zu beachten, richtete ſie daſſelbe gegen die Dörfer, unter deren Häuſern ſie furchtbare Verheerungen anrichtete. Mokrowaus und Dohalitz geriethen in Flammen, und die Granaten fielen in ſchneller Aufeinander-

folge und mit vernichtender Wirkung unter die Vertheidiger der brennenden Dörfer. Ihrerſeits feuerten die öſterreichiſchen Kanonen auf die angreifende Infanterie, die jedoch nunmehr durch die Häuſer und Bäume gegen die feindlichen Kugeln einigermaßen geſchützt war.

Während einer Stunde wurde der Kampf in den Dörfern und rings um dieſelben fortgeſetzt; dann ward die öſterreichiſche Infanterie aus denſelben vertrieben und zog ſich zurück, doch nur eine kurze Strecke den Abhang hinauf, bis ſie ſich in einer Linie mit ihren Batterien befand. Das oberhalb Sadowa gelegene Gehölz wurde ſtandhaft vertheidigt und das von Schützen angefüllte Wäldchen zwiſchen Sadowa und Benatek verſperrte der 7. Diviſion den Weg. Indeſſen ließ General Franſecky, der Commandeur dieſer Diviſion, ſich nicht ſo leichten Kaufes aufhalten. Er ſandte ſeine Infanterie gegen das Gehölz und richtete ſeine Artillerie gegen die öſterreichiſchen Batterien. Die 7. Diviſion begann unter die Bäume zu feuern, fand jedoch, daß ſie keine Wirkung erzielte, da die Vertheidiger des Gehölzes eine gedeckte Stellung einnahmen und Gewehrfeuer hier nutzlos blieb. Da ließ Franſecky ſie mit gefälltem Bajonet vorrücken. Stehenden Fußes erwarteten die Oeſterreicher den Angriff und in dem Wäldchen oberhalb Benateks entſpann ſich nun einer der wüthendſten und ſchrecklichſten Kämpfe dieſes ereignißreichen Krieges. Das 27. preußiſche Regiment drang, 3000 Mann ſtark und mit 90 Offizieren in das Gehölz hinein — und als es am andern Ende heraus kam, ſtanden nur noch 300—400 Mann und 2 Offiziere aufrecht; alle Uebrigen lagen todt oder verwundet niedergeſtreckt. Auch die anderen Regimenter der Diviſion erlitten ſchwere Verluſte, obgleich nicht in demſelben Verhältniß.

Das Wäldchen war nun erobert; die öſterreichiſche Linie war auf beiden Flanken durchbrochen. Doch formirte ihr Befehlshaber eine neue Schlachtlinie, die weiter oben auf dem Hügel um Lipa

herum ihre Stellung nahm und noch immer den Wald oberhalb Sadowa beſetzt hatte. —

Die preußiſche Artillerie wurde nun über die Biſtritz geſandt und begann die neue öſterreichiſche Poſition zu beſchießen. Gleichzeitig ſah man den das Vordrängen des General Herwarth bezeichnenden Rauch ſich allmälig in der Richtung des öſterreichiſchen linken Flügels bewegen; er hatte nämlich bei Nechanitz, einem Dorfe, das etwa ſieben Meilen unterhalb Sadowa an der Biſtritz liegt, eine Brigade ſächſiſcher Truppen mit einiger öſterreichiſchen Cavallerie gefunden und trieb dieſelben gegen die Lipa-Poſition, während er ſelbſt in einer ſolchen Richtung folgte, daß es den Anſchein gewann, als werde er die linke Flanke der Oeſterreicher umgehen. Doch ſchien der Befehlshaber der Letzteren entſchloſſen, ſeine Poſition mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln zu behaupten, und ſchwere Maſſen Infanterie und Reiterei bewegten ſich auf dem oberen Theile des Abhanges umher.

Die preußiſche Infanterie, welche die Dörfer Sadowa und Dohalitz erobert hatte, wurde nun gegen den Wald dirigirt, welcher oberhalb dieſer Ortſchaften neben der Sadowa und Lipa verbindenden Landſtraße liegt. Die Truppen rückten gegen den Wald vor, vermochten indeß anfangs kein Reſultat zu erzielen; denn da die Oeſterreicher auch hier wieder eine gedeckte Stellung hatten, brachte das Zündnadelgewehr keinen Eindruck hervor und eine ganze an dem anderen Ende des Gehölzes aufgeſtellte Batterie feuerte durch die Bäume und richtete in den Reihen der Preußen entſetzliche Verwüſtungen an. Deſſenungeachtet verfolgten die Angreifenden mit unbeugſamer Ausdauer ihr Ziel, und es gelang ihnen endlich, die am Eingange des Gehölzes ihnen entgegenſtehenden Hinderniſſe hinweg zu räumen und in daſſelbe hineinzudringen. Von Baum zu Baum wurde der Kampf nun fortgeſetzt, und die Oeſterreicher machten manchen energiſchen Verſuch zur Wiedereroberung des verlorenen Waldterrains;

ihre knabenhaften Truppen ſtürzten jedoch in dieſem perſönlichen Handgemenge vor den kräftigen Männern der achten Diviſion wie Kegel nieder. Als aber die Vertheidiger ſich eine kurze Strecke zurückgezogen und ihre Artillerie wieder freien Spielraum unter den Bäumen gewann, erlitten die Preußen furchtbare Verluſte, und in der Mitte des Gehölzes kam der Kampf zum Stehen.

Zu dieſer Zeit ſpielte die öſterreichiſche Artillerie eine glänzende Rolle, und um 1 Uhr konnte die ganze Schlachtlinie der Preußen kein weiteres Terrain gewinnen; ja ſie mußte ſogar die heftigſten Anſtrengungen machen, um nur den bereits erkämpften Boden zu behaupten. Zu einer Zeit ſchien es, als würde das ſo mühſam Errungene wieder verloren gehen, denn das öſterreichiſche Feuer hatte manche Kanone demontirt, auf dem bewaldeten Boden hatte das Zündnadelgewehr keinen angemeſſenen Spielraum, und der Infanteriekampf war im Ganzen auf beiden Seiten gleich.

Prinz Friedrich Karl ließ nun die fünfte und ſechſte Diviſion vorrücken. Sie legten ihre Helme und Proviantbeutel auf den Erdboden und avancirten zum Fluß hin. Der König war in dieſem Moment in der Nähe der Biſtritz und wurde von den in die Schlacht marſchirenden Truppen mit lautem, freudigem Zuruf begrüßt. Sie gingen über die Sadowa-Brücke, betraten den Wald, und bald verkündete der wachſende Tumult des Gewehrfeuers, daß ſie in den Kampf einzugreifen begonnen hatten. Die öſterreichiſchen Kanoniere jedoch feuerten Salve auf Salve in ihre Reihen, und nachdem ſie nur einige hundert Ellen weit vorgedrungen waren, wurden ſie wieder zurückgedrängt, ohne den Feind erreicht zu haben; denn nicht nur Granatenſplitter flogen unter ihnen umher, Tod und entſetzliche Wunden in ihren Reihen verbreitend, ſondern auch große Bruchſtücke der durch die Kugeln zerſchmetterten Bäume flogen maſſenweiſe umher, — rieſenhafte Holzſtücke, die ſogar noch ſchrecklichere Wunden verurſachten.

Auch General Herwarth ſchien zur Rechten in ſeinem Vordringen

gehemmt zu ſeyn. Der Dampf ſeiner Artillerie und ſeines Gewehrfeuers, der bisher ſtetig fortgeſchritten war, ſtand eine Zeitlang ſtill. Franſeckys Leute, die furchtbar gelitten hatten, konnten nicht zum Angriff auf den Sadowa-Wald vorgeſchoben werden, da ſie ſich der Gefahr ausgeſetzt hätten, von den in der Front von Lipa aufgeſtellten Kanonen im Rücken genommen zu werden. Die ganze Artillerie war bereits im Gefecht, mit Ausnahme von acht Batterien, und dieſe mußten für den Fall eines Mißgeſchickes reſervirt bleiben. Die erſte Armee war allerdings in ihrem Vordringen gehemmt. Die preußiſchen Befehlshaber begannen nun ſehnſüchtig zur Linken umherzuſpähen, in der Erwartung, irgend ein Zeichen von dem Herannahen des Kronprinzen zu erblicken. Man ſah einige öſterreichiſche Kanonen bei Lipa nach der linken Flanke der Preußen feuern und gab ſich der Hoffnung hin, daß jene Schüſſe der Vorhut der zweiten Armee gelten möchten; doch war um 3 Uhr noch immer kein Anzeichen von preußiſchen, gegen Lipa vorrückenden Truppen vorhanden. Die Generale wurden offenbar unruhig; ſie zogen die Infanterie aus dem Gefechte. Auch Cavallerie wurde zuſammengezogen, damit ſie entweder für die Verfolgung der Oeſterreicher disponibel ſeyn oder den etwaigen eigenen Rückzug decken möchte. Mittlerweile ritt General von Rhetz davon, um nach der zweiten Armee umherzuſpähen, und bald kehrte er mit der Nachricht zurück, daß der Kronprinz ſich bereits zum Angriff auf Lipa anſchickte, und daß die Kanonen auf dem rechten Flügel der Oeſterreicher wirklich auf ſeine Truppen gefeuert hätten. Dies gab der erſten Armee neuen Muth; der Sadowa-Wald wurde endlich genommen und die jenſeits deſſelben aufgeſtellte Batterie von den Jägern erſtürmt. Um 3½ Uhr ſah man die Colonnen des Kronprinzen über den Abhang gegen Lipa vorrücken, nachdem ſeine Artillerie die öſterreichiſchen Kanonen zum Schweigen gebracht hatte, — und Herwarth drang nun aufs neue gegen den öſterreichiſchen linken Flügel vor. Eine Viertelſtunde darauf war die Infanterie des Kronprinzen bei Lipa im Gefecht, und ihre

ſchnell auf einander folgenden, immer weiter vorſchreitenden Gewehrſalven verriethen, daß die Oeſterreicher nun im vollen Rückzuge waren.

Die erſte Armee drang nun auch ihrerſeits vor, die Artillerie fuhr im Galopp die Anhöhe hinauf und wurde überall, wo ſich eine paſſende Gelegenheit darbot, dem abziehenden Feinde ihre Granaten nachzuſenden, in Thätigkeit geſetzt. Die aus den Gehölzen hervorkommende Infanterie formirte ſich und rückte im Doppelſchritte vorwärts. Prinz Friedrich Karl ſtellte ſich nun an die Spitze ſeines Regimentes, ſprengte über die Sadowa-Brücke und dann die Landſtraße hinauf. Seine leichte Reiterei folgte ihm.

Als der Gipfel des Abhanges bei Lipa erreicht war, ſah man die auf dem Rückzuge begriffenen Bataillone der Oeſterreicher quer über eine Erdvertiefung eilen, welche zwiſchen Lipa und dem zwei Meilen weiter nach Süden hin gelegenen Dorfe Streſetitz den Boden durchſchneidet. Die preußiſche Artillerie machte auf dem Gipfel des Lipa-Hügels Halt und ſandte den Flüchtlingen Granaten nach, welche mit Entſetzen erregender Präciſion über ihren Häuptern zerplatzten. Die Cavallerie ſprengte nun zur Verfolgung davon; nachdem der Prinz eine kurze Strecke voran geritten war, mußte er ſich entfernen, um die allgemeinen Bewegungen zu leiten, denn die öſterreichiſchen Batterien hatten auf dem Hügelrücken von Streſetitz Poſto gefaßt und ein heftiges Feuer gegen die nachſetzenden Preußen eröffnet. Dies veranlaßte die Cavallerie, ſich aus freien Stücken in kleine Detachements aufzulöſen und ſich auf die öſterreichiſchen Bataillone zu ſtürzen. Doch wurden die letzteren, trotz ihres eiligen Rückzuges, nicht in wilde Unordnung gebracht, und in manchen einzelnen Fällen warfen ſie die Cavallerie zurück, die auch von der öſterreichiſchen Artillerie viel zu leiden hatte, — denn die Granaten explodirten häufig inmitten der Schwadronen und tödteten viele Leute und Pferde. Nichtsdeſtoweniger wurden die öſterreichiſchen Kanonen durch das heftigere Feuer der zahlreicheren preußiſchen Batterien endlich von ihrem Hügel vertrieben, und die Ver-

folgung begann nun aufs neue. Ein Theil der im Rückzuge begriffenen Oeſterreicher ſchlug den Weg nach der Feſtung Königgrätz ein, ein anderer Theil wendete ſich nach Pardubitz, und preußiſche Truppen wurden zur Verfolgung nach beiden Richtungen ausgeſandt. Die auf der Erde liegenden Verwundeten kreiſchten vor Entſetzen, als ſie die Cavallerie auf ſich zu galoppiren ſahen; doch trug Prinz Friedrich Karl Sorge, daß die verfolgende Reiterei ihnen auswich, und einmal hemmte er ſogar die Verfolgung und ließ ſeine Schwadronen einen Umweg machen, damit ſie nicht durch ein Kornfeld hindurchreiten ſollten, in welchem mehrere verwundete Oeſterreicher Zuflucht geſucht hatten. Als dieſe die Lanciers herankommen ſahen, glaubten ſie, man wolle ſie maſſakriren; ſie erhoben ein klägliches Geſchrei und ſchwenkten weiße Taſchentücher als Friedenszeichen. Sie hatten jedoch durchaus keinen Grund zur Beſorgniß.

Eine ſehr beträchtliche Anzahl von Gefangenen wurde eingebracht, da die Verfolgung ſich bis zur Elbe erſtreckte. Erſt um 9 Uhr hörte das Schießen gänzlich auf; das Hauptcorps der Armee machte indeß ſchon um 7 Uhr Halt.

Als die Prinzen zurückkehrten, wurden ſie, des Sieges wegen, von den Bataillonen mit lautem Hurrahruf begrüßt. Doch unterbrachen ſie die Verfolgung des Feindes und entzogen ſich dem freudigen Zuruf ihrer eigenen ſiegreichen Truppen, um die für die Verwundeten getroffenen Lazaretheinrichtungen in Augenſchein zu nehmen. Das Schlachtfeld war mit einer unzähligen Menge Verwundeter bedeckt; auch Todte ſind in großer Anzahl vorhanden; doch wird Alles, was den Letzteren vonnöthen iſt, morgen gethan werden. Jede nicht niedergebrannte Hütte der ganzen Gegend iſt mit Verwundeten angefüllt. Oeſterreicher und Preußen liegen neben einander, die Krankenträger ſind noch immer in Bewegung, und erſt morgen zu einer vorgerückten Stunde können Alle untergebracht ſeyn. In den Lazarethen ſpielen die Johanniterritter durch Eifer in ihrer freiwillig übernommenen Arbeit eine her-

vorragende Rolle. Dieſer zum Zwecke des Beiſtandes für Schwache und Leidende vor Kurzem wieder ins Leben gerufene Ritterorden hat ein großes Lazareth-Etabliſſement hergeſandt, das unter der Leitung des Grafen Theodor von Stolberg ſteht. Aus den freiwilligen Spenden der Ritter werden Lazarethe in den den Kampfplätzen am nächſten gelegenen Städten und im Felde ſelbſt errichtet; alle nothwendigen Lazarethvorräthe werden von dem Orden mit umhergeführt, Krankenwärter beſorgt und durch ihren Beiſtand wird gar vielen Verwundeten, die vermittelſt der gewöhnlichen Vorkehrungen nicht verpflegt werden können, die ſorgfältigſte Fürſorge zu Theil."

Ein ſpäterer Artikel deſſelben Timescorreſpondenten fügt noch hinzu: „Auf der öſterreichiſchen rechten Flanke, gegen welche die Truppen des Kronprinzen vorrückten, waren die Batterien ſo ſtark und ſtanden einander ſo nahe, daß die Poſition mehr einer permanenten Feſtung, als einer bloßen Feldſchanze glich. Zur Linken und in der Front fand ſich allerdings mehr offener Raum; doch waren die Batterien eben ſo ſtark, obgleich über einen größeren Raum vertheilt. Kein Wunder, daß es einen Moment gab, in welchem die Soldaten der Erſten Armee im Vorrücken zögerten, denn daß Truppen überhaupt gegen eine ſolche Menge ſo geſchickt placirter Kanonen anzukämpfen vermochten, ohne gänzlich vernichtet zu werden, erſcheint in der That als ein Wunder. Niemand, der auf der Spitze des Lipa-Hügels geſtanden und die jene Poſition vollſtändig umſchließenden öſterreichiſchen Batterien überblickt hat, wird ſich der Ueberzeugung verſchließen können, daß die Truppen, welche während ſo vieler Stunden unter einem ſolchen Feuer aushielten und endlich ſolche Verſchanzungen erſtürmten, aus Männern von nicht geringer Bravour und Soldaten von nicht geringem Werthe beſtehen müſſen.

Als Prinz Friedrich Karl am Abende vor der Schlacht den Kronprinzen um ſeine Mitwirkung erſuchen ließ, antwortete der Letztere, daß er um 2 Uhr auf dem Schlachtfelde erſcheinen würde. Mehr als

ſeinem Verſprechen getreu, war er mit zwei Corps bereits um 12½ Uhr zur Stelle, und ſeine Artillerie war zu dieſer Stunde mit den Batterien auf dem öſterreichiſchen rechten Flügel engagirt. Doch war das Feuer der öſterreichiſchen Batterien ſo furchtbar, daß der Kronprinz mit der Infanterie nicht angreifen konnte, bis etwas geſchehen war, um die feindlichen Kanonen zum Schweigen zu bringen. Die den erſten Angriff dirigirenden Generale konnten von des Kronprinzen Infanterie nichts ſehen, da dieſe ſich durch die Unebenheiten des Terrains gegen die öſterreichiſche Kanonade zu decken geſucht hatte. Der von der Zweiten Armee abgeſandte Adjutant, welcher dem Könige die Nachricht von der Ankunft des Kronprinzen zu bringen beauftragt war, mußte einen weiten Umweg machen und kam erſt ſpät am Nachmittage bei den Generalen an, welche den Angriff der Front leiteten. Dieſe Verzögerung erregte hier große Unruhe, und man hatte zu fürchten begonnen, daß dem Kronprinzen und ſeinen Truppen irgend ein Unfall zugeſtoßen ſey. Je weiter der Nachmittag vorrückte, deſto größer wurde die Beſorgniß, da man nun zu der Einſicht gelangt war, daß die öſterreichiſche Poſition zu ſtark ſey, um durch einen Frontangriff allein bezwungen zu werden. Der König ſelbſt blickte wiederholt und immer vergebens durch ſein Fernrohr in die nebelerfüllte Ferne. Von preußiſchen Infanteriſten war auf dem Abhange von Lipa nichts wahrzunehmen; auch die Kanonen befanden ſich außer Sicht, da ſie auf der andern Seite des Lipa-Hügels ſtanden, oder vor dem Standorte, den der preußiſche Stab einnahm, durch das Gehölz verdeckt waren, das ſich von Benatek den Abhang hinauf bis nach Lipa hinzieht. Alle Beſorgniſſe waren jedoch grundlos, denn der Kronprinz war, wie bereits erwähnt, vor 1 Uhr auf dem Schlachtfelde, und außer den von ihm mitgebrachten beiden Corps eilten auch ſeine andern beiden Corps hinter ihm einher, mit Ausſchluß einer Brigade, die zur Beobachtung der Feſtung Joſephſtadt zurückgelaſſen worden war. Seine Kanoniere erwiderten energiſch das Feuer der öſterreichiſchen Batterien,

und auf der anderen Seite des Abhanges war die Infanterie des 1. und 5. Armeecorps in heftigem Gefechte, um ein Dorf und ein Gehölz im rechten Hintertreffen der Oesterreicher zu erobern. Und hier wüthete der Kampf mit der größten Heftigkeit, denn der österreichische Befehlshaber wußte, daß der Kronprinz den wichtigsten Punkt seiner ganzen Position bedrohte, und er warf daher starke Truppenmassen dem Angriff desselben entgegen. Doch waren die Männer der Zweiten Armee nach drei jüngst erfochtenen Siegen von hohem Muthe beseelt, und es gelang ihnen, den an Zahl überlegenen feindlichen Truppen immer mehr Terrain abzugewinnen. Zwischen 2 und 3 Uhr erschienen die andern beiden Corps des Kronprinzen, und nun formirte er, ein Corps in Reserve haltend, die übrigen drei zum entscheidenden Angriff gegen die rechte Flanke der Oesterreicher. Mittlerweile hatte seine Artillerie über die österreichischen Kanonen große Vortheile errungen und einige vom Feinde besetzte Häuser in Brand gesteckt. Um 3½ Uhr rückte die Zweite Armee vor. Von der Front aus war nur der Angriff *eines* Corps zu sehen, da die beiden anderen auf dem entgegengesetzten Abhange des Lipa-Hügels zur Attake vorrückten. Zuerst verrieth ein Schwarm schwarzer Punkte, die über die Felder schlüpften, das Vorgehen der Tirailleure, und die österreichischen Scharfschützen, welche im Korn postirt gewesen, sah man vor ihnen davoneilen, um sich unter den Schutz ihrer eigenen Linien zu begeben. Unmittelbar hinter den Tirailleuren folgten die dichten Infanterie-Colonnen; sie glichen kleinen dunkeln Vierecken, welche längs der Seite des Hügels einherglitten. Die österreichischen Kanonen eröffneten ein scharfes Feuer gegen sie; doch drangen sie unerschütterlich vor, bis sie sich bis auf eine kurze Entfernung den österreichischen Batterien genähert hatten. Dann sandten einige schnell nach einander abgefeuerte Gewehrsalven eine dichte Rauchwolke empor, welche, in der trüben Atmosphäre schwebend, die Aussicht versperrte. Indessen verrieth das plötzliche Schweigen der österreichischen Kanonen, daß die Preußen

zum Handgemenge gekommen waren und in dieſem die Batterien erſtürmt hatten. Das zu den Letzteren hinaufführende Terrain war ſteil, und die Kanonen hatten unaufhörlich unter die ſtürmenden Colonnen gefeuert, bis die vorderen Reihen der Letzteren unmittelbar vor den Mündungen der Kanonen ſtanden. Die Schützen, welche ſich in die neben den Batterien angebrachten Laufgräben gelegt hatten, ſandten verheerende Gewehrſalven unter die Angreifenden; die Preußen jedoch, nicht achtend des Feuers der feindlichen Infanterie, noch der Steilheit des Bodens, ſtürzten geradeswegs zu den Kanonen hin, und den öſterreichiſchen Kanonieren und Scharfſchützen blieb endlich kein anderer Ausweg, als ſich umzuwenden und die Flucht zu ergreifen. Und nun begann das tödliche Zündnadelgewehr ſeine Kugeln den Fliehenden nachzuſenden, und dies geſchah mit ſolcher Präciſion, daß der Boden mit todten Oeſterreichern maſſenhaft bedeckt iſt. An einer Stelle ſind, auf einem einzigen Morgen Bodens, vierzig Leichen gefunden worden, und die Zahl der Verwundeten ſtand zu derjenigen der Todten in dem Verhältniß von 3 zu 1.

Die Niederlage der Oeſterreicher war nun unvermeidlich. Sobald der Kronprinz ſeine Infanterie gegen die öſterreichiſche Rechte vorrücken ließ, rückte die erſte Armee abermals vor und eilte unter Trommelſchlag und lautem Hurrah den vor ihr liegenden Hügel hinauf. Wie auf einen Zauberſchlag wurde die Sadowa-Landſtraße überſchritten, und die Bataillone ſtürmten gegen die öſterreichiſchen Batterien an. Niemand achtete darauf, daß es leichter ſeyn würde, die Kanonen ſeitwärts anzugreifen; die Soldaten fühlten ſich des Sieges gewiß und ſuchten ihn auf dem kürzeſten Wege. Obgleich durch die Unebenheit des Terrains in Unordnung gerathen und in Folge des ſchnellen Anlaufs außer Athem gekommen, eilten die preußiſchen Truppen mit ſolcher Schnelligkeit herbei, daß die öſterreichiſchen Artilleriſten keine Zeit fanden, mit den Kanonen weiter aufwärts zu fahren; ſie mußten ihre Geſchütze im Stiche laſſen und ſich und ihre Pferde durch die Flucht

zu bergen ſuchen. Die meiſten der Kanonen, welche in Batterien aufgeſtellt worden, fielen den Preußen in die Hände. Diejenigen aber, welche man als Feldartillerie benutzt und, beiläufig geſagt, mit der größten Geſchicklichkeit gehandhabt hatte, wurden ſchnell entfernt und auf einer weiter entfernten Anhöhe formirt, um den Rückzug der Infanterie zu decken.

Die Preußen pauſirten nur wenige Augenblicke unter den eroberten Kanonen und gingen ſogleich an die energiſche Verfolgung des Feindes. Schnell war der Gipfel des Lipa-Hügels erſtiegen, und von hier aus ſahen ſie die ganze Strecke zwiſchen ſich und Streſetitz mit davoneilenden weißen Uniformen bedeckt. Die ſiegreichen Bataillone eröffneten ein ſchnelles Feuer auf die fliehenden Feinde, und viele der Letzteren ſtürzten nieder und rollten den abſchüſſigen Boden hinab. Die beiden Corps, welche der Kronprinz mehr gegen das öſterreichiſche Hintertreffen dirigirt hatte, fielen den Flüchtigen nun in die Flanke und richteten durch ihr Feuer entſetzliche Verheerungen unter ihnen an. Auch die preußiſche Artillerie kam ſchnell herbei und ſandte, vom Lipa-Hügel aus, ihre Granaten unter die fliehenden Soldaten. Deſſenungeachtet hielten die Oeſterreicher ihre militäriſche Ordnung aufrecht, und ihr Rückzug artete nicht in wilde Flucht aus. Ein ſolcher Rückzug macht der Tapferkeit der öſterreichiſchen Soldaten ſo viel Ehre, wie eine gewonnene Schlacht.

Was die preußiſche Cavallerie betrifft, ſo konnte ſie die Landſtraße nicht eher verlaſſen, als bis ſie den Gipfel des Hügels beinahe erreicht hatte, da der Weg auf beiden Seiten von Gehölzen begrenzt war. Bei ihrer Ankunft hatte demnach die öſterreichiſche Infanterie bereits die Hälfte der Strecke zurückgelegt, welche Lipa von dem weiterhin gelegenen Hügel bei Streſetitz trennt. Hier aber hatten die öſterreichiſchen Batterien Poſto gefaßt und begannen die auf der Verfolgung begriffenen Truppen heftig zu beſchießen. Prinz Friedrich Karl, der ſich in dieſem Augenblicke an der Spitze der Huſaren und Dragoner

befand, mußte dieſe nun verlaſſen, um für den Angriff auf die von der öſterreichiſchen Artillerie gefaßte neue Poſition ſeine Anordnungen zu treffen, und die Cavallerie löste ſich ſogleich in einzelne Schwadronen, ja ſogar in noch kleinere Abtheilungen auf und ſtürzte ſich mit wildem Ungeſtüm auf die Fährte der ſich zurückziehenden feindlichen Infanterie. Doch begannen die Granaten der öſterreichiſchen Artillerie unter der verfolgenden Reiterei zu ſpielen, während die fliehende Infanterie, wenn die Verfolger ihr zu nahe nachrückten, ſich umwandte und Salven abfeuerte, die manchen Sattel leer machten. Auch war die öſterreichiſche Cavallerie noch nicht vom Schlachtfelde gewichen, obgleich ſie außer Stande war, ſich zur Deckung ihrer Infanterie dem furchtbaren Feuer der preußiſchen Kanonen entgegenzuſtellen. Als ſie jedoch von der feindlichen Cavallerie angegriffen wurde und in Folge dieſes Umſtandes die preußiſchen Kanonen ihr gegen ſie eröffnetes Feuer unterbrechen mußten, kämpfte ſie tapfer und opferte ſich, um den Rückzug der Ihrigen zu decken. Mehrere Schwadronen des dritten preußiſchen Dragonerregiments trafen mit einem öſterreichiſchen Küraſſierregiment zuſammen; das Letztere wandte ſich zurück und attakirte. ‚Große Männer auf großen Pferden,‘ drängten ſie die Preußen zurück und mit ihren wuchtigen Schwertern einhauend, brachten ſie den Dragonern ſchwere Verluſte bei. Als Hohenlohe's preußiſche Uhlanen die Bedrängniß ihrer Kameraden ſahen, griffen ſie die Flanke der Oeſterreicher mit eingelegter Lanze an und zwangen ſie zum Rückzuge. Doch wurden ſie nun auch von Ziethens Huſaren im Rücken angegriffen. Ein wilder Kampf entſpann ſich; die Küraſſiere, für ihr Leben fechtend, hieben wüthend um ſich; die Uhlanen jedoch trieben ihre Lanzen in die Pferde der Oeſterreicher, während die leichten und behenden Huſaren ſie umzingelten, und nur zehn Oeſterreicher ſollen aus dieſem Kampfe unverwundet hervorgekommen ſeyn.

Die öſterreichiſche Artillerie vermochte ihre neue Poſition nicht lange zu behaupten. Das Feuer der preußiſchen Kanonen und die zu

einem weitern Angriff getroffenen Anordnungen zwangen sie bald zum Rückzuge. Langsam wich sie zurück; doch auf jeder neuen Anhöhe, die sie der Reihe nach erreichte, begann sie aufs neue gegen ihre Verfolger zu kämpfen, um diese aufzuhalten und für ihre eigene Infanterie Zeit zur Fortsetzung des Rückzuges zu gewinnen.

Die Verfolgung wurde bis nach dem Einbruche der Dunkelheit in der Richtung der Elbe energisch fortgesetzt. Die Oesterreicher gingen theils nach Königgrätz, theils nach Pardubitz, und man erwartete, daß sie beim Uebergange über den Fluß auf den wenigen Brücken zusammengedrängt, von der preußischen Cavallerie eingeholt und ihre Armee beinahe vernichtet werden würde. Sie hatten indessen die sehr kluge Vorsichtsmaßregel getroffen, sieben oder acht Brücken über den Fluß zu werfen, und so gelangten sie ohne großen Verlust zur Nachtzeit über den Strom."

Der Timescorrespondent im österreichischen Lager berichtete: „Die Sonne, welche diesen Morgen bei ihrem Aufgange eine von froher Hoffnung und Zuversicht zu sich und ihrem Führer belebte Armee beschien, ist soeben inmitten schwerer Massen scharlachrother Wolken und hinter derselben Armee untergegangen, die nun, besiegt und zersprengt, vor einem früher geringgeschätzten Feinde in voller Flucht begriffen, brennende Dörfer zurückläßt, deren Flammen noch spät in die Nacht hinein den Himmel röthen werden.

Nach dem langen Marsche und den großen Entbehrungen, welche die Truppen zu ertragen gehabt, schien eine zweitägige Rast sie in eine vortreffliche Stimmung versetzt zu haben, und sie wünschten nichts Anderes, als nur gegen die Preußen geführt zu werden. Dieser Wunsch ist ihnen gewährt worden, — die mit demselben verknüpfte Hoffnung ist vernichtet. Die Schlacht ist so vollständig verloren, wie irgend eine Schlacht ohne vollkommene Auflösung der besiegten Armee es nur seyn könnte. Ich schreibe diese Zeilen in einem Gehöfte, wo

einige der verſprengten Mitglieder des Stabes ausruhen, bevor ſie den Rückzug fortſetzen.

Um 7 Uhr Morgens wurde die Schlacht des heutigen Tages durch ein Artilleriefeuer von Seiten der Preußen eingeleitet. Die öſterreichiſche Armee war auf einer niederen Hügelkette zwiſchen Smiritz und Nechanitz aufgeſtellt und ſieben Armeecorps waren, die Sachſen ungerechnet, innerhalb eines Raumes von neun Meilen zuſammengezogen. Der Centralpunkt, wo Feldzeugmeiſter Benedek während des größten Theiles der Schlacht zu finden war, befand ſich auf einem Hügel, der die Fronte, den rechten und den linken Flügel beherrſchte. Faſt unmittelbar unterhalb dieſes Punktes lag das kleine Dorf Lipa, das einen hervortretenden Winkel bildete, von welchem die Flanken nach beiden Seiten hin zurücktraten.

Links ſtanden die Sachſen, dieſen zunächſt in der erſten Linie das 10. Corps unter dem Befehl des Feldzeugmeiſter-Lieutenant Gablenz; das 3. unter dem Erzherzog Ernſt und das 4. unter dem Grafen Feſtetics waren im Centrum aufgeſtellt; das 2. unter dem Grafen Thun ſtand auf der Rechten. Hinter den Sachſen war das von dem Erzherzog Leopold befehligte 8. Corps zur Unterſtützung poſtirt. Als Reſerve ſtanden, unter Clam-Gallas und Ramming, das 1. und 6. Corps. Die Cavallerie war im Hintertreffen aufgeſtellt, um eine paſſende Gelegenheit zum Eingreifen abzuwarten.

Die Schlacht begann um 7 Uhr des geſtrigen Morgens und um 10 Uhr Vormittags nahmen der Feldzeugmeiſter und ſein Stab ihre Stellung auf dem oberhalb des Dorfes Lipa gelegenen Hügel. Die Kanonade war auf der ganzen Linie heftig; doch das Intereſſe des Augenblickes galt dem kleinen Dorfe unter uns, um deſſen Beſitz ein wüthender Kampf ſtattfand. Da jedoch in das Innere des Ortes niemand hineinblicken konnte, ſo will ich nur anführen, daß die Oeſterreicher den Beſitz deſſelben behaupteten. Ein anderes, weiter abwärts gelegenes Dorf und ein jenſeits des letzteren gelegenes Gehölz wurden

während des größten Theils des Tages von den Preußen behauptet. Um 10½ Uhr marſchirten zwei Jäger-Bataillone mit lautem Hurrahruf an uns vorüber, um ſich an dem Kampfe zu betheiligen. Die tapferen Burſchen glaubten nur muthig und trotz des heftigen feindlichen Feuers vorrücken zu dürfen, um alles vor ſich niederzuwerfen; doch wußten ſie wenig von der Taktik des Feindes, noch von der tödtlichen Wirkung des Zündnadelgewehrs. Es iſt ſchmerzlich, ein Uebermaß von Tapferkeit tadeln zu müſſen; doch habe ich im Allgemeinen gefunden, daß die öſterreichiſchen Truppen ſich den feindlichen Kugeln ausſetzten, wenn ſie mit eben demſelben Nutzen augenblicklich in gedeckter Stellung hätten bleiben können, und beſtändig die kleinen Vortheile vernachläſſigten, die ein unebenes Terrain, Gehölze und Gräben als Schutz gegen feindliche Geſchoſſe darzubieten vermochten. Sie ſchienen ſtets beſtrebt, zum Handgemenge zu kommen und ſich als Waffe des Bajonets oder des Gewehrkolbens bedienen zu können. Hieraus entſprang eine nutzloſe Vergeudung von Menſchenleben und eine dem entſprechende Scheu vor dem preußiſchen Feuer. Die Preußen dagegen ſchoſſen, wo es nur möglich war, ſtets aus Gehölzen, Häuſern oder Hohlwegen; es ſchien ihren Leuten eingeſchärft zu ſeyn, ihr Leben zu ſchonen, als den werthvollſten Beſitz, den ſie ihrem Lande erhalten könnten. Ueberdies muß jeder unbefangene Beobachter die Wahrnehmung machen, daß eine ſich in der Defenſive haltende Armee ſich etwas mehr verſchanzen könnte. Einige Wagenladungen Spaten würden für die Laſt ihres Transports durch die größere Sicherheit, welche ſie den Truppen gewähren müßten, reichlichen Erſatz bieten. Wollen meine Freunde unter den Offizieren der öſterreichiſchen Armee mir ferner die Bemerkung verzeihen, daß mehr Häuſer mit Schießſcharten verſehen und noch manche andere jener Vorſichtsmaßregeln adoptirt werden könnten, welche jedem Kriegskundigen ſo vollkommen bekannt ſind? Niemand kann jemals den Muth der öſterreichiſchen Militairs in Zweifel ziehen; wollen ſie jedoch niemals die Lehre an-

nehmen, daß Vorsicht und Klugheit den bessern Theil der Tapferkeit bilden?

Um 11¼ Uhr des Vormittags debouchirten preußische Verstärkungen aus einem Gehölz hinter dem zweiten Dorfe auf ihrer Rechten. Man glaubte anfangs, sie wären auf dem Rückzuge; sie rückten jedoch tirailleurartig gegen Lipa vor, um ihre dort im Gefecht stehenden Kameraden zu unterstützen. Zwei aus Achtpfündern bestehende Batterien, die rechts und links von dem Standpunkte des österreichischen Stabes aufgestellt waren, eröffneten ein ziemlich wirksames Feuer gegen die Anrückenden; doch betrug die Schußweite ungefähr 3000 Schritt und die Batterie zur Linken war unvortheilhaft placirt, so daß das Vorrücken des Feindes nicht gehemmt werden konnte.

Um 11½ Uhr erhielt Windischgrätz den Auftrag, seine Cavallerie nach der Ebene vorzuschieben und sie zum Angriff bereit zu halten. Drei Kürassier-Regimenter rückten mit dem die österreichische Cavallerie charakterisirenden schimmernden Glanze in guter und fester Haltung vor. Im Kampfe sah ich sie nicht, obgleich sie, gemeinschaftlich mit der übrigen Cavallerie, den Rückzug deckten und schwere Verluste erlitten. Doch nur ein gänzlich kaltes Herz hätte die tapferen Burschen felsenfest unter dem heftigen Feuer der weittragenden preußischen Gewehre so lange sitzen zu sehen vermocht, ohne von Gefühlen der Theilnahme bewegt zu werden. Die Cavallerie hat, außer beim Rückzuge, bisher gar keine Chancen gehabt und man hört manchen Seufzer, sieht manche Thräne über die mehr als decimirten Reihen ‚unserer herrlichen Reiterei.'

Unmittelbar darauf sandte Benedek Befehle an die Artillerie, mit ihrem Feuer zurückhaltender zu seyn, da sie sonst ihre Munition erschöpfen würde.

Gegen 12 Uhr erhielt der Fürst von Holstein den Auftrag, das Terrain zu recognosciren, über welches er mit seiner Cavallerie-Division bald würde vorzurücken haben, und fünf Minuten später traf die Nach-

richt ein, daß das 5. preußiſche Armeecorps gegen unſern rechten Flügel vorgehe. Die ſogleich gegebene Antwort lautete: Das Terrain müſſe behauptet werden und wenn das unmöglich wäre, ſo ſolle der rechte Flügel langſam zurückgehen.

In dieſem Stadium der Schlacht herrſchte vollkommene Gelaſſenheit und Zuverſicht. Die auf dem linken Flügel ſtehenden Sachſen behaupteten ihre Poſition. Eine preußiſche Batterie feuerte gegen die in der Nähe des Stabes aufgeſtellten Achtpfünder, doch flogen die meiſten Geſchoſſe hoch über die Batterie und über unſere Köpfe hinweg und fuhren 400 Ellen hinter uns in die Erde, in welche ſie, in natürlicher Folge ihres hohen Fluges, ſich tief hineinwühlten. Die achtpfündigen Kanonen auf der Linken wurden aus der für ſie in der Eile konſtruirten Batterie nach einem niedrigern Niveau geſchafft, von wo aus ſie die preußiſchen Truppen zwiſchen Lipa und dem jenſeits liegenden Gehölz in der Flanke beſchießen konnten. Die Batterie zur Rechten ſetzte ihr direktes Feuer gegen die links von dem Gehölze ſtehenden feindlichen Colonnen fort.

Um 12¼ Uhr ließ Gablenz ſagen, daß ſeine Munition auf die Neige gehe, und bat, daß einige der Reſerve-Batterien ihm geſandt werden möchten. Der ſehr ruhige und geſammelte Oberbefehlshaber antwortete, gelaſſen ſeine Cigarre weiterrauchend, er könne keine entbehren, und fügte die Frage hinzu, weshalb Gablenz ſo viel Munition verbraucht habe. Nach wenigen Minuten jedoch ſchickte er drei Achtpfünder-Batterien aus der Reſerve. Es blieben jetzt nur noch 12 Achtpfünder-Batterien und 24 Regimenter der ſchönſten Cavallerie in der Welt (wenn man dem Gerücht glauben darf) für einen kritiſchen Augenblick reſervirt.

Um 12¼ Uhr ſtand Lipa in Flammen und eine furchtbare Kanonade fand auf der ganzen Linie ſtatt. Nicht weniger als tauſend Kanonen öffneten ihre Schlünde auf entgegengeſetzten Seiten des Thales. Die weißröckigen Küraſſiere ſaßen wie Bildſäulen auf ihren Pferden,

nicht achtend der Granaten, welche in ihren Reihen aufräumten oder vor ihrer Front explodirten. Was den ſceniſchen Effekt noch erhöhte, war der Umſtand, daß in dieſem Augenblicke die aus der Reſerve herbeigeholten drei Batterien herankamen, deren Bedienung unter wildem Geſchrei und Peitſchenſchwingen in einer Entfernung von wenigen Ellen an dem Stabe vorüber galoppirte. Die von den Leuten ausgeſtoßenen Töne waren ſo verſchieden von dem gewöhnlichen Hurrahruf der Jäger, daß ich mich erkundigte, wer ſie wären. Die mit ſtolzem Lächeln gegebene Antwort lautete: ‚Ungarn‘.

In dieſem Momente wendete ſich Feldzeugmeiſter Benedek im Sattel um und ſagte: ‚Niemand ſoll auch nur über eine einzige Batterie weiter verfügen; ich werde ſie alle ſogleich brauchen.‘ — Die Wolken, welche den ganzen Tag über dem Hügel geſchwebt hatten, begannen ſich jetzt in feinen Regen aufzulöſen und der Rauch hing in gewaltigen Maſſen über der erſten Schlachtlinie.

Wenige Minuten nach 1 Uhr trabte der Stab davon, um die Lage der Dinge auf dem rechten Flügel in Augenſchein zu nehmen. Als die grünen Federn ſich ſchnell fortbewegten, ſtimmten die Muſikchöre die Nationalhymne an und die Leute begrüßten ihren Feldherrn mit lautem Zuruf. Auf jedem Antlitz ſpielte ein freundliches Lächeln; die Jäger warfen ihre Hüte in die Luft; Alles ſchien von der beſtimmten Hoffnung auf einen bevorſtehenden Sieg beſeelt. Benedek jedoch winkte den Leuten, ihre Demonſtrationen einzuſtellen, und rief in ſeinem ſtets lauten und kräftigen Tone: ‚Jetzt nicht; — wartet bis morgen, Kinder.‘

Wir kehrten nach dem früheren Standorte zurück und kamen gerade rechtzeitig an, um das 3. Corps mit Muſik und unter lauten Ausrufungen der Leute durch das Thal vorrücken zu ſehen. Um dieſe Zeit — 1½ Uhr Mittags — ging alles gut; die Preußen ſchienen ſich zurückziehen zu wollen; die Infanterie war in beſter Stimmung, die Cavallerie faſt unberührt und in der Nachhut ſtand eine Artillerie-

Reſerve, die, wie es ſchien, vollkommen genügen würde, um alle Hinderniſſe zu überwinden, ſo daß alsdann nichts weiter zu thun wäre, als mit Hülfe der Cavallerie den ohnehin ſchon erſchöpften Feind vollſtändig zu zerſtreuen.

Graf Feſtetics, Kommandeur des 4. Corps, war im Anfange der Schlacht verwundet worden, und ſein Unterbefehlshaber, welchem die ehrenvolle Aufgabe der Vertretung ſeines Vorgeſetzten zufiel, begierig, ſeinen Eifer und ſeine Energie zu entfalten, vielleicht auch glaubend, daß der Moment zu einem entſchiedenen Handeln nun gekommen ſey, ließ ſeine Leute vorrücken, und das 2. Corps ging zu ſeiner Unterſtützung vor. Nun aber ſcheint es kaum einem Zweifel zu unterliegen, daß der Hauptangriff der Preußen unſerm linken Flügel gelten ſollte, und dieſer war durch das den Sachſen zur Unterſtützung beigegebene 8. Corps verſtärkt worden. Der preußiſche linke Flügel muß verhältnißmäßig ſchwach geweſen ſeyn und man darf den General entſchuldigen, daß er ſeine Inſtructionen überſchritt, — wenn nämlich die Auskunft, welche ich dieſen Morgen aus einer ſehr zuverläſſigen Quelle erhielt, nicht etwa auf einem Irrthum beruht. Wie dem auch ſeyn mag, — hätte Chlum, ein Dorf auf dem Hügel rechts von Lipa, nicht ohne Deckung bleiben dürfen. Man ſagt, eine preußiſche Patrouillen-Abtheilung habe, als ſie den Poſten unbeſetzt fand, von ihm Beſitz genommen, ein Haus in Brand geſteckt, als Signal für die Ihrigen, in bedeutenderer Anzahl herbeizukommen, und gegen die wenigen in ihrer Nähe befindlichen öſterreichiſchen Truppen jenes ſchnelle Zündnadelgewehrfeuer eröffnet, welches die Schwäche einer unbedeutenden Streitmacht ſo wirkſam zu verbergen geeignet iſt.

Es war 3 Uhr, daß Benedek benachrichtigt wurde, daß Preußen hinter ihm ſtänden. Mit dem ihm eigenen Ungeſtüm galoppirte er ſogleich der ihm bezeichneten Stelle zu, um die zur Vertreibung der Gegner erforderlichen Befehle zu ertheilen und deren Ausführung ſelbſt zu überwachen. Von ſeinem ganzen Stabe gefolgt, ſprengte er nach

der Richtung zwiſchen Chlum und den Truppen. Schneller als ich es niederzuſchreiben vermag, ſank Prinz Eſterhazy vom Pferde; — ſein Schlachtroß war unter ihm erſchoſſen; Graf Grünne erhielt eine, wie man ſagt tödtliche Wunde; Baron Henikſteins engliſche Stute wurde ſchwer verwundet und viele Unfälle traten unter den Leuten ein. Ich ſah den jungen Fürſt Eſterhazy, das ſchöne Geſicht mit Schlamm bedeckt, ſich mühſam emporraffen, das Pferd eines Dragoners beſteigen, der ſogleich mit einem andern verſorgt wurde. Der ganze Stab ritt nun davon, um eine geſichertere Stellung aufzuſuchen; vorher jedoch hatten die Mitglieder deſſelben die durch den plötzlichen Angriff beſtürzten und in Unordnung gerathenen Leute wieder geſammelt und formirt.

Der Schlüſſel der Poſition war in den Händen des Feindes und Schrecken war auf jedem Antlitz ausgeprägt. Nur Benedek blieb gefaßt und ruhig, während er hinwegritt, um einige Reſerven herbeizuholen und die verlorene Poſition wieder zu nehmen. Die Kugeln fielen noch maſſenweiſe, als der Stab dem Oberbefehlshaber nachritt, und als ſie ſich einem von Wirthſchaftsgebäuden umgebenen Gehöfte näherten, um in demſelben Deckung zu ſuchen, wurden ſie von einem neuen Kugelregen begrüßt, den die nunmehrigen preußiſchen Inhaber ihnen entgegenſandten. Eine dieſer Kugeln verwundete den Erzherzog Wilhelm am Kopfe; doch iſt, wie ich glaube, die Verletzung nicht gefährlich.

Es kann nicht überraſchen, daß dieſes unerwartete Erſcheinen des Feindes — gewiſſermaßen in unſerer Mitte, — und das in eben dem Augenblicke, als die öſterreichiſche Armee den Sieg ſchon in ihrem Bereich zu erblicken glaubte, einige Verwirrung hervorrief. Schnell brachte der Feind zwei Batterien herbei und inmitten des Kanonendonners, des Krachens der Granaten und des Pfeifens der Kugeln war es für die im Thale Stehenden überaus ſchwierig, Freund von Feind zu unterſcheiden.

Den zum Vorrücken kommandirten Bataillonen gelang es nicht, Chlum wieder einzunehmen, — und in die ſo unvorſichtig offen gelaſſene Lücke ſchob der Feind immer neue Truppen nach, — ſo daß nach wenigen Minuten die große Nordarmee ſich an der Fronte, Flanke und im Rücken angegriffen ſah. Nicht nur durch den von dem Feinde wirklich errungenen Vortheil wird eine derartige Lage zum ſichern Vorboten herannahenden größern Unheils: der Glaube, von Feinden umringt zu ſeyn (wie die erregte Phantaſie unter ſolchen Umſtänden vorzuſpiegeln pflegt), erzeugt eine furchtbare moraliſche Wirkung. Deſſenungeachtet benahm die Armee ſich gut. Die Cavallerie avancirte oder machte Seitenſchwenkungen, als wäre ſie auf der Parade, und wäre es der Infanterie nur geglückt, ſich des Dorfes Chlum wieder zu bemächtigen, ſo hätte der Sieg ſich immer noch auf die Seite des öſterreichiſchen Heeres neigen können.

Dies ſollte jedoch nicht ſeyn. Regiment nach Regiment, Batterie nach Batterie erſchien auf den Höhen und beſchoß das Hintertreffen der Oeſterreicher. Vergebens warf ſich Benedek in das heftigſte Feuer der erſten Linie. Der Tod, welchen er ſuchte, wollte ihm nicht die Augen ſchließen, ihn nicht blind und unempfindlich machen für den Anblick, der ſich rings umher ihm aufdrängte. Er konnte ſich nicht der Aufgabe entziehen, den Rückzug der Armee zu leiten, — und dieſer Rückzug war nur unter ſchweren Verluſten an Leuten, Kanonen und Vorräthen auszuführen. Dennoch ward noch nicht alles aufgegeben. Die Büchſen wurden nicht hinweggeworfen, die Kanonen nicht im Stiche gelaſſen, ſo lange ſie noch vom Schlachtfelde gezogen werden konnten. Diejenigen Verwundeten, welche bereits auf dem Wege von der Front des Schlachtfeldes nach den Feſtungen waren, wurden ſorgfältig weiter getragen. Plünderung oder ſonſtige Zügelloſigkeit fand auf den vom Schlachtfelde hinwegführenden Wegen durchaus nicht ſtatt, und kann die Regierung ſie nur von neuem ausrüſten, ſo wird

die Nordarmee bald wieder bereit ſeyn, ſich der ſchrecklichen Waffe, vor welcher ſie geflohen iſt, abermals entgegen zu ſtellen.

Um 4½ Uhr befand ſich die ganze Armee in vollem Rückzuge. Ihre vom Feinde verfolgte Nachhut wurde von der Artillerie und Cavallerie geſchützt, welche, wie man ſagt, verzweifelte Ausfälle machten und bei dieſen Gelegenheiten mehr als decimirt worden ſind. Der Brücken über den Adlerfluß und die Elbe gibt es nur wenige und dieſe wenigen ſind überaus ſchmal; die an ſolchen Punkten zuſammentreffenden verſchiedenen Colonnen geriethen in Unordnung und miſchten ſich unter einander. Kanonen, die nicht weiter fortgeſchafft werden konnten, wurden von ihren Lafetten hinab und in den Fluß geworfen: auf dieſe Weiſe gingen viele verloren, doch ſollen verhältnißmäßig nur wenige in die Hände des Feindes gefallen ſeyn. Ein Artillerie-Kapitain, der mich nach dem Verluſte an Kanonen fragen hörte, ſagte: ‚Von meiner ganzen Batterie ſind nur noch eine Kanone und ſieben Pferde übrig und viele andere Batterien ſind in ähnlichem Zuſtande.‘ Ein anderer ſagte: ‚Wir haben keine Artillerie mehr.‘ Der Stab des Hauptquartiers wurde während der Unordnung, welche der Verwundung des Erzherzogs Wilhelm folgte, gänzlich zerſtreut; Benedek ward von ſeiner Eskorte getrennt und niemand wußte, wohin er ſich gewendet hatte. Nach einigen vergeblichen Verſuchen, ihn aufzufinden, wendeten viele Mitglieder des Stabes — da alle wichtigen Poſitionen nunmehr in Feindeshand waren — dem Schlachtfelde den Rücken, um ſich in Neu-Königgrätz wieder zuſammen zu finden. Nach einem langen Ritte dort angekommen, fanden wir, daß der General den Ort bereits verlaſſen hatte, und den ermüdeten Pferden wurde eine Stunde zur Raſt und Erfriſchung gewährt. Alles war tief entmuthigt und niedergeſchlagen.“

Am Tage nach der großen Schlacht, am 4. Juli, ſchrieb der König von Preußen von Horzitz aus an ſeine Gemahlin in Berlin einen bald darauf in allen Zeitungen abgedruckten vortrefflichen Brief,

deſſen getreuen Wortlaut, nachdem in andern Abdrücken einige Irrthümer mit unterlaufen waren, die Kreuzzeitung vom 17. Auguſt mittheilte, wie folgt: „Am 2. verließ mich Fritz Karl (Prinz Friedrich Karl) um 3 Uhr Nachmittags nach einem Kriegsrath, in welchem beſchloſſen wurde, den durch Märſche und Kämpfe erſchöpften Mannſchaften 1 bis 2 Ruhetage zu gönnen. Um ½11 Uhr Abends traf jedoch General Voigts-Rhetz wieder bei mir ein, um die Ausbeute der Recognoscirungen des Tages zu melden, die dahin ging, daß bedeutende feindliche Maſſen von Joſephſtadt nach Königgrätz dieſſeit der Elbe ſich von 8—3 Uhr bewegt hätten, Gefangene ausſagten, die Armee concentrire ſich zwiſchen Elbe und Biſtritz und Königgrätz; es wurde mir daher vorgeſchlagen, den günſtigen Umſtand, daß die feindliche Armee ſich dieſſeit der Elbe ſchlagen zu wollen ſcheine, zu benutzen und ihr die Schlacht anzubieten. Zu dem Ende ſollte ſich die erſte Armee mit dem 2., 3., 4. Corps im Centrum, Sadowa vor ſich habend, aufſtellen, General Herwarth mit ſeinen 1½ Corps über Nechanitz in die linke Flanke, Fritz mit der zweiten Armee, Garde, 1., 5., 6. Corps von Königinhof, ſeinen linken Flügel längs der Elbe, in die rechte Flanke des Feindes vorgehen. Erſt um Mitternacht hatte ich mit General Moltke alles feſtgeſtellt: beſtimmte meinen Aufbruch auf 5 Uhr früh, da die Armee ſofort Nachts 2 Uhr den Marſch anzutreten hatte. Ich hatte faſt vier Meilen zu fahren und glaubte immer noch nicht recht an die Richtigkeit der Annahme, daß der Feind dieſſeits der Elbe ſtehen könne. Aber nur zu bald ſollte ſich die Richtigkeit herausſtellen. Als ich in einem kleinen Dorfe, Dub, zu Pferde ſtieg, regnete es und dauerte derſelbe mit langen Unterbrechungen den Tag über an. Schon bei den Truppen vorüberfahrend, wurde ich fortwährend von denſelben mit Hurrah begrüßt. Das Gefecht fing ſo eben 8 Uhr mit Artilleriefeuer des 2. Corps an, als ich in Sadowa ankam und auf einer Höhe Poſto faßte; dies Corps ſtand rechts von hier. Die Diviſion Horn (8. Diviſion) ging bei Sadowa über die

Biſtritz und griff vorliegende waldige Höhen an, gewann bei der Heftigkeit der Vertheidigung wenig Terrain, die 7. Diviſion (Franſecky) entwickelte ſich mehr links, mit gleich ſchwankendem Erfolge, Herwarth griff ſchon nach 1½ Stunden, von Nechanitz kommend, ins Gefecht ein, welches von nun an faſt während fünf Stunden hauptſächlich in Artilleriegefecht beſtand, untermiſcht mit Infanteriegefecht in waldigen Bergen. Mit Sehnſucht ſahen wir dem Eintreffen der zweiten Armee entgegen, denn bei dieſem langen Artilleriekampf mußte dieſelbe mehrere Mal bereits ihre Reſerve-Munition verausgaben. Das Infanteriegefecht ſchwankte hin und her. Endlich entdeckten wir die erſten Spuren der Annäherung des Garde-Corps, aber das Gefecht konnte man nicht ſehen, indem es jenſeits einer Höhe vor ſich ging und man nur daſſelbe aus der Flankenſtellung annehmen konnte. Trotz dieſer Umgehung und trotz dem allmäligen, ſehr langſamen Vordringen Herwarths hielt der Feind in dem Centrum immer noch feſten Stand. Jetzt wurde die 5. Brigade (Schimmelmann), Leib-, 48. Regiment zur Unterſtützung des Angriffs auf das Centrum vorgenommen. Ich ritt durch die Regimenter durch, die mich mit lautem Jubel begrüßten (während Pieſke im Marſch ‚Heil Dir im Siegerkranz‘ blies, ein ergreifender Moment). Plötzlich wurde das Artilleriefeuer im Centrum ſchwächer und wurde Cavallerie verlangt, ein Zeichen, daß der Feind anfange zu weichen. Jetzt verließ ich meine Höhe, weil der Sieg anfing, ſich durch den Flanken-Angriff der zweiten Armee zu entſcheiden, und ritt mit der Cavallerie vor.

Hier ſtieß ich zuerſt auf die im vollen Avanciren begriffene (Tambour battant) 2. Garde-Diviſion und Theile des Garde-Füſilier-Regiments in Mitten eben genommener 12 Kanonen. Der Jubel, der ausbrach, als dieſe Truppen mich ſahen, iſt nicht zu beſchreiben, die Offiziere ſtürzten ſich auf meine Hände, um ſie zu küſſen, was ich diesmal geſtatten mußte, und ſo ging es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur andern und überall

das nicht enden wollende Hurrahrufen! Das ſind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um ſie zu begreifen, zu verſtehen! So traf ich auch noch die Truppen des 1., 6. und 5. Armeecorps, auch mein Infanterie-Regiment; vom 8. Corps nur das 8. Jäger- und vom 7. nur das 17. Regiment, die übrigen waren zu weit ſchon entfernt in der Verfolgung des Feindes. Jetzt brachen unſere Cavallerie-Regimenter vor, es kam zu einem mörderiſchen Cavalleriegefecht vor meinen Augen, Wilhelm an der Spitze ſeiner Brigade, 1. Garde-Dragoner-, Ziethen-Huſaren, 11. Uhlanen- (Hohenlohe'ſches) Regiment gegen öſterreichiſche Küraſſiere, Uhlanen, die total culbutirt wurden, und das Gefechtsfeld, das ich gleich darauf beſchritt, ſah fürchterlich aus, von zerhauenen Oeſterreichern todt, lebend! So avancirte dann wieder die Infanterie bis zum Thalrande der Elbe, wo jenſeits dieſes Fluſſes noch heftiges Granatfeuer erfolgte, in das ich auch gerieth, aus dem mich Bismarck ernſtlich entfernte. Ich ritt aber nun noch immer umher, um noch ungeſehene Truppen zu begrüßen, wo ich Mutius, Württemberg und Bonin auch antraf. Alle dieſe Wiederſehen waren unbeſchreiblich! Steinmetz, Herwarth fand ich nicht. Wie ſah das Schlachtfeld aus! Wir zählten 35 Kanonen; es ſcheinen über 50 genommen zu ſeyn, mehrere Fahnen. Alles lag voller Gewehre, Torniſter, Patrontaſchen, wir rechnen bis heute 12,000 Gefangene; hier befinden ſich 50 gefangene Offiziere. — Aber nun den Revers der Medaille. Unſer Verluſt, der noch nicht ermittelt, er wird hoch ſeyn. Daß General Hiller von der Garde geblieben iſt, wirſt Du ſchon wiſſen, ein großer Verluſt! Anton Hohenzollern hat 4 Gewehrkugeln im Bein! Ich weiß nicht, wie es ihm heute geht, er ſoll enorm brav geweſen ſeyn. Erkert iſt ſchwer bleſſirt, ebenſo Oberſt Obernitz am Kopfe. Das 1. Garde-Regiment hat ſolche Verluſte, daß aus zwei Bataillonen eins formirt iſt! In welcher Aufregung ich war, kannſt Du denken! Und zwar der gemiſchteſten Art! Freude und Wehmuth. Endlich begegnete ich noch ſpät 8 Uhr Fritz (dem Kronprinzen) mit ſeinem Stabe! Welch ein

Moment nach allem Erlebten und am Abend dieſes Tages! Ich übergab ihm ſelbſt den Orden pour le mérite, ſo daß ihm die Thränen herabſtürzten, denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten! Alſo völlige Ueberraſchung! — Einſtens alles mündlich! Erſt um 11 Uhr war ich hier, ohne alles, ſo daß ich auf einem Sopha campirte."

Der preußiſche Staatsanzeiger theilte noch Weiteres mit. Der König, heißt es hier, wurde in Gitſchin ſchon um Mitternacht geweckt, weil man glaubte, Benedek wolle die Armee des Prinzen Friedrich Karl angreifen, ehe die des Kronprinzen von Königinhof herbeikommen könne. Sogleich wurde ein Adjutant an den Kronprinzen abgeſchickt, um deſſen Ankunft zu beſchleunigen. Der König rathſchlagte noch mit dem Generalſtab, fuhr um 5 Uhr im Wagen nach Sadowa, wo man den Angriff der Oeſterreicher erwartete, beſtieg hier um 8 Uhr das Pferd und kam nicht mehr aus dem Sattel bis um ½9 Uhr des Abends.

Der König bewahrte in den kritiſchen Stunden der Schlacht eine feſte und ruhige Haltung. Mit Recht bemerkte die Kreuzzeitung, wenn man an die fieberhafte Erregung und Spannung denke, mit der ganz Deutſchland der Entſcheidung in Böhmen harrte, wie müſſe da erſt das Gemüth bewegt geweſen ſeyn in den Kämpfern, die in der großen Entſcheidungsſchlacht mitfochten, und in dem greiſen Könige, der das vollſte Bewußtſeyn davon hatte, was an dieſem Tage auf dem Spiele ſtand. Die Oeſterreicher hielten lange Stand und ihre günſtig aufgeſtellten Batterien ſchleuderten viele Stunden lang Tod und Verderben in die Reihen der Preußen. Der König wußte ſeinen Sohn, zwei Brüder, zwei Neffen und andere Prinzen ſeines Hauſes, die Blüthe ſeines ganzen Volks im erbarmungsloſen Feuer eines unverſöhnlichen Feindes. Er wußte, mit welchen Gefühlen man in Paris, London, Petersburg und in den Hauptſtädten aller kleinen deutſchen Staaten auf dieſe Kraftprobe Preußens ſah. Er wußte, was Preußen

verlieren mußte. Er erlebte furchtbar ernſte Augenblicke. Die Hülfe, die der Kronprinz bringen ſollte, war noch nicht gekommen. Der trübe Himmel ſchwächte die Kraft der Fernröhre. Die auf Erſpähung ausgeſchickten Adjutanten kamen nicht zurück. So ſtand es, als der König, der ſeit ½5 Uhr Morgens nichts gegeſſen hatte und ſeit ½8 Uhr zu Pferde ſaß, etwas zu eſſen und zu trinken wünſchte. Die Equipagen, in denen für alles geſorgt war, ſtanden eine Meile zurück. Dahin zu ſchicken war keine Zeit. Ein Adjutant fragte überall und brachte endlich von einem Reitknecht einen Schluck Wein und von einer Ordonnanz ein Stück Commisbrod und ein Stück Wurſt, womit der König ſich labte. Erſt gegen 2 Uhr erkannte man, daß die Armee des Kronprinzen herannahe.

Als die Armee des Kronprinzen in die Schlachtlinie einrückte, gingen zugleich alle andern preußiſchen Corps wieder vorwärts. Auch der König ritt bis Streſetitz vor und ermunterte ſeine Reiterei. Indem dieſe nun auf eine überlegene feindliche Cavalleriemaſſe losſtürmte, hielt der König bei einer Infanteriebrigade und konnte den furchtbaren Zuſammenſtoß überſehen, ja er war einen Augenblick in Gefahr, in dieſes wilde Reitergefecht verwickelt zu werden, indem ein Hauſe öſterreichiſcher Küraſſiere auf ihn zuſtürzte, aber vor dem Fußvolk wieder umkehrte. Als der König weiter über das Schlachtfeld ritt, gerieth er in feindliches Granatenfeuer. Graf Bismarck machte ihn auf ſeine Gefahr aufmerkſam. Der König antwortete: „Ich weiß es wohl, kann aber doch nicht davon reiten, wenn die brave Armee im Feuer ſteht.“ Doch folgte er dem Grafen, wie er ſelbſt berichtet.

Ueber den Ausgang der Schlacht meldete der preußiſche Staatsanzeiger: „Um ½4 Uhr war die Schlacht entſchieden, es blieb nur noch übrig den Sieg durch eine ſchnelle Verfolgung auszubeuten. Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl ging perſönlich mit der Cavalleriediviſion Horn vor. Im längeren Trabe ging die Reiter-

colonne durch Sadowa, vorbei an den blutigen Spuren des erbitterten Infanteriekampfes um Dorf und Wald, vorbei an den verlaſſenen, mit Leichen und Trümmern bedeckten Poſitionen der öſterreichiſchen Artillerie. Nur vorwärts! Das war das einzige Gefühl dieſer langen Colonne, die ¾ Meilen getrabt hatte, als ſie durch die verfolgende Infanterie, mit jubelndem Hurrah empfangen, durchritt. Hier waren Truppentheile von verſchiedenen Corps untermiſcht. Alles eilte vorwärts, den Feind vor ſich hertreibend. Auch Artillerie war gefolgt und vermehrte die Verwirrung in den abziehenden Trümmern des feindlichen Heeres. Jetzt war der Moment zum Einhauen für die Cavallerie gekommen; ohne die Pferde verſchnaufen zu laſſen, warfen ſich die Regimenter auf Artillerie und Infanterie, und beſtanden dann einen harten, aber ſiegreichen Kampf mit der öſterreichiſchen Reſervecavallerie, die zur Rettung ihrer Armee vorbrach. Während von unſerer Seite das neumärkiſche Dragoner-Regiment, das die Tête gehabt hatte, thüringiſche Huſaren, Ziethen-Huſaren, brandenburgiſche Huſaren Nr. 11, thüringiſche Uhlanen, Garde-Dragoner Nr. 2 ſich auf den Feind warfen, führten die Oeſterreicher ihre Küraſſier-Regimenter Wrangel, Prinz Karl von Preußen, Stadion, ihre Uhlanen-Regimenter Mexiko und Alexander vor, und ungefähr 6000 Reiter fochten auf engem Raume gegen einander. Der Sieg blieb unſer und jeder Widerſtand des Feindes war nun gebrochen. Dem 5. Armeecorps (General von Steinmetz) und den Truppen des Generals Herwarth, die von entgegengeſetzten Seiten gegen die auf Königgrätz zurückweichenden feindlichen Maſſen vorgingen, wurde die Verfolgung zu Theil, deren letzte Schüſſe erſt mit Sonnenuntergang verhallten. Die Truppen bivouakirten auf dem Schlachtfelde und bald erleuchteten zahlloſe Bivouakfeuer die Wahlſtatt, auf der die Nacht durch die angeſtrengteſte Thätigkeit der Aerzte und Krankenträger die traurigen Folgen des Kampfes zu lindern bemüht war. Wie groß unſere Verluſte ſind, läßt ſich noch nicht erſehen; wie ſchmerzlich ſie auch ſind,

ſie haben dem Vaterlande einen der ſchönſten und großartigſten Siege erkauft, von denen die Geſchichte zu berichten hat."

Ueber den Reiterkampf gab die Kreuzzeitung folgenden Bericht: „Das Dorf Streſetitz, deſſen Lage für den Rückzug der öſterreichiſchen Armee beſonders günſtige Poſitionen darbot, ward gegen Abend noch ziemlich ſtark vertheidigt. Prinz Karl von Preußen befand ſich unter den vordringenden Truppen und ſeltſamer Weiſe ſtand ihm das öſterreichiſche Küraſſier-Regiment, deſſen Inhaber er war und das ſeinen Namen trug, gerade gegenüber. Die preußiſche Reiterei, Neumärker-Dragoner, Ziethen-Huſaren, Uhlanen, Garde-Dragoner, ſtürzten ſich, nachdem ſie ein fürchterliches Kartätſchenfeuer ausgehalten hatten, in die ſchwere Cavallerie des Feindes. Der Zuſammenſtoß bot einen eben ſo fürchterlichen, als großartig ſchönen Anblick dar; es war ein Reitergefecht, wie es die Kriegsgeſchichte ſelten darbieten möchte. Die preußiſche Cavallerie warf ſich mit unwiderſtehlicher Gewalt auf den Feind. Die blitzenden Klingen, die flatternden Fahnen, Uniformen aller Art, Kopfbedeckungen jeder Façon, die ſchnaubenden Roſſe wogten gleich wild empörten Fluthen durcheinander. Zuweilen war dieſes ganze ſchrecklich ſchöne Schauſpiel durch die Dampfwolken der Geſchütze minutenlang verhüllt und wenn der Schleier riß, entdeckte man die wüthend miteinander ringenden Kämpfer, indeß öſterreichiſche und preußiſche Geſchoſſe durch die Lüfte und den aufgewirbelten Staub pfiffen. Während des raſenden Cavalleriegefechts warf ſich Infanterie vom 49. Regiment in die Kampflinie, formirte ein Carré und ſchickte zweimal hintereinander volle Lagen der Zündnadelgewehre unter die gegen ſie anbringenden Reiterſchaaren. Die Wirkung war verheerend, Roß und Reiter ſtürzten haufenweiſe nieder. Ledige Pferde tobten zwiſchen den gelichteten Colonnen umher. Die Schwadronen ſtürzten gegen einander, warfen ſich in wilder Flucht zurück, ſtürmten wieder vorwärts, um in die Säbel der Preußen oder in das vernichtende Kartätſchenfeuer ihrer reitenden Batterien zu gerathen. Der wüthende

Kampf endete mit dem vollſtändigen Zurückwerfen der öſterreichiſchen Cavallerieмaſſen, die auf ihrer eiligen Flucht an dem Platze vorbeijagten, auf dem ſich Prinz Karl befand, ſo daß er beinahe von ihnen mit fortgeriſſen worden wäre."

In der Neuen freien Preſſe hieß es: „Beide Schlachtlinien bildeten faſt eine Eiform. Die Preußen wichen anfangs auf ihrem linken Flügel und im Centrum: Gablenz rechts, ging weit vor, vielleicht mit zu großer Bravour. Benedek ſoll wiederholt gerufen haben: ‚Er geht zu weit vor, er geht zu weit vor!' Man hielt die Schlacht für gewonnen. Da verſtärkten die Preußen im Schutze der Bäume ihren rechten Flügel, durchbrachen unſeren linken, brachten den Train in Unordnung, griffen Flanke und Rücken an. Durch das weite Vorgehen des rechten Flügels hatte ſich dieſer vom Centrum getrennt, eine Schlucht lag dazwiſchen; Benedek ſtand mit ſeinem Stabe in Chlum auf einer Anhöhe. Plötzlich wurde er und ſeine Umgebung von einem wahren Kugelregen überſchüttet, vom Feinde, der ſich durch die Lücke den Hohlweg herangeſchlichen hatte, im Rücken angegriffen. Der glänzende Generalſtab war mehr als decimirt. Erzherzog Wilhelm war verwundet, Graf Grünne und Oberſtlieutenant Müller, Benedeks Liebling, fielen; Prinz Eſterhazy wurde verletzt, den Andern wurden Pferde unter dem Leibe erſchoſſen. Benedek ſelbſt wurde wie durch ein Wunder gerettet. Der Feind, der den linken Flügel zerſchmettert, vereinigte ſich mit den rücklings Herangeſchlichenen. Die Nordarmee war geſchlagen."

Abends kam Gablenz als Parlamentär zum König, bei dem er wahrſcheinlich Waffenruhe nachſuchte. Der König aber verfügte keine Unterbrechung der raſchen Verfolgung. Dieſe übernahm zunächſt Reiterei und berittene Artillerie. Das müde Fußvolk bezog um acht Uhr Abends auf dem blutigen Schlachtfelde ſeine Bivouaks, ſang aber nach alter Sitte, wie einſt auf dem Schlachtfelde von

Leipzig, bevor es ſich zur Ruhe und zu einem kärglichen Imbiß niederließ, das fromme Lied: „Nun danket alle Gott!“*)

Die Oeſterreicher verloren in dieſer Schlacht 19,000 Gefangene, 174 Kanonen und elf Fahnen. Der König von Preußen entließ alle öſterreichiſchen Offiziere, welche verwundet in Gefangenſchaft gerathen waren, auf ihr Ehrenwort.

---

*) Das Halle'ſche Volksblatt für Stadt und Land Nr. 68 enthielt rührende Mittheilungen über das Schlachtfeld von Königgrätz: „Unter einem alten ſtattlichen Birnbaum, wo Oberſt von Wietersheim, der Commandeur des 49. Regiments, tödtlich verwundet war, ließ Lieutenant von B. die letzten 88 Preußen beerdigen. Sie lagen da in Reih und Glied; bei ihnen auch etwa 30—40 Oeſterreicher. Mit einem Blick ſah man Tod und Verſtümmelung in hundertfacher Geſtalt. Von hier führte uns Herr von B. die Anhöhe nach Lipa hinauf, wo noch etwa 20 öſterreichiſche Kanonen ſtanden, dahinter die gefallenen Pferde, zwei, vier, ſechs bei einem Geſchütz. Auf dem Wege dorthin hatte das 49. preußiſche gegen das 49. öſterreichiſche Regiment Heß geſtanden. Die Oeſterreicher lagen noch da in langen Reihen, wie hingemäht. Zwiſchen den Leichen, Waffen, Torniſtern, Helmen, Käppis, Kochgeſchirren und andern Trümmern lagen hin und her böhmiſche Gebetbücher, Kirchenbücher für die preußiſchen evangeliſchen und Gebet- und Geſangbücher für die katholiſchen Mannſchaften. Dazwiſchen Spielkarten, Abrechnungsbücher, deutſche und italieniſche Briefe, geſchriebene Lieder auf einzelnen Blättern und in Heften, alles wirr durch einander. Ich habe mir vieles aufgehoben und als eine ſtete Mahnung an die ernſte Zeit mit heimgebracht. — Hier nur ein Brief aus Ruſt, den eine Braut an ihren öſterreichiſchen Verlobten richtet. Sie hofft auf glückliches Wiederſehen und klagt, daß ſie ihr Bild, welches er ſehnlichſt erwartete, noch nicht habe machen laſſen können; dann ſchließt der Brief:

Lieber Franz geſchrieben hab ich bei der Nacht,
Die Liebe hat mich dazu gebracht,
Nun will ich mein ſchreiben Schließen
Weill aus meinen Augen Waſſer fließet.

Sie wird ihren Franz auf Erden nicht wieder ſehen.“

Die Schlacht bei Königgrätz gehört zu denen, die einen Wendepunkt in der Weltgeſchichte bilden und auf Jahrhunderte hinaus die Zukunft der Völker beſtimmen. Wir Deutſche dürfen uns Glück wünſchen, daß uns dieſe Schlacht die Thore einer Zukunft geöffnet hat, die ehrenvoller und befriedigender für uns ſeyn wird, als die Vergangenheit geweſen iſt. Auf den Höhen von Lipa und Chlum löste die preußiſche Garde die läſtige und ſchimpfliche Feſſel, an die einſt Fürſt Metternich das edle deutſche Volk zu legen ſo gottlos und leider auch ſo mächtig war. Der lähmende, alle Keime des Guten hemmende Bann iſt gewichen, das Eis iſt gebrochen und wenn auch in der erſten Zeit noch düſtere Wolken über den Himmel ziehen und Koth genug die deutſche Erde bedeckt, der ſchöne Frühling wird kommen.

Elftes Buch.

Die große Flucht in Böhmen.

Die Schlacht war für Oesterreich verloren und Benedeks Niederlage so entsetzlich, daß sie den ganzen Feldzug entschied.

Ein großer Theil der geschlagenen Armee floh instinctartig nach der nahen Festung Königgrätz. Sie war aber verschlossen, man feuerte sogar von den Wällen auf die Flüchtigen, namentlich auf die Sachsen, die man in der Dämmerung für Preußen gehalten zu haben scheint. Hunderte stürzten sich in die Wallgräben und ertranken, bis man endlich das Thor öffnete.

Jedes Commando hatte aufgehört. Soldaten aller Waffengattungen, bunt gemengt, suchten nur dem rasch verfolgenden Feinde zu entrinnen. Die preußischen Husaren machten im Nachjagen eine Unzahl von Gefangenen. An der Elbe stockte die Flucht und hier erreichte die Verwirrung den höchsten Grad. Es gab nicht genug Brücken, und sie waren so von Pferden und Kanonen vollgestopft,

daß das Fußvolk keinen Platz mehr fand. Tausende stürzten sich in die Elbe, selbst Verwundete, und wer nicht schwimmen konnte, ertrank.

Weil auch die preußischen Truppen sehr ermüdet waren, hielten sie in der Nacht mit der Verfolgung inne und ließen am 4. Juli Benedek Zeit, jenseits der Elbe seine aufgelösten Corps wieder einigermaßen zu ordnen. Er eilte jedoch zu entkommen und suchte, indem er mit dem Gros seiner Armee den Weg nach Olmütz einschlug, die Preußen dahin nachzuziehen, damit Wien mehr Zeit gewänne, sich zur Vertheidigung zu rüsten. Nur sein am meisten zerrüttetes 10. Armeecorps und eine Reiterdivision entsandte er nach Wien. In großer Uebereilung verfügte man in Wien seine Absetzung, um ihn durch den noch in Italien weilenden Erzherzog Albrecht zu ersetzen. Diese Maßregel konnte die Verwirrung und Entmuthigung nur vermehren und die Stellung in Olmütz wurde unter solchen Umständen unhaltbar. Doch hatte Benedek das Verdienst, durch seine außerordentlich eilige Flucht die Nordarmee ohne neues Blutvergießen nach Olmütz zu bringen, denn sie wäre ohne Zweifel ganz aufgelöst worden, wenn die Preußen ihre Fühlung behalten hätten. Die Eile brachte der Armee große Strapazen und Entbehrungen, doch keinen neuen schweren Verlust.

Es kamen klägliche Dinge auf dieser Flucht vor. Die meisten Flüchtigen wandten sich nach Pardubitz. Als die Preußen diesen Ort einnahmen, fanden sie dort zweihundert schwer verwundete Oesterreicher, ohne einen Arzt, ohne die geringste Pflege. Die Preußen mußten nicht nur für ihre eigenen Verwundeten, sondern auch für die des Feindes sorgen, thaten es aber gern und machten dafür die großartigsten Anstrengungen. Lange Wagenzüge brachten preußische und österreichische Verwundete massenhaft nach Schlesien, wo sie von der Bevölkerung liebreich gepflegt wurden, denn von Seiten der böhmischen Bevölkerung geschah nichts.

Die Sachsen sollten in der Nähe von Pardubitz aus einem

Militärmagazin eine bestimmte Quantität Proviant fassen. Der Magazinverwalter lieferte ihnen aber so wenig, daß es ganz unmöglich war, ihren Hunger zu stillen, bis einer aus der Volksmenge einem Offizier zuflüsterte, für ein Trinkgeld würden sie alles erhalten. Und wirklich, kaum hatte man die Hand des Verwalters versilbert, so war Proviant genug da. (Nach einem Privatbriefe, aber aus zuverlässiger Quelle.)

Zu den größten Uebelständen gehörte der Mangel an Trinkwasser auf dem Wege, den die fliehenden und die nachfolgenden Truppen durch Böhmen nahmen. Schon die Sachsen fanden die wenigen Ziehbrunnen bald erschöpft und mußten oft trübes Pfützenwasser trinken. Die Preußen fanden die Brunnen leer oder die Anstalten zum Heraufziehen des Wassers zerstört. Dem Genuß des schlechten Wassers hauptsächlich wurde das Auftreten und Umsichgreifen der Cholera zugeschrieben.

Der „Kamerad" brachte schon drei Tage nach der Schlacht bei Königgrätz eine Kritik des Feldzugs. Irrthümlich schob er die Schuld auf die Langsamkeit der Bayern. Wir sagen irrthümlich, weil Oesterreich auch ohne die Bayern die Offensive so gut hätte ergreifen können, wie es Preußen gethan hat. Man ist berechtigt anzunehmen, daß, wenn Benedek rasch in Sachsen eingerückt wäre, auch die Bayern viel schneller vorwärts gegangen wären. Die Bayern, als die schwächern Bundesgenossen, warteten das Vorgehen der Oesterreicher ab und das kann man ihnen auch nicht verdenken, da sie nicht wissen konnten, ob die Preußen, obwohl sie fast alle ihre Armeecorps in Böhmen concentrirten, gegen die allein vorrückenden Bayern nicht mit überlegener Macht von Sachsen aus einen Hauptstoß geführt haben würden. Dagegen hat der „Kamerad" vollkommen Recht, wenn er weiter auseinandersetzte, daß Benedek, sofern er nun einmal doch so lange in Böhmen wartete, auch Zeit genug gehabt hätte, die Gebirgspässe zu besetzen und die wichtige Iserlinie zu verschanzen.

Wenn die Preußen, nachdem ſie ſiegreich in Böhmen eingedrungen waren, das hinter ihnen liegende Dresden ſogleich zu befeſtigen anfingen, ſo war das, obgleich ein Anrücken der Oeſterreicher auf Dresden zunächſt außer aller Wahrſcheinlichkeit lag, doch die kluge Vorſicht eines Feldherrn, der nicht auf blindes Glück rechnet, ſondern auch an Wechſelfälle denkt. Wie viel mehr wäre eine ſolche Vorſicht nicht von Benedek zu erwarten geweſen, da er die Punkte, welche zu befeſtigen ſo wichtig war, nicht ſchon hinter ſich, ſondern erſt vor ſich liegen hatte. Der „Kamerad" bemerkte: „An der nöthigen Zeit gebrach es nicht, da man ſich blos der Feldſchanzen zu bedienen brauchte. Weder an der Seite des Rieſengebirges, noch an jener gegen das Glatz'ſche waren die Päſſe verſchanzt. Auch die ſo wichtige Linie des Iſerfluſſes hatte man vergeſſen durch fortificatoriſche Werke zu verſtärken. Wären dieſe bei Turnau, Podol, Münchengrätz und Jungbunzlau vorhanden geweſen, ſo würden die Kämpfe vom 26. bis 30. Juni anders ausgefallen ſeyn. In deren Folge wäre die Armee nicht genöthigt geweſen, den Rückzug nach Königgrätz anzutreten. Ein gleiches läßt ſich auch von der obern Elbe ſagen. Wenn man wußte, daß der Feind über das Rieſengebirge vordringen werde, ſo mußte man darauf bedacht ſeyn, ſich nach Verluſt der Iſerlinie ein Schlachtfeld vorzubereiten, auf welchem der Feind erwartet werden konnte. In der Richtung der beſtimmten Rückzugslinie nach Olmütz gab es keinen andern hiezu geeigneten Punkt, als den Kniebug der Elbe bei Pardubitz. Hier wäre ſogar die Errichtung eines verſchanzten Lagers angezeigt geweſen, in welches die Armee im Unglücksfall, der auch wirklich eintrat, direct und auch über die Brücken bei Königgrätz ſich zurückziehen konnte. Das Terrain am rechten Elbeufer bei Pardubitz iſt ſo beſchaffen, daß ein Lager in der kürzeſten Zeit verſchanzt geweſen wäre. Einen natürlichen Brückenkopf für daſſelbe bilden ſchon die Teiche von Bochdanetz. Die Linie der Schanzen konnte bei Chlumetz vorgeſchoben werden, mit dem linken Flügel an die Elbe bei Teinitz, mit dem

rechten an denſelben Fluß bei Königgrätz. Wie ganz anders wäre die Schlacht am 3. Juli ausgefallen, wenn alle dieſe leicht und ſchnell herzuſtellen geweſenen nothwendigen paſſagèren Fortificationen nicht vergeſſen oder verſäumt worden wären. Das Zuſammentreffen vielfacher Unterlaſſungsſünden war die Urſache des Mißglückens des ganzen Feldzugs. Der Feldzug 1859 mißlang, weil man zu viel Befeſtigungen und zu wenig Soldaten hatte, und der jetzige, weil man die Kräfte ſtrategiſch allerdings concentrirte, taktiſch aber zerſplitterte und gar keine Schanzen hatte. Im Feld in allem das richtige Maaß zu treffen, dies iſt die Feldherrngabe."

Benedek genoß alten verdienten Ruhm, und der Kaiſer ſoll ihm unumſchränkte Vollmacht in Bezug auf die Kriegführung und die Wahl ſeiner Untergenerale gegeben haben, wenigſtens rühmte man, daß es geſchehen ſey und daß man dadurch den Hauptfehler des Feldzugs von 1859 vermeide, ſofern damals der Kaiſer und ſeine Suite ſich in den Armeebefehl einmiſchten, wodurch die Einheit des Plans und der Ausführung geſtört wurde. Allein Benedek hat von ſeiner Vollmacht keinen genügenden Gebrauch gemacht, denn er ließ Männer im Commando, deren Unfähigkeit ſich ſchon 1859 erprobt hatte und denen nichts zur Seite ſtand, als der hochadelige Verwandtſchaftshimmel und die Hofgunſt. In Bezug auf Henikſtein frug ein Correſpondent der Augsb. Allg. Zeitung vom 8. Juli: Wie und wodurch dieſer getaufte Jude eine der wichtigſten Stellungen in der öſterreichiſchen Armee erklommen habe, da derſelbe ſchon früher in Italien das Generalſtabsweſen ohne Talent und Geſchick geleitet, „ja ſich auch nicht gern ſeines gegebenen Wortes erinnert habe?" Benedek mußte doch ſeine Leute kennen, alſo war ſeine Vollmacht nicht unbedingt, oder er wagte keinen Gebrauch davon zu machen, um die maßgebenden Kreiſe in Wien nicht zu beleidigen.

Benedek mußte eben ſo gut die Beſchaffenheit ſeiner Truppen und ihrer Verpflegung kennen. Wenn er auch glaubte, ſeine Truppen

ſeyen zahlreich und tapfer genug, um die Preußen zu ſchlagen, ſo hätte er doch beſſer für die Verpflegung ſorgen und ſchon früher ſeinen Einfluß geltend machen müſſen, um eine Reform der Armeeverwaltung durchzuſetzen. Davon war nicht die Rede. Die Verpflegung der Armee war wieder ſo ſchlecht wie früher. Viele Soldaten deſertirten aus Hunger. Auch die Ausrüſtung der Truppen war ungenügend. Immer noch wurde der gemeine Mann zu ſehr beſchwert. Man hatte das im italieniſchen Feldzug gerügt und wollte alles beſſer machen, fiel aber unvermerkt in das alte Unweſen zurück.*)

In der Oſtdeutſchen Poſt las man bald nach der Schlacht bei Königgrätz: „Wer die Sorgloſigkeit der öſterreichiſchen Behörden hinſichtlich der Bewegung des Grenzverkehrs mit Preußen kennen gelernt hat, wird über die Schlauheit des preußiſchen Spionirſyſtems bei

---

*) Der oben ſchon erwähnte öſterreichiſche Offizier ſagte in ſeiner Flugſchrift S. 46: „Während man im Jahr 1859 zu der Ueberzeugung kam, daß der Mann zu ſtark bepackt ſey, und der Armee deshalb die Röcke abnahm und ſie nach Laibach abführte, ließ man die Mannſchaft der Nordarmee im Jahr 1866 mit dem berühmten Aermelleibel am Leibe, darüber den Mantel, den Torniſter, bepackt mit dem Rock, einem zweiten Paar Schuhe, größtentheils einer zweiten Hoſe, der Holzmütze, nebſt der Wäſche und den Reſervepatronen, den Deckel geziert mit der höchſt ſinnigen Kochmaſchine — am Rücken, den Czako oder Hut am Kopf, die Extramütze am Bajonet, den Brodſack gefüllt mit Proprietäten und Brod, marſchiren (hier iſt noch die Feldflaſche vergeſſen). Dazu kam noch das Schanzzeug, beſtehend aus Säge, Krampen und Schaufel. So ausgerüſtet, ſah der Mann einer aufrecht ſtehenden Rieſenſchildkröte nicht unähnlich. Darin beſtanden die verheißenen Reformen und die zweckmäßigen Adjuſtirungsänderungen, welche unſern Koryphäen ſieben Jahre Studium und dem Staate enorme Summen gekoſtet haben. Auf den böhmiſchen Schlachtfeldern blieben die Torniſter mit ſammt den Röcken ꝛc., blieben auch die Kochmaſchinen liegen oder waren von Kugeln durchlöchert, ſo daß der Mann lange vor Ende des Feldzugs kein Geſchirr mehr zum Kochen beſaß.“

offenen Grenzen weniger ſtaunen, als wir den Bericht von der Stärke unſerer Nordarmee angeſtaunt. Mit Armeen, die blos auf dem Papier exiſtiren, wenn auch bei uns die Verpflegung für papierne Soldaten geleiſtet wird, hat noch kein Feldherr Krieg geführt und Schlachten gewonnen. Daß unſere Nordarmee kaum die Stärke von 250,000 Mann beträgt, nachdem doch die vollen 800,000 Mann auf dem Papiere ſtanden und bei dem Siege von Cuſtozza gewiß keine 500,000 Mann, eingeſchloſſen ſämmtliche Beſatzungstruppen, betheiligt waren: das wäre niemanden beigefallen, wenn man ſich bei dem Vorrücken der Preußen und der ſtereotypen ‚überlegenen Macht' auch in auffallender Weiſe befragte: wo denn unſere Nordarmee hingerathen ſeyn müſſe, wenn ihr ſelbſt die einzelnen preußiſchen Armeecorps ſchon zu überlegen waren? Sie ſtanden eben auf dem Papiere. Begreiflich läßt ſich das nur finden, wenn man weiß, daß ganze Bezirke ſchon bei der erſten Abſtellung nicht rekrutirt wurden. So gibt es im öſterr. Oberſchleſien mehrere Bezirke, die ihre Militärpflichtigen aus dem einfachen Grunde nicht abſtellen konnten, weil es ihre Commiſſion vergeſſen hatte, an dem beſtimmten Tage zu erſcheinen. In einem Bezirke Niederſchleſiens lief die Commiſſion auf den blinden Lärm, daß die Preußen im Anmarſche ſeyen, über Stock und Stein davon, ohne noch ans Werk gegangen zu ſeyn. Die Militärpflichtigen folgten getreulich dem Beiſpiel der Commiſſion. — Ueber die Fahrläſſigkeit bei der Verpflegung kann ſich derjenige den beſten Begriff machen, der die maſſenhaften Vorräthe an einzelnen Knotenpunkten ſah und trotzdem erleben mußte, daß ganze Brigaden tagelang ohne Brod blieben. Hier verſchimmelte und verfaulte das Brod, während es dort gänzlich fehlte."

Von der Flucht der geſchlagenen Armee und der in blinder Angſt Städte und Dörfer verlaſſenden Einwohner erfuhr man ſchaudervolle Berichte. So wurde der Schleſiſchen Zeitung am 5. Juli aus Skalitz geſchrieben: „Die Luft iſt verpeſtet und bald giebt es hier keine Nah-

rungsmittel mehr. Ich ſah heute, ſechs Tage nach der Schlacht, noch Todte in zerſtampften Getreidefeldern und hinter Hecken. Kohlſchwarz waren ihre Körper, die Augen aus den Höhlen getreten, der Leib von Granatſplittern zerfleiſcht und von raubgierigem Geſindel, meiſt Weibern, der letzten Kleidung beraubt. Das Geſindel der Umgegend hat gleich nach der Schlacht gräulich auf dem Schlachtfeld gewüthet, ſich mit den herumliegenden Gewehren bewaffnet und in die Wälder verſteckt, um zu marodiren. Wir (Preußen) bringen natürlich unſere Verwundeten zuerſt in Sicherheit, müſſen dann aber auch für die Oeſterreicher ſorgen, denn die Bevölkerung kümmert ſich nicht um ſie. Ich fand einen Feldwebel, der drei Tage lang ohne Verband und Erquickung gelegen hatte."

Der Augsburger Allgemeinen Zeitung wurde unterm 4. Juli vom Kriegsſchauplatz geſchrieben: „Die öſterreichiſchen Verwundeten kommen in langen Zügen in wahrhaft herzzerreißendem Zuſtand an und man hört ſie ausrufen: Gegen die Zündnadelgewehre iſt jeder Muth vergeblich, wir können uns nicht wie das Vieh ſchlachten laſſen. Auf der Prag-Wiener Bahn erblickt man ein grauenhaftes Durcheinander, dieſe entſetzten Geſichter der zahlloſen Flüchtlinge jedes Alters und Standes, die Haufen blutbefleckter wimmernder Soldaten, dazwiſchen Gepäck, Kanonen, Kriegsmaterial, Pferde, Hornvieh und tauſenderlei Dinge in unbeſchreiblicher Verwirrung, — dies alles gewährt ein Schauerbild, welches uns mit eiſiger Hand die Haare ſträubt."

Derſelben Zeitung wurde unterm 6. Juli geſchrieben: „Wenn Europa das ungeheure Elend ſehen könnte, welches von den Schlachtfeldern in Böhmen ſich in weiten Bogen von Mähren bis Wien erſtreckt, ſo würden ſelbſt die grimmigſten Feinde Oeſterreichs durch die entſetzlichen Scenen gerührt werden müſſen, welche täglich, ja ſtündlich ſich dort abſpielen. Längs der ganzen Nordbahn bis Wien liegen die Verwundeten haufenweiſe, dazwiſchen verſprengte todmüde Soldaten

aller Waffengattungen, flüchtige Bewohner Böhmens, Gepäck, blutige und zerriſſene Uniformſtücke, Geſchütze, Wagen und Troß jeder Art. Von einer ausreichenden Pflege der Verwundeten kann unter ſolchen Umſtänden nicht die Rede ſeyn. Man leiſtet, was man leiſten kann, aber das Unglück, welches ſtündlich furchtbarere Dimenſionen annimmt, überſteigt die menſchlichen Kräfte. Von den ſtolzen Bataillonen, welche vor 18 Tagen muthig und voll Siegeshoffnung in die Schlachtlinie rückten, ſind heute nur noch einzelne Haufen, theilweiſe ohne Waffen und Führer übrig, welche planlos umherirren und an nichts mehr denken, als ſich vor der raſchen Verfolgung des Feindes zu retten. Während ich dies ſchreibe, kommen Jäger vom Kriegsſchauplatz an, welche ſich im Zuſtand vollſtändiger Erſchöpfung vor meinem Fenſter auf die Erde werfen. Dieſe Leute ſind moraliſch und phyſiſch gebrochen. Ich habe ſchon von der Panik geſchrieben, welche das Zündnadelgewehr unter unſern Soldaten verbreitet, und wir hören noch fortwährend von der furchtbaren Wirkung dieſer Waffe. Intereſſant iſt, was unſere Cavallerieoffiziere erzählen. Wenn öſterreichiſche Reiterei auf fünfzig Schritte an die preußiſche herangeſtürmt war, erhielt ſie aus den Zündnadelkarabinern ſtets eine volle Lage, welche jedesmal die vordere Reihe der Oeſterreicher niederſtreckte und auch in der Tiefe ihres Choks große Lücken riß. Dieſen Augenblick der Verwirrung benutzten die Preußen und ſtürzten ſich blitzſchnell mit dem Säbel auf die Oeſterreicher."

In das Schaudergemälde, welches die Flucht der öſterreichiſchen Armee darbot, ließ die Medieiniſche Wochenſchrift ſchon wenige Tage ſpäter ein Schlaglicht fallen. „Um vier Uhr Nachmittags," heißt es darin, „fingen unſere Truppen an zu retiriren, wir Aerzte waren noch vollauf beſchäftigt mit dem Verbinden der Verwundeten, deren Zahl einige hundert, noch der Abfertigung harrten; plötzlich ſprengte Cavallerie auf uns heran und ſtürmte neben und hinter uns über Hügel und Felder, gleichzeitig mit dieſer Artillerie und Fuhrweſenswagen

gegen Königgrätz zu. Viele Cavalleriſten ſtürzten und wurden von den nachſtürmenden Pferden völlig zerſtampft. Wagen fielen um und zerdrückten die ſich dazwiſchen drängenden Fußgänger. Wir waren niemals ſo nahe dem Tode, wie in dieſem Rückmarſche. Wir wurden vom Verbandplatze, der plötzlich verſchwand, aus einander geworfen, man rief uns zu: Rettet euch! Achttauſend Reiter waren ohne Führer auseinandergejagt, viele Verwundete mit ſich führend. Inmitten dieſes Geſchreies hörte man noch den Donner der Kanonen und Granatenſplitter fielen in unſere Maſſen. So wurden wir von der Menge fortgedrückt, ohne zu wiſſen, wohin, und wo wir unſer Ende finden; ich hatte mit dem Leben abgeſchloſſen und hoffte nur noch von einem außerordentlichen Zufall Rettung. Plötzlich hatten wir Waſſer vor uns, rechts einen Eiſenbahndamm, links einen Hohlweg, vollgeſtopft mit unſern ſchwerfälligen Requiſiten- und Verwundetenwagen und hinter uns noch eine unabſehbare Schaar von Reitern; wir wateten durch das Waſſer, meine ärztlichen Collegen waren nicht mehr an meiner Seite, ebenſo die Krankenführer, mit Ausnahme eines einzigen, der treu zu mir hielt. Plötzlich kam Befehl, die Stränge der Pferde abzuſchneiden, die Pferde zu retten und die Wagen zurückzulaſſen. Wir Fußgänger waren der Verzweiflung nahe, wir wateten wiederholt bis über die Knie durch Waſſer, in der Angſt, jeden Augenblick zu ertrinken oder niedergeſtoßen zu werden; endlich gelangten wir an einen Bahnhof, der wieder ganz verrammelt war. Viele durchbrechen die Verrammlung, die Andern ſpringen darüber hinweg, ich lief mit Tauſenden von Infanteriſten hinter her, endlich kamen wir zur Elbe, durchwateten ſie, dann ſprangen wir über Palliſaden, gingen abermals bis an den Hals durch einen zweiten Fluß, kletterten auf Anhöhen hinauf, ſprangen über gefällte Bäume und langten erſchöpft um 1 Uhr Nachts in einem Wäldchen an, wo wir vor Fieber und Erſchöpfung niederfielen. Einige meiner Leidensgefährten machten Feuer an, und ſo lagen wir, uns am Feuer erwärmend, um wenigſtens

nicht vor Froſt umzukommen. Um 3 Uhr marſchirten wir, noch triefend vor Näſſe; die Dörfer, die wir paſſirten, ſtanden leer, keine Menſchen, kein Vieh, keine Lebensmittel, nicht einmal Trinkwaſſer; die Menſchen geflüchtet, das Vieh zerſprengt, die Lebensmittel aufgezehrt; ich will das Bild nicht weiter ausmalen und ſchreibe Ihnen nächſtens, hoffentlich mit ruhigerem Blute."

In Wien ſelbſt war keine genügende Vorkehr getroffen, um für die Verwundeten gehörig zu ſorgen, die auf der Eiſenbahn dahin geſchafft wurden. Dieſe große Stadt mit ihren zahlreichen und wohlhabenden Einwohnern hätte doch Räume und Hilfsmittel genug für die Unglücklichen darbieten ſollen. Selbſt in einem katholiſchen, Oeſterreich blind ergebenen Blatte (dem Stuttgarter Deutſchen Volksblatt Nr. 157) mußten wir leſen: „Wien 5. Juli. Der Transport Verwundeter, welcher geſtern hier eintraf, war der Vorläufer zahlreicher ähnlicher Transporte, welche heute und in den nächſten Tagen hier eintreffen. Die Betriebsdirektion der Nordbahn iſt aviſirt worden, daß gegen 30 Separatzüge zur Wegſchaffung der Verwundeten aus der Nähe des Schlachtfeldes der letzten Tage nothwendig ſeyn werden. Die 700 Verwundeten, welche geſtern hier ankamen, wurden mittelſt Verbindungsbahn in das Heizhaus des Hauptzollamtes gebracht, welches die Direktion der Südbahn zum Verbandplatze adoptirt und mit den nöthigen Feldbetten, Tiſchen, Bänken ausgeſtattet und mit einer Petroleum-Beleuchtung verſehen hatte. Von Seite des patriotiſchen Hülfsvereins wurde Charpie und Verbandzeug, ſowie Suppen, Brod und Getränke in großer Menge herbeigeſchafft, das Hülfscomité des Doktorencollegiums, über 30 Aerzte, zur Dispoſition geſtellt und die nöthigen Vorkehrungen getroffen. Trotz alledem jedoch und trotz der unausgeſetzten Anſtrengung, mit der ſich alle der edlen Aufgabe widmeten, konnten die kampfunfähigen Soldaten, welche gegen halb 8 Uhr ankamen und unter denen die Hälfte blos Maraudeurs waren, nur langſam expedirt werden, ſo daß um halb 11 Uhr die meiſten Betten

noch belegt waren, und dies aus dem Grunde, weil das Heizhaus des Hauptzollamtes ſich zu allem eher als zu einem Verbandplatze eignet; da daſſelbe nur mit einem Thore auf den Schienenweg mündet, muß Waggon für Waggon entladen werden, die Verwundeten müſſen ferner über eine Treppe ausſteigen, wodurch ſelbſt die Leichtverwundeten einen Mann zur Begleitung nöthig haben; der Raum iſt dunſtig, die Beleuchtung mit Petroleum ungenügend, ſo daß bei jedem Bette noch eine Handlampe in Verwendung kommen mußte. Es ſind im ganzen gegen 40 Betten aufgeſtellt, es kann daher ſelbſt bei der ſchnellſten Expedition, wenn ein großer Verwundeten-Transport ankommt, eine Verzögerung eintreten, die den Schwerverwundeten, die bereits auswaggonirt ſind und keine Lagerſtätte haben, gefährlich werden muß. Ein weiterer und zwar weitaus der größte Uebelſtand dieſes Verbandplatzes iſt der Umſtand, daß das Publikum von demſelben nicht abgehalten werden kann, und wie gefährlich die Einmiſchung des Publikums bei ſolcher Gelegenheit iſt, das zeigte ſich geſtern in trauriger Weiſe.

Die Aerzte, welche im Schweiße ihres Angeſichtes arbeiteten, wurden von einer Menge Unberufener beengt, welche in übergroßem Eifer zwecklos hin- und herliefen, hin und wieder einem der auf den Bänken ſitzenden Leichtverwundeten durch einen unſanften Stoß einen Schmerzensſchrei erpreßten. Die hinreichend vorhanden geweſenen Lebensmittel wurden planlos verſchleudert. Von 2000 Semmeln war in einer Stunde nichts mehr übrig, ſo daß die in den letzten Waggons untergebrachten Verwundeten nichts mehr erhielten, um ihren Hunger zu ſtillen, bis man um neuen Vorrath ſandte; ebenſo ging es mit dem Weine und den Cigarren. Falſche Samariterinnen, darunter auch ſolche, die den Verbandplatz als eine Art Werbeplatz anſehen mochten, vertheilten die Cigarren, die das Hülfscomité herbeigeſchafft hatte, in ſolcher Weiſe, daß ein Mann ſechs Stück und fünf andere gar keine erhielten; mancher der Verwundeten verließ die Halle

in ziemlich weinseliger Stimmung, mancher andere schmachtete nach einem Glas Wasser; kurz, es herrschte eine vollständige Anarchie, die hoffentlich nicht wieder vorkommen wird, da wir einerseits hören, daß an der Außenseite des Heizhauses eine 30 Klafter lange Verbandhütte für Schwerverwundete und ein Zelt für Leichtverwundete errichtet werden soll, andererseits uns aber versichert wird, daß sich noch im Laufe des heutigen Tages eine aus Mitgliedern des Comité's des Doktorencollegiums und des Hülfsvereins bestehende Deputation zu Sr. Majestät dem Kaiser begeben wird, um A. H. Denselben zu bitten, es möge wieder der Perron des Nordbahnhofes, der sich durch Luftigkeit, großen Raum, Möglichkeit der Absperrung für das Publikum zum Verbandplatze vortrefflich eignet, als solcher bestimmt werden. Die Hingebung und Opferfreudigkeit, mit der sich gestern die Mitglieder des Hülfsvereins, darunter einige Damen und die Aerzte, dem Dienste der Verwundeten widmeten, ist über jedes Lob erhaben; was Menschen überhaupt zu leisten im Stande sind, wurde geleistet, und es ist doppelt zu bedauern, wenn durch die Ungunst der Verhältnisse so viel guter Wille paralysirt wird."

Die Preußen wußten anfangs noch nicht, wohin das Gros der Armee Benedeks sich zurückziehen würde, hatten nach so anhaltender Anstrengung Ruhe nöthig und rasteten zwei Tage. Bald aber wurden sie durch die nachjagende Cavallerie, die eine österreichische Feldpost wegnahm, unterrichtet, daß nur das aufgelöste zehnte Armeecorps der Oesterreicher und die Cavallerie-Division Prinz Holstein den nähern Weg nach Wien über Brünn eingeschlagen hatte, während Benedek mit dem größern Theile seiner zerrütteten Armee weiter östlich nach Olmütz ausgewichen war. Demnach theilte sich auch die preußische Armee wieder und die erste Armee zog gegen Brünn, die zweite gegen Olmütz. Wie in der österreichischen Armee, so griff auch in der Bevölkerung Böhmens eine fast unglaubliche Panik um sich. Man las wiederholt in den Zeitungen, 12,000 Soldaten von Benedeks Armee

hätten ihre Gewehre weggeworfen und ſeyen in die Heimat entlaufen. Wiederholt wurde in den Zeitungen berichtet, Soldaten der bravſten Regimenter hätten erklärt, ſie wollten ſich nicht mehr nutzlos opfern, denn gegen die Zündnadelgewehre helfe keine Tapferkeit. Ehe man die feindlichen Reihen erreichen könne, werde man rettungslos niedergeſchoſſen. Das gemeine, leider durch die Schuld der Regierung nur zu lange roh und verwildert gebliebene Volk der Czechen bekam hin und wieder althuſſitiſche Gelüſten, ſeinen Racenhaß an den Deutſchen zu ſtillen, mordete und plünderte die Verwundeten und übte ſchändliche Grauſamkeiten an Wehrloſen, wobei beſonders verthierte Weiber eifrig geweſen ſeyn ſollen. Dies blieben jedoch nur vereinzelte Fälle. In der Maſſe des Volks herrſchte Todesſchrecken vor den Preußen und was fliehen konnte, floh. Gewöhnlich geriethen die Einwohner, wenn ſie die Preußen kennen lernten, in das größte Erſtaunen, daß ſie ungewöhnlich gebildete und humane Leute vor ſich ſahen und nicht Menſchenfreſſer, wie ſie ſich eingebildet hatten und wie man ihnen auch von mancher Seite her vorgeredet hatte.

Die Regierung ſelbſt war nicht ohne Schuld an dieſer Verblendung der Menſchen. Sie bildete ſich wirklich ein, das erſt irre geführte, dann ſich ſelbſt überlaſſene czechiſche Volk werde bei der Annäherung der Preußen in blinde Wuth ausbrechen und durch ſeinen Fanatismus den Preußen großen Schaden zufügen. Nur daraus erklärt ſich, warum die Behörden in Böhmen angewieſen waren, vor den Preußen zu flüchten und das arme Volk im Stich zu laſſen. Die Dresdener Nachrichten meldeten im Juli aus Prag: „Wir waren, ehe die Preußen kamen, in großer Sorge wegen des hieſigen Pöbels. Sämmtliche hieſige Behörden haben nämlich in unglaublicher Verblendung das Haſenpanier ergriffen, als die Preußen nahten. Die Polizei war die erſte Behörde, die Reißaus nahm. Die Poſt-, Zollbehörde, Statthalterei ꝛc. folgten in fabelhafter Verwirrung. In den letzten zwei Tagen vor dem Einzuge der Preußen haben notoriſch über

20,000 Menſchen Prag in wilder Haſt verlaſſen. Man muß es geſehen haben, um es zu glauben, wie ſie mit ihren Betten, Kiſten und Kaſten in blinder Angſt fortſtürmten. Für einen Wagen wurden damals für ganz kurze Strecken mehrere hundert Gulden bezahlt."

In der Augsburger Allgemeinen Zeitung erließ Doktor Campe aus Breslau acht Tage nach der großen Schlacht einen dringenden Aufruf an die Oeſterreicher, ſie möchten mehr für ihre Verwundeten thun und nicht alle Sorge für ſie der preußiſchen Armeeverwaltung und den preußiſchen Aerzten aufbürden. „Insbeſondere hat die eilig retirirende Benedekſche Armee nach der großen furchtbaren Schlacht vom 3. d. M. faſt alle ihre Verwundeten auf dem weitausgedehnten Schlachtfelde zurückgelaſſen. Die Pflege dieſer vielen tauſend Bleſſirten iſt an ſich ſchwierig und erfordert viele Menſchenhände; ſie wird auch noch dadurch ſchwierig, daß unſere, die preußiſche Armee ebenfalls zahlreiche Verwundete hat — das Verhältniß der öſterreichiſchen Verwundeten zu den preußiſchen iſt etwa wie 8 zu 1. Zu den angedeuteten Schwierigkeiten treten noch weitere, insbeſondere haben die meiſten Einwohner ihre Dörfer verlaſſen; die Lebensmittel ſind durch die öſterreichiſche Armee, welche ſeit Wochen dort ſtand, aufgezehrt; das Landvolk iſt ziemlich arm, es beſitzt nicht die erforderlichen Mittel zur Pflege der vielen Kranken. Vor allen Dingen fehlt es an Aerzten; ſo viele Civilärzte auch aus Preußen nach Böhmen eilen, ſie können bei den größten Anſtrengungen die Verwundeten nicht ſo pflegen, wie es deren Zuſtand und die Humanität geboten erſcheinen laſſen. Nicht allein ſittliche Pflichten, auch eine Rechtspflicht beſteht für die öſterreichiſchen Behörden, für alle öſterreichiſchen Staatsangehörigen, thätigen Antheil zu nehmen an der Pflege der öſterreichiſchen Soldaten, welche in den Händen der preußiſchen Armee in Böhmen ſich befinden. Es bedarf hoffentlich nur dieſer Erinnerung, um die genannten Behörden und Privaten zu beſtimmen, daß ſie Aerzte und Verbandzeug

nach Böhmen ſchicken; es fehlt namentlich an Hemden, leinenen Hoſen, Binden, Charpie, Erfriſchungsmitteln. Maſſenhaft werden dieſe und andere Gegenſtände aus Preußen nach Böhmen für die öſterreichiſchen Verwundeten geſchickt; täglich bewegen ſich Wagencolonnen von den preußiſchen Eiſenbahn-Endſtationen dahin. Aber der Bedarf iſt zu koloſſal. Wenn man weiß, daß in einzelnen böhmiſchen Städten und Dörfern Haus für Haus mit Verwundeten belegt iſt, dann begreift man, wie es möglich iſt, daß der Inhalt eines Frachtwagens — Wein, Selterswaſſer, Cigarren, Tabak, Zwiebak, Reis, getrocknete Früchte, Wäſche und Verbandzeug — binnen kurzer Zeit in einem Dorfe conſumirt wird. Wir glauben eine allgemeine Menſchenpflicht zu erfüllen, indem wir dieſe Thatſachen veröffentlichen, um dahin zu wirken, daß namentlich der öſterreichiſche Kaiſerſtaat ſeine kranken Angehörigen in Böhmen unterſtütze; die Noth iſt ſehr groß, Eile thut noth. Alle öſterreichiſchen Soldaten, Offiziere und Mannſchaft, welche wir ſprachen, erkennen es an, daß preußiſcherſeits ganz außerordentliche Anſtrengungen zur Bewältigung des Nothſtandes gemacht werden, daß die preußiſchen Aerzte den öſterreichiſchen Verwundeten gleiche Pflege angedeihen laſſen, wie den preußiſchen, daß die Behandlung durchweg eine humane iſt. Möchten dieſe Worte in Oeſterreich und Süddeutſchland in dem Sinne aufgenommen und beherzigt werden, in welchem ich ſie niederſchreibe."

Wir folgen nun wieder der preußiſchen Armee, die wir bei Pardubitz verlaſſen haben.

Zwölftes Buch.

Die Preußen vor Wien.

Spät am Abend nach der Schlacht bei Königgrätz erſchien General von Gablenz als öſterreichiſcher Parlamentär mit verbundenen Augen vor dem König von Preußen und bat um eine Waffenruhe, die ihm der König jedoch abſchlug, weil er den Oeſterreichern keine Zeit laſſen wollte, ſich wieder zu ſammeln.

Die nächſte Aufgabe für die preußiſche Armee war jetzt, die geſchlagene Nordarmee Benedeks linksab zu drängen, ihr den Weg nach Wien zu verlegen und eher dort anzukommen, als er es vermöchte. Und dieſer Plan gelang, weil Benedek auch jetzt wieder zu lange in Olmütz zögerte, wo er ſeine zerrütteten Truppen ſammelte. Mit Recht ſagte damals der Timescorreſpondent: „Das Grundübel des Feldzugsplanes muß mit den zwei Worten ‚zu ſpät‘ bezeichnet werden. Zu ſpät, um gleich von vorn herein die Offenſive zu ergreifen, — zu ſpät, um die Gebirgspäſſe zu beſetzen, — zu ſpät, um die Sachſen

und das 1. Corps bei Gitſchin zu retten, — zu ſpät, um die Vereinigung der Preußen vor Sadowa zu hindern. Und jetzt muß man abermals zweifeln, ob Benedek mit der geſchlagenen Armee nicht zu lange in Olmütz verweilt. Die Preußen folgen ihm auf den Ferſen und wollen ſich zwiſchen ihn und die Hauptſtadt ſtellen. Schon iſt er von der Eiſenbahnlinie weggedrängt, welche Olmütz mit Wien verbindet."

Rüſtow glaubt, Benedek hätte, wenn nur früher die nöthigen Vorkehrungen getroffen worden wären, die Terrainhinderniſſe in dem unwegſamen mähriſchen Gebirge, die jetzt ſeiner eigenen Flucht hinderlich waren, wohl benutzen können, um die Preußen, ehe ſie nach Wien vorgingen, noch aufzuhalten. Uebrigens fingen die Preußen, wie oben ſchon erwähnt iſt, die öſterreichiſche Feldpoſt auf, fanden darin die Befehle Benedeks an alle ſeine Corps und wußten, was ſie zu thun hatten. Die Feſtungen Joſephſtadt und Königgrätz cernirte man blos und ließ ſie hinter ſich liegen.

Die Preußen rückten gegen Wien. Benedek konnte mit ſeiner nahezu aufgelösten Nordarmee die Hauptſtadt der Monarchie nicht vertheidigen. Nun hatte zwar die öſterreichiſche Südarmee unter Erzherzog Albrecht in Italien geſiegt, war aber zu weit entfernt, um Wien noch rechtzeitig entſetzen zu können. Das alles vorausſehend, telegraphirte Kaiſer Franz Joſeph ſchon am 5. Juli nach Paris und machte dem Kaiſer der Franzoſen Venetien zum Geſchenk, mit der Bitte, den Frieden mit Preußen zu vermitteln. Das hieß ſo viel, als Frankreich um bewaffnete Hülfe gegen Preußen bitten. Alles erklärt ſich, wenn man erwägt, daß der Austauſch Venetiens gegen Schleſien ſchon lange zwiſchen Frankreich und Oeſterreich beſprochen war. Indem der Kaiſer von Oeſterreich dem Kaiſer der Franzoſen Venetien hinwarf, wollte das ſo viel ſagen als: Hier haſt du Venetien, jetzt verſchaffe mir auch Schleſien! Eine andere Erklärung läßt das raſche Dahingeben des ſchönen Venetien und des berühmten

Festungsvierecks nicht zu. Napoleon III. sollte dadurch moralisch gezwungen werden, in den Krieg gegen Preußen einzutreten. Aber der Imperator läßt sich nicht moralisch zwingen. Ein Krieg mit Preußen schien ihm zu gefährlich. Im ersten Augenblick freilich glaubte man in Wien, der kühne Wurf sey gelungen. Bereits telegraphirte Fürst Metternich nach Wien eine bewaffnete Vermittlung Frankreichs zu Gunsten Oesterreichs, und die officielle Wiener Presse kündigte die Ankunft des französischen General Leboeuf im Festungsviereck und der französischen Flotte vor Venedig an. Allein das waren Täuschungen, Voreiligkeiten. Die früheren Verabredungen des Fürsten Metternich mit Drouyn de Lhuys hatten einen Sieg Oesterreichs und der mit ihm verbündeten Mittelstaaten über das schwächere und isolirte Preußen vorausgesetzt. Napoleon III. würde, wenn alles so gekommen wäre, wie man meinte, daß es kommen müsse, dem siegreichen Oesterreich nicht nur Schlesien, sondern auch seine künftig von Preußen nicht mehr zu bestreitende Hegemonie im deutschen Bunde gegönnt und garantirt, würde Italien durch das Geschenk Venetiens befriedigt, für sich selbst aber die preußischen Rheinprovinzen in Anspruch genommen haben. Es ist schwer, wenn man seine frühern Verabredungen mit Oesterreich kennt, seinem Schreiben vom 11. Juni einen andern Sinn unterzulegen. In diesem Schreiben nahm er zum deutschen Kriege eine ganz neutrale und Frieden wünschende Stellung ein, behielt sich aber eine Compensation vor, falls eine der beiden deutschen Großmächte in Folge ihres Sieges ihr Gebiet vergrößern würde. Würde nun Oesterreich gesiegt und Schlesien in Besitz genommen haben, so lag ihm wenig daran, daß die Rheinprovinzen preußisch bleiben sollten. In keinem Fall hätte Oesterreich die Abtretung derselben an Frankreich verweigern können, denn Frankreich wäre mit einem noch intacten Heere aufgetreten.

Das Schicksal wollte es anders. Preußen siegte und der Fall trat ein, den man gar nicht vorausgesehen hatte. Sollte Frankreich

jetzt Oeſterreich noch helfen, um etwa Schleſien noch zu erobern? Preußen konnte, falls es von Frankreich angegriffen würde, noch immer eine ſo furchtbare Heeresmacht an den Rhein führen, daß ihr die damals disponible franzöſiſche Streitmacht ohne Zündnadelgewehre gar nicht gewachſen geweſen wäre. Das begriffen auch die Italiener, die ſich daher ganz offen gegen die Umtriebe erklärten, die eine Allianz Frankreichs mit Oeſterreich herbeiführen ſollten. Obgleich zu Waſſer und zu Lande von den Oeſterreichern geſchlagen, wagten ſie doch, Frankreichs Machtgebot ungehorſam zu werden, und vertrauten auf Preußen, hielten feſt an Preußen. Ohne die Siege Preußens in Böhmen, ohne das drohende Vorrücken der preußiſchen Armee bis vor die Thore Wiens hätten ſie Venetien entweder nie bekommen oder würden ſie es nur als Gnadengeſchenk Napoleons erhalten haben und dadurch nur noch tiefer und ſchmählicher von ihm abhängig geworden ſeyn. Ja, ſie mußten fürchten, wie er ihnen früher ſchon Savoyen und Nizza weggenommen, würde er ſich jetzt wieder Piemont und Genua als Compenſation ausbitten. Sie wagten alſo, einzig im Vertrauen auf ihr Bündniß mit Preußen, dem Imperator an der Seine zu trotzen und gegen ſein ausdrückliches Verbot wieder in Venetien einzufallen, als die Oeſterreicher den größten Theil ihrer Streitkräfte nach Wien entſandten und nur noch die Feſtungen beſetzt hielten. Dieſe Haltung der Italiener konnte zwar nicht den Ausſchlag geben, trug aber doch dazu bei, Napoleon III. zu größerer Vorſicht und Mäßigung gegen Preußen zu ſtimmen. Nur wenn er es mit Preußen nicht offen verdarb, konnte er als Friedensvermittler zwiſchen den beiden deutſchen Großmächten ſein Anſehen vor Europa behaupten und den Italienern wieder imponiren.

Unter dieſen Umſtänden verlor Oeſterreich Venetien, ohne Schleſien gewonnen zu haben, und war wieder ganz ebenſo von Frankreich getäuſcht, wie früher im Krimkriege. Nachdem es durch ſeine Aufſtellung in Siebenbürgen damals die Ruſſen zur Räumung der

Donaufürſtenthümer gezwungen und dadurch Frankreich den größten Dienſt geleiſtet hatte, deſſen Truppen ſich kaum aus ihrer Klemme in der Krim mit Ehren zurückziehen konnten, lohnte ihm Frankreich mit der Unterſtützung des italieniſchen Aufruhrs und mit dem blutigen Jahr 1859.

Erwägungen dieſer Art ſcheinen zu beweiſen, daß Oeſterreich, beſſer gethan hätte, ſich den billigen Forderungen Preußens zu fügen und an dieſem ſtammverwandten Staate einen mächtigen Rückhalt zu behalten, als ſich an Frankreich wegzuwerfen.

Zugleich lag in dieſen Vorgängen eine große Lehre für die mittelſtaatlichen Bevölkerungen, die ſich durch die Preſſe hatten einreden laſſen, Oeſterreich ſey der deutſchen Sache treu und nur Preußen wolle ſie verrathen, nur Preußen kokettire mit Frankreich und wolle den Beiſtand Frankreichs durch Preisgebung deutſcher Nationalintereſſen erkaufen. Dennoch war die Verblendung ſo groß, daß auch noch nach der Schlacht bei Königgrätz die den Mittelſtaaten von Preußen angebotenen, durchaus annehmlichen Friedensanträge nicht angenommen wurden, weil es Miniſter gab, die wenigſtens eine oder zwei Wochen lang immer noch auf franzöſiſche Hülfe rechneten.

Der franzöſiſche Geſandte in Berlin, Benedetti, hatte ſich auf den Kriegsſchauplatz begeben und vermittelte zwiſchen den kriegführenden Mächten einen Waffenſtillſtand. Preußen konnte denſelben nicht eingehen ohne die Zuſtimmung Italiens, weil beide ſich verpflichtet hatten, keins ohne das andere Frieden zu ſchließen. Dagegen bot Preußen Oeſterreich eine Waffenruhe auf drei Tage an unter der Bedingung, daß die öſterreichiſchen Truppen ihre Stellungen nicht verließen. Dieſe preußiſche Erklärung wurde in der Nacht vom 12. zum 13. Juli abgegeben, aber von Oeſterreich abgelehnt, weil es ſeine gegen Wien heranrückende Südarmee nicht wollte ſtilleſtehen laſſen. Man ſetzte indeſſen die Unterhandlungen fort, aber auch den Krieg. Der König von Preußen ließ alle ſeine Armeecorps raſch

gegen Wien vorrücken. Er ſelbſt blieb im Centrum bei der Armee des Prinzen Friedrich Karl, die den nächſten Weg über Hohenmauth und Zwittau einſchlug, am 9. und 11. Juli einige kleine Gefechte mit der öſterreichiſchen Nachhut beſtand und Brünn, die Hauptſtadt von Mähren, am 12. einnahm.

Am 13. Juli hielt der König von Preußen ſeinen Einzug in Brünn. An der Spitze der ſtädtiſchen Behörden gingen ihm Biſchof Graf Schafgotſche und Bürgermeiſter Giskra (derſelbe, der in der Revolution von 1848 in Wien eine Rolle ſpielte) entgegen und baten ihn um Schonung der Stadt. Der König antwortete: „Ich bin nicht aus eigener Wahl hierher gekommen, ſondern weil mich Ihr Monarch zum Kriege gezwungen hat. Deswegen führe ich auch keinen Krieg gegen friedliche Unterthanen, ſondern gegen die Armee Ihres Herrn. Weil mein Heer ſo groß iſt, iſt es wohl möglich, daß unter ſolchen Maſſen einzelne Fälle vorkommen, die zu Beſchwerden Veranlaſſung geben. Aber auch dieſe können vermieden werden, wenn Sie meinen braven Truppen mit Lieferung ihrer Lebensbedürfniſſe bereitwillig entgegen kommen.“ Dies wurde zugeſagt, worauf auch der König verſprach, daß ſeine Truppen ſtrenge Disciplin halten und ſich human betragen würden. Obgleich nun faſt 100,000 Preußen in die Stadt einrückten, kam nicht ein einziger Beſchwerdefall vor, ſo daß der König bei der Abfahrt dem Bürgermeiſter Giskra in gnädigſter Weiſe ſagte: „Ich freue mich, daß meine Erwartungen und Ihre Zuſagen ſo vollſtändig in Erfüllung gegangen ſind. Sie ſind meinen Truppen freundwilligſt entgegen gekommen, obgleich Ihnen das bei der großen Zahl derſelben ſchwer geworden ſeyn muß. Dafür danke ich der Stadt Brünn. Aber Sie werden ſich auch überzeugt haben, daß ich Recht hatte, als ich Ihnen ſagte, daß meine Truppen nichts Unbilliges fordern würden. Ich kenne meine brave Armee.“ Dumme Bosheit machte in der Wiener Preſſe dem Brünner Magiſtrat den Vorwurf ſerviler Kriecherei vor dem Feinde. Niemals war das Be-

nehmen einer unterworfenen Stadt und der Eroberer ſo loyal und human und ſo des Lobes würdig, als das der Bürgerſchaft von Brünn und der preußiſchen Armee.

Da nirgends mehr ein Feind zu erblicken war, rückten die Preußen ſchon am 16. bis an die Taya, den letzten Fluß vor Wien, und nahmen Hauptquartier in Lundenburg. Am 18. aber verlegte der König das Hauptquartier in das ſchöne Schloß Nikolsburg, oberhalb von Lundenburg.

Der engliſche Timescorreſpondent im preußiſchen Lager ſchrieb am 8. Juli, was für einen Anblick die Preußen auf ihrem Marſche gewährten. „Mit aufgekrempten Beinkleidern ſchreitet die Infanterie heiter und vergnügt einher und ſcheint die Wucht der ſchweren kuhlebernen Proviantbeutel und Kochkeſſel nur wenig zu fühlen. Die Helme haben in dieſem Feldzuge mehr gelitten als irgend ein andrer Theil ihrer Ausrüſtung; vielen fehlt die oben angebrachte Spitze, die gewöhnlich durch eine Kugel oder einen Granatenſplitter hinweggeriſſen iſt; einige Helme ſehen aus, als wären ſie in dem Drange des Gefechtes heruntergeſtoßen worden und unter die Füße der hinter dem Inhaber marſchirenden Reihen gerathen. Die Gürtel verrathen einen Mangel an Kreidethon und die Stiefeln haben jede Spur von Wichſe verloren; aber die Gewehrläufe und Bajonette ſind blank polirt und ſchimmern grau und kalt gegen die dunkelblauen Uniformen. Die etwas abgemagerten Artilleriepferde, deren Rippen in Folge der ſchweren Anſtrengungen und des ſpärlichen Futters ziemlich auffallend hervorſtehen, traben noch munter einher, faſt ohne ihre Zugriemen zu ſpannen. Auf der Landſtraße rollen die geraden ſtählernen Kanonen mit Leichtigkeit hinter den Thieren einher und erſcheinen für ſechs Pferde als ein bloßes Spielwerk. Wenn aber der Boden von heftigen Regengüſſen erweicht iſt, ſo bedarf es der ganzen Kraft des Geſpannes, um eine Kanone über die Felder oder einen Hügel hinaufzubringen.“

Derſelbe Correſpondent rühmt die preußiſchen Soldaten ſehr. „Sie ſind liebevoll und freundlich gegen Gefangene und Verwundete, indem ſie ihnen nicht nur ihre Fürſorge widmen, ſondern ſie auch mit der ſchonendſten Rückſicht behandeln und ſich in ihrem Beiſeyn jedes Siegesjubels enthalten. Das preußiſche Regierungsſyſtem bringt eben Männer von hoher Bildung und feinem Zartgefühl in die preußiſche Armee und dieſe üben einen günſtigen Einfluß auf ihre von Natur gut gearteten Kameraden.“

Die Armee des Kronprinzen von Preußen rückte auf dem linken Flügel vor, um Benedek zu verfolgen, der mit dem Gros ſeiner Armee nach Olmütz geflüchtet war. Benedek wollte wahrſcheinlich die Preußen von Wien ablenken. Der Plan des Kronprinzen mußte dagegen ſeyn, Benedek von Wien abzuſchneiden und ihn nicht dahin kommen zu laſſen, ehe nicht ſämmtliche preußiſche Armeecorps ſich vor Wien vereinigt haben würden. Die preußiſche Vorhut unter General Bonin ſtieß am 15. Juli auf Benedeks Nachhut bei Tobitſchau und ſuchte ſchnell Prerau, eine wichtige Eiſenbahnſtation zwiſchen Olmütz und Wien, zu beſetzen, was ihr auch nach einem heftigen Kampfe gelang. Hier zeichnete ſich eine Schwadron preußiſcher Küraſſiere durch die ungeheure Kühnheit aus, mit der ſie eine Batterie ſtürmte und 17 Kanonen eroberte. Durch den Beſitz von Prerau verhinderte der Kronprinz, daß Benedek Wien erreichen konnte. Nur ein Theil ſeiner Truppen war ſchon mit der Eiſenbahn nach Wien abgefahren, der größere Theil konnte nun nicht mehr fort und Benedek mußte ſich mit ihm nach Ungarn durchſchlagen. Erzherzog Leopold wurde hier wieder beſchuldigt, einem Befehl Benedeks nicht nachgekommen zu ſeyn. Die Wahrheit ſteht dahin, bis einmal authentiſche Armeeberichte werden bekannt werden.

Die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld ging, wie früher, auf dem rechten Flügel vor, ſchlug den Weg nach Iglau ein, beſtand

nur einige kleine Gefechte und näherte ſich bei Znaym an der Taya wieder dem Centrum.

Auf dem äußerſten rechten Flügel der Preußen war die Garde-Landwehr unter General von Roſenberg eben zur Verſtärkung der preußiſchen Hauptarmee aus Sachſen in Böhmen eingerückt, als ſie Befehl erhielt, ihren Marſch auf Prag zu richten. Dieſe Hauptſtadt Böhmens konnte nach der Flucht der öſterreichiſchen Nordarmee nicht mehr geſchützt werden. Auch in dieſer größeren Stadt zeigte ſich die Preußenangſt ſo blind und dumm, wie in den Dörfern. Was fliehen konnte, floh. Tauſende von Flüchtigen bedeckten die Straßen, die nach Süden führten. Die Angſt aber wurde von der Regierung und von der czechiſchen Ariſtokratie ſelbſt genährt, um jede freundliche Berührung, um jedes Verſtändniß der Bevölkerung mit den Preußen zu verhindern. Deshalb mußten alle Staatsdiener flüchten. Die Stadt wurde für eine offene erklärt und am 8. Juli zogen die Preußen, ohne den geringſten Widerſtand zu finden, mit klingendem Spiel in Prag ein, wo ſie vorläufig nur 8000 Mann als Beſatzung zurückließen. General von Roſenberg kündigte Lieferungen für die preußiſche Armee an, gewährte den Perſonen und Privateigenthum Sicherheit, forderte die Bewohner auf, ruhig wie ſonſt ihre Läden zu öffnen, bedauerte die unſinnige Flucht der Behörden und ſo vieler Einwohner, lud ſie zur Rückkehr ein und hielt in Verbindung mit dem Magiſtrat die gute Ordnung aufrecht. — Von Prag aus wurde auch Pilſen von den Preußen beſetzt.

Roſenberg hatte, als er gegen Prag marſchirte, einen Aufruf „an die Einwohner des glorreichen Königreichs Böhmen“ erlaſſen, worin es hieß: „In Folge des gegen unſre Wünſche vom Kaiſer von Oeſterreich herbeigeführten Krieges betraten wir nicht als Feinde und Eroberer, ſondern mit voller Achtung für eure hiſtoriſchen und nationalen Rechte euern heimathlichen Boden. Nichts liegt uns ferner als die Abſicht, euern gerechten Wünſchen nach Selbſtändigkeit und

freier nationaler Entwicklung entgegen zu treten. Sollte unſere gerechte Sache obſiegen, dann dürfte ſich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in welchem ſie ihre nationalen Wünſche gleich den Ungarn verwirklichen können.“ Der Aufruf wurde wohl ſchon vor der Schlacht bei Königgrätz geſchrieben und iſt ſpäter vom Grafen Bismarck desavouirt worden, indem Aeußerungen eines Generals im Felde keine Staatsurkunde ſeyen. Daß etwa 8000 gefangenen Ungarn, die man in Neiſſe concentrirte, die Wahl gelaſſen wurde, unter Klapka's Führung ſich bewaffnen zu laſſen und in Ungarn einzufallen, iſt Thatſache, obgleich auch dieſes Unternehmen, mit zu ſchwachen Kräften ausgeführt, mißlang, denn Klapka mußte bald über die ungariſche Grenze zurück flüchten.

In Böhmen war das Volk viel zu unwiſſend und fanatiſirt, um nur zu verſtehen, was der Aufruf andeutete. In blinder Angſt floh die Bevölkerung ihren Beamten nach.

Der letzte Kampf in dieſem blutigen Kriege erfolgte unterhalb Wien. Benedek hatte ſich nämlich, als ihm der Kronprinz den nächſten Weg von Olmütz nach Wien verlegte, über die kleinen Karpathen nach Ungarn zurückziehen müſſen und war über Trentſchin nach Preßburg gezogen. Dahin nun rückte ihm Prinz Friedrich Karl entgegen, am linken Ufer der March. Die Diviſion Franſecky überſchritt am 21. die March und ſtieß am folgenden Tage bei Blumenau, kaum eine Stunde von Preßburg, auf den Feind. Hier wurden die Oeſterreicher vom Grafen von Thun commandirt. Die Preußen verſtärkten ſich noch durch eine Diviſion Fußvolk und eine Diviſion Reiterei und nach einem heftigen Artilleriegefecht, welches faſt den ganzen Vormittag dauerte, gelang es einer Brigade der Preußen unter General Boſe auf ſchwierigen Wegen dem Feind in den Rücken zu kommen, als gegen 12 Uhr Feldmarſchall-Lieutenant von Thun einen Parlamentär an den Generallieutenant von Franſecky ſchickte mit der Meldung aus Wien, ein fünftägiger Waffenſtillſtand ſey abgeſchloſſen. Zu ihrem

Bedauern mußten nun die Preußen das Gefecht abbrechen und zurückgehen. Und General Boſe, der nicht mehr eine halbe Meile weit von Preßburg ſtand, mußte ſeine Glieder den dorthin zurückziehenden Oeſterreichern öffnen. Ohne dieſen Zwiſchenfall wäre Preßburg zweifellos noch an demſelben Tage in die Hände der Preußen gefallen.

Von den in Neiſſe concentrirten ungariſchen Gefangenen ließen ſich einige tauſend bereden, unter Führung des bekannten Klapka eine Legion zu bilden und einen Einfall in Ungarn zu machen. Man war im Kriegszuſtande und Preußen nahm keinen Anſtand, derjenigen ungariſchen Partei Vorſchub zu leiſten, die Oeſterreich am feindlichſten war. Klapka rückte wirklich noch im Juli aus Schleſien durch den Jablunkapaß ins Trentſchiner Comitat von Ungarn ein, mußte aber bald wieder umkehren, da Preußen bereits mit Oeſterreich einen Waffenſtillſtand einging. Von Preußen aufgegeben, wollte Klapka auf eigene Hand die öſterreichiſche Regierung bekriegen, aber ſeine Legion lief auseinander, am 29. Juli. Die meiſten Gefangenen hatten ſich ihm nur angeſchloſſen, um frei zu werden, und kamen freiwillig zu ihren Regimentern zurück. Der Reſt, etwa 2000, kehrte mit Klapka nach Schleſien um.

Unterdeß hatten ſich die Armee des Prinzen Friedrich Karl und die Elbarmee an der Taya vereinigt und die des Kronprinzen rückte in die gleiche Front, die nur eine Linie von neun Meilen bildete. Von allen drei Armeen wurden Truppen an die Donau vorgeſchoben, bis Stockerau, welches nur drei Meilen und bis Genſerndorf, welches vier Meilen von Wien liegt. Da man nun in Wien auf die Hülfe von Frankreich her vergebens harrte, griff die Wiener Regierung zu einem verzweiflungsvollen Mittel. Ein furibunder Aufruf verlangte nichts Geringeres, als daß die ſo lange mißregierten Völkerſchaften Oeſterreichs ſich in Maſſe erheben ſollten, um den Feind zurückzu-

treiben. Die Insurrection Ungarns wurde aufgeboten, wie zur Zeit Maria Thereſias. Steyriſche Alpenjäger wurden in der Eile organiſirt und der Landſturm von Ober- und Niederöſterreich ſollte Wien zu Hülfe eilen. Aber alle dieſe Verſuche ſchlugen fehl. Die Bevölkerungen ließen ſich nicht mehr für ein Syſtem begeiſtern, in dem bei ewigen Frontveränderungen und Widerſprüchen in der äußern Politik eigentlich nichts Syſtematiſches mehr übrig geblieben war, als die Judenwirthſchaft, das große Pumpgeſchäft, womit man die Bevölkerungen ausſaugte.

Ungarn hätte die beſte Hülfe leiſten können, aber es wollte nicht. Es erhob ſogleich Einſpruch gegen jede neue Rekrutirung, als den Landesgeſetzen zuwider. Peſti Naplo, das Organ Deaks, brachte am 16. Juli einen Artikel, welcher wahrſcheinlich von Deak ſelbſt in Folge einer Abgeordnetenconferenz verfaßt wurde. Darin heißt es: „Wir müſſen uns wiederholt darauf berufen, daß die Achtung der Verträge dem Reiche in der Vergangenheit Kraft, Ungarn aber Sicherheit verliehen hat und daß die Schwäche der Monarchie und die Leiden Ungarns gleichzeitig von der Vernichtung der Verträge datiren. Ein beträchtlicher Theil des Reiches iſt von feindlichen Heeren überſchwemmt, nur Ungarn ſteht noch frei da. Aber Ungarn iſt todt. Mit Ungarn kann alles oder mindeſtens vieles gethan werden. Aber Ungarn ſelbſt kann nichts thun, denn ihm ſind die Hände gebunden. Was ſeine Hände frei machen, ihm wieder Leben einhauchen kann, das iſt einzig und allein eine parlamentariſche Regierung. Die Lage der Monarchie und das Intereſſe Ungarns erheiſchen, daß die Regierung jene Energie beſitze, welche von außergewöhnlichen Verhältniſſen verlangt wird, ſowie jene Kraft, welche nur die Eintracht der ganzen Nation verleihen kann. Solch eine Energie und ſolche Kraft kann in Ungarn nur eine parlamentariſche Regierung beſitzen. Wenn Ungarn für die Monarchie, für die Verträge noch etwas thun kann, ſo iſt dies nur dann möglich, wenn ihm die Freiheit

der Action wiedergegeben, wenn an ſeine Spitze eine Regierung geſtellt wird, welche der Ausfluß des Nationalwillens iſt und in welcher die Nation eine Garantie ihres Beſtandes und ihrer Rechte erblickt."

In Wien ſelbſt herrſchte ungeheure Beſtürzung. Wer Schätze zu bergen hatte, flüchtete nach Ungarn. Die Kaiſerin mit den Kindern wanderte nach Peſth aus. Ungeheure Wagenzüge ſchleppten Geld und Koſtbarkeiten aller Art nach Ungarn. Die Reichen wanderten maſſenhaft aus und in noch größern Maſſen floh umgekehrt das Landvolk mit ſeiner Habe in die große Hauptſtadt, die ihm mehr Sicherheit zu bieten ſchien als das platte Land. Mitten in der Verwirrung aber rathſchlagte der Stadtrath über eine Adreſſe an den Kaiſer voll gerechter Vorwürfe, die aber jetzt nicht mehr am Platze waren. Unverbeſſerliche Doctrinäre ſuchten auch jetzt noch das einzige Heil in den Paragraphen der Reichsverfaſſung, ſtatt an die Rettung des Staats zu denken, den der Feind überfluthete. Wollte man, indem der Feind ſchon vor den Thoren ſtand, im Innern eine nützliche Reform vornehmen, ſo hätte man, wie ein geiſtreicher, jetzt nicht mehr lebender Mann ſagte, in Wien 1200 Galgen aufrichten müſſen, um die Blutegel des Staatsvermögens daran zu hängen.

Die Augsburger Allgemeine Zeitung, die während dieſes ganzen Krieges Preußen aufs gehäſſigſte bekämpfte und Oeſterreich vertheidigte, konnte doch nicht umhin, am 20. Juli eine Correſpondenz aus Wien abdrucken zu laſſen, worin es hieß: „Von der Sorte Patriotismus, die ſich hier jetzt breit macht, haben Sie keinen Begriff. Als der Feind noch ganz hinten in Böhmen ſtand, da war die Tapferkeit der Corpsführer der hauptſtädtiſchen Bevölkerung eine nahezu menſchenfreſſeriſche. Keine Maßregel war ihnen energiſch genug. Kinder und Weiber wollten ſie aufbieten, um die Eindringlinge zu vertilgen, und ſie waren jederzeit bereit, zwei Gulden Eintrittsgeld zu opfern, wenn Schwender in der ‚Neuen Welt' in der Lage geweſen wäre, ein

noch nicht dageweſenes Siegesfeſt ‚bei feenhafter Beleuchtung‘ anzukündigen. Heute ſtehen die Preußen vor Wien und Gemeinderath und Abgeordnete derſelben Stadt, deren Bürger in früherer Zeit Kaiſer und Reich und ſich ſelbſt mit ihrem Herzblut zu ſchützen gewohnt waren, zitterten ſchon bei der bloßen Möglichkeit, daß der Aufruf zum Landſturm als ein Uebermaß von Energie mißdeutet werden könne, und nur zu dem wohlfeilen Muthe ſchwingen ſie ſich auf, eben jetzt auf die Männer der eigenen Regierung Anſchuldigungen zu häufen und das politiſche Syſtem für die militäriſchen Mißerfolge verantwortlich zu machen. Aber freilich in Ungarn ſteht es kaum beſſer. Dort beutet man das öffentliche Unglück für particulariſtiſche und Parteizwecke aus und die gefeiertſten ‚Patrioten‘ des Landes feilſchen erſt um den Preis zur Rettung des Staats. Moriamur pro rege nostro! Das iſt ein Ruf aus längſt verklungener Zeit. Leben wir für unſere avitiſchen Privilegien! das iſt das Feldgeſchrei des heutigen Ungarn. All den großen Worten, welche dort mit Oſtentation geſprochen werden, iſt auch noch nicht die kleinſte That gefolgt. Die großen Patrioten, Deak und andere, ſind dafür auf die Villeggiatur gegangen.“

Die Deutſch-Oeſterreicher weigerten ſich, beim Landſturm ſich zu betheiligen, ſie wollten ihre Armuth und ihr Elend nicht noch vergrößern. Die Liberalen, die Großdeutſchen der Schmerlingſchen Partei, nur in unpraktiſchen Rechtstheorien befangen, wie alle Liberalen, dachten nicht daran, während der Feind vor den Thoren Wiens ſtand, dem Kaiſer in dieſer dringendſten Noth beizuſtehen, ſondern verlangten nur ſtürmiſch den Reichsrath und das Schmerlingſche Syſtem zurück. Sie, welche zum Kriege hatten hetzen helfen, wälzten jetzt dem Kaiſer die Schuld zu. Sie waren es geweſen, die wetteifernd mit den Mittelſtaaten die friedliche Löſung des Streites um Schleswig und Holſtein durch ihre Intriguen und durch die maßloſeſten Verleumdungen Preußens in der Preſſe verhindert hatten,

und jetzt stellten sie sich ganz unschuldig und klagten den Kaiser an.*)

Charakteristisch war die Sitzung des Wiener Gemeinderaths am 17. Juli. Der Bürgermeister Zelinka hatte bereits gegen den von der Statthalterei erlassenen Aufruf an das Volk und gegen die Organisirung eines Landsturmes protestirt, und die Statthalterei hatte geantwortet, es handle sich nicht von einem allgemeinen Landsturm, sondern die Regierung fordere die Landbewohner nur auf, freiwillig in die Reihen der steyrischen Alpenjäger einzutreten. Nachdem das der Bürgermeister dem Gemeinderath bekannt gemacht hatte, vereinigte sich der letztere zu einer Adresse an den Kaiser, worin es hieß: „In so bedrängnißvoller Zeit will die Vertretung Wiens nicht alle die Ursachen erörtern, welche die gegenwärtige tief ernste Lage des Reichs verschuldet haben. Das Eine aber darf sie aussprechen, daß diese Lage weniger durch die letzten Mißerfolge im Kriege, als durch die unglückliche Politik herbeigeführt wurde, welche die Rathgeber der Krone zum Theil schon seit einer langen Reihe von Jahren sowohl im Innern als nach Außen verfolgten. — Eure Majestät haben in Ihrer hohen Einsicht sich veranlaßt gesehen, die Führung der Armee andern, hoffentlich glücklichen Händen anzuvertrauen. Möge Euer Majestät zu dem segensreichen Entschlusse kommen, auch zur Leitung der Staatsgeschicke solche Männer zu berufen, deren entschiedene Thatkraft und politische Gesinnung den Völkern Oesterreichs die Gewähr einer bessern Zukunft zu geben geeignet ist."

Auch der Gemeinderath von Salzburg forderte in einer Adresse vom 7. Juli die Wiedereröffnung des sistirten Reichtags. Die Or-

*) Die hist. polit. Blätter XV. 217. sagten nicht mit Unrecht: „Nie hat der Liberalismus schlagender als an dieser fadesten wie frechsten aller seiner Sorten, der Wienerischen nämlich, die Wahrheit dargestellt, daß er nur stören und zerstören kann, einer auferbauenden That aber nie und nimmer fähig ist."

ganiſirung der ſteyriſchen Alpenjäger, ein Lieblingsgedanke des Grafen Mensdorff, ſchlug gänzlich fehl. Das Landvolk weigerte ſich und man konnte nur einige Haufen, meiſt fremde Leute, zuſammenbringen.

Am bitterſten äußerte ſich die Wiener „Preſſe," als die Regierung Anſtalt machte, Wien zu vertheidigen. „Auf den Feldern von Königgrätz haben Tauſende für den ſ. g. ‚deutſchen Beruf' Oeſterreichs geblutet. Vor den Schanzen von Floridsdorf werden Tauſende für die angebliche ‚deutſche Sendung' Oeſterreichs fallen. Die Miniſter aber, welche dieſe Tauſende ins Feuer und in den Tod ſenden, haben alles gethan, um das Deutſchthum in Oeſterreich zu verdrängen. Sie haben zu Gaſtein das deutſche Bundesrecht geopfert, ſie haben im September-Patent das deutſche Verfaſſungsrecht, das deutſche Element in Oeſterreich untergraben. Wer für Swatopluk und Arpat ſtreitet, der ſchließe Frieden mit Preußen, und vergieße keines Mannes Blut für eine Sache, die nie die ſeinige war."

Der öſterreichiſche Miniſter Graf Belcredi, bisher eifriger Patron der Czechen, rieth dem Kaiſer, ſich auf die zahlreichen Slaven ſeines Reichs zu ſtützen, um durch ſie die unzufriedenen Ungarn und Deutſch-Oeſterreicher zu neutraliſiren, wie das ſchon einmal im Herbſt 1848 geſchehen war, als Wien noch dem kaiſerlichen Heere widerſtand und Ungarn ſich ganz vom Kaiſer losgeriſſen hatte. Zu dieſem Behuf nun wurden im Anfang des Auguſt die berühmteſten Führer der Czechen, Palacky und Rieger, nach Wien berufen und luden zu einer großen Conferenz aller ſlaviſchen Notabilitäten ein, die auch am 8. Auguſt in Wien zu Stande kam, aber ganz erfolglos blieb, da die meiſten Eingeladenen, der hohe Adel Böhmens, die Polen Galiziens, die Slovenen aus Krain ꝛc. gar nicht erſchienen, das ſlaviſche Häuflein äußerſt klein blieb und ſich auch mit dem föderaliſtiſchen Programm Palackys und Riegers nicht vereinigen konnte, weil dasſelbe zu complicirt war. Das Mißlingen dieſer Conferenz trug weſentlich dazu bei, daß der Kaiſer das unglückliche Syſtem des Dualismus, der

Trennung ſeines Reichs in zwei Hälften diesſeits und jenſeits der Leitha einging.

Die Slaven bilden allerdings die Mehrheit in der öſterreichiſchen Monarchie, aber ſie ſind niemals einig geweſen. Die Böhmen und die Südſlaven verſtehen ſich nicht. In Galizien iſt der Adel polniſch, das Volk ruthenisch, und beide haſſen ſich. Die Ruthenen ſind den Ruſſen verwandt, gehören der nicht unirten griechiſchen Kirche an, ſtehen daher unter einer ruſſenfreundlichen Leitung, deren journaliſtiſches Organ der „Slowo“ iſt. Dieſer erklärte damals, die Ruthenen ſeyen wahrhafte Ruſſen, die deshalb jederzeit zum Ruſſenthum halten müßten. Ein Zuſammengehen der Galizier mit den Böhmen kann daher kein ehrliches ſeyn, ſo lange die Böhmen ſelbſt ſich nicht an Rußland hängen, ſondern lieber die Hegemonie im öſterreichiſchen Kaiſerſtaat erringen möchten.

Da nun der Kaiſer von Oeſterreich weder von Frankreich eine bewaffnete Hülfe erhielt, noch auch ſeine eigenen Völker dem Maſſenaufgebot Folge leiſteten und ihm noch obendrein Vorwürfe machten, blieb ihm nur die Wahl, einen Angriff der noch überaus ſtarken und ſieggewohnten Preußen auf Wien auszuhalten oder um Frieden zu bitten. Um zunächſt Wien vor einem Handſtreich zu decken, ließ er Floridsdorf an der Donau ſtark befeſtigen*) und in Eilmärſchen wenigſtens einige Corps der ſiegreichen Südarmee aus Italien her-

*) Nichts war vorbereitet, daher im Anfang noch alles dabei wild herging. Die Schanzen waren noch lange nicht fertig, als die Preußen ſchon heranrückten. Eine dieſer Schanzen ſollte von Sachſen beſetzt werden, deren Commandant desfalls eine ausführliche Inſtruction erhielt. Als er aber an Ort und Stelle kam, war keine Schanze da. Man hatte den Platz dazu erſt mit Pfählen ausgeſteckt. Eine andere Schanze wurde mit gezogenen Kanonen armirt, aber von Rekruten bedient, die noch nie eine ſolche Kanone geſehen hatten. Eine dritte Schanze erhielt Munition, die nicht zu den Geſchützen paßte.

beirufen. Erzherzog Albrecht eilte voraus und kam nach Wien. Als Sieger in Italien erließ er am 13. Juli noch eine ermuthigende Proclamation an die Truppen. Allein seine Streitkräfte reichten noch lange nicht aus, um in Verbindung mit den matten Resten der Nordarmee Wien gegen den Ansturm des weit überlegenen preußischen Heers zu decken, und so blieb nichts übrig, als um Frieden zu bitten.

Der Timescorrespondent schrieb damals aus Ebenthal: „Die preußischen Armeen stehen nun bei einander und in einer großen Masse concentrirt gleichen sie einem auf dem Sprunge liegenden Löwen, bereit, sich auf die Donau zu stürzen, wenn die Friedensunterhandlungen fehlschlagen sollten und die Befehle zum Vorrücken von Nikolsburg aus den verschiedenen Commandeuren durch die Feldtelegraphen zugeblitzt werden. Die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl steht dicht bei Roßbach unmittelbar vor der Demarcationslinie. Ein starkes Corps ist auf dem linken Ufer der March postirt, um die Flanke der Armee zu decken oder nach Umständen deren Vorhut zu bilden. Die Elbarmee unter General Herwarth steht auf dem rechten Ufer der March und die zweite Armee unter dem Kronprinzen steht hinter der ersten und befindet sich in der Lage, nach jeder Richtung hin vorzugehen, wie es erforderlich seyn würde.“ Man kann sich denken, mit welcher Begierde der preußische Soldat dem Augenblick entgegensah, in welchem der Befehl zum Angriff auf Wien gegeben werden würde. Nach Wien wünschte er sich hinein, wäre es auch nur gewesen, um jene Barbaren zu beschämen, die den Croaten die Plünderung Berlins versprochen hatten. Der preußische Soldat würde den Wienern durch musterhafte Mannszucht nnd Humanität imponirt haben.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß Wien sich gegen die preußische Kriegsmacht würde haben halten können, da die österreichische Südarmee noch lange nicht in hinreichender Stärke herbeigekommen war.

Die preußiſchen Truppen hätten ſehr gerne ihre Siege durch die Eroberung Wiens gekrönt. „Heute Abend," ſchreibt der Timescorreſpondent am 20. Juli, „ſind die Kirchthürme Wiens von einer Anhöhe aus zu ſehen, denn das ſchwere Gewölk, welches dieſen Morgen am Himmel hing, hat ſich verzogen und gegen Abend ſpielte der helle Sonnenſchein auf dem Metallwerk, welches die Thurmſpitzen ziert. Doch haben die, welche hier von Ebenthal aus nach der öſterreichiſchen Hauptſtadt ſehnſüchtig hinüberſchauten, nur einen Blick in das gelobte Land gethan, das zu betreten ihnen nicht beſchieden iſt. Nicht etwa, als fürchteten ſie, daß die Donau und die Schanzen bei Florisdorf ſie aufzuhalten vermöchten, nein — ſie beſorgten nur, daß die franzöſiſche Diplomatie zwiſchen die Kämpfenden getreten ſey und dem weiteren Fortſchritt der kampfluſtigen Krieger Einhalt gethan habe."

Die Unterhandlungen wurden in dem Schloſſe Nikolsburg gepflogen, in welchem der König von Preußen ſein Hauptquartier aufgeſchlagen hatte. Dieſes ſchöne hochragende Schloß an der Taya iſt der alte Sitz der ausgeſtorbenen Fürſten von Dietrichſtein. Durch die letzte Erbtochter, die ſich mit dem Grafen und Miniſter Mensdorff-Pouilly vermählte, kam es in deſſen Beſitz. Es iſt eins der größten Schlöſſer in Oeſterreich mit einem ſchönen Schloßgarten und prachtvoller Ausſicht. In denſelben Zimmern, welche der König ſich auswählte, hatte nach der Schlacht bei Auſterlitz auch Napoleon gewohnt.

Der Gang der Verhandlungen war folgender. Schon unmittelbar nach der übereilten Abtretung Venetiens an Frankreich hatte Napoleon III., wenn er auch nicht geſonnen war, Oeſterreich mit bewaffneter Hand zu helfen, doch durch ſeinen bisherigen Geſandten in Berlin, Grafen Benedetti, Preußen auffordern laſſen, Oeſterreich den Frieden zu geben, wobei ſich der Kaiſer auf das Programm zurückbezog, welches ſein Schreiben vom 11. Juli enthalten hatte. Es mußte für Napoleon III. von hohem Werthe ſeyn, wieder einmal als

großer Friedensſtifter, gleichſam als europäiſcher Schiedsrichter zu erſcheinen, und wenn es zugleich den Anſchein hatte, als ſey es ſein Einfluß allein, der Preußen beſtimme, im Siege Maaß zu halten, ſo konnte er einigermaßen verſchmerzen, daß ihm ſein urſprünglicher Plan (der Austauſch Schleſiens), der ihm die Rheinprovinzen eingetragen haben würde, mißlungen war. Seinen Andeutungen, Frankreich verdiene eine Compenſation, wurde von der preußiſchen Regierung nicht Folge gegeben. Es ſcheinen auch nur Andeutungen, nicht Forderungen geweſen zu ſeyn.*)

Preußen machte zur Friedensbedingung die Einverleibung

*) Die Augsb. Allg. Zeitung vom 15. Februar 1867 äußerte ſich: „Es darf wohl jetzt als gewiß angenommen werden: 1) daß zu Ende Juli oder zu Anfang Auguſt vorigen Jahres durch den franzöſiſchen Geſandten, Herrn Benedetti, in Berlin eine Entſchädigung für Frankreich zur Herſtellung des durch die preußiſchen Annexionen geſtörten politiſchen Gleichgewichts angeregt, dieſes Anſinnen jedoch in Berlin beſtimmt abgelehnt wurde, und 2) daß die Ausgleichung in der Abtretung von Rheinheſſen mit Mainz und von Rheinbayern an Frankreich beſtehen ſollte. Wenigſtens haben die Mittheilungen der Brüſſeler Correſpondence (Allgem. Zeitung Nr. 10 S. 149) nirgends eine zuverläſſige Widerlegung gefunden, ſie wurden vielmehr durch manche andere Umſtände unterſtützt. Die franzöſiſche Preſſe hat den tiefen Eindruck zu erkennen gegeben, welchen der gewaltige Fortſchritt zur Macht deutſcher Einheit in Frankreich hervorgebracht hat. Hat ja doch Thiers in ſeiner hiſtoriſchen Weisheit noch im Mai vorigen Jahrs unter dem Beifall des geſetzgebenden Körpers die Theorie entwickelt: Deutſchland ſey im Sinne des europäiſchen Gleichgewichts von jeher und namentlich im Geiſte der Verträge von 1815 zu ewiger Zerriſſenheit beſtimmt, weil der geeinigte Germanismus eine furchtbare Gefahr für jenes Gleichgewicht enthalte. Die deutſche Nation hat dieſen Thatſachen die größte Aufmerkſamkeit zuzuwenden. Nur wenn der norddeutſche Bund conſtituirt und die militäriſche Einigung Süddeutſchlands im Anſchluß an Preußen vollbracht iſt, wird Deutſchland vor allen franzöſiſchen Rheingelüſten hinreichend geſichert ſeyn.“

der Elbherzogthümer und der Bundesländer, durch welche die beiden Hälften Preußens bisher getrennt geweſen, in das preußiſche Reich, die von Preußen vorgeſchlagene Bundesreform und die Ausſcheidung Oeſterreichs aus dem deutſchen Bunde. Nach einem ſo großen Siege mäßige Forderungen, ſofern Preußen das öſterreichiſche Gebiet intact ließ und auch vom ſüdweſtlichen Deutſchland nichts forderte. Napoleon III. lag daher Oeſterreich dringend an, dieſe Bedingungen anzunehmen, Oeſterreich aber lehnte ſie dennoch am 11. Juli ab. Man bemerkte, daß Herr von Beuſt, ſächſiſcher Miniſter, der mit ſeinem Herrn nach Wien geflüchtet war und dort großes Vertrauen genoß, in aller Eile in dieſen Tagen nach Paris gereist war, von wo er am 17. Juli wieder nach Wien zurückkehrte. Er ſcheint beim Kaiſer der Franzoſen nicht viel ausgerichtet zu haben, denn als Preußen am 14. Juli erklärte, es werde keinen Waffenſtillſtand ſchließen, der nicht zugleich die Friedenspräliminarien enthalte, empfahl Napoleon III. Oeſterreich abermals, darauf einzugehen. Da nun mittlerweile die preußiſchen Heerſäulen bis an die Taya gerückt waren und auch die ſüddeutſchen Bundesgenoſſen nur Niederlagen erlitten, bequemte ſich Oeſterreich am 22. Juli zu einer fünftägigen Waffenruhe, die am 26. verlängert und am 2. Auguſt in einen vierwöchentlichen Waffenſtillſtand umgewandelt wurde, bis der definitive Frieden zu Prag abgeſchloſſen ſeyn würde, wo die Bevollmächtigten zuſammentreten ſollten.

Die am 26. Juli zu Nikolsburg unterzeichneten Friedenspräliminarien ſtellten feſt:

„Art. I. Der Territorialbeſtand der öſterreichiſchen Monarchie mit Ausnahme des lombardiſch-venetianiſchen Königreichs bleibt unverändert. Se. Majeſtät der König von Preußen verpflichtet ſich, ſeine Truppen aus den bisher von denſelben occupirten öſterreichiſchen Territorien zurückzuziehen, ſobald der Friede abgeſchloſſen ſeyn wird, vorbehältlich der im definitiven Friedensſchluſſe zu treffen-

den Maßregeln wegen einer Garantie der Zahlung der Kriegsentschädigung.

Art. II. Se. Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich erkennt die Auflöſung des bisherigen deutſchen Bundes an und gibt ſeine Zuſtimmung zu einer neuen Geſtaltung Deutſchlands ohne Betheiligung des öſterreichiſchen Kaiſerſtaats. Ebenſo verſpricht Seine Majeſtät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches Se. Maj. der König von Preußen nördlich von der Linie des Main begründen wird, und erklärt ſich damit einverſtanden, daß die ſüdlich von dieſer Linie gelegenen deutſchen Staaten in einen Verein zuſammentreten, deſſen nationale Verbindung mit dem norddeutſchen Bunde der näheren Verſtändigung zwiſchen beiden vorbehalten bleibt.

Art. III. Se. Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich überträgt auf Se. Majeſtät den König von Preußen alle ſeine im Wiener Frieden vom 30. Oct. 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogthümer Holſtein und Schleswig, mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Diſtrikte von Schleswig, wenn ſie durch freie Abſtimmung den Wunſch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden ſollen.

Art. IV. Seine Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich verpflichtet ſich, behufs Deckung eines Theils der für Preußen aus dem Krieg erwachſenen Koſten an Se. Majeſtät den König von Preußen die Summe von 40 Mill. Thlrn. zu zahlen. Von dieſer Summe ſoll jedoch der Betrag der Kriegskoſten, welche Se. Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich laut Art. 12. des gedachten Wiener Friedens vom 30. Oct. 1864 noch an die Herzogthümer Schleswig und Holſtein zu fordern hat, mit 15 Mill. Thalern, und als Aequivalent der freien Verpflegung, welche die preußiſche Armee bis zum Friedensſchluß in den von ihr occupirten öſterreichiſchen Landestheilen haben wird, mit 5 Mill. in Abzug gebracht werden, ſo daß nur 20 Mill. baar zu zahlen bleiben.

Art. V. Auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich erklärt Se. Majestät der König von Preußen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem er sich dagegen vorbehält, den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und die künftige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit Sr. Majestät dem König von Sachsen abzuschließenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln. Dagegen verspricht Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, die von Sr. Majestät dem König von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, anzuerkennen.

Art. VI. Se. Majestät der König von Preußen macht sich anheischig, die Zustimmung seines Verbündeten, Sr. Majestät des Königs von Italien, zu den Friedenspräliminarien und zu dem auf dieselben zu begründenden Waffenstillstand zu beschaffen, sobald das venetianische Königreich durch Erklärung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen zur Disposition Sr. Majestät des Königs von Italien gestellt seyn wird.

Art. VII. Die Ratifikationen der gegenwärtigen Uebereinkunft werden binnen längstens zwei Tagen in Nikolsburg ausgetauscht werden.

Art. VIII. Gleich nach erfolgter und ausgetauschter Ratifikation der gegenwärtigen Uebereinkunft werden Ihre beiden Majestäten Bevollmächtigte ernennen, um an einem noch näher zu bestimmenden Ort zusammenzukommen und auf der Basis des gegenwärtigen Präliminarvertrags den Frieden abzuschließen und über die Detailbedingungen desselben zu verhandeln.

Art. IX. Zu diesem Zwecke werden die contrahirenden Staaten, nach Feststellung dieser Präliminarien, einen Waffenstillstand für die kaiserlich österreichischen und königlich sächsischen Streitkräfte einerseits

und die königlich preußiſchen andrerſeits abſchließen, deſſen nähere Bedingungen in militäriſcher Hinſicht ſofort geregelt werden ſollen. Dieſer Waffenſtillſtand wird am 2. Auguſt beginnen und die im Augenblicke beſtehende Waffenruhe bis dahin verlängert. Der Waffenſtillſtand wird gleichzeitig mit Bayern hier abgeſchloſſen, und der General Freiherr v. Manteuffel beauftragt werden, mit Württemberg, Baden und Heſſen-Darmſtadt einen am 2. Auguſt beginnenden Waffenſtillſtand auf der Grundlage des militäriſchen Beſitzſtands abzuſchließen, ſobald die genannten Staaten es beantragen. Zu Urkund des Gegenwärtigen haben die gedachten Bevollmächtigten dieſe Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt. Nikolsburg, 26. Juli 1866. Karolyi m. p. Brenner m. p. v. Bismarck m. p." — Folgen noch die Beſtimmungen über die Demarkationslinie zwiſchen den beiderſeitigen Armeen bis zum definitiven Friedensabſchluß.

Nicht jedermann war mit dieſem Abkommen zufrieden. Die Mittelſtaaten am wenigſten. Trotz der ausdrücklichen Zuſicherung Oeſterreichs im Vertrage mit Bayern, keinen einſeitigen Frieden ohne Bayern abzuſchließen, wurde Bayern dennoch, wie auch Württemberg, Baden und Heſſen-Darmſtadt in Nikolsburg ignorirt, ſo daß ſie allein gegen Preußen fortkämpfen mußten und, da Frankreich ihrem dringenden Hülferuf (nur Baden hat ſich des Bittens in Paris enthalten) nicht nachkam, ſich genöthigt ſahen, in Eile ihre Miniſter nach Nikolsburg zu ſchicken und den König von Preußen um Frieden zu bitten.

Auch in Oeſterreich gab es noch einige muthige Leute, die mit dem raſchen Abſchluß der Präliminarien nicht zufrieden waren und lieber eine Schlacht noch vor Wien gewagt hätten. Wenigſtens ließen ſich etwas ſpäter Stimmen vernehmen, ganz Ungarn würde für den Kaiſer aufgeſtanden ſeyn, wenn er damals ſchon alle Forderungen der

Ungarn bewilligt hätte. Es iſt nicht wahrſcheinlich, daß die Ungarn dieſes Opfer gebracht haben würden, wozu damals die Vorbereitung und die Bürgſchaft fehlte.

Auch im preußiſchen Lager war nicht jedermann mit den Präliminarien zufrieden. Es fehlte nicht an feurigen Männern, die gern den Sieg noch ein wenig weiter verfolgt hätten. Sie fürchteten, der Friede werde den Beſiegten noch zu viele Macht übrig laſſen und das große Werk einer Verjüngung Deutſchlands ſey nur halb gethan. Indeſſen durfte wohl erwogen werden, daß Preußen in Gefahr kam, wenn es mehr verlangte, oder, wenn es den Krieg bis aufs äußerſte fortſetzte, nicht nur die Deutſchen, die es an ſich heranziehen wollte, nur noch tiefer gegen ſich zu erbittern, die wahre Verſöhnung zu erſchweren, ſondern wahrſcheinlich auch fremde Einmiſchung herauszufordern. Denn wie glücklich ſich auch Deutſchland preiſen könnte, wenn es mit allen ſeinen Millionen unter preußiſcher Führung in einem großen Reiche vereinigt wäre, ſo war doch der gegen Preußen kämpfende Theil des deutſchen Volks noch nicht politiſch reif genug, um den Vortheil und Ruhm einer großen Nationaleinheit zu begreifen, wie viel auch immer dafür geredet, geſungen und toaſtirt worden war. Und das Ausland mußte unter dieſen Umſtänden ſich der Feinde Preußens in Deutſchland möglichſt annehmen, um eine völlige Vereinigung Deutſchlands unter Preußen zu verhüten. Dazu genügte eine diplomatiſche Intervention. Eine bewaffnete wäre nur dann erfolgt, wenn Preußen ſich mit den Nikolsburger Präliminarien nicht begnügt hätte. Preußen hatte nur die Wahl, ganz Deutſchland bis an die italieniſche Grenze zu unterwerfen, beſetzt zu halten und gegen jeden innern und äußern Feind zu vertheidigen, eine Anſpannung ſeiner Kräfte, die man ihm wohl kaum zumuthen konnte, oder nach der Verdrängung Oeſterreichs aus dem deutſchen Bunde, die ihm gelungen war, mit den übrigen Deutſchen, anſtatt ſie zu terroriſiren,

eine friedliche, parlamentariſche und commerzielle Verſtändigung zu ſuchen. Es wählte das letztere.

Wir ſchließen hier die Kriegsgeſchichte, ſoweit ſie den Kampf in Böhmen und Oeſterreich betrifft, und laſſen erſt im nächſten Bande die Geſchichte der Kämpfe Preußens mit den Mittelſtaaten bis zu den ſämmtlichen definitiven Friedensſchlüſſen nachfolgen.

Oeſterreich verlor außer Venetien, was es ohne alle Noth dahingegeben hatte, kein Dorf in dieſem blutigen Kriege, allein es erlitt die ſchwerſten Verluſte an Menſchen und Geld und an ſeiner bisherigen Machtſtellung. Im öſterreichiſchen Militärkalender wurde überſichtlich zuſammengeſtellt, wie viel die öſterreichiſche Nordarmee an Mannſchaft, ohne die Offiziere, eingebüßt hatte: 8484 Mann blieben todt, 19,896 wurden verwundet und 34,417 vermißt. Die meiſten Verwundeten wurden auch gefangen, ſo daß, die Vermißten eingerechnet, die Zahl der öſterreichiſchen Gefangenen nach preußiſchen Berichten ſich auf 49—50,000 belief. Davon wurden nach amtlichen Berichten nach dem Friedensſchluß 41,800 allein mit der Eiſenbahn bei Oderberg über die Grenze zurückbefördert. Unter den Gefangenen befanden ſich nur 8000 Deutſche, faſt alle verwundet, und 40,000 Ungarn, faſt alle unverwundet. Die deutſchen Truppen Oeſterreichs hatten am meiſten geleiſtet und am meiſten gelitten, mehrere Regimenter waren faſt ganz aufgerieben. Die preußiſchen Siege und die raſche Verfolgung des Feindes erklären die große Zahl der öſterreichiſchen Gefangenen, die ſich wie hundert zu eins zu den kaum 500 preußiſchen Gefangenen verhielt, welche die Oeſterreicher nach dem Friedensſchluß auslieferten. In gleichem Verhältniß wurden über 20,000 öſterreichiſche Verwundete in preußiſchen Lazarethen verpflegt und nur 200 preußiſche Verwundete in den öſterreichiſchen.

Die Preußen verdanken ihren großen Sieg weder ihren Zündnadelgewehren, noch ihrer Tapferkeit allein, ſondern in weit höherem Maaße ihrer Disciplin, der vollen Harmonie zwiſchen Generalen,

Offizieren und Gemeinen, der musterhaften Ordnung in der Armeeorganisation, in der Verwaltung, und der vortrefflichen Führung, überhaupt dem Geiste, der die ganze Armee durchdrang. Es war kein leeres Wort, wenn man sagte, daß man hier ein Volk in Waffen vor sich hatte. In der österreichischen wie in andern Armeen herrscht ein Offizierscorps, welches sich ein für allemal dem Militärdienst gewidmet hat, gewissermaßen eine ausschließliche Zunft über dem gemeinen Volk der Soldaten, was eben so ausschließlich den niedrigsten und ungebildetsten Classen entnommen ist. In der preußischen Armee dagegen ist die große Lücke zwischen jenen beiden Classen dadurch ausgefüllt, daß junge Männer aller Stände und Bildungsgrade ohne Unterschied als Gemeine neben einander dienen und die Gebildeteren den Ungebildeteren zum Muster dienen, während zugleich Männer des verschiedensten Lebensberufs im Kriegsfall als Landwehroffiziere gleich berechtigt und gleich geehrt den Offizieren des stehenden Heeres sich anschließen. Dadurch allein wird es möglich, sowohl die Rohheiten des gemeinen Mannes auszurotten, als auch den Kastengeist der Offiziere einzuschränken und alle Bestandtheile der Armee wie mit dem Bewußtseyn der Ehre überhaupt, so auch mit dem gleicher Ehre zu erfüllen. Die großen Erinnerungen des Jahres 1813 lebten in der preußischen Linie und Landwehr fort, und die Söhne zeigten sich ihrer Heldenväter vollkommen würdig.

Den größten Antheil am Siege schrieb man allgemein dem Generalstabschef der preußischen Armee, General von Moltke zu. Der Timescorrespondent während des Krieges schrieb über ihn aus Brünn: Dieser geschickte Stratege, welcher der Hauptleiter der Bewegungen war, durch welche die drei preußischen Armeen, von verschiedener Punkten ausgehend, in der geeigneten Stunde bei Königgrätz versammelt waren, erschien, mit Ausnahme in jener Hauptschlacht, nie in der Front der Armee. In einiger Entfernung im Rücken der Armee saß er ruhig vor seinem Pulte und zeichnete auf der Karte die

Bewegungen der Truppen vor, und vermittelſt des Feldtelegraphen ſandte er mit Blitzesſchnelle die Befehle an die commandirenden Generale, und that dies mit ſolcher Geſchicklichkeit und Vorſicht, daß nicht Eine Bewegung fehlſchlug und jede Combination im richtigen Moment gemacht wurde. Dabei rühmt der Correſpondent den General wegen ſeiner Schweigſamkeit. Er habe große Sprachkenntniſſe, aber man nenne ihn in der Armee nur den Mann, der in ſieben Sprachen ſchweigt.

Ein Artikel des Halleſchen Volksblatts vom 18. Juli ſagte mit Wahrheit: „Wie Blitz und Schlag folgten die Begebenheiten, die ganze dumpfe, ſchwüle Atmoſphäre plötzlich abklärend, erfriſchend und hell beleuchtend. Während man faſt unſere ganze Armee am Oſtende der Monarchie, an der böhmiſch-mähriſchen Grenze verſammelt wußte, ſah man plötzlich aus dem entblößten Rheinland und Weſtphalen von Weſten her preußiſche Pickelhauben in beide Heſſen und Hannover zugleich einrücken. Wie auf dem Schachbrett ſo ſicher ohne Fehl, Zug um Zug gingen die Evolutionen. Eine feſte, nicht zuckende Hand und ein helles, wachſames Auge im Mittelpunkt all der regierenden Blitzdrähte ward offenbar. Nicht die knappen, wie am Schnürchen laufenden militäriſchen Operationen allein, die wunderſame Organiſation des ganzen Vorgehens, welche Verwaltungsmaßregeln, Verkehrsmittel, alles mit eins umfaßte, mußte Verwunderung erregen.“

Der

Deutſche Krieg

im Jahr 1866.

Zweiter Band.

Der

Deutſche Krieg

im Jahr 1866,

in ſeinen Urſachen, ſeinem Verlauf und ſeinen nächſten Folgen.

Dargeſtellt

von

Wolfgang Menzel.

In zwei Bänden.

Zweiter Band.

Das Recht der Ueberſetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.

Stuttgart.
Verlag von Adolph Krabbe.
1867.

Schnellpreſſendruck von Aug. Wörner, vorm. J. G. Sprandel, in Stuttgart.

Digitized by Google

Inhalt des zweiten Bandes.

Seite

Dreizehntes Buch. Die Eroberung Hannovers und Kurheſſens durch die Preußen. 1

Der blinde König von Hannover S. 1. Einnahme Hannovers durch die Preußen unter Vogel von Falkenſtein, und der Nordſeeplätze unter Manteuffel 4. Einnahme Kurheſſens durch die Preußen unter Beyer 5. Gefangennehmung des heſſiſchen Kurfürſten 5. Flucht des Königs von Hannover, beſinnungsloſes Umhertappen, Schlacht bei Langenſalza und Capitulation der Hannoveraner 7 f. Die Sünden der hannöverſchen Regierung gegen Deutſchland 7.

Vierzehntes Buch. Das erſte Zurückmanövriren der Bayern aus dem Rhöngebirge. 16

Vogel von Falkenſtein bricht gegen die Bayern auf S. 16. Zaudern im bayriſchen Hauptquartier aus politiſchen Gründen 17. Die Bayern kommen den Hannoveranern nicht zu Hülfe 21. Prinz Karl von Bayern macht ſpäte und vergebliche Verſuche, ſich mit dem 8. Bundesarmeecorps (Württemberg, Baden und Darmſtadt) zu vereinigen 29. Nächtliche Panik der bayriſchen Reiterei 30. Bayern lehnt noch nach der großen Entſcheidung in Böhmen die preußiſchen Friedensanträge ab 31. Niederlage der Bayern bei Kiſſingen 34, bei Waldaſchach und Hammelburg 36.

Fünfzehntes Buch. Der Mainfeldzug. 38

Das Zaudern des 8. Bundesarmeecorps unter Prinz Alexander von Heſſen-Darmſtadt in einziger Beſorgniß um die Bundesſtadt Frankfurt a. M., ſo daß er weder den Hannoveranern, noch den Bayern hilft S. 39. Vogel von Falkenſtein bricht nun auch gegen ihn auf, nachdem er die Bayern zurückgeworfen 41. Niederlage eines Theils des 8. Bundesarmeecorps, insbeſondere der öſterreichiſchen Hülfsdiviſion unter Graf Neipperg 42. Sünden der Stadt Frankfurt, Einzug der Preußen daſelbſt und gnädige Beſtrafung 44. Für Vogel von Falkenſtein tritt Manteuffel an die Spitze der preußiſchen Mainarmee und verfolgt das 8. Bundesarmeecorps, welches ſich endlich mit den Bayern zu vereinigen ſucht 50. Der ſog. badiſche Verrath 53. Siege der Preußen bei Werbach und Tauberbiſchoffsheim 55.

Digitized by Google

Seite

Die Preußen vor Würzburg 56. Waffenruhe 57. Vorrücken der Preußen nach Heidelberg und Mannheim, Nürnberg, Mergentheim und Schwäbisch Hall 58. Mißstände in der süddeutschen Wehrverfassung 59. Hülfegesuch der süddeutschen Regierungen (mit einziger Ausnahme der badischen) in Paris 67. Separatfrieden der süddeutschen Regierungen und deren geheimes Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen 70.

Sechszehntes Buch. Der venetianische Krieg. 74

Italien fällt während des deutschen Krieges Oesterreich in den Rücken S. 74. Victor Emanuel erleidet eine furchtbare Niederlage durch die Oesterreicher unter Erzherzog Albrecht bei Custozza 79, und durch die österreichische Flotte unter Tegetthoff bei Lissa 82. Oesterreich tritt Venetien an Frankreich ab 90. Scham und Trotz der Italiener 91. Ricasoli rückt gegen Frankreichs Befehl in Venetien ein 94. Vergeblicher Aufstand in Sicilien 95. Frankreich tritt Venetien an Italien ab 96. Lächerlicher Triumpheinzug des überall geschlagenen Victor Emanuel in der Stadt Venedig 97. Standhaftigkeit des Papstes im Unglück 100. Abzug der Franzosen aus Rom 102. Das italienische Parlament in Florenz 103. Garibaldi's Tobsucht gegen die Kirche 106. Ungeheuere Schuldenlast Italiens 107.

Siebenzehntes Buch. Oesterreichs Neugestaltung. 110

Der Prager Frieden S. 110. Nachwehen des unglücklichen Kriegs und der bisherigen Mißregierung 114. Hirtenbriefe 115. Die tiefe Entsittlichung in Wien 120. Fortdauer der Judenwirthschaft und des öffentlichen Betrugs 122. Fortdauernde Zurücksetzung der Deutschen und Bevorzugung der Ungarn und Czechen 127. Der sächsische Minister von Beust wird mit dem Staatsruder der österreichischen Monarchie betraut 131. Trotzdem Fortsetzung des czechischen Uebermuthes unter dem Schutz Belcredi's 133. Zähes Festhalten der Ungarn an ihren Forderungen 136. Die Regierung gibt nach und führt den Dualismus eines Doppelreichs diesseits und jenseits der Leitha ein 143. Berufung einer außerordentlichen Reichsversammlung für die Länder diesseits der Leitha unter lautem Protest der Deutschen 143. Einsetzung eines besonderen ungarischen Ministeriums unter Graf Andrassy 145. Entlassung Belcredi's unter plötzlicher Bevorzugung der Deutschen vor den Czechen; der Kaiser gibt den außerordentlichen Reichstag auf und ruft den ordentlichen, bisher sistirten wieder ein 146. Die versäumte Mission Oesterreichs an der untern Donau 149. Die Bedeutung Böhmens für Deutschland 153.

Seite

Achtzehntes Buch. Indemnität und Siegesjubel in Preußen. . . 155

König Wilhelm I. S. 155. Seine Thronrede vor dem beschämten Abgeordnetenhause 157. Die Regierung, voll Mäßigung und Wohlwollen, verlangt und erhält Indemnität vom Abgeordnetenhause 159. Die deutsche Politik der preußischen Regierung 175. Unnatur der französischen Schablone, Unterschied echter deutscher Volksvertretung von der, die man den Franzosen nachgeäfft hat 177. Das große Siegesfest in Berlin 180. Rückkehrende Besinnung und Mäßigung im Abgeordnetenhause 186.

Neunzehntes Buch. Die Annectirten und die Bundesgenossen Preußens 192

Die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen und Rückblick auf die Mißregierung daselbst S. 195. Heftige Proteste des blinden Königs 199. Welfische Wühlereien 204. Einverleibung Kurhessens in Preußen und Abfindung des Kurfürsten 206. Die Bundesfestung Mainz von Preußen besetzt 207. Frankfurt a. M. wird preußisch 208. Ebenso das Herzogthum Nassau 211. Zufriedenheit der Katholiken mit der Rücksicht, mit welcher sie von der preußischen Regierung behandelt werden, im Gegensatz gegen die Rücksichtslosigkeit, die sie früher von den kleinen Regierungen erfuhren 215. Einverleibung der Elbherzogthümer in Preußen 221. Resignation in Sachsen und Anschluß dieses Königreichs an den Norddeutschen Bund 223. Mecklenburgs Anschluß 229. Anschluß der Hansestädte unter Vorbehalt ihrer Freihäfen 230.

Zwanzigstes Buch. Das südwestliche Deutschland. 238

Die Unmöglichkeit eines Südbundes S. 238. Die Umwandlung der bayrischen Politik noch unter von der Pfordten 239. Groll der particularistischen Presse gegen Preußen 247. Der Prozeß Zander 249. Fürst von Hohenlohe wird bayrischer Ministerpräsident und hält fest am Schutz- und Trutzbündniß mit Norddeutschland, unterstützt von der bayrischen Kammer 257. Conferenz der Südstaaten in Stuttgart 258. Württemberg 261. Enthüllungen des Herrn v. Varnbüler 262. Die deutsche Partei in Schwaben 267. Hessen-Darmstadt 271. Seine Militärconvention mit Preußen 275. Baden 275. Gerechtfertigt durch Minister von Freydorff, unterstützt von der badischen Kammer 281. Wichtigkeit des Moments für Süddeutschland 285.

Einundzwanzigstes Buch. Der norddeutsche Bund und Reichstag. . 291

Gründung des norddeutschen Bundes S. 291. Der Bundesentwurf wird dem norddeutschen Reichstage vorgelegt 300. Berathungen darüber 305. Uebergewicht der Deutschgesinnten über die Particularisten,

Seite

Polen, Demokraten und Ultramontanen und Annahme des amendirten Entwurfs von Seiten des Reichstags zur Zufriedenheit der Bundesfürsten 355.

Zweiundzwanzigſtes Buch. Rußland und die orientaliſche Frage. . 359

Kaiſer Alexander II. und ſeine Reformen S. 359. Oppoſition des ruſſiſchen Adels 361. Unterdrückung der polniſchen Nationalität und katholiſchen Kirche 362. Panſlavismus 366. Ruſſiſche Eroberungen in Turkeſtan 367. Rußlands Verhalten gegen Preußen 368. Oppoſition der Ruthenen gegen die Polen in Galizien 369. Karl von Hohenzollern in Rumänien 371. Serbien 372. Aufſtand in Kandia 373. Griechenland 375. Oeſterreichiſche Note im Sinne Rußlands 378. Die junge Türkei 379. Freundſchaft zwiſchen Nordamerika und Rußland 380. Toryminiſterium Derby in England 382. Feniers 384. Parlamentsreform 386.

Dreiundzwanzigſtes Buch. Franzöſiſche Pläne. 390

Unzufriedenheit in Frankreich über die Siege der Preußen und Compenſationsgelüſte 390. Chauvinismus ſogar des Grafen von Chambord 398. Argliſtiges Hetzen der Orleaniſten zum Kriege 398. Eröffnung des geſetzgebenden Körpers 401. Rede von Thiers 404. Antwort Rouhers 410. Mißgeſchick in Meriko 418. Reiſe der Kaiſerin Charlotte nach Europa und ihr trauriges Schickſal 420. Rückkehr des Marſchall Bazaine mit den franzöſiſchen Truppen nach Europa 422. Kaiſer Maximilian bleibt in Meriko zurück 424. Welt-Induſtrie-Ausſtellung in Paris 425. Sittenverderbniß in Paris 434.

Vierundzwanzigſtes Buch. Der Luxemburger Handel. 437

Vernachläſſigung des deutſchen Weſens in den Niederlanden 438. Undank der Holländer gegen Deutſchland 440. Die Feſtung Luxemburg 443. Limburg 448. Der König der Niederlande will Luxemburg an Frankreich verkaufen 450. Bennigſen's Interpellation in Berlin 452. Graf Bismarck's Antwort 459. Friedensadreſſen aus Frankreich an die Deutſchen 464. Kriegsrüſtungen in Frankreich 467. Verhalten Oeſterreichs 472. Preußen verhält ſich ganz ruhig 477. Der Luxemburger Handel wird einer Conferenz der Großmächte in London zur Entſcheidung vorgelegt und durch eine friedliche Ausgleichung entſchieden 481. Der Kaiſer von Oeſterreich eröffnet den Reichstag in Wien für die Kronländer dieſſeits der Leitha, und bezeigt friedliche Geſinnungen gegen Preußen 490. Freche Umtriebe der Czechen 491.

Dreizehntes Buch.

Die Eroberung Hannovers und Kurheſſens durch die Preußen.

Das wunderbare Schauſpiel, welches Friedrich der Große vor 110 Jahren in Sachſen aufgeführt hatte, ſollte ſich jetzt in Hannover wiederholen. Eine ganze, Oeſterreich verbündete Armee wurde von den raſch vordringenden Preußen gefangen genommen, weil Oeſterreich und ſeine Verbündeten zu langſam waren.

Der blinde König Georg V. von Hannover hatte den ganzen Trotz des uralten Welfengeſchlechts geerbt und da er nicht ſehen, nicht leſen konnte und ſein Urtheil nur durch die Camarilla geleitet wurde, darf es nicht in Erſtaunen ſetzen, wenn ſeine Politik ſo blind war wie ſeine Augen und ihn in den Armen falſcher Freunde zum Abgrund hinführte. In blindem Vertrauen auf den „Stern Oeſterreichs“ ließ er ſich durch die fanatiſchen Anhänger der öſterreichiſchen Politik in ſeiner nächſten Umgebung (Graf Platen, von Brandes, Meding, Onno Klopp) zur Kriegserklärung gegen Preußen fortreißen. Vergebens mahnte ihn der König von Preußen in perſönlichen, durch-

aus nur Wohlwollen bezeugenden Briefen von dieſem Schritt ab und gewährleiſtete ihm ſeinen Thron, ſeine Unabhängigkeit, den Beſitz ſeines Landes unter der Bedingung, daß er dem preußenfeindlichen Bundesbeſchluß nicht beitrete, nicht für Oeſterreich waffne, ſondern ſich dem von Preußen vorgeſchlagenen Bunde anſchließe. Der blinde König vergaß, wie nahe ſein Königreich an Preußen grenzte und wie fern noch die öſterreichiſche Hülfe für ihn war. Auch über die militäriſche Stärke Preußens ſcheint die Camarilla ihn getäuſcht zu haben. Genug, er bedrohte Preußen, während es gegen Oeſterreich zu Felde zog, im Rücken, ehe er nur Zuzug von ſeinen Bundesgenoſſen erhielt, und ſetzte mithin ſein armes Land in der unbeſonnenſten Weiſe den ſchrecklichen Schlägen aus, die ihm Preußen in berechtigter Nothwehr verſetzte.

Man erfuhr, Graf Münſter habe dem König die beſonnenſten Vorſtellungen gemacht, ſey aber dafür bei Hofe auf die undankbarſte Weiſe beſchuldigt worden, er wolle Hannover an Preußen verkaufen. Der Adel befand ſich der Mehrheit nach in derſelben Verblendung wie der Hof und verhöhnte die Männer, die es ehrlich mit dem König und dem Lande meinten. Als Bennigſen in der Kammer ausgerufen habe, vielleicht würden ſchon in 14 Tagen die Kanonen reden und nicht nur Miniſterien geſtürzt, ſondern auch Dynaſtien vertrieben werden, hätten die Ritter nur gelacht.

Das Verhalten des Königs ſollte nicht einmal den Ruhm unerſchütterlicher Feſtigkeit behaupten, denn im preußiſchen Staats-Anzeiger las man eine Note, welche der frühere hannoverſche Bevollmächtigte, von Stockhauſen, in Berlin überreicht und worin Hannover geradezu ſeine Neutralität zugeſagt hatte, während es zugleich mit Oeſterreich unterhandelte, ſich Oeſterreich ganz hingab und bald darauf dem verhängnißvollen Bundesbeſchluß beiſtimmte, der den Krieg zur Folge hatte. Ja es rüſtete zum Kriege mit Preußen, ohne nur die Neutralitätserklärung vom 14. Mai zurückgenommen zu haben.

Nachdem der Bundesbeſchluß vom 14. Juni den kriegeriſchen Plan Oeſterreichs und der Mittelſtaaten enthüllt hatte, vollendete Preußen, welches durch ſeine Armeereorganiſation allerdings gut vorbereitet war, mit Blitzesſchnelligkeit ſeine Rüſtungen und zauderte keinen Augenblick, ſeinen Gegnern in der Kriegführung zuvorzukommen. Es hatte zwar beinahe ſeine ganze Kriegsmacht nach Böhmen geſchickt und behielt nur wenige kleine Truppenkörper übrig, die überdieß noch zerſtreut waren, allein es rechnete darauf, die Mittelſtaaten weder concentrirt, noch in gehöriger Ausrüſtung, noch unter guter Führung zu finden. Wie Dresden ſchon am 18. Juni von den Preußen beſetzt wurde, ſo Hannover ſchon am 17. und Kaſſel am 19., und überall ohne Widerſtand.

In Hannover hatte der König grade noch Zeit, ſeine Koſtbarkeiten nach England zu ſchicken und mit dem Kronprinzen und den etwa 18,000 Mann ſtarken Truppen ſüdwärts zu entfliehen. Er hätte das gar nicht nöthig gehabt. Er hätte ſein Land behaupten können, wenn er mit ruhiger Ueberlegung und Vorbedacht gehandelt hätte. Er konnte die öſterreichiſche Brigade Kalik, die aus Holſtein ins Hannöverſche entwich, zurückbehalten und mit ſeinen eigenen Truppen vereinigen. Der preußiſche General Vogel von Falkenſtein, der von Minden aus mit nur 17,000 Mann heranrückte, wäre dann viel zu ſchwach geweſen, um Hannover einnehmen zu können, und unterdeß konnten ihm die Bayern zu Hülfe kommen. Aber in Hannover hatte alles den Kopf verloren. Wollte die Regierung in engem Bunde mit Oeſterreich Preußen bekriegen, ſo hätte ſie auch wie Oeſterreich ſelbſt ſchon im Februar rüſten müſſen, aber ſie hielt nur die im Frühjahr zu Beurlaubenden zurück und erließ den Mobiliſirungsbefehl erſt am 14. Juni. Die Truppen konnten alſo nicht ſchnell und vollſtändig vereinigt, noch gehörig ausgerüſtet werden. Im Norden des Königreichs blieben Garniſonen und reiche Vorräthe zurück, um in die Hände der preußiſchen Diviſion zu fallen,

die unter General Manteuffel nach Vertreibung der Brigade Kalik ins Hannöverſche einrückte und die Küſtenplätze raſch einnahm. Am 18. Juni überfiel ein preußiſches Bataillon, das ſich bis vor die Stadt auf ein paar preußiſchen Kanonenbooten und einem Hamburger Privatdampfer eingeſchifft hatte, die kleine Feſtung Stade. Die kecken Matroſen brachen zuerſt das Thor auf, die Soldaten ſtürmten nach und ohne Gegenwehr ergab ſich die Garniſon. Auch ein hannoverſches Zollſchiff wurde genommen und alle Stationen längs der Küſte beſetzt. Am 22. Juni capitulirte auch die Stadt Emden. Man ſchätzte das Kriegsmaterial, deſſen ſich Manteuffel hier bemächtigen konnte, auf zehn Millionen Thaler. In der Hauptſtadt Hannover herrſchte bei der übereilten Flucht des Königs und der Truppen ein fabelhafter Wirrwarr.*) Der König entfloh mit den Truppen zunächſt nach Göttingen und verweilte hier bis zum 21., viel zu lange, da er ungleich ſchneller hätte Fulda erreichen ſollen, wo damals nur zwei preußiſche Bataillone ſtanden, die ihm den Weg nicht hätten verlegen können. Er ließ ſich aber aufhalten, um geſchwind noch die eilig einberufenen Reſerviſten an ſich zu ziehen und noch Pferde zu kaufen. Dann ließ er ſich durch falſche Gerüchte, die Straße nach Fulda ſey nicht mehr ſicher, verleiten, die Straße nach Eiſenach einzuſchlagen.

In der Stadt Hannover wagte der Pöbel einige Ungezogenheiten

*) „Weiber, Kinder, betrunkene Taglöhner ſorgten für Wegſchaffung der Militärgegenſtände. Herr von Tſchirſchnitz, der Generaladjutant, hatte im Drange des Augenblicks ſogar ſeinen Säbel zu Hauſe vergeſſen. Die Kriegsverwaltung hatte nichts vorbereitet und völlig den Kopf verloren. Soldaten wurden zum Bahnhof beſtellt, ohne Beförderungsmittel zu finden. Auf telegraphiſche Anfragen an die Generaladjutantur erfolgte kein Beſcheid. Da es an Militärpferden fehlte, wurden den benachbarten und zu Markte gekommenen Bauern ihre Pferde weggenommen.“ Der Bundesfeldzug in Bayern, Wenigen-Jena. S. 16.

gegen die einrückenden Preußen, die ſich aber mit bewundernswürdiger Ruhe benahmen und die Ordnung ſchnell herſtellten. Am gleichen Tage, an dem Falkenſtein in Hannover einrückte, hatte General Manteuffel die kleine Feſtung Stade überrumpelt, rückte am 18. in Lüneburg ein und konnte ſich ſchon am 19. mit Falkenſtein vereinigen.

Unterdeß ſetzten ſich die mit Preußen verbündeten norddeutſchen Staaten, namentlich Mecklenburg und Oldenburg in Bereitſchaft, den Preußen nachzurücken und als Reſerve zu dienen.

Vom Süden her rückte eine preußiſche Diviſion unter General von Beyer aus Wetzlar am 16. Juni in Kurheſſen ein und fand keinen Widerſtand, konnte jedoch, weil die Eiſenbahn zum Theil zerſtört war, erſt am 19. in Kaſſel eintreffen. Sie führte, wie alle preußiſchen Corps, das nöthige Geräth zur ſchnellen Wiederherſtellung zerſtörter Eiſenbahnen mit ſich und fing durch ein geſchicktes Manöver auf der noch fahrbaren Strecke Kaſſel-Bebra bedeutende Kriegsvorräthe ab, welche den nach dem Main abgezogenen kurheſſiſchen Truppen nachgeführt werden ſollten. Der Kurfürſt von Heſſen hatte keine Miene gemacht, ſein Land zu verlaſſen, ſondern reſidirte auf der Wilhelmshöhe bei Kaſſel, bezeigte ſich aber auch nichts weniger als geneigt, ſich nunmehr Preußen anzuſchließen, ſondern trotzte in ſeiner alten Weiſe, bis ihn die Preußen auf Befehl ihres Königs am 23. in Verhaft nahmen und raſch mit der Eiſenbahn nach Stettin beförderten, wo er einſtweilen im alten herzoglichen Schloſſe ſeinen Wohnſitz nehmen mußte.

Da dieſer Fürſt, wie ſeine nächſten Vorfahren, das abſchreckendſte Beiſpiel von Mißregierung gegeben hatte, durfte der in Kurheſſen einrückende preußiſche General in ſeiner Anſprache an das Volk wohl andeuten, er bringe demſelben beſſere Tage.

Wenn ſich die Hannoveraner frühzeitig genug mit den Kurheſſen, die man zu 8000 Mann ſchätzte, und mit den Naſſauern (5000 Mann) vereinigt und an den Main gewendet hätten, um vom 7. und 8. Bundes-

armeecorps aufgenommen zu werden, oder wenn die beiden letztern raſcher zu ihrem Schutz nach dem Norden aufgebrochen wären, ſo hätten ſich dieſe concentrirten Streitkräfte des Bundes gegenüber den Preußen in einer beinahe dreifachen Uebermacht befunden, denn das 7. Armeecorps, Bayern unter dem Prinzen Karl, war zu 45,000 Mann berechnet und hätte bei einiger Anſtrengung auf mehr als 80,000 Mann gebracht werden können. Das 8. Bundesarmeecorps unter dem Befehl des Prinzen Alexander von Heſſen zählte 14,000 Württemberger unter General-Lieutenant von Hardegg, 12,000 Badener unter Prinz Wilhelm von Baden, 10,000 Heſſen-Darmſtädter unter General von Perglas. Zu ihnen geſellten ſich noch die Kurheſſen und Naſſauer und ein öſterreichiſches Hülfscorps, eine Diviſion von 12,000 Mann unter dem Feldmarſchall-Lieutenant Grafen von Neipperg. Dieſe zahlreichen Truppenmaſſen vereinigten ſich aber nicht. Das 7. und 8. Bundesarmeecorps zauderte. Man ſchob die Schuld darauf, daß man zum Ausmarſch nicht gehörig vorbereitet geweſen ſey, daß die Armeeorganiſation und Verwaltung in alter Weiſe einen zu ſchleppenden Gang nehme und daß die Führung zu vielköpfig ſey. Zwar hatte der Bundestag dem Prinzen Karl von Bayern den Oberbefehl gegeben, das war aber ſchon ein alter Herr, der lange keinen Krieg mehr geſehen hatte, und die ihm untergebenen Contingente der übrigen ſüddeutſchen Staaten ſtanden nicht unter demſelben Kriegsherrn wie die Bayern. Man wird indeß den Grund des Zauderns vorzugsweiſe in einer politiſchen Vorſicht zu ſuchen haben. Es war den Mittelſtaaten, als den ſchwächern Bundesgenoſſen, nicht unter allen Umſtänden übelzunehmen, daß ſie ein wenig abwarteten, was ihr mächtiger öſterreichiſcher Bundesgenoſſe ausrichten würde. Man darf dabei nicht vergeſſen, wie groß ſchon viele Wochen vorher das Vertrauen auf Benedek und die Oeſterreicher geweſen war. Wir erinnern uns, daß in den kritiſchen Wochen vor der Schlacht bei Königgrätz das Zaudern des 7. und 8. Bundesarmeecorps ſogar mit dem

Zaudern Benedeks ſelbſt in Verbindung gebracht wurde, und daß manche Stimmen mit auffallender Zuverſicht davon träumten, es ſolle mit aller Gemächlichkeit erſt um Preußen her ein Cordon gezogen werden, welcher dann vorrücken und in immer engern Kreiſen Preußen erdrücken ſolle.

Genug, die Zeit, welche die Verbündeten Oeſterreichs verſäumten, wurde von den Preußen mit merkwürdiger Geiſtesüberlegenheit benutzt. Die kleinen zerſtreuten Truppenkörper, welche gegen die Mittelſtaaten zu fechten beſtimmt waren und die ſich ſpäter als ſ. g. Mainarmee concentrirten, beſtanden nur aus den genannten drei Diviſionen und zählten nicht mehr als 53,400 Mann.

Sobald Hannover und Kaſſel von den Preußen beſetzt waren, ſchickte der nunmehr den Oberbefehl führende General Vogel von Falkenſtein ſeine Diviſion unter General von Göben der abgezogenen hannoverſchen Armee in den Rücken, während zugleich einige Landwehr- und Erſatzbataillone von der preußiſchen Beſatzung der Feſtung Erfurt und das kleine Contingent des mit Preußen verbündeten Herzog von Coburg-Gotha den Hannoveranern entgegen geſchickt wurden.

Die Hannoveraner, commandirt von General von Arentsſchild und begleitet von ihrem König und Kronprinzen, zogen von Göttingen, anſtatt ſich ſüdwärts nach Fulda zu wenden, wo ſie hätten entkommen und ſich mit dem achten Bundesarmeecorps vereinigen können, weſtwärts über Heiligenſtadt und Mühlhauſen gegen Langenſalza, um durch Thüringen zu den Bayern zu ſtoßen, während ihnen Falkenſtein und Manteuffel im Rücken folgten, Beyer aber von Kaſſel aus ihnen den Uebergang über die Werra wehrte. Auf dem Wege von Göttingen bis Langenſalza brauchten die Hannoveraner eine ganze Woche, eine viel zu lange Zeit, ſo daß, wenn ſie ſich mit den Bayern nicht vereinigten, dies zum Theil ihre eigene Schuld war. Was den Hannoveranern in der Gegend von Langenſalza an preußiſchen Streit-

kräften gegenüber ſtand, konnte ſie in keiner Weiſe hindern, denn ſie waren dieſen raſch zuſammen geſtoppelten Bataillonen um das Dreifache überlegen. Warum rückten ſie nicht raſch vorwärts? Der blinde König, an dem man nur ſtolzen Trotz gewohnt war, zauderte jetzt ganz unerwartet und ſchickte am 23. Juni den Major Jacobi nach Gotha, um zu unterhandeln. Der König von Preußen, durch den Telegraphen ſchnell davon unterrichtet, ſchickte den General von Alvensleben zu den Unterhandlungen ab und es wurde ein Waffenſtillſtand am 25. abgeſchloſſen. Der hannoverſche Bevollmächtigte verlangte etwas abenteuerlicherweiſe freien Durchzug der Truppen bis zur öſterreichiſchen Südarmee, um mit dieſer vereinigt in Italien zu kämpfen. Der preußiſche Unterhändler hatte jedoch keine Vollmacht, es zu bewilligen. Am 25. brachen nun die Hannoveraner in Maſſe auf, um ſich durch Thüringen durchzuſchlagen, was ſie drei Tage früher mit beſſerem Erfolge hätten thun können. Unterdeß war ihnen Falkenſteins Avantgarde unter dem General Flies bereits auf der Ferſe. In der Nacht vor dem 25. ging Hofrath Klopp eilig aus dem hannoverſchen Lager ins bayriſche Hauptquartier bei Bamberg ab, konnte dort aber nicht erreichen, daß die Bayern vorwärts gingen, um die Hannoveraner aufzunehmen.

Am 26. kam ein neuer Abgeſandter des Königs von Preußen, Oberſt v. Döring, nach Langenſalza, um dem König Georg noch einmal den Beſitzſtand ſeines Staates und die freie Entlaſſung ſeiner Armee in ihre Heimat unter der einzigen Bedingung anzubieten, daß Hannover in den von Preußen angebotenen Bund eintrete. Aber der von ſeiner Begleitung ſo ſehr übel berathene König lehnte dieſen ehrenvollen Antrag noch in der letzten Stunde ab.*) Unterdeß

*) Die „Verhandlungen zwiſchen Preußen und Hannover," Berlin 1867 S. 40 erklären: „Die hannoverſche Denkſchrift vom 6. Juli v. J. überging dieſe wichtige Thatſache ganz mit Stillſchweigen, die hannoverſche

hatte Falkenſtein ſeine Truppen mehr concentrirt und die Hannoveraner umſtellt. Am 27., als die Hannoveraner noch bei Langenſalza ſtanden, war Falkenſteins Avantgarde unter General Flies nur noch zwei Stunden entfernt, war Gotha von der preußiſchen Brigade Kummer und Eiſenach von General Beyer beſetzt. Die Hannoveraner verließen Langenſalza, aber auffallenderweiſe in nördlicher Richtung, wahrſcheinlich hatten ſie die Hoffnung aufgegeben, noch Hülfe von Bayern her zu erhalten, und glaubten vielleicht, die Preußen würden ihre Hauptſtärke nach den Punkten dirigiren, die ihnen ſüdwärts lagen, um ſie hier aufzufangen, und dagegen die nördliche Seite der hannoverſchen Aufſtellung mehr von Truppen entblößt haben. Vielleicht hofften ſie, in dieſer nördlichen Richtung ſich noch durchſchlagen zu können, wie einſt im Jahr 1809 der tapfere Herzog von Braunſchweig. Sonſt wäre das Einſchlagen dieſes Weges kaum erklärlich. Sobald Flies, der den Hannoveranern am nächſten ſtand, ihren Abzug gewahr wurde, griff er ſogleich ihre in Langenſalza noch zurückgebliebene Nachhut an, unterſtützt von den wenigen Beſatzungstruppen aus Erfurt und von

---

Denkſchrift vom 8. Auguſt v. J. erwähnte dann die Sendung des Oberſten v. Döring, beſtritt aber, daß derſelbe ein politiſches Bündniß vorgeſchlagen habe. Das Schreiben des König Georg an den Freiherrn von Hammerſtein vom 26. November v. J. räumte endlich dies Anerbieten als eine Thatſache ein, behauptet aber, daß der preußiſche Bevollmächtigte vorher ſeinen Auftrag als thatſächlich erledigt bezeichnet habe, weil die Truppen des General von Falkenſtein bereits Befehl erhalten hätten, anzugreifen. Wir erwidern darauf nur, daß der Oberſt von Döring dieſe Aeußerung, welche ſeine Miſſion vor ihrer Ausführung als erledigt bezeichnet hätte, nicht machen konnte und auch nicht gemacht hat, denn derſelbe war einzig zum Zwecke des letzten Verſuchs, den König Georg zur Verſtändigung mit Preußen zu beſtimmen, als Beauftragter ſeines Königs ins hannoverſche Hauptquartier geeilt. König Georg lehnte jede Verhandlung und auch das angebotene Bündniß ab, und erſt der blutige Tag von Langenſalza führte demnächſt die Capitulation der hannoverſchen Armee herbei."

den zwei Coburger Bataillonen, die ſich bereits mit ihm vereinigt hatten. Er befehligte im Ganzen nur 6000 Mann, mit denen er die feindliche Nachhut zwar aus Langenſalza hinauswarf, die aber nicht hinreichten, um den Gewaltſtoß aufzuhalten, mit dem ihn die ſchnell wieder zurückgekehrte hannoverſche Hauptarmee bei Merxleben überraſchte. Nach einem heftigen Kampf, in welchem die Preußen 1370 Mann, darunter über 800 Gefangene, aber auch die Hannoveraner 1274 Mann verloren, wich er vor der Uebermacht zurück. Der Tag war drückend heiß, die hannoverſche Armee hatte, obgleich ſiegreich, bedeutende Verluſte erlitten, war vom Hin- und Hermarſchiren ermattet und ohne die nöthige Pflege, da ihr Ausmarſch zu ſchnell und ohne die gehörige Vorbereitung erfolgt war. Rathlos blieb ſie bei Langenſalza ſtehen, während Falkenſtein ſie jetzt mit allen ſeinen überlegenen Streitkräften umſchloß. In dieſer verzweifelten Lage blieb dem König nichts übrig, als zu capituliren, wenn ſeine ganze Armee nicht aufgerieben werden ſollte. Man begreift kaum, wie es möglich war, daß König Georg die ihm wenige Tage vorher noch von Preußen angebotene Freundeshand nicht annahm, oder daß er nicht wenigſtens den ſüdlichen Weg wählte, den einzigen, auf dem ihm die wenigſten preußiſchen Truppen entgegen ſtanden, ſeine tapfern Truppen ſich alſo noch hätten durchſchlagen können.

Die Capitulation vom 28. Juni ſetzte feſt, daß König Georg und der Kronprinz Freiheit haben ſollten zu gehen, wohin ſie wollten, daß ſämmtliche hannoverſche Truppen in ihre Heimat ſollten entlaſſen werden, daß Offiziere und Unteroffiziere ihre Gage, die Offiziere auch ihre Waffen und Pferde behalten, dagegen alle übrigen Waffen und Pferde an die Preußen ausgeliefert werden ſollten. Darunter befanden ſich 52 Kanonen und 6000 vortreffliche Pferde.

Hinterdrein wurde der Herzog Ernſt von Coburg-Gotha beſchuldigt, die Verſpätung verurſacht zu haben, welche den hannoverſchen Truppen keine Zeit mehr ließ, zu entkommen. Der gedachte

Herzog ſchrieb über dieſe Angelegenheit am 10. September einen aufklärenden Brief an den Fürſten Hermann von Hohenlohe-Langenburg. Dieſer Brief erſchien am 17. September in der Augsburger Allgem. Zeitung und enthält folgende Data: Am 23. Juni überſchritt die hannoverſche Armee die gothaiſche Grenze, ohne Kriegserklärung, ohne irgend eine Anzeige und fouragirte, requirirte ꝛc. Schon vorher hatte der preußiſche Oberſt von Fabeck von Gotha aus einen Parlamentär ins hannoverſche Hauptquartier geſchickt mit der Aufforderung, ſich zu ergeben. Da der Parlamentär nicht gehörig legitimirt war, kam am Abend des 23. der hannoverſche Major Jacobi mit Vollmacht nach Gotha, um mit Oberſt von Fabeck zu ſprechen. Am 24. Vormittags kam gedachter Jacobi mit dem Oberſt Dammers, Generaladjutanten des Königs von Hannover, in das Palais des Herzog von Gotha und baten ihn um Vermittlung zu directen Verhandlungen mit dem König von Preußen. Der Herzog war dazu bereit und telegraphirte es ſogleich nach Berlin, von wo ſogleich die Antwort kam, General von Alvensleben ſey eben abgereist, um die Verhandlungen im Namen Preußens zu führen. Bevor Alvensleben ankam, rückten die Hannoveraner gegen Eiſenach vor, der Herzog aber drang darauf, ſo lange parlamentirt werde, müſſe man ſich jedes feindlichen Acts enthalten. Alvensleben kam noch Abends am 24. an. Der Herzog verfehlt nicht, zu bemerken, daß in der Nacht des 23., während Jacobi nach Gotha ging und den Herzog um Vermittlung mit Preußen bat, Hofrath Klopp im Auftrag deſſelben König von Hannover ins bayriſche Hauptquartier abging, um dort Hülfe gegen Preußen zu holen. — Oberſt von Dammers reclamirte dagegen, er habe den Herzog keineswegs um Vermittelung gebeten, ſey überhaupt nur zu ihm gegangen, weil ihm Oberſt von Fabeck geſagt habe, der Herzog ſey der hier commandirende preußiſche General, denn nur mit dem commandirenden General der preußiſchen Truppen, nicht mit dem Herzog von Gotha habe er zu unterhandeln gehabt. Dieſe Erklärung vom 20. September

wurde in der Augsburger Allg. Zeitung Nr. 268 abgedruckt. In Nr. 273 daſelbſt folgte noch eine weitere Erwiderung von Seiten Hannovers, worin behauptet wird, der erſte ins hannoverſche Hauptquartier gekommene Parlamentär habe nicht preußiſche, ſondern coburgiſche Uniform getragen, niemand habe den Herzog von Coburg um Vermittlung gebeten, er ſelber habe ſie vielmehr angetragen, und nachdem der König von Hannover die Verhandlungen bereits ausdrücklich als abgebrochen erklärt, habe der Herzog gleichwohl den Major Jacobi noch zurückgehalten und zu telegraphiren überredet, daß die hannoverſchen Truppen nicht weiter vorrücken ſollten. In dieſen hannoverſchen Reclamationen wird nur die Hauptſache vermißt, nämlich der Nachweis, wie es zu erklären ſey, daß man im hannoverſchen Hauptquartier dem Telegramm des Majors Jacobi, welches Stillſtand der Feindſeligkeiten vorſchrieb, Folge gegeben habe, wenn derſelbe nicht dazu legitimirt und der Abbruch der Verhandlungen, die Fortſetzung des Marſches und Kampfes ſchon im hannoverſchen Hauptquartier beſchloſſen war.

Man erbt die Krone nicht blos, man muß es auch verſtehen, ſie zu tragen. Je kleiner eine Monarchie iſt, um ſo beſonnener muß der Monarch die Wechſelfälle abwägen, die ſeiner Krone Gefahr drohen. Schon größere Könige haben ihre Kronen um kleinerer Fehler willen verloren. Kein Mitleid iſt in dieſem Falle groß genug, um der Thorheit gleichzukommen, mit der die hannoverſche Camarilla den König ins Unglück hineingeriſſen hat.

Dieſe Unverbeſſerlichen hetzten noch, nachdem ſie durch die Flucht ihre eigenen Perſonen in Sicherheit gebracht hatten, das arme Volk auf, um durch Widerſpenſtigkeit Preußen wenigſtens noch zu ärgern, wenn es doch in ſeinem Siegeslauf nicht mehr aufzuhalten war. Ein ganz unſinniger Arbeitertumult in Celle am 18. und 19. Juli gab davon Zeugniß.

Beſonnener handelte der Adel, der in der feudalen Partei in

Berlin Freunde hatte. Eine Deputation aus Hannover, Herr von Münchhauſen an der Spitze, begab ſich nach Berlin, um dem König von Preußen ans Herz zu legen, er möge von der Annectirung des Königreich Hannover abſtehen und ihnen die uralte welfiſche Dynaſtie laſſen. König Wilhelm von Preußen antwortete der Deputation, er ehre ihre Anhänglichkeit an das angeſtammte Fürſtenhaus. Er habe ſelbſt dieſe ihm nahe verwandte Dynaſtie ſchonen wollen und ihr ſein Wohlwollen immer zu erkennen gegeben. Er habe auch nie im Plane gehabt, andere als moraliſche Eroberungen zu machen. Allein ſeine Duldſamkeit und ſein Wohlwollen ſey mit einer ſyſtematiſchen Feindſeligkeit erwidert worden. „Schon bei Bildung des deutſchen Bundes wurde von denjenigen Staaten, welche durch Preußens ſchon damals erkennbaren geiſtigen Aufſchwung Gefahren für die Erhaltung ihres Einfluſſes befürchteten, dafür Sorge getragen, daß das Bundesgebiet Preußens durch ſelbſtändige Staaten getrennt bleibe. Dieſe Lage wurde ſeit dem Beſtehen des Bundes durch fortwährend erneuerte Anfeindungen vorzugsweiſe genährt durch öſterreichiſchen Einfluß, durch Erkaufen der deutſchen, franzöſiſchen und engliſchen Preſſe benutzt, um bei dieſen Staaten ſtete Beſorgniſſe vor Preußens Uebergriffen und Eroberungsgelüſten anzuregen und wach zu halten, und den drei preußiſche Regierungen hindurch mit Eifer, aber unter Achtung aller Rechte fortgeſetzten Bemühungen, dem deutſchen Bunde Einigkeit und Aufſchwung in materiellen und geiſtigen Intereſſen einzuflößen, beharrlichen Widerſtand entgegenzuſetzen.“ Der König führte nun weiter aus, wie gerecht ſeine Februarforderungen in Bezug auf die Elbherzogthümer geweſen ſeyen und wie hartnäckig Oeſterreich ihm dabei entgegengetreten ſey, ſelbſt noch nach dem Gaſteiner Vertrage, wie es den Krieg gewollt und zuerſt gerüſtet habe. „So entſchloß ich mich ſchweren und ſchwerſten Herzens zum entſcheidenden Kampfe, deſſen Ausgang Gott anheim ſtellend und die von mir in ſolcher Ausdehnung nicht vorgeahnten, ſelten oder nie in der Geſchichte dage-

weſenen Ergebniſſe eines Exiſtenzkampfes zweier mächtiger Staaten in ſo kurzer Zeit, ſind eine ſichtbare Fügung der Vorſehung, ohne die auch die geſchulteſte Armee ſolche Reſultate nicht erkämpfen kann. Sie wiſſen, wie ſich Ihre Regierung in Hannover dazu verhalten hat. Sie kennen meine wiederholte vergebliche Aufforderung zum Nordbündniß in der Nacht vom 14. Juni, den Zug der hannoverſchen Armee mit ihrem König, die Kataſtrophe von Langenſalza, bei welcher ich mich zwar nicht als Sieger hinſtelle, welche aber in ihren Folgen zur Vernichtung der hannoverſchen Armee geführt hat. Nur die reiflichſte Prüfung hat mich zu dem Beſchluſſe der Annexion kommen laſſen, als einer Pflicht, mein Preußen für die von ihm gebrachten ſchweren Opfer zu entſchädigen und die wahrſcheinliche Wiederkehr der durch die unfreundliche Stellung Hannovers auch in Zukunft zu beſorgenden Gefahren zu beſeitigen."

In den Hanſeſtädten war man ſehr zufrieden, daß die lange Mißregierung in Hannover ein Ende nehmen ſollte. Die Art und Weiſe, wie Hannover den Verkehr mit Bremen durch ſeine Zöllner erſchwerte, war im höchſten Grade unpatriotiſch. Als auswärtige Capitaliſten die Paris-Hamburger Eiſenbahn projectirten, forderte die hannoverſche Regierung, dieſelbe ſolle Bremen nicht berühren, ſondern in weiteſter Entfernung von dieſer Stadt auf hannoverſchem Grund und Boden geführt werden.

Im preußiſchen Herrenhauſe ſprach ſich ein Freiherr v. d. Buſch-Streithorſt, welcher hannoverſcher Kammerherr war, mit großer Heftigkeit gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen aus, aber ohne Erfolg. Graf Dyhrn erinnerte ihn, wenn der Particularismus etwas verliere, ſo erhalte er dafür auch deſto mehr, etwas, was er noch nie gekannt habe, ein großes ruhmreiches Vaterland! Das Herrenhaus nahm einſtimmig das Einverleibungsgeſetz an, außer der einen Stimme des Freiherrn. In der That ſtand ſich hier das wirkliche Recht der deutſchen Nation, ſie ſelbſt, d. h. einig, groß und ganz zu ſeyn, dem

nur fälſchlich zum Recht geſtempelten ſ. g. Recht des Particularismus gegenüber. Unrecht hatte von jeher der Particularismus, weil er gleich war mit der Zerreißung, Zerbröckelung, mit dem Selbſtmord einer großen Nation.

Der hannoverſche Abgeordnete Oppermann äußerte ſich Ende Auguſt in der Zeitung für Norddeutſchland ſehr nüchtern über die Verpflichtungen des Landes gegen ſeine bisherigen Beherrſcher, indem er an König Ernſt Auguſt und ſeine berühmte Lehre von der Eidesentbindung vom Jahr 1837 erinnerte. Was dem König damals Recht war, ſey es auch dem Volke. Man kann bedauern, daß Bande der Treue ſo leicht zerreißbar ſind, aber nur Liebe kann ſie befeſtigen, und Liebe eines Volkes erwirbt man nicht durch Verfaſſungsbruch und Mißregierung. Die Abgeordneten haben oft ermahnt und gewarnt, aber vergebens. Wir haben es nicht mit Theorien, ſondern mit der Wirklichkeit zu thun und da ſagen uns die Lehrer des Völkerrechts in ihrer Mehrheit: Wenn Georg V. aufhört, Souverain zu ſeyn, ſo hat auch der ihm geleiſtete Eid keine Geltung mehr.

Am 24. Auguſt kam der Provinzialtag der Provinz Lüneburg zuſammen, wo Kammerrath von der Decken eine öffentliche Kundgebung der Antipathie gegen Preußen verlangte, die große Mehrheit aber ſich dahin ausſprach, die Dinge ſeyen bereits entſchieden und Wehmuth, Schmerz, Zorn würde nichts daran ändern, höchſtens ſie verſchlimmern. Zudem, rief Gumbrecht, ſind wir nicht blos Hannoveraner, ſondern auch Deutſche, und das wird uns mit unſerer Zukunft wohl verſöhnen können.

Vierzehntes Buch.

Das erſte Zurückmanövriren der Bayern aus dem Rhöngebirge.

Nachdem General Vogel von Falkenſtein mit ſeinen zerſtreuten Heertheilen die hannoverſche Armee umzingelt und zur Capitulation gezwungen hatte, griff er mit genialer Kühnheit auch die übrigen Truppen der Mittelſtaaten an, obgleich ſie ihm an Zahl weit überlegen waren, ehe die Mecklenburger, Oldenburger und andere kleine Contingente der mit Preußen verbündeten norddeutſchen Staaten und die am Niederrhein unter dem Fürſten von Hohenzollern-Sigmaringen ſich ſammelnden Landwehren ihm noch nachgerückt waren.

Er hatte vor ſich das 7. und 8. Bundesarmeecorps, die Kurheſſen und Naſſauer und 12,000 Oeſterreicher unter dem Feldmarſchall Grafen Neipperg. Dieſe Truppenmacht war ſeinen damaligen Streitkräften noch um das Doppelte überlegen und konnte leicht noch verſtärkt werden, da Bayern, welches ſich begnügt hatte, nur 45,000 Mann zu ſtellen, bei weitem mehr hätte ſtellen können. Aber die Kurheſſen unter dem

General von Losberg, 8000 Mann ſtark, hatten von ihrem gefangenen Kriegsherrn keinen Befehl erhalten, der ſie ermächtigt hätte, mehr zu thun, als das Kurfürſtenthum zu vertheidigen. Der General nahm daher Anſtand, zum achten Bundesarmeecorps überzutreten, und man kam endlich überein, die Kurheſſen nach Mainz zu ſchicken, um dieſe Bundesfeſtung zu vertheidigen, zumal da mehrere norddeutſche, namentlich thüringiſche kleine Contingente dem Bundesbefehl, Mainz zu beſetzen, nicht gehorchten, weil ſie ſich an Preußen anſchloßen. Noch ungleich günſtiger als die Abſonderung der Kurheſſen war für den General Vogel von Falkenſtein die Gewißheit, daß ſeine Gegner ihre Uebermacht nicht zu brauchen verſtanden. Davon hatte ihn ſchon die Thatſache überzeugt, daß Hannover keine Hülfe aus Bayern erhalten hatte, und die weitere Thatſache, daß das 7. und 8. Bundesarmeecorps immer noch nicht vereinigt waren, obgleich ſie Zeit genug gehabt hätten, ſich die Hände zu reichen und in concentrirter Maſſe vorzugehen. Mit derſelben raſchen Kühnheit, mit der er die Hannoveraner überfallen und gefangen genommen hatte, durfte der preußiſche General hoffen, das 7. und 8. Armeecorps eins nach dem andern durch geſchickte Manöver zu täuſchen, von einander getrennt zu halten und zu ſchlagen.

Er warf ſich zuerſt auf die Bayern oder das 7. Bundesarmeecorps unter dem Prinzen Karl von Bayern, von dem wir ſchon wiſſen, daß er in ſeinem Hauptquartier Bamberg Zeit und Gelegenheit verſäumte, die unglücklichen Hannoveraner zu entſetzen. Man war in ganz Süddeutſchland und am meiſten in Bayern ſelbſt über das lange Zaudern im Hauptquartier des Bundesheeres erſtaunt und erhob bittere Klage, ſchon ehe die Niederlagen ihren Anfang nahmen.

Kurz vorher noch, im Anfang des Krieges und als man noch keine Ahnung davon hatte, daß Prinz Karl nicht raſch vorwärts ſtürmen, ſondern zögern würde, war die Stimmung ſehr kriegeriſch, ſehr

zuverläſſig, ja übermüthig. Man glaubte die Preußen verachten zu müſſen, ſo ſehr hatten die Blätter gegen ſie gehetzt, ihre Energie unterſchätzt und den gewiſſeſten Sieg über ſie verkündet. Noch in der letzten Woche des Juni, als der Krieg in Böhmen anfing, verbreiteten die öſterreichiſchen und bayriſchen Blätter nichts als Siegesnachrichten. Bekanntlich ſchlugen die Preußen ihre Gegner in raſchem Siegeslauf auf allen Punkten zurück, aber wo die Oeſterreicher auch nur ein paar Stunden lang Stand hielten und in guter Stellung mit ihren Batterien den Preußen Verluſte beibrachten, wurden ſolche Rückzugsgefechte von den Zeitungen als glänzende Siege der Oeſterreicher ausposaunt. Wie grenzenlos verblendet die Zeitungſchreiber jubelten, davon gab unter anderm das Würzburger Wochenblatt Zeugniß. Darin war wörtlich zu leſen: „Der Sieg der öſterreichiſchen Waffen gegen die Feinde Deutſchlands in Italien und Preußen wird allgemein jubelnd begrüßt, und man ſieht darin die Gerechtigkeit des Höchſten, gegen den der heuchleriſche ſ. g. Allerhöchſte nur Staub iſt, der in einem gotteslästerlichen Reſcripte einen Bettag befahl, um ſich rein zu waſchen und unſerm Herrgott die Schuld des Krieges zuzuſchieben. Grade an ihrem Buß- und Bettage ſind die Renommiſten von den Sachſen und Oeſterreichern geworfen worden, wie bald darauf auch von den Hannoveranern. Dieſe Räuber und Diebe halten alſo nicht einmal den ſo verachteten Kleinſtaaten Stand, trotz ihrer vielgeprieſenen Zündnadelgewehre. Was werden die bezahlten Hanswurſte Bismarcks dazu ſagen? Jedenfalls werden ſie behaupten, Preußen habe geſiegt. Nun, wir wünſchen ihnen viel ſolcher Siege. Wenn nur unſere bayriſchen Kerntruppen die Strauchdiebe abfaſſen werden, dann wird hoffentlich Deutſchland bald von dieſer Landplage geſäubert werden. Finis Borussiae, damit ein freies einiges Deutſchland entſtehe!“ Die Verachtung der Preußen ging in gewiſſen Kreiſen ſo weit, daß z. B. in Neuburg a. d. Donau an offener Wirthstafel die Aeußerung fiel, um die Preußen zu verjagen, ſolle man Ober-

und Untergewehr ablegen und nur den Stecken in die Hand nehmen. — Das Mannheimer Wochenblatt ſchimpfte die Brandenburger, Pommern, Weſt- und Oſtpreußen „Weſtſlaven“, als ob ſie gar keine Deutſche ſeyen, „grade die Deutſchen,“ bemerkte Rüſtow dazu, „welche deutſche Sitte und Ehre und Sprache ſtets am heiligſten von allen deutſchen Stämmen bewahrt haben.“

Der bayriſche Geſandte am ſächſiſchen Hofe, Freiherr von Gieſe, welcher den König von Sachſen auf ſeiner Flucht nach Prag begleitete, erfuhr hier mancherlei, was das Vertrauen Bayerns zu Oeſterreich ſchwächen mußte, und ſchrieb es an Herrn v. d. Pfordten. Die Antwort des letztern iſt ſpäter gedruckt worden und bemerkt, das Mißtrauen ſey vorher ſchon vorhanden geweſen, denn Oeſterreich hätte die bayriſche Armee gern willkürlich wie eins ſeiner eigenen Armeecorps behandelt, Bayern aber ſeine Selbſtändigkeit gewahrt. Oeſterreich habe übrigens ſich ſo ſtark gefühlt und ſich ſeiner Uebermacht ſo gerühmt, daß wenn dieſelbe doch nicht ſo ſtark geweſen wäre, „die öſterreichiſche Politik im April als eine höchſt leichtfertige Uebereilung aufgefaßt werden müſſe.“

Die Bayern konnten zwei Wege einſchlagen. Sie konnten nach Böhmen gehen und ſich an den linken Flügel der Oeſterreicher anſchließen. Das wurde auch von Benedek verlangt, aber aus verſchiedenen Gründen nicht ausgeführt. Einmal waren die Bayern noch nicht hinlänglich ausgerüſtet und der Weg nach Olmütz, wo Benedek damals ſtand, doch zu weit. Wollte Oeſterreich Benedeks Armee durch die Bayern verſtärken und ſollten beide vereinigt operiren, ſo hätte es den Bayern Zeit laſſen, den Krieg nicht ſo übereilen ſollen. Ein zweiter Grund der bayriſchen Ablehnung war, daß, wenn die Bayern nicht den Kern der mit Oeſterreich verbündeten Bundestruppen im weſtlichen und ſüdlichen Deutſchland bildeten, dieſelben zu ſchwach ſeyn würden, der preußiſchen Uebermacht zu widerſtehen. Durch Vereinigung der Bayern mit den Hannoveranern, Heſſen, Württembergern

und Badenern würde West- und Süddeutschland beſſer geſchützt und würde Preußen genöthigt, ſeine Streitkräfte zu theilen. Der dritte und nächſte Grund der bayriſchen Ablehnung könnte die Sorge um Bayern ſelbſt geweſen ſeyn. Die Bayern fürchteten offenbar einen preußiſchen Angriff von Sachſen her und wollten ſich daher von ihren Nordgrenzen nicht zu weit entfernen. Endlich war zu bedenken, daß im Fall einer Niederlage, welche Oeſterreich und Bayern gemeinſchaftlich erleiden konnten, die letztern übler daran waren, als wenn ſie allein fochten. Den Beweis davon lieferte nachher das traurige Schickſal der Sachſen.

Der zweite Weg, den die Bayern einſchlagen konnten, führte ſie zur Rettung der Hannoveraner dieſen entgegen. Es kam nur darauf an, auf welchem Wege die Hannoveraner ſelbſt ihnen entgegenkommen würden. Nun hatte man aber in Hannover auf die unbeſonnenſte Weiſe gezögert, den Krieg erklärt, keinen Kriegsplan im Einverſtändniß mit ſeinen Verbündeten entworfen und die braven hannoverſchen Truppen ſollten nun, unvollkommen ausgerüſtet, über Hals und Kopf retiriren. Anfangs hieß es, ſie ſollten über Fulda mit dem 8. Armeecorps vereinigt werden, wo ihnen auch die wenigſten Preußen entgegen ſtanden. Nachher wandten ſie ſich aber nach Eiſenach, wo ſie die Bayern eher erreichen konnten, aber alles zu ſpät. Wenn man auch den Bayern vorwirft, ſie hätten aus Beſorgniß eines preußiſchen Angriffs von Sachſen her ihre Nordgrenze nicht verlaſſen wollen, ſo iſt doch die Entſchuldigung triftig, die Hannoveraner ſelbſt hätten ſchneller kommen ſollen.

Die Sorge des Prinzen Karl, die Preußen könnten von Sachſen her in Bayern eindringen wollen, ſchien wenig begründet, wenn man erwägt, daß ſchon am Ende des Juni die Eiſenbahn von Werdau und Gößnitz von den Preußen zerſtört wurde. Sie würden das nicht gethan haben, wenn ſie hätten in Bayern einfallen wollen. Sie thaten es nur, um einen Einfall der Bayern in Sachſen zu erſchweren.

Der Aufmarſch der Bayern begann am 17. Juni der Eiſenbahn entlang, die nach Hof führt, aber das Hauptquartier blieb bis zum 25. in Bamberg. Am 21. wurde Prinz Karl erſucht, eine Brigade nach Fulda vorzuſchicken, um ſich mit den Hannoveranern in Verbindung zu ſetzen. Der Prinz erfüllte die Bitte, aber am 23. bekam er ſichere Nachricht, die Hannoveraner hätten ſich anders beſonnen und rückten nicht nach Fulda vor. Das hannoverſche Hauptquartier befand ſich am 23. Juni in Langenſalza. In der folgenden Nacht reiste von hier der dem König nahe ſtehende, als preußenfeindlicher Geſchichtſchreiber bekannte Hofrath Onno Klopp eilig ins bayriſche Hauptquartier, um von dort Hülfe zu holen. Man ſagte ihm hier, es ſey ſchon zu ſpät. Doch wir wollen den Hofrath ſelber reden laſſen: „Seine Excellenz der General v. d. Tann (Chef des bayriſchen Generalſtabs) erwiderte auf meine Darlegung des Sachverhalts, daß eine Nachricht von Eiſenach her die Capitulation der Hannoveraner melde. Ich beſtritt die Wahrheit dieſer Nachricht in entſchiedener Weiſe. Ich erklärte ebenſo, wie am Abend zuvor in meinen telegraphiſchen Depeſchen, daß der König, mein Herr, entſchloſſen ſey, eher alles über ſich ergehen zu laſſen, als daß er capitulire, und daß er ſich auf die vortreffliche Geſinnung ſeiner Armee unbedingt verlaſſen könne. Ich gab dann Auskunft über die Formation, den Beſtand, die Beſchaffenheit der einzelnen Theile, die Stellung, die Abſicht, die Eiſenbahn bei Eiſenach oder Gotha zu forciren. Der Herr General v. d. Tann rügte die Fehler, die bisher in der Leitung der hannoverſchen Armee gemacht worden ſeyen. Er erwiderte dann, daß ſeit meinem Abgang aus dem hannoverſchen Hauptquartier reichlich 36 Stunden verfloſſen ſeyen, daß ſeitdem die Dinge ſich ſehr verändert haben könnten. Ich hielt dies für ſehr unwahrſcheinlich. Ich hob hervor, daß wir vor den etwa nachrückenden Feinden einen bedeutenden Vorſprung hätten, daß dagegen vor uns, nämlich in Gotha und Eiſenach, wo die Eiſenbahn forcirt werden müßte, nach meiner

eigenen Wahrnehmung und Erkundigung ſehr wenige feindliche Truppen ſtünden. Der Weg von Gotha nach Lichtenfels, den ich am Tag zuvor gekommen, ſey völlig frei. Der Herr General v. d. Tann forderte mich dann auf, mit ihm nach dem Telegraphenamt zu fahren. Der Herr General ließ von dort in Eiſenach anfragen: wie es um die Nachricht von der Capitulation der Hannoveraner ſtehe. Die Antwort meldete dies und jenes, alles als Gerücht und gab für die Nachricht einer Capitulation ſo wenig einen poſitiven Anhalt, daß ſowohl der Herr General v. d. Tann als ich gar nicht daran dachten, eine Abſchrift der telegraphiſchen Antwort an uns zu nehmen. Inzwiſchen kam Se. k. Hoheit der Prinz Karl zum Bahnhof angefahren; denn das Hauptquartier ſollte an dieſem Tag, am 25. Juni, von Bamberg nach Schweinfurt verlegt werden. Der Herr General v. d. Tann führte Sr. k. Hoh. mich als Abgeſandten aus dem hannoverſchen Hauptquartier vor. Ich legte S. k. Hoh. ſo kurz und eindringlich wie mir möglich den Stand der Dinge in und um Langenſalza dar. Ich bemerkte, daß das Gerücht von einer Capitulation ſowohl nach meiner Kenntniß der Sachlage nicht gerechtfertigt ſey, als auch durch die eben eingezogene Nachricht von Eiſenach her nicht beſtätigt werde. Zum Schluſſe fragte Se. k. Hoh. nochmals: ‚Wie ſtark iſt denn Ihre Armee?‘ Auf meine Antwort: 19,000 Mann, erfolgte die Erwiderung: ‚Mit 19,000 Mann ſchlägt man ſich durch.‘ Auf meine nochmalige Bitte ſchloßen Se. k. Hoh. mit den Worten: ‚Ich werde thun, was in meinen Kräften ſteht.‘ Dies war am Montag Nachmittag, am 25. Juni, vier volle Tage vor der wirklich geſchehenen Capitulation der hannoverſchen Armee.. Der Verlauf der Dinge hat meine Ausſagen vom 25. Juni durchaus beſtätigt. Ich erkläre daher, daß das bayriſche Hauptquartier am Montag, 25. Juni, über den Beſtand, die Stellung und den Aufenthalt der hannoverſchen Amee genau unterrichtet war, und zwar aus zuverläſſiger, weil vom bayriſchen Hauptquartier ſelbſt nicht angezweifelter Quelle.“

Von bayriſcher Seite wurde dieſer Enthüllung mit Erklärungen entgegen getreten, unter denen die in der Beilage zur Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 26. Juni abgedruckte die wichtigſte und belehrendſte iſt. Bayriſche Truppen ſtanden bis nordwärts von Hof auf der Plauener Straße zur Recognoscirung aufgeſtellt, und konnten erſt am 26. Juni, nachdem man erfahren, daß die preußiſche Elbarmee ſich von Sachſen nach Böhmen wende, von dort eine veränderte Marſchrichtung gegen Nordweſten nehmen. Obwohl nun der Vereinigungspunkt Fulda mit dem 8. Armeecorps verabredet war, ſo verſuchte doch der Prinz Karl von Bayern durch eine Concentrirung in Thüringen und veränderte Marſchrichtung der hannoverſchen Armee zu Hülfe zu kommen. Dies war der Grund der ſogen. Hin- und Hermärſche der bayriſchen Armee in den letzten Tagen des Juni; denn man mußte nun im Oſten von Hof über Lichtenfels und im Weſten von Würzburg und Unterfranken aus, wie im Centrum von Bamberg aus, anſtatt auf der Straße nach Fulda, auf der über Coburg, Hildburghauſen, Meiningen nach Eiſenach der hannoverſchen Armee entgegen gehen. Dieß erforderte nach der Concentrirung und veränderten Richtung, bei der Hülfe einer einzigen Eiſenbahn von Coburg nach Eiſenach, die ſich aber nicht in den Händen der Bayern befand, einen Marſch von 30 bis 40 Stunden Wegs in gerader Linie. Wie war es alſo möglich in zwei Tagen, 26. und 27. Juni, bis zum 28. früh nach Eiſenach und Langenſalza zu gelangen? Schon die Ordres an die einzelnen detachirten bayriſchen Truppencorps zur Veränderung ihres Marſches nahmen doch wenigſtens einen Tag weg, wenn man einzelne derſelben nicht außer Zuſammenhang laſſen wollte und konnte!

Ebenſowohl wie Hr. Dr. O. Klopp wußte aber die hannoverſche Armee nach der hannoverſchen Erklärung (Frankfurt a. M., 11. Juni), daß bis zum 26. Juni nur einige tauſend Mann Preußen, am 26. Juni höchſtens 6000 bis 8000 ihr in Eiſenach gegenüberſtanden.

Hatte ſie ſelbſt, anſtatt Fulda zum Zielpunkt zu nehmen, den Marſch auf Langenſalza und Eiſenach gerichtet, warum verſuchte ſie nicht einen raſchen Stoß auf dieſe ſchwache preußiſche Macht? Die Erklärung wird uns von der hannoverſchen Auseinanderſetzung (aus Mitteldeutſchland, Allg. Zeitung vom 13. Juli) ſelbſt dahin gegeben: „Am 24. Juni marſchirte die hannoverſche Brigade v. Bülow in der Avantgarde, traf den Feind bei Mechterſtedt und nahm ein Gefecht an, in Folge deſſen die Preußen zurückgeworfen wurden und unſere äußerſte Vorhut bereits bis jenſeits Eiſenach über die Bahn hinaus vorgedrungen war. Unſere Truppen waren überall ſiegreich und ſtanden im Begriff, Eiſenach zu nehmen, als dem Brigadecommandeur von Bülow eine telegraphiſche Depeſche des Majors von Jacobi aus Gotha überbracht wurde, des Inhalts: ‚daß der Abſchluß der Convention ſicher, und daher die Feindſeligkeiten abzubrechen ſeyen.‘ Der Brigadier von Bülow leiſtete dieſem Befehl (?) Folge, gab die gewonnenen Vortheile auf und zog ſich in ſeine Poſitionen zurück. Die ganze Marſchcolonne gerieth dadurch ins Stocken.“ Nun begannen am 25. die Verhandlungen wegen der Capitulation mit dem Generaladjutanten des Königs von Preußen, Herrn von Alvensleben, folgte der Waffenſtillſtand, dann bis zum 27. das Zurückziehen der hannoverſchen Armee nach Langenſalza, der Waffenſtillſtandsbruch des Generals Vogel v. Falkenſtein, das ſiegreiche Gefecht der Hannoveraner am 27., die Umzingelung derſelben am 28. durch 50- bis 60,000 Mann Preußen und die Capitulation.

Wenn es alſo auch vollkommen richtig ſeyn ſollte, was in der officiellen hannoverſchen Erklärung (Frankfurt a. M. 11. Juli, Allg. Zeitung vom 14. Juli) geſagt wird, daß man im bayriſchen Hauptquartier die Möglichkeit eines Entſatzes der Hannoveraner durch die bayriſche Armee davon abhängig machte, daß die Hannoveraner am 24. Juni hätten nach Fulda vorgerückt ſeyn müſſen, wo bayriſche Truppen am 25. erſchienen, ſo iſt doch klar, daß man eben in der

hannoverſchen Armee wußte, daß die Richtung der bayriſchen Armee urſprünglich nach Fulda ging, während die hannoverſche auf Eiſenach marſchirte, ferner daß dieſe ſich durch Unterhandlungen von coburgiſcher und preußiſcher Seite zum Stillſtand und Rückzug bringen ließ, während ſie wußte, daß die bayriſche Armee ihr am 25. bis 27. gar keine Hülfe bringen konnte, da ſie viel zu weit von Eiſenach entfernt ſeyn mußte, und endlich daß es damals leicht geweſen wäre für die hannoverſche Armee, die paar tauſend Mann Preußen aus Eiſenach hinauszuwerfen. Statt deſſen ließ ſie ſich durch Unterhandlungen mit dem Herzog von Coburg und ebenſo mit dem General v. Alvensleben hinhalten und endlich umzingeln. So viel kann aber wohl mit mathematiſcher Genauigkeit behauptet werden, daß es für das bayriſche Hauptquartier eine Unmöglichkeit war, vom 26. bis 28. Morgens die ganze bayriſche Armee, oder auch nur zwei Diviſionen, die Hälfte derſelben, bis Eiſenach von Bamberg aus vorzuſchieben.

Ganz anders hätte die Sache freilich geſtanden, wenn die bayriſche Armee, anſtatt aus etwa 50,000 Mann, aus wenigſtens 80,000 Mann beſtanden hätte, d. h. wenn ſie im Stande geweſen wäre, ſogleich beim Ausbruch des Kriegs ein eigenes Corps zur Verbindung mit ihren natürlichen Verbündeten aufzuſtellen, und doch noch genug Truppen übrig zu behalten, um für die Deckung des eigenen Landes zu ſorgen oder dem eventuellen Angriff der Preußen von Sachſen her eine genügende Armee entgegenzuſtellen. Dieſer Vorwurf, daß Bayern bei weitem nicht hinreichend gerüſtet war, ebenſowenig wie die ſüdweſtlichen Staaten Deutſchlands, trifft aber durchaus nicht das Obercommando der bayriſchen Armee. Der Grund liegt anderwärts.

Aus der officiellen Darſtellung der Beſtrebungen der bayriſchen Armee zur Befreiung der hannoverſchen Truppen in Nr. 189 (Mittagsausgabe) der „Bayriſchen Zeitung“ ergibt ſich: 1) daß das bayriſche Hauptquartier durch hannoverſche Offiziere und andere, zum Theil offizielle, Vermittler am 18., 20., 21., 23., 24., 25. und 28. Juni

Mittheilungen aus dem hannoverſchen Hauptquartier erhalten hat; 2) daß das bayriſche Hauptquartier während dieſer ganzen Zeit, und namentlich in den Tagen, wo ſeine Nachrichten lückenhaft und ihm ſelbſt bedenklich wurden, keinen militäriſchen oder andern Agenten in das hannoverſche Hauptquartier geſchickt, oder auch nur zu ſchicken verſucht hat; 3) daß man erſt am 21. Juni von Schweinfurt nach Fulda aufgebrochen iſt, daß man am 25. dort noch nicht angekommen war, ſondern „in der Nähe dieſer Stadt" ſeinen Marſch ſiſtirte; 4) daß man am 25. zwar bis in die Nähe von Meiningen geritten iſt, jedoch 5) mit wirklich und ernſtlich in Frage kommenden Kräften erſt am 29. die bayriſche Grenze bei Coburg und Meiningen überſchritten, und daß man endlich am 30., als es ſchon zu ſpät war, in Schmalkalden Halt gemacht hat; 6) daß man in der ganzen Zeit keinen Feind geſehen und gefühlt, auch von keinem gehört hat, außer von ſolchen preußiſchen Truppen, in deren Rücken man ſtand, und welche in der Ferne alle Hände voll mit den Hannoveranern zu thun hatten, welche preußiſchen Streitkräfte ſich überhaupt erſt am 26. Juni bei Eiſenach geſammelt haben, und zwar in der Stärke von 6000, höchſtens 8000 Mann; 7) daß man die Möglichkeit eines Entſatzes der Hannoveraner durch die bayriſche Armee davon abhängig machte, daß die Hannoveraner am 24. hätten nach Fulda vorgerückt ſeyn müſſen; dieſen Marſch aber hätten die Hannoveraner, wenn er überhaupt thunlich geweſen, jedenfalls ohne bayriſche Hülfe ausführen müſſen, da die Bayern ja erſt am 25. bei Fulda waren, um ſie dort in Empfang zu nehmen. Mit einem Wort, der langen Rede kurzer Sinn iſt: da die Hannoveraner nicht allein im Stande waren, ſich zu helfen, ſo konnten ihnen auch die Bayern nicht helfen.

Die bayriſche Preſſe war aufgeregt, daß mit der Kriegführung ſo lange gezaudert wurde. Zahlloſe Stimmen riefen: Warum hilft man den braven Hannoveranern nicht? Da erließ der junge König zur Beruhigung am 30. Juni eine Proclamation, nachdem er kurz

vorher einen Tag im bayriſchen Lager zugebracht hatte. In dieſer Proclamation ſprach er „Muth und Entſchloſſenheit zum Kampf“ aus, wies auf den mächtigen Bundesgenoſſen in Oeſterreich hin und ermahnte zur Zuverſicht. Als Ziel des Kampfs bezeichnete er „die Erhaltung Geſammtdeutſchlands als eines freien und mächtigen Ganzen, gekräftigt durch den Bund ſeiner Fürſten“ ꝛc. Alſo die Erhaltung des Bundestags. Daß ſich die Gemüther noch keineswegs beruhigten, erhellt aus einem Tagesbefehl des bayriſchen Prinzen Adalbert, welchen er am 2. Juli an die Landwehr erließ und worin er ſie aufforderte, „verbrecheriſche Umtriebe, welche die öffentliche Ruhe ſtören, mit aller Energie niederzuhalten.“

Gleichwohl erſchienen in bayriſchen Blättern, namentlich im Münchener Volksboten die bitterſten Ausfälle gegen die bayriſche Kriegführung, und ſogar die Augsburger Allgem. Zeitung erwähnte im Extrablatt zu Nr. 198: der nachher rühmlich gefallene bayriſche General Zoller habe beim Obercommando rechtzeitig an raſches Vorrücken zum Entſatz der Hannoveraner gemahnt und zuletzt „ſehr ungnädigen Beſcheid erhalten.“ Dem Stuttgarter Beobachter ſchrieb man in Nr. 165 aus München: „Ueber den gefallenen General Oskar von Zoller erfährt man jetzt, als er den Prinzen Karl zum drittenmal um Entſatz der Hannoveraner gebeten, ſeyen ihm drei Tage Arreſt dictirt worden.“ Dem wurde ſpäter in der Flugſchrift „Urſachen und Wirkungen der bayriſchen Kriegführung, München bei Manz“ S. 37 widerſprochen.

Die bayriſche Preſſe war zunächſt dem greiſen Prinzen Karl und dem gleichfalls greiſen Fürſten von Thurn und Taxis, dann aber auch dem vorher ſo beliebten Freiherrn von der Tann,*) damals

*) Von der Tann hatte ſich 1848 als Freiſchaarenführer in Schleswig-Holſtein ausgezeichnet und war der Liebling des verſtorbenen Königs Max II. geworden. Auch 1850 focht er wieder mit in Schleswig, und

Chef des Generalſtabs, aufſäßig. Alles wurde den armen Generalen Schuld gegeben, ohne daß man ſchon unterſucht hätte, ob ſie nicht durch Inſtructionen nach politiſchen Rückſichten gebunden waren. Beim gemeinen Volk in Bayern wurde „das Hauptquartier“ ein Schimpfwort. Wenn einer dem andern fluchte, rief er blos: Du Hauptquartier!

Erſt am 29. Juni überſchritt Prinz Karl mit dem 7. Armeecorps die bayriſche Grenze und rückte bis nach Meiningen vor, um wo möglich noch den Hannoveranern beizuſtehen. Als er jedoch ſchon am folgenden Tage erfuhr, die Hannoveraner hätten bereits capitulirt, ſetzte er ſeinen Marſch nicht weiter fort, ſondern wandte ſich weſtlich, um ſich nunmehr erſt mit dem 8. Bundesarmeecorps zu vereinigen und dann mit den ſo vereinten Kräften den Preußen entgegenzugehen. Wenn dieſe Vereinigung früher bezweckt und erreicht worden wäre, ſo hätte Falkenſtein ohne Zweifel einen ſchlimmen Stand gehabt, zumal da in dieſem Fall die Hannoveraner auch nicht wären gefangen worden. Jetzt war es zu ſpät, und wenn man auch damals noch in Süddeutſchland ſich träumte, die vereinigten Armeecorps des Südens würden bis Berlin vordringen, ſo verwechſelte man den Zeitpunkt. Nachdem ſo viel verſäumt worden war, konnte nicht mehr in Erfüllung gehen, was man zu hoffen früher vielleicht berechtigt geweſen war.

---

zwar unter General Williſen als deſſen Generalſtabschef, wozu ihm aber, wie Kriegsverſtändige urtheilten, die Begabung fehlte, weshalb auch die Schlacht bei Idſtedt ſo unglücklich ablief. Da er zu hohen Ehrenſtellen gelangte und Vertrauter des Königs war, wurde er wohl ſehr beneidet und man ſuchte an ihm zu mäkeln. Im Jahr 1864 machte er freiwillig mit den Preußen den Sturm auf Düppel mit und wurde auch von Preußen dekorirt. Das wurde ihm nun zum Vorwurf gemacht und diente zum Vorwand, ihn als Preußenfreund zu verdächtigen.

Falkenſtein faßte ſeine drei Diviſionen am 1. Juli bei Eiſenach zuſammen und rückte gegen die Bayern vor, um ſie einzeln zu ſchlagen, ehe ſie ſich mit dem 8. Armeecorps vereinigen konnten, welches noch immer weit weg bei Frankfurt ſtand, um mehr als 20 Meilen entfernt. Am 4. Juli hatten die Bayern Neidhardshauſen und Roßdorf im Fuldathal beſetzt. Hier nun wurden ſie von den Preußen angegriffen. Göben griff mit ſeiner Diviſion zwei bayriſche Diviſionen an, mit einer Colonne unter General Kummer bei Dermbach (gegen Neidhardshauſen), mit der andern unter General Wrangel bei Wieſenthal. Trotz ihrer großen Ueberzahl und tapfern Gegenwehr wurden dennoch die Bayern geworfen und Neidhardshauſen, ſo wie die nachher von den Bayern eingenommene Stellung bei Zelle erſtürmt. Göben zog ſeine ſiegreichen Colonnen zurück, weil ihm Falkenſtein befohlen hatte, den Bayern nur einen Schlag zu verſetzen, ſich aber nicht zu weit von ihm zu entfernen. Die Bayern gingen nun wieder vor und wurden abermals zurückgeſchlagen. Die Preußen gingen aber ſelbſt wieder zurück und concentrirten ſich bei Dermbach, woraus das Gerücht entſtand, ſie ſeyen an dieſem Tage von den Bayern geſchlagen worden.

Die bayriſche Reſervecavallerie, ſechs Regimenter unter dem alten Fürſten von Thurn und Taxis, waren weiter weſtlich geſchickt worden, um die Verbindung mit dem 8. Armeecorps zu ſuchen. Ihr Vortrab, unvorſichtig vorrückend in einem engen Waldthale, ſtieß bei Hünfeld plötzlich auf Preußen, welche zur Diviſion des General Beyer gehörten, und da gleich der erſte preußiſche Kartätſchenſchuß den Bayern acht Mann und zehn Pferde tödtete und noch viel mehr verwundete, entſtand eine ſolche Panik unter den Reitern, daß ſie eilends zurückflohen. Am meiſten trug dazu ohne Zweifel die nicht ungegründete Beſorgniß bei, der Wald könne auch von preußiſcher Infanterie wimmeln, deren Zündnadelgewehren die Reiterei in dieſem Terrain ſchutzlos blosgeſtellt geweſen wäre. Dazu kam der gerechte Zorn der

Reiter über die fahrläſſigen Führer. In wilder Verwirrung jagte alles rückwärts, am 3. Juli. Am 4. hatte ſich die Reiterei wieder geſammelt und rückte in der Nacht nach Gersfeld vor. Als ſie aber hier wieder durch eine Schlucht des Rhöngebirges kam, ergriff ſie abermals die Panik.*) Im Glauben, der ganze Wald ſey voller Preußen, floh ſie wieder in raſender Eile. Einzelne Reiter jagten zurück bis nach Würzburg und erfüllten ganz Unterfranken mit Schrecken. Es war offenbar nur die Wirkung des tiefſten Mißtrauens gegen die eigenen Generale. Man glaubte ſich verrathen und verhehlte es auch nicht. Wenn in der Schrift „Urſachen und Wirkungen der bayriſchen Kriegführung" S. 36 die ſchlechte Preſſe beſchuldigt wird, die gemeinen Soldaten gegen ihre Offiziere aufgehetzt zu haben, ſo hat das die ſchlechte Preſſe freilich auch lang vorher ſchon gethan, aber ohne Erfolg. Diesmal war nicht die ſchlechte Preſſe ſchuld. Der Soldat, der vor dem Feinde ſtand und das ſinnloſe Hin- und Hermarſchiren nicht begriff, beſaß nicht ſoviel politiſche Einſicht, um vorausſetzen zu können, daß die Generale ohne Selbſtändigkeit nur nach geheimen Inſtructionen und politiſchen Rückſichten handeln mußten, gab daher den Generalen allein die Schuld. Nur darum wurde dem greiſen Karl und dem greiſen Taxis ihr Alter und dem General von der Tann ſogar Verrath oder Preußenfreundlichkeit vorgeworfen. Zwei bayriſche Offiziere erſchoſſen ſich aus Zorn und Verzweiflung über dieſe elende Art, Krieg zu führen.**)

---

*) In der Flugſchrift „Wirkungen und Urſachen der preußiſchen Erfolge in Bayern" heißt es, die Bayern hätten den durch den Wald roth aufgehenden Mond für preußiſche Wachtfeuer gehalten.

**) „Oberſt von Pechmann wollte die Schmach ſeiner Reiterei, die bei Hünfeld und Gersfeld, von Panik ergriffen, davon geritten, weil ſie ſich verrathen glaubte, nicht überleben. Dem Rittmeiſter Strommer befahl Prinz L. einen dichten, von den Preußen beſetzten Wald mit ſeiner Schwadron zu ſäubern. Vergebens erklärte der Rittmeiſter, daß man Cavallerie zu

In denſelben Tagen war die große Niederlage der Oeſterreicher in Böhmen vollendet worden und hatte Kaiſer Franz Joſeph Venetien dem Kaiſer der Franzoſen zu Füßen gelegt, um ſich dadurch ſeine Hülfe zu erkaufen. In dieſem kritiſchen Zeitpunkte erneuerte der König von Preußen die Friedensanträge an die Mittelſtaaten unter den günſtigſten Bedingungen. Man kannte den Entſchluß noch nicht, den Frankreich faſſen würde, es lag alſo im Intereſſe Preußens, die Mittelſtaaten von einem Anſchluß an Frankreich abzuhalten. Preußen blieb ſich aber nur conſequent, denn es hatte von Anfang an den Mittelſtaaten (auch Hannover) die Erhaltung ihrer Souveränetät zugeſichert und nichts von ihnen verlangt, als Zuſtimmung zum preußiſchen Bundesreformplan. Noch ſind die damaligen Verhandlungen nicht aktenmäßig zur Oeffentlichkeit gelangt. Nur eine bayriſche Flugſchrift*) ſagte aus: „Preußen hat, wie jetzt conſtatirt iſt, Bayern noch mehrere Tage nach der Schlacht von Königgrätz, ehe die Preußen nur einen Fuß auf bayriſches Gebiet geſetzt hatten, wiederholt den Frieden angeboten. Aber denjenigen Süddeutſchen, welche nach der Schlacht von Königgrätz für den Frieden mit Preußen ſprachen, erwiderte man damals, daß die Regierungen ebenſo dieſen Frieden wünſchten, ihn

---

einem ſolchen Zweck nicht verwenden könne. Er erhielt die Antwort, wenn er nicht Muth genug habe, ſolle er ſein Commando niederlegen. Hierauf ritt er zu ſeiner Schwadron zurück und ſagte: „Ich will euch nicht gewiſſenlos auf die Schlachtbank führen, aber beweiſen, daß ich den Tod nicht fürchte! Und er erſchoß ſich vor der Fronte.“ Der Bundesfeldzug in Bayern S. 58, Stuttgarter Beobachter Nr. 165. In den „Urſachen und Wirkungen der bayriſchen Kriegführung“ S. 37 wird in Abrede geſtellt, daß der Rittmeiſter unter dem Commando des jungen Prinzen Ludwig geſtanden ſey, und Prinz Luitpold, den man auch genannt, habe damals noch gar kein Commando geführt.

*) Ueber den Anſchluß Süddeutſchlands an den norddeutſchen Bund. Nördlingen, Beck 1867. S. 38.

aber von Preußen nicht zu erlangen vermöchten. Warum verheimlichte man das preußiſche Friedensoffert?“ Ein Artikel der Augsb. Allg. Zeitung vom 9. Jan. 1867 erinnert noch an ein anderes Geheimniß, in welches Herr v. d. Pfordten den mit Oeſterreich abgeſchloſſenen bayriſchen Vertrag vom 14. Juni einhüllte. „Wie konnte ein Mitglied des deutſchen Bundes einen Vertrag mit Oeſterreich ſchließen, der Bayern ſeparatim ſein Territorium garantiren ſollte! Es hatte ſich doch auf den Standpunkt des Bundesrechts geſtellt. Wußte der Miniſter nicht, daß die Bundesakte alle einzelnen Bundesgebiete garantirt? Und wenn ihm ein Zweifel an der Macht dieſes Bundes bei den Chancen des Kriegs gekommen war, mußte er dann nicht um ſo mehr alle andern Bundesgenoſſen ſolidariſch zur gemeinſamen Garantie ihrer Beſitzungen auffordern, anſtatt ein ſeparates Bündniß zu ſchließen? Das tiefſte Mißtrauen gegen eine ſolche Politik mußte dadurch bei den Bundesgenoſſen hervorgerufen werden. Man theilte ihnen den Vertrag nicht mit, ſie erfuhren ihn erſt ſpäter durch Oeſterreich ſelbſt — und es war wohl ſehr natürlich, daß Baden in dieſem Vertrage eine Auffriſchung längſt vergeſſener Anſprüche auf Theile ſeines Territoriums ſah.“ Sodann bemerkt der Artikel, die Haltung des Prinzen Wilhelm von Baden ſey dadurch hinlänglich motivirt, wie auch die ſpätere preußiſche Forderung der Kriegskoſtenentſchädigung. Die letztere wird noch ferner motivirt durch das Nichteingehen des Herrn v. d. Pfordten auf eine Verſöhnung mit Preußen. Nach der großen Niederlage der Oeſterreicher war für Bayern „der Moment gekommen, um mit Preußen wenigſtens in Waffenſtillſtandsverhandlungen einzutreten. Jeder geſunde Menſchenverſtand fragte ſich damals, was denn ſelbſt bei einem theilweiſen Erfolge der Waffen des 7. und 8. Armeecorps während der öſterreichiſchen Waffenſtillſtandsverhandlungen für ein Heil für Bayern und ſeine Verbündeten zu erwarten wäre? Preußen hatte nicht blos in Würzburg für das bayriſche Armeecorps eine Waffenruhe angeboten, ſondern auch über Paris in München das

Anerbieten der Aufnahme von Verhandlungen mit Bayern gemacht. Jedermann konnte ſich ſagen, daß die Hoffnungen, die von Wien her angeregt wurden, als dürfte es gelingen, das Südheer Oeſterreichs aus Italien herauszuziehen und eine Schlacht vor Wien zu gewinnen, auf einer Illuſion beruhten.“ Allein der Artikel vergißt zu bemerken, daß Herr von Beuſt damals in aller Eile nach Paris gereist war und daß man im Kabinet der Tuilerien allerdings einige Tage geſchwankt zu haben ſcheint. Genug, wenn Herr von der Pfordten den preußiſchen Friedensantrag ablehnte und auch die ſchnell improviſirte Miniſterconferenz zu München am 20. Juli ihm beiſtimmte, ſo gibt es dafür keine vernünftige Erklärung, als daß man in dieſen Regionen durch einen Sieg der Oeſterreicher vor Wien und durch eine bewaffnete Einmiſchung Frankreichs das Kriegsglück noch herſtellen zu können hoffte. Die Ablehnung der preußiſchen Friedensvorſchläge wurde eben ſo geheim gehalten, wie früher der Separatvertrag mit Oeſterreich. Man kann nicht leugnen, daß ein ſolches Verfahren in einem conſtitutionellen Staate alle Rückſicht auf Volk und Stände verabſäumte. Am ſchwerſten aber litt unter dieſem Täuſchungsſyſtem die Armee.

Das 8. Armeecorps blieb damals immer noch bei Frankfurt ſtehen mit der Front nach Norden, ohne den Bayern die Hand zu reichen. Prinz Karl ſuchte nun die Vereinigung mit demſelben fünf Meilen weiter ſüdlich zu erreichen, während Falkenſtein auf einen neuen Angriff der Bayern wartete. Erſt als der letztere die Abſicht der Bayern inne wurde, ſetzte er ſich gegen Fulda in Marſch und rückte von da über Schlüchtern und Brückenau durch das Rhöngebirge ins Thal der fränkiſchen Saale, um hier die Bayern zu faſſen und abermals an der Verbindung mit dem 8. Armeecorps zu hindern. Prinz Karl hatte hier ſeine Bayern zwiſchen Waldaſchach und Hammelburg in einer Länge von drei Meilen auf den dominirenden Höhen

äußerſt vortheilhaft aufgeſtellt. Falkenſtein ließ ihn aber am 10. Juli von zwei Seiten her angreifen, durch Göben bei Kiſſingen, durch Beyer bei Hammelburg. Die Bayern waren ausgeruht, die Preußen hatten ſoeben ihren ermüdenden Marſch durchs Gebirge vollendet. Die Brücken über die Saale waren abgebrochen. Nach 2½ſtündigem Donner der Kanonen brachte Göben mit ſeinen Gußſtahlgeſchützen die bayriſchen Batterien auf dem linken Ufer der Saale bei Kiſſingen zum Schweigen und ließ ſodann durch ſein Fußvolk Kiſſingen ſtürmen. Nach einem blutigen Straßenkampf*) ſahen ſich die Bayern genöthigt zu weichen. Aus den widerſprechenden Nachrichten über den Kampf iſt doch ſo viel mit Gewißheit zu entnehmen, daß die wenigen Bayern, die hier auf das tapferſte kämpften, unmöglich ſiegen konnten, weil ſie vom Gros der bayriſchen Armee nicht unterſtützt waren. Die Preußen hätten nothwendig unterliegen müſſen, wenn die Bayern ihre Uebermacht gebraucht hätten. In dem ungleichen Kampfe fiel der tapfere bayriſche General Zoller, der hier commandirte, und erhielt der bayriſche Generalſtabschef, General von der Tann, der mitten ins Feuer gegangen war, einen Prellſchuß, aber man frug mit Recht, warum

*) In der kleinen Schrift: „Das Treffen bei Kiſſingen," Kiſſingen bei Reichardt 1866, werden viele rührende und ergreifende Einzelheiten aus dem blutigen Kampf erzählt, namentlich von der verzweifelten Tapferkeit der bayriſchen Soldaten. Ein bayriſcher Corporal erſchoß aus einem Fenſter des Hotel Sommer elf Preußen, tödtete im Zimmer, als ſie eindrangen, noch drei, wollte ſich durchaus nicht ergeben und fiel, von vielen Bajonetten durchbohrt. Aber die Preußen ſelbſt begruben ihn an der Promenade, ſetzten ihm ein Kreuz und ſchrieben darauf: Hier ruht ein tapferer Bayer, gefallen ſeiner Pflicht! Es fehlte auch nicht an komiſchen Zügen. Während des heftigſten Gefechts ging ein Engländer mit ſeiner Gemahlin unter einem Regenſchirm auf dem Verſchönerungswege ſpazieren. Als die Kugeln um die Dame pfiffen, ſagte er: „Es ſind die Kugeln der Bayern und Preußen." „Aber, lieber Mann," bemerkte die Dame, „es iſt doch ſehr gefährlich." Er aber erwiderte: „Es geht uns ja nichts an."

weder der commandirende General, noch der Generalſtabschef die Höhen, welche das Thal von Kiſſingen beherrſchen, den finſteren Berg, die Bodenlaube und einen Theil des Stationsbergs nicht mit Kanonen habe beſetzen laſſen, was die Preußen an ihrem ſiegreichen Vordringen ſicher verhindert haben würde. Man frug ferner, warum die Bayern von ihren zahlreichen Kanonen nur ſo wenige auf dem Platz gehabt hätten?*) Man frug endlich, warum die bayriſche Diviſion unter General Hartmann, welche hätte zu Hülfe kommen ſollen, doch nicht gekommen ſey?**) Die einfache Antwort iſt, daß nach der großen

---

*) „Die bayriſche Artillerie führte im Felde 136 Geſchütze. Davon kamen in Kiſſingen 12, in Hammelburg 5 zur Verwendung. Wo waren die andern 119 Kanonen, als man ihrer bedurfte? In Kornäckern, auf der Trimburg und in Feuerthal, bei Poppenhauſen und ſonſt wo. Die tapfern Artillerieoffiziere, die ſtundenlang feuern hörten und nicht avanciren durften, verzweifelten faſt.“ Der Bundesfeldzug in Bayern S. 44.

**) Dieſe Fragen wurden von der bayriſchen Preſſe mit ſcharfer Beſtimmtheit aufgeworfen. Zander, Redacteur des Volksboten in München, wurde deshalb von General v. d. Tann wegen Ehrenbeleidigung angeklagt, aber vom Schwurgericht freigeſprochen. Die ausführlichen Verhandlungen dieſes Prozeſſes ſind gedruckt und die Zeugenausſagen laſſen einen klaren Blick in die Verhältniſſe thun. Zwei in Wenigen-Jena gedruckte Flugſchriften zogen, wenn auch nicht ohne Leidenſchaftlichkeit, den Schleier noch weiter herunter und ſind nur in Nebendingen, nicht in der Hauptſache widerlegt worden. In der zweiten der genannten Flugſchriften wurde auffallenderweiſe dem General Zoller ſelbſt, der doch rühmlich fiel, der Vorwurf gemacht, er habe eine Verſtärkung, die doch ſo nöthig geweſen wäre, zurückgewieſen. Noch auffallender iſt der Vorwurf, der hier dem General von Hartmann gemacht wird. Prinz Karl ſelbſt habe demſelben wiederholt den Befehl zugehen laſſen, mit ſeiner Diviſion ſchleunigſt nach Kiſſingen vorzurücken, um dem bedrängten General Zoller beizuſtehen, es ſey aber nicht geſchehen. Ueberhaupt wird Prinz Karl hier gerechtfertigt, im Widerſpruch mit den vielen Anklagen, die von andern Seiten gegen ihn erhoben worden ſind, und es wird grabezu behauptet, er ſey von ſeinen eigenen

Entſcheidung in Böhmen Bayern die Sache Oeſterreichs und des Bundestags wieder herſtellen zu können ſich nicht einfallen laſſen durfte, daß es mithin bis zum wahrſcheinlich nahe bevorſtehenden Waffenſtillſtand am klügſten that, nur zu laviren, nur noch einen Scheinkrieg zu führen und jeden empfindlichen Schlag gegen Preußen zu vermeiden, um die Preußen bei ihrer jetzigen großen Ueberlegenheit nicht zur Rache zu reizen.

Zur Unterſtützung der Diviſion Göben war die Diviſion Manteuffel vorgedrungen und hatte nördlich von Kiſſingen bei Hauſen und Waldaſchach gleichfalls die ihm entgegen geworfenen bayriſchen Truppen zurückgedrängt, und auf dem rechten preußiſchen Flügel hatte die Diviſion Beyer Hammelburg erſtürmt. Die ganze bayriſche Stellung war genommen, der Uebergang über die Saale erkämpft.

Prinz Karl zog ſich mit ſeiner Armee nach Schweinfurt an den Main zurück, alſo wieder in öſtlicher Richtung, ſo daß die Verbindung der Bayern mit dem 8. Armeecorps wieder verſchoben war. Er brach zwar ſchon am 11. wieder auf, um Manteuffel zu ſchlagen, welcher ihm bis Euerbach nachgerückt war, dieſer aber wich ihm aus, denn er hatte ihn nur beobachten ſollen und Falkenſtein war zufrieden, die Bayern einſtweilen abgeſchreckt zu haben und brach in Eilmärſchen gegen das 8. Armeecorps auf, um daſſelbe nun ebenfalls einzeln zu ſchlagen und ſich wo möglich Frankfurts zu bemächtigen. Als Prinz Karl Manteuffel zurückweichen ſah, glaubte er auffallender Weiſe, die Preußen wichen aus irgend einer andern Urſache zurück, und kehrte

---

Untergebenen getäuſcht worden. „Es ſcheinen maßgebendere Einflüſſe geherrſcht zu haben, als die des Herrn Obercommandanten, und daß er alle ſeine militäriſchen Aemter und Würden niederlegte, ſpricht wohl deutlich genug aus, daß er zur Erkenntniß kam, man habe ihn getäuſcht.“

nun auch ſeinerſeits wieder nach Schweinfurt um. Da ſich das 8. Armeecorps übrigens nicht gerührt hatte, ihm beizuſtehen, kann man den damaligen Gedankengang im bayriſchen Hauptquartier auslegen, wie man will.

Die Preußen hatten den Vortheil davon.

Fünfzehntes Buch.

Der Mainfeldzug.

Das 8. Bundesarmeecorps unter dem Befehl des Prinzen Alexander von Heſſen-Darmſtadt*) hatte ſich am ſpäteſten vollzählig gemacht. Es beſtand aus den Truppen dreier ſelbſtändiger

*) Dieſer heſſiſche Prinz, deſſen Schweſter die Gemahlin des ruſſiſchen Kaiſers iſt, nahm in ſeiner Jugend ruſſiſche Dienſte, focht mit im Kaukaſus und war ſchon im zweiundzwanzigſten Jahre Generalmajor und Commandant der Cavallerie. Warum er ſchon nach fünf Jahren den ruſſiſchen Dienſt wieder verließ und in den öſterreichiſchen eintrat, iſt uns nicht ſicher bekannt. In Oeſterreich wurde er Feldmarſchall-Lieutenant und zeichnete ſich im italieniſchen Feldzug von 1859 aus. Im Jahr 1863 wurde er in Disponibilität verſetzt und kehrte nach Darmſtadt zurück. Da ſeine Kriegführung im Jahre 1866 eine eben ſo unglückliche war, als die des Prinzen Karl von Bayern, trafen auch ihn die ſchwerſten Vorwürfe, ohne daß die, welche ſeine Kriegführung verdammten, ſich auch überlegt hätten, ob ihm die Inſtruction und die hohe Politik überhaupt freie Hand gelaſſen haben.

Herrn, von denen wenigſtens einer (der Großherzog von Baden) den Krieg ungern mitmachte, und hatte zum Centrum ſeiner Stellung Frankfurt am Main genommen, in welcher reichen und an Agitationen gewöhnten Stadt Einflüſſe der verſchiedenſten Art auf das Lager einwirkten. In Frankfurt ſelbſt war man zu hitzig gegen Preußen erregt, wie man es in Baden zu wenig war. Als ein Cement, welches die heterogenen Beſtandtheile des 8. Armeecorps beſſer zuſammenhalten ſollte, ſchickte Oeſterreich eine Diviſion von 12,000 M. unter dem Feldmarſchall-Lieutenant Grafen von Neipperg.

Der Einfluß der Bundesſtadt Frankfurt auf das 8. Armeecorps verrieth ſich insbeſondere darin, daß ſich dieſes ſchöne und kriegsluſtige Corps niemals weit von Frankfurt entfernen durfte. Die reichen und einflußreichen Leute von Frankfurt hatten gar zu große Angſt, die Preußen würden von ihren nahen Rheinprovinzen her einen Handſtreich gegen den Sitz des Bundestags ausführen, und deshalb mußte eine ganze Schutzarmee zur Hand ſeyn. Frankfurt wäre viel beſſer geſchützt geweſen, wenn das 8. und 7. Bundesarmeecorps rechtzeitig die Hannoveraner entſetzt hätten und mit ihnen gegen Berlin vorgedrungen wären. Die Angſt des böſen Gewiſſens zog hier die Strafe ſelbſt herbei. Die Rückſicht auf Frankfurt war eine der Haupturſachen, daß die Armeen der Mittelſtaaten ſich nicht concentrirten. Das übermüthige Frankfurt hetzte nicht nur zum Bürgerkriege, übertraf alle andern Gegner Preußens an Etourderie, ſondern verpfuſchte auch die Kriegführung ſeiner Bundesgenoſſen.

Immer noch ſtand das 8. Armeecorps bei Frankfurt, als habe es einen Schatz daſelbſt zu hüten, und erwartete den Feind von Norden her. Endlich nahm es die Miene an, als wolle es den Bayern die Hand reichen, und ließ in öſtlicher Richtung den berühmten Paß von Gelnhauſen durch Württemberger beſetzen, zog dieſelben aber wieder zurück, da es doch höchſt nöthig geweſen wäre, ſie bis an die fränkiſche Saale zu ſchicken, ehe die Preußen dort ihren Sieg über

die Bayern erfochten. Hatte das 8. Armeecorps nun nicht gegen die Preußen vorgehen wollen, ſo wurden ſie jetzt von den Preußen überfallen.

Das Feldzugsjournal des Prinzen Alexander läßt in die Verwirrung in jenen Tagen einen klaren Blick thun. Es bemerkt zum 6. Juli: „In Folge des Rückzugs der bayriſchen Armee und der traurigen Nachrichten aus Böhmen und in Anbetracht, daß ſich die feindlichen Streitkräfte bereits zwiſchen den Bayern und uns eingeſchoben haben, ſchien mir eine raſche Wiederbeſetzung der Linie Mainz-Frankfurt-Hanau das dringendſte zu ſeyn, während ich durch einen Marſch auf Brückenau und Kiſſingen dem über Fulda vorrückenden Feinde Flanke und Rücken preisgeben müßte und gezwungen würde, die jungen unerfahrnen Truppen unter ſehr ſchwierigen Verhältniſſen ins Feuer zu führen. Ich entſchloß mich daher, die Vereinigung mit den Bayern bei Biſchofsheim aufzugeben, in der Hoffnung, Prinz Karl werde unſere Verbindung auf der Linie Hanau-Aſchaffenburg anſtreben, anſtatt in Franken. — Courier des Prinzen Wilhelm von Baden mit der mündlichen Meldung: er ſey von Wetzlar und Gießen mit der Diviſion nach Frankfurt zurückgegangen. Ich ſchickte ihm Befehl, ſogleich wieder bis Friedberg vorzugehen. — 7. Juli. Schreiben des Miniſters von Varnbüler: ‚Die württembergiſche Regierung billige vollſtändig mein Umkehren bis zur bedrohten Mainlinie.‘ — 8. Juli. Chiffrirtes Telegramm des Prinzen Karl mit anderem Schlüſſel geſchrieben als demjenigen, welcher mir übergeben worden, mithin unverſtändlich. Später ſchriftlicher Befehl aus dem bayriſchen Hauptquartier, die Rückwärtsbewegung einzuſtellen und mit allen Kräften auf die befohlene Verbindung mit der bayriſchen Armee hinzuwirken, welche ſich in der Linie Neuſtadt-Kiſſingen-Hammelburg concentrirt. Ich befahl der württembergiſchen Diviſion den Paß von Gelnhauſen ſtark zu beſetzen und ſchickte den Feldmarſchall-Lieutenant mit der öſterreichiſchen Brigade als Reſerve nach Marköbel. Als aber Graf Reip-

perg heute dieſen Ort erreichte, war der Paß bei Gelnhauſen geräumt, weil der Befehl beim württembergiſchen Diviſionsſtab nicht rechtzeitig eingetroffen war. — 9. Juli. Prinz Karl beſteht telegraphiſch auf meinem Abmarſch nach Franken, während die Preußen das ganze nördliche Naſſau, Gießen, Butzbach und das Kinzigthal theils beſetzt haben, theils durch fliegende Corps beunruhigen (dagegen ſagt Prinz Karl in ſeinen ‚Erläuterungen‘ S. 7, es ſey nur ein blinder Alarm einiger Landwehrabtheilungen geweſen und bei Prinz A. habe nur ‚die Rückſichtsnahme auf Frankfurt vorgewaltet.‘) — 10. Juli. Raſttag für die ſehr erſchöpften Truppen. Franzöſiſches Telegramm des Prinzen Karl abermals mit falſchem Schlüſſel geſchrieben. Der bayriſche Geſandte Baron Schrenck fand nach großem Zeitverluſt in ſeinem Archiv den betreffenden Schlüſſel unter den vor Jahren außer Gebrauch geſetzten. Das Telegramm forderte mich auf, zur Unterſtützung der bayriſchen Armee nach Schlüchtern vorzurücken. Auftrag an den Prinzen Wilhelm von Baden, Butzbach zu beſetzen. Abends Antwort, die Expedition ſey unterblieben, weil die Preußen Butzbach wieder geräumt hätten. Am Abend mußte die Naſſauiſche Brigade auf den Wunſch des Herzogs zum Schutze ſeines Landes dahin aufbrechen. — 11. Juli. Collectiv-Aufforderung der Regierungen von Württemberg, Baden und Heſſen, ich möchte, wenn möglich, Frankfurt und die Mainlinie nicht unmittelbar vor dem nahen Waffenſtillſtand preisgeben.“

Wir haben die Preußen in dem Augenblick verlaſſen, in welchem General Vogel von Falkenſtein nach Zurückwerfung der Bayern den Angriff auf das 8. Armeecorps beſchloſſen hatte. Plötzlich erſchien am 12. Juli die Diviſion Göben, der die von Manteuffel folgen ſollte, zu Gemünden am Main in der Mitte zwiſchen Schweinfurt und Aſchaffenburg, und durchbrach ſomit die Verbindung zwiſchen dem 7. und 8. Armeecorps. Während das ſiebente das gar nicht bemerkte und in ſeiner Stellung bei Schweinfurt verharrte, kam da-

gegen das achte, welches in Bornheim ſein Hauptquartier hatte, in große Aufregung. In dem nahen Frankfurt herrſchte außerordentliche Beſtürzung, denn hier im Sitz des giftigſten und frivolſten Preußenhaſſes fingen die ſchuldbewußten Herzen gewaltig zu klopfen an, nachdem man eine Zeitlang ſeit dem Abzug des General Beyer von Wetzlar ſich vor den preußiſchen Helmen ſicher gewähnt hatte. Prinz Alexander von Heſſen erhielt am 13. vom Prinzen Karl den Befehl, ſogleich nach Franken aufzubrechen und bei Uffenheim die Vereinigung mit dem 7. Bundesarmeecorps zu ſuchen. Prinz Alexander ſchickte ſogleich den Grafen Neipperg mit ſeiner dieſem Armeecorps zugetheilten öſterreichiſchen Diviſion und mit dem heſſen-darmſtädtiſchen Contingent gegen Aſchaffenburg vor, und befahl dem letzteren ausdrücklich, ſich in kein ernſtes Gefecht einzulaſſen. Unterdeß drang Göben am 13. Juli durch den Speſſart vor und ſeine Avantgarde unter General Wrangel ſtieß am gleichen Tage zuerſt bei Laufach auf die Heſſen, die, dem Befehl zuwider, allzu kühn vorſtürmten, und ſchlug ſie zurück.*) Sehr ermüdet ruhten die Preußen hier aus, aber am Abend drangen die Heſſen, 9 Bataillone ſtark mit Artillerie, wieder vor, wurden indeß durch 3 preußiſche Bataillone mit einem ſo mörderiſchen Zündnadelgewehrfeuer empfangen, daß ſie mit großem Verluſt zurückwichen. Am 14. rückte Göben weiter gegen Aſchaffenburg vor, vor welcher Stadt Neipperg eine gute Stellung eingenommen hatte und doppelt ſo ſtark war als die Preußen. Aber die tapfere preußiſche Brigade Wrangel zwang die bei Damm aufgeſtellte feindliche Batterie durch Infanterieſeuer zum Abzug und erſtürmte den Bahnhof von Aſchaffenburg, während auf der andern Seite die

*) Der darmſtädtiſche General von Stockhauſen, ein ſehr geſchätzter Offizier, ſollte hier Fehler begangen haben und im Winter vor ein Kriegsgericht geſtellt werden, nahm ſich das aber ſo zu Herzen, daß er dem Gericht zuvorkam und ſich am 8. Dezember erſchoß.

Brigade Kummer nach 1½ſtündigem Kampf im Walde in die Stadt eindrang. Hier wurde noch in den Straßen blutig gekämpft, bis die Preußen ſich der Mainbrücke bemächtigten. Was nun vom Feinde ſchon drüben war, entkam. Der zurückgebliebene Reſt, 2000 Mann (darunter 1500 Italiener vom Regiment Wernhard, welche eviva la Prussia riefen und übergingen), wurden gefangen. Eine unglaubliche Niederlage, da Prinz Alexander mit dem Gros des 8. Armeecorps nur zwei Meilen weit davon bei Seligenſtadt aufgeſtellt war. Auch traf derſelbe keine Anſtalten, den Sieg herzuſtellen und die Preußen von Aſchaffenburg zu vertreiben. Er kehrte vielmehr um, zog die Württemberger, welche den Paß von Gelnhauſen beſetzt hatten, zurück, gab auch Hanau auf und überließ ſogar Frankfurt ſeinem Schickſal, da er es allein halten zu können verzweifelte. Seine letzte Hoffnung war die endliche Vereinigung ſeines Armeecorps mit dem des Prinzen Karl.

Die Niederlage bei Aſchaffenburg wurde von Baden aus dem Grafen Neipperg ſchuld gegeben, was dieſen um ſo mehr kränken mußte, als gerade die Badener ihm zu helfen ſich geweigert hatten. Er rechtfertigte ſich in edler Erzürnung.*) Im ganzen ſüdweſtlichen

*) Als er den Reſt ſeiner Diviſion auf der Rückkehr nach Oeſterreich am 6. Auguſt zu Anspach muſterte, hielt er an ſie eine Anrede, worin er ſagte, heute werde das 8. Bundesarmeecorps aufgelöst, zu dem ſie commandirt geweſen ſeyen. „Das Bewußtſeyn erfüllter Pflicht erlaubt uns abzuſehen von den böswilligen Zeitungsberichten, welche euch bei Aſchaffenburg überraſcht und in die Flucht geſchlagen darſtellten, während ihr gegen einen dreimal ſtärkeren Feind hartnäckig ankämpfend, nur Schritt um Schritt zurückwichet. Die badiſche Landeszeitung hat ſich unterſtanden, zu behaupten, wir wären aus Sorgloſigkeit beim Abeſſen vom Feinde überfallen worden; dieſe Anſchuldigung iſt eine Lüge. Wir können ſtolz zurückkehren in die Reihen der öſterreichiſchen Armee, der Tag von Aſchaffenburg bleibt ein Ehrentag dieſer Brigade. Wir haben allein gekämpft, niemand iſt uns zu Hülfe gekommen.“ — Insbeſondere erklärte der General es für eine Lüge,

Deutſchland aber veranlaßte dieſe Niederlage eine Panik, welche glücklicherweiſe nicht das Entſetzliche hatte, wie die in Böhmen nach der Schlacht von Königgrätz, vielmehr hin und wieder eine komiſche Seite darbot, beſonders in dem hoffärtigen Frankfurt. Das 8. Armeecorps überließ dem Feinde ohne Schwertſtreich eine Stadt, welche es bisher mit nur allzu großer Aengſtlichkeit gehütet hatte, ſo lange kein Feind da war. In der Bundesſtadt, der eine unparteiiſche Haltung am meiſten geziemt hätte, hatte ſich ſeit lange ein Haß und eine Mißachtung Preußens bemerklich gemacht, die durch keine Beleidigung von Seite Preußens hervorgerufen wurde. Die Frankfurter Judenblätter waren bezahlt und nur das Echo derer in Wien, hetzten aber den Frankfurter Pöbel allmälig zu einer unſinnigen Wuth auf, ſo daß derſelbe die am 14. Juni vertragsmäßig aus der Bundesſtadt abziehenden preußiſchen Soldaten verhöhnte und beſchimpfte, die Oeſterreicher aber mit Jubel überſchüttete. Auch der Frankfurter Senat hielt ſich keineswegs unparteiiſch, ſondern jagte, als die preußiſchen Truppen Frankfurt verließen, augenblicklich auch die von ihnen zurückgelaſſenen preußiſchen Beamten fort, wenn ſie gleich ſchon jahrelang, als zum Bundesbeamtenperſonal gehörend, in Frankfurt angeſiedelt geweſen waren. Auch die preußiſche Telegraphenſtation wurde auf Befehl des Senats zerſtört und der preußiſche Vorſchlag zu einer Bundesreform übermüthig zurückgewieſen.

In ſträflichem Egoismus ſorgte der Senat nicht einmal für die Bundestruppen. Verblendet durch den Wahn, Preußen werde gleich anfangs unterliegen und die Bundestruppen würden raſch nach Norden ziehen, ließ er nicht einmal die Kaſernen, welche die öſterreichiſche

---

daß das italieniſche Regiment Wernhard zum Feind übergelaufen ſey. Hier ſtehe es ja noch, wenn es auch durch den Kampf geſchwächt worden ſey. Es war allerdings ſehr geſchwächt, denn mehr als die Hälfte hatte ſich den Preußen ergeben.

und preußiſche Beſatzung am 14. Juni in Eile hatte verlaſſen müſſen, reinigen, ausluften und für neuen Beſuch in Bereitſchaft ſetzen. Als zuerſt die Darmſtädter Bundestruppen kamen, konnten ſie es vor Geſtank und Wanzen nicht aushalten. Ihr Prinz Ludwig überzeugte ſich ſelbſt von dem ſchlechten Zuſtand der Kaſerne und quartierte die Soldaten bei den Bürgern ein. Als die Württemberger einrückten, empfing ſie lauter Jubel.*). Als ſie aber ſo lange in dem Vogelsberg herummarſchirten und das 8. Armeecorps nicht vorwärts kam und endlich die Schreckensnachrichten aus Böhmen eintrafen, geriethen die Schreier, die bisher in Frankfurt den Ton angegeben hatten, in die Verzweiflung Shylocks, der eben noch auf ſein angebliches Recht gepocht hatte und dem nun ſein wirkliches Recht werden ſollte.

Die kölniſche Zeitung ſagte: „Keine Stadt trägt an dem Krieg ſo ſchwere Schuld wie Frankfurt, denn ſchon ſeit Jahren war Frankfurt Mittelpunkt der wüthendſten Hetzerei gegen Preußen und namentlich ſeit dem März das Hauptquartier jener nichtsnutzigen Schreier, welche Himmel und Hölle in Bewegung ſetzten, um Deutſchland in einen Krieg zu ſtürzen, der mit der Vernichtung Preußens enden ſollte. Man muß während dieſer Zeit im Süden gelebt haben, um beurtheilen zu können, mit welcher furchtbar ſchweren Schuld ſich Frankfurt beladen hat, und zwar nicht Einzelne, ſondern Frankfurt als Stadt und als Staat. Feindſeligkeit und wilde Agitation gegen Preußen war das Lebensprincip jener freien Reichsſtadt geworden. Von ihr gingen faſt alle die Wühlereien aus, welche über den ganzen Süden ſo ſchweres Unheil gebracht haben. Darmſtadt und Baden

*) Die Frankfurter, heißt es in der Schrift „Juni- und Julitage," überboten ſich damals im Verhöhnen und Verlachen der preußiſchen Armee, hielten das Davonjagen derſelben für unfehlbar, und einer ſagte mit Kennermiene, ich glaube, daß wenig Preußen aus Böhmen herauskommen werden.

ſeufzten unter dem Terrorismus der nichtswürdigen Frankfurter Preſſe, der nie eine Frankfurter Behörde einen Verſuch gemacht hat, irgend eine Schranke zu ziehen. Und dieſe Frankfurter Politik war nicht nur die Ausgeburt eines blinden Fanatismus, ſondern ebenſo das Product einer jüdiſchen Spekulation. Frankfurt hoffte, durch die Unſchädlichmachung Preußens ſich mehr und mehr zur politiſchen Hauptſtadt Deutſchlands aufzuſchwingen und die Monopoliſirung des Geldverkehrs, die es gegen den Süden ſeit langer Zeit geübt, auch auf den Norden auszudehnen. Ein ſolches Treiben hat eine exemplariſche Züchtigung im vollſtem Maaße verdient."

Weit entfernt einzuſehen, man ſey ſelber an dem Mißgeſchick ſchuld, ſchimpften die Frankfurter in maßloſer Wuth nur über die Bundesgenerale, ihre Beſchützer, in derſelben frechen und gemeinen Art, wie ſie bisher den Preußen gethan hatten. Dazu prahlten ſie immer noch mit ihrem Muth und ließen denſelben an wehrloſen und ganz unſchuldigen Individuen aus, die ſie als angebliche Spione anpackten. Es war freilich nur der Pöbel, aber warum fehlten die moraliſchen Autoritäten, die ihn hätten zur Vernunft bringen können?

Nach der Niederlage bei Aſchaffenburg war Frankfurt nahe bedroht. Daher allgemeine Panik in der bisher ſo übermüthigen Bundesſtadt. Nicht nur das ganze Perſonal des Bundestags ſammt der Bundeskaſſe, auch zahlreiche Frankfurter Einwohner, theils compromittirte Preußenfreſſer, beſonders Journaliſten und allzu furchtſame Kinder Iſraels flohen ſüdwärts. Der Bundestag retirirte am 14. Juli nach Augsburg. An demſelben Tage floh auch der Großherzog von Darmſtadt, am 15. der Herzog von Naſſau. Frankfurt blieb ohne Vertheidigung. Da erließen Bürgermeiſter und Rath der freien Stadt Frankfurt am 15. Juli noch eine lächerliche Bekanntmachung, worin ſie am deutſchen Bunde feſthalten zu wollen betheuerten. Zugleich erklärte dieſer muthige Magiſtrat Frankfurt für eine offene Stadt und ſtellte ſie unter den Schutz des durch die Anerkennung aller Nationen

geheiligten Völkerrechts. Den Commentar dazu hatte ſchon am 6. Juli die Frankfurter Poſtzeitung gegeben, indem ſie ohne Scham den franzöſiſchen Kaiſer zu Hülfe rief. Sie ſchrieb nämlich: „Eine momentane Beſetzung der hieſigen Stadt durch preußiſche Truppen liegt nicht außer den Grenzen des Möglichen, doch dürfte den ſich bereits zeigenden Beſorgniſſen der Einwohnerſchaft gegenüber daran erinnert werden, daß der mächtige Monarch, welchem jetzt die Vermittlerrolle zugefallen iſt, ſchwerlich feindliche Maßregeln gegen die Bundesſtadt und Bundesbehörde zulaſſen wird.“

Die ſieggewohnte Diviſion Göben war es, welche die Ehre hatte, am 16. Juli zuerſt in Frankfurt einzurücken. Voran zog die Generalität, dann die Reiterei, das Fußvolk, das ſchwere Geſchütz. Alle Muſikchöre ſpielten und die Weſtfalen vom 55. Regiment ſangen ein luſtiges Lied mit dem Refrain: „Eins, zwei, drei, wir Fünfundfünfziger ſchießen mit Blei.“ Ein Theil des Frankfurter Linienbataillons, welches zur Bundesarmee gehörte, alſo eigentlich auch hätte flüchten ſollen, ſalutirte von der Hauptwache aus jede preußiſche Fahne wie im tiefſten Frieden. Die Volksmenge verhielt ſich ruhig, rief aber auch einigemal Hurrah.

Mit General von Göben erſchien auch Vogel von Falkenſtein. Dieſer treffliche alte General hatte ſehr Recht, die Unverſchämtheit, die in Frankfurt a. Main gegen Preußen ſo patzig gethan hatte, mit gutem Humor ein wenig am Ohrläppchen zu ziehen. Zuerſt ſorgte er dafür, daß in einer Stadt, die mit ihrem Reichthum ſo oft geprahlt hatte, ſeine Offiziere und Soldaten auch gut verpflegt wurden. Dann nahm er denen, die immer nur waren ſpazieren gefahren, ihre Luxuspferde weg zu beſſerem Gebrauche und legte der Stadt die mäßige Contribution von 6 Millionen auf. Nun machten ſich die großen Geldſäcke auf einmal ſo klein wie möglich, die Summe wurde für unerſchwinglich erklärt, nichts deſto weniger aber ſogleich baar ausgezahlt, als der alte General noch einmal am Ohrläppchen zupfte. Schon

am 19. verließ Vogel von Falkenſtein Frankfurt, weil er zum Gouverneur von Böhmen ernannt worden war, und General Manteuffel trat an ſeine Stelle. Die Frankfurter waren immer noch ſo dumm übermüthig, daß ſie ſich einbildeten, Vogel von Falkenſtein ſey blos deswegen entfernt worden, weil er ſo unmanierlich mit Frankfurt umgegangen ſey. Sie wurden aber bald enttäuſcht, als Manteuffel die Summe von 6 Mill., welche Frankfurt bereits bezahlt hatte, lächerlich gering fand und gleich noch weitere 25 Mill. verlangte. Natürlicherweiſe war es nur guter Humor, nur ein Schreckſchuß für das Geſindel, was vorher ſo viel in Preußenfreſſerei renommirt hatte. Ein Frankfurter Senator (Bernus) ſchrieb in ſeiner Herzensqual um Hülfe nach Paris, London und Petersburg. Die Mehrheit des Senats erklärte ſich indeß bereit, zu zahlen, in der verſtändigen Erwartung, daß die Drohung nicht ernſt gemeint ſey. Der alte Senat war zwar gleich anfangs nach dem Einrücken der Preußen aufgelöst, doch eine Verwaltungsbehörde eingeſetzt worden, in der ſich noch mehrere Senatoren befanden.

General Manteuffel ging am 20. wieder zur Armee ab und ließ den General von Röder als Commandanten in Frankfurt zurück, der mit Zwangseinquartierung drohte*), wenn nicht alsbald die 25 Millionen gezahlt würden, und vom Bürgermeiſter Fellner eine Vermögensliſte der geſammten Einwohnerſchaft verlangte. Dieſe wollte

*) In der Schrift „Juni- und Julitage in Frankfurt" heißt es Seite 46, die Frankfurter hätten ſich in der Angſt eingebildet, General v. Röder werde die Stadt von allen Seiten abſperren und aushungern. „Da entſtand eines Morgens ein furchtbares Hin- und Herrennen auf dem Markte. Frauen ſchlugen ſich über Körben voll Eiern und Kartoffeln, ſorgſame Hausväter ſchleiften halbe Ochſenviertel hinter ſich her, Ausläufer keuchten unter der Laſt von Kaffeeſäcken und Zuckerhüten. Juden vergaßen ihren religiöſen Abſcheu gegen das Schweinefleiſch und liefen mit Würſten und Schinken behangen einher."

und konnte Fellner nicht liefern und hing ſich in der Verzweiflung auf, am 23. Der Unglückliche hätte getroſt leben bleiben können, denn die ganze Maßregel der Contribution war nicht ernſt gemeint und ſollte nur denen, die allzu frech geweſen, einen kurzen Schrecken einjagen. Die Zwangseinquartierung erfolgte am nächſten Tage und erfüllte vollkommen ihren Zweck, indem ſie ſehr vielen Hochmuth dämpfte. Das war aber auch der letzte Akt der nur allzu gerechten Strafe. Als eine Frankfurter Deputation in Berlin um Verminderung der Contribution flehte und dieſe Bitte im Abgeordnetenhauſe unterſtützt wurde, hatte die preußiſche Regierung die Vereinigung Frankfurts a. M. mit der preußiſchen Monarchie beſchloſſen und Graf Bismarck ſagte ſtolz: Von ſeinen Unterthanen erhebt Preußen keine Contribution.

Man merkte in Deutſchland wenig Trauer um das Schickſal Frankfurts und des Bundestags. Für die Stadt Frankfurt agitirte nur wieder der unvermeidliche Claſſen-Kappelmann in Köln. Er berief eine Volksverſammlung, welche für die Rechte Frankfurts gegen Preußen interveniren ſollte, er wurde aber ausgelacht, weil ſich zu ſeiner Verſammlung nicht 100 Menſchen einfanden.

Der Reſt der Bundestagsgeſandten ließ ſich in Augsburg im Gaſthof zu den drei Mohren nieder und hielt hier noch einige unfruchtbare Sitzungen. Unter andern forderte er die Bundesregierungen noch einmal auf, Milizen, Landwehren und ſogar Freicorps zu organiſiren, um die bedrohten Bundesſtaaten ſchützen zu helfen, natürlich ohne Erfolg. Der öſterreichiſche Freiherr von Kübeck, der dem Bundestag noch immer präſidirte, zog in Folge der Nikolsburger Friedenspräliminarien in aller Stille von Augsburg ab. Die wenigen übrigen Geſandten trafen noch Vorkehr für das Inventar und die Beamten des Bundestags und entfernten ſich dann ebenfalls, ganz zuletzt der naſſauiſche Geſandte, Fürſt von Sayn-Wittgenſtein, am 24. Auguſt.

Niemand kümmerte ſich um dieſe Vorgänge, keine Stimme des Mitleids klagte um den Bundestag. Sein Ende beſtätigte nur die Unpopularität, welche ſchon der Fluch ſeines Anfangs geweſen war.

Die preußiſchen Truppen, welche bisher unter General Vogel von Falkenſtein operirt hatten und die man nunmehr die Mainarmee nannte, rückten jetzt verſtärkt durch eine oldenburg-hanſeatiſche Brigade und etwas preußiſcher Landwehr unter dem Oberbefehl des General v. Manteuffel dem Main entlang dem 8. Bundesarmeecorps nach, welches eilig oſtwärts marſchirt war, um endlich noch in der letzten Stunde ſeine Vereinigung mit dem ſiebenten oder bayriſchen Armeecorps zu bewerkſtelligen. Manteuffel commandirte höchſtens 40,000 Mann, die Bayern und das achte Armeecorps waren doppelt ſo ſtark. Doch rückte den drei preußiſchen Diviſionen, welche Manteuffel commandirte, nunmehr eine ſtarke Reſervearmee unter dem regierenden Herzog von Mecklenburg-Schwerin von Sachſen her und ein zweites Hülfscorps unter dem Fürſten von Hohenzollern-Sigmaringen vom Rheine her nach.

Die preußiſche Mainarmee brach am 21. Juli auf, fand zuerſt die Badener am 23. bei Hundheim, ſchlug ſie ſchnell zurück, erreichte am 24. das Gros des achten Armeecorps an der Tauber, und zwar ſtieß die Diviſion Göben bei Biſchofsheim auf die Württemberger, die Diviſion Beyer bei Werbach auf die Badener. Zur letzteren preußiſchen Diviſion hatten ſich bereits oldenburgiſche Hülfstruppen geſellt, die hier mitfochten. Auf beiden Punkten erzwangen die Preußen den Uebergang über die Tauber, um die Württemberger, die den Bayern ganz nahe ſtanden, gegen Würzburg zu verfolgen und dorthin den Hauptſtoß zu führen, während die Badener ſich nach einem nicht ſehr ernſtlichen Kampfe eigenmächtig zurückzogen. Die Württemberger hatten die Ehre, wenn auch nur mit einigen Bataillonen, in einem blutigen Kampf das bereits von den Preußen beſetzte

Biſchofsheim mit großem Muthe zu ſtürmen. Auch zeichnete ſich in dieſem Gefecht ihre Artillerie ſehr aus, allein nach dem amtlichen Bericht über dieſe Schlacht war es nur die billige Schonung, welche man der bundesfreundlichen Stadt Biſchofsheim angedeihen ließ, durch welche jene treffliche Artillerie ſich abhalten ließ, durch Zuſammenſchießen der Häuſer die Preußen zu vertreiben. Die Folge war am Abend der Rückzug. Der gleichzeitige Kampf bei Werbach koſtete den Preußen noch weniger Opfer, da es den Badenern kein rechter Ernſt war.

Im Journal des Prinzen Alexander leſen wir unterm 25. Juli: „Aufmarſch des 8. Armeecorps in der Stellung Großrinderfeld-Wenkheim-Neubrunn in Gefechtsbereitſchaft. Vom Obercommando iſt keine Dispoſition für den heutigen Tag eingetroffen und von den bayriſchen Truppen iſt nichts zu ſehen. Da bis zu dieſer Stunde kein Befehl kam, gemeinſchaftlich mit den Bayern die Offenſive zu ergreifen, da keine einzige bayriſche Brigade ſich auf der Höhe unſerer Schlachtlinie zeigte oder ankündigte, da die wenigen Vortruppen, welche in der Frühe von der badiſchen Reiterei geſehen worden waren, im Rückmarſche auf Uettingen ſich befanden, da hingegen Meldung einlief, daß ſich ſtarke feindliche Abtheilungen in der linken Flanke des Corps zeigten, welche noch vor uns Gerchsheim und hiermit die kürzeſte Linie nach Würzburg erreichen konnten, ſo führte ich das Corps in die Stellung Gerchsheim-Altertheim zurück in der doppelten Abſicht, mich der bayriſchen Armee zu nähern und eine weniger ausgedehnte Kampflinie einzunehmen. Dieſer Marſch im unwegſamſten Gebirgsterrain war ſehr beſchwerlich. In Gerchsheim erfuhr ich, daß zwei bayriſche Diviſionen bei Helmſtadt und Uettingen ſtänden, mit dem Befehle, die Offenſive zu ergreifen. Hätte ich dieſe ſehnlichſt erwartete Nachricht nur zwei Stunden früher erhalten, ſo wäre ich nicht in die Stellung von Gerchsheim zurückgegangen. So aber war die Hälfte des bayriſchen Corps vorgegangen, während das achte zu-

rückging und es war zu ſpät, dem Befehle des Prinzen Karl nachzukommen (was dieſer in den „Erläuterungen“ S. 10 beſtreitet). Meine auf das äußerſte erſchöpften Truppen waren zum Theil in der neuen Stellung angekommen, zum Theil noch im Marſch begriffen. Um zwei Uhr meldete Graf Neipperg, ſeine Diviſion ſey mit dem Feinde engagirt. Ihm zunächſt ſtand die badiſche Diviſion. Der preußiſchen Artillerie wurden ſehr bald einige Geſchütze demontirt. In der Richtung der bayriſchen Aufſtellung wurden Kanonendonner und Gewehrfeuer immer heftiger; da ließ mir Prinz Wilhelm von Baden melden, er habe den Rückzug angetreten. Die bei Neubrunn auf das heftigſte angegriffene Diviſion des Prinzen Luitpold von Bayern hatte vergeblich um die Unterſtützung der badiſchen Diviſion, welche ihr zunächſt ſtand, angehalten. Faſt gleichzeitig meldete mir General-Lieutenant von Hardegg, die württembergiſchen Truppen ſeyen zu erſchöpft, um ſich ſchlagen zu können, er habe ihnen daher Befehl ertheilt, nach Kiſt auf der Würzburger Straße zurückzugehen. Zwei Brigaden hatten den Rückmarſch bereits wirklich angetreten, nur die Brigade Fiſcher blieb am nordöſtlichen Waldſaume ſtehen und deckte ſpäter den Rückzug mit großer Tapferkeit und dem beſten Erfolge. Unter dieſen Verhältniſſen blieben mir von neun Brigaden nur fünf auf dem Kampfplatz, alle übrigen gaben jeden Widerſtand auf oder verſuchten ihn nicht einmal.“ Die Bayern mußten ſich von Neubrunn zurückziehen und das 8. Armeecorps folgte. Prinz Karl befahl dem 8. Armeecorps, auf dem Nicolausberg bei Würzburg ſich zu concentriren, was auch geſchah.

Wie zuſammenhangslos*) die ganze Kriegführung, wie ungeneigt

*) Prinz Alexander von Heſſen hat ſpäter in ſeinem „Feldzugsjournal“ ſich bündig genug mit Folgendem gerechtfertigt: „Zu den drei das 8. Armeecorps bildenden Contingenten waren noch drei hinzugekommen. Das bei Beginn des Feldzugs 45,000 Mann zählende Corps hatte ſechs Kriegsherrn

die gegenſeitige Stimmung war, erhellt daraus, daß der Train des 8. Armeecorps in der Nacht vom 25. zum 26. Juli in Würzburg nicht eingelaſſen wurde, weil der bayriſche Commandant, einem alten Feſtungsreglement zufolge, um acht Uhr die Stadtthore ſchließen und nicht wieder öffnen ließ.*) Da mußten die ermüdeten württembergiſchen Truppen hinter dem Train auf offener Straße bivouakiren.

Was die vielbeſcholtene badiſche Kriegführung betrifft, über die nachher als über den „badiſchen Verrath“ in einer Wiener Flugſchrift geklagt wurde, ſo erhielt die badiſche Diviſion im Beginn des Feldzugs den Befehl, ſich von Frankfurt aus der Punkte Gießen und Wetzlar zu bemächtigen, um ſowohl die Baſis am Main zu decken, als auch der Armee, die ins Fuldathal vorrückte, Flanke und Rücken zu ſichern. Der Befehl wurde vollzogen, als aber am 6. Juli der Vormarſch des übrigen 8. Armeecorps ins Fuldathal aufgehalten und rückgängig gemacht wurde, weil die Bayern bei Kaltennordheim von den Preußen waren geſchlagen worden und ſich gegen Franken zurückzogen, verließ Prinz Wilhelm eigenmächtig die ihm angewieſene Stellung, obgleich ihm, ſie zu behaupten, wiederholt befohlen worden war. Ein badiſcher Lieutenant erſchien am 6. im Hauptquartier des Prinzen Alexander zu Crainfeld und meldete ihm im Namen des Prinzen Wilhelm einfach, die badiſchen Truppen zögen hinter Frankfurt zurück. Hierauf wurde ſogleich der im Hauptquartier befindliche badiſche Major Krauß mit dem gemeſſenen Befehl an den Prinzen Wilhelm abgeſandt, ſeine

---

und faſt eben ſo viel verſchiedene Reglements, Signale, Artilleriesyſteme und — politiſche Ziele. Seit 26 Jahren war das Corps nicht vereinigt, die Generale kannten ſich kaum gegenſeitig; keiner, mit Ausnahme des öſterreichiſchen, hatte jemals einen ernſten Feldzug mitgemacht. Im ganzen buntſcheckigen Hauptquartier befand ſich kein einziger Mann meiner Wahl. Vom Chef des Generalſtabs bis zum letzten Lieutenant waren mir alle oktroyirt worden und ich erfuhr ihre Namen erſt, als ſie ihr Amt antraten.“

*) Schwäbiſche Volkszeitung vom 11. October 1866.

ſchriftliche Inſtruktion iſt jedoch aus den Akten verſchwunden. Mündlich ertheilte Prinz Alexander dem Major Krauß die Weiſung, der Prinz werde nöthigenfalls, wenn er nicht gehorche, ſeines Commandos enthoben werden. Daß wirklich davon im Hauptquartier die Rede war, bezeugte ſpäter auch Generallieutenant v. Baur, Chef des Generalſtabs im 8. Armeecorps. Prinz Wilhelm befand ſich bereits in Frankfurt und entſchuldigte ſich in einem Schreiben ins Hauptquartier, wie auch gegen den öſterreichiſchen Militärbevollmächtigten in Frankfurt, Generalmajor von Packeny, in unklarer und nicht erſchöpfender Weiſe. Am 7. ſchickte Prinz Karl dem Prinzen Wilhelm den ſtrengſten Befehl zu, augenblicklich umzukehren. Zugleich herrſchte große Aufregung in Frankfurt, ſowohl unter den badiſchen Truppen, als unter der Bevölkerung, und von Karlsruhe erfolgte die Weiſung an den badiſchen Prinzen, ſich dem Befehl des Prinzen Karl zu unterwerfen. Dies geſchah nun, allein die badiſchen Truppen nahmen den feurigen Antheil am Kampfe gegen Preußen nicht, den man ihnen zumuthete. Insbeſondere wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, ſie ſeyen nahe genug geweſen, um die am 14. Juli vor Aſchaffenburg in blutigem Kampf begriffenen Heſſen unterſtützen zu können, hätten es aber nicht gethan. Der heſſiſche Oberlieutenant Möller bat die auf der Chauſſee zwiſchen Babenhauſen und Aſchaffenburg lagernden badiſchen zwei bis drei Bataillone um Hülfe, ſie erklärten aber, ſie hätten keinen Befehl. Prinz Alexander ertheilte hierauf dem Prinzen Wilhelm noch am 14. Abends 6 Uhr den Befehl, die Preußen aus Stockſtadt zu vertreiben, der Befehl wurde aber nicht ausgeführt.

Erſt als die Vereinigung des 7. und 8. Bundesarmeecorps endlich verfügt wurde, bekamen die Badener auf der Hochebene bei Hundheim die Preußen zum erſtenmal zu Geſicht und ſollten in guter Stellung deren Heraustreten aus dem Odenwald verhindern. Obgleich hier die ganze badiſche Armee vereinigt war, zog ſie ſich doch

nach einem ſehr kurzen Kampfe, in welchem ihr nur 92 Mann außer Gefecht geſetzt wurden, wieder zurück und ließ den Preußen den Weg offen, am 23. Juli. Man*) beſchuldigte ſie, es mit dem Kampf nicht ernſt gemeint zu haben. „Nicht ohne Bedeutung erſcheint uns ein Telegramm, welches der Großherzog von Baden nach jenem Treffen und zwar bereits den folgenden Tag, am 24. Juli, an ſeinen durchlauchtigſten Bruder, den Prinzen Wilhelm, richtete und welches alſo lautet: Prinz Wilhelm von Baden in Wertheim. Aus Preußen wird ein Zuſammenſtoß preußiſcher und badiſcher Truppen bei Hundheim gemeldet. Bitte umgehende Antwort, ob das wahr iſt? Sind noch keine Anordnungen vom Obercommando wegen Waffenruhe getroffen? Friedrich.“

Dieſelbe Beſchuldigung wiederholte ſich, als am folgenden Tage die badiſchen Truppen bei Werbach den Preußen widerſtehen ſollten, während die Württemberger mit denſelben das blutige Gefecht bei Tauberbiſchofsheim beſtanden. Auch von Werbach zogen ſich die Badener nach einem Verluſt von nur 83 Mann gleich wieder zurück.**) Prinz Karl von Bayern war über dieſen Rückzug entrüſtet, weil dadurch der übrige Theil des 8. Armeecorps entblößt wurde, und Prinz Alexander von Heſſen forderte den Prinzen Wilhelm dringend auf, zu erklären, warum er der 3. bayriſchen Diviſion nicht zu Hülfe gekommen ſey, da er nach einer mündlichen Erläuterung vom Commandanten derſelben, als ſie ganz in der Nähe im Kampfe ſtand, aufgefordert worden ſey? Eine Antwort blieb aus. Prinz Wilhelm zog

*) Enthüllungen über den badiſchen Verrath S. 21.

**) In den „Enthüllungen“ wird ein mit Bleiſtift geſchriebener Zettel des Prinzen Wilhelm erwähnt, den er am 25. von Unteraltertheim aus in das Hauptquartier ſchickte, des Inhalts: „In der Richtung von Werbach auf Neubrunn ſtarke Staubwolken, Geſchütz- und Kleingewehrfeuer; Vorrücken von Werbachhauſen, daher Rückmarſch in Gefechtsformation hinter Oberaltertheim, um dort Stellung zu nehmen.“

die badiſchen Truppen noch weiter zurück. Am 27. Juli trat v. Edelsheim aus dem badiſchen Miniſterium und der preußenfreundliche Miniſter Matthy an ſeine Stelle, worauf ſchon am 29. der Großherzog ſeinem Bruder den Befehl zugehen ließ, ſich mit ſeinen Truppen vom 8. Bundesarmeecorps zu trennen und nach der Heimath zurückzukehren. Weder Prinz Alexander, noch Prinz Karl waren in der Lage, es verhindern, oder den Prinzen Wilhelm zur Verantwortung ziehen zu können.

Am 27. war Manteuffels ganze Armee vor Würzburg*) concentrirt und begann dieſelbe, den Marienberg (die Citadelle von Würzburg) zu beſchießen. Die Kugeln thaten wenig Schaden, denn derſelbe beſchränkte ſich auf einen kleinen Brand. Das Feſtungs-

*) Auch in Bayern hatte man das Volk verhetzt und demſelben die abenteuerlichſten Fabeln von den Preußen erzählt, um es gegen dieſelben zu erbittern, wie in Böhmen. Die neue Würzburger Zeitung ſah ſich dadurch veranlaßt, in der Mitte des Juli das Volk zu ermahnen, es ſolle doch ſo grobe Lügen nicht glauben. „Da die Preußenfurcht in hieſiger Stadt von einigen Fanatikern namentlich dadurch genährt wird, daß ſie der niedern Volksclaſſe glaubwürdig zu machen ſuchen, die Katholiken müßten, wenn die Preußen kämen, alle proteſtantiſch werden, ſo halten wir es für unſere Pflicht, darauf aufmerkſam zu machen, daß in Preußen große Provinzen faſt ausſchließlich von Katholiken in einer Anzahl von 6 Millionen bewohnt ſind und dieſelben unbeirrt ihren Cultus ausüben." Das Blatt mußte die Bürger noch ausdrücklich warnen, ja nicht auf die einrückenden Preußen zu ſchießen, weil das die Stadt in das größte Unglück ſtürzen würde.

Zu den komiſchen Vorkommniſſen in dieſem Kriege gehörte auch das Gerücht, welches durch alle Zeitungen lief, die Preußen hätten vor Würzburg 12 Kanonen verloren. Es war kein Wort davon wahr. Ueberhaupt haben die Preußen in dieſem ganzen Kriege, auch in Böhmen, kein einziges ſchweres Geſchütz verloren. In preußiſchen Blättern machte man ſich den Spaß, zu ſagen: Die Bayern hätten das Metall der eroberten Kanonen großmüthig zurückgegeben und nur die Löcher behalten.

geſchütz war nicht lange vorher erneuert worden, von überlegenem Kaliber und that den Preußen vielen Schaden, wie auch abermals die württembergiſche und die naſſauiſche Artillerie in dieſem letzten Kampf vor Würzburg ſich noch auszeichnete. Aber ſchon am folgenden Tage wurde der nutzloſe Kampf ſiſtirt,*) denn eben war die

*) In dem „Bundesfeldzug in Bayern" S. 56 findet ſich ein frappantes Genrebild aus jenen Tagen, freilich ſtark karrikirt und mit etwas boshaftem Griffel gezeichnet, aber doch den Auffaſſungen entſprechend, die damals in der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Dinge und Perſonen vorherrſchten. „Das Alter iſt vorſichtig, ſparſam, verzagt, ergreift zu gern die paſſivſte Defenſive, ſtatt der kecken Offenſive, iſt dann ſelbſt zu ſehr an Bequemlichkeit, an Ruhe gewöhnt. So kam es denn, daß das Hauptquartier des Prinzen Karl 168 Pferde, 8 Chaiſen mit ſich führte, einige Wägen für Silberzeug, Porzellan, Federvieh. Ja, das bayriſche Hauptquartier ſoll nur deshalb einige Tage ſpäter zur Armee aufgebrochen ſeyn, weil die beſtellten Leibſtühle noch nicht fertig waren. Köche, Friſeure und ähnliche Individuen waren in reicher Anzahl vorhanden. Fürſt Taxis führte ſogar nebſt ſeinem Küchenwagen und vier brillanten Equipagen, Kammerdiener und Köchin im Cabriolet mit ſich herum. Trotz der Schnelligkeit der Preußen ſoll der Herr Commandant der Bundesarmee vor 9 Uhr Morgens keinerlei Meldung angenommen, Offiziere nur in Galla vorgelaſſen haben. Gute Diners zu halten, war eine Hauptſorge des Tags. Während die Preußen das 8. Bundesarmeecorps verfolgten, wurden fünf Tage lang in der königlichen Reſidenz zu Würzburg ſplendide Eſſen gegeben. Fürſt Taxis hielt eben auch ein Gelage in Hammelburg, als die Nachricht vom Anrücken der Preußen kam, die er natürlich, da ſie ſtörend wirkte, nicht glaubte. Das Alter und die nicht mehr gewohnten Anſtrengungen wirkten ſo, daß königliche Hoheit und ad latus von der Tann auf der Hin- und Herreiſe von Würzburg nach Tauberbiſchofsheim zu einem Kriegsrathe mit dem 8. Armeecorps im Wagen ſchliefen zur Verwunderung der guten Höchberger, die meinten, die bevorſtehende Verhandlung, bei der es ſich um Seyn oder Nichtſeyn Süddeutſchlands handle, müßte wichtig genug ſeyn, jeden Schlaf zu verſcheuchen. Aber ein gutes Gewiſſen iſt ein ſanftes Kiſſen. War das hohe Alter unſerer Heerführer ſchon kein Segen, ſo noch weniger

Nachricht vom Waffenſtillſtand in Nikolsburg eingetroffen. Wozu ſollte man ſich jetzt noch am Main ſchlagen? Bayern ging am 2. Auguſt mit Preußen eine Waffenruhe ein, die Badener eskamotirten ſich. Auch Württemberg mußte nun bald um Waffenruhe nachſuchen. Die Preußen begnügten ſich mit ihren bisherigen Erfolgen und machten zur Bedingung der Waffenruhe nur, daß ſie die nördlichen Theile von Baden, Württemberg und Bayern bis zu einer Linie beſetzen dürften, die von Mannheim, Heidelberg dem Neckar, dann dem Kocherfluß entlang über Feuchtwangen ſüdwärts von Nürnberg fortlaufen ſollte. Natürlich nur auf die kurze Zeit bis zum definitiven Friedensabſchluß.

Unglücklicherweiſe war der Abſchluß der Waffenruhe noch nicht dem Herzog von Mecklenburg bekannt geworden, als deſſen vorrückende Truppen am 30. Juli früh Morgens 6 Uhr das 4. Bataillon des bayriſchen Infanterieleibregiments unter Major Joner bei Weiden, unfern von Baireuth, wohin es hatte marſchiren ſollen, unterwegs antrafen, mit Uebermacht angriffen und größtentheils aufrieben.

Am 31. Juli rückten die Preußen bereits in Nürnberg ein, am 1. Auguſt in Heidelberg und Mannheim, am 2. Auguſt in Mergentheim. Am gleichen Tage wurde ihnen auch die Stadt Würzburg mit Ausnahme des Marienbergs eingeräumt. Alles ging friedlich vor ſich. Nur in Mannheim konnte der Pöbel (der ſ. g. Neckarſchleim) wieder nicht unterlaſſen, Unfug zu treiben und die Preußen bei ihrem Einmarſch zu beſchimpfen. Die Preußen ließen ſich jedoch nicht in Hitze

---

die hohe Stellung derſelben. Als königlicher Prinz war es mißlich, unter dem bürgerlichen Doktorsſohn Benedek zu ſtehen, es gab Rangſtreitigkeiten mit dem erſt ſpäter gefürſteten Prinzen Alexander; als königlicher Prinz konnte man keinen Mahner dulden, wie General v. Zoller, und mußte ihm Arreſt dictiren. Dieſe Strenge traf ſelbſt Offiziere im Dienſt, die ſo unvorſichtig waren, dem prinzlichen Wagen vorzureiten."

bringen, ſondern ſtellten die Ordnung mit muſterhafter Beſonnenheit her.

Am 2. Auguſt faßte General von Manteuffel die wunderbaren Erfolge, die ſein ſchwaches und erſt nach und nach von verſchiedenen Seiten her zuſammen gezogenes Corps über das 7. und 8. Bundesarmeecorps, die vereint mehr als doppelt ſo ſtark waren, errungen hatte, in einem Armeebefehl folgendermaßen kurz zuſammen: „Soldaten der Mainarmee! Nachdem ihr unter eurem früheren ſo bewährten und kriegserfahrenen Führer, General der Infanterie von Falkenſtein, das Königreich Hannover, Kurheſſen und die weiten Länder bis Frankfurt a. M. erobert, die ganze hannoverſche Armee zur Waffenſtreckung gezwungen, die Bayern am 4. Juli bei Neidhardshauſen, Zelle und Wieſenthal, am 10. Juli bei Hammelburg, Kiſſingen, Friedrichshall, Hauſen und Waldaſchach, am 11. Juli bei Oerlenbach die Heſſen-Darmſtädter, am 13. bei Laufach dieſe und die Oeſterreicher am 14. bei Aſchaffenburg geſchlagen, habt ihr am 16. Juli euren ſiegreichen Einzug in Frankfurt gehalten. Nach kurzer Ruhe habt ihr den Feind von Neuem aufgeſucht, am 23. die Badenſer bei Hundheim, am 24. die Oeſterreicher, Württemberger, Heſſen-Darmſtädter und Naſſauer bei Tauberbiſchofsheim, die Badenſer bei Hochhauſen und Werbach, am 25. das ganze vereinigte 8. Bundescorps bei Gerchsheim und die bayriſche Armee bei Helmſtadt, letztere am 26. Juli auch bei Roßbrunn geſchlagen und ſeyd heute nach 20 größeren und kleineren, ſtets ſiegreichen Gefechten in Würzburg eingerückt.“

In einer Flugſchrift über die Operationen des 7. und 8. Bundesarmeecorps, die in Wenigen-Jena im Anfang des September gedruckt wurde, hieß es: „Der ganze Feldzug der Prinzen Karl und Alexander war nichts als der Bundestag ins Militäriſche überſetzt. Dasſelbe Zaudern, Proteſtiren, Retiriren, dieſelben Ferien in den Hauptquartieren! Ueberall ähnliche militäriſche Zuſtände, wie die,

welche die Kataſtrophe in Hannover herbeigeführt hatten! Die Armeen waren bloß das Spielzeug und eine Polizeitruppe reaktionärer Regierungen geweſen, und man verſtand ſie nun nicht zu gebrauchen, wo ſichs um ernſten Angriff und Vertheidigung handelte. Die an ſich trefflichen Beſtandtheile des Bundesheeres bildeten in ihrer Zuſammenſetzung eine nahezu hülfloſe Maſchine, beſonders das 8. Armeecorps konnte vom techniſchen Standpunkte aus nicht als ein zur Kriegführung in jetziger Zeit qualificirtes Inſtrument bezeichnet werden. Selbſtändigkeit, Geiſt und Genie im Militär hatte man nicht aufkommen laſſen; jetzt zeigten die Gamaſchenknöpfe, daß Kopf und Herz ihnen fehlte. Während die Zeitungen von den wunderbaren Kreuz- und Quermärſchen aller Bundestruppen erzählten, hatte das mächtige Bayern keine 10,000 Mann disponibel, um durch das Werrathal hindurch den bedrängten Hannoveranern die Hand zu reichen und die paar tauſend Preußen, die damals dazwiſchenſtanden, zu vertreiben; nein, der halbinvalide Prinz, der an der Spitze der bayriſchen Armee ſtand, brauchte ſo lange Zeit, ſich zu dieſer Hülfeleiſtung zu entſchließen, bis ſie durch die Capitulation der Hannoveraner gegenſtandlos wurde. In der Feſtung Mainz herrſchte eine ſo koloſſale Verwirrung, daß ganze Regimenter dort einmarſchirten und auf eigene Fauſt Quartier nahmen, ohne daß der Feſtungs-Commandant Kunde davon hatte. Oft mußten tagelang neuernannte Aerzte, Offiziere oder Feldſpitäler ihre Regimenter ſuchen, niemand konnte ihnen deren Standquartier ſagen. Truppenkörper ſchlugen ſich, ohne zu wiſſen, daß einige Stunden davon andere Corps auch im Gefechte waren, ohne mit ihnen zu cooperiren. In Würzburg mußte ein preußiſcher Parlamentär erſt die Nachricht bringen, daß das bayriſche Hauptquartier einrücke, der Commandantſchaft war es etwas neues. Nur bei den Preußen hätte man erfahren können, wo bayriſche Regimenter ſtanden. Noch bis zuletzt währte dieſe Kopfloſigkeit; ein Uhlanen-Corporal erhielt z. B. mehrere Tage, nachdem Nürnberg ſchon von den

Preußen beſetzt war, die Ordre, über dieſe Stadt ſich zu ſeinem Regimente zu begeben. Er wurde natürlich gefangen. Todtenſcheine wurden ausgeſtellt über Lebende. In der Verpflegung herrſchte dieſelbe Confuſion. Oft herrſchte Mangel, während das Fleiſch verſcharrt werden mußte, weil es verdarb, bis es an die betreffenden Compagnien kam. Dem 8. Armeecorps, das ganz verhungert von der Tauber an den Main kam, wurden ſogar 88 Ochſen mit den Treibern geſtohlen, wie in den Amtsblättern zu leſen. Der Prinz von Heſſen hatte ſich vergeblich bemüht, eine einheitliche Verpflegung ſeines Corps mit Hülfe eines Civilcommiſſärs in Frankfurt zu organiſiren, der Wille des Generals ſcheiterte an den partikulariſtiſchen und bureaukratiſchen Traditionen der einzelnen Contingente und ihrer heterogenen Generalſtäbe und Intendanturen. Angeblich wollte ſich jede Diviſion ſelber nach eigenem Modus verpflegen, und alle litten den bitterſten Hunger während der aufreibenden Märſche im Vogelsgebirge und links des Mains. Ein feſter taktiſcher Zuſammenhang zwiſchen den drei Diviſionen des 8. Armeecorps beſtand durchaus nicht. Das Corps hatte 24 Jahre lang keine vereinigte Uebung mehr gemacht und war im Commando, in der Uniform, Ausrüſtung und Organiſation ganz verſchieden. Die kurheſſiſchen Huſaren waren in der Uniformirung (ſelbſt der Schabracke) den Preußen ſo ähnlich, daß die Oeſterreicher bei Aſchaffenburg auf ſie ſchoſſen. Es beſtand keine Kaliber-Einheit der Handwaffen, die vier Feldbatterien der einen Diviſion waren nach vier verſchiedenen Syſtemen ausgerüſtet. Der Corpsverband war ein theoretiſcher, demnach konnten auch bei keinem Gefechte die Diviſionen des 8. Armeecorps unter ſich oder das 8. Corps mit dem 7. als Glieder einer und derſelben Armee zu regelrechtem Zuſammenwirken gelangen. Es gab nichts als iſolirte, wenn auch ehrenvolle Kämpfe, nirgends konnte die überlegene Geſammtkraft der Heere ſich wirklich geltend machen. Daß man auf Grund des beſtehenden Bundeskriegsweſens keinen energiſchen Krieg führen könne, hatte

übrigens nicht nur Preußen, ſondern faſt jedermann ſchon vorher gewußt, die bundestreuen Staaten hatten vor ſieben Jahren (Dezember 1859) es officiell am Bunde erklärt. Auch über Art und Umfang der Reform bekämpften ſich die Anſichten zwei Jahre lang erfolglos, bis das ‚ſchätzbare Material' in der Aktenſtube vergraben und keine einzige der für ſo dringend erklärten Maßregeln wirklich in Angriff genommen wurde.

Daß die enormen Diäten der Militärberathungs-Commiſſionen am Bunde bezahlt wurden, blieb am Ende die Hauptſache. Die Miniſter aller Staaten konnten inzwiſchen nicht genug für Wehrhaftmachung verlangen, und die Bundes-Inſpectoren fanden auf dem Papier alles in ſchönſter Ordnung. Als aber wirklich der Krieg begann, welcher Jammer! Es fehlte an allem, und welche Zeit verging, bis das 8. Armeecorps ſich nach und nach gerüſtet und geſammelt! Dann war man ſich ſelbſt über die nächſten Ziele nicht klar und folgte mehr dem Drange ungünſtiger Verhältniſſe und der Gewalt des Zufalls, als einem feſten Plane. Man vereinigte ſich nicht zu einer Zeit, als man noch durch keinerlei feindliches Vordringen bedroht war. Man verſprach in die Action zu treten und verlegte das Hauptquartier nach Friedberg, man begann den unglücklichen zehntägigen Marſch (30. Juni bis 10. Juli) in den unfruchtbarſten Theil Oberheſſens, um, nachdem man ganz nahe bei den Bayern ſtand und die feindliche Armee in der Mitte hatte, die Bayern allein zu laſſen und zurückzugehen. Der Prinz Wilhelm von Baden erklärte, nicht mehr mitthun zu wollen, und das ſoll lähmend gewirkt haben. Der Herzog von Naſſau rief auch ſeine Truppen ab, da er mit ihnen vor allem ſein Land decken wollte; die Heſſen wollten vielleicht das ihrige decken u. ſ. w. Die Württemberger trieben ſich dann um Gelnhauſen herum, wo man durchaus den Feind haben wollte, während er durch den Speſſart ging. Er wagte ſich verwegen zwiſchen zwei Heere einzuſchieben, deren jedes an Zahl ihm mindeſtens gleich war. Die Bayern ließen den Feind ruhig durch die Defiléen des Werragrundes ziehen, hatten keine Luſt oder Zeit, mit der

ihnen noch dienſtbaren Eiſenbahn nur einige Schützen oder Kanonen nach Gemünden, Karlſtadt, Lohr zu werfen, welche Punkte von der Natur wie zur Vertheidigung geſchaffen ſind. Trotz des Anerbietens von Forſtleuten wurden keine Verhaue im Speſſart angelegt, die unzugänglichen Höhen dort nicht beſetzt, der Feind nicht von beiden Seiten umfaßt. Durch die blutigen und höchſt kläglich disponirten Gefechte der Heſſen bei Laufach und der Oeſterreicher bei Aſchaffenburg erkaufte man nicht das Feſthalten der unteren Mainlinie mit allen daran geknüpften politiſchen und militäriſchen Lebensbedingungen, ſondern nur die Freiheit, ſich aus dem armen Vogelsgebirge in den armen Odenwald zurückwerfen zu dürfen mit Preisgebung von Oberheſſen, Naſſau, Darmſtadt und Frankfurt, welches man zu ſchützen verſprochen hatte. Dieſer Rückzug verurſachte durch Hitze, Ueberanſtrengung, Eilmärſche von 12 Stunden und ſchlechte Verpflegung mehr Marode und Kranke, als ein ſchweres Gefecht, und mehr als die Millionen an baarem Gelde und Requiſitionen, welche die Preußen aus Frankfurt erpreßt, hätte auch die zäheſte Vertheidigung des untern Maingebietes in dieſer Hinſicht nicht gekoſtet. Die Kaſſe des 8. Armeecorps war leer, während die Preußen die ihrigen ſpickten. Prinz Alexander hatte ſich vergeblich bemüht, das Guthaben einer der betheiligten Regierungen bei Rothſchild auf Rechnung des Corps zu erheben, es waren Zweifel und Schwierigkeiten wegen der gemeinſamen Haftbarkeit der drei bei dem Armeecorps engagirten Regierungen und wegen der ſpäteren genauen Repartirung und gegenſeitigen Verrechnung dieſes Vorſchuſſes entſtanden. Die Preußen verſtanden beſſer, Rothſchild von ſeinen Zweifeln und ſeinem Gelde zu helfen! Zum Ueberfluß ließ das 8. Armeecorps auch noch in Frankfurt und Darmſtadt bei ſeinem fluchtartigen Abzug am 15. Juli die werthvollſten Vorräthe an Weißzeug, Schuhen, Montirung, Feldrequiſiten, Bettwerk zurück, die ſie ſo nöthig gehabt hätten."

Dagegen darf auch nicht unerwähnt bleiben, wie tapfer ſich in

den vielen Gefechten die Subalternen und gemeinen Soldaten nicht nur der Bayern, ſondern auch des 8. Armeecorps, trotz der ſchlechten Führung geſchlagen haben, und wie das auch von ihren Gegnern anerkannt wurde. Der Obergeneral der preußiſchen Mainarmee ſelbſt, Vogel von Falkenſtein (nebenbei geſagt 70 Jahr alt und nur ein Jahr jünger als Prinz Karl von Bayern) äußerte ſich gegen einen Beſucher, der die Unterhaltung mit ihm in der Zeitſchrift „Daheim“ (im Anfang des November) drucken ließ, wie folgt: „Ich verſichere Sie, ſowohl die Bayern, als auch die Reichsarmee haben ſich wie brave, tüchtige Soldaten geſchlagen und die deutſche Tapferkeit auf beiden Seiten wahrhaft Bewundernswürdiges geleiſtet. Die Offiziere haben ihre Pflicht gethan, die Zahl der Todten und Verwundeten beweist es zur Genüge. Die bayriſchen Schützen ſchießen zweifelsohne beſſer, als unſere Soldaten, prächtige Cavallerie, gute Waffen ꝛc. Aber es fehlte Einheit und Energie der Führer und doch iſt die Führung immer noch nicht der wahre Grund ſo beiſpielloſer Schwäche. Er liegt vielmehr in der ganzen Organiſation. Ich werde es nicht mehr ſehen, aber wenn alle deutſchen Armeen einſt nach dem Muſter der unſern organiſirt ſeyn werden, dann möge die Welt nur kommen! Bei Aſchaffenburg habe ich die Reichsarmee uns gegenüber geſehen. O wenn ich die braven Jungen im Verein mit meinen Weſtfalen einſt gegen einen auswärtigen Feind führen könnte, dann würde man Wunder ſehen!“

Das Benehmen der preußiſchen Truppen in Feindesland war durchweg ein freundliches und humanes und diente denen, die ſo viele Verleumdungen voraus geſchickt hatten, zur Beſchämung. Beſonders fiel den Süddeutſchen, deren niedere Stände noch ſehr an rohe Ausdrücke, Schimpfen und Fluchen gewöhnt ſind, das anſtandsvolle und feine Benehmen der Preußen, ſowohl der gemeinen Soldaten wie der Offiziere auf. Ein Schweizer Offizier, der das preußiſche Lager in Mittelfranken beſuchte, berichtete in der Neuen Züricher Zeitung vom

9. Auguſt: „Schon die äußere Erſcheinung der preußiſchen Truppen that wohl. Alles auffallend große und kräftige Leute, der Geſichtsausdruck bürgerlich intelligent, in den Körperbewegungen flink, im Benehmen anſtändig und ſicher, in den Ausdrücken durchaus anſpruchslos und beſcheiden. Wir haben eine Unmaſſe preußiſchen Militärs geſehen, aber nirgends wurde gelärmt und geſchrieen. Wir haben manchen Witz, manches heitere und muntere Wort, aber keinen Fluch vernommen. Auf den Straßen Nürnbergs wogten Militär und Bürger einträchtig und friedlich durcheinander. In unſerem Gaſthof ließen die preußiſchen Garde- und Landwehroffiziere in beſcheidener Weiſe dem Civiliſten den Vorrang oben am Tiſch. Durch ihr ruhiges, anſpruchloſes und wahrhaft gebildetes Benehmen machten ſie alles das zu Schanden, was Nachtheiliges über preußiſche Offiziere geſagt worden iſt. Wir Milizoffiziere haben uns durchaus nicht zu ſcheuen, an dem tactvollen Auftreten dieſer Männer ein Beiſpiel zu nehmen.“

Unter andern hatte ein bayriſches Blatt die freche Lüge erſonnen, preußiſche Soldaten hätten ein Crucifix verhöhnt. Ein alter bayriſcher Soldat widerlegte dieſe boshafte Verleumdung und ſchrieb: „Man war vielmehr in Aſchaffenburg und Würzburg über den frommen Eifer der rheiniſchen und weſtphäliſchen Soldaten erbaut, wenn dieſe ſtundenlang die Beichtſtühle belagerten, wenn Offiziere und Mannſchaft gemeinſchaftlich zum Tiſch des Herrn gingen und ſich überhaupt bei jeder Gelegenheit als getreue und entſchiedene Katholiken bekannten. Dergleichen war man bei uns, obgleich wir uns auf unſere Katholicität ſonſt ſo viel zu gute thun, nicht gewöhnt und die Vergleiche, die gar häufig zwiſchen der Seelſorge in der preußiſchen und in unſerer Armee angeſtellt wurden, fielen ganz entſchieden zum Vortheil der erſtern aus.“ *)

Man machte in dieſem ganzen Kriege die erfreuliche Wahrnehmung,

*) Was wir wollen? Bayriſche Exiſtenzfragen. München 1867. S. 7.

daß ſich unter den preußiſchen Soldaten viel fromme Geſinnungen zeigten. Von Nürnberg wurde im Anfang des September geſchrieben: „Bemerkenswerth war die große Theilnahme der Soldaten am Gottesdienſt; ſie wohnten nicht allein dem für ſie beſonders gehaltenen bei, ſondern beſuchten in Trupps auch die Nachmittagspredigten. In einer Kinderlehre bei St. Sebald beantworteten preußiſche Soldaten beim Katechiſiren die an die Schüler geſtellten Fragen, weil die Antworten ausblieben, und empfingen darüber die lobende Anerkennung des Geiſtlichen.“

Preußen hatte den Mittelſtaaten eine Waffenruhe gewährt, aber noch keinen Frieden. Oeſterreich kümmerte ſich nicht mehr um ſie und ließ ſie bei den Unterhandlungen in Nikolsburg ganz und gar im Stich. Sie wandten ſich daher, Bayern, Württemberg und Darmſtadt (Baden allein nicht) um Hülfe nach Paris, wie es Oeſterreich ſelbſt gethan hatte. In Deutſchland erfuhr man damals nichts davon. Im Februar 1867 aber wurden dem geſetzgebenden Körper in Frankreich einige Depeſchen vorgelegt, die darauf Bezug hatten. Freilich unvollſtändig und nur, ſo weit es nöthig war, vor dem franzöſiſchen Volk zu rühmen, welches Vertrauen die deutſchen Staaten in den Kaiſer, als den europäiſchen Schiedsrichter und Erben des Rheinbundprotectorats geſetzt hatten.

Die erſte Erwähnung der Südſtaaten findet ſich in einer Depeſche Benedettis nach Paris, die aus Nikolsburg, 25. Juli, datirt iſt, den Stand der Verhandlungen mit Oeſterreich ſchildert und beifügt: „Herr von der Pfordten wird für Bayern dem Waffenſtillſtand beitreten und betreibt ſtark den Zutritt der andern Südſtaaten. Dieſe Staaten werden ihrerſeits neue Friedensverhandlungen mit Preußen eröffnen.“ Am 2. Auguſt ſchreibt Vicomte des Meloizes, der franzöſiſche Geſandte in München, an den Miniſter des Auswärtigen in Paris: „Geſtern ſah ich Hrn. v. d. Pfordten bei ſeiner Rückkehr von Nikolsburg, und nachdem er mir die Einzelnheiten ſeiner Reiſe erzählt, be-

auftragte er mich, Ew. Exc. zu danken für die Unterſtützung (concours), die er in den Verhandlungen, mit denen er beauftragt war, ſeitens des Hrn. Benedetti gefunden. Der Waffenſtillſtand beginnt heute, und Herr v. d. Pfordten iſt im Begriff, nach Berlin abzureiſen. Wie Sie ohne Zweifel bereits wiſſen, verlangt Preußen von Bayern die Zahlung von 20 Mill. Thlr. als Kriegsentſchädigung und die Abtretung eines Gebiets von mindeſtens 500,000 Seelen in der nördlichen Pfalz und in Ober- und Unterfranken. In gerechter Beſtürzung über ſeine Lage hat ſich der Rath des Königs entſchloſſen, unſere Einmiſchung anzurufen, und Baron von Wendland hat Befehl erhalten, in dieſem Sinn einen Schritt bei Ew. Exc. zu thun." Am 14. Auguſt ſchreibt Drouyn de Lhuys an Benedetti in Berlin: „Alle Kabinette von Süddeutſchland, mit Ausnahme des Karlsruher, haben ſich an die Regierung des Kaiſers gewandt, um ſeine Unterſtützung (appui) in den zu Berlin eröffneten Verhandlungen zu erlangen. Sie kennen die Gefühle, von welchen wir gegen dieſe Staaten beſeelt ſind. Das Berliner Kabinet ſeinerſeits hat uns wiederholt die Verſicherung ſeines Wunſches gegeben, dieſelben im Beſitz einer wirklich ernſthaften Exiſtenz neben dem norddeutſchen Bund zu belaſſen. Wir ſtehen nicht an, zu glauben, daß Preußen ſich in den Fragen, welche ſich an die Wiederherſtellung des Friedens zwiſchen ihm und dieſen Regierungen knüpfen, verſöhnlich und gemäßigt zeigen wird. Sie werden ſich nicht direkt in die Verhandlungen einzumiſchen haben, aber Sie werden Herrn von Bismarck nicht in Zweifel laſſen über die perſönlichen Gefühle des Kaiſers in Betreff der Höfe, die ſein freundſchaftliches Wohlwollen angerufen haben." Am 26. Auguſt ſchreibt Drouyn de Lhuys an den franzöſiſchen Geſandten in München: „Baron von Wendland hat mir den Wunſch ausgedrückt, von der Regierung des Kaiſers einen neuen Schritt bei dem Berliner Hof zu erlangen. Herr Benedetti war, wie ich Ihnen geſchrieben, mit Weiſungen verſehen, welche ihm erlaubten, dem

Hrn. Baron v. d. Pfordten die Unterſtützung unſerer guten Dienſte zu leihen, und ich wußte bereits, daß er ſich dieſes Auftrags im freundſchaftlichſten Sinn für die bayriſche Regierung entledigt hatte. Gleichwohl habe ich dem Wunſch des Herrn v. Wendland entſprochen und dem Geſandten des Kaiſers durch den Telegraphen geſchrieben, um ihn von neuem an das Intereſſe zu erinnern, welches der Kaiſer für den bayriſchen Hof hegt. Ich habe aus den Nachrichten, die ich aus Berlin erhielt, erſehen, daß unſere erſten Anſtrengungen nicht vergebens geblieben waren. Ich bin glücklich, zu denken, daß unſer letzter Schritt eben ſo wenig ohne Einfluß auf das definitive Ergebniß einer Verhandlung geweſen iſt, die ſich auf eine befriedigendere Weiſe endigte, als das Münchner Kabinet gehofft hatte. Drouyn de Lhuys."

Da v. d. Pfordten für die Unterſtützung Benedettis in Nikolsburg dankt, gehen ſeine geheimen Unterhandlungen mit Drouyn de Lhuys ohne Zweifel in eine etwas frühere Zeit zurück. Aus dem Umſtand, daß Napoleon III. die unmittelbare Einmiſchung in den Krieg verſagte, die man noch am 18. Juli gehofft zu haben ſcheint, erklärt ſich das wiederholte Drängen und Bitten, wenigſtens günſtigere Friedensbedingungen von Preußen zu bevorworten. Wenn Napoleon III. Herrn von Beuſt, der desfalls nach Paris gereist war, nachgegeben und eine Armee über den Rhein geſchickt hätte, wäre der neue Rheinbund fix und fertig geweſen, und die Mittelſtaaten hätten Frankreich geholfen, wieder das linke Rheinufer von Deutſchland abzureißen. Denn umſonſt würde ſie Frankreich nicht unterſtützt haben.

Das Halleſche Volksblatt von 1867 Nr. 5 ſagte von den Mittelſtaaten: „Seit Jahren gewohnt, ihre Bedeutung in dem Schaukelſyſtem der deutſchen Bundesverfaſſung darin zu finden, die Entſcheidung in dem Widerſtreit zwiſchen Preußen und Oeſterreich in der Hand zu haben, hatten ſie es ſich gefallen laſſen, daß ihre materiellen Intereſſen durch Preußen gepflegt wurden, und hatten ſich zum Dank dafür in

den politiſchen Fragen meiſt auf Oeſterreichs Seite geſtellt. In dem Bewußtſeyn, daß von dem abſterbenden Oeſterreich ihnen keine Gefahr komme, wohl aber von dem aufſtrebenden, unfertigen Preußen, ſuchten ſie dieſe vermeintliche Gefahr nicht durch treuen Anſchluß an Preußen abzuwenden, ſondern durch den Verſuch, es mit Oeſterreichs Hülfe zu zertrümmern. Vor dem Kriege mit Uebermuth, Siegesgewißheit und Preußenverachtung erfüllt, mußten ſie im Kriege die demüthigende Erfahrung machen, daß ſie, ſelbſt durch öſterreichiſche Truppen verſtärkt, nicht einmal einem in der Eile zuſammengerafften preußiſchen Armeecorps Stand halten konnten, und müſſen ſich eingeſtehen, wie wenig realen Werth ſie in der bisherigen deutſchen Kriegsverfaſſung gehabt haben. Es hilft ihnen nicht viel, wenn ſie ihre Demüthigung durch geſteigerten Preußenhaß decken wollen und wenn ſie den Dank für die unverdient günſtigen Friedensbedingungen lieber nach Paris, als nach Berlin adreſſiren."

Die Friedensbedingungen erhielten allerdings durch Verwendung des franzöſiſchen Geſandten Benedetti in Nikolsburg, wohin die Miniſter der Mittelſtaaten eilten, als eine bewaffnete Hülfe vom Rhein her ausblieb, eine weſentliche Ermäßigung. Bayern hätte ohne Zweifel mehr Gebiet an Preußen abtreten müſſen, wenn Frankreich nicht vermittelt hätte. Württemberg und Darmſtadt wurden zugleich wegen Rußland mehr geſchont. Dennoch ſpielten v. d. Pfordten und von Varnbüler, als ſie in Nikolsburg, um einen Frieden bitten mußten, eine nicht ſehr beneidenswürdige Rolle. Sie begaben ſich, als der König von Preußen nach Berlin zurückkehrte, ebenfalls dahin, um alle Friedenspunkte vollends ins Reine zu bringen. Württemberg ſchloß ſeinen Frieden zuerſt am 13. Auguſt und mußte 8 Millionen Gulden Kriegskoſten an Preußen bezahlen. Baden ſchloß ſeinen Frieden am 17. Auguſt und bezahlte 6 Millionen. Bayern ſchloß am 22. Auguſt ab, mußte 30 Millionen Gulden bezahlen und ein kleines Gebiet (das Bezirksamt Gersfeld, einen Bezirk um Orb und die Enclave

Kaulsdorf) an der Nordgrenze des Reichs an Preußen abtreten. Heſſen-Darmſtadt ſchloß erſt am 3. September ab, kam mit 3 Millionen Kriegskoſten weg, mußte aber zugeben, daß ganz Oberheſſen dem norddeutſchen Bunde beitrete und Mainz eine preußiſche Feſtung werde. Auch trat es die Landgrafſchaft Heſſen-Homburg und einige andere Gebietstheile an Preußen ab, wofür ihm einige Gebietstheile Kurheſſens zu Theil wurden.

Alle vier ſüddeutſchen Staaten ſollten im Zollvereine verbleiben, jedoch halbjährige Kündigung vorbehalten ſeyn. Ein großer Vortheil für Preußen, weil die Handels- und Verkehrsintereſſen den ſüddeutſchen Regierungen nicht wohl geſtatteten, es auf eine Kündigung des Zollvereins ankommen zu laſſen. Wichtiger als alle andern aber waren die geheimen Artikel, in welchen ſich die vier Staaten zu einem Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen verpflichteten und im Fall eines Krieges ihre Armeen unter preußiſchen Oberbefehl zu ſtellen gelobten. Dieſe Artikel wurden geheim gehalten, was ſchon deshalb nothwendig war, weil das Abkommen Preußens mit Bayern, wenn auch nur um einen Tag, doch früher zu Stande kam, als der Prager Frieden, weil Frankreich nicht zu wiſſen brauchte, daß die am 23. Auguſt bewilligte Mainlinie nur eine fictive und bereits am 22. thatſächlich durchbrochen worden war.

Preußen hatte von Bayern die Abtretung der früher zu Preußen gehörigen Markgrafſchaften Anspach und Baireuth nebſt Nürnberg gefordert, und beſonders die Kriegspartei in Berlin, vor allen Prinz Friedrich Karl ſoll ſich lebhaft dafür intereſſirt haben. Indeß würde dadurch Frankreich zu ſehr alarmirt, das ſüdliche Deutſchland zu ſehr verbittert worden ſeyn. Mäßigung und Verſöhnung, großherziges Darbieten der Bruderhand lag eher im beiderſeitigen und im deutſchen Nationalintereſſe.

Die politiſchen Parteien in Deutſchland wurden von den großen Schlachtberichten aus Böhmen wie von elektriſchen Schlägen durch-

zuckt. Alle ohne Ausnahme fühlten ſich von der Macht der Thatſachen inſofern nicht ganz angenehm berührt, als ſie bisher ſo gar ſtolz auf die Macht des Wortes geweſen waren. Sie alle erkannten jetzt die Ohnmacht dieſer angemaßten Macht des bloßen Wortes. Die Zeit war gekommen, von welcher der edle Graf Strachwitz, bevor er ſtarb, noch verkündet hatte: die Zeit der Schreier und Schreiber werde zu Ende gehen und die der Helden wiederkehren.

Der Oeſterreich befreundete Reformverein ſah durch die preußiſchen Siege den Plan, den Kaiſer Franz Joſeph nicht einmal am Fürſtentage in Frankfurt hatte durchſetzen können, jetzt vollends vereitelt, und ganz in die Defenſive gedrängt, erhoben ſich aus ihm nur noch einzelne Stimmen in der Preſſe, um mit den Parteigängern des Particularismus gemeinſchaftlich Preußens Erfolge, wenn nicht mehr zu verhindern, doch zu verleumden. Sie wurden dabei auffallenderweiſe von ihren bisherigen bitterſten Feinden, den demokratiſchen Blättern, unterſtützt. Ihre Hauptaufgabe war, innerhalb der Mittelſtaaten die moraliſchen Fortſchritte der preußiſchen Partei zu hemmen und die Einheit Deutſchlands unter Preußen als das größte Unglück zu verſchreien, das über Deutſchland kommen könne. Oeſterreichiſche Regierungsblätter, ultramontane Blätter und roth republikaniſche Blätter ſtimmten darin zuſammen. Alle gingen davon aus, der Südbund könne ganz unabhängig von Preußen zu Stande kommen. Von dem geheimen Schutz- und Trutzbündniß der ſüddeutſchen Regierungen mit Preußen wußten ſie nichts.

Die hartnäckigſte unter allen preußenfeindlichen Parteien ſaß in Preußen ſelbſt. Die Fanatiker des Abgeordnetenhauſes kamen in eine Art Desperation, als die großen Erfolge der Bismarckſchen Politik und der Armeereorganiſation es ihnen für künftighin unmöglich machten, in gewohnter Weiſe ihre Redefrechheit auszuüben und den Miniſterpräſidenten und Kriegsminiſter zum Object roher Beleidigungen und Beſchimpfungen zu machen. Wie es gewöhnlich geht und in der

menſchlichen Natur liegt, wird jede Partei von bloßen Rednern und Schreiern durch die Macht der Thatſachen innerlich zerrüttet und zerſetzt, wie weiland Cromwells langes Parlament. Die große wilde Oppoſition wurde unvermerkt zu einer kleinen, zahmen Oppoſition und die Vermittler fingen an, eine große Rolle zu ſpielen. Aber auch die conſervativſte Partei in Preußen, die ſ. g. feudale oder Kreuzzeitungspartei mußte der Macht der Thatſachen nachgeben, ſofern die Weisheit des Königs von Preußen in der inneren Politik nicht verlieren wollte, was ſie in der äußeren gewonnen hatte. Sie wollte die Siege in Böhmen nicht im Sinne der Reaction verwerthen. Sie behielt im Auge, daß die große Mehrheit der Deutſchen, wie eine verhältnißmäßige Einheit, ſo auch eine verhältnißmäßige Freiheit bedürfe und verlange.

Die preußiſchen Erfolge vernichteten die bisherige deutſche Bundesverfaſſung, ſtellten bedeutende Annectirungen Preußens in Ausſicht und bedrohten den Fortbeſtand des Zollvereins außerhalb des neuen preußiſchen Bundesſtaates. Dieſe Verhältniſſe ließen eine ganz neue politiſche Partei entſtehen, die auch für die ſüddeutſchen Staaten den Fortbeſtand des Zollvereins und engen Anſchluß an Preußen verlangte, die Trennung von Nord- und Süddeutſchland entſchieden verdammte. Dieſe neue Partei, die in Bayern, Württemberg, Baden, Darmſtadt laut hervortrat, in der Preſſe, in Volksverſammlungen und Adreſſen ihre Meinung verkündete, kam zwar der ältern Gothaer Nationalvereinspartei am nächſten, zählte aber ganz neue Mitglieder und theilte auch nicht mehr die juriſtiſchen Vorurtheile jener ältern Partei (die noch geglaubt hatte, ſich für den Auguſtenburger verwenden zu müſſen), ſondern faßte die Frage praktiſch auf.

Der Ausſchuß des Nationalvereins wollte inzwiſchen beurkunden, daß er noch exiſtire, und beanſpruchte noch einmal eine Autorität, die er in der Wirklichkeit niemals beſeſſen hatte. In ſeiner Anſprache vom 9. Auguſt hieß es: „Wenn die ſiegreiche preußiſche Staatsgewalt

den Platz an der Spitze der Nation aus eigner Machtvollkommenheit eingenommen hat, ſo kann doch das ohne die Zuſtimmung und den Beiſtand der Nation begonnene Werk ohne dieſe Zuſtimmung und dieſen Beiſtand zu keinem gedeihlichen Ende geführt werden.“ Darin lag der naive Vorwurf ausgeſprochen, der König von Preußen hätte den Ausſchuß des Nationalvereins erſt fragen ſollen, ehe er ſeine Heere in Böhmen einrücken ließ.

Sechszehntes Buch.

Der venetianiſche Krieg.

Das Zerwürfniß zwiſchen Oeſterreich und Preußen bot dem neuen Königreich Italien die erwünſchteſte Gelegenheit dar, das mit Preußen beſchäftigte Oeſterreich hinterrücks anzufallen und ihm Venetien zu entreißen. Das Wiener Kabinet mußte wohl Rückſicht darauf nehmen, da ihm der Kampf mit Preußen um ſo ſchwerer wurde, wenn es ſich zugleich Italiens erwehren ſollte. Daraus erklärt ſich das Zögern Oeſterreichs und ſein zeitweiliges Nachgeben im Gaſteiner Vertrag. Es mußte erſt von Frankreich her beruhigende Erklärungen erwarten, die durch ſeinen Geſandten in Paris, Fürſten Metternich, vermittelt wurden und deren Kern die Zuſtimmung zu dem Project war, Venetien mit Schleſien zu vertauſchen.

In dem Maaße, in welchem Frankreich ſich Oeſterreich näherte, glaubte Victor Emanuel ſich Preußen nähern zu ſollen, und Preußen war nicht im Fall, dieſen Bundesgenoſſen zurückweiſen zu können,

denn wenn es von Oeſterreich angegriffen wurde, ſtand ihm ein ſchwerer Kampf bevor, nach damaliger Meinung ein viel ſchwererer, als er ſich nachher verwirklichte. Preußen hatte bereits im Namen des deutſchen Zollvereins einen Zollvertrag mit Italien abgeſchloſſen, dem auch im Intereſſe des Verkehrs die übrigen Mitglieder des Zollvereins beigetreten waren. Derſelbe wurde am 12. März 1866 ratifizirt. Bereits ſechs Wochen vorher war dem König Victor Emanuel von Berlin der ſchwarze Adlerorden, Preußens höchſtes Ehrenzeichen, zugeſchickt worden, als eine deutliche Warnung für Oeſterreich. Als Oeſterreich gleichwohl den preußiſchen Forderungen nicht nachgab, kam der italieniſche General Govone Mitte März nach Berlin, um einen Allianzvertrag Italiens mit Preußen zu verabreden. Dieſe Unterhandlung zog ſich etwas in die Länge, weil Italien verlangte, Preußen ſolle ihm außer dem Beſitz von Venetien auch den von Südtirol garantiren. Es macht Preußen Ehre, daß es ſich hier als Wächter und Beſchützer deutſcher Ehre und Nationalität bewährte und die Abtretung Südtirols entſchieden verweigerte. Darüber kamen Preußen und Italien am 8. April überein, einander im Kriege mit Oeſterreich beizuſtehen und auch beim Friedensabſchluß zuſammenzuhalten, ſo daß keines ohne das andere einſeitig Frieden ſchließen dürfe.

Man hat die durchaus irrthümliche Anſicht verbreiten wollen, Oeſterreich ſey erſt durch das preußiſch-italieniſche Bündniß aus ſeiner Friedensliebe und Ruhe aufgeſtört und zu einem Kriege gezwungen worden, den es niemals habe anfangen wollen. Preußen habe mit lauernder Argliſt die Verlegenheiten Oeſterreichs und deſſen innere Conflicte, insbeſondere die Renitenz Ungarns benutzt, um über dieſen Staat herzufallen. Insbeſondere ſtützt man ſich bei dieſer Anklage auf das Grünbuch, welches dem italieniſchen Parlament vorgelegt worden iſt. Darin ſteht nun aber lediglich nichts, als daß Italien um Preußen gebuhlt hat und daß Preußen, *nachdem* Oeſterreich

ſchon im Februar gerüſtet hatte, ſich erſt durch dieſe Rüſtungen dazu genöthigt, ſehr ſpät, erſt am 18. April mit Italien einließ. Auch ließ Oeſterreich nicht die geringſte Verlegenheit ſpüren, als es eigenmächtig den Gaſteiner Vertrag brach, über den Austauſch Venetiens gegen Schleſien in Paris unterhandeln ließ, den deutſchen Bundestag zur Kriegserklärung gegen Preußen aufreizte und die allerübermüthigſte Sprache gegen Preußen führte. Der Krieg wurde nicht von Preußen, ſondern von Oeſterreich herbeigeführt. Preußen wurde dazu gezwungen. Ganz anders verhält es ſich mit Italien. Italien war von Oeſterreich nicht bedroht, wie es Preußen war. Italien hatte in dieſem Kriege, wie in denen von 1848, 1849 und 1859, ohne von Oeſterreich irgend herausgefordert zu ſeyn, daſſelbe heimtückiſch im Rücken angegriffen, während Oeſterreich mit einem ſtärkeren Feinde zu kämpfen hatte.

So viel über die beſtrittene Rechtsfrage.

Italien war außerordentlich aufgeregt. Die heißblütige Partei ſah ſchon im Geiſt ihre letzten Wünſche verwirklicht, Italien einig bis zur Adria. Die öſterreichiſche Regierung bemühte ſich, wenigſtens unter den Venetianern die Hitze abzukühlen, um die Feindſeligkeiten bis zum geeigneten Zeitpunkt hinauszuſchieben. Sie machte alſo am 1. Januar 1866 den Venetianern bedeutende Conceſſionen, hob den Sequeſter über die Güter der Emigranten auf und bewilligte die Trennung der Stadt Venedig vom Landgebiet. Allein es war ſchon zu ſpät, mit ſolchen Nachgiebigkeiten die Gemüther zu beruhigen. Sowohl die Centralcongregation als die Provinzialcongregation, als auch der Stadtrath von Venedig lehnten die neuen Bewilligungen trotzig ab. Die Erbitterung der Italiener verrieth ſich am 3. Mai durch den Brand der berühmten öſterreichiſchen Fregatte Novara, der Weltumſegelnden, welche durch italieniſche Verräther heimlich angezündet wurde. Sogar das Vergnügen hatten ſich die Venetianer verſagt. Das beliebte Theater la Fenice war ſeit 1859 wegen poli-

tiſcher Demonſtrationen geſchloſſen worden. Im Jahr 1863 wünſchte das öſterreichiſche Gouvernement, es wieder zu öffnen; aber die Municipalität lehnte es ab und die Meinung wurde verbreitet, das venetianiſche Publikum wolle ſich nicht eher darin blicken laſſen, bis die Stadt von den Oeſterreichern geräumt ſeyn werde.

Im Verlauf des Frühjahrs machte Victor Emanuel ungeheure Kriegsrüſtungen, die er anfangs verbarg und verleugnete, ſpäter aber leichtfertig damit entſchuldigte, daß die Oeſterreicher zuerſt gerüſtet und ihn bedroht hätten. Das war um ſo unwahrer, als Oeſterreich im ſchweren Kampfe mit Preußen auch nicht entfernt daran denken konnte, ſich in Italien anders als defenſiv zu verhalten. Victor Emanuel wartete nur die Zeit ab, bis der Krieg zwiſchen Oeſterreich und Preußen wirklich zum Ausbruch kam, ließ aber unterdeß den noch immer murrend auf ſeiner Inſel ſitzenden Garibaldi herbeirufen und wieder ein Heer von Freiſchaaren organiſiren.

Als der Augenblick gekommen war, ſchickte Victor Emanuel aus ſeinem Hauptquartier Cremona dem in Verona commandirenden Erzherzog Albrecht die vom 20. Juni datirte italieniſche Kriegserklärung zu, in welcher auf eine bisher unerhörte Weiſe das Nationalitätenprincip zur alleinigen Quelle des Rechts gemacht wurde. Es hieß darin: Das Kaiſerreich Oeſterreich iſt ſeit Jahrhunderten die Haupturſache der Theilung, Knechtung und moraliſchen und materiellen Schädigung Italiens. Heute iſt die Nation conſtituirt. Oeſterreich mißkennt dies, indem es fortwährend eine unſerer edelſten Provinzen unterdrückt und dieſelbe zu einem großen, unſere Exiſtenz bedrohenden Lager macht. Darum erklärt der König als Wächter der Volksrechte und Vertheidiger des italieniſchen Bodens dem Kaiſerthum Oeſterreich den Krieg.

In höchſt ominöſer Weiſe verbreiteten officiöſe Wiener Blätter am 22. Juni den Inhalt einer Mittheilung des franzöſiſchen Geſandten an den Grafen Mensdorff, wonach Frankreich ſich in Italien nicht

einzumiſchen verſtand, wenn Oeſterreich den bisherigen Beſitzſtand daſelbſt nicht alterire. Frankreich werde dahin zu wirken ſuchen, daß das Verhältniß zwiſchen Oeſterreich und Italien definitiv geregelt, und daß Oeſterreich für ſeinen Verzicht auf die Früchte des Sieges von Italien ausreichend entſchädigt werde. Gleichzeitig (23. Juni) las man im Pariſer Courrier du Dimanche: „Wenn Preußen, das wir ſelbſt für ſchlecht abgegrenzt erklärt haben, und wenn Italien, das nach unſerer officiellen Erklärung der Nothwendigkeit gehorcht, indem es Venedig angreift, ſelbſt ihre Aufgabe vollenden und mit uns die Früchte des Sieges theilen, dann ſind wir neutral, aber nicht anders; wir ſind ferner neutral, wie jene römiſchen Geſandten, welche der Senat beauftragt hatte, als Schiedsrichter einer Schlacht zwiſchen dem untergehenden Karthago und Maſſiniſſa anzuwohnen; ſie hatten den Auftrag, die Dinge gehen zu laſſen, wenn Karthago beſiegt würde, und den Krieg aufzuhalten, wenn Karthago ſiegreich wäre.“ Daraus konnte man ziemlich deutlich erkennen, daß man in Paris mit dem Project, Venetien gegen Schleſien auszutauſchen, einverſtanden war und daß dort, wie auch in Wien und in den Hauptſtädten der deutſchen Mittelſtaaten die Vorausſetzung vorherrſchend war, Preußen werde der Uebermacht ſeiner Gegner unterliegen. Man erfuhr, daß Drouyn de Lhuys damals wie mit dem Grafen Mensdorff in Wien, ſo auch mit dem Fürſten Gortſchakof in Petersburg im beſten Einvernehmen geſtanden habe.

Victor Emanuel hatte 2 bis 300,000 Mann Soldaten aufgebracht. Den rechten Flügel führte Cialdini am Po, die Hauptarmee im Centrum am Mincio der König ſelbſt. Auf dem linken Flügel gegen Tirol ſollte Garibaldi mit ſeinen Alpenjägern operiren. Zum Ueberfluß hatte ſich Koſſuth in Italien eingefunden, um Ungarn zu inſurgiren, ſobald die Oeſterreicher geſchlagen wären.

Wegen der Stärke des öſterreichiſchen Feſtungsvierecks wäre es für die Italiener am räthlichſten geweſen, daſſelbe rechts zu umgehen

und vom Po aus gegen Venedig vorzudringen. Allein Victor Emanuel hatte, durch Lamarmora verführt, den unglücklichen Einfall, im Centrum anzugreifen, über den Mincio zu gehen und ſich zwiſchen den beiden nördlichen Feſtungen (Peschiera und Verona) und den beiden ſüdlichen (Mantua und Legnano) einzuſchieben und dieſelben zu iſoliren. Dann erſt wollte er ſich mit dem rechten Flügel unter Cialdini vereinigen. Dieſe Vereinigung hinter den öſterreichiſchen Feſtungen hätte er wohlfeiler gehabt, wenn er ſich gar nicht von Cialdini getrennt, ſondern mit ihm den Po überſchritten hätte. Indem er über den Mincio ging, ſtieß er gerade auf die ſtärkſte Stellung der Oeſterreicher. Wie es ſcheint, handelte er nicht ganz ohne Aberglauben, denn er ging am 23. Juni über den Mincio, ſo daß er am folgenden Tage auf die Oeſterreicher ſtoßen mußte. Das war aber der 24. Juni, der Johannestag, der Siegestag von Solferino. Auch das Schlachtfeld, was er ſich ausſuchte, war verhängnißvoll, nämlich das von Cuſtozza, wo er wahrſcheinlich die frühere Niederlage ſeines Vaters rächen wollte. Seine Armee zählte 146,000 Mann mit 228 Geſchützen. Erzherzog Albrecht, Oberfeldherr der Oeſterreicher in Italien, führte ihm von Verona aus nur etwa 73 bis 74,000 Mann entgegen. Er war alſo nur halb ſo ſtark als der Feind und hatte nur mehr ſchweres Geſchütz, 272 Kanonen. Nach Rüſtows Berechnung kamen am 24. Juni nur 90,000 Italiener und 57,000 Oeſterreicher ins Gefecht. In der vorhergehenden Nacht tobte ein Gewitter, welches aber für den Schlachttag die Luft erfriſchte und den Staub löſchte. Da die Italiener die das Terrain beherrſchenden Höhen von Sommacampagna unbegreiflicherweiſe nicht beſetzt hatten, beſetzten ſie die Oeſterreicher. Das erſte Zuſammentreffen fand am Johannesmorgen vor Villafranca ſtatt, wo der italieniſche Kronprinz Humbert eine Cavalleriediviſion heranführte. Andere Truppen von beiden Seiten rückten nach und hier ſchwankte der Kampf den ganzen Tag. Dagegen trieben die Oeſterreicher durch ihr überlegenes Artilleriefeuer die Ita-

liener aus Olioſi hinaus und erſtürmten den Monte Vento. Die italieniſchen Generale Cerale und Durando wurden verwundet. Um 3 Uhr Nachmittag war der ganze linke Flügel der italieniſchen Armee geſchlagen. Unterdeß hatten ſich die Italiener vergebens bemüht, die Oeſterreicher von den Höhen von Sommacampagna zurückzuwerfen. General Lamarmora, der eigentlich ſtatt des Königs commandirte und von dem auch der ungeſchickte Angriffsplan ausgegangen ſeyn ſoll, rückte über Cuſtozza hinaus, wurde aber von den Oeſterreichern zurückgetrieben, wobei der königliche Prinz Amadeus verwundet wurde. Eine Verſtärkung ſetzte die Italiener in den Stand, ſich noch einmal bei Cuſtozza den Oeſterreichern entgegenzuſtellen. Sie wehrten ſich bis an den Abend mit großer Bravour, aber Lamarmora verſtand es nicht, die einzelnen Diviſionen in gehörigem Zuſammenhange agiren zu laſſen, rieth dem König, während die Schlacht noch ſtand, für ſeine Perſon über den Mincio zurückzugehen, und entfernte ſich ſelbſt aus dem Gefecht, um eine Verſtärkung zu holen. Da nun der Oberbefehl aufhörte, zogen ſich die einzelnen Generale und Oberſten, wo ſie gerade ſtanden, zurück und die Schlacht war aus. Weil die Sonne während des Tages wieder ſehr heiß brannte, waren die Truppen auch überaus ermattet. Die Italiener verloren an Todten, Verwundeten und Gefangenen etwas über 8000 Mann, die Oeſterreicher 5 bis 6000. Der Armeebericht des Erzherzogs geſtand den italieniſchen Truppen „viele Bravour“ zu, mit der ſie namentlich Cuſtozza lange und zähe vertheidigt hatten.

Victor Emanuel ging nun mit ſeinem ganzen Heere über den Mincio zurück, ohne verfolgt zu werden, denn die Oeſterreicher beſchränkten ſich auf die Defenſive. Dieſe zweite Schlacht bei Cuſtozza war für die kaiſerlichen Waffen ſo glänzend wie die erſte, in welcher Radetzky geſiegt hatte. Die Italiener konnten daraus lernen, wie wenig ſie immer noch fähig ſeyen, es mit den Deutſchen aufnehmen zu können.

Garibaldi richtete mit ſeinen Alpenjägern eben ſo wenig aus. Das Tiroler Landvolk bewaffnete ſich wieder mit ſeinen guten Stutzen und unterſtützte die öſterreichiſchen Truppen in der Vertheidigung von Südtirol, wie das bisher immer geſchehen war. Garibaldi ſchickte eine Colonne unter General Medici durch Valſugana vor, er ſelbſt wollte Riva wegnehmen, aber die Oeſterreicher und Tiroler kamen ihnen über das Stilfſerjoch und über den Tonal entgegen. Man kämpfte zuerſt am 23. Juni am Paß Bruffione, am 25. am Idroſee, am 3. Juli am Montezuelo, wo Garibaldi leicht verwundet wurde. Riva hielt ſich. In Trient, der Hauptſtadt von Südtirol, gab es zwar eine fanatiſch italieniſche Partei, aber der öſterreichiſche General Kuhn hielt ſie im Zaum.

Da die Abtretung Venetiens an Frankreich den italieniſchen Krieg noch nicht beendigte, weil der italieniſche Miniſter Ricaſoli Muth und Verſtand genug hatte, Frankreichs Machtgebot diesmal zu trotzen, und jedenfalls Südtirol nicht zu Venedig gehörte, durfte Garibaldi am 14. Juli den Krieg wieder aufnehmen und fiel ſogleich in Südtirol ein, um ſo viel als möglich dort Terrain zu gewinnen, weil man daſſelbe alsdann im künftigen Friedensſchluſſe hoffte behaupten zu können. Es gelang ihm, das kleine Fort Ampola zu erobern, aber am 21. wurden die Italiener bei Bececca zurückgeworfen und verloren 500 Todte. Die Oeſterreicher waren hier viel zu wenig zahlreich, um den Feind verfolgen zu können, aber gut unterſtützt durch die Gebirge und durch die tapfern Landesſchützen von Tirol, ſo daß es auch den weit überlegenen Streitkräften Garibaldis und des durch Valſugana vorrückenden General Medici nicht möglich war, weiter vorzudringen. Die Südtiroler machten keine Bewegung, ſich etwa als italieniſch geſinnter Landſturm zu organiſiren, wie ſehr man ſich auch bemüht hatte, ſie zu fanatiſiren. General Kuhn hielt die Trientiner durch Furcht zurück. Unterdeß hatten die Friedensverhandlungen zu Nikolsburg ihren Fortgang genommen und

am 25. ging Kuhn mit Medici bereits eine Waffenruhe ein. Garibaldi verzichtete auf Südtirol höchſt ungern, erhielt aber gemeſſenen Befehl, umzukehren. Preußen hatte genug für Italien gethan; die unbeſcheidene Forderung, es ſolle ihm zu Venedig jetzt auch noch Südtirol verſchaffen, lehnte Preußen im Geſammtintereſſe Deutſchlands entſchieden ab und Frankreich verfehlte nicht, der Weigerung Preußens, die es ohnehin nicht hindern konnte, energiſch zuzuſtimmen. Somit hatte der Landkrieg in Italien ſein Ende erreicht.

Um Venetien wurde aber nicht blos zu Lande, ſondern auch zur See geſtritten. Die italieniſche Flotte, die vor dem Ausbruch des Krieges unter dem Admiral Perſano im Hafen von Tarent lag, war jedenfalls zahlreicher und hatte größere Schiffe als die öſterreichiſche. Auch wurde viel mit ihr geprahlt. Bei alledem hätte Italien, welches durch ſeine lang ausgedehnten Küſten zwiſchen zwei Meeren eine Seemacht erſten Ranges zu werden berufen iſt, Zeit genug gehabt, mehr auf ſeine Marine zu verwenden. Anſtatt das arme italieniſche Volk mit ſchlechten und betrügeriſchen Beamten zu überſchwemmen, Corruptionen aller Art im Innern zu begünſtigen, dem Volke ſeinen frommen Glauben zu nehmen, die Kirchen nicht nur auszuplündern, ſondern auch zu ſchänden, die Geiſtlichkeit wie das Wild zu hetzen und den Papſt in Rom mit hölliſchem Wuthgeheul zu umdrohen; anſtatt über ihre natürlichen Grenzen bis zum Brenner und bis Dalmatien hinübergreifen zu wollen, hätten dieſe thörichten Italiener klüger gethan, die ihnen von Gott angewieſenen Küſten zur Schifffahrt zu benutzen. Aber ihre Marine war nicht nur verhältnißmäßig ſehr klein, ſondern auch übel beſchaffen und ſchlecht geführt.

Als der Krieg erklärt war, ſteuerte Perſano mit ſeiner Flotte nach Ancona. Eben dahin kam einen Tag ſpäter, am 26. Juni, der öſterreichiſche Contreadmiral Tegetthoff, der ſich bekanntlich im Jahr 1864 bei Helgoland durch ſeinen Erfolg gegen die Dänen ausgezeichnet hatte, wollte aber nur recognosciren und kehrte wieder um, weil am

feindlichen Ufer eine Seeſchlacht anzunehmen nicht gerathen iſt. Dieſes Zurückgehen Tegetthoffs hielten die Italiener für Feigheit. Ueberhaupt hatten ſie ſich in ihrer Eitelkeit lächerliche Begriffe von der öſterreichiſchen Marine gemacht. Ein italieniſcher Deputirter, Petruccelli della Gattina, ſchrieb im Journal des Debats einen Artikel über ſie voll Hohn. Die öſterreichiſchen Schiffe, hieß es darin, ſeyen eine burleske Sammlung alten Gerümpels, ein wenig neu aufgeſtutzt, Tegetthoff ſelbſt ſey ein Reiteroffizier und kenne das Meerwaſſer nur aus einem Seebade, der werde mit ſeinen von Würmern zerfreſſenen alten Nußſchalen den gepanzerten Seewundern der italieniſchen Flotte keinen Augenblick widerſtehen.

Die italieniſche Flotte unter dem Admiral Perſano und den Gegenadmiralen Vacca und Albini zählte anfangs 28 Schiffe, zu denen noch weitere 6 ſtießen, darunter 11 Panzerſchiffe, 4 Fregatten, 3 Corvetten, nahm Landungstruppen an Bord und griff die öſterreichiſche Inſel Liſſa an der Küſte von Dalmatien an, um ſich derſelben zu bemächtigen, am 18. Juli. Erſt am 19. drangen italieniſche Schiffe in den Hafen und fingen an, Truppen auszuſchiffen, wurden aber durch ſchlechtes Wetter geſtört. Am 20. ſignaliſirte man feindliche Schiffe. Es war Tegetthoff, der mit 25 Schiffen zur rechten Zeit herbeikam. Die Oeſterreicher griffen mit der größten Kühnheit den durch die Zahl ſeiner Schiffe und Geſchütze und durch die Größe und Pferdekraft ſeiner Maſchinen weit überlegenen Feind auf offenem Meere an.

Tegetthoffs Bericht ſagt aus: „Die Aufſtellung des öſterreichiſchen Geſchwaders war folgende: Nach der Gattung der Schiffe waren dieſelben in 3 Diviſionen getheilt, nämlich: die Diviſion der Panzerſchiffe, jene der ſchweren und endlich die der leichten Holzſchiffe. Dieſe Diviſionen waren, die Panzerdiviſion an der Spitze, hintereinander im Kielwaſſer; jede einzelne im vorſpringenden Winkel formirt. Ich ließ ſofort die Diviſions- und Schiffsdiſtanzen ſchließen, die Schiffe

in Gefechtsbereitſchaft ſetzen und die Fahrt derſelben erhöhen. An die Panzerdiviſion gab ich den Befehl: ‚Den Feind anlaufen, um ihn zum Sinken zu bringen.‘ Die feindliche Linie kreuzte indeſſen vor der Curslinie des Geſchwaders, und der Führer derſelben, das Panzerſchiff Prinz Carrignan, mit Gegenadmiral Vacca an Bord, eröffnete der erſte ein nicht ſehr wirkſames Feuer, welches alsbald von den nächſten öſterreichiſchen Schiffen erwidert und in Kürze allgemein wurde. Bald hierauf war die Linie der Sarden durch die öſterreichiſche Panzerdiviſion durchbrochen. Es begann ſich ein allgemeiner Kampf zu entwickeln. Die Schiffe der feindlichen Panzercolonne, welche hinter dem Punkte lagen, wo durchgebrochen worden war, fielen nordwärts ab; hiedurch waren die eigenen Holzdiviſionen bedroht, und ich ließ demnach die Panzerdiviſion ebenfalls nordwärts wenden, um den Holzſchiffen Luft zu machen und die vom Gros getrennten feindlichen Panzerſchiffe ins Kreuzfeuer zu bringen. Die Holzdiviſionen verfolgten indeſſen ihren Weg und brachen ſich Bahn durch die feindlichen Panzerſchiffe, wobei ſie — Fregatten wie Kanonenboote — mannigfache Gelegenheit fanden, ſich mit den gegneriſchen Panzerſchiffen zu meſſen. Das Linienſchiff Kaiſer, Flaggenſchiff der zweiten Diviſion, Kommodore Petz, ward hiebei von 4 Panzerſchiffen gleichzeitig engagirt. Kommodore Petz beſann ſich nicht lange, rannte in eines dieſer Panzerſchiffe, während er concentrirte Lagen den andern in den Leib jagte, und dies unter Umſtänden, welche dazu angethan waren, nicht minder auch den Muth und die Ausdauer ſeiner Mannſchaft zu erproben. Denn im Momente des Anlaufes ſtürzte der Fockmaſt, zertrümmerte den Schornſtein der Maſchine und richtete mannigfache Verheerung auf Deck an, ohne jedoch wunderbarerweiſe die auf Deck befindliche Mannſchaft irgendwie ernſtlich zu beſchädigen. Zugleich drohte die Gefahr eines mächtigen Brandes, da der Fockmaſt mit ſeiner Takelage über den Schornſtein zu liegen kam. Durch das tapfere Benehmen der Bemannung gewann aber der Kommodore für

ſich und ſeine Diviſion den Weg durch die feindliche Uebermacht. Das Melée wurde ſtets allgemeiner und es iſt ſchwer, in deſſen Einzelheiten einzugehen, da ſich die Schiffe, mit ganzer Kraft fahrend, ſtets kreuzten und es oftmals ſchwer war, Freund vom Feind zu unterſcheiden, obwohl beiderſeits die kleine Flaggengala gehißt war. Ein glücklicher Zufall war es, daß die ſardiſchen Panzer durchgehend grau angeſtrichen waren. Nur die Diviſion der feindlichen Holzſchiffe lag ziemlich geordnet unter der Küſte von Liſſa in nordweſtlicher Richtung ſteuernd, und ſendete gelegentlich den paſſirenden k. k. Schiffen ihre Breitſeiten zu. Bei dieſer allgemeinen Jagd gelang es dem Geſchicke und der Bravour des Kommandanten meines Flaggenſchiffes, Linienſchiffskapitän Max Baron von Sternek, im Zeitraume einer halben Stunde drei ſardiſche Panzerſchiffe anzulaufen, zwei wurden ſchwer beſchädigt, die Flagge des einen herabgeriſſen, das dritte, der Rè d'Italia, eines der größten der italieniſchen Flotte, ward in den Grund gebohrt und verſank binnen zwei Minuten mit einer Bemannung von mehr als 600 Mann. Jeder Verſuch, die ſchwimmende Mannſchaft des Rè d'Italia zu retten, mußte leider aufgegeben werden, denn ein Angriff von allen Seiten forderte dringend, das Augenmerk auf die eigene Sicherheit zu richten. Während dieſes beiderſeitigen Ringens ward ein ſardiſches Panzerſchiff (der Paleſtro) in Brand geſchoſſen, und die feindliche Panzerflotte ſchien ſich ſammeln zu wollen, um ſelbes aufzunehmen und zu decken. Ich ſignaliſirte daher den unterſtehenden Schiffen ebenfalls ſich zu ſammeln und ſich in drei Colonnen Curs Nordoſt, die zwei Diviſionen der Holzſchiffe durch jene der Panzerſchiffe gedeckt, neu zu formiren, während Dampfer Eliſabeth beordert wurde, wenn nöthig, dem wie es ſchien hart mitgenommenen Linienſchiff Kaiſer Unterſtützung zu bieten. Die ſardiſche Flotte hatte ſich indeß auf ihrem Rückzuge in beiläufiger Entfernung von 3 bis 4 Meilen in Kielwaſſerlinie geſammelt und ſteuerte derart, um das in Brand befindliche Panzerſchiff aufzunehmen,

was ihr auch bei dem Umſtande, daß das fragliche Schiff noch ſeine Maſchine zu gebrauchen vermochte, natürlich gelang. Nach einigen wechſelſeitigen Schüſſen wendete die ſardiſche Flotte in weſtlicher Richtung, und ſomit erreichte das Gefecht ein Ende, nachdem es von 10¾ Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags gedauert hatte. Mein Zweck war hiemit erfüllt und Liſſa vom Feinde entſetzt. Um 2 Uhr 30 Minuten ſah man das früher erwähnte in Brand geſchoſſene ſardiſche Panzerſchiff durch Exploſion den Untergang finden."

Die Augsburger Allg. Zeitung fügte in einer Trieſter Correſpondenz hinzu: „Der Heldenmuth des Vice-Admirals Tegetthoff im Kampfe bei Liſſa iſt über alles Lob erhaben. Dreimal rannte er perſönlich mit der Panzerfregatte Kaiſer Max gegen das feindliche Panzerſchiff Rè d'Italia an, und bohrte es beim dritten Stoß in den Grund. Während Admiral Perſano in ſeinem lügenvollen Bericht ſich rühmt, daß er ſich mit dem Widderſchiff Affondatore muthig auf unſere Schiffe warf, ſtimmen die Ausſagen der Augenzeugen darin überein, daß ſich grade der Affondatore am feigſten benommen hat! Wohl hätte das mächtige Widderſchiff, wenn es gut geführt worden wäre, unſerm Geſchwader ſehr gefährlich werden können. Die italieniſchen Panzerſchiffe ſind mit achtzigpfündigen Cavalis und zweihundertpfündigen Armſtrong-Kanonen bewaffnet — ihre Panzerflotte war der unſrigen nicht nur an Zahl, ſondern auch an Geſchützen weit überlegen. Während die italieniſche Flotte eiligſt das Weite ſuchte, — ſagt Admiral Perſano in ſeinem Bericht: er habe das Schlachtfeld behauptet — nun das Meer iſt freilich weit und reicht bis an die italieniſchen Küſten. Der Sieg bei Liſſa hat nicht nur Liſſa, ſondern auch Venedig von der Seeſeite entſetzt. Denn die italieniſche Flotte ſollte, nach vollbrachter Eroberung von Liſſa, ſich vor Venedig begeben und es von der Seeſeite belagern."

Vier Monate ſpäter gab Rüſtow eine lichtvolle Ueberſicht der merkwürdigen Seeſchlacht, aus der wir noch folgende beſonders cha-

rakteriſtiſche Momente hervorheben: Perſanos Schiffe litten einige Noth, indem ſie in den Hafen von Liſſa eindrangen, denn ſie wurden von den öſterreichiſchen Batterien aus der Nähe beſchoſſen. Indem er wiederholt trotz des ſchlechten Wetters und der ſtarken Brandung eine Landung vornehmen wollte, womit er Albini beauftragte, war dieſer nicht gleich zur Hand, als die öſterreichiſche Flotte zum Entſatz heranrückte. Auch Vacca trennte ſich zu weit von Perſano, indem er es unternahm, die öſterreichiſche Flotte in der Flanke zu faſſen; ſowohl er als Albini commandirten die italieniſchen Holzſchiffe, während Perſano in der Mitte neun Panzerſchiffe um ſich hatte. Obgleich nun die öſterreichiſche Flotte kleiner war als die italieniſche, wurde ſie doch von Tegetthoff vortrefflich geführt. Er brachte ſie in drei Reihen hinter einander heran und einigermaßen wie einen Keil, ſofern je das mittelſte Schiff jeder Reihe etwas vorgeſchoben war. In der erſten Reihe fuhren die Panzerſchiffe und führten einen Gewaltſtoß gegen die italieniſchen Panzerſchiffe aus. In der zweiten Linie fuhren die größern Holzſchiffe, die ihn wirkſam unterſtützten. Obgleich ſich nun Vacca zwiſchen dieſe zweite öſterreichiſche Linie und die dritte, in der nur die kleinern Holzſchiffe fuhren, hindurchzuſchieben ſuchte, konnte er doch nicht hindern, was vorn in der Front der Panzerſchiffe geſchah. Eben ſo wenig Albini, der nicht nahe genug war. So hatte denn Perſano trotz ſeiner Uebermacht von ſeinen Holzſchiffen keine Hülfe, wohl aber Tegetthoff von den ſeinigen. Zum Ueberfluß verließ Perſano ſchon vor dem Kampfe ſein großes Admiralſchiff, Rè d'Italia, und begab ſich auf das Panzerſchiff Affondatore (Vertiefer, Grundbohrer) und hielt ſich mit demſelben hinter der Front der übrigen Panzerſchiffe, ſo daß ſich dieſe zwiſchen ihm und dem Feinde befanden und ihn hinderten, die Bewegungen des Feindes zu beobachten. War das jedenfalls unklug, ſo wurde es ihm überdies als Feigheit ausgelegt. Tegetthoff befahl nun ſeiner ganzen Linie concentriſch auf den Rè d'Italia loszugehen und richtete dieſes größte und ſchönſte Pan-

zerſchiff der Italiener durch ſein überlegenes Geſchütz dermaßen zu, daß es ſank und vom Meere verſchlungen wurde. Ein zweites großes Panzerſchiff der Italiener, der Paleſtro, gerieth in Brand, mußte ſich zurückziehen, konnte aber nicht mehr gelöſcht werden und flog in die Luft. Unterdeß hatte Vacca mit ſeinen Holzſchiffen mit den öſterreichiſchen in einem ungeordneten Gewirre herumkanonirt und nur einem öſterreichiſchen Schiffe, dem Kaiſer, empfindlichere Verluſte beigebracht. Doch blieb dasſelbe erhalten und kein einziges öſterreichiſches Schiff ging in dieſer Schlacht verloren. Da Vacca erkannte, es ſey nichts mehr auszurichten, zog er ſich mit ſeinen Schiffen weſtwärts zurück und Perſano that dasſelbe. Perſano hat in ſeinem Schlachtbericht ſeine Niederlage zu bemänteln geſucht, namentlich auch vorgegeben, er habe Signale erlaſſen, von denen aber ſonſt niemand etwas weiß. Das verhängnißvolle Schiff Affondatore, mit dem er nach Ancona zurückkehrte, ſank in dieſem Hafen auf den Grund, in einer bis jetzt nicht erklärten Weiſe, „als ob es jemand erwünſcht geweſen wäre, daß es ſinke.“ Perſano wurde vor Gericht geſtellt, denn die Wuth der Italiener, auch zur See geſchlagen worden zu ſeyn, machte ſich in Verwünſchungen gegen den Admiral Luft. Allein er hatte nichts zu fürchten, denn ſeine Richter drückten die Augen zu. Wie Perſano ſelbſt hatten auch ſie theilgenommen an der ſchlechten Verwaltung, welche den neuen italieniſchen Staat kennzeichnete. Die Staatsplünderung durch die Beamten war hier ſchon längſt die Tagesordnung, daher der böſe Zuſtand der Finanzen und das koloſſale Schuldenmachen in Florenz grade ſo wie in Wien. Man hegte übrigens einen leiſen Verdacht gegen Albini, als habe dieſer aus Eiferſucht gegen den ihm vorgeſetzten Perſano weniger geleiſtet, als er hätte leiſten können. Da die öffentliche Meinung aber es durchaus forderte, wurde Perſano endlich, erſt im December, vor Gericht geſtellt und vertheidigte ſich jetzt, er habe die Seeſchlacht widerrathen, ſey aber durch einen Befehl Lamarmoras, der die Niederlage von Cuſtozza zur

See habe wieder gut machen wollen, zum Angriff gezwungen worden. Wohl alles nur faule Fiſche. Der Prozeß zog ſich in die Länge.

Italien ſpielte in dieſem Kriege eine äußerſt armſelige Rolle. Auch diesmal, wie immer, ſo oft ihm die Franzoſen nicht halfen, nur Niederlagen erlebend, hatte es zwar das erſtaunliche Glück, daß ihm durch die Siege der Preußen und unter Napoleons Vermittlung Venetien geſchenkt werden ſollte, aber wer irgend in dieſem corrumpirten Italien noch ein Gefühl für Ehre hatte, fühlte tief, wie unwürdig die königliche Regierung eines ſolchen Glückes war. Das ganze neugebackene Königreich Italien wurzelte in der Seele des Rè perfido, wie Karl Albert mit Recht genannt wurde. Treulos gegen die Carbonari, ſeine erſten Freunde, undankbar für die ihm widerfahrene Gnade und Verzeihung, treulos gegen Oeſterreich, empfing derſelbe die verdiente Züchtigung durch den nobeln Radetzky. Sein Nachfolger wurde der Schützling Frankreichs und durfte unter dieſem Schutz mit Treuloſigkeiten fortfahren, nur in größerem Maßſtabe, denn ſie wurden nun nicht mehr blos gegen Oeſterreich, ſondern auch gegen Rom, Toscana, Neapel und alle nicht ſardiniſchen Staaten Italiens angewendet. Alle dieſe Argliſten und Treuloſigkeiten würden bei der oft bewährten Feigheit der Italiener nichts am Stande der Dinge haben ändern können, wenn nicht Frankreich mit ſeinem ſtarken Degen dem Schwächling in Turin ſecundirt hätte. Die letzte Treuloſigkeit des Sarden, die ihm den unverdienten Erwerb Venetiens verſchaffte, war die ſchmählichſte von allen.

Kaum je hat die Weltgeſchichte einen ähnlichen Fall aufgewieſen, daß mit den ſchlechteſten Mitteln doch der beſte Erfolg erzielt wurde, wie hier, und daß den Unwürdigſten und Unfähigſten Lohn zu Theil wurde anſtatt Strafe. Der ganze Triumph des neuen Italien iſt eigentlich nur eine Lüge, eine Komödie. Vor allen Dingen iſt es conſtatirt, daß bei weitem die Mehrheit der italieniſchen Bevölkerungen die Vereinigung unter Sardinien verſchmäht und ſich in jahrelangem

Bürgerkrieg dagegen gewehrt hat. Sodann hat der große Befreier Italiens, ohne den von der Vereinigung gar nicht hätte die Rede seyn dürfen, der Kaiser der Franzosen, die Einheit Italiens immer nur mit tiefer Ironie aufgefaßt. Indem er dem Nationalitätenprincipe gemäß den Italienern die Einheit und Integrität ihres nationalen Gebietes bis zu den Alpen und zur Adria garantirte, riß er ihnen ungescheut Savoyen und die Grafschaft Nizza weg und hielt Rom mit einer französischen Armee besetzt. Auch blieb das neu constituirte Königreich Italien, weit entfernt, als eine selbständige Großmacht auftreten zu können, der Vasall Frankreichs. Man darf sogar zweifeln, ob künftighin die jetzt nur unvollkommene und provisorische Einheit Italiens jemals eine definitive werden wird, denn seit der Völkerwanderung hat Italien nie wieder selbständig zu werden vermocht. Immer wurde es vom deutschen Kaiser oder vom Könige von Frankreich bevormundet, das erste in der Regel, das andere als Ausnahme. Die französische Herrschaft in Italien hat immer nur kurze Zeit gedauert und wurde immer wieder von der viel länger dauernden Deutschenherrschaft abgelöst. Das ist nun einmal das Schicksal Italiens vermöge seiner geographischen Lage und der Schwäche seiner Bevölkerungen. Erst seit sieben Jahren hat nach einer langen Präponderanz Oesterreichs in Italien Frankreich dort wieder einmal das Uebergewicht erlangt, welches es wahrscheinlich wieder verlieren wird, wie es früher immer geschehen ist, mochte das Haus Anjou, mochte Karl VIII., Franz I., Ludwig XIV. oder Napoleon sich eine Zeitlang dort festsetzen wollen.

Der Widerspruch zwischen dem Triumphgeschrei des neuen Italien und der Scham, die doch jeder ehrliche Italiener fühlen mußte, wenn er erlebte, wie der unfähige König einer geschlagenen Armee nur durch die preußischen Siege im fernen Böhmen und durch die Gnade Napoleons III. Venetien erlangte, verfehlte nicht, seinen öffentlichen Ausdruck zu finden. Der oben schon genannte Petruccelli della Gat-

tina ſchrieb im Journal des Debats: „Wir ſind zu Land und zur See geſchlagen worden. Die Dynaſtie mag darüber einiges Bedauern empfinden. Jahrhunderte lang war ſie gewohnt, die Blätter der Artiſchocke mit der Degenſpitze zu pflücken, und ſie erhält jetzt die Lombardei von Frankreich, Venetien von Preußen, die beiden Sicilien von Garibaldi, Mittel-Italien und Toscana durch das allgemeine Stimmrecht. Und die Italiener? Ich weiß nicht; vielleicht treiben ſie das Ehrgefühl zu weit. Sey dem ſo. Thatſache iſt, daß ſie gedemüthigt ſind, und als Italiener bin ich es mit ihnen; ich bin ihrer Meinung. Jede Medaille hat aber ihre Kehrſeite, und in dieſer Frage iſt zufällig die Kehrſeite die ſchönere. Vor dem Kriege gab es einen feſten Kern von Republikanern, die ſtirnrunzelnd zu Savoyen ſagten: ‚Die ganze Halbinſel; wenn nicht — Nein!‘ Es gab eine ſ. g. Actionspartei, freilich nur im Embryo, die aber einen Grund zum Beſtehen hatte; denn ſie drückte den Abſcheu des Landes vor den lauwarmen Coterien und dem bewaffneten Frieden aus. Es gab die Armee, welche die Nation verkörperte, all ihre Sympathien in ſich vereinigte, ihr Stolz und ihre Hoffnung war. Es gab eine Partei, welche an die Nothwendigkeit der Dictatur zur Vollbringung der Einheit und an die Möglichkeit von Revolutionen auf der einen, von Staatsſtreichen auf der andern Seite glaubte. Es gab endlich die Männer der Vorſehung, die vom Schickſal Vorherbeſtimmten, die geiſtig überlegenen Menſchen. Jetzt iſt alles das dahin. Der Beſitz von Venetien einerſeits und die Niederlagen andrerſeits haben eine radicale Umwandlung bewirkt. Das rothe Hemd kann ein Schreckmittel für Stiere ſeyn, aber es iſt keine Fahne mehr. Es hat die Oeſterreicher nicht eingeſchüchtert, es hat die vielleicht zu hoch geſpannten Erwartungen getäuſcht. Die Actionspartei, die kein Princip mehr auszubeuten, keine Lorbeern zu escomptiren, niemals bedeutendere Männer gehabt hat als Garibaldi, der heute durch ſeine Mißerfolge um ſeinen Ruhm gekommen iſt, ſie hat keine Berechtigung mehr

zu einer Sonderexiſtenz. Wir haben dieſes Werkzeug der Befreiung mit ſo vieler Sorgfalt, ſo vielen Opfern in Stand geſetzt; was hat es ausgerichtet? Iſt eine Armee möglich, die zu nichts mehr nütze iſt, als die Freiheit zu bedrohen und uns dem Bankerott entgegenzutreiben?"

Man hat Vergleichungen ziehen wollen zwiſchen Italien und Preußen, aber ſie paſſen nicht. Ihr moraliſcher Contraſt kann kaum größer gedacht werden. In Italien war alles Lüge und Prahlerei, beſtraft durch Niederlagen. Ohne die franzöſiſche Hülfe wäre hier alles verloren geweſen. In Preußen machte man nur beſcheidene und gerechte Forderungen in Bezug auf die Elbherzogthümer und die Bundesreform. Ihm dieſe Forderungen nicht zu bewilligen, war ungerecht und unklug zugleich. Preußen wollte den Bürgerkrieg nicht. Es ſah ſich erſt in der Nothwehr zu Rüſtungen gezwungen, nachdem Oeſterreich vorher gerüſtet hatte. König Wilhelm wandte ſich noch einmal perſönlich an den Kaiſer von Oeſterreich und den König von Bayern um Erhaltung des Friedens, ja er war großherzig genug, ſie darum zu bitten. Aber in Wien, München und Dresden war der Krieg beſchloſſen. Uebermüthig rief man Preußen ſchon ein vae victis zu, ehe noch ein Schuß gefallen war. Prahleriſch lauteten die Proclamationen der antipreußiſchen Coalition. Die Sprache Preußens blieb beſcheiden, in ſeinen Proclamationen lag keine Prahlerei. Als aber der Kampf begonnen hatte, ſiegten die preußiſchen Truppen auf allen Punkten Schlag auf Schlag und ſtanden in drei Wochen vor den Thoren von Wien. Ehrlich iſt Preußen in den Kampf eingetreten und ehrlich wieder heraus. Worin ſoll nun dieſes Preußen jenem Italien ähnlich geweſen ſeyn?

Wenn man den König von Preußen das Schwert Deutſchlands nennen will, hat man Recht. Daß man aber den „perfiden König" la spada d'Italia nannte, war eine Frechheit. Wenn man ſagen will, Preußen habe für ſich gehandelt und alles aus ſich ſelbſt ge-

macht, ſo iſt das wahr. Wenn man aber ſagt: Italia farà da se, ſo iſt das eine Lüge. Die Schlacht bei Königgrätz haben die Preußen allein gewonnen, die bei Solferino nicht die Italiener, ſondern die Franzoſen. Ueberhaupt aber iſt das Einheitsbeſtreben der Deutſchen unter preußiſcher Führung weit ein ander Ding, als das Einheitsbeſtreben der Italiener unter dem Sarden oder der Cavourismus. Die Deutſchen haben viel mehr innere Kraft, als die Italiener. Nur durch dieſe Kraft können ſie ihre Einheit erringen. Daß ſie ſie nicht erringen, iſt der Wunſch aller unſerer Nachbarn, weil ſie ſich vor uns fürchten. Bei den Italienern iſt es umgekehrt. Sie fürchtet niemand und deshalb durfte Frankreich ihnen zu einer halben Einheit, zu einer Quaſieinheit helfen, die nur dazu dienen ſollte, Oeſterreich zum Vortheil Frankreichs zu ſchwächen, und die von Anfang an nicht ſich ſelber Zweck, ſondern nur ein Mittel für franzöſiſche Zwecke war.

Am 5. Juli, zwei Tage nach der ſchrecklichen Niederlage von Königgrätz, warf das Wiener Kabinet im Leichtſinn der Wuth das ſchöne Venetien Frankreich an den Kopf. Hundertmal hatte die öſterreichiſche Preſſe, hatten ſelbſt officielle Erklärungen Oeſterreichs gerühmt, das unüberwindliche Feſtungsviereck, welches Venetien ſchütze, ſey zugleich das Bollwerk Deutſchlands, die Schutzmauer des deutſchen Nationalintereſſes im Süden. Und jetzt ſchenkte dasſelbe Oeſterreich jenes unſchätzbare deutſche Bollwerk weg an Deutſchlands gefährlichſten Feind, blos aus Erbitterung gegen Preußen. Hundertmal hatte die öſterreichiſche und die ihr verbündete mittelſtaatliche Lügenpreſſe den Grafen Bismarck beſchuldigt, „er buhle, er ſpeichellecke“ um Napoleons Gunſt, er wolle ihm nicht nur das deutſche Saarbecken und die bayriſche Rheinpfalz, ſondern das ganze preußiſche Rheinland abtreten, kurz das Intereſſe und die Ehre der deutſchen Geſammtnation an Frankreich verrathen, wenn ihm Frankreich nur erlaube, dafür in Deutſchland die kleinen Fürſten zu berauben, und wenn es ihm gegen

Oeſterreich beiſtehe. Und nun war es Oeſterreich ſelbſt, welches von Frankreich verlangte, es ſolle ihm gegen Preußen helfen.

Napoleon III. übereilte ſich ein wenig, indem er ſchon am 6. Juli an Victor Emanuel den gemeſſenen Befehl ergehen ließ, derſelbe habe ſich jedes fernern Angriffs auf Venetien zu enthalten, weil dieſes Land jetzt ihm gehöre. Victor Emanuel würde wohl auch nachgegeben haben und ebenſo ſein Vertrauter, der ängſtliche Lamarmora, wenn nicht Ricaſoli, der neue Miniſter, mehr Muth gezeigt hätte. Dieſer Mann begriff, daß er, wenn nur Italien ſeine gegen Preußen eingegangenen Verpflichtungen einhielte, auch bei den Friedensverhandlungen an Preußen eine ſtarke Stütze finden würde. Er erwog ferner die kochende Wuth der italieniſchen Herzen, die ſich ſo laut ausſprach und welche die Scham wegen der Niederlagen und den Hohn des Auslandes nicht noch vermehren wollte durch freiwillige Selbſtſchändung, durch Unterzeichnung politiſcher Akte, deren Schmach unvertilgbar bleiben würde. Alſo trotzte Victor Emanuel auf Ricaſolis Rath dem Befehl vom 6. und ließ ſchon am 8. die italieniſche Armee unter Cialdini über den Po gehen und ins Venetianiſche einrücken. Derſelbe beſetzte am 11. Rovigo, am 14. Vicenza. Es kam jedoch zu keiner Schlacht mehr, da ſich die Oeſterreicher in den Feſtungen hielten.

Napoleon III. verſchluckte die Pille Ricaſolis, ohne eine Miene zu verändern, indem Italien erklärte, es könne ſich einſeitig auf nichts einlaſſen, was ſeinen Kampf gegen Oeſterreich betreffe, außer mit Zuſtimmung Preußens, weil es durch ſeinen Vertrag vom 8. April an Preußen gebunden ſey, und indem Preußen gleichfalls auf Einhaltung dieſes Vertrages beſtand, bequemte ſich Frankreich, den Frieden Oeſterreichs mit Italien nicht ohne Preußen zu vermitteln. Ein Waffenſtillſtand auf vier Wochen wurde nunmehr zwiſchen Oeſterreich und Italien am 25. Juli ausgemacht. Der definitive Friedensſchluß verſpätete ſich etwas, weil die Geldfrage dabei ſchwierig zu löſen war.

Italien ſollte den vierzehnten Theil der öſterreichiſchen Staatsſchuld auf ſich nehmen, weil Venetien den vierzehnten Theil der öſterreichiſchen Monarchie ausmachte. Die Schuld war aber ſo groß, daß der auf Venetien fallende Theil 490 Millionen Lire betragen haben würde. Es wurde nun herunter gehandelt, und am 24. September eine Ausgleichung erreicht, worauf am 3. October der definitive Frieden endlich zu Stande kam. Darnach zahlte Italien an Oeſterreich für den venetianiſchen Antheil an der Anleihe von 1854 und für das unbewegliche Kriegsmaterial, das in den Feſtungen zurückblieb, 87½ Mill. Fr. Ferner übernahm es ⅓ der Schuld des Monte Lombardo-veneziano mit 163 Millionen, womit der Züricher Vertrag Oeſterreich belaſtet gelaſſen hatte, ſo daß alſo Italien im Ganzen 250 Millionen zahlte. Ein beſonderer Artikel hob die Confiscation des Privatvermögens der vertriebenen Fürſten auf.

Während des Krieges in Oberitalien dachte die ſüditalieniſche Oppoſition dem verhaßten Sarden eine Diverſion im Rücken zu machen, wartete aber erſt deſſen Niederlage bei Cuſtozza und Liſſa ab und brach dann im fernen Sicilien viel zu ſpät los. Denn nachdem durch den Sieg der Preußen in Böhmen das Mißgeſchick der italieniſchen Armee und Flotte in Oberitalien wieder ausgeglichen war, hatte die ſicilianiſche Diverſion auf Erfolg keine Ausſicht mehr. Am 16. September wurde die Hauptſtadt Palermo von Freiſchaaren überfallen, die von außen kamen, aber bald bedeutenden Anhang in der Stadt ſelbſt fanden und ſich einige Tage darin behaupten konnten. Die italieniſche Preſſe beſchuldigte wie gewöhnlich, ſo auch diesmal die Geiſtlichkeit, ſonderlich die Mönche und Nonnen, das Complott angeregt zu haben. Die Erbitterung dieſer vom König von Italien ſchon ſo lange ſyſtematiſch und ungerecht verfolgten Claſſe iſt ſehr natürlich und entſchuldbar. Doch war es nicht allein die klerikale Partei, die an dem Aufruhr theilnahm, ſondern auch die Republikaner, die Mazziniſten, die wieder ihre Gönner und Hetzer in England

hatten. Beide Claſſen waren perſonificirt im damaligen Chef der Inſurrection, Pater Rotolo, der zugleich Prieſter und unter Garibaldi Freiſchärler geweſen war. Neben ihm wurde Miceli als Agent der Mönche, Bentivegna, ein ehemaliger, wegen grober Fehler abgeſetzter Oberſt, und Acquiſto, ein gemeiner Räuberhauptmann, als Führer der Rebellen genannt.

Der Regierungscommiſſär General Cadorna war nicht vorbereitet und hatte nur wenige Gensdarmen und Soldaten zur Verfügung, mit denen er nur das Fort Caſtellamare, den königlichen Palaſt, das Stadthaus, den Finanzpalaſt und das Gefängniß behaupten konnte, da die Nationalgarde aus Feigheit oder Trotz nicht herbeikam. Am 17. wurde das Stadthaus von den Inſurgenten erſtürmt und die Gefahr war groß, da Cadorna, im königlichen Palaſt iſolirt, ſich noch nicht mit den zuerſt angekommenen Kriegsſchiffen in Verbindung ſetzen konnte. Erſt am 20. drangen drei Bataillone unter General Maſi in die Stadt. Am 21. wurde das Stadthaus von den königlichen Truppen wieder genommen, und da immer mehr Truppen anlangten, wurden endlich am 22. alle Inſurgenten aus der Stadt hinausgetrieben. Sie hatten ſich am tapferſten in einem Kloſter vertheidigt. Man warf ihnen nicht nur vor, viele Häuſer geplündert, ſondern auch Gefangene, beſonders Gensdarmen und Beamte, aufs grauſamſte abgeſchlachtet zu haben. Sie trugen die rothen Fahnen der Republikaner, aber mit heiligen Emblemen, mit einem Herzen Jeſu, mit einer Madonna oder einem hl. Joſeph. Auch in der Umgegend kamen große Unordnungen vor, allein die Zahl der königlichen Truppen vermehrte ſich durch Nachſendung von Schiffen und der neue Volksaufſtand gehörte wieder zu den vielen vergeblichen der Sicilianer, bewies aber auch von neuem, daß die Sicilianer ihrem tiefen Widerwillen gegen die piemonteſiſche Hegemonie noch nicht entſagt hatten.

Der Abzug der Oeſterreicher aus Venetien erfolgte unmittelbar nach dem Friedensſchluſſe. Der feige und verrätheriſche Charakter des

italieniſchen Pöbels zeigte ſich wieder deutlich in der Frechheit, mit welcher er in Verona die am 6. October ausmarſchirenden Oeſterreicher verhöhnte und inſultirte, ſo daß die Soldaten gezwungen waren, die Waffen zu brauchen.

Am 19. October wurde die Stadt Venedig durch den öſterreichiſchen General von Aleman feierlich im Beyſein des franzöſiſchen Generals Leboeuf der venetianiſchen Municipalität übergeben, denn bevor der König von Italien Stadt und Land in Beſitz nehmen durfte, mußte auch hier erſt die Comödie einer allgemeinen Volksabſtimmung durchgeſpielt werden. Als dies geſchehen und weitaus die meiſten Stimmen auf Victor Emanuel gefallen waren, wurde derſelbe zum König ausgerufen und hielt am 7. November ſeinen Triumpheinzug in der Lagunenſtadt.

Auch das war nur eine pomphafte Prahlerei, an die ſich der Fluch der Lächerlichkeit knüpfte. Die Italiener hätten eine originelle Beſcheidenheit im antiken Styl zur Schau tragen und „ohne Waffen“ in eine Stadt einziehen ſollen, die man ihnen, den Geſchlagenen, nun ſchenkte. Aber das italieniſche Militär paradirte hier, als ob es den glänzendſten Sieg errungen hätte. Das kann man doch nur eine Theaterparade nennen. Am comödienhafteſten war des Königs Einfahrt in der ihm von der Municipalität geſchenkten Gondel. Michael Klapp*) beſchreibt die maleriſche Pracht der zahlloſen Barken und Gondeln und fährt dann fort: „Und eben, da wir ſchon ganz geblendet vor dem Bilde ſtanden, da kam erſt die — königliche Gondel, die Gondel von San Marko, die Venedig ſeinem neuen Herrſcher mit allem Pompe, die der Majeſtät wirklich würdig erſcheint, bauen ließ. Die alten Bucentauren der Dogen Venedigs könnten auf die Königsgondel eiferſüchtig werden, ſo prächtig iſt ſie. Ueber einem hohen ſchlanken Pavillon aus Glas breitet ein rothſammtner, goldgeſtickter

*) „Aus dem befreiten Venedig.“ Berlin 1867. S. 37.

Baldachin ſeine koſtbare Decke, unter welcher der königliche Thron aufgeſtellt iſt. Breite koſtbare Draperien umſchweben den Pavillon und die Goldfigur eines Genius hält die ſchweren Sammtvorhänge auseinander, um dem König die Ausſicht auf das Vordertheil der Gondel frei zu erhalten. Da auf dieſem Vordertheil ſteht aus maſſivem Golde gearbeitet der Löwe von San Marko, in ſeiner Klaue hält er das Evangelium mit den ſichtbaren Worten: Pax tibi Marce! Am Hintertheil der Gondel feſſelt dann eine andere ſchöne Gruppe aus maſſivem Golde das Auge. Venezia drückt der vor ihr knieenden Italia die Krone auf das Haupt. In der Mitte des großen Fahrzeugs erhebt ſich ein goldner Maſt. Achtzehn Ruderer, blaue Sammtbarette auf dem Kopfe, in grünſammtene ſilbergeſtickte Jacken gehüllt, auf dem einen Bein Tricots von rother Seide, auf dem zweiten Tricots von weißer Seide, führten das wunderherrliche Fahrzeug ſehr langſam dem Landungsplatze zu — welch ein Pomp, der Majeſtät wirklich würdig!" So der Berichterſtatter. Wir glauben, der alte Bucentauro, der die großen Dogen der Republik getragen, würde nicht eiferſüchtig, ſondern mit zorniger Verachtung auf die Gondel herabgeblickt haben. Jener Bucentauro, auf dem ſich einſt der Doge mit dem Meere vermählte, würde ſeufzend hinüberſehen nach Liſſa und in der Erinnerung an die meerbeherrſchenden Flotten der alten Republik würden ihm die buntgemalten Gondeln des neuen Königs von Italien wie Kinderpuppen vorkommen.

Eine andere Gondel trug eine Deputation aus Rom, natürlich keine päpſtliche. „Welch ein Jubel brach los, als die römiſchen Deputirten auf einer Gondel des Municipiums die Bandiera der Siebenhügelſtadt, die Fahne der Stadt Rom, mit dem wallenden Trauerflor geſchmückt, daher brachten und ſie vor den Augen Victor Emanuels mit den Worten ſenkten: Sire, la Bandiera di Roma vi saluta e spera che presto le toglierete il bruno! und Victor Emanuel ſoll ihnen dieſe ausgeſprochene Hoffnung durchaus nicht benommen

haben. Er ſoll in hohem Grade erregt geweſen ſeyn, und als er hierauf in den Dom ſchritt, zog ihm die Fahne Roms zum Tedeum voraus in den Dom. Ich weiß nicht, ob ſie der Patriarch bemerkt hat. Das aber weiß ich, die Venetianer jauchzen ihr zu, wo ſie ihr immer begegnen, und Victor Emanuel hat von ſeinen Venetianern ſchon heute die vollſte Zuſtimmung zu allem, was er thun wird, um der Fahne Roms ihren Trauerflor zu nehmen."

Intereſſant iſt eine Scene im Dome. „Der König ſchritt durch die ſtolzen Hallen San Marko's, nur begleitet von dem Prinzen, Baron Ricaſoli, dem Conſervator des Dogenpalaſtes und dem Patriarchen. Beim Austritt feſſelte das Auge des Königs in der ſchönen gewürfelten Vorhalle ein großer rother Marmorſtein, der ganz eigenthümlich die Moſaik des Fußbodens unterbricht. Der König bleibt davor ſtehen und frägt, was er bedeute? Der Conſervator ſtutzt einen Augenblick, dann beginnt er zögernd: ‚Auf dieſem Stein huldigte dem Papſt Alexander III. der mächtige Kaiſer Barbaroſſa.' Kaum aber waren dieſe Worte heraus, ſo ergriff der Patriarch höchſt geſchäftig das Wort und erzählte die ganze Geſchichte von der Demüthigung des Kaiſers vor dem Papſte. ‚Majeſtät,' ſo endete der Patriarch ſeine ausführliche Erzählung, ‚hier auf dieſem rothen Marmorſtein hat der größte deutſche Kaiſer, der Mann, vor dem alle Welt zitterte, ſeine Kniee vor dem Statthalter Chriſti gebeugt.' Victor Emanuel hörte dem behaglichen Vortrag des Patriarchen ſinnend zu, dann erhob er ſein Haupt, drehte ſich zum Miniſter-Präſidenten herum und ſagte: Tempi passati! Nicht wahr, lieber Baron? Tempi passati! Dann raſch wieder zum Patriarchen gewendet, ſagte der König nur noch: ‚Ich danke Ihnen für die Erzählung, der Stein iſt merkwürdig, aber die Geſchichte hat keine Pointe für mich.'" — Sollte dieſe Anekdote auch nicht wahr ſeyn, ſo iſt ſie doch gut ausgedacht.

Ohne alles Verdienſt und von allen Seiten geſchlagen, machte Victor Emanuel doch glänzende Geſchäfte. Er hatte nun Venetien,

und ſeine Schergen grollten, daß ſie nicht auch Südtirol, Iſtrien und Dalmatien haben ſollten. Nun mußten ſie wenigſtens noch Rom bekommen. Der Septembervertrag lief ab und Frankreich mußte ſeiner Verpflichtung gemäß im Spätherbſt 1866 alle ſeine Truppen aus Rom zurückziehen. Napoleon III. zögerte damit und erſt im Dezember gingen die letzten Truppen ab. Zunächſt zur Beruhigung der franzöſiſchen Katholiken hatte Napoleon III. mit Victor Emanuel ſtipulirt, daß der Papſt als Oberhaupt der Kirche ſeinen Sitz in Rom behalten und ungekränkt bleiben ſollte, und der Miniſter des Königs, Ricaſoli, ſetzte den Garibaldianern ein energiſches Decret entgegen, worin er ihnen jede Demonſtration gegen Rom unterſagte. Zugleich wurde insgeheim tractirt und bemühten ſich namentlich die franzöſiſchen Unterhändler, den Papſt zu freiwilligem Nachgeben zu ſtimmen, um ihn zum Mitſchuldigen deſſen zu machen, was ſich etwa ferner zutragen könnte, und die alleinige Verantwortung dafür von Frankreich abzuwälzen. Aber der Papſt verharrte bei ſeinem non possumus.

Man muß den ehrwürdigen Greis in ſeiner Pflichterfüllung bewundern. Die härteſten Schläge des Schickſals entmuthigten ihn nicht. Keine katholiſche Macht proteſtirte gegen die grauſame Unterdrückung des Katholicismus in Polen. Nur der ſchwache Papſt trat furchtlos dem allmächtigen Czaaren entgegen. Als ſich der ruſſiſche Geſandte, Herr von Meyendorf, eine Ungezogenheit gegen ihn erlaubte, wies er ihm die Thüre. Der Geſandte zog ohne Abſchied auf und davon und Rußland brach jede Verbindung mit dem römiſchen Stuhle ab, um innerhalb ſeines Reichs frei über die katholiſche Kirche zu verfügen. Die erſte katholiſche Großmacht, Oeſterreich, konnte nichts mehr für den Papſt thun; die zweite, Frankreich, verwies ihn an Victor Emanuel, Spanien war von Radicalismus durchfreſſen, Portugal zu ſchwach. Nimmt man die franzöſiſchen, deutſchen und engliſchen Biſchöfe aus, die für den Papſt beteten, denen aber ihre

Regierung nicht zur Seite ſtand, ſo fehlten dem Papſt nicht nur bewaffnete, ſondern auch durch ihren Geiſt mächtige Wortführer. Am edelſten gegen den päpſtlichen Stuhl benahm ſich der proteſtantiſche König von Preußen, der ihm durch ſeinen Geſandten, Freiherrn von Arnim, ſein ganzes Wohlwollen verſichern ließ, wenn er auch nicht in der Lage war, ihm materielle Hülfe zu leiſten.

Man erfuhr, Herr von Arnim, welcher Ende October als preußiſcher Geſandter nach Rom zurückkehrte, habe dem h. Vater eröffnet: „Preußen hat in Folge des Krieges eine ganz veränderte Stellung dem hl. Stuhle gegenüber. Dieſer Krieg hat ihm neue katholiſche Unterthanen zugeführt und daher Pflichten hinſichtlich dieſer auferlegt, und die Eventualität, durch Annectirung der ſüdlichen Staaten noch mehr katholiſche Unterthanen mit ſich zu vereinigen, gebietet ihm eine ganz neue, gegen den hl. Stuhl freundliche Stellung. Der König Wilhelm liebt und ſchätzt den Charakter Pius IX. hoch, und er iſt bereit, alles, was an ihm liegt, für die Erhaltung des päpſtlichen Thrones zu thun. Falls Pius IX. den leiſeſten Wunſch äußern ſollte, ſo würde der König eine diplomatiſche Reunion veranſtalten, um die Situation zu berathen, und dieſe würde in Rom ſtattfinden.“

Als im Anfang des Dezember die Zeit gekommen war, in welcher die letzten franzöſiſchen Truppen Rom verlaſſen mußten, ſammelten ſich Schiffe beinahe von allen Nationen, namentlich auch nordamerikaniſche, im Hafen von Civita Vecchia, zu einigem Aerger der Franzoſen. Dieſer Zuſammenfluß von Schiffen bewies das lebhafte Intereſſe, welches die in Rom eingetretene Kriſis allgemein anregte, und zugleich den Eifer, mit dem wenigſtens viele dem Papſt zu dienen und ihn den Händen ſeiner Feinde noch durch eine rechtzeitige Flucht zu entziehen wünſchten. Denn ſchon gährte und tobte es rings um Rom. Räuberhorden, von den Mazziniſten gedungen, bedrängten die ſchwachen Vertheidiger des Kirchenſtaats an den Grenzen. Trotz Ricaſolis Decret drohte dem von den Franzoſen verlaſſenen Rom

ein Ueberfall von Freiſchaaren und die Revolution im Innern der Stadt.

Pius IX. zweifelte ſelbſt an einer ſolchen Kataſtrophe nicht, wie die tiefernſten Abſchiedsworte beweiſen, die er am 7. Dezember an die Offiziere des 85. franzöſiſchen Regiments richtete: „Ihre Fahne iſt von Frankreich ausgezogen, um den h. Stuhl wieder aufzurichten. Als ſie auszog, war ſie begleitet von den einſtimmigen Wünſchen der Nation. Nun kehrt das Banner nach Frankreich zurück und ich glaube, manches Gewiſſen wird davon wenig befriedigt ſeyn. Man darf ſich keiner Täuſchung hingeben über die Revolution, die an die Pforten Roms klopft. Man ſagt, Italien ſey fertig. Nein! und wenn es ſo beſteht wie jetzt, ſo iſt es, weil noch das Stück Erde beſteht, darauf ich bin. Beſteht es nicht mehr, ſo wird die revolutionäre Fahne in der Hauptſtadt wehen. Um mich ſicher zu machen, ſucht man mich zu überreden, daß Rom durch ſeine Stellung nicht die Hauptſtadt Italiens ſeyn könne. Ich bin ruhig, denn ich vertraue auf die göttliche Macht. Gehen Sie nach Frankreich mit meinem Segen. Diejenigen, welche in der Lage ſind, ſich dem Kaiſer zu nähern, mögen ihm ſagen: ich bete für ihn, für die Seinigen, für ſeine Ruhe, aber es ſey ſeine Pflicht, auch ſeinerſeits etwas zu thun. Frankreich iſt die älteſte Tochter der Kirche, aber Titel genügen nicht, ſie rechtfertigen ſich erſt durch Thaten.“

Am 11. Dezember nahm der Herzog von Montebello die franzöſiſche Fahne von der Engelsburg hinweg und die letzten franzöſiſchen Truppen zogen ab.

Am 29. October veröffentlichte der Papſt zwei muthvolle Allocutionen, die eine gegen Victor Emanuel, die andere gegen Rußland. In der erſten verdammte er alle gottloſen Handlungen und Verordnungen, durch welche die italieniſche Regierung die Religion entweiht, die Rechte der Kirche verletzt und die Sittlichkeit zerſtört habe, die Mißhandlung der Biſchöfe, die Aufhebung der geiſtlichen Genoſſen-

ſchaften, die Einziehung der Kirchengüter, die Verfolgung, Einkerkerung und Vertreibung des Klerus, die Einführung der Civilehe, die Duldung und Begünſtigung irreligiöſer Lehren. Unſinnig nennt der Papſt die, welche ſeine weltliche Gewalt antaſten wollen. „Wir können nicht (non possumus) auf die bürgerliche Gewalt verzichten, die von der göttlichen Vorſehung zum Wohl der allgemeinen Kirche eingeſetzt iſt.“ Der h. Vater proteſtirt aufs neue gegen den, der ihm ſchon mehrere Provinzen des Kirchenſtaats gewaltſam entriſſen hat, und gegen jeden Verſuch, ihm auch noch Rom zu entreißen. Er erklärt ſich bereit, ſelbſt den Tod zu erdulden, um die geheiligten Rechte der Kirche aufrecht zu erhalten; oder wenn es nöthig ſey, würde er in einem andern Lande größere Sicherheit ſuchen. — In der zweiten Allocution proteſtirt der Papſt wiederholt gegen die einſeitige Verletzung des Concordats von 1848 durch Rußland und gegen alle die Willkür und Gewaltthat, die in Rußland der katholiſchen Kirche angethan wird, gegen die Verfolgung der Biſchöfe, gegen die Unterdrückung der religiöſen Orden, gegen die Einziehung der geiſtlichen Güter ꝛc.

Im Herbſt war viel davon die Rede, die fromme Kaiſerin Eugenie werde von Paris nach Rom kommen, um den guten Papſt ganz ſicher zu machen. Es blieb indeß bei der höflichen Verſicherung, da der Papſt keine Miene machte, als fürchte er ſich und habe den Schutz einer Dame nöthig.

König Victor Emanuel eröffnete das italieniſche Parlament zu Florenz am 15. Dezember mit einer ſehr friedlich lautenden Thronrede, wofür er denn auch ſogleich von Napoleon III. telegraphiſch beglückwünſcht wurde. Die Hauptſtelle der Thronrede lautete: „Die franzöſiſche Regierung, treu ihren im Vertrag vom 15. Sept. 1864 eingegangenen Verpflichtungen, hatte ihre Truppen aus Rom zurückgezogen. Die italieniſche Regierung hat ihrerſeits, die eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllend, das päpſtliche Gebiet geachtet und wird es

achten. Das gute Einvernehmen mit dem Kaiſer der Franzoſen, mit dem wir durch Bande der Freundſchaft und Dankbarkeit verbunden ſind, die Mäßigung der Römer, die Weisheit des Papſtes, das religiöſe Gefühl der Römer und ihr Sinn für das Recht werden die Aufgabe unterſtützen, die katholiſchen Intereſſen und die nationalen Strebungen, welche ſich in Rom vermiſchen und bekämpfen, auseinander zu halten und zu verſöhnen. Ergeben der Religion meiner Väter, huldige ich gleichzeitig dem Grundſatz der Freiheit, welcher, mit Aufrichtigkeit und in weitem Umfang angewendet, die Urſachen der alten Streitigkeiten zwiſchen Kirche und Staat beſeitigen wird. Dieſe Entſchließungen unſererſeits werden die katholiſchen Gewiſſen beruhigen und zu der Erfüllung des Wunſches führen, den ich hege: daß der Papſt unabhängig zu Rom bleibe."

Die Ruhe in Rom wurde auch in der That den Winter über nicht geſtört. Die Garibaldianer mußten ſich einen Zügel anlegen.

Kaiſer Napoleon III. äußerte ſich am 14. Februar 1867 in ſeiner Thronrede folgendermaßen über die römiſche Frage: „In Rom haben wir den Vertrag vom 15. September getreulich ausgeführt. Die Regierung des h. Vaters iſt in eine neue Phaſe eingetreten. Sich ſelber überlaſſen hält ſie ſich durch ihre eigene Kraft, durch die Verehrung, welche das Oberhaupt der katholiſchen Kirche jedermann einflößt, und durch die Ueberwachung, welche die italieniſche Regierung an den Grenzen handhabt. Allein wenn demagogiſche Verſchwörungen in ihrer Vermeſſenheit wagen ſollten, die weltliche Macht des heiligen Stuhles zu bedrohen, ſo würde Europa, wie ich nicht bezweifle, ein ſolches Ereigniß, da es eine ſo große Störung in der katholiſchen Welt hervorrufen würde, nicht zu Stande kommen laſſen." Dieſe Worte erregten in einem Theile des italieniſchen Klerus neue Beſorgniſſe. Das geringe Maaß von Schutz, welches Frankreich dem h. Stuhl gewährt hatte, war doch etwas Sicheres geweſen, die Verweiſung an andere Mächte bot keine Garantie.

Weſſen ſich der Oberhirt der römiſchen Kirche vom Miniſterium Ricaſoli zu verſehen hatte, erhellt am beſten aus einem Antwortſchreiben deſſelben an die kürzlich in ihre Diöceſen zurückgekehrten italieniſchen Biſchöfe, die ihm vorgeſtellt hatten, welche glückliche Freiheit ihre Amtsbrüder in Nordamerika genöſſen, ohne vom Staate drangſalirt zu werden. Spreche man alſo in Italien von Freiheit, ſo ſolle man die freien Nordamerikaner nachahmen. Ricaſoli erwiderte wie ein Freimaurer und Reformjude: „Während die aus dem Chaos des Mittelalters emporgeſtiegene Welt ſich neu bildete und den von Gott vorgezeichneten Weg des Fortſchritts einſchlug, wollte die Kirche allem was mit ihr zuſammenhing die Unbeweglichkeit des Dogmas, deſſen Hüterin ſie iſt, mittheilen, betrachtete mit Mißtrauen die Entwicklung der Geiſter, die Vervielfältigung der ſocialen Kräfte, und erklärte ſich als Feindin aller Freiheit, indem ſie die erſte und unanfechtbarſte aller Freiheiten leugnete, die Gewiſſensfreiheit. Daraus entſtand der Conflict zwiſchen der kirchlichen und der ſtaatlichen Gewalt, denn jene vertrat die Unterwerfung und die Unbeweglichkeit, dieſe die Freiheit und den Fortſchritt.“ — Am Ende März wurde Philipp Cordova zum interimiſtiſchen Cultusminiſter ernannt, ein Mann, der im Jahr 1860 Großmeiſter des Freimaurerordens war.

Allerdings befleißigte ſich die Regierung großer Wachſamkeit und duldete nicht, daß Freiſchaaren gegen Rom zogen oder eine Revolution in Rom provocirt wurde, alles aus ſchuldiger Rückſicht gegen Frankreich. Aber Garibaldi durfte ungehindert gegen Rom forttoben. Nicht wie ein Volksheld, ſondern wie ein Schwärmer zog er fortwährend in Italien umher, taufte die Kinder, die man ihm brachte, im Namen Italiens und nicht mehr der Dreieinigkeit, und verhieß den Leuten fortwährend die Eroberung Roms und den Untergang des Papſtthums. Sein intimer Freund Marcheſe Pallavicino ſchrieb am 30. März 1867 an den Abgeordneten Sineo: „Mein lieber Sineo! Garibaldi und ich laſen Ihren Brief und ſind mit Ihnen einverſtanden, aber nicht

in allem. Wir wollen, daß man ernſtlich daran denke, den großen Leichnam zu begraben, deſſen Geſtank uns verpeſtet. Nein, mein lieber Sineo! Die Löſung der römiſchen Frage kann nicht auf unbeſtimmte Zeit verſchoben werden. Denken Sie ſich einen Menſchen, an deſſen Herzen der Krebs nagt. Er lebt wohl, aber welches Leben! Und wie lange wird er leben? Es iſt nicht ſchwer zu errathen. Das Krebsübel Italiens iſt das päpſtliche Rom. Es bleibt nur die Wahl, es auszureißen, oder wir müſſen uns entſchließen, zu ſterben."

Garibaldi verließ ſich auf ſeine unermeßliche Popularität und verfehlte nicht, immerfort herumzureiſen, um ſich wie ein Gott anbeten zu laſſen. So kam er auch nach Venedig, wo er mit ungeheurem Jubel empfangen wurde. Italien, ſo ſchrieb man in den Zeitungen, habe nur noch einen doppelten Cultus, den der Maria und den Garibaldis, jener nehme (ſcheinbar) immer mehr ab, dieſer immer mehr zu.

Auch ein großer Theil des italieniſchen Parlaments war von dieſem Garibaldiwahnſinn ergriffen. Doch hielten ſich hier die Parteien innerhalb der Oppoſition ſelbſt die Waage. Die Oppoſition war viertheilig: die alten Anhänger Mazzinis und Garibaldis grollten dem Königthum und waren auch jetzt noch auf eine Republik verſeſſen, die neue ſeit der Verlegung der Reſidenz von Turin nach Florenz erbitterte piemonteſiſche Partei grollte wegen dieſer Zurückſetzung der Piemonteſen, die doch allein alles für Italien gethan hätten, und wollte es nun dahin bringen, daß man ſagen ſollte: wenn Turin nicht zur Hauptſtadt getaugt habe, ſo tauge Florenz noch weniger. Die Particulariſten grollten der Einheit und wollten die Sonderrechte der alten Territorien wieder haben und inſofern nicht mit Unrecht, als ihnen die unità ungeheure Steuern und Bedrückungen auferlegte. Die Klerikalen endlich verſteckten ihre wahre Geſinnung hinter der Maske des radikalſten Eifers nach dem Grundſatz, man müſſe den Parteieifer

überſtürzen, um die Partei zu beſiegen. Obgleich nun unter ſich nicht einig, machten doch dieſe Parteien ſämmtlich Oppoſition gegen die Regierung, die mit Noth dem Parlament gegenüber ſich hielt, und es entſtand die nicht unbegründete Beſorgniß, der König könne in den Fall geſetzt werden, mit einem ſolchen Parlamente nicht mehr fortregieren zu können, dann aber wäre ſein liberaler Nimbus dahin.

Im Beginn des Februar 1867 kamen in Neapel Unterſchleiſe hochgeſtellter Perſonen zu Tage wie 1860 in Wien. Insbeſondere wurde ein Ferrara, Oberſt des Generalſtabs der Nationalgarde, und Ritter Ronka, Director der Stempelverwaltung, verhaftet und in Folge der Unterſuchung wurden noch mehrere angeſehene Herrn als Mitſchuldige bezeichnet. Man hörte, der Stempelverwaltung ſeyen im letzten Dezember 400,000 Frs. in Werthpapieren vom Director ſelbſt geſtohlen worden. Uebrigens wußte man ſchon lange, daß der Cavourismus in ſeiner Beamtenwelt ein ganzes Neſt voll Staatsbetrüger ausgeheckt hatte. Die piemonteſiſche Verwaltung in den annectirten Provinzen Mittel- und Süditaliens genoß den ſchlechteſten Ruf ſchon lange. Auch im Prozeß Perſano wurde deſſen Niederlage mit der ſchlechten Armeeverwaltung in Verbindung gebracht. Bei der Vertreibung der geſtürzten Dynaſtien und bei der Plünderung der Kirche fand die Habgier der Beamten und Generale eine erwünſchte Befriedigung. Bürger und Bauern wurden nicht dadurch erleichtert, ſondern die Steuern immerfort erhöht. Das unvermeidliche Ergebniß war Ueberbürdung des neuen Königreichs Italien mit einer ungeheuren Schuldenlaſt.

Die Augsb. Allg. Zeitung ſchrieb: „Acht Milliarden Schulden, wovon ſieben ſeit dem Erhebungs- und Rettungsjahr 1859 — das ſind die Früchte der Verwaltung des Königreichs Italien. Das Activum der Finanzen beträgt in dieſem Augenblick, nach Abrechnung von Einkünften, die nur auf dem Papier ſtehen, gegen 700 Millionen Franken. Dieſe 700 Millionen werden durch die Zinſen der Schuld,

Dotationen und Armeebudgets bis auf den letzten Centime verſchlungen; die übrigen Adminiſtrationszweige mögen zuſehen, wo ſie Geld finden. So iſt die Finanzlage in einem Moment der ernſtlichen Kriſis, in welchem wir kaum eine andere Wahl haben als zwiſchen der Diktatur und einem Miniſterium der äußerſten Linken, das ſchwerlich etwas anderes ſeyn würde als eine Umſchreibung des Wortes Republik. Sieben Jahre Mißregierung haben das Land ſo weit gebracht — der Bankerott vor der Thüre, die äußerſte Steigerung der direkten und mehrerer indirekten Steuern, größte Verwirrung in allen Verwaltungsfächern, ſchwerfällig unbrauchbares Formenweſen, Entwerthung und Entmuthigung von Armee und Flotte durch einen über das gewohnte Maß unglücklichen und verfehlten Feldzug. Der Bankerott iſt es, was die Partei, welche heute gegen die Monarchie und gegen das Miniſterium Ricaſoli arbeitet, am wenigſten ſchreckt. Die Rente iſt meiſt im Ausland, meiſt in Frankreich plazirt, ſagen dieſe großen Politiker der Sala dei Cinquecento und der radikalen Preſſe — die Käufer haben uns meiſt nur 50 Prozent gegeben; ſie verlieren im Grunde nichts von dem ihrigen, wenn ſie auch 50 Prozent verlieren. Dies iſt das Raiſonnement — wie es in Paris munden wird, iſt eine andere Frage. Die franzöſiſche Regierung trägt kaum eine geringere Schuld als die italieniſche an der gegenwärtigen Finanzlage, indem ſie, ihre offenen wie geheimen politiſchen Plane zu fördern, einem Börſenſchwindel zugeſchaut hat, von welchem man längſt vorausſehen konnte, wie er enden werde. Daraus folgt aber nicht die Gleichgiltigkeit dieſer Regierung bei einem Va Banque unſerer Deſperados."

Wie wenig Feſtigkeit und Selbſtvertrauen im italieniſchen Kabinet war, bewies die Angſt, die dort ſogleich wiederkehrte, als die drohende Haltung Frankreichs gegen Preußen die Erfolge des letzteren wieder ein wenig in Frage zu ſtellen ſchien. Anſtatt ſich, wie der muthige Ricaſoli wollte, auf die Seite Deutſchlands zu ſtellen, in der Hoffnung, mit deſſen Hülfe in einem großen bevorſtehenden Kriege den

Franzoſen Savoyen und Nizza wieder abzunehmen und ſo erſt die Einheit Italiens zu vollenden, bekam Victor Emanuel Angſt vor den Franzoſen und ſchickte Ricaſoli fort, um ihn am 10. April 1867 durch Ratazzi, einen Anverwandten der Napoleoniden und blinden Anhänger der franzöſiſchen Politik, zu erſetzen. Das hieß von einer ſelbſtändigen italieniſchen Politik umkehren zur alten Vaſallenſtellung, in welche Cavour das neue Italien gebeugt hatte. Man glaubte jedoch auch, Italien habe Frankreich ſeine Hingebung angeboten, wenn dasſelbe Rom ſeinen Schutz entziehen wolle. Das wäre zugleich das einzige Mittel, Garibaldi und ſeine zahlreiche Partei zu verſöhnen.

Siebenzehntes Buch.

Oesterreichs Neugestaltung.

In Prag wurde der definitive Friede österreichischerseits vom Grafen Brenner, preußischerseits vom Freiherrn von Werther am 23. August zu Stande gebracht und wenige Tage später ratificirt. Er fußte auf den Friedenspräliminarien. Oesterreich trat aus dem deutschen Bunde aus, anerkannte die Auflösung desselben, die Neubegründung des Nordbundes unter Preußen bis zur Mainlinie, im Süden dieser Linie die Bildung eines Südbundes, „dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der nähern Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt." Oesterreich tritt unter französischer Vermittlung Venetien, „ohne andere lästige Bedingung als die Liquidirung derjenigen Schulden, welche auf den abgetretenen Landestheilen haften," an Italien und seine bisherigen Rechte auf die Elbherzogthümer an Preußen ab. Der Betrag der Kriegskosten, die Oesterreich an Preußen zu zahlen hat, bleibt derselbe, wie ihn schon die

Präliminarien beſtimmen, zwanzig Millionen preußiſche Thaler. Auch in Bezug auf Nordſchleswig und Sachſen blieb es bei der Beſtimmung der Präliminarien. Schließlich wurde über Vertheilung des bisherigen Bundeseigenthums, Verſorgung der Bundesbeamten und einige Verkehrserleichterungen Verfügung getroffen.

Oeſterreich hatte ſomit nur Venetien, aber von allem, was es innerhalb des deutſchen Bundes beſaß, nicht ein Dorf verloren. Man hört hin und wieder Stimmen, welche Preußen vorwerfen, es habe ſeinen großen Sieg nicht genug ausgebeutet, Oeſterreich zu ſehr geſchont und ihm zu viel Macht gelaſſen. Wenn man die geographiſche Lage von Böhmen bedenkt, ſo läßt ſich nicht leugnen, daß von dieſem Königreich aus ſowohl die nordſtaatliche als ſüdſtaatliche Gruppe Deutſchlands nahe bedroht iſt. Die Ausſchließung Oeſterreichs aus dem deutſchen Bunde entbehrt ſomit ein weſentliches Moment, welches die Unfähigkeit, ſich ferner in die deutſchen Angelegenheiten einzumiſchen, ſeyn müßte. Während die öſterreichiſche Regierung im Stande blieb, trotz ihres ſ. g. Ausſchluſſes von Deutſchland immer noch mächtig auf Deutſchland einzuwirken, beklagten nur die deutſch-öſterreichiſchen Unterthanen, vom deutſchen Bunde ausgeſchloſſen zu ſeyn, da ihnen bevorſtand, nunmehr von den Slaven und Ungarn eben ſo abhängig zu werden, als es dieſe bisher von den Deutſchen waren.

Schon am 8. September kamen eine gute Anzahl deutſch-öſterreichiſcher Abgeordneter in Auſſee zuſammen und beriethen über die nach dem Kriege ganz veränderte Lage Deutſchöſterreichs. Nach Ausſchluß Oeſterreichs vom deutſchen Bunde war kaum zu hoffen, daß der Schwerpunkt der öſterreichiſchen Monarchie innerhalb des deutſchen Sprachgebiets verbleiben werde, da Slaven und Ungarn nicht nur eine Mehrheit gegen die Deutſchen bildeten, ſondern auch gerade damals vom kaiſerlichen Hofe ſelbſt bevorzugt zu ſeyn ſchienen. Die Verſammlung in Auſſee vereinigte ſich in dem Gedanken, die Deutſchen in Oeſterreich müßten trachten, bei der Neugeſtaltung des Reichs

die Geltung zu behaupten, die der bisherigen hiſtoriſchen Entwicklung des Reichs entſpreche, und ſie müßten ihren nationalen Zuſammenhang mit der großen deutſchen Nation nicht außer Acht laſſen. Man erklärte ferner, daß der durch die Anerkennung und gemeinſame parlamentariſche Behandlung wirklich gemeinſamer Angelegenheiten begrenzte Dualismus die einzige Form ſey, in welcher das, was ſie erſtreben, erreicht werden könne. Somit hoffte die Verſammlung mit dem Dualismus, wenn auch nicht mehr zu gewinnen, doch weniger zu verlieren, als mit dem Föderalismus, und hoffte immer noch etwas von einem gemeinſamen Parlamente des Reiches, dem aber der Dualismus ſo entſchieden wie der Föderalismus im Wege ſtand. Die Hauptſache war, daß die Deutſchen lieber mit den Ungarn als mit den Slaven gehen wollten. Föderalismus bedeutete nach Belcredis Programm das Uebergewicht der Slaven über Deutſche und Ungarn, Dualismus umgekehrt das Uebergewicht der Deutſchen und Ungarn über die Slaven.

Inzwiſchen war die Frage des Dualismus und Föderalismus in Oeſterreich ſo ſchwer zu löſen, daß die Unterhandlungen darüber ſich Monate in die Länge zogen. Die Ungarn gaben nicht nach. Klapkas Verſuch war mißlungen, mehrere Verhaftungen in Peſth trafen Anhänger der extremen Partei. Auf der Eiſenbahn über Oberberg kehrten die vielen öſterreichiſchen Gefangenen nach ihrem Kaiſerſtaate zurück, darunter auch die ſ. g. ungariſche Legion, 2—3000 Mann, welche Klapka in Neiße hatte ſammeln müſſen. Da in Folge des Prager Friedens eine umfaſſende Amneſtie für alle ſowohl öſterreichiſchen als preußiſchen Staatsangehörigen, die durch ihr politiſches Verhalten während des Kriegs compromittirt waren, verabſchiedet worden war, durften jene ungariſchen Legionäre auf ſtraſloſe Rückkehr hoffen. Als aber am 7. October die letzten 700 Mann an der Grenze erfuhren, die Vorangefahrenen ſeyen in Lundenburg arretirt worden, verließen ſie die Eiſenbahn augenblicklich und zogen

durch den Jablunkapaß ins nahe Ungarn, wo sie sich größere Sicherheit versprachen. Das alles aber waren Nebensachen. In der Hauptsache konnte die Wiener Regierung der Deak'schen Verfassungspartei in Ungarn keinen Fußbreit Terrain abgewinnen.

Da Oesterreich sich beeilte, die 20 Millionen an Preußen auszuzahlen, verließen auch die preußischen Truppen Böhmen und Mähren schon in der Mitte des September. In Prag, wo sie am 18. abzogen, fiel der Pöbel über die Juden her, welche die von den Preußen zurückgelassenen Armeebedürfnisse aufkauften.

Die kriegsrechtliche Untersuchung, welche über die Generale und Offiziere, denen man das Unglück der österreichischen Armee zuschrieb, verhängt wurde und von der man große Dinge erwartete, nachdem schon während des Feldzugs fünf hohe Generale waren verhaftet worden, nahm in der Mitte des October einen sehr unscheinbaren Ausgang. Graf Clam-Gallas ging glänzend gerechtfertigt aus der Untersuchung hervor und empfing ein gnädiges Handschreiben vom Kaiser. Benedek, Henikstein und Krizmanik wurden im Gnadenwege pensionirt, einige Stabsoffiziere cassirt, ein paar Subalternoffiziere erschossen.

General Graf Gondrecourt, der sich im dänischen Kriege an der Spitze der s. g. eisernen Legion ausgezeichnet hatte und durch das Mißlingen des böhmischen Feldzugs in üble Laune versetzt seyn mußte, konnte sein hitziges Temperament so wenig bezähmen, daß er einmal einen Trainsoldaten und nachher einen Feldprediger mit bloßem Degen anfiel und „nicht ungefährlich" verwundete, ohne daß er zur Strafe gezogen wurde. Erst als er den Degen auch gegen einen Stabsoffizier zog, der ihn glücklich parirte, wurden ihm 4 Jahre Festungsstrafe zuerkannt, die der Kaiser jedoch in Berücksichtigung seiner Leistungen im Kriege in einen kurzen Profosenarrest verwandelte.

Es erregte einiges Aufsehen, daß Gablenz zur Disposition gestellt wurde und der verdienstvolle Tegetthoff, obgleich in Wien vom Kaiser

ehrenvoll empfangen, doch längern Urlaub zu einer amerikaniſchen Reiſe erhielt. Clam-Gallas, vollſtändig vor dem Kriegsgericht gerechtfertigt, ließ eine Flugſchrift drucken, worin Benedek übel wegkam. Die Zeitungen meldeten, die öſterreichiſche Armee ſolle reorganiſirt werden, aber auf franzöſiſchen Fuß in rothen Hoſen. Die Sprache der Wiener Blätter in Bezug auf Preußen war im October wieder eine ſehr feindſelige.

Im October erſchien ein Erlaß des öſterreichiſchen Kriegsminiſteriums an die Truppencommandanten folgenden merkwürdigen Inhalts: „Im Verlauf des letzten Feldzugs hat ſich ereignet, daß über Vorſchlag der von irrigen Rückſichten geleiteten Truppencommandanten Individuen zur Beförderung, ſogar zu einer doppelten gelangten, von denen hinterher die völlige Untauglichkeit zur erreichten höhern Charge behauptet und um Entfernung der eben Beförderten gebeten wird. Dieſe wäre nur durch die Penſionirung der Betreffenden zu bewirken; nachdem jedoch das Armeebudget zur Tragung ſolcher ungerechtfertigter Laſten keineswegs berufen iſt, werden Anträge auf Penſionirung von als unfähig erklärten Offizieren nicht berückſichtigt werden, bleiben vielmehr die Commandanten derſelben verpflichtet, die von ihnen unrechtmäßig protegirten Individuen mit aller Strenge zur Ausbildung in ihrem Berufsgeſchäfte und zum obliegenden Dienſte anzuhalten, überhaupt dieſelben nach Möglichkeit nutzbar zu machen. Sollte demungeachtet wegen totaler Unbrauchbarkeit des einen oder andern ſolchen Offiziers die Verſetzung deſſelben in den Penſionsſtand unausweichlich werden, ſo müßte das Kriegsminiſterium wegen ſolcher Ahndung ſich jedenfalls auch die Hereinbringung der Penſions-Mehrkoſten von den Schuldtragenden vorbehalten.“

Von der Hauptſache, der ſittlichen Reinigung und Erſtarkung, war nirgends die Rede, außer in einem Hirtenbriefe des Wiener Erzbiſchofs Cardinal von Rauſcher, der in Worten voll Ernſt und Würde dazu mahnte. Vor allem hob er hervor, welche grenzenloſe

Lüderlichkeit herrschte. „Jene, die von den Unterhaltungen anderer leben, raffen alles zusammen, um neues zu bieten, und rufen die schändlichsten Lüste zu Hülfe, um den trägen Sumpf des verkommenen Herzens in Bewegung zu setzen. Die Vergnügungen werden immer kostspieliger, sie werden immer schmutziger und immer mehr entweicht die lichte Freude; krankhafte Ueberreizung und wüster Taumel nimmt ihre Stelle ein. Freche Schamlosigkeit und Verhöhnung des Heiligen bei Lustbarkeiten, zu welchen alle Welt durch Anschlagzettel eingeladen wird, und die Ausbeutung aller schmählichen Lüste durch die Schauspielhäuser ist eine der Gesellschaft zugefügte Beschimpfung: denn es wird dabei durch die That behauptet, den Kreisen, von welchen aus man auf Zuspruch hofft, sey das Schamgefühl abhanden gekommen."

Weiter zeigt der Hirtenbrief, wie die Vergnügungssucht und der Luxus dahin geführt haben, daß man jede Pflicht vergesse und die schlechtesten Mittel nicht scheue, um sich Geld zu verschaffen. „Wie kann man von den Beauftragten des Staates und der Gemeinde verlangen, daß sie nicht nur nicht geradezu stehlen, sondern auch für sich und andere gewisse Vortheile verschmähen, welche die Kosten zum Schaden der Steuerpflichtigen erhöhen, wiewohl eine gerichtliche Untersuchung sich darüber nicht einleiten läßt? Wie will man ihnen zumuthen, die für die gemeinsamen Bedürfnisse dargebrachten Summen mit der unermüdlichen Sorgfalt und der weisen Sparsamkeit zu verwalten, womit ein verständiger Hausvater sein eigenes Hab und Gut verwendet?"

Auch der evangelische Pfarrer Fischer in Wien sagte in seiner seitdem gedruckten Predigt vom 29. Juli: „Ein Krebsschaden, der das Herz beim Blick auf Oesterreich wehmüthig stimmt, ist die Käuflichkeit, Feilheit, Unzuverläßigkeit und Wohldienerei. Wer möchte leugnen, daß es nicht auch unter uns feste Charaktere gebe. Wer möchte andrerseits in Abrede stellen, daß bei uns in allen Verhältnissen das Unkraut einer Gesinnung wuchert, die heute schwarz und

morgen weiß iſt, heute Freund und morgen Feind? Wer möchte es verneinen, daß es bei uns in allen Stellungen und Ständen, in allen Schichten und Kreiſen der Geſellſchaft Tauſende gibt, die für Geld und Geldeswerth alles ſind, alles thun, alles dulden? Blickt hinaus nach Deutſchland! Ihr werdet auch dort dieſer Nichtswürdigkeit begegnen, aber ob in ſolchem Maaß, in ſolchem Umfang, in ſolcher Ausdehnung, da ſeht ſelber zu!"

Solche Mahnrufe blieben unbeachtet. Weder von oben geſchah etwas, um dem Uebel zu ſteuern, noch auch von unten zeigten ſich etwa Scham und Reue, Beſſerung, ſittliches und religiöſes Ermannen. Im Gegentheil, das Unglaubliche geſchah, daß die liberalen Oeſterreicher an der Spitze der Commune der unſchuldigen Kirche, dem Klerus, dem Concordat alle Schuld des Unglücks beimaßen und mit Anklagen und Proteſtationen gegen die paar Dutzend Jeſuiten tobten, die aus Venetien nach Oeſterreich geflüchtet kamen. Im Wiener Stadtrath wurde unter lauter Zuſtimmung die kirchliche Partei beſchuldigt, Oeſterreich ruinirt zu haben. Dr. Kopp rief im Stadtrath: „Seit der Einführung des Concordates iſt der Ruf von ganz Oeſterreich im Auslande geſunken. (Allſeitige Zuſtimmung.) Der Concordatsſtaat iſt derjenige geweſen, der den Feinden Oeſterreichs ſtets auf der Zunge gelegen war, der Concordatsſtaat war die Waffe, mit der man Oeſterreich bekämpfte, der Concordatsſtaat iſt der Feind, der es bei Königgrätz geſchlagen! (Minutenlanger Beifallsſturm.) Der Concordatsſtaat iſt es, der es aus Deutſchland geworfen hat. (Beifall.) Wenn wir dieſen Staat noch pflegen, deſſen verkörperte Repräſentanten die Jeſuiten ſind (Zuſtimmung), wenn wir den letzteren, nachdem ſie aus dem ultramontanen Italien vertrieben ſind, eine Zufluchtsſtätte gönnen, dann wird der Ruf, der bisher ſchon unſer Feind war, noch unverhältnißmäßig wachſen, dann werden ſich unſere Feinde noch mehr vergrößern, um uns ganz zu vernichten." (Zuſtimmung.) Das war die Antwort auf den Hirtenbrief des Wiener Erzbiſchofs. Und mit

ſolchem Wahnſinn ſuchte man auch den Pöbel anzuſtecken und hetzte ihn überall in Oeſterreich gegen die armen wehrloſen und flüchtigen Prieſter, zur Wonne der fort und fort in Wien herrſchenden Finanz- und Literaturjuden. Das Gift, an dem man ſchon ſo lange ſiechte, behielt man vergnüglich im Leibe und ſteinigte den Arzt.

Wie in Wien, ſo wurden auch in Prag die wenigen dahin gekommenen Jeſuiten perhorrescirt. Man hetzte den Pöbel gegen ſie, man verbat ſie ſich; Czechen drohten, in Maſſe wieder Huſſiten werden zu wollen, wenn man die Jeſuiten nicht entferne. Die ganze künſtliche Agitation galt aber gar nicht den gänzlich unbedeutenden und machtloſen Jeſuiten, ſondern der Kirche überhaupt, dem Hirtenbrief, der frommen und ſittlichen Mahnung. Sie wollte man nicht, der „Miſthaufen“ des verewigten Welden ſchwoll auf gegen das Kreuz.

Am 13. October brachte das amtliche Wiener Blatt einen langen Artikel über die ungeheure Vermehrung der Verbrechen und beſonders der Betrügereien, falſchen Bankerotte ꝛc. in Wien. Wegen der Vergehen der verſchuldeten Crida wurden im Jahr 1858 bereits fünfzig und nur ſieben Jahre ſpäter, im Jahr 1865, nicht weniger als 285 Perſonen verurtheilt. In ſo raſcher Progreſſion wuchs der Betrug. Die hiſt. polit. Blätter, Band 58 S. 710 bemerkten dazu: „Wenn nun ſchon aus dem Hauſe Israel trotz der Schlauheit dieſes Hauſes in derlei Angelegenheiten — das größte Contingent für die Gerichtsſtuben geliefert wird, ſo läßt ſich denken, welche maſſenhaften Eingriffe in das fremde Eigenthum ungeſtraft geſchehen! Die amtliche Wiener Zeitung, ſeit Jahren in den Händen von Juden und in jüngſter Zeit nur nominell in Chriſtenhänden, aber immer noch von jüdiſchen Mitarbeitern bedient, und von amtlicher Judenfurcht dermaßen befangen, daß auf das hervorragende Element des Judenthums in Rechts- und Strafangelegenheiten nie der Ton gelegt werden darf, ſondern immer mit officiöſem Stillſchweigen darüber hinweggegangen werden muß — dieſe amtliche Wiener Zeitung ſelber geſteht, daß das

Gros der Verbrecher gegen das Eigenthum in merkantilen Formen — dem Geſetze zu entkommen weiß."

„Es läßt ſich denken, wie ſich die tauſende von Betrügern in Wien, unter denen die Juden ſtatiſtiſch die abgefeimteſten, dem Geſetze unzugänglichſten und meiſten ſind, ſo daß ſich aus der großen Zahl derer, die dennoch dem Geſetz verfallen, erſt auf die Unzahl jener ſchließen läßt, die dem Geſetze zu entrinnen wiſſen — es läßt ſich denken, wie dieſe tauſende von Betrügern ſich über die wohlgemeinte Moral des amtlichen Blattes über ‚Gemeinſinn' und Erweckung von ‚Rechts- und Ehrgefühl' die Hälſe vollachen."

„Nicht nur eine ‚ſtrengere Strafjuſtiz,' wie das amtliche Organ jetzt winſelt, ſondern überhaupt eine Juſtiz auf einer ganz andern Grundlage wäre erforderlich. Mit einer ſalbungsvollen Phraſeologie, mit ſchüchtern ausgeſprochenen frommen Wünſchen iſt unſer durch und durch verfaultes ſociales Leben, faul geworden durch eine verjudete, alle chriſtlichen Grundlagen untergrabende Preſſe und durch die völlige Unſittlichkeit im Verkehr und Handel — nicht zu verbeſſern."

„‚Gleiches Recht für Alle,' lautet der glänzende Spruch eines großen ‚jüdiſche Intereſſen' vertretenden Blattes. Leuten aber, die kein chriſtliches Sittengeſetz und keine chriſtlichen Pflichten kennen, das ſ. g. gleiche Recht verleihen, heißt dieſe Leute zu Blutegeln derer machen, die von chriſtlicher Sitte und von chriſtlicher Pflicht gehalten, nicht mit den rückhaltloſen Fortſchreitern auf dem Gebiete der Induſtrie concurriren können."

„Faſt jede Woche bringt vor dem Wiener Landesgericht Monſtreproceſſe gegen jüdiſche Gauner der verwegenſten und gefährlichſten Art, die frechen Diebſtähle und Betrügereien gehen in die tauſende von Gulden. Das Geſtohlene und Erſchwindelte iſt, wenn die Thäter eingezogen werden, längſt in Sicherheit gebracht. Haben die Gauner einige Jährchen im Gefängniß abgebüßt, ſo iſt ihnen dennoch die Beute, der Lohn ihrer edlen Thaten reſervirt. Der Unterhalt der

wegen Attentaten aller Art auf das Eigenthum in Haft ſitzenden Juden beläuft ſich auf viele tauſende von Gulden, und die geprellten Chriſten haben das ſchöne Vorrecht, auch hier das größte Contingent in den erhöhten Steuern beitragen zu dürfen."

„Nebenbei bringen die Judenblätter fort und fort ohne Unterlaß ihre Leitartikel und Notizen, ihre Schmäh- und Lügenberichte über kirchliches Leben und kirchliche Inſtitute. Der Wiener Gemeinderath arbeitet ganz in reformjüdiſchem Geiſte, und getaufte Chriſten wie auch Juden erlauben ſich der Kirche und ihren Inſtitutionen die gröbſten Invectiven ins Geſicht zu werfen."

Eine ſittliche Wiedergeburt auch nur vorzubereiten, auch nur den Beſen in die Hand zu nehmen, um den Augiasſtall auszufegen, daran hat in den Regierungskreiſen niemand gedacht. Die Warnung des Cardinals Erzbiſchof blieb unbeachtet. Am 8. Dezember ſagte Biſchof Gaſſer von Brixen in einem Hirtenbriefe: „Das Schmerzlichſte iſt der grimmige Haß, der tagtäglich in Worten und Schriften gegen die Kirche Gottes laut wird. Das vollendet unſer Unglück, von dem der Kaiſerſtaat in einer bisher unerhörten Weiſe betroffen worden iſt. Man konnte eine Zeitlang hoffen, der Sturm, der über uns losgebrochen, habe alles niedergeworfen, was ſich in Oeſterreich ſeit Jahren wider Gott und die alte chriſtliche Weltordnung erhoben hatte. Man konnte eine Zeitlang hoffen, das furchtbare Ungewitter, das ſich über uns entladen hat, habe die Lüfte gereinigt von jenen peſtilenzialen Dünſten, die ſeit Jahren aus dem Leichenfelde des Unglaubens und aus den Pfützen der Sinnlichkeit aufſtiegen. Leider iſt dieſe Hoffnung zu Schanden geworden. Mit unerhörter Frechheit macht man die Kirche Gottes für alles Unheil, von dem wir heimgeſucht werden, verantwortlich. Namentlich ſind es einige Zeitungen aus der Reichshauptſtadt, die einſt das Vorbild des Glaubens und des Patriotismus für die Völker Oeſterreichs war, welche nicht müde werden, wider alles Katholiſche loszuziehen. ‚Nieder mit dem Ultramontanismus! nieder

mit dem Concordat!' ist das tägliche Feldgeschrei, das von dort ertönt. Heutzutage ist das Wort ultramontan ein Schimpfwort, womit man jeden Katholiken belegt, der treu und aufrichtig an seiner Kirche hängt. Durch das Concordat hat die kaiserliche Regierung in Beziehung auf die Kirche so weitgehende Rechte bekommen, wie sie die Regierungen in den freisinnigsten Staaten, in England, Belgien, Nordamerika, selbst in Preußen nicht besitzen. Dabei hat dieselbe freilich auch einige Verpflichtungen übernommen, die aber leider bis daher beinahe durchgehends blos auf dem Papier geblieben sind. Ich will damit die Regierung nicht anklagen, denn ich kenne die Ungunst der Zeiten, die auch den besten Willen lähmt und hindert. Allein tief schmerzen muß es jeden Patrioten, der es mit Oesterreich gut meint, wenn er täglich hören muß, wie in heillosem Unverstand das Wort Concordat zum Schlagwort gemacht wird, das alles Unglück Oesterreichs erklären soll. Dadurch wird dasselbe erst recht vollendet."

Wie wenig der Hirtenbrief des Cardinals Erzbischof von Wien Erfolg hatte, beweist am besten die Christtagsnummer der „Neuen freien Presse" von 1866. In diesem Judenblatt erfrechte sich ein Jude, den heiligen Tag der Christenheit zu verhöhnen, mit dem Christkind den infamsten Spott zu treiben, die angeblichen schwarzen Christkinder der Neger mit den weißen der Wiener zusammenzustellen, den Glauben als Märchen zu verlachen. „Glaubt," so schließt der Artikel, „alle eure Märchen, liebe Kinder, aber glaubt ganz besonders die tausendmal widerlegten!" So durfte eins der gelesensten Wiener Blätter schreiben und niemand nahm ein Arg daran, als die historisch-politischen Blätter in München, welche bemerken: „Gewöhnlich an hohen christlichen Festen erscheinen in den jüdischen Blättern Artikel voll des Hohnes und Spottes gegen das Dogma des Festes. Alles das natürlich von der Obrigkeit nicht geahnt und völlig ungestört, denn die Juden sind in Oesterreich der Christen gnädige Herrn und die Christen der Juden armselige Knechte." Und trotz alledem gibt

es noch ein liberales Publikum in Deutſchland, welches ſich einbildet, in Oeſterreich herrſche das Concordat, der Ultramontanismus und eine Glaubenstyrannei wie weiland unter Philipp II. Und Wiener Gemeinderäthe ſelber klagen das Concordat an, als ſey es an allem Unheil Oeſterreichs ſchuld.

Eine anonyme Flugſchrift, wahrſcheinlich von einem Ungarn verfaßt,*) charakteriſirt die Wiener ganz nach der Wahrheit, jene „Sprech- und Denkweiſe des Capua der Geiſter, dieſe ſcheinbar ſelbſtironiſirend witzelnde Gemüthlichkeit, die aber in Wirklichkeit ein Gift gleich dem Mehlthau iſt. Denn es iſt dieſe Specialität nicht nur eine Schlaffheit der Zunge, ſondern zugleich des Geiſtes und Herzens, und hat die ethiſche Wurzel in dem Triebe, über alles was — gut oder übel — imponirt Herr zu werden, nicht, indem man es bewältigt oder kritiſch zerſetzt, ſondern indem man ſeine lächerliche Seite aufſpürt. Daher hat denn auch geiſtig dieſes ‚Wienerthum‘ nur die Poſſe geſchaffen, die Coupletſingerei und den Gaſſenhauer; und wenn einmal den Wiener irgend ein Gewaltiges unverſehens ergreift, z. B. ein Drama im Burgtheater, ſo ‚genirt‘ ihn der Eindruck des Erhabenen ſo lange, bis er es im Zerrſpiegel der Traveſtie geſehen, und erſt von da ab ‚bangt ihm nicht mehr davor.‘ Und dieſen Zug hat die Regierung gepflegt und als ‚Lokalgeruch‘ von jedermann verlangt, der haben wolle, daß ‚ſein Opfer ihrer Naſe wohlriechend‘ ſey. Scholz und Neſtroy erhielten aus Staatsprinzip alljährlich an ihrem Benefiztage ein dreimal ſo großes kaiſerliches Geſchenk, als für gewöhnlich die berühmteſten Hofſchauſpieler; und was Kaiſer Franz und Metternich in dieſer Richtung ſelbſt leiſteten, und wie ſie darin den Ton angaben, weiß man aus Hormayr. Der berühmte Wiener Volkswitz, Fremde ſo ſehr ‚gemüthlich‘ anheimelnd, grade er iſt der ſchlagendſte Beweis dieſer Behauptung. Er wendet ſich nicht — wie der engliſche, der

*) Briefe über die ungariſche Frage. Elberfeld 1866.

franzöſiſche, auch der Berliniſche Witz — als Geißel gegen die reactionären Strömungen im Staat und in der Geſellſchaft, gegen den Kaſtengeiſt, die Intoleranz, ſogar nicht gegen die Modethorheiten, ſondern er verhöhnt, was er ungeſtraft verhöhnen darf, nämlich jedes Ideal, das in ſeinem Proſadaſeyn auftaucht, in Kunſt, Literatur, Wiſſenſchaft, Theater, wie im Nationalleben, nergelt an deſſen Aufſchwungsäußerungen, und zwar durchaus nicht biſſig, nicht ätzend, nicht kritiſch, oder ſittlich entrüſtet, ſondern im Gegentheile es lächerlich machend, und auch nicht darin, worin es dem ſittlichen Bewußtſeyn wirklich lächerlich vorkommen mag, ſondern grade in den Seiten ſeiner etwaigen Erhabenheit und ſeines idealen Tranges."

Im Finanzweſen erfolgte nicht die geringſte Verbeſſerung. Noch keine Spur von organiſchen Edicten, um die Bodencultur zu heben, den Naturreichthum Oeſterreichs der Staatskaſſe und dem Wohlſtand des Volkes dienſtbar zu machen. Noch keine Spur von einer durchgreifenden Reform jener heilloſen Verwaltung, die dem Staat und dem Volke gleichmäßig den Gewinn entzieht, um ihn einzig in den Seckel der Capitaliſten zu leiten.

„Der Schluß des Jahres 1865," ſagt ein Deutſchöſterreicher,*) „der uns politiſch bereits auf der ſchiefen Ebene nach Königgrätz rollen ſah, brachte auch den Abſchluß des großen in Paris negociirten Anlehens von 146 Millionen Gulden zu Stande, und zwar zu einem ſelbſt in der öſterreichiſchen Finanzgeſchichte unerhört ſchlechten Zinsfuße. Doch die Regierung rieb ſich vergnügt die Hände und das Finanzminiſterium jubelte; denn es hatte ja die Mittel beſchafft, auf dem eingeſchlagenen Wege ruhig vorwärts trotteln zu können. Auch waren damit die glücklichen Finanzoperationen des Jahres 1866, die mit den kriegeriſchen auf gleicher Stufe ſtehen, äußerſt würdig inaugurirt. Allerdings hatte der Krieg neue Creditoperationen bedingt;

*) Der Zerfall Oeſterreichs. Leipzig, 1867. S. 45.

doch die Art und Weise ihrer Durchführung haben dem Reiche Wunden geschlagen, die nicht so leicht geheilt werden, als jene, die das Schlachtfeld gezeugt. Die Genialität der neuesten Maßregeln hat die Herstellung der Landeswährung für eine Zukunft hinausgeschoben, die bei der jetzigen Lage der Dinge außer aller Berechnung liegt."

„Zu diesen Maßregeln rechnen wir vor allem andern die Verpfändung der Staatsdomänen, die mit dem Gesetze vom 24. April 1866 für einen Gesammtbetrag von 60 Millionen Gulden an die österreichische Bodencreditanstalt übergeben wurden. Diese Maßregel hat dem Realcredite, wiewohl sie bis heute wegen Unannehmbarkeit der rücksichtlich der Placirung der Pfandbriefe erlangten Offerte undurchgeführt blieb, dennoch die bedeutendsten Nachtheile zugefügt, weil sie die Sistirung aller Pfandbriefinstitute, die erst in der Bildung begriffen waren, zur Folge hatte."

„In überstürzender Hast folgte nun mit den Gesetzen vom 5. Mai, 7. Juli und 28. August 1866 jene famose Uebernahme der Banknoten zu 1 fl. und 5 fl., als s. g. Staatsnoten, ein Gewaltschritt, der mit dem Bankübereinkommen vom 3. Jänner 1863 im krassen Widerspruche steht. Als nächste Operation haben wir die zwangsweise Anleihe von 60 Mill. Gulden bei der Nationalbank zu verzeichnen, und schließlich die Erweiterung des Umlaufes der mit Zwangscurs ausgestatteten Staatsnoten, die inbegriffen der vorangegangenen Anlehen, bis zu der Höhe von 300, beziehungsweise 400 Millionen stiegen. Ohne Zusammenhang mit diesen Operationen steht die Hinausgabe eines neuen steuerfreien 5prozentigen Anlehens bis zum Betrage von 50 Millionen Gulden."

„So sehen wir denn während der kurzen Zeit von nicht ganz anderthalb Jahren und zur Bewältigung des Aufwandes für einen Krieg, der nur wenige Wochen brauchte, die zu einer erschreckenden Höhe angewachsene öffentliche Schuld um nicht weniger als 300 Millionen Gulden Staatspapiergeld und ungefähr 250 Millionen 5pro-

zentige Schuld erhöht. Der Eingriff in das Privilegium der Nationalbank und die dadurch herbeigeführte Papiercirculation von 550 Millionen Gulden haben die Landeswährung einer ganz unberechenbaren Entwerthung Preis gegeben. Die Rückwirkung dieſer Maßregeln hat ſich geltend gemacht in der Vertheuerung aller Lebensmittel, aller Arbeits- und Produktionskoſten, die wieder unſere wichtigſten ſocialen und volkswirthſchaftlichen Intereſſen auf das Gefährlichſte bedrohen."

Die Plünderung des Staats und der Bevölkerung durch eine Claſſe von Monopoliſten iſt längſt in ein Syſtem gebracht. Wie in Waſhington und Florenz, aber ſchon länger, beſteht in Wien eine Conſorteria, die gleich einem Magnetberg hoch den Stephansthurm überragend, alles Geld der Monarchie an ſich zieht und rings umlagert iſt von den Wraks zerrütteten Privatvermögens, zertrümmerten Familienglücks. „Wir gehen über auf die conceſſionirten Erpreſſungen der Privat-Monopoliſten, deren es in Oeſterreich eine erſchreckende Unzahl gibt, die ſich im redlichſten Sinne des Wortes reich ausmäſten und das Land arm freſſen. Man blieb eben auch in dieſer Richtung blind und taub für die Leiden und Klagen der großen Maſſen. Die Finanzoperationen, die die Regierung in Eiſenbahnen in Scene geſetzt, wollen wir ſtillſchweigend übergehen; nur die Monopoliſten haben hiebei ihre Säckel gefüllt, jene Leute, die aus den Caſſen der Nationalbank Gelder zu geringen Prozenten herausnehmen, hiemit dem Staate zu hohen Prozenten Anleihen machen, und die zu immenſen Curſen losgeſchlagenen Actien wieder zu niederen Prozenten in Koſt nehmen. Dieſes heilloſe Syſtem ſaugt an unſerem Lebensmarke fort; es macht einzelne zu vielfachen Millionären und die Bewohner zu Bettlern, den Staat aber bankerott! Dieſe öſterreichiſche Nationalbank! Welche Ironie ſchon in dem Worte ſelbſt! Gehe nur einer unſerer Kaufleute, unſerer kleinen Fabrikanten, dem durch Ausbleiben von Poſten eine plötzliche Geldverlegenheit erwächst, zu dieſer ſogenannten National-

bank und ſuche um Hülfe. Gehört er nicht zur Clique der Rothſchild, Sina, Todesco ꝛc. ꝛc., erkauft er nicht deren Giro mit der erforderlichen Proviſion, oder borgt er nicht von dieſen Geldoligarchen das aus der Nationalbank genommene Geld zu 10—15 Prozent aus, ſo kann er Angeſichts der Nationalbank zu Grunde gehen. So iſt dieſes Inſtitut nur eine Wechſelbank für einige gewiſſe Bankiers, ein Inſtitut, das ſtatt den Handel und die Induſtrie zu unterſtützen, dieſe lähmt und ruinirt; denn der geldſuchende brave Geſchäftsmann muß ſich unter ſolchen Umſtänden Geldwucherern in die Arme werfen, weil der Staat keine Vorſorge getroffen hat, den Betrieb des Geſchäftes nicht nur nominell, ſondern auch factiſch zu unterſtützen. Daß die Operationen der Staatsanlehen natürlich nur wieder durch die Hände der Bankiers gehen, das begreifen jene unſerer Herrn Finanzbeamten, die bei ſolchen Operationen reich geworden ſind, nur allzu wohl. Und deshalb iſt auch Oeſterreich ſo tief in der Schuld dieſer gräflichen und baroniſirten Hebräer, die mit ihren Börſenmachinationen den Curs machen.“

Eine andere Stimme aus Wien *) fügt hinzu, wie die Volkskraft durch das Ausſaugungsſyſtem gelähmt und wie dadurch auch die Wehrkraft geſchwächt wird. „Wie verträgt ſich mit dieſer Wahrheit die überaus bevorzugte Stellung, welche der Geldwelt auf allen Gebieten eingeräumt wird, wie jener Mangel an Controle oder Vorſicht, der beinahe alle großen Geldinſtitute in die Hände der Juden lieferte, wie jene merkwürdigen Geſchäfte mit der Nationalbank, wo der Staat immer nur den Nachtheil, die Bank hingegen den Nutzen hatte, was ſo weit ging, daß ſogenannte Darleihen vom Staate abgeſchloſſen wurden — wo die Bank factiſch nichts weiter dem Staate gab als den Betrag, welchen die Erzeugungskoſten ihrer Zettel erreichen, die ſie vom Staate mit 2½ % ſich verzinſen ließ; — ferner

*) Nach der Maskerade. Wien, 1867. S. 24.

jene unglücklichen Verträge mit ausländiſchen Eiſenbahngeſellſchaften? Die Sammthände der Regierung gegen die Geldwelt haben ihr immer noch die ſchlechteſten Früchte gebracht und ein zu viel in dieſer Beziehung muß nothwendig einen Abbruch oder ein Opfer vom Volke bedingen. Für das große Publikum haben unſere großen Geldinſtitute kaum irgend einen Werth. Die Protection ſpielt bei ſolchen eine beiſpielloſe Rolle und das aus dem italieniſchen Kriege her bekannte: ‚Ich bin ein Jude‘ hat auch hier zahlloſe Parteilichkeiten ſchon zu Stande gebracht. Wie kommt die Regierung dazu, daß ſie die unter den oft ſchwierigſten Verhältniſſen ‚eingetriebenen‘ Steuern zur Unterſtützung der Kapitaliſten verwendet? Und wie illuſoriſch iſt hierbei die Controle! Wer kann einer ſolchen induſtriellen Geſellſchaft immer nachweiſen, wie viel ſie in der That Gewinn und Verluſt bei ihren Unternehmen erzielte? Der bei ſolchen Generalverſammlungen gewöhnlich anweſende k. k. Commiſſär iſt kein Controleur der Gebahrung und die Ziffern der Bilanz nicht immer ein Beweis der Wirklichkeit. Wer ſich an ſo viele ſchmutzige und vorzüglich an die Ullmaniſche Geſchichte bei der ungariſchen Bahn erinnert, wird wiſſen, wie trügeriſch oft der Vorgang bei ſolchen Gelegenheiten iſt, wie man auch dort ‚Majoritäten‘ erzielt, und welche Komödie bei ſolchen Generalverſammlungen dem großen Publikum aufgetiſcht wird. Daß übrigens die Zinſen-Garantien, wie ſie der Staat an Dampfſchifffahrten und Eiſenbahngeſellſchaften noch immer leiſtet, auch jedenfalls höchſt einſeitig ſtipulirt ſind, geht ſchon daraus hervor, weil der Staat nur als Verpflichter, niemals aber auch als Theilnehmer an einem doch jedenfalls möglichen Uebergewinn erſcheint. Der Staat zahlt jährlich 6—8 Millionen Zinſen-Garantie an dieſe armen Millionäre, erhielt aber bei dem lukrativſten Gange dieſer Geſchäfte nicht einen Kreuzer.“

„Trotz dieſer unverdienten Begünſtigungen, trotz des rieſigen Anſchwellens des Paraſitenbauches, Angeſichts der rapiden Fortſchritte der

Verarmung des Volkes, der Ausſaugung der Geſchäfte und der Arbeitskraft durch das Kapital — erkühnen ſich die zeitungsſchreibenden Juden und ihre Leibeignen noch immer den Raub am Altare zu predigen, die Einziehung der Kloſtergüter als gute Beute anzupreiſen. Sollte der öſterreichiſche Staat in ſeiner Bedrängniß zu einem Eingriff in fremdes Eigenthum gezwungen ſeyn, ſo möge die Regierung das Salz des Begehrens auf die Schnauze der Unerſättlichkeit ſtreuen und alsbald werden reiche Schätze durch die ſich windenden Herren Juden in die Caſſen des Staates fließen und dieſe That würde von Millionen Oeſterreichern bejubelt." Wir glauben das wohl, aber eine ſo türkiſche Juſtiz widerſtrebt den germaniſchen Begriffen von Ehre. Immerhin ſollten die ſich warnen laſſen, gegen die einmal der Zorn verwilderter Maſſen ſich richten könnte.

Den Nürnberger Correſpondenten wurde in der Mitte des October aus Oeſterreich geklagt, wie das deutſche Element neuerdings in Tirol durch das Hereinbrechen der auswandernden Italiener gefährdet werde, wie andrerſeits in Kärnthen, Steiermark, Böhmen und Mähren das Slaventhum bevorzugt werde. „In demſelben Augenblick, wo die Regierung einem hochberühmten deutſchen Profeſſor an einer unſerer Hochſchulen die Erweiterung ſeines ungenügenden Lehrſaales aus Motiven der Staatserſparung verweigert, und in Wien der Commune gegen die Ausbildung des deutſchen Lehrerſtandes Hinderniſſe bereitet, macht ſie Schritte, um in Brünn und Olmütz, zwei rein deutſchen Städten, zwei rein czechiſche Gymnaſien zu gründen; ſie will im Centrum der deutſchen Städte den Nationalitätenhader haben. Nicht genug, daß die Katecheten, Directoren und Geſchichtslehrer an Volks- und Mittelſchulen in Ländern von gemiſchter Bevölkerung großentheils Czechen ſind und der czechiſchen Nationalpartei angehören: die Regierung geht in der angedeuteten Weiſe auch aggreſſiv gegen das deutſche Element vor. In allen Kronländern wird das Princip der Gleichberechtigung gegen die Deutſchen und zu

Gunſten der Nichtdeutſchen geübt. In Galizien, in Ungarn und Croatien geht man auf das rückſichtsloſeſte gegen das deutſche Element vor. Während die ruſſiſche Regierung gerecht genug iſt, ein glänzend ausgeſtattetes deutſches Gymnaſium mit vorzüglichen Lehrkräften in Warſchau zu gründen, gibt es in Ungarn keine oder doch faſt keine deutſche Lehranſtalt, weder ein Gymnaſium noch eine Volksſchule. Ueber die Lage der Deutſchen in Polen, Ungarn ꝛc. iſt man leider auf deutſchem Boden in dieſer Beziehung gar nicht unterrichtet. Und doch geht der Strom deutſcher Cultur nicht erſt ſeit heute, ſondern ſeit Jahrhunderten nach Oſten. Unter den ungariſchen Königen genoß er einſt eine Art von Schutz, jetzt entbehrt er deſſelben. Schon Rogerius im 13. Jahrhundert nannte in ſeinem carmen miserabile Peſth eine urbs teodisca. Dieſe vereinzelt oder in größeren Gruppen im Oſten der Monarchie lebenden Deutſchen, denen Volks- und Mittelſchulen fehlen, denen das Recht verweigert wird, an der Univerſität Unterricht in deutſcher Sprache zu hören: ſie ſind es, welche nach Hülfe ſchreien, um ihre nationale Exiſtenz zu friſten, und zu verhindern, daß ihre Kinder in halbbarbariſche Stämme übergehen. Hat Warſchau Anſpruch auf ein deutſches Gymnaſium, ſo haben es Preßburg, Peſt, Agram, Temeswar, Lemberg in noch höherem Grade. Wenn die Regierung es für gerecht hält, daß an der Prager Hochſchule czechiſche Lehrer mit czechiſcher Unterrichtsſprache angeſtellt werden, ſo muß daſſelbe Recht zu Gunſten der Deutſchen auch in Peſth und in Krakau gelten. Ganz beſondere Aufmerkſamkeit verdient die Art und Weiſe, in welcher bei Beſetzung der Biſthümer verfahren wird. Von den Traditionen des Kaiſers Franz, der vorzüglich das deutſche und das bürgerliche Element für den Epiſkopat heranzog, iſt man abgegangen; jetzt beruft man Ariſtokraten und nationalgeſinnte Prieſter auf die Biſchofsſitze, und thut alles mögliche, damit nur ja kein Deutſcher an die Spitze eines Biſthums komme. Der frühere Cultusminiſter, Graf Leo Thun, hat es bewirkt, daß in Marburg

(Südſteiermark) ein Bisthum creirt und mit einem Slovenen beſetzt wurde, um das Deutſchthum in einem deutſchen Lande durch die Kirche zu bekämpfen. Die flagranteſten Beiſpiele aber haben wir unter dem Miniſterium Belcredi erlebt. In Böhmen gibt es unter der Erzdiöceſe Prag drei Suffraganbiſchöfe: die zu Budweis, Königgrätz und Leitmeritz. Daß der Cardinalerzbiſchof Fürſt Schwarzenberg mit Leib und Seele der czechiſchen Partei angehört, weiß man aus den Landtagsſitzungen. Daſſelbe iſt der Fall bei dem Biſchof Jirſik von Budweis und dem Biſchof Hanl von Königgrätz. Im Domcapitel von Prag, das ſtatutenmäßig zur Hälfte deutſcher Nationalität ſeyn ſollte, hat die ſlaviſche bereits die Mehrheit. Um ſich zu überzeugen, daß das nämliche Verhältniß in den Canonicaten von Budweis und Königgrätz ſtattfindet, braucht man nur die Namen der Domherren zu leſen. Jetzt iſt auch bei der jüngſten Beſetzung des Bisthumes Leitmeritz, deſſen Sprengel durchgängig deutſches Gebiet in ſich faßt, der deutſche Candidat, Schulrath Mareſch, durchgefallen, weil er ein Deutſcher iſt; man hat einen hannakiſchen Dechant aus Mähren auf den erledigten Biſchofsſitz berufen. Der ganze Epiſkopat von Böhmen iſt daher czechiſch. Noch ärgeres ſteht der (deutſchen) Provinz Schleſien bevor, die ſich ſchon unter Maria Thereſia um einen ſelbſtändigen Biſchof in Troppau beworben; jetzt will man ſie einem galiziſchen Diöceſanſprengel zuweiſen, um die Geiſtlichkeit polakiſch zu machen. Dagegen iſt der deutſch-öſterreichiſch geſinnte Erzbiſchof Rauſcher von Wien in Gefahr, eine persona ingrata zu werden. Die Kirche, die Schule und die Bureaukratie werden aufgeboten, um dem Deutſchthum den Krieg zu machen. Wir haben in deutſchen Provinzen, in Juſtiz und Verwaltung, ganz beſonders auf einflußreicheren Poſten, ungariſche, polniſche, croatiſche Beamte in großer Zahl; dabei nimmt die bereits dem Gebiete der Witzblätter verfallene Invaſion des czechiſchen Beamtenthums in deutſche Länder ununterbrochenen Fortgang, während es Beamten deutſcher Nationalität nicht

möglich iſt, in andern als deutſchen Ländern Anſtellungen zu erlangen. Wir verzichten darauf, dieſes Bild der Lage weiter auszumalen. Die hier angeführten Thatſachen, die keinen Widerſpruch erfahren werden, ſprechen für ſich. Sie legen allen Freunden der deutſchen Nation, Conſervativen und Liberalen, die Aufgabe ans Herz, ſich zu vereinigen in dem Gedanken, daß Mittel ergriffen werden müſſen, um der bedrohten nationalen Exiſtenz der Deutſchen in Oeſterreich, beſonders in Böhmen und in den öſtlichen Kronländern, Hülfe zu bringen.

Zu den obigen Worten, welche unter dem Titel ‚Die Deutſchen in Oeſterreich' dem ‚Nürnberger Correſpondenten' von Wien aus geſchrieben werden, ließe ſich etwa die Bemerkung beifügen, daß nicht alle Schuld von oben herab kommt, ſondern daß dieſe Deutſchen in Oeſterreich es vielfach an der eigenen individuellen Widerſtands- und Willenskraft, an Selbſtbewußtſeyn und Selbſtändigkeit fehlen laſſen. Es ſey hier nur an das eine erinnert: mit welcher Leichtigkeit ſo mancher ſeinen guten deutſchen Namen ablegt, um ſich ein ungariſches oder böhmiſches Hemd über ſeine Blöße zu ziehen. Es laufen Leute in der Welt herum, die man wie eine Zwiebel abſchälen kann, bis man durch die magyariſchen, czechiſchen und was noch für Häute durch auf den wahren Kern kommt. Manche tragen auch den fremden Namen nebenher, wie man einen Ueberzieher auf dem Arm trägt, um ihn je nach Bedarf über den deutſchen Rock zu werfen. Wie kann der Nichtdeutſche eine Individualität reſpectiren, die ſich ſelbſt aufgegeben hat?"

In Wien regte ſich die Bruderſchaft „Sileſia" und richtete an alle Bruderſchaften Deutſchlands eine Erklärung: „Wir glauben," heißt es darin, „daß der Krieg verrottete Verhältniſſe klärte, und daß er unvermeidlich war als erſter Schritt zur endlichen Einigung der Nation. Das war das Ziel, welches überall galt, wo eine Burſchenſchaft lebte; unmöglich alſo kann ein Schritt auf dieſer Bahn diejenigen trennen, die jenem Ereigniß als einer politiſchen Nothwendig-

keit entgegenſahen, und die der Genius einer Sprache, eines Denkens, der Hauch gemeinſamer Traditionen und die Siege des deutſchen Geiſtes über alle ephemeren Geſtaltungen der Tagespolitik hinaus eng verbunden haben. Die Belebung und Kräftigung unſerer Nation haben wir uns als höchſtes Ziel geſteckt. Wir haben es uns nie verhehlt, daß ein Proviſorium, leidig wie jedes, dem oder jenem Staat die Führerſchaft leihen werde; aber wir haben geglaubt und wir glauben, daß, wenn politiſche Rückſichten die einſtweilige ſtrammere Einigung und Organiſirung eines Theils als vorläufig genügend erſcheinen laſſen, binnen kurzem doch der Tag kommen muß, wo die acht Millionen Deutſche ſüdlich vom Erzgebirge und den Sudeten an eure Thore klopfen. . . . Im Namen unſerer Hochſchule, an der noch deutſches Wort und deutſcher Geiſt lebt, verwahren wir uns gegen jede Abtrennung von dem reichen Leben der deutſchen Univerſitäten, und proteſtiren wir feierlich gegen jede einſeitige Trennung oder Umformung des Eiſenacher Bundes."

Im October verbreitete ſich das Gerücht, Herr von Beuſt, der kaum entlaſſene ſächſiſche Miniſter, werde ſtatt des Grafen Mensdorff-Pouilly Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten in Oeſterreich werden. Man bemerkte zugleich, daß Beuſt eine Rundreiſe durch München, Stuttgart und Darmſtadt machte. Man wollte nicht glauben, daß Oeſterreich dem Haß gegen Preußen einen ſo eclatanten Ausdruck geben werde, als die Ernennung dieſes Miniſters allgemein dafür angeſehen wurde. Beuſt aber begab ſich nach Prag zum Kaiſer Franz Joſeph, der gerade ſeine Rundreiſe durch Mähren und Böhmen machte, und empfing wirklich von ihm das Portefeuille, am 1. November. Die Zeidlerſche Correſpondenz ſagte damals: „Wir haben uns ſchon daran gewöhnt, das öſterreichiſche Kabinet in jedem gegebenen Augenblick das jedesmal Thörichteſte und dies noch dazu mit einer gewiſſen Schadenfreude gegen Preußen begehen zu ſehen," und ſtellte ſomit die Ernennung des Herrn von Beuſt in gleiche Linie mit dem über-

eilten Frieden von Villafranca und mit der eben ſo übereilten Wegſchenkung Venetiens an Frankreich. Die halb officielle preußiſche Provinzialcorreſpondenz bemerkte: „Beuſts Berufung wird als ein Anzeichen einer fortbauernden übelwollenden Stimmung Oeſterreichs gegen Preußen gedeutet. Wenn jedoch aus ſeiner Ernennung Gefahren erwachſen könnten, ſo wäre es nur für diejenigen, die ſich durch ſeine Berufung etwa verleiten laſſen ſollten, Beſtrebungen in den deutſchen Angelegenheiten, welche durch die jüngſte Entwicklung ein für allemal verurtheilt und abgethan ſind, wieder aufnehmen zu wollen. Jeder Verſuch ſolcher Art würde ſicher nur das Verhängniß für diejenigen beſchleunigen, welche der unheilvollen Anregung folgten. Für Preußen würde darin nur ein neuer mächtiger Antrieb liegen, das bisher glücklich durchgeführte nationale Werk um ſo raſcher und entſchiedener zu vollenden.“

Herr von Beuſt ſelbſt drückte in einem Rundſchreiben an die kaiſerlichen Geſandtſchaften den Wunſch aus, man ſolle doch das Vorurtheil ablegen, als ob er auf ſeiner früheren Laufbahn „Vorliebe oder Groll“ in die neue mit hinüber nehme. Er ſey davon vollkommen frei und werde nur dem kaiſerlichen Dienſte leben. „Die kaiſerliche Regierung, die heute alle ihre Anſtrengungen dahin richten muß, die Spuren eines unheilvollen Krieges verſchwinden zu machen, wird jener Politik des Friedens und der Verſöhnlichkeit treu bleiben, die ſie jederzeit geübt hat. Wenn aber der unglückliche Ausgang eines jüngſt beſtandenen Kampfes ihr daraus eine Nothwendigkeit macht, ſo legt ihr derſelbe zugleich die Pflicht auf, mehr als je ſich auf ihre Würde eiferſüchtig zu zeigen.“ Man bemerkte, daß dieſer letzte Satz einen Hintergedanken gegen Preußen verrathe.

In der Augsburger Allg. Zeitung vom 26. October hieß es: „Wie iſt nun die öſterreichiſche Politik beſchaffen? Seit 1848 hat ſie Syſtem und Methode verloren. Eine Tradition, welche bis dahin als Weisheit gegolten und wenigſtens den Vorzug des folgerichtigen

Zuſammenhangs gehabt, iſt zerriſſen. Fragmente und Reminiscenzen derſelben wirkten zuſammenhangslos fort. Neuangeflogene Aperçus und vorüberziehende Velleitäten treten dazwiſchen, um mit rückfälligen Marotten und den Gelüſten unaustreibbarer Hintergedanken abzuwechſeln. In verwegenen Wagſtücken und unüberlegten Experimenten, bei denen ja der unverantwortliche Rathgeber nichts zu verlieren hat, rafft ſich von Zeit zu Zeit eine erlöſchende Thatkraft auf, um ſchnell wieder zuſammenzuſinken, ſo daß ſelbſt durch die Erfaſſung eines Rettungsmittels die Gefahr vergrößert wird. So ſtellt ein fortlaufendes Gewirr der verſchiedenſten Intentionen ſich unſerm Blicke dar."

Ein Wiener Correſpondent der kölniſchen Zeitung enthüllte ein angebliches Programm des Herrn von Beuſt, welchem zufolge er ſich zur Aufgabe gemacht haben wollte, vor allem für die Conſolidirung eines unabhängigen ſüddeutſchen Bundes zu wirken. Wenn daran etwas Wahres iſt, muß wenigſtens das Geheimniß des bereits zwiſchen den Südſtaaten und Preußen abgeſchloſſenen Schutz- und Trutzbündniſſes gut bewahrt worden ſeyn.

Am meiſten fiel es damals auf, daß neben Herrn von Beuſt der Czechomane Graf Belcredi im Amte blieb. Die Deutſch-Oeſterreicher hatten gehofft, dieſen Gegner ihrer Nationalität loszuwerden durch Beuſt, und die Ungarn überboten ſich ſogar nach ihrer raſchen Art in Schmeicheleien gegen Beuſt, um ihn auf ihre Seite zu ziehen. Allein der Kaiſer glaubte damals, da ihn ſowohl die Deutſchen als Ungarn mit ihrer Oppoſition bedrängten, umſomehr der Slaven zu bedürfen. Seine Rundreiſe durch Mähren und Böhmen hatte zum Hauptzweck, den Czechen zu ſchmeicheln, und es geſchah in der That in ſehr auffälliger Weiſe. In Trautenau, wo die Czechen die bekannten Barbareien geübt hatten, wurde den Einwohnern für ihren Patriotismus gedankt und ihr aus der preußiſchen Gefangenſchaft zurückgekehrter Bürgermeiſter in den Adelſtand erhoben. In Pilſen war kurz vor

des Kaiſers Ankunft die deutſche Oberrealſchule czechiſirt worden. In Prag wurde der Kaiſer auf dem Rathhauſe und im Muſeum in czechiſcher Sprache angeredet und ſpendete dem Muſeum und dem czechiſchen Nationaltheater Geldbeiträge. Im Muſeum erklärte ihm Palacky die bekannte Königinhofer Handſchrift als ein böhmiſches Nationalheiligthum, obgleich die ganze gelehrte Welt ſchon lange weiß, daß ſie gefälſcht, mit neuer Tinte auf ein altes Pergament geſchrieben und ganz ohne Werth iſt. Aber ſie athmet Deutſchenhaß und darum legen die Czechen dieſem nichtswürdigen Machwerk Hankas einen Werth bei. Wie muß der alte Huſit ſein markirtes Geſicht zu lächelndem Behagen verzogen haben, als er den Erben der deutſchen Kaiſer mit dem vermeinten Heiligthum becomplimentirte. *)

Noch auffälliger war das Verhalten der öſterreichiſchen Regierung in Galizien. Hier war bisher der Landtag nie anders als in deutſcher Sprache eröffnet worden. Zum erſtenmal wurde er im Herbſt 1866 in polniſcher Sprache eröffnet und der Gouverneur Goluchowsky lieh durch ſeine auffallende Begünſtigung des polniſchen Elementes Rußland den erwünſchten Vorwand, über dieſe Beſchmeichelung der Polen auf Koſten der ruthenischen Nationalität in Oſtgalizien Beſchwerde zu führen. Die Zeitungen brachten damit ſchon ruſſiſche Rüſtungen an der Grenze von Galizien und ruſſiſche Verabredungen mit Preußen in Verbindung. Niemand begriff, warum der Gouverneur von Galizien eine Neuerung vornahm, welche Oeſterreich in ſeiner ohnehin bedrängten Lage nur ſchädlich ſeyn konnte. Die „ruſſiſche Correſpondenz“ ſchrieb Anfang des Novembers: „Rußland iſt immer eingedenk der Bande, die es mit der ruthenischen Bevölkerung Galiziens verbündeten, und es wird niemals aufhören, ſich für das Schickſal derſelben zu intereſſiren,

*) Hier in Prag verhaftete ein engliſcher Capitain Palmer auf der Straße ganz in des Kaiſers Nähe einen Schneider, der angeblich auf den Kaiſer habe ſchießen wollen. Nach langer Unterſuchung ergab ſich des Schneiders Unſchuld, der ſofort gegen den Capitain Klage erhob.

aber es hat keineswegs die jetzt die Gemüther ſo lebhaft bewegende Frage angeregt. Oeſterreich hat ſie hervorgerufen ohne Grund, ohne die geringſte Herausforderung von unſerer Seite. Weshalb hat Oeſterreich die politiſche Stellung unſerer Glaubensgenoſſen verſchlechtert? Warum begünſtigt es die polniſchen Anſprüche? Will es uns daran erinnern, daß die polniſche Frage noch beſteht und daß ſie nach Belieben erneuert werden kann? Wir müſſen vorausſetzen, daß Oeſterreich alſo bei ſeiner neuen Politik ohne Rußland gehen will. Wir ſehen aber nicht ein, welche Vortheile ihm das Mißtrauen erſetzen ſollen, welches es in Rußland hervorgerufen hat. Vielleicht verfolgt man in Oeſterreich einen Plan, der zugleich gegen Rußland und gegen Preußen gerichtet iſt, um die Sympathien des Weſtens zu gewinnen. Wir aber werden nicht vergeſſen, daß für uns und Preußen eine Menge gemeinſamer Intereſſen beſtehen und daß ein gemeinſchaftliches Handeln einen jeden die verſchiedenen ihm von der Vorſehung beſtimmten Zwecke wird erreichen laſſen."

Auch im Kärnthner und Krainer Landtage regte ſich eine ſloveniſche Oppoſition, aufgewiegelt durch die Czechen und durch den ſloveniſchen Klerus, der die deutſche Sprache in den Schulen ausrotten wollte. Aber die ſloveniſchen Bauern widerſetzten ſich dieſen Umtrieben, weil ſie die deutſche Sprache im Verkehr nicht entbehren könnten. Auch auf dem Landtage drang die Oppoſition nicht durch. Wie weit der czechiſche Fanatismus ging, erkennt man daraus, daß ſogar in der völlig deutſchen Stadt Linz einige dortige Grafen, von der hohen Bureaukratie unterſtützt, eine ſlaviſche Beſeda in Scene zu ſetzen ſuchten mittelſt einer Currende, worin ſie den Deutſchen ans Herz legten, auf dieſe Weiſe die Harmonie zwiſchen der deutſchen und ſlaviſchen Bevölkerung zu beurkunden. In einer Studentenverſammlung in Wien verlangten die Czechen, die deutſche Sprache ſolle bei ihren Verſammlungen nicht mehr allein herrſchen, denn in Wien ſeyen auch andere Nationen des Kaiſerreichs zu treffen.

Die Bevorzugung der Böhmen vor den Deutſchen fiel ſehr auf. Weil man von Herrn von Beuſt eine vorzugsweiſe deutſche Politik erwartete, glaubte man, Graf Belcredi werde weichen müſſen. Er blieb aber und den Böhmen wurde fort und fort auf Koſten der Deutſchen geſchmeichelt, weil die Regierung auf die Gutmüthigkeit und den Gewohnheitsgehorſam der Deutſchen rechnete.

Ungarn verharrte in ſeinem paſſiven Widerſtande und ließ es darauf ankommen, ob die Regierung mit Gewalt dagegen einſchreiten werde. Die ungariſche Oppoſition befand ſich in einer günſtigen Stellung, um Oeſterreich Vorrechte abzutrotzen, weil die kaiſerliche Regierung in Wien von ſo vielen andern Sorgen bedrängt war. Und doch ſpielten die Ungarn ein gefährliches Spiel, denn alles was ſie Oeſterreich verweigern, werden ſie künftig, wenn ſie Oeſterreich zu Grunde richten helfen, Rußland leiſten müſſen, denn die wenigen Millionen Ungarn können unmöglich das ganze untere Donaugebiet beherrſchen, wo ihnen ohnehin die nächſten Nachbarn feind ſind. Die Herrſchaft Oeſterreichs würde hier nur vom ruſſiſchen Großſtaat abgelöst werden, unter deſſen eiſernem Deſpotismus die Ungarn bald gleich den Polen ihre Verfaſſung und Freiheit, ihre Nationalität und Kirche verlieren würden.

Zwiſchen Wien und Peſth wurde im Lauf des November und Dezember unausgeſetzt unterhandelt. Der ungariſche Landtag*)

*) Man macht ſich von dieſem Landtag einen falſchen Begriff, wenn man glaubt, die Bänke ſeyen dort gefüllt mit finſtern puritaniſchen Geſtalten oder zornigen Garibaldi's. Die Magyaren ſind ein munteres Reitervolk, luſtig und galant, und haben, wenn ſie auch Wien noch ſo viel oppoſiren, doch in den leichtſinnigen Kreiſen dieſer Lebeſtadt ihre Schule durchgemacht. In den „Licht- und Schattenbildern zur Charakteriſtik des ungariſchen Landtags“ von Kalay findet man eine ſehr lebendige Schilderung deſſelben. „Einige der Sitzungen ſind eine täuſchende Copie des Stimmens vor Beginn der Oper, deſſen ohrzerreißendes Charivari nie in ordentliche Muſik

debattirte alle Ausgleichungsverſuche nieder. Obgleich Deak die extremſte Partei zu neutraliſiren ſchien und den Weg friedlicher Ueber-

---

übergehen will. Es iſt ein Viertel auf Elf. Der Präſident bewegt ſich mit ſeinen Adjutanten, den Notären, ſchon lange auf der Tribüne. Wir erwarten von Minute zu Minute die Eröffnung der Sitzung. Sie iſt aber ſchon eröffnet, nur daß man es nicht bemerkt. Die Galerien ſind gefüllt, je weiter rückwärts, um ſo voller. Vorn ſitzen die Engel, wahre Göttinnen, die Creme und Blüthe der Ariſtokratie. Der magnetiſche Zauber ihrer Augen macht ſich fühlbar bis in die entfernteſten Bankreihen. Joſeph Rudics dreht ſich auf ſeinem Sitze um, den Rücken dem Präſidenten, das Geſicht der Galerie zugewendet, und entfaltet die unwiderſtehliche Pracht ſeiner hoffnungsgrünen Cravatte. Georg Czanady ſtreicht ſeinen Schnurrbart und klirrt mit ſeinen Sporen; heute muß er ſprechen, es ſind ſo viele ſchöne Damen — Paul Jambor ſendet ſeine ſchmelzendſten Blicke empor zum Himmel, d. h. zur Galerie, und perorirt eine zu Thränen rührende Epiſode aus der franzöſiſchen Revolution. Karl Szaß kann es nicht vertragen, daß Bela Szechenyi ein ſo ſchöner junger Mann iſt, und wirft ihn mit einer glücklichen Finte aus dem Sattel; er ſtimmt nämlich einen Pſalm an von den patriotiſchen Gefühlen der ungariſchen Frauen, die auch auf die ſchlechteſten ungariſchen Verſe prenumeriren, weshalb die Spatzenliteratur ſo blüht. Thalabér, der geheime Abſtimmung und Verleſung der Acten verlangende Thalabér, Thalabér, der in den Mantel des Geheimniſſes gehüllte Patriot mit ſeinen Donnerkeilen und ſeinen von der Mitte der Stirn bis zum Nacken geſcheitelten Locken — Thalabér wendet ſeine untadelhafte Friſur wie die Sonnenblume bald gegen die rechte, bald gegen die linke Galerie, denn wenn er auch zur Linken gehört, die Friſur kennt keine Partei. Wilhelm Toth endlich verwechſelt, während er auf die Galerien ſchaut, die Schriftfascikel und verlieſt ſtatt des geſtrigen das morgige Sitzungsprotokoll. Toth lieſt, aber niemand hört zu. Der Präſident bittet um Ruhe, aber vergeblich. Der Lärm dauert fort. Zsedenyi, ſcheint es, ſpricht ſchon zum 66. Mal, ohne daß ihn jemand verſtünde, als er ſelbſt, oder Bonis, der ihm auf der Stelle antwortet. Was? wiſſen die Götter, trotz des ausgiebigen Baſſes, über den er verfügt. Bößörmenyi erhebt ſich und thut ſein Möglichſtes, um die Leute zu verblüffen; aber kein Menſch kümmert ſich um ihn. Nur Maderaß wird aus dem Getöſe herausgehört, wie er ſchreit: Ja ſo iſt

einkunft beſtändig offen ließ, wich er doch von der Forderung der ſ. g. Rechtscontinuität nicht ab und zeigte ſich diesmal in dieſer Hauptfrage ſogar noch eigenſinniger als früher. In einer Adreſſe, die der Landtag in der Mitte des Dezember an den Kaiſer ſchickte, hieß es ſchlechtweg, ehe der Landtag ſich mit der Regierung in Unterhandlungen über die Feſtſtellung eines neuen Rechtszuſtandes einlaſſen könne, müſſe zuvor der alte, den die Regierung einſeitig aufgehoben habe, d. h. die Verfaſſung von 1848 hergeſtellt werden. Da dieſelbe aber nur eine Perſonalunion zuließ und die Verfügung über die Armee und über die Finanzen einem ſelbſtändigen ungariſchen Miniſterium zuwies, ließ ſich damit der Fortbeſtand der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie mit ihrer einheitlichen Leitung ausſchließlich von Wien aus nicht vereinigen.

Beuſt begab ſich noch im Dezember nach Peſth und beſuchte alle Häupter der Oppoſition, ohne daß ſeine beredten Worte ihren Trotz gebeugt hätten. Die Kautſchukpolitik half bei dieſem Eiſen nichts. Deak iſt inſofern eine welthiſtoriſche Merkwürdigkeit, als er ſeit mehr als 40 Jahren mit ſeiner politiſchen Ueberzeugung wie eingewurzelt feſtſteht, einer deutſchen Eiche gleich, während unterdeß die Wiener Politik gleich einem flüchtigen Renner der Pußta nach allen Wind-

---

es! Vincenz Kublik, welcher da zu ſeyn glaubt, um jeden Tag dem Hauſe irgend einen weiſen Rath zu ertheilen, hat ſchon dreimal ſprechen wollen, aber der Stenograph iſt noch nicht geboren, der ſeine Reden nachſchriebe, denn kaum iſt er aufgeſtanden, ſo ertönt von allen Seiten der Ruf: Elall! (er verzichtet auf das Wort) ‚Ich bitte um Entſchuldigung‘ — abſtimmen! — ‚Bitte ergebenſt‘ — Kublik in Verzweiflung ſetzt ſich nieder oder wird vielmehr niedergeſetzt. Babarczy hat eine genug kräftige Stimme und donnert über Unterdrückung der Minorität. Beifallrufe. Franz Deak macht die Bemerkung: ‚Die Ordnung oder vielmehr Ordnungsloſigkeit der Berathungen‘ — nun tritt einigermaßen anſtändige Ruhe ein — auf fünf Minuten.“

richtungen herumraste, hier in die ruſſiſche Allianz, dort ins Concordat, wieder den Gaul umreißend in den Schmerlingſchen Liberalismus, ins Bündniß mit Preußen, ins Bündniß gegen Preußen, in den unſinnigen Frieden von Villafranca, in den vergeblichen Frankfurter Fürſtentag, ins czechiſche Lager und wieder heraus galoppirt iſt. Was Wunder, daß alles drüber und drunter geht, wenn die Nationen ihren Charakter gradezu umtauſchen, der Magyar wie ein Deutſcher feſtſteht und der Deutſche gleich den alten Söhnen Arpads den Wind überholen will!

In der zweiten Hälfte des November wurden die Landſtände der einzelnen Kronländer dieſſeits der Leitha gleichzeitig einberufen. Auffallenderweiſe zeigten die Deutſchöſterreicher in dieſen vielen verſchiedenen Verſammlungen kein Verlangen, in eine große reindeutſche Verſammlung zuſammenzuſchmelzen, um als Nation den Ungarn und Czechen gegenüber zu treten. Sie reclamirten nur den allgemeinen Reichstag, alſo etwas, was bisher ſchon verſucht, aber mißlungen war, da die Ungarn einen allgemeinen Reichstag nicht beſchicken wollten. Am entſchiedenſten ſprach ſich der niederöſterreichiſche Landtag aus. Allein ſeine Adreſſe verlangte nur „Wiederherſtellung der verfaſſungsmäßigen Zuſtände," alſo den alten unzulänglichen Reichstag und noch allgemeiner überhaupt ein liberales Syſtem, ohne welches Oeſterreich „die Sympathien Deutſchlands" ganz verlieren würde. In dieſem Sinne hielt Kuranda eine glänzende Rede unter rauſchendem Beifall, die aber, weil ſie nur vage conſtitutionelle Garantien verlangte, alles vermiſſen ließ, was in einer praktiſchen Weiſe die Zuſtände hätte verbeſſern können. Ungleich tiefer drang Schindlers Rede wie eine Sonde in die Wunde ein, die Deutſch-Oeſterreich geſchlagen war. „Nicht genug," rief er, „daß man uns aus Deutſchland hinausgewieſen, das Siſtirungsminiſterium hat nicht übel Luſt, uns noch den andern Nationalitäten preiszugeben. Es überantwortet die Kinder deutſcher Mütter czechiſchen Schulen und hat erſt kürzlich

bewieſen, was eine rein deutſche Provinz von ihm zu hoffen hat. Die deutſche Farbe hat in Oeſterreich ein mißliches Geſchick. Die czechiſche Fahne wird mit ſympathiſcher Achtung, die ungariſche mit tiefem Reſpect begrüßt; wenn aber der Deutſche ſeine Farbe wehen läßt, da haben wir oft gehört: was iſt das? wo iſt die Polizei? In Oeſterreich hatte immer eine Nation recht, die am entſchiedenſten gegen die Regierung auftrat. Nur die Deutſchen durften dieſe Nation nicht ſeyn und wenn die acht Millionen Deutſche gegen das Februarpatent aufgetreten wären, man würde es ihnen zu liebe nicht ſiſtirt haben, wie für die vier Millionen Ungarn. Wie, wenn der Deutſche in ſorgenvoller Nacht ſich einmal früge: was ſitze ich hier? warum bequeme ich mich, der ich geſund bin, zur Krankendiät? Glaubt man, wir Deutſche haben unter dem Waffengeraſſel nicht die Lerche über dem Schlachtfelde von Königgrätz ſingen hören von der Freiheit und Größe des künftigen Deutſchland? Der Deutſch-Oeſterreicher hat dieſe Gedanken von ſich gewieſen, er iſt der Treueſte in und für Oeſterreich und, obwohl er ſich deſſen nicht zu rühmen pflegt, für die Dynaſtie. Während andere das Feuer zutragen, um das Vaterhaus zu zerſtören, ſtürzt der Deutſche wie eine Schwalbe in die Flammen des brennenden Hauſes, in dem ſie ihr Neſt hat. Die andern Nationen können Oeſterreich zerſtören, aber nicht aufbauen.“ Doch hofft der Redner, Oeſterreich werde nicht untergehen. „Nicht die Schanzen von Floriſdorf, auch nicht die öſterreichiſche Südarmee habe den Siegeszug der Preußen aufgehalten, aber von den mächtigſten Thronen Europas ſey das Halt gerufen worden. Wenn nun Europa noch an den höheren Beruf, an den Beſtand Oeſterreichs glaubt, darf der Oeſterreicher an demſelben zweifeln?“ Schließlich fordert der Redner „unſere verbrieften Rechte“ zurück, d. h. er ſchließt ſich an die Adreſſe an. Man hätte mehr von dieſem Achtung einflößenden Redner erwarten ſollen. Was hieß das, den Reichstag zurückverlangen, ohne Mittel anzugeben, wie man die Ungarn zwingen könne, ihn zu beſchicken?

Fiſchhof ſagte in einer Flugſchrift nützlichere Wahrheiten, indem er erſtens die völlige Richtigkeit des modernen Parlamentarismus betonte, und zweitens darauf hinwies, die Zukunft Oeſterreichs liege an der untern Donau, dort habe es ſeine welthiſtoriſche Miſſion; dort werde es von allen europäiſchen Mächten gegen Rußland unterſtützt werden, dort werde es auch Ungarn am beſten befriedigen können.

Auf dem Landtag in Kärnthen, der zu Klagenfurt tagte, hörte man am 14. Dezember folgende Stimmen. Ritter von Tſchabuſchnigg ſagte: „Gehen die Ungarn auf gemeinſchaftliche parlamentariſche Behandlung aller gemeinſamen Angelegenheiten nicht ein, ſo bleibt den Deutſchen nichts übrig, als ſich loszureißen und dem großen deutſchen Culturgebiet anzuſchließen, wenn ſie nicht in die öden Steppen Ungarns ſich verirren wollen. Erfüllt Oeſterreich ſeine verfaſſungsmäßige Aufgabe auch jetzt nicht, dann haben die Deutſchen in Oeſterreich kein Vaterland mehr und müſſen ſich ſelbſt helfen.“ Doctor Luggin erklärte: „Rechtsbegriff und Staatsidee ſeyen in Oeſterreich verloren gegangen. Man ſorge nicht für das Volk, ſondern nur für die Vorrechte einzelner Stände. Die Sorge für die Volkswirthſchaft ſey zur Aſchenbrödel geworden. Der Oeſterreicher, losgelöst von allen Banden, habe, den Spruch des Dichters unwahr machend, keine Urſache mehr, ſein Vaterland zu lieben, und wenn es ſo fortdauere, werde er auch bald kein Vaterland mehr haben.“

Im mähriſchen Landtage ſaß eine Mehrheit von Czechen und Feudalen, wie im böhmiſchen. Im Ganzen aber war durch die beiden Städte Brünn und Olmütz hier mehr deutſcher Geiſt verbreitet, als in dem mehr fanatiſirten Böhmen. Für die deutſche Minderheit führte Giskra das Wort auf dem Landtage und verlangte, wie es Herbſt an der Spitze der deutſchen Minderheit auf dem böhmiſchen Landtage und die übrigen deutſch-öſterreichiſchen Landtage übereinſtimmend thaten, die Wiederherſtellung des Reichstags. Beſſer aber als andere ſcheint

Giskra begriffen zu haben, daß es mit Verfassungsformen allein nicht gethan ist, denn er schwang eine furchtbare Geißel über das bisherige Verwaltungssystem, und der Sinn seiner Rede war der schwere Vorwurf, daß Oesterreich die deutsche Bahn verlassen habe und mit ihr die Bahn des Rechts, der Zuverlässigkeit, der Humanität und Bildung. Er sagte im Anfang des Dezember auf dem Landtage: „Als sich im Vorjahre der Ministerwechsel vollzog, jubelten sehr viele; Männer von Personenkenntniß zweifelten, ob die Schultern die Last tragen würden. Woher sollte das Vertrauen kommen? Ein Weltumsegler als Handelsminister, ein Sportsman, ein tüchtiger Rübenzuckerfabrikant und Branntweinbrenner als Finanzminister bot keine Bürgschaft. Vom Träger des Ministeriums (Belcredi) wußte man, daß er nicht der Mann sey, Oesterreich aus seinem Elend zu helfen. Nirgends eine imponirende Kraft des Geistes, die Deutschen wurden beleidigt in bezahlten und nicht bezahlten Blättern, die Nationalitäten gehetzt, durch Maßregelung der Beamten wurde eine Corrumpirung der Beschlüsse der Landtage versucht. Der Himmel von Europa hing voll Wolken und die Interessen Oesterreichs wurden unstaatsmännisch dem Zufall preisgegeben. Die Machtstellung Oesterreichs litt. Wo blieben die Freiwilligen im Lande jenseits der Leitha? Wie spärlich flossen die Gelder aus dem verhätschelten Polen! Wie steht es mit den Finanzen? Unsäglich und zum Verzweifeln traurig. Und wie um die Hebung der materiellen Lage? Ja, für Pferdezucht gibt es Prämien, aber Landschullehrer und Krüppel bekommen nichts. Wollen die Gemeinden selbst für Bildung sorgen, so werden sie zurückgewiesen. Die Richter sind elend besoldet, die Prozesse dauern jahrelang. Der Hypothekarcredit liegt darnieder. Die Justiz wird von einem Minister zu Gunsten eines Cavaliers sistirt, dem Hunderte und Tausende ihr Vermögen anvertraut."

Da die Regierung in Wien trotz der Wünsche der Deutsch-Oesterreicher die Reichsverfassung sistirt lassen wollte, um die Ungarn

zu gewinnen, aber auch dem Nationalitätenprincipe nicht zuviel nachgeben, alſo auch den einfachen Föderalismus nicht zulaſſen wollte, weil damit der Zuſammenhang der verſchiedenen Nationalitäten ſich allzu ſehr gelockert haben würde, machte ſie den Dualismus zu ihrem Programme, die Theilung des Reichs in zwei Hälften, dieſſeits und jenſeits der Leitha. Wenn es nun auch gefährlich ſchien, Croatien und Siebenbürgen unter Ungarn zu ſtellen, ſo mußte doch die Vereinigung der Deutſchen und Böhmen dieſſeits der Leitha den Ungarn wieder mehr imponiren, als wenn ſie getrennt geblieben wären. Das Programm der Regierung war indeß eben ſo wenig durchzuführen, als jedes ihrer früheren Programme. Die Croaten wollten ſich den Ungarn, die Böhmen den Deutſchen nicht fügen. Die Deutſchen aber hatten ein richtiges Gefühl, daß die Regierung, weil ſie nicht mehr mittelſt des deutſchen Elementes zu herrſchen wußte, nothwendig in das magyariſche Lager werde hinüber geführt werden. Als in der Mitte des Dezember der Stadtrath von Wien über eine Anleihe von 25 Millionen für die Stadt berieth, erhoben ſich in ſeinem Schooße Stimmen dagegen, weil ſie an der Zukunft Wiens zweifelten, da der Sitz der Regierung wohl bald nach Peſth werde verlegt werden.

Am 2. Januar 1867 erſchien ein kaiſerliches Patent, worin eine außerordentliche Reichstagsverſammlung für die Kronländer dieſſeits der Leitha einberufen wurde. Sie ſollte keineswegs den ſiſtirten Reichstag auch nur proviſoriſch wiederherſtellen, ſondern war nach demſelben Belcrediſchen Principe, wie die Siſtirung ſelbſt, gegen das Princip der früheren Reichsverfaſſung gerichtet. Deshalb wurde auch ein anderer Wahlmodus vorgeſchrieben, durch welchen die Deutſchen, die immer die alte Reichsverfaſſung zurückwünſchten, in die Minderheit fallen mußten. Die Verſammlung ſollte 202 Mitglieder zählen, 54 vom böhmiſchen, 22 vom mähriſchen, 38 vom galiziſchen Landtag entſendet. Da nun hundert Mitglieder beſchlußfähig ſeyn ſollten, ſo mußten die deutſchen Abgeordneten unter allen Umſtänden von den

ſlaviſchen überſtimmt werden; denn wenn ſie auch austraten, blieben die Slaven auch allein noch immer beſchlußfähig. Die Deutſch-Böhmen erklärten ſogleich, ſie würden keine Wahl annehmen, und in Prag ſtieg der czechiſche Uebermuth ſo hoch, daß die Bürgerwehr nur noch czechiſch, nicht mehr deutſch commandirt ſeyn wollte.

In Wien verſammelten ſich die Mitglieder des niederöſterreichiſchen Landtags unter dem Vorſitz des Freiherrn v. Pratobevera und erklärten, ſie würden am verfaſſungsmäßigen Standpunkt unerſchütterlich feſt halten und eine Wahl in den Reichstag nur anerkennen, wenn ſie in verfaſſungsmäßiger Weiſe vollzogen würde. Ganz ähnliche Beſchlüſſe faßten die Vertreter von Oberöſterreich, Schleſien, Vorarlberg, Steiermark, Kärnthen und Krain diesmal in ſeltener Einigkeit. Eine Verſammlung von Abgeordneten aus ſämmtlichen deutſchen Kronländern beſchloß am 13. Januar in Wien, die Wahlen zur außerordentlichen Reichsverſammlung abzulehnen und dagegen die zum legalen Reichstag vorzunehmen.

Man war in Wien nicht gewohnt, ſich viel um die guten Deutſchen zu bekümmern, die bisher geduldig wie Wachs jeden Druck von oben aufgenommen und jede Beleidigung von Seiten ihrer nichtdeutſchen Mitunterthanen des Kaiſerreichs hingenommen hatten, als müßte es ſo ſeyn. Diesmal aber imponirte die Haltung der Deutſchen und Herr v. Beuſt glaubte umſomehr, ihnen nachgeben zu müſſen, als gerade damals die große Veränderung im bayriſchen Miniſterium eingetreten war und Fürſt Hohenlohe beſchuldigt wurde, er ſey nicht übel geneigt, die Deutſch-Oeſterreicher zu Bayern herüberzuziehen, wenn die Wiener Regierung fortfahre, nur die Magyaren und Czechen zu begünſtigen und die gerechten Anſprüche der Deutſchen gänzlich zu mißachten. Daher in der Wiener Politik ſchon wieder eine Frontveränderung. Der gefeierte Belcredi, dem bisher erlaubt geweſen war, die Deutſchen in Böhmen wie Heloten zu behandeln und dem barbariſchen Czechenthum einen im 19. Jahrhundert unerhörten Triumph

zu bereiten, wurde plötzlich dem neuen Experiment aufgeopfert und aus dem Miniſterium geſtoßen. Der neue Beuſt'ſche Verſuch war, Ungarn und Deutſche zu befriedigen, wodurch die Regierung ſtark genug zu werden hoffte, um der zudringlichen Czechen weniger bedürfen zu müſſen.

Am 18. Februar ging ein Erlaß an ſämmtliche Landtage der Monarchie, worin die Regierung erklärte, ſie ſtehe nunmehr von der Einberufung des außerordentlichen Reichstags ab, weil derſelbe nicht mehr erforderlich ſey, nachdem ſich die Regierung mit den Ungarn verſtändigt habe. Die verfaſſungsmäßige gewöhnliche Reichsverſammlung ſolle daher (wie die Deutſchen es einſtimmig verlangt hatten) wieder einberufen werden und die bisher ſiſtirte Reichsverfaſſung wieder gültig ſeyn. Mehr hatten ja die Deutſchen nicht verlangt, alſo konnten ſie ſich jetzt wieder beruhigen.

Gleichzeitig mit dem Januarpatent wurde ein neues Wehrgeſetz erlaſſen, was ziemlich dem preußiſchen nahe kam, aber gleichfalls auf Widerſtand ſtieß, vor allem in Ungarn. Die Ungarn legten ſogleich Proteſt ein gegen ein Geſetz, das wieder ſo große Opfer von ihnen fordere und nicht verfaſſungsmäßig verabſchiedet ſey. Dieſer Widerſpruch der Ungarn verbunden mit dem der Deutſchen entſchuldigt den Herrn von Beuſt, wenn er nunmehr beiden Nationen einfach nachgab, ihnen ihren Willen ließ und ſich dadurch eine neue Popularität zu erkaufen trachtete.

Auch die Ungarn ſollten beruhigt werden, auch ihnen gab man nach. Das beſondere ungariſche Miniſterium wurde bewilligt und ſofort ernannt. An die Spitze deſſelben trat Graf Andraſſy. Derſelbe war 1849 Präſident des Convents in Debreczin, der das Haus Habsburg entthronte, exilirt, ſpäter amneſtirt und jetzt Miniſter. Auch Eötvös gehörte der heftigſten Oppoſition in Ungarn an und vertheidigte 1849 Peterwardein gegen die kaiſerlichen Truppen. Somſich, Lonyay und Graf Feſtetics waren ebenfalls früher als Revolutionäre

geächtet. Jetzt waren ſie die Begnadigten und Gefeierten. Da ſich die Ungarn ſo energiſch gegen das neue Wehrpatent erklärt hatten, ſiſtirte es der Kaiſer für Ungarn. Dieſe Nachgiebigkeit wurde in Peſth mit lauten Eljens aufgenommen. Die Hauptſache der Neuerung war, daß der Verwirklichung des Deakſchen Programms, der vollen Selbſtändigkeit des Königreich Ungarn, welches nur noch durch Perſonalunion mit den übrigen Kronländern verbunden bleiben ſollte, nichts mehr im Wege ſtand. Dieſen Riß durch die einheitliche Monarchie hatten alle frühern Regierungen auf das beharrlichſte vermieden. Unbedingt Herr über die ungariſche Armee und die ungariſchen Finanzen zu bleiben, hatte bisher als das erſte Gebot öſterreichiſcher Politik gegolten. Wir werden ſehen, zu welchen Folgen die Neuerung führen wird. Einſtweilen wurden die Slaven, denen man kurz vorher ſo viel Wichtigkeit beigelegt hatte, geringſchätzig auf die Seite geſchoben.

Man charakteriſirte die ewig wechſelnde öſterreichiſche Politik einfach und richtig mit dem Satz: der Centralismus bedeutet die Herrſchaft der Deutſchen im Kaiſerreich, Föderalismus die Herrſchaft der Czechen, Dualismus die Herrſchaft der Ungarn.

Nunmehr konnte ſich das Syſtem Belcredi nicht länger behaupten und dieſer Miniſter erhielt, wie geſagt, ſeine Entlaſſung. Der böhmiſche Landtag wurde aufgelöst, 26. Februar 1867, der hohen böhmiſchen Ariſtokratie durch den Kaiſer plötzlich bedeutet, ſie ſollte jetzt wieder umkehren und gut deutſch denken. Hier war Fürſt Carlos Auersperg das bewährte Haupt der Deutſchen; Graf Leo Thun, der ſich ſchon 1848 zweideutig benommen hatte, und Clam-Martiniz führten die czechiſche Partei.

Graf Andraſſy führte am 23. Februar 1867 im ungariſchen Landtag in Peſth feierlich das neue Miniſterium ein und legte dem Landtag zwei Geſetzesentwürfe vor, betreffend die Beſteuerung und Stellung von 48,000 Mann Recruten. Aber am 22. Februar

und noch am 5. März erließ das öſterreichiſche Generalcommando in Peſth Befehle, als ob die vormalige Statthalterei noch beſtehe, wodurch es den Generalen die ſtrengſte Unterordnung unter den Kriegsherrn und das bisherige Commando, und Bewahrung der Mannſchaft vor jedem Einfluß, der die Einheit der Armee gefährden und „eine nationale Sonderſtellung“ begünſtigen könne, vorſchrieb. Die Ungarn proteſtirten laut dagegen und es wurde den Befehlen weiter keine Folge gegeben.

Der Kaiſer bereitete ſeine Krönung als König von Ungarn in Peſth vor. Aber Deak empfahl dem Landtag, die Krönung nicht eher vornehmen zu laſſen, bis die Armee- und Finanzfrage unzweideutig erledigt ſey. Die Regierung gab nach und am 30. März nahm nach einer achtſtündigen lebhaften Debatte das Abgeordnetenhaus in Peſth die Ausgleichung mit der Regierung an. Deak hatte mit 257 gegen 117 Stimmen vollſtändig geſiegt.

So lange Oeſterreich deutſch regierte und mit dem germaniſchen Uebergewicht ſeine nichtdeutſchen Unterthanen in Gehorſam erhielt, blieb es ſtets mächtig und ſeine Politik blieb ſich immer gleich und erlangte eine berühmt gewordene Stetigkeit. So wie es aber das germaniſche Element ſeit dem Wiener Congreß ſyſtematiſch zurückzuſetzen und zu unterdrücken anfing, begann Oeſterreich unvermerkt aus den Fugen zu gehen, aber ſo ſicher, daß der erſte Stoß ſeine Fortexiſtenz in Frage ſtellte. Die innere Einheit der Monarchie beſtand nur noch zum Schein, als ſie 1848 in wenigen Tagen aus einander brach, hier Italien, dort Ungarn und Böhmen ſich frei machten und der deutſche Reſt, die Hauptſtadt Wien ſelbſt, nur noch ein Tummelplatz ungariſcher, italieniſcher und czechiſcher Intriguen war. Ein Oeſterreich exiſtirte damals nur noch in der Armee und dieſe Armee ſiegte. Aber der Dämon, der ſich ſeit dem Wiener Congreß der öſterreichiſchen Politik bemächtigt hatte, ruhte nicht, bis er auch die Armee in ihrer Oberleitung begermaniſirt und demoraliſirt hatte, um ſie von einer

Niederlage zur andern zu führen. Somit brach der letzte Halt der Monarchie. Schon ſeit der lombardiſchen Niederlage mußte ſich die Wiener Regierung durch liberale Conceſſionen, die ihr früher ein Greuel geweſen waren, die verlorene Popularität wieder zu erkaufen ſuchen und um Hülfe bei den Mittelſtaaten bitten, die ſie bisher nur gar ſtolz von oben herunter beſehen hatte. Sie gewann aber nichts dabei, denn es fehlte am Vertrauen. Und dieſes wurde um ſo weniger wieder hergeſtellt, als das Wiener Kabinet wie in Verzweiflung einen Plan nach dem andern in den entgegengeſetzteſten Richtungen verfolgte, jedesmal mit Pathos verkündete, das, was es jetzt wolle, ſey die wahre Lebensaufgabe Oeſterreichs und ſolle mit größter Energie und Treue durchgeführt werden, und doch ſchon im nächſten Jahr wieder zu einem ganz andern Plan und zu ganz andern Verſicherungen und Betheuerungen überſprang. Heute ſchwur man beim Concordat, morgen bei Schmerling, Toleranz und Israel. Heute ſchuf man einen Reichstag, morgen ſiſtirte man ihn ſchon wieder. Heute wollte man Einheit, morgen Föderalismus, übermorgen Dualismus. Heute gab man den Czechen, morgen den Magyaren, übermorgen endlich auch einmal den Deutſchen nach. Heute ging man mit den Mittelſtaaten, morgen mit Preußen, übermorgen wieder gegen Preußen. Nirgends ein Halt, nirgends eine Ausdauer.

Trotz des verhängnißvollen Kriegs bleibt auch jetzt noch die einzig ausgiebige Allianz für Oeſterreich diejenige mit Preußen. Denn ſchließt es ſich an Frankreich an, ſo könnte es zwar Frankreich damit einen Dienſt leiſten, aber der Gegendienſt würde fehlen und Oeſterreich durch eine alsdann kaum zu vermeidende ruſſiſch-preußiſche Allianz erdrückt werden. Suchte Oeſterreich aber eine Allianz mit Rußland, ſo würde es von vorn herein die ihm von der Natur angewieſene Politik aufgeben. Rußland trachtet nach dem Beſitz der Donaumündungen, des untern Donaugebiets und der europäiſchen Türkei. Das iſt der unveränderliche Gedanke in St. Petersburg. Ein noch

viel näher liegendes Intereſſe hat Oeſterreich, ſich bis an die Donaumündungen auszubreiten. Dieſe Ausſicht würde ihm die ruſſiſche Allianz für immer verſperren. Es muß Rußland auch künftighin, wie im Jahr 1854, den Riegel vorſchieben, auf jede Nachgiebigkeit gegen die orientaliſche Politik Rußlands, alſo auch auf eine Allianz mit Rußland zu verzichten und Rußland entgegenzutreten wagen, oder es muß untergehen. In Deutſchland und Italien hat es nichts wiederzugewinnen. Seine Zukunft liegt im Oſten. Wenn es ſich dieſe Zukunft durch eine falſche Politik entgehen läßt, iſt ſein Beſtand unter den europäiſchen Mächten überhaupt in Frage geſtellt. Wenn es dagegen ſeine Machtſphäre bis ans ſchwarze Meer auszudehnen trachtet, wird es niemand zum Feinde haben als Rußland allein, denn alle europäiſchen Mächte haben das gleiche, gemeinſchaftliche Intereſſe, das übermächtige Rußland nicht noch weiter in Europa vorgreifen, noch es in den Beſitz der Levante kommen zu laſſen. Würde alſo Oeſterreich den Ruſſen die Donau verſchließen, ſo würde es der Allianz mit den Weſtmächten und Italien vollkommen gewiß ſeyn und auch Preußen hat ein dringendes Intereſſe, ſich von dem ſchon ſo weit vorgeſchobenen ruſſiſchen Koloß nicht erdrücken zu laſſen, und würde in dem Maaß als Oeſterreichs nächſter Nachbar auch ſein treueſter und nützlichſter Verbündeter werden, als Oeſterreich der deutſchen Politik Preußens keine Hinderniſſe mehr bereiten würde.

Man hat geſagt, es ſey eine zu ſchwierige Aufgabe für Oeſterreich, eine feſte Hegemonie innerhalb des Conglomerates verſchiedenartiger und halb barbariſcher Völkerſchaften im untern Donaugebiet zu erringen und zu behaupten. Allerdings hat es nur zu viel verſäumt, indem es auf die Hegemonie in Deutſchland und Italien einen unverhältnißmäßig größern Werth legte. Es täuſchte ſich in ſeiner nach Weſten operirenden Politik und hat unterdeß zu ſeinem eignen Nachtheile ſeine Miſſion im Oſten vernachläßigt, die Ausbreitung der Civiliſation und die deutſche Auswanderung nach dieſer Seite hin ins

Stocken gerathen laſſen. Es hat geduldet, daß Rumänien und Serbien ein Tummelplatz für ruſſiſche und Mazzini-Koſſuth'ſche Agenten wurden. Es hat die allein den Ruſſen günſtige Thronveränderung in Serbien und das Abhängigwerden Montenegros von Rußland nicht verhindert. Allein noch iſt es nicht zu ſpät. Noch herrſcht Rußland nicht im Donaugebiet. Noch ſind Weſt- und Mitteleuropa ſtark genug, ſich der Ruſſen zu erwehren, und noch iſt die Völker- und Staatengruppirung Europas von der Beſchaffenheit, daß die Strömung der Civiliſation, die ſeit mehr als tauſend Jahren vom Occident nach dem Orient hin ſich ausbreitete, nach der verhältnißmäßig nur kurzen Unterbrechung durch das Vordringen ruſſiſcher Barbarei bis an die Weichſel und ans baltiſche Meer, wohl wieder in Fluß kommen kann, wenn die germaniſchen und romaniſchen Nationen nach dem weiſen Programm Napoleons III. zuſammenhalten.

Die europäiſche, zunächſt germaniſche Civiliſation geht der Donau nach. Wie die Donau ſelbſt, ſo durchbricht ein Strom nichtſlaviſcher Völkerſchaften das weite Gebiet der Slaven und trennt die Rußland unterworfenen Slaven des Nordens von den jetzt noch der Türkei unterworfenen des Südens. Die drei nichtſlaviſchen Völker im Donaugebiet ſind Deutſche, Ungarn und Rumänen. Wenn es den Ruſſen jemals gelänge, die Schranken, die ihm dieſe Völkerſchaften ſetzen, wegzuräumen, ſo vermöchten ſich Deutſchland und ganz Europa der ruſſiſchen Weltherrſchaft kaum mehr zu widerſetzen. Ungarn iſt längſt in die Sphäre germaniſcher Bildung hineingezogen, Rumänien im Begriff, es zu werden. Europa hat keine dringendere Aufgabe, als dieſe Staaten gegen Rußland zu ſchützen. Sie ſind die natürlichen Alliirten der Deutſchen gegen Rußland und es liegt in ihrem eigenen Intereſſe, ſich an Deutſchland zu halten, weil ihre Nationalität, ihre Religion, ihre alten Rechte und Freiheiten von Deutſchland aus niemals können gefährdet werden, während ſie von Rußland genau dieſelbe Behandlung erfahren würden, wie die unglücklichen Polen.

Denn Rußland raſirt alles weg, was nicht in ruſſiſche Uniform gezwängt iſt und mehr weiß und glaubt, als das dumpfe Popenthum erlaubt.

Es iſt der Mühe werth, ſich im untern Donauthal ein wenig zu orientiren, denn unſern Zeitungslesern ſind die dortigen Verhältniſſe ſehr unbekannt oder wenigſtens unklar geblieben. Wir führen deshalb hier noch weiter aus, was wir im achten Buch nur andeuteten. Im Norden Ungarns gibt es innerhalb des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates drei ſlaviſche Völkerſtämme, zunächſt die Polen im weſtlichen Galizien und in ihrer alten Hauptſtadt Krakau, wie alle Polen unbeſonnene Hitzköpfe und den Deutſchen feind, aber wenigſtens nicht ruſſiſch geſinnt, entſchiedene und unermüdliche, wenn auch unglückliche Vertheidiger der europäiſchen Ritterlichkeit und der abendländiſchen Kirche gegen die ruſſiſche Barbarei. Das zweite Volk ſind die Slowaken, von denen ungefähr die Hälfte lutheriſch und die andere katholiſch iſt und die bei viel perſönlicher Rührigkeit ſich der deutſchen Cultur angeſchloſſen haben. Nur der dritte Volksſtamm, die Ruthenen, ſind den Ruſſen näher verwandt und gehören auch der griechiſchen Kirche an. Sie zählen nicht ganz 3 Millionen, ungefähr eben ſo viel die Slowaken. Sie bilden aber einen Keil von Galizien nach Ungarn hinein und werden ſtark von ruſſiſchen Agenten bearbeitet. Wenn Ungarn nicht das Schickſal Polens erleben will, muß es ſich zähe und feſt an Deutſchland anklammern, und wenn wir Deutſche an der mähriſchen und niederöſterreichiſchen Grenze nicht Koſakenpoſten haben wollen, ſo dürfen wir alles für Ungarn thun, um uns dieſen Vorpoſten, dieſes ſtarke Bollwerk zu erhalten.

Im Süden Ungarns beginnen abermals ſlaviſche Völkerſchaften eine an die andere ſich anreihend. Allein ſie haben keine nähere Verwandtſchaft mit den eigentlichen Ruſſen und gehören auch nicht alle der griechiſchen Kirche an. Alle ihre Gebiete an der Südgrenze Ungarns ſind durch die berühmte Militärgrenze in einer Erſtreckung

von 200 Meilen in zwei Gebiete getheilt. Das nördliche gehört Oeſterreich, das ſüdliche der Pforte. Das erſtere iſt durchaus aus den Flüchtlingen und Auswanderern aus den gegenüberliegenden türkiſchen Landſchaften bevölkert, ſo daß dem türkiſchen Croatien ein öſterreichiſches, dem türkiſchen Serbien ein öſterreichiſches gegenüberliegt. Auf der öſterreichiſchen Seite ſind dieſe Slaven unter dem Namen der Grenzer militäriſch organiſirt. Es hätte jedoch für ihre Civiliſation und für ihren Wohlſtand viel mehr geleiſtet werden können, als geleiſtet worden iſt. Südwärts von der Militärgrenze auf türkiſchem Gebiet hat ſich Serbien zu einem faſt ſelbſtändigen Fürſtenthum erhoben, während weſtwärts Bosnien und die Herzegowina noch von Türken und muhamedaniſchem Adel geplagt werden, die Montenegriner aber ein freies Räubervolk darſtellen. Hier Boden zu gewinnen, hat die öſterreichiſche Politik auffallend verſäumt, den ruſſiſchen Agenten nicht energiſch entgegen gewirkt und es in Behandlung des ſerbiſchen Hofes und der Belgrader Feſtungsfrage an diplomatiſchem Takte fehlen laſſen. In Bulgarien hat ſich große Neigung zur katholiſchem Kirche offenbart und haben bedeutende Uebertritte ſtattgefunden; die Zeitungen wußten aber dabei nicht von öſterreichiſchen, ſondern nur von franzöſiſchen Agenten zu reden. Es wäre vom allerhöchſten Werthe für Europa, wenn die katholiſche Kirche im Gebiet der europäiſchen Türkei mehr Raum gewänne. Wer aber, außer dem klugen Manne in Paris, nimmt ſich dieſer Frage an? Man rühmt ſich im mittleren und weſtlichen Europa der höchſten religiöſen, wiſſenſchaftlichen und ſocialen Bildung, und doch geſchieht von hier aus nichts, um die katholiſche Kirche in Polen, die lutheriſche in Livland gegen die Gewaltübergriffe der griechiſchen Kirche zu ſchützen und die Chriſten in der Türkei für die abendländiſche Kirche zu gewinnen. Im proteſtantiſchen Deutſchland findet man häufig eine totale Unkenntniß dieſer Verhältniſſe. Man erwägt nicht, wie tief der katholiſche Glauben mit dem abendländiſchen Geiſt, mit jener nur den Romanen und Germanen eignen

Erleuchtung zuſammenhängt, während in der griechiſchen Kirche nicht einmal gepredigt wird und ihr todtes Ceremoniell ſich nur aſiatiſcher Barbarei anpaßt. Man vergißt, wie nothwendig es dem gleichfalls ſchon vom ruſſiſchen Popenthum in den Oſtſeeprovinzen ſchwer bedrohten Proteſtantismus wäre, mit dem Katholicismus vereinigt dem gemeinſamen Feinde zu widerſtehen. In merkwürdiger Verblendung aber feinden die beiden abendländiſchen Kirchen einander an und gönnen einander nichts und nicht ſelten leſen wir in ruſſiſchen Blättern, wie man in Rußland über unſere Einfalt hohnlacht.

Noch iſt es Zeit, die Slaven der Türkei zunächſt durch Oeſterreich unter Mitwirkung aller mittel- und weſteuropäiſchen Mächte für die abendländiſche Bildung und für ihr Zuſammenſtehen mit einer großen abendländiſchen Politik zu gewinnen. Aber es gehört ein einfacher und natürlicher Verſtand dazu und ein gerader Sinn, die uns leider durch allzuhoch geſchraubte Bildung und durch allzu zerſplitterte Intereſſen abhanden gekommen ſind. Wir, obgleich unendlich gebildet, verlieren uns im Detail. Der Ruſſe, obgleich Barbar, behält immer das Ganze im Auge.

Wichtiger als alles andere iſt das Verhältniß Böhmens zu Deutſchland. Zum erſtenmale ſeit dem Huſitenkriege hat ſich hier wieder eine fanatiſche Czechenpartei aufgethan und iſt leider noch bis vor ganz kurzer Zeit, bis zum Sturze des Miniſterium Belcredi, von der Regierung in Wien und von einem großen Theile der deutſchen Ariſtokratie unterſtützt und in ihrem Uebermuthe beſtärkt worden. Dieſe Partei aber hat auch in Polen und Rußland Verbindungen und der Panſlavismus, in den polniſchen Farben überwunden, nimmt je mehr und mehr die ruſſiſchen an. Man darf kaum zweifeln, daß ſich die Sympathien in St. Petersburg, die ſich ſchon ſo deutlich für die Ruthenen in Galizien ausgeſprochen haben, auch auf die Czechen ausdehnen würden, wenn es der ruſſiſchen Politik gelänge, die deutſchen

Nachbarn Böhmens, wie bisher, in zwei feindliche Lager getrennt zu halten.

Wenn man eine gerade Linie von Wien nach Breslau zieht, ſo liegt ganz Böhmen rechts auf der weſtlichen oder deutſchen Seite und reicht bis ins Herz Deutſchlands, nur wenige Meilen von der Straße entfernt, die von Nürnberg über Hof nach Leipzig führt. Kaiſer Karl V. machte Böhmen zum erſten weltlichen Kurfürſtenthum und wollte Prag zur Hauptſtadt des deutſchen Reiches machen. Ein bloßer Blick auf die Landkarte lehrt, daß Böhmen als ein deutſches Land betrachtet werden muß, daß die große deutſche Nation um keinen Preis dieſes wichtige Land, das in Deutſchlands Mitte und nicht an ſeinen Grenzen liegt und deſſen Einwohner theils Deutſche, theils germaniſirte Slaven ſind, einzig dem kleinen Reſt czechiſcher Barbaren, die dort noch nicht deutſch gelernt haben und jeder Cultur entbehren, überlaſſen darf, da ſie allein lediglich nichts bedeuten und nur ein Werkzeug ruſſiſcher Eroberungspolitik werden würden. Dabei iſt Oeſterreich nicht allein betheiligt, die Sache geht alle Deutſchen an. Der neue norddeutſche Bund würde, wenn je in Böhmen eine den Deutſchen feindſelige Macht feſten Fuß faſſen könnte, eben ſo bedroht ſeyn, als Oeſterreich, gleichviel, ob dort noch deutſches oder mehr ungariſches Intereſſe maßgebend wäre. In dieſer Frage gibt es für Deutſche und Ungarn nur ein Intereſſe.

Das unzweifelhafte Ergebniß aller dieſer Betrachtungen kann kein anderes ſeyn als: das Zuſammengehen Oeſterreichs mit Preußen iſt heute noch eben ſo empfehlenswerth, als es vor dem Kriege war.

Achtzehntes Buch.

Indemnität und Siegesjubel in Preußen.

Die Schnelligkeit des Telegraphen machte es möglich, daß die Siegesnachricht von Königgrätz noch am Abend des Schlachttages ſelbſt nach Berlin gelangte. Das Telegramm des Königs wurde von der Königin Auguſta am andern Morgen unter lautem Kanonendonner bekannt gemacht. Die aus dem Schlaf geweckte Bevölkerung Berlins eilte auf die Straßen und beglückwünſchte ſich unter unendlichem Jubel.

Zur Charakteriſtik des Königs diene folgende Notiz, welche wir dem Halleſchen Volksblatt von 1866, Nr. 75 entnehmen. Im Jahr 1848 wurde der damalige Prinz von Preußen durch die Revolution aus Berlin vertrieben. Grade weil man von ihm mehr Energie erwartete, als von ſeinem königlichen Bruder, hatten ihn die Radicalen auf alle erdenkliche Art verleumdet und ihn dem Volk verhaßt zu machen geſucht. Er mußte ſich eine Zeitlang nach London zurück-

ziehen und kaum war er dort angekommen, ſo ging er in die deutſch-evangeliſche Kirche, um ſich Troſt von oben zu erbitten. Dieſer Kirche ſtand damals noch der greiſe hochehrwürdige Doctor Steinkopf aus Württemberg vor. Als der Prinz in die Kirche trat, ſang die Gemeinde grade aus Nr. 399 ihres Geſangbuchs den dritten Vers:

Da ſiehſt du Gottes Herz,
Das kann dir nichts verſagen,
Sein Mund, ſein theures Wort
Vertreibt ja alles Zagen.
Was dir unmöglich dünkt,
Kann ſeine Vaterhand
Noch geben, die von dir
Schon ſo viel Noth gewandt!

Dieſe Worte drangen dem Prinzen tief ins Herz. Er bat den Pfarrer um ein Geſangbuch, unterſtrich die Verſe des Liedes und nahm es mit. Noch jetzt liegt es auf ſeinem Schreibtiſch im Schloſſe Babelsberg und man lieſt darin unter dem bezeichneten Liede von ſeiner Hand geſchrieben: „Bei meiner erſten Beiwohnung des Gottesdienſtes 1848 den 2. April wurde dieſer Theil des Liedes geſungen, als vom Küſter mir dargehalten. Babelsberg 15. 7. 50.“ Dieſe letzten Ziffern bedeuten vielleicht 15. Juli 1850.

Der König von Preußen hatte den Landtag nach Berlin einberufen und kehrte aus Oeſterreich am 4. Auguſt ebenfalls dahin zurück, begleitet vom Kronprinzen, dem Grafen Bismarck, dem Kriegsminiſter und vielen andern Prinzen und Generalen. Sein Empfang noch ſpät in der Nacht war glänzend, ſein Weg durch die Linden prachtvoll illuminirt und fünfmal mußte er auf den Balkon ſeines Palaſtes treten und ſich der jubelnden Volksmenge zeigen. Der Berliner Magiſtrat überreichte ihm eine Adreſſe voll Hingebung. Der König antwortete: „Mein Heer, das Volk in Waffen, hat an Heldenmuth und Ausdauer ſich den glorreichſten Thaten ſeiner Väter ebenbürtig

gezeigt und Thaten vollbracht, welche die Geſchichte unauslöſchlich verzeichnen wird. Die Geſittung, welche mein tapferes Heer in Feindesland zeigte, ſo wie die Geſinnung und Opferfreudigkeit, welche alle Claſſen der Daheimgebliebenen bewieſen, ſind die Frucht einer väterlichen Volkserziehung meiner großen Ahnen. Preußen mußte das Schwert ziehen, als es ſich zeigte, daß es die Erhaltung ſeiner Selbſtändigkeit galt; aber auch zur Neugeſtaltung Deutſchlands hat es ſein Schwert gezogen. Erſteres iſt erreicht, letzteres möge mir unter Gottes fernerem Segen gelingen!“

Die Logik der Thatſachen war allzu unwiderſtehlich, als daß ſie nicht ihre ganze Macht auf das Volk, ja ſelbſt auf ſeine bisherigen Verführer hätte üben ſollen. Das wüthende Gebell und Gehetze der Bismarckfreſſer war verſtummt. Die Phyſiognomie Berlins war eine andere geworden.

Gleich am folgenden Tage nach der Ankunft des Königs eröffnete derſelbe den Landtag, der ſchon einige Tage früher angekündigt war, deſſen Eröffnung aber ſich verſpätet hatte, weil der König nicht eher hatte ankommen können.

Die Thronrede, welche der König, vor dem Throne ſtehend, mit tief bewegter Stimme vorlas und die oft von ſtürmiſchem Beifall unterbrochen wurde, lautete wie folgt:

„Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häuſern des Landtages! Indem ich die Vertretung des Landes um mich verſammelt ſehe, drängt mich mein Gefühl, vor allem auch von dieſer Stelle meinen und meines Volkes Dank für Gottes Gnade auszuſprechen, welche Preußen geholfen hat, mit ſchweren, aber erfolgreichen Opfern nicht nur die Gefahren feindlicher Angriffe von unſern Grenzen abzuwenden, ſondern in raſchem Siegeslauf des vaterländiſchen Heeres dem ererbten Ruhme neue Lorbeern hinzuzufügen und der nationalen Entwicklung Deutſchlands die Bahn zu ebnen.

„Unter dem ſichtbaren Segen Gottes folgte die waffenfähige

Nation mit Begeiſterung dem Rufe in den heiligen Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes und ſchritt unſer heldenmüthiges Heer, unterſtützt von wenigen, aber treuen Bundesgenoſſen, von Erfolg zu Erfolg, von Sieg zu Sieg, im Oſten wie im Weſten. Viel theures Blut iſt gefloſſen, viel Tapfere betrauert das Vaterland, die ſiegesfroh den Heldentod ſtarben, bis unſere Fahnen ſich in einer Linie von den Karpathen bis zum Rhein entfalteten.

„In einträchtigem Zuſammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, ſoll ſie nicht umſonſt geſäet ſeyn, erwachſen müſſen.

„Liebe Herren von beiden Häuſern des Landtags! Auf die Finanzlage des Staates kann meine Regierung den Blick mit Befriedigung wenden. Durch ſorgliche Vorſicht und gewiſſenhafte Sparſamkeit ſind wir in den Stand geſetzt, die großen finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, welche die gegenwärtigen Zeitverhältniſſe in naturgemäßem Gefolge haben. Obwohl ſchon in den letzten Jahren durch den Krieg mit Dänemark der Staatskaſſe beträchtliche Opfer aufgelegt worden ſind, iſt es doch gelungen, die bisher erwachſenen Koſten des gegenwärtigen Krieges aus den Staatseinnahmen und vorhandenen Beſtänden, ohne andere Belaſtung des Landes, als die durch die geſetzlichen Naturalleiſtungen zu Kriegszwecken erwachſene bereit zu ſtellen.

„Um ſo zuverſichtlicher hoffe ich, daß die Mittel, welche zur erfolgreichen Beendigung des Krieges und zur Bezahlung der Naturallieferungen, bei Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit in den Finanzen erforderlich ſind, von Ihnen bereitwillig werden gewährt werden.

„Ueber die Feſtſtellung des Staatshaushaltsetats hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieſer Zeit geleiſtet ſind, entbehren daher der geſetzlichen Grundlage, welche der

Staatshaushalt, wie ich wiederholt anerkenne, nur durch das nach Artikel 99 der Verfassungsurkunde alljährlich zwischen meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält.

„Wenn meine Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staats-Institute Existenzfragen des Staates waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Nothwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf.

„Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung in so weit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushalts-Gesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig ertheilt und damit der bisherige Conflict für alle Zeit um so sicherer zum Abschluß gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig werden getragen werden.

„Die Vorlagen, welche in dieser Beziehung behufs Einberufung einer Volksvertretung der Bundesstaaten erforderlich sind, werden dem Landtage unverzüglich zugehen.

„Meine Herren! Mit mir fühlen Sie, fühlt das ganze Vaterland die Wichtigkeit des Augenblicks, der mich in die Heimath zurückführt. Möge die Vorsehung eben so gnadenreich Preußens Zukunft segnen, wie sie sichtlich die jüngste Vergangenheit segnete! Das walte Gott!“

Das Abgeordnetenhaus trat nun unter ganz veränderten Umständen wieder zusammen und hatte auch in seinem Personal bedeutende Aenderungen erfahren. Die Macht der Thatsachen hatte auf die Wahlen Einfluß geübt. Die conservativen Reihen hatten sich merklich verstärkt und wenn sie auch noch nicht in der Mehrheit waren, so sah sich doch auch die Opposition zu einer großen Mäßigung in ihren Ansprüchen genöthigt. Sie konnte die großen Erfolge der Regierung nicht schmähen, sie durfte der Armee ihre Anerkennung, ihren Dank nicht versagen. Daß die von ihr bisher stets verworfene Armeeorganisation des höchsten Lobes würdig sey, hatte der Krieg in Böhmen in schlagender Weise bewiesen. Nie hatte sich auf eine glänzendere Weise die Praxis der Regierung bewährt, nie hatte sich das rechthaberische Kammergeschwätz ärger blamirt als hier.*) Man bemerkte daher auch nur wüthende Verbissenheit der durch die Thatsachen geschlagenen Maulhelden neben einer gemessenen, die Reue mit Anstand maskirenden Geneigtheit, im Interesse des Landes der von der Oppo-

*) Ein edler Staatsmann der Eidgenossenschaft, v. Segesser, sagt in seinen Studien und Glossen zur Tagesgeschichte, S. 72: „Niemals hat man eine unvernünftigere Opposition gesehen, als die dieser s. g. preußischen Volksvertreter. Der preußische Staat, seine ganze Bedeutung als Großmacht, sein festes Gefüge bei losem Zusammenhang der verschiedenen Theile, beruht wesentlich auf seiner Heeresorganisation und auf seinem Landwehrsystem, das die politischen Vortheile der Milizverfassung mit den Erfordernissen einer activen Militärmacht vereinigt. Dieses Heerwesen nun, die geniale Schöpfung der größten Männer aus Preußens größter Zeit, erkor sich die preußische Landesvertretung zum Zielpunkt ihrer Opposition! Wenn man die seitherigen Erfolge dieser Heeresorganisation ins Auge faßt und sich dabei der fortwährenden Angriffe auf dieselbe erinnert, welche fast die ganze Thätigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses in den letzten Jahren absorbirten, so erstaunt man über die Unfähigkeit dieses halb feudalen, halb revolutionären Constitutionalismus, der nur in den Mittelclassen der Gesellschaft wurzelt und der Masse des Volks fremd gegenübersteht."

ſition bisher ſo ſchwer beleidigten Regierung die Hand zu reichen. In der Sitzung vom 10. Auguſt kündigte der frühere Präſident Grabow feierlich an, daß er diesmal eine Wahl zum Präſidenten nicht annehmen werde, weil er nicht wolle, daß ſeine Perſon ein Hinderniß des guten Einvernehmens mit der Regierung werden könne. Doch wählte die bisherige Oppoſition mit noch immer 170 Stimmen ſeinen Geſinnungsgenoſſen v. Forckenbeck. Weitere 136 Stimmen fielen auf v. Arnim (die conſervativen) und 22 auf den Grafen Schwerin (die altliberalen).

Die Berathung einer Antwortsadreſſe auf die Thronrede war von langer Dauer und ſehr ſchwierig. Daß man der Regierung nachgeben müſſe und das unvernünftige Toben und Schreien wie früher nicht mehr erheben dürfe, leuchtete ſo ziemlich jedem ein. Aber man wollte ſich doch nicht als geſchlagen bekennen, man wollte der Regierung noch imponiren und in Bezug auf die Art und Weiſe, wie das mit einigem Erfolg geſchehen könne, gingen die Meinungen ſehr auseinander. Die Hand, welche vom Abgeordnetenhaus dem vier Jahre lang ſo wüthend angegriffenen, ſo ungerecht verhöhnten Grafen Bismarck geboten werden ſollte, zitterte und zuckte krampfhaft, indem ſie ſich dennoch nach und nach ausſtreckte. In allen Schattirungen der Parteien wurden Adreßentwürfe fabrizirt und in den Parteiclubs ſcrupulös berathen, erſt drei, dann fünf, dann ſieben, dann gar neun.

Inzwiſchen wirkte, bis die Antwortsadreſſe endlich fertig wurde, die Regierung durch ihre Mittheilungen an das Haus und Graf Bismarck durch perſönliche Erklärungen wohlthätig und im Sinne der Verſöhnung auf die Stimmung des Hauſes ein. Am 17. Auguſt kündigte König Wilhelm von Preußen dem Landtage die Einverleibung von Hannover, Kurheſſen, Naſſau und Frankfurt am Main in die preußiſche Monarchie an, noch nicht die der Elbherzogthümer. Die königliche Botſchaft motivirte den Entſchluß mit Folgendem: „Jene Staaten haben ſowohl die Neutralität, als das von Preußen unter

dem Verſprechen der Garantie ihres Territorialbeſtandes ihnen wiederholt und noch in letzter Stunde angebotene Bündniß abgelehnt, an dem Kriege Oeſterreichs mit Preußen thätigen Antheil genommen und die Entſcheidung des Kriegs über ſich und ihre Länder angerufen. Dieſe Entſcheidung iſt nach Gottes Rathſchluß gegen ſie ausgefallen. Die genannten Länder würden, falls ſie ihre Selbſtändigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographiſchen Lage bei einer feindſeligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußiſchen Politik und militäriſchen Aktion Schwierigkeiten und Hemmniſſe bieten können, welche weit über das Maß ihrer thatſächlichen Macht und Bedeutung hinausgehen. Nicht in dem Verlangen nach Ländererwerb, ſondern in der Pflicht, unſere ererbten Staaten vor wiederkehrenden Gefahren zu ſchützen, der nationalen Neugeſtaltung Deutſchlands eine breitere und feſtere Grundlage zu geben, liegt für uns die Nothwendigkeit, das Königreich Hannover, das Kurfürſtenthum Heſſen, das Herzogthum Naſſau und die freie Stadt Frankfurt mit unſerer Monarchie zu vereinigen. (Bravo rechts.) Wohl wiſſen wir, daß nur ein Theil der Bevölkerung jener Staaten mit uns die Ueberzeugung von dieſer Nothwendigkeit theilt; wir achten und ehren die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit, welche die Bewohner derſelben an ihre bisherigen Fürſtenhäuſer und ihre ſelbſtändigen politiſchen Einrichtungen knüpfen; allein wir vertrauen, daß die lebendige Betheiligung an der fortſchreitenden Entwicklung des nationalen Gemeinweſens in Verbindung mit einer ſchonenden Behandlung berechtigter Eigenthümlichkeiten den unvermeidlichen Uebergang in die neue größere Gemeinſchaft erleichtern werde. Die beiden Häuſer des Landtags fordern wir auf, die zur beabſichtigten Vereinigung erforderliche verfaſſungsmäßige Einwilligung zu ertheilen."

Schleswig und Holſtein ſollten erſt nach vollem Abſchluß des Friedens mit Oeſterreich einverleibt werden, die Vorlage darüber blieb alſo ausgeſetzt.

In der Adreßcommiſſion äußerte ſich Graf Bismarck wie folgt: „Ueber die in der deutſchen Politik zu erſtrebenden Ziele iſt wenig Meinungsverſchiedenheit, weder zwiſchen den einzelnen Antragſtellern der Adreſſen, noch zwiſchen der Regierung und der Landesvertretung. Es fragt ſich nur, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln dieſe Ziele ſich erreichen laſſen. Die k. Regierung hat ſich die Grenze des Möglichen ſtellen müſſen, d. h. deſſen, was ſich erringen läßt ohne zu große, unverhältnißmäßige Opfer und ohne die Zukunft zu compromittiren. Das hätten wir aber gethan, wenn wir über die unſerer Politik jetzt geſtellte Linie hinausgegangen wären. Die Zuſage aber, welche wir in dieſer Beziehung gegeben, müſſen wir halten und ſo vor allem den Glauben an unſer Wort befeſtigen. Wir glauben aber auch nicht, daß es nützlich geweſen wäre, jetzt weiter zu gehen. Wir haben auch in der preußiſchen Regierung ſo viel Ehrgeiz, daß er eher der Mäßigung als der Stimulirung bedarf. Nach den Friedenspräliminarien iſt die Regelung der nationalen Beziehungen des ſüddeutſchen Bundes zu dem norddeutſchen vorbehalten. Sie iſt alſo nicht ausgeſchloſſen, und die Art derſelben wird weſentlich davon abhängen, ob das Bedürfniß dazu von Süddeutſchland ſowohl in ſeinen Regierungen, wie in ſeinen Völkerſchaften lebhafter empfunden wird, als wie dies gegenwärtig der Fall iſt, wo wir ſehen, daß preußiſche Militärs, die ſich jenſeits der Demarkationslinie zeigen, den Ausbrüchen der Volkswuth ausgeſetzt ſind. Zunächſt kam es uns darauf an, dem neuen Bunde feſte Grundlagen zu geben. Ich glaube, daß ſie um ſo weniger feſt ausfallen würden, je ausgedehnter derſelbe wäre, wir könnten unmöglich einem Staate wie Bayern ſolche Zumuthungen ſtellen, wie wir ſie im Norden jetzt erheben müſſen. Die erſte dieſer feſten Grundlagen ſuchen wir in einem ſtarken Preußen, ſo zu ſagen in einer ſtarken Hausmacht des leitenden Staates, den wir deshalb in einem direkten Beſitze erheblich verſtärkt haben. Das Band des engeren Bundes, durch das wir außerdem Norddeutſchland verknüpfen

wollen, wird dagegen ſo feſt wie die Einverleibung nicht ausfallen. Indeß gab es, um der Wiederkehr ſolcher Dinge vorzubeugen, daß befreundete und verwandte Volksſtämme durch ihre Regierungen genöthigt, uns im Rücken unſerer Heere entgegentreten konnten, nur zwei oder eigentlich drei Methoden. Die eine iſt eben die Einverleibung und die vollkommene Verſchmelzung mit Preußen ſelbſt bei widerſtrebender Bevölkerung, namentlich widerſtrebendem Beamten- und Offizierſtande, die ſich durch ihre Treue an die früheren Regierungen gebunden fühlen. Die Regierung denkt die Schwierigkeiten derſelben auf deutſche Art zu überwinden, durch Schonung der Eigenthümlichkeiten und allmälige Eingewöhnung, nicht wie es bei romaniſchen Völkern üblich iſt, mit einem Schlage. Die zweite Methode iſt die Theilung der Hoheitsrechte, ſo daß es gewiſſermaßen einen Militärherrſcher und einen Civilherrſcher giebt; durch die Umſtände genöthigt, werden wir dieſe Methode in Sachſen verſuchen müſſen. Früher hatte ich eine lebhafte Neigung für dieß Syſtem. Nach den Eindrücken aber, die mir bei Gelegenheit der Aufſtellung der Februarbedingungen gegenüber von Schleswig-Holſtein geworden, befürchte ich, daß ein ſolches Syſtem eine dauernde Quelle von Verſtimmungen bilden wird, eine Quelle, die länger fließen dürfte, als die Abneigung gegen den neuen Herrſcher bei wirklich annektirten Ländern. Bei jener Gelegenheit hielt man mir das einſchneidende Wort entgegen: ‚Wir wollen nicht Preußen zweiter Claſſe ſeyn;‘ aber ganz abgeſehen von ſolchen Empfindungen hat dieſes Syſtem den Nachtheil, daß der eine der beiden Herrſcher, der Militärherrſcher, der fremde, immer nur mit Anforderungen kommt, während alle wohlthätigen Einflüſſe der Civilverwaltung in den Händen des alten Landesherrn bleiben. Ich bedaure, daß wir, wie geſagt, genöthigt ſeyn werden, dieſes Experiment in Sachſen zu machen. Die dritte Methode endlich wäre die Zerreißung des bisher beſtandenen Gemeinweſens; das haben wir verſchmäht, ein ſehr verkleinertes Hannover, Sachſen, Kurheſſen u. ſ. w.

Mit dieſem Syſtem haben wir 1815 in Sachſen trübe Erfahrungen gemacht. Zwar ſind die an Preußen gekommenen Theile völlig mit dieſem Staate verwachſen, aber in dem ſelbſtändig gebliebenen Theile hat ſich von da ab eine entſchiedene Abneigung gegen Preußen erhalten; deshalb haben wir dieſes Syſtem, das uns ſuppeditirt wurde, diesmal völlig beſeitigt, wir haben das Intereſſe der Regierten über das der Dynaſtien geſtellt. Es iſt wahr, es macht dieß vielleicht den Eindruck der Ungerechtigkeit, aber die Politik hat nicht die Aufgabe der Nemeſis; die Rache iſt nicht unſer, ſondern wir haben zu thun, was für den preußiſchen Staat eine Nothwendigkeit iſt, und deshalb haben wir uns durch kein dynaſtiſches Mitgefühl leiten laſſen. Und deshalb haben wir aus dieſen Ländern ſelbſt ſchon Anerkennung gefunden. Hannoveraner haben ſich mir gegenüber ſo ausgeſprochen: ‚Erhalten Sie uns unſere Dynaſtie, wenn das aber nicht möglich iſt, dann zerreißen Sie wenigſtens nicht unſer Land, ſondern nehmen uns ganz.‘ Was unſere Bundesgenoſſen betrifft, ſo haben wir nur deren wenige und ſchwache gehabt, aber es iſt nicht blos eine Pflicht, ſondern ebenſo gebietet es die Klugheit, auch dem kleinſten unſer Wort zu halten. Je rückhaltloſer Preußen zeigt, daß es ſeine Feinde von der Landkarte wegfegen kann, um ſo pünktlicher muß es ſeinen Freunden Wort halten. Gerade in Süddeutſchland wird dieſer Glauben an unſere politiſche Redlichkeit von großem Gewicht ſeyn. Was die Reichsverfaſſung angeht, ſo iſt auch ſie nur eine der Formen, in der das von mir angedeutete Problem gelöst wird. Ich gebe zu, daß ſie das, theoretiſch genommen, ſchärfer und richtiger thut, als unſer Bundesproject, indem ſie die Fürſten gewiſſermaßen zu Unterthanen, zu Vaſallen des Kaiſers macht, dieſe werden aber vielmehr geneigt ſeyn, einem Mitverbündeten, einem Beamten des Bundes Rechte einzuräumen, als einem eigentlichen Kaiſer und Lehnsherrn.“

Endlich vereinigten ſich die Parteien des Hauſes mit nur ſchwachen Ausnahmen zu einer Antwortsadreſſe folgenden Inhalts: „Allerdurch-

lauchtigſter, Großmächtigſter König! Allergnädigſter König und Herr! Eure Königliche Majeſtät haben in einem großen Augenblicke von weltgeſchichtlicher Bedeutung uns um Ihren erhabenen Thron verſammelt. Unſer Volk preist in Demuth die Gnade Gottes, welche Euer Majeſtät theures Leben beſchirmte und ſo Großes zu vollbringen zuließ. Die großen Thaten, welche unſer tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Main, hier an die Thore der Hauptſtadt Oeſterreichs führten, haben unſer Herz mit freudigem Selbſtgefühl und mit lebhaftem Dank erfüllt. Wir ſprechen den Dank des Volkes aus an die Tauſende, welche das Grab bedeckt, an die ſämmtlichen überlebenden Streiter des ſtehenden Heeres und der in großer Zeit geſchaffenen Landwehr, an die einſichtigen Führer, vor Allen an Eure Majeſtät Selbſt, die Sie in der entſcheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Noth und Gefahr mit den Kämpfern getheilt und dem Kriege durch raſche Führung ein Ziel geſetzt haben. — Von hoher Bedeutung ſind ſchon jetzt die errungenen Erfolge: die Auflöſung der Bundesverfaſſung, die Auseinanderſetzung mit Oeſterreich, die Erweiterung der Grenzen und des Machtgebietes unſeres Staates, und die dadurch gegebene Ausſicht, daß in nicht ferner Zeit ein politiſch geeintes Deutſchland unter Führung des größten deutſchen Staates ſich entwickeln könne. — Dieſe Früchte, davon ſind wir mit Eurer Majeſtät überzeugt, werden nur in einträchtigem Zuſammenwirken zwiſchen Regierung und Volksvertretung zur Reife gedeihen. Ohne die Sicherung und Ausbildung der verfaſſungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Huldigung der Geiſter und Herzen in Deutſchland, welche allein der Macht Haltbarkeit und Dauer verleiht. — Gegenüber der Thatſache, daß ſeit einer Reihe von Jahren die Staatsausgaben ohne einen zur geſetzlichen Feſtſtellung gelangten Staatshaushaltsetat und theilweiſe im Widerſpruch mit den Beſchlüſſen des Abgeordnetenhauſes geleiſtet worden ſind, gereicht es dem Letzteren zur großen

Genugthuung, daß Eure Majestät feierlich auszusprechen geruht haben, daß die in jener Zeit geleisteten Geldausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehren, weil dieselbe nur durch das nach Artikel 99 der Verfassungsurkunde alljährlich zu Stande zu bringende Etatsgesetz erlangt werden kann. Im Hinblick auf dies Königliche Wort, welches die Nothwendigkeit eines nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses ins Leben tretenden jährlichen Staatshaushaltsgesetzes, sowie demgemäß die Nothwendigkeit einer für die Vergangenheit zu erwirkenden Indemnitätserklärung der beiden Häuser des Landtages anerkennt, ist das Vertrauen der Landesvertretung gerechtfertigt, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes vor Beginn des Etatsjahres jeder Conflict verhütet werde. — Die den Berathungen des Landtages unterbreiteten Vorlagen über die Indemnitätsertheilung und die Finanzen werden wir mit pflichtmäßiger Sorgfalt in Erwägung nehmen. — Mit derselben Sorgfalt werden wir die freudig und dankbar begrüßten Vorlagen über die Einverleibung der mit Preußen zu vereinigenden deutschen Lande und über die Einberufung einer Volksvertretung der norddeutschen Bundesstaaten prüfen, vertrauen jedoch, daß, wenn Rechte des preußischen Volkes und Landtages zu Gunsten eines künftigen Parlaments aufgegeben werden sollen, diesem Parlamente auch die volle Ausübung dieser Rechte gesichert seyn wird. — Durchdrungen von der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlichen Entwicklung desselben, welche die Vorsehung in Eurer Majestät Hände gelegt hat. Wir können uns der Erkenntniß nicht verschließen, daß derselben noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß mit der Constituirung des norddeutschen Bundes nicht bis zur Beseitigung derselben gewartet werden kann. Aber fest überzeugt von der Nothwendigkeit eines nationalen Bandes zwischen dem Norden und Süden des deutschen Vaterlandes, hoffen wir zuversichtlich, daß dasselbe in nicht allzu

ferner Zukunft geſchaffen werden wird, namentlich dann, wenn die deutſchen Stämme im Süden die ſchon jetzt in weiten Kreiſen daſelbſt empfundene Gefahr einer Zerreißung Deutſchlands erkennen und dem Bedürfniſſe nach einer nationalen feſten Vereinigung mit dem Norden einen aufrichtigen und unzweideutigen Ausdruck geben. — Königliche Majeſtät! In allen großen Tagen unſerer preußiſchen Geſchichte fanden zu dem Geiſte und der Kraft ſeiner Fürſten ſich die des Volkes in Aufopferung und Hingebung geſellt. So ſoll es auch ferner unter uns bleiben, und wer möchte dann wider uns ſeyn? — In tiefſter Ehrfurcht verharren wir Eurer Majeſtät treu gehorſamſte das Haus der Abgeordneten.“

In der Debatte über dieſe Adreſſe konnte der alte Jude Jacoby nicht unterlaſſen, ſich wieder mit ſeiner unleidlichen Wichtigthuerei hervorzudrängen. In ſeiner Rede anerkannte der Jude großmüthig die Tapferkeit des preußiſchen Heeres, ſagte aber, der Krieg ſey ohne, ja gegen den Willen des Volks unternommen worden und der Sieg ſey nicht der Volkspartei, ſondern nur dem oberſten Kriegsherrn zu Gute gekommen. Trotz des Sieges habe dieſer Krieg dem preußiſchen Volk weder zur Ehre, noch dem geſammten deutſchen Vaterlande zum Heile gereicht. (Bei dieſer frechen Behauptung unterbrach ihn der Unwille des Hauſes.) Die Gegenwart urtheile über ſich ſelbſt immer befangen. Die Zukunft werde zeigen, ob der Tag von Biarritz ehrenvoller geweſen ſey als der von Olmütz. Man habe ein einiges Deutſchland erſehnt, der Sieg habe nur Zerſpaltung gebracht. Die Stärkung Preußens ſey nicht die Stärkung Deutſchlands. Daure in Preußen das bisherige Regierungsſyſtem fort, ſo werde ſich die neue Geſtaltung Deutſchlands zur früheren verhalten wie Tod zur Krankheit. Dieſe Regierung verlange Indemnität, aber für ein jahrelanges verfaſſungswidriges budgetloſes Regiment könne keine Volksvertretung Indemnität gewähren, zumal wenn die alten Miniſter auf ihrem Poſten bleiben. Der Redner ſetzte in dieſen weniger erhabenen als hämiſchen

Worten voraus, Graf Bismarck habe in geheimen Verabredungen zu Biarritz das deutsche Nationalintereſſe an Frankreich verkauft, während doch gerade die unruhige und mürriſche Haltung der franzöſiſchen Preſſe bewies, daß dem nicht ſo ſey.

Sodann war es nur eine lächerliche Prahlerei, de jure die Abſetzung eines Miniſters zu verlangen in dem Augenblick, in welchem er de facto die größten Erfolge für das Land errungen hatte.

Der Abgeordnete Reichensperger von der katholiſchen Partei bemühte ſich in ſeiner Adreßrede, die deutſche Frage der preußiſchen voranzuſtellen und glaubte, nach Zertrümmerung der Bundesverfaſſung gewähre die Vergrößerung der preußiſchen Hausmacht dem von ihr getrennten übrigen Deutſchland keine Bürgſchaft des Zuſammenhaltens mehr. Er ermahnte alſo die Regierung, nicht bloß ſpeziell preußiſche Intereſſen, ſondern die deutſchen Geſammtintereſſen ins Auge zu faſſen.

Der polniſche Abgeordnete Labiensky wollte aus dem Bündniß, welches Preußen mit Italien geſchloſſen hatte, und aus einer in Böhmen verbreiteten preußiſchen Proklamation den Schluß ziehen, daß Preußen, wenn es dem Nationalitätenprinzip in Italien, Böhmen und Ungarn Vorſchub leiſte, es auch in Polen thun müſſe. Graf Bismarck antwortete ihm aber, die Proklamation eines Generals in Feindesland ſey kein geeignetes Aktenſtück, um zur Unterlage ſtaatsrechtlicher Erörterungen in unſern innern Angelegenheiten zu dienen.

Am 25. Auguſt wurde die Adreſſe durch eine Deputation dem König überreicht. Derſelbe äußerte ſich wohlwollend und gnädig und bemerkte nur: „Die Vorzüge der Armeereorganiſation würden nun wohl erkannt werden, denn ohne dieſe wäre es nicht möglich geweſen, ſo große Mühſeligkeiten zu überwinden und ſolche Erfolge zu erzielen.“ Nachdem der König hierauf über die Schwierigkeiten geſprochen, welche dem norddeutſchen Bunde noch entgegenſtänden, fuhr er fort: „Das Budgetrecht ſey von der Regierung nie beſtritten worden, die Etats ſeyen dem Abgeordnetenhauſe immer zur Berathung und Gutheißung

ferner Zukunft geſchaffen werden wird, namentlich dann, wenn die deutſchen Stämme im Süden die ſchon jetzt in weiten Kreiſen daſelbſt empfundene Gefahr einer Zerreißung Deutſchlands erkennen und dem Bedürfniſſe nach einer nationalen feſten Vereinigung mit dem Norden einen aufrichtigen und unzweideutigen Ausdruck geben. — Königliche Majeſtät! In allen großen Tagen unſerer preußiſchen Geſchichte fanden zu dem Geiſte und der Kraft ſeiner Fürſten ſich die des Volkes in Aufopferung und Hingebung geſellt. So ſoll es auch ferner unter uns bleiben, und wer möchte dann wider uns ſeyn? — In tiefſter Ehrfurcht verharren wir Eurer Majeſtät treu gehorſamſte das Haus der Abgeordneten."

In der Debatte über dieſe Adreſſe konnte der alte Jude Jacoby nicht unterlaſſen, ſich wieder mit ſeiner unleidlichen Wichtigthuerei hervorzudrängen. In ſeiner Rede anerkannte der Jude großmüthig die Tapferkeit des preußiſchen Heeres, ſagte aber, der Krieg ſey ohne, ja gegen den Willen des Volks unternommen worden und der Sieg ſey nicht der Volkspartei, ſondern nur dem oberſten Kriegsherrn zu Gute gekommen. Trotz des Sieges habe dieſer Krieg dem preußiſchen Volk weder zur Ehre, noch dem geſammten deutſchen Vaterlande zum Heile gereicht. (Bei dieſer frechen Behauptung unterbrach ihn der Unwille des Hauſes.) Die Gegenwart urtheile über ſich ſelbſt immer befangen. Die Zukunft werde zeigen, ob der Tag von Biarritz ehrenvoller geweſen ſey als der von Olmütz. Man habe ein einiges Deutſchland erſehnt, der Sieg habe nur Zerſpaltung gebracht. Die Stärkung Preußens ſey nicht die Stärkung Deutſchlands. Daure in Preußen das bisherige Regierungsſyſtem fort, ſo werde ſich die neue Geſtaltung Deutſchlands zur früheren verhalten wie Tod zur Krankheit. Dieſe Regierung verlange Indemnität, aber für ein jahrelanges verfaſſungswidriges budgetloſes Regiment könne keine Volksvertretung Indemnität gewähren, zumal wenn die alten Miniſter auf ihrem Poſten bleiben. Der Redner ſetzte in dieſen weniger erhabenen als hämiſchen

Worten voraus, Graf Bismarck habe in geheimen Verabredungen zu Biarritz das deutsche Nationalintereſſe an Frankreich verkauft, während doch gerade die unruhige und mürriſche Haltung der franzöſiſchen Preſſe bewies, daß dem nicht ſo ſey.

Sodann war es nur eine lächerliche Prahlerei, de jure die Abſetzung eines Miniſters zu verlangen in dem Augenblick, in welchem er de facto die größten Erfolge für das Land errungen hatte.

Der Abgeordnete Reichensperger von der katholiſchen Partei bemühte ſich in ſeiner Adreßrede, die deutſche Frage der preußiſchen voranzuſtellen und glaubte, nach Zertrümmerung der Bundesverfaſſung gewähre die Vergrößerung der preußiſchen Hausmacht dem von ihr getrennten übrigen Deutſchland keine Bürgſchaft des Zuſammenhaltens mehr. Er ermahnte alſo die Regierung, nicht bloß ſpeziell preußiſche Intereſſen, ſondern die deutſchen Geſammtintereſſen ins Auge zu faſſen.

Der polniſche Abgeordnete Labiensky wollte aus dem Bündniß, welches Preußen mit Italien geſchloſſen hatte, und aus einer in Böhmen verbreiteten preußiſchen Proklamation den Schluß ziehen, daß Preußen, wenn es dem Nationalitätenprinzip in Italien, Böhmen und Ungarn Vorſchub leiſte, es auch in Polen thun müſſe. Graf Bismarck antwortete ihm aber, die Proklamation eines Generals in Feindesland ſey kein geeignetes Aktenſtück, um zur Unterlage ſtaatsrechtlicher Erörterungen in unſern innern Angelegenheiten zu dienen.

Am 25. Auguſt wurde die Adreſſe durch eine Deputation dem König überreicht. Derſelbe äußerte ſich wohlwollend und gnädig und bemerkte nur: „Die Vorzüge der Armeereorganiſation würden nun wohl erkannt werden, denn ohne dieſe wäre es nicht möglich geweſen, ſo große Mühſeligkeiten zu überwinden und ſolche Erfolge zu erzielen.“ Nachdem der König hierauf über die Schwierigkeiten geſprochen, welche dem norddeutſchen Bunde noch entgegenſtänden, fuhr er fort: „Das Budgetrecht ſey von der Regierung nie beſtritten worden, die Etats ſeyen dem Abgeordnetenhauſe immer zur Berathung und Gutheißung

vorgelegt, und was den in der Thronrede gebrauchten Ausdruck ‚Indemnität' anlange, ſo ſey eine ſolche dem Sinne nach wiederholt beantragt worden. Leider ſey eine Einigung nicht zu Stande gekommen, und für dieſen Fall enthalte die Verfaſſung gar keinen Paragraphen, der der Regierung vorſchreibe, was ſie dann zu thun habe. Träte dieſer Fall wieder ein, ſo würde die Regierung ebenſo handeln müſſen, wie ſie bisher gehandelt habe. Aber ein ſolcher Conflict, davon ſey der König überzeugt, werde nicht wieder vorkommen."

In der Sitzung des 1. September kramten gleichwohl die berühmteſten Schreier der vorigen Zeit die Eitelkeit ihrer Theorien von neuem aus. Waldeck wollte keine Indemnität bewilligen oder verlangte wenigſtens vorher ein Miniſterverantwortlichkeitsgeſetz. Ebenſo Gneiſt. Waldeck wollte ſogar noch einmal die Armeereorganiſation in Frage ſtellen. Aber v. Vincke wies darauf hin, daß die budgetloſe Regierung nur durch das Haus verſchuldet worden ſey, welches die jetzt als ſo vortrefflich bewährte Reform des Heeres habe verhindern wollen. Wagener erinnerte an die frechen Verhöhnungen, welche die Linke den um das Land ſo verdienſtvollen Miniſtern ins Geſicht geſchleudert hätte, gerade weil ſie dem Wohl des Landes dienten. Graf Bismarck ermahnte zum Frieden im Innern, welcher nothwendig den äußern Frieden ergänzen müſſe.

Die Rede des Grafen Bismarck in der Sitzung des Abgeordnetenhauſes vom 1. September verdient ihres Freimuths und ihres praktiſchen Verſtandes wegen wörtlich mitgetheilt zu werden. „Je aufrichtiger," ſagte der Miniſterpräſident, „die Regierung den Frieden wünſcht, um ſo mehr fühlen ihre Mitglieder die Verpflichtung, ſich jedes Eingehens auf retroſpective Kritik zu enthalten, ſey es abwehrend oder angreifend. Wir haben in den letzten Jahren unſern Standpunkt von beiden Seiten mit mehr oder weniger Bitterkeit oder Wohlwollen vertreten. Keiner hat vermocht, den Andern zu überzeugen. Jeder hat geglaubt, recht zu handeln, wenn er ſo handelte, wie er that.

Auch in auswärtigen Verhältniſſen würde ein Friedensſchluß ſchwerlich zu Stande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Theilen das Bekenntniß vorangehen ſollte: ‚Ich ſehe es jetzt ein, ich habe Unrecht gehandelt.‘ Wir wünſchen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig ſind, im Gegentheil, die Fluth ging mehr zu unſern Gunſten als vor Jahren; denn ich glaube nicht, daß man uns anklagen wird, ich glaube nicht, daß wenn dies geſchieht, man uns verurtheilen wird. Man hat dem Miniſterium viele Vorwürfe gemacht, aber der der Furchtſamkeit iſt neu.*) Wir wünſchen den Frieden, weil das Vaterland ihn in dieſem Augenblicke mehr bedarf, als früher, weil wir hoffen, ihn jetzt zu finden; wir hätten ihn früher geſucht, wenn wir gehofft hätten, ihn früher finden zu können. Wir glauben ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königl. Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in ihrer Mehrzahl

---

*) Die unverbeſſerliche Arroganz der parlamentariſchen Prahler gab ſich in der dreiſten Behauptung kund, wenn ſie, die Fortſchrittspartei, im Miniſterium geſeſſen wären, würde ihr Sieg den von Königgrätz noch weit übertroffen haben. Sie, die für die Armee keinen Heller bewilligten und mit allen Feinden Preußens Hand in Hand gingen. Das Halleſche Volksblatt ſpottete darüber ſehr mit Recht: „Da findet Einer, ein wahrhaft conſtitutionelles Miniſterium würde noch ganz andere Erfolge gehabt haben. Es iſt ſpaßhaft, wie es in dem Kopfe ſolcher Leute ausſehen muß (wenn das, was ſie reden, wirklich ihre Ueberzeugung iſt, was oft ſchwer zu glauben). Gerathen ſie auf die Frage: wie gewinnt man Schlachten von Königgrätz? ſo antworten ſie: durch freiheitliche Entwicklung und verfaſſungstreues Syſtem. Wie überwindet man das Widerſtreben der Anhänger des Alten in den neu incorporirten Ländern: Durch freiheitliche Entwicklung und verfaſſungstreues Syſtem. Wie begegnet man Napoleon III.? Durch freiheitliche Entwicklung und verfaſſungstreues Syſtem. Wie ſchafft man eine Flotte? Wie macht man das Wetter? Wie macht man aus Trichinen nützliche Hausthiere? Alles durch freiheitliche Entwicklung und durch verfaſſungstreues Syſtem.“

erſtreben, nicht ſo fern ſteht, als Sie vielleicht vor Jahren gedacht haben, nicht ſo fern ſteht, wie das Schweigen der Regierung über Manches, was verſchwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen könnte. Aus dieſen Gründen glauben wir den Frieden jetzt zu finden und ſuchen ihn ehrlich, wir haben Ihnen die Hände dazu geboten und der Commiſſionsantrag gibt uns Bürgſchaft, daß Sie in dieſe Hand einſchlagen werden. Wir werden dann die Aufgaben, die uns zu löſen bleiben, mit Ihnen in Gemeinſchaft löſen, ich ſchließe von dieſen Aufgaben Verbeſſerungen der innern Verwaltung, Herſtellung der regelmäßigen Verfaſſungszuſtände keineswegs aus. Aber nur gemeinſam werden wir ſie löſen können, indem wir auf beiden Seiten erkennen, daß wir demſelben Vaterlande mit demſelben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des andern zu zweifeln. In dieſem Augenblick ſind aber die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unſern Einſatz im Spiel gewiſſermaßen erhöht; wir haben mehr zu verlieren, als vorher, aber gewonnen iſt das Spiel noch nicht; aber je feſter wir im Innern zuſammenhalten, deſto ſicherer ſind wir, es zu gewinnen in dieſem Augenblick. Wenn Sie ſich im Auslande umſehen, wenn Sie die Wiener Zeitungen durchgehen, und zwar diejenigen, von denen bekannt iſt, daß ſie die Meinungen der kaiſerlichen Regierung vertreten, ſo werden Sie diejenigen Aeußerungen des Haſſes und der Aufregung gegen Preußen finden, die auch vorher vorhanden geweſen waren, und die nicht wenig dazu beigetragen haben, den Krieg zum Ausbruch zu bringen. Sehen Sie die Völker von Süddeutſchland, wie ſie ſich in der Armee vertreten finden, da iſt der Grad von Verſöhnlichkeit und von Erkenntniß einer gemeinſamen Aufgabe des geſammten Deutſchlands gewiß nicht vorhanden, ſo lange bayriſche Truppen aus dem Eiſenbahnwagen meuchlings auf preußiſche Offiziere ſchießen. Sehen Sie ſich das Verhalten der einzelnen deutſchen Regierungen an gegenüber den gemeinſam zu errichtenden Einrichtungen; es iſt bei

einigen vollständig befriedigend, bei andern widerſtrebend; gewiß aber iſt, daß Sie kaum in Europa eine Macht finden werden, welche die Conſtituirung dieſes neuen deutſchen Geſammtlebens in wohlwollender Weiſe förderte, welche nicht das Bedürfniß hätte, ſich in ihrer Weiſe an dieſer Conſtituirung zu betheiligen, ſey es auch nur, um einem der mächtigern Bundesgenoſſen, wie Sachſen, die Möglichkeit nicht zu verkümmern, dieſelbe Rolle noch einmal ſpielen zu können wie bisher. Deswegen, meine Herren, iſt unſere Aufgabe noch nicht gelöst, ſie erfordert die Einigkeit des geſammten Landes der That nach und dem Eindruck auf das Ausland nach. Wenn man oft geſagt hat, was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verſpielt, ſo habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden, was Schwert und Feder gewonnen haben, iſt von dieſer Tribüne vernichtet."

Vergebens ſetzte die Oppoſition ihre Proteſtationen fort. In der Sitzung vom 3. September ſagte Achenbach den unverbeſſerlichen Schreiern: „Schon viele, die in dieſem Hauſe geſeſſen, haben ſich für Eckſteine gehalten und ſind doch von der Nation verworfen worden. Der Boden, auf dem die Herrn ſtehen, iſt hohl. Herr Gneiſt hat im preußiſchen Beamtenthum nur Fäulniß geſehen, in Wahrheit zeichnet dasſelbe Gewiſſenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit aus.*) Sicherheit ſucht Herr Gneiſt in einem Miniſterverantwortlichkeitsgeſetze. Hat ein ſolches Papier die Dynaſtie Ludwig Philipps geſchützt?" Lasker mahnte das Haus an die große Frage der Neugeſtaltung Deutſchlands, verwies auf das bald zuſammentretende norddeutſche Parlament und warnte das Haus, es möge ſich hüten, daß man nicht einſt von ihm ſage: der große Moment fand nur ein kleines Geſchlecht. Schultze-Delitzſch hatte den Kopf ſo verloren, daß ihm die Naivetät entwiſchte, wenn

*) In keinem Staate findet man eine größere Solidität, Unbeſtechlichkeit und gute Zucht der Beamtenwelt, als in Preußen. Ihre Folie iſt leider die öſterreichiſche. Dort herrſcht Fäulniß, nicht aber in Preußen.

Bismarck früher die Volksrechte anerkannt hätte, würde ſeine Politik jetzt nicht nöthig haben, bei der Mainlinie ſtehen zu bleiben. Graf Eulenburg erwiderte ihm ſehr wahr, wenn Graf Bismarck ſich früher der Oppoſition des Hauſes gefangen gegeben hätte, würden ihm als Beſiegten die Hände gebunden geweſen ſeyn. (Auch wollte man ihn ja ſtürzen und gar nicht als Miniſter behalten.) Graf Eulenburg erinnerte noch einmal daran, welche Garantien die Regierung dem Hauſe gegeben habe. „Wir ſuchen den Frieden und dafür, daß wir ihn aufrichtig ſuchen, mögen Ihnen die aus königlichem Munde geſprochenen Worte Bürge ſeyn. In der Form haben wir gefehlt, aber ſo gefehlt, als wenn man einen verbotenen Weg betritt, um ſchneller einen Ertrinkenden zu retten.“ v. Vincke rief aus: „Die Herrn von der Oppoſition können ſich dem eingetretenen Umſchwunge ſelber nicht mehr entziehen. Möge man alſo endlich die alten Nergeleien fahren laſſen und der Welt zeigen, daß wir eins ſeyen in einem großen Augenblick. Im Lande ſagt man, die Fortſchrittspartei habe blos vom innern Conflict gelebt. Würde die Indemnität nicht ertheilt, ſo wäre die Wiederwahl dieſer Herrn (deren Reihen ſchon ſehr gelichtet ſind), nicht wahrſcheinlich.“ Sogar Twesten erhob ſich zu einem patriotiſchen Aufſchwung. „Die hundert Tauſende von Kriegern,“ ſprach er, „die jetzt an den heimathlichen Herd zurückkehren, wollen nicht vom Budgetſtreit, ſondern von ihren Siegen ſprechen. Die Regierung bedarf des Hauſes und wir müſſen die Gelegenheit freudig ergreifen, um mitzuwirken zur Einheit Deutſchlands. Eine neue Epoche für die Geſchichte des Vaterlandes iſt angebrochen und das Haus iſt verantwortlich dafür, daß der große Augenblick nicht unbenutzt vorübergehe. Das gegenwärtige Miniſterium hat ſchwer geſündigt, aber durch ſeine großen Erfolge ſich das Recht auf Indemnität erworben!“ Als noch Schultze-Delitzſch bemerkte, das Volk ſey gegen den Krieg geweſen, erwiderte ihm Graf Eulenburg, man könne nur ſagen, das Volk ſey nicht kriegsluſtig geweſen und auch der König ſey es nicht geweſen.

Erſt als die Nothwendigkeit des Krieges herantrat, ſey ſie vom König bis zum letzten Soldaten hinab begriffen worden. Mit großer Beſcheidenheit ſey die Armee ins Feld gezogen, mit großer Beſcheidenheit habe ſie ſich nach ihren Siegen benommen, mit großer Beſcheidenheit verhalte ſich nach dieſen Siegen auch jetzt die Regierung. Dieſe Beſcheidenheit ſey es, die den Staat groß gemacht, nicht jene Elemente, die vor dem Kriege geſchrien haben: keinen Bruderkrieg und dieſem Miniſterium keinen Pfennig!

Dieſe Schlußrede wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Die Verbiſſenheit der alten Regierungsfeinde konnte nicht mehr durchdringen. Die große Mäßigung der Regierung, die Macht der Thatſachen, der geſunde Verſtand trugen den Sieg davon. Die Indemnität wurde im Abgeordnetenhauſe mit 230 gegen 75 Stimmen und ein Credit für die Regierung von 154 Mill. ebenfalls mit ſehr großer Majorität angenommen.

Am folgenden Tage erſtattete eine Commiſſion des Abgeordnetenhauſes Bericht über die Annexionsvorlage der Regierung. Hier machten ſich wieder vexatoriſche Rechtsbedenken geltend. Während es ſich darum handelte, Deutſchland der Einheit näher zu führen, endlich die klägliche Vielſtaaterei zu beſchränken, wurde dem Grafen Bismarck ein preußiſches Eroberungsrecht beſtritten und das kleinſtaatliche Recht vertheidigt, als ob es ſich blos um die Vergrößerung eines Particularſtaats auf Koſten anderer gleich berechtigter gehandelt hätte und nicht vielmehr um die Bekämpfung und Ueberwindung des Particularismus durch ein wachſendes Band der Einigkeit Aller. Graf Bismarck ſtellte ſich auf dieſen höheren nationalen Standpunkt, verwahrte ſich gegen den Vorwurf roher Gewalt und rechtfertigte die Eroberung nicht aus einem particulariſtiſchen Intereſſe Preußens, ſondern aus dem Urrechte der deutſchen Nation, zu exiſtiren, zu athmen und ſich zu einigen. Preußen ſey nicht der Zweck, ſondern nur das Mittel für Deutſchland. Es ſolle der deutſchen

Nation nur die für ihre Exiſtenz nöthige Grundlage liefern. In der Mehrheit der Commiſſion ſiegte das richtige Gefühl und der geſunde Verſtand und ſie ſtimmte dem Grafen Bismarck zu. Nur einige unverbeſſerliche Rabuliſten der Kleinſtaaterei reclamirten das Selbſtbeſtimmungsrecht ſämmtlicher deutſchen Krähwinkel.

Freiherr v. Vincke ſagte in der Adreßdebatte: „Die Thronrede in der großartigen Weiſe, in welcher der König uns mitten im Siegeslauf die Hand zur Verſöhnung reicht, iſt die That eines echt deutſchen Monarchen und der Beweis einer echt deutſchen Geſinnung. Ich wenigſtens glaube, daß ſo etwas in einem romaniſchen Staate nicht möglich geweſen wäre.“ Dieſes Wort bezeichnet ſehr gut den Unterſchied zwiſchen deutſcher und franzöſiſcher Volksvertretung. Die deutſche hatte in allen frühern Zeiten das Geſammtwohl des Staates, des Fürſten wie des Volkes, im Auge. Indem ſie den Haushalt des Staates controlirte, und der Krone rieth oder abrieth, war ihr erſtes Augenmerk immer die Erhaltung des Beſitzſtandes, die gedeihliche Fortdauer der politiſchen und nationalen Exiſtenz. Mit einem Wort, die deutſche Volksvertretung, wie ſie früher im Reich und unter den einzelnen Landeshoheiten ſich ausgebildet hat, war immer conſervativ und hinderte ſo viel möglich die revolutionären Ausſchreitungen einzelner Kaiſer und Fürſten, durch welche die Exiſtenz des Reichs oder des fürſtlichen Territoriums, Ruhe und Gedeihen des Volkes gefährdet waren. Die franzöſiſche Volksvertretung dagegen, wie ſie aus der Revolution hervorgewachſen iſt, blieb revolutionär und iſt es heute noch. Nur wenn ſie durch eine ſtarke Regierungsgewalt niedergehalten wird, hört ſie auf, gefährlich zu ſeyn. So wie ſie ſtark genug iſt, ſtürzt ſie jede Regierung. Ihr gegenüber iſt allein die Regierung conſervativ und muß es ſeyn, weil die ehrgeizigen Elemente in der Oppoſition nur nach Zerſtörung und Aenderung ſtreben, jeden Augenblick bereit, die Exiſtenz des Staates und das Wohl des Volkes aufs Spiel zu ſetzen. In

ihren Debatten concentrirt ſich alles immer nur zu dem Stoß, wodurch die jeweilige Miniſterbank, ja der Thron der Dynaſtie ſelber umgeſtürzt werden ſoll. Wie viel ſolche Umſtürze hat Frankreich erlebt, ehe noch ein Jahrhundert voll geworden iſt!

Das moderne Verfaſſungsweſen in Deutſchland, wie es ſeit der Reſtauration zuerſt in den mittleren und kleinen Bundesſtaaten eingeführt wurde, war bekanntlich nur eine ſchwächliche und geiſtloſe Nachahmung des franzöſiſchen, unhiſtoriſch, nicht aus der deutſchen Geſchichte, nicht aus der deutſchen Erfahrung, nicht aus dem deutſchen Volksgemüth, nicht aus deutſchem Geiſt hervorgewachſen. Die von den vormaligen Rheinbundfürſten den Mittel- und Kleinſtaaten octroyirten Verfaſſungsurkunden waren mit einziger Ausnahme der württembergiſchen (denn die Württemberger ließen ſich nichts octroyiren) ein matter Abklatſch der franzöſiſchen Charte und auch nur darauf berechnet, das Volk zu täuſchen, eitlen Advokaten und Profeſſoren ein unſchädliches Spielzeug in die Hand zu geben und durch einen plötzlich zur Schau getragenen Liberalismus die gehäſſige Despotenwillkür, welche ſie noch kurz vorher unter Napoleons Schutz verübt hatten, vergeſſen zu machen und wieder populär zu werden. Wenn die parlamentariſche Oppoſition etwa unangenehm wurde, ſchrieb Fürſt Metternich eine kleine Note und der Bundestag erhob ſich als grimmiger Wauwau, um die unartigen Kinder zu ſchrecken. Dennoch täuſchten ſich die Fürſten, die parlamentariſche Spielerei blieb ihnen nicht ſo ganz ungefährlich, wie ſie meinten. Sie ſelbſt hatten ja mit ihren der franzöſiſchen Charte nachgeäfften Verfaſſungen die franzöſiſche Oppoſitionsſchule nach Deutſchland verpflanzt. Nicht nur die Charte hatte ihre Nachbilder in Deutſchland gefunden, ſondern auch die ſyſtematiſche Oppoſition gegen jede beſtehende Regierung. Wie viel die deutſchen Schüler von den franzöſiſchen Meiſtern gelernt hatten, zeigte in zwei Abſtufungen die deutſche Nachahmung der Julirevolution und ſpäter der Februarrevolution. Die deutſchen Throne wankten.

Die deutſche Oppoſition hatte wirklich etwas gelernt, aber nur etwas Franzöſiſches, ja ſie hatte in ihrem franzöſiſchen Ideengange auch nur daran zu denken vergeſſen, was ihr als einer Vertretung des deutſchen Volks zu thun oder zu laſſen geziemte. Ganz ähnlich der franzöſiſchen Oppoſition verſtand ſie nur zu zerſtören, aber nichts zu bauen. Deswegen kam in der Paulskirche nichts Gedeihliches zu Stande.

In Preußen wurde die Volksvertretung ganz nach der franzöſiſchen Schablone und in einer Zeit revolutionärer Bewegung eingeführt. Alſo auch hier war ſie nicht natürlich aus dem geſchichtlichen Boden hervorgewachſen, nichts Eigenes, nichts dem Volksgemüth und dem nationalen Geiſt Entſprechendes, nur aus einer undeutſchen Sphäre adoptirt, dem deutſchen Volk unnatürlich aufgepfropft, nur das Panier einer in fremder Schule groß gezogenen Partei, die wohl zu deſtruiren, aber nicht zu conſerviren, zu zertrümmern, aber nicht zu bauen verſtand. Es wäre freilich dieſer Partei nicht möglich geweſen, eine ſo große Rolle in Preußen zu ſpielen, wenn ihr nicht leider die deſtructiven Tendenzen, die ſeit dem Altenſtein'ſchen Miniſterium auf den preußiſchen Univerſitäten zur Herrſchaft gelangt waren, mächtig in die Hände gearbeitet hätten. In der traurigen Periode nämlich, in welcher man in Preußen ſich vom Kaiſer Nicolaus und Fürſten Metternich gängeln ließ und die patriotiſche Jugend, in der noch die Begeiſterung der Freiheitskriege fortglühte, ſyſtematiſch verfolgte, begünſtigte man auf den Univerſitäten unter Humboldts Einfluß nur die exacten Naturwiſſenſchaften mit ſtarker Hinneigung zum religionsfeindlichen Materialismus, in der Theologie theils den platteſten Rationalismus, theils jene wiſſenſchaftlichen Taſchenſpieler, welche die Selbſtvergötterungslehre Hegels für das wahre Chriſtenthum ausgaben. Dazu geſellte ſich in der Unterhaltungsliteratur ein vorzugsweiſe in Berlin gepflegter Spottgeiſt, der das jüdiſche Literatenthum (Börne und Heine) in die Mode brachte. So reifte unter den gebildeten Claſſen in Preußen (natürlich nicht im gemeinen Volke, welches der

neuen Schulweisheit und Literatur fern blieb), eine jüngere Generation heran, die ſtark zur Negation neigte und die mit Eiferſucht die Fortſchritte der Oppoſition in Frankreich und ſelbſt in den kleinen conſtitutionellen Staaten Deutſchlands verfolgte. Als der Damm, der dieſe Oppoſitionselemente lange zurückgehalten hatte, in Preußen endlich riß und man auch hier eine Verfaſſung nach dem Muſter der franzöſiſchen Charte bekam, ſtand auch die Oppoſition nach dem Muſter der franzöſiſchen ſchon fix und fertig da.

Rührig lernte die Oppoſition in Preußen den ältern parlamentariſchen Oppoſitionen bald die Handgriffe der Agitation ab, das Drängen und Treiben in der Preſſe, die Kunſt mit einer kleinen Mehrheit von ſ. g. Gebildeten die große Mehrheit des Volks zu überſtimmen, den Terrorismus bei den Wahlen und in der Kammer, die wohl organiſirte Perfidie, womit der Regierung jedes Recht, jede Einſicht, jeder gute Wille abgeſprochen wird, die ganze Rabuliſterei, mit welcher der franzöſiſche Liberalismus zwanzigmal die Miniſter und zweimal den Thron ſelbſt umſtürzte. Es iſt der Oppoſition in Preußen nicht eingefallen, weder aus Pflichtgefühl für das Staatswohl, noch aus nationalem Ehrgefühl die Volksvertretung im deutſchen Sinne aufzufaſſen. Nur mit geringen Ausnahmen waren alle dieſe Schwätzer und Schreier des preußiſchen Parlaments nur Epigonen jener ältern Berühmtheiten der weiland Pariſer Deputirtenkammer. Und ſo ſehr hatte ſie der Nachahmungstrieb verblendet, daß ſie die Wirklichkeit überſahen und immer vorausſetzten, nur das ſey wahr, was ſie ſich einbildeten.

Nach ſolchen groben Täuſchungen der preußiſchen Oppoſition war auf nichts ſo dringend aufmerkſam zu machen, als worauf Freiherr von Vincke in den oben angeführten Worten aufmerkſam gemacht hat, nämlich auf den großen Unterſchied einer deutſchen Volksvertretung von einer bloßen Nachäffung der franzöſiſchen.

Wenn Herr von Bernuth im Herrenhauſe, nachdem das Abge-

ordnetenhaus mit großer Mehrheit die Indemnität ausgesprochen hatte, eine Befriedigung darüber bezeugte, als ob ein Alpdruck für ihn aufgehört hätte, „weil die nunmehr abgeschlossene budgetlose Periode für Preußens Entwicklung keine günstige und erfreuliche gewesen sey," so hat er damit doch nicht das Richtige getroffen, obgleich die oberflächlich urtheilende Menge ungefähr dasselbe denken mochte. Jene budgetlose Periode war eine Prüfungszeit, eine Lehrzeit, welche sicher noch die besten Früchte tragen wird. Möchte man doch endlich begreifen, ihr Hauptwerth bestehe darin, daß sie die völlige Nichtigkeit französischer Experimente im deutschen Verfassungswesen zur klaren Anschauung gebracht hat. Selbst Gneist, der sich früher ein so schnödes Benehmen gegen den Ministerpräsidenten erlaubt hatte, war ehrlich genug, jetzt zu sagen: „Noch heute können die beiden Häuser des Landtags spurlos hinweg genommen werden und es bleibt dennoch eine vollständige Staatsmaschine übrig, die an keiner Stelle irgend eine Lücke hat." Warum fügte er nicht hinzu, was das hohe Haus der Abgeordneten daraus zu lernen habe?

Der 20. September war zum feierlichen Einzug des siegreich zurückgekehrten Heeres in Berlin bestimmt und das Fest wurde durch heiteres Wetter begünstigt. Es war einer der schönsten Herbsttage. Ganz Berlin hatte sich in Schmuck geworfen, da war kein Haus, aus dem nicht schwarz-weiße Fahnen wehten, das man nicht mit Blumen und Teppichen geschmückt hätte. Die meiste Pracht aber war entfaltet unter den Linden, vom Brandenburger Thor und dem Pariser Platz an bis zum königlichen Schloß. Das Brandenburger Thor war in eine kolossale Ehrenpforte umgewandelt. Auf dem Pariser Platz befanden sich zu beiden Seiten Tribünen für 7000 Personen, theils für den Magistrat, theils für die Verwundeten. Sämmtliche Linden, welche bekanntlich eine Doppelallee bilden, waren durch Guirlanden unter einander verbunden. Dazwischen standen riesige Flaggenbäume mit Trophäen und Fahnen in den Farben des Landes,

der Provinzen und der Stadt. Rechts und links von der mittlern Promenade ſtanden unter den Bäumen die eroberten Geſchütze ſo zahlreich, daß ſie ein Spalier bis zum Denkmal Friedrichs des Großen bildeten und der Siegeszug zwiſchen ihnen hindurch gehen konnte. Das wundervolle Denkmal Friedrichs des Großen, das Meiſterwerk von Rauch, prangte in ausgeſuchtem Schmuck. Von da zum königlichen Schloß reihte ſich ein Flaggenmaſt an den andern und rauſchten unzählige Fahnen. Am Palaſt des Kronprinzen war eine ungeheure Trophäe aufgerichtet von öſterreichiſchen Waffen, die auf dem Schlachtfeld geſammelt waren. An der Schloßbrücke rechts und links wimmelte es von reich beflaggten Schiffen. Im herrlich geſchmückten Luſtgarten war ein Altar errichtet für das hier abzuhaltende Te Deum. Dahinter ſtand eine rieſige Boruſſia und gegenüber ſah man die Standbilder der Könige von Preußen und der ſechs letzten Kurfürſten von Brandenburg. Vom frühen Morgen an wimmelte die Stadt von Menſchen, die ſich dahin drängten, wo man den Einzug der Truppen ſehen konnte. Kopf an Kopf ſtand es in den Straßen, alle Fenſter waren von Menſchen gefüllt, halbe Dächer abgedeckt, bis zu den Schornſteinen hinauf drängten ſich die Schauluſtigen.

Am Morgen ſammelten ſich die Gewerke mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen und bildeten auf beiden Seiten der Linden, hinter den eroberten Geſchützen ein zweites Spalier. Zugleich ſammelten ſich die Truppen auf dem Königsplatz vor dem Brandenburger Thor und wurden, ſo wie ſie von den umliegenden Dörfern her in die Straßen der Stadt einzogen, vom Volk mit ungeheurem Jubel begrüßt und mit Blumen und Kränzen geſchmückt. Bis die Truppen ſich alle geſammelt hatten, währte es mehrere Stunden. Um zehn Uhr zogen die Verwundeten, zum Theil an Krücken, aus dem Innern der Stadt durch die Linden, um ſich zu ihrer Tribüne auf dem Pariſer Platz zu begeben. Alle Muſikchöre ſpielten, wurden aber vom Donner der Hochrufe des Volks übertäubt.

Um halb zehn Uhr erſchien der König, begleitet vom Kronprinzen und Prinzen Friedrich Karl, denen alle übrigen königlichen Prinzen und die in Berlin anweſenden fürſtlichen Gäſte folgten. Sie kamen vom königlichen Palais und ritten durch die Linden den Truppen entgegen, unter lautem, nicht enden wollenden Jubelruf. An der Tribüne der Verwundeten hielt der König an und grüßte ſie aufs freundlichſte und reichte mehreren die Hand. Den Herrn folgten die Damen zu Wagen, die Königin, die Königin-Wittwe, die Kronprinzeſſin und ſämmtliche Prinzeſſinnen. Außerhalb des Brandenburger Thores auf dem Königsplatz begrüßte der König die Truppen, die ihn mit ungeheurem Jubel empfingen. Sie formirten ſich ſodann zum Einmarſch. Auch die Damen fuhren auf den Königsplatz, um die Truppen zu begrüßen, zogen ſich dann aber wieder zurück.

Nach elf Uhr begann der Einzug der Truppen unter dem Geläut aller Glocken der Stadt und unter dem Donner der Kanonen. Das Geläut und der Kanonendonner dauerten ununterbrochen zwei Stunden lang fort, aber man hörte ſie faſt nicht, ſo laut war das Freudengeſchrei des Volks. An der Spitze des impoſanten Zuges ritt der greiſe Feldmarſchall Wrangel mit allen Generalen und Stabsoffizieren, welche den Krieg nicht mitgemacht hatten. Dann folgten in einer Reihe fünf Generale zu Pferde, zur Rechten der eben erſt zum General der ſchweren Landwehrcavallerie ernannte Graf Bismarck in Küraſſieruniform, neben ihm der Kriegsminiſter von Roon, in der Mitte der General von Moltke, dann die Generale von Voigts-Rheetz und von Blumenthal, hinter dieſen ritt der König mit dem oben genannten Gefolge, denen ſich aber noch die ſiegreichen Generale Herwarth von Bittenfeld, von Steinmetz, Vogel von Falkenſtein, Manteuffel, von Bonin, von Schmidt und von der Mülbe angeſchloſſen hatten. Ihnen folgten die ſämmtlichen vom Feind eroberten Fahnen, und dann das Heer in ſeiner Feldausrüſtung und in der Mütze, bedeckt mit Blumen und Kränzen. Als der König durch das Branden-

burger Thor gekommen war, überreichten ihm fünfzig ſchwarz-weiß gekleidete Jungfrauen ein Gedicht und drei Lorbeerkränze. Er antwortete voll Huld: „Meine Damen, in meinem Alter iſt man doppelt erfreut, wenn junge Damen einen ſo freundlichen Empfang bereiten. Ich danke für die Worte und für den Kranz, den ich gern annehme; da Sie auch für die beiden Prinzen Kränze beſtimmt haben, ſo vertrauen Sie mir ſie nur an. Ich werde ſie ihnen ſelbſt von Ihnen übergeben.“ Hierauf gab er dem Kronprinzen einen, den andern dem Prinzen Friedrich Karl, der ihm unter ſtürmiſchem Volkszuruf dankend die Hand küßte. An der Tribüne des Magiſtrats hielt der Oberbürgermeiſter von Seidel im Namen der Stadt eine Anrede an den König voll Bewunderung für das Heer, voll Verſicherungen der Treue für den König. Dieſer wies in ſeiner beſcheidenen Antwort die ganze Ehre des Tages dem tapfern Heere zu und dankte der Stadt für den ſo würdigen Empfang deſſelben. Hierauf bewegte ſich der Triumphzug unter den Linden durch die lange glänzende Allee voller Trophäen. In ſinniger Weiſe nahm der König zu Pferde, den Lorbeerkranz in der Hand haltend, ſeine Stellung unter dem Denkmal des alten Blücher und hielt hier an, die Königin an ſeiner Seite, umgeben von ſeinem ganzen Gefolge, um von hier aus die Truppen vorüberziehen zu ſehen. Es war nur der größere Theil der zum Einzug beſtimmten Maſſen, der andere ſollte erſt morgen nachkommen. Wenn alle mit einemmal eingezogen wären, hätte es doch zu lange gedauert. Ueberhaupt konnten natürlicherweiſe nicht alle Truppen bei der Hand ſeyn, welche die ſiegreichen Schlachten geſchlagen hatten. Doch waren alle Regimenter durch Deputationen vertreten und ſämmtliche Soldaten wurden als Ehrengäſte bei den Bürgern einquartiert.

Noch an demſelben Tage verkündete der Staatsanzeiger eine umfaſſende Amneſtie für alle politiſchen Verbrechen. Auch wurde ein Statut verkündet, betreffend die Verleihung von Erinnerungskreuzen an den Feldzug von 1866.

Am folgenden Tage zogen die übrigen Truppen vollends ein, unter gleichem Volksgedränge und Jubel wie am erſten Tage. Der König hielt auf dem Opernplatze und ſah ſie vorbeidefiliren. Um 1 Uhr begab er ſich mit der Königin und ſämmtlichen Prinzen und Prinzeſſinnen und fremden Fürſten nach dem Luſtgarten unter ein großes Zelt. Rechts davon nahmen die Generale ihren Platz, links die Miniſter. Jenen reihten ſich Deputationen aller Heerestheile, dieſen die Mitglieder des Herren- und Abgeordnetenhauſes an. Nun begann das Te Deum. An den Stufen des Altars ſtanden 104 Geiſtliche aller Confeſſionen. Der Feldprobſt Thielen aber ſprach über den Pſalm 118, Vers 23: „Das iſt vom Herrn geſchehen und iſt ein Wunder vor unſern Augen.“ Er knüpfte an den Bettag vom 27. Juni an, pries die Wunder der Tapferkeit im überſtandenen Kriege und den greiſen Heldenkönig, gedachte der Gefallenen und Verwundeten, tröſtete ihre Angehörigen und betete. Darauf erſcholl der ambroſianiſche Lobgeſang und nach Beendigung der Feier donnerten die Kanonen wieder. Beim Diner im königlichen Schloſſe brachte der König den erſten Trinkſpruch auf das Heer aus und dachte dabei der gefallenen Helden. Die Stadt war illuminirt. In der Nacht wurden dem Grafen Bismarck vor ſeinem Hotel ſtürmiſche Huldigungen dargebracht.

Noch iſt zu bemerken, daß den Altar ein großes goldnes Kreuz zierte, und daß am Sockel der hinter dem Altar befindlichen rieſigen Boruſſia die Inſchriften angebracht waren: „Vom Fels zum Meer, 1415.“ (In welchem Jahre Friedrich I. die Markgrafſchaft Brandenburg erhielt) und: „Vom Meer zum Fels, 1866.“

Am dritten Feſttage gab die Stadt Berlin ein großes Feſtmahl, aber nicht auf einem großen Platze gemeinſchaftlich allen, ſondern je 100 bis 200 Mann in den einzelnen Stadttheilen, was zur Gemüthlichkeit weſentlich beitrug, denn das Volk in Waffen wollte ein Familienfeſt feiern und Weiber und Kinder feierten es mit und ſaßen

mit an den Tiſchen. Auch ſchon beim Einzuge der Truppen hatten ſich viele Frauen der verheiratheten Landwehrmänner, nicht minder Bräute und Geliebten der jungen Soldaten an deren Arme gehängt und in die Reihen gemiſcht.

Am 20. September richtete der König von Preußen an den Kronprinzen folgenden Brief: „Beim Ausbruch des nun glorreich geendigten Krieges habe ich Dir den größten Beweis königlichen und väterlichen Vertrauens gegeben, indem ich Dir die Führung einer Armee übertrug! Du haſt dieſem Vertrauen im hohen Grade entſprochen und an der Spitze der zweiten Armee Sieg auf Sieg erfochten, welche Armee ſich durch Ausdauer, Hingebung und Tapferkeit eine der erſten Stellen in der Geſchichte des preußiſchen Heeres erworben hat. Ein ehrenvoller Friede bereitet Preußen und Deutſchland eine Zukunft vor, die Du berufen ſeyn wirſt, unter Gottes gnädigem Beiſtande dereinſt auszubauen." Den Brief begleitete ein goldener Stern mit dem Medaillon Friedrichs des Großen und der Umſchrift: pour le mérite. Dieſelbe Dekoration erhielt auch Prinz Friedrich Karl.

Am 25. September wurde im Abgeordnetenhauſe die Creditforderung der Regierung berathen. Sie lautete auf 60 Millionen Thaler. Die Kriegskoſten hätten etwas mehr als 180 Millionen Thaler betragen, wozu die Regierung 27½ Millionen aus dem Staatsſchatz erhoben habe. Zur Deckung bedurfte die Regierung noch jener 60 Millionen. Die Abgeordneten Michaelis und Rögell beantragten die Bewilligung und den Erſatz für den Staatsſchatz, der jedoch ein Maximum von 30 Millionen künftig nicht überſchreiten ſolle. Der Finanzminiſter v. d. Heydt machte darauf aufmerkſam, das Ausland werde ſich noch lange nicht an die neue Ordnung der Dinge gewöhnen können und Preußen müſſe bereit ſeyn, den Kampf für dieſelbe jeden Augenblick wieder aufzunehmen. Dazu müſſe es auch ſtets Mittel parat haben und zwar im Staatsſchatze, um keinen Augenblick zu verſäumen,

wenn es raſch zu handeln gelte. Dann müſſe man nicht erſt Geld ſuchen, ſondern es haben. Auch Graf Bismarck, obgleich damals unwohl, fand ſich ein, um zu conſtatiren: „Auf eine friedliche Entwicklung der Dinge müſſe man natürlich hoffen, aber amtliche Kundgebungen ſeyen hier eingegangen, daß in die Wiener Hofburg mit dem Frieden nicht zugleich der Geiſt der Verſöhnung eingezogen ſey, wie man es wünſchen müſſe. Dazu geſelle ſich die orientaliſche Frage. Wenn es nun zu Verwicklungen kommen ſollte, ſo würde, ähnlich wie im verfloſſenen Frühjahr, kein Geld zu bekommen ſeyn und die Situation wäre dann noch gefährlicher, wenn die Regierung nicht mehr über einen Schatz zu verfügen hätte, wie im Frühjahr. Er gebe dem Hauſe das feſte Verſprechen, wenn der Credit bewilligt werde, ſolle das Geld zu nichts anderem verwendet werden, als zur Landesvertheidigung. Er bitte das Haus durch die Bewilligung des Credits zu beweiſen, daß die Verſöhnung der Geiſter in Preußen eine tiefgehende und aufrichtige und daß es allen nur um das Wohl des Vaterlands zu thun ſey. Er bitte das Haus, ferner der Regierung zu vertrauen, daß ſie ihre Politik ſo weiter führen werde, wie ſie dieſelbe begonnen habe.“

Die Bewilligung erfolgte. Die neue Halleſche Zeitung konnte nicht unterlaſſen, ein wenig über die grimmigen Löwen des Abgeordnetenhauſes zu ſpotten. „Es iſt ſicher ein intereſſantes, wenn nicht komiſches Schauſpiel, welches die Auflöſung unſrer alten doctrinären Parteien in dem mächtigen Strome der Ereigniſſe darbietet, der in ſo unwiderſtehlicher Macht über ſie dahin gefluthet iſt. Das krappelt und zappelt und müht und regt ſich, um auf der Oberfläche zu bleiben, und bunt durcheinander wirft ſie die gewaltige Macht. Die einen, weil ſie das Geſicht gegen die Strömung gerichtet haben und ſich in dieſer Stellung mühen und abarbeiten, bilden ſich deshalb ein, daß ſie wirklich gegen den Strom ſchwimmen. Sie blicken ſtolz um ſich in der Zuverſicht, die allgemeine Bewunderung zu erregen, und fühlen

nicht, wie der Strom sie trotzdem mit sich fortführt, höchstens etwas langsamer, aber nicht weniger constant als die andern. Und welche sonderbare Gesellschaft, Professor Gneist, von den zwanzigtausend Juristen, die er ausgebildet, verlassen, sieht sich auf die Gesellschaft der Herrn Jacoby und Classen-Kappelmann angewiesen, und Herr Professor Virchow, der den Engeln des lieben Herrgotts wissenschaftlich nachgewiesen, daß ihre Flügel nur Hautgebilde ohne Stützpunkt am Skelet seyen, sie arbeiten brüderlich neben einander der gleichen Richtung entgegen. Von den andern, die klüglicherweise aufgegeben haben, dem Strome einen unnützen Widerstand entgegen zu setzen, sind diejenigen besonders interessant, die sich mit gravitätischem Ernste den Anschein geben, als gehorchten sie nicht unfreiwillig der Bewegung, sondern als beherrschten sie dieselbe, noch mehr! als hätten sie dieselbe hervorgerufen. Seht auf uns! Auf uns muß sich die Regierung stützen, die sich zu unsern Ansichten bekehrt hat. Und dabei suchen sie sich trotzdem in einer angemessenen Distance von denen zu halten, die ihnen längst voraus sind und das Ministerium zu einer Zeit stützten, als sie es bekämpften."

Die von Preußen annectirten Länder verloren mit ihren Dynastien*) zugleich ihre bisherigen Verfassungen und erhielten die preußische. Demnach hatten sie auch ihre Vertreter ins Berliner Abgeordnetenhaus zu wählen und die Regierung beantragte demgemäß eine verhältnißmäßige Vermehrung der Mitgliederzahl des Hauses. Es war wohl sehr natürlich, daß sich das Herrenhaus dagegen sträubte. Einmal, weil von einer entsprechenden Verstärkung des Herrenhauses

*) Im Dezember 1866 erhielt Graf Bismarck ein Schreiben von Schülern russischer Gymnasien aus Moskau, Petersburg, Kiew und Kasan, worin sie ihm „aus ganzer Seele" dankten, daß er die Karte von Deutschland vereinfacht habe, denn die vielen Staaten in Deutschland alle einzeln zu kennen und dem Gedächtniß einzuprägen, sey ihnen beim geographischen Unterricht allemal am schwersten gefallen.

nicht die Rede war und zweitens, weil das Abgeordnetenhaus bereits 352 Mitglieder zählte, alſo jetzt ſchon zu viele. Allein Graf Bismarck machte geltend, die Einberufung von Mitgliedern des Herrenhauſes aus der Ariſtokratie der annectirten Länder ſey vor der Hand noch nicht zuläſſig, weil ein großer Theil dieſer Herren noch zu ſehr im Particularismus befangen „ſich zu Organen preußenfeindlicher Herrſcher hergeben würden.“ Im Uebrigen verſicherte der Miniſterpräſident, das Herrenhaus irre, wenn es ſich dadurch in ſeinen Rechten verletzt erachte; die Regierung werde den Beſtand und die organiſche Fortbildung des Herrenhauſes gegen jede Anfechtung vertreten. „Die Regierung habe nicht die conſervative Partei verlaſſen, wohl aber ſtünden conſervative Männer in Gefahr, die Regierung zu verlaſſen; ein großer Staat könne nicht nach Parteianſichten regiert werden.“ Hierauf fügte ſich das Herrenhaus mit großer Mehrheit.

Nach Beendigung des Landtags gaben 24 Abgeordnete, gemiſcht aus dem linken Centrum und der Fortſchrittspartei, darunter von Bockum-Dolffs, Tweſten, v. Unruh eine Erklärung von ſich, worin ſie ſagten: Neben der gerüſteten Macht und dem Anſehen der Waffen bedarf es einer freiſinnigen Verwaltung. In der Miſchung beider Elemente, in der Ausbildung der lange ſchon vorbehaltenen organiſchen Geſetze und in der Selbſtverwaltung als Grundlage des Gemeindeweſens erkennen wir den graden Weg zur höchſten Bedeutung Preußens und zu ſeiner Herrſchaft in Deutſchland. Das iſt der Sinn unſrer Unterſtützung und unſrer Oppoſition. Doch ſind wir feſt entſchloſſen, ſo lange uns in dieſem Sinne zu wirken vergönnt iſt, die Oppoſition nicht hinübergreifen zu laſſen auf das Gebiet der gebilligten deutſchen Politik. In dem großen Moment des erſtarkten und ſich verwirklichenden Einheitsdranges halten wir keine Partei und keine Maßregel berechtigt, welche der deutſchen Entwicklung Hinderniſſe bereitet.“

Der preußiſche Landtag bewilligte den Invaliden, die erwerbsunfähig geworden, wie auch den Wittwen und Waiſen der Gefallenen

erkleckliche Unterſtützungen, jedem der erſteren jährlich 72 Thaler, dem äußerſt Verſtümmelten und Blinden noch 96 Thaler Zulage, der Wittwe jährlich 50 Thaler, jeder Waiſe 24. Daneben blieb noch die Invalidenſtiftung mit einem Kapital von 1,252,000 Thaler, deren Zinſen ebenfalls den Invaliden zu Gute kamen.

Dagegen wollte das Abgeordnetenhaus die von der Regierung geforderten 24 Mill. Thaler für neue Eiſenbahnbauten nur unter der Bedingung bewilligen, daß die Regierung ohne Zuſtimmung des Landtags keine Bahn verkaufen oder verpachten dürfe. Das Haus begnügte ſich indeß, die Regierung nur zu der Befragung des Landtags im Verkaufsfall und in Bezug auf die neu zu errichtenden Eiſenbahnen zu verpflichten.

Im Gedränge der Ereigniſſe konnte Preußen noch nicht mit voller Ruhe die Marineangelegenheiten in die Hand nehmen, doch wurden im Laufe des Jahres 1866 die Bauten zur Herſtellung des Kriegshafens an der Jahde und zur Befeſtigung des Kieler Hafens rüſtig fortgeführt und wurden mehrere Schiffe, Schraubencorvetten, Panzerfregatten, Segelfregatten, Dampfkanonenboote ꝛc. theils in Stand geſetzt und vollendet, theils in Angriff genommen und Summen zur Beſchaffung eines größeren amerikaniſchen Panzerſchiffs ausgeſetzt. Auch begannen die Dünenbauten am gefährdeten Weſtufer Schleswigs, die von den Dänen ſeit Jahrhunderten ſyſtematiſch waren vernachläßigt worden.

Am 11. November wurde in der ganzen preußiſchen Monarchie ein kirchliches Dankfeſt gefeiert, entſprechend dem großen Bettage vor dem Beginn des Krieges.

Bemerkenswerth iſt der große Aufſchwung Berlins. Die preußiſche Hauptſtadt zählte im Anfang des J. 1864 bereits 632,379 Seelen, während Wien um dieſelbe Zeit nur 578,525 zählte. Berlin iſt demnach die vierte Stadt in Europa und wird in der Einwohnerzahl nur von Conſtantinopel mit 715,000, Paris mit 1,696,141 und London

mit 3 Millionen Seelen übertroffen. Petersburg zählt nur 560,000. Auffallend erſcheint, daß die Bevölkerung Berlins erſt in der letzten Zeit ſo erſtaunlich zugenommen hat. Sie iſt von 1861—1864 um nicht weniger als 84,788 Seelen gewachſen.

Am 9. Februar ſchloß König Wilhelm den Landtag perſönlich mit einer Rede voll hoher Mäßigung. Zuerſt dankte er den beiden Häuſern für das Geleiſtete. „Durch Ertheilung der Indemnität für die ohne Staatshaushaltsgeſetz geführte Finanzverwaltung der letzten Jahre haben Sie die Hand zur Ausgleichung des Prinzipienſtreites geboten, welcher ſeit Jahren das Zuſammenwirken Meiner Regierung mit der Landesvertretung gehemmt hatte. Ich hege die Zuverſicht, daß die gewonnenen Erfahrungen und ein allſeitiges richtiges Verſtändniß der Grundbedingungen unſeres Verfaſſungslebens dazu helfen werden, die Erneuerung ähnlicher Zuſtände in der Zukunft zu verhüten. Durch die Gewährung der außerordentlichen Mittel für die Bedürfniſſe des Heeres und der Flotte haben Sie in Anerkennung deſſen, was die Politik Meiner Regierung, geſtützt auf die erprobte Schlagfertigkeit und Tapferkeit Meines Heeres, bisher geleiſtet hat, den Entſchluß kund gegeben, das Errungene zu wahren. In der Feſtſtellung des Staatshaushaltsetats vor dem Eintritte des gegenwärtigen Etatsjahres iſt eine weitere Bürgſchaft für die feſte Geſtaltung der verfaſſungsmäßigen Zuſtände gewonnen. Meine Regierung hat durch den zeitweiligen Verzicht auf einzelne Ausgabepoſitionen, welche bei Fortführung der Verwaltung ſchwer entbehrt werden, einen neuen Beweis dafür gegeben, welchen Werth ſie auf die Verſtändigung mit der Landesvertretung legt. Sie darf um ſo zuverläſſiger hoffen, daß den in Rede ſtehenden Bedürfniſſen Anerkennung und Befriedigung künftig nicht verſagt werden wird. Mit beſonders lebhaftem Danke erkenne ich die Bereitwilligkeit an, mit welcher die Landesvertretung Meiner Regierung die Mittel gewährt hat, die Lage der im Kampfe für das Vaterland unfähig gewordenen Krieger, ſo

wie der Wittwen und Kinder der Gefallenen zu erleichtern. — Während die ſpezielle Entwicklung des preußiſchen Staatsweſens durch das einheitliche Zuſammenwirken der Landesvertretung mit Meiner Regierung eine erfreuliche Förderung erfahren ſoll, berechtigt Mich die Thatſache, daß der Entwurf der Verfaſſung des norddeutſchen Bundes von allen mit Preußen verbündeten Regierungen angenommen worden iſt, zu der Zuverſicht, daß auf der Grundlage einer einheitlichen Organiſation, wie Deutſchland ſie in Jahrhunderten des Kampfs bisher vergeblich erſtrebt hatte, dem deutſchen Volke die Segnungen werden zu Theil werden, zu welchen es durch die Fülle der Macht und Geſittung, die ihm beiwohnt, von der Vorſehung berufen iſt, ſobald es den Frieden im Innern und nach Außen zu wahren verſteht. Ich werde es als den höchſten Ruhm Meiner Krone anſehen, wenn Gott Mich berufen hat, die Kraft Meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung ſtarken Volkes zur Herſtellung dauernder Einigkeit der deutſchen Stämme und ihrer Fürſten zu verwerthen. Auf Gott, der uns ſo gnädig geführt hat, vertraue Ich, daß er uns dieſes Ziel wird gnädig erreichen laſſen."

Neunzehntes Buch.

Die Annectirten und die Bundesgenoſſen Preußens.

Der König von Preußen machte vom Recht des Siegers Gebrauch und vereinigte das Königreich Hannover, das Kurfürſtenthum Heſſen, das Herzogthum Naſſau und die freie Stadt Frankfurt mit der preußiſchen Monarchie. Auch die Elbherzogthümer kamen jetzt an Preußen, da der Kaiſer von Oeſterreich im Prager Frieden auf das Recht des Mitbeſitzes verzichten mußte. Preußen gewann an Flächenraum 959 Quadratmeilen und 3¼ Millionen Seelen. Es erſtarkte dadurch, um in ſeiner deutſchen Miſſion fortarbeiten zu können, und wurde zunächſt in den Stand geſetzt, für Norddeutſchland zu ſorgen. Es kam an die Nordſee, es konnte Nord- und Oſtſee durch einen Kanal verbinden. Die deutſche Marine lag in ſeiner Hand.

Unter einem ſo juriſtenreichen Volk, wie das deutſche, konnte es nicht fehlen, daß die Rechtsfrage der Annexion erörtert wurde. Seltſamerweiſe gerade am meiſten in den Kreiſen, aus denen vor

dem Kriege das vae victis! gerufen worden war. Wenn Preußen beſiegt worden wäre, hätte man das Recht des Siegers im vollen Maße ausgeübt. Die Theilungskarten waren ſchon entworfen. Nun aber Preußen geſiegt hatte, ſollte das Kriegsrecht nichts mehr gelten und auch bei denen, die nicht annectirt wurden, machte ſich mit einer merkwürdig ernſthaften und ehrwürdigen Miene das ſtaatsrechtliche und ſittliche Bedenken, ja ſogar der religiöſe Scrupel bemerklich, ob Preußen nicht ein himmelſchreiendes Unrecht begehe, indem es annectire und Fürſten abſetze?

Abgeſehen davon, daß die abgeſetzten Fürſten Preußen den Krieg erklärten, ohne von ihm beleidigt zu ſeyn, und noch in der letzten Stunde die ehrenvollen Anträge Preußens zurückwieſen, ſich alſo allen Wechſelfällen des Kriegs preisgaben und im Fall einer Niederlage das Kriegsrecht über ſich ergehen laſſen mußten, — abgeſehen davon waren die Rechte, die ſie durch einen ſo muthwillig angefangenen Krieg durch eigene Schuld verſcherzten, zum Theil auf Thatſachen eines Unrechts begründet, welches ſie ſelbſt an andern begangen hatten. Es wurde nur ein welthiſtoriſches Geſetz auf ſie ſelbſt angewendet, was ſie früher auf andere angewendet hatten. Was ſie im Lauf der europäiſchen Ereigniſſe mit Unrecht erworben hatten, mußten ſie im weitern Verlauf der Ereigniſſe wieder verlieren. Man muß diejenigen Fürſten, welche heute mediatiſirt werden, daran erinnern, daß ſie es einſt geweſen ſind, welche andere mediatiſirt, daß ſie ſich mit dem Raube anderer bereichert haben. Man muß an den Raſtatter Raubcongreß, an den von Franzoſen und Ruſſen beeinflußten Reichsdeputationshauptſchluß, an den von Napoleon dictirten Wiener Frieden erinnern, durch welche diejenigen deutſchen Fürſten, die ihr deutſches Vaterland am ehrvergeſſenſten an das Ausland verriethen, dafür zum Lohn ihre ſchwächern deutſchen Nachbarn und Reichsgenoſſen unbarmherzig berauben und mediatiſiren durften. Reichsunmittelbare Fürſten,

Grafen, Ritter, Erzbiſchöfe, Biſchöfe und Aebte, ebenſo eine Menge freie Reichsſtädte wurden ihrer alten Rechte beraubt und mediatiſirt von Fürſten, welche durch nichts dazu berechtigt waren, die nur im ſchnöden Dienſte des Auslands ſich alles erlauben durften. Die deutſchen Reichsgenoſſen, die von den Rheinbundfürſten mediatiſirt wurden, verdienen unſer Mitleid unendlich mehr, als die deutſchen Bundesfürſten, welche jetzt von Preußen mediatiſirt werden. Denn jene wurden hingeopfert dem fremden Moloch, zum Verderben und zur Schande Deutſchlands; dieſe aber fallen jetzt mit Recht der langerſehnten Wiederherſtellung deutſcher Einheit zum Opfer.

Auch nach dem Wiener Congreß, der keinen andern Zweck hatte, als Deutſchlands Einigung zu verhindern, und auf welchem die Neugeſtaltung Deutſchlands den Zwecken des Auslands diente, wurde einigen vom Ausland begünſtigten deutſchen Fürſten Landbeſitz geſchenkt, auf den ſie nicht den geringſten rechtlichen Anſpruch hatten. Was hatte denn Hannover für ein Recht an Oſtfriesland? Was hatte Kurheſſen für ein Recht an Fulda und Hanau? Was hatte Darmſtadt für ein Recht an Mainz? Das Unrecht, welches der Wiener Congreß den deutſchen Volksſtämmen zufügte, überſteigt ſo alles Maaß; die Intrigue, die den Bund zumal an ſeinen Grenzen mit ihren verworrenen Fäden unnatürlich umſpann, zuſammenſchnürte und knebelte, war ſo perfid und unwürdig, daß man nur das Schwert ſegnen kann, das dieſe Knoten und Netze endlich zu durchhauen angefangen hat. Dänemark hatte in der ganzen napoleoniſchen Periode heimtückiſch an Deutſchland gehandelt, ſich mit dem Erbfeind verbündet und war jedem Befreiungsverſuch in Norddeutſchland ſo recht ſchadenfroh entgegen getreten, und zum ſchuldigen Dank dafür durfte es Holſtein behalten, ja es hing nur an einem Haare, ſo hätte es auch die Hanſeſtädte bekommen, was Rußland und Schweden verlangten, und einzig England verhinderte. Dem Oranier, der nicht das geringſte Verdienſt um Deutſchland hatte, wurden nicht nur die ehemaligen

öſterreichiſchen Niederlande, ſondern auch noch das Bisthum Lüttich und Luxemburg geſchenkt.

An alle dieſe frühern Schändlichkeiten muß erinnert werden, wenn für Rechtsbruch erklärt werden will, was nur der Anfang des längſt erſehnten Endes eines ungeheuern an der deutſchen Nation begangenen Unrechts iſt.

Erſt nach den großen Siegen Preußens im Jahr 1866 iſt es möglich geworden, daß Norddeutſchland ſeine maritime Bedeutung wieder gewinnen konnte, die ihm ſeit Jahrhunderten durch die dem Ausland dienende Kleinſtaaterei genommen worden war.

Obgleich das Welfenthum ſeine alte geſchichtliche Bedeutung für Deutſchland längſt verloren hatte, ſeit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts nur noch eine engliſche Provinz, ſeit der Gründung des Königreichs Hannover nur ein öſterreichiſcher Vorpoſten gegen Preußen, alſo ein unſelbſtändiges Ding, nur ein in jeder Beziehung blindes Werkzeug anderer Mächte geworden war, bildete ſich der blinde König dennoch ein, ſeine Dynaſtie ſey nicht nur die älteſte in Europa, ſondern auch eine der wichtigſten und unvermeidlichſten Factoren in der Conſtituirung Deutſchlands. Die Wahrheit iſt, daß durch die Schöpfung des Königreichs Hannover auf dem Wiener Congreß einfach der böſe Wille aller der Mächte vollzogen wurde, die dem großen deutſchen Nationalintereſſe feindſelig entgegen wirkten und insbeſondere Norddeutſchland ſchwächen und das Aufkommen einer deutſchen Seemacht verhindern wollten. An dieſer großen Sünde der europäiſchen Diplomatie iſt nun zwar das welfiſche Geſchlecht nicht Schuld. Der Herzog von Cumberland übernahm das neue Königreich Hannover, wie er es vorfand. Er hatte es nicht ſelber gemacht und war auch nicht verantwortlich dafür, daß dieſes Königreich, ſtatt eine Stärke Norddeutſchlands zu ſeyn, nur ſeiner Schwächung diente. Er verſah aber dieſen Dienſt, wie auch ſein Nachfolger. So lange das Königreich Hannover beſtand, hatte Preußen, es mochte deutſches

Intereſſe nach Weſten oder Oſten verfechten, einen Feind im Rücken. So lange dieſes Königreich beſtand, beſtand auch die jämmerliche Hemmniß des Verkehrs mit den Hanſeſtädten, ſo lange fehlte der dem deutſchen Handel unentbehrliche Weg, der Hamburg direkt mit dem Süden verbinden ſollte. So lange das Königreich Hannover beſtand, grenzten nur ohnmächtige deutſche Kleinſtaaten an die Nordſee und war Preußen verhindert, eine deutſche Seemacht zu ſchaffen.

Dieſe Uebelſtände hätten nicht einmal ausgeglichen werden können, wenn auch das welfiſche Haus in ſeiner innern Politik größeres Lob verdient hätte. Ob aber ſeine Camarilla und Adelsregierung ein ſolches Lob verdient, wird im Lande ſelbſt bezweifelt. Schon im vorigen Jahrhundert wurde die Dynaſtie ganz engliſch, machte ihr deutſches Stammland zu einer engliſchen Provinz und ließ es durch eine Adelscoterie ohne Verantwortung ausbeuten. Wundervoll ſchlugen ſich die Hannoveraner, als die Dynaſtie durch Napoleon vertrieben war, in Spanien für die deutſche Sache. Aber ſie ernteten ſchlechten Dank, denn nach dem Sturz Napoleons wurde Hannover wieder eine engliſche Provinz und durch die Intriguen des Auslands auf Koſten deutſcher Nachbarländer einzig zu dem Zwecke vergrößert, um Preußen in zwei Stücke zerſchneiden zu können und es von der Nordſee fernzuhalten. Das Uebel vermehrte ſich noch, als der in England verrufene Herzog vom Cumberland ſelbſtändiger König von Hannover wurde. Wie Ernſt Auguſt die Verfaſſung vernichtete, dann abermals eine Verfaſſung gab und brach, wie er nur den Adel bevortheilte, nur in der Noth den Verfaſſungsmännern nachgab und mit Preußen das Dreikönigsbündniß einging, um, nachdem die Gefahr vorüber war, das gegebene Wort wieder zu brechen, darüber hat die Geſchichte längſt gerichtet.

Sein Sohn und Nachfolger Georg V. gelangte zum Thron,

obgleich er blind war.*) An Eigenmächtigkeit gebrach es ihm so wenig, als seinem Vater. Die Minister waren sein Spielzeug.**) Der Kammer bewies er eben so wenig Rücksicht und die Opposition, an deren Spitze Herr von Bennigsen stand, vermochte nichts gegen ihn auszurichten. Bewußt oder unbewußt handelte er immer noch nach dem Programm, welches der Schöpfung des Königreichs Hannover zu Grunde lag, nämlich Preußen zu schaden und den deutschen

*) Es ist bekannt, daß Georg V., obgleich er ganz und gar blind war, doch nie duldete, daß man ihn für blind hielt. Seine Höflinge, ohne Ausnahme, mußten sich stellen, als zweifelten sie nicht im mindesten, daß er eben so gut sehen könne, wie sie. Wenn er Fremde zu sich kommen ließ, wurden sie von der fixen Idee des Königs unterrichtet und angewiesen, doch ja seine gemüthliche Illusion nicht zu stören, erstaunten aber gewöhnlich über die Ungenirtheit, mit welcher der Blinde den Sehenden spielte, bis ihm, wie von Treitschke eben so ungenirt sagt, „die Lüge zur Natur wurde."

**) In den „Trostbriefen für Hannover," Hamburg 1866 heißt es: „Die Herren ließen sich schlecht behandeln, sie duldeten es, oft wochenlang nicht zum Vortrage zugelassen zu werden, sie gehorchten Immediatbefehlen und ließen dem persönlichen Regimente viel freieren Spielraum, als es nach der Verfassung hätte geschehen sollen. Allerlei höfischer und nicht höfischer Einfluß, die Ohrenbläsereien eines Friseurs, die Schmeicheleien und Klatschereien des Polizeidirectors Wermuth machten sich geltend. Die Hofhaushaltung war liederlich und unordentlich geführt, Spieler und unzuverlässige Menschen führten die königliche Chatulle und andere Kassen, wie der im Zuchthause endende General von Hedemann, in neuerer Zeit noch der mit der Erbauung der Marienburg beauftragte Obristlieutenant und Burghauptmann Witte. Wechsel des Königs und der Königin cursirten in der Handelswelt. Ich müßte ein Buch schreiben, wollte ich die Mißregierung von 1855 bis 1862 im Detail schildern; und wenn das schwache Ministerium Hammerstein-Windthorst von 1862 bis 1865 auch manches that, das, was Borries verbrochen, wieder gut zu machen, so geschah dieß meist wider Willen des Königs, wie dieser durch die Art, wie er seine Minister im vorigen Herbst zwang, ihren Abschied zu nehmen, deutlich bewies."

Handel zu hemmen. Man frage nur die Hanſeſtädte, namentlich Bremen, welche Plackereien der Verkehr an den Grenzen erlitt.*) Es hatte ganz den Anſchein, als diene Hannover einer feindlichen Macht gegen das nationale Intereſſe Deutſchlands, als ſey es ſein eifrigſtes Beſtreben, die natürlichen Wege des deutſchen Handels zu unterbrechen und die verſtändigen und wohlwollenden Abſichten Preußens ſyſtematiſch zu durchkreuzen.

Eine einſichtsvolle Correſpondenz äußert ſich darüber folgendermaßen: „Die trefflichſte Illuſtration für die Gemeinſchädlichkeit der deutſchen Vielſtaaterei bietet die Eiſenbahn-Politik der Mittelſtaaten. Claſſiſch war in dieſer Beziehung die hannoverſche Eiſenbahnpolitik gegenüber Bremen und Bremerhafen. Die komiſchen Weiterungen und Umwege, welche Hannover dem Verkehr auferlegte, um ſeine Verſuche bureaukratiſcher Schöpfungen von Hafenplätzen zu begünſtigen, ſind noch in friſchem Andenken. Preußiſche Eiſenbahnen mußten im Export aus unſerem Ruhr-Kohlenbecken holländiſche Häfen begünſtigen, weil das hannoverſche Gebiet und die hannoverſche Eiſenbahnpolitik zwiſchen dem Ruhrthale und der Nordſee lagen. Lange Jahre hat es gedauert, ehe die hannoverſche Regierung ſich dazu verſtand, den Bau der ſ. g. Hamburg-Pariſer Bahn, welche eine direkte Verbindung

*) In den Troſtbriefen heißt es: „Induſtrielle und Handeltreibende waren empört über das Spiel, das man 1864 und 1865 bei Erneuerung der Zollvereinsverträge mit Preußen trieb. Man ſchädigte dadurch nicht nur Handel und Wandel, ſondern ſchadete ſich ſelbſt. Hätte ſich damals Hannover offen und ehrlich von Anfang auf preußiſche Seite geſtellt, auf der es ſtehen mußte, der ganze öſterreichiſche-münchener Schwindel, welcher den Handelsſtand ein halbes Jahr in Furcht und Schrecken ſetzte, alle Thätigkeit hemmte, hätte gar nicht aufkommen können. Hannover, das den Zollverein weder finanziell, noch für den Wohlſtand des Landes entbehren konnte, gerirte ſich, als wenn es abſolut nicht mehr mitmarſchiren wollte, um Preußen ſeine Unentbehrlichkeit fühlen zu laſſen.“

zwiſchen Bremen und Hamburg, ſo wie zwiſchen beiden Plätzen und dem rheiniſch-belgiſch-franzöſiſchen Netze herſtellen ſollte, auf dem hannoverſchen Gebiete zuzulaſſen, reſp. ſelbſt zu übernehmen. Und doch reicht eine einfache Rechnung hin, um die ungeheure Bedeutung dieſer Linie für die deutſche Schifffahrt und die deutſche Induſtrie nachzuweiſen. Die Seeſchifffahrt bedarf zur Ergänzung oder zum Erſatz werthvollerer Ausfrachten nach transatlantiſchen Ländern oder europäiſchen Küſtenplätzen eines jederzeit leicht zu erlangenden billigen und ſchließlich immer wenigſtens ohne Schaden zu verwerthenden Rohſtoffes, der im Schiffe ſtatt des unbrauchbaren oder doch unnütze Koſten verurſachenden Balaſtes dient. In England dient hierzu die Kohle. In Deutſchland, wo ſie der Küſte nicht ſo nahe liegt, hätte ſie gleichwohl ſchon längſt der Schifffahrt dieſelben Dienſte in bedeutendem Umfange leiſten können, wenn die hannoverſche Eiſenbahnpolitik die Herſtellung der nöthigen direkten Linie nach Bremen und Hamburg und die nothwendigen niedrigen Frachtſätze zugelaſſen hätte."

Nicht einmal um ihre Exiſtenz kämpfte dieſe Regierung im entſcheidenden Augenblick mit Klugheit und Würde. Die wohlwollenden und eindringlichen Vorſtellungen des Königs von Preußen wurden noch in der letzten Stunde mit kaum glaublicher, doch ſchon habitueller Verblendung zurückgewieſen und doch zugleich mit den Unterhandlungen ſo beſinnungslos gezögert, daß die braven hannoverſchen Truppen, die noch hätten gerettet werden können, kapituliren mußten.

Der König und Kronprinz waren gefangen, wurden aber durch die Großmuth des Königs von Preußen frei entlaſſen. Sie zogen ſich nach Hietzing bei Wien zurück und feierten hier am 22. September ein Freudenfeſt mit der laut ausgeſprochenen Hoffnung einer baldigen Rückkehr nach Hannover. Am folgenden Tage erließ der König einen Aufruf an alle Mächte, ihm ſein unveräußerliches Eigenthum zurückzugeben. Es iſt gewiß charakteriſtiſch, einen König aus dem angeblich

älteſten Geſchlechte demſelben Wahne verfallen zu ſehen, dem unſere blutjungen Demokraten verfallen ſind, nämlich dem Wahne, es gebe für ſie nur Rechte, keine Pflichten. Ein Recht der Könige, das Volk wie eine Schafheerde als ihr Eigenthum zu betrachten, gibt es überall nicht. Das königliche Recht iſt wie an natürliche, herkömmliche und ſittliche, ſo auch an verfaſſungsmäßige Bedingungen geknüpft. Das Recht wird durch die Pflicht eingeſchränkt. Von einer ſolchen Pflicht iſt aber im Proteſt des nur auf ſein Recht pochenden fünften Georg nicht die Rede. — Die Königin blieb auf einem Luſtſchloß in der Nähe von Hannover zurück und was bisher vom Hofe abhängig geweſen war, benahm ſich ſehr preußenfeindlich.*)

---

*) In den Troſtbriefen lieſt man: „Unſer ſtadthannoverſches Philiſterthum, das gegen Mittag in der Georgenhalle mit den großen europäiſchen Künſtlern Champagner trank, oder im Telegraphen, bei Hartmann, in der Zauberflöte, dem Georgenkeller und wie die unzähligen Lokale ſonſt heißen mögen, in Geſellſchaft penſionirter königlicher Diener politiſirte, Nachmittags und Abends im Odeon und Tivoli ſich von den Trinkanſtrengungen des Mittags erholte, gegen Mitternacht bei Müller oder im Poſtkeller, im Louiſenkeller oder in Meinekens-Keller einige Abwechslung in Unterhaltung mit jungen Damen des Comptoirs ſuchte, nun ja, für das hört mit der Annexion die Gemüthlichkeit auf. Die hannoverſchen Frauen werden damit ſehr zufrieden ſeyn, ſofern ſie Hausfrauen waren und nicht etwa noch ſchlimmer als die Männer der Genußſucht nachgingen, ſich unglücklich fühlten, wenn ſie des Nachmittags und Abends im Hauſe zubringen mußten und im Sommer nicht im Odeon, Tivoli, Bella Biſta u. ſ. w. ihren Kaffee, Thee, reſp. Bier und Wein trinken konnten, im Winter nicht ihre Loge, wenn auch nur im zweiten Range des königl. Hoftheaters einnahmen. Wahrlich, die bürgerliche Familie in Berlin (Dresden ꝛc.) war zufrieden, wenn ſie das am Sonntag hatte, was unſere Frauenzimmer, jung und alt, jeden Standes beinahe, täglich prätendirten. Und dieſe Crinolinen und Schleppkleider, die ſich da in dem ewigen von 10,000 Flammen erleuchteten Kreiſe, dem Georg V. ſo große Elogen machte, herumtrieben, ſie ſehnen ſich nach hannoverſchen Fähndrichen und Rittmeiſtern. Wenn die Annexion

Im Volke dachte man anders. Schon am Ende des Juni gelangte eine Adreſſe der Oſtfrieſen an den König von Preußen, worin derſelbe von ſeinen ehemaligen Unterthanen freudig wieder als Landesherr begrüßt wurde. Aehnliche Adreſſen kamen aus andern Landestheilen des aufgelösten Königreichs Hannover. Daſſelbe war, wie oben ſchon bemerkt iſt, nicht durchaus altes welfiſches Erbe. Der Wiener Congreß hatte ihm erſt Oſtfriesland, das Harlingerland, die Kreiſe Emsbüren und Meppen, das Eichsfeld und mehrere heſſiſche Landestheile zugewieſen. Ebenſo war die Grafſchaft Bentheim, das Bisthum Osnabrück erſt im gegenwärtigen, das Land Hadeln und das Herzogthum Bremen und Verden erſt im vorigen Jahrhundert zu Hannover gekommen.

Indem Preußen am 20. September vom Königreich Hannover Beſitz ergriff, hatte König Georg V. die Civilbeamten (noch nicht die Offiziere) bereits des Huldigung- und Dienſteides entbunden, jedoch wie am 6. October in Hannover öffentlich bekannt gemacht wurde, unter Vorbehalt eines Wiederauflebens der früheren Verpflichtungen auf die Zeit, wo Seine Majeſtät der König Georg V., oder einer Ihrer ſucceſſionsberechtigten Nachfolger zur Ausübung der Regierung im Königreiche wieder gelangen würde. Somit erfolgte die Uebergabe an Preußen unter Beibehaltung der bisherigen Beamten, die nunmehr dem König von Preußen huldigten und ihm den Dienſteid leiſteten, ohne Anſtand.

Am 30. September verſammelten ſich viele Mitglieder der vormals zweiten Kammer des Königreichs in der Stadt Hannover, wobei hauptſächlich der alte Führer, v. Bennigſen, thätig war. Die Verſammlung veröffentlichte eine Anſprache, worin es hieß: „Der unaufhaltſame Gang der Geſchichte hat die Selbſtändigkeit des König-

---

in dieſem Schwindel eine Aenderung hervorbrächte, ſo wäre das für die Reſidenz unendlich viel werth.“

reichs Hannover beseitigt und zu einer Vereinigung desselben mit dem Königreich Preußen geführt. Vergeblich waren in der letzten hannoverschen Ständeversammlung unsere auf eine andere Entwicklung der deutschen Einheit gerichteten Bemühungen. Unsere Appellation an die Pflichten gegen Deutschland, unsere Mahnungen an die Interessen des Landes, unsere Warnungen wurden nicht gehört. Jede Bereitwilligkeit, von nutzlosen Souveränetätsrechten zu Gunsten des großen Vaterlandes auch nur das geringste zu opfern, jede Erkenntniß der Nothwendigkeit, sich zu den neuen Aufgaben in das rechte Verhältniß zu setzen, fehlte. Ein Theil des Landes betrachtet die Vereinigung mit dem großen deutschen Staate Preußen als ein für Deutschland und Hannover gleich glückliches Ereigniß; ein großer Theil sieht zwar den neuen Zuständen noch feindselig entgegen, wir hoffen jedoch, alle politisch denkenden Männer, durchdrungen von der Ueberzeugung, eine Wiederherstellung des Königreichs Hannover wäre nur mit Hülfe des Auslands, auf Kosten und zum Ruin Deutschlands möglich, werden es als ihre patriotische Pflicht erkennen, an der baldigen Wiederherstellung definitiver Zustände mitzuwirken. Wir beklagen deshalb nutzlose Agitationen, die dem Lande und den Betheiligten nachtheilig seyn können. Außerdem hoffen wir, Preußen werde die besondern Eigenthümlichkeiten beachten. Der preußische Staat hat schon bisher bewiesen, daß er die Einheit mit der Mannigfaltigkeit zu vereinigen weiß." Hieran knüpft die Ansprache den Wunsch, die preußische Regierung möge bei den neuen Anordnungen in Hannover auch eine Anzahl Vertrauensmänner aus dem Volke hören. Schließlich drückt die Ansprache die Erwartung aus, die Trennung des Südens vom Norden Deutschlands werde nur eine vorübergehende seyn, denn „die Nation ist eine und bedarf einer einheitlichen Organisation".

Inzwischen gab Georg V. den Gedanken nicht auf, er solle und müsse mit nächstem restituirt werden. Am 5. October ließ König Georg eine Proclamation drucken, worin er wiederholt erklärte, daß

er gegen die Einverleibung Hannovers in die preußiſche Monarchie bei den Regierungen aller civiliſirten Staaten proteſtirt habe, erklärte ferner darin alle Acte der preußiſchen Regierung in Hannover für nichtig und ermahnte die Hannoveraner zum Ausharren, indem er auf die frühere Occupation von 1805 hinwies, welche nicht lange dauerte. Im November wurde von Wien aus in Hannover eine aufreizende Flugſchrift colportirt, worin dem hannoverſchen Militär geſagt wurde, es dürfe nicht in preußiſche Dienſte treten, es ſolle ruhig die Zukunft abwarten, um wieder ſeinem einzig rechtmäßigen Herrn zu dienen, ja es ſollte ſich auf die Capitulation von Langenſalza berufen und jeder einzelne Soldat habe das Recht, den preußiſchen Fiskus vor den preußiſchen Gerichten zu belangen und auf Herauszahlung ſeiner Competenz zu klagen. Am 3. November erließ Graf Platen von Wien aus, als ob er noch dirigirender Miniſter in Hannover wäre, ein Circulär an die vormals hannoverſchen Conſuln, worin er ihnen befahl, ihre Amtsgeſchäfte fortzuführen. Die preußiſche Regierung hatte dieſe Conſuln bereits entlaſſen und begnügte ſich, Platens Reſcript für ungültig zu erklären, ging aber von ihrer bisherigen allzu großen Schonung inſofern ab, als ſie von allen Schlöſſern und Privatbeſitzungen des Königs Georg Beſitz ergriff, auf die Marſtallpferde, ſoweit ſie König Georg nicht ſchon hatte verkaufen laſſen, Beſchlag legte und jede fernere Geldſendung nach Wien unterſagte. Auch wurde den hannoverſchen Offizieren am 25. November eröffnet, ihr Eintritt in die preußiſche Armee ſtehe nur bis zum 1. Januar 1867 offen, da ihnen von dieſem Termin an, ſofern ſie nicht in preußiſche Dienſte treten, auch kein Gehalt mehr ausgezahlt werden könne.

Trotz alledem dauerte die Unbotmäßigkeit gegen Preußen fort, hauptſächlich durch die Schuld des Adels, der auf die Sympathien ſeiner Standesgenoſſen in Preußen rechnete und am 7. November eine trotzige Erklärung in welfiſchem Sinne erließ. Unter ſolchen

Einflüſſen ſtieg auch die Frechheit des insgeheim gehetzten Pöbels auf den höchſten Grad, ſo daß preußiſches Militär, wo es ſich einzeln auf den Straßen blicken ließ, den gröbſten Inſulten ausgeſetzt war. Auch wurden täglich in Hannover die preußiſchen Farben und Placate abgeriſſen oder beſudelt. Liberale Blätter beklagten, daß die preußiſche Regierung den Adel ſchone. Dieſe Schonung aber hörte auf.

Unmittelbar nach der Rückkehr des Grafen Bismarck nach Berlin, am 3. Dezember, erſchien ein preußiſcher Erlaß an den Generalgouverneur von Hannover, Generallieutenant v. Voigts-Rheetz, worin dieſem befohlen war, jeden hannoverſchen Beamten, ſobald er es im preußiſchen Intereſſe für erforderlich halte, ohne weitere Rückfrage vom Amte zu ſuspendiren, ferner alle vormaligen hannoverſchen Militärs, welche gegen Preußen agitirten, augenblicklich nach der Feſtung Minden abführen zu laſſen, wie auch alle diejenigen Individuen, welche preußiſches Militär beleidigten. Hierauf wurden ſogleich vierzehn Verwaltungsbeamte entlaſſen, Graf Kielmannsegge, Commandeur eines Cavallerieregiments, welcher Unteroffiziere aufgefordert hatte, nicht ins preußiſche Heer einzutreten, verhaftet und nach Minden abgeführt und Unterſuchung gegen die Unterzeichner der ritterſchaftlichen Erklärung eingeleitet. Zugleich wurde die Beſchlagnahme des königlichen Privateigenthums in Hannover preußiſcherſeits für vollkommen gerechtfertigt erklärt, ſo lange König Georg die von ihm aus der Staatskaſſe mitgenommenen Werthpapiere, die dem Staat und nicht ihm gehören, nicht herausgäbe. Thut er das nicht, „ſo werden die benachtheiligten Perſonen muthmaßlich gegen ihn vor hannoverſchen Gerichten klagbar werden und durch die Beſchlagnahme ſeines Privatvermögens wird geſorgt, daß zur Exekution des den König etwa verurtheilenden Rechtsſpruchs ein Vermögensobject im Lande vorhanden iſt.“ Zugleich ließ Preußen in England bekannt machen: „Daß außer den dem Staatsſchatze, dem Domänenfonds und dem klausthaler Tilgungsfonds zugehörigen Werthpapieren und Geldern,

die ſchon mehrmals ſpecificirt worden ſind, noch eine fernere Anzahl von verzinslichen Werthpapieren, welche als Sicherheit für mehrere von dem Domänenfonds bezogene Anleihen in dem Staatsſchatze deponirt waren, zur gleichen Zeit nach England hinübergebracht worden ſeyen. Die Papiere lauten auf 23,650 Thlr. in Gold, 2,328,450 Thlr. in Noten, 89,500 öſterr. Gulden, 39,353 £., 72,000 Frcs., 42,600 Rubel, 68,500 Mark Banko, 1000 holl. Gulden und 19,000 Dollars, im Ganzen alſo auf mehr als 2,800,000 Thlr.; ſie werden in der Annonce genau beſchrieben. Das Publikum wird vor dem Ankaufe gewarnt, da zur Wahrung der Eigenthumsrechte des Landes Schritte geſchehen ſind, um ſowohl die Auszahlung der Zinſen, als die Rückzahlung des Kapitals zu inhibiren."

Einige hundert junge Hannoveraner wurden im Laufe des Sommers und Herbſtes nach London verlockt, um dort eine Legion des Königs Georg zu bilden. Es waren größtentheils Rekruten, die, wenn ſie daheim geblieben wären, in die preußiſche Armee hätten übertreten müſſen. Man glaubte lange, der nach Hietzing bei Wien geflüchtete König Georg habe dieſe Unbeſonnenheit der jungen Leute veranlaßt und ihnen die Reiſekoſten bezahlen laſſen. Eine im welfiſchen Fanatismus befangene Dame ſoll zum gleichen Zwecke Geld geſpendet haben. Allein im Januar 1867 gab im „Herrmann" der deutſche Rechtsſchutzverein in London Aufklärungen über jene „Welfenarmee", die ſehr überraſchten. Jener Verein nämlich hatte ſich in Verbindung mit der preußiſchen Geſandtſchaft der armen Rekruten angenommen, um ſie von der Unſinnigkeit ihres Unternehmens zu überzeugen und ihnen eine ſtrafloſe Rückkehr in die Heimath zu ermöglichen. Da ſtellte ſich nun heraus, daß die jungen Leute durch Seelenverkäufer irre geführt worden waren, die ſie zwar im Namen des Königs Georg geworben und nothdürftig mit Reiſegeld verſehen hatten, aber nur, um ſie nachher in London zu ganz anderen Zwecken zu gebrauchen, namentlich um ſie nach Braſilien zu ſchicken, wo man

wegen der Unfälle im Kriege mit Paraguay Soldaten brauchte. Weiße Sclaven aus Deutſchland nach Braſilien zu ſchaffen, war ſchon längſt ein blühendes Gewerbe in den Seeplätzen.

Einige ſtrengere Maßregeln der preußiſchen Regierung gegen welfiſche Wühler, auch ſolche von Adel, hatten die gehoffte Wirkung. Mehrere wurden eine Zeitlang nach der Feſtung Weſel geſchickt, ein Herr von Alten-Hemmingen des Landes verwieſen (Januar 1867).

Eine Commiſſion von hannoverſchen Offizieren begab ſich nach Wien und Berlin, um einen befriedigenden Ausweg aus der Verlegenheit zu ſuchen, in der ſie ſich befanden. Ohne von König Georg ihres Eides entlaſſen zu ſeyn, konnten ſie in den preußiſchen Dienſt nicht eintreten, obgleich er ihnen offen ſtand, weil Gewiſſensbedenken ſie abhielten. Der blinde König ließ ſie rückſichtslos in ihrer Noth ſtecken und ſprach ſie von ihrem Eide nicht frei. Als die Commiſſion nach Berlin kam, ſagte ihnen der ehrenwerthe Kriegsminiſter v. Roon: In dem vorliegenden ſtaatsrechtlich durchaus klaren Falle könne es durchaus keinen Anſtand finden, daß hannoverſche Offiziere auch ohne Eidesentbindung von Seiten ihres früheren Königs in die preußiſche Armee eintreten könnten. Seinen perſönlichen Gefühlen nach würde es ihm freilich lieber ſeyn, wenn die Eidesentbindung zu bewirken wäre. König Georg beharrte inzwiſchen bei ſeinem Anſpruch, die Offiziere müßten ihm bis an ihren Tod den Eid halten, wenn er ihnen auch nicht den geringſten Gegendienſt dafür leiſte und ſie keinen Heller Sold mehr von ihm erhielten. Endlich bequemte er ſich dazu, ihnen den Abſchied zu bewilligen, nicht aber die Entbindung vom Eide.

Der Kurfürſt von Heſſen fügte ſich mit einem Phlegma, welches ſehr gegen die welfiſche Hitze abſtach, in ſein Schickſal, entſagte allen Souveränetätsrechten gegen eine jährliche Rente von 600,000 Thalern, entband alle Beamten und Offiziere ihres Eides und begab ſich von Stettin einfach wieder nach Kurheſſen zurück auf ſein Schloß Philippsburg bei Hanau. Das Datum ſeines Abfindens mit Preußen war

der 18. September. Er hatte ganz richtig gerechnet, daß ihn trotz der alten Erbitterung des Volks gegen ihn, ſeine Heſſen diesmal gut aufnehmen würden. Eine Zeitung ſchrieb, er ſehe jetzt lauter freundliche Geſichter, weil er nicht mehr Kurfürſt ſey. Im Winter erfuhr man ſeltſame Dinge von Streitigkeiten des Kurfürſten mit ſeinem Sohn, dem Prinzen Moritz von Hanau. Der Vater hatte dem Sohn das Rittergut Völkershauſen als heimgefallenes Lehen verliehen, ſich aber, wie es ſcheint, die Nutznießung vorbehalten, die nun beide zugleich anſprachen. Man las im Anfang des Januar 1867 in öffentlichen Blättern: „Das gegenſeitige Verhältniß von Vater und Sohn prägt ſich recht deutlich in den Gefechten aus, die ſich die kurfürſtlichen und prinzlichen Feldhüter und Forſtbeamten jetzt in Völkershauſen liefern, wobei es ſchon viele blutige Köpfe abgeſetzt haben ſoll."

Mainz hatte aufgehört Bundesfeſtung zu ſeyn. Das ſiegreiche Preußen erhielt das Beſatzungsrecht im Friedensvertrage mit Bayern. Alſo zogen am 26. Auguſt die letzten Oeſterreicher und Bayern (die Württemberger und andere Bundestruppen hatten ſich ſchon früher entfernt) von Mainz ab und die Preußen rückten unter dem Prinzen Waldemar von Schleswig-Holſtein Sonderburg-Auguſtenburg daſelbſt ein. Noch wehte von der Citadelle die ſchwarz-roth-goldne Fahne, wie auch auf den Kaſernen. Sowie aber der Prinz den preußiſchen Truppen voran in die Stadt ritt, ſenkten ſich dieſe Fahnen wie auch die weiß-rothe Darmſtadts und tauchte die ſchwarz-weiße Fahne Preußens empor. Sehr ungeſchickterweiſe hatte man die öſterreichiſche Artillerie und bayriſche Infanterie erſt ſo ſpät auf die Eiſenbahn gebracht, daß ihr langer Zug noch bei den einrückenden Preußen vorbeifahren mußte. Zwar die Oeſterreicher jauchzten und winkten mit Händen, Mützen und Tüchern den Preußen zu mit dem lauten Ruf: „Hurrah, Kameraden! hoch die Preußen!" was die Preußen mit dem Ruf: „Hoch die Oeſterreicher!" erwiderten. Aber die Bayern hielten ihre geballten

Fäuſte oder blanken Säbel zu den Fenſtern der Waggons heraus und ſchrieen den Preußen, die ſich ruhig verhielten, wüthende Schimpfworte zu. Noch ärgere Scenen erfolgten in Aſchaffenburg, als derſelbe Bahnzug in dieſer Stadt anhielt. Es ſtanden Preußen in der Stadt, über welche die ausſteigenden Bayern herfielen und mehrere verwundeten. Auf der Station Stockſtadt ging einer in ſeiner Wuth ſo weit, einen ruhig vorbeigehenden preußiſchen Offizier mit einem Schuſſe von hinten ſchwer zu verwunden.

Am 8. October wurde auch die Einverleibung der freien Stadt Frankfurt und ihres Gebiets in die preußiſche Monarchie vollzogen. Der zum Civilgouverneur daſelbſt ernannte vormalige preußiſche Miniſter v. Patow ſagte in ſeiner Anſprache, die er im berühmten Kaiſerſaale des Römers hielt, die denkwürdigen Worte: „Deutſchlands Kaiſer blicken in dieſem Saale in mehr als tauſendjähriger Reihe aus von Meiſterhand gemalten Bildern auf uns herab. Von dieſem Balkon wurden die Wahlen dem harrenden Volke verkündigt, deren Reſultat oft für die Schickſale Deutſchlands, für die Geſchicke der Welt entſcheidend war. Ueberall hier in Frankfurt tritt uns eine große Vergangenheit, ein reich entwickeltes ſtädtiſches Gemeinweſen entgegen. Aber die Weltgeſchichte läßt ſich nicht durch Gefühle, nicht durch Erinnerungen beſtimmen. Sie ſchreitet unaufhaltſam vorwärts, neue Zeiten bringen neue Anforderungen, die alten Gebilde müſſen den neuen Platz machen. Die bisher freien Bürger Frankfurts haben ihre Selbſtändigkeit verloren, das iſt ein Verluſt, deſſen Größe ſich, wenn Sie wollen, jeder Schätzung entzieht. Aber dafür wird Ihnen Erſatz gewährt. Sie erlangen ein Vaterland in dem eminenten Sinne, in welchem Sie bisher ein ſolches nicht hatten. Sie kommen zu einem Reiche, welches durch die treffliche Organiſation und Führung, durch die Tapferkeit ſeines Heeres, durch ſein Volk in Waffen feſt auf eigenen Füßen zu ſtehen und ſeine und ſeiner Bürger Rechte zu ſchützen weiß. Sie werden künftig die Weltgeſchichte nicht mehr über

ſich ergehen laſſen, Sie werden helfen, dieſelbe zu machen. Sie werden Bürger eines Staates, der zuerſt klar begriff, daß eine neue Zeit eingetreten ſey, und das, was ſie verlangte, mit kräftiger, aber ſchonender Hand zu geben wußte; der zuerſt die Feſſeln der nationalen und der volkswirthſchaftlichen Entwicklung zerbrach, der zuerſt durch die Gründung des Zollvereins, durch die Verabredungen über das Münzweſen, über Poſten und Telegraphen ꝛc. Deutſchland wenigſtens in manchen und wichtigen Beziehungen zur Einheit zurückführte."

Die Stimmung in Frankfurt blieb freilich noch lange eine wehleidige. Die große Contribution war erlaſſen bis auf die ſchon gezahlten ſechs Millionen, die aber nur zum Beſten Frankfurts verwendet werden ſollten. Dieſe glimpfliche Behandlung von Seite Preußens verſöhnte aber die nicht, die ſchon ſo lange ihre Seelen mit unvernünftigem Preußenhaß vergiftet hatten. Viele konnten nicht verſchmerzen, daß ſie ihre Füße ſo lange unter den Tiſch von Diplomaten geſetzt hatten, die gegen Preußen verſchworen geweſen waren. Dazu kam, daß den verweichlichten Söhnen der Reichen jetzt die allgemeine Wehrpflicht zugemuthet wurde. Vom Schweiß und Blut des deutſchen Volkes hohe Procente zu ziehen, war freilich bequemer, als unter dem deutſchen Volk zu dienen im Schweiß des Angeſichts und wohl gar Blut vergießen zu müſſen.*) Am 22. November

*) Von der Tapferkeit der Betreffenden gab noch nach dem Kriege ein Vorfall im Theater zu Florenz (Januar 1867) einen Beweis. Ein junger preußiſcher Offizier, der bei Königgrätz beide Beine verloren hatte, aber glücklich geheilt worden und zu ſeiner Erholung nach Italien gereist war, ſaß in Uniform und mit Orden geſchmückt im Theater Pagliano, als ein Frankfurter auf ihn zulief und ihn mit Schimpfworten überhäufte. Ein zweiter rief ihm von der Galerie zu: Gieb ihm ein paar Ohrfeigen! Der Offizier blieb ruhig, ſeine Ordonnanz wehrte dem plumpen Angreifer ab, das Publikum miſchte ſich ein und machte, indem es den Frankfurter hinauswarf, demſelben ſo Angſt, daß er ſchrie: „Ich bin ja ein Preuße!" Als das

wurde dem Schwäbiſchen Merkur aus Frankfurt geſchrieben: „Zum Verſtändniß der ſtrengen Haltung der preußiſchen Befehlshaber nach der Einnahme der Stadt gehört nicht nur die Kenntniß der officiellen Kundgebungen des Senats, ſondern auch die Kenntniß der Maßloſigkeiten der Preſſe, der Verleumdungen, Verdächtigungen und Feindſeligkeiten gegen die anerkannten Anhänger des deutſchen Bundesſtaats unter preußiſcher Führung, welchen noch jetzt mitunter die Verantwortlichkeit für den ſtaatlichen Untergang von Frankfurt zugewälzt wird, während es doch die Helden des Circus ſind, die, indem ſie die Neutralität der Mittelſtaaten, ſo viel an ihnen lag, unmöglich gemacht, recht eigentlich pour le Roi de Prusse gearbeitet und durch Verwicklung der Mittelſtaaten in den Krieg den von niemand gewünſchten Ausgang in völlige Annexion Frankfurts herbeigeführt haben.“ Indem der Correſpondent diejenigen tadelt, die nun über das gedemüthigte Frankfurt ihren Spott ergießen und zwiſchen Schuldigen und Unſchuldigen nicht unterſcheiden, fügt er mit Recht hinzu: „Der Typus des blaſirten, feigen, an der Stelle des Herzens einen Geldſack tragenden Börſenjobbers iſt noch lange nicht der Typus des Frankfurter Bürgers, deſſen Gemeinweſen das Streben nach harmoniſcher Vereinigung des Gemeinnützigen mit dem Schönen und Edlen zeigte, deſſen Hand immer offen war für wohlthätige und wiſſenſchaftliche Beſtrebungen des Vaterlandes ꝛc.“ Grade dieſe beſſern Elemente der Bevölkerung haben aber keinen Grund, Preußen zu grollen, das im gleichen gemeinnützigen Streben immer voranging.

Preußiſche Landwehrmänner eines aus Frankfurt heimkehrenden Regiments tumultuirten beim Abzug aus geringfügigem Grunde, weil ihnen nicht gleich ein Bahnzug zu Gebote ſtand, wurden wegen

---

Stück zu Ende war, hob die Ordonnanz den Offizier auf die Arme, und jetzt erſt ſahen die Florentiner, daß ihm beide Beine fehlten, und brachen in ſtürmiſchen Jubelruf aus: Eviva la Prussia!

Ungehorſam nach Mainz transportirt und hier bis zum Neujahr feſtgehalten.

Eine Anzahl Einwohner von Frankfurt wagte es, am 20. Jan. 1867 dem preußiſchen Finanzminiſterium anzuſinnen, es möge der Stadt, der die größere Contribution ohnehin längſt erlaſſen war, auch noch die 6 Millionen Gulden (wirklich nur (5,747,000), die gezahlt worden ſeyen, wieder zurückerſtatten. Der Finanzminiſter v. d. Heydt wies ſie jedoch am 4. Februar entſchieden ab mit dem Bemerken: „Nach der vom Herrn Miniſterpräſidenten Grafen v. Bismarck bei deſſen Anweſenheit in Brünn dem Senator Doktor Müller gemachten Eröffnung würde es lediglich von der Entſchließung der Stadt Frankfurt abgehangen haben, durch ihren freiwilligen Anſchluß an Preußen nicht nur jede Kriegsauflage von ſich abzuwenden, ſondern ſich auch im Wege des Vertrages eine Ausnahmsſtellung unter den Städten der Monarchie mit wichtigen Privilegien zu ſichern. Nachdem die Stadt Frankfurt hierauf nicht eingegangen iſt, hat dieſelbe die eingetretenen Verluſte als unvermeidliche Kriegsfolgen lediglich ihrer freigewählten Haltung zuzuſchreiben.“

Auch das Herzogthum Naſſau wurde als erobertes Land von Preußen annectirt, in Folge der Hartnäckigkeit, mit welcher der Herzog Preußen bekämpft hatte, und zur wahren Erleichterung der Bevölkerung, welche hier, wie in Kurheſſen, unter langer Mißregierung gelitten hatte.

Die Landſtände von Naſſau hatten noch am 27. Juni den Herzog Adolf dringend vom Kriege abgemahnt, aber vergebens. Die Soldatenſpielerei hatte ſeit dem Beſtande des Bundestags dem kleinen Lande Naſſau nicht weniger als 30 Millionen Gulden gekoſtet und dafür hatte man die Schande des letzten Mainfeldzugs eingekauft. In Veldes Flugſchrift hieß es von den naſſauiſchen Truppen im Sommer 1866: „Ein fortwährendes Hin- und Hermarſchiren ohne Plan und Ziel, verbunden mit höchſter Strapaze und Entbehrniß der

Mannſchaft; wiederholte Bewegung der ganzen Brigade, das einemal gegen eine Hand voll requirirender Preußen, das anderemal gegen einige lediglich in der, auch vollkommen gelungenen, Abſicht der Schwächung des Feindes für den bevorſtehenden Hauptangriff vormarſchirte Bataillone Landwehr; endlich Rückmarſch nach den Gebieten der Staaten, die ſich beeilten, ihren Frieden mit Preußen zu ſchließen und den Verbündeten ſeinem Schickſale zu überlaſſen — das iſt in wenigen Zügen der Antheil der, ob ihres Schickſals ſo bedauernswerthen, wie allgemein bedauerten naſſauiſchen Truppen an einem Feldzuge, der, mit den kühnſten Erwartungen unternommen, dem kläglichſten Ende entgegenging. Daß es gleichzeitig mit der Feldpoſt auf das mangelhafteſte beſtellt war, die Verbindung der ausmarſchirten Mannſchaften mit ihren daheim befindlichen Angehörigen eine Zeit lang beinahe alles zu wünſchen übrig ließ; officielle Nachrichten vom Kriegsſchauplatze und insbeſondere Verluſtliſten nach den Gefechten bei Würzburg gar nicht erſchienen, vollendete die Staffage des Bildes. Man forderte zur Sammlung von Leinen für die Verwundeten auf und traf nicht einmal Vorkehrungen für das Wegbringen ganzer Stöße von Leinwand, die das herrlichſte Verbandmaterial abgaben, aus den Magazinen der Garniſonſtädte. Man gönnte den Bewohnern einer Garniſonſtadt nicht die Strohſäcke für den Fall von Einquartirung, und man wußte es doch nicht zu hindern, daß im ſelben Augenblicke eine Menge von Waffen, Monturen, Bettſtellen, Bett- und Handtüchern von den Preußen entführt wurden. Man war allen Ernſtes entſchloſſen, die Brücken, Viadukte und ſelbſt Tunnels der Staatseiſenbahn zu ſprengen in einem Augenblicke, in welchem dieſe für den ferneren Erfolg der Operationen ſchon völlig gleichgültig waren, und damit dem eigenen Lande, neben einer nicht abzuſehenden Dauer von Verkehrsunterbrechung, einen Schaden von Millionen zuzufügen, und man ſtand erſt auf die eindringlichſten Einwendungen von dieſem wahnſinnigen Vorhaben ab und begnügte ſich

mit dem ſtellenweiſen Auflegen der Schienen. Dafür hatte man dann die Genugthuung, daß dieſelben Leute, welche die Bahn unfahrbar machten, bald darauf auf Befehl der Preußen ſie wieder herſtellen mußten."

In Oppermanns Flugſchrift leſen wir, daß in dem kleinen Herzogthum Naſſau in einem einzigen Jahre (1864) für auswärtige Angelegenheiten nicht weniger als 212,092 fl. 15 kr. verausgabt worden ſeyen, „obgleich die Repräſentation eines Kleinſtaats von ſo geringem Umfange ohne alles Anſehen iſt und niemals und nirgends einem naſſauiſchen Bürger Schutz und Beiſtand zu gewähren vermochte." Die Nachwelt wird ſtaunen, daß innerhalb einer großen Nation, wie es unſtreitig die deutſche iſt, ſolcher Unfug und ſolche Unnatur im 19. Jahrhundert noch möglich war. Aber der Bundestag war ja eben nur im Jahr 1815 niedergeſetzt worden, um die deutſche Nation nie zur Entwicklung kommen zu laſſen. Das war eben die fluchwürdige Metternichſche Politik, der das unwürdig mißhandelte deutſche Volk fünfzig Jahre lang preisgegeben blieb.

Am 25. September kam eine Deputation aus Dillenburg im Naſſauiſchen nach Berlin, um dem Könige die Ergebenheit der Stadt zu beurkunden. Der König dankte ihr und verfehlte nicht, zu bemerken, wie ſich der berühmte Naſſauer, Freiherr von Stein, welcher Preußens Stolz wurde, gefreut haben würde, wenn er die Vereinigung Naſſaus mit Preußen erlebt hätte, denn das höchſte Lebensziel dieſes großen Miniſters ſey die Einigkeit Deutſchlands geweſen, die nunmehr um einen guten Schritt gefördert worden ſey.

Der Herzog von Naſſau beſitzt außerordentlich große Domänen, die etwa den fünften Theil aller Waldungen des Landes, den zehnten Theil der Weinberge, Aecker und Wieſen, einen großen Theil der Bergwerke ꝛc. umfaſſen. Schon im Jahr 1816 hat Freiherr Karl v. Stein unter Zuſtimmung des vormals reichsunmittelbaren Adels dargethan, daß dieſe Domänen Landeseigenthum, nicht Privateigen-

thum des Herzogs ſeyen. Die liberalen Mitglieder der letzten naſſauiſchen Landtage erklärten am 9. September in einer Adreſſe an den König von Preußen, die Aufnahme des Herzogthums Naſſau in die preußiſche Monarchie werde den Bewohnern des erſtern zum wahren Nutzen gereichen. Hochwichtig für daſſelbe ſey aber die Domänenangelegenheit. Das Land habe ein Recht an die Domänen. Die ſtändiſche Vertretung habe bei der Verwaltung der Domänen mitgewirkt, ohne ihre Zuſtimmung habe nichts davon veräußert, noch mit Schulden belaſtet werden können. Aus dem Ertrag der Domänen werde die ältere Staatsſchuld verzinst. Wollten alſo ſämmtliche Domänen dem Herzog als Privateigenthum überlaſſen werden, ſo würde das dem Lande den größten Schaden bringen. Den wirthſchaftlichen Intereſſen des Landes würde nichts ſo ſehr entſprechen, als die Veräußerung der Domänen und Verwandlung derſelben in freies Eigenthum.

In der Flugſchrift von Velde wird erörtert, wie das materielle Wohl des kleinen Landes auch in anderer Beziehung vernachläßigt wurde. „Man ſollte denken, daß von einer Zollinie gegen Preußen, das uns, wie in einem trefflichen Berichte der erſten Kammer vom Jahr 1862 geſagt wird, auf zwei Drittel unſerer Grenze umſchließt, wohin mindeſtens 90 Procent unſeres ganzen Exports gehen, von wo wir die uns nothwendigen Steinkohlen nur allein beziehen können, durch welches der billigſte Tranſit für die zu uns eingehenden Colonialwaaren iſt, und mit dem wir in den vielfachſten und mannigfaltigſten Handels- und Verkehrsbeziehungen ſtehen, nun und nimmermehr die Rede ſeyn dürfte. Gleichwohl war die Gefahr eines Austrittes aus dem Zollverein zweimal nahe genug an uns herangetreten. Das erſtemal vor dem Jahr 1853, als die ſ. g. Darmſtädter Coalition, deren eifrigſtes Mitglied Naſſau war, es auf eine Sprengung des Zollvereins abſah. Das zweitemal vor 1865, als Naſſau im Bunde mit den Regierungen einer Anzahl ſüddeutſcher Staaten den

Beitritt zu dem von Preußen mit Frankreich abgeſchloſſenen Handelsvertrage, den ein Heißſporn unter den Klerikalen im Landtag als eine ‚Schandſäule‘ zu bezeichnen ſich erdreiſtete, verweigerte.“

„Fürwahr der Fürſt von Hohenzollern durfte mit Recht in ſeiner an die Bewohner des Herzogthums Naſſau gerichteten Proklamation von dem ‚Unglücke der entnervenden Herrſchaft dynaſtiſcher Intereſſen und einſeitiger Sonderbeſtrebungen‘ reden. Auch im übrigen wurde gegen den Geiſt der Zollvereinsverträge ſchwer geſündigt. Die in den fünfziger Jahren eingeführte Beſteuerung des Branntweins und des Biers zog einen ſelbſtändigen Zollgürtel um das Ländchen, und das hohe Ausgabebudget und die wachſende Laſt der Staatsſchuld rechtfertigten die Beſorgniß, daß man auf neue indirecte Steuern ſinnen würde. Den Lahnzoll hob man, allen Bemühungen und Warnungen der Betheiligten und der wiederholten Aufforderung des Landtags zum Trotze, erſt auf, nachdem von der früheren ſtattlichen Anzahl von beiläufig 600 Fahrzeugen deren nur noch kaum viel mehr wie hundert übrig und die Mehrzahl der Schiffer ruinirt waren. Und bis zu einer Beſeitigung der armſeligen Schleußengelder hat ſich nicht einmal der Gedanke herangewagt.“

Dazu kam noch, daß der Herzog in ſeiner Hauptſtadt Wiesbaden eine berüchtigte Spielhölle geduldet hatte, und den noch ſchlimmeren, Deutſchland entehrenden Handel mit Kindern nach England. Speculanten holten Jahr aus Jahr ein eine Menge naſſauiſche Kinder, beſonders junge Mädchen ab, um ſie unter dem Vorwand, ſie verkauften Beſen, der Proſtitution in London zu überliefern.

Für die Katholiken waren die kriegeriſchen Erfolge Preußens und die Annectirungen ein Vortheil, an welchen ſie vor dem Kriege kaum gedacht hatten, da alle katholiſchen Blätter in Süddeutſchland die öſterreichiſche Sache vertraten. Es konnte indeſſen nicht lange unbeachtet bleiben, daß der Preußenhaß von Seiten der Vertreter

der katholiſchen Kirche nicht wohl begründet war. Denn Preußen war den Katholiken ſeines eigenen Landes gerecht geworden. Auf den katholiſchen Univerſitäten und Prieſterſeminarien kam der katholiſche Geiſt zu einer Blüthe, wie kaum in Frankreich und Belgien, während dieſer Geiſt in der ganzen öſterreichiſchen Monarchie ſyſtematiſch eingeſchläfert blieb und während in den ſüddeutſchen Staaten mit nur geringen Ausnahmen die katholiſche Kirche von der Staatsgewalt mehr oder weniger unter dem Daumen gehalten und gemaßregelt blieb. Wenn das geiſtreichſte aller katholiſchen Journale in Deutſchland, die hiſtoriſch politiſchen Blätter in München, nur aus patriotiſchen Gründen die Parole auswarf: „lieber preußiſch, als rheinbündiſch“, ſo ſprachen ſich andere katholiſche Blätter auch anerkennend über die Toleranz aus, welche der preußiſche Staat den Katholiken angedeihen laſſe.

Das Münſteriſche Sonntagsblatt brachte eine Correſpondenz aus Frankfurt, worin vom Jammer der Frankfurter die Rede war und wie bitter ſie klagten, preußiſch werden zu müſſen. Dann hieß es: „Vom kirchlichen Standpunkte aus aber betrachtet, können wir die Annexion nicht ſo lebhaft bedauern; denn in Frankfurt herrſchte wohl der ärgſte Zopf in allen deutſchen Landen im Benehmen der Staatsgewalt der Kirche gegenüber. Von irgend einer Freiheit der Kirche war nicht die Rede. Es wurden z. B. principiell religiöſe Genoſſenſchaften nicht geduldet. Nun haben wir ſeit drei Jahren engliſche Fräulein aus Nymphenburg bei München hier; dieſelben leiten ein Erziehungsinſtitut, das heute an 100 Zöglinge zählt. Dieſen Ordensperſonen wurden fortwährend die größten Schwierigkeiten gemacht, und ihre Exiſtenz in Frankfurt wohl auch gefährdet; unter keiner Bedingung wurde ihnen erlaubt, ihr Ordenskleid (?) zu tragen. Was ſind das für Lappalien? Die Preußen bringen andere Anſchauungen über die Ordensfrauen mit. So befinden ſich auch ſeit beinahe zehn Jahren die ‚armen Dienſtmägde Chriſti‘ von Dernbach in unſerer

Stadt, gerufen und unterhalten vom katholiſchen Gemeindevorſtand. Deren Zahl iſt in der letzten Zeit auf fünfzehn gewachſen, denn alle Confeſſionen nahmen ſie in Anſpruch zur Pflege der Kranken in den Häuſern bei Tag und Nacht. Das Gremium der Frankfurter Aerzte erklärte dieſe Schweſtern als die beſten Krankenwärterinnen. Aber die Staatsgewalt der ‚freien Republik?‘ Sie anerkannte die Schweſtern nicht, ſie tolerirte ſie nicht, ſie ignorirte ſie bloß, — und wäre z. B. vom Vorſtand beim Senate die Berufung der Schweſtern angezeigt worden, ſo hätten dieſelben, wollte man dem Princip nicht untreu werden, ausgewieſen werden müſſen; es iſt aber nie eine Anzeige erfolgt und es iſt bis zur letzten Stunde beim ‚Ignoriren‘ geblieben. — Nach Frankfurt kamen nach und nach bei tauſend Verwundete und wurden in verſchiedenen Gebäuden untergebracht. Bis in die letzten Tage beſorgten dieſe Kranken Frankfurter Aerzte. Glauben Sie, daß unſere barmherzigen Schweſtern zur Pflege der armen Verwundeten wären zugelaſſen worden, ſo lange Frankfurt noch zu befehlen hatte in den Lazarethen? Durchaus nicht. Die preußiſche Commandantur von Frankfurt ſchickte unſere Schweſtern auf die Gefechtplätze von Uettingen, Helmſtadt, Roßbrunn, wo ſie ſeit mehr als vier Wochen thätig ſind; aber die Herren Frankfurter blieben ihrem Princip: ‚keine Orden!‘ treu bis in den Tod — bis zum Tode ihrer Freiheit nämlich. In den allerletzten Tagen iſt bereits eine Wendung zum Beſſern eingetreten, denn die preußiſchen Stabsärzte kennen den Werth der barmherzigen Schweſtern.“

Die Breslauer Hausblätter bemerkten dazu: „Daſſelbe könnte man faſt aus allen annectirten oder gerupften kleinen deutſchen Vaterländern erzählen. Die ‚Kirchenknechtſchaft‘ florirt in ihnen aufs üppigſte und weil die kleinen Miniſter und Kammerredner ſonſt nicht viel zu ſagen hatten und haben, ſo ging ihre Hauptthätigkeit beſtändig auf das Hineinregieren in die Kirche und auf Unterbindung ihrer Lebensthätigkeit. Wollten wir Katholiken alſo nur den kirchlichen

Zweck im Auge haben und vom Recht abſehen, ſo würden wir von dieſem Standpunkt aus ſelbſt die Annexion Bayerns, Württembergs und Badens aufs angelegentliche befürworten können. Denn auch hier, wie in den kleinen mitteldeutſchen ‚Staatchen‘ ſteht der Polizeiſtock in ſeiner Anwendung gegen die katholiſche Kirche in hohen Ehren, wie auch in Sachſen, das trotz des beſten Willens ſeines Königs ſich durch die biſſigſte Intoleranz gegen die katholiſche Kirche hervorzuthun den kläglichen Ruhm behauptet. Gegenüber allen dieſen Ländern waltet in Preußen entſchieden ein größeres Maß von Gerechtigkeit gegen die katholiſche Kirche vor und wenn wir auch noch bedeutende Forderungen an unſere Regierung zu ſtellen berechtigt ſind, ehe von einer in allen Verhältniſſen durchgeführten Parität die Rede ſeyn kann, ſo iſt doch das wahr, daß man ſich bei uns längſt von jener kleinlichen, erbärmlichen und durch und durch ungerechtfertigten Einmiſchung in rein kirchliche Dinge freigemacht, die in den deutſchen Kleinſtaaten noch in Blüthe ſteht, ſelbſt wo katholiſche Herrſcher an der Spitze ſtehen, wie in Bayern. Alſo nochmals! Wenn wir bloß nach den kirchlichen Intereſſen urtheilen wollten, ſo könnten wir mit Fug ſagen: Die deutſchen Kleinſtaats-Regierungen gewähren der katholiſchen Kirche das möglichſt geringe Maß von Freiheit und ihr Verſchwinden wäre für die Katholiken als ſolche am wenigſten ein Grund, ſich die Augen roth zu weinen.“ Das in Stuttgart erſcheinende Volksblatt, bisher ſehr preußenfeindlich, erklärte am 23. September ſeine volle Zuſtimmung zu dieſen Anſichten.

Im gleichen Sinne erklärte ſich der Biſchof von Limburg am 20. October in einem Hirtenbriefe. Indem er den Gläubigen empfiehlt, dem neuen Herrn in Ehrfurcht und Liebe unterthan zu ſeyn, rühmt er „die Glaubensſtärke des Königs von Preußen, welcher nicht von der herrſchenden Partei, ſondern vom Altare des Herrn die Krone genommen habe. Die katholiſche Kirche nehme in Preußen verfaſſungsmäßig eine würdigere Stelle ein, als anderwärts. Von

Preußen ſey für die Einheit und Freiheit Deutſchlands noch Großes zu erwarten. Vergeblich jedoch würden alle Bemühungen zur Einheit und Freiheit zu gelangen ſeyn, ſo lange man dem Geiſte widerſtrebe, der früher Deutſchland groß und gewaltig gemacht, dem Geiſt der Kirche."

In der naſſauiſchen zweiten Kammer ſagte noch unlängſt der geiſtliche Rath Rau: „Ich verkenne es nicht, daß wir dem großen Nachbarſtaate Preußen vieles zu verdanken haben; insbeſondere erkenne ich es als katholiſcher Geiſtlicher an, daß Preußen ſeit der Thronbeſteigung Friedrich Wilhelm IV. von allen deutſchen Staaten zuerſt der katholiſchen Kirche Freiheit gewährte; auch zur Zeit, als der Kirchenconflict ſtörend auf unſere öffentlichen Verhältniſſe einwirkte, erfreute ſich die katholiſche Kirche in Preußen der durch die Verfaſſung garantirten Unabhängigkeit und Freiheit, und auch in dem gegenwärtigen Augenblicke können die Katholiken Preußens eine pflichtmäßige Thätigkeit in Kirchen- und Schulſachen freier und ungehinderter entfalten, als es uns in Naſſau vergönnt iſt."

Damit vergleiche man nun die täglichen abſcheulichen Angriffe der Wiener Judenblätter auf alles, was den Chriſten heilig iſt, z. B. die ruchloſe Verſpottung des Chriſtkindes in der Chriſttagsnummer der „Neuen freien Preſſe" von 1866. Ferner die Pöbeldemonſtrationen gegen die Jeſuiten in Wien und Prag. Als auch in Bayern, wie in Wien und Prag aufs heftigſte gegen die Jeſuiten getobt und denſelben die Gaſtfreiheit verweigert wurde, bemerkte die Augsburger Poſtzeitung, die katholiſchen Bevölkerungen ſollten ſich ſchämen, da in dem überwiegend proteſtantiſchen Preußen die Jeſuiten geduldet ſeyen und in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauſes am 16. Januar 1865 die Jeſuitenmiſſionen in Preußen wegen ihres ſegensreichen Wirkens gelobt wurden, und ſogar New-York, die Metropole der Proteſtanten und Republikaner, die zahlreichen Jeſuiten in ihrer Stadt wegen ihrer Verdienſte auf den Schlachtfeldern

für abgabefrei erklärte und ihnen jährlich ein Geschenk von 25,000 Fr. aussetzte. Die bayrische Regierung befahl dem Bischof von Regensburg, die wenigen Jesuiten, die sich im Schottenkloster daselbst zusammengethan hatten, auszuweisen, indem sie nach § 76 der zweiten Verfassungsbeilage und Art. 7 des Concordats keine Genossenschaft bilden dürften. Der Bischof mußte demnach ihre Entfernung aus dem Kloster veranlassen. Als einzeln lebende Individuen blieben sie geduldet.

Als ein katholisches Blatt in Schwaben mich, der ich lange Jahrzehnte hindurch das gute Recht der katholischen Kirche gegenüber dem nichtsgläubigen Liberalismus und der Bureaukratie vertheidigt habe, wegen meiner Preußen günstigen Auffassung der deutschen Frage angriff, rechtfertigte mich der katholische „Wahrheitsfreund" von Sursee am 13. Februar 1867 mit den charakteristischen Worten: „In der Schweiz geht der radikale Absolutismus so weit, daß manche Katholiken wünschen möchten, die preußische Freiheit zu haben. Unter einem Hinweis auf die Thatsachen sagt die schweizerische Kirchenzeitung: ‚ihr schweizerischen Staatsmänner, seyd gegen die katholische Kirche wenigstens so tolerant als — Bismarck! Während die Jesuitenspukereien, die Ligorianer-Spürnasereien, die Lehrschwestern-Riechereien, die administrationsräthlichen-Sakristanereien ꝛc. im gegenwärtigen Augenblick die confessionelle Toleranz und selbst die politische Klugheit gewisser Schweizer Staatskünstler in Zweifel stellen, bringen öffentliche Blätter fortwährend Thatsachen aus Deutschland, welche zeigen, daß sogar der Bismarck wenn nicht aus Ueberzeugung, doch aus staatsmännischer Klugheit sich bestrebt, tolerant und zuvorkommend gegen die Katholiken zu seyn.'"

Schleswig-Holstein kam durch den Prager Friedensschluß an Preußen, ein für die deutschen Nationalinteressen günstigeres Ergebniß, als wenn dieses schöne Nordalbingische Küstenland nur ein Kleinstaat unter dem Augustenburger geworden wäre. Es war ein

großes Glück für Deutſchland, daß das ſcharfe Schwert Preußens wieder gut machte, was die Federn der Profeſſoren und Advokaten ſchon gänzlich zu verderben im Begriff geweſen waren. Der Liberalismus hatte hier in einer wirklich dummen Verblendung einem Particularismus und Wünſchen und Intereſſen des Auslandes gedient, die mit dem Recht und Intereſſe der großen deutſchen Nation geradezu im Widerſpruch ſtanden. Nachdem Gablenz mit den Oeſterreichern Holſtein verlaſſen hatte, ſtellte Preußen den zuverläſſigen Freiherrn von Scheel-Pleſſen an die Spitze der Regierung, trotz ſeiner Unpopularität bei den liberalen Schreiern. Eine Ergebenheitsadreſſe der Ritterſchaft wurde am 16. Auguſt vom König in Berlin huldvoll beantwortet. Der Großherzog von Oldenburg trat ſeine Anſprüche auf die Elbherzogthümer für 1 Mill. Thaler und ein paar holſteiniſche Enclaven an Preußen ab. Nach dem Kriege wurde General von Manteuffel wieder Gouverneur der Elbherzogthümer, trat jedoch ſchon Ende Januar zurück, wie es hieß, wegen Krankheit. Die Einverleibung beider Herzogthümer in den preußiſchen Geſammtſtaat wurde am 24. Jan. 1867 vollzogen.

In dem Maaße, in welchem von einer mehr oder weniger dringlichen Einmiſchung Frankreichs in die deutſchen Angelegenheiten die Rede war, tauchte auch der däniſche Anſpruch auf das däniſchredende Nordſchleswig wieder auf. Es wurden deshalb dänenfreundliche Verſammlungen abgehalten und wurde auch eine Deputation nach Berlin geſchickt in der Hoffnung, ſie werde gerade dort in einem günſtigen Momente ankommen, in welchem Preußen den früher ſchon von Frankreich bevorworteten Forderungen des Nationalitätenprincips nachgegeben habe. Preußen gab aber nicht nach und die Deputation wurde gar nicht vorgelaſſen. Bald darauf hielt die deutſch geſinnte Partei Nordſchleswigs eine Verſammlung in Hadersleben, bei der ſich 6—700 Männer betheiligten. Dabei zeigten ſich in der Grenzfrage die auguſtenburgiſch geſinnten mit den preußiſch geſinnten Männern ganz einig.

Beide proteſtirten gegen die Abtretung Nordſchleswigs an Dänemark. Ein Redner, der bisher zur auguſtenburgiſchen Partei gehört hatte, benutzte dieſen Anlaß, um der Verſammlung dringend ans Herz zu legen, man müſſe die Selbſtändigkeit auf dem Altar der Einheit opfern. Beim Gaſtmahl wurde dem König von Preußen ein neunmaliges Hoch ausgebracht. Am 2. Januar war Prinz Friedrich von Auguſtenburg ſo loyal, von Baden-Baden aus alle Schleswig-Holſteiner des Eides zu entbinden, den ſie ihm geleiſtet hatten.

Der König von Dänemark drückte ſchon am 12. November in einer Thronrede die Zuverſicht aus, Nordſchleswig werde an Dänemark zurückfallen. Ein indiscreter Vortrag des ſchwediſchen Geſandten in Berlin in derſelben Angelegenheit (ſchon am Ende des September) wurde vom Grafen Bismarck gar nicht angehört und auch vom König von Schweden desavouirt. Dem Wiener Frieden zufolge ſollte in Nordſchleswig eine Volksabſtimmung über den Anſchluß an Preußen oder Dänemark entſcheiden. Der Termin aber war noch nicht beſtimmt und auch die Sprachgrenze noch nicht gezogen. Proviſoriſch blieb Nordſchleswig in Preußen einverleibt und wurden dort nicht nur die Wahlen zum preußiſchen und norddeutſchen Parlament verfügt, ſondern im März 1867 auch die Rekruten ausgehoben und die, welche den Fahneneid nicht leiſten wollten, in Haft genommen. Die Zahl der letztern belief ſich nicht ganz auf hundert.

Wie ſich die Feinde Preußens rührten, davon gab die Nordd. Allg. Zeitung vom 6. April 1867 einen hübſchen Beleg. „In den engliſchen Preßorganen, namentlich in der Schleſingerſchen Correſpondenz wird eine Rede des Königs von Dänemark colportirt, die denſelben Fabrikſtempel trägt, wie die Tiſchrede, die man vor wenigen Wochen dem Könige von Schweden in den Mund zu legen die lügenhafte Dreiſtigkeit hatte. Der König von Dänemark ſoll nämlich einer Deputation aus Nordſchleswig geantwortet haben: Mit tiefer Rührung habe ich bis in die letzte Zeit Proben der unverbrüchlichſten

Treue gegen Dänemark von Seiten der Einwohner Schleswigs erhalten. Selbſt im ſüdlichſten entſchieden deutſchen Diſtrikt heißt es: Lieber mit Dänemark ſterben, als mit Preußen verderben! — So erzählt der erwähnte Correſpondent. Die Plumpheit des Ausfalls gegen Preußen wird nur durch die Ungeſchicklichkeit übertroffen, mit welcher man den König in dem Gefühl ſeiner eignen Nationalität zu Gunſten des Dänenthums ſich demüthigen läßt."

Wir gehen nunmehr von den annectirten Ländern zu denen über, die mit Preußen den engeren norddeutſchen Bund ſchloſſen.

Hier ſteht das Königreich Sachſen in der erſten Reihe.

Nachdem Oeſterreich ſich einmal entſchloſſen hatte, mit Preußen Frieden zu machen, ließ es ſeine bisherigen Bundesgenoſſen eine auffallende Kälte fühlen. Sie wurden gar nicht zu den Unterhandlungen gezogen, in den öſterreichiſchen Frieden nicht mit eingeſchloſſen. Wie Oeſterreich vor dem Kriege durch Verweiſung der Elbherzogthümerfrage an den Bundestag den Gaſteiner Vertrag und durch Aufforderung der Bundesſtaaten zum Kriege gegen Preußen den deutſchen Bundesvertrag gebrochen hat, ſo brach es nach dem Kriege auch gleich wieder den Vertrag vom 14. Juli, in welchem es Bayern ausdrücklich zugeſichert hatte, es werde nicht einſeitig, ſondern nur gemeinſam mit Bayern Frieden ſchließen. Jetzt ließ es ſämmtliche ſüddeutſche Bundesgenoſſen im Stich, ließ ſie ſogar noch fortkämpfen und ſtellte es ihnen mit äußerſter Gleichgültigkeit anheim, ob und wie ſie ſich mit Preußen abfinden könnten. Allerdings hatte ſich Bayern ſchon im Beginn des Krieges geweigert, ihm Zuzug nach Böhmen zu leiſten und durch ſein Zögern, Hannover zu entſetzen, wohl den Verdacht erregt, es wolle ſich nicht anſtrengen und kein Opfer bringen, bevor die Hauptentſcheidung in Böhmen erfolgt ſey. Als dieſe nun erfolgt war, konnte man in der That Bayern nicht zumuthen, nach der großen Niederlage Oeſterreichs mit ſeinen ſchwachen Verbündeten allein den Sieg herſtellen zu wollen. Daher die große Erkältung Oeſterreichs gegen

Bayern und die Unterhandlungen mit Preußen ohne Zuziehung der verbündeten Mittelſtaaten. Gleichwohl wunderten ſich beſonnene Männer, daß Oeſterreich dieſe Rache an ſeinen Bundesgenoſſen nahm und daß ſeine Preſſe auch noch nach dem Frieden Bayern und Baden mit den ſchwerſten und kränkendſten Vorwürfen überhäufte. Es wäre großmüthiger und auch klüger von Oeſterreich geweſen, Nachbarn zu ſchonen, deren Schwäche manches nachgeſehen werden kann und die immerhin noch ſtark genug ſind, um dem Freunde zu nützen, dem Feinde zu ſchaden.

Gegen Sachſen allein benahm ſich Oeſterreich bundestreu, wenigſtens noch bei den Friedenspräliminarien. Es beſtand darauf, daß dem König von Sachſen die Integrität ſeines Staats geſichert bleibe, wenn Sachſen auch in den norddeutſchen Bund treten und beſonders im Heerweſen Conceſſionen machen müſſe. Als aber die Verhältniſſe den König von Sachſen nöthigten, ſeinen bisherigen Rathgeber von Beuſt zu entlaſſen, und trotz langen Sträubens ſich immer mehr in die preußiſchen Forderungen fügen mußte, fing der Wiener Wind auch ihn kalt anzuwehen an. Je länger König Johann den Abſchluß ſeines Friedens mit Preußen, den er doch ſchließlich nicht vermeiden konnte, hinaus ſchob, um ſo länger lagen die ſächſiſchen Truppen in Oeſterreich dem Lande zur Laſt, obgleich König Johann kein Opfer ſcheute, für ſie zu zahlen. In der Mitte des September brachte die Magdeburger Zeitung folgende Enthüllungen.

„Die Beziehungen des ſächſiſchen Corps zu den öſterreichiſchen Truppen waren ſchon im letzten Abſchnitte des Feldzugs die ungünſtigſten geworden. Die Oeſterreicher gaben den Sachſen ſchuld, durch ein zu frühes und ungerechtfertigtes Aufgeben der Flankenſtellung bei Problus und Ober- und Unterprim den Hauptantheil an dem Verluſte der Schlacht bei Königgrätz zu tragen, und die gegenſeitige Gereiztheit hatte mit Abſchluß des Kriegs bereits eine Höhe erreicht, daß die

Offiziere beider Armeen nicht nur nicht mehr mit einander verkehrten, ſondern ſich ſelbſt zu grüßen unterließen. Seit dem erfolgten Friedensſchluſſe zwiſchen Preußen und Oeſterreich iſt dieſe gegenſeitige Spannung noch bedeutend gewachſen. Die ſächſiſchen Truppen erſcheinen den Oeſterreichern jetzt nur noch als eine überflüſſige Laſt. Dazu kommt, daß die Cholera unter den in der Umgegend von Baden eng concentrirten ſächſiſchen Truppen jetzt nicht minder heftig wüthet, als vor einigen Wochen unter den preußiſchen Truppen in Brünn und in den böhmiſch-mähriſchen Etappenſtädten. Die allgemeine Abneigung macht ſich zuletzt in den Preiſen Luft, welche den Sachſen in ihren Standquartieren auch für die einfachſten Lebensbedürfniſſe abgefordert werden. Die einen Augenblick gehegte Abſicht, ſie bis auf weiteres in weitläufige Quartiere nach Ungarn zu verlegen, hatte wegen des Widerſpruchs der Ungarn und bei den ohnehin ſchon ſo ſchwierigen ungariſchen Verhältniſſen ſofort wieder aufgegeben werden müſſen."

Während der kurzen Zeit, in welcher die Sachſen in Ungarn verweilten, meldete die Neue freie Preſſe (im Auguſt): „Die ſächſiſche Regierung hatte in Peſth für ihre auf der Flucht ſchrecklich zugerichtete Armee eine Lieferung von 10,000 Hemden, 10,000 Schuhen und 7000 Mützen ausgeſchrieben, ihr Commiſſär fand aber neun Zehntheil der gelieferten Gegenſtände unbrauchbar. Die Lieferanten wollten den Commiſſär, einen ſächſiſchen Oberſtlieutenant, beſtechen und waren ſehr erſtaunt, als er ſie zur Thüre hinauswerfen ließ. Noch wäre von einer Partie Hafer zu erzählen, welche dreimal geliefert, dreimal bezahlt wurde und zum drittenmal in einem Zuſtande war, daß die grünen Keime aus den Säcken herauswuchſen."

In den Friedenspräliminarien von Nikolsburg ſicherte Artikel 5 dem König von Sachſen ſeine Souveränetät und überließ es ihm, ſeine künftige Stellung zum norddeutſchen Bunde zu regeln. Dieſe ein wenig vage Beſtimmung ermächtigte ihn, ſich gegen jede Forderung Preußens zu ſträuben, die als Eingriff in ſeine Souveränetäts-

rechte betrachtet werden konnte, namentlich alles, was ſich auf den oberſten Armeebefehl und auf die preußiſchen Beſatzungen feſter Plätze in Sachſen bezog. Daraus erklärt ſich das monatlange Hinausziehen der Unterhandlungen. Inzwiſchen blieben preußiſche Truppen in Sachſen ſtehen, vervollſtändigten die Verſchanzungen um Dresden und mußten auf Koſten des Landes ernährt werden. Zwar benahmen ſie ſich überall mit ſchonender Milde und machten ſich bei den Einwohnern vielfach beliebt, aber das Land ſchwebte doch in ſteter Ungewißheit und trug um ſo ſchwerer an der Laſt der fremden Einquartierung, als auch die ganze noch in Oeſterreich verweilende ſächſiſche Armee auf Koſten des ſächſiſchen Volks unterhalten werden mußte, wie es hieß, mit einem täglichen Aufwande von 30,000 Thalern.

Es war natürlich, daß auch ein ſo gutherziges Volk wie das ſächſiſche endlich ungeduldig wurde. Namentlich in Leipzig empfand man lebhaft das Unnatürliche eines Zuſtandes, in welchem dieſe wichtige Handelsſtadt in eine feindliche Beziehung zu der großen Nachbarmonarchie geſetzt war, zu der alle ihre Intereſſen hinſtrebten. Eine Volksverſammlung in Leipzig unter dem Vorſitz des Profeſſor Biedermann ſprach ſich ſchon am 26. Auguſt offen dahin aus, das Beſte für Sachſen wäre eine völlige Einverleibung in Preußen. Am 12. October wurden in einer noch viel größern Volksverſammlung daſelbſt die gleichen Wünſche wiederholt und ermahnte man den abweſenden König, den Frieden ſo ſchnell als möglich abzuſchließen und das Land nicht noch länger zu belaſten.

Endlich erfuhr man, der König habe ſich den Forderungen Preußens gefügt. Am 26. October wurde die erſte jener Forderungen erfüllt, nämlich die Feſtung Königſtein den Preußen geöffnet, deren General von Briſen das Commando daſelbſt übernahm.

Der Friede Sachſens mit Preußen ſtellte feſt, daß Sachſen 10 Millionen Thaler Kriegsentſchädigung zu zahlen habe, wovon jedoch bedeutende Summen abgezogen werden für die an Preußer

abzutretende Eiſenbahnſtrecke nach Görlitz. Auf dem Königſtein und in Dresden bleiben preußiſche Beſatzungen neben den ſächſiſchen. Die ſonſt noch nöthigen Garniſonen ſtellt Preußen. Den Oberbefehl über alle Truppen in Sachſen erhält ein preußiſcher General, den Commandanten in Dresden aber ernennt Sachſen. Die Reorganiſation der ſächſiſchen Armee, bei der zunächſt umfaſſende Beurlaubungen eintreten, bleibt vertagt, bis die für den norddeutſchen Bund überhaupt zu treffenden Beſtimmungen feſtgeſtellt ſind. Sachſen tritt in den norddeutſchen Bund und erhält einſtweilen ſeine diplomatiſchen Agenten, bis auch dieſe Verhältniſſe im norddeutſchen Bunde neu geregelt ſeyn werden. Sachſen bleibt im Zollverein mit ſechsmonatlicher Kündigung.

Der König von Sachſen traf am 26. October in Pillnitz ein und hielt am 3. November ſeinen feierlichen Einzug in Dresden unter ungeheurem Jubel, aber auch reichlich fließenden Thränen. In ſeiner Proklamation an das Volk erklärte er, er werde „der neuen Verbindung dieſelbe Treue widmen, mit welcher er dem alten Bunde angehangen ſey.“ Auch verſprach er, „die beſonnene Entwicklung der politiſchen Einrichtungen fördern zu wollen.“ Die Anweſenheit der Preußen ſtörte die Gemüthlichkeit des Wiederſehens nicht. Man bemerkte kameradſchaftliches Entgegenkommen zwiſchen preußiſchen und ſächſiſchen Offizieren. Eine am 2. November in Leipzig abgehaltene große Verſammlung der „liberal-nationalen Partei“ beſchwerte ſich darüber, daß der König die bisherigen Stände, die unter ganz andern Verhältniſſen gewählt worden ſeyen, und jetzt nicht mehr paßten, auf den 12. November einberufen habe, ohne daß man Neuwahlen vorgenommen hätte.

Die Kammern wurden am 15. November in Dresden eröffnet. Die Thronrede wiederholte, der König werde dem neuen norddeutſchen Bunde dieſelbe Treue widmen, wie dem frühern deutſchen Bunde, und kündigte Wahlen für das norddeutſche Parlament, eine neue

Wehrverfaſſung, Schwurgerichte, eine Verfaſſungsreform und ein neues Wahlgeſetz an. Eiſenſtuck verlangte alsbaldige Neuwahlen zur zweiten Kammer, Miniſter von Frieſen entgegnete aber, dieſelben würden paſſender erſt vorgenommen werden, wenn der norddeutſche Bund ſich werde conſtituirt haben. In der zweiten Kammer, wie ſie damals noch zuſammengeſetzt war, herrſchte Abneigung gegen Preußen vor. Ein Theil der Verſammlung ſprach das offen aus, ein zweiter beobachtete die reſignirte Haltung der Regierung, nur eine Minderheit kam Preußen freundlich entgegen, jedoch nicht ohne das gewaltthätige Vorgehen Preußens zu bedauern.

Am 16. Dezember kamen der König und Kronprinz von Sachſen nach Berlin. Der König von Preußen reiste ihnen entgegen und umarmte den König herzlich. Am 19. Februar 1867 erwiderten der König und Kronprinz von Preußen den Beſuch und kamen nach Dresden, nachdem unmittelbar vorher der ſächſiſche Miniſter v. Frieſen der Kammer die neue Militärconvention mit Preußen vorgelegt hatte, aus welcher eine ſeltene Großmuth Preußens hervorleuchtete. Danach ſollte das ſächſiſche Armeecorps möglichſt ſelbſtändig bleiben. Nur ſollten die Truppen neben dem Eide, den ſie dem König von Sachſen leiſteten, auch dem Bundesfeldherrn Gehorſam geloben. Der Chef des ſächſiſchen Armeecorps ſollte zwar vom König von Preußen ernannt werden, aber nur auf Grund der Vorſchläge des Königs von Sachſen. Die ſächſiſchen Feſtungen gehören fortan, wie alle andern im Gebiet des norddeutſchen Bundes, dieſem Bunde an und werden auf deſſen Koſten armirt. Die Verſchanzungen bei Dresden ſollen erhalten, aber vorläufig nicht erweitert werden, auch ſoll Dresden zur Zeit für keinen feſten Platz gelten. Endlich werden die preußiſchen Truppen, falls das ſächſiſche Armeecorps bis dahin organiſirt und die norddeutſche Bundesverfaſſung anerkannt iſt, am 1. Juli Sachſen verlaſſen und nur noch bis auf weiteres den Königſtein, Leipzig und Bautzen beſetzt halten.

Schon im Anfang des April 1867 war die Reorganiſirung des ſächſiſchen Armeecorps fertig und der Kronprinz, als Chef deſſelben, machte beim König in Berlin Meldung. Er erwarb ſich dadurch ein großes Verdienſt.

Im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin beriethen die Stände am 1. October den Anſchluß an den norddeutſchen Bund und machten zur Bedingung deſſelben, daß die Adelsprivilegien im Lande erhalten würden. Die alten patriarchaliſchen Tugenden des Landes kamen in harten Conflict mit den liberalen Forderungen der Zeit. Der Adel hätte ſich vielleicht nicht ſo ſchroff benommen, wenn er nicht ſchon ſo lange von den liberalen Advokaten und Reformjuden geärgert worden wäre. In der kleinen Schrift „Alt-Mecklenburg“ von Spielmann wurde die richtige Mitte eingehalten und das gute Alte im Lande Mecklenburg nach Verdienſt geprieſen, der Adel aber mit Recht getadelt, ſofern er ſelbſt, grade im Widerſpruch mit dem patriarchaliſchen Princip, dem Bauernſtand als ſolchem ſeine Rechte vorenthalte. „Läuft mit der Selbſtändigkeit des Adels die Blüthe eines ſelbſtändigen, ſelbſtbewußten, in ſich geſeſteten Bürgerthums parallel, ſo ſoll in einem geſunden Staatsleben ein freier Bauernſtand die letzte der drei natürlichen Geſellſchaftsgruppen bilden. Es iſt über allen Ausdruck ſchmerzlich, daß unſerem Lande ein freier Bauernſtand faſt ganz fehlt, und es iſt der unverantwortlichſte politiſche Fehler (es iſt mehr als ein bloßer Fehler, es iſt ein Frevel gegen ſich ſelbſt!) der Regierungen und der Stände, daß ſie die Schaffung und Cultivirung eines freien Bauernſtandes nicht blos nicht gefördert, ſondern ſogar gehindert haben. Der Adel insbeſondere hat ſich ſelbſt ins Fleiſch geſchnitten, wenn er der Förderung eines freien Bauernſtandes entgegentrat. Jeder Edelmann, der einen Bauerhof legte, trennte damit ein Glied von ſeinem eigenen Körper, zerriß eine Schake der hiſtoriſchen Kette, die den Grundſaſſen, deſſen Väter unter ſeinen Vätern geboren, unauflöslich mit ſeinem Hauſe verband.“

„Die Ariſtokratie und die Bauern, das ſind die Mächte des ſocialen Bewahrens, und der Adel im Verein mit einem freien Bauernſtand, der ſocial ſelbſtändig, demgemäß alſo politiſch unabhängig, auf wohlgefeſteter eigener Hufe ſitzt, iſt wie der granitne Bogen einer Brücke, an dem die deſtructiven Fluthen machtlos zerſchellen. Mecklenburg einen vermehrten freien Bauernſtand zu ſchaffen, das iſt die große nationale Aufgabe der Regierung und der Stände. Ganz verſchwunden iſt übrigens, Gott ſey Dank! dieſer alte freie Bauernſtand in unſerm Lande noch nicht, und ſo ein echter und rechter mecklenburgiſcher Bauer iſt eine wunderbar herrliche und prächtige Figur.“

Die Hanſeſtädte waren bisher in mancher Beziehung von der deutſchen Bundesgewalt vernachläſſigt worden und daher auch wieder in manchen Beziehungen dem deutſchen Intereſſe, man kann kaum ſagen fremd geworden, ſondern fremd geblieben. Denn Kaiſer und Reich hatten ſie auch früher vernachläſſigt und die mächtige Hanſa, den Stolz unſerer Nationalität, zu Grunde gehen laſſen, zum einzigen Vortheil Dänemarks, dem verrätheriſche deutſche Fürſten beiſtanden. Nachher blieb es den drei Städten Hamburg, Lübeck und Bremen immer allein überlaſſen, wie ſie ſich fortbringen wollten; vom Reich wurden ſie nicht unterſtützt. Während die ſcandinaviſchen Reiche, England, Holland, zuletzt noch Rußland Kriegsflotten ins Meer ſchickten, um ihren Handel und ihre Colonien zu beſchützen, geſchah vom deutſchen Reich nicht das geringſte, um die Hafenſtädte an der Nord- und Oſtſee zu befähigen, jenen Seemächten Concurrenz zu machen. Es blieb jenen Städten nichts übrig, als ſich auf möglichſt gutem Fuß mit England zu halten, dem ſie dafür in ſeinem Handelsintereſſe dienen mußten. Da im deutſchen Reich keinerlei Selbſtthätigkeit mehr zu finden war, vergaß man die Bedeutung unſerer nordiſchen Emporien ganz und gar. Das deutſche Volk, einſt eine einzige ungeheure Emigration, war jetzt wie angenagelt an die Scholle, ein-

gepfercht in viele hundert große und kleine Territorien. Von Colonien, die dem Mutterlande nützlich werden könnten, ließ man sich nichts mehr träumen. Sogar der Straßenbau wurde vernachlässigt und an die nächsten, natürlichsten Verbindungswege zwischen dem Binnenlande und den Hafenplätzen nicht gedacht.

Die gedachten Städte waren zu ohnmächtig, um sich der Unbilden erwehren zu können, welche sie von Zeit zu Zeit in den Kriegen der uneinigen Fürsten erfuhren, die ihnen immer schlechte Nachbarn blieben, Hannover z. B. noch bis zu seiner letzten Einverleibung in Preußen. Was hätten die Hansestädte seit Jahrhunderten für das Gesammtinteresse Deutschlands leisten können! Alles, aber auch alles wurde hier versäumt. Selbst in dem glorwürdigen Jahr 1813 wären die Hansestädte, nachdem sie schon französisch gewesen waren und Hamburg bekanntlich von Davoust auf das entsetzlichste ausgeplündert und mißhandelt worden war, beinahe an Dänemark abgetreten worden. Oesterreich bekümmerte sich nicht um sie und der König von Preußen, trotz seines patriotischen Volkes und Heeres, hatte sich leider zu sehr von Rußland abhängig gemacht, um den Hansestädten helfen zu können, auf welche damals Rußland die Hand legte. Der König von Preußen war leider gezwungen, sich Rußland hinzugeben, um sich vor der ewigen Eifersucht Oesterreichs zu schützen. Der Kaiser von Rußland wollte sein mitten im Frieden auf die ungerechteste Weise von Schweden abgerissenes Finnland behalten, Schweden mit dem dänischen Norwegen und Dänemark mit den deutschen Hansestädten und einem weitern Gebiet umher entschädigen. Der damalige Kronprinz von Schweden, der sich an die Alliirten angeschlossen und bis zur Schlacht bei Leipzig eigentlich nur zum Schein gegen Napoleon mitgefochten hatte (denn er verlor im ganzen Kriege nur 200 Mann), verließ die Alliirten wieder und zog scheinbar gegen die Dänen, aber nur, um Gelegenheit zu haben, in der Nähe der Hansestädte Posto zu fassen, um sie als Pfand für Norwegen in Kopenhagen verwerthen

zu können. Der Kaiſer von Rußland hatte ſchon alles mit ihm verabredet und durch den Fürſten Dolgoruki den ſchändlichen Verkauf der deutſchen Hanſeſtädte bereits zum Abſchluß bringen laſſen. Dänemark, welches Norwegen ohnehin nicht hätte behaupten können, war über die Compenſation äußerſt erfreut, die es nimmermehr hätte erwarten können, da ſeine perfide Politik gegen Deutſchland während der Franzoſenzeit vielmehr eine harte Strafe verdient hätte. Man hätte dieſen treuloſen Dänen, die unſern edlen Schill mordeten, Holſtein und Schleswig ohne weiteres wegnehmen ſollen. Statt deſſen gedachte der ruſſiſche Kaiſer, ſie noch mit den Hanſeſtädten zu belohnen. Dieſer Verrath an Deutſchland wäre auch vollzogen worden, ohne daß es Oeſterreich und Preußen gehindert hätte, wenn nicht England, ſobald es die ruſſiſche Intrigue erfuhr, mit größter Entſchiedenheit und offener Drohung dagegen aufgetreten wäre. Das that England freilich nicht aus Liebe zu Deutſchland, oder aus Achtung vor dem Recht, ſondern nur im eigenen Intereſſe. Es wollte nämlich nicht leiden, daß die däniſche Marine und der däniſche Handel durch Erwerbung der Hanſeſtädte verſtärkt werden ſollten. Genug, England duldete den Verkauf jener Städte an Dänemark nicht, dem letztern wurde nur das kleine Herzogthum Lauenburg zu Theil, was immer noch Schande genug für Deutſchland war.

Die drei Hanſeſtädte wurden auf dem Wiener Congreß zu freien Städten erklärt und traten ſomit ungefähr in das alte Verhältniß von Reichsſtädten zurück. Es war mithin natürlich, daß ſich in ihrer innern Verfaſſung und Verwaltung auch noch viel von dem ältern reichsſtädtiſchen Weſen erhielt. Man nennt das jetzt Zopf, aber es war viel Achtungswürdiges darin, viel Solidität. Der reiche Kaufmannſtand herrſchte in patriarchaliſcher Weiſe vor, wie ſeit Jahrhunderten, und ſeine Leiſtungen in Schifffahrt und Handel erſcheinen bewunderungswürdig, wenn man bedenkt, daß ſie von keiner Kriegsflotte unterſtützt waren und gegen übermächtige Concurrenzen zu kämpfen

hatten. Da sie von Deutschland nicht unterstützt waren, richteten sie ihre Blicke auch mehr nach London, als nach der deutschen Bundesstadt oder Wien und Berlin, und schlossen sich auch nicht an den Zollverein an, von dem sie überdieß bis 1851 durch Hannover abgetrennt waren. Daß sie nachher auch noch von Hannover chikanirt wurden, ist schon erwähnt.

Hamburg als die dritte Stadt in Deutschland überragte Bremen und Lübeck durch die Zahl seiner Einwohner, seiner Schiffe und Kapitale, sprach daher auch eine höhere politische Bedeutung an, modernisirte sich mehr als die andern und verfiel sogar einige Zeit in den Schwindel, der eine bekannte Katastrophe herbeiführte. Die kaufmännische Welt wußte sich aber zu helfen und Hamburg behauptete seinen Kredit. Die reiche Republik prunkte ein wenig zu viel. Man bemerkte hier, daß der Bürger, wenn er zu großem Vermögen gelangt, gern in Vornehmigkeit und Diplomatie macht. Hamburg hatte zwar glücklicherweise keine so einflußreiche Diplomatie zu beherbergen wie Frankfurt a. M., es hatte sich nicht mit dem Bundestage und mit allen den aus- und inländischen Giften, mit denen die großen Staatsmänner den Labetrunk für die deutsche Nation mischten, identificirt wie Frankfurt. Es blieb reiner und unschuldiger, that aber doch allzu wichtig mit seinen 292 Gesandten und Consuln, die es selbst ins Ausland schickte, und mit weitern 102 in Hamburg residirenden Diplomaten und Consuln. Und was nützte diese Diplomatie? Das deutsche Consularwesen lag und liegt noch im Argen. Wenn irgend wo in der Welt einem Engländer, Franzosen oder Yankee Unrecht geschieht, so sind die Gesandten und Consuln gleich bei der Hand, ihm Recht und Genugthuung zu verschaffen, und flößen überall Respect ein. Nur der arme Deutsche ist im Ausland verlassen, weil er statt einer Regierung deren dreißig hat, weil der Bundestag sich niemals der Deutschen im Ausland annahm.

Der Hamburger Marr sagte in einer Flugschrift: „Unsere über-

seeischen Consulate sind in ihrer großen Mehrzahl ein Futter für die Titelsucht hamburgischer und anderer Kaufmannssöhne. Jeder Kaufmann wird uns Recht geben, wenn wir behaupten, ein großer Theil der Regierungen überseeischer Staaten respectirt geschlossene Handelsverträge nur in so weit und so lange, als die Bestimmungen solcher Verträge nicht in Collision mit den ephemären Interessen jener Regierungen kommen. Tritt ein solcher Fall ein — und dies kommt nur zu häufig vor — so ist unser ‚Consul' zu machtlos, vor Schaden zu bewahren, und da die Republik Hamburg selber machtlos ist, so würde er sich noch lächerlich dazu machen, wollte er in der Weise eines Consuls eines respectablen Staates auftreten. Die Consularvertretung ist daher wesentlich nichts als ein ohnmächtiger Humbug. Dagegen liegt es in der Macht eines solchen consularischen Jünglings, seinen eigenen Landsleuten, wenn diese zugleich seine Concurrenten sind, eine Menge kleiner und wohlfeiler Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auch für diese Behauptung darf dreist an das Urtheil sachverständiger Kaufleute appellirt werden."

Seitdem die Hansestädte in den nordischen Bund unter Preußen eingetreten sind, entsteht die Frage, ob sie nicht besser thäten, ganz in die preußische Monarchie überzugehen. Preußen wird zwar nie so bundesunfreundlich handeln, wie bereits besorgt wird, und nicht von Altona aus Hamburg chikaniren, sondern seinen Stolz darin suchen, Hamburg und seine Interessen zu beschützen.

Wir können Hamburg nicht verlassen, ohne noch einen Blick auf den deutschen Seehandel zu werfen. Die Thätigkeit hiefür ist Hamburgs glänzende Seite, was auch von Marr überall anerkannt wird. Keine deutsche Stadt läßt soviel Handelsschiffe in See gehen, als Hamburg. Der norddeutsche Bund, wie unsicher auch noch sein Verhältniß zu seinen Nachbarn im Süden ist, wird segensreich für unsere norddeutschen Küstenländer seyn. Ist erst der Nordostseekanal fertig, wird ein neuer Schwung in den deutschen Seehandel

kommen und werden alle bisher politiſch getrennten deutſchen Küſtenbewohner daſſelbe Bedürfniß fühlen, ſich gegenſeitig zu ſtärken unter Preußens Führung.

Welche ſchöne Gelegenheit böte ſich Holland dar, im Verein mit Preußen ſeine Seemacht wieder zu heben, aus Deutſchland ſeine Colonien reich zu bevölkern. Auch in Belgien regt ſich das deutſche Blut. Wer hat dieſen ſchönen deutſchen Niederlanden den Namen angehängt, den ihnen einſt Cäſar gab? Der moderne Cäſarismus ahmte jenem alten nach und veränderte die deutſchen Namen. Doch nicht das Volk. Die Bläminger ſind bis auf den heutigen Tag ehrliche Niederdeutſche geblieben, nur ihre ſ. g. gebildeten Claſſen ſind der franzöſiſchen Mode verfallen. Das feſte Mauerwerk iſt deutſch, nur die Uebertünchung iſt franzöſiſch. Antwerpen iſt ein deutſcher Hafen. Der Name kommt her von der weggeworfenen Hand. Warum haben wir ſie uns abreißen laſſen, dieſe ſchöne Hand?

Um eine Vorſtellung davon zu bekommen, was Deutſchland zur See, in Handel und Colonialweſen leiſten könnte, müſſen wir das überblicken, was bisher trotz der ungünſtigen Umſtände doch wirklich geleiſtet worden iſt. Obgleich Deutſchland, ſo lange der Bundestag beſtand, keine eigentliche Seemacht werden konnte, waren doch die ſeeanwohnenden Deutſchen rührig genug und bewieſen, daß es wenigſtens an Menſchen nicht fehlte, um eine große deutſche Seemacht zu begründen. Die deutſchen Anwohner der Nord- und Oſtſee von Oſtfriesland bis Memel ſind ſeetüchtig. Da ſie ſich nur von Kaufleuten auf Handelsſchiffen dingen laſſen können, Preußen bisher nur eine kleine Kriegsflotte hatte und der deutſche Bund von Anfang an uns vom Ausland octroyirt war, (unter anderm zu dem Zweck, daß Deutſchland nie eine Marine haben ſollte) ſahen ſich unſere Seeleute genöthigt, auf engliſchen Schiffen zu dienen, ja man rechnet, daß der vierte Theil aller Matroſen auf engliſchen Schiffen Deutſche ſind. Die übrigen werden auf deutſchen Schiffen gebraucht, deren Zahl

auffallend groß iſt und doch noch lange nicht groß genug, um alle unſere ſeetüchtigen Küſtenbewohner zu beſchäftigen. Im chineſiſchen Hafen Hongkong ankerten im J. 1865 235 Hamburger, 126 Schleswig-Holſteiniſche, 91 Bremer, 61 preußiſche, 32 hannoverſche und 12 öſterreichiſche Schiffe. Preußen allein beſitzt mit ſeinen jetzt annectirten Ländern 5470 Schiffe, die übrigen mit ihm verbündeten norddeutſchen Staaten noch 1941 Schiffe. Vergleicht man den Seehandel nach dem Tonnengehalt der Schiffe, ſo fallen auf England 7 Mill. Tonnen (zu 2000 Pfund), auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika 5 Mill.; auf den norddeutſchen Bund 1,293,188 Tonnen, auf Frankreich 985,235 Tonnen, ſo daß Deutſchland trotz ſeiner bisher ſo ſchwachen Kriegsmarine doch die dritte Seemacht in der Welt darſtellt. Was Großes ließe ſich aus dieſem Material machen, wenn wir erſt einig wären!

Ein Hamburger Kaufmann, Wichmann, erklärte in einer Flugſchrift,*) es wäre ein großer Nachtheil für Hamburg, wenn ſein Handel durch eine Kriegsflotte beſchützt werden, und wenn es nicht mehr ſeine Schiffe unter der alten hanſeatiſchen Flagge in See gehen laſſen ſollte. „Durch Bevormundung und Schutz nützt man dem Handel nicht, ſondern führt nur deſſen Verfall herbei. Der Kaufmann iſt nach der Natur ſeines Geſchäfts Kosmopolit und muß es ſeyn. Seine Aufgabe iſt, möglichſt mit aller Welt in Frieden zu leben. Ihm zumuthen wollen, daß er aus nationalen oder patriotiſchen Rückſichten wiſſentlich gegen ſein erlaubtes Intereſſe handeln ſolle, hieße etwas Unvernünftiges von ihm verlangen. Es iſt Thatſache, daß die deutſchen und vornemlich die hanſeatiſchen Schiffe zur Zeit die geſuchteſten ſind auf der ganzen Welt. Eine Nation kann wohl eine fremde Regierung und die Bewohner eines fremden Landes

*) Der deutſche Handel und die beabſichtigte deutſche Kriegsflotte. Hamburg, Meißner 1867.

durch eine Kriegsflotte zwingen, den berechtigten oder wohl gar unberechtigten Anforderungen eines ihrer Angehörigen nachzugeben, ſie kann aber mit aller Macht nicht das erzwingen, was für das Gedeihen des Handels unerläßlich iſt, nämlich Vertrauen und bereitwilliges Entgegenkommen. Jeder in einem fremden Lande durch eine Kriegsflotte ausgeübte Zwang wird vielmehr eine Entfremdung der Bewohner deſſelben zur Folge haben und auf den Handel nachtheilig wirken."

Man muß den Hamburgern alle Ehre widerfahren laſſen, daß ſie auch in der traurigen Zeit des Bundes durch ihre Privattugenden im Auslande dem deutſchen Namen Achtung erworben haben. Daraus folgt aber nicht, daß die große deutſche Nation die ſtaatliche Einheit entbehren kann und daß ihr eine Kriegsflotte unnütz ſey, wohl gar ſchädlich werden könnte. Man braucht eine Kriegsmarine nicht blos, um Kauffahrteiſchiffe zu ſchützen, ſo wie man ein Landheer nicht blos dazu nöthig hat, um Frachtwagen und Eiſenbahnzüge zu beſchützen. Der deutſche Mann iſt nicht blos Privatmann, ſondern auch Bürger einer großen Nation. Was dem Juden, Zigeuner oder Landsknecht zum Vortheil gereichen mag, der kein Vaterland hat oder ſich ausnahmsweiſe darüber hinwegſetzt, kann nicht der Maßſtab für den Genoſſen einer großen Nation ſeyn.

Zwanzigſtes Buch.

Das ſüdweſtliche Deutſchland.

Im Prager Frieden waren die ſüddeutſchen Bundesſtaaten, die das 7. und 8. Bundesarmeecorps gebildet hatten, Bayern, Württemberg, Baden und Heſſen-Darmſtadt, aus dem Bundesverband mit Oeſterreich herausgeriſſen und vom norddeutſchen Bunde ausgeſchloſſen worden, indem man es ihnen überlaſſen hatte, einen ſelbſtändigen Südbund für ſich zu bilden, über deſſen Verhältniß zum Nordbunde man ſich beiderſeits verſtändigen dürfe. Dieſes Arrangement hatte Preußen und Oeſterreich allein getroffen und die betheiligten vier Staaten mußten es ſich gefallen laſſen, ohne vorher darüber gefragt worden zu ſeyn. Es drängte ſie auch gar nicht, ſich als Südbund zu conſtituiren. Bayern war nicht mächtig genug, um im Südbunde eine durchgreifende Hegemonie anſprechen zu können, verſuchte es alſo auch nicht. Württemberg, Baden und Heſſen würden ſich ſeinem Willen nicht unterworfen haben.

Da nun der Südbund einſtweilen noch nicht vereinbart wurde, ſondern die vier Staaten, die er umfaſſen ſollte, jeder ſelbſtändig handelte, müſſen wir ihr Verhalten im Einzelnen verfolgen. Gemeinſam war ihnen nur das Mißbehagen, welches ſtets einer Niederlage im Kriege folgt, und die unangenehme Ueberraſchung, die ihnen Oeſterreich bereitet hatte, indem es ſie bei ſeinen Friedensunterhandlungen mit Preußen gar nicht mehr berückſichtigte. Die unfreundliche Behandlung der Bundesgenoſſen motivirte Oeſterreich damit, daß die letztern während des Kriegs ihre Schuldigkeit nicht gethan hätten. Dieſen Vorwurf machte es namentlich Bayern und Baden. Das gab nun viel Aergerniß und obligate Gegenbeſchuldigungen, ſo daß man ſich fragen mußte, ob Oeſterreich nicht beſſer gethan haben würde, über das Vorgefallene einen Schleier zu decken und Bundesgenoſſen zu ſchonen, die es vielleicht noch einmal brauchen konnte.

Was nun zunächſt Bayern anlangt, ſo machte es eine auffallend raſche Schwenkung von der öſterreichiſchen Seite auf die preußiſche hinüber. In Bezug auf das Verhalten Bayerns vor dem Kriege bemerkte die Spenerſche Zeitung, Herr v. d. Pfordten, wenn auch in ſeinen Aeußerungen zurückhaltender als Herr v. Beuſt, ſey doch die Seele der antipreußiſchen Coalition geweſen und Herr v. Beuſt würde nicht ſo weit vorgegangen ſeyn, wenn ihn Herr v. d. Pfordten nicht geſchoben hätte. Es ſey daher natürlich, daß Preußen beim Friedensſchluß ſtrengere Forderungen an Bayern machen müſſe als an Württemberg, Baden oder Darmſtadt. Baden ſey ſogar von Bayern mit einer Theilung bedroht worden, wenn es nicht mitrüſte gegen Preußen. Ganz ebenſo äußerte ſich die Norddeutſche Zeitung in der Mitte des Auguſt: „Wäre Bayern auf den früheren Bundesreformplan Preußens eingegangen, worin ihm die militäriſche Leitung Süddeutſchlands angetragen war, ſo würde es aller Wahrſcheinlichkeit nach gar nicht zum Kriege gekommen ſeyn, denn Oeſterreich hätte dann keine Bundesgenoſſen gegen Preußen gehabt und würde für ſich allein den Krieg

ſchwerlich unternommen haben. Alle Vorſtellungen aber, welche Preußen der bayriſchen Regierung machte, waren vergebens, ſie wurden wiederholentlich offenbar in der Hoffnung zurückgewieſen, daß der Krieg einen für Preußen unglücklichen Ausgang haben würde. Selbſt nach dem Siege von Königgrätz machte Preußen noch einmal den vergeblichen Verſuch, ferneres Blutvergießen zu vermeiden, Bayern zum Rücktritt von der Coalition zu beſtimmen. Der Bruch der Neutralität, die Verletzungen des Völkerrechts, deren ſich die bayriſche Regierung ihren eigenen Anträgen zum Trotz, in Frankfurt a. M. und Mainz ſchuldig machte, laſſen einen Blick in die preußenfeindliche Geſinnung des bayriſchen Kabinets thun, welche mit Sicherheit das vae victis Preußen entgegen rufen zu können hoffte."

Als in München ſelbſt große Aufregung über die ſchlechte Führung der Armee herrſchte und in einer größern Volksverſammlung, wie das in ſehr vielen andern Städten des Südens gleichzeitig geſchah, gegen jeden Frieden proteſtirt wurde, welcher den deutſchen Süden vom deutſchen Norden trennen und den Zollverein aufheben würde, daher den Anſchluß an Preußen empfahl, trat ein rheinbündiſches Gelüſte im neuen bayriſchen Courier ungeſcheut hervor. „Jetzt," ſchrieb er, „nachdem Oeſterreich hinausgeworfen iſt, noch von einem Deutſchland reden zu wollen, iſt purer Unſinn, es handelt ſich alſo für uns Bayern nur noch darum, unſere Selbſtändigkeit möglichſt zu erhalten, das Vaſallenthum unſeres Könighauſes von den Bismarckſchen Krallen frei zu halten, durch Anſchluß an den großen Nachbar Frankreich ſich zu ſchützen. Wer hat Bayern, Württemberg, Baden, Heſſen vergrößert? Frankreich, Napoleon I. In welcher Periode bildeten ſich unſere bisher nicht erreichten bayriſchen Staatsmänner und Gelehrten, wie z. B. Montgelas, Reigersberg, Feuerbach ꝛc., unſere Heerführer Deroy, Wrede ꝛc. aus? Zur Zeit des Rheinbundes, an der Seite der Franzoſen. Darum: Lieber ein Bayern in ſeiner Größe und Selbſtändigkeit erhaltendes, ja vielleicht noch

vergrößerndes — Bündniß mit Frankreich — als ein preußiſch Bismarckſches Helotenthum."

Inzwiſchen vertheidigte von der Pfordten die bayriſche Sache bei den Friedensverhandlungen in Berlin mit großem Geſchick. Bayern ſtand iſolirt. Oeſterreich hatte es bei den Friedenspräliminarien im Stich gelaſſen. Allein konnte Bayern den Krieg gegen Preußen nicht fortführen. Es mußte alſo den Frieden mit Preußen eingehen und ſuchte dabei ſo wenig als möglich zu verlieren, ja noch zu gewinnen. Wenn wir nämlich den erſt im April in der Kölner Zeitung veröffentlichten Enthüllungen Glauben ſchenken ſollen — und das dürfen wir, weil ſie nicht widerlegt worden ſind, — ſo ſuchte Herr von der Pfordten mittelſt Preußen zu erreichen, was ihm durch die Verabredungen des 14. Juni von Oeſterreich hätte gewährt werden ſollen, wenn dieſes geſiegt hätte, nämlich Grenzerweiterungen auf Koſten ſeiner nächſten Nachbarn. Als dieſe Nachbarn davon Kunde erhielten, beeilten ſie ſich, den bayriſchen Plan durch unbedingte Hingabe an Preußen zu vereiteln. Dies der wahre Grund, warum Württemberg zuerſt und dann auch Baden das enge Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen eingingen, welchem Beiſpiel nun auch Bayern folgen mußte, wenn es die Zeche nicht allein ſelber bezahlen ſollte, die es zu bezahlen den Nachbarn hatte aufbürden wollen. Preußen zog es vor, Württemberg nachzugeben, und ging auf den bayriſchen Plan nicht ein, ohne Zweifel ein ſehr großmüthiges und loyales Verfahren, wodurch es die ſüddeutſchen Staaten zu verſöhnen, zum Anſchluß an den Nordbund in ihrem eigenen Intereſſe geneigter machen und überhaupt ihnen Vertrauen beweiſen wollte.

Die Kölner Zeitung ſchrieb: „Als es zu den Friedensverhandlungen kam, verlangte Graf Bismarck, daß alle ſüddeutſchen Staaten pro rata der Bevölkerung in gleicher Weiſe zu den Laſten des Kriegs herangezogen würden, und daß deshalb ſowohl Darmſtadt als auch

Bayern für die abgetretenen Gebietstheile von Württemberg und Baden entſchädigt würden. Für Darmſtadt war als Entſchädigung für die eventuelle Abtretung Oberheſſens entweder die Rheinpfalz oder das bayriſche Aſchaffenburger Gebiet in Ausſicht genommen. Bayern, welches auch an Preußen bedeutende Theile von Ober- und Unterfranken abzutreten gehabt haben würde, hätte von Baden und Württemberg entſchädigt werden ſollen. Den ſüddeutſchen Staaten war dieſe Ausſicht auf bedeutende Gebietsabtretungen durchaus unerwünſcht. Sie ergriffen zur Abwendung derſelben die Initiative und machten den Vorſchlag eines Schutz- und Trutzbündniſſes mit Preußen. Graf Bismarck wollte dem Ernſte dieſes Angebots anfangs keinen Glauben ſchenken, er glaubte hinter demſelben nur den Wunſch nach Zeitgewinn erblicken zu dürfen; indeſſen gelang es doch den ſüddeutſchen Unterhändlern, den preußiſchen Premier von dem Ernſte und der Ehrlichkeit des Angebots zu überzeugen, und dieſen zur Verzichtleiſtung auf die territoriale Vergrößerung Preußens auf Koſten der Südſtaaten zu Gunſten einer allgemeinen Solidarität der deutſchen Staaten zu beſtimmen."

Man erſieht aus dieſen Enthüllungen, wie auch aus den Annectirungen Hannovers und Kurheſſens, daß die kleinen Staaten nur im engen Anſchluß an Preußen, als an die erſte und ſtärkſte deutſche Macht, ihren bisherigen Beſitzſtand, ihre verhältnißmäßige Autonomie und ihre Dynaſtie zu behaupten vermögen, oder daß ſie, wenn ſie das verhältnißmäßig kleine Opfer einer vertragsmäßigen oder bundesverfaſſungsmäßigen Unterordnung gleich derjenigen der Reichsfürſten im alten Reiche nicht bringen wollen, keine Macht und kein Recht mehr haben, ſich den Maßnahmen, welche die Neugeſtaltung Deutſchlands verlangten, zu widerſetzen und daß ſie alsdann verdientermaßen zu einem rein paſſiven Entſchädigungsmaterial herabſinken. Sämmtliche Kleinſtaaten haben ihre Sonderrechte nur als organiſche Glieder des deutſchen Reichs erworben und können ſie nur behaupten, wenn

ſie ſich der neuen Eingliederung in ein Ganzes fügen. Wer ſich verſagt, fällt aus durch eigene Schuld.

Bayern konnte froh ſeyn, die fränkiſchen Markgrafſchaften zu behalten und ſeine ſchwäbiſchen Nachbarn durch Acquiſitionen nicht zu erbittern. Es mußte im Frieden mit Preußen ſich noch dazu verſtehen, die Mainzölle aufzuheben und die Düſſeldorfer Bilderfrage zu reguliren.*)

Von der Pfordten verſchwieg natürlich die geheimen Artikel des Friedens vom Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen, hatte aber das Vergnügen, wahrzunehmen, daß die Kammermehrheit ſelbſt ein ſolches zu erlangen wünſchte. Am 28. Auguſt vereinigten ſich in München 43 Abgeordnete der Linken zu folgendem Beſchluß: Indem die Linke in Betreff der innern bayriſchen Angelegenheiten an ihrem bisherigen Programm feſthält, ergänzt ſie daſſelbe in Beziehung auf die deutſche Frage mit Rückſicht auf die veränderte Geſammtlage, wie folgt: 1) Wir verwerfen die Zerreißung Deutſchlands nach Nord und Süd und die Bildung des ſüdweſtdeutſchen Bundes. Wir erſtreben ein unter Parlament und einheitlicher Centralgewalt geeinigtes Vaterland

---

*) Die Reclamation der Düſſeldorfer Bildergalerie, die ſich bekanntlich in München befindet, war von preußiſcher Seite dadurch motivirt, daß dieſelbe großentheils aus den von den bergiſchen Ständen bewilligten Landesmitteln angekauft worden ſey und daß gedachte Stände gegen ihre Ueberſiedlung nach München Proteſt erhoben hätten. Bayern übernahm die Galerie nicht als Eigenthum, ſondern als fremdes Gut, welches nur der Sicherheit wegen dahin gebracht wurde, im Jahr 1805. Als Murat Großherzog von Berg wurde, reclamirte er die Bilder, bekam ſie aber nicht. Die Reclamation wurde im Rheiniſchen Merkur von Görres bald nach Murats Vertreibung und noch einmal im Jahr 1836 durch den rheiniſchen Landtag erneuert. Aber wegen der damals grade ſchwebenden Verhandlungen mit Bayern wegen des Zollvereins wollte Preußen die Sache lieber ruhen laſſen.

mit Autonomie ſeiner Glieder in ihren beſondern Angelegenheiten und mit geſicherten Freiheiten des Volks. 2) Um einen Anhaltspunkt zur Erreichung dieſes Ziels zu gewinnen, werden wir uns, wenn auch die Geſetze und Einrichtungen des im Norden Deutſchlands in der Gründung begriffenen Bundes ſich anfänglich noch als mangelhaft darſtellen und ihre Verbeſſerung erſt erkämpft werden muß, dadurch nicht abhalten laſſen, ſobald der Eintritt der Südſtaaten in dieſen Bund überhaupt möglich ſeyn wird, auf den Eintritt Bayerns zu dringen. 3) So lange eine organiſche politiſche Verbindung des Südens mit dem Norden nicht erreicht iſt, erachten wir die Herſtellung eines engen Bündniſſes mit Preußen für die dringendſte Aufgabe der bayriſchen Politik und verlangen die Erhaltung des Zollvereins unter Umgeſtaltung ſeiner Verfaſſung mit Gewährſchaften für die Stetigkeit und Entwicklung ſeiner Einrichtungen. 4) Ungeſchmälerte Erhaltung des deutſchen Gebiets und Abwehr aller Einmiſchung des Auslandes iſt Pflicht des bayriſchen wie jedes deutſchen Staats. Sollte eine auswärtige Macht deutſches Gebiet bedrohen, ſo verlangen wir ſofortigen Anſchluß Bayerns an die norddeutſche Kriegsmacht behufs gemeinſchaftlicher Vertheidigung unter preußiſcher Führung.

Am folgenden Tage, dem 29. Auguſt, erſtattete von der Pfordten dem Reichsrath in München Bericht über den Frieden. Referent von Harleß bemerkte: „Dank dem Geſchick und der Energie des Miniſters Freiherrn von der Pfordten ſeyen die Friedensbedingungen verhältnißmäßig gut ausgefallen, das Opfer ſey zwar immerhin noch groß, aber der Troſt bleibe uns, daß wir dem galliſchen Nachbar nicht die Freude gemacht haben, Deutſchland zu ſchwächen. Trotz alles Vorgefallenen wünſcht Redner, wenn Frankreich Preußen angreife, möge Bayern mit Preußen gehen.“ Herr von der Pfordten bemerkte, Bayern habe, von Oeſterreich verlaſſen, den Krieg nicht fortſetzen können. Wenn gleichwohl die Friedensbedingungen ſich verhältnißmäßig günſtig geſtaltet hätten, ſo verdanke man das der tapfern Armee, über deren Tapfer-

keit ſich die preußiſchen Generale und der König ſelbſt mit höchſter Anerkennung ausgeſprochen hätten. Eine eigentliche Niederlage habe die bayriſche Armee nicht erlitten, auf den öffentlichen Plätzen Berlins ſtehe nicht eine einzige bayriſche Kanone. Der Kriegsminiſter von Prankh gab zur Beruhigung Vieler noch die Erklärung ab, die Regierung werde nicht verfehlen, gegen ſolche, die im Felde ihre Pflicht verſäumt haben, ihre Schuldigkeit zu thun. Der Friedensvertrag wurde nun einſtimmig vom Reichsrath genehmigt.

Am nächſten Tage, den 30. Auguſt, erklärte Herr v. d. Pfordten in der Kammer der Abgeordneten: „Mit der Frage der Bildung eines ſüddeutſchen Bundes habe die Regierung ſich noch nicht beſchäftigt, es werde die Löſung derſelben zunächſt von der Geſtaltung der Dinge im Norden abhängen; übrigens ſey bei den andern ſüdweſtdeutſchen Regierungen wenig Geneigtheit vorauszuſetzen, auf dieſes von Frankreich angeregte Project einzugehen. Auch bezüglich einer anzuſtrebenden Einigung Süd- und Norddeutſchlands werde erſt abzuwarten ſeyn, wie ſich der beabſichtigte norddeutſche Bund geſtalte. Was aber das Verhalten Bayerns betreffe, wenn die deutſchen Grenzen ſollten gefährdet werden, ſo werde die Regierung deren Vertheidigung als die gemeinſame Aufgabe aller deutſchen Staaten betrachten.“ Der Abgeordnete Ruland aus Würzburg ſprach in tiefſter Erregung: Es ſey nunmehr aus mit der Selbſtändigkeit Bayerns. Die Wittelsbacher Dynaſtie ſey von nun an ſo gut wie preisgegeben, der preußiſche Cäſarismus werde Alles verſchlingen. Mit tiefſter Erbitterung ſprach er von der Kriegführung: „Unſere Armee iſt nur in Splittern vorgeführt worden, aber nie in offener Feldſchlacht. Auf ihre Fahne war von vorn herein der Rückzug geſchrieben. Ich habe mit eigenen Augen geſehen, wie gemeine Soldaten die Krone von ihrer Mütze rißen, wobei ſie ſagten, ſie iſt beſchmutzt worden.“ Der Redner war ſo ergriffen, daß er ſchließlich den Kopf auf beide Hände ſtützte und bitterlich zu weinen anfing. Hohenabel verlangte Anſchluß an Preußen

und Theilnahme am Parlamente, was nicht angenommen wurde, dagegen drang Dr. Völk mit dem Antrag der Linken durch, wonach Bayern auf den ſüdweſtlichen Bund verzichten, die politiſche Verbindung des Südens mit dem Norden ſich vorbehalten und einſtweilen das Fortbeſtehen des Zollvereins und ein enges Bündniß mit Preußen erſtreben ſolle.

Die Wiener Neue Freie Preſſe erwiderte die Auslaſſungen des Herrn v. d. Pfordten mit bitterm Hohn: „Herr v. d. Pfordten wagt zu behaupten, die Bayern ſeyen nicht geſchlagen worden. Aber was hat man anders gethan, als plänkelnd vor dem Feinde zurückzuweichen, eine Linie nach der andern preiszugeben und dem Feinde durch beſtändigen Rückzug und beharrliches Vermeiden jedes größeren entſcheidenderen Zuſammenſtoßes den Weg in das Herz des Landes zu öffnen. Daß die Preußen nicht einmal in die Lage kamen, bayriſche Kanonen wegzunehmen, iſt viel ſchimpflicher für dieſe Kriegführung, als wenn Herr v. d. Pfordten in Berlin einigen Batterien bayriſcher Kanonen begegnet wäre. Der Feldzug des 7. und 8. Bundesarmeecorps, welche ihre Vereinigung ſtets anſtrebten, ohne ſie jemals zu bewerkſtelligen, iſt eine der größten Unglaublichkeiten des deutſchen Krieges und würde zu ſeinen unlösbaren Räthſeln gehören, wenn man nicht wüßte, daß derſelbe Kopf, welcher die hinterhältliche, particulariſtiſche bayriſche Politik ausgeheckt, auch im Hauptquartier der Bundesarmee dominirte. Es wird lange dauern, bis es auskommt, wie v. d. Pfordtens Geiſt den Arm des Prinzen Karl und v. d. Tanns gelähmt (ſowohl vor der Hauptſchlacht Oeſterreichs und Preußens, deren Ausgang abgewartet werden wollte, als nach derſelben), aber daß niemand für den ſchmachvollen Ausgang des Mainfeldzugs verantwortlich iſt, als die v. d. Pfordtenſche ſuperkluge, eingebildete Staatsweisheit, dafür liegen ſchon heute die ſprechendſten Indizien vor. Seine Marotte bis zum äußerſten verfolgend, wollte er abwarten, daß Oeſterreich und Preußen einander aufrieben, worauf

dann die Großmacht Bayern mit ihrer zwar kleinen, aber ungeſchwächten Kraft mächtig dageſtanden und den Frieden dictirt hätte."

Die particulariſtiſche Preſſe verbarg ihren Groll gegen Preußen hinter einer patriotiſchen Maske. Dieſelben Menſchen, denen alles daran lag, daß die Deutſchen niemals einig würden, damit die Winkelſouveränetäten nicht aufhören dürften, trugen jetzt einen patriotiſchen Schmerz zur Schau, welcher rein erlogen war. Der deutſche Bund, hieß es, habe Deutſchland genügt, ſeine Grenzen geſichert, ihm einen langen Frieden gewährt. Da ſey Preußen gekommen und habe die ſchöne Eintracht geſtört, den Bund gewaltſam zerriſſen, das Recht ſeiner Bundesgenoſſen mit Füßen getreten, bundestreue Fürſten vom Throne geſtoßen und bedrohe zugleich die volksthümlichen Verfaſſungen, die innere Freiheit. Nicht für die deutſche Sache habe es die Waffen ergriffen, ſondern nur für die preußiſche. Ein bloßer Raubſtaat, wolle es nur erobern, um ſeine Hausmacht zu vergrößern. Wenn es, wie es vorgebe, für allgemeine deutſche Intereſſen kämpfe, ſo hätte es nicht am Main Halt machen müſſen. Statt Deutſchland zu vereinigen, habe es daſſelbe mehr als je zerriſſen. Deutſchland ſey jetzt in drei Stücke auseinander gefallen, die durch keine Verpflichtung mehr aneinander gebunden ſeyen.

Aber dieſe Scheinpatrioten ignorirten gänzlich, daß der Krieg durch Oeſterreich und die Mittelſtaaten vom Zaume gebrochen worden war, daß man ihn nicht in Berlin, ſondern nur in Wien, Dresden, Hannover und München gewollt und provocirt hatte. Ferner ignorirten ſie, daß es, wenn ſie Deutſchland einig und ſtark haben wollten, ja nur auf einen ernſtlich gemeinten und herzlichen Anſchluß Süddeutſchlands an den norddeutſchen Bund ankam. Erfolgte dieſer Anſchluß, ſo war ja keine Gefahr mehr für Deutſchland vorhanden, ſo war das neue Deutſchland ſogar ungleich ſtärker, als es der alte, ewig uneinige, ſtets aufgelockerte und niemals feſt organiſirte Bund geweſen war. Nur um nicht ſagen zu müſſen: „wir wollen nicht deutſch ſeyn,"

hieß es unaufhörlich: „wir wollen nicht preußiſch ſeyn.“ Nur weil dieſe Begriffe bereits identiſch waren, ſuchte der Particularismus mit allen Mitteln der Sophiſtik ſie von einander zu trennen.

Im katholiſchen Bayern und Süddeutſchland überhaupt hing man noch zähe an Oeſterreich, ſelbſt dann noch, als Oeſterreich in den Friedenspräliminarien mit Preußen den Vertrag mit Bayern geradezu gebrochen und ſeine weſtdeutſchen Bundesgenoſſen im Stich gelaſſen hatte. Katholiſche Blätter in Bayern und Schwaben fuhren fort in derſelben Weiſe, wie es bis dahin die proteſtantiſche Augsburger Allgemeine Zeitung gethan hatte, preußiſche Dinge in jeglicher Weiſe ins gehäſſigſte Licht zu ſtellen, Großes zu verkleinern, Gutes ſchlecht zu machen, Edles zu beſchmutzen, zu verleumden und zu lügen. Es wäre eines ſo großen und klaren Geiſtes, eines ſo feurigen Patrioten, wie des verewigten Görres, unwürdig geweſen, wenn ſein ehrwürdiges Andenken nicht in den von ihm gegründeten, in München erſcheinenden hiſtoriſch-politiſchen Blättern bewahrt geblieben wäre. Der Herausgeber dieſer Blätter erklärte im Anfang des September als Abgeordneter der bayriſchen Kammer in einem offenen Brief an ſeine Wähler: „Schon in der vorjährigen Seſſion habe ich bei Zeiten meine warnende Stimme erhoben gegen die gefährlichen Täuſchungen der ſo beklagenswerth unterſchätzten Schleswig-Holſteiniſchen Streitfrage. Das war damals eine gewagte Sache, und ich bin faſt allein geſtanden in dem hohen Hauſe. In der Seſſion dieſes Jahres ließ ſich nichts mehr beſſern und unheilverkündende Prophezeihungen konnten ſchaden, aber nichts mehr hindern. — Was aber nun? Allem Anſchein nach wird es zwei Parteien in unſerem Vaterlande geben: eine deutſche und — um mich kurz auszudrücken — eine franzöſiſche. Wohin ich gehören werde, kann mir keinen Augenblick zweifelhaft ſeyn. Bayern darf ſich allerdings nicht bedingungslos an Preußen wegwerfen, aber es muß einen verfaſſungsmäßigen Anſchluß an das noch übrig gebliebene Deutſchland unter annehmbaren Bedingungen offen und

ehrlich ſuchen. Zu dieſem Zwecke wünſche ich nicht, daß man Zeit und Kraft und Geld mit dem Verſuch eines ſüddeutſchen Zwergbundes vergeude, aus dem überhaupt nun und nimmer etwas werden kann; eines Sonderbundes, in dem jeder Einzelne ſelber wieder Sonderbündler wäre, in deſſen Vertretung insbeſondere der bayriſche Standpunkt niemals die Mehrheit hätte, die uns vielmehr bald genug die bedingungsloſe Unterwerfung unter Preußen zumuthen würde. Anſtatt deſſen wünſche ich, daß Bayern ſich mannhaft auf ſich ſelber ſtelle, aber freilich in ſteter Ausſchau nach guter Gelegenheit einer größern deutſchen Einigung."

Graf Bismarck erhielt ſchon bald nach dem Friedensſchluß am 31. Auguſt den St. Hubertusorden, den höchſten in Bayern.

Am 19. October wurde in München vor dem Schwurgericht über die Anklage des Doctor Zander, Redacteur des Volksboten, wegen Amtsehrenbeleidigung des Generalſtabchefs, Generallieutenants von der Tann, verhandelt. Dem Staatsanwalt ſtand Oberſt Graf Bothmer als Expert im Auftrag der Militärbehörde zur Seite, einer der intelligenteſten Generalſtabsoffiziere Bayerns und für dieſen Fall vom Dienſtgeheimniß entbunden. Der Gerichtsſaal war überfüllt mit Zuſchauern, worunter auch von der Tann ſelbſt in Civilkleidung. Wie glänzend aber auch die Vertheidigung deſſelben ausfiel, wobei ſeine frühern Verdienſte gebührend hervorgehoben wurden, ſo brachte doch der Vertheidiger des Angeklagten, von Auer, ſolche Zeugen und Beweiſe bei, daß die Anklage dadurch auffallend geſchwächt wurde. Beſonders niederſchlagend wirkten die Ausſagen dreier Zeugen aus Kiſſingen.*) Nachdem von Auer ſeinen Klienten energiſch

*) Der Pfarrer Weimer bezeugte umſtändlich, daß der Hr. Generalſtabschef, als er am 11. Juli Abends nach dem Gefecht von Kiſſingen nach Aidhauſen gekommen, keine Spezialkarte gehabt, ſondern eine ſolche von ihm geliehen erhalten und dann mit ſich genommen habe, was Oberſt Graf

vertheidigt hatte, erkärten die Geſchworenen den letztern für nicht ſchuldig unter lautem Bravo der Zuſchauer, welches der Präſident

---

Bothmer dadurch aufzuklären ſuchte, daß die Karte des Generalſtabschefs „in der Säbeltaſche ſeines Adjutanten" ſich befunden habe, welcher auf höhern Befehl anderweitig verſchickt worden ſey. — Vorzüglich erhebliche Ausſagen machten drei Kiſſinger, Stadtſchreiber Engelbrecht, penſ. Lehrer Riedmann und Lehrer Fuchs von Winkels, welche alle drei als Augenzeugen bekräftigten, daß die wichtigſten Höhen bei Kiſſingen (der „finſtere Berg" und die „Bodenlaube") während des ganzen Gefechts von den Bayern völlig unbeſetzt geblieben ſeyen, während dort aufgeſtellte Batterien das Eindringen der Preußen in Kiſſingen, wie ihr ſpäteres Vordringen gegen Winkels und Nüdlingen unmöglich gemacht und in der That den Sieg der Bayern entſchieden haben müßten. Dieſelben bezeugten ferner, wie dieſe Beſetzung der für den Kampf allerwichtigſten Stellung unbegreiflicherweiſe unterblieben ſey, ungeachtet 32 Geſchütze bei der „ſchwarzen Pfütze" ſo nahe geſtanden hätten, daß ſie in einer, höchſtens anderthalb Viertelſtunden dort hätten aufgefahren werden können. — Vom Angeklagten wurde hierbei den Herren Geſchworenen ein genauer Plan der Kiſſinger Gegend übergeben, zu welchem der Zeuge Riedmann die nähern Erklärungen gab. Die Einwendungen des Oberſten Graf Bothmer waren ſehr ſchwach, der Angeklagte ſelbſt aber fand ſich veranlaßt, ihn um weitere Aufklärung zu bitten. Der Hr. Oberſt habe früher geäußert, General v. d. Tann ſey ſchon um 11 Uhr auf dem Kampfplatz geweſen; wie es denn möglich geweſen ſey, daß derſelbe nicht ſofort den großen Fehler der Nichtbeſetzung der allerwichtigſten Punkte erkannt habe? Ob dagegen die Behauptung genüge, daß dergleichen Anordnungen Sache des Diviſionsgenerals (Zoller) ſeyen, oder ob es nicht vielmehr Aufgabe und Pflicht des Generalſtabschefs geweſen ſey, für die ſchleunigſte Beſetzung jener entſcheidenden Höhen Befehle abzuſenden? — Die Entgegnung des Hrn. Oberſten Grafen Bothmer ging dahin, General v. d. Tann ſey mit „in dem hitzigſten Gefecht" geweſen und „im Granatregen überſehe man leicht etwas," worauf der Redakteur des Volksboten erwiderte, er ſelbſt ſey ſchon vor mehr als 30 Jahren auch im Granatregen geſtanden an der Seite eines Generalſtabs. Da hiernach eine weitere Aeußerung des Hrn. Oberſten nicht erfolgte, wurde mit dem Verhör der übrigen Zeugen fortgefahren, deren Ausſagen im ganzen unerheblich waren.

dämpfen mußte. Der Spruch der Geſchworenen war inſofern von großem Belang, als er der Preſſe eine Freiheit zuerkannte, welche mit der Autorität der höchſten Militärbehörden nicht mehr zu vereinigen war, weshalb auch Prinz Karl alle ſeine militäriſchen Aemter und Würden niederlegte.

Es war ein eben ſo grober Fehler, die Autorität der höchſten Militärbehörden zu erſchüttern, als es ein Unrecht war, Generalen zur Laſt legen, was nur Schuld der Politik war, von der ſie ihre geheimen Inſtructionen empfingen. Man konnte ſich von Anfang an nicht darüber täuſchen, daß nach der entſcheidenden Niederlage der Oeſterreicher ihre ſchwächern Bundesgenoſſen allein den Krieg gegen Preußen nicht mehr fortführen konnten, alſo nur Ehren halber noch einige Demonſtrationen machten. Es wäre eine reine Unvernunft geweſen, wenn ſie ihre Truppen in noch größerem Maaße, als es geſchehen iſt, ohne die geringſte Ausſicht auf Sieg zur Schlachtbank geführt hätten. Das hätte die Preſſe billig berückſichtigen und die Lage der armen Generale, die gewiß nur ungern ihre Inſtructionen empfingen, nicht noch unerträglicher machen ſollen. Nur die fanatiſcheſten Demokraten benutzten mit wahrer Luſt die Gelegenheit, den gemeinen Soldaten ihre Offiziere zu verdächtigen.

Im Laufe des Dezember war eine lebhafte Bewegung in den höheren Regionen zu München. Es handelte ſich um mancherlei Intereſſen und Perſönlichkeiten zugleich, um die Stellung Bayerns gegenüber dem norddeutſchen Bunde und auch um innere Angelegenheiten. Nachdem an die Stelle des früheren Chefs des geheimen Cabinets v. Pfiſtermeiſter der frühere Miniſter des Innern v. Neumayr getreten war, wurde auch dieſer letztere plötzlich wieder entlaſſen. Endlich enthüllte ſich der bayriſche Horizont und aus dem Nebel trat die edle Geſtalt des Fürſten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürſt hervor, der am letzten Tage des verhängnißvollen Jahres 1866 ſtatt des Freiherrn v. d. Pfordten das auswärtige Amt übernahm.

V. d. Pfordten hatte ſich zwar immer mit vieler Klugheit nach den Umſtänden gerichtet, die Umſtände hatten ihm aber einen beſtändigen Meinungswechſel aufgenöthigt, der ihn vor Gott und Welt zuletzt compromittiren mußte. Als Bundesgenoſſe des Herrn v. Beuſt hatte er für die Triasidee Front gemacht gegen Oeſterreich und Preußen zugleich und eifrig für den Auguſtenburger gearbeitet, um die Mittelſtaaten mit einem neuen zu verſtärken. Und doch hatte er wieder gezaudert, Hannover zu retten, und mit Oeſterreich einen geheimen Vertrag geſchloſſen ohne Wiſſen und zum Nachtheil ſeiner mittelſtaatlichen Nachbarn. Als Bundesgenoſſe Oeſterreichs hat er Preußen den Krieg erklärt und doch Oeſterreich ſo gut wie gar nicht geholfen. Als ihm Preußen noch nach der Schlacht von Königgrätz Frieden unter annehmlichen Bedingungen anbot, wies er denſelben kühn zurück, weil er erwartete, das Siegesglück der Preußen werde vor Wien in Stocken gerathen und unterdeß ein franzöſiſches Heer über den Rhein kommen, um eine neue Vergrößerung der vormaligen Rheinbundfürſten auf Koſten Preußens zu erwirken. Da nun aber die Franzoſen nicht kamen, ſah er ſich gezwungen, geradezu ins preußiſche Lager hinüber zu ſpringen, ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen einzugehen und den Grafen Bismarck mit dem höchſten Orden Bayerns zu decoriren. Von allebem aber, von der Zurückweiſung der preußiſchen Friedensanträge, dann vom Schutz- und Trutzbündniß mit demſelben Preußen und von der Decorirung durfte nichts ins Publikum dringen, um den Miniſter nicht zu compromittiren. Das brachte den letzteren in eine ſchiefe Stellung, in der er ſich nicht lange halten konnte.

Die Aufgabe des Fürſten von Hohenlohe war, das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen endlich offen zu bekennen und die bayriſchen Militäreinrichtungen darnach umzuformen. Die zweite Kammer war auf ſeiner Seite. Dennoch ſtand dem Fürſten-Miniſter ein zäher Particularismus im Lande und ein ganzer Intriguenknäul von außen her im Wege. Er traf die beſte Wahl, indem er die Rechte Bayerns

an den Pflichten abmaß, die daſſelbe für die große deutſche Nation zu erfüllen habe, und der Grundgedanke ſeines neuen Programmes war, wenn Bayern ſeiner Pflicht gegen Deutſchland treu bleibt, wird ihm dafür auch ſein volles Recht zum Lohne werden.

Die Rede, welche der Fürſt am 19. Januar 1867 in der Kammer hielt, hat wegen ihrer großen Wichtigkeit für die Zukunft Deutſchlands einen Widerhall in ganz Europa gefunden. Sie lautete: „Nach der Auflöſung des deutſchen Bundes und mit dem Austritt Oeſterreichs aus Deutſchland iſt die Stellung der deutſchen Mittelſtaaten vollkommen verändert und unleugbar gefährdet. Ich unterlaſſe es, einen Rückblick auf die bayriſche Politik der letzten Jahre zu werfen und zu unterſuchen, ob Bayern Mittel und Gelegenheit geboten waren, dieſer gefahrvollen Wendung der Dinge vorzubeugen. Die praktiſche Politik iſt angewieſen auf die Thatſachen der Gegenwart; die Vergangenheit kann ſie der Beurtheilung der Geſchichte überlaſſen. Ich habe zu verſchiedenen Zeiten die Gelegenheit gehabt, mich über das Verhältniß Bayerns zu Deutſchland auszuſprechen, und habe dieß ſtets mit größter Offenheit gethan. Ich bezeichne auch heute noch als den Zielpunkt der bayriſchen Politik: ‚die Erhaltung Deutſchlands, Einigung der Geſammtzahl der deutſchen Stämme und, ſoweit erſteres nicht möglich iſt, der größern Zahl derſelben zu einem Bunde, geſchützt nach außen durch eine kräftige Centralgewalt und im Innern durch eine parlamentariſche Verfaſſung unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staats und der Krone Bayerns.‘ Wenn ich nun dieſen Bund als den Zielpunkt der bayriſchen Politik anerkenne, ſo darf ich mich doch der Wahrnehmung nicht verſchließen, daß ein ſolches Ziel jetzt und unmittelbar nicht zu erreichen iſt. Preußen war beim Abſchluſſe des Prager Friedens veranlaßt, ſich auf die Bildung eines engeren Bundesverhältniſſes nördlich von der Linie des Main zu beſchränken, und hat dieſe Beſchränkung durch Unterzeichnung des Friedensvertrags als für ſich bindend anerkannt. Sie können dieſe

Thatſache beklagen, Sie werden aber die Folgen nicht beſtreiten können, welche ſich daran knüpfen. Es folgt daraus, daß Preußen jeden Verſuch der ſüddeutſchen Staaten, der auf den Eintritt in den norddeutſchen Bund gerichtet wäre, zurückweiſen muß. Es folgt daraus ferner, daß die Staatsregierung nicht verſuchen kann, über die Vereinigung Bayerns mit dem norddeutſchen Bund in Unterhandlungen zu treten. Ich muß überdieß eben ſo offen ausſprechen, daß die Entwicklung der norddeutſchen Bundesverhältniſſe, wie ſie ſich jetzt geſtaltet, eine ſo entſchiedene Hinneigung zum Einheitsſtaat bekundet, daß ich es mit der Würde des Landes und den Pflichten der Staatsregierung nicht vereinbar halte, den bedingungsloſen Eintritt in dieſen norddeutſchen Bund anzuſtreben. Ich wenigſtens würde einem ſolchen bedingungsloſen Eintritt meine Stimme nicht geben und die Verantwortung deſſelben nicht übernehmen. Auch glaube ich nicht, daß man ſich bei der Bildung des norddeutſchen Bundes durch die Rückſicht auf den Süden von Deutſchland aufhalten laſſen wird. Ebenſowenig wird man im gegenwärtigen Augenblick zu Gunſten des Eintritts der ſüddeutſchen Staaten Modificationen in der Geſtaltung des norddeutſchen Bundes vornehmen. Wir dürfen uns nicht täuſchen, die Entwicklung Deutſchlands auf dem Wege der Einigung ſchreitet nur langſam vorwärts. Wenn ich nun die Schwierigkeiten anerkenne, die der organiſchen Wiedervereinigung der deutſchen Stämme in den Weg treten, ſo bin ich doch andererſeits feſt entſchloſſen, mich jedem Schritt entgegenzuſtellen, der die Erreichung des von mir bezeichneten Ziels verhindern könnte. Meine Herren! Die Staatsregierung wird keinen ſüdweſtdeutſchen Bund unter dem Protectorat einer nichtdeutſchen Macht ſchließen. Ein ſolches Bündniß iſt in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einfach eine Unmöglichkeit. Ebenſo iſt Bayern nicht in der Lage, ein Verfaſſungsbündniß ſüddeutſcher Staaten unter der Führung Oeſterreichs abzuſchließen. Wenn ich den Gang der Entwicklung der inneren Zuſtände Oeſterreichs richtig beurtheile, ſo

scheint mir das deutsche Element mehr in den Hintergrund zu treten, und die Regierung mehr ihre Stütze in den außerdeutschen Elementen der Monarchie zu suchen. Ein Verfassungsbündniß mit einem so gestalteten Oesterreich erscheint weder wünschenswerth noch ausführbar. Wohl aber werde ich es mit Freuden begrüßen, wenn die österreichische Monarchie aus den inneren Kämpfen, in welchen sie begriffen ist, gekräftigt und gestärkt hervorgeht, damit sie ihre civilisatorische Mission als östliche Grenzmacht erfüllen könne. Ich werde mich bemühen, darauf hinzuwirken, daß die freundschaftlichen Beziehungen Bayerns zu Oesterreich erhalten und gefördert werden. Meine Herren! Die Staatsregierung wird auch nicht die Hand bieten zur Bildung eines in sich abgeschlossenen südwestdeutschen Bundesstaats, weil unzweifelhaft eine Uebereinstimmung der Regierungen und Bevölkerungen in dieser Beziehung nicht zu erreichen ist, und weil ein solcher Bundesstaat die Kluft zwischen dem Süden und dem Norden von Deutschland noch erweitern würde. Wenn ich aber erklärt habe, daß die Staatsregierung keinen Schritt zu thun gedenke, der uns vom Ziel der deutschen Gesammtpolitik entfernt, so darf ich mich auf diesen negativen Standpunkt nicht beschränken. Es würde dieß eine Proclamirung der Isolirungspolitik seyn. Bayern als Staat zweiten Rangs kann nicht ohne Allianz mit einer europäischen Großmacht bestehen. Es bedarf einer solchen Stütze namentlich im gegenwärtigen Augenblick, in welchem die Verfassung des deutschen Bundes zerrissen ist und die Möglichkeit europäischer Conflicte nicht bestritten werden kann. Der Großstaat aber, an welchen sich Bayern anzuschließen und als dessen Bundesgenosse es im Fall eines Kriegs gegen das Ausland sich offen zu erklären hat, ist Preußen. Diese Bundesgenossenschaft, die in der Aufgabe der bayrischen Regierung liegt, bringt es mit sich, daß Bayern gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs im Fall eines Kriegs gegen das Ausland sich der Führung Preußens unterstelle; sie bringt es mit sich, daß das bayrische

Heer in einer Art und Weiſe organiſirt wird, die eine gemeinſchaftliche Kriegführung ermöglicht. Dieſe Bundesgenoſſenſchaft wird an Werth gewinnen, wenn es gelingt, nicht nur die Wehrkraft Bayerns zu erhöhen, ſondern auch die übrigen ſüdweſtdeutſchen Staaten zur Errichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganiſation zu beſtimmen. Die Staatsregierung iſt beſtrebt, dieſe Uebereinſtimmung herbeizuführen und damit die Annäherung des Südens von Deutſchland an den Norden zu fördern, zugleich aber auch die eigene Unabhängigkeit, ſo weit dies an uns liegt, vor Annexionsgelüſten, von welcher Seite ſie auch kommen mögen, zu wahren. Erlauben Sie mir nun, meine Herren, zum Schluſſe noch einmal die Aufgabe der bayriſchen Politik in wenigen Worten zuſammen zu faſſen: es iſt die Anbahnung eines Verfaſſungsbündniſſes mit den übrigen Staaten Deutſchlands, ſobald und ſoweit dies unter Wahrung der bayriſchen Souveränetätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes möglich iſt, — bis zur Erreichung dieſes Ziels die Schaffung einer achtunggebietenden Macht nicht durch die Organiſation des Heers allein, ſondern auch durch den Ausbau unſerer inneren Staatseinrichtungen auf freiſinniger Grundlage, durch Hebung des Selbſtbewußtſeyns und des Vertrauens in unſere eigene ſtaatliche Exiſtenz. Wenn uns dies gelingt, ſo wird man unſer Bündniß ſuchen, und wir werden nicht nöthig haben, uns ängſtlich nach einem ſchirmenden Dach umzuſehen, dann wird es auch gelingen, für die wichtige Frage über die Reorganiſation des Zollvereins eine würdige und den Intereſſen des Landes entſprechende Löſung zu erzielen. Ob eine ſolche Löſung durch Beſprechung dieſer Frage in dieſem Haus gefördert wird, gebe ich Ihrer patriotiſchen Würdigung anheim."

In Erwägung des particulariſtiſchen, durch auswärtige Intrigue unterſtützten Widerſtandes, den ſeine deutſche Auffaſſung der bayriſchen Frage finden werde, wandte ſich der Fürſt an die zweite Kammer und bat ſie: „Möge Ihr Vertrauen mich auf dieſem Wege, deſſen

Schwierigkeiten ich mir nicht verhehle, begleiten und — ſchützen!“ Die Kammer antwortete ihm mit einem lauten Bravo.

Der Reichsrath war anfangs nicht in beſchlußfähiger Zahl beiſammen, was der Präſident ſchmerzlich rügte. Dann wurde der neue Miniſter im Reichsrath von Freiherrn v. Thüngen, v. Zurhein und Fürſten v. Thurn und Taxis interpellirt, ob bei ſeinem projectirten Anſchluß an den norddeutſchen Bund auch volle Gleichberechtigung beider Theile in Anſpruch genommen ſey? Fürſt Hohenlohe antwortete: „er verſtehe unter dem anzuſtrebenden Bündniß mit Preußen und den übrigen deutſchen Staaten einen die gegenſeitige Integrität des Gebiets und die gegenſeitige Hülfe im Fall der Gefährdung dieſer Integrität gewährleiſtenden, auf dem Boden vollkommenſter Gleichberechtigung abzuſchließenden Staatsvertrag. Daß ein ſolcher Vertrag die Freiheit der Entſcheidung im gegebenen Falle nicht gleichmäßig vorbehält, ſondern gleichmäßig beſchränkt, wird bei näherer Prüfung der Natur ſolcher Verträge kaum entgehen.“

Natürlicherweiſe rief dieſer Vorgang in Bayern in der öſterreichiſchen und in der particulariſtiſchen Preſſe Süddeutſchlands giftige Artikel hervor, während die preußiſche und national geſinnte Preſſe ſich darüber freute und die Norddeutſche Allg. Zeitung, das Organ Bismarcks, erklärte, die Trennung Deutſchlands durch die Mainlinie ſey nur eine Fiction und dem Art. 4 des Prager Friedens widerſpreche es nicht, wenn ſüddeutſche Fürſten einen Theil ihrer Souveränetät zu Gunſten einer engern Einigung Deutſchlands freiwillig aufgeben. Daily News machte die richtige Bemerkung, es habe immerhin eine ſtarke Einmiſchung Frankreichs in die deutſchen Angelegenheiten ſtattgefunden, denn wenn ſich Preußen nicht hätte die Mainlinie vorzeichnen laſſen, ſo würde Bayern ſich ohne alle Verwahrung an Preußen anſchließen können. Daß der ſüddeutſche Particularismus ſich nur noch mauſig machen und das große Werk der deutſchen Einigung unter dem Vorwand der unabänderlich befohlenen Mainlinie

hemmen dürfe, das habe er allein Frankreich zu danken. Um ſo mehr Werth legt aber Daily News auf die patriotiſche, die Rheinbundgelüſten zurückſtoßende Geſinnung Bayerns.

Inzwiſchen veranſtaltete Fürſt Hohenlohe am 5. Februar 1867 in Stuttgart eine Conferenz mit den Miniſtern und Generalen von Bayern, Württemberg, Baden und Heſſen, um gemeinſchaftliche Verbeſſerungen im Heerweſen vorzubereiten, und alle vier Staaten waren darin einſtimmig. Der bayriſche Entwurf verlangte im Weſentlichen, das preußiſche Wehrſyſtem in Bayern einzuführen. Der Kriegsminiſter v. Pranky brachte den Entwurf am 12. Februar in der Kammer ein und fügte bei: „Preußens Wehrſyſtem, hervorgerufen und erprobt durch die großen Ereigniſſe am Beginn unſeres Jahrhunderts, hat ſich neuerdings bewährt und unſere Verfaſſungsurkunde ſtellt bereits die Grundlage für eine Reorganiſation nach dieſem Syſteme feſt: gewiß alſo Grund genug, gerade dieſes Wehrſyſtem (und nicht das Milizſyſtem) als Grundlage zu wählen. Bei der aber nicht unbedeutenden Erhöhung der perſönlichen und finanziellen Leiſtungen, welche die Durchführung dieſes Wehrſyſtems erfordert, erachtet es das Kriegsminiſterium als Pflicht, alle mit Durchführung dieſes Syſtems nur immer möglichen Erleichterungen eintreten zu laſſen.“ Der Entwurf beſtimmte: allgemeine Wehrpflicht vom 20. Lebensjahr an. Die Stellvertretung iſt aufgehoben, wie auch das Looſen. Sechs Jahre Dienſtzeit im ſtehenden Heere, doch wird nach den erſten drei Jahren beurlaubt. Nach vollendeter Dienſtzeit Eintritt in die Reſervebataillons auf fünf Jahre, alſo bis zum 31. Lebensjahre. Freiwillige können ſchon im 16. Lebensjahre eintreten und nach Ablauf einer einjährigen Dienſtzeit Anſpruch auf Offiziersſtellen erlangen, wenn ſie noch drei weitere Jahre dienen und höhere Schulbildung nachweiſen können.

Die in Stuttgart erſcheinende Schwäbiſche Volkszeitung bemerkte am 16. Februar, wenn jeder Bürger dem Vaterland mit den Waffen

in der Hand dienen ſolle, ſo müſſe es auch ein einiges großes Vaterland ſeyn, für einen Winkelſtaat könne ſich niemand begeiſtern.

König Ludwig II. von Bayern verlobte ſich damals mit der Prinzeſſin Charlotte, Tochter des Herzog Max von Bayern und jüngeren Schweſter der Kaiſerin von Oeſterreich. In Folge deſſen ſcheinen einige Umtriebe gemacht worden zu ſeyn, um Bayern von Preußen wieder abzuziehen. Beſonders wurde der Exkönigin Amalie von Griechenland in dieſer Beziehung großer Eifer nachgerühmt. Bei einem Ball des Fürſten Miniſter-Präſidenten habe zwar der König die Dame des Hauſes zum Tanze geführt, die königliche Braut aber ſey vom öſterreichiſchen Geſandten, Grafen v. Trautmannsdorf, geführt worden. Auch erfuhr man durch den Hofklatſch, die Königin Amalie habe den König von Bayern entrüſtet gefragt, ob er es verantworten könne, daß ein Wittelsbacher Vaſall eines Hohenzollern werde? Ein Organ der Preſſe erlaubte ſich zu bemerken, daß ſolche Aeußerungen dem dynaſtiſchen Intereſſe nichts weniger als förderlich ſeyen, da es die Dynaſtien gerade vermeiden müßten, ſo rückſichtslos ihr kleines Particularintereſſe über das große Intereſſe der deutſchen Nation zu ſtellen.

Eine Flugſchrift, „Bayern und das politiſche Programm des Fürſten Hohenlohe," genirte ſich nicht geradezu auszuſprechen: Bayern liege in der Machtſphäre Oeſterreichs und Frankreichs, habe alſo mit Preußen nichts zu ſchaffen. Es müſſe mit Frankreich gehen. Ein Sieg Frankreichs über Preußen ſey für Bayern der günſtigſte Fall. Das Aufgehen Deutſchlands in Preußen wäre entſetzlich ꝛc. Dummer, aber auch ehrlicher und offener iſt der Verrath an der deutſchen Nation nie geprebigt worden. Die Schwäbiſche Volkszeitung ſchrieb: „Welcher Contraſt! Dort, in Berlin, unverrückte, ſcharfe Ausſchau auf das patriotiſche Ziel, das man verfolgt, klare Erkenntniß des Berufs, der dem preußiſchen Staat im deutſchen Chaos zugewieſen iſt, und darum kluge und hochherzige Beſcheidung der preußiſchen Sonder-

intereſſen und Bedürfniſſe unter die Forderungen, welche die nationale Frage an den preußiſchen Staat ſtellt. Hier, im Süden, unter der Mehrheit der politiſchen Führer Mangel an jeder Klarheit darüber, was man eigentlich will, Einigkeit und Conſequenz nur im verſöhnungsloſen Bruderhaſſe, hetzende und ſchürende Demagogen, die ein ruhiges, verſtändiges Volk mit aller Gewalt zu fanatiſiren trachten, bis daſſelbe in Preußen ſeinen Nationalfeind, ſeinen natürlichen Freund aber jenſeits des Rheines erblicken würde, allenthalben gegenſeitiger Verdacht und Vorwurf des Verraths und der Feigheit, kurz traurige, jedes wirklich deutſche Herz mit tiefem Kummer erfüllende Zuſtände."

Erſt im März 1867 wurden die geheimen Artikel des Friedens, den Herr v. d. Pfordten am 22. Auguſt 1866 im Namen Bayerns mit Preußen geſchloſſen hatte, in bayriſchen Blättern veröffentlicht, mit dem Bemerken, daß Baden ſchon am 17. Auguſt 1866 gleiche Verpflichtungen gegenüber von Preußen übernommen habe. Ebenſo Württemberg ſchon am 13. Auguſt. Ein förmliches Schutz- und Trutzbündniß zwiſchen Preußen und Bayern war demnach ſchon lange geſchloſſen und für den Fall eines Krieges hatte Bayern ſchon lange eingewilligt, ſein Heer unter den preußiſchen Oberbefehl zu ſtellen. Der Fürſt Miniſter von Hohenlohe verfehlte nicht, den Vorwürfen, mit denen ihn die Particulariſten überhäuft hatten, die Thatſache entgegenzuhalten, daß er keine neue preußenfreundliche Politik Bayerns geſchaffen, ſondern nur das Amt übernommen habe, Verpflichtungen gegen Preußen zu erfüllen, die das frühere Miniſterium eingegangen ſey. Die Regierung werde loyal und offen, den Verträgen treu, dieſe Pflichten erfüllen, dem engern Vaterlande die mit der Exiſtenz Deutſchlands vereinbare Autonomie und Selbſtändigkeit erhalten. „Die Befürchtung, daß die Veröffentlichung des bisher geheim gehaltenen Vertrages geeignet ſeyn könnte, die guten Beziehungen Deutſchlands zum Ausland und namentlich zu Frankreich zu ſtören, theilen wir in keiner Weiſe, glauben vielmehr, daß dieſelbe als eine nothwendige

Conſequenz des dort ſo oft hervorgehobenen und gebilligten Nationalitätenprincips erachtet, daß dieſelbe als Beweis der Einigkeit der deutſchen Regierungen und eben deshalb als eine Bürgſchaft des Friedens aufgefaßt werden wird." Zugleich wies der Miniſter auf die Stuttgarter Einigung vom 5. Februar hin, „welche nicht eine Militärconvention mit Preußen, nicht einen ſüdweſtdeutſchen Militärbundesſtaat, ſondern eine ſolche Militärorganiſation feſtſetzt, welche die Armeen dieſer Staaten befähigt, in einem Kriege ebenbürtig, an der Seite Preußens als Glieder eines deutſchen Heeres zu kämpfen."

Dieſe Erklärung wurde von bayriſcher Seite abgegeben, nachdem im geſetzgebenden Körper zu Paris eben dem Kaiſer der Franzoſen die heftigſten Vorwürfe gemacht worden waren, daß er keinen Krieg mit Deutſchland angefangen hatte. Eine echt deutſche Antwort, die Bayern ſtets zum Ruhm gereichen wird und alle etwa im Jahr 1866 begangenen Fehler wieder gut macht.

Wir gehen nun zum Königreich Württemberg über. Daſſelbe hatte — was freilich eine ſehr kleine und unwichtige Epiſode des großen Krieges war — dem Bundesbeſchluß vom 25. Juni gemäß am 26. die gänzlich unvertheidigt gebliebenen Fürſtenthümer Hohenzollern mit ein paar Compagnien beſetzt, zog aber dieſelben unmittelbar nach abgeſchloſſener Waffenruhe wieder zurück. Warum es ſeinen Frieden mit Preußen ſo ſehr beſchleunigt und ſchon am 13. Auguſt, früher als Baden, Bayern und Darmſtadt, abſchloß, iſt ſchon oben geſagt worden. Durch die Vorſchläge nämlich, welche Bayern gemacht hatte, Preußen möge, wenn es die fränkiſchen Markgrafſchaften bis zum Main wegnehme, Bayern mit Gebietstheilen von Württemberg und Baden entſchädigen, wurde die württembergiſche Regierung dermaßen genirt und bedroht, daß ſie es zweckdienlich fand, ſich Preußen ganz in die Arme zu werfen und ein Schutz- und Trutzbündniß anzubieten, um dadurch ſein Vertrauen zu erkaufen und die beabſichtigten Abtretungen rückgängig zu machen. Die Bemühungen des gewandten

Unterhändlers, Herrn von Varnbüler, hatten auch den gewünſchten Erfolg. Er ſagte zu Graf Bismarck: Wir waren ehrliche Feinde, wir werden ehrliche Freunde ſeyn.

In dem Vortrag, mit dem die württembergiſche Regierung am 29. September dem Landtag den Waffenſtillſtand mit Preußen kund gab und die Gründe (raſches Drängen der Ereigniſſe und Gefahr im Verzug) erörterte, aus denen es ihr nicht möglich geweſen ſey, rechtzeitig die Zuſtimmung des Landtags einzuholen, wird ein helles Licht auf das Verfahren Oeſterreichs gegen ſeine Verbündeten bei den Friedensverhandlungen in Nikolsburg geworfen. Daſſelbe ſtand mit dem Vertrage, welchen Oeſterreich mit Bayern am 14. Juni abgeſchloſſen hatte, in auffallendem Widerſpruch. Der Vortrag lautete:

„Es iſt Ihnen bekannt, daß dem vom 2. Auguſt einſchließlich laufenden Waffenſtillſtande, welcher zwiſchen Oeſterreich und Preußen auf den Grund von Friedenspräliminarien abgeſchloſſen wurde, eine zehntägige, von Frankreich vermittelte Waffenruhe voranging, eine Waffenruhe, zunächſt auf fünf Tage abgeſchloſſen und dann um fünf Tage verlängert. Der Schwerpunkt der bezüglichen Verhandlungen lag in dem preußiſchen, gegen alle Nichtberufene ſtreng abgeſchloſſenen Hauptquartier, ein Umſtand, welcher den geheimen Gang der Verhandlungen und die Thatſache erklärt, daß keiner der vom 18. bis 22. Juli in München verſammelten Miniſter der ſüddeutſchen Staaten von dem Stande der Dinge unterrichtet war.

Am 22. Juli, unmittelbar nach Abſchluß der Waffenruhe, erhielt der württembergiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten aus Wien die telegraphiſche Nachricht, daß dieſe Waffenruhe auf die ſüddeutſche Bundesarmee ſich nicht beziehe. Da an die fünftägige Waffenruhe ſich der Waffenſtillſtand anknüpfen ſollte und man nach dem Weſen des Bundesverhältniſſes zu Oeſterreich, ſowie nach vielfach gemachten Zuſagen berechtigt war, anzunehmen, daß der Waffenſtillſtand auch für die Bundesgenoſſen Oeſterreichs gelten würde, ſo hatte jene

Ausſchließung von der fünftägigen Waffenruhe, ſo überraſchend ſie ſeyn mußte, keine großen Bedenken für Württemberg, inſofern nach der militäriſchen Lage eine feindliche Occupation württemb. Landestheile innerhalb fünf Tagen nicht denkbar war. Als aber am Tage des Ablaufs der erſten fünftägigen Waffenruhe an den königl. Miniſter des Aeußern die telegraphiſche Nachricht gelangte, daß die Waffenruhe um fünf Tage verlängert und wieder nicht auf das achte Armeecorps ausgedehnt worden ſey, reiste derſelbe ſofort nach Wien ab, um an Ort und Stelle die gefährdeten Intereſſen Württembergs ſelbſt zu vertreten. Vergeblich hatte derſelbe eine förmliche Einladung zu den Verhandlungen früher zu erlangen geſucht.

In Wien angelangt, überzeugte ſich der Miniſter, daß in Nikolsburg allein die Entſcheidungen fielen, und reiste deshalb mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich ſofort dahin, deſſen hohe Perſon die Reiſe durch die militäriſchen Linien leichter ermöglichte.

Indeſſen hatte der königl. bayriſche Miniſter des Auswärtigen, Frhr. v. d. Pfordten, daſelbſt zwar einen Waffenſtillſtand für Bayern auf der Baſis des uti possidetis abgeſchloſſen und mit anerkennenswerther Bundestreue den Regierungen des achten Armeecorps einen ſolchen auf gleicher Baſis geſichert; allein die Ausdehnung der Waffenruhe hatte er ſo wenig für Bayern als die Länder des achten Armeecorps erreichen können. Unter ſolchen Umſtänden war es dringend geboten, daß der Waffenſtillſtand vom 2. Auguſt an für Württemberg abgeſchloſſen werde, und da deſſen Abſchluß dem preußiſchen Obercommandanten der Mainarmee zugewieſen war, ſo reiste der königl. Miniſter nach einer längeren Beſprechung mit dem Grafen von Bismarck nach Würzburg zu dem Zwecke, um den Waffenſtillſtand mit dem General v. Manteuffel abzuſchließen.

Vergegenwärtigt man ſich, daß die preußiſche Mainarmee in jener Zeit nicht mehr ſehr entfernt von der Grenze Württembergs ſtand, und daß ſie während der Waffenſtillſtands-Verhandlungen unſere

Grenze bereits überſchritten hatte, ſo wird es wohl von ſelbſt klar, daß der württembergiſchen Regierung durch die Intereſſen des Landes geboten war, den Waffenſtillſtand auf ihre Verantwortung ohne ſtändiſche Zuſtimmung definitiv abzuſchließen."

Im Verlauf der Debatten gab Herr v. Varnbüler noch folgende intereſſante Enthüllungen: „Der Geſandte in Wien habe ſtets angegeben, daß Oeſterreich in Böhmen 40,000 Mann weniger habe, als Preußen, aber offizielle öſterreichiſche Berichte hätten verſichert, daß Oeſterreich 800,000 Mann habe, zudem habe man allenthalben, ſo auch in Paris, geglaubt, daß Oeſterreich den Preußen überlegen ſey, und ſelbſt in Berlin habe man einen ſchweren Kampf erwartet. Zu den Streitkräften Oeſterreichs kamen die der andern deutſchen Staaten. Ueber alle dieſe Momente habe er (der Miniſter) ſich genau unterrichtet. Ferner habe er ſelbſt Bedenken ausgeſprochen, als man den Bundesbeſchluß vom 14. Juni faßte, allein von anderer Seite habe man nicht länger warten zu dürfen geglaubt, und ſo habe Württemberg ebenfalls zugeſtimmt. Nach der Schlacht von Königgrätz habe er ſich ſagen müſſen, daß es zum Friedensſchluſſe kommen könnte, er habe deshalb ſchon am 5. Juli und dann am 10. Juli nach Paris und dann fortlaufend nach Wien geſchrieben, um nicht vom Friedensſchluß ausgeſchloſſen zu werden, und er habe von allen Seiten die bündigſten Zuſagen erhalten. Die Miniſter des 8. Armeecorps waren vom 19. bis 22. Juli zu München verſammelt, und es wurde da die Frage erörtert, ob ſie nicht zuſammen vom Bündniß mit Oeſterreich zurücktreten ſollten. Man fand es nicht mit der Bundespflicht und der Ehre vereinbarlich, zudem konnte man noch hoffen, daß an der Donau eine Schlacht geſchlagen würde. Wenigſtens habe er (der Miniſter) noch am 16. Juli die Nachricht aus Wien erhalten, daß man ſich bei Wien ſchlagen werde. Ein Zufall oder irgend ein Umſtand aber fügte es, daß ein paar öſterreichiſche Armeecorps ſich von Königgrätz ſeitwärts nach Olmütz ſtatt nach Wien zurückgezogen hatten,

und ſo glaubte man ſich in Wien zu dem Kampfe nicht mehr ſtark genug.“ Nachdem ſich der Herr Miniſter ſodann über den Abſchluß des Waffenſtillſtandes und Friedens erklärt, wobei er die Frage, ob er der geeignete Mann dazu ſey, Sr. Maj. dem König und einem Beſchluß ſeiner Kollegen anheimgeſtellt habe, fährt er fort: Man erwarte vielleicht, daß er auch darlege, was jetzt zu geſchehen habe. Es fehle aber an poſitiven Subſtraten. Die Regierung könne ſich nur über einige Punkte ausſprechen, die unzweifelhaft ſind, über die wichtigſten Punkte aber nicht, da müſſe unſere Politik eine zuwartende ſeyn. Unzweifelhaft ſey, daß unſer Militärſyſtem auf eine ganz andere Grundlage geſtellt und daß wir uns an andere anſchließen, ſpeziell mit den Staaten, welche ſich mit uns in derſelben Lage befinden, mit Bayern, Baden uns auf feſten Fuß ſtellen und Verbindungen anknüpfen müſſen. Und was den Norden betrifft, ſo ſey gerade er (der Miniſter) es geweſen, der den Friedensartikel wegen des Zollvereins veranlaßte. Damit werde das materielle Wohl Deutſchlands wenigſtens gepflegt werden. Was den Frieden ſelbſt betreffe, ſo hoffe er, daß derſelbe zur Verſöhnung Deutſchlands führen werde.

Der württembergiſche Landtag ertheilte dem Miniſterium die Indemnität, die zweite Kammer wich aber in ihrer weit überwiegenden Mehrheit von den preußenfreundlichen Beſchlüſſen der bayriſchen und badiſchen Kammern ab, indem ſie eine Adreſſe an den König erließ, worin ſie weniger Geneigtheit zeigte, als das Miniſterium, ſich den neuen Verhältniſſen und dem Uebergewicht Preußens in Deutſchland zu accomodiren. Die Anhänger der Regierung ſelbſt ſtimmten für die herbere Faſſung, während die Aeußerungen Varnbülers verſöhnlicher lauteten. Es fiel auf, daß die miniſteriellen Abgeordneten ſich ſo ſtraff gegen jeden Anſchluß an Preußen ausſprachen, alſo keinen Wink von der Regierung bekommen hatten, auf die nach dem Kriege ſo ganz veränderte Stellung des Königreich Württemberg Rückſicht zu nehmen. Aus dieſem Grunde kam in der Kammer ein Mehrheitsbe-

ſchluß zu Stande, der dieſer Stellung nicht entſprach, ja die Regierung compromittirt haben würde, wenn die Kleinheit des Landes und die Ohnmacht ſeiner Kammer nicht hätten darüber hinwegſehen laſſen. Die Katholiken ſtimmten aus alter Vorliebe für Oeſterreich mit der Mehrheit. Die äußerſte Linke ſchloß ſich aus fanatiſchem Preußenhaß an. Die Zahl derer, die im Intereſſe Geſammtdeutſchlands und insbeſondere des Zollvereins Anſchluß an den norbiſchen Bund wünſchten, blieb klein und im Ganzen erklärten ſich nur 25 Stimmen gegen die Adreſſe, am 13. October. Die Adreſſe ſelbſt, wie die langen Debatten darüber, verriethen nur einen ohnmächtigen und darum unverſtändigen Aerger. Man mußte die Thatſachen anerkennen, ohne ſo verdrießliche Mienen dabei zu ziehen. Man mußte auch bedenken, daß Preußen durch Kündigung des Zollvertrags Württemberg ſchaden konnte. Gleichwohl entſchied ſich die Adreſſe einſtweilen für den Südbund und gegen den Anſchluß an den Nordbund und jedenfalls, wenn auch der erſtere nicht zu Stande käme, für Zuwarten. Eine Zeitlang glaubte man, die Lage Deutſchlands werde ſich wieder ändern, Oeſterreich werde ſich wieder erheben und Frankreich ihm beiſtehen, wenn erſt beide Mächte Hinterladungsgewehre haben würden. Eine ſtändiſche Deputation brachte die Adreſſe dem König nach Friedrichshafen am Bodenſee. Der König empfing ſie gnädig und betonte in ſeiner Antwort die Verſöhnlichkeit, ohne dabei Preußen ausdrücklich zu nennen.

Die Norddeutſche Allgemeine Zeitung bemerkte: Die Gegner Preußens in Württemberg ſeyen auf dem Felde der Logik nicht glücklicher als auf dem Schlachtfelde. Sie ſagen, Württemberg könne ſich, ſelbſt wenn es wolle, dem norddeutſchen Bunde nicht anſchließen, weil Preußen es nicht geſtatte. Bekanntlich aber habe Preußen blos deswegen Bedenken getragen, den norddeutſchen Bund auch auf Süddeutſchland auszudehnen, weil ſich grade hier ſo viel Abneigung gegen Preußen kundgegeben habe. Fiele dieſe

Abneigung weg, ſo würde auch jenes Bedenken wegfallen. Man treibe alſo die ganze Frage im Zirkel herum.

Am 11. November, an demſelben Tage, an welchem in Preußen das große Dankfeſt begangen wurde, verſammelte ſich in Stuttgart eine Anzahl preußenfeindlicher Kammermitglieder aus Bayern, Württemberg, Baden und Darmſtadt, den alten Welcker an der Spitze. Der alte Welcker, vor vierzig Jahren noch ein energiſcher Bekämpfer des deutſchen Bundestags, gab jetzt ſeinen Namen zu einem Programme her, in welchem das Vorgehen Preußens im nationaldeutſchen Intereſſe als eine Deutſchland zerreißende Gewaltthat bezeichnet und gefordert wurde, man ſolle für die „Wiedervereinigung in bundesſtaatlicher Form, wie ſie in der Reichsverfaſſung von 1849 mit Grundrechten bereits einen geſetzlichen Ausdruck gefunden hat," arbeiten und zu dieſem Zweck einſtweilen den Südbund conſtituiren, um „der Freiheit eine Stätte und einen Hort zu retten." Gedachter Südbund ſolle die allgemeine Wehrpflicht einführen und ſich ſo ſchnell als möglich rüſten. Da der Südbund allein gegen Preußen nichts ausrichten konnte, mußten die Verſammelten Hintergedanken haben, die ſie nicht ausſprachen, und auf Allianzen rechnen.

Die Reichsverfaſſung von 1849 diente hier jedenfalls nur zum Aushängeſchild, denn ſie durchzuführen war nur durch Preußen möglich; wenn die Verſammlung alſo gegen Preußen agitirte, ſo agitirte ſie auch gegen die Reichsverfaſſung. Man handelte nur im Intereſſe des Particularismus, des alten Metternichſchen Syſtems oder eines neuen Rheinbundes. Die Schwäbiſche Volkszeitung vom 20. November ſpottete daher mit Recht über die kleinſtaatlichen Deutſchen, die immer vom Vaterland ſingen und, wenn ſie endlich eins bekommen ſollen, ſcheu davor zurückfahren. „Nirgends iſt wohl mehr von ‚Vaterland' geredet, gedichtet und geſungen worden, als in Deutſchland, ſpeziell in Südbeutſchland, wo gaumenglättendes Bier und männerſtärkender Wein Rednern und Sängern übernatürliche Kraft und Ausdauer ver-

liehen, eine Rieſenkraft, wie ſie nur die wunderthätige Coca des fernen Peru in ähnlichem Grade zu erwecken vermag. An die Süddeutſchen ſchloſſen ſich dann im vollen Chore die Vaterlandsſchwärmer der übrigen deutſchen Kleinſtaaten an, während in dem größeren Preußen ihre Dithyramben kaum ein Echo fanden. Die Erklärung dieſer anſcheinend ſeltſamen Thatſache iſt eine ſehr einfache. Die kleinſtaatlichen Deutſchen waren eben deshalb ſo ſtark im Schwärmen für ein ideales Vaterland, weil ſie kein wirkliches Vaterland beſaßen. — Man denkt ſich darunter eine Art Schlaraffenland, in welchem bloß noch von Rechten, aber beileibe nicht von Pflichten der Bürger die Rede ſeyn darf. Einig und frei wollen daher alle werden, aber ſobald damit Ernſt gemacht werden ſoll, ſobald ſich herausſtellt, daß außer Bier, Wein, Reden und wohlfeilen Gut- und Blutgelöbniſſen auch noch andere Opfer gebracht werden müſſen, ſobald ſich herausſtellt, daß in dem neu zu gründenden deutſchen Staate größere Pflichten, eine härtere Arbeit an den Einzelnen herantreten würde, ſchlägt man ſofort einen andern Ton an. In den kleinen Staaten hat ſich, ſo lange ſie nach außen von den deutſchen Großmächten beſchützt waren, ein behagliches Phäakenthum gebildet, man konnte ſich ſo harmlos und angenehm gehen laſſen, und dieſen Zuſtand, der leider bei uns vielfach mit der ‚Freiheit‘ verwechſelt wird, will man um keinen Preis aufgeben, als ob die Erlaubniß, im Wirthshaus nach Belieben räſonniren zu dürfen, identiſch mit Freiheit wäre. Da greift man aus dem großen Schatze deutſcher Schlagwörter alles Mögliche heraus, um dieſen alten behaglichen Zuſtand, über den man natürlich vorher, ſo lange es bloß zur Unterhaltung geſchah, weidlich geſchimpft hat, zu vertheidigen; da muß ſogar göttliches und menſchliches Recht verletzt ſeyn, da ruft man die Rache des Himmels an, wenn einige ſchlechte Fürſten verjagt werden und der elende deutſche Bund umgeworfen wird, den man ſeit 50 Jahren verdammt.“

Sehr anerkennenswerth war im Königreich Württemberg die offene

und warme Sprache, mit welcher der ſchwäbiſche Merkur, das hier am meiſten geleſene Blatt, die Trennung des deutſchen Südens vom deutſchen Norden verſchmähte und den Anſchluß an den preußiſchen Bund verlangte. Nachdem er die bisherige Politik der Südſtaaten getadelt, fährt er fort: „Nun aber, da die Trümmer dieſer unheilvoll geendeten Politik, eine ganze Reihe von Enttäuſchungen, wie Scherben eines zerbrochenen Gefäſſes vor uns liegen — Oeſterreichs Macht, Oeſterreichs Bundestreue u. ſ. w. — nun ſollten wir dieſelbe Politik, die Abkehr vom Norden, den ſüddeutſchen Particularismus mit einem Wort, auch ohne dieſe Stützen, die ſich in der Entſcheidung gebrechlich genug gezeigt haben und jetzt nur in Bruchſtücken noch vorhanden ſind — nun ſollten wir ſie aufs neue, ohne alle Ausſicht auf reelle Vortheile für uns, für Deutſchland aufnehmen? Der Norden, den wir bekämpft, ſtößt uns zurück. Er braucht uns nicht, überläßt uns unſerm Schickſal. Wohl — aber wir brauchen ihn, wir wollen keinem Schickſal überlaſſen ſeyn, das uns eine Exiſtenz gleich den homeriſchen Schatten anweist. Wir wollen in das neue Deutſchland, in das ganze außeröſterreichiſche Deutſchland mit ſtarker Centralgewalt, mit wahrhaft volksthümlicher Vertretung, ſofern es daſſelbe werden ſoll, das wir auch während der unſeligen Verblendung der letzten Zeit nicht aus dem Sinn ließen, mitaufgenommen ſeyn. Noch ſind freilich erſt die Grundlinien dieſer Neubildung gezogen; es wird noch einen ſchweren Kampf koſten, den Bau fertig zu machen, ungefüge Steine, wie den preußiſchen Junkergeiſt, durch die Kraft des deutſchen Bürgerthums gefügig zu machen, tauſend eingelebte, aber auch abgelebte Sonderlichkeiten der deutſchen Volkszuſtände einzuebnen. Aber ſollten wir, das deutſche Volk im Süden, an dieſer Arbeit uns nicht betheiligen können, uns nicht betheiligen wollen? — Gewiß, es gibt auf den norddeutſchen Zuruf: ‚Wir brauchen Euch nicht!‘ nur Eine Antwort: ‚Wir aber brauchen Euch und laſſen nicht von Euch!‘“

Die neu entſtandene Schwäbiſche Volkszeitung wirkte im gleichen

Sinne als Organ des preußenfreundlichen ſ. g. deutſchen Vereins. In dieſem Verein äußerte ſich Director Pfeiffer über die Adreſſe: „Die Kammermajorität habe durch die von ihr durchgeſetzte Adreſſe einen Pyrrhusſieg erfochten und müſſe ſagen: noch ein ſolcher Sieg, und wir ſind verloren. Denn nun müſſe die Mehrheit dem Volke zeigen, ob ſie leiſten könne, was ſie verſprochen. Sie könne den Südbund unmöglich zu Stande bringen, nicht einmal eine gemeinſame Heeresverfaſſung. In der Frage der Verfaſſungsreviſion werde ſie bei dem beſtehenden widernatürlichen Bündniß nichts zu Stande bringen, als ein erbärmliches Compromiß. Im Zollverein werden die Süddeutſchen ohne Anſchluß keine haltbare Stellung gewinnen, und wenn nur erſt einmal Preußen ſein Quos ego ſpreche, dann werden die Mittleren und Kleineren wieder unterkriechen, wie beim franzöſiſch-preußiſchen Handelsvertrag. Es ſey zwar bedauerlich, daß Württemberg nicht freiwillig, ſondern erſt komme, wenn ihm mit dem Holzſchlegel gewunken werde, aber es ſey einmal ſo, daß unſer Württemberg der undeutſcheſte Staat gegenwärtig ſey. Ein Einwand der Gegner unſerer Richtung ſey immer der, daß wir durch die neueſte Geſtaltung die vielen Millionen Deutſchöſterreicher verloren haben, und dieſer Einwand habe für viele wackere Männer etwas Schlagendes. Er aber ſage: Wir haben Deutſch-Oeſterreich noch nie gehabt, ſind vielmehr erſt jetzt auf dem beſten Wege es zu bekommen. Wir haben Oeſterreich noch nie gehabt, ſondern umgekehrt, Oeſterreich hat uns gehabt und Deutſchland zu Gunſten ſeiner ſelbſtſüchtigen Politik mißbraucht. Wenn einmal die Deutſchöſterreicher ſich von Deutſchland iſolirt und von den übrigen öſterreichiſchen, halbbarbariſchen Völkerſchaften mißhandelt ſehen, dann werden ſie ſchon Mittel und Wege finden, ſich mit Deutſchland eng zu verbinden.“

Inzwiſchen wütheten die gegneriſchen Blätter in ihrer alten Weiſe fort und ſcheuten keine Lüge, keine noch ſo grobe Verleumdung, um den Haß gegen Preußen zu ſchüren und den Particularismus als das

einzige Heil Deutſchlands zu preiſen. Einen nicht geringen Schrecken bekamen ſie daher, als am 23. März 1867 der Staatsanzeiger das geheime Schutz- und Trutzbündniß Württembergs mit Preußen vom 13. Auguſt 1866 veröffentlichte und mit einer Mahnung begleitete, worin kurz und bündig geſagt war: man habe den Krieg nicht allein fortſetzen, keine beſſeren Friedensbedingungen erhalten können, wie die andern ſüddeutſchen Staaten auch; Deutſchland habe dabei gewonnen, die Vereinigung gewähre eben größere Sicherheit nach außen; der preußiſche Oberbefehl im Kriege ſey ja aber nicht einmal etwas neues, denn auch im alten Bunde habe man ſich im Kriegsfall einem öſterreichiſchen oder preußiſchen Oberbefehl unterſtellen müſſen. Die undeutſche Preſſe nahm dieſe Erklärung mit verbiſſenem Grimme hin.

Der Friedensabſchluß Heſſen-Darmſtadts mit Preußen zog ſich ſehr in die Länge, bis in die Mitte des September. Man war mit dieſer Verzögerung um ſo unzufriedener, als eine ſtarke preußiſche Beſatzung im Lande blieb und vom Lande unterhalten werden mußte.

Anfangs ſollte ganz Oberheſſen, weil es noch nördlich der Mainlinie lag, mit Preußen vereinigt werden. Auf der andern Seite glaubte man, der Großherzog werde wegen ſeiner Verſchwägerung mit dem Kaiſer von Rußland einen mächtigen Schutz von außen gefunden haben, der ihn veranlaſſe, nicht nachzugeben. Endlich kam doch ein Friedensvertrag zu Stande, nach welchem das Großherzogthum an Preußen das ausſchließliche Beſatzungsrecht in der Feſtung Mainz zu überlaſſen, eine Contribution von 3 Mill. Gulden zu zahlen, Heſſen-Homburg und Meißenheim, das ſ. g. Hinterland und die Herrſchaft Itter abzutreten hatte, wogegen Oberrad, Nauheim und Reichelsheim an das Großherzogthum fielen. Die Provinz Oberheſſen blieb ſomit, nach einem Ausfall von höchſtens 50,000 Seelen, im Beſitz des Großherzogs, mußte aber dem norddeutſchen Bunde beitreten. Eine Anomalie, wie ſie bei keinem andern Staate vorkam, jedoch nach dem Vorgang von Oeſterreich, Preußen, Dänemark und den Niederlanden,

welche früher mit einem Theil ihrer Beſitzungen in den deutſchen Bund getreten waren, mit andern nicht.

Mainz wurde übrigens nicht von der heſſen-darmſtädtiſchen Regierung, ſondern von der bayriſchen übergeben, weil damals Bayern in der Feſtung lagen. Ueber das eigenmächtige Verfahren des Herrn v. d. Pfordten kamen dem Münchener Volksboten ſcharfe Klagen aus Mainz zu. „Zuerſt wurde Waffenſtillſtand mit Heſſen geſchloſſen und hiebei ausgemacht, daß die heſſiſchen Truppen in Rheinheſſen Standquartier nehmen, dabei aber mindeſtens zwei Stunden von Mainz entfernt bleiben mußten. Nun ſtanden zwar die Preußen auf der rechten Rheinſeite dicht vor dem Mainz gegenüberliegenden Städtchen Kaſtel; wir Mainzer hegten aber nicht die geringſte Beſorgniß, daß die Preußen anders herein kommen würden, als nach geſchloſſenem Frieden mit unſerer Regierung; denn wir hatten ja Bayern, Kurheſſen und Naſſauer zur Beſatzung, und an eine gewaltſame Einnahme von Mainz war ja gar nicht zu denken. Die Heſſen-Darmſtädter durften alſo nicht nach Mainz. Da macht Bayern Frieden, und auf einen direkten Befehl des Miniſters v. d. Pfordten übergibt, ohne die Einwilligung Heſſens, der bayriſche General und Gouverneur der Bundesfeſtung Mainz (Graf Rechberg) den Platz an die Preußen. So ſind denn die Preußen zu uns gekommen, nicht als Garniſon in Folge der Wiederherſtellung des Friedens, ſondern als Occupationstruppen in ein feindliches Land. Unſere Regierung wird gefliſſentlich mißachtet, die Stadt mit Belagerungszuſtand bedroht, die Bürger mit Einquartierung zu Laſten Heſſens heimgeſucht, und wenn ſich auch die einzelnen Leute der Mannſchaft manierlich betragen, ſo iſt das bloß guter Wille der einzelnen. Für uns Mainzer iſt es aber im höchſten Grade kränkend, daß Bayern uns in dem Augenblicke dem Feinde preisgibt, in welchem die Preußen überall aus den von ihnen beſetzten Landestheilen fort müſſen, da ſicher der Friede zwiſchen Preußen und Heſſen früher

geſchloſſen wäre, wenn Heſſen die Provinz Oberheſſen gegen ein Stück bayriſchen Landes hätte austauſchen wollen. Letzteres hat der Großherzog von Heſſen, wie bereits öffentlich bekannt iſt, ehrenhafteſter Weiſe entſchieden verweigert. Noch in der letzten Zeit handelte es ſich bei den bayriſchen Friedensunterhandlungen darum, daß Bayern das Stück von Miltenberg u. ſ. w. an den Großherzog von Heſſen als Gebietsentſchädigung abtreten ſollte; zum Dank dafür, daß der Großherzog die Annahme dieſer Beraubung Bayerns zurückgewieſen, hat Bayern ſeinerſeits dann hinterher die Feſtung Mainz den Preußen überliefert, wozu ihm auch nicht das allermindeſte Recht zuſtand; denn wenn der Bund einmal aufgelöst iſt und Mainz deshalb aufhörte, Bundesfeſtung zu ſeyn, ſo ſtand ſelbſtverſtändlich Bayern allerdings nicht mehr das Recht zu, dort ohne den Willen des Landesherrn noch eine Beſatzung zu halten, noch viel weniger aber das Recht, die Feſtung einer in jeder Weiſe unberechtigten Macht in die Hände zu liefern, ſondern die Feſtung konnte ohne Widerrede nur an den Landesherrn übergehen. Nichtsdeſtoweniger hat Freiherr v. d. Pfordten, deſſen frühere Abhandlungen über ‚Rechtsboden‘ noch friſch im Gedächtniß ſeyn müſſen, ſich herbeigelaſſen, in der Beilage zum Friedensvertrage, welche mit demſelben ratifizirt worden iſt, wörtlich folgende Abmachung zu treffen: ‚Die k. bayriſche Regierung wird dem Gouverneur der Feſtung Mainz, Grafen Rechberg, den Befehl zugehen laſſen, am 26. Auguſt die Feſtung dem von Sr. Majeſtät dem Könige von Preußen zu ernennenden Gouverneur zu übergeben, ſeinerſeits aber an demſelben Tage mit den k. bayriſchen Truppen die Feſtung zu verlaſſen.‘ — Schon der Umſtand, daß dies überhaupt in die bayriſch-preußiſche Friedensvertrags-Beilage eingeſetzt worden, kann kaum anders betrachtet werden, als daß man durch ſolche Ueberlieferung fremden Gutes, alſo auf Heſſens Unkoſten, die von Preußen zuvor von Bayern geforderten größeren

Gebietsabtretungen — des Stücks Kulmbach-Hof — bei Seite ſchaffte."

Großes Aufſehen erregte die am 17. September aus Worms datirte Proclamation des Großherzog Ludwig, wodurch er dem Lande ankündigte, daß er die Regierung wieder übernehme. Nachdem er dem Volk und den Truppen herzlich für ihre Treue gedankt, erklärte er mit überraſchender Entſchiedenheit, die neue Lage Deutſchlands erfordere auch eine neue Politik der Kleinſtaaten:

„Wir haben nicht nur die Wunden zu heilen, welche der Krieg unſerem Heſſen geſchlagen hat, wir haben auch in der Neugeſtaltung unſeres gemeinſamen deutſchen Vaterlandes in einer, die gerechten nationalen Anſprüche befriedigenden Weiſe zu beginnen. Der alte Rechtsboden, auf dem wir hätten fortbauen können, iſt zuſammengebrochen. Wir müſſen nun die Vervollkommnung des durch die Macht der Thatſachen geſchaffenen neuen Rechtszuſtandes zum Gegenſtande unſerer Sorge machen. Mein eifrigſter Wunſch war, den Bund, welcher dermalen den Norden Deutſchlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu ſehen. Rückſichten, deren Beſeitigung nicht in meiner Macht liegt, ſtanden bis jetzt der Erfüllung meiner Wünſche entgegen. Aber wie ich ſtets ſeit meinem Regierungsantritt neben dem Wohl meines heſſiſchen Landes das Glück und die Größe des gemeinſamen deutſchen Vaterlandes und die Kräftigung des daſſelbe umſchlingenden Bandes angeſtrebt habe, ſo werde ich auch für die Zukunft dieſes Ziel nicht aus dem Auge verlieren."

In der Allgem. Militärzeitung, die in Darmſtadt erſcheint, las man im October: „Während in Deutſchland ein Nationalverein ſich conſtituirte, ein deutſcher Schützenbund mit gleichen Beſtimmungen und Büchſen-gleicher Conſtruction errichtet wurde; während Wehr-, Turn- und ſogar Geſangvereine ſich nach denſelben Geſetzen freiwillig leiten ließen, um dem Drange nach Einheit zu genügen und das Gefühl der Zuſammengehörigkeit zu entwickeln und zu pflegen; während

dies alles in Deutſchland unter unſern Augen vorging, zeigte man in den maßgebenden militäriſchen Kreiſen eine ſolche Gleichgültigkeit gegen alles das, was uns noth that, daß man es nicht einmal dahin bringen konnte, dem 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps Feuerwaffen von gleichem Kaliber zu geben. Das Heer wurde nicht als Mittel der Vertheidigung des Vaterlandes, ſondern als eine geputzte Puppe betrachtet, mit der man ein glänzendes und theures Spiel ſpielte. Unſere braven Soldaten ſind Märtyrer eines Syſtems geworden, das die einſichtsvolle militäriſche Welt längſt verdammte, das ſich aber ſo lange halten konnte, weil man raſcher und ſicherer avancirte, wenn man lobte, und weil man die Männer von Einſicht und praktiſchem Sinn als unbequem entfernte, oder ſie wenigſtens als revolutionär verſchrie."

Im Anfang des April 1867 erfuhr man, die darmſtädtiſche Armee ſey genau nach denſelben Beſtimmungen, wie die ſächſiſche, durch beſondere Militärconvention der norddeutſchen Bundesarmee einverleibt worden unter dem Obercommando des Königs von Preußen, mit der Bundesarmeeuniform ꝛc. Der erſte wichtige Schritt zum Anſchluß des ſüdlichen Deutſchland an den Nordbund.

Das Großherzogthum Baden war während des Kriegs von den Bundesgenoſſen am meiſten beſcholten worden. Die Anklagen und die Rechtfertigungen in Bezug auf den ſ. g. badiſchen Verrath ſind oben ſchon in der Kriegsgeſchichte ausführlich erörtert worden. Weniger hat man darauf geachtet, wie ernſtlich Baden zuerſt durch die öſterreichiſche, ſodann durch die bayriſche Politik bedroht war.

Zur Rechtfertigung der badiſchen Politik erklärte der Miniſter des Aeußern von Freydorff am 9. October im badiſchen Abgeordnetenhauſe: In dem am 14. Juni zwiſchen Oeſterreich und Bayern abgeſchloſſenen Vertrage ſey im Artikel 7 feſtgeſtellt worden, „daß wenn bei dem Friedensſchluß Territorialveränderungen in Frage kämen, Oeſterreich ſich verpflichte, Bayern vor Verluſten zu bewahren, jeden

falls aber dahin zu wirken, daß Bayern für etwaige Abtretungen entſchädigt werde.“ Freydorff frägt nun, wo anders dieſe Entſchädigungen hätten geſucht werden können, als bei den unmittelbaren Nachbarn Bayerns? Deswegen ſey der Vertrag auch ſorgfältig verheimlicht worden. Später habe Oeſterreich mit Preußen Frieden geſchloſſen und ſeine Bundesgenoſſen dabei im Stich gelaſſen, da ſich doch von ſelbſt verſtehe und auch ausdrücklich in der Bundesakte und in der Wiener Schlußakte vorgeſehen ſey, daß die deutſchen Bundesgenoſſen, wenn ſie gemeinſchaftlich Krieg führen, auch nur gemeinſchaftlich einen Waffenſtillſtand oder Frieden ſchließen können. Nun habe aber Oeſterreich grade ſo einſeitig und willkürlich hinter dem Rücken der andern Verbündeten den Waffenſtillſtand und Frieden mit Preußen, wie vorher den geheimen Vertrag mit Bayern abgeſchloſſen.

Noch einläßlicher ſprach ſich derſelbe Miniſter am 23. October in der Kammer über die gänzliche Unzuträglichkeit, ja Unmöglichkeit eines deutſchen Südbundes aus, wie ihn der Prager Frieden in Ausſicht genommen habe. Dieſe Rede iſt von unſchätzbarem Werth für die richtige Beurtheilung der ſüddeutſchen Zuſtände und für die Politik, welche die ſüddeutſchen Regierungen und Bevölkerungen zu befolgen haben, wenn ſie ihr eignes Beſtes und zugleich das des deutſchen Geſammtvaterlandes wollen. Die Rede lautet nach der Karlsruher Zeitung: „Die großherzogliche Regierung iſt nicht ſo verblendet, zu glauben, daß ein Land von der Größe und Einwohnerzahl des Großherzogthums Baden, gelegen inmitten Europas, an einer Stelle, über welche ſchon mächtige Heere herüber- und hinüberzogen, durch ſich ſelbſt ſtark genug ſey, auf die Dauer ſeine Exiſtenz und Selbſtändigkeit zu behaupten; und würde ſie dies auch glauben, ſo würde ſie ſich der Zuſammengehörigkeit des Landes und Volkes mit den andern deutſchen Stämmen und Staaten bewußt bleiben und einen engen Bund mit dieſen ſuchen, um die Kräfte des Großherzogthums nicht nur dieſem ſelbſt, ſondern dem ganzen deutſchen Vaterlande, der

ganzen deutſchen Nation widmen zu können. Es ſtehen, wenn wir von einer Anlehnung ans Ausland abſehen, zwei Wege einer Anlehnung an deutſche Staaten und der Eingehung eines Bundes mit ſolchen Staaten offen. Die Verträge von Nikolsburg und Prag weiſen uns auf die Bildung eines ſüddeutſchen Bundes mit den andern dieſſeits der Mainlinie gelegenen deutſchen Mittelſtaaten hin. Es verſteht ſich, daß jene Verträge uns nur das Recht einer ſolchen Verbindung wahren, daß ſie keine Verpflichtung zu deren Eingehen ſtellen. Es iſt ſchon vorgekommen, daß man Staaten, welche einen Staatenbund, oder mit Aufgeben eines Theils ihrer Souveränetätsrechte einen Bundesſtaat eingegangen waren, wider ihren Willen in ſolchem Bunde feſtgehalten hat, und man könnte uns, gälte es den deutſchen Bund aufrecht zu erhalten, und wären wir einſeitig ausgetreten, um einen ſüddeutſchen Sonderbund zu gründen, nach Analogie des Schweizer Sonderbundes und des nordamerikaniſchen Krieges gegen die Südſtaaten, zum Verbleiben im deutſchen Bunde zu zwingen verſuchen. Aber der Verſuch wäre neu und ohne Beiſpiel in der Geſchichte, einen ſouveränen Staat zur Eingehung eines Bundes nöthigen zu wollen, der zuvor nicht beſtanden hat und jetzt nicht beſteht. Es ſind nun etwa 3 Monate her, daß die Idee dieſes Südbundes das Licht der Welt erblickt hat; es ſind wohl ſeither gelegentliche Anfragen über den Stand der Sache und über unſere Abſichten geſtellt worden, aber es iſt niemanden eingefallen, uns an eine etwaige Verpflichtung zur Eingehung eines Südbundes zu mahnen. Zur Eingehung eines ſolchen Bundes ſcheint mir nun, von unſerem Standpunkt aus betrachtet, weder in dem Wunſch oder Intereſſe der Mächte, welche bei Abſchluß der Nikolsburger Präliminarien und des Prager Friedensvertrags mitgewirkt haben (ſo ſehr wir auch die Rathſchläge achten und in Erwägung ziehen mögen), noch in einem fortwirkenden Zorn gegen Preußen, noch in einer Antipathie gegen Norddeutſchland und das norddeutſche Weſen, wie man ſie zuweilen bei Leuten findet, die noch

nicht aus dem ſchwäbiſchen Kreis hinausgekommen ſind, ein hinreichender Anlaß zu ſeyn. Man wird uns vielmehr, wenn man uns zur Eingehung eines Südbundes auffordert, irgend ein Bedürfniß, irgend ein Intereſſe nachweiſen müſſen, welches durch ſolchen Bund befriedigt oder gefördert werden ſoll. Man denkt bei Erwägung ſolcher Intereſſen zunächſt an Intereſſen des Handels und Verkehrs. Hätten wir keine gemeinſchaftliche Handelsgeſetzgebung, ſtünde der Zollverein in Gefahr, ſo müßten wir beides nicht nur in Gemeinſchaft mit den ſüddeutſchen Staaten, ſondern hauptſächlich mit dem größern und ſtärkern Complex der norddeutſchen Staaten, insbeſondere mit Preußen zu Stande zu bringen ſuchen. Daſſelbe iſt der Fall bezüglich der Herſtellung der Einheit im Münz-, Maß- und Gewichtsſyſtem, des Patentweſens, des Schutzes des geiſtigen Eigenthums, bezüglich der Fragen des Poſt-, Eiſenbahn- und Telegraphenverkehrs. Wir wollen beſſern Schutz des Handels im Ausland, der deutſchen Schifffahrt und Flaggen; wir haben von einer deutſchen Flotte geträumt und gedichtet; ich ſehe in ganz Süddeutſchland kein ſeetüchtiges Schiff und keinen Matroſen. Eines Aufgebens unſerer Particulargeſetzgebung auf den Gebieten des Civil- und Strafrechts, des Prozeſſes lohnt es ſich nur im Austauſch gegen eine allgemein deutſche, nicht gegen eine ſüddeutſche Geſetzgebung. In Norddeutſchland und nicht im Süden, der theilweiſe gegen den Norden noch weit zurück und erſt in der Organiſation begriffen iſt, haben wir die Muſter für unſere neue Geſetzgebung geholt. Wollen wir auf einem dieſer Gebiete gemeinſame Einrichtungen, gemeinſames Recht herſtellen, ſo erreichen wir unſer Ziel leichter und ſicherer, wenn wir uns unmittelbar und ungehindert an Preußen und den norddeutſchen Bund wenden und anſchließen können, als wenn wir erſt die Mehrheit des Südbundes für unſere Anſchauungen gewinnen und durch deſſen Organ mit dem norddeutſchen Bund verkehren müſſen. Der Herſtellung ſolcher gemeinſamen inneren Einrichtungen ſteht der Nikolsburger und Prager Vertrag ſelbſt nach der nachtheiligſten Aus-

legung nicht entgegen; wir können ſie ſuchen und gründen, auch wenn kein Südbund errichtet, auch wenn wir nicht in den norddeutſchen Bund aufgenommen werden. Was nun das Verhältniß nach außen betrifft, ſo ſoll der Südbund nach Wortlaut des Prager Friedens ‚eine internationale, unabhängige Exiſtenz' haben. Doch ſoll dem ſüddeutſchen Bund eine internationale Verbindung mit dem norddeutſchen freiſtehen. Eine ſolche Verbindung läßt ſich, wenn ſie irgend von Bedeutung und Werth ſeyn ſoll, nicht ohne Aufgeben eines Theils der Unabhängigkeit herſtellen, und beide Sätze ſcheinen ſich zu widerſprechen. Zur Wahrung und Vertheidigung der Unabhängigkeit des ſüddeutſchen Bundes und ſeiner Territorien würden vor allem Geld und Truppen nöthig ſeyn. Ich weiß nicht, ob der ſüddeutſche Bund auch nur das zum Ausbau und Unterhaltung der Feſtungen nöthige Geld aufzutreiben im Stande wäre. Allein der Ausbau der Feſtung Raſtatt erfordert die Summe von 7—8 Mill. Gulden. Aber das weiß ich ſicher, daß der ſüddeutſche Bund nicht genug Truppen hat, um ſeine Unabhängigkeit nach allen Seiten zu behaupten. Nur wenn wir unſere Feſtungen ganz entblößen und dem Feinde preisgeben, mögen wir eine Armee von 100—150,000 Mann ins Feld ſtellen können. Es früge ſich, ob dieſe jedem Angriff gewachſen wäre, ob man geſtützt auf dieſe Macht jeder gegen unſere oder gegen die deutſchen Intereſſen verſtoßenden Zumuthung widerſtreben und widerſtehen könnte. Aber dieſe Macht kann nur ins Feld geſtellt werden, wenn man die Feſtungen entblößt. Will man dieſe, wie natürlich, beſetzt und in Vertheidigungszuſtand erhalten, ſo wird nahezu die ganze Heeresmacht des ſüddeutſchen Bundes durch die Beſatzung der Feſtungen aufgezehrt. Das badiſche Kontingent von 16,000 Mann z. B. würde gerade ausreichen, die Kriegsbeſatzung für Raſtatt zu ſtellen, und es würde dem Vordringen des Feindes im Feld kaum ein ernſtlicher Widerſtand entgegengeſetzt werden können. Der ſüddeutſche Bund ſcheint mir daher, auch wenn er ſonſt unſeren Intereſſen entſpräche, die zur Friſtung

der ihm zugedachten internationalen unabhängigen Exiſtenz nöthige Macht nicht zu haben. Das ſind ſo vorläufig unſere Bedenken gegen die Gründung des ſüddeutſchen Bundes. Nichtsdeſtoweniger werden wir dieſe Frage, wenn ſie erſt an uns gebracht wird, einer reiflichen Erwägung unterziehen." ... „Sie kennen, meine Herren, die Hinderniſſe, welche zur Zeit des Abſchluſſes des Friedensvertrags dem ſofortigen Anſchluß an den norddeutſchen Bund entgegenſtanden. Dieſe Hinderniſſe beſtehen noch heute, und wir müſſen auch uns Zurückhaltung auferlegen, wollen wir nicht unnöthig und vorzeitig Gefahren heraufbeſchwören. Ich ſage unnöthigerweiſe, denn es wird eine Zeit kommen, in der, was jetzt mit Gefahr, nicht nur für uns, ſondern für das Ganze verbunden iſt, ſich durch den naturnothwendigen Gang der Dinge und Ereigniſſe von ſelbſt gibt. Wir müſſen dieſe Zeit abwarten, und ein Mittel, dieſe Zeit näher heranzurücken, liegt in der Hand der ſüddeutſchen Bevölkerungen. ... Die Zeit für dieſe Einigung des ganzen Deutſchlands wird, wenn nicht unerwartete Ereigniſſe uns zu einem frühern, raſchen Handeln drängen, dann gekommen ſeyn, wenn die ſüddeutſchen Bevölkerungen dunkle, unbegründete Antipathien abgelegt haben und zur klaren Erkenntniß ihres eigenen wahren Vortheils und der Grundbedingungen der künftigen Größe und Macht Deutſchlands gekommen ſeyn werden, wenn ſie dieſe Erkenntniß ausſprechen und danach handeln. Sie, meine Herren, ſind berufen, der Stimmung des badiſchen Volkes Ausdruck zu geben. Ich zweifle nicht, daß ſie nach dem großen Vorgang der Kammer der bayriſchen Abgeordneten ſich für einen thunlichſten Anſchluß an den norddeutſchen Bund ausſprechen werden. Machen Sie die im Commiſſionsbericht niedergelegten Wünſche zu den Ihrigen, ſo wird die großherzogliche Regierung nicht ſäumen, in jedem Moment alles zu thun, was zu deren Verwirklichung führen kann ... Für uns iſt der Anſchluß an Norddeutſchland eine Exiſtenzfrage; er iſt zudem der einzig mögliche Weg der Rettung der Einheit Deutſchlands. Preußen

und der norddeutſche Bund können ohne uns exiſtiren, ſind vielleicht ſogar in der Vertheidigungsſtellung ohne uns ſtärker als mit uns. Wenn wir unannehmbare Bedingungen ſtellen, wird man uns einfach abweiſen, oder wenn die Zeit danach angethan iſt, und wie mit einigen norddeutſchen Staaten geſchehen iſt, uns gegen unſern Willen dem Ganzen unterordnen.... Hätte man im Norden allgemeine freiheitsfeindliche Beſtrebungen, ſo war, als wir in Würzburg und Berlin erſchienen, um Waffenſtillſtand und Frieden zu erlangen, ſehr gute Gelegenheit und nahe Verſuchung, uns anzudeuten, daß unſere Verfaſſung, freiſinnige Geſetzgebung, conſtitutionelle Regierungsweiſe nichts tauge. Ich kann aber hier, unter der Controle der Oeffentlichkeit und zum Gehör der preußiſchen Staatsmänner, mit denen ich verkehrte, verſichern, daß, geſchweige eine Zumuthung, auch nicht die entfernteſte Andeutung in dieſer Richtung gefallen iſt. Weder in den bisherigen Verhandlungen, noch in den Vorgängen ſeit Gründung des norddeutſchen Bundes iſt irgend ein Anlaß zu einer Verwahrung gegeben, wie ſie von einer Seite verlangt wird."

Am folgenden Tage, 24. Oct., beſchloß die Kammer einſtimmig, die Verbindung mit dem Nordbund zur möglichen Wiederherſtellung Geſammtdeutſchlands zu erſtreben.

Man glaubte, Baden werde ſich bald der von Heſſen-Darmſtadt mit Preußen eingegangenen Militairconvention anſchließen. In Bayern und Württemberg vermißte man Eifer für die Reorganiſation des Heerweſens. Die particulariſtiſchen, demokratiſchen und ultramontanen Blätter kochten noch beſtändig Gift und ſuchten den Deutſchen mit jeder erdenklichen Sophiſtik auszureden, daß die Einheit Deutſchlands etwas beſſeres ſey, als der alte Bundestag, die Vielſtaaterei oder der Rheinbund. Die Deutſchgeſinnten ihrerſeits klagten, daß das Schutz- und Trutzbündniß zwar auf dem Papiere ſtehe, aber noch nicht realiſirt ſey.

Die Augsb. Allgem. Zeitung ſchrieb: „Die Auguſtverträge, dieſe

Quelle des Staatsrechts für die Preußen III. Claſſe, finden vom nationalen und vom freiheitlichen Standpunkt aus Gegner, weil ſie entweder als ein Zuviel oder ein Zuwenig erſcheinen."

„Zu wenig bieten ſie vom nationalen Standpunkt, weil ſie, ſo wie ſie ſind, weder für alle Fälle einer Gefahr von Weſt oder von Oſt das Zuſammengehen ſüddeutſcher Regierungen mit dem Nordbund noch die Vertheidigung der gegen Frankreich und Oeſterreich gleich ſehr exponirten ſüddeutſchen Staaten durch den Nordbund ſichern. Beſteht nicht etwa ein zweiter noch geheimerer Vertrag, welcher nach abermals acht Monaten den Süddeutſchen eines ſchönen Morgens zum Verdauen vorgelegt wird, und beſtimmt nicht ein ſolcher Vertrag, daß Preußen nach Raſtatt, Ludwigsburg, Ulm Beſatzungen zu legen, den Schwarzwald zu befeſtigen und die bayriſche Grenze von Hof bis Lindau durch entſprechende Vorkehrungen zu decken berechtigt und verpflichtet ſey, dann, ſagt man ſich, iſt der Auguſtvertrag ein Blatt Papier, welches durch die Kugel eines Chaſſepotgewehrs ein Loch bekommen kann, und uns Süddeutſchen bei allen Laſten aus dem Auguſtvertrag doch den Hauptzweck — Vertheidigung im Kriegsfall vor, nicht hinter der Mainlinie — nicht ſichert. Seit neun Monaten iſt faſt nichts geſchehen, um die ſüddeutſche Wehrkraft raſch zu heben, und Preußen zu ermuntern, den Südweſten vorkommenden Falls am Rhein und an den Alpen, ſtatt hinter dem Main zu vertheidigen. Darum, heißt es, iſt der Auguſtvertrag ein Zuwenig vom nationalen wie vom ſpezifiſch-ſüddeutſchen Standpunkt, und von Männern, welche das Vordringen der preußiſchen Vaſallenſchaft in jeder Form bis auf daß Aeußerſte bekämpft haben, kann man ſagen hören: Nun, da uns die Regierung die preußiſche Heerfolge bringen will, ſoll dieſe auch eine Realität werden, gebe man dem Nordbunde das Beſatzungsrecht in Raſtatt, Bruchſal, Ludwigsburg, Ulm, damit für alle Fälle Preußen auf uns und wir auf Preußen zählen können; denn außerdem kann uns durch vis major, nicht blos durch Zettelungen vielge-

wandter Miniſter, der Rheinbund wieder über den Hals kommen, können wir die untreuen Brüder des Nordbundes, und kann dieſer unſer Stiefvater werden müſſen, ſobald die gemeinſame Vertheidigung praktiſch wird. Alles ziehen wir der Schmach vor, in der offen bleibenden Möglichkeit eines Rheinbundes nach Reſtaurationspolitik zu fiſchen."

„Zu wenig bieten die Auguſtverträge auch in freiheitlicher Beziehung. Sie reichen — hört man äußern — gerade hin, um uns die Schnüre des Staatsbeutels aus der Hand zu nehmen, und auf unſer conſtitutionelles Leben einen erdrückenden Alp zu legen, um patentirte Adelsfamilien beim Regierungsmonopol zu erhalten und einer verſumpften und impotenten Bureaukratie das Leben zu friſten; allein ſie entziehen uns jeden Einfluß im Rathe der Nation, und machen uns der Regierung und dem Parlament des Nordbundes gegenüber rechtlos. Dieſes Helotenthum in nationaler Beziehung würde ein Unrecht am Süden, eine Herabſetzung deſſelben, eine Verſtümmelung aller Organe ſeiner politiſchen Selbſtbeſtimmung ſeyn, und unſerem conſtitutionellen Leben einen viel ſchlimmern abſolutiſtiſchen Mühlſtein an den Hals hängen, als es durch das glücklich begrabene Bundesrecht jemals geſchehen iſt. Für unſere materiellen Intereſſen würden alle Garantien fehlen, der Zollverein bliebe am Faden der Halbjahrskündigung hängen, Poſt-, Telegraphen-, Eiſenbahn-, Geld-, Maß- und Gewichtsweſen, einheitliche Gerichtspraxis für Handels- und Wechſelrecht ꝛc. würden auch fortan einem ſchwerfälligen Vertragsapparat unterliegen, wobei der Süden doch nur einfach anzunehmen hätte, was der Norden zu bieten beliebt."

„Wir bezweifeln deshalb, ob die ſüddeutſchen Kammern, wenn ſie die Auguſtverträge annehmen, dies thun werden und thun dürfen, ohne uns die Rechte von Preußen höherer Claſſe in demſelben Augenblick zu verſchaffen, da die militäriſchen Laſten derſelben definitiv auf das ſüddeutſche Volk übergewälzt werden. Dann müſſen

reelle Garantien geſchaffen werden, daß Preußen unſer Gebiet jederzeit wie ſein eigenes vertheidigen wolle und könne, daß kein Rheinbundsverſucher Erfolg habe, daß wir nicht Heloten ſeyen, daß unſerem Wohlſtand nicht die Schlinge der halbjährigen Zollvereinskündigung als politiſcher Drücker um den Hals gelegt bleibe. Und hiezu gehört einerſeits ehrliche Bundesgenoſſenſchaft von Seiten des Südens mit allen Conſequenzen, andererſeits Einräumung der factiſchen wie formellen Gleichberechtigung der Süddeutſchen im neuen deutſchen Reich. Die Auguſtverträge dagegen bilden ein juste milieu, welches auf die Dauer niemanden befriedigen kann; weder das ſüddeutſche Volk, weil es ihm das conſtitutionelle Leben und die Finanzen verkümmert, um ihm blos Laſten aufzulegen, ihm ein fremdes Zwinguri aufzubauen und es ohne geſicherten Schutz der Gefahr des allgemeinen Kriegsſchauplatzes auszuſetzen — noch die norddeutſchen Bevölkerungen, weil nur ein feſt angeketteter Süden ein Verlaß iſt, eine wechſelſeitig erleichternde Militärlaſt an Stelle allgemeiner Erhöhung geſtattet, und weil die Süddeutſchen mit ihrem beweglicheren, leidenſchaftlicheren und ſtürmiſcheren Weſen ein wohlthätiges Ferment im Rathe der Nation bilden ſollen — noch die norddeutſche Bundesgewalt, da aus den Bundesgenoſſen vom Auguſt ohne weitere Bande auch wieder Feinde, Feinde von verſtärkter Wehrkraft, in der Mitte zwiſchen Frankreich und Oeſterreich werden können — noch die ſüddeutſchen Regierungen, da ſie in großer Gefahr bleiben, entweder von Preußen oder von Oeſterreich und Frankreich vergewaltigt zu werden, und entweder in Mediatiſirung oder durch erzwungenen Abfall von der Nation, zu Grunde zu gehen.“

In dieſem Sinne äußerten ſich viele ſüddeutſche Blätter, wie auch die Kammern von Bayern, Baden und Darmſtadt und viele Vereine und Redner in Volksverſammlungen. Es fehlte jedoch auch nicht an einem großen Phlegma, welches ſich jenen Wahrheiten verſchloß, und an Agitationen theils des Particularismus, theils der

Demokratie, theils des Ultramontanismus, in denen man ſehr deutlich Wiener und Pariſer Impulſe durchfühlte. Die deutſche Nation hatte ſich zu lange nicht ins Geſicht geſehen, es war zu vielen Leuten niemals eingefallen, daß ſie Deutſche ſeyen; irgend ein kleinſtaatliches, Partei- oder Privatintereſſe hatte ſie ganz eingenommen und das große Nationalintereſſe hatten ſie zu ſehr darüber vergeſſen, als daß man ihnen hätte zumuthen dürfen, ſich ſchnell in dem ihnen geöffneten größern Horizont zu orientiren. Wenn die verlaſſene Ariadne der deutſche Michel geweſen wäre, würde ſie den rettenden Gott, der ſie weckte, dumm angeglotzt und womöglich mit plumper Fauſt ins Geſicht geſchlagen haben. Das iſt der Fluch der langen Vernachläſſigung unſerer großen Nationalintereſſen. Man war zu lange verwöhnt und der Deutſche denkt überhaupt zu langſam, um ſich mit kluger Beſonnenheit ſchnell in eine neue Lage zu finden.

Durch die große Entſcheidung in Böhmen war allerdings ſchon im Sommer 1866 für Süddeutſchland ein Wendepunkt eingetreten, wie ihn ihm die Weltgeſchichte ſeit Jahrhunderten nicht geboten hat. Nie war die Gelegenheit günſtiger, die lang erſehnte Einheit Deutſchlands raſch zu verwirklichen. Nie waren die ſüddeutſchen Mittelſtaaten und Bevölkerungen in der Lage, eine wichtigere, einflußreichere Entſcheidung abzugeben. Die Verhältniſſe hatten ſich ſo geſtaltet, daß ſie trotz ihrer verhältnißmäßigen Schwäche mitten unter den Großſtaaten, doch ein ſchweres Gewicht in die Wagſchale legen konnten, auf welcher die Zukunft der geſammten deutſchen Nation gewogen wurde. Ein nicht zu verkennendes wohlwollendes Verhängniß machte ſie, welche zu ſchwach geweſen waren, die ärmliche Triasidee des Herrn von der Pfordten zu verwirklichen, jetzt auf einmal ſtark genug, etwas viel Beſſeres, viel Größeres zu verwirklichen, nämlich die Einheit Deutſchlands.

Niemand zweifelte daran und es iſt auch oft ausgeſprochen worden, vor allem vom Fürſten von Hohenlohe, daß ein aufrichtiger An-

ſchluß des ſüdlichen an das nördliche Deutſchland beide ſo ſtark machen würde, daß ſie von außen keine Kriegsgefahr mehr würden zu beſorgen haben, daß ſie die Segnungen des Friedens und die bisherigen Vortheile des Zollvereins mit den neuen Vortheilen verbinden würden, die ihnen der Neu- und Ausbau des deutſchen Bundes zu gewähren verſpricht.

Die ſüddeutſchen Regierungen hatten ſchon im Auguſt 1866 dem norddeutſchen Bunde ſich auf halbem Wege genähert. Dies war nicht nur nöthig, um einen raſchen Frieden zu erzielen und Gebietsabtretungen, die ihnen drohten, zu vermeiden, ſondern es war auch der beſonnene Eintritt in eine neue Politik, die ihre Zukunft ſichern ſollte. Nach den großen Territorialveränderungen in Norddeutſchland trat auch an die ſüddeutſchen Dynaſtien die Frage heran, ob ſie nicht beſſer thäten, wenn doch ein neues deutſches Reich erſtünde, in das natürliche frühere Verhältniß von erblichen Reichsfürſten zum Oberhaupte des Reichs zurückzutreten, oder ob ſie den Verſuch wagen ſollten, das Metternichſche Syſtem zum zweitenmal, wie im Jahr 1850, wieder herſtellen zu können, oder ob ſie den noch verwegenern Verſuch machen ſollten, den Rheinbund mit Frankreich zu erneuern. Was auch Herr von der Pfordten in der Mitte des Juli 1866 hin und her gedacht haben mag, gewiß iſt, daß er die beiden letztgenannten Wege nicht wählte, ſondern ſchon im folgenden Monat das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen abſchloß. Nach dem Vorgang Württembergs haben ſämmtliche ſüddeutſche Regierungen dieſen Weg der Vereinbarung mit Norddeutſchland eingeſchlagen und befinden ſie ſich ſomit auf der Höhe der Situation.

Es handelte ſich daher nur darum, denen entgegen zu treten, welche ſich dieſen deutſchen Regierungen noch fortwährend mit ihrem undeutſchen Rathe aufdrängten, und den ſüddeutſchen Bevölkerungen einzuprägen, ſich durch dieſelben Rathgeber nicht verführen zu laſſen, die in der Preſſe noch immer unermüdlich waren, zum Verrath an

Deutſchland aufzufordern, wovon wir oben ſchon einige Beiſpiele angeführt haben. Die ſüddeutſche Preſſe plaidirte gegen den Anſchluß an den norddeutſchen Bund hauptſächlich im particulariſtiſchen Sinne, ſtellte ſich auf den Rechtsboden des früheren deutſchen Bundes und nannte die Vertreibung einiger norddeutſchen Dynaſtien eine widerrechtliche Gewaltthat. Hieß das nun ſo viel, als die Wiederherſtellung des alten Bundes fordern, ſo vergaß man doch, daß es eine Unmöglichkeit geworden war, zu demſelben zurückzukehren. Denn geſetzt auch, der norddeutſche Bund, wie er heute ſammt dem Schutz- und Trutzbündniß mit Süddeutſchland beſteht, wäre in Folge eines neuen großen Krieges wieder auseinander geriſſen und Preußen durch Niederlagen außer Stand geſetzt, ferner die Geſchicke Deutſchlands in der Hand zu behalten, würde doch der alte Bund nicht mehr in ſeinem alten Beſtande zurückkehren. Die Mittelſtaaten würden willenlos der Machtſphäre Oeſterreichs und Frankreichs anheimfallen.

Wer irgend ſeit mehr als dreißig Jahren die großen Vortheile des Zollvereins kennen gelernt und genoſſen hatte — und hat nicht ganz Süddeutſchland ſie genoſſen? — würde wohl ſehr erſtaunt und erſchrocken ſeyn, wenn er ſich plötzlich im Netz der Wiener Finanzwirthſchaft eingefangen ſähe. Wer die Zuſtände ſämmtlicher Provinzen Oeſterreichs in dieſer Beziehung kennt, wird vollkommen überzeugt ſeyn, daß ein kleiner Mehraufwand, den die Genoſſen des norddeutſchen Bundes für das Militärweſen zu beſtreiten haben, ein kaum nennenswerthes Opfer iſt im Vergleich mit den Opfern, die ein Finanzſyſtem, wie das öſterreichiſche, neuen Bundesgenoſſen unfehlbar zumuthen würde. Aber wichtiger noch iſt Folgendes. Die ganze Art und Weiſe, wie von der Wiener Burg aus den widerſpenſtigen Nationalitäten in den verſchiedenen Kronländern nachgegeben und mit dem Liberalismus Komödie geſpielt wurde, war im höchſten Grade unnatürlich und nur ein Nothbehelf. Die öſterreichiſche Monarchie war nie etwas anderes als Autokratie und muß, wenn ſie das aufhört

zu ſeyn, zerbröckeln. Nur mit eiſerner Gewalt vermag ſie die heterogenen Elemente in ihrem Innern zu bezwingen und ſich dienſtbar zu machen, und zu dieſer Politik wird ſie jederzeit naturgemäß zurückgreifen, ſobald ſie kann. Sie that es bald nach der Thronbeſteigung des gegenwärtigen Kaiſers und machte mit eiſerner Gewalt den Thorheiten von 1848 ein Ende. Sie war im Begriff, das abſolutiſtiſche Syſtem im Jahr 1859 zu verſtärken und zu erweitern, wenn das Glück der Waffen in Italien ſie nicht verlaſſen hätte. Wenn es ihr je gelänge, die Schlacht von Königgrätz zu rächen und mit fremder Hülfe Preußen aus der Reihe der Großſtaaten wegzuſtreichen, ſo würde mit der militäriſchen Energie auch der politiſche Abſolutismus und in deſſen Sclavendienſt auch der ſ. g. Ultramontanismus dermaßen überhand nehmen, daß die Bevölkerungen in den ſüddeutſchen Mittelſtaaten, beſonders der liberale und proteſtantiſche Theil derſelben, unter der öſterreichiſchen Preſſion in eine Verzweiflung kommen würden, die ſie ſich nie geträumt hätten. Die vielen Schwärmer für das Parlament und überhaupt für liberale Bürgſchaften würden dann Erfahrungen machen, die ſie lieber nicht gemacht hätten. Das Feſtland von Europa würde dem Imperialismus von Paris, Wien und St. Petersburg gänzlich verfallen.

Es wäre kaum daran zu denken, daß Oeſterreich noch einmal in Deutſchland Meiſter werden könnte, außer mit der Hülfe Frankreichs. Daraus würde aber zweierlei folgen, einmal würde die berüchtigte Compenſation im vollſten Maaße von Oeſterreich geleiſtet, das ganze linke Rheinufer würde an Frankreich abgetreten werden müſſen; zweitens würden die ſüddeutſchen Mittelſtaaten in die bedenklichſte aller Alternativen verſetzt werden, entweder die Vaſallen Oeſterreichs oder die Vaſallen Frankreichs werden zu müſſen. Bei der Gefahr, das Danaidenfaß der öſterreichiſchen Finanzen mit dem durch langen Fleiß erworbenen Wohlſtand füllen zu ſollen; bei der uralten Furcht der Bayern, von Oeſterreich annectirt zu werden, bei dem Wider-

willen der ſüddeutſchen Proteſtanten, ſich dem Concordat, das ihnen das ſiegreiche Oeſterreich wiederbringen und als härteſtes Joch aufladen würde, zu unterwerfen, kann kein Zweifel obwalten, daß man auf dieſer Seite den Rheinbund bei weitem vorziehen und bei Frankreich Schutz vor Oeſterreich ſuchen würde. Aber auch dann würde man ſchmerzlich bedauern, nicht rechtzeitig die Bruderhand der Norddeutſchen angenommen zu haben. Denn was würde Süddeutſchland bei einem neuen Rheinbund gewinnen? Gibt es Bayern, die vergeſſen hätten, wie Montgelas ihren Glauben, ihre alte Sitte, ihr altes Recht verhöhnte, wie er ihre Beutel durch die Juden fegen und wie er ihr Blut in Strömen für den fremden Tyrannen vergießen ließ? Gibt es Württemberger, die vergeſſen hätten, mit welchen Beſchwerden die Vertreter des Volks im Jahr 1815 vor die Krone hintraten? Iſt ihnen die berühmte Denkſchrift des Calwer Zahn nicht mehr erinnerlich? Und haben ſüddeutſche Katholiken vergeſſen, wie der verewigte Görres in ſeinem Rheiniſchen Merkur die fluchwürdige Rheinbundzeit und die Schergen der damaligen napoleoniſchen Tyrannei mit dem Flammenſchwert der Wahrheit und Gerechtigkeit peitſchte? Der feurigſte Katholik ſeiner Zeit, war er zugleich der größte deutſche Patriot, weshalb ihn Napoleon auch die fünfte Macht in Europa nannte. Und von ſolcher Geiſtesgröße ſollte unter den ſüddeutſchen Katholiken keine Ahnung mehr ſeyn?

Der Abfall von Norddeutſchland würde Süddeutſchland unfehlbar von undeutſcher Herrſchaft abhängig machen, von der ungariſch-ſlaviſchen in Oeſterreich oder von der franzöſiſchen, am wahrſcheinlichſten von beiden. Ihre Deutſchheit kann lediglich von Norddeutſchland aus geſchützt werden. Dort allein lebt deutſcher Sinn und iſt man ſtolz auf deutſches Weſen. Wo ſind alle die großen Denker und Dichter des Schwabenlandes ſo bekannt und verehrt, als in Norddeutſchland? Welche Achtung und Liebe kommt dort allen Süddeutſchen entgegen? Nationale, Geiſtes- und materielle

Intereſſen verbinden ſie gleichermaßen als von Natur zuſammengehörige deutſche Brüder. Und es ſoll noch Süddeutſche geben, die lieber franzöſiſch werden wollen? Schwaben hat Deutſchland ſeine größten Kaiſer gegeben, die Hohenſtaufen. Aus Schwaben oder dem Herzogthum Alemannien ſtammen heute noch Deutſchlands erſte Dynaſtien, die Zollern, die Habsburger, die Welfen. Schwaben gab Deutſchland die erſten Dichter, ſchon zur Zeit der Minneſänger und wieder in der neuern Zeit. Schwaben trugen des Reichs Sturmfahne voran. Sind einmal erſt wieder Süd- und Norddeutſchland verbunden, ſo wird auch den Schwaben die einflußreichſte Stellung im neuen Bunde nicht fehlen, eine Stellung ſo ehrenvoll und vortheilhaft, wie ſie ihnen keine Verbindung mit Slaven oder Franzoſen jemals bieten kann.

Einundzwanzigstes Buch.

Der norddeutsche Bund und Reichstag.

Der Bundesreformvorschlag, den Preußen am 10. Juni 1866 gemacht hatte, bildete die Grundlage der von den verbündeten Regierungen berathenen norddeutschen Bundesverfassung.

Die Einladung zum Norddeutschen Bunde, welche Preußen am 16. Juni an die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Weimar, Coburg-Gotha, Altenburg, Braunschweig, Anhalt, Waldeck, beide Schwarzburg, beide Lippe, Reuß jüngere Linie, Lübeck, Bremen und Hamburg hatte ergehen lassen, beantragte 1) ein Schutz- und Trutzbündniß zur gemeinschaftlichen Vertheidigung ihres Besitzstandes. 2) Ein aus sämmtlichen Bundesstaaten zu berufendes Parlament nach dem Reichswahlgesetz vom 12. April 1849. 3) Die Unterstellung sämmtlicher Bundestruppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen. Die Einladung war auch an Meiningen und Reuß ältere Linie ergangen, diese allein weigerten sich. Die übrigen Genannten

alle nahmen den am 4. Auguſt von Preußen neu vorgelegten Bundesvertrag an, eventuell auf ein Jahr. Nachträglich ſchloßen ſich auch noch Meiningen, deſſen Herzog Bernhard Erich Freund zu Gunſten ſeines Sohnes Georg abdankte, und Reuß ältere Linie an.

Es wurde im Herbſt viel unterhandelt, denn obgleich die eingeladenen Regierungen ſich durch die Umſtände genöthigt ſahen, der Einladung zu folgen und die verlangten Opfer zu bringen, ſo kam es doch dem König von Preußen nicht darauf an, ihnen Gewalt anzuthun, ſondern er hoffte ſie durch Güte und Nachgiebigkeit in allen nicht weſentlich nothwendigen Punkten zu freiwilliger und ehrlicher Anerkennung der ihn leitenden Idee, der Wiederherſtellung eines einigen deutſchen Reichs zu bewegen, wozu ihm auch wirklich ſchon mehrere Regierungen die Hand geboten hatten. Es kam darauf an, aus den alten Bundeszuſtänden ſanft und gelinde in die neuen hinüberzuführen und die Betheiligten zu überzeugen, daß Preußen ſich Deutſchland hingebe, eine große national deutſche Politik befolge. Auch hierbei wieder bereitete ihm das Berliner Abgeordnetenhaus Schwierigkeiten, denn die Fortſchrittspartei bildete ſich ein, ſie werde im norddeutſchen Parlamente die Stärke wieder gewinnen, die ihr ſeit der Schlacht von Königgrätz abgängig geworden war. Sie wollte das Berliner Abgeordnetenhaus nicht dem norddeutſchen Parlament unterordnen, ſondern in daſſelbe hinüberſpielen, um dem Miniſterium Bismarck in ihrem alten Fanatismus zu opponiren. Die ſchwächern Bundesregierungen beſorgten nun, unter dem Druck des norddeutſchen Parlaments noch mehr verlieren zu können, und ſuchten daher ängſtlich, ſich im voraus durch die neue Bundesverfaſſung zu ſchützen. Auf der andern Seite hatte die preußiſche Regierung auch nicht im Sinn, illiberal zu verfahren, ſondern hoffte, durch weiſe Mäßigung im Siege wenigſtens einen Theil der Fortſchrittsleute eben ſo zu verſöhnen und an ſich zu ziehen, wie die allzu beſorgten Bundesregierungen. Auch nahm ſie die geeignete Rückſicht auf die Staaten

des ſüdlichen Deutſchland, um auch ihnen die Verſöhnung zu erleichtern.

Mit Recht hatte Graf Bismarck dem norddeutſchen Parlament eine größere Macht und Bedeutung zuerkannt, als dem preußiſchen Landtag, und konnte auch im Intereſſe des Bundes ſelbſt nicht wohl anders handeln, als indem er den Normaletat auf einige Jahre feſtſtellte, insbeſondere wegen der Heeresorganiſation, die den Zufällen jährlicher Wiederabſtimmungen nicht ausgeſetzt werden durfte. Dieſe höchſt vernünftige und nothwendige Maßregel legte ihm die Fortſchrittspartei im Berliner Abgeordnetenhauſe ſchon wieder ſo aus, als wolle er mittelſt der Bundesverfaſſung und des Bundesparlaments die wichtigſten Volksrechte, welche die preußiſche Verfaſſung garantire und das Abgeordnetenhaus zu hüten habe, escamotiren. So die gehäſſigen Artikel der Berliner Nationalzeitung.

Mißfallen erregte auch eine Erklärung des Grafen Bismarck im Herrenhauſe in den erſten Tagen des Februar 1867, worin er ankündigte, die Preſſe werde für ihre Mittheilungen über die Parlamentsverhandlungen des norddeutſchen Bundes verantwortlich gemacht werden, um diejenigen Bundesregierungen zu beruhigen, welche durch die in den Wahlreden vielfach ausgeſprochenen Anſichten von der Beſorgniß ergriffen werden konnten, daß Preußen einem Andringen auf Erweiterung der Prärogative, die der Verfaſſungsentwurf ihm beilegt, nicht Widerſtand zu leiſten vermöge. Auch in dieſer Rückſicht der preußiſchen Regierung für ihre neuen Verbündeten wollte die Fortſchrittspartei wieder nur Reaction erblicken. Was immer die preußiſche Regierung durch Aufrechterhaltung der Verfaſſung, durch das Indemnitätsgeſuch, durch Mäßigung des Herrenhauſes ꝛc. der Volksvertretung conſtitutionelle Bürgſchaften gegeben hatte, die Schreier wurden nicht müde, ihr Reaction zuzutrauen und ſchienen nichts ſehnlicher zu wünſchen, als daß die immer von ihnen verheißene und doch nie verwirklichte Reaction doch endlich kommen möchte. Gewiß

die unwürdigſte Art, gegenüber einer wohlwollenden und tüchtigen Regierung in einem Augenblicke zu verfahren, in dem es galt, das mit Tapferkeit Errungene mit Klugheit und Großmuth zu behaupten und in den neuen Landestheilen Vertrauen zu erwecken. Die Taktik der Oppoſition blieb nach wie vor jedes politiſchen Verſtandes und Patriotismus baar.

Am 15. Dezember verſammelten ſich die Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutſchen Bundes in Berlin zu Berathungen, welche Graf Bismarck eröffnete. Seine Rede bezeichnete klar das Ziel, nach welchem die deutſche Nationalpolitik zu ſtreben habe. „Der frühere deutſche Bund erfüllte in zwei Richtungen die Zwecke nicht, für welche er geſchloſſen war; er gewährte ſeinen Mitgliedern die verſprochene Sicherheit nicht und er befreite die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutſchen Volks nicht von den Feſſeln, welche die hiſtoriſche Geſtaltung der innern Grenzen Deutſchlands ihr anlegte. Soll die neue Verfaſſung dieſe Mängel und die Gefahren, welche ſie mit ſich bringen, vermeiden, ſo iſt es nöthig, die verbündeten Staaten durch Herſtellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegsweſens und ihrer auswärtigen Politik feſter zuſammenzuſchließen und gemeinſame Organe der Geſetzgebung auf dem Gebiete der gemeinſamen Intereſſen der Nation zu ſchaffen. Dieſem allſeitig empfundenen und durch die Verträge vom 18. und 21. Auguſt bekundeten Bedürfniſſe hat die k. Regierung in dem vorliegenden Entwurfe abzuhelfen verſucht. Daß derſelbe den einzelnen Regierungen weſentliche Beſchränkungen ihrer particularen Unabhängigkeit zumuthet, iſt ſelbſtverſtändlich und bereits in den allgemeinen Grundzügen dieſes Jahres vorgeſehen. Die unbeſchränkte Selbſtändigkeit, zu welcher im Laufe der Geſchichte Deutſchlands die einzelnen Stämme und dynaſtiſchen Gebiete ihre Sonderſtellung entwickelt haben, bilden den weſentlichen Grund der politiſchen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirkſame Organe zur Her-

ſtellung einheitlicher Entſchließungen fehlten, und die gegenſeitige Abgeſchloſſenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinſamen Vaterlandes ausſchließlich ſeine localen Bedürfniſſe ohne Rückſicht für die des Nachbars im Auge behält, bildete ein wirkſames Hinderniß der Pflege derjenigen Intereſſen, welche nur in größern nationalen Kreiſen ihre legislative Förderung finden können. — Nichtsdeſtoweniger verkennt die k. Regierung nicht, daß die Durchführung der weſentlichen Aenderungen gewohnter Zuſtände, welche von den beabſichtigten Reformen unzertrennlich ſind, für die einzelnen Regierungen eine ſchwierige Aufgabe bilden und daß die Opfer, welche mit der Herſtellung gleicher Pflichten und Rechte aller Theile der Bevölkerung des gemeinſamen Vaterlandes verbunden ſind, überall da ſchwer werden empfunden werden, wo die bisherige Ungleichheit der Leiſtungen locale Privilegien zum Nachtheile der Geſammtheit mit ſich brachten. Die k. Regierung zweifelt aber nicht, daß der einmüthige Wille der verbündeten Fürſten und freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutſchen Volkes, ſeine Sicherheit, ſeine Wohlfahrt, ſeine Machtſtellung unter den europäiſchen Nationen durch gemeinſame Inſtitutionen dauernd verbürgt zu ſehen, alle entgegen ſtehenden Hinderniſſe überwinden werde."

Es war keine geringe Aufgabe, die Einigung mit ſo vielen kleinen Staaten, die man ſchonen wollte, zu Stande zu bringen. Indeß gelang es der Klugheit und dem Wohlwollen der preußiſchen Regierung, der Macht der Thatſachen, der richtigen Einſicht der ſchwächern Regierungen, daß ſie Opfer bringen müßten, und nicht ſelten auch einem wahren Patriotismus. In letzterer Beziehung zeichneten ſich die ſächſiſchen und darmſtädtiſchen Bevollmächtigten aus. Die Protocolle der Conferenzen ſind nicht veröffentlicht, nur das Protocoll der Schlußconferenz wurde dem Reichstag vorgelegt. Daraus geht nun hervor: bei den Verhandlungen hatten Meiningen, Coburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolſtadt, Reuß jüngere und ältere Linie und Lippe

Bedenken über die Höhe der ihnen zugemutheten Militärleiſtungen geäußert, Hamburg, Lübeck und Bremen hatten ſich gegen die Nachtheile verwahrt, welche die ſofortige Einführung einer Bundesflagge für ihren Handel haben würde, Oldenburg hatte ein Oberhaus, Beſchränkung der Competenz des Bundesrathes, ein Bundesminiſterium, ein Bundesgericht und einen Militäretat an Stelle des Pauſchquantums beantragt, Mecklenburg hatte Vorbehalte wegen des Zollvereins gemacht, Braunſchweig das Dislocationsrecht der Bundesfeldherrn beſchränkt haben wollen. Endlich hatten ſich die Regierungen noch ihre letzte Entſcheidung vorbehalten, bis der Reichstag den Entwurf begutachtet und amendirt haben würde. Es war daher ſehr begreiflich, daß Graf Bismarck ſpäter bei den Verhandlungen am Reichstag wiederholt darauf aufmerkſam machen mußte, wie nothwendig und unerläßlich es ſey, den Entwurf nicht in einer Weiſe umzuändern, der die verbündeten Regierungen berechtigen würde, ſchließlich ihre Zuſtimmung zu dem ganzen Verfaſſungswerke zu verſagen.

Nach langen und ſehr umſtändlichen Verhandlungen einigten ſich die Bevollmächtigten im Februar 1867 über den Entwurf einer Verfaſſung des norddeutſchen Bundes, wie er, nachdem ſämmtliche Regierungen ihm zugeſtimmt hatten, dem erſten norddeutſchen Parlamente vorgelegt werden ſollte. Darin waren folgende Hauptpunkte feſtgeſtellt: Gemeinſames Indigenat für den ganzen Umfang des Bundesgebiets, jeder Angehörige eines Bundesſtaates ſoll in allen andern die Rechte des Inländers genießen, ſich niederlaſſen, Grundſtücke erwerben, Gewerbe treiben dürfen, vor Gericht dem Inländer gleich ſtehen ꝛc. — Die Bundesgeſetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrath und den Reichstag. Erſterer beſteht aus den Vertretern der Bundesregierungen mit zuſammen 34 Stimmen, wovon der preußiſchen Regierung 17, der ſächſiſchen 4, denen von Mecklenburg-Schwerin und Braunſchweig je 2, den übrigen je eine zukommt. Der Bundesrath bildet ſieben dauernde Ausſchüſſe für Kriegsweſen, Seeweſen, Zoll- und Steuer-

wesen, Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, für Justizwesen, für Rechnungswesen. Die Mitglieder der ersten beiden Ausschüsse werden vom Bundesfeldherrn ernannt, die der übrigen vom Bundesrath gewählt. Jedes Mitglied des Bundesraths hat das Recht, im Reichstag zu erscheinen und darin gehört zu werden, kann aber nicht zugleich Mitglied des Reichstags seyn. Das Präsidium des Bundes steht der Krone Preußen zu, welche den Bund völkerrechtlich vertritt, im Namen des Bundes Krieg führt und Frieden oder Verträge schließt, Gesandte beglaubigt und empfängt. Das Präsidium ernennt den Bundeskanzler, der im Bundesrath den Vorsitz führt, beruft und entläßt den Bundesrath. Der letztere muß aber jedesmal berufen werden, sobald ein Drittel der Stimmen es verlangt. Das Präsidium verkündet die Bundesgesetze und überwacht deren Vollziehung. Es ernennt und entläßt die Bundesbeamten. Wegen Nichterfüllung verfassungsmäßiger Bundespflicht verfügt der Bundesrath Exekution. Nur wenn Gefahr im Verzuge ist, darf sie der Bundesfeldherr sogleich anordnen.

Der Reichstag (Parlament) geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, bis ein neues Reichswahlgesetz verabschiedet ist. Beamte im Dienst eines Bundesstaats sind nicht wählbar. Die Wahl ist für drei Jahre gültig. Zur Auflösung des Reichstags innerhalb dieser Periode ist ein Beschluß des Bundesraths unter Zustimmung des Präsidiums erforderlich. Die Reichstagsabgeordneten bekommen keine Diäten, sind an keine Instructionen von Seiten der Wähler gebunden und können wegen ihrer Aeußerungen im Reichstag niemals zur Verantwortung gezogen werden.

Der Bund bildet ein geschlossenes Zoll- und Handelsgebiet, nur die drei Hansestädte bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen. Der Bund ausschließlich hat die Gesetzgebung über das gesammte Zollwesen, über die Besteuerung des Verbrauchs von einheimischem Zucker, Brannt-

wein, Salz, Bier und Tabak. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchsſteuern bleibt jedem Bundesſtaate überlaſſen, unter Controle von Bundesbeamten. Der Ertrag der bezeichneten Zölle und Steuern fließt in die Bundeskaſſe nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskoſten. Der Bundesrath beſchließt über Handels- und Schifffahrtsverträge und über die innere Verwaltung, Verbeſſerung ꝛc. Der beſtehende Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 mit deutſchen Staaten, die ſich nicht im norddeutſchen Bunde befinden, bleibt in Kraft, ſoweit er nicht durch die Vorſchriften der gegenwärtigen Verfaſſung beſchränkt iſt und ſo lange der Bundesrath keine Aenderung zu beantragen für gut findet.

Im ganzen Bundesgebiet kommen die Eiſenbahnen unter eine gemeinſchaftliche Bundesverwaltung im Intereſſe des Verkehrs und der Landesvertheidigung und wird der gleiche Tarif eingeführt, der möglichſt ermäßigt werden ſoll, zumal für den Transport der nothwendigſten Bedürfniſſe des Ackerbaus und der Induſtrie, für größere Entfernungen und für Nothzeiten. Auch Poſt- und Telegraphenweſen kommen unter die einheitliche Bundesleitung. (Schon am 28. Januar 1867 entſchädigte Preußen den Fürſten von Thurn und Taxis und übernahm innerhalb des Bundesgebiets alle ſeine Poſten.)

Nicht nur die Kriegsmarine der Nord- und Oſtſee wird eine einheitliche unter preußiſchem Oberbefehl, ſondern auch die Kauffahrteiſchiffe aller Bundesſtaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine, führen die gleiche Flagge (ſchwarz, weiß, roth) und ſtehen unter der Oberleitung des Bundes, der auch die Abgaben feſtſtellen wird. Das geſammte norddeutſche Conſulatweſen ſteht unter der Aufſicht des Bundespräſidiums.

Das Kriegsweſen des geſammten Bundes wird auf den preußiſchen Fuß geſtellt. Allgemeine Wehrpflicht vom vollendeten zwanzigſten Lebensjahre an, Dienſtzeit ſieben Jahr in der Linie, fünf in der Landwehr. Die Friedenspräſenz iſt zu ein Prozent der Bevölkerung

gerechnet. Die preußiſche Militärgeſetzgebung mit Ausſchluß der Militärkirchenordnung wird im ganzen Bundesgebiet eingeführt. Die geſammte Landmacht des Bundes bildet ein einheitliches Heer mit fortlaufenden Regimentsnummern und gleicher Bekleidung. Nur äußere Abzeichen, Kokarden ꝛc. können die Bundescontingente unterſcheiden. Im Frieden wie im Kriege ſteht das Heer unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem der Fahneneid geleiſtet wird, der alle Höchſtcommandirenden und alle Feſtungscommandanten ernennt und ohne deſſen Zuſtimmung auch in den Bundescontingenten kein General ernannt werden darf. Er kann Offiziere aller Contingente des Bundesheeres verſetzen. Er kann innerhalb des Bundesgebiets Feſtungen anlegen, wo es ihm zweckmäßig ſcheint. Die Armeeverwaltung iſt Sache des Bundes und wird aus gemeinſchaftlicher Kaſſe beſtritten, in welche für jeden Soldaten jährlich 225 Thaler von dem betreffenden Bundesſtaat eingezahlt werden. Etwaige Erſparniſſe werden nicht zurückgegeben, ſondern verbleiben der Bundeskaſſe. Innerhalb jedes Bundesſtaats iſt jeder Fürſt Chef ſeines Bundescontingents. Der Bundesfeldherr kann, wenn die öffentliche Sicherheit im Bundesgebiete bedroht iſt, jeden Theil desſelben in Kriegszuſtand verſetzen.

Der Beſtreitung aller Ausgaben des Bundes dienen außer den ſchon erwähnten Einlagen für das Militär die Einnahmen von den Zöllen und Verkehrsanſtalten ſowie von den gemeinſamen Steuern. Ueber die Verwendung legt das Präſidium dem Bundesrath Rechnung ab. Jedes Unternehmen gegen den Bund wird beſtraft, wie ein Unternehmen gegen den einzelnen Bundesſtaat. Streitigkeiten zwiſchen Bundesgliedern, wenn ſie nicht von privatrechtlicher Natur ſind und mithin vor die Gerichte gehören, werden vom Bundesrath ausgeglichen.

Die Beziehungen des Bundes zu den ſüddeutſchen Staaten werden ſofort nach Feſtſtellung der Verfaſſung des norddeutſchen Bundes durch beſondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge geregelt werden.

Dieſer Verfaſſungsentwurf ſollte dem norddeutſchen Reichstage vorgelegt werden. Deſſen Mitglieder wurden nun in allen zum Bunde gehörigen Staaten nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt und zwar 296 Abgeordnete, darunter 193 aus den alten und 43 aus den neuen preußiſchen Provinzen, weitere 60 aus den übrigen Bundesſtaaten, unter denen Sachſen allein mit 23 Stimmen vertreten war, die beiden Mecklenburg zuſammen nur mit 6, die übrigen nur mit 3 oder noch weniger Stimmen. Die Fortſchrittspartei fiel diesmal bei den Wahlen in die Minderheit, dagegen lieferten Hannover und Sachſen viele Particulariſten. Der Reichstag wurde am 24. Februar 1867 im weißen Saale des königlichen Schloſſes zu Berlin von König Wilhelm mit folgender Rede eröffnet:

„Es iſt ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereigniſſe haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen ſich an denſelben. Daß es Mir vergönnt iſt, in Gemeinſchaft mit einer Verſammlung, wie ſie ſeit Jahrhunderten keinen deutſchen Fürſten umgeben hat, dieſen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke Ich der göttlichen Vorſehung, welche Deutſchland dem von ſeinem Volke erſehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder vorausſehen. Im Vertrauen auf dieſe Führung werden wir jenes Ziel um ſo früher erreichen, je klarer wir die Urſachen, welche Uns und Unſere Vorfahren von demſelben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geſchichte Deutſchlands erkennen.

Einſt mächtig, groß und geehrt, weil einig und von ſtarken Händen geleitet, ſank das deutſche Reich nicht ohne Mitſchuld von Haupt und Gliedern in Zerriſſenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europas, des Einfluſſes auf die eigenen Geſchicke beraubt, ward Deutſchland zur Wahlſtatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut ſeiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreiſe hergab. Niemals aber hat die Sehnſucht des deutſchen Volkes nach ſeinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geſchichte unſerer

Zeit iſt erfüllt von den Beſtrebungen, Deutſchland und dem deutſchen Volke die Größe ſeiner Vergangenheit wieder zu erringen.

Wenn dieſe Beſtrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn ſie die Zerriſſenheit, anſtatt ſie zu heilen, nur geſteigert haben, weil man ſich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatſachen täuſchen ließ, ſo erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutſchen Volkes an der Hand der Thatſachen zu ſuchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünſchenswerthen zu opfern.

In dieſem Sinne haben die verbündeten Regierungen, im Anſchluſſe an gewohnte frühere Verhältniſſe, ſich über eine Anzahl beſtimmter und begränzter, aber praktiſch bedeutſamer Einrichtungen verſtändigt, welche ebenſo im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit als des zweifelloſen Bedürfniſſes liegen. Der Ihnen vorzulegende Verfaſſungsentwurf muthet der Selbſtändigkeit der Einzelſtaaten zu Gunſten der Geſammtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich ſind, um den Frieden zu ſchützen, die Sicherheit des Bundesgebiets und die Entwicklung der Wohlfahrt ſeiner Bewohner zu gewährleiſten.

Meinen hohen Verbündeten habe Ich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher ſie den Bedürfniſſen des gemeinſamen Vaterlandes entgegen gekommen ſind. Ich ſpreche dieſen Dank in dem Bewußtſeyn aus, daß Ich zu derſelben Hingebung für das Geſammtwohl Deutſchlands auch dann bereit geweſen ſeyn würde, wenn die Vorſehung Mich nicht an die Spitze des mächtigſten und aus dieſem Grunde zur Leitung des Gemeinweſens berufenen Bundesſtaates geſtellt hätte. Als Erbe der preußiſchen Krone aber fühle Ich mich ſtark in dem Bewußtſeyn, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherſtellung und Erhöhung der deutſchen Macht und Ehre geworden ſind.

Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens und obſchon die

gewaltigen Ereigniſſe des letzten Jahres die Unentbehrlichkeit einer Neubildung der deutſchen Verfaſſung zu allſeitiger Ueberzeugung gebracht und die Gemüther für die Annahme derſelben empfänglicher gemacht hatten, als ſie früher waren und ſpäter vielleicht wiederum ſeyn würden, haben Wir doch in den Verhandlungen von Neuem die Schwere der Aufgabe empfunden, eine volle Uebereinſtimmung zwiſchen ſo vielen unabhängigen Regierungen zu erzielen, welche bei ihren Zugeſtändniſſen obenein die Stimmungen ihrer Landſtände zu beachten haben.

Je mehr Sie, Meine Herren, ſich dieſe Schwierigkeiten vergegenwärtigen, um ſo vorſichtiger werden Sie, davon bin Ich überzeugt, bei Prüfung des Verfaſſungs-Entwurfes die ſchwer wiegende Verantwortung für die Gefahren im Auge behalten, welche für die friedliche und geſetzmäßige Durchführung des begonnenen Werkes entſtehen könnten, wenn das für die jetzige Vorlage hergeſtellte Einverſtändniß der Regierungen über die vom Reichstage begehrten Aenderungen nicht wieder gewonnen würde.

Hier kommt es vor Allem darauf an, den günſtigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu verſäumen. Der vollendetere Ausbau deſſelben kann alsdann getroſt dem ferneren vereinten Wirken der deutſchen Fürſten und Volksſtämme überlaſſen bleiben.

Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutſchen Bundes zu unſeren Landsleuten im Süden des Main iſt durch die Friedensſchlüſſe des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgeſtellt. Zur Herbeiführung dieſes Einverſtändniſſes wird Unſere Hand den ſüddeutſchen Ländern offen und entgegenkommend dargereicht werden, ſo bald der Norddeutſche Bund in Feſtſtellung ſeiner Verfaſſung weit genug vorgeſchritten ſeyn wird, um zur Abſchließung von Verträgen befähigt zu ſeyn.

Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinſame Pflege der Volkswirthſchaft, die gemeinſame Verbürgung für die Sicherheit des deutſchen

Gebietes werden die Grundbedingungen der Verſtändigung bilden, welche vorausſichtlich von beiden Theilen angeſtrebt werden. Wie die Richtung des deutſchen Geiſtes im allgemeinen dem Frieden und ſeinen Arbeiten zugewandt iſt, ſo wird die Bundesgenoſſenſchaft der deutſchen Staaten weſentlich einen defenſiven Charakter tragen. Keine feindliche Tendenz gegen unſere Nachbarn, kein Streben nach Eroberung hat die deutſche Bewegung der letzten Jahrzehnte getragen, ſondern lediglich das Bedürfniß, den weiten Gebieten von den Alpen bis zum Meere die Grundbedingungen des ſtaatlichen Gedeihens zu gewähren, welche ihnen der Entwicklungsgang früherer Jahrhunderte verkümmert hat. Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen ſich die deutſchen Stämme, und daß ihre Verbrüderung auch von ihren Nachbarvölkern in dieſem Sinne aufgefaßt wird, beweist die wohlwollende Haltung der mächtigſten europäiſchen Staaten, welche ohne Beſorgniß und ohne Mißgunſt Deutſchland von denſelben Vortheilen eines großen ſtaatlichen Gemeinweſens Beſitz ergreifen ſehen, deren ſie ſich ihrerſeits ſeit Jahrhunderten erfreuen.

Nur von uns, von unſerer Einigkeit, von unſerer Vaterlandsliebe hängt es daher in dieſem Augenblicke ab, dem geſammten Deutſchland die Bürgſchaften einer Zukunft zu ſichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerriſſenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbſtbeſtimmung ſeine verfaſſungsmäßige Wiederherſtellung und ſeine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker ſeinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag.

Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinſamen Arbeiten nicht ſagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Verſuche ſeyen ohne Nutzen für das deutſche Volk geblieben, daß vielmehr unſere Kinder mit Dank auf dieſen Reichstag, als den Begründer der deutſchen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden.

Meine Herren! Ganz Deutſchland, auch über die Grenze

unſeres Bundes hinaus, harrt der Entſcheidungen, die hier getroffen werden ſollen.

Möge durch unſer gemeinſames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngſten Geſchlechter der Erfüllung entgegengeführt werden.

Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutſchlands fordere Ich Sie vertrauensvoll auf: Helfen Sie Uns, die große, nationale Arbeit raſch und ſicher durchführen.

Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen iſt, begleite und fördere das vaterländiſche Werk!“

Man bemerkte in dieſer ſchönen Rede keine Spur eines preußiſchen Particularismus, ſie war durch und durch deutſch, ſie faßte die große deutſche Frage mit vollem Bewußtſeyn, klar, ſcharf und feſt auf, und mit voller Ruhe und billiger Berückſichtigung der Schwierigkeiten, welche, um das Werk zu vollenden, noch überwunden werden mußten, und der Schmerzen, die es manchen Annectirten machte, die Bequemlichkeiten zu verlieren, welche die Kleinſtaaterei für ſie gehabt hatte. Die Thronrede wurde faſt allgemein wegen ihrer Mäßigung im Auslande wie in Deutſchland ſelbſt geprieſen.

Der Reichstag wählte Simſon zu ſeinem Präſidenten, einen ehrenwerthen und gemäßigten Altliberalen, der ſchon im Erfurter Parlament den Vorſitz geführt hatte und Vicepräſident des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. d. Oder war. Zum erſten Vicepräſidenten wurde v. Bennigſen gewählt, aus Hannover, das bekannte Haupt des Nationalvereins, und zum zweiten der Herzog von Ujeſt von der conſervativen Partei in Preußen. Indem Graf Bismarck im Namen der verbündeten Fürſten dem Präſidenten Simſon den Bundesverfaſſungsentwurf übergab, empfahl er dem Reichstage, im Patriotismus nicht hinter den Regierungen des Bundes zurückzubleiben, die mit gutem Willen zum allgemeinen Beſten Opfer gebracht

und manches theure Vorrecht auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt hätten.

Der Reichstag hat im Ganzen dieſer edlen Aufforderung entſprochen. Es waren zwar viele Mitglieder in denſelben gewählt worden, denen es um etwas ganz anderes zu thun war, als um die Einheit, Größe, Macht und Ehre der deutſchen Nation, die im Gegentheil feindſelig und mit verbiſſenem Zorne das Werk der Einigung, wenn nicht ganz zu verhindern, doch zu verzögern ſuchten. Da ſaßen 13 Polen aus dem Großherzogthum Poſen, die gegen alles Deutſche proteſtirten und die Gelegenheit nur benutzten, um von Europa die Wiederherſtellung des alten polniſchen Reichs zu verlangen. Ferner zwei Dänen, die nicht die blaſſe Ahnung davon hatten, welche welthiſtoriſche Nothwendigkeit es für die Dänen, wie für alle Scandinavier iſt, mit den ihnen ſtammverwandten Deutſchen gegen den ſlaviſchen Koloß zuſammenzuhalten, die vielmehr den engherzigſten Kopenhagener Particularismus vertraten. Ferner ſieben Abgeordnete aus den Elbherzogthümern, die eben ſo kleinlich am auguſtenburgiſchen Particularismus hingen und von denen einige, wie man glaubte, nicht verſchmerzen konnten, daß ihnen durch die Annexion Ausſichten auf Aemter und Würden genommen worden ſeyen. Noch zahlreichere Particulariſten aus Hannover und Sachſen, denen die Kleinſtaaterei allein heilig, ein einiges großes Vaterland aber völlig gleichgültig war. Dazu noch unter den vielen Preußen, die natürlicherweiſe im Reichstag die Mehrheit hatten, die alten Parteierinnerungen aus dem Berliner Abgeordnetenhauſe, die Feudalen hier und die Fortſchrittsmänner dort mit ihrem alten Haſſe und mit alten Doctrinen des monarchiſchen Conſervatismus und des republikaniſchen Demokratismus, denen die eigentliche nationale Frage urſprünglich fremd war. Die Feudalen wären noch vor nicht langer Zeit mit dem ruſſiſchen Czaaren, die Fortſchrittsmänner mit den Demokraten in Frankreich und Italien durch dick und dünn gegangen, ohne ſich viel um Deutſch-

land zu bekümmern. Die ſtockpreußiſchen Schüler von Stahl und Gerlach perhorrescirten die liberalen Mittelſtaaten, blos weil ſie liberal waren, und wollten nichts weniger, als das Aufgehen Preußens in Deutſchland, ſondern ein enger begrenztes, aber rein conſervatives Preußen nur im engſten Bunde mit Oeſterreich, Hannover und Mecklenburg und unter der Aegide Rußlands. Die Fortſchrittspartei hatte ihrerſeits gar kein Hehl, daß ihr die nationale Frage vollſtändig gleichgültig ſey, daß es ihr nur auf politiſche Principien ankomme und daß ſie mit den radicalen Parteien aller Länder allein ſich verbrüdert fühle, nicht aber mit Deutſchen, wenn dieſelben nicht radical ſeyen. Endlich waren auch noch mehrere ultramontane Prieſter und Laien in den deutſchen Reichstag gekommen, von denen man nicht mit Unrecht ſagte, ſie kennen kein anderes Vaterland als Rom.

Trotz alledem war die Macht der Thatſachen, der Eindruck der Schlacht bei Königgrätz und die Feſtigkeit, mit welcher der König von Preußen eine großartige deutſche Politik einhielt, ſo überwältigend, daß von allen Parteien im Reichstag die beſſern Elemente ſich zu einer patriotiſchen Mehrheit zuſammen ordneten, das nationale Bedürfniß ins Auge faßten und dieſem großen vaterländiſchen Intereſſe ihren Parteiſtandpunkt aufopferten. So zweigten ſich von der großen feudalen Partei die ſ. g. Freiconſervativen und von der noch größern Fortſchrittspartei die ſ. g. National-Liberalen ab und bildeten durch ihr Zuſammenſtehen eine Mehrheit im Reichstag, welche den Grafen Bismarck und den Bundesrath in allen wichtigen Fragen unterſtützte, wodurch allein es möglich wurde, trotz allem unnützen Dreinreden der Particulariſten und der extremen Parteien das Verfaſſungswerk in einer verhältnißmäßig kurzen Zeit zu vollenden.

Unter den Bevollmächtigten der Bundesregierungen, die dem Grafen Bismarck am feurigſten zur Seite ſtanden, zeichneten ſich vorzüglich Staatsminiſter Freiherr von Frieſen, als der ſächſiſche, und Geh. Legationsrath Hoffmann, als der darmſtädtiſche Vertreter, aus.

Der Gang der Verhandlungen war ruhig. In der Sitzung des 11. März hielt Braun von Wiesbaden eine warme Rede für Annahme des Bundesverfaſſungsentwurfs, ſuchte allen klar zu machen, das nationale Einigungswerk ſey die Hauptſache und was Süddeutſchland betreffe, ſo werde dieſes von ſelbſt nachkommen. Das Wichtigſte ſey geweſen, „die habsburgiſche Fremdherrſchaft“ aus Deutſchland zu entfernen (der Ausdruck iſt etwas kühn, der Redner hätte beſſer geſagt, „das deutſchfeindliche Syſtem Metternichs“). Nachdem dies vollbracht ſey, ſolle ſich der Particularismus doch nicht einbilden, das deutſche Einigungswerk hindern zu können. Die Agitatoren in Württemberg würden den Staat freilich am liebſten in kleine Cantönli zerſchlagen, um ſich in denſelben als Dictatoren aufzuwerfen (Heiterkeit)*). Aber Deutſchland wolle einen Kopf, einen Leib ohne Kopf, Arme und Beine ohne einen einheitlichen Willen zu haben, ſey man ſatt. Brauns patriotiſchen Worten folgte rauſchender Beifall. Graf Bismarck beglückwünſchte den Redner und fügte hinzu: „Preußen beabſichtige weder eine Vergewaltigung der Fürſten noch der Völker, es ſehe der naturgemäßen Entwicklung des Einigungswerks entgegen; die Regierung ſey möglichen Verbeſſerungen des Verfaſſungsentwurfs zugänglich; eine Einigung mit den ſüddeutſchen Staaten ſey angebahnt und bei einem Angriffe von Außen werde Nord- und Süddeutſchland zuſammen halten.“

In derſelben denkwürdigen Sitzung antwortete Graf Bismarck auf die kecke Drohung des Herrn Tweſten, welcher geſagt hatte, wenn das Abgeordnetenhaus in Berlin nicht zuſtimme, gelte die ganze Arbeit des norddeutſchen Reichstags nichts! mit überlegenem Geiſte: Herr

*) Kurz vorher hatte Graf Bismarck dem engliſchen Geſandten, als derſelbe ſich über die vielen Particulariſten im Reichstag wunderte, geantwortet: Sie kennen die Deutſchen noch nicht; wenn jeder Deutſche Geld genug hätte, würde jeder ſich einen eigenen König halten.

Tweſten ſey zu ſeiner Drohung nicht legitimirt; wenn ein einzelner Landtag das ganze norddeutſche Verfaſſungswerk umwerfen dürfte, ſo dürften das auch die mecklenburgiſchen Ritter.*) „Wenn Sie meinen, daß Sie die große Bewegung des vergangenen Jahres, wo um Kaiſer- und Königskronen gewürfelt wurde, durch eine Landtagsſeſſion ad acta legen könnten, ſo ſtehen Sie nicht auf der Höhe der Situation. Wenn ein Invalide von Königgrätz Sie um das Ergebniß unſerer Arbeit frägt und Sie ſagen ihm: Die deutſche Einheit haben wir nicht zu Stande gebracht, aber das Budgetrecht des Berliner Abgeordnetenhauſes haben wir gewahrt! wird er ſich damit zufrieden geben? Was Süddeutſchland betrifft, ſo iſt die militäriſche Vereinigung desſelben mit Norddeutſchland zu gegenſeitigem Schutz gegen jeden Angriff von außen geſichert. (Stürmiſches Bravo.) Erledigen Sie Ihre Arbeit nun raſch, ſetzen wir Deutſchland nur in den Sattel, reiten wird es ſchon können.“ (Lebhaftes Bravo.)

In derſelben Sitzung erlaubte ſich der frühere hannövriſche Miniſter von Münchhauſen als Abgeordneter zum Reichstage die feindſeligſte Sprache gegen die preußiſche Regierung, als habe ſie den Vertrag von Langenſalza gebrochen. Graf Bismarck wies dieſe Anklage unter dem lebhaften Beifall des Hauſes als „unwürdige Verleumdung“ zurück. „Die Perſonen, welche jene Capitulation ſchloſſen, hatten keinen andern Auftrag, als ein Abkommen für die Dauer des Kriegs zu treffen, und das für den Privatbeſitz des Königs Georg gemachte Zugeſtändniß konnte ſich nur auf das Eigenthum beziehen, das er im Lager bei ſich führte, und nicht auf ſein Privateigenthum im Lande, über das auch jetzt noch nicht verhandelt werden kann, da er mit Preußen noch immer nicht Frieden geſchloſſen hat.“ Hierauf drückte Graf Bismarck ſein Bedauern aus, daß Hannover die ihm ſo

*) Das wäre ſo ein liberum veto, wie vormals in Polen, welches grade durch dieſe Freiheit zu Grunde ging.

oft von Preußen dargebotene Freundeshand nicht angenommen, die ſo oft wiederholte Warnung nicht beachtet hat. „Aber wenn ein uns feindliches Hannover nur auf die Gelegenheit wartet, uns wo nicht den Dolch, doch die Waffe in den Rücken zu bohren, dann würde ich den preußiſchen Miniſter, der nicht die erſte Gelegenheit benutzt, dieſes uns feindliche Hannover zu vernichten, für einen Verräther an Preußen, für einen Verräther am Norden Deutſchlands erklären. (Stürmiſcher Beifall.) Wir haben lange unterhandelt, vielleicht zu lange über ein Bündniß mit Hannover, wir haben noch bei Langenſalza unterhandelt. Woran ſcheiterten dieſe Unterhandlungen mit Hannover? An der Abneigung Sr. Majeſtät des Königs Georg, Garantieen dafür zu geben, daß die hannoverſche Armee ſich auf nur ein Jahr lang der Feindſeligkeiten gegen uns enthalten möge. Es iſt mir von mehreren Seiten nach dem Kriege von manchen deutſchen Staaten in einer Weiſe entgegengekommen, die etwa ſagen wollte: Nun iſt Alles wieder beim Alten, wir haben in Hannover nur mit ſcharfen Patronen Mannöver gemacht, wir wollen uns auf die alten Stühle ſetzen und Ihr werdet nicht böſe ſeyn. (Hört, hört! Heiterkeit und Beifall.) Man hat ſich über den Ernſt der Sache getäuſcht; ob in demjenigen Dünkel, mit dem Gott öfter die Fürſten ſchlägt, ob in derjenigen Unkenntniß der Diplomaten und Miniſter, in der viele ſich über die Realitäten dieſes Lebens befinden, laſſe ich dahingeſtellt. Man hat Krieg gewollt mit offenen Augen, man war entſchloſſen, preußiſche Provinzen zu nehmen, wenn man geſiegt hätte: danach hat man kein Recht, ſich nachher zu wundern, daß der Krieg die ernſten Folgen hatte, die er nun gehabt hat, und nun uns gegenüber einen Ton der Klage über dieſe Folgen anzuſchlagen. M. H.! Wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen aufs Spiel geſtellt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit ſeiner glorreichen Krone als Einſatz ſtand, wenn die Kroaten unſer Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrſchaft, ich weiß nicht,

auf wie lange, uns bevorſtand, wenn man uns in der Gefahr einen Stich in die Seite gibt, dann ſoll man ſich hernach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität ſtellen und über ſchlechte Behandlung klagen. (Lebhafter Beifall.) Glaubt man das zu können, ſo iſt es eine Unkenntniß der Dinge, an der jeder Staat und jede Krone zu Grunde gehen muß, die in ſolchen Zeiten mit ſolcher Unkenntniß geſchlagen iſt.“ Schließlich rief Graf Bismarck dem Herrn von Münchhauſen zu: „Mögen die Herrn ſich hüten, uns herauszufordern. Sie würden ſich damit auf ein Gebiet begeben, auf dem ſie uns nicht gewachſen ſind.“ — Auch die Kreuzzeitung, welche bisher die hannoverſche Ritterſchaft ſehr geſchont hatte, fand das Auftreten des Herrn von Münchhauſen um ſo gehäſſiger, als er an demſelben Tage an der königlichen Tafel geſpeist hatte. Es war ein wohlverdienter Abſagebrief an eine unverbeſſerliche Partei.

Am 18. März 1867 gab Graf Bismarck im Reichstage mehrere wichtige Erklärungen. Zuerſt in Bezug auf Nordſchleswig: nur Oeſterreich habe ein Recht, vertragsmäßig die Abſtimmung in Nordſchleswig zu verlangen. Die Grenzlinie werde nur nach dem Intereſſe Preußens gezogen werden und der abzutretende Theil werde jedenfalls kleiner ſeyn, als man in Kopenhagen denke. — In Betreff Luxemburgs: Preußen verlange nicht den Eintritt Luxemburgs in den norddeutſchen Bund, alle Mittheilungen der Zeitungen hierüber ſeyen bodenloſe Erfindungen. — Auf eine Bemerkung des Herrn v. Carlowitz über eine eventuelle Verbindung Süddeutſchlands mit Frankreich erklärte Graf Bismarck, die Beziehungen zwiſchen Nord- und Süddeutſchland ſeyen vertragsmäßig verbürgt.

Profeſſor von Sybel, der in den Reichstag gewählt worden war und ſich in aller Weiſe bemühte, von dem liberalen Fanatismus, zu dem er ſich früher im Abgeordnetenhauſe hatten hinreißen laſſen, zur Unbefangenheit und Würde des Geſchichtſchreibers zurückzukehren, gab in der Sitzung vom 23. März 1867 eine gute Kritik des Bundes-

verfaſſungsentwurfs. „In der That," ſagt er nach dem ſtenographiſchen Bericht, „es iſt unverkennbar, die Urheber dieſes Entwurfs haben einen dem in Deutſchland gewohnten Wege völlig entgegengeſetzten eingeſchlagen, ſie haben nicht ein noch ſo vortreffliches Hand- und Lehrbuch der Politik genommen, ſie haben nicht aus dieſem Lehrbuche das Sparrwerk des formalen conſtitutionellen Staatsweſens zu Papier gebracht, ſie haben dann nicht dieſen Fächern zu Liebe die im Lande vorhandenen realen Kräfte zerſchnitten und hereingeſchnitten, ſondern umgekehrt, ſie haben in dem Chaos der vorjährigen deutſchen Zuſtände die exiſtirenden realen Kräfte aufgeſucht, ſie haben nach deren Zahl und Maaß geſetzliche Formen zu ſchaffen geſtrebt, nach Zahl und Maaß der vorhandenen realen Kräfte haben ſie einen geſetzlichen Boden bemeſſen, haben ſie geſetzliche Organe herauszubilden geſucht, haben ſie die allgemeine Richtung für Competenz und Wirkſamkeit dieſer Organe definirt. Die Kräfte waren, wie jeder weiß, hier das ſtarke und ſiegreiche Preußen in ſeiner damaligen Stellung, nach ſeiner großen Vergangenheit, noch vielmehr nach ſeiner gewaltigen Zukunft viel zu koloſſal herangewachſen für das Schema jenes Göttinger Bundesſtaates, in der europäiſchen Lage des Augenblicks beinahe mit Nothwendigkeit auf eine hier und da dictatoriſche Machtanſammlung angewieſen. Dann auf der anderen Seite die deutſchen Particularſtaaten, die allerdings in dem Kriege gegen Preußen keine Lorbeern geerntet, die wo ſie mit Preußen verbunden geweſen, grade durch dieſes Verhältniß, durch den Rieſenwuchs preußiſcher Macht, tief in den Schatten geſtellt geweſen waren, die aber trotz dieſes Verhältniſſes eine zähe innere Lebenskraft documentirten, die ſich zum Theil eines ſehr ſtarken auswärtigen Schutzes erfreuten, und die — was ſchwerer wog — trotz aller unitariſcher Beſtrebungen der gebildeten Claſſen, höchſt reale Sympathien in dem heimiſchen Boden, in der heimiſchen Bevölkerung beſaßen. Und endlich drittens dann die liberale öffentliche Meinung in Preußen, in Deutſchland, in Europa: in Preußen, wie

es den Anſchein hatte, durch den erfolgloſen Kampf gegen das Miniſterium Bismarck nicht eben lorbeerreich, im Gegentheil aus manchen wichtigen Poſitionen hinausgeſchlagen; bei alledem aber in dem ganzen Zuſammenhange der europäiſchen Verhältniſſe fort und fort noch immer ſo gewaltig, daß auch die ſtärkſte Militärmonarchie auf die Dauer die Feindſchaft dieſer geiſtigen Gewalten nicht vertragen wird. Wem, meine Herren, dieſer Ausdruck zu ſtark erſcheint, der möge ſich erinnern, wie nach dem letzten Kriege auf allen Seiten, auf Seiten unſerer Regierung und auf Seiten des europäiſchen Publikums darüber gar kein Zweifel war, daß die Frucht der großen Siege erſt dann ſicher eingeheimst ſeyn würde, wenn nicht blos eine Majorität der conſervativen Partei, ſondern wenn eine einträchtig geſammelte Majorität aller Parteien, wenn die Zuſtimmung eines kräftigen Theils auch der liberalen Partei dem Werke der Regierung zu Theil werde. Mit dieſen Kräften alſo war zu rechnen: mit den militäriſchen Forderungen des preußiſchen Großſtaats, mit den populären Berechtigungen des Particularſtaats, mit der Wucht der öffentlichen Meinung. Der Entwurf nun, meine Herren, gibt, wie er hier in unſeren Händen liegt, einer jeden dieſer Kräfte ein Organ: der Krone Preußen das Bundespräſidium, den kleinen Staaten den Bundesrath, der öffentlichen Meinung den Reichstag.“

Der Redner ſprach bei dieſem Anlaß ſeine wärmſte Anerkennung einer Regierung aus, die „mit beiſpielloſen Siegen gekrönt, den auswärtigen Sieg nicht zum Staatsſtreich und zur Unterdrückung der Freiheit benutzte, ſondern ſogleich nach der Rückkehr in die Heimath den Frieden mit der öffentlichen Meinung zu ſchließen ſich beeilte.“ Auch konnte ſich der Redner eines kleinen Spottes über das viele unnütze Paragraphendrechſeln im Berliner Abgeordnetenhauſe nicht enthalten.

Das wurde ihm nun von Waldeck ſehr übel genommen, der ihm vorwarf, die liberale Sache jetzt zu verlaſſen, für die er ſo eifervoll

im Abgeordnetenhauſe gekämpft hätte. Der conſervative Abgeordnete Wagener bemerkte, von Sybel ſey unverſehens in die von ihm abgeſchätzte liberale Schablone zurückgefallen, indem er die drei Faktoren der neuen Bundesverfaſſung nach derſelben Schablone beurtheilt habe.

Waldeck ging davon aus, etwas Haltbares laſſe ſich zwar nicht ſchaffen, außer durch die Freiheit, kein militäriſcher Erfolg helfe hier, nur durch eine freie Verfaſſung könne Deutſchland erſtarken und die Nation befriedigt werden. Deswegen ſtimmte er gegen die vorgeſchlagene Heerverfaſſung des Bundes, gegen die Truppenvermehrung, gegen die dreijährige Präſenzzeit und verlangte immer nur Budgetrecht und Verantwortlichkeit der Miniſter. Den Einwurf, ein ſo complicirter Bundesrath, wie der des Entwurfs, mit einer gleichſam republikaniſchen Spitze, könne nicht verantwortlich gemacht werden, wie das Miniſterium eines Einheitsſtaates, wies Waldeck mit der Bemerkung zurück, es ſolle auch ein Einheitsſtaat gebildet werden und der vorgeſchlagene Bundesſtaat ſey entweder nur verwerflich oder nur ein verdeckter Einheitsſtaat, und man maskire den imperialiſtiſchen Gedanken nur durch die föderative Phraſe und Form. Man wolle die abſolutiſtiſche Reaction und dabei durch keine Verantwortlichkeit genirt ſeyn. Er wolle den Einheitsſtaat, aber nicht ohne volle parlamentariſche Befugniſſe und Miniſterverantwortlichkeit. „Es wäre ſchrecklich, wenn es gelingen ſollte, den Parlamentarismus aus der Welt zu ſchaffen, dem Parlamentarismus für immer den Strick um den Hals zu legen. Da müßten wir, indem wir die Verdienſte unſeres leitenden Staatsmannes in dieſen Dingen anerkennen — und ich habe ſie nie in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten angegriffen — ihm doch jene Worte eines engliſchen Whigs wiederholen, welche derſelbe dem Herzog von Wellington bei Gelegenheit der Reformbill zurief: ‚Herzog von Wellington, Sieger in Spanien, Sieger in Indien, Sieger bei Talavera, Sieger bei Waterloo — Du ſollſt nicht Sieger ſeyn über das brittiſche Volk.‘“

Die Berathung nahm einen dramatiſchen Charakter an. Wagener entgegnete den beiden Vorrednern: „Es iſt ganz richtig, wenn Herr von Sybel uns ſagt, wir hätten es hier überhaupt mit einer Urkunde nach dem conſtitutionellen Schablonenweſen gar nicht zu thun; ſie paſſe auch nicht, weder auf den Bundesſtaat, noch auf den Staatenbund, ſondern ſie ſey eben — und meine Herren, das iſt ja ſchließlich die einzig wirkliche, reelle Verfaſſung — ſie ſey der thatſächliche Niederſchlag einer geſchichtlichen Entwicklung und der formulirte Ausdruck beſtimmter thatſächlicher Zuſtände und geſchichtlicher Reſultate. Meine Herren, hätte er dies in ſeiner Ausführung prägnant feſtgehalten, dann glaube ich, würde er es vermieden haben, dem Herrn Abgeordneten Waldeck diejenigen Angriffspunkte zu bieten, gegen die dieſer hauptſächlich aufgetreten iſt. Er machte aber, wie es mir ſchien, den unwillkürlichen Fehler, nachdem er ſich a priori gegen die Abſtraction verwahrt, derſelben doch a posteriori eine kleine Hinterthür zu öffnen. Er beging den Fehler, daß er es nicht laſſen konnte, doch wieder den Maßſtab der Abſtraction an dasjenige Product zu legen, von dem er ſelbſt ſagte, daß eigentliche Abſtractionen darin nicht enthalten ſeyen. Meine Herren, hätte der Abgeordnete Sybel das feſtgehalten, was ich meine, dann würde es ihm nicht begegnet ſeyn, zu ſagen, die Verfaſſungsurkunde iſt dreigetheilt: Präſidium, Bundesrath und Reichstag, und einem jeden von dieſen dreien entſpricht: ſtarke Regierung, berechtigter Particularismus und was mich beſonders überraſchte, öffentliche Meinung. Meine Herren, dieſe Verfaſſung iſt ein Compromiß zwiſchen allen denjenigen verſchiedenen lebensfähigen und berechtigten Tendenzen, Elementen und Factoren, die überhaupt auf das Zuſtandekommen dieſer Verfaſſung einen Einfluß ausgeübt haben, und das was der Abgeordnete Sybel abſtrahirt und ſchematiſch auf dieſe drei Abtheilungen vertheilt hat, das ſteckt *zuſammen* in einem *jeden* dieſer Theile. Es iſt vollkommen unrichtig, das Präſidium gegenüber der Volksfreiheit, oder gegenüber dem berechtigten

Particularismus zu ſtellen. Es iſt vollkommen unrichtig, den Bundesrath gewiſſermaßen als den Gegenſatz gegen Preußen und als Gegenſatz gegen Volksfreiheit und öffentliche Meinung aufzufaſſen, und es iſt noch unrichtiger, meine Herren, den Reichstag zu formuliren als den Vertreter der öffentlichen Meinung. Meine Herren, wenn wir uns losmachen wollen von der Herrſchaft der Phraſe, dann iſt eine der gefährlichſten Phraſen die öffentliche Meinung. Meine Herren, wer macht ſie, wo kommt ſie her, worin beſteht ſie, und wie kann man ſagen, es wird hier ein Reichskörper geſtiftet, der der Vertreter der öffentlichen Meinung iſt. Meine Herren, die öffentliche Meinung, die jetzt das Parlament beherrſcht, von wem iſt ſie gemacht? Iſt dieſe öffentliche Meinung, — wenn ich ſo ſagen darf — eine Parlamentstochter, oder iſt ſie nicht vielmehr eine Regimentstochter? Meine Herren, die öffentliche Meinung iſt, wenigſtens ſoviel ich mich bisher darüber informiren und belehren können, ſie iſt nach meiner Auffaſſung durchaus nichts anderes, als die Reaction oder die Antwort des nicht in der Geſchichte thätigen Theils der Völker auf die Thaten derer, welche die Geſchichte machen. Und ſo iſt auch die jetzige öffentliche Meinung die Antwort des deutſchen Volkes, die es ertheilt auf die weltgeſchichtlichen Thaten des preußiſchen Gouvernements. Meine Herren, die ſteckt nicht allein in dem Reichstage, die ſteckt in allen dreien, und in allen dreien müſſen wir ſie ſuchen und wir werden dann vor der Gefahr vollkommen geſichert ſeyn, uns in der conſtitutionellen Schablone des Herrn Abgeordneten Waldeck noch wiederum einfangen zu laſſen. Meine Herren, ich meinerſeits verſtehe alle die Richtungen, die in dieſem Hauſe ſich bisher geltend gemacht haben. Ich verſtehe diejenige Richtung, die den Einheitsſtaat anſtrebt; ich verſtehe die Herren, die in der Beſorgniß vor dem Einheitsſtaat ihre particulariſtiſchen Intereſſen vertreten und drücken. Aber, meine Herren, was ich nicht verſtehe und worüber ich auf eine Aufklärung äußerſt geſpannt und begierig bin, das iſt, wie die Herren Parti-

culariſten es ſich eigentlich denken, ihre Tendenzen erreichen und ſtärken zu können dadurch, daß ſie den Conſtitutionalismus aufbauen, dadurch, daß ſie die conſtitutionellen Befugniſſe der Reichstagsvertretung ſteigern wollen. Meine Herren, ich glaube deshalb auch, die Anträge, welche von jener Seite (links) geſtellt werden, ſie ſind wohl nicht Anträge zur Verbeſſerung, ſondern Anträge zur Verhinderung. Machen wir uns doch, meine Herren, einmal die Stellung Preußens und der preußiſchen Regierung innerhalb dieſes Verfaſſungsentwurfs recht klar. Es iſt ja nichts gewiſſer, als daß eigentlich ein Conſervativer, der dieſe ganze Entwicklung nicht mit offenen Augen mit durchgemacht hat, mit einem gewiſſen Schauder vor dieſer Verfaſſung ſtehen bleiben müßte. Es iſt darin alles das, was man in gewiſſer Beziehung als die gefährlichſte Inſtitution für die conſervative Sache und ſelbſt für das preußiſche Königthum hinzuſtellen und zu betrachten gewohnt war. Es iſt darin ein Bundesrath, der unzweifelhaft die formale Möglichkeit und Befugniß hat, Preußen unter gegebenen Umſtänden zu majoriſiren; es iſt darin ein Bundespräſidium, dem nicht einmal die Befugniſſe des Präſidenten der nordamerikaniſchen Republik beiwohnen; es iſt darin das Ein-Kammerſyſtem auf der breiteſten Grundlage, hervorgegangen aus dem allgemeinen directen Wahlrecht, eine Art und Weiſe der Vertretung, wie ſie ſonſt in der Geſchichte nur in den aufgeregteſten Revolutionszeiten vorgekommen iſt. Und deſſen ungeachtet, meine Herren, erſchrecken meine Freunde und ich nicht vor dieſen Dingen; deſſen ungeachtet gehen wir an dieſe Dinge dreiſt heran, weil wir eben gelernt haben, uns auch unſererſeits nicht mehr mit bloßen theoretiſchen Ausführungen, theoretiſchen Deductionen und ſogenannten politiſchen Grundſätzen allein abzufinden, ſondern weil wir — wenigſtens iſt das meine Stellung — weil ich gelernt habe, daß über allem dem, was man will, und was man als eine Baſis hinſtellt, ein höherer Wille in den Thatſachen der Geſchichte entſcheidet, und daß, wenn man weiter mit Geſchichte machen will, man nicht wiederum ſeinem

eigenen Willen dieſe Thatſachen unterſchieben, ſondern ſeinen eigenen Willen an dieſe Thatſachen anknüpfen muß. Vereinigen wir uns in den Thatſachen und laſſen wir die Theorien bei Seite, acceptiren wir die Reſultate und ſtreiten uns nicht um die Verfaſſungsparagraphen, aus denen ſie hergekommen oder nicht hergekommen ſind, und, meine Herren, um mit einem Bilde des Herrn Bundespräſidenten zu ſchließen, beſteigen wir endlich die Vollblutſtute Germania, und hören wir auf, unſere Steckenpferde zu reiten."

Lasker meinte, der Bundesrath ſey doch nicht ſehr mächtig und die volle Gewalt beſitze nur Preußen: „Nun, meine Herren, ich habe an den Thatſachen geprüft, was von den weitgehenden Befugniſſen und Aufgaben der Executive anderen Factoren zugewieſen und was dem Bundespräſidium vorbehalten iſt. Der Ausſchuß für Eiſenbahnweſen hat in Zeiten der Theurung dem Präſidium die Ermäßigung der Eiſenbahntarife vorzuſchlagen. Dann hat der Ausſchuß für Landheer und Feſtungen die Anordnung, welche der König von Preußen für das Militär erläßt, an die übrigen Contingente zu vermitteln, und der Ausſchuß für das Rechnungsweſen die Abrechnung für die übrigen Bundesſtaaten vorzubereiten. Das iſt alles, was irgendwie von executiver Thätigkeit man ſich bei den Ausſchüſſen zu denken hat. Der Bundesrath hat der Auflöſung des Reichstages zuzuſtimmen, beſtimmt über die Ausführungen und Ausführungsanordnungen und diejenigen Einführungen, welche nöthig ſind für Steuer- und Zollweſen, und ſoll den in dieſem Gebiete hervortretenden Mängeln abhelfen und in beiden Fällen ſteht dem Präſidium das Veto zu; er ſoll dem Präſidium die Rechnung abnehmen über die veranlaßten Ausgaben, die Abrechnung gegenüber den anderen Bundesſtaaten feſtſtellen, die Execution anordnen gegen ſolche Staaten, welche Widerſtand gegen die Anordnungen des Präſidiums leiſten; er muß ſeine Zuſtimmung geben zum Abſchluß von Verträgen, den Zeitpunkt beſtimmen, wann das Bundes-Conſularweſen allgemein an die Stelle

der Landes-Conſulate treten ſoll, und endlich über Streitpunkte zwiſchen den verſchiedenen Staaten eine Entſcheidung treffen. Das iſt alles, worin ſich die Executive des Bundesrathes zuſammenfaßt. Dagegen hat das Präſidium den Reichstag zu eröffnen, zu vertagen und zu ſchließen, Krieg zu erklären, Frieden und Bündniſſe zu ſchließen, hat die ganze Militärgewalt in dem weiteſten Sinne des Wortes, die Vertheilung der Laſten auf die Angehörigen des Bundes; es verwaltet und leitet die Poſt, das Telegraphen- und Kriegsmarineweſen, beaufſichtigt und controlirt die Eiſenbahnen, vertritt die Flagge, ſchreibt Matricularbeiträge aus, verwendet die Einnahmen, vollſtreckt die Execution, dislocirt die Truppen, von anderen Thätigkeiten ſehe ich ab, welche dem Bundes-Präſidium beigelegt oder ſtillſchweigend vorbehalten ſind. Meine Herren! Angeſichts dieſer Zuſammenſtellung müſſen Sie geſtehen, daß das Präſidium zu einer recht kräftigen Executive conſtituirt iſt. Unter welchem Namen es auch conſtituirt ſeyn mag, wenn auch der beſcheidene Name eines Bundes-Präſidenten oder Bundes-Feldherrn gewählt iſt, ſo glaube ich, daß Macht und Weſenheit eines wahrhaft monarchiſch-kaiſerlichen Hauptes dem Bundes-Präſidium gegeben iſt. Für mich iſt es keine Frage, welche in erſter Linie intereſſirt, welcher Titel dem Bundes-Präſidium beigelegt werden ſoll, aber die Subſtanz und Macht eines kaiſerlichen Oberhauptes hat der Bundes-Präſident ſchon gegenwärtig. Iſt dies aber der Fall, ſo können Sie den Einwand nicht machen, daß eine Verantwortlichkeit deswegen nicht den vertretenden Organen beigelegt werden könne, weil die Executive nicht gehörig vertheilt ſey."

Graf Bismarck vertheidigte die Bundesfürſten und ihre Rechte: „Innerhalb des Bundesrathes findet die Souveränetät einer jeden Regierung ihren unbeſtrittenen Ausdruck. Dort hat jede ihren Antheil an der Ernennung des gewiſſermaßen gemeinſchaftlichen Miniſteriums, welches, neben anderen Functionen, auch den Bundesrath bildet. Dieſes Gefühl der unverletzten Souveränetät, welches dort

ſeine Anerkennung findet, kann nicht mehr beſtehen, neben einer contraſignirenden Bundesbehörde, die außerhalb des Bundesrathes aus preußiſchen oder anderen Beamten ernannt wird, und es iſt und bleibt eine capitis deminutio für die höchſten Behörden der übrigen Regierungen, wenn ſie ſich als Organe, gehorſamleiſtende Organe einer vom Präſidium außerhalb des Bundesrathes ernannten höchſten Behörde in Zukunft anſehen ſollten. Glauben Sie nicht, daß wir die Frage nicht erwogen haben, ob die übrigen Regierungen dieſen Anflug von einer Verminderung ihrer Souveränetät auf ſich nehmen wollen? Wir haben über die Frage, ob die Miniſterien der Einzel-Staaten, namentlich die Kriegs- und Finanz-Miniſterien u. ſ. w. bleiben würden, Wochen lang verhandelt. Unſere Arbeit iſt keine leichte geweſen und Sie können leicht ermeſſen, mit welchem Eindruck wir nach unſeren ſchweren und erſchöpfenden Arbeiten hier Amendements hören, die von allem, was wir gethan und geleiſtet haben, abſtrahiren, von dem in der Geſchichte unerhörten Fall, daß die Regierungen von 30 Millionen Deutſchen ſich nicht blos dem Wortlaute nach, wie bei der alten Bundesacte, ſondern auch dem Geiſte nach über einen ſolchen Entwurf geeinigt haben, keine Notiz nehmen. Ich möchte Sie doch bitten, den Einfluß der Regierungen, die Nothwendigkeit ihrer Mitwirkung beim Zuſtandekommen des Werkes nicht zu unterſchätzen. Wir kommen ſonſt auf denſelben Weg, den wir in den Jahren 1848—1850 gewandelt ſind. Damals waren die Regierungen minder ſtark und hatten geringeres Selbſtgefühl als heute. Trotzdem iſt es damals nicht gelungen, den wohlwollendſten und vielleicht theoretiſch richtigſten Gedanken für nationale Einigung Anerkennung zu ſchaffen, weil das Einverſtändniß der Regierungen fehlte. Wenn es ſich darum handelt, Amendements zu ſtellen, ſo könnte ich ſelbſt deren fünfzig einbringen. Sie haben nur den Fehler, daß ſie früher bereits abgeworfen ſind oder von Hauſe aus keine Ausſicht auf Annahme haben, oder daß ſie mißverſtanden werden, und die preußiſchen Be-

ſtrebungen verdächtigen könnten. Deshalb behalte ich ſie für mich, weil mir mehr am Zuſtandekommen des Ganzen, als am Durchſetzen meiner perſönlichen Meinung liegt."

Der Abgeordnete von Blankenburg forderte dringend auf: „Vor allen Dingen, meine Herren, behaupte ich, daß in der gegenwärtigen Lage Deutſchlands Se. Majeſtät der König von Preußen ſeine Schuldigkeit gethan hat, daß die Armee ihre Schuldigkeit gethan hat, und daß die Fürſten Norddeutſchlands ebenfalls ihre Schuldigkeit gethan haben, um dieſes Werk zu Stande zu bringen! Jetzt, meine Herren, iſt es an uns, ob wir unſere Schuldigkeit thun werden, und darum bitte ich Sie, darum warne ich Sie, ja ich beſchwöre Sie, den Weg der vielen Amendements zu verlaſſen." Durch die vielen Amendements wurden die Debatten ſehr in die Länge gezogen. „Warum, meine Herren, ſind Sie denn ſo ſehr beſorgt? Iſt denn wirklich eine ſo große Sorge da, daß der Abſolutismus wieder hereinbrechen wird. Sollte wohl die Krone Preußens je dazu Veranlaſſung gegeben haben? Meine Herren, haben wir denn nicht erlebt, daß als im Jahre 1848 durch den Sieg unſerer Truppen und die Energie des Miniſteriums von keiner Nationalvertretung mehr die Rede war und einzig der Rechtsboden der vereinigte Landtag war, da die Verfaſſung von 1848 octroyirt wurde, die aus der Nationalverſammlung hervorgegangen war? Meine Herren, iſt es nicht ähnlich im Jahre 1866 geweſen? Haben Sie nicht immer vorher prophezeit: nun würde nach den Siegen der große Rechtsbruch kommen, das parlamentariſche Weſen würde beſeitigt. Nicht alſo, meine Herren, wir haben die Indemnität erlebt. Was iſt in dieſem Sommer geſchehen nach außen hin? Haben nicht viele erwartet, es würde über alle Maßen heraus die Krone Preußen alle Fürſten, die nicht mit ihr gegangen ſind, beſeitigen und auch allen denen, die nur etwa mit halbem Herzen mitgegangen ſind, würde etwas Aehnliches geſchehen. Meine Herren, ich ſehe nichts davon. Wird nicht ein Bundesſtaat

mit überwiegender Majorität für die kleinen Staaten conſtituirt? Darum bitte ich Sie dringend, gehen Sie, gehen wir, ich ſchließe auch dabei uns mit ein, beſchließen wir mit ähnlicher Schnelligkeit, meine Herren, mit der Schnelligkeit, wie die Armee bei Königgrätz — beſchließen wir dieſe Bundesacte! Glauben Sie mir ſicherlich, ein ſolcher Beſchluß würde verſtanden werden in Paris und in Wien, in München und in Stuttgart! Das wäre eine That, wo Ihnen unſer Volk und die Mandanten, die Ihnen Ihr Mandat gegeben haben, voll und ganz zuſtimmen werden! Vertrauen Sie der Zukunft, vertrauen Sie Ihren eigenen Principien, wie wir den unſrigen, und bringen Sie es nicht dahin, daß, wenn Sie ein abfälliges Votum geben, es wiederum nachher heißen wird von den parlamentariſchen Männern: ‚unſer Land hat ſie gewogen und zu leicht befunden!‘“

Graf Bismarck ſelbſt bemerkte zu einem Amendement, welches ſich auf einen Anſchluß der ſüddeutſchen Staaten an den norddeutſchen Bund bezog, mit großer Vorſicht, die Herren Abgeordneten könnten ſich darüber freier äußern, „aber eine Regierung iſt verpflichtet, ſich bei der Ausſprache ihrer Wünſche nach der Decke ihrer Rechte zu ſtrecken. Ich will damit auch nicht behaupten, daß die Annahme dieſes Amendements im Widerſpruche mit dem Art. 4 des Prager Friedens ſtände, ich will nur aus ähnlichen Gründen, wie ich ſie geſtern bei der Beantwortung der heſſiſchen Interpellation hervorhob, nicht ganz den Verhandlungen, die zu einer einheitlichen Auslegung der Kontrahenten des Prager Friedens erforderlich ſind, vorgreifen, auch nicht der Entſchließung der ſüddeutſchen Regierungen in einer Weiſe präjudiciren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert. Daß im Art. 4 des Prager Friedens nicht blos ein internationales Schutz- und Trutzbündniß — wie einer der Herren Vorredner, ich weiß nicht welcher, bemerkte — ins Auge gefaßt iſt, geht, glaube ich, aus ſeinem Wortlaut für jeden

aufmerkſamen Leſer hervor. Es iſt im Artikel 4 nicht von einer neuen Geſtaltung Norddeutſchlands blos die Rede, ſondern von einer neuen Geſtaltung Deutſchlands. Der Begriff wird dadurch erläutert, daß der Nachſatz folgt: ‚Deutſchland ohne Betheiligung des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates.‘ Alſo es iſt zugeſtimmt zu einer Umgeſtaltung derjenigen Beſtandtheile des früheren deutſchen Bundes, welcher nach dem Ausſcheiden der öſterreichiſchen Theile des Bundes-Territoriums übrig war. Es iſt ferner in der dritten Zeile vor dem Schluß des Artikels von der nationalen Verbindung Süddeutſchlands mit dem norddeutſchen Bunde geſprochen, alſo nicht von einer internationalen, welches Wort ausdrücklich in demſelben Artikel auf die Beziehungen Süddeutſchlands zum Auslande ſeine Anwendung gefunden hat. Wenn ich nichtsdeſtoweniger die Frage, ob der Eintritt der ſüddeutſchen Staaten mit dieſem Artikel verträglich iſt, einſeitig nicht bejahen, ſondern ihre Beantwortung im Einverſtändniß mit der kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung finden möchte, ſo bewegt mich dazu der Umſtand, daß eine der Prämiſſen, welche Art. 4 aufſtellt, in der Kette fehlt, das iſt nämlich das Zuſtandekommen des ſüddeutſchen Bundes. Wäre dieſer zu Stande gekommen, oder hätte er Ausſicht dazu, ſo iſt meine Ueberzeugung immer geweſen, daß, wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Baſis, im Süden ein anderes, dieſe beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten ſeyn würden, als etwa die Gewäſſer des rothen Meeres, nachdem der Durchmarſch erfolgt war (Heiterkeit). Die Prämiſſe fehlte bisher, und wir möchten bei der Ueberzeugung, daß die nationale Zuſammengehörigkeit ihre Sanktion durch die Geſchichte ganz zweifellos dennoch empfangen wird, über die Frage, ob dies ſofort und in welcher Form geſchehen kann, nicht in Meinungsverſchiedenheit mit der kaiſerl. öſterreichiſchen Regierung über die Auslegung des neueſten Friedensvertrages zwiſchen uns gerathen und dieſer Auslegung nicht einſeitig vorgreifen.“

Unmittelbar nach dieſer Rede dementirte die Norddeutſche Allg. Zeitung, das bekannte Organ des Grafen Bismarck, das Gerücht, eine preußiſche Depeſche habe Württemberg preſſirt, und fügte die edlen Worte bei: „Wir ſind zu der Erklärung ermächtigt, daß eine ſolche Depeſche nicht exiſtirt, wie es denn auch ſelbſtverſtändlich iſt, daß die württembergiſche Regierung wegen des mit Preußen abgeſchloſſenen Bündnißvertrages der verfaſſungsmäßigen Zuſtimmung ihrer Stände bedarf. Die k. Regierung hat ihrerſeits das vollſte Vertrauen zur Vertragstreue der württembergiſchen Regierung und betrachtet den Bündnißvertrag vom 13. Auguſt v. J. nicht als etwas Zufälliges und Willkürliches, ſondern als ein nothwendiges Ergebniß der politiſchen Sachlage und des deutſchen Nationalgefühls. Die k. Regierung iſt auch der Meinung, daß der württembergiſche Landtag dieſe Angelegenheit aus dieſem Geſichtspunkte beurtheilen wird, daß es den dortigen Ständen nicht entgehen kann, daß die Vortheile jenes Vertrages inzwiſchen eingetreten ſind und daß Preußen, ſowie der norddeutſche Bund kein Sonderintereſſe verfolgen, ſondern eine nationale Pflicht erfüllen, wenn ſie die Garantie des württembergiſchen Staats übernehmen, anſtatt ſich auf die zweifellos leichter ausführbare Aufgabe zu beſchränken, den kompakten Zuſammenhang Norddeutſchlands mit eigenen Kräften zu ſchützen und Württemberg ſeinem Schickſal zu überlaſſen. Das nationale Pflichtgefühl, welches dieſem letztern Verhalten entgegenſteht, würde von Norddeutſchland nicht verletzt werden, wenn die Weigerung, ſich an dem gemeinſamen nationalen Werke zu betheiligen, von Württemberg und deſſen Volke ausginge. Aber für uns liegt der Eintritt einer ſolchen Eventualität bei der Entwicklung und Stärke des Nationalgefühls im ſchwäbiſchen Volksſtamme außerhalb aller Erwägung.“

Der Abgeordnete Duncker wagte zu ſagen, die Schuld des letzten Krieges habe am Grafen Bismarck gelegen und daß das von ihm höchſt gewagte Spiel von ihm gewonnen wurde, ſey das Verdienſt

des preußiſchen Volks geweſen, vermöge der hohen Eigenſchaften dieſes Volks, die ſich in der Armee verkörpert hätten. Graf Bismarck erwiderte: „Die Verdächtigung, wir hätten willkürlich die Ehre, die Freiheit und Unabhängigkeit Preußens in ein Wagniß, in ein Spiel hinein geworfen, weiſe ich auf das beſtimmteſte als eine unwahre Parteierfindung zurück. Wir waren in der Lage, gegen ungerechte, lange vorbereitete Angriffe, gegen eine rechtswidrige Majoriſirung Preußens am Bunde, gegen eine Gefahr, welche nur mit Bajonetten von uns abgewehrt werden konnte, in ehrlicher Selbſtvertheidigung, in der Nothwehr zum Degen greifen zu müſſen, und das Wort ‚Spiel, verwegenes, gewagtes Spiel‘ darauf anzuwenden iſt — ich will den Ausdruck, der mir kam, nicht gebrauchen, er paßt hier nicht.“ (Lebhaftes Bravo.)

Auf die militäriſche Kraft des neuen Bundes kam alles an, denn es drohten ihm von außen noch mannigfache Gefahren. Das wurde denn auch von den Miniſtern und von allen guten Patrioten betont gegenüber den Thoren oder Uebelwollenden, die jetzt noch immer nur ihre liberale Schablone auskramten. Um nicht ungerecht zu ſeyn, muß man zugeben, daß es ſich um einen Ausnahmszuſtand handelte und daß die Verfaſſungen nicht nur Preußens, ſondern aller zum norddeutſchen Bunde zählenden Länder in einem ihrer weſentlichen Beſtandtheile auf einige Zeit gleichſam ſuspendirt wurden, ſofern der Bundesrath und Reichstag ein mehrjähriges Militärbudget feſtſtellte, gegen welches von keiner zweiten Kammer der betheiligten Staaten mehr auf Grund der Einzelverfaſſungen etwas ſollte eingewendet werden können. Allein die Umſtände erheiſchten mit zwingender Nothwendigkeit eine vorübergehende Dictatur, wie dergleichen Fälle in der altrömiſchen Republik weiſe vorausgeſetzt und geſetzlich geregelt worden waren. Die Kriegsbereitſchaft des neuen Bundes war die erſte Bedingung ſeiner Exiſtenz. Darauf kam alles an. Die Freiheit und das verfaſſungsmäßige Leben ſollte dadurch nicht aufgehoben ſeyn.

Twesten sagte: „Ich halte es für nicht thunlich, zuzugeben, daß wesentliche Zweige der Staatsverwaltung, über welche bisher jährlich mit der Landesvertretung verhandelt werden mußte, ein für allemal festgestellt und der Einwirkung der Landesvertretung entzogen werden. Und dieser Punkt ist für mich so wichtig, daß ich mich nicht in der Lage sehen würde, dem Verfassungswerke überhaupt zuzustimmen, daß ich es vielmehr, wenn eine solche Bestimmung in dieser Versammlung angenommen werden sollte, für geboten halten würde, daß der preußische Landtag die ganze Verfassung ablehnte, auf die Gefahr hin, daß nichts zu Stande käme, daß die Erwartungen des deutschen Volkes für eine endliche Constituirung Deutschlands abermals getäuscht würden. Ich glaube daher, in diesem Punkte wird die Regierung nachgeben und Concessionen an das berechtigte Verlangen des preußischen Volkes machen müssen. Meine Herren, bisher wurde über das Militärbudget alljährlich im preußischen Landtage verhandelt. Nach dem Entwurfe der Reichsverfassung soll ein für allemal ein Militärbudget festgestellt werden, welches also hinfort nicht mehr der Einwirkung der Landesvertretung in den einzelnen Staaten und des Parlamentes im Bundesstaate unterliegen soll. Es ist die Festsetzung getroffen, daß ein Präsenzstand des stehenden Heeres von etwa 300,000 Mann für die nächsten zehn Jahre verfassungsmäßig festgestellt und ein Militärbudget von ungefähr 67 Millionen Thalern jährlich der preußischen Regierung ein für allemal zu beliebiger Verwendung überwiesen wird. Neben der Budgetbewilligung ist nach dem Verfassungs-Entwurf auch die Militär-Gesetzgebung der Mitwirkung der gesetzgebenden Gewalten entzogen. Es ist allerdings nicht ausdrücklich gesagt worden, wie in Zukunft die Gesetzgebung geübt werden soll. Nach dem Verfassungs-Entwurfe sollen die bisherigen Gesetze nicht bloß, sondern auch Anordnungen, Instructionen, Reglements des preußischen Militärwesens für den ganzen Bundesstaat eingeführt werden. Wie in Zukunft die Militär-Gesetzgebung gehandhabt werden soll, ist nicht

geſagt; nur das Eine iſt hinzugefügt: auch künftige Reglements kann die preußiſche Regierung erlaſſen, und die übrigen Staaten haben ſie demnächſt unverweigerlich einzuführen. Man könnte hieraus ſchließen, daß in Zukunft die bloßen Reglements die Stelle der Geſetzgebung vertreten ſollen."

Köſter bemerkte: „Sowie Preußen auch nur einen Groſchen über die ihm zu bewilligenden 225 Thaler für den Mann bedürfen wird, tritt auch das Volk des Norddeutſchen Bundes ſogleich wieder in ſein Bewilligungsrecht ein. Es wird daher, und grade das halte ich für beſonders ſichernd und beruhigend für unſere künftigen Bundes-Finanzen, die Bundes-Kriegs-Verwaltung mit der alten und bewährten preußiſchen Sparſamkeit um den Preis ihrer Unabhängigkeit vom Reichsrathe zu ringen haben. Aber auch jenes Gleichgewicht der Macht, meine Herren, das zu allen Zeiten für die Grundbedingung jeder freiheitlichen Entwicklung gegolten hat, finde ich in der uns gemachten Verfaſſungs-Vorlage in einem hervorragenden Grade gewahrt. Während ſie von der einen Seite Preußen in allen Zweigen des Heerweſens, der Marine und der auswärtigen Angelegenheiten eine feſte und unbehinderte Executive ſichert, gibt ſie von der anderen Seite dem Reichstage, im Falle ſeiner Uebereinſtimmung mit der Mehrheit des Bundesrathes, nach Abſchnitt 2, Artikel 4, in den 13 dort namhaft gemachten Fällen das Recht, auch gegen den Willen der Präſidialmacht und ohne daß dieſer ein abſolutes oder ſuspenſives Veto zuſtände, Reichsgeſetze mit verbindlicher Kraft zu erlaſſen. Meine Herren, Sie werden mir einwerfen, daß eine ſolche Möglichkeit der gegebenen Macht und dem überwiegenden Einfluß Preußens gegenüber keine große Ausſicht auf Wahrſcheinlichkeit hat, und ich gebe Ihnen das zu, aber von der andern Seite wird Preußen dieſen Einfluß und dieſe Macht doch nur unter der Bedingung zu behaupten im Stande ſeyn, wenn es gut regiert und wohlfeil verwaltet wird, oder es werden ſich unfehlbar Coalitionen zwiſchen dem Reichstag

und dem Bundesrathe herausstellen, welche allerdings diese geringe Möglichkeit alsbald zur höchsten Wahrscheinlichkeit machen."

Twesten: „Nach dem Verfassungs-Entwurfe würden die einzelnen Landesvertretungen nie mehr über die Bedürfnisse der Militär-Verwaltung zu sprechen haben, der Reichstag aber auch nicht, sobald die Regierung nicht mehr verlangt, als ihr ein für allemal durch die gegenwärtige Bundes-Verfassung anheim gegeben wird. Ich habe nun wiederum außerhalb schon den Einwand gehört, die Militärbedürfnisse pflegten sich sehr stark zu steigern, die Regierung würde daher bald in die Lage kommen, Mehrforderungen aufzustellen, und dann würde ja das Parlament es in seiner Macht haben, seinen Einfluß mit voller Wirksamkeit geltend zu machen. Meine Herren! Dagegen erinnere ich einmal an unsere preußischen Erfahrungen, wonach in früheren Zeiten der Bedarf der Militär-Verwaltung lange Jahre hindurch ein äußerst constanter geblieben; in den Jahren von 1834 bis 1845 ist das Militär-Budget constant auf 26 Millionen in runder Summe stehen geblieben, und in ähnlicher Weise hat wiederum in den Jahren 1853 bis 1857 das Militär-Budget nicht weiter geschwankt als von 28—29 Millionen. Wenn jetzt nach den letzten ungeheuren militärischen Anstrengungen ein Budgetsatz festgestellt ist, der noch erheblich hinausgeht über die Bedürfnisse der letzten Jahre, so ist nicht abzusehen, daß die Regierung bald genöthigt seyn würde, sich wiederum wegen größerer Erfordernisse an die Landesvertretung zu wenden, und dabei bemerke ich, daß die gegenwärtige Rechnung in der That auch nach dem Verhältniß der letzten Jahre eine sehr hohe ist. In den Jahren 1862 bis 1865 hat der Militär-Etat nach den Voranschlägen 39—41 Millionen betragen, erst in diesem Jahre ist er dann auf 44 Millionen angeschwollen, und legt man die Rechnung des Verfassungs-Entwurfes zu Grunde, so würde danach auf die alten preußischen Provinzen statt der 44 Millionen, welche für das Jahr 1867 nach dem preußischen Budget gefordert

ſind, ein Militär-Budget von 45 Millionen fallen. Hiernach ſcheint es alſo, daß die Regierung allerdings ſich darauf eingerichtet hat, eine Reihe von Jahren ziemlich ſicher mit dieſem Satze auskommen zu können."

Waldeck eiferte: „Durch dieſe Beſtimmungen der Verfaſſung, welche ich aber hier nicht als eine Verfaſſung anſehen kann, ſondern deren andere Qualität als ein Vertrag zwiſchen Fürſten und Regierungen hervortritt — (dieſe doppelte Qualität müſſen wir immer unterſcheiden) — durch dieſe Beſtimmung in der Verfaſſung wird aufgehoben das preußiſche Kriegsminiſterium, das verantwortliche preußiſche Kriegsminiſterium, welches jetzt exiſtirt, wird aufgehoben, die Nothwendigkeit, dem preußiſchen Landtage ein Budget für alle Einnahmen und Ausgaben jährlich zur Bewilligung vorzulegen. Denn dieſe Möglichkeit iſt nicht mehr vorhanden nach dieſer Verfaſſung; es iſt keine Volksvertretung mehr vorhanden, die mit dieſem ordinären Budget irgend etwas zu thun hätte, nur für ganz außerordentliche Bedürfniſſe iſt vorgeſehen, daß das ſtattfinden ſolle. Meine Herren, ich weiß ja recht gut, daß von der conſervativen Seite vielfältig gewünſcht worden iſt, eine ſolche Scheidung des Budgets in Ordinarium und Extraordinarium vorzunehmen, es iſt das die von Metternich längſt proclamirte Theorie; aber es iſt nicht unſere preußiſche Verfaſſung, die das ſanctionirt, und zu allen Zeiten und von allen liberalen Männern iſt dieſer Punkt immer hartnäckig bekämpft worden. — Ich halte das volle Einnahme- und Ausgaberecht, das volle Budgetrecht für ein Recht der preußiſchen Volksvertretung; aber, meine Herren, wir dürfen auch da nicht von der preußiſchen Volksvertretung allein ſprechen; in Sachſen und Braunſchweig und noch in mehreren Staaten, die wir mit uns verbinden, exiſtirt das volle Budgetrecht. Wenn wir alſo eine Verfaſſung machen, ſo müſſen wir auch das volle Budgetrecht anerkennen. Es iſt dann der jährliche Etat über alle Einnahmen und Ausgaben hier vorzulegen. Ich finde es auch gar

nicht paſſend, daß in einer Verfaſſung ſteht: es ſollen gerade die Zölle ſeyn, die bewilligt werden. Es verſteht ſich das von ſelbſt, materiell, ſo lange ſie exiſtiren; ſie werden ſich ja immer vermindern und zuletzt wird es am Ende beſſer ſeyn, eine Beſteuerung, etwa Einkommenſteuer oder welche Art man will, für die Art und Weiſe, wie die Einnahme jetzt von der Regierung feſtgeſetzt wird, einzuführen. Wer in aller Welt will da dem Staate, der Centralgewalt die Hände binden, wie durch die Verfaſſung geſchieht, die doch nur wieder mit zwei Drittel Majorität aus der Welt geſchafft werden kann? Nein, als wir jene Länder, von denen jetzt viele Vertreter auch in unſerer Mitte ſitzen, die großen Gebiete von Hannover, Heſſen, Naſſau dem preußiſchen Staate verbanden und unſere Einwilligung dazu mit Freuden gaben (weil wir der Ueberzeugung waren, daß die Länder, wenn ſie auch jetzt, wie es nicht anders ſeyn kann, eine momentane Abneigung und momentane Hinderniſſe darbieten, ſich doch ſpäter mit uns zuſammen finden werden), wohl, ſo geſchah das unter der ausdrücklichen Bedingung, daß dieſe Länder, wie es nach unſerer Verfaſſung auch nur geht, nicht einer abſoluten Union, nicht einer Perſonalunion, ſondern der preußiſchen Verfaſſung unterliegen ſollten, und wir gaben der Regierung vertrauensvoll auch die Friſt, die ſie verlangte, da wir die Nothwendigkeit irgend einer Friſt anerkannten, wir gaben Friſt bis zum 1. October 1867. Nun, meine Herren, nehmen Sie dieſe Verfaſſung an, und wäre es denkbar, daß, ſo wie ſie da iſt, das preußiſche Abgeordnetenhaus darein willigt? Dann wäre die preußiſche Verfaſſung nicht mehr vorhanden, dann wäre der weſentlichſte Punkt dieſer Verfaſſung zerſtört, und wir würden dann jenen Ländern die preußiſche Verfaſſung in Ausſicht geſtellt, aber nicht gegeben haben."

Graf Bismarck entgegnete: „Sie müſſen doch die Regierung nicht in Verdacht haben, und keine der zweiundzwanzig Bundesregierungen, daß ſie ſich von der hiſtoriſchen conſtitutionellen Entwicklung Deutſch-

lands losſagen wolle, daß ſie nun dieſes Parlament etwa benutzen wolle, um den Parlamentarismus im Kampf der Parlamente gegen einander aufzureiben. Was hätten wir denn davon? Iſt denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine ſolche, die ſich zur Aufgabe geſtellt hat, eine Einheit im Feuer, oder gar in kaltem Metall, wenn das Feuer erkaltet ſeyn wird, zu ſchmieden, eine Einigung, die nicht überall in Europa mit Wohlwollen geſehen wird, daß dieſe Regierung es ſich gewiſſermaßen zur ſyſtematiſchen Aufgabe ſtellt, die Rechte der Bevölkerung auf die Theilnahme an ihren eigenen Geſchäften zu unterdrücken, abzuſchaffen; auf ein wildes Reactionsweſen ſich einzulaſſen, ſich in Kämpfen mit der eigenen Bevölkerung aufzuhalten, meine Herren, das können Sie von einer Dynaſtie, wie ſie über Preußen regiert, das können Sie von keiner der Dynaſtien, die augenblicklich in Deutſchland regieren, erwarten, daß ſie an ein nationales Werk mit dieſer Heuchelei — ich kann es nicht anders nennen — herangeht. Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich iſt. Es kann ſich nur handeln um die Grenze: wie viel, was iſt mit dieſer Sicherheit auf die Dauer verträglich? was iſt jetzt mit ihr verträglich? iſt ein Uebergangsſtadium nöthig? wie lange muß dies dauern? Es kann nicht in unſerer Abſicht liegen, das Militärbudget auch für den Zeitraum, wo es von Ihnen ſelbſt als eiſern behandelt werden ſollte, und ein ſolcher Zeitraum iſt meines Erachtens unentbehrlich, Ihrer Kenntniß zu entziehen. Es iſt hier geſagt worden, als wenn das Militärbudget mit einer gewiſſen Heimlichkeit nachher behandelt werden ſollte. So weit ich mir überhaupt dieſen Gedanken ſchon klar gemacht habe, ſo ſchwebt er mir in der Art vor, daß wir jedenfalls ein Budget vorlegen würden, welches die Geſammtausgaben des Bundes umfaßt, die militäriſche nicht ausgeſchloſſen; nur würden wir das auf der Baſis des mit der Vertretung für eine gewiſſe Dauer von Jahren abzuſchließenden Vertrages thun, ſo daß man uns an dem

Militärbudget für dieſe Zeit keine Streichung machen kann, wenigſtens keine ſolche, die nicht mit dem Bundesfeldherrn vereinbart wäre. Es iſt ja möglich, daß der Bundesfeldherr ſich überzeugt, dies oder jenes kann ich entbehren, daß er ſelbſt ſagt, das will ich. Aber es muß einen Zeitraum geben, in welchem die Exiſtenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Schwankungen der Majorität abhängt."

Die tapfern Generale v. Moltke und Vogel von Falkenſtein ließen ſich in der Debatte hören, jener mit gewohnter Feſtigkeit, Ruhe und Klarheit, dieſer mit faſt jugendlichem Feuer. Beide erklärten die dreijährige Dienſtzeit für unerläßlich. „Die Armee," ſagte General v. Moltke, „iſt keine productive Einrichtung, aber die Sicherheit, die ſie dem Staate gewährt, iſt das Mittel zu jeder volkswirthſchaftlichen Productivität. Der Dienſt gewöhnt an Zucht, Ordnung, Gehorſam und das ſind auch Mittel für die Productivität. Sehen wir um uns, alle Welt rüſtet. Wir hatten nach der Schlacht bei Königgrätz 664,000 Mann unter den Waffen und waren damals noch ſtärker als vorher in Folge unſerer militäriſchen Einrichtungen. Auch die Oeſterreicher haben ſich ſehr gut geſchlagen, aber es war kein Zuſammenhang unter den Leuten. Die Dienſtzeit iſt es, die den Zuſammenhang macht. Mit kurzer Dienſtzeit kann man wohl einen großen Haufen braver Leute zuſammenbringen, aber Truppen hat man nicht." (Lebhaftes Bravo.) Weiter ſagte Moltke: „Laſſen Sie die Militärverwaltung in beſtimmten Grenzen ſich frei bewegen, das Land, die Armee wird Ihnen Dank dafür wiſſen. Es handelt ſich hier um Fachfragen und auch eine Verſammlung der beſten patriotiſchen Männer wird ſich hier in der Lage befinden, daß ſie mit ſaurem Schweiß ſagen muß, was ſie nicht weiß! Gewähren Sie der Armee, was ſie bedarf, die Freiheiten des Volks werden nicht darunter leiden." Auch der Kriegsminiſter von Roon ſprach für die Aufrechterhaltung der Armeeorganiſation, wie ſie ſich ſo vortrefflich bewährt habe. Profeſſor v. Sybel, der früher im Berliner Abgeordnetenhauſe grade gegen dieſen

hochverdienten Kriegsminiſter ſo ungeberdig aufgetreten war, ergriff jetzt das Wort, um ehrenhaft zu revociren. „Ich habe früher gegen die Armeeorganiſation opponirt, nach den Erfolgen des vergangenen Jahres ſehe ich aber ein, daß ich mich im Irrthum befunden habe. Das Land würde es nicht verſtehen und Europa würde uns nur mit verdientem Hohne überſchütten, wenn wir dieſer Armeeorganiſation noch irgend etwas in den Weg legen wollten.“

Nur Schultze-Delitzſch hielt immer noch an der albernen Fiction feſt, der Staat brauche keine Armee, ſondern blos Verfaſſungsparagraphen und Kammerſchwätzer. Er wagte jetzt noch (es war in der Sitzung vom 5. April) zu ſagen: „Man fordere nur Mannſchaften und Geld, man weiſe auf das Ausland hin, aber unüberwindlich würden wir nur durch die Freiheit.“

Der feurige General Vogel von Falkenſtein ſagte unter anderem: „Ich glaube, meine Herren, wenn es möglich wäre, daß Sie ſich einmal in die Lage eines commandirenden Generals denken könnten: ich würde ſofort die allgemeine Anſicht von Ihnen hören: dreijährige Dienſtzeit! Sie wiſſen nicht, mit welcher Luſt man in den Krieg zieht, wie einem der Muth, der Unternehmungsgeiſt wächst, wie die Stimmung gehoben wird, wenn man weiß, daß man eine Truppe unter ſich hat, die kriegstüchtig ausgebildet iſt und auf die man ſich verlaſſen kann. (Lebhaftes Bravo.) Ja, meine Herren, man wird ſelbſt zu Abenteuern herangezogen, weil man weiß, mit ſolchen Truppen kann man ſchon ein Abenteuer beſtehen. — Von unſerer Seite will ich zuvörderſt hinſtellen — ich will einmal ganz aufrichtig und ehrlich gegen Sie ſeyn — daß es uns Soldaten, namentlich den Offizieren, ein drückendes Gefühl iſt, wenn wir von einem Friedensjahr in das andere hinübergehen und uns ſagen müſſen: der Staat hat uns beſoldet, hat uns erhalten, und wir haben doch nichts gethan, als bloß die Truppen, die uns einmal anvertraut werden ſollen, auszubilden. Meine Herren, Sie wiſſen gar nicht, was es da für eine Freude für einen Offizier

iſt, wenn es heißt: es giebt Krieg, es wird mobil gemacht! Da ſchlägt einem das Herz höher, denn da kommt der Zeitpunkt, wo wir dem Staate unſere Schulden abtragen können und wo wir ſie abtragen und zwar mit Zinſen, wie ein menſchliches Weſen ſie nicht höher abtragen kann, mit unſerem Herzblut! Ich glaube aber, meine Herren, auch von Ihrer Seite iſt es von großem Intereſſe, eine Armee zu haben, die in der Lage iſt, allen Eventualitäten begegnen zu können. Sie, meine Herren, ſind hier zuſammengekommen, um ein großes Werk zu begründen; es iſt unter denen, die von dieſer Stelle oder von ihrem Platze aus geſprochen haben, keiner, der nicht erklärt hätte, er habe den feſten Willen, er wolle Opfer bringen, das Werk ſolle und müſſe begründet werden; und, meine Herren, in wenigen Tagen werden Sie Ihr Wort gelöst haben. Aber, meine Herren, damit dürfte es denn doch nicht abgemacht ſeyn, daß wir hier ein Haus bauen, ohne zu wiſſen, daß wir es auch vertheidigen können, und hierzu, meine Herren, wird doch nichts beſſer ſeyn können, als eine kriegstüchtige Armee, welche das verſteht."

Der Kriegsminiſter bemerkte noch: „So wie in gewiſſen Deichordnungen allen übrigen Anforderungen an die Privaten die Forderungen für die Erhaltung des Deiches geſetzlich voranſtehen, ſo muß auch in unſerer Verfaſſung die Erhaltung der Armee unter allen Umſtänden geſichert ſeyn gegen alle zufälligen Strömungen der öffentlichen Meinung und augenblicklicher Verſtimmung."

v. Forckenbeck wollte am 6. April die Organiſation der Bundesarmee nur als ein Proviſorium bis zum Schluſſe des Jahres 1871 gelten laſſen und brachte deshalb ein Amendement ein. Wagener bemerkte ſehr richtig, es ſey überflüſſig, eine Armeeorganiſation, die ſich doch nicht ändern laſſe, erſt von einer Anerkennung abhängig machen zu wollen. „Wer hat die deutſche Einheit denn gemacht? Das Berliner Abgeordnetenhaus oder die Armee? jenes Haus hat alles mögliche gethan, um ſie zu verhindern. Unſere Bedeutung nach außen

haben wir durch die Armee, nicht durch eine Interpellation. Wem ſoll die Armee künftig gehorchen, dem König oder dem Parlament?“ General v. Steinmetz erhob ſich und bedauerte das geäußerte Mißtrauen gegen die Regierung. Wäre mehr Vertrauen da, ſo würde alles beſſer ſtehen. „Sie — zur Linken gewendet — haben nichts, als Ihren kalten Conſtitutionalismus. Als im vorigen Jahre die erſten Wolken am Horizont aufſtiegen, ſtanden nicht alle mit Gut und Blut ein, ſondern viele verkrochen ſich ins Mauſeloch, um von da aus hinterdrein ihre Weisheit wieder hören zu laſſen. Nach vollbrachter That, haben ſich die Herrn bekehrt? nein, ſie fahren fort — es muß das laut ins Land hinausgerufen werden — den Beſtand und die Tüchtigkeit der Armee zu untergraben. Man ſagt, die Ausgaben für die Armee ſeyen unproductiv, und doch, meine Herrn, erſt unter dem Schutze der Armee können Sie Geld machen. Wenn die Armee unterlegen wäre, hätten wir Schleſien verloren und der Wohlſtand des Landes wäre vernichtet geweſen. Wir haben das alles verhindert und das nennen Sie unproductiv? Bewilligen Sie der Armee, was ſie bedarf, ſie wird Ihnen dankbar dafür ſeyn, und denken Sie an das Wort Napoleons I., es iſt beſſer, das Geld für die Vertheidigung des Landes auszugeben, als daß der Feind komme und es ſich hole!“ (Beifall.) v. Vincke ſagte, nach vier Jahren würden unſere Feinde wohl noch die nämlichen ſeyn, man müſſe daher gerüſtet bleiben und könne nicht die Zeit voraus beſtimmen, wann man ſich entwaffnen wolle. Die Fortſchrittspartei ſolle doch endlich einſehen, daß das Volk nicht zu ihr, ſondern zur Regierung ſtehe. Hierauf erinnerte der edle Freiherr an die früheren Beſchlüſſe dieſer Fortſchrittspartei, als ſie noch die Mehrheit im Abgeordnetenhauſe hatte, Beſchlüſſe, deren Unvernunft jetzt doch wohl jedermann klar geworden ſey, z. B.: „Unbedingte Verwerfung der Politik Bismarcks! dieſem Miniſterium keinen Groſchen, auch dann nicht, wenn der Feind im Lande ſtände!“

Wenn wir hier die Reichstagsverhandlungen nicht ſtreng chronologiſch, ſondern nach den wichtigſten darin beſprochenen Materien behandeln, wird dies hoffentlich von unſern geneigten Leſern gebilligt werden.

In der Reichstagsſitzung vom 18. März 1867 proteſtirte Kantak im Namen der Polen gegen die Einverleibung des Großherzogthums Poſen in den norddeutſchen Bund. Graf Bismarck ermahnte die 13 polniſchen Abgeordneten, ſich keinen Illuſionen hinzugeben, das polniſche Volk genieße alle Rechte und Freiheiten der Deutſchen, erfreue ſich der Wohlthaten einer Civiliſation und eines Rechtsſchutzes, wie ſie die frühere polniſche Republik nie gekannt habe. Die polniſchen Unterthanen Preußens hätten ſich auch ſtets unter der preußiſchen Fahne durch Tapferkeit und Treue ausgezeichnet. Der Miniſterpräſident verfehlte nicht, bei dieſem Anlaß auch die deutſchen Abgeordneten durch das Beiſpiel jener unglücklichen polniſchen Republik daran zu erinnern, was dabei herauskomme, wenn ein Volk die perſönliche Freiheit höher ſtelle, als die Sicherheit nach außen. Dieſe Erinnerung war ſehr am Platz, denn das Berliner Abgeordnetenhaus wie früher ſchon das Frankfurter Parlament waren der polniſchen Unvernunft verfallen.

Es iſt nöthig, einiges Nähere aus der ſchlagenden Rede des Grafen Bismarck anzuführen, da es auf das Verhältniß der Deutſchen zu den Polen das klarſte Licht wirft. Zu bemerken iſt, daß das Großherzogthum Poſen halb von Deutſchen, halb von Polen bewohnt wird und daß von dort 15 Deutſche und nur 13 Polen in den Reichstag gewählt worden waren. Auch dieſe mit ihren feindlichen Tendenzen gegen Deutſchland wären von den, mit der preußiſchen Verwaltung ſehr zufriedenen polniſchen Bauern nicht gewählt worden wenn nicht die plumpſten und gewiſſenloſeſten Umtriebe von Geiſtlichen gemacht worden wären. Graf Bismarck legte einen Theil der Acten darüber vor. „Der Geiſtliche Wieczorkiewicz in Splawie hat

bei einer Zuſammenkunft mit polniſchen Bauern dieſe mit folgenden Worten angeredet: ‚Die Wahlen ſind vor der Thür; man muß ſich zuſammennehmen, ſonſt wird man uns verbieten, polniſch zu ſprechen, polniſch zu ſchlafen, polniſch zu beten, polniſch zu ſingen und zu weinen, polniſch eine Kanzelrede zu halten — unſere Kinder werden alle deutſch werden, und dann geht es in Deutſchland gerade ſo, wie in Rußland, dann werden wir gehangen werden, wenn wir uns Polen nennen.‘

Ein anderer Fall: Der Probſt Kunze in Kiebel, welcher als Wahlcandidat für den Wahlkreis Bomſt-Meſeritz aufgeſtellt war. Derſelbe hat nicht nur in verſchiedenen Ortſchaften, z. B. in der Stadt Wollſtein Wahlverſammlungen ſelbſt abgehalten — was einem Erlaß des hochwürdigen Erzbiſchofs direct widerſprach, — für ſeine Wahl agitirt, ſondern auch in den Parochien Priement, Altkloſter und Schlußenze, in welchen die Pfarrgeiſtlichen ſich von der Agitation fern hielten, ſelbſt die Leute zur Abgabe der Stimme für ihn zu bereden geſucht, indem er die bekannten Agitationsmittel bei Polen, man wolle ihnen ihre Sprache und ihren Glauben, bei Deutſchen, man wolle ihnen den katholiſchen Glauben nehmen, zur Anwendung brachte. Ferner: Die polniſchen Bauern zu Zodyn haben dem Rittergutsbeſitzer Jaenſch, als dieſer ſie am Montag den 11. Februar fragte, weshalb ſie denn zu der Partei des Probſtes Kunze übergehen wollten, erwidert, er möge doch ihnen das nicht nachtragen; ſie wüßten, daß ſie ihm ſo vieles zu danken hätten und daß er gewiß ihr Beſtes wolle — aber diesmal könnten ſie nicht anders, ſie dürften nicht ſeinem Rathe folgen; es handle ſich um ihr Seelenheil, der Obra'ſche Probſt habe ihnen geſagt, daß ſie, wenn ſie diesmal nicht ihm Folge leiſten und nicht ſeine Zettel abgeben, bei der Oſterbeichte nicht auf Abſolution rechnen könnten.

In Woynowo ſind die Frauen der deutſchen, aber katholiſchen Leute zu ihrem Dienſtherrn, Gutsbeſitzer Boehmak, gekommen, und

haben ihm Vorhalt gemacht, wie er ihre Männer könne zu einer Sache bereden wollen, bei welcher es ſich um ihr Seelenheil handle.

Auch der Probſt Zenbski in Slupia hat am 10. Februar d. J. über die Wahl gepredigt — das haben viele in demſelben Sinne von der Kanzel her gethan — und unter vielen Thränen ſeinen Parochianen verſichert, daß, wenn ſie nicht einen Polen wählen, ſie unzweifelhaft die katholiſche Religion und ihre polniſche Sprache aufgeben müßten. Nach dem Gottesdienſte ſind außerhalb der Kirche durch die Kirchendiener die Wahlzettel vertheilt worden. Ich lege dieſes Schriftſtück, welches, ich weiß nicht, ob 50 oder 20 Fälle enthält, auf den Tiſch des Hauſes nieder zu jedermanns Einſicht, und glaube es ſpäter durch den Druck veröffentlichen zu ſollen. Ueber die Provinz Weſtpreußen und den polniſch ſprechenden Theil derſelben ſind die umfaſſenderen Nachrichten noch nicht eingegangen. Aber aus den Bruchſtücken, die mir vorliegen, kann ich doch z. B. anführen, daß in Orten, wo es notoriſch nur drei Leute gab, die polniſch konnten, 130, ſämmtlich katholiſcher Confeſſion, geängſtigt durch die Sorge für ihren Glauben und für ihr Seelenheil, für den polniſchen Candidaten geſtimmt haben. Die Frauen ſind hierbei, wie gewöhnlich, in Bewegung geſetzt. Eine wird hier redend eingeführt: ‚Wenn wir jetzt zugeben, daß unſere Männer auf einen Deutſchen ſtimmen, ſo kommt in 14 Tagen ein evangeliſcher Geiſtlicher und tauft uns alle um und wir müſſen deutſch werden.‘

Ich ſetze hinzu, daß ich bei der Heiligkeit des geiſtlichen Standes nicht daran zweifeln kann, daß dieſe Herren das, was ſie ihren Beichtkindern geſagt haben, wirklich glauben; aber dann, meine Herren, herrſcht unter ihnen ein Grad der Unwiſſenheit in Bezug auf weltliche Dinge, der die Regierung dringend wünſchen laſſen muß, daß ihm von Seiten der höheren Geiſtlichkeit ein Ende gemacht werde, namentlich, wenn die Geiſtlichkeit dort die Inſpection über den Jugend-Unterricht behalten ſoll.“

Ferner erinnert Graf Bismarck an die Art und Weiſe, wie früher das unter dem deutſchen Orden bereits faſt ganz von Deutſchen bevölkerte Weſtpreußen von den Polen mißhandelt worden ſey, als es unter deren Herrſchaft kam. Im Jahr 1466 „kam Polen durch das Recht der Eroberung, ſpäter durch Verträge ſanctionirt, in den Beſitz von Weſt-Preußen, und benutzte dies ſehr bald, um das Land zu poloniſiren, nicht etwa, wie man uns Schuld gegeben hat, zu germaniſiren, durch Kultur, ſondern durch Feuer, Schwert und Zwang; es ſetzte gegen die geſchloſſenen Verträge polniſche Beamte nach Weſt-Preußen hinein, die ſich dort bereicherten, indem ſie den Adel theils aus ſeinen Gütern verdrängten, theils zwangen, ſich zu poloniſiren. So wurde aus der alten deutſchen Familie Hutten durch einfache Ueberſetzung des Namens Czapski, ſo aus dem deutſchen Namen Rautenberg das polniſche Klinski, aus Stein Kaminski. Ich könnte die Zahl bedeutend vermehren, unter der wir jetzt, während deutſches Blut urſprünglich in ihren Adern fließt, die heftigſten Gegner Deutſchlands ſehen. Die Städte wurden vertragswidrig in ihren Freiheiten beeinträchtigt; es wurde ſpäter die Religionsfreiheit gewährleiſtet, man hielt ſie auch theoretiſch aufrecht, aber man ſchloß die Kirchen, man nahm ſie weg und gab ſie den katholiſchen Gemeinden, die nicht vorhanden waren, die erſt geſchaffen werden mußten und nur aus dem Güter erwerbenden Adel und den Beamten, welche dorthin geſchickt, beſtanden. Manche der Städter — ich erinnere nur an Thorn — haben ihre Proteſte dagegen auf dem Schaffot zu büßen gehabt. Von 19,000 Dörfern waren durch die Verheerungen der Polen in Weſt-Preußen nach der Schlacht bei Tannenberg nur etwa 3000 übrig geblieben. Auch dieſe waren ihnen noch zu viel. Die Kriege zwiſchen Polen und Schweden räumten darin auf, und es iſt mehr als einmal geſchehen, daß entlaſſene polniſche Armeen in den verwüſteten deutſchen Dörfern coloniſirt wurden. Von denen ſtammen Ihre jetzigen Wähler, meine Herren, aus der

Gegend von Marienburg und Stuhm; das ſind coloniſirte polniſche Soldaten auf den Brandſtätten deutſcher Bauernhütten; daraus ſtammen Ihre Landsleute in Gegenden, von denen her die Quellen der deutſchen Kultur ſich über Preußen ergoſſen haben, in den Gegenden von Thorn, Rhaden, Fribeck, Löbau.

Meine Herren, wie Sie Angeſichts dieſer Thatſachen, dieſer Gewalt, die von Ihren Vorfahren jederzeit geübt wurde da, wo ſie die Macht dazu hatten, ſich auf die Geſchichte berufen, das verſtehe ich nicht.

Den Gedanken der Wiederherſtellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 — ich will nicht weiter zurückgreifen — braucht man nur auszudenken, um ſich von ſeiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es iſt eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug gibt; es gibt ſehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt, man ſpricht von 16 Millionen Polen. Das Gebiet der ehemaligen Republik Polen von 1772 iſt — ich abſtrahire ganz von dem, durch die Friedensſchlüſſe von 1660 an Schweden verlorenen, früher eroberten Livland, und von dem durch den Frieden von Andruſſow an Rußland jenſeits des Dnieprs abgetretenen Gebiete mit der Stadt Kiew ohne das heutige Gouvernement gleichen Namens — dennoch iſt das Gebiet, was übrig bleibt, heut von etwa 24 Millionen Menſchen bewohnt, unter dieſen befinden ſich 7½ Millionen Polen, mehr gibt es in der ganzen Welt nicht, und davon ſind 1½ Millionen zerſtreut in weiten Gebieten, welche die weſtlichen Gouvernements des ruſſiſchen Reiches ausmachen. Unter Völkerſchaften, die nicht nur keine Polen ſind, ſondern es auch gar nicht ſeyn wollen, die um alles in der Welt nicht unter die polniſche Herrſchaft zurück wollen, ſehen Sie nur in Galizien die Feindſchaft der Ruthenen gegen die Polen, denen ſie früher unterworfen waren, gleich den Weſtpreußen. Ich führe grade dieſes Beiſpiel an, weil es Allen bekannt iſt, und Sie werden daran

den Maßſtab haben, welches die Gefühle der über 10 Millionen Nicht-Polen ſind, die mit 1,200,000 Polen den Weſten des ruſſiſchen Reiches bewohnen. In den weſt-ruſſiſchen Provinzen ſtehen gegenüber den 10 pCt. Polen, die in ihnen zerſtreut wohnen, als frühere Herren, die mit der Eroberung gekommen ſind, und Land an ſich gebracht haben oder als Renegaten ihres Volkes polniſche Sitte und Sprache angenommen haben, 90 pCt. andere Völker, zum größten Theil ruſſiſchen Stammes, Ruthenen und Weißruſſen, dieſe ſprechen nur ruſſiſch, weinen ruſſiſch, wenn ſie unter polniſcher Herrſchaft ſind, ſie ſind Ruſſen und wollen Ruſſen bleiben, und ſtehen der ruſſiſchen Regierung bei im Kampfe gegen den polniſchen Adel. Die übrigen ſind Litthauer, Letten, Deutſche und eine ganz erhebliche Anzahl von Juden. Da haben Sie alſo von 24 Millionen 12 Millionen, wo es doch die äußerſte Ungerechtigkeit wäre, wenn man den 10 pCt. unter ihnen eine gefürchtete und verhaßte Herrſchaft über die übrigen 90 pCt. beilegen wollte. In Galizien, wie ich ſchon erwähnte, haben Sie 2 Millionen Ruthenen gegen 2 Millionen Polen in Weſt-Galizien, im Königreich Polen 3,400,000 Polen, außerdem ¼ Million Ruſſen im Südoſten vom Gouvernement Lublin und ¼ Million Litthauer vom Niemen bis ungefähr nach Suwolki am nordöſtlichen Zipfel des Königreichs; ferner haben Sie 300,000 Deutſche, 600,000 Juden und dann den Reſt von 3,400,000 Polen. Ich habe ſchon erwähnt, daß wir in der Provinz Poſen deren 800,000 haben, in der Provinz Weſtpreußen etwa 350,000. Zählen Sie dieſe Alle zuſammen (nur diejenigen aber, die compact genug wohnen, um ein Gemeinweſen zu bilden und die bei ſich zu Hauſe doch wenigſtens in der Majorität ſind), dann bekommen Sie, wenn ich mich nicht irre, 6½ Millionen Polen heraus, und im Namen dieſer 6½ Millionen Polen fordern Sie die Herrſchaft über 24 Millionen zurück mit einem Tone, einem Gefühl, als ob es die tiefſte, unwürdigſte Knechtung und Erniedrigung wäre, daß Sie die Leute nicht noch ferner

unter Ihrer Herrschaft haben und knechten können, wie es leider Jahrhundertelang, ja ein halbes Jahrtausendlang geschehen ist."

Der Abgeordnete von Henning fügte noch eine lehrreiche Notiz hinzu. Als Preußen das Herzogthum Warschau in Besitz nahm, handelte es aufs großmüthigste gegen die dortigen Polen. Als Preußen diese Provinz wieder verlor, erntete es den schwärzesten Undank: „Als von Preußen die Provinz Südpreußen eingerichtet war, befanden sich die Grundbesitzer jener Provinz in einer sehr gedrückten Lage; in Folge dessen nahm die Bank alle Kräfte zusammen und belieh die Güter der dort wohnenden Polen, und die Beleihungen fanden statt zu dem ungeheuren Betrage von 9 Millionen, nahe an 10 Millionen Thalern. Als nun durch den Tilsiter Frieden das Herzogthum Warschau gegründet und Südpreußen demselben einverleibt wurde, da wurde in jenem Frieden ausdrücklich ausgemacht, daß alle Summen, die die öffentlichen Institute irgendwie nach Südpreußen verliehen hatten, verbürgt und garantirt seyn sollten von der neuen Regierung des Herzogthums Warschau; die Bank war aber nicht namentlich genannt, weil diese damals, wie den Meisten bekannt seyn wird, in Preußen noch kein Privat-Institut war, wie sie es heute ist, an dem der Staat nur einen Antheil hat, sondern es war eine Staatsbank im eigentlichen Sinne des Worts. Nichtsdestoweniger wurde in dem Bayonner Vertrage von Seiten der Franzosen die Bank nicht als ein Staats-Institut, sondern als eine Privatanstalt erklärt: es wurden die gesammten Summen, welche die Bank nach dem Herzogthum Warschau geliehen hatte, confiscirt zu Gunsten des Herzogthums Warschau; ja, man ging weiter, man nahm nicht blos das Geld, welches die Bank geliehen hatte, sondern auch das, welches die Wittwen-Kasse, die Invaliden-Kasse, das Kadettenhaus in Potsdam und unzählige andere milde Stiftungen nach Südpreußen auf Hypotheken geliehen hatten. Alle die Summen wurden confiscirt, und jeder Privatmann, gegen den irgendwie Verdacht ausgesprochen

wurde, als ob er hätte mit der Bank in Verbindung ſtehen können, deſſen Capitalien wurden ebenſo confiscirt, ſo daß die Summe der damaligen Confiscationen, welche von Seiten des Herzogthums Warſchau ausgeübt wurden, die Höhe von 24,389,000 Thalern erreichte."

Am 1. April kam die Marine zur Berathung. Es handelte ſich zunächſt um die Sonderſtellung der Hanſeſtädte, die ferner vom Zollverein ausgeſchloſſen und Freihäfen bleiben wollten. Der Bundeskommiſſär Dr. Krüger ſagte: „Wenn der norddeutſche Bund, der vermöge der Hanſeſtädte die erſte Handelsmacht des Continents iſt, dieſe Stellung ferner behaupten will, ſo darf er dem Handel nicht die Geſetze ſeiner Exiſtenz vorſchreiben wollen, vielmehr muß er den Handel unter den Bedingungen hinnehmen, unter denen er ſich entwickelt hat. Sie vermögen, meine Herren, durch Sperrung der Grenzen eine Induſtrie zu erſchaffen, wenn Sie auch immer nur eine Treibhauspflanze ſich erziehen werden. Was aber der Staat mit keinen Mitteln zu erſchaffen im Stande iſt, das iſt der Handel! Ich muß endlich der wiederholt geäußerten Meinung, als ob es zur Frage ſtände, ein Monopol oder eine Erbſchaft des Particularismus in neue Verhältniſſe mit hinüberzunehmen, entgegentreten. Der Particularismus, meine Herren, klebt an der Scholle, auf der er erwächst. In einer Bevölkerung, die ihrer Natur nach ſehr beweglich iſt, deren einflußreichſte Elemente ihre Schule im Auslande und großentheils in fernen Welttheilen durchzumachen haben und dort an die Erreichung ihrer Zwecke ihre beſten Lebensjahre ſetzen, in einer Bevölkerung, die nahe dem Meere wohnt, die im täglichen Wechſelverkehr mit der ganzen Welt ſich befindet, die von allen politiſchen Ereigniſſen am nächſten und unmittelbarſten berührt wird, in einer ſolchen Bevölkerung iſt nicht der Boden für den Particularismus, von dem Sie reden. Engherzig wird man in den Hanſeſtädten nicht; viel näher läge die Gefahr, zu weitherzig zu werden. Aber meine Herren,

hiergegen ſind wir durch einen Umſtand weſentlich geſchützt. Wer längere Zeit im Auslande gelebt hat, wird es an ſich ſelbſt und anderen erfahren haben — ich wenigſtens darf es von mir ſagen — daß ſein Nationalgefühl nicht geſchwächt, ſondern durch die Gegenſätze lebhafter angeregt und ſelbſt bis zu hoher Empfindlichkeit geſteigert wird.

Ich glaube nirgends lebhafter als im Auslande wird der Deutſche das demüthigende Gefühl empfunden haben, daß, ſo freundlich man ihm auch dort begegnen mochte, doch ſeine Stellung mehr auf einer wohlwollenden Duldung, als auf derjenigen Achtung beruht, die eine große Nation für ſich in Anſpruch nehmen darf und in Anſpruch nehmen muß. Meine Herren! Grade an den Deutſchen im Auslande haben wir erfahren, daß ſie in der richtigen Beurtheilung der großen Ereigniſſe des letzten Jahres und in der Begeiſterung für die Grundlegung der deutſchen Einheit ihren heimiſchen Brüdern ein nachahmungswerthes Vorbild geweſen ſind.

Dieſe Bemerkung wird genügen, um Ihnen die Ueberzeugung zu gewähren, daß Sie von Seiten der Hanſeſtädte für alle großen nationalen Ziele das bereitwilligſte Entgegenkommen finden werden, und nur den Wunſch habe ich noch auszuſprechen, daß auch Sie, meine Herren, den durch die Hanſeſtädte vertretenen Intereſſen des großen Handels, denen Sie aus leicht erklärlichen Gründen bisher fern geſtanden haben, mit lebhafter Theilnahme ſich zuwenden mögen."

Der Abgeordnete Sloman erörterte die Wichtigkeit der Freihäfen und das große Intereſſe, welches Ackerbau und Induſtrie dabei hätten: „Es wird doch gewiß einem jeden einleuchten, daß es für die Conſumenten und für die Producenten eines jeden Landes, ſie mögen Fabrikanten, Landwirthe oder Handwerker ſeyn, von der größten Nothwendigkeit oder jedenfalls ein großes Bedürfniß iſt, in möglichſter Nähe den beſtaſſortirten, beſtverſehenen und eben ſeiner Nähe wegen

billigſten Markt zu haben für diejenigen Artikel, welche ſie zu consumiren haben oder deren ſie zur Anfertigung ihrer Erzeugniſſe benöthigt ſind; es wird doch ferner einleuchten, daß derjenige Markt, der den größten Umkreis in dieſer Weiſe zu verſehen hat, dieſe Bedingungen am beſten wird erfüllen können; folglich kann das Binnenland dabei nur gewinnen, wenn ſeine Häfen nicht nur auf das Binnenland angewieſen ſind, ſondern, wenn es möglich wäre, die ganze Welt oder doch ſo viel ſie deren erreichen können, mit ihren Producten verſehen; mit einem Worte, meine Herren! unbedingt werden doch 20 Millionen Menſchen — um eine Zahl zu nennen — beſſer dort kaufen können, wo ſich Vorräthe für 40 oder 50 Millionen anhäufen, als wenn ſich die Vorräthe nur auf die Bedürfniſſe der 20 Millionen reducirt hätten. In dem Maaße alſo, wie wir gezwungen ſind, viel zu importiren, um dieſe große Kundſchaft, wenn ich es ſo nennen darf, zu befriedigen, in demſelben Maaße ſind wir auch wieder gezwungen, zu exportiren, denn, meine Herren, ohne zu exportiren, können wir nicht importiren, wir müſſen doch etwas im Austauſch hergeben, da Sie ſehr gut wiſſen, daß man mit baarem Gelde ſeinen Import nicht bezahlen kann. Wir ſind alſo gezwungen, in demſelben Verhältniſſe zu exportiren, wie wir importiren, und je mehr wir zu importiren haben, deſto mehr müſſen wir exportiren. Bei ſolchem Export liegt es natürlich auf der flachen Hand, daß wir vorzugsweiſe auf die Erzeugniſſe Deutſchlands angewieſen ſind, daß wir auch darauf angewieſen ſind, für dieſe Erzeugniſſe alle nur möglichen neuen Abſatzquellen aufzufinden, und ſo hat es ſich denn als eine nothwendige Folge herausgeſtellt, daß auf allen Plätzen in allen Zonen der Welt ſich hanſeatiſche Etabliſſements gebildet haben, gerade um ihren Abſatz zu finden.

An allen dieſen Plätzen werden Sie deutſche Waaren, werden Sie deutſche Schiffe, werden Sie deutſche merkantiliſche Intelligenz

vertreten finden, und ich glaube, dieſer Ruhm kommt wohl den hanſeatiſchen Städten zu gute.

Wir könnten aber dieſe Geſchäfte gar nicht treiben ohne unſere Freihafenſtellung, und wenn ich die Aufmerkſamkeit des hohen Hauſes noch ein wenig in Anſpruch nehmen dürfte, ſo würde ich mir erlauben, Ihnen einige Beiſpiele aus dem praktiſchen Mechanismus des Handels vorzuführen.

Ein Haus hat z. B. ein Etabliſſement an der mexikaniſchen Küſte, ſo wird es je nach dem Bedürfniß des Landes alljährlich zwei, drei oder vier große Ausſendungen zu machen haben. Es wird dieſe Ausſendungen jetzt von Hamburg aus machen, aber, weil die Bedürfniſſe ſeines Etabliſſements nach den Erforderniſſen des Landes ſich nicht ganz und gar nur nach deutſchen Erzeugniſſen erſtrecken, ſo ſieht es ſich natürlich gezwungen, die Erzeugniſſe anderer Länder mit beizuladen. Dieſe können wir aber nur durch unſere Freihafenſtellung in Hamburg anſchaffen. Könnten wir ſie nicht in Hamburg bekommen, ſo würden wir die Expeditionen überhaupt nicht machen können; denn Sie werden ſehr gut begreifen können, meine Herren, ein Schiff mit einer Halbladung läßt ſich nicht expediren. Wir würden alſo gezwungen ſeyn, unſere Expeditionen vielleicht von England zu machen und die deutſchen Producte, die wir mitſchicken wollen, würden wir nach England ſchicken müſſen, um ſie dort beizuladen, während wir jetzt das Schiff in Hamburg beladen können, hauptſächlich natürlich mit deutſchen Erzeugniſſen, wie das aus der Natur der Sache entſpringt, und die Producte, die wir von anderen Ländern hinzugebrauchen, laſſen wir von dieſen Ländern zu uns kommen. Dieſes würde gar nicht durchgeführt werden können, wenn wir nicht die Freihafenſtellung hätten. Ich würde noch ein anderes Beiſpiel nennen können, meine Herren, wenn ich Sie nicht zu ſehr ermüde. Wir haben z. B. von Hamburg nach Norwegen und Schweden vier Dampf-Schifffahrts-Verbindungen. Dieſe Schiffe machen anſcheinend ein ganz gutes Geſchäft, ſie fahren

immer mit vollen Ladungen von Hamburg weg, aber die Ladungen beſtehen nicht ganz und gar aus deutſchen Producten. Sie werden vielleicht uns Hamburgern einen Vorwurf daraus machen, daß wir ſo wenig patriotiſch ſind, nicht dafür zu ſorgen, daß nur deutſche Erzeugniſſe mitgehen. Aber Sie müſſen verſtehen, meine Herren, wir können nicht dafür ſorgen, daß die Norweger und Schweden nur Geſchmack haben für deutſche Producte, wir müſſen finden, was ſie haben wollen, und irgend ein Beſchluß in dieſem Hauſe würde an dieſem Geſchmack auch gar nichts ändern. Alſo die Norweger und Schweden kommen herüber nach Hamburg, ſie finden dort Gelegenheit, die Producte aller Welt zu kaufen. Die Folge aber iſt wieder, daß ſie natürlich vorzugsweiſe deutſche Producte kaufen, daß die Dampfſchiffe, die regelmäßig Jahr aus Jahr ein fahren, in großer Maſſe mit deutſchen Producten beladen werden, und wenn wir ſie nicht ausfüllen könnten mit den Producten anderer Länder, ſo würden die Dampfſchiffslinien nicht beſtehen können, die Dampfſchiffe würden nicht fahren können, und ich möchte ſehen, wie die deutſchen Producte ihren Weg nach Norwegen finden können; ſie würden ihn auf einem Umwege finden müſſen und der deutſchen Induſtrie fiele das wiederum zur Laſt. Meine Herren, ich könnte Ihnen in dieſer Weiſe ſo viele Beiſpiele vortragen, daß wir die Sitzung bis morgen früh auszudehnen hätten. Ich habe mir nur erlaubt, Ihnen einige Beiſpiele aufzuführen. Wer nicht den Mechanismus des Handels genau kennt, kann kein Urtheil ſo haben, wie die, welche ſich täglich darin befinden. Ich wiederhole: deutſche Induſtrie und Handel würden verlieren, wenn Sie uns die Freihafenſtellung nehmen."

In Bezug auf die Kriegsmarine waren die Hamburger unter ſich ſelbſt nicht einerlei Meinung. Meier glaubte ſie um eine viel kleinere Summe brauchbar herſtellen zu können, als de Chapeaurouge.

In der Sitzung vom 2. April erinnerte Dr. Schleiden an die ſchnöde Art und Weiſe, wie die Frage der deutſchen Flotte vom

früheren Bundesrathe behandelt worden ſey: „Der heutige Tag iſt ganz beſonders geeignet, ſich darüber zu freuen, daß wir eine Bundesmarine erhalten ſollen. Es iſt gerade der Jahrestag desjenigen Tages, an welchem am 2. April 1852 der entſchlafene Bundestag den Beſchluß faßte, die damaligen Anfänge einer deutſchen Marine aufzulöſen, ſie unter den Hammer zu bringen. Im Herbſte des Jahres 1852 erfolgte dieſe Auflöſung, und für die beinahe 5 Mill. Thaler, die man auf deren Anſchaffung und Erhaltung verwendet hatte, erhielt man lumpige neunhundert und ſo und ſo viel tauſend Thaler wieder. Ich ſehe mit Freuden auf den heutigen Tag, wo wir die Errichtung einer Bundesmarine beſchließen ſollen. Ich erinnere mich bei dieſer Gelegenheit der erſten Anfänge der deutſchen Marine, zur Zeit des großen Kurfürſten, wo ſechs Fregatten unter preußiſcher Flagge exiſtirten, die ſiegreich gegen die Franzoſen kämpften, die den Spaniern reiche Beute abnahmen, und die in Weſtindien und — zum Schutz der deutſchen Colonie Friedrichsburg, welche erſt im J. 1720 unter König Friedrich Wilhelm I. aufgehoben wurde — an der Goldküſte von Afrika kreuzten: ich denke auch an das Jahr 1817, wo die Hanſeſtädte ſich an den deutſchen Bund wandten und die Errichtung einer deutſchen Flotte beantragten, zum Schutze gegen die damals bis in die Nordſee hinein ſchwärmenden Barbaresken.

Der Bundestag machte es damals, wie er es oft gethan hat. Die Commiſſion wußte keinen beſſeren Vorſchlag zu machen, als die beiden Großmächte, Oeſterreich und Preußen zu erſuchen, ſich doch geneigteſt bei den Großmächten, die zu gleicher Zeit Seemächte wären, dafür zu verwenden, daß ſie auch die deutſche Handelsflotte unter ihren Schutz gegen die Barbaresken nehmen möchten.

Es kam das Jahr 1848. Am 11. Mai — ich ſage es mit Freuden — habe ich ſelbſt das Schreiben entworfen, wodurch damals der 50er Ausſchuß die Bundesverſammlung aufforderte, einen Marinecongreß nach Hamburg zu berufen. Der Congreß kam zu Stande.

Er beſchloß die Errichtung einer Marine zweiten Rangs für Deutſchland mit einer urſprünglichen Herſtellungskoſtenſumme von ungefähr 10 bis 11 Millionen und einer jährlichen Ausgabe für jenen Zweck von — wenn ich mich recht erinnere — 3,600,000 Thalern. Wenige Tage ſpäter, am 8. Juni, faßte die Nationalverſammlung den Beſchluß, die ſofortige Ausſchreibung einer Umlage von 6 Mill. Thalern zu beantragen, um den Anfang einer Marine zu machen. Zu den 6,000,000 Thalern, die demnächſt auch ausgeſchrieben wurden, haben aber im ganzen nur 15 Staaten ihre Beiträge bezahlt, und dieſe Beiträge beliefen ſich nicht auf 6,000,000 Thaler, ſondern nicht einmal auf volle 4,000,000 Gulden. Im folgenden Frühjahr 1849 wehte allerdings auf 12 Kriegsſchiffen eine deutſche Flagge, dieſe Schiffe waren aber alle nicht viel werth, und als ſie in der Nähe von Helgoland ſich zeigten, da erließ bekanntlich Lord Palmerſton ſein berüchtigtes Schreiben, worin er von einer Piratenflagge, die ſich dort gezeigt habe, ſprach. Das, meine Herren, denke ich, werden wir nicht wieder zu befürchten haben, denn ich hoffe, daß die Kriegsflagge der Bundesmarine ſchnell die Anerkennung und allgemeine Achtung der ganzen Welt finden wird."

Aus den intereſſanten Reichstagsverhandlungen vom 28. März über das allgemeine Wahlrecht, über das fehlende Oberhaus und über den im Verfaſſungsentwurf beabſichtigten Ausſchluß der Beamten von der paſſiven Wahl verdient die Rede des Grafen Bismarck hervorgehoben zu werden.

Er ſagte über die allgemeinen Wahlen: „Das allgemeine Wahlrecht iſt uns gewiſſermaßen als ein Erbtheil der Entwicklung der deutſchen Einheitsbeſtrebungen überkommen; wir haben es in der Reichsverfaſſung gehabt, wie ſie in Frankfurt entworfen wurde; wir haben es im Jahre 1863 den damaligen Beſtrebungen Oeſterreichs in Frankfurt entgegengeſetzt, und ich kann nur ſagen: ich kenne wenigſtens kein beſſeres Wahlgeſetz. Es hat ja gewiß eine große Anzahl von

Mängeln, die machen, daß auch dieſes Wahlgeſetz die wirklich beſonnene und berechtigte Meinung eines Volkes nicht vollſtändig photographirt und en miniature wiedergiebt, und die verbündeten Regierungen hangen an dieſem Wahlgeſetz nicht in dem Maße, daß ſie nicht jedes andere acceptiren ſollten, deſſen Vorzüge vor dieſem ihnen nachgewieſen werden. Bisher iſt dieſem kein einziges gegenübergeſtellt worden. Ich habe nicht einmal curſoriſch im Laufe der Rede ein anderes Wahlgeſetz dieſem gegenüber rühmen hören: ich will damit nur motiviren, daß ‚verbündete Regierungen,‘ die gewiſſermaßen eine republikaniſche Spitze, die in dem Worte ‚verbündete Regierungen‘ liegt, bilden, keineswegs ein tief angelegtes Complott gegen die Freiheit der Bourgeoiſie in Verbindung mit den Maſſen zur Errichtung eines cäſariſchen Regiments beabſichtigt haben können. Wir haben einfach genommen, was vorlag und wovon wir glaubten, daß es am leichteſten annehmbar ſeyn würde, und weitere Hintergedanken nicht dabei gehabt. Was wollen denn die Herren, die das anfechten, und zwar mit der Beſchleunigung, deren wir bedürfen, an deſſen Stelle ſetzen? Etwa das preußiſche Dreiklaſſenſyſtem? Ja, meine Herren, wer deſſen Wirkung und die Conſtellationen, die es im Lande ſchafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß ſagen, ein widerſinnigeres, elenderes Wahlgeſetz iſt nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden. — Dann habe ich ſtets in dem Geſammtgefühl des Volks noch mehr Intelligenz als in dem Nachdenken des Wahlmannes bei dem Ausſuchen des zu Erwählenden gefunden, und ich appellire an die ziemlich allgemeine Erſcheinung, — ich weiß nicht, ob die Herren meine Wahrnehmungen alle theilen, aber ich habe den Eindruck, daß wir bei dem directen Wahlrechte bedeutendere Capacitäten in das Haus bringen, als bei dem indirecten. Um gewählt zu werden bei dem directen Wahlrechte, muß man in weiteren Kreiſen ein bedeutenderes Anſehen haben, weil das Gewicht der lokalen Gevatterſchaft bei dem Wählen nicht ſo zur Hebung kommt, in den ausgedehnten Kreiſen,

auf die es bei directer Wahl ankommt. Ich hoffe, das hohe Haus wird für die indirecte Schmeichelei, die ich hierdurch ausdrücke, empfänglich ſeyn.“ (Große Heiterkeit.)

Ueber das Oberhaus: „Es iſt mir an und für ſich nicht leicht, mir ein deutſches Oberhaus zu denken, das man einſchieben könnte zwiſchen den Bundesrath, der, ich wiederhole es, vollkommen unentbehrlich iſt, als diejenige Stelle, wo die Souveränetät der Einzelſtaaten fortfährt, ihren Ausdruck zu finden, — das man alſo einſchieben könnte zwiſchen dieſem Bundesrath und dieſem Reichstage, ein Mittelglied, welches dem Reichstage in ſeiner Bedeutung auf der ſocialen Stufenleiter einigermaßen überlegen wäre, und dem Bundesrathe und deſſen Vollmachtgebern hinreichend nachſtände, um die Claſſifikation zu rechtfertigen. Wir würden in der Verſammlung nicht ſouveräne Pairs, Mitglieder haben, die ihrerſeits geneigt ſind, zu rivaliſiren mit den mindermächtigen Souveränen in ihrer ſocialen Stellung. Der Bundesrath repräſentirt bis zu einem gewiſſen Grad ein Oberhaus, in welchem Se. Majeſtät von Preußen primus inter pares iſt, und in welchem derjenige Ueberreſt des hohen deutſchen Adels, der ſeine Landeshoheit bewahrt hat, ſeinen Platz findet. Dieſes Oberhaus nun dadurch zu vervollſtändigen, daß man ihm nichtſouveräne Mitglieder beifügt, halte ich praktiſch für zu ſchwierig, um die Ausführung zu verſuchen. Dieſes ſouveräne Oberhaus aber in ſeinen Beſtandtheilen außerhalb des Präſidiums ſo weit herunterzudrücken, daß es einer Pairskammer ähnlich würde, die von unten vervollſtändigt werden könnte, halte ich für unmöglich, und ich würde niemals wagen, das einem Herrn gegenüber, wie der König von Sachſen iſt, auch nur anzudeuten. Der hauptſächliche Grund aber, warum wir keine Theilung des Reichstages in zwei Häuſer vorgeſchlagen haben, liegt immer in der zu ſtarken Complicirung der Maſchine. Die Geſetzgebung des Bundes kann ſchon durch einen anhaltenden Widerſpruch zwiſchen dem Bundesrathe und dem Reichstage

zum Stillſtande gebracht werden, wie das in jedem Zweikammerſyſtem der Fall iſt; aber bei einem Dreikammerſyſtem, — wenn ich einmal den Bundesrath als Kammer bezeichnen darf — würde die Möglichkeit, die Wahrſcheinlichkeit dieſes Stillſtandes noch viel näher liegen, wir würden zu ſchwerfällig werden."

Ueber den Ausſchluß der Beamten: „Da ich einmal das Wort habe, ſo bemerke ich noch einiges über den Schlußpaſſus des Artikels, nämlich den Ausſchluß der Beamten. Dieſe Beſtimmung hat ihren Grund in den mannigfachen Uebelſtänden, die mit der Betheiligung der Beamten an den öffentlichen Verhandlungen zweifellos verbunden ſind und die hier von der Tribüne her ſchon berührt worden ſind. Als einen derſelben, der hier noch beſonders maßgebend hat ſeyn können, bezeichne ich die Beſorgniß, daß Beamte zu ſehr geneigt ſeyn möchten, den particulariſtiſchen Regungen derjenigen Bundesregierung, der ſie dienen, Ausdruck zu geben in der Verſammlung. Die andern Gründe dagegen ſind mehr allgemeiner Natur, und für mich der Hauptgrund iſt die Lockerung der Disciplin in dem Beamtenſtande. Je mächtiger die parlamentariſchen Einflüſſe auf das Staatsleben einwirken, deſto nothwendiger iſt meines Erachtens eine ſtraffe Disciplin in dem Beamtenſtande. Wir haben in Preußen augenblicklich gewiſſermaßen zwei Verfaſſungen, die neben einander laufen: wir haben die alte Conſtitution des Abſolutismus, die ihre Schutzwehr gegen Willkür in der Unabſetzbarkeit der Beamten fand, und wir haben die moderne conſtitutionelle Verfaſſung, mit welcher in faſt allen andern Ländern dieſe Unabſetzbarkeit der Beamten unverträglich gedacht wird. Wir — wenn ich ſage ‚wir', ſo meine ich in dieſem Augenblick die preußiſche Regierung — die Regierung, die handeln, die ſich bewegen ſoll, fühlt ſich gehemmt von allen Seiten. Sie kann nicht einmal einen Beamten, der zwar formell ihren Anordnungen gehorcht, der aber in den Geiſt nicht eingeht, ſie kann ihn nicht abſetzen.

Es hat das ſeine großen Vorzüge. Ich möchte die Integrität des preußiſchen Beamtenſtandes, ſein Anſehen, ſein Gefühl der Würde, was ihn bei ſchlechter, oft unzulänglicher Beſoldung über Verſuchungen hinweghebt, um keinen Preis verloren geben und möchte lieber die Uebelſtände einer gehemmten und genirten Regierung noch länger tragen, als unbeſonnen in dieſe Schwierigkeiten hineinſchneiden. Aber gerade, weil wir ſie nicht beliebig beſeitigen können, ſo bedürfen wir aller Mittel, die geeignet ſind, eine ſtrenge Disciplin feſtzuhalten, und ſcheuen uns vor allem, was geeignet iſt, ſie zu lockern. Ich kann nicht behaupten, daß es im Lande einen günſtigen Eindruck macht, ich kann kaum daran zweifeln, daß es das unbehagliche und berechtigte Gefühl, daß etwas krank ſeyn müſſe im Staate, hervorruft, wenn man erlebt, daß in der Oeffentlichkeit ein Beamter ſeinem höchſten Chef entgegentritt und ihm gegenüber und in Bezug auf ihn öffentlich eine Sprache führt, die derſelbe Beamte unzweifelhaft zu wohlerzogen iſt, um ſie zu Hauſe ſeinem Kanzleidiener gegenüber zu führen."

Der Reichstag nahm am 2. April die vom Bundesrath vorgeſchlagenen neuen Farben des künftigen norddeutſchen Bundes an, nämlich die preußiſchen Farben ſchwarz und weiß, zu denen man noch das Roth der hanſeatiſchen Flagge hinzugefügt hat. Duncker machte mit Recht geltend, man hätte die ſchwarz-roth-goldne Fahne nicht aufgeben ſollen, denn dieſe Farben ſeyen die des deutſchen Reichs, oder wenn man dies beſtreiten wolle, wenigſtens ſeit den Freiheitskriegen die Farben des erſehnten, idealen deutſchen Reiches geweſen, die Fahne der beſten deutſchen Patrioten. Man hätte daher ihre Farben beibehalten ſollen, trotzdem, daß der Bundestag ſie 1848 mißbraucht habe und trotzdem, daß dieſe Farben im letzten Kriege von Gegnern Preußens getragen wurden. Wir glauben, daß Duncker hierin Recht hatte, und fügen nur noch hinzu, daß Schwarzrothgold die Farben der deutſchen Burſchenſchaft zur Zeit der patriotiſchen Begeiſterung nach

den Freiheitskriegen gewesen sind, lange vor dem Zeitpunkt, in welchem der französisch gefärbte Liberalismus in Deutschland aufkam. Wir folgern daraus, daß auch der Gebrauch, den die liberale Partei im Jahre 1848 von diesen Farben gemacht hat, für die conservative Partei kein Grund seyn darf, dieselben zu verschmähen. Der deutsche Patriotismus, wie er rein und jungfräulich, fromm, treu und tapfer aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, hat ein Recht auf diese Farben, das erste und älteste Recht. Und wenn dieser Patriotismus einmal das ganze deutsche Volk erfüllen und das große deutsche Reich fertig seyn würde, dann sollte auch jenen Farben noch ihr gutes Recht werden.

Als Curiosum sey bemerkt, daß ein ehemaliger deutscher Bundesstaat spurlos verloren gegangen war, nämlich das kleine Fürstenthum Lichtenstein, das nicht einmal beim Project des Südbundes zu diesem zugezogen, sondern einfach vergessen wurde.

In der Reichstagssitzung am 10. April hatte der sächsische Abgeordnete Bebel die Naivetät, zu sagen: „Es handelt sich hier nicht um die Gründung der deutschen Einheit, sondern nur um eine Vergrößerung der hohenzollernschen Hausmacht. Preußen will auch den Eintritt Süddeutschlands in den Bund nicht. Man will Norddeutschland nur zu einer großen Kaserne machen; darum stimme ich gegen den Artikel und gegen die ganze Verfassung!“ — Diese classische Rede kennzeichnete die ganze Logik des Particularismus. Während man um keinen Preis eine Einheit Deutschlands zu Stande kommen lassen, sondern nur die Kleinstaaterei fortdauern lassen wollte und desfalls Preußen, das zur Einheit drängte, jeden erdenklichen Widerstand leistete, warf man ihm höhnisch vor, es wolle gar keine Einheit. — Weber von Stade entgegnete dem sächsischen Demosthenes, es handle sich allerdings um die deutsche Einheit und der Reichstag, der nicht so viele Rücksichten zu nehmen habe, wie die Regierung, solle aussprechen, daß man das ganze Deutschland einigen wolle, daß

nichts Geringeres die deutſche Nation befriedigen könne. „Im Hintergrunde droht die Wolke der Luxemburger Frage, aber wenn das deutſche Volk zuſammenſteht, ſo braucht es eine Welt in Waffen nicht zu fürchten!“

Der großherzoglich heſſiſche Bundescommiſſär Hoffmann bemerkte zu einer, den Eintritt des Großherzogthums in den norddeutſchen Bund betreffenden Interpellation: „Für einzelne Uebelſtände, welche durch die bisherige Theilung des Großherzogthums (Oberheſſen gehört ſchon zum norddeutſchen Bunde, das größere Niederheſſen noch nicht) herbeigeführt ſind, kann auf dem Wege der Verträge wohl Abhülfe geſchafft werden, aber eine gründliche und vollſtändige Beſeitigung dieſer Uebelſtände kann nur durch den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den Bund erfolgen. Natürlich werden die von dem Großherzogthum zu tragenden Laſten dann größer ſeyn, als ſie jetzt ſind, und es wird daher insbeſondere auch ein Einverſtändniß zwiſchen der großherzoglichen Regierung und der Landesvertretung erforderlich ſeyn; von dem patriotiſchen Geiſte der großherzoglichen Regierung und der Ständeverſammlung hoffe ich indeſſen zuverſichtlich, daß die Löſung der Frage in nicht zu langer Zeit ſo erfolgen wird, wie das Intereſſe des Geſammtvaterlandes ſie erfordert.“

Die Bundesregierungen hatten in ihrer Verfaſſungsvorlage die Diäten für die Reichstagsmitglieder ausgeſchloſſen. Ein Abgeordneter wies auf die Gefahr des „gewerbsmäßigen Parlamentarismus“ hin, der einreißen könnte und zum Theil ſchon eingeriſſen iſt, ſofern viele aus ihrer Kammerthätigkeit ein einträgliches Handwerk machen und viele ſich zu den paſſiven Wahlen nur der Diäten wegen drängen. Der ſächſiſche Staatsminiſter, Freiherr von Frieſen, machte noch beſonders auf den Zuſammenhang der Diätenfrage (§ 29 des Entwurfs) und des allgemeinen Wahlrechts (§ 21) aufmerkſam und äußerte, man habe das allgemeine Wahlrecht nur in der Vorausſetzung angenommen, daß es nicht zu einer Induſtrie mißbraucht

werde, daß also die Diäten wegfallen müßten. Gleichwohl wollte die Mehrheit des Reichstags die Diäten behalten und nur die Festigkeit des Bundesraths setzte die Abschaffung bei der Schlußberathung durch.

Der Reichstag hatte seine Aufgabe endlich in Durchberathung des Verfassungsentwurfs für den Norddeutschen Bund gelöst und die brennende Luxemburger Frage hatte nicht wenig beigetragen, die letzten Berathungen zu beschleunigen und eine große Mehrheit für das Verfassungswerk zu einigen, das man gegen jeden Angriff von außen schützen wollte. Der Bundesrath ließ sich alle vom Reichstag dem Entwurf angehängten Amendements gefallen und erklärte sich zur Annahme bereit, wenn der Reichstag von seiner Seite nur in zwei Punkten nachgäbe, nämlich von den Diäten abstehe und die Heereseinrichtung des norddeutschen Bundes genehmige. Am 15. April gab deshalb Graf Bismarck im Namen der Regierungen seine Erklärung ab und am 16. nahm der Reichstag mit der großen Mehrheit von 230 gegen 53 Stimmen diese Bedingungen und somit auch die Verfassung an.

Am folgenden Tage, 17. April, erfolgte der Schluß des Reichstags durch den König von Preußen im weißen Saale. Die Mitglieder der extremen Opposition im Reichstag (Particularisten, Demokraten, Ultramontane, Polen und Dänen) hatten sich vorher entfernt. Die auswärtige Diplomatie war sehr vollzählig anwesend, nur der französische Gesandte fehlte.

Die Thronrede lautete: „Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes! Mit dem Gefühle aufrichtiger Genugthuung sehe ich Sie am Schlusse Ihrer wichtigen Thätigkeit wiederum um Mich versammelt. Die Hoffnungen, die Ich jüngst von dieser Stelle zugleich im Namen der verbündeten Regierungen ausgesprochen habe, sind seitdem durch Sie in Erfüllung gebracht.

Mit patriotischem Ernste haben Sie die Größe Ihrer Aufgabe

erfaßt, mit freier Selbſtbeherrſchung die gemeinſamen Ziele im Auge behalten. Darum iſt es uns gelungen, auf ſicherem Grunde ein Verfaſſungswerk aufzurichten, deſſen weitere Entwicklung wir mit Zuverſicht der Zukunft überlaſſen können.

Die Bundesgewalt iſt mit den Befugniſſen ausgeſtattet, welche für die Wohlfahrt und die Macht des Bundes unentbehrlich, aber auch ausreichend ſind; den Einzelſtaaten iſt, unter Verbürgung ihrer Zukunft durch die Geſammtheit des Bundes, die freie Bewegung auf allen den Gebieten verblieben, auf welchem die Mannigfaltigkeit und Selbſtändigkeit der Entwicklung zuläſſig und erſprießlich iſt. Der Volksvertretung iſt diejenige Mitwirkung an der Verwirklichung der großen nationalen Aufgabe geſichert, welche dem Geiſte der beſtehenden Landesverfaſſungen und dem Bedürfniſſe der Regierungen entſpricht, ihre Thätigkeit von dem Einverſtändniſſe des deutſchen Volkes getragen zu ſehen.

Wir alle, die wir zum Zuſtandekommen des nationalen Werkes mitgewirkt, die verbündeten Regierungen ebenſo, wie die Volksvertretung, haben bereitwillig Opfer unſerer Anſichten, unſerer Wünſche gebracht; wir durften es in der Ueberzeugung thun, daß dieſe für Deutſchland gebracht ſind, und daß unſere Einigung derſelben werth war.

In dieſem allſeitigen Entgegenkommen, in der Ausgleichung und Ueberwindung der Gegenſätze iſt zugleich die Bürgſchaft für die weitere fruchtbringende Entwicklung des Bundes gewonnen, mit deſſen Abſchluß auch die Hoffnungen, welche uns mit unſern Brüdern in Süddeutſchland gemeinſam ſind, ihrer Erfüllung näher gerückt werden. Die Zeit iſt herbeigekommen, wo unſer deutſches Vaterland durch ſeine Geſammtkraft ſeinen Frieden, ſein Recht und ſeine Würde zu vertreten im Stande iſt. Das nationale Selbſtbewußtſeyn, welches im Reichstage zu erhebendem Ausdruck gelangt iſt, hat in allen Gauen des deutſchen Vaterlandes kräftigen Widerhall gefunden. Nicht minder

aber iſt ganz Deutſchland in ſeinen Regierungen und in ſeinem Volke darüber einig, daß die wiedergewonnene nationale Macht vor allem ihre Bedeutung in der Sicherſtellung der Segnungen des Friedens zu bewähren hat.

Geehrte Herren! Das große Werk, an welchem mitzuwirken wir von der Vorſehung gewürdigt ſind, geht ſeiner Vollendung entgegen. Die Volksvertretungen der einzelnen Staaten werden dem, was Sie in Gemeinſchaft mit den Regierungen geſchaffen haben, ihre verfaſſungsmäßige Anerkennung nicht verſagen. Derſelbe Geiſt, welcher die Aufgabe hier gelingen ließ, wird auch dort die Berathungen leiten.

So darf denn der erſte Reichstag des Norddeutſchen Bundes aus ſeiner Thätigkeit mit dem erhebenden Bewußtſeyn ſcheiden, daß der Dank des Vaterlandes ihn begleitet, und daß das Werk, welches er aufgerichtet hat, ſich unter Gottes Beiſtand ſegenbringend entwickeln wird für uns und für künftige Geſchlechter.

Gott aber wolle uns alle und unſer theures Vaterland ſegnen!"

Die Verfaſſung des norddeutſchen Bundes, wie ſie aus der Berathung des Reichstags hervorgegangen und vom Bundesrath angenommen worden war, blieb im Weſentlichen dem Entwurfe treu. Sie garantirte den Bundesſtaaten gemeinſames Indigenat, vollkommene Vereinigung des Heer- und Seeweſens, der auswärtigen Vertretung, des Zollweſens, der Handelsgeſetzgebung, des Poſt- und Telegraphenweſens, des Eiſenbahnweſens, gleiches Maß-, Münz- und Gewichtſyſtem. Sie ſicherte ferner den verbündeten Fürſten unter dem Vorſitze Preußens das Stimmrecht im Bundesrathe und die Theilnahme an den verwaltenden Ausſchüſſen. Sie ſicherte dem Reichstag das allgemeine Wahlrecht, Redefreiheit, Unabhängigkeit von jeder Inſtruction und verſagte nur aus den angegebenen Gründen die Diäten. Sie ſicherte dem Bunde eine ſtarke Stellung nach außen, indem ſie Heer und Marine dem preußiſchen Oberbefehl unterſtellte, auf preu-

ßiſchen Fuß einrichtete, die Stärke des Bundesheeres im Frieden zu ein Prozent der Bevölkerung beſtimmte und dem Bundesfeldherrn (König von Preußen) jährlich ſo viel Mal 225 Thaler zu bezahlen vorſchrieb, als aus den verſchiednen Bundesgebieten Individuen ins Heer eintreten und auf ſo lange, als ſie darin präſent ſind. Sie erhielt den Hanſeſtädten ihre bisherigen Freihäfen und ſie hielt den ſüddeutſchen Staaten den Anſchluß an den Bund offen. Sie leiſtete mithin das Wichtigſte und Weſentlichſte, was die Situation erforderte, indem ſie die divergirenden Intereſſen möglichſt ausglich und ſchonte. In einigen Punkten gaben die Regierungen nach, indem ſie z. B. die Wahl von Beamten in den Reichstag zuließen, in noch weſentlicheren Punkten gab aber auch der Reichstag nach und die Hauptſache, die Stärke des Bundesheeres, ſeine muſterhafte und gleichförmige Organiſation und ſeine einheitliche Führung, blieb unangetaſtet.

Zweiundzwanzigſtes Buch.

Rußland und die orientaliſche Frage.

Kaiſer Alexander II. von Rußland benutzte die Zeit, in welcher Oeſterreich und ſeine Verbündeten ſelbſtmörderiſch den blutigen Racenkrieg der deutſchen Stämme begannen und man auch ſchon auf einen Krieg der germaniſchen und romaniſchen Race rechnen konnte, ſehr klug und geſchickt, um ſein großes Slavenreich innerlich zu befeſtigen, in Mittelaſien ſeine Eroberungen fortzuſetzen und eine neue Verwicklung im Orient einzufädeln, da ihm diesmal die deutſchen Großmächte und die Weſtmächte durch ihre gegenſeitige Verbiſſenheit und Abſchwächung die ſchönſte Gelegenheit öffneten, den unveränderlichen Gedanken der ruſſiſchen Politik (die Eroberung Conſtantinopels) endlich zu verwirklichen. Er brauchte nur noch ein wenig zu warten, bis aus dem unnatürlichen Bruderkampf der deutſchen Stämme ein eben ſo unnatürlicher Kampf zwiſchen Deutſchland und Frankreich hervorgehen und auch England dabei engagirt ſeyn würde. Während

dieſe alle nun über einander herfallen würden, wollte Rußland den Rieſenſchritt über das ſchwarze Meer hinüber machen und bereitete alles dazu vor, langſam, aber ſicher.

Im Innern Rußlands wurde die Abſchaffung der Leibeigenſchaft glücklich und ruhig vollendet. Der Mordverſuch Karakaſofs, eines ruſſiſchen Edelmanns, auf den Kaiſer am 16. (4.) April 1866 wurde durch einen Bauern vereitelt, der ihm noch rechtzeitig in den Arm fiel. Der Mörder war durch die Emancipation der Leibeigenen um ſein ganzes Vermögen gekommen und wollte ſich rächen; er wurde gehenkt, der Bauer Komiſſarow in den Adelſtand erhoben.

In der kaiſerlichen Familie war die einzige Veränderung von Wichtigkeit der Tod des Thronfolgers Nicolaus, der in den Bädern von Nizza ſtarb, ehe er noch ſeine Braut, Prinzeſſin Dagmar von Dänemark heirathen konnte. Sie wurde am 9. November 1866 die Gemahlin ſeines Bruders, des nunmehrigen Thronfolgers Alexander.

Man erfuhr, in der Staatsverwaltung herrſche noch immer das Beſtechung- und Betrugſyſtem fort, wie früher. Im September 1866 wurden deshalb zwei hohe Beamte, Geheimrath Gaſtinski und Staatsrath Zalowlew, nach Sibirien geſchickt. Der ruſſiſche Adel, der durch das neue Bauerngeſetz ſo viel verloren hatte, hoffte in einem Reichsrath Erſatz zu finden, aber auch die leiſeſte Andeutung in Bezug auf einen ſolchen wurde von der Regierung energiſch zurückgewieſen. Der Provinziallandtag von Petersburg wurde im Anfang des Januar 1867 aufgelöst. „Sein Verbrechen reducirt ſich auf eine diplomatiſch zweideutig gehaltene Bitte um eine Geſammtvertretung des Reiches. Es brachte nämlich in einer der letzten Sitzungen des Gouvernements-Landtages Graf Schuwaloff den Vorſchlag ein, ‚die Entwicklung des Geſetzes vom 21. November (welches die Machtbefugniſſe der alten Adelsverſammlungen erweiterte) auf Grundlage der Gleichheit und des Rechtsſchutzes aller durch Zuſammenwirken der Centralverwaltung und der Zemſtro zu erbitten.‘

Zemſtro iſt nun aber die ruſſiſche Bezeichnung für die gegenwärtig beſtehenden, mit beſchränkten Rechten ausgeſtatteten Provinzial-Vertretungen; Zemſtro heißt aber auch der von vielen gewünſchte allgemeine Landtag, von dem doch eigentlich allein die Rede ſeyn kann, wenn er mit der Centralregierung zuſammenwirken ſoll. Graf Schuwaloff wurde denn auch von zwei Mitgliedern über den Sinn des Wortes in dieſem Falle interpellirt; er zog ſich aus dieſer Verlegenheit, indem er meinte, das Wort ‚erbitten' beweiſe ſchon, daß man die Regierung als eine höhere, befehlende Macht betrachte; es ſey daher eine nähere Präciſirung nicht nothwendig. Auf dieſe Interpretation hin nahm der Landtag ſeinen Antrag mit 38 gegen 8 Stimmen an. Eine weitere Sünde der aufgelösten Körperſchaft war die, daß ſie ſich bei der Votirung der Steuer nicht ſtreng an den Modus hielt, welchen die Regierung angeordnet hatte."

Die eigentliche altruſſiſche Partei im Adel hatte ſich mit der Fortſchrittspartei verbunden, ſeitdem durch Aufhebung der Leibeigenſchaft ihr der Grundbeſitz gleichſam unter den Füßen weggezogen worden war. Sie ſuchte daher nach einer neuen verfaſſungsmäßigen Baſis, um dadurch in die Regierung zu gelangen, eine ſeltſame Verbindung des barbariſchen Bojaren- und Bartruſſenthums mit der doctrinären Schablone des conſtitutionellen Occidents. Der Hauptſitz dieſer Partei war immer noch Moskau, die alte Hauptſtadt des Reichs, das Lager der unzufriedenen Großen. Der Kaiſer löste jedoch 1865 die Moskauer Adelsverſammlung auf und ſetzte den Gouverneur von Moskau, Aphroſimoff, der ſie begünſtigt hatte, ab. Doch blieb Katkoff, Redakteur der Moskauer Zeitung, das immer noch ſehr einflußreiche Haupt der Partei, eine Art von Deak für Rußland. Was ihm vorzüglich zu ſtatten kommt, iſt die rein altruſſiſche Politik, in welcher er das Ruſſenthum ſtramm zuſammenhalten und keineswegs in einem weitherzigen Panſlavismus aufgehen und gleichſam verſchwimmen laſſen will. Da im Grunde der Panſlavismus, wie

ihn Herzen dem jungen Rußland empfahl, eine Entnationaliſirung der Ruſſen, eigentlich ein Aufgehen derſelben in Polen bezweckte, und auch der ſehr ruſſenfreundliche Panſlavismus Wielopolskis den ſpeciell ruſſiſchen Intereſſen zu gefährlich ſchien, verlangte die altruſſiſche Partei nunmehr mit echt orientaliſcher Unbarmherzigkeit die Vernichtung aller nationalen wie kirchlichen Elemente, ſelbſt bei verwandten ſlaviſchen Stämmen, und wenn es noch einen Panſlavismus geben dürfe, ſollte derſelbe doch nur das Altruſſenthum ſeyn.

Das iſt die Lehre, welche Murawiew und Kaufmann, als Gouverneure von Litthauen, praktiſch durchgeführt haben. Nachdem Wielopolskis Hoffnung, die Polen auf friedlichem Wege in der höhern panſlaviſtiſchen Idee mit den Ruſſen zu verſöhnen, geſcheitert war, blieb der ruſſiſchen Regierung nichts übrig, als das ewig rebellirende Polen ganz und gar unſchädlich zu machen, und hierin wurde ſie von der altruſſiſchen Nationalpartei kräftigſt unterſtützt. Katkoff war vollkommen mit der blutigen Strenge Murawiews einverſtanden und lobte ſie. Wenn es in der altruſſiſchen Partei noch Mildergeſinnte gab, ſo wollten doch auch ſie nichts anderes, als die gänzliche Vernichtung der polniſchen Nationalität und Sprache und der katholiſchen Kirche in Polen, nur in allmäligern Uebergängen. Dieſer Anſicht war hauptſächlich Nicolai Milutin, einer der vertrauteſten Freunde des Kaiſers. Daher die Regierungsmaßregeln, die im Jahr 1865 dem Schreckensſyſtem Murawiews und Kaufmanns folgten.

Durch den Ukas vom 22. Dezember 1865 wurde der zwangsweiſe Verkauf aller Güter des compromittirten polniſchen Adels an orthodoxe Ruſſen verfügt und wurde das Recht der Expropriation nicht nur für Eiſenbahnen und Straßenbauten, ſondern auch zum Zweck der Pacification des Landes in Anſpruch genommen. Zum Verkauf wurden ferner ausgeſetzt alle Adelsgüter, auf welchen Schulden hafteten. Als Käufer wurden nur rechtgläubige Ruſſen zugelaſſen und da man deren nicht genug auftreiben konnte, wurden Tſchinowniks

(Civilbeamte) und Offiziere commandirt, ſolche Güter zu kaufen. Natürlich zu Spottpreiſen, wenn ſie aber gar nichts hatten, erhielten ſie Vorſchüſſe von der Regierung. Ein weiterer Ukas vom 5. Jan. 1867 hob die Statthalterſchaft in Warſchau und den Staatsrath daſelbſt auf und zerſtückte das bis dahin, wenigſtens dem Namen und der Form nach, noch beſtandene Königreich Polen in ruſſiſche Gouvernements. Ruſſiſche Tſchinowniks überſchwemmten das ganze Land. Amts-, Geſchäfts- und Schulſprache wurden ruſſiſch. Der Ruſſiſche Invalide bemäntelte dieſes Syſtem mit der ſchönen Redensart: „Das Ziel der kaiſerlichen Ukaſen, betreffend Polen, iſt die Annäherung und die Gleichſtellung aller Beziehungen Polens und Rußlands. Die Einheit der Verwaltung wird nunmehr auch ermöglichen, die in Rußland bereits eingeführten Verbeſſerungen vorzunehmen.“ Im Februar 1866 wurden alle polniſchen Offiziere aus der ruſſiſchen Armee ausgeſtoßen, mit einziger Ausnahme ſolcher, die zur griechiſchen Kirche übertraten. Um die polniſchen Bauern für die Regierung zu gewinnen, wurden ſie von allen Laſten befreit, welche ſie bisher dem Gutsherrn hatten leiſten müſſen.

Die katholiſche Kirche in Polen ſollte nun ebenfalls vollends ausgerottet werden. Am 4. October 1866 wurden zu Chelm Biſchof Kalenski und die Mehrheit der Capitelgeiſtlichen verhaftet und fortgeführt. Am 8. Dezember erklärte ein kaiſerlicher Ukas allen Verkehr mit Rom für abgebrochen, mit dem Bemerken, der Kaiſer werde allein die Fürſorge für die katholiſche Kirche übernehmen. Am 19. Januar 1867 machte Fürſt Gortſchakof dieſen Schritt ſeiner Regierung der europäiſchen Welt bekannt, gab Rom allein die Schuld und rühmte die Toleranz ſeines Kaiſers: „Nachdem die Thaten des römiſchen Hofes Se. Majeſtät den Kaiſer in die Unmöglichkeit verſetzt hatten, die diplomatiſchen Beziehungen mit der päpſtlichen Regierung fortzuſetzen, entſtand daraus die Nothwendigkeit, das 1847er Concordat aufzuheben, welches die Beziehungen des kaiſerl. Cabinets zum

heil. Stuhl regelte. Der Ukas Sr. Majeſtät des Kaiſers, welcher dieſe Beſtimmung ausſpricht, iſt Ihnen bekannt. Dieſes Aktenſtück beſchränkt ſich darauf, die Abſchaffung des Concordats zu konſtatiren; es wurden ihm keine zur Aufklärung und Motivirung dieſer Maßregel beſtimmten Betrachtungen beigegeben. Dieſe dem kaiſerl. Cabinet durch ſeine Schonung für den heil. Stuhl auferlegte Zurückhaltung wurde von der päpſtlichen Regierung nicht beobachtet. Sie hat ſo eben eine Sammlung von Aktenſtücken veröffentlicht, deren Gedanke und deren Styl bezwecken, den hl. Stuhl jeder Verantwortlichkeit zu entlaſten und dieſelbe gänzlich auf das kaiſerl. Cabinet zurückfallen zu laſſen. In dieſer Abſicht ſetzt jene Sammlung den Gang des bedauerlichen Conflicts in parteiiſcher und unrichtiger Weiſe auseinander; hiedurch befreit uns der römiſche Hof von den Scrupeln, welche uns zurückgehalten hatten. Er ruft uns auf das Gebiet der Debatten, und macht es uns ſogar zur Pflicht, ihm dahin zu folgen. Die Thaten unſeres erhabenen Gebieters ſcheuen das Licht nicht. Anliegend finden Sie eine ſtreng wahrheitsgemäße Darlegung der Thatſachen, welche zum Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen den beiden Höfen geführt haben, und Sie ſind ermächtigt, dieſem Aktenſtück die erforderliche Publizität zu geben. Gleichzeitig werden Sie ſich es angelegen ſeyn laſſen, hervorzuheben, daß, indem das kaiſerliche Cabinet dem römiſchen Hof in dieſer peinlichen Debatte folgt, es von keinerlei feindlichen Gedanken gegen den heil. Stuhl geleitet wird. Daſſelbe bezweckt nichts anderes, als die Wahrheit herzuſtellen. Die Principien religiöſer Toleranz und die fortwährende Sorgfalt des Kaiſers für alle in ſeinen Staaten beſtehenden Glaubensbekenntniſſe bleiben nichtsdeſtoweniger die unveränderliche Regel ſeines politiſchen Gewiſſens. (!) Soweit es von Sr. Kaiſerl. Majeſtät abhängen wird, werden ſeine römiſch-katholiſchen Unterthanen von der Einſtellung der Beziehungen nicht zu leiden haben, welche unſer er-

habener Gebieter, im Hinblick auf ihre religiöſen Intereſſen, ſich bemüht hatte, mit dem heil. Stuhle zu unterhalten."

Die geprieſene Toleranz beſtand darin, daß der polniſche Bauer ſeitdem 15 Rubel erhielt, wenn er ſein Kind orthodox erziehen ließ, dagegen dem Popen 100 Rubel bezahlen mußte, wenn er ſein Kind wollte katholiſch taufen laſſen. „Wen der Pope nicht bekehrt, den ängſtigt der Tſchinownik." Der geſammte katholiſche Klerus ſteht unter Polizeiaufſicht. Faſt in jeder Predigt wollen ruſſiſche Spione gefährliche Grundſätze entdeckt haben und die Geiſtlichen wurden eingeſperrt oder nach Sibirien geſchickt und überall lauern Popen, um an ihre Stelle zu treten.*)

Im Laufe des Sommers 1866 wagten die nach Sibirien verbannten Polen, die dort an einer Eiſenbahn bauen mußten, ſich gegen ihre ruſſiſche Bewachung zu empören. Sie wurden jedoch durch ruſſiſche Truppen, die man von allen Seiten herbeizog, wieder überwältigt und die in die Wälder geflohen waren, wie das Wild gejagt. Von denen, die nicht umgekommen waren, wurden ſieben als Rädelsführer erſchoſſen, vor allen der Hauptanführer Czielinski. Etwa 200 wurden decimirt, die andern bekamen jeder 100 Knutenhiebe und wurden nachher in die Bergwerke geſchickt; 250 erhielten gelindere Strafen und weitere 250 blieben ungeſtraft.

Ungeachtet das Stockruſſenthum jedes Aufgehen in den Panſlavismus zurückſtieß, hielt es die ruſſiſche Regierung doch nicht für überflüſſig, die außerhalb Rußland lebenden Slaven an ſich zu ködern. So die den Ruſſen verwandten Ruthenen in Galizien, die Czechen als Todfeinde der Deutſchen und ſämmtliche Südſlaven. Konnte Rußland dieſe gewinnen, ſo war Oeſterreich nicht mehr im Stande, das untere Donauthal und die Türkei gegen ruſſiſche Uebergriffe zu ſchützen. Im April 1867 erfuhr man, die Warſchauer Hochſchule

*) Augsb. Allg. Zeitung 1867. Nr. 11. 13. 109.

ſolle zu einer vollſtändigen Univerſität mit ausgeprägtem panſlaviſtiſchen Charakter erweitert werden. Sämmtliche ſlaviſche Sprachen ſollten an ihr Vertreter haben.

Die Czechen entſprachen dieſem Entgegenkommen von ruſſiſcher Seite. In der Sitzung des Prager Landtags vom 13. April brach die ganze Wuth der Czechen gegen die Deutſchen aus. Nach maßloſen Angriffen auf die Regierung in Anweſenheit des Herrn von Beuſt erklärte Rieger an der Spitze der Czechen, die Wahlen für den Reichstag nicht vornehmen zu wollen, reklamirte die alten Rechte des Königreichs Böhmen und verließ, als er die Mehrheit des Landtags gegen ſich ſah, mit ſeiner ganzen Partei tumultuariſch unter lautem Slavaruf den Saal. Doch blieben noch ſo viele Abgeordnete zurück, daß der Beſchluß gefaßt werden konnte, den Profeſſor Herbſt Namens der deutſchen Partei beantragte, zur kaiſerlichen Regierung zu halten und den Reichstag zu beſchicken. Die Czechen konnten es nicht verſchmerzen, daß ihr großer Protector, Graf Belcredi, entlaſſen worden war und daß die Regierung, die ihnen kurz vorher noch ſo auffallend geſchmeichelt hatte, jetzt wieder nur die Deutſchen und Ungarn auf Koſten der Slaven begünſtige. In ihrer Leidenſchaftlichkeit gingen nun die Czechen blitzſchnell und gleichſam mit fliegenden Fahnen beſinnungslos und tollköpfig ins ruſſiſche Lager über.

Da die panſlaviſche Univerſitas an der Weichſel noch nicht eingerichtet war, hielten ſie ſich einſtweilen an die „ethnographiſche Ausſtellung in Moskau“ und viele ihrer Führer ſchickten ſich an, nach Moskau zu gehen, ſofern jene Ausſtellung in der That eine Verbrüderung aller Slaven vorbereiten ſollte. Manche waren ſogar naiv genug, die ruſſiſche Regierung um freie Hin- und Herreiſe und Verpflegung in Moskau anzugehen. Eins der czechiſchen Blätter übertraf alle andern an Naivetät, indem es den Entſchluß der Czechen, ſich, um ihre Nationalität zu rächen, den Ruſſen in die Arme zu werfen, mit den Worten motivirte: „Wer im Begriff ſey zu ertrinken, müſſe

jede ihm dargebotene Hand annehmen, auch wenn es die eines Verbrechers wäre.“ Eine andere czechiſche Stimme ſuchte den czechiſchen Liberalismus zu beruhigen mit der Bemerkung, „der Despotismus ſey in Rußland jetzt bedeutend gemildert und der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die ruſſiſche Nation ſich auf einen höheren Standpunkt ſtellen werde, als irgend eine Nation der Welt.“ Dieſe Sprache fanden die polniſchen Blätter gar nicht erbaulich und entrüſteten ſich darüber ſo, daß ſie den Czechen ihre Sympathien aufkündigten. „Es ſey thöricht, Schutz für nationale Rechte da zu ſuchen, wo gar kein Recht anerkannt werde, wo nicht nur die nationale, ſondern auch die perſönliche Freiheit ſchutzlos ſey.“ Man muß dabei die Polen fragen, warum ſie ſelbſt und noch zuletzt durch ihre Vertreter am norddeutſchen Reichstage ſich den Deutſchen ebenſo feindſelig entgegengeſtellt haben, wie die Czechen? Aber auch die Deutſchen können aus dieſen Vorgängen eine große Lehre ziehen. Entſagen ſie nicht aufrichtig ihrem eigenen innern Hader, ſo werden ſie eben ſo in das große Netz fallen, welches Rußland gegen Weſten ausſpannt, wie die Polen, die ſchon darin ſtecken, und die Czechen, welche blind hineinrennen.

Unterdeſſen nahmen die ruſſiſchen Eroberungen in Mittelaſien ihren Fortgang. Die Macht des Sadik Keniſſarim als Chans von Kokand in Turkeſtan wurde durch die Eroberung der wichtigen Stadt Taſchkund gebrochen, dieſe Stadt am 29. Auguſt 1866 dem ruſſiſchen Reiche einverleibt. Im Februar 1867 hieß es, die Ruſſen ſtünden, nachdem ſie auch die Truppen des Chan von Bokhara geſchlagen hätten, ſiegreich vor Samarkand. Der Weg durch Afghaniſtan nach dem engliſchen Oſtindien iſt ihnen damit geöffnet.

Rußland hatte ſich während des deutſchen Krieges paſſiv verhalten, ſich nicht eingemiſcht, aber auch noch keine Anſtalt getroffen, im Orient einzuſchreiten. Man warf ihm zwar vor, es habe den Aufſtand auf der Inſel Kandia geſchürt, aber es that keinen Schritt, den Inſurgenten daſelbſt mit Waffengewalt zu Hülfe zu kommen.

Die Vermuthung liegt nahe, daß es ſeine Truppen nicht marſchiren laſſen wollte, ehe Frankreich mit Deutſchland in Krieg gerathen ſey, um nicht wieder, wie 1854, von einer franzöſiſchen Streitmacht in der Levante, verbunden mit der engliſchen Flotte, genirt zu werden, und daß es einer Allianz mit Preußen noch nicht ſicher war. Wenigſtens gab das Journal von St. Petersburg vier Tage nach der Schlacht bei Königgrätz ein auffallendes Zeugniß ruſſiſchen Mißtrauens gegen den Grafen Bismarck, indem es ſagte: „Der Waffenſtillſtand in Deutſchland könne eine Verſöhnung bringen, wenn nicht jemand in Deutſchland wäre, der ſich ſtark genug glaubt, Europa die Zuſtimmung zu der Eroberung Deutſchlands aufzudrängen, indem er vergißt, daß noch in Europa ſtarke, geſammelte Mächte exiſtiren, welchen das europäiſche Gleichgewicht kein leerer Wortklang iſt.“ (Wer hat dieſes Gleichgewicht mehr geſtört, als Rußland ſelbſt?)

Im Laufe des Auguſt richtete Rußland eine Note an Preußen, worin es ſich der von den preußiſchen Waffen bedrängten deutſchen Mittelſtaaten, insbeſondere der mit der ruſſiſchen Kaiſerfamilie verwandten Fürſtenhäuſer in Stuttgart und Darmſtadt annahm und daran erinnerte, daß Territorialveränderungen im deutſchen Bunde nicht vorgenommen werden dürften ohne Zuſtimmung der europäiſchen Mächte, die den Bundesvertrag garantirt hätten. Dieſe Mahnung hätte Rußland ſich ſelber geben ſollen, als es den europäiſchen Verträgen zuwider die polniſche Verfaſſung und Nationalität unterdrückte. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß ganz abgeſehen von verwandtſchaftlichen Rückſichten die ruſſiſche Politik, wie ſie von jeher gethan, die Kleinſtaaterei in Deutſchland ſchützen und erhalten mußte, denn Rußland erkannte wohl, daß es mit einem einigen und ſtarken Deutſchland kein ſo leichtes Spiel mehr würde treiben können, wie mit dem bisherigen vielſtaatlichen Conglomerat. Indeß war diesmal die ruſſiſche Drohung nicht ſo gefährlich, als ſie ausſah, denn Rußland verfolgte ſeinen orientaliſchen Plan und hatte demzufolge alle Urſache, mit

Preußen in gutem Vernehmen zu bleiben. Dieſes wurde nun auch noch im Auguſt hergeſtellt durch den preußiſchen General von Manteuffel, der die ſiegreiche Mainarmee verlaſſend ſchnell nach St. Petersburg reiste.

Man erfuhr, die übermüthigen Reclamationen franzöſiſcher Blätter, die grade damals eine Compenſation für Frankreich verlangten, haben in St. Petersburg ſehr mißfallen.

Nach der Schlacht bei Königgrätz tauchten allmälig unheimliche Gerüchte auf von Gelüſten Rußlands, von dem geſchwächten Oeſterreich den ruthenischen Oſttheil Galiziens abzureißen und ſich einzuverleiben. Oeſterreich ſah ſich deshalb veranlaßt, ſich des bisher niedergehaltenen polniſchen Elementes in Weſtgalizien mehr anzunehmen, und ſetzte im September einen guten Polen, den Grafen Goluchowski, als Gouverneur über Galizien. Das wurde ſehr mißliebig in ruſſiſchen Blättern beſprochen.

Am Ende des September brachten die Norddeutſche Allgemeine Zeitung und die Berliner Börſenzeitung einige Artikel, aus denen hervorging, daß Rußland nach ſeiner bisherigen Weiſe wieder einmal Preußen hatte hofmeiſtern wollen. Das letztgenannte Blatt ſchrieb: „Wir glauben es gern, daß für die ruſſiſche Regierung die neue Ordnung der Dinge in Deutſchland überaus unbequem iſt, und zwar nach zwei Seiten hin. Erſtens iſt Preußen eine Macht geworden, um deren Zuneigung man jetzt ernſtlich werben muß, und in St. Petersburg iſt die Zeit noch zu friſch im Gedächtniß, wo Preußen nach der ruſſiſchen Pfeife tanzte. Sodann empfindet man es ſehr peinlich, daß die angenehmen Handhaben, welche man im deutſchen Bunde hatte, mit dieſem zu Boden gefallen ſind. Iſt auch zur Zeit der kleinen Vetterſchaft die Souveränetät noch gerettet, ſo ſind ſie doch Nullen geworden, mit denen nicht mehr gerechnet werden kann. Durch dieſe gewiß für Rußland verdrießlichen Thatſachen läßt es ſich zu allerlei Chicanen und Umtrieben verleiten, ſtatt ihre Unabänderlichkeit

zu beachten und ſich beſtmöglichſt damit ins Einvernehmen zu ſetzen. Wenn aber die Wirren im Orient auf eine Entſcheidung, ſey es auch nur eine diplomatiſche', hindrängen, dann möchte für Rußland der Preis der preußiſchen Freundſchaft, welche alsdann vielleicht ſehr erwünſcht erſcheinen dürfte, durch ſein neueſtes Verhalten ſehr in die Höhe getrieben ſeyn."

Ein deutſcher Correſpondent aus St. Petersburg in der Augsb. Allg. Zeitung vom 23. November 1866 drückte ſeine Freude aus, daß die Deutſchen in Rußland endlich hoffen dürften, unter den Ausländern nicht mehr die Rolle der Parias zu ſpielen, wie das leider bisher größtentheils der Fall geweſen ſey. Seit dem großen Siege Preußens würde die Achtung vor den Deutſchen überall im Ausland ſteigen und ſomit auch wohl der Schutz, der ihnen im Ausland werden ſollte.

In merkwürdiger Uebereinſtimmung damit wurde der Augsb. Allg. Zeitung auch aus Nordamerika (New-York) unterm 20. April geſchrieben: „Wenn jetzt neunundneunzig Hundertſtel der Deutſchen im Ausland eifrige Verehrer des Herrn von Bismarck ſind, ſo braucht man nicht lange nach einer Erklärung dafür zu ſuchen. Denn auf ihnen allen hat ſeit undenklichen Zeiten der Alpdruck der Verachtung Deutſchlands gelaſtet, die um nichts weniger peinlich wirkte, wenn ſie zuweilen die Form eines geringſchätzigen Mitleids und gönnerhafter Leutſeligkeit annahm. Sie alle haben es, beſonders bei einer Vergleichung mit der achtungsvollen Höflichkeit, die den unbedeutendſten franzöſiſchen Abenteurern entgegen getragen ward, aufs bitterſte empfunden, daß ſie unter dem Fluche der Zerriſſenheit und Ohnmacht ihres Vaterlandes litten — einem Fluche, welchen ihre redlichſten Bemühungen, ihre entſchiedenſten Erfolge auf allen Gebieten des Wiſſens und Könnens nicht zu löſen vermochten. Und dieſen Fluch hat Herr von Bismarck gelöst. Nicht bloß, daß die Zeitungen in London wie in New-York, in Chicago wie in San Franzisko, ihn tagtäglich als

den Mann der That preiſen, der Deutſchland zu dem hohen Rang wieder emporhebe, welchen es ſeit Karl V. verloren habe — auch in den Volksanſchauungen macht ſich ein Umſchwung geltend, der jedem Deutſchen im perſönlichen Umgang zu gute kommt."

Die einander ſo ſehr widerſprechenden Nachrichten von dem Verhältniß Rußlands zu Preußen erklären ſich vielleicht aus Schwankungen der Politik. Inzwiſchen reuſſirte Prinz Karl von Hohenzollern (vergl. Theil I. S. 257). Ganz heimlich am 22. Mai in Bukareſt angekommen, wurde er in der Wallachei mit Jubel begrüßt, ohne daß Rußland Miene machte, ihn nicht anerkennen oder gar vertreiben zu wollen, ſo daß man auf ein Einverſtändniß ſchloß. Andrerſeits erkannte ihn ſchon am 8. Juli der Sultan als Hospodar an, womit am 11. die Conferenz der großmächtlichen Geſandten übereinſtimmte. Am 29. Auguſt hielt er auch in Jaſſy ſeinen Einzug und huldigte ihm die Moldau, wie vorher ſchon die Wallachei. Am 24. October traf er in Conſtantinopel ein, wurde vom Sultan aufs ehrenvollſte empfangen, erhielt den großen Orden und einen koſtbaren Ehrenſäbel und der Sultan beſtätigte ihn als Fürſten von Rumänien in der Art, daß die Erbfolge in ſeiner Familie bleiben ſollte, er eine Armee von 30,000 Mann halten dürfe und ihm noch andere Rechte eines ſelbſtändigen Regenten gewährt wurden. Stimmen in der Preſſe ließen ſich vernehmen, es ſey eine große Combination im Werk, die Bildung eines aus den rumäniſch-ſlaviſchen Mittelſtaaten zwiſchen dem Balkan und Pruth zuſammengeſetzten größern Reiches. Es ſchien, als ob dasſelbe dem öſterreichiſchen Einfluß im Orient entgegengeſtellt werden ſollte. Dem entſprach die Paſſivität Rußlands, aber die Zufriedenheit des Sultans läßt ſich nicht wohl damit vereinigen. Man glaubte, Rußland wolle Preußen ſchmeicheln, um es zum Bundesgenoſſen zu werben.

Serbien begehrte im October 1866 gleiche Vorrechte wie Rumänien und erreichte wirklich, daß die Türken am 18. April 1867

die Feſtung Belgrad räumten. — Auch in der Bulgarei gährte es. Ein geheimes Comité, wahrſcheinlich in Bukareſt etablirt, ſchickte im Frühjahr 1867 dem Sultan eine franzöſiſch geſchriebene Denkſchrift zu, worin es alle Beſchwerden der Bulgaren auseinanderſetzte. Die Verwaltung ſey corrumpirt, die Juſtiz barbariſch, die Steuern ſeyen unerſchwinglich. Der Bulgare dürfe in den Angelegenheiten ſeines Landes nicht mitſprechen, gelte gar nichts. Für Straßen und Verkehrsmittel, gemeinnützige Anſtalten ſorge niemand. Der Volksunterricht ſey gänzlich vernachläſſigt, auch die Kirche in kläglichem Zuſtand. Die Bulgaren bedürften und verlangten daher einen Landesfürſten, wie ihn die Serbier und Rumänen bereits hätten, oder wenigſtens eine Verfaſſung und einen Vicekönig, ein Parlament, Trennung der Juſtiz von der Verwaltung ꝛc. Von einer Demonſtration in Bulgarien ſelbſt verlautete noch nichts.

Während des deutſchen Krieges brach der Aufſtand der Griechen auf der großen Inſel Kreta oder Kandia gegen die türkiſche Regierung aus, angeblich von Griechenland, in Wirklichkeit von Rußland geſchürt. Rußland ſondirte nur damit, um nach Umſtänden das kleine Feuer langſam zu nähren, oder ganz wieder auszulöſchen, oder es plötzlich zu einem großen Brande auszubreiten, je nachdem die Vorgänge im mittlern und weſtlichen Europa ihm verbieten oder geſtatten würden, ſeinen alten Plan der Zertrümmerung der Türkei wieder aufzunehmen. An der Spitze des kandiotiſchen Aufſtandes ſtand eine ſ. g. Generalverſammlung in Lambia. In Rußland wurden nicht nur Sammlungen für die Kandioten erlaubt, ſondern auch von der Regierung und der hohen Geiſtlichkeit empfohlen. Die kaiſerliche Familie ſelbſt beſuchte einen Ball, der zum Beſten der Kandioten gegeben wurde, und Großfürſt Nicolaus brachte dabei einen Toaſt auf die griechiſchen Freiwilligen aus, Ende Februar 1867. Die Gelder wurden durch den ruſſiſchen Geſandten den Kandioten übermacht. Ein ruſſiſches Kriegsſchiff in den Gewäſſern von Kandia

beging zwar keine Feindſeligkeit gegen die Türken, war aber doch thätig, geflüchtete Kandioten zu retten. Von den Kämpfen auf der Inſel ſelbſt erfuhr man in den Zeitungen faſt immer nur widerſprechende Nachrichten, da von beiden Seiten jeder kleine Erfolg übertrieben wurde. Die Eroberung des Kloſters Arkadi durch die Türken unter blutigen Greueln und eine Niederlage der Kandioten unter Koroneus bei Fonia heben ſich unter den vielen kleinen Kämpfen hervor. Wiederholt hieß es, die Türken hätten den Aufſtand beſiegt, doch hörte man bald wieder, es ſey nicht wahr. Am 2. September 1866 trug eine ſ. g. Nationalverſammlung der Kandioten zu Sphakia förmlich auf Anſchluß an das Königreich Griechenland an, wogegen aber der franzöſiſche Miniſter de Mouſtier proteſtirte. Die Sache ſchleppte ſich hin, da die Großmächte ſich über eine gemeinſchaftlich einzuhaltende Politik noch nicht geeinigt hatten und Rußland einſeitig vorzugehen nicht wagte.

Im März 1867 las man in der Wiener „Preſſe“: „Der Petersburger Bankier Bernadaki überlieferte in den erſten Flitterwochen der Erhebung dem kretiſchen Comité zu Athen zwei Millionen Francs in einem Schreiben, das durch Zufall zur Kenntniß der türkiſchen Geſandtſchaft gelangte und in dem auf die Sympathien des Fürſten Gortſchakof hingewieſen wurde. Es liegen aber noch viele andere und weit bedeutendere Thatſachen vor, die über Rußlands Antheil an dieſem Aufſtande keinen Zweifel laſſen. Auf welche Weiſe von der anderen Seite die Serben zum Vorgehen ermuntert wurden, iſt bekannt genug.“

Im engliſchen Oberhauſe ſprach ſich Graf Derby nicht ohne Entrüſtung über die Vorgänge in Kandia aus, vermied es jedoch, dabei von Rußland zu reden. Er erklärte: „Wenn der Sturz des ottomaniſchen Reiches wirklich unabwendbar wäre, ſo ſey es die Aufgabe der britiſchen Regierung, dahin zu wirken, daß er allmälig erfolge, und keineswegs dazu behülflich zu ſeyn; bei der Anerkennung

Griechenlands ſey der Fundamentalgrundſatz aufgeſtellt worden, daß man ihm keinen Angriff auf die Türkei geſtatten werde. Der engliſche Conſul auf Kandia habe berichtet, daß die Beſchwerden der Chriſten theils übertrieben werden, theils unbegründet ſeyen, die Steuern ſeyen geringer als in andern türkiſchen Provinzen und die Landſtraßen nur darum in ſchlechtem Zuſtande, weil die Bevölkerung ſich weigere, dafür etwas beizutragen. (Unter den Beſchwerden der Kandioten befindet ſich auch die, daß die Türken Straßen bauen wollen, um künftige Aufſtände leichter niederwerfen zu können.) Den Kandioten ſey es auch nie aufrichtig um Conceſſionen zu thun geweſen; während ſie in Konſtantinopel darum petitionirten, hätten ſie den fremden Mächten erklärt, es würde ſie nichts anderes als die Annexion an Griechenland zufriedenſtellen. Die Pforte habe die Gefangenen mit unerhörter Schonung behandelt. Die fremden Freiwilligen wurden in die Heimat entlaſſen und ihr Gepäck ihnen herausgegeben; England ſelbſt würde nicht ſo mild verfahren ſeyn. Es ſey eine Thatſache, daß der Aufſtand auf Kandia griechiſchen Urſprungs ſey und von Athen aus befördert wurde; von dort ſeyen die lügenhaften Berichte über angebliche Siege gekommen; von dort ſeyen Kriegsproviant, Waffen und Freiwillige hinübergeſandt worden und nach Unterdrückung der Inſurrection ſey ſie durch neue Zuzüge aus Griechenland wieder angefacht worden. Die Schlichtung der kretiſchen Händel ſey durch den Fanatismus der untereinander wohnenden Chriſten und Türken freilich ſchwierig, allein die Pforte zeige die verſöhnlichſten Geſinnungen; ganz Europa, wenn es ſich zu dieſem Zwecke verbinde, werde die Pforte aber nicht dazu bewegen, Kandia freiwillig aufzugeben. Die Fortſchaffung von Weibern und Kindern aus Kandia habe nicht fortgeſetzt werden können, weil man in Athen bei Ankunft des erſten Transports darin eine Intervention zu Gunſten Griechenlands geſehen hätte, und England auch jeden Schein einer ſolchen Parteinahme habe vermeiden müſſen. Nicht ein Jota von Wahrheit ſey an dem ver-

breiteten Gerücht, die Türken hätten 500 Frauen maſſakrirt. Es ſey nicht Englands Politik, übertriebene Hoffnungen zu erwecken und durch Sympathiebezeugungen die Grenznachbarn Griechenlands zu Aufſtänden zu ermuntern." (Der franzöſiſche Miniſter Mouſtier ſagte über die Türkei: In derſelben ſeyen nur die Türken gedrückt.)

Eine Correſpondenz der Augsb. Allg. Zeitung vom 13. October beſchuldigte Rußland, die Unruhen in der Türkei veranlaßt zu haben, um unter dem Vorwand, die griechiſche Kirche beſchützen zu müſſen, abermals einen Verſuch zur Eroberung der Türkei zu machen. Der Ausgangspunkt der Agitation ſey Pera, die diplomatiſche Vorſtadt Conſtantinopels. Wallachen und Slaven ſeyen dabei am meiſten betheiligt, obwohl man die Griechen vorſchiebe. „Es iſt augenſcheinlich, daß in all dieſen Planen nur das ſlaviſche Element maßgebend iſt, dem die helleniſchen und romaniſchen Köpfe und Arme dienſtbar ſind; weil das ſlaviſche Element verborgen bleiben wolle, gebe man den Putſchverſuchen einen helleniſtiſchen Charakter. Faßt man aber das gänzlich discreditirte Treiben im eigentlichen Hellas ins Auge, das ſich durch ſeine muthwillige Revolution, ſeine Königsbettelei und den Bankerott ſeiner geſammten Verhältniſſe ſelbſt in den wenig cultivirten Nachbarprovinzen verächtlich gemacht hat, ſo klingen die angeblichen Schmerzensrufe nach Annexion an dieſes Hellas ſehr verdächtig. Zudem fanden die Unruhen in Albanien in Diſtricten ſtatt, wo griechiſch faſt gar nicht geredet wird. Bei jenen Wallachen und Schkypetaren Begeiſterung für das Hellenenthum vorauszuſetzen, iſt geradezu lächerlich."

Im Königreich Griechenland dauerte die gemüthliche Anarchie fort wie bisher. Der junge König Georgios war der Spielball der innern Parteien und auswärtigen Intriguen, wie es König Otto geweſen war. Sein deutſcher Miniſter Graf Sponneck mußte den einheimiſchen Barbaren weichen, wie es früher die bayriſchen hatten thun müſſen. Nur an ſeinem Oheim, dem Prinzen Johann, hatte der

junge König noch einen Halt. Die Anarchie wurde gegen Ende des Jahres 1866 ſo bedenklich, daß die Schutzmächte im Dezember Kriegsſchiffe abzuſenden beſchloſſen, um die Autorität der königlichen Regierung aufrecht zu erhalten. An der Tagesordnung war die ruſſiſche Intrigue, welche durch beſtochene Agenten, namentlich griechiſche Geiſtliche, das Volk gegen die türkiſche Herrſchaft aufregte, damit Rußland einen Vorwand gewänne, ſich wieder einmal mit den Waffen in der Hand in die Confuſion im türkiſchen Reiche einzumiſchen. Von Athen aus wurde der kandiotiſche Aufſtand genährt und hier etablirte ſich auch ein revolutionäres Comité für Theſſalien unter dem Metropoliten Theophilos.

In einer ſehr verſtändigen Correſpondenz aus Conſtantinopel in der Augsb. Allg. Zeitung, Beilage vom 9. September wurde ernſtlich gewarnt. „Daß Rußland das griechiſche Feuer fortwährend ſchürt, iſt hier allbekannt. Auffallend iſt es, daß grade jetzt, wo es auch in Theſſalien kocht, der ruſſiſche Geſandte, General Ignatieff, eine Vergnügungsreiſe dahin unternommen hat. Rußland beanſprucht das Protectorat über ſämmtliche Donaufürſtenthümer; es arbeitet dahin, um den im Krimfeldzuge verlorenen Theil Beſſarabiens wieder zu erhalten. Wo ſoll das hinaus? Dieſe Großmacht, welche vom Norden, d. h. vom caſpiſchen Seeufer und von Sibirien aus, das unermeßliche Turkeſtan feſt umklammert hält, das ſeine Grenzen ſüdlich bis Perſien und Herat, öſtlich bis China ausgedehnt hat, will ſich fortwährend vergrößern. Nicht durch Frankreich, ſondern durch den nordiſchen Koloß iſt das europäiſche Gleichgewicht in der Zukunft ernſtlich bedroht. Die Herſtellung Polens, die Vergrößerung Oeſterreichs durch ſüdſlaviſche Länder iſt als Vormauer gegen die immer näher rückende Gefahr unumgänglich nothwendig. Noch iſt es Zeit, dem moskowitiſchen Ehrgeize vorzugreifen; möchten die Leiter der civiliſirten Nationen ſo bald als möglich dieſen Gegenſtand einer ernſthaften Erwägung unterziehen!“

Der Sultan verfehlte nicht, am 26. Dezember 1866 ein Rundſchreiben an die Schutzmächte zu erlaſſen, worin er ſie bat, den griechiſchen Umtrieben mit ihrem Anſehen entgegenzuwirken, um den Krieg wo möglich zu vermeiden.

Man erfuhr im Januar, Rußland habe eine Theilung des türkiſchen Reichs in folgenden Grundzügen vorgeſchlagen: 1) der Vicekönig von Aegypten ſoll unabhängig und erblicher Sultan werden; 2) ſämmtliche griechiſche Inſeln ſollten ſich entweder mit dem Königreich Griechenland vereinigen oder einen eigenen Staat bilden; 3) Theſſalien und Epirus ſeyen mit dem Königreich Griechenland zu vereinigen; 4—7) Serbien, Rumänien und Montenegro, die ſchon eigene Fürſten haben, wie auch Bosnien und Bulgarien, die erſt welche bekommen ſollen, werden jedes für ſich ein unabhängiger Staat. Das gäbe ein lockeres Staatenconglomerat, etwa wie der vormalige deutſche Bund, das bequemſte Inſtrument, auf dem die ruſſiſche Politik ſpielen könnte, wie ſie bisher mit Deutſchland geſpielt hat. Die ganze Welt ſoll zerfahren, nur Rußland ſoll einig ſeyn.

Weiter erfuhr man, Herr von Beuſt habe bald nachdem er das öſterreichiſche Staatsruder in die Hand genommen, die europäiſchen Mächte eingeladen, die Chriſten in der Türkei in gemeinſchaftlichen Schutz zu nehmen, indem ſie ſtatt der zu allgemein gehaltenen Verſprechungen des Hat Humayum ganz beſtimmt präziſirte Forderungen zu Gunſten der chriſtlichen Bevölkerungen der Türkei formuliren ſollten. Im Februar 1867 erließ Herr von Beuſt ein Umlaufſchreiben an die Großmächte des Inhalts: „Um ein fruchtbares Einverſtändniß aller Parteien zu erlangen, hält es Oeſterreich für unerläßlich, ſich durch gewiſſe Zugeſtändniſſe die aufrichtige Zuſtimmung Rußlands zu verſchaffen. Dieſe Zugeſtändniſſe müßten ſich erſtrecken auf die Beſchränkungen, welche dieſer Macht durch die Acte von 1856 auferlegt wurden, um ihre Aktion nach der Seite der Türkei hin zu hemmen.“ Dieſe neue Schwenkung der öſterreichiſchen Politik zu Gunſten Rußz-

lands erregte Staunen, da niemand mehr als grade Oeſterreich gefährdet würde, wenn Rußland wieder Herr und Meiſter an der untern Donau wäre. Man glaubte, Herr v. Beuſt habe zu dieſem verzweifelten Mittel gegriffen, um Rußland von Preußen zu trennen. Allein Frankreich ſah die Sache ganz anders an. Napoleon III. fürchtete, wenn erſt Rußland und Oeſterreich zuſammen gingen, würde auch Preußen nicht fehlen und dann wäre die nordiſche Allianz wieder fertig, deren Geſpenſt ſchon mehr als einmal ihn geſchreckt hatte. Er ſoll daher Rußland noch mehr Conceſſionen angeboten haben, nämlich nicht blos Kandia, ſondern auch Theſſalien und Epirus von der Türkei abzureißen, um Rußland nur wieder von Oeſterreich abzuziehen. Unter ſo günſtigen Umſtänden ſoll Rußland den Fürſten Michael von Serbien aufgereizt und ihm noch dazu Bosnien, die Herzegowina und Montenegro verſprochen haben, wenn er gegen die Pforte rebellire. Dieſer Contrecoup ſey nun doch für Oeſterreich zu ſtark geweſen. Es beſchränkte ſich daher jetzt darauf, nur Kandia frei machen zu wollen. Für dieſes Minimum erklärten ſich nun auch Frankreich und Rußland, als plötzlich England auch dagegen ein energiſches Votum einlegte und die ganze Türkei erhalten wiſſen wollte, Ende März 1867. Zugleich ſchickte Herr v. Beuſt den Grafen Zichy nach Serbien, um dem Fürſten Michael ernſtlich zu drohen. Dieſer ſoll ſich gefügt haben, wurde aber aufs neue von ruſſiſchen Agenten umlagert.

Am 7. März 1867 wurde die griechiſche Inſel Mitylene, während die Menſchen ſich grade am Carneval erfreuten, durch ein furchtbares Erdbeben erſchüttert und der laute Volksjubel endete in einem gräßlichen Geſchrei. Von dreitauſend Häuſern der Hauptſtadt blieben nur ein paar ſtehen. Man rechnete 13,000 Todte. Auf der Inſel Kephalonia dauerte die vulkaniſche Thätigkeit noch länger fort.

Auch Ismael, Vicekönig von Aegypten, wurde entweder aufgereizt oder von eigenem Ehrgeiz angetrieben, ſich die abermals

drohende Erſchütterung des osmaniſchen Reiches zu Nutze zu machen. Um ſich den europäiſchen Mächten gegenüber als Reformator der muhamedaniſchen Welt und Mann der Zukunft zu kennzeichnen, eröffnete er zu Kairo am 25. November 1866 eine ſ. g. Nationalverſammlung, die freilich mit ihren ſchwarzen Mitgliedern einer Affenkomödie noch ähnlicher ſah, als die helleniſche. Im Februar 1867 forderte Ismael vom Sultan den Titel **Aziz Ul Miser**, d. h. Beherrſcher von Aegypten, das Recht, eigene Münze zu ſchlagen und die Erlaubniß, ſein Heer bis auf 100,000 Mann bringen zu dürfen. Das geſchah in Folge der großen Conceſſionen, welche der Sultan im vorigen Jahre dem neuen Fürſten von Rumänien gemacht hatte. Der Großvezier Fuad Paſcha in Conſtantinopel gab ſich alle Mühe, den Aegypter zu beſchwichtigen und bei guter Laune zu erhalten.

Inzwiſchen war auch der vielbeſprochene Suezcanal endlich flüſſig geworden und am 17. Februar 1867 hatte ein Schiff von Trieſt die Ehre, zum erſtenmal hindurch zu fahren.

Auch die Türkei mußte die europäiſche Mode mitmachen und ihre Fortſchrittspartei in einem ſ. g. Jungtürkenthum bekommen. An der Spitze derſelben ſteht der ägyptiſche Prinz Muſtapha Fazyl Paſcha, ein eifriger Schüler der Franzoſen. Im Intereſſe Frankreichs hat er ſchon verſucht, den gleichfalls noch jungen Sultan Abdul-Aziz zu einer durchgreifenden Reform, d. h. zum völligen Uebertritt aus dem orientaliſchen Staaten- und Völkerkreiſe in den occidentaliſchen zu bewegen. Es ſoll ſogar von einer Bekehrung die Rede geweſen, dieſe Kühnheit aber dem jungen Prinzen übel bekommen ſeyn, denn er wurde fortgeſchickt und begab ſich nach Frankreich.

Im Laufe des Jahres 1866 machte ſich eine intime Annäherung Nordamerikas an Rußland bemerklich. Als am 16. April Karakaſof den vergeblichen Mordverſuch auf Kaiſer Alexander II. gemacht hatte, wurden dem Kaiſer die artigſten Beglückwünſchungen aus der Union zugeſendet und dem ruſſiſchen Admiral Leſſowsky Feſte

gegeben. In Erwiderung deſſen gab im Anfang des September Fürſt Gortſchakof, Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, in St. Petersburg dem amerikaniſchen Commodore Fog und den dort anweſenden Amerikanern ein glänzendes Diner und ſagte in der Feſtrede: „Ich brauche mich nicht bei den Kundgebungen der Sympathie zwiſchen den beiden Völkern (Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika) aufzuhalten. Dieſe Kundgebungen drücken ſich laut und offen genug aus. Sie bilden eines der bemerkenswertheſten Ereigniſſe unſerer Epoche; ſie ſtreuen zwiſchen zwei Völkern, ich kann ſagen, zwiſchen zwei Continenten, den Samen gegenſeitiger Freundſchaft aus, welcher Frucht tragen wird. Sie ſchaffen Ueberlieferungen für die Zukunft. Dieſe Sympathie beruht nicht auf geographiſcher Narbarſchaft, nicht auf Pergamenten. Sie iſt durch eine unwiderſtehliche Anziehungskraft hervorgerufen und deshalb erlaube ich mir, ſie als den Winken der Vorſehung entſproſſen zu betrachten.“

Einen praktiſchen Commentar dazu brachten die nordamerikaniſchen Schiffe, die ſich in demſelben Herbſt in den griechiſchen Gewäſſern ſehen ließen und den auf der Inſel Kandia gegen die türkiſche Herrſchaft empörten Griechen ihre Hülfe anboten. Es gährte in der ganzen europäiſchen Türkei und niemand zweifelte, daß es ruſſiſche Agenten ſeyen, die den Aufruhr der Chriſten ſchürten, um Rußland Gelegenheit zu geben, ſich einzumiſchen. Oeſterreich war von Preußen beſiegt und weniger als vorher im Stande, den orientaliſchen Eroberungsplänen Rußlands entgegenzutreten. Man ſchien in Europa jene Vorgänge zu ignoriren. Nur Napoleon III. machte darauf aufmerkſam, wie gefährlich eine Allianz Aſiens und Amerikas dem alten Europa werden könne. Napoleon war vorausſichtiger als die andern Herrſcher in Europa, er hatte das ſchon durch ſeinen mexikaniſchen Plan bewieſen, den vereitelt zu haben den übrigen Mächten Europas nicht viel Ehre macht.

Im März 1867 erfuhr man, Rußland habe alle ſeine Beſitzungen

im äußerſten Norden von Amerika den Vereinigten Staaten um den Preis von 7 Millionen Dollars abgetreten. Verhältnißmäßig unbedeutende Niederlaſſungen für Fiſcherei und Pelzhandel und nur wichtig in Bezug auf die Monroëdoctrin, nach welcher es keiner nicht amerikaniſchen Macht zuſtehen ſollte, amerikaniſchen Grund und Boden zu beſitzen. Bedeutſam ſodann, weil es die Allianz zweier Welttheile gegen den dritten conſtatirte, wovor Napoleon III. England gewarnt hatte, ohne daß es darauf achtete.

Ehe wir Rußland verlaſſen, muß noch darauf aufmerkſam gemacht werden, daß Stimmen aus dieſem Lande die Befürchtung ausgeſprochen haben, Kaiſer Alexander II. habe ſeit dem Attentat vom 16. April 1866 auf dem Wege der Reformen im Innern inne zu halten angefangen.*) Die ſocialiſtiſchen Tendenzen der geheimen Geſellſchaften hätten ihn erſchreckt. Dieſe Geſellſchaften ſollen in der That die deſtructivſten Tendenzen, insbeſondere auch antireligiöſe, in den Schulen zu verbreiten geſucht haben. Daß die Regierung gegen ſolche Wühlereien mit Strenge vorgeht, erſcheint ganz natürlich. Daraus iſt aber noch nicht zu folgern, daß der Kaiſer, nachdem er die Abſchaffung der Leibeigenſchaft, der Prügelſtrafe, Hebung des Unterrichts ꝛc. als Heilmittel erkannt hat, plötzlich in eine ſchroffe Reaction zurückfallen ſollte.

Wir gehen zu England über. Mit Lord Palmerſton war von England eine fataliſtiſche Bezauberung gewichen. Der ſatyreske Großvater der mit allen Revolutionen kokettirenden Whigpolitik hatte zwar, als er am 18. October 1865 ſtarb, noch die Großmutter, das liberale Waſchweib Graf Ruſſel, zurückgelaſſen, allein der Humor war unwiederbringlich verloren. Andere Verhältniſſe erforderten wieder eine ernſtere conſervative Politik und der mißlungene Verſuch einer aber-

*) Das Attentat vom 16. April in ſeiner Bedeutung für die culturgeſchichtliche Entwicklung Rußlands. Von Dr. v. H—ſt. Leipzig, 1867.

maligen Parlamentsreform führte zu einem Miniſterwechſel. Das neue Toryminiſterium, deſſen Beſtellung ſchon ein Londoner Telegramm am verhängnißvollen 3. Juli 1866 meldete, das aber erſt einige Tage ſpäter förmlich eingeſetzt wurde, erhielt zum Chef den erſten Lord der Schatzkammer, Graf Derby. Die vorzüglichſten Mitglieder waren ferner für das auswärtige Amt Lord Stanley, für den Schatz Disraeli, für den Krieg General Peel, für die Marine Pakington, für die Colonien Lord Carnarvon, für Indien Lord Cramborne ꝛc.

Lord Stanley ließ keinen Zweifel über die auswärtige Politik Englands übrig, als er bei ſeinem Amtsantritt im Parlament erklärte: Es ſey eine abſurde Vorausſetzung, daß ein conſervatives Miniſterium in England kriegsluſtig ſeyn müſſe. Die conſervative Partei (der Tories) habe während des amerikaniſchen Bürgerkrieges vorſichtig zurückgehalten, während die Führer der Whigs, Graf Ruſſel und Gladſtone, ziemlich unvorſichtig für den Süden Partei genommen hätten. Was den gegenwärtigen Continentalkrieg in Deutſchland betreffe, ſo werde ſich England nicht einmiſchen, erſtens zur Schonung der ärmeren Claſſen in England, denen man keine neue Steuer aufbürden dürfe, und zweitens um den Colonialhandel nicht zu ſtören. Zum Schluß ſeiner Rede machte der edle Lord dem Kaiſer der Franzoſen ein ſchmeichelhaftes Compliment wegen ſeiner friedlichen Geſinnung.

Bei dieſer Gelegenheit ſchrieb ein Deutſcher aus London in ſeine Heimath, die gewaltige Machtentfaltung Preußens habe England diesmal noch weit mehr als vor zwei Jahren im Dänenkriege imponirt. Die erſtaunlichen Siege in Böhmen hätten ſehr zur Friedensliebe an der Themſe mitgewirkt und dort ein gewiſſes Vertrauen hervorgerufen, daß auch Frankreich ſeine Rheingelüſte bezähmen werde. Staunen ergriff die Bevölkerung von London. „Der im Auslande lebende Deutſche,“ hieß es in jenem Schreiben, „fühlt am deutlichſten, wie ſeit Anfang Juli eine deutſche Nation zum erſtenmale vor den Schranken

der Weltgeſchichte plötzlich als Weltmacht erſchienen iſt. Der Deutſche, ſeither als braver Menſch geduldet, auch manchmal in Frankreich und England individuell geſchätzt, iſt plötzlich das geachtete Mitglied einer erſten Weltmacht geworden."

Es fiel einigermaßen auf, daß England gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen keine Einwendungen machte, da die Königin von England aus welfiſchem Geſchlechte ſtammte, der jeweilige König von Hannover noch eine Apanage von England genoß und Sitz und Stimme im Hauſe der Lords hatte, Hannover auch immer den engliſchen Intereſſen diente, um von England geſchützt zu werden. Insbeſondere war durch Hannover Preußen von der Nordſee verdrängt und die Bildung einer deutſchen Seemacht dadurch gelähmt worden, alles zum Vortheil Englands. Gleichwohl that England diesmal nichts für Hannover, ſondern erklärte ſich ſchon am Ende Juli mit der Einverleibung dieſes Landes in Preußen einverſtanden. Lord Stanley erklärte das, wie die engliſchen Blätter es ausdrücklich bemerkten, im Gegenſatz gegen Rußland, welches England und Frankreich zu einer Einmiſchung aufgefordert hatte, aber iſolirt blieb. Da es bekanntlich in England weniger auf den Willen der Königin, als auf den des Miniſteriums und Parlaments ankommt, war für die engliſche Politik in der hannöverſchen Frage ſchwerlich der Umſtand von Entſcheidung, daß der Königin Tochter mit dem Kronprinzen von Preußen vermählt war. Von ungleich mehr Einfluß ſcheint für beide Mächte der Hinblick auf neue Verwicklungen im Orient geweſen zu ſeyn. Den Weſtmächten mußte daran liegen, mit Preußen in guten Beziehungen zu bleiben, wenn Rußland im Orient wieder erobern wollte.

Während der Krieg in Deutſchland noch nicht zu Ende war, hatten England und Nordamerika die Freude, ein großartiges und gemeinnütziges Werk, das ſchon einmal mißlungen war und Millionen gekoſtet hatte, endlich vollſtändig gelingen zu ſehen. Das transatlan-

diſche Kabel kam nämlich von der Weſtküſte Irlands auslaufend am 27. Juli 1866 in der Trinitybay an der Küſte von New-Foundland wohlbehalten an und hat ſeitdem ſeinen Dienſt verrichtet. Es iſt ſogar ſchon ein zweites Kabel zu legen unternommen worden, um jenem erſten Concurrenz zu machen. Eben ſo wichtig wäre eine Telegraphenverbindung mit China und Japan. Eine ſolche iſt ſchon ſeit einigen Jahren im Plane. Der Nordamerikaner Culins wollte eine Telegraphenlinie durch den Norden Amerikas bis zur Behringsſtraße leiten und der ruſſiſche Kaiſer hatte ſich bereits angeboten, ihm mit einer Telegraphenlinie durch ganz Sibirien auf der aſiatiſchen Seite bis zur Behringsſtraße entgegenzukommen. Die Enden beider Linien ſollten dann auf der kurzen Strecke, welche das Meer in der Behringsſtraße zwiſchen beiden Welttheilen offen läßt, durch ein Kabel verbunden werden. Einſichtige zweifelten gleich anfangs, ob es möglich wäre, auf ſo langen Strecken, in ſo rauhem Klima, in gänzlich öden oder nur von Wilden bewohnten Gegenden ſichere Telegraphenſtationen anlegen zu können, und wegen dieſer außerordentlichen Terrainhinderniſſe hat der Ruſſe Romanow dem Kaiſer einen andern Plan vorgelegt, deſſen Ausführung weniger Schwierigkeiten darzubieten ſcheint. Der Landtelegraph ſoll nämlich weder in Aſien noch in Amerika bis zur Behringsſtraße, ſondern in beiden Welttheilen nur bis zu einem weiter ſüdlich gelegenen Punkte geführt werden und zwar in Sibirien bis nach Nikolajewsk. Von da ſoll ein unterſeeiſches Kabel nach Kamtſchatka und über die Aleutiſchen und Fuchsinſeln bis zur Weſtküſte von Amerika hinübergeleitet werden.

Einige andere England betreffende Neuigkeiten ſeyen hier nur kurz erwähnt. Im Frühjahr 1866 tauchten rebelliſche Banden in Irland unter dem Namen der Feniers auf, wurden jedoch bald überwältigt. Der Name Fenier bedeutet Phönizier, weil die Irländer von dieſem alten Volk abzuſtammen glauben. Jahrhundertlanger Mißhandlung im Vaterlande durch Auswanderung entronnen, hatten ſich einige

Millionen Irländer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika angeſiedelt und kamen dort allmälig auf den Gedanken, ihre zurückgebliebenen Brüder in Irland vom unbarmherzigen Joche der Engländer zu befreien. Sie machten daher eine Verſchwörung, hielten Meetings und ſchickten Emiſſäre ab, um in Irland ſelbſt das gemeine Volk zur Empörung aufzurufen. Aber mit viel zu geringen Mitteln. Viele waren ſchon im Herbſt 1865 verhaftet worden, unter andern ihr verwegenſtes Haupt Stephens, der aus dem Kerker glücklich wieder entkam. Die Sache der Feniers gerieth aber ins Stocken. Nur von den Flotten der Union oder von Frankreich unterſtützt, hätte der Verſuch Bedeutung gewinnen können. Im Frühjahr 1867 wurde ein großer Aufſtand angekündigt. Man glaubte nicht, daß die Feniers es im Ernſt wagen würden, ſich zu erheben, da die engliſche Regierung wachſam war und mit ihren großen Mitteln die Banden, die ſich etwa gegen ſie bewaffnen konnten, leicht bewältigen mußte. Indeſſen machten ſie doch am 11. Februar einen Anſchlag auf das Schloß Cheſter, worin ſich bedeutende Waffenvorräthe befanden. Ein früherer nordamerikaniſcher Offizier, der mit 50 Mann aus Amerika gekommen war, machte der Polizei in Liverpool Anzeige von der Abſicht der Verſchworenen, ſo daß die Regierung Zeit hatte, die Waffenvorräthe zu ſchützen, und die Feniers, die ſich wirklich von allen Seiten zu hunderten eingefunden hatten, genöthigt waren, unverrichteter Dinge wieder zu verſchwinden. Doch hörte man nach wenigen Tagen, 800 Feniers ſeyen wohlbewaffnet in den Bergen von Killarney an der Südweſtſpitze von Irland verſammelt. Aber erſt am 6. März erfolgte eine größere Bewegung, ein Angriff der Feniers auf Drogheda, der jedoch zurückgeſchlagen wurde. Man rechnete, daß damals bereits 4000 Feniers von der Polizei waren ergriffen worden, ehe ſie ſich an ihre kämpfenden Brüder hatten anſchließen können. Zahl und Bewaffnung der Inſurgenten war ſo unzureichend, daß die Regierung in London nicht einmal nöthig erachtete, den Kriegszuſtand über Ir-

land zu verhängen. Die Proclamation der Feniers, die in jenen Tagen veröffentlicht wurde, war ein klägliches Machwerk. Man kann darin freilich nicht ohne Rührung leſen, was ſie von ihrer Armuth, von ihrem Hunger, von der grenzenloſen Ungerechtigkeit der Engländer ſagen, indem ſie aber eine iriſche Republik proclamiren, machen ſie das Gelingen ihrer Sache von vornherein unmöglich. Zugleich ſprechen ſie den ganzen Boden Irlands für ſich an mit Ausſchluß nicht nur des engliſchen Staats und der engliſchen Kirche, ſondern auch aller Privatbeſitzer.

„Der jetzt im Beſitz einer Oligarchie befindliche Grund und Boden von Irland gehört uns, dem iriſchen Volke; uns muß er zurückgegeben werden.“

Nach Palmerſtons Tode wurde der Gedanke der Parlamentsreform wieder angeregt. Die herrſchende Ariſtokratie war indeß ſchon gewohnt, dem Cerberus der Demokratie kleine Biſſen in den bellenden Rachen zu werfen und ihn dadurch wieder auf einige Zeit zu beſchwichtigen. Eine wirkliche Parlamentsreform iſt nicht durchführbar, ſo lange die Ariſtokratie ihren Reichthum beſitzt. Dieſen ſchweren Goldfelſen vermag keine Bill, ſondern nur eine Revolution aus dem Schwerpunkt zu bringen. Gladſtone brachte am 12. März 1866 eine neue Reformbill an das Unterhaus. Danach ſollte der Grafſchaftscenſus von 50 auf 14, der Städtecenſus auf 7 Pfund Sterling herabgeſetzt werden. Miether von 10 Pfund Sterling jährlichem Miethwerth und wer zwei Jahre nach einander 50 Pfund in der Sparkaſſe hat, ſollten Stimmrecht erhalten.

Gladſtone ſetzte jedoch ſeine Bill nicht durch. Auch diesmal erſchütterte die Bewegung für die Parlamentsreform das Miniſterium nicht. Am 11. Febr. 1867 erklärte Schatzkanzler Disraeli im Unterhauſe, ſeit 1852 habe man viermal einen Anlauf genommen, eine Reform durchzuſetzen, aber immer vergebens. Der Kern der Frage ſey der, „ob das Haus der Gemeinen auf der Grundlage der engli-

ſchen Verfaſſung, oder der eines andern Landes, etwa Frankreichs oder Amerikas, wieder aufgebaut werden ſolle? Die Regierung behalte den Grundſatz der engliſchen Verfaſſung im Auge und wolle am Grundcharakter des Hauſes nichts ändern. Sie faſſe das Stimmrecht als ein Privilegium und nicht als ein demokratiſches Recht auf und halte daran feſt, daß die Beſteuerung die Grundlage des Wahlrechts ſeyn müſſe. Er ſchlage vor 1) daß kein Burgflecken die Vertretung ganz verlieren dürfe; 2) daß andere noch unvertretene Orte Sitz und Stimme im Parlament erhalten müſſen. Gegenwärtig ſeyen die Grafſchaften mit 11½ Mill. Seelen nur mit 162, die Burgflecken mit 9½ Mill. durch 334 Parlamentsglieder vertreten. Er ſchlage vor, den Wählercenſus in den Grafſchaften zu ermäßigen, dann würden mehr Burgfleckenbewohner für die Grafſchaft ſtimmen."

Die große Frage iſt, ſoll die Macht der Ariſtokratie in England, in welcher bisher die ganze Größe Englands beruhte, erſchüttert werden? Das will dieſe Ariſtokratie begreiflicherweiſe nicht zulaſſen, aber nicht bloß aus egoiſtiſchen, ſondern auch aus patriotiſchen Gründen, denn die Solidität und Dauerhaftigkeit des engliſchen Staates wäre augenblicklich in Frage geſtellt, wenn der Stamm der Parlamentsglieder nicht mehr der geſchloſſenen Ariſtokratie angehörte, wenn durch demokratiſche Wahlen jegliche Agitation ſchlauer Demagogen, ehrgeiziger Emporkömmlinge, unpraktiſcher Theoretiker ins Parlament eindränge und darin herrſchend würde, und ſtatt des Steuerruders in der feſten Hand einer erfahrungsmäßig durchgebildeten Kaſte, wie in den meiſten Parlamenten des Continents die Windfahne einer Deputirtenkammer träte, die jede Mode, jeder Wahn des Augenblicks und jede neu auftauchende Partei umdrehen könnte.

Das wird nun auch in England eingeſehen und es iſt durchaus kein Grund vorhanden, um von der neuen Reformbewegung irgend eine weſentliche Aenderung der Dinge zu erwarten. Wenn ein Whigminiſterium abtritt, wird das Toryminiſterium gewöhnlich um Con-

ceſſionen im Sinne der Reform bedrängt, aber bisher hat ſich noch jedes Toryminiſterium mit einem Minimum von Conceſſionen in Nebendingen begnügt und in der Hauptſache das Prinzip feſtgehalten. So hielt es auch Disraeli in der von ihm eingebrachten ſparſamen Reformbill feſt, im Frühjahr 1867.

Mit Recht bewundert man den Rechtsſinn und die Loyalität des gemeinen Volks in England, welches oft maſſenhaft im tiefſten Elend ſchmachtet und dem Hungertode preisgegeben iſt und doch niemals eine Revolution anzettelt. In London leben viele hunderttauſend Arbeiter und doch machen ſie keine Revolution gleich denen in Paris. Im Beginn des April 1867 wurde der Augsb. Allg. Zeitung aus London geſchrieben: „Amtlicher Erhebung zufolge betrug die Einwohnerzahl der Stadt London am Ende des vorigen Jahrs 3,037,000. Seit 1861 iſt die Bevölkerung um 234,002 Einwohner geſtiegen. Das ganze Königreich Württemberg zählt in runder Zahl 1,800,000 Einwohner — 1,300,000 weniger als jene einzige Rieſenſtadt. Daß ein ſolches Stadtungeheuer nicht mehr ſchön ſeyn kann, liegt auf der Hand. Es iſt geradezu ſchauderhaft zu denken, welchen phyſiſchen und moraliſchen Schmutz-Zubehör die Exiſtenz einer ſolchen Menſchenmaſſe auf einem Fleck vorausſetzt. Und dies unter Londons Rauch- und Nebelatmoſphäre! Mittlerweile wächst auch die Noth der Tauſende von beſchäftigungsloſen Arbeitern, beſonders im öſtlichen Theile der Stadt, ins Rieſengroße. Ungemeſſener Reichthum und jammervollſtes Elend wohnt wahrſcheinlich nirgends in der Welt ſo nahe und unvermittelt nebeneinander. So hatte denn auch London am 4. April das Schauſpiel eines Zugs von etwa 1500 hohläugigen, abgemagerten Männern, die, mit einer freiwilligen Muſikbande an der Spitze, unter den Tönen des Klageliedes feiernder Arbeiter: „We have no work to do,“ (wir haben nichts zu arbeiten) ſich langſam daher bewegten. Es ging durch den kommerziellen Theil der Stadt, an der Wohnung des Lordmayor vorüber, auf das Weſtende zu. Die Region der großen Clubs

wurde durchzogen und auch dem ſtillen Viertel der großen Ariſtokratie ein Beſuch gemacht. Die traurige Schaar hatte ſich auf ihrem Stelldichein meiſt mit nüchternem Magen und begleitet von ihren ebenfalls hungrigen Familien eingefunden, und der lange Weg mag manchem der Arbeiter, die ſich nach aller Urtheil mit tadelloſer Ruhe benahmen, ſauer genug geworden ſeyn. Wie es heißt, haben die Beklagenswerthen eine Deputation an das Miniſterium abgeſandt, um die Regierung zu bitten, ihnen durch öffentliche Arbeiten Gelegenheit zu geben, die Mittel zur Friſtung ihrer Exiſtenz zu erwerben."

Die Königin von England hatte ſich durch ihre Sympathie für Deutſchland heimliche Feinde in England gemacht, die mit einer in dieſem Lande nicht ſeltenen Bosheit ehrenrührige Lügen in Bezug auf Ihre Majeſtät verbreiteten. Da nun ſolch elendes Geklatſch auch in der deutſchen Preſſe verbreitet wurde, ſchrieb die lithographirte engliſche Correſpondenz vom 2. April 1867: „Die perſönlichen und häuslichen Verhältniſſe der Königin von England ſcheinen in Deutſchland weit lebhafter als in England ſelbſt zu intereſſiren. Zu ſolchem Schluß berechtigt die Thatſache, daß über ſie in der deutſchen Preſſe unendlich mehr Gerüchte und Anekdötchen als in der hieſigen verbreitet werden, obgleich letzterer das Material näher liegt und die Furcht vor Preßprozeſſen am wenigſten abzuſchrecken brauchte. Die Königin von England hat es um uns Deutſche wahrlich nicht verdient, daß wir ihr die Ehre abſchneiden, denn eben, daß ſie für Deutſchland allzu lebhaft empfinde, iſt der ſtille Vorwurf, der ſie hier durch ihre glücklichſten Lebensjahre verfolgt hat. Pflicht und Ehre gebieten daher, dem durch einen Theil der deutſchen Blätter ziehenden Gerüchte von einer morganatiſchen Vermählung der Königin mit einem untergeordneten Diener ihres Hofhalts entgegenzutreten. Solch müßiges und unwahres Geſchwätz, das nur in den niedrigſten Kneipen Londons ausgeheckt wird, verdient nicht jenſeits des Canals wiederholt zu werden."

Dreiundzwanzigſtes Buch.

Franzöſiſche Pläne.

Indem der Kaiſer von Oeſterreich nach der Niederlage ſeines Heeres bei Königgrätz Venetien an den Kaiſer Napoleon III. verſchenkte, wurde dieſer dadurch zum Schiedsrichter im deutſchen Kriege auserkoren und nahm auch in gewohnter Feierlichkeit die Ehre und den Ruhm an, die er davon hatte, blieb aber weit hinter den Erwartungen Oeſterreichs zurück. Denn es gelüſtete ihn nicht, ſich jetzt noch für das beſiegte Oeſterreich mit dem ſiegreichen Preußen zu ſchlagen. Er trat auch jetzt noch nicht aus ſeiner Neutralität heraus und wenn er Oeſterreich auch nicht mehr den Erwerb Schleſiens verſchaffen konnte, ſo ſetzte er doch durch, daß in den Friedenspräliminarien von Nikolsburg Preußen von Oeſterreich keine Gebietsabtretung verlangte. Auch ſollte Preußen ſeine Hegemonie in Deutſchland nicht über die Mainlinie hinaus erſtrecken. Indem Preußen ſich dieſen Bedingungen fügte, handelte es klug, denn wenn es Oeſterreich und

die Mittelstaaten durch höhere Forderungen erbittert und zur Verzweiflung gebracht hätte, dann erst würde Frankreich an ihnen enragirte Bundesgenossen gefunden haben. Durch Schonung dämpfte der Sieger die Rheinbundgelüste.

Die Italiener geriethen in eine wahre Wuth, als sie sich zu Wasser und zu Lande geschlagen sahen und Venetien nur durch französische Gnade erhalten sollten. Sie wagten daher, im Vertrauen auf das starke und siegreiche Preußen, dem französischen Kaiser eine kurze Zeit lang zu trotzen und rückten, obgleich er es ihnen verboten hatte, gegen Venetien vor, schlossen sich aber nachher dem Frieden an, den Frankreich mit Wien vermittelte. Napoleon III. war mit dem Verhalten Victor Emanuels damals nicht ganz zufrieden. Lamarmora, der französisch gesinnte Minister Italiens, mußte dem preußisch gesinnten Ricasoli weichen. Deswegen arbeitete die französische Diplomatie in Florenz darauf hin, das Band zwischen Italien und Preußen wieder zu lockern und dem italienischen Vasallen zu bedeuten, der französische Schutz sey ihm doch noch unentbehrlicher als der preußische.

Einstweilen störte nichts den Frieden. Frankreich mußte sich erst Italiens wieder vergewissert, erst Hinterladungsgewehre genug angeschafft, erst neue Allianzen gewonnen haben, ehe es wagen durfte, Preußen anzugreifen. Ja es konnte diese Zwischenzeit benutzen, um Preußen selbst eine Compensation abzudiplomatisiren. Die strengste Neutralität einzuhalten, durch Vermittlung des Friedens den Rang eines europäischen Schiedsrichters zu bewahren, war das nächste Interesse des Kaisers. Er blieb daher auch von den Feierlichkeiten weg, mit denen in der Mitte des Juli, gerade nach den großen Siegen der Preußen, das Jubiläum der Einverleibung Lothringens in Frankreich begangen wurde.

In der zweiten Woche des August wurden unruhige Gerüchte verbreitet. Die Opposition in Paris suchte, je ohnmächtiger sie sich

gegenüber dem Kaiſer fühlte, mit deſto lauerſamerem Scharfblick jede Gelegenheit zu benutzen, um den Kaiſer beim franzöſiſchen Volke zu verdächtigen, als ſey er ſchon zu alt und kränklich, um noch energiſch das Intereſſe der franzöſiſchen Nation vertreten zu können. Ja man ſcheute ſich nicht, ihm indirekt den Vorwurf der Feigheit zu machen. Mit denſelben Mitteln waren Karl X. und Ludwig Philipp allmälig um allen Kredit gebracht worden. Gerade jetzt bemühte ſich die Oppoſition, den Kaiſer noch in einen Krieg mit Deutſchland hineinzuhetzen, weil es beleidigend für die franzöſiſche Ehre und unerträglich ſey, daß Frankreich die deutſche Beute nicht mit Preußen theilen ſollte. Auch den Ehrgeiz des franzöſiſchen Heeres reizte man auf und gab zu verſtehen, dasſelbe könne unmöglich dulden, daß es von der preußiſchen Armee an Kriegsruhm übertroffen werde. Dieſe Stimmen gingen von einer keineswegs wahrhaft kriegsluſtigen Partei, ſondern wieder nur von der orleaniſtiſchen Oppoſition aus. Indeſſen glaubte man, Napoleon III. wolle die Oppoſition diesmal benutzen, um Preußen ein wenig zu drohen und deſſen Forderungen an die deutſchen Mittelſtaaten zu mäßigen. Etwas Beſtimmtes erfuhr man nicht. Erſt im Anfang des Auguſt verbreitete der Pariſer Siècle das Gerücht, die kaiſerliche Regierung habe mit dem Berliner Kabinet Vorbeſprechungen (pourparlers) bezüglich der Rheingrenze eröffnet, Preußen aber bisher nicht geglaubt, die franzöſiſchen Vorſchläge annehmen zu können.

Auf mehr als eine größere Schonung der deutſchen Mittelſtaaten im Frieden lief der von Frankreich her geübte Druck auf Preußen nicht hinaus. Und jene Schonung ſelbſt lag ſo ſehr im preußiſchen eigenen Intereſſe, daß es eines Drucks von Frankreich her gar nicht bedurfte. Die Compenſationsfrage, wenn je darüber verhandelt worden war, ließ doch Napoleon III. wieder fallen. Preußen blieb ſeinem alten Programm getreu, keinen Fußbreit deutſchen Bodens abtreten zu wollen, und Frankreich entſagte oder glaubte wenigſtens die Erfüllung ſeiner Wünſche auf eine günſtigere Zeit vertagen zu müſſen. Die

nächste Folge davon war, daß Drouyn de Lhuys, weil er immer zu sehr zu Oesterreich geneigt hatte, das auswärtige Amt niederlegen mußte.

Der Weserzeitung wurde unterm 13. August aus Berlin geschrieben: „Heute sind es acht Tage, daß hier die französische Note eintraf, in welcher die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 angeregt wurde. An demselben Abend noch fand ein Ministerrath statt, in welchem der zugezogene Generalstabschef von Moltke den Ministern v. Roon und Graf Bismarck bewies, daß Preußen gerüstet und im Stande sey, den Krieg gegen Frankreich aufzunehmen, wenn es seyn müsse, sofort. Frankreich hat nicht ganz 400,000 Mann auf den Beinen, nach Abzug der in Mexiko, Algerien und Rom befindlichen Truppen etwas über 300,000 Mann; Preußen hat am Anfang dieses Monats 640,000 und einige hundert Mann ausgelöhnt. Die Folge dieses Ministerrathes war, daß am Dienstag von preußischer Seite eine entschieden ablehnende Antwort gegeben wurde."

Der englische Globe wunderte sich, wie Frankreich dazu komme, aus Anlaß der Erwerbung Preußens eine Compensation für sich zu beanspruchen. „Was hat denn Frankreich in diesem Kriege gethan?" frug der Globe. „Waren es denn die Franzosen, welche die Schlacht bei Königgrätz gewonnen haben? Die Preußen allein haben gesiegt und niemand hätte sie gehindert, auch noch vollends in Wien, München und Stuttgart einzurücken. Wenn Oesterreich in der Noth die französische Vermittlung anrief und Preußen darauf Rücksicht nahm, so hat damit doch nur Oesterreich eine Verpflichtung zum Dank übernommen und nicht Preußen."

Nachdem Napoleon III. am 2. September Drouyn de Lhuys als Minister der auswärtigen Angelegenheiten beseitigt und dessen Portefeuille dem bisherigen Gesandten in Constantinopel, Marquis de Moustier zugewiesen hatte, der letztere aber noch nicht angekommen war und Herr von Lavalette einstweilen für ihn eintrat,

erließ dieſer letztere am 16. September auf Befehl des Kaiſers ein denkwürdiges Rundſchreiben an die diplomatiſchen Agenten Frankreichs im Auslande. Er kündigte vor allen Dingen Frieden an und behandelte die künſtliche Erhitzung der Orleaniſten gegen Preußen, durch die Frankreich in den Krieg gehetzt werden ſollte, mit der Geringſchätzung, welche ſie verdiente, warf aber zugleich einige Leuchtkugeln in die Höhe, um einigermaßen die Nacht der europäiſchen Zukunft zu erhellen. Wir heben hier nur die Grundgedanken der Denkſchrift hervor: „Die öffentliche Meinung Frankreichs iſt bewegt. Sie ſchwankt, unſicher zwiſchen der Freude, die Verträge von 1815 vernichtet zu ſehen, und der Furcht, daß die Macht Preußens nicht übermäßige Verhältniſſe annehme, zwiſchen dem Verlangen nach Erhaltung des Friedens und der Hoffnung, durch den Krieg eine Gebietsvergrößerung zu erlangen. Sie ertheilt der vollſtändigen Befreiung Italiens ihren Beifall, aber ſie will gegen die Gefahren, die den heil. Vater bedrohen könnten, beruhigt ſeyn. Die Ungewißheiten, welche die Geiſter bewegen und die im Ausland ihren Widerhall haben, legen der Regierung die Verpflichtung auf, ihre Anſchauungsweiſe klar herauszuſagen.“

Nun heißt es weiter, die neue Umgeſtaltung Deutſchlands ſey Frankreich nicht mehr ſo bedrohlich, als es die frühere Bundesverfaſſung geweſen ſey: „Es iſt unbeſtreitbar, daß es während mehr als 40 Jahren vor und gegen ſich hatte die Coalition der drei nordiſchen Mächte, die durch die Erinnerung gemeinſchaftlicher Niederlagen und Siege, durch gleiche Regierungsprincipien, durch feierliche Verträge und die Gefühle des Mißtrauens gegen unſere freiſinnige und civiliſirende Aktion geeinigt waren.

„Die Freiheit der Allianzen iſt das neue Princip, welches Europa regiert. Alle Großmächte ſind gegenſeitig zum vollen Maaß ihrer Unabhängigkeit und zur geregelten Entwicklung ihrer Geſchicke gelangt. Ein vergrößertes, nunmehr aller Solidarität lediges Preußen ſichert

die Unabhängigkeit Deutſchlands. Frankreich braucht daran keinen Anſtoß zu nehmen. Stolz auf ſeine wundervolle Einheit, auf ſeine unverwüſtliche Nationalität, kann es das eben vollzogene Aſſimilirungswerk weder bekämpfen und bedauern, noch die Principien der Nationalität, die es in Bezug auf die Völker vertritt und verkündigt, eiferſüchtigen Empfindungen unterordnen. Iſt einmal das Nationalgefühl Deutſchlands befriedigt, ſo ſchwinden deſſen Beſorgniſſe und erliſcht deſſen Feindſchaft. Indem es Frankreich nachahmt, thut es einen Schritt, der es uns nähert, aber nicht von uns entfernt.

„Im Süden tritt Italien, deſſen Patriotismus durch eine lange Knechtſchaft nicht erſtickt werden konnte, in den Beſitz aller ſeiner Elemente nationaler Größe. Sein Beſtehen bringt eine tiefe Veränderung in den politiſchen Bedingungen Europas hervor; allein ungeachtet unüberlegter Empfindlichkeiten oder vorübergehender Unbilligkeiten nähern es ſeine Ideen, ſeine Principien und Intereſſen der Nation, welche ihr Blut vergoſſen hat, um ihm zur Erringung ſeiner Unabhängigkeit behülflich zu ſeyn.

„Die Intereſſen des päpſtlichen Stuhles ſind durch die Convention vom 15. September ſichergeſtellt. Dieſe Convention wird in loyaler Weiſe ausgeführt werden. Indem der Kaiſer ſeine Truppen aus Rom zurückzieht, läßt er als Sicherheitsbürgſchaft für den hl. Vater den Schutz Frankreichs daſelbſt zurück.

„In der Oſtſee wie im Mittelmeer erſtehen Marinen zweiten Ranges, die der Freiheit der Meere günſtig ſind.

„Indem Oeſterreich, ſeiner italieniſchen und germaniſchen Sorgen enthoben, ſeine Kräfte nicht mehr in unfruchtbarer Nebenbuhlerſchaft verzehrt, ſondern ſie in Oſteuropa concentrirt, ſteht es noch immer als eine Macht von 35 Millionen Seelen da, die keine Feindſeligkeit und kein Intereſſe von Frankreich ſcheidet.“

Sodann kommt der Kaiſer auf den großen Gedanken des Zuſammenſtehens des romaniſchen und germaniſchen Europa gegen Ruß-

land und die neue Macht in Amerika zurück, und warnt vor neuen Kämpfen in Europas Mitte, die nur Europa ſelbſt Schaden und nur Aſien und Amerika Vortheil bringen könnten. „Während die alten Völker des Continents in ihren eingeſchränkten Gebieten nur mit einer gewiſſen Langſamkeit wachſen, können Rußland und die Republik der Ver. Staaten Amerikas vor einem Jahrhundert je 100 Millionen Menſchen zählen. Obgleich die Fortſchritte dieſer beiden großen Reiche für uns kein Gegenſtand der Beſorgniß ſind, ſondern wir im Gegentheil ihren hochherzigen Anſtrengungen zu Gunſten unterdrückter Racen Beifall zollen, ſo liegt es doch in dem vorausſchauenden Intereſſe der Nationen Central-Europas, nicht in ſo vielen verſchiedenartigen Staaten ohne Kraft und ohne öffentlichen Geiſt zerſtückelt zu bleiben.

„Die Politik muß ſich über die engen und kleinlichen Vorurtheile einer vergangenen Zeit erheben. Der Kaiſer glaubt nicht, daß die Größe eines Landes von der Schwächung der es umgebenden Völker abhänge, und er ſieht das wahrhafte Gleichgewicht nur in den befriedigten Wünſchen der Völker Europas. Darin gehorcht er alten Ueberzeugungen und den Ueberlieferungen ſeines Hauſes. Napoleon I. hatte die Veränderungen vorhergeſehen, die heutzutage auf dem europäiſchen Continent vor ſich gehen. Er hatte die Keime neuer Nationalitäten ausgeſtreut, in der Halbinſel, indem er das Königreich Italien ſchuf, in Deutſchland, indem er 253 ſelbſtändige Staaten abſchaffte.

„Wenn dieſe Erwägungsgründe gerecht und wahr ſind, ſo hat der Kaiſer wohl daran gethan, das nicht unrühmliche Amt eines Vermittlers anzunehmen, unnützem, unſäglich betrübendem Blutvergießen Einhalt zu thun, den Sieger durch freundſchaftliches Einſchreiten zur Mäßigung zu ſtimmen, die Folgen der Niederlagen zu mildern und durch ſo viele Hinderniſſe hindurch die Wiederherſtellung des Friedens zu verfolgen. Im Gegentheil hätte er ſeine hohe

Verantwortlichkeit verkannt, wenn er sich unvermuthet in die Wechselfälle eines großen Krieges gestürzt hätte, eines jener Kriege, welche alten Stammeshaß wieder anfachen und ganze Nationen gegen einander werfen."

Aendert sich die Politik des Kaisers, so ist es jedenfalls von Werth, zu wissen, wie er sich im September 1866 noch geäußert hat.

Am Ende des October reizte die „Opinion nationale" die Eifersucht der Franzosen gegen die Deutschen auf und warnte vor Preußen. „Das besiegte Oesterreich," sagte sie, „hat Venetien abgetreten; wir haben fortan nichts mehr von ihm zu fürchten, weder in Italien, noch am Rhein. Unsere alten Beschwerden verschwinden vor der neuen Lage der Dinge und wir haben nur noch ein Interesse, nämlich Oesterreich einerseits gegen Rußland, andererseits gegen Preußen zu stärken. Preußen, welches siegreicher war, als wir es zu Anfang des Conflicts geglaubt hätten, hat eine beklagenswerthe und gefährliche Neigung, seinen Sieg zu mißbrauchen. Wir geben gerne zu, daß es seine Hegemonie von der Ostsee bis zum Main erstrecke, aber es trägt heute Gelüste nach ganz Süddeutschland, Böhmen und den deutschen Provinzen Oesterreichs; später wird es vielleicht die dänischen Inseln, Holland, Flandern, die deutsche Schweiz (von Elsaß und Lothringen spricht der Artikel nicht) beanspruchen und es ist unsere Pflicht, diese exorbitanten Ansprüche, diesen maßlosen Ehrgeiz zu bekämpfen. Es ist die Politik des Pangermanismus, der Europa mit Stürmen bedroht." Das widerspricht sehr dem Nationalitätenprincip, welches von Frankreich aus immer so sehr empfohlen wird. Und mit welchem Recht klagt Frankreich, das erst Savoyen und Nizza annectirt hat, über preußische Annectirungen? Was hat sich Frankreich endlich um Dynastienwechsel in Deutschland zu bekümmern? Als die alten Bourbons durch die Orleaniden, diese durch die Republik und diese wieder durch den 2. Dezember gestürzt wurden, haben sich da die Deutschen in diese französischen Dinge eingemischt?

Im November 1866 gab Jules Favre eine Sammlung ſeiner politiſchen Reden heraus, worin er ſeine Angſt vor Deutſchland mit lächerlichem Pathos zur Schau trug: „Die Klagen der verrathenen Völker ſind erſtickt unter den Trümmern des deutſchen Bundes und der umgeſtürzten Throne. Die Karte von Deutſchland iſt umgeändert ohne uns und gegen uns. Eine furchtbare nationale und militäriſche Einheit organiſirt ſich dort und bedroht uns. Einſtweilen verachtet man uns, um uns ſpäter zu trotzen. Denkt an die gebieteriſchen Nothwendigkeiten, die das höchſte Geſetz ſeines eigenen Heiles Frankreich auferlegt.“ Der gute Mann phantaſirte ſich vor, die Preußen ſtünden ſchon wieder auf dem Mont Martre.

Der Graf von Chambord, Prätendent der älteren Linie Bourbon, wollte ſeinerſeits auch nicht dahinten bleiben, als die verkappten Anhänger des Hauſes Orleans in der Friedenspolitik des Kaiſers einen Vorwand zu finden glaubten, dieſen der Feigheit und des Verraths an der franzöſiſchen Ehre anzuklagen. Er hätte die Vergrößerung Preußens, die Erſtarkung Deutſchlands nicht dulden, ſondern eine Compenſation verlangen oder Krieg anfangen ſollen. In einen ſolchen Krieg wollten die Intriganten ihn nur ſtürzen, damit er darin zu Grunde gehe. Der Graf von Chambord nun ging auf den Ton ein und richtete ein Schreiben an ſeine Anhänger, worin er die Schwäche beklagt, in welche Frankreich durch die napoleoniſche Politik verſetzt worden ſey. Frankreich dürfe niemals dulden, daß vor ſeinen Thoren ein mächtiges Italien und ein mächtiges Deutſchland entſtehen.

Graf Bismarck verhielt ſich ganz ruhig dieſen Demonſtrationen gegenüber und erklärte nur am 20. Dezember im Berliner Abgeordnetenhauſe, welche Rückſicht Preußen in Nikolsburg auf Frankreich genommen habe. „In Bezug auf Nordſchleswig,“ ſagte er, „hatte es Preußen nicht mit Dänemark allein zu thun, Preußen ſteht in Europa. Für Frankreich wäre es nicht erwünſcht, ſich Deutſchland unter Oeſterreichs Leitung geeinigt, als ein Reich von 75 Millionen zu denken;

auch wenn Frankreich bis zum Rhein ginge, wäre es kein Gegengewicht gegen eine solche Macht. Für Frankreich sey es ein Vortheil, wenn Oesterreich an diesem Deutschland nicht betheiligt ist, da die österreichischen Interessen mit den französischen in Italien, im Orient mannigfach collidiren. Zwischen Frankreich und einem von Oesterreich getrennten Deutschland sind die Berührungspunkte, die zu feindlichen Beziehungen führen können, sehr viel geringer, und daß Frankreich ein Bedürfniß hat, zum nächsten Nachbar einen solchen zu haben, mit dem es alle Hoffnung hat, in Frieden zu leben, einen solchen, dem 35 oder 38 Millionen Franzosen im defensiven Kampfe vollständig gewachsen sind, ist ein natürliches Interesse, das kann man nicht verargen. Ich glaube, daß Frankreich, wenn es seine Interessen richtig erkannte, weder zugeben konnte, daß die preußische Macht aus Deutschland verschwände, noch auch die österreichische. Welches sind weiter die Interessen Frankreichs bei einer europäischen Verwicklung, namentlich der jetzigen Dynastie? Es ist die Berücksichtigung des Systems der Nationalitäten." Nachdem Bismarck sodann über Frankreichs Haltung in der schlesw.-holst. Frage und seine diesfallsigen Besprechungen mit Dänemark und andern Mächten sich verbreitet, fuhr er fort: „So lag die Sache, als Frankreich durch die Ereignisse im Juli d. J. in die Lage kam, seine eigenen Wünsche mit einem ganz besonderen Gewicht zu accentuiren. Ich brauche Ihnen die Situation nicht zu schildern, sie ist bekannt genug, und niemand hat Preußen zumuthen wollen, zwei große europäische Kriege gleichzeitig zu führen oder in dem Momente, wo es den einen führte und seine Früchte noch nicht gesichert hatte, seine Beziehungen zu andern Mächten zu compromittiren. In dieser Lage wurde Frankreich von Oesterreich zum Vermittler der Streitigkeiten berufen, also vollkommen legitim durch einen der streitenden Theile berufen, seine Meinung geltend zu machen. Daß Frankreich die Erfordernisse seiner Politik berücksichtigte, kann ihm niemand verdenken. An uns trat die Frage heran, nicht ob wir

es den Wünſchen der Schleswig-Holſteiner entſprechend hielten, ſondern ob wir in dieſer europäiſchen Lage, in der wir uns vor Wien befanden, die Geſammtheit deſſen, was uns von Oeſterreich durch franzöſiſche Vermittlung und, wie ich vermuthe, auf Grund franzöſiſcher Redaktion geboten wurde, annehmen oder ablehnen ſollten. Eine ſtarke Anlehnung hatten wir an der unerſchütterlichen Vertragstreue Italiens, die ich nicht genug rühmen und deren Werth ich nicht hoch genug anſchlagen kann (hört! hört!); die italieniſche Regierung hat der Verſuchung, durch ein Geſchenk des gemeinſchaftlichen Feindes Oeſterreich ſich von dem Bündniß abziehen zu laſſen, mit großer Entſchiedenheit widerſtanden (hört! hört!) und wir haben darum gegründete Hoffnungen an die zukünftigen freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen Deutſchland und Italien geknüpft (hört! hört! lauter Zuruf von verſchiedenen Seiten des Hauſes) auch außerhalb des Schlachtfeldes. Dennoch war unſere Ueberzeugung, daß wir den Bogen nicht zu hoch ſpannen dürften, daß es nicht angemeſſen ſey, durch Verwerfung der Einzelheiten, durch Discuſſionen die Geſammtheit der Errungenſchaften wieder in Frage zu ſtellen und ihre vollſtändige Sicherung vielleicht von weiteren europäiſchen Complicationen abhängig zu machen. Dieſen Verhältniſſen, meine Herren, verdankt die Clauſel wegen Nordſchleswigs in dem Friedensvertrage ihre Entſtehung."

Am 19. Jan. 1867 erließ der Kaiſer der Franzoſen ein Decret, durch welches er die bisher üblichen Adreßdebatten in der Kammer abſchaffte und dagegen das Interpellationsrecht der Kammer wiederherſtellte. In dem das Decret begleitenden Schreiben hieß es: „Seit mehreren Jahren frage ich mich, ob unſere Staatseinrichtungen ſchon den höchſten Grad der Vollkommenheit erreicht haben. Heute halte ich es für möglich, den Staatseinrichtungen die ganze Entwicklung, deren ſie fähig ſind, und der öffentlichen Freiheit eine neue Ausdehnung zu geben, ohne daß dadurch die Macht gefährdet wird, welche die Nation

mir anvertraut hat." Von der Adreßdebatte hieß es, sie habe zuweilen die öffentliche Meinung in Aufregung versetzt und zu unfruchtbaren Wortkämpfen Anlaß gegeben. Das Publikum nahm das Decret hin, glaubte aber nicht, daß die Freiheit dabei gewonnen habe.

Am 14. Febr. 1867 eröffnete Kaiser Napoleon III. die Kammern mit einer friedlichen Rede und wählte zum Programm derselben einen Ausspruch seines Oheims von St. Helena: „Einer meiner größten Gedanken war die Vereinigung und Concentrirung der Völker, welche durch Politik und Revolutionen aufgelöst und zerstückelt worden sind. Eine solche Vereinigung wird später noch durch die Macht der Dinge verwirklicht werden." Der Neffe vergaß dabei nur zu bemerken, daß der Oheim eine Vereinigung durch Waffengewalt und Eroberung im Sinne gehabt hatte, während er selbst, der Neffe, nur eine Conföderation unabhängiger Nationen zunächst Frankreichs mit Deutschland und Italien in Aussicht stellte. „Die Umgestaltungen, welche in Italien und in Deutschland erfolgt sind, bereiten die Verwirklichung eines umfassenden Programms der Einigung der europäischen Staaten in einer einzigen Conföderation vor." Der kaiserliche Redner erinnerte weiter an den großen Gedanken, der ihn nach Mexiko geführt habe, und bedauerte, daß die Ausführung seines Gedankens durch ein Uebermaß von Opfern, welches Frankreich hätte bringen müssen, verhindert worden sey. Darin lag ein indirecter Tadel der andern Großmächte Europas, welche die Frage als eine europäische aufzufassen nicht verstanden hatten. In Bezug auf den Orient glaubte er, der Frieden werde erhalten werden können. Daß er in Deutschland nur vermittelt und nicht das Schwert gezogen habe, rechnete er sich zum Ruhme und Frankreich zum Vortheile an. „Preußen sucht alles zu vermeiden, was unsere nationalen Empfindlichkeiten wecken könnte, und ist in den europäischen Hauptfragen mit uns einverstanden." Gleich

friedlich ſind ſeine Aeußerungen in Bezug auf die andern Mächte. „Unſere Verbindungen mit England geſtalten ſich durch die Uebereinſtimmung in unſerer Politik und durch die Vielfältigkeit unſeres Handelsverkehrs mit jedem Tage inniger. Verſöhnlichen Sinnes iſt Rußland geneigt, im Orient ſeine Politik nicht von der Politik Frankreichs zu trennen. Ebenſo iſt es mit Oeſterreich, deſſen Größe für das allgemeine Gleichgewicht unentbehrlich iſt.“ Ueber die Vermehrung des Heeres äußerte ſich der Kaiſer einfach dahin, daß es eben nothwendig ſey, eben ſo gerüſtet dazuſtehen, wie andere Staaten. Im Uebrigen erklärte er ſich durch die innern Zuſtände Frankreichs befriedigt.

Es war ziemlich gleichgültig, ob eine Adreſſe hätte berathen werden dürfen, oder ob die Redner in langen Interpellationen ihre Meinung kundgaben, der Strom der Redner mußte unter allen Umſtänden zum Durchbruch kommen und die Oppoſition hatte Gelegenheit genug, die vorjährige Politik des Kaiſers zu tadeln. Thiers, der alte Intrigant, eröffnete den Reigen mit einer langen Rede, worin er wiederkäute, was der Graf von Chambord ſchon in ſeinem Briefe und die Anhänger des Hauſes Orleans ſchon oft genug geſagt hatten. Dieſe Leute affectirten eine Entrüſtung darüber, daß der Kaiſer die Ehre Frankreichs nicht genug wahrgenommen, daß er den Bürgerkrieg in Deutſchland nicht benutzt habe, um Frankreich die Rheinlande zu erwerben ꝛc. Wie wir oben ſchon bemerkt haben, war es dieſen Leuten nur darum zu thun, den Neffen in unbeſonnene Kriege hineinzureißen, damit er darin wie der Onkel zu Grunde ginge und dann ſie wieder Herrn und Meiſter in Frankreich werden könnten. Thiers vertheidigte das ſ. g. europäiſche Gleichgewicht, welches durch die plötzliche Machtvermehrung Preußens erſchüttert worden ſey. Frankreich hätte dieſelbe nicht zugeben, es hätte ſich einmiſchen ſollen. Auch jetzt noch ſey es nothwendig, daß Frankreich ſich mit Oeſterreich, ſämmtlichen kleinen Staaten und zugleich mit England und Scandi-

navien verbinde, um Preußen wieder zu schwächen und jedenfalls das Zustandekommen der deutschen Einheit zu verhindern.

Der Bedeutung wegen, welche die Rede von Thiers in Frankreich erlangt hat, müssen wir wenigstens ihre Hauptsätze wörtlich mittheilen. Vor allem suchte er zu beweisen, der westphälische Friede sey unschätzbar für Frankreich gewesen, denn die deutsche Einheit sey dadurch auf Jahrhunderte hinaus zerrissen und ein System von deutscher Kleinstaaterei begründet worden, welches Frankreich freie Hand gelassen habe, am Rhein zu wirthschaften, wie es wollte. Annähernd hätten auch die Verträge von 1815 Frankreich wesentlich genutzt. Nach einem so großen Siege der Deutschen über die Franzosen sey dennoch Deutschland getheilt geblieben und seine Kleinstaaterei habe Frankreich nach wie vor sein Uebergewicht gesichert. Auch die Eifersucht der Großmächte sey dem damals besiegten Frankreich trefflich zu Statten gekommen. „Die Verträge von 1815," sagt er dann, „machten das europäische Gleichgewicht nicht unmöglich, was hatte man denn wirklich zu fürchten? nicht Oesterreichs und nicht Englands Ehrgeiz. Nur den Ehrgeiz Rußlands gegen die Türkei und den Preußens in Deutschland. Aber wenn Rußland gegen den Orient vorrückte, so konnten ihm Oesterreich und England widerstehen, und waren sie zu schwach dazu, so schloß sich ihnen Frankreich an und der Erfolg war nicht zweifelhaft. Wenn Preußen Deutschland bedrohte, so konnte ihm Oesterreich mit dem Bunde entgegentreten; im Nothfall schloß sich ihm Frankreich an und das Gleichgewicht blieb aufrecht erhalten. Die Zunge der Waage ruhte in Frankreichs Händen. Ich bitte die, welche über die Zerstörung der Verträge von 1815 frohlocken, um Nachsicht; diese Verträge können wir noch vermissen. (Unterbrechung.) Erlauben Sie, in den Verträgen von 1815 lagen zwei verschiedene Dinge: einmal handelte es sich um die Grenzen und in diesem Punkte sind die Erinnerungen, die sie uns hinterlassen, gewiß beklagenswerth. Und dann handelte es sich um das jetzt gestörte

Gleichgewicht. War dieſes Gleichgewicht durch die Verträge von 1815 bloßgeſtellt? Nein, die Streitkräfte, die man heute von Ihnen verlangt, zu was ſollen ſie verwendet werden, wenn nicht dazu, es wiederherzuſtellen? Die heilige Allianz fälſchte allerdings das europäiſche Gleichgewicht, aber in dieſer Zeit hat Frankreich für die Freiheit wenigſtens die Völker für ſich gehabt. Von dieſer Tribüne aus, von welcher die Geſchichte ſagen wird, daß es nicht ihre Schuld war, wenn Frankreichs Größe einen Stoß erlitt, von dieſer Tribüne ging während 40 Jahren ein Strom freiſinniger Ideen aus, welcher dieſe Verſchwörung der Regierungen zu nichte machte, ſo ſehr, daß im Jahr 1848 dieſe Regierungen wie Schatten zerſtoben vor dem Hauch, der aus Frankreich ausgegangen war. Das Gleichgewicht war wieder hergeſtellt und wir haben die Früchte davon im Krimkrieg gepflückt. Während der ganzen Dauer der heiligen Allianz hatten wir Rußland, Preußen und Oeſterreich gegen uns. Zur Zeit des Krimkriegs ſtand Rußland allein. Dank dem liberalen Hauche aus Frankreich, der die Regierungen mit ihrem Vorurtheile aufgelöst, und Dank dem Krimkriege wurde das Gleichgewicht wieder hergeſtellt. Warum ſind wir dort nicht ſtehen geblieben?"

Nun geht Thiers zu der Politik des Kaiſers über, die durch das neugeſchaffene Nationalitätenprincip wieder alles verdorben habe. „Hätte man nicht ſeither tauſende von Menſchen und hunderte von Millionen für die Expeditionen in Italien und Mexiko aufgewendet, welches wäre die Größe Frankreichs? (Zuſtimmung.) Frankreich hätte keine Verlegenheit, wie konnten wir dieſe Lage aufgeben?" Der Redner ſprach dann davon, was man an die Stelle der Freiheit Frankreichs geſetzt hat. „Sie zu erſetzen war nicht leicht. Man mußte zuerſt an ihre Stelle die großen Arbeiten, d. h. die großen Ausgaben ſetzen, und dann mußte man dazu noch eine neue Politik fügen, die Politik der Nationalitäten und der großen Agglomerationen. Man hat ſich für Polen paſſionirt, aber nicht zu ſeinem Nutzen. Dann

hat man ſich für Italien paſſionirt.“ Redner ſagt nun hier, daß er allerdings für die Freiheit in Italien ſey und für ein neuzeitliches Regierungsſyſtem daſelbſt; „was aber die Einheit Italiens betrifft,“ fährt er fort, „ſo habe ich nie geſchwankt. Wenn ich die Ehre hätte, die Geſchäfte Frankreichs zu leiten, ſo würde ich alle ſeine Kräfte daran ſetzen, die italieniſche Einheit zu verhindern (Bewegung). Die Freiheit, ja; die Einheit, nimmermehr! Das iſt meine Ueberzeugung. Man hat aus der Befreiung Polens und aus der italieniſchen Einheit die Grundlagen unſerer äußeren Politik machen wollen. Damit hat man allerdings Beifall geerntet; die Preſſe, welche nicht mehr von der Freiheit Frankreichs ſprechen konnte, ſprach von der Freiheit Italiens und von der Freiheit Polens. (Lachen und Lärmen.) .... Man hat ſich nicht damit begnügt, das Nationalitätenprincip, die Idee der großen Einheitsſtaaten zum Thema der Discuſſion zu machen, man hat damit furchtbare Wirklichkeiten geſchaffen. Man ſagt, das Nationalitätenprincip gehe ganz natürlich aus unſerem eigenen Regierungsprincip hervor; aber muß denn das Princip unſerer inneren Politik auch das unſerer äußeren ſeyn? Nein, das war nie Frankreichs Politik in den Zeiten, die ſeine Größe und ſeine Sicherheit ausgemacht haben. Finden Sie ihr eigenes Princip im Ausland, um ſo beſſer; aber man braucht nicht deſſen Sieg im Ausland zu betreiben.

„Die gegenwärtigen Ereigniſſe haben eine ungeheure Tragweite, und es gilt jetzt, nach den Mitteln zu forſchen, um die Ruhe und die Würde Frankreichs in der Situation, in welcher wir uns befinden, zu wahren. Indem ich dieſe Ereigniſſe beſpreche, taucht in meinem Gedächtniß, nicht unfreiwillig, ſondern ſogar unwiderſtehlich eine Erinnerung auf. Ich möchte mit Boſſuet ausrufen: ‚Ein Mann hat ſich gefunden!‘ Nicht daß ich einen Vergleich ziehen wollte zwiſchen Cromwell, dem dieſe Worte gelten, und dem kühnen Miniſter, der Preußen ſo reißend ſchnell auf die Bahnen der Größe geführt hat.

Nein, kein ſolches Gleichniß! Es hieße Hrn. v. Bismarck verleumden und zugleich ihn erhöhen. (Lachen.) Aber, indem ich ſehe, wie ſehr der Mann den Umſtänden gewachſen iſt, kann ich mich nicht enthalten, zu ſagen: Ja, ein Mann hat ſich gefunden von ſeltenem politiſchen Scharfblick, von noch größerer Verwegenheit in ſeinen Unternehmungen, eine Perſönlichkeit, in der ihr Land einen großen Patrioten erblicken muß, und die vor der Idee entſetzt zurückbeben mußte, ſich mit 19 Millionen Preußen einem 36 Millionen, und mit dem deutſchen Bunde 50 Millionen Seelen zählenden Oeſterreich gegenüber zu befinden. Preußen beſchuldigte ihn der Verrücktheit; dieſes Preußen, das heute ſo ſtolz auf ſeine Größe iſt, wollte damals nichts von ihm wiſſen. Der Miniſter beurtheilte die Situation ganz richtig; er ſah, daß Oeſterreich, das er anklagte, ſo kriegsbereit zu ſeyn, es ganz und gar nicht war; er ſah, daß es ihm nur die Hälfte ſeiner Streitkräfte entgegenſetzen konnte, weil die andere den Italienern die Stirn bieten mußte; er ſah, daß nicht nur Italien Oeſterreich zwang, ſeine Streitmacht zu theilen, ſondern daß es auch die Kräfte Frankreichs durch die Bande lähmte, in welche es ſeine Politik verſtrickt hatte. Dieſer richtigen Erkenntniß paßte Herr v. Bismarck ſeine Politik an; dieſer Erkenntniß verdankte er ſeinen Erfolg. Warum haben nicht wir auch ſo richtig geurtheilt? Der ſo wahre Gedanke des Herrn v. Bismarck wäre dann falſch geworden, ſein Triumph hätte ſich in eine Kataſtrophe verwandelt! Man mußte es ja vorausſehen, daß, was immer der Ausgang dieſes Krieges ſey, er ein unglücklicher ſeyn müſſe, daß das Gleichgewicht Europas geſtört, Frankreich in ſeiner Stellung bedroht ſeyn, daß in keinem Falle ein Nutzen für daſſelbe, und namentlich kein Gebietszuwachs ſich ergeben würde; es war klar, daß es nur ein Wort zu ſagen brauchte, um den Krieg zu verhindern. Dieſe Behauptungen ſind leicht zu begründen. Der Krieg konnte in keinem Falle für uns einen glücklichen Ausgang nehmen. Blieb Oeſterreich ſiegreich, ſo konnte es ſich verſucht fühlen, den deutſchen

Bund zu seinem Vortheil umzugestalten, eine Unzukömmlichkeit, die freilich leichter wog als jene, die sich aus einem Siege Preußens ergeben hätte, aber doch immerhin eine Gefahr war, da Oesterreich auch versucht seyn konnte, die Italiener zu züchtigen, und wir dann nothgedrungen hätten eingreifen müssen. Die Italiener sagten es ganz laut. Eine zweite Alternative gab es: daß Oesterreich und Preußen, beide gleichmäßig erschöpft, sich entschlossen, Frieden zu machen. Dann hätten sie es auf Kosten des deutschen Bundes gethan, und in Deutschland wären nur mehr zwei große Mächte übrig geblieben, die beim ersten Anstoß die deutsche Einheit verwirklicht hätten. Diese zweite Chance, die wahrscheinlichste, war gleichermaßen unbequem für uns. Eine dritte Voraussetzung, jene, die sich verwirklicht hat und die am wenigsten vorhergesehen wurde, war, daß Preußen vollständig Sieger bleiben würde. Dies geschah, und heute hat es die deutsche Einheit beinahe zu drei Viertheilen realisirt. Gab es in allen diesen Fällen für uns irgend eine Aussicht auf Gewinn und namentlich auf eine Gebiets-Erwerbung? Wenn es eine Leidenschaft in Deutschland gibt, so ist es die, seinen Besitzstand zu wahren bis auf das armseligste Dorf herab. Nun, wer immer Sieger blieb, es war ein deutscher Sieger, und Sie haben gesehen, was Preußen, das übrigens in einer günstigeren Lage war, um ein Opfer zu bringen, Ihnen am Morgen nach der Schlacht bei Sadowa geantwortet hat: ‚Nein, ich kann, ohne mich in den Augen Deutschlands zu Grunde zu richten, auch nicht das kleinste Stückchen nationalen Bodens preisgeben.‘ Der Krieg ließ uns also keine Aussicht auf einen Gebietszuwachs.

„Deutschland war ein Bundesstaat. Auf der einen Seite hatte es eine junge, ehrgeizige Macht, die 19 Millionen Unterthanen zählte. Im Mittelpunkte war der deutsche Bund mit 17 oder 18 Millionen Einwohnern; am andern Ende, weit von uns, Oesterreich, stärker durch die Zahl, denn es umfaßte 36 Millionen. So war die politische Organisation Deutschlands beschaffen. Was ging daraus her-

vor? Die Unfähigkeit, nicht zur Vertheidigung, ſondern zum Angriffe. Was befindet ſich heute an Stelle dieſer Organiſation? Preußen, das, ſey es direct durch ſeine eroberten Unterthanen, ſey es indirect durch ſeine Beziehungen mit dem norddeutſchen Bund, von 19 auf 31 Millionen Seelen angewachſen iſt. Ich frage nun alle diejenigen, welche ſich dem Studium der Geſchichte widmen, wo es eine zweite Macht gibt, ſelbſt in unſerer Zeit der Kriege und raſchen Eroberungen, die binnen wenigen Wochen, wenigen Jahren, 11 bis 12 Millionen Unterthanen erworben hätte! Das iſt ungeheuer!

„Was den norddeutſchen Bund betrifft, ſo weiß man, daß er, wiewohl er ſich Bund nennt, eine reine Illuſion iſt. Der König von Preußen iſt das diplomatiſche Oberhaupt, das ihn bei den fremden Mächten vertritt. Ueberdies iſt er der militäriſche Chef, der ſeine Streitkräfte befehligt. Er braucht nur anzuordnen und alle Corps des Bundes ſetzen ſich in Bewegung. Er verfügt über das Normal-Budget für eine unbeſtimmte Reihe von Jahren, und dieſes gewährt ihm ein Quantum Männer und für jeden Mann eine Summe, weit größer als die, welche der franzöſiſche Soldat koſtet. Man kann alſo ohne Uebertreibung ſagen, daß Preußen die 30 bis 31 Millionen Einwohner des norddeutſchen Bundes beſitzt.

„Ich will nicht viel von dem großartigen baltiſchen Littorale, von Bremen, Hamburg und Lübeck reden; aber ſprechen wir vom Feſtlande. Hier hat Preußen eine bewunderungswürdige Grenze, den Rhein und Main; es hat Mainz, das Napoleon den Schlüſſel des Continents genannt. Statt 19 Millionen hat Preußen jetzt 31 Millionen Seelen mit dem erſten Platze Europas und an der ſolideſten Grenze, hinter welche es ſelbſt nach einer verlorenen Schlacht, da es ſich auf Mainz und Köln ſtützt, ſchwerlich leicht zurückzuwerfen iſt. Der Südbund umfaßt 9 bis 10 Millionen Einwohner, und er hat einen militäriſchen Bund geſchloſſen, der ſich genau an den Nordbund anſchließen wird, ſo daß Preußen ſodann über 40 Millionen Deutſche

an unserer Grenze verfügen wird. Zwar existirt in Süddeutschland heute noch eine föderalistische Partei, die wahrhaft deutsche Partei, aber sie bedeutet im Kriegsfalle nichts. Oesterreich jedoch steht außer dem Bunde und vermag da nichts mehr; es ist zu wünschen, daß es sich reconstituire, denn wenn dies nicht gelänge, so würden die 13 oder 14 Millionen Deutschen, die dazu gehören, noch das große Deutschland verstärken.

„Und das sind nicht die einzigen Gefahren. Sehen Sie nach dem Orient. Dort muß verhindert werden, daß Constantinopel in die Hände schon Mächtiger falle; denn von Constantinopel sagte Napoleon in Tilsit: ‚Constantinopel ist die Weltherrschaft.‘ Nun kommt die Gefahr für den Orient nicht von England und nicht von dem unglücklichen Oesterreich, sondern die Gefahr liegt darin, daß Constantinopel in Rußlands Hände falle. Dann hätte Rußland 100 Millionen Einwohner, und die düstere Weissagung Napoleons wäre erfüllt. Diese Gefahr also gilt es zu beschwören. Um der Nationalitäten-Politik gerecht zu werden, müßte man in Constantinopel einen christlichen Thron errichten, denn es gibt im Orient 9 bis 10 Millionen Christen. Aber sind sie gleichartig? Es sind 2 Millionen Hellenen, 4 Millionen Rumänen, dann Slaven, Bulgaren, Bosniaken; nicht eine dieser Racen will sich die Suprematie der anderen gefallen lassen. Also in Constantinopel ein christliches Kaiserreich etabliren wollen, wäre eine chimärische Politik. Es ist wahr, die Türken sind keine Christen, und ich weiß, daß das Evangelium besser ist als der Koran, aber was ist da zu thun? Und mir ist ein treuer Türke lieber, als ein ungetreuer Christ. Ich wünschte auch, in der Türkei wäre eine unserer Cultur homogenere Bevölkerung, aber die Thatsachen kann ich nicht ändern und die Politik muß mit Thatsachen rechnen.

„Auf dieser Seite liegt die Gefahr, in Rußland. Dieses hat eine mit den Christen in der Türkei sympathisirende Politik ange-

nommen und bereitet damit die Zukunft vor, indem es die Chriſten der ottomaniſchen Herrſchaft entfremden will. Zwiſchen der deutſchen und orientaliſchen Frage aber beſteht ein Zuſammenhang, und dieſer liegt in der Einheit der Intereſſen zwiſchen Preußen und Rußland. Rußland denkt ſich: Gleichviel was Bismarck am Rhein und an der Zuyderſee macht, das kümmert England und Frankreich, wenn ich nur am ſchwarzen Meere thun kann, was mir beliebt; und ebenſo denkt für ſich Preußen. Schon ahnt man das Beſtehen eines ruſſiſch-preußiſchen Bündniſſes. Ob es beſteht, weiß ich nicht; aber wichtiger als ein Allianzvertrag iſt die Gemeinſchaft der Intereſſen, denn ſie erzeugt die wahre Allianz. Auch zwiſchen Preußen und Italien beſtand Anfangs April kein Vertrag, aber er kam in 24 Stunden zu Stande, als das gemeinſchaftliche Intereſſe es erheiſchte.

„Das alſo iſt heute in Europa die doppelte Gefahr. Weder der Czaar noch Bismarck werden die Ereigniſſe überſtürzen, aber am Ende hängt nun Europa von der Klugheit eines ehrgeizigen Miniſters ab. Im vorigen Jahre hatte noch Frankreich die Ereigniſſe in ſeiner Hand, jetzt ſind ſie in den Händen Rußlands und Preußens. Das iſt der Umſchwung. (Zuſtimmung.)“

Schließlich ermahnt Thiers Frankreich, eine Coalition aller liberalen Völker und aller von Preußen und Rußland bedrohten Cabinette zu ſtiften und ſich an deren Spitze zu ſtellen. England werde zuſtimmen, da es im Orient ein Rußland, und an der Schelde und der Zuyderſee ein Preußen entgegengeſetztes Intereſſe zu wahren habe. Auch Oeſterreich werde bei dieſem Rendez-vous nicht auf ſich warten laſſen.

Der Sprechminiſter Rouher rechtfertigte die Friedenspolitik des Kaiſers. Die Einheit Italiens ſey Frankreich nicht gefährlich. „Wie ſoll aber Italien und ſeine Einheit eine Gefahr für Frankreich ſeyn? Gefahr kann nur in der Reaction und in der Revolution liegen, dort aber handelt es ſich jetzt um Beſchwichtigung, Verſöhnung und Förderung der commerziellen und volkswirthſchaftlichen Fragen. Aller-

dings ist es gut, Italien auf die Schäden seiner Finanzen, auf die bedenkliche Haltung seiner revolutionären Parteien aufmerksam zu machen. Ebenso darf man ihm seinen Stolz und seine Undankbarkeit vorhalten, als es so erbittert darüber war, daß Frankreich ihm die Schlüssel von Venedig überreichte. (Bemerkenswerthes Eingeständniß von Seite Frankreichs.) Auf diese Weise muß man ihm den Weg vorzeichnen, den es einzuschlagen hat, um ein mächtiger, mit Frankreich aufrichtig befreundeter Staat zu werden." Im Namen der Regierung erklärt also Rouher, daß sie nichts von dem, was in Italien vorgegangen ist, zu bedauern hat. Und nun geht der Redner zu Deutschland über. „Zunächst kann der Regierung wegen des deutsch-dänischen Conflicts kein Vorwurf gemacht werden. Die Bewegung in Deutschland war von vornherein so intensiv, daß sie durch ein Einschreiten Frankreichs nicht aufgehalten, sondern nur noch verstärkt werden konnte."

„In London hat Frankreich eine Abstimmung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung verlangt, und damit war auch das beste Mittel geboten, weiterem Unheil vorzubeugen. Allein dieser Vorschlag scheiterte an dem Eigensinn Deutschlands, der Hartnäckigkeit Preußens und der Verblendung Oesterreichs, keineswegs durch die Schuld Frankreichs. Uebrigens ist der ganze dänische Conflict nur ein Zwischenfall, bloßer Vorwand in dem großen deutschen Conflict. Die kaiserliche Regierung hat alles aufgeboten, um die Katastrophe zu verhindern, allein alle ihre Bemühungen scheiterten. Italien war nicht aufzuhalten. Es hätte damals nicht auf Frankreichs Stimme gehört. Frankreich hat sich darum in Gemeinschaft mit England an Oesterreich gewandt, damit es Venetien freiwillig aufgebe. Einen Augenblick durfte man hoffen, Oesterreich sey nachgiebig, und damals lud Frankreich zum Congresse ein, Oesterreich hat aber nicht nachgegeben." Rouher begreift diese Weigerung und will sie nicht anklagen, „allein in der Annahme lag das einzige Mittel, dem Kriege zuvorzukommen. Nun kam es

zum Kriege und das Glück der Schlachten entſchied. Der 4. Juli war ein gewichtiger Tag. Dieſem unerwarteten und unwahrſcheinlichen Ereigniſſe gegenüber," geſteht Rouher ein, „waren die Herzen aller Männer der Regierung mit patriotiſcher Angſt erfüllt. Die Entſcheidungen, die wir ins Auge zu faſſen hatten, waren von denen, welche auf Jahrhunderte hinaus die Zukunft beſtimmen, und wir hatten nur Minuten, um uns zu entſcheiden. Wir glaubten, uns weder in ſchmollende Thatloſigkeit verſenken, noch zur Kriegsdrohung greifen zu ſollen. Wir hielten auch fernerhin an dem Gedanken feſt, der ſtets das Staatsoberhaupt erfüllt hatte, den Frieden zu erhalten oder doch ſo bald wie möglich wieder herzuſtellen. Darum entſchieden wir uns für die Vermittlung. War denn aber dieſe Vermittlung ein Werk ohne Ruhm und Schwierigkeit?

„Wir haben das Programm von 1859 verwirklicht. Wir haben ein Italien frei von den Alpen bis zur Adria geſchaffen, und endlich haben wir uns um die Intereſſen der kleinen Staaten bekümmert, die wir niemals vernachläſſigt haben. Wir haben den Sieger aufgehalten, als er Bayern 900,000 Seelen wegnehmen wollte; wir haben die Abfindung mit Sachſen, Württemberg und andern Mächten gemildert, ſtets die Befürchtungen gemäßigt, die Folgen des Kampfes abgeſchwächt, den wir nicht hatten verhindern können.

„Die deutſche Einheit beſtand ſchon lange, ehe ſie proklamirt wurde. Die Wiener Verträge ſtellten zuerſt die Integrität Deutſchlands als Grundſatz auf. Später forderte man die verſchiedenen Staaten auf, ihre ſtaatsökonomiſche Einheit herzuſtellen. Preußen ſah bald ein, welchen ungeheuren Hebel ſie für ſeinen Ehrgeiz erlangen könnte und ſtellte ſie an die Spitze der Bewegung. Von 1836 an verſchwanden die Zollſchranken und es entſtand unter der Hegemonie Preußens gemeinſchaftlicher Reichthum und Wohlſtand. Alle Staatsmänner ſahen darin den Anfang der Einheit. Von 1836 an ſprach man in dieſem Saale von dieſer Bewegung, und als man Thiers

Vorwürfe darüber machte, daß er nichts dagegen thue, ſagte er: „Ja! die deutſche Zolleinheit iſt zu Stande gebracht, aber es war unmöglich, ſie zu verhindern; wenn Oeſterreich dieſes nicht verhindern konnte, was ſollten wir dagegen thun?“ Uebertreibe ich, wenn ich in der deutſchen Zolleinheit die politiſche Einheit dieſes Landes ſuche? Preußen hat nicht einen Augenblick lang die Wichtigkeit dieſer Zolleinheit außer Acht gelaſſen. Ungeachtet des Krieges, ungeachtet der Oppoſition Oeſterreichs hat es dieſelbe immer im Auge behalten. Und was war denn dieſes Deutſchland ſeit 1815? Man muß an ſeine Studentengeſellſchaften und andere Vereine erinnern, an die Bewegung von 1830. Von 1830—1840 nahm die Agitation in Deutſchland ohne Aufhören zu. Alle unſere Geſandten hielten die Einheit Deutſchlands in einer gegebenen Zeit für unumgänglich nothwendig. Als 1840 Frankreich von einem Kriege bedroht war, denn es hatte 4 Mächte gegen ſich, proklamirte Deutſchland am Rhein die Nothwendigkeit ſeiner Einheit. War dieſes nicht eine Enthüllung für alle Beobachter? Und 1848? Welche Fahne erhob damals Deutſchland? Es war die Fahne der Einheit. Die Revolution proklamirte die Einheit, indem ſie Oeſterreich ausſchloß und an die Spitze der Einheit Preußen ſtellte. Oeſterreich wich der Einheit aus, aber 1863 ſanktionirte es dieſelbe ebenfalls. Der Kaiſer von Oeſterreich begab ſich nach Frankfurt, wo er dem deutſchen Bunde eine neue Geſtalt geben wollte. So ſchritt Deutſchland zur Einheit hin.“

Dieſe neue Einheit ſey aber Frankreich, ſagt Rouher, nicht ſo gefährlich, als es die frühere Bundesverfaſſung geweſen ſey. „Unter der gleichzeitigen Leitung Preußens und Oeſterreichs und von Rußland überwacht, etablirte der deutſche Bund gegen Frankreich eine Herrſchaft, welche von Petersburg ausging und erſt am Rheine inne hielt. Dieſe Herrſchaft, dieſe Macht von 75 Millionen Einwohnern wurde durch die Verträge von 1815 organiſirt. Der Bund verſchlang unſere Feſtungen, bedrohte uns am Rheine und auf den Alpen, nöthigte

uns, Hüningen zu ſchleifen, und zerrüttete unſer Vertheidigungsſyſtem. Er war die Schildwache über unſere Intereſſen, ſowie die des Mißtrauens und der Feindſeligkeit der Mächte. Thiers hat geſagt, der deutſche Bund ſey eine pure Defenſivmacht geweſen. Aber im Jahre 1859 war er nicht angegriffen" und Rouher zeigt nun, „wie die 300,000 Mann, welche damals Preußen mobiliſirte, den Kaiſer vor dem Feſtungsviereck aufgehalten haben. Wenn der Kaiſer den Frieden von Villafranca unterzeichnet hat, ſo that er dies, weil er Frankreich um Italiens willen nicht weiter gefährden wollte. (Auch ein bemerkenswerthes Eingeſtändniß!) Und dies nennt man eine Organiſation ohne Gefahr für uns, eine rein defenſive Organiſation! Was iſt aber nun die jetzige Lage? Preußen kann ſich durch ſeine Allianz mit dem Nordbunde auf 29, durch ſeine Allianz mit dem Südbunde auf 32 Millionen vermehren. Ehemals konnte aber Deutſchland 75 Millionen gegen Frankreich ins Feld führen und hatte Rußland als Rückhalt. Heute gibt es ein Oeſterreich, das nicht lange ohnmächtig bleiben wird. Oeſterreich hat ſeine Lebenskraft. Es beſitzt 33 Millionen Einwohner; es hat aus den letzten Ereigniſſen Erfahrungen und einen Muth geſchöpft, die ſeine Unglücksfälle wieder gut machen werden. Es wird nicht mehr bald eine ungariſche, bald eine deutſche, bald eine italieniſche Politik haben. Es gibt dort 33 Mill., die durch nichts an Preußen oder Deutſchland gebunden ſind. Statt der Coalition der Mächte werden wir alſo drei Theile der ehemaligen Conföderation vor uns haben. Aufrichtig geſagt, ich ſehe in dieſer Lage der Dinge keine Gefahr." *)

*) Gegenüber der einfältigen Behauptung des Herrn Thiers, der ein Geſchichtskenner ſeyn will, die Deutſchen hätten erſt von den Italienern lernen müſſen, den Einheitsgedanken zu faſſen, erinnerte Rouher noch an eine 1839 in Frankreich aus Anlaß des Zollvereins erſchienene Schrift, worin es hieß: „Immerhin, wie ſtark auch die Macht der Dinge ſeyn mag, der die deutſchen Regierungen gehorchen, kann man ſich nicht genug

Einen komiſchen Eindruck machten die Reden des Grafen Latour und des Herrn Garnier-Pagés. Jener nämlich verlangte, Frankreich ſolle ſich mit allen conſervativen Mächten gegen das revolutionäre Italien und Deutſchland verbinden, und dieſer, es ſolle ſich im Gegentheil nur mit den freiheitsdürſtenden Völkern gegen die neuen Militärdeſpoten verbinden.

Die bedeutendſten Reden für und gegen den Frieden waren die von Ollivier und Favre. Ollivier ſagt: „Wenn Frankreich durch das, was geſchehen iſt und geſchieht, herabgeſetzt und verkleinert iſt, wenn der Nordbund jetzt ſchon eine Gefahr und ein Nachtheil für Frankreich iſt, ſo iſt jetzt ſchon dringend zum Kriege zu rathen, welche Opfer er auch erheiſche. Denn nachher iſt es zu ſpät, wenn die Einheit wirklich zwiſchen Norden und Süden zu Stande gekommen iſt. Augenblicklich iſt noch nichts beendigt, überall beſteht der Groll noch in den annectirten und den beſiegten Ländern.“ Allein auch jetzt iſt

---

über das Phlegma und die Leichtigkeit verwundern, womit ſie dem Vollzug eines ſo großen Ereigniſſes, wie es die längſt erwartete politiſche Einheit Deutſchlands iſt, entgegen gehen. Wenn die Situation reif iſt, wird ein Ereigniß, ein Mann vielleicht genügen, um mit einem Schlage dieſes Reſultat herbeizuführen.“ Rouher erinnert ſodann an die alte Patriotenpartei von 1813, an die Turner, an die deutſche Burſchenſchaft. In der That, wenn Thiers ein Geſchichtskenner ſeyn will, ſollte er wiſſen, was Arndt und Görres vor fünfzig Jahren geſchrieben, Körner und Schenkendorf geſungen haben. Rouher erinnert ferner an den großen Allarm in Deutſchland im Jahr 1840, als der kleine Thiers den Rhein haben wollte, an die deutſchen Einheitsbeſtrebungen im Jahr 1848. Aber er fügt hinzu, daß in allen dieſen deutſchen Bewegungen nie ein Angriff auf Frankreich beabſichtigt worden ſey. Die einzige Gefahr, von Deutſchland her angegriffen zu werden, habe Frankreich im Jahr 1859 gedroht, als Preußen gemäß ſeiner Bundespflicht Oeſterreich habe helfen wollen. Frankreich ſey aber dieſer Gefahr durch den klugen Friedensſchluß von Villafranca glücklich entgangen.

dies eine ſchlechte Politik und Ollivier räth an, ohne Hintergedanken, ohne Kleinmuth, ohne Beſorgniß und mit Vertrauen ein Werk hinzunehmen, das, wie er überzeugt iſt, nicht gegen Frankreich ſich richtet. Dies erſcheint ihm als eine würdige, verſtändige, geſchickte Politik. „Thiers ſelbſt hat es als Aufgabe bezeichnet, Conſtantinopels wegen, Rußland beſtändig zu überwachen. Das beſte Mittel, die ruſſiſche Beſitzergreifung Conſtantinopels zu verhindern, beſteht in der Verhinderung der deutſch-ruſſiſchen Allianz. Es iſt nicht allein leicht, ſie zu verhindern, ſondern ſogar ſchwer, ſie zu Stande zu bringen. Die Intereſſen Preußens und Rußlands ſind lange nicht ſo identiſch, wie Hr. Thiers glaubt. Die ganze Geſchichte des deutſchen Volks iſt ein mißtrauiſches Proteſtiren gegen Rußland, und es wird ſich nie an Rußland anſchließen, als wenn es dazu genöthigt wird, um ſich gegen Frankreich zu vertheidigen. Jedesmal auch, wenn ſich die Geſinnungen des deutſchen Volks frei äußern konnten, erklärten ſie ſich gegen Rußland. So 1848 in Frankfurt, ſo 1854 in Berlin, und ſelbſt der alte ‚Franzoſenfreſſer‘ Menzel ſagt, daß es früher oder ſpäter zum Krieg mit Rußland kommen wird.*) Darüber kann ſich nur der irren, der die Politik in Hofkanzleiprotokollen, und nicht in dem Herzen des Volks ſtudiert.“

Granier de Caſſagnac ſagte ein ſchönes Wort: „Preußen darf ſo gut erobern, als es Frankreich immer gethan hat. Die Deutſchen werden ſich zu der kühnen That von 1866 Glück wünſchen und von der Höhe ihrer Sockel werden die Statuen Bismarcks auf die Angriffe antworten, die heute auf ihn gemacht werden.“

In der folgenden Sitzung machte ſich Favre noch ſehr breit mit

*) Das mir hier beigelegte Prädikat muß ich mir doch endlich verbitten. Ich habe ſtets die romaniſchen und germaniſchen Völker zum Zuſammenhalten gegen die drohende ſlaviſche Weltmonarchie ermahnt. Darin liegt kein Haß gegen das franzöſiſche Volk, dem ich auch in meiner „Weltgeſchichte“ den hohen Rang eingeräumt habe, der ihm gebührt.

einer eben so heftigen Rede gegen die Regierung, wie die von Thiers. Um jeden Preis, meinte er, habe Frankreich die Allianz zwischen Italien und Preußen verhindern sollen, ja es habe schon vor drei Jahren schwer gefehlt, als es den dänischen Krieg nicht verhindert habe. Das wäre leicht gewesen, wenn Frankreich sich nur an England hätte anschließen wollen. So habe man den Ehrgeiz Preußens aufkommen lassen, der jetzt keine Grenzen mehr kenne ꝛc. Am Schlusse der Sitzung kam es noch zu einer tumultuarischen Scene zwischen Thiers und Rouher. Dieser hatte vom 2. Dezember gesprochen und jener, als weiland Proscribirter des 2. Dezember, fand sich dadurch beleidigt.

Die französische Regierung ließ sich durch das drohende Geschrei der Opposition nicht einschüchtern. Grade jetzt wurde das bisher streng geheim gehaltene Schutz- und Trutzbündniß der südwestlichen Staaten Deutschlands veröffentlicht. Daraus sollten die Kriegslustigen in Frankreich erkennen, in welcher Stärke ihnen das neue Deutschland gegenüber stehen würde. Napoleon III. selbst scheint von dem geheimen Bündniß schon längst Kenntniß gehabt zu haben. Seine Organe verriethen keine Spur von Ueberraschung. Der französische Gesandte Benedetti war eben damals von Berlin nach Paris gekommen und beeilte sich, nach Berlin zurückzukehren, um bei der Geburtstagsfeier des Königs von Preußen am 22. März nicht zu fehlen.

Der Moniteur gab eine wahrscheinlich vom Kaiser selbst verfaßte Erklärung, worin zwar der preußischen Armeereorganisation großes Lob gespendet, aber bezweifelt wurde, ob sie auch auf Frankreich anwendbar sey. Frankreich habe so großer Anstrengungen nicht bedurft, um sich geltend zu machen. Mit dieser Erklärung wurde die neue Militärvorlage eingeleitet, wonach von den jährlich militärpflichtigwerdenden 160,000 Mann durch das Loos die Hälfte auf fünf Jahre dem stehenden Heer, die andere Hälfte sogleich auf vier Jahre der Reserve zugewiesen werden und Austausch der Nummern oder Ersatz

durch Einſteher erlaubt ſeyn ſollte. Gewiß eine ſehr beſonnene Maaßregel, dem Bedürfniß genügend und dem Herkommen angemeſſen. An die Reſerve ſollte ſich ſodann noch eine mobile Nationalgarde anreihen für den Dienſt im Innern, wenn das ſtehende Heer und die Reſerve nach außen engagirt wären. In dieſe Nationalgarde ſollten, die in der Reſerve gedient, noch fünf Jahre lang einzutreten verpflichtet ſeyn (nicht ſolche, die in der activen Armee gedient) und außerdem ſolche junge Leute, die weder in der activen Armee, noch in der Reſerve gedient hätten, ebenfalls auf fünf Jahre.

Wir müſſen nun noch den Blick nach Mexiko hinüber wenden und nach der dort gänzlich mißlungenen franzöſiſchen Expedition. Der Rückzug der Franzoſen war angekündigt und wer hätte es für wahrſcheinlich gehalten, daß Kaiſer Maximilian allein, ohne den Beiſtand franzöſiſcher Truppen ſein neues Reich würde behaupten können? Nur er ſelbſt ſcheint es für möglich gehalten zu haben. Marſchall Bazaine kam dadurch in einige Verlegenheit, denn der Kaiſer machte Anſprüche, die Frankreich nicht mehr befriedigen konnte noch wollte, oder die, wenn der Kaiſer darauf verzichtete, jedes längere Verbleiben der Franzoſen in Mexiko als überflüſſig erſcheinen ließen. Man durfte das Kaiſerthum in Mexiko bereits als unwiederbringlich verloren erachten, als die Finanzcommiſſion genöthigt war, zu erklären, die Zinſen der Staatsſchuld könnten nicht mehr bezahlt werden. Das Kirchengut war ſchon eingezogen und der Kaiſer hatte es mit den Klerikalen verdorben, ohne die Liberalen zu gewinnen. Aus dem weiten Umfang des Reichs ließen ſich die Steuern nicht erheben oder ſie wurden unterwegs abgefangen. Der Kaiſer hatte zwar mit regem und löblichem Eifer Straßen und Eiſenbahnen anzulegen befohlen, um raſchere Verbindungen zwiſchen den Provinzen herzuſtellen, da der Straßenbau bisher beinahe gänzlich verſäumt worden war; allein die Arbeiter wurden faſt überall von rebelliſchen Banden geſtört und vertrieben. Die wenigen Oeſterreicher und Belgier waren dem Volk

noch verhaßter als die Franzosen, weil sie nicht mit diesen abziehen, sondern bleiben sollten. Am 4. März 1866 wurde die belgische Gesandtschaft, als sie mit der Post von Mexiko nach Vera-Cruz fuhr, unterwegs in einem Walde bei Rio Frio von Räubern überfallen, ein Baron d'Huart, der sich wehrte, getödtet, alle übrigen Belgier, denen es gelang, durch tapfere Gegenwehr das Gesindel zu vertreiben, doch verwundet. Der Kaiser gerieth so in Zorn, daß er sich aufs Pferd warf und nach Rio Frio hinausstürmte, bis er zu den Verwundeten gelangte.

Wenn Frankreich nicht auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika hätte Rücksicht nehmen müssen, würden die Mexikaner allein wenig gegen die europäische Invasion ausgerichtet haben, denn was man von ihren Parteiführern und von ihren Guerillabanden erfuhr, zeigt sie nur in tiefster Corruption. Von den Vereinigten Staaten war Juarez immer noch als rechtmäßiger Präsident der Republik Mexiko anerkannt und sein Gesandter Romero bemühte sich, in Washington gegen Verpfändung mehrerer Nordprovinzen Mexikos ein Anlehen von fünfzig Millionen Dollars aufzubringen. General Ortega, der dem Juarez seine Präsidentschaft bestritt, weil der Termin ihrer Dauer allerdings schon abgelaufen war, wollte es der Regierung in Washington noch bequemer machen und bot ihr ganz Mexiko als Pfand für 20 Millionen an. Auch der alte Santa-Anna bewarb sich in Washington um Unterstützung, denn auch er wollte wieder Präsident der Republik werden, nachdem er anfangs für den Kaiser Maximilian gewirkt, demselben aber kein Vertrauen eingeflößt hatte. Er fand aber auch in Washington kein Vertrauen, weil er höchstens einigen Anhang in der klerikalen Partei hatte. So war also unter den Führern der dem Kaiser feindlichen Mexikaner keine Einheit und nirgends ein moralisches Uebergewicht. Die Bandenführer handelten meist unabhängig und fanden wieder bei ihren eigenen Leuten keine

Treue. Offiziere, die ſich durch Raub bereichert hatten, wurden nicht ſelten wieder von ihren eigenen Leuten beraubt und erſchlagen.

Im Laufe des Sommers belagerten die Inſurgenten die Stadt Matamoros, welche der kaiſerliche General Mejia vertheidigen ſollte. Die Zeitungen meldeten, er ſey geſchlagen worden und habe kapitulirt. Nachher hieß es, er ſey zu Juarez übergegangen. Im Auguſt räumten die Franzoſen Louis de Potoſi. Man hörte noch von mancherlei kleinen Gefechten, aber nirgends von einer Entſcheidung. Die Bewegung der Kaiſerlichen und der Franzoſen war jedenfalls eine rückläufige geworden.

In dieſer kritiſchen Periode faßte die Kaiſerin Charlotte den kühnen, aber mehr verzweifelten als überlegten Entſchluß, nach Europa zu reiſen, um den Kaiſer der Franzoſen umzuſtimmen und durch welches Mittel immer Hülfe für ihren Gatten zu werben, damit er ſich auf dem ſchönen Thron von Mexiko behaupten könne.

Sie kam im Auguſt nach Paris und wurde hier zwar auf das ehrenvollſte und liebreichſte empfangen, konnte aber begreiflicherweiſe an der franzöſiſchen Politik, für welche das Aufgeben Mexikos eine Nothwendigkeit geworden war, nichts mehr ändern. Noch weniger konnte das ſchwache Belgien (ſie war eine belgiſche Prinzeſſin) und das aus tauſend Wunden blutende Oeſterreich ihr helfen. England ohnehin nicht, theils aus Eiferſucht gegen Frankreich, theils um nicht in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten verwickelt zu werden. Nicht einmal Geld konnte die unglückliche Kaiſerin auftreiben. Dazu mußte ſie den Schmerz erleben, daß ihre Verwandten von mütterlicher Seite, die Orleaniden, ihr aus ihrer Hingebung an Napoleon III. eine Art Verbrechen machten. Man erfuhr, als ſie zum letztenmal mit Napoleon III. zuſammenkam, habe ſie dieſer beim Abſchied im Vorzimmer auf eine ſchöne Statue aufmerkſam gemacht, ſie aber habe geantwortet: „Sire, Sie zeigen mir eine ſolche Nichtigkeit, während ich um eine Lebensfrage mit Ihnen verhandle.“ Noch hatte ſie die

Tuilerien nicht verlaſſen, als ſie erſchöpft in einen Fauteuil ſank und nach Waſſer rief. Man reichte es ihr, aber plötzlich fuhr ſie davor zurück und rief: Man will mich vergiften! Es iſt in den Blättern darüber geſtritten worden, ob die Gemüthskrankheit der Kaiſerin gemäß der obigen Erzählung, wirklich ſchon in den Tuilerien ausgebrochen ſey oder erſt in Rom, wohin ſie ſich ſofort begab. Franzöſiſche Blätter nahmen das letztere an und ſagten aus, die Krankheit der Kaiſerin ſey erſt im Vatican ausgebrochen, nachdem ihr der Papſt wegen der kirchenfeindlichen Politik ihres Gemahls Vorwürfe gemacht habe. Wie dem immer ſey, ihr ſonſt ſo heroiſcher Muth brach plötzlich zuſammen. Am 1. October warf ſie ſich dem Papſt zu Füßen und flehte ihn an, ſie vor den Mördern zu ſchützen, von denen ſie überall verfolgt werde, und ihr ein Aſyl im Vatican zu gewähren. Der Papſt und der Cardinal Antonelli bemühten ſich aufs ſorglichſte, ſie zu beruhigen, und ſie kehrte wirklich um 7 Uhr Abends in ihr Hotel zurück. Aber um 11 Uhr in der Nacht riß ſie die Verzweiflung wieder empor, begab ſie ſich mit ihrem geängſtigten Gefolge noch einmal in den Vatican und wollte nicht von dort weichen, wo allein ſie ihres Lebens ſicher zu ſeyn behauptete. Sogar vor ihren Hofdamen ſcheute ſie zurück und der Papſt mußte ihr andere Damen kommen laſſen. Erſt am andern Mittag konnte man ſie wieder zurückbringen und ihr Zuſtand beſſerte ſich allmälig. Napoleon III. war lebhaft von dem Vorfall ergriffen und bezeigte der Kaiſerin Charlotte die wärmſte Theilnahme. Ihr Bruder, der Graf von Flandern, reiste zu ihr und brachte ſie nach einigen Tagen von Rom nach Miramare, ihrem Schloſſe bei Trieſt.

Inzwiſchen gingen wichtige Dinge in Mexiko vor. Marſchall Bazaine hatte nur noch das Intereſſe, die franzöſiſchen Truppen auf eine ehrenvolle Art und unbehelligt von den Nordamerikanern nach Frankreich zurückzuführen. Warum es in der ſtipulirten Art nicht geſchah, iſt noch nicht aufgeklärt. Das erſte Drittel der Truppen

ging nämlich im November noch nicht ab und Napoleon III. zog es vor, alle drei Abtheilungen zugleich im Frühjahr 1867 abfahren zu laſſen. Da er dieſes Verfahren in Waſhington nicht angemeldet hatte, beſchwerte ſich Seward darüber in ſehr energiſchen Noten und der nordamerikaniſche Geſandte Campbell wurde zu Juarez geſchickt, um ihm 20,000 Mann unter General Sherman und eine Flotte zur Verfügung zu ſtellen. Indeß hielten die Nordamerikaner in ihrer drohenden Bewegung wieder inne, da ſie über die Abſichten Frankreichs ausreichend beruhigt wurden.

Maximilian ſtand nicht zum beſten mit Bazaine. Natürlich, da er ſich von Frankreich verlaſſen ſah. Am 18. October erfuhr er den traurigen Unfall ſeiner Gemahlin in Rom und reiste zwei Tage ſpäter von Mexiko ab, um nach Europa zurückzukehren. Er wollte, wie es ſcheint, den Franzoſen allein die ganze Verantwortung für ihre mexikaniſche Expedition anheimgeben. Allein das lag nicht im franzöſiſchen Intereſſe, weshalb ihn Bazaine unterwegs in Orizaba aufhalten ließ. Er ſollte nicht gehen, ohne förmlich abgedankt zu haben, eine Bedingung, die ohne Zweifel in Waſhington geſtellt war und Frankreich zugleich von aller Verbindlichkeit gegen Maximilian losgeſprochen hätte. Er konnte nun nicht fort, dankte aber auch nicht ab, ſondern verharrte in einem paſſiven Widerſtande. Unterdeß näherte ſich ihm die klerikale Partei wieder, an die ſich auch andere Gegner und Nebenbuhler des Juarez anſchloſſen. Wenn der Kaiſer ſie verließ, ſo ſahen ſie ſich der ärgſten Unterdrückung durch Juarez ausgeſetzt und die Verzweiflung trieb ſie an, den Kaiſer zu bitten, er möge nach der Hauptſtadt zurückkehren und einen Verſuch machen, ob er nicht auch ohne die Franzoſen ſich noch werde halten können. Er machte nun am 1. Dezember die Bedingung, es ſolle ein nationaler Congreß einberufen werden und wenn derſelbe ihn als Kaiſer anerkenne, wolle er bleiben. In dieſem Sinn erließ er zu Orizaba eine Proclamation an das mexikaniſche Volk. Bazaine hinderte ihn

durchaus nicht, denn Maximilian nahm ihm durch seinen Entschluß eine schwere Verantwortung ab. Wollte Maximilian allein und selbständig handeln, so that er es auf seine Gefahr und das Cabinet von Washington war stark genug, mit ihm fertig zu werden, wenn Frankreich ihm nicht mehr beistand. Die französischen Truppen sahen von nun an Gewehr im Arme zu, wie die juaristischen Banden aufs neue Fortschritte machten und über die wenigen Oesterreicher und Belgier herfielen, die den Kaiser allein noch schützen sollten. So fielen Oaxaca und Jalappa mit bedeutenden Vorräthen in die Gewalt jener Banden. Die Hauptstütze des Kaisers waren die Generale Miramon, Mendez, Mejia und Marquez, welche sich auch ohne die Franzosen gegen Juarez behaupten zu können glaubten, da die Nordamerikaner dem letztern bewaffneten Beistand zu leisten sich wohl nicht beeilen würden, denn durch den Abzug der Franzosen konnte die Unionsregierung befriedigt seyn und eine Einmischung der Yankees in Mexiko war in diesem Lande selbst allen Parteien gleich sehr verhaßt, so daß dem Juarez seine Abhängigkeit von den Yankees nicht zu gute kam und im Gegentheil die Actien des Kaisers Maximilian im Lande stiegen. Bazaine erklärte sich neutral, nahm aber die Zollkassen in Vera-Cruz für seine Armee in Beschlag. Am 6. Febr. 1867 räumte er mit seinen Franzosen die Hauptstadt Mexiko. Mit ihnen verließen auch 212 österreichische Offiziere und 3500 österr. Gemeine den Kaiser, um nach Europa zurückzukehren; nur 200 polnische Uhlanen (Galizier) blieben beim Kaiser zurück. Am 12. März verließ Bazaine mit der Flotte, auf der sich seine Truppen eingeschifft hatten, Vera-Cruz, und die berühmte Expedition hatte damit ihr Ende erreicht. Man beschuldigte ihn noch, im Hafen von Vera-Cruz große Massen Pulver, die er nicht mitnehmen konnte, ins Meer versenkt zu haben. Indessen war diese Maßregel kaum tadelnswerth, da er nur zu guten Grund zu der Besorgniß hatte, das Pulver würde, wenn er es zurückließe, den Juaristen in die Hände fallen.

Wir haben unſere Anſicht über die franzöſiſche Expedition nach Mexiko bereits ausgeſprochen und können nur unſer Bedauern wiederholen, daß ſie mißglückt iſt. Europa hat ſich ein Armuthszeugniß ausgeſtellt, indem es auf den großen Gedanken des Kaiſers der Franzoſen nicht eingegangen iſt und den ganzen Uebermuth der neuen Welt gegen ſich herausgefordert hat.

Nachdem Kaiſer Maximilian den gefährlichen, aber heroiſchen Entſchluß gefaßt hatte, in Mexiko zurückzubleiben und mit den ſehr geſchwächten Kräften ſeiner Partei, einzig im Vertrauen auf die Unterſtützung, die er jetzt erſt wieder bei den Klerikalen zu finden hoffte, den Kampf mit Juarez und den von Nordamerika her unterſtützten Republikanern aufzunehmen, war er am 5. Januar nach der Hauptſtadt Mexiko zurückgekehrt und ergriff im Anfang des Februar perſönlich die Offenſive, nachdem am 18. Januar 1867 ſein General Caſtillo bei St. Felipe dem juariſtiſchen General Rocha eine kleine Niederlage beigebracht hatte. Man erfuhr, der Kaiſer habe am 19. Februar noch einen Sieg über die Republikaner unter Carvajal erfochten, ſey aber ſpäter in Queretaro von der Uebermacht des Juarez eingeſchloſſen worden. Im Laufe des Winters war es Juarez gelungen, ſeinen Nebenbuhler Ortega gefangen zu nehmen und ſeine Streitkräfte zu vermehren. In Zacatecas ließ der juariſtiſche General Escobedo 134 Gefangene von hinten erſchießen und verkündete, er werde alle Ausländer, die mit den Waffen in der Hand ergriffen würden, auf dieſe Art behandeln. Man erfuhr wochenlang nichts näheres vom Kaiſer, bis engliſche Blätter eine Correſpondenz zwiſchen der öſterreichiſchen Geſandtſchaft in Waſhington und Herrn Seward mittheilten. Der Kaiſer von Oeſterreich ließ durch Herrn von Wydenbruk die Regierung der Vereinigten Staaten erſuchen, etwas zu Gunſten des Kaiſer Maximilian zu thun, falls derſelbe etwa von den Juariſten gefangen genommen würde, und Herr Seward verfehlte nicht, am 6. April dem mexikaniſchen Geſandten, Herrn Campbell, zu notificiren:

„Die Gefangennehmung des Prinzen Maximilian in Queretaro durch die republikaniſchen Armeen ſcheint wahrſcheinlich. Das ſtrenge Verfahren, welches, wie es heißt, gegen die in Zacatecas gemachten Gefangenen beobachtet worden iſt, läßt dieſelbe Behandlung bezüglich des Prinzen und ſeiner Truppen befürchten. Eine ſolche Strenge würde der nationalen Sache Mexikos und dem republikaniſchen Regierungsſyſtem in der ganzen Welt zum Schaden gereichen. Sie wollen ſchleunigſt dem Präſidenten Juarez den Wunſch mittheilen, den die dieſſeitige Regierung hegt, daß der Fürſt und ſeine Anhänger, falls ſie gefangen genommen würden, mit derjenigen Humanität behandelt würden, welche civiliſirte Nationen Kriegsgefangenen zugeſtehen.“

Daß der Kaiſer der Franzoſen ernſtlich mit Deutſchland in Frieden zu bleiben wünſchte und an keine muthwillige Einmiſchung in die deutſchen Zerwürfniſſe dachte, dafür liegt der unzweideutigſte Beweis in der Anordnung, die er getroffen hatte, vom 1. April 1867 an in Paris eine Welt-Induſtrieausſtellung zu eröffnen, welche die von London noch übertreffen ſollte. Ein großartiges und koſtſpieliges Friedenswerk und mit ſo vieler Oſtentation angekündigt, daß unbedingt vorausgeſetzt werden mußte, der Kaiſer wünſche die volle Durchführung und das glückliche Gelingen dieſes Friedenswerkes. Man konnte alſo unmöglich glauben, daß er einem ſolchen Friedenswerke ſo große Theilnahme zuwenden würde, wenn es gleichzeitig ſeine Abſicht war, einen großen Krieg anzufangen. Auch um etwa eine ſolche kriegeriſche Abſicht zu maskiren, wäre der Aufwand zu groß geweſen.

Er hatte das weite Marsfeld bei Paris auserſehen, um darauf den großen Glaspalaſt für die Ausſtellung zu errichten, und rings umher Raum genug gelaſſen für kleinere Gebäude und Gärten, welche die verſchiedenen Nationen nach ihrem beſonderen Geſchmack ſich ſelbſt herſtellen und einrichten ſollten. So konnten die Chineſen ein kleines

China hinbauen und ſich wie in ihrer Heimath etabliren, konnten die Ruſſen ein kleines ruſſiſches Dorf mit zierlichen Holzhäuſern bauen wie an der Wolga; die Schweden aus ihrer nordiſchen Heimath das phantaſtiſche Schindelhaus, worin einſt Guſtav Waſa gewohnt, an die Seine verpflanzen; die Tuneſen mit vielfarbigen Pinſeln ihre bunten Kioske ausmalen, wenn auch die Palmen dazu fehlten. Kurz, um den großen Glaspalaſt gruppirten ſich alle Nationen mit ihren eigenthümlichen Gebäuden und Gärten, Möbeln und Trachten, geſelligen Vergnügungen und Arbeiten, und legten zugleich vor den neugierigen Pariſern den Reichthum ihrer Länder, die koſtbarſten Artikel ihrer Induſtrien aus. Paris füllte ſich ſchon im erſten Frühjahr mit Gäſten aus allen Welttheilen, welche Tauſende von Arbeitern mitbrachten, um die improviſirten Häuſer zu bauen und alles für die große Ausſtellung vorzubereiten.

Der Glaspalaſt zeigte ſchöne Verhältniſſe, eine eirunde Form, nach der Mitte hin ſich verengende Parzellen. Die Augsb. Allgem. Zeitung enthielt im Anfang des April einen gutgeſchriebenen Bericht aus dem Glaspalaſt. „In der rieſigen Maſchinenhalle herrſcht der allgemeine Tag des Glasgewölbes, das mit ſeinen für das Auge in kühnen Kurven fliehenden Eiſenrippen einen in der That großartigen und charaktervollen Anblick bietet von nahezu monumentalem Werth, weil hier Inhalt und Rahmen auf das innigſte zuſammenſtimmen, und ein mächtiges ſtylvolles Bild unſerer Zeit erſchaffen, der Zeit der mit eiſerner Fauſt gebändigten Naturkraft. Für die Abtheilungen der übrigen Induſtrien und der Künſte haben die Franzoſen die ſog. faux plafonds erfunden — ſchwebende Decken von Papier, in den Kunſtſälen ergänzt durch die ſog. Velums, Seitentheile aus weißem Moll, die ein ſanftes ſchmeichelndes Licht erzeugen. Die Franzoſen haben dieſe Plafonds in ihren Bildergalerien, um das Licht noch pikanter zu machen, ſo tief herabgehängt, daß ſie wie rieſige Käſten im Raume ſchweben und faſt ſtörend wirken. In den deutſchen Abtheilungen war

man glücklicherweiſe beſcheidener. Die Engländer haben einfach flach mit Glas gedeckt und in ihren Induſtrie-Sälen nach oben den geringſten Aufwand gemacht; ſie haben, ſo ſcheint es, nichts als einen Verkaufsbazar errichten wollen, einen großen Marktplatz; ſie haben den vorhandenen eiſernen Dachſtuhl lackirt und das Licht, wo es nöthig erſchien, mit gelbem Calico verhängt — kaufmänniſch, praktiſch, aber ſehr nüchtern!

„Ganz intereſſant iſt überhaupt die Erſcheinung des Völkergeſchmacks, wie ſolcher ſich in der Einrichtung der Säle und Compartiments, in Rahmen, Ornamenten, Farben und Stylweiſen bekundet. Zuvörderſt haben die Franzoſen, welchen der allgemeine Anſtrich zugefallen war, alle Schattirungen ihrer Lieblingsfarbe, roth, erſchöpft. Die Hauptmauern ſind alle braunroth, die Geſchichte (?) der Arbeit iſt dunkelroth, die Säle der modernen Kunſt ſind granatroth; die Inſtallationen ihrer Induſtrie trompeten in allen Tönen von Roth. Hie und da eine grüne Loge wirkt höchſt wohlthuend, wie eine Inſel in dem allgemeinen rothen Meer. Vielleicht aus nationaler Eiferſucht, jedenfalls mit feinerer koloriſtiſcher Wirkung haben die Engländer vielfach zu grün gegriffen; ihr Kunſtſalon, den ſie äußerſt ſorgſam behandelt haben, trägt dieſe Farbe; der ſteinerne Boden mit Strohmatten belegt, breite Divans laden zur Beſchauung ein, die untern Gemälde ſind an die Wände feſtgeſchraubt. Solidität, Vorſicht und Comfort. Die franzöſiſchen Salons, weitaus die größten und beſtgelegenen, ſtrotzen von Kunſtobjekten, in dichten Reihen übereinander geſchichtet. Sonſt laſſen die Etalagen der Franzoſen in Geſchmack der Anordnung, in graziöſem Schwung und kühnem Wurf nichts zu wünſchen übrig. Aber ihr traditioneller Vorrang hierin wird bereits ſtark beſtritten. Der Geſchmack macht die Runde um die Welt und er lehnt ſich glücklicherweiſe an die Eigenthümlichkeiten der Völker an. Es entwickeln ſich ſichtlich nationale Stylweiſen. Deutſchland bleibt keineswegs zurück. Die Großſtaaten, ſowie auch die ‚Sekundären‘

treten in glücklichen Formen und wohl gewählten Farben auf. Preußen z. B. hat für ſeine Säle helle, glänzende, feinabgeſtufte Töne gewählt; plaſtiſche Frieſe geben den Wänden Halt und Solidität; es tritt auf wie in einer feſten glänzenden Rüſtung, auf der ſeine ſchwarzen Adler einen vornehmen, ſtolzen, für den jetzigen Moment faſt drohenden Charakter entfalten. Oeſterreich erſcheint in ſehr ernſten, würdigen, nahezu melancholiſchen Farbenakkorden; durchgängig dunkelgelbe Wände mit ſchwarzem Laub, ſchwarzes Holzwerk mit tiefrothen Fonds, goldenes Ornament — unbeſtritten eine der ſchönſten und einheitlichſten Geſammtwirkungen im ganzen Palaſt erzielend. Bayern, Württemberg, Baden, Heſſen glänzen in einer dem preußiſchen Geſchmack ſich nähernden Heiterkeit. Unter aller Würde ſitzen die Südamerikaner da, in den Farben und der Ornamentik eines Provincialtheaters. Von großer Pracht ſind die Orientalen: Türken, Aegypter, Tuneſen; nur darf man nicht glauben, daß dieſe ſchimmernden Einrahmungen von den betreffenden Völkern ſelbſt herrühren. Dieſe Formen, Malereien, Vergoldungen, Embleme u. ſ. w. ſind alle gegen ſchweres Geld in Paris von den beſten Künſtlern geliefert, und übertreffen an Geſchmack weitaus die Stoffe, welchen ſie zur Einfaſſung zu dienen haben; ſie laſſen die Technik jener Völker in einem durchaus erlogenen Glanz erſcheinen. Nur Moldau und Walachei ſcheinen nach eigenen Heften und Muſtern gearbeitet zu haben und ſind deshalb von einer wahrhaft komiſchen Geſchmackloſigkeit; alles erinnert an Kümmel, und man iſt geneigt wie jener Wiener zu fragen: ‚Haben's kein Türken g'ſehn?‘ Man betrachte nur ſeine beiden ſchief gewickelten Thürme auf dem Pont mit den vergoldeten Zwiebeln auf dem Kopf! Rußland tritt in ſchwerer mongoliſcher Pracht auf; ein größerer Gegenſatz exiſtirt im Palaſt nicht als der Kontraſt zwiſchen der ruſſiſchen Façade und der italieniſchen; ſie ſtehen ſich gegenüber dieſe Fronten zweier Racen, ſo verſchieden an Blut, Herkunft und kulturgeſchichtlichem Gange. Hier das uralte Aſien in ſeinen melancholiſchen,

grotesk-majestätischen Formen; dort eine glückliche Wiedergeburt der Renaissance, der graziösen Erbschaft der Griechen und Römer und des Cinque-Cento! Fast alle Radialwege im Palast bieten solche für die Vergleichung des Völkergeschmacks höchst fruchtbare Gegensätze. Großartig sind die Fronten von Frankreich und England, die sich auf dem Diametralweg gegenüberstehen und in Entfaltung von Glanz und Macht gewaltig zu ringen scheinen. Der Ehrenweg vom Hauptthor bis zur Jenabrücke ist eine Schöpfung der Dekorationskunst, die alles bisher Gesehene übertrifft.

„Wenn die Abendsonne diese tausend flatternden Banner, märchenhaften Thiergruppen in Erz, diese bronzenen Riesenbrunnen, dieses dunkelgrüne, mit goldenen Bienen besäte Teppichgezelt, diese Adler des Kaisers, die dräuend auf den Stufen seines Kiosk sitzen; wenn die sinkende Sonne alle diese asiatische Pracht mit glühenden Lichtern übergießt; wenn links und rechts dem Blicke die Tempel, die Moscheen, die Minarets zauberfarbig auftauchen — und wenn zur selben Stunde aus dem Palast die markerschütternden Töne jener Riesenorgel auf dem Hochgang hervorbrechen, dann sagt man sich: ‚So war es, als Sardanapal die alte Welt regierte,' und unser Geist schrieb ein warnendes ‚Mene Tekel' über das Bild, das langsam vor unsern Blicken in Dämmerung und Nacht versinkt."

Man erwartete in Paris, nachdem die Ausstellung am 1. April eröffnet worden war, einen noch größeren Zudrang von Fremden, als er sich wirklich einfand, denn viele wurden durch die drohende Kriegsgefahr in ihrer Heimath zurückgehalten. Der König der Belgier kam schon im April, um die Ausstellung zu besehen und zugleich um die Kriegsgefahr zu beschwören. Besuche des Königs von Preußen und des russischen Kaisers wurden erwartet und von der Presse, welche den Kriegsgerüchten entgegenwirken sollte, wiederholt angesagt.

Man las im April in deutschen Zeitungen von einem Augenzeugen bei der Eröffnung der Pariser Ausstellung: „Die schönste

Sculptur der Ausſtellung ſtellt den ſterbenden Napoleon I. vor. Ein italieniſcher Bildhauer hat dieſen Marmor gemeißelt, deſſen Anblick ergreifend iſt. Napoleon I. ſitzt in einem großen Lehnſtuhle, den ſiechen, ſchon faſt erſtorbenen Körper in Decken gehüllt; nur der mächtige Kopf, das große, fiebernde Auge leuchtet noch von Schmerz und Leben; wild-düſtere Gedanken furchen noch in der letzten Stunde die gewaltige Stirne. Als der Kaiſer und die Kaiſerin mit ihrem Gefolge von Höflingen u. ſ. w. in der italieniſchen Abtheilung erſchienen, empfing ſie das italieniſche Comité, und als daſſelbe nach kurzer Begrüßung ehrerbietigſt zurückwich, fiel der Blick des Kaiſers auf jene impoſante Statue. Mit raſcher Bewegung ſchreitet er darauf zu. Da läßt ſich plötzlich ein polterndes Gekrache hören. Die Kaiſerin wendet ſich und ſtößt einen Angſtſchrei aus. Die übrigen Anweſenden ſind nicht minder erſchrocken. Schon glaubt man an eine Höllenmaſchine. Man erfährt endlich, daß ein Gerüſte eingebrochen unter dem Zudrang des Publikums, und ſo den blinden Lärm verurſacht habe. Der Kaiſer war ruhig und kalt geblieben. Die Kaiſerin wurde aber krank von dem gehabten Schrecken und in den Tuilerien mußten Diner und Soiree abbeſtellt werden."

Als die Arbeit weiter vorgerückt war, im Beginn des Mai, enthielt der Schwäbiſche Merkur eine artige Schilderung der Ausſtellung: „Vergeblich ſucht man, dem Marsfelde näher gekommen, lange nach einem Bauwerke, welches für das Ausſtellungsgebäude gelten könnte. Endlich dicht davor kommt das zwar ſehr lange und breite, aber nur 80 Fuß hohe, ovale Ding zu Tage, welches die Schätze der Kultur birgt. Man hat dieſer unförmlichen, länglich ovalen, flachen Schachtel eine Menge von Spottnamen gegeben. Der Eine ſagt: das Gebäude ſieht aus wie eine Gasanſtalt; der Andere beginnt die Beſchreibung ſeiner Wanderung dahin mit den Worten Gellerts: ‚Um das Rhinozeros zu ſehn, beſchloß ich, auszugehn.' Mache ſich jeder ſein Bild ſelbſt. Wenn das Gebäude rund ſtatt länglich oval wäre, ſo möchte

ich es mit einer flachen Torte vergleichen. Die ſchöne Leſerin pflegt wohl, wenn ſie eine ſolche anſchneidet, erſt in der Mitte einen kleinen Rundſchnitt zu machen. Das daraus entſtandene kleine Stück denken Sie ſich als den zu einem gartenartigen Hofe beſtimmten Mittelpunkt, nach oben offen, verziert mit Statuen, Blumen, Springbrunnen, Ruheplätzen (aber nicht umſonſt, ſondern für einige Sous den Stuhl) und einer herumlaufenden Galerie, aus welcher viele Thüren in das dieſen Mittelhof umſchließende überglaste Ausſtellungsgebäude führen. Alle dieſe Thüren ſind überſchrieben mit den Namen der aufſtellenden Länder und jede Thüre führt vom Mittelpunkte aus in gerader Linie durch mehr oder minder breite Wege, welche die Namen der betreffenden Länder führen, bis zum Ausgang am äußern Ringe des Gebäudes. Denken Sie ſich dieſe Straßen als Einſchnitte in die Torte, ſo trifft das Gleichniß wieder zu. Während man ſo die Ordnung nach Ländern hergeſtellt hat, iſt die ſehr zweckmäßige Einrichtung getroffen, daß andere Wege, welche kreisförmig um einander laufen, die Anwartſchaft gewähren, daß man die verſchiedenen Claſſen der Ausſtellungsgegenſtände beſonders betrachten kann, wenn man dieſen Cirkeln folgt. Man bleibt dann auf dem innerſten kleinſten Rundgange z. B. immer bei den Gemälden und Statuen, während man aller Länder Kunſtwerke nach und nach zu ſehen bekommt. Auf andern Rundgängen ſtets bei den Mineralien, Hüttenprodukten und Rohſtoffen ꝛc. Der äußerſte, ſehr breite Cirkelgang bildet den Maſchinenraum, welcher nur umſchloſſen wird von den doppelten Außenwänden, durch welche die großen Eingangsthüren führen. Zwiſchen den doppelten Außenwänden ſind die Reſtaurationen der verſchiedenen Nationen und verſchiedene Weinausſtellungen ꝛc. errichtet, welche von außen rings herum von der Parkſeite ihre Zugänge haben. Man ſieht, der äußerſte Rand der Torte iſt erſt recht genießbar. Es iſt ſchon erwähnt worden, daß das Ausſtellungsgebäude ringsherum von Parkanlagen umſchloſſen iſt. Nur von den äußeren Eingängen her, durch die Um-

faſſungsmauern und Planken bis an das Hauptgebäude, führen gerade Wege. Die übrigen ſind geſchlängelt und umfaſſen Beete und Plätze, auf denen Pavillons, Moſcheen, Schweizerhäuſer, norwegiſche, ruſſiſche, türkiſche und andere Wohnhäuſer ſtehen, als intereſſante Proben der Bauſtyle der verſchiedenen Völkerſchaften. Ferner für ſolche Länder oder Gruppen, denen der zugewieſene Platz im Hauptgebäude zu eng war, Regierungsbureaux, Kleiderbewahranſtalten und andere Anſtalten. Endlich auf allen Wegen Statuen, Fahnenſtangen, Blumenbeete und Stuhlreihen für müde Menſchenkinder. Letzteres für die übliche Bezahlung an die Vermietherinnen. Dieſe ſchändliche Geldſchneiderei macht ſich allenthalben auf die unangenehmſte Weiſe bemerkbar und ſticht ſchmählich ab gegen die Liberalität und den Geſchmack, mit welchen die Engländer vor 5 Jahren die reizendſten Ruheplätze unter Oleandern und Palmen in ihrem Induſtriepalaſte angebracht hatten, gegen welchen, was Schönheit und Kühnheit des Baues anbelangt, dieſes Pariſer Machwerk doch nur einem leiblichen Pferdeſtalle ähnlich ſieht. Die Franzoſen geſtehen das ſelbſt ein, was viel ſagen will. Sie geſtehen aber nicht ein, daß ſie einen unverſchämt großen Platz für ſich in Anſpruch genommen haben, worauf ſie ſich behaglich ausbreiten, während die fremden Ausſteller zu Aushülfsgebäuden greifen müſſen."

Von der Reſtauration heißt es: „Bayern hat ſchon lange ſein gutes Bier (40 Centimes = 2¾ Sgr. das Seidelchen) verzapft und gibt große Portionen ſeiner landesüblichen Gerichte für 1½ Franken (12 Sgr.). Oeſterreich verſteht es noch beſſer. Sein Bier iſt ganz vorzüglich (für 25 Cent.). Seine Kellnerinnen ſind in die Nationalanzüge der öſterreichiſchen Länder gekleidet. Eine kleine Abtheilung gibt aus den Händen einer hübſchen, ſchwarzhaarigen Dame ungariſche Liqueure. Holland hat ſeine frieſiſchen Trachten mit den Goldmützen durch friſche, dicke Kellnerinnen vorgeführt. Bei Frankreich nun kann man ſich denken, daß da die feinen Comptoirdamen

hinter den Buffets ebenſowenig fehlen, wie die Trinkgeld gewohnten Garçons mit den lackirten Schuhen. Es iſt das alles theuer und winzig und auf das Ausſchneiden der Gäſte berechnet."

Große Aufmerkſamkeit verdienten und erregten die Maſchinen mit ihren zahlloſen neuen Erfindungen. Am meiſten angeſtaunt wurde die aus der großen Krupp'ſchen Anſtalt in Eſſen hervorgegangene Rieſenkanone, deren Rohr allein 100,000 Pfund wiegt.

Die Engländer waren ſo geſchmacklos, eine 50 Fuß hohe Pyramide von vergoldetem Pappdeckel, mit welcher ſie ſchon bei der Ausſtellung von 1862 geprahlt hatten, hier noch einmal aufzuſtellen. Sie ſollte genau die Maſſe des wirklichen Goldes darſtellen, welches die Goldgräbereien in Auſtralien geliefert hatten. Neben Produkten der barbariſchen Länder und Zonen ſah man auch die ſeltſamſten Zuſammenſtellungen von Werken moderner Civiliſation, z. B. eine ſächſiſche Volksſchule mit allem Zubehör und eine Pariſer ſ. g. Krippe oder Säuglinge-Bewahranſtalt.

Die Induſtrie-Ausſtellung in Paris fiel merkwürdigerweiſe zuſammen mit großen Arbeitseinſtellungen (Strikes) in Paris ſelbſt und in London. Ein Beweis, daß aller Glanz der Weltausſtellung den Abgrund des Elends nicht ganz verhüllen konnte, welches die Herrſchaft, ſagen wir vielmehr die Tyrannei der Induſtrie in unſerer Zeit ausgeboren hat. Es liegt ein tiefer Widerſpruch zwiſchen der Ueberhebung und dem Dünkel des großen Kapitals, welches die Induſtrieprodukte prahleriſch zur Schau legt, und dem Groll der Arbeiter, durch deren Hände alle dieſe Koſtbarkeiten geſchaffen worden ſind, denen aber der Gewinn davon nicht zu Theil geworden iſt. Jede dieſer fleißigen Hände ballt ſich zur zornigen Fauſt und das geiſtige Auge kann durch jedes Fenſter des Glaspalaſtes dieſe Fäuſte herein drohen ſehen. Die Sachlage wird nicht beſſer, wenn man entgegnet, es ſey keineswegs immer die Noth, welche die Arbeiter veranlaſſe, die Arbeit einzuſtellen, bis ſie den Arbeitgebern höhern

Lohn abgezwungen haben; es ſey vielmehr häufig nur Habgier und revolutionärer Trotz. Sie wollten den Arbeitslohn in die Höhe ſchrauben, nicht aus Hunger, ſondern nur, um mehr Mittel zum ſinnlichen Genuß zu erlangen und um ihre Macht zu zeigen und dem Kapital einen Schrecken einzujagen. Ob nun wirkliche Noth oder ein ſolcher Uebermuth der Arbeitermaſſen in großen Städten das Motiv iſt, immerhin bleibt die Gefahr dieſelbe und befindet ſich das Gewerbeweſen in einem unnatürlichen Zuſtande. Am 1. April, abſichtlich an demſelben Tage, an welchem der Kaiſer die große Induſtrieausſtellung eröffnete, ſtellten 25,000 Schneidergeſellen in Paris alle Arbeit ein, bis ſie 20 Prozent Arbeitslohn mehr erhalten würden, und ihr Comité wurde ſchon am folgenden Tage mit 200,000 Fr. unterſtützt, die aus England kamen, wie man glaubte, als ein Geſchenk der Orleaniden. Doch konnte die orleaniſtiſche Partei die Unzufriedenheit der Arbeiter nur benutzen, ſie gegen den 2. Dezember aufzuhetzen; die Veranlaſſung zur Unzufriedenheit lag im zu niedern Lohn. Daher auch die Schneidergeſellen in London denen in Paris ihre Sympathie durch eine Adreſſe zu erkennen gaben. In England hatten kurz vorher auch alle Arbeiter und niedern Angeſtellten bei den Eiſenbahnen jegliche Thätigkeit eingeſtellt und der Verkehr blieb eine Zeitlang auf eine für den Handel und die Reiſenden höchſt empfindliche Weiſe geſtört. Aehnliche Arbeiterſtrikes im kleinern Maßſtabe wiederholten ſich faſt beſtändig auf beiden Seiten des Canals.

Im Anfang des Februar 1867 enthüllte ein Theaterſcandal in Paris die tiefe Corruption in der höhern Geſellſchaft dieſer großen Hauptſtadt. Der ſ. g. Demi-Monde hatte ſich längſt in die hohe Geſellſchaft eingedrängt, ohne daß es die Damen der letztern irgend zur Verzweiflung gebracht oder nur genirt hätte. Dieſe Miſchung der Stände und das Vergeſſen der dem Range ſchuldigen Würde hat von jeher die Entſittlichung großer Weltſtädte charakteriſirt, ſchon zu den Zeiten der Aspaſia im hochgebildeten Athen, in den Glanz-

zeiten des verderbten altrömischen Kaiserthums und in Paris selbst schon im vorigen Jahrhundert vor der Revolution, als Beaumarchais die Hochzeit des Figaro schrieb und eine Dubarry die Königin aller Hoffeste wurde. Wenn sich dergleichen nun in neuester Zeit wiederholt hat, so ist es nicht sowohl als ein einfacher und naiver Rückfall in Sittenzustände zu betrachten, die vom Müßiggang, von der Langeweile, der Flatulenz und dem Luxus der Vornehmen und Reichen, wo sie in Menge beisammen sind, unzertrennlich zu seyn pflegen, wenn man nicht dagegen einschreitet, als vielmehr eine Folge der vom Kaiserreich eingehaltenen Politik. Es muß dem Imperator zuträglich seyn, wenn die höhern Classen der Gesellschaft, so weit sie nicht unmittelbar in seinem Dienste stehen, wenigstens nicht Opposition gegen ihn machen, sondern sich lediglich mit ihrem Privatvergnügen beschäftigen und sich im Enthusiasmus für nichtige und frivole Dinge verlieren, sich in ein Tagesinteresse vertiefen, welches sie vom wahren großen Tagesinteresse der Politik fern hält.

Eine Opernhetäre, Cora Pearl, eine „rothhaarige englische Schöne," von der Andere behaupten, sie sey eine Posener Jüdin, hatte schon seit einiger Zeit die goldene Jugend von Paris durch die Schamlosigkeit entzückt, mit der sie auf der Bühne auftrat. Die Theaterdirektionen gewannen durch den Zudrang des Publikums, unterstützten daher die Koketterie und gaben ihr die größte Oeffentlichkeit. Man kündigte an, sie werde in Offenbachs muthwilliger Oper Orpheus als Cupido auftreten, um den Parisern ihren Reiz völlig zu enthüllen. Die ganze vornehme Welt von Paris gerieth in leidenschaftliche Aufregung. Am 25. Januar sollte das Wunder vor sich gehen. Der unbekannte Liebhaber der Dame wollte ihr Auftreten nur gestatten, wenn ihm eine ganze Prosceniumsloge mit besonderem Eingang zugestanden würde. Die Neugier stieg aufs höchste. Nicht etwa blos die goldene Jugend und das habituelle Laster mit grauen Haaren, sondern die ganze Aristokratie von Paris, die vornehmsten

Damen der höchſten Geſellſchaft drängten ſich herbei. Man las in den Zeitungen: „Die Fürſtin Metternich, Frau von Pourtalès, Madame de Galiffet ſchrieben eigenhändige Briefe an die Direktion,“ um ſich für den Preis von je 500 Fr. eine Loge für die erſte Vorſtellung zu ſichern. Madame de Galiffet beſonders war dringend in ihrem Schreiben und es iſt dies erklärlich, da ſie jedenfalls die Dame ſehen wollte, die ihrem Gemahl die bekannte — Vergnügungsreiſe nach Mexiko verſchafft hat.“ Der „reiche Türke“ bezahlte für eine Loge tauſend Frcs. Plätze im Parquet wurden mit 150—200 Fr. bezahlt. Die Vorſtellung fand ſtatt und der unbekannte Liebhaber, der ſich in die privilegirte Proſceniumsloge ſetzte, war — Prinz Napoleon. Die rothharige Cora präſentirte ſich „als Amor faſt ohne Coſtum.“ Der Jubel war unermeßlich. Ein Engländer bot der Dame für die Schuhe, die ſie als Cupido getragen hatte und die allerdings mit Diamanten beſetzt waren, 50,000 Frcs. an. Nachdem dies in den Bouffes Parisiens vorgegangen war, ſollte die Straßenſängerin Thereſa ihr im Chatelet-Theater durch womöglich noch größere Schamloſigkeit Concurrenz machen, als eine Anzahl junger Studenten von Paris mit Störung der Aufführung drohten, wenn das Unweſen dieſer exhibition fortdauere. Als ferner bekannt wurde, Cora habe jeden Abend in ihrer Ankleideloge ihren Prinzen Protector und die fine fleur des Jokeyclubs in paradieſiſchem Coſtüm empfangen, ſah ſich der Polizeipräfect veranlaßt, dem Kaiſer Anzeige zu machen, der augenblicklich die ſcandalöſen Schauſtellungen zu ſchließen befahl.

Vierundzwanzigstes Buch.

Der Luxemburger Handel.

Deutschland war dem lang ersehnten Ziel seiner Wiedervereinigung näher gekommen, ohne dasselbe noch erreicht zu haben, denn nur Norddeutschland war geeinigt, ein Bund mit dem südwestlichen Deutschland erst zugesagt und das südöstliche Deutschland war bei Oesterreich und vom neuen Bunde getrennt geblieben. Faktisch bestand wirklich noch eine Dreitheilung des deutschen Gebiets, während noch viele Länder, worin deutsch gesprochen wird und die zum alten deutschen Reichsverbande gehört hatten, uns entfremdet blieben. Zugleich waren die auswärtigen Mächte durch die Vorgänge in Deutschland alarmirt worden und selbst das geringe Maaß, in welchem die Einheitshoffnungen Deutschlands verwirklicht worden waren, erweckte große, ja für die Situation eigentlich lächerlich große Besorgnisse vor der unwiderstehlichen Macht, zu welcher Deutschland anschwellen würde, wenn es sich zu reconstruiren fortführe.

Man konnte alſo wohl vorausſehen, daß der norddeutſche Bund früher oder ſpäter eine Probe ſeiner Haltbarkeit und damit zugleich das deutſche Volk eine Probe ſeiner wahren Geſinnung zu beſtehen haben würde. Die Frage mußte an das deutſche Volk herantreten: Biſt du von deiner Kleinſtaaterei ſchon ſo erbärmlich zuſammenregiert und zuſammengeſchult, von der Sophiſtik deiner Profeſſoren und Advokaten ſo vom nationalen Ehrgefühl entkleidet und nur für fremde Ideale begeiſtert, daß du kein Herz zu dir ſelber mehr faſſen kannſt, oder blieb dir noch geſunder Sinn und Ehrgefühl genug, um zu begreifen, daß du das ſtärkſte Volk der Welt ſeyn kannſt, wenn du nur willſt?

Die Bemühungen aller unſerer Nachbarn, unſer Volk innerlich zu ſpalten, unſere Stämme gegen einander zu hetzen, unſer großes Reich in Stücke zu reißen und uns fort und fort Provinzen zu rauben, haben Jahrhunderte fort gedauert und unſer Volk wirklich ſchrecklich heruntergebracht. Die Deutſchen wurden zum Verrath an Deutſchland förmlich erzogen, durch ihre eigenen Fürſten zum Verrath an Kaiſer und Reich gezwungen, durch undeutſches Recht, undeutſche Mode, undeutſche Tendenzen in Wiſſenſchaft und Kunſt dem eigenſten Weſen, Bedürfniß und Ziel deutſcher Nationalität entfremdet. Jahrhunderte hindurch herrſchte im katholiſchen Deutſchland nur der ſpaniſche, im proteſtantiſchen Deutſchland nur der franzöſiſche Geiſt und Geſchmack. Eine ſo lange Unnatur mußte ihre tiefen Spuren in den deutſchen Dynaſtien, im deutſchen Adel und Klerus, in der deutſchen Wiſſenſchaft und Kunſt und überall, wohin ſie einmal gedrungen war, zurücklaſſen. Solche Eindrücke verwiſchen ſich nicht ſo ſchnell. Der Einfluß Spaniens und Roms auf das katholiſche Deutſchland erlahmte zuerſt, um ſo mächtiger aber wurde der franzöſiſche Einfluß, hauptſächlich ſeit dem Aufkommen des Joſephinismus und des modernen Liberalismus.

Der Liberalismus unterdrückte das Nationalgefühl in Deutſch-

land mächtiger, als es die franzöſiſche Mode im vorigen Jahrhundert und als es Napoleons große Armee je vermocht hatte. Denn er brachte nicht nur in allen deutſchen Ländern, die an Frankreich grenzen, die franzöſiſche Sprache und Bildung bei den höhern Claſſen, mit einziger Ausnahme des gemeinen Volks, zur ausſchließlichen Herrſchaft, ſondern fand auch innerhalb des deutſchen Bundes ſo viele Sympathien, daß dieſelben Liberalen, welche die deutſche Nationalität an der Schley mit der größten Oſtentation vertheidigten, auch nicht im geringſten um die Zurückſetzung des deutſchen Elements in unſern alten Niederlanden ſich bekümmerten.

Die deutſchen Niederlande waren noch im 15. Jahrhundert der Mittelpunkt deutſcher Bildung. Nirgends blühte deutſcher Gewerbfleiß und Handel, deutſche Malerei und Muſik herrlicher als hier. Von hier war die gothiſche Baukunſt ausgegangen, von hier gingen Geſchmack und Mode aus. Ganz Europa kleidete ſich niederländiſch, ſelbſt die ſtolzen Spanier. Die großen Meiſter der italieniſchen Kirchenmuſik, die großen Meiſter der Oelmalerei in Italien waren Schüler der niederländiſchen Meiſter — und jetzt? Was iſt uns Deutſchen von dieſen unſchätzbaren Niederlanden noch übrig? Schwer hat ſich das Haus Habsburg an ihnen verſündigt, indem es ſie an Spanien abtrat und ſyſtematiſch Deutſchland entfremdete. Durch die greuliche ſpaniſche Wirthſchaft wurden ſie in die zwei feindlichen Hälften geſpalten, die ſich heute noch als Belgien und Holland gegenüberſtehen. Belgien blieb ſpaniſch. Holland, vom deutſchen Reich nicht unterſtützt, brach ſelber das ſpaniſche Joch und wollte nun auch von Deutſchland nichts mehr wiſſen. Belgien fiel an die deutſche Linie des Hauſes Habsburg zurück, aber zu ſpät, es hatte ſchon alle Gemeinſchaft mit ſeinen deutſchen Brüdern dieſſeits des Rheins abgebrochen und ſein ſpaniſcher Kirchenſinn wehrte ſich verzweifelt gegen den unvernünftigen Liberalismus des Kaiſer Joſeph. So wurde die Entfremdung von Deutſchland zum bitterſten Haß gegen Kaiſer und

Reich und ſo wurde es möglich, daß Belgien, als es bald darauf von Frankreich verſchlungen wurde, ſich allmälig an die franzöſiſche Sprache und Sitte gewöhnte, ohne irgend ein Heimweh nach Deutſchland.

Als im Winter 1813 die Preußen unter dem unvergeßlichen Sieger von Dennewitz, General von Bülow, Holland und Belgien vom franzöſiſchen Joche befreiten, jubelte ihnen alles entgegen, aber die dem deutſchen Nationalintereſſe todfeindliche Politik Rußlands, Englands und Frankreichs und leider auch Oeſterreichs, die bei den Friedensſchlüſſen in Paris und am Wiener Congreß triumphirte, duldete nicht, daß Holland und Belgien wieder mit Deutſchland vereinigt wurden. Man ſchenkte ſie dem treuloſen Oranier, der den Preußen, die ihm Holland wieder erobert hatten, wie ganz Deutſchland, mit dem ſchnödeſten Undank lohnte*) und uns höhniſch die Rheinmündungen verſchloß, obgleich ſie nach den Verträgen von 1815 uns offen bleiben ſollten. Derſelbe Oranier mißhandelte die Belgier, weshalb ſie im Jahr 1830 das Beiſpiel der Franzoſen nachahmten, die ihren König fortgejagt hatten, und im Vertrauen auf die nahe franzöſiſche Hülfe ſich von Holland losriſſen. Daß ſie unter dieſen Umſtänden ſelber halbe Franzoſen zu ſeyn affectirten, das niederdeutſche Volkselement möglichſt ignorirten und ihre franzöſiſche Sprache und Bildung mehr als je betonten, lag in den Umſtänden. Als Leopold von Coburg König der Belgier wurde, mußte er zunächſt, um populär zu werden, dieſer Strömung folgen. Auch um ſich des franzöſiſchen Schutzes zu verſichern, zu welchem Zweck er auch eine Tochter Ludwig Philipps, des neuen Königs der Franzoſen, heirathete.

---

*) Als der berühmte preußiſche Patriot, Major von Schill, in Stralſund den Heldentod ſtarb, waren die Holländer ſo niederträchtig, ihm den Kopf abzuſchneiden und in Spiritus im Naturalienkabinet zu Leyden aufzuſtellen, wo er bis zum Jahr 1836 zu ſehen war.

Nur einige belgiſche Gelehrte, voran der edle Willems, bemühten ſich um die Pflege der vlämiſchen Sprache, aber die politiſche Strömung der gebildeten Claſſen war ihnen entgegen und das niedrige Volk apathiſch. Erſt im Jahr 1866 wurden die glorreichen Siege der Preußen auch in Belgien ſo angeſehen, als ſey damit der deutſchen Sache ein Dienſt geſchehen, und den Vlämingen dämmerte eine leiſe Hoffnung. Die vlämiſche Zeitung „Het Volk" gab im October folgende ſchüchterne Andeutungen: „Wir ſind keine Annectioniſten und wir wollen von niemanden einverleibt werden; wir ſind weit entfernt davon, Herrn von Bismarck und ſein Zündnadelgewehr in den Himmel zu erheben; aber wenn deutſche Zeitungen ſchreiben, daß wir Vlämingen unterdrückt und ſtiefmütterlich behandelt ſind, ſo rufen wir mit aller Kraft unſerer Stimmen, daß dies die Wahrheit iſt, und wir werden es ſo laut rufen, daß die Nachbarn es hören ſollen." Am 11. Dezember erfolgte wirklich in der zweiten Kammer ein ſtürmiſcher Antrag gegen die unnatürliche Bevorzugung der franzöſiſchen Sprache in einem deutſchen Lande und wurde gefordert, vor Gericht die vlämiſche Sprache der franzöſiſchen wenigſtens gleichzuſtellen. Da dieſer ſehr vernünftige und natürliche Antrag aber von den Klerikalen und Feudalen ausging, hatte er alle liberalen Sympathien gegen ſich und auch das durch Adoption des franzöſiſchen Liberalismus ſchon ſo lange ſich ſelbſt entfremdete und dumm gewordene Deutſchland wußte jene nationale Kundgebung in Brabant und Flandern nicht zu würdigen. Der belgiſche Juſtizminiſter Bara konnte ungeſtraft dem Abgeordneten Gerrits, der im deutſchen Lande deutſche Sprache vor Gericht forderte, mit grenzenloſer Frivolität antworten, er werde nie ſeine Zuſtimmung dazu geben, daß vlämiſche Richter eingeſetzt würden, man müſſe ſonſt ja ſo viele Kategorien von Richtern ſchaffen, als es Bauerndialekte im Lande gebe.

Auch das altehrwürdige Reichsbisthum Lüttich hatte man auf dem Wiener Congreß widerrechtlich vom deutſchen Bund abgeriſſen

und dem Oranier geſchenkt, von dem es ſich nachher zugleich mit Belgien losriß.

Das Großherzogthum Luxemburg, die Wiege eines großen deutſchen Kaiſergeſchlechtes, ein durch und durch gutes deutſches Land, wurde vom Wiener Congreß eben ſo leichtſinnig dem Oranier zugeſchoben, jedoch ausnahmsweiſe beim deutſchen Bunde belaſſen, aus demſelben Grunde wie das däniſche Holſtein, nicht etwa, um Deutſchland dadurch zu vergrößern, ſondern nur, damit Metternich am deutſchen Bundestage zwei Stimmen mehr gegen Preußen gewinnen ſollte, denn daß die Könige von Holland und Dänemark gegen Preußen und die deutſchen Einheitsbeſtrebungen unter allen Umſtänden ſich mit Oeſterreich verbünden würden, wußte man in Wien ſehr gut und die Schonung, die man dem kleinen Dänemark für alle ſeine an Deutſchland begangenen Verbrechen auf dem Wiener Congreß angedeihen ließ, ſowie auch die faſt lächerliche Vergrößerung des oraniſchen Erbes auf Koſten Deutſchlands hatten einzig den Zweck, Preußen zu ſchwächen und durch öſterreichiſch geſinnte Vorpoſten in Norddeutſchland einzuſchränken. Daß man Preußen das Beſatzungsrecht in der Feſtung Luxemburg überließ, iſt keine Einwendung gegen die eben charakteriſirte Politik des Wiener Congreſſes. Preußen wurde damit nur wie mit einem Almoſen Schande halber abgefertigt. Die Feſtung behielt einen rein defenſiven Werth, da ſie außerhalb des preußiſchen Gebietes lag und war weniger geeignet, Preußen zu nützen, als es in Colliſionen mit Holland und Frankreich zu bringen. Auch konnte dieſe vereinzelte preußiſche Garniſon die franzöſiſche Strömung in Sprache und Bildung des Volkes nicht abwehren, welche von Holland aus begünſtigt wurde.

Im Magazin für Literatur des Auslands Nr. 12 werden die luxemburgiſchen Zuſtände von einem Sachkundigen in Folgendem geſchildert: „Durch die Verträge von 1815 wieder den nun ſelbſtändigen Niederlanden zugetheilt, lernte Luxemburg in der nun beginnenden

Periode von Deutſchland wenig mehr kennen, als die reactionären Einflüſſe des Bundestages, der in ſeiner Schwäche nicht einmal die Zerreißung des Landes durch die belgiſche Revolution verhindern konnte, und eine preußiſche Garniſon, mit der die Maſſe der Bevölkerung wegen der Verſchiedenheit ihrer ſocialen und religiöſen Anſchauungen nicht harmoniren konnte. Die deutſchen Grenzgebiete an Saar und Moſel wurden nun, allen politiſchen und militäriſchen Rückſichten entgegen, zuerſt mit Frankreich, viel ſpäter erſt mit dem inneren Deutſchland durch Eiſenbahnen verbunden. So wurden die Handelsverbindungen mit den ohnedieß näheren franzöſiſchen Städten neu befeſtigt und erweitert und den Grenzbewohnern das Gefühl der Wehrloſigkeit gegen Frankreich um ſo tiefer eingeprägt. Der deutſche Bund, der früher den franzöſiſchen Rheinſchifffahrtscommiſſär aus militäriſchen Gründen veranlaßt hatte, ſeinen Wohnſitz aus der Bundesfeſtung Mainz nach Mannheim zu verlegen, und auf deſſen Betreiben der franzöſiſche Conſul für das Großherzogthum nicht in der Stadt, ſondern in dem Dorfe Eich, eine halbe Stunde von Luxemburg reſidirt, erhob keinen Einſpruch, als der franzöſiſchen Oſtbahn der Betrieb auf der Linie Thionville-Luxemburg-Diekirch, dann auch für die Strecke Luxemburg-Waſſerbillig (preuß. Grenze) verpachtet wurde und ein zahlreiches, faſt ausſchließlich franzöſiſches Bau- und Betriebsperſonal, worunter viele alte Militärs, jenen Gründen zum Trotz, ihren Aufenthaltsort in Luxemburg nahmen, wodurch dem franzöſiſchen Element Thür und Thor geöffnet wurden.

„Was die Regierung betrifft, ſo hatte der König-Großherzog es freilich nur der preußiſchen Beſatzung zu danken, daß ihm Stadt und Feſtung Luxemburg nebſt dem erſten Kilometerrayon erhalten wurden, während das ganze Land 1830—1839 thatſächlich unter belgiſcher Herrſchaft ſtand, und daß er demnächſt die deutſchredende Oſthälfte der Provinz wiedererhielt. In Anbetracht deſſen aber, daß Dankbarkeit, namentlich in der Politik, eine ſeltene Tugend iſt, und daß

Holland fürchten mußte, die iſolirte, weit entfernte und ſprachlich jetzt ganz deutſche Provinz durch den ſeit der Gründung des Zollvereins ſtärkeren Einfluß der deutſchen Nachbargebiete ſeinen Händen ganz entwunden zu ſehen, darf es nicht Wunder nehmen, wenn unter dem abſoluten Regiment einzelne Maßregeln von dieſer Beſorgniß zeugen. Seit die im Jahre 1848 hergeſtellte bloße Perſonalunion mit Holland den jeweiligen Staatsminiſter zum wirklichen Souverän gemacht hat und mit verſtärkter Eiferſucht über die Wahrung der Souveränetätsrechte gewacht, auch die Löſung aller an Deutſchland feſſelnden Bande, mit Ausnahme des vortheilhaften Zollvereins, angeſtrebt wird, ſeit dieſer Zeit iſt ein Rückſchlag eingetreten und die Pflege des Deutſchen wird ſichtlich vernachläſſigt. Die Bewohner Luxemburgs halten ſich gern für eine beſondere Nationalität und ihre Sprache für einen ganz iſolirt daſtehenden Dialekt, was für jeden, der die Eifeler Dialekte und deren allmälige Veränderung von Köln an bis zur franzöſiſchen Grenze kennt, eine Abſurdität iſt. Man hört ſtets die Städtenamen Lützelburg, Arel, Nanzig, Diedenhofen, Pareis — für Luxemburg, Arlon, Nancy, Thionville, Paris. Die officiell ſtets behauptete Gleichberechtigung der beiden Sprachen wird zum Nachtheil des Deutſchen von Seiten des jetzigen Regimes nicht geachtet. Vor allem verſteht der jetzige Staatsminiſter kein Wort deutſch und unter den Juſtizbeamten iſt daſſelbe ſo wenig eingebürgert, daß die Aſſiſen deshalb abgeſchafft ſind, weil die Geſchworenen nun einmal kein Franzöſiſch verſtehen und angeblich dadurch (!) keine allgemein verſtändliche Sprache beſteht.“

In Belgien und Holland regieren deutſche Dynaſtien. Das Volk iſt kerndeutſch, eine kleine Minderheit von Wallonen ausgenommen. Die Städte bewahren die großartigſten Erinnerungen an die alte deutſche Zeit. Im übrigen Deutſchland iſt eine Wiſſenſchaft und Literatur erblüht, die an innerm Gehalt die franzöſiſche weit überwiegt, alſo auch für die deutſchen Niederländer ungleich mehr

Anziehungskraft haben ſollte. Aber die gebildeten Claſſen wollen nichts von Deutſchland wiſſen und der Bauer kennt es gar nicht. Das iſt eine Unnatur und doch iſt wieder nichts natürlicher, als daß es zu dieſer Entartung gekommen iſt. Die Haupturſache, warum die Niederländer nichts von uns wollen, war bisher die ungeheure Unpopularität des deutſchen Bundes und die wirklich verabſcheuungswürdige Erbärmlichkeit unſerer Kleinſtaaterei. Wäre Deutſchland wie Frankreich einig und von Nationalſtolz erfüllt geweſen, ſo würde die Stimmung unſerer niederländiſchen Brüder in Bezug auf uns auch eine ganz andere geweſen ſeyn. Daſſelbe gilt von Lothringen und Elſaß. Der feurige Görres meldete in ſeinem berühmten Rheiniſchen Merkur Nr. 98 vom 6. Auguſt 1814 aus dem Elſaß, welches kurz vorher von den Deutſchen wieder erobert worden war: „In der erſten Zeit des Ueberganges waren die Elſäßer keineswegs ſo ſehr gegen die Deutſchen geſtimmt. Nur ſpäter, als man ihnen deutlich merken ließ, ſie ſollten im Frieden an kleinere dieſſeitige Fürſten fallen, wurden ſie wild und widerſpenſtig, ſandten Abgeordnete nach Paris und baten, daß man ſie nicht abtreten möge. Wie ſollten auch dieſe kräftigen Menſchen Freude daran finden, Unterthanen von dieſſeitigen Souveränen zu werden. Sollten ſie ſich darüber freuen, nun auch bald Theil zu nehmen an dieſſeitiger Erbärmlichkeit, die ſie bisher mit Recht verlacht hatten.“ (Es war damals die Rheinbundzeit, freilich die gehäſſigſte Form der Kleinſtaaterei, grade vorübergegangen, aber auch die reſtaurirte Kleinſtaaterei mußte denen zum Eckel ſeyn, die an einen größern Horizont in Frankreich gewöhnt waren). „Man kündigte den Elſäßern Freiheit und Wiedervereinigung mit Deutſchland an; als ſie nun aber mit einigen kleinen Erzeugniſſen, Butter, Eiern ꝛc. freudig ans Ufer und zum Markte kamen, wurden ſie viſitirt und mußten ſo viel Zoll und Acciſe zahlen, daß ſie ſich entſchloſſen, lieber zurückzubleiben. Auch konnte ſie nicht anlocken, daß dieſſeits jede deutſche Provinz die andere als Ausland

behandelt und anderer Aberwitz mehr, der nirgends als in Deutſchland beſtehen kann."

Vieles von dieſer kleinſtaatlichen Miſere beſteht heute noch und es iſt daher im höchſten Grade lächerlich, daß unſere kleinſtaatlichen Bevölkerungen bei Sänger-, Turner- und Schützenfeſten ſo viel von einem einigen und großen Deutſchland phantaſirten, als ſie es aber verwirklichen ſollten, nur ihre Krähwinkel vertheidigt und den Schutz des Auslandes dafür angerufen haben, damit es ja zu keiner deutſchen Einheit komme.

War unſere Kleinſtaaterei und das Metternichſche Abſperrungs- und Polizeiſyſtem der vorwaltende Grund, aus dem unſere deutſchen Brüder über dem Rhein und in den Niederlanden fort und fort vor dem deutſchen Bunde nur einen Eckel empfinden konnten, ſo war dieſelbe kleinſtaatliche Jämmerlichkeit auch wieder der Grund, warum innerhalb unſeres Bundes die immer mehr anwachſende liberale Partei franzöſiſche Doctrinen und Inſtitutionen einzuführen und ſich der Metternichſchen Zwangsjacke zu entledigen ſuchte. Zugleich blieb die franzöſiſche Sprache an den deutſchen Höfen und in der höheren deutſchen Geſellſchaft noch immer die herrſchende und die franzöſiſche Mode beim geſammten deutſchen Volke, ſo daß für franzöſiſche Luxus- und Modeartikel ſeit und trotz der Schlacht bei Leipzig ſchon wieder ein paar Milliarden deutſchen Geldes nach Paris wandern mußten. Was die tiefſten Denker in Deutſchland für die Wiſſenſchaft, die edelſten Dichter in Poeſie leiſteten, kümmerte keinen Franzoſen; aber die literariſchen Modeartikel der ſeichteſten und frivolſten Geiſter in Frankreich wurden immer in Deutſchland überſetzt und verſchlungen. Das nichtswürdigſte Buch des nichtswürdigen Eugen Sue erlebte zehn verſchiedene deutſche Ueberſetzungen im Laufe eines Jahres.

Der Liberalismus ging mit der Verdrängung deutſcher Geſinnung und Sprache überall Hand in Hand. Luxemburg iſt dafür der ſprechendſte Beweis. Der berühmte Biſchof Laurent hatte dort ganz

Digitized by Google

im Geiſt der chriſtlich deutſchen Partei, wie ſie in den Befreiungskriegen die alte franzöſiſche Unzucht aus der deutſchen Nationalität ausſtoßen wollte, zugleich die alte Frömmigkeit und die alte deutſche Sitte und Sprache gegen die Ueberfluthungen der franzöſiſchen Mode kräftig conſervirt. Da erhoben die Liberalen ihr obligates Geheul gegen den Mann der Kirche und gegen den Deutſchgeſinnten, machten es ihm zum Verbrechen, daß er die deutſche Volksſchule aufrecht erhielt, und ruhten nicht, bis ſie ihn vertrieben hatten. Nun nahm franzöſiſcher Unterricht und franzöſiſches Weſen reißend überhand. Alles natürlich unter dem Beifall aller Liberalen auch diesſeits des Rheins. Wir erinnern uns noch recht wohl, mit welcher Wuth die frommen Biſchöfe Laurent und Arnoldi von der liberalen Preſſe in Deutſchland angegiftet wurden, und wie dieſe Preſſe die deutſche Nationalität an den franzöſiſchen Grenzen nie und nirgends in Schutz nahm. Auch die gänzliche Verwelſchung Belgiens nahm ſie willig hin, weil dieſelbe ja im Namen des Liberalismus erfolgte.

Belgien war nicht ohne Beſorgniß vor den Compenſationsgelüſten Frankreichs, glaubte aber doch ſich auf den Schutz Englands nicht allein verlaſſen zu dürfen und näherte ſich Preußen. Des Königs Bruder, Philipp, Graf von Flandern, verlobte ſich im Frühjahr 1867 mit der preußiſchen Prinzeſſin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen. Dagegen gab ſich in Holland eine auffallende Gehäſſigkeit gegen Preußen kund und man fingirte dort (heimlich dazu angereizt durch Frankreich) die Beſorgniß, Preußen wolle Holland annectiren. Dies von Preußen vorauszuſetzen, war nicht der mindeſte Grund vorhanden, aber man brauchte einen Vorwand, um den ſchnöden Handel zu bemänteln, den man vorhatte.

Der König der Niederlande verlangte, da der deutſche Bund nicht mehr beſtehe, folglich auch die Stadt Luxemburg nicht mehr Bundesfeſtung ſeyn könne, ſolle die preußiſche Beſatzung daraus

zurückgezogen werden, wie er denn auch Limburg für abgelöst vom deutſchen Bund erklärte und ſich weigerte, dieſe Grafſchaft in den neuen norddeutſchen Bund eintreten zu laſſen. Von preußiſcher Seite wurde geltend gemacht, „daß Luxemburg, das rein zufällig durch die Perſon des Großherzogs mit dem Königreich Holland verbunden iſt, die Holländer gar nichts angehe und ſie deshalb davon fern bleiben ſollten; daß ferner durch die Neugeſtaltung Deutſchlands für die Niederländer ſo wenig jetzt als 1849 ein Recht erwachſe, Limburg, das zur Entſchädigung für einen Theil des alten Reichslands Luxemburg an den Bund gekommen war, ohne weiteres ſeinen bisherigen Verpflichtungen gegen Deutſchland zu entheben, daß vielmehr die neue Regelung der Geſchicke dieſes Ländchens durch einen internationalen Tractat vollzogen werden müſſe, was, beiläufig, der Miniſter des Auswärtigen in Holland ſelbſt bei Gelegenheit öffentlich anerkannt hat; daß übrigens für uns kein Grund vorliege, um Limburg bei jetziger Neugeſtaltung der Dinge dauernd bei Deutſchland zu halten, ſondern nur für den Verzicht unſererſeits eine Entſchädigung zu bedingen ſey, hauptſächlich die Zurückgabe des 1815 von Holland widerrechtlich angemaßten rechten Ufers der Maas.“ Das Natürlichſte war, daß Belgien und die Niederlande, beide ſtets von Frankreich her bedroht, hätten Gott danken ſollen, an dem mächtig erſtarkten Preußen einen Schutz gegen Frankreich gefunden zu haben. Aber dafür hatte man im Haag kein Verſtändniß.

Das Verhalten der Niederlande überhaupt zu Deutſchland verdiente den ſchärfſten Tadel. Holland war zur Zeit der franzöſiſchen Revolution von den Jakobinern überſchwemmt und ausgeplündert worden. England hatte ihm ſeine Colonien entriſſen. Auch Napoleon drangſalirte die Holländer ſyſtematiſch und ſetzte einen franzöſiſchen Prinzen im ſchönen Amſterdamer Rathhaus zum König ein, während der einheimiſche Erbſtatthalter vertrieben in der Welt umherirrte. Aus all dieſem Elend, aus all dieſer Schmach wurde Holland einzig

durch die Preußen herausgeriſſen. Nie wäre Holland aus der Umſtrickung Frankreichs frei geworden, wenn die großmüthigen Preußen es nicht frei gemacht hätten. Holland wurde in ſeiner Unabhängigkeit wieder hergeſtellt, der Erbſtatthalter wurde ohne ſein Verdienſt zum König erhoben und bekam zu Holland auch noch die vormals öſterreichiſchen Niederlande, Luxemburg und Lüttich. Sämmtliche Großmächte machten ihm dies Geſchenk, doch war er dafür am meiſten den Deutſchen verpflichtet, ohne deren Erhebung Napoleons Reich unerſchüttert geblieben wäre, und namentlich den Preußen. Wie dankte nun der neue König der Niederlande den Deutſchen für dieſe Großmuth? Zuerſt durch einen infamen Betrug, indem er die freie Rheinſchifffahrt, die nach den europäiſchen Verträgen jusqu'à la mer gehen ſollte, nur bis ans Meer, und nicht bis ins Meer geſtattete, weil der Satz hätte heißen müſſen jusque dans la mer, wenn die Schifffahrt bis ins Meer frei ſeyn ſollte. Auch keinerlei andere Verpflichtungen gegen die deutſche Nation wurden von Holland anerkannt und ſogar der Nutzen verſchmäht, welcher Holland aus einer engern Verbindung mit Deutſchland erwachſen wäre. Zufrieden, wenn wir ihm nur ſeine Colonialwaaren abkauften und die Heſe unſerer herabgekommenen Jugend als weiße Sklaven im kleinen Reſt der holländiſchen Colonien zu Grunde richten ließen, fiel den holländiſchen Krämern wohl vielleicht einmal ein, welchen neuen großartigen Aufſchwung ihre Colonien nehmen würden, wenn ſie den Strom der deutſchen Auswanderung in dieſelben lenken würden. Aber ſie fürchteten dann nicht mehr allein den Gewinn zu ziehen und ſperrten ſich ab. Auch an der deutſchen Bildung und Literatur nahmen ſie keinen Antheil und ließen ſogar in der zum deutſchen Bunde gehörigen Provinz Limburg die franzöſiſche Sprache bei den höhern Claſſen ganz ebenſo um ſich greifen, wie daſſelbe in Belgien geſchah, obgleich die Bevölkerung eine rein deutſche iſt. Wenn ſich der König der Belgier, als Belgien von Holland getrennt wurde, dieſelbe Vernachläſſigung des

deutſchen Volkselements zu Schulden kommen ließ, ſo mochte es ihn entſchuldigen, daß er vor dem nahen und übermächtigen Frankreich beſtändig zitterte. Holland dagegen, von nun an durch Belgien von Frankreich getrennt, brauchte weniger Angſt zu haben.

Unter allen Beſtandtheilen der deutſchen Nation iſt der holländiſche Volksſtamm ſeit drei Jahrhunderten der am meiſten particulariſtiſche, dem Gefühl der Zuſammengehörigkeit mit der großen deutſchen Nation am meiſten entfremdete. Das zeigte ſich auch wieder während des Krieges von 1866. Denn die Holländer ſahen mit ſcheelem Auge und verbiſſener Unzufriedenheit der Neugeſtaltung Deutſchlands unter Preußen zu. In commerzieller Beziehung faſt ausſchließlich von Deutſchland abhängig, alle ihre Lebensſäfte aus Deutſchland ziehend, deſſen großer Markt die einzige Bedingung ihrer Fortexiſtenz iſt, wollten ſie doch ihre deutſchen Stammgenoſſen immer nur wie eine dumme Heerde ſcheeren, ohne ihnen Selbſtändigkeit zu gönnen oder ſich zu einer Gegenleiſtung gegen die großen Dienſte, die ihnen Deutſchland leiſtet, herbeizulaſſen. Zudem ſind ſie für Oeſterreich intereſſirt, weil, wie man ſagt, in Holland allein 800 Millionen Gulden öſterreichiſcher Papiere ſtecken. Die Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz wurde in Holland nur mit großem Aerger und geheimem Kummer aufgenommen.

Im Anfang des Frühjahrs 1867 verbreitete ſich das Gerücht, der König der Niederlande wolle das Großherzogthum Luxemburg an Frankreich verkaufen. Was ſein Intereſſe dabei ſey, darüber äußerte die Preſſe verſchiedenerlei Anſichten. Man ſprach von einem geheimen Groll, von einer geheimen Angſt im Haag; das neue Deutſchland weckte dem holländiſchen Particularismus Beſorgniß. Der ſo lange vom Holländer nur mit Verachtung angeblinzelte deutſche Michel oder Muff war auf einmal wieder ein gar gewaltiger Mann geworden. Andrerſeits hieß es, der König habe eine zu geringe Civilliſte und ſey in Schulden gerathen. Aus dem Nebel der unverbürgten

Zeitungsnachrichten tauchten die Umriſſe einer Dame hervor, die unerſättlich in Geldanſprüchen geweſen ſeyn ſoll.*) Was Frankreich anlangt, ſo konnte ihm der friedliche Erwerb Luxemburgs und namentlich der Feſtung nur höchſt erwünſcht ſeyn, weil er, wenn gleich baar bezahlt, doch einer Compenſation gleich kam, welche Frankreich bisher vergebens erſtrebt hatte.

Luxemburg und Limburg waren bisher Beſtandtheile des deutſchen Bundes geweſen, es war aber kein Bund mehr da und ein neuer Anſchluß derſelben an den Nordbund wurde vom Kabinet im Haag nicht beliebt. Indeſſen konnte König Wilhelm III. der Niederlande doch nicht ganz frei über Luxemburg verfügen und Land und Leute wie eine Waare verkaufen. Er war erſtens gebunden an die Zuſtimmung der luxemburgiſchen Stände, denn die Verfaſſung vom 9. Juli

---

*) Der Kölniſchen Zeitung wurde aus Paris geſchrieben: „In den letzten Tagen erregte hier ein prächtiger Vierſpänner à la Daumont, mit ausgezeichneten Pferden in tadelloſer Schirrung, Dienerſchaft en grande livrée, ziemliches Aufſehen, oder wird, beſſer geſagt, mit ganz beſonderer Neugierde betrachtet. Uneingeweihte fragen: ‚Wer iſt die nicht mehr junge Dame mit den ziemlich verlebten Zügen? Eine italieniſche Herzogin? Eine ruſſiſche Fürſtin? Eine franzöſiſche Prinzeſſin?‘ Nichts von alledem; es iſt Madame Muſard, die Geliebte oder, wenn das ſchöner klingt, die Freundin einer ausländiſchen, durch ihre Verkaufsliebhabereien bekannten Majeſtät, bekannt, ja ſogar hier in Paris berüchtigt durch die beiſpielloſe Verſchwendung, mit der ſie ſchon Millionen ihres freigebigen Freundes durchgebracht hat, angeſtaunt wegen des fabelhaften Luxus ihrer Einrichtung, ihrer Equipage, ihrer Juwelen. Dem ſey nun, wie ihm wolle, Madame Muſard braucht Geld, ſehr viel Geld, ihr königlicher Freund hat aber nicht immer disponible Millionen und — kleine Urſachen, große Wirkungen — hierin liegt der Grund, warum Madame Muſard in dieſem Augenblicke mit beſonderer Neugierde betrachtet wird, ſobald man ſie in ihrer vierſpännigen Equipage im Bois de Boulogne bemerkt, beſonders von denen, die in der Gegend der Ardennen zu Hauſe ſind.“

1849 ſchrieb ausdrücklich vor: „Das Großherzogthum iſt untheilbar und unveräußerlich; keine Abtretung, kein Tauſch, kein Ausſchluß von Gebiet kann ſtattfinden außer in Kraft eines Geſetzes.“ Zweitens hatte Preußen das Beſatzungsrecht in der Feſtung Luxemburg nicht blos für den Bund erhalten, ſondern auch zum Schutz ſeiner eigenen Provinzen und zum Schutz des deutſchen Gebiets gegenüber von Frankreich, abgeſehen von den inneren Verfaſſungszuſtänden, wie ſie auch möglicherweiſe innerhalb des deutſchen Gebiets wechſeln konnten. Jedenfalls war Luxemburg als Grenzfeſtung von den Preußen nach Napoleons Sturz beſetzt worden, nicht um den Frankfurter Bundestag und die papierne Verfaſſung des Bundes, welche abgeändert werden konnte, ſondern um das ſtete und unabänderliche Intereſſe der deutſchen Nation gegen Uebergriffe von Frankreich her, wie ſie ſeit Jahrhunderten ſich ſchon ſo oft wiederholt hatten, zu ſchützen. Zu dem gleichen Zwecke hatte man im Jahr 1815 dem aus der Verbannung zurückgekehrten Erbprinzen von Oranien zu ſeinem kleinen Holland noch das ganze große Belgien, wie auch das Bisthum Lüttich, Limburg und Luxemburg geſchenkt. Man wollte, wie das ſonnenklar in den Motiven zu den Verträgen von 1815 ausgedrückt iſt, den Erbprinzen von Oranien nicht um ſeiner ſchönen Augen willen zu einem mächtigen und reichen König machen, ſondern damit das neugeſchaffene Königreich der Niederlande zu einem ſtarken Bollwerk gegen Frankreich werde. Das war nach ſo vielen ungerechten und räuberiſchen Angriffen der Franzoſen auf deutſches Gebiet eine nothwendige Vorkehr, zunächſt im Intereſſe Deutſchlands und Englands. Weil aber Preußen dabei viel näher betheiligt war als Oeſterreich, ſetzte Metternich ſeiner bekannten Politik gemäß von Anfang an das neue Königreich der Niederlande in die Lage, Preußen opponiren und die deutſche Begeiſterung von 1813 her im Nordweſten unſeres alten Reichs völlig lahm legen zu können. Deshalb durften die ſämmtlichen deutſchen Niederlande, die noch bis 1794 zum deutſchen Reich gehört hatten, nicht

mehr dem deutſchen Bunde einverleibt werden, mit einziger Ausnahme der kleinen Gebiete von Luxemburg und Limburg, die nur Schande halber dem deutſchen Bunde einverleibt wurden und um am Bundestage für die metternichſche Politik gegen Preußen eine Stimme mehr zu gewinnen.

Der Zweck, aus den Niederlanden ein ſtarkes Bollwerk für Deutſchland und England gegen Frankreich zu ſchaffen, war daher von Anfang an von der metternichſchen, wie auch ruſſiſchen Politik nur fingirt, eine Täuſchung für die deutſchen Patrioten; der eigentliche Zweck war, die Macht Preußens am Niederrhein zu neutraliſiren.

Seitdem der deutſche Bund aufgehört hat, an ſeine Stelle aber zunächſt ein norddeutſcher Bund getreten iſt und dieſer ſogar, das deutſche Nationalintereſſe im Nordweſten unſeres alten Reichs zu wahren, in einem noch höheren Grade den Willen und die Macht hat, als der alte Bund unter dem metternichſchen Syſtem, ſo verſtand es ſich von ſelbſt, daß Preußen ſein Beſatzungsrecht feſthalten ſollte und daß man, wenn ein europäiſcher Krieg vermieden werden wollte, in Erwägung ziehen mußte, ob der König der Niederlande, dem man das Großherzogthum Luxemburg ausdrücklich nur als eine deutſche Schutzwehr gegen Frankreich verliehen hatte, das Recht habe, jetzt eben dieſes Großherzogthum zu einer franzöſiſchen Schutzwehr gegen Deutſchland zu machen?

Graf Bismarck ließ ſich weder durch die Drohung mit einem neuen Kriege beunruhigen, noch zu einer Sprache fortreißen, die dem formellen Theile der Rechtsfrage nicht volle Rückſicht geſchenkt hätte. Als er am 18. März im Reichstage wegen Luxemburg interpellirt wurde, erklärte er: „Wir haben auf Luxemburg und Limburg (die zum deutſchen Bunde gehörten) nicht verzichtet, können aber den Souveränen, die nicht beitreten wollen, keinen Zwang anthun.“ Eine nähere Erklärung gab der preußiſche Miniſterpräſident erſt dann, als

die beunruhigendſten Berichte wegen Luxemburg ſich immer dichter kreuzten. Es hieß, der Kauf Luxemburgs ſey ſchon abgeſchloſſen. Man beſchuldigte den Grafen Bismarck ſogar, er habe denſelben zugegeben, ſey es, weil er ſich früher ſchon in geheimen Verhandlungen desfalls gegen Napoleon III. verpflichtet habe, ſey es, weil er ſich vor einem Kriege fürchte. Die particulariſtiſche Preſſe konnte kaum ihr niederträchtiges Entzücken zurückhalten, indem ſie hoffte, ein neuer Rheinbund werde nun doch vielleicht zu Stande kommen.

Am 1. April interpellirte v. Bennigſen im norddeutſchen Reichstag den Grafen Bismarck wegen Luxemburg: „Meine Herren! Seit einigen Tagen mehren ſich von allen Seiten die Gerüchte über Verhandlungen zwiſchen der franzöſiſchen und niederländiſchen Regierung wegen der Abtretung von Luxemburg. Es tritt mit immer größerer Stärke die Behauptung auf, daß ein ſolcher Abtretungsvertrag bereits abgeſchloſſen ſey. Danach würde alſo ein Fürſt aus deutſchem Geſchlechte, uneingedenk der ſtolzen Erinnerungen ſeines Hauſes, aus welchem dereinſt ſelbſt ein Mitglied die deutſche Kaiſerkrone getragen hat, einen Handel eingegangen ſeyn über ein Land, welches keine Provinz von Holland bildet, ſondern zu allen Zeiten ein deutſches Land geweſen, welches nur bei Gelegenheit der Gründung des deutſchen Bundes dem regierenden Hauſe der Niederlande zu Theil geworden iſt, als Austauſch für Rechte an anderen Ländern, welche dieſes Haus in Deutſchland beſeſſen hat. Luxemburg, ein deutſches Land, welches ſtets als Theil des burgundiſchen Kreiſes zum deutſchen Reiche gehört hat — Luxemburg, ein deutſches Land, aus deſſen Fürſtengeſchlechtern Kaiſer für Deutſchland hervorgegangen ſind und Markgrafen derjenigen Provinz, in welcher jetzt der Reichstag verſammelt iſt, ſoll durch einen ſolchen Handel Deutſchland verloren gehen! Meine Herren, es iſt eine dringende Aufforderung für den Reichstag, in dieſer Lage ſich klar darüber zu werden, was die verbündeten deutſchen Regierungen und die Vertreter deutſcher Nation einer ſolchen Gefahr gegenüber zu

thun gewillt ſind. Wir haben in dem Grenzlande Luxemburg nicht bloß einen Theil deutſchen Bodens zu vertheidigen; wir haben da auch eine wichtige militäriſche Poſition zu ſchützen, welche, wenn ſie aufgegeben werden ſollte, wenn das Land an Frankreich kommen ſollte, nicht allein Belgien, ſondern auch die deutſche Rheinprovinz ſtets unmittelbar bedrohen würde. Wir ſollen ein Land aufgeben, in welchem eine Feſtung aufgebaut iſt mit den Entſchädigungsgeldern, welche Frankreich in dem Frieden von 1814 und 1815 auferlegt ſind, eine Feſtung, welche zum Schutze Deutſchlands gegen Frankreich als Bundesfeſtung angelegt iſt, in welcher die preußiſche Regierung nicht blos auf Grund der Verträge von Wien, der Wiener Congreßacte, ſondern auch auf Grund beſonderer Abkommen zwiſchen der preußiſchen und niederländiſchen Regierung aus den Jahren 1816 und 1817, werthvolle Rechte der Beſatzung und der Ernennung des Gouverneurs und des Commandanten hat. Es iſt Gefahr vorhanden, daß ein deutſches Grenzland verloren geht, in welchem die Bevölkerung im weſentlichen deutſch iſt, in welchem die Bevölkerung nicht daran denkt, franzöſiſch werden zu wollen, wo allerdings vielleicht eine Abneigung vorhanden iſt, ſich den ſchweren militäriſchen Anforderungen jetzt ſchon zu fügen, welche an alle Mitglieder des norddeutſchen Bundes geſtellt werden, in welchem man aber deutſch iſt und deutſch bleiben will. Wenn die Verſammlung es mir geſtattet, ſo will ich einen Nothſchrei aus Luxemburg, welcher, gerichtet an ein Mitglied des Reichstages, mir eben unmittelbar vor der Sitzung eingehändigt iſt, hier mittheilen oder wenigſtens einige Theile deſſelben, aus denen hervorgeht, wie deutſch geſtimmt man in Luxemburg iſt und wie wenig Neigung man hat, von Deutſchland getrennt zu werden. Es heißt in dieſem Schreiben: ‚Wüßten die Herren im Reichsrath, wie die 200,000 Luxemburger in Sprache und Sitte doch immer noch ein ganz deutſcher Volksſtamm ſind, wüßten ſie, wie im gegenwärtigen Augenblick überall in Stadt und Land alles ſo gebeugt und muthlos iſt, jetzt, wo ſtarke

Gerüchte von Annexion an Frankreich courſiren, wüßte man, wie ſehnſüchtig allgemein die Blicke ſich wenden nach jenen Männern, die doch eben nur des zu einigenden und zu befeſtigenden deutſchen Vaterlandes wegen in Berlin tagen: es müßten doch alle ſich erheben und im Namen ſo vieler deutſcher und deutſch bleiben wollender Stammesbrüder die Stimmen dermaßen erheben, daß jede Conceſſion von obenher quasi unmöglich und jedenfalls als ſchreiender Mißton im Einigungswerk, ja als moraliſcher Todſchlag angeſehen werden müßte. Ja ſagte man ſich nicht allzulaut, wir ſeyen im geheimen Einverſtändniß ſchon längſt von Preußen aufgegeben, Sie dürften ſicher ſeyn, daß es an eclatanter Offenbarung der Geſinnung nicht fehlen würde. Käme es zu einem suffrage universel, ſo genügte eine nur etwas beſtimmte Ausſicht auf einen irgend annehmbaren Vertrag mit Preußen, um das Votum überall im deutſchen Sinne zu ſichern. Unſer Wunſch geht dahin, es möchte doch in irgend einer Weiſe den Herren des Reichsrathes bekannt werden, wie wir Luxemburger nicht ſchon ein halb oder auch nur viertels franzöſiſches Volk mit fränkiſcher oder walloniſcher Sprache, ſondern immer noch ein ganz deutſches Volk mit ganz deutſcher Sprache ſind und immer bleiben wollen. Unter den 200,000 ſind doch höchſtens nur 100, die nicht deutſch verſtehen und ſprechen können.' Meine Herren, die Interpellation, die wir an den Vorſitzenden der Bundes-Commiſſäre gerichtet haben, die iſt ausgegangen von der liberalen Seite des Reichstages, ſie iſt abſichtlich von uns gerade ausgegangen, weil wir vor allen ein Bedürfniß gefühlt haben, kund zu geben, daß in ſolchen Fällen der auswärtigen Politik, wo es gilt, deutſchen Boden zu vertheidigen gegen ungerechte Gelüſte des Auslandes, keine Parteien im Hauſe exiſtiren dürfen, (Bravo!) daß die Schwierigkeiten, welche ſich in den letzten Wochen bei einzelnen Fragen des Ausbaus der innern Verfaſſung gezeigt haben, die Differenzen, die bis heute noch nicht vollſtändig gelöst ſind, zwiſchen den liberalen Parteien des Reichstages

und der Vertretung der Regierungen, daß ſie nicht den geringſten Einfluß äußern werden auf die Haltung des ganzen Reichstages, wo es gilt, muthig und entſchloſſen dem Auslande gegenüber zu ſtehen, (lebhaftes Bravo) und die kräftige Politik, welche die preußiſche Regierung und welche der Miniſterpräſident bislang geführt haben, auf das Entſchiedenſte zu unterſtützen! (Stürmiſches Bravo.) Meine Herren, Sie haben aus dem Schreiben, welches ich eben Ihnen mittheilte und aus andern Notizen, die uns hier brieflich zugegangen und die in der Preſſe enthalten ſind, vernommen, mit welcher Sorge man gerade in Luxemburg dem Ausgange dieſes Handels entgegen ſieht. Ich finde es auch begreiflich, daß in Luxemburg das Gefühl der Beſorgniß ſich nicht in offenen Kundgebungen zeigen kann. Denn ſo lange man in Luxemburg ſich verlaſſen fühlt und die Beſorgniß haben kann, daß in dem Momente der Neubildung von Deutſchland vielleicht die Eingriffe des Auslandes nicht mit der nothwendigen Energie zurückgewieſen werden, da iſt es erklärlich — wenn man es auch nicht vollſtändig rechtfertigen kann — daß ein ſo kleines Land nicht wagt, mit der Entſchiedenheit derartigen franzöſiſchen Gelüſten gegenüber zu treten, wie wir es allerdings wohl unter andern Umſtänden von allen deutſchen Volksſtämmen erwarten können. Um ſo mehr iſt die Pflicht an uns herangetreten, an den Reichstag, die Vertretung der Nation, und an die Bundescommiſſarien, in Deutſchland und im Auslande und namentlich auch in Luxemburg keinen Zweifel darüber zu laſſen, daß ſie dieſe Poſition, dieſen Theil Deutſchlands vertheidigen wollen. Meine Herren, es iſt eine nicht geringe Verſuchung für das Ausland vorhanden, die Auflöſung des deutſchen Bundes zu benutzen, die Zeit zu benutzen, wo eine neue deutſche Staatenbildung noch nicht fertig geworden iſt, wo Kämpfe der innern Politik ausgebrochen ſind in Deutſchland, die eigene Machtſtellung gegenüber Deutſchland zu verſtärken. Wenn wir nicht dem erſten Verſuche der Art entgegen treten, dann werden die Verſuche ſich ſtets

wiederholen, und die jetzige Neubildung wird in Deutſchland nicht zur Begründung eines ſtarken Bundesſtaates, ſondern nur zur Fortdauer der alten Zerriſſenheit und Schwäche führen. (Sehr richtig! von allen Seiten.) Wenn wir Vertrauen haben zu der kräftigen Leitung der auswärtigen Politik, wie ſie ſich gezeigt hat im vorigen Jahre und in den Jahren vorher bei der preußiſchen Regierung, ſo wird dies Vertrauen allerdings eine neue Bewährung verlangen in der ſchwierigen Lage, wo wir den Frieden erhalten können, wenn wir ſtark und entſchloſſen gegenüber ſtehen dem Auslande, wo wir aber auch zeigen müſſen, daß wir den Krieg nicht ſcheuen, wo es ſich um eine gerechte Vertheidigung gegen ungerechte Angriffe handelt. (Enthuſiaſtiſches Bravo.) Wir wiſſen ja alle, daß in Frankreich in Erinnerung an die alte ſchwache Stellung Deutſchlands, an die Uebermacht Frankreichs gegen Deutſchland, auch jetzt wieder die Reſte alter Parteien und deren alt gewordene Führer die Leidenſchaften in der Armee und die Leidenſchaften im Volke aufzureizen ſuchen — aufzureizen vielleicht nicht blos in dem Motive, Eroberungen zu machen für Frankreich, vielleicht in dem Motive, der jetzigen franzöſiſchen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. (Von allen Seiten: ſehr richtig!) Geben wir raſch und entſchloſſen die richtige Antwort auf alle ſolche Tendenzen, und wir werden ſie im Keime erſticken können. (Sehr gut! Lebhaftes Bravo.) Meine Herren, welch einen Eindruck müßte es in Deutſchland machen, wenn in einem Augenblick, wo der Reichstag verſammelt iſt, um eine Verfaſſung für Deutſchland zu gründen, wenn in dem Augenblick, wo die Vertreter der Regierungen und die Vertreter des Volkes der preußiſchen Krone und der preußiſchen Staatsregierung die Leitung der auswärtigen Politik des norddeutſchen Bundes übertragen wollen, wenn in demſelben Augenblicke, wie leider ſchon früher in ſchweren Zeiten Deutſchlands manchmal, Grenz-Provinzen von Deutſchland losgeriſſen würden! Würde es nicht ein Fleck ſeyn, ſehr ſchwer abzuwaſchen von der deutſchen Ehre, würde es nicht den

Stempel undeutſcher Schwäche der Leitung der auswärtigen Politik aufdrücken, wenn in dem erſten Augenblicke, wo wir wieder eine deutſche, nicht blos eine preußiſche Politik haben wollen, nicht das Aeußerſte aufgeboten würde, um eine ſolche Schwächung, die Abreißung einer deutſchen Provinz zu verhindern. Meine Herren, Sie erinnern ſich des patriotiſchen Ausſpruches, den vor mehreren Jahren Seine Majeſtät der König von Preußen gethan hat: Kein Dorf ſolle von deutſchem Boden mit ſeiner Zuſtimmung abgeriſſen werden. Dieſe Worte haben einen lebhaften Widerhall gefunden in Deutſchland, ſie ſind in dankbarer Erinnerung von der deutſchen Nation aufbewahrt worden. Jetzt, wo die Vertreter des norddeutſchen Bundes um Seine Majeſtät den König Wilhelm hier in Berlin verſammelt ſind, da mag er das deutſche Volk aufrufen, er wird in demſelben keine Parteien finden, wo es gilt, ſich gegen das Ausland zu vertheidigen, er wird noch eine einige und entſchloſſene Nation finden." (Stürmiſches Bravo.)

Graf Bismarck (es war zufällig heute ſein Geburtstag) antwortete: „Die hohe Verſammlung wird es natürlich finden, wenn ich mich in einer Frage von der Tragweite, welche die vorliegende gewonnen hat, in dieſem Augenblicke darauf beſchränke, die Interpellation mit einer Darlegung des thatſächlichen Sachverhältniſſes, ſoweit es der königlichen Regierung und ihren Bundesgenoſſen bekannt iſt, zu beantworten. Ich muß dazu zurückgreifen auf die Urſachen, die es veranlaßt haben, daß das Großherzogthum Luxemburg nicht Mitglied des norddeutſchen Bundes iſt.

„Bei Auflöſung und durch die Auflöſung des früheren deutſchen Bundes gewann jeder der an demſelben betheiligten Staaten ſeine volle Souveränetät wieder, ſo wie er ſie vor Stiftung des Bundes beſeſſen, aber durch die Verpflichtungen, die er im Bundesvertrage freiwillig eingegangen war, beſchränkt hatte. Nach Auflöſung des Bundes genoß das Großherzogthum Luxemburg und ſein Großherzog

derſelben Souveränetät europäiſchen Charakters, wie das Königreich der Niederlande und ſein König. Die große Mehrzahl der früheren Bundesgenoſſen, gleich Preußen, benutzten ihre Freiheit, um ſofort auf dem nationalen Boden einen neuen Bund behufs gegenſeitiger Unterſtützung und Pflege der nationalen Intereſſen zu ſchließen. Das Großherzogthum Luxemburg fand es ſeinen Intereſſen nicht entſprechend, denſelben Weg einzuſchlagen. Durch die Organe, welche uns innerhalb des Großherzogthums und an ſeinen Grenzen zu Gebote ſtehen, waren wir davon in Kenntniß gehalten, daß eine entſchiedene Abneigung, dem norddeutſchen Bunde beizutreten, in allen Schichten der Bevölkerung heimiſch war. In den höheren und namentlich in den höchſten war ſie getragen von einer deutlich ausgeſprochenen Mißſtimmung gegen Preußen und deſſen Erfolge, in den unteren getragen von einer Abneigung gegen die Uebernahme derjenigen Laſten, die eine ernſtliche Landesvertheidigung nothwendig mit ſich führt.

„Die Stimmung der luxemburgiſchen Regierung fand Ausdruck in einer Depeſche, die im Oktober an uns gerichtet wurde, und in welcher ſie uns nachzuweiſen ſuchte, daß wir kein Recht mehr hätten, in Luxemburg Garniſon zu halten. Die königl. Regierung und ihre Bundesgenoſſen mußten ſich die Frage ſtellen, ob es angemeſſen ſey, unter dieſen Umſtänden eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogthum, welches dem Zollverein angehört, auch dem norddeutſchen Bunde beiträte. Sie hat ſich nach gründlicher Erwägung dieſe Frage verneint. Sie mußte es einmal als einen zweifelhaften Vortheil betrachten, in einem Punkte von dieſer Intimität in dem Großherzog von Luxemburg ein Mitglied zu haben, welches in ſeiner Eigenſchaft als König der Niederlande ſeinen Schwerpunkt außerhalb des Bundes, ſeine Intereſſen außerhalb des Bundes hat und vielfach möglicherweiſe im Widerſpruch mit dem Bunde haben konnte. Die Erfahrungen, welche wir in dieſer Beziehung in dem früheren Bunde gehabt haben, waren lehrreich genug, um uns abzu-

halten, eine ähnliche Einrichtung in vollem Maaße auf die neue Institution zu übertragen.

„Die königliche Regierung hat sich ferner gesagt, daß vermöge der geographischen Lage und der eigenthümlichen Verhältnisse gerade des Großherzogthums Luxemburg die Behandlung insbesondere dieser Frage einen höhern Grad von Vorsicht erforderte. Man erweist der preußischen Politik nur Gerechtigkeit, wenn an einer hervorragenden Stelle ausgesprochen worden ist, die preußische Politik suche die Empfindlichkeit der französischen Nation — natürlich, so weit es mit der eigenen Ehre verträglich ist — zu schonen. Die preußische Regierung findet und fand zu einer solchen Politik Anlaß in der gerechten Würdigung der Bedeutung, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke für die friedliche Entwicklung der deutschen Frage haben mußten.

„Aus derselben Rücksicht, die ich hiermit charakterisirt habe, will ich mich enthalten, auf den zweiten Theil der Interpellation *) mit Ja oder Nein zu antworten. Der Wortlaut dieses zweiten Theiles ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben im friedlichen Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt.

„Was den ersten Theil der Interpellation betrifft, so will ich das Sachverhältniß, soweit es zur Kenntniß der königl. Regierung gekommen ist, offen darlegen. Die königl. Regierung hat keinen Anlaß anzunehmen, daß ein Abschluß über das künftige Schicksal des Groß-

*) Dieser Punkt will wissen: „Ist die k. preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage Mittheilung darüber zu machen, daß sie entschlossen sey, die Verbindung Luxemburgs mit Deutschland auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen?"

herzogthums bereits erfolgt ſey; ſie kann das Gegentheil natürlich nicht mit Beſtimmtheit verſichern, ſie kann auch nicht mit Beſtimmtheit wiſſen, ob, wenn er noch nicht erfolgt wäre, er vielleicht unmittelbar bevorſtände. Die einzigen Vorgänge, durch welche die Königliche Regierung veranlaßt geweſen iſt, geſchäftlich Kenntniß von dieſer Frage zu nehmen, ſind folgende:

„Vor wenig Tagen hat Se. Majeſtät der König der Niederlande den im Haag accreditirten königl. preußiſchen Geſandten mündlich in die Lage geſetzt, ſich darüber zu äußern, wie die preußiſche Regierung es auffaſſen würde, wenn Se. niederländiſche Majeſtät Sich der Souveränetät über das Großherzogthum Luxemburg entäußerten. Der Graf Perponcher, unſer Geſandter im Haag, iſt angewieſen worden, darauf zu antworten, daß die Königliche Regierung und ihre Bundesgenoſſen im Augenblicke überhaupt keinen Beruf hätten, ſich über dieſe Frage zu äußern, daß ſie Sr. Majeſtät die Verantwortlichkeit für die eigenen Handlungen ſelbſt überlaſſen müßten, und daß die Königliche Regierung, bevor ſie ſich über die Frage äußern würde, wenn ſie genöthigt wäre, dies zu thun, ſich jedenfalls vorher verſichern würde, wie die Frage von ihren deutſchen Bundesgenoſſen, wie ſie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839 und wie ſie von der öffentlichen Meinung in ganz Deutſchland, welche gerade im gegenwärtigen Augenblick in der Geſtalt dieſer hohen Verſammlung ein angemeſſenes Organ beſitzt, aufgefaßt werden würde. (Bravo.)

„Die zweite Thatſache war diejenige, daß die königl. niederländiſche Regierung durch ihren hieſigen Geſandten uns ihre guten Dienſte behufs der von ihr vorausgeſetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg anbot. Wir haben darauf geantwortet, daß wir nicht in der Lage wären, von dieſen guten Dienſten Gebrauch zu machen, weil Verhandlungen dieſer Art nicht ſchwebten. (Lebhafte Zuſtimmung.)

„In dieſer Lage, meine Herren, befindet ſich, ſoviel der königl. Regierung bekannt iſt, die Sache noch in dieſer Stunde. Ich betone, ‚ſoviel ihr bekannt iſt,‘ und beziehe mich auf das zurück, was ich kurz vorher über die Möglichkeit eines Abſchluſſes geſagt habe. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich in dieſem Augenblicke — ähnlich wie es einem Volksvertreter, einer Volksvertretung geſtattet iſt — über die Abſichten und Entſchlüſſe der Königl. Regierung und ihrer Bundesgenoſſen in dieſem und in jenem Falle in der Oeffentlichkeit Erklärungen abgeben ſolle. (Sehr richtig.) Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifelloſe Rechte deutſcher Staaten und deutſcher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; ſie hoffen, im Stande zu ſeyn, ſolche Rechte zu wahren und zu ſchützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundſchaftlichen Beziehungen, in welchen ſich Deutſchland bisher zur Genugthuung der verbündeten Regierungen mit ſeinen Nachbarn befindet. Sie werden ſich dieſen Hoffnungen um ſo ſicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unſere Berathungen das unerſchütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zuſammenhang des deutſchen Volkes mit ſeinen Regierungen und unter ſeinen Regierungen bethätigen werden.“ (Sehr lebhaftes Bravo.)

Etwas ſpäter erklärte die Norddeutſche Zeitung, es ſey zu beklagen, „daß von vielen Pariſer Journalen in der Luxemburger Angelegenheit nicht nur die Nachrichten, ſondern auch die für ihre Behauptungen als Beleg angeführten Urkunden gefälſcht werden. So beruft ſich die Patrie für ihre Behauptung, daß Luxemburg nur Bundesfeſtung geweſen ſey, auf den Territorialreceß vom 20. Juni 1819. Dort heißt es aber wörtlich: ‚Der König von Preußen und der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg ſind übereingekommen, um auf die wirkſamſte Weiſe für die Vertheidigung ihrer reſpectiven Staaten zu ſorgen, in der Feſtung Luxemburg eine ge-

meinſchaftliche Garniſon zu halten.' Es unterliegt alſo keinem Zweifel, daß Preußen nicht nur als deutſcher Bundesſtaat, ſondern gerade ſo gut als preußiſcher Staat das Beſatzungsrecht in Luxemburg genießt."

Die deutſche Preſſe war ſehr aufgeregt. Nur demokratiſche und ultramontane Blätter konnten ihre vaterlandsverrätheriſchen Hoffnungen kaum verbergen. Der weitaus größte Theil deutſcher Zeitungen äußerte ſich diesmal im Sinn des deutſchen Rechts und der deutſchen Ehre. Man hob hervor, Luxemburg ſey ein deutſches Land von jeher geweſen, auf das der Franzoſe nun und nimmer ein Recht habe. Was Frankreich ſagen würde, wenn der König von Belgien Antwerpen an England verkaufen wollte?

Im franzöſiſchen Volke und insbeſondere in dem menſchenvollen Paris war durchaus keine Kriegsluſt wahrzunehmen. Man wußte hier die Gefahr eines Krieges mit Deutſchland wohl zu würdigen, wünſchte durchaus keine neue Erſchütterung des Credits, keinen neuen Ruin des Wohlſtandes und glaubte um ſo weniger, der Kaiſer werde die Nation unbeſonnenerweiſe in einen ungerechten Angriffskrieg fortreißen, als er am 1. April die große Welt-Induſtrieausſtellung eröffnet hatte, als das großartigſte Produkt und zugleich Symbol des Friedens. Die Studenten von Paris liehen damals der Friedensliebe den würdigſten Ausdruck in einer Adreſſe an die deutſchen Studenten, die ſogleich allbekannt wurde. „Deutſche Brüder! Der Horizont zeigt ſich finſter und drohend. Kriegslärm läßt ſich zu beiden Seiten des Rheines hören. Die Nationen erwarten unruhig, was ihnen die Zukunft bringt. Und iſt die Zeit des Völkerhaſſes nicht längſt vorbei? Fern von uns ſind die Ideen eines andern Zeitalters. Die Völker ſind groß nicht durch ihre Gebiete, ſondern durch ihre Einrichtungen. Es iſt nicht die Ausdehnung ihrer Grenzen, ſondern diejenige ihrer Freiheiten, welche Frankreich und Deutſchland wollen müſſen. Kein Mann von Muth hat jemals den Krieg gefürchtet, aber jeder Ehren-

mann muß ihn verachten. Haſſen wir ihn wegen des Elends, welche er im Gefolge hat und wegen ſeines Despotismus. Iſt es nicht auch Sache der Studenten, dieſe großen Wahrheiten laut auszuſprechen? Gehen wir nicht zuſammen auf dieſem fruchtbaren Wege, deutſche Brüder? Durch uns und mit euch möge Friede ſeyn, welcher die Völker zu Glück, Größe und Freiheit führt."

In ganz ähnlichem Sinne äußerten ſich die Pariſer Arbeiter in einer großen an die deutſchen Arbeiter gerichteten Adreſſe. Nur der Chauvinismus war überaus thätig, die Franzoſen gegen Deutſchland aufzuſtacheln, und hinter die Maske dieſes Chauvinismus verſteckten ſich auch die Orleaniſten und alle Feinde Napoleons III., um ihn in einen Krieg zu treiben, von dem ſie hofften, er werde für Frankreich unglücklich ausfallen und das ihnen ſo verhaßte Kaiſerthum begraben.

Napoleon III. ſpielte hiebei, wie immer, doppeltes Spiel. Indem er einerſeits durch die offizielle Preſſe und ſeinen Sprechminiſter Rouher, wie durch den Miniſter des Auswärtigen de Mouſtier fortwährend Frieden verkündigen ließ und die Weltausſtellung ihren ungeſtörten Fortgang nahm, ließ er gleichwohl plötzlich ungeheure Kriegsrüſtungen machen, Hinterladungsgewehre in großen Maſſen und größter Eile verfertigen und gewaltiges Kriegsmaterial in die Grenzfeſtungen werfen. Man wird nicht irren, wenn man vorausſetzt, alles ſey keine wirkliche Vorbereitung zu einer blutigen Entſcheidung, ſondern nur eine großartige Demonſtration geweſen, um einerſeits den Deutſchen auf die Mittheilung der im Auguſt 1866 insgeheim geſchloſſenen Schutz- und Trutzbündniſſe zwiſchen Nord- und Süddeutſchland eine frappante Antwort zu geben und die Schadenfreude zu dämpfen, die ſeine Feinde über die durch jene Mittheilung ihm bereitete unangenehme Ueberraſchung äußerten, und um andererſeits den Kriegseifer der Oppoſition in Frankreich dadurch zu dämpfen, daß er ſelbſt dieſen Eifer zu theilen ſchien und die Initiative der Rüſtungen er-

griff. Er blieb ſomit auf der Höhe der Situation und wußte wohl, daß ihn Deutſchland nicht beim Wort nehmen und ſich nicht in den Krieg ſtürzen, ſondern ruhig abwarten würde, bis er wieder abgerüſtet hätte. Denn es ſprachen viel mehr vernünftige Gründe für den Frieden, als für den Krieg.

Die franzöſiſchen Rüſtungen hatten viel Pomphaftes, denn das iſt einmal der Franzoſen Art ſo. Sie prahlen gern ſchon vor der Schlacht, gleich den homeriſchen Helden. Insbeſondere bemühte ſich die franzöſiſche Preſſe, etwaigen ängſtlichen Gemüthern in Deutſchland eine Kinderfurcht einzujagen mittels einer kleinen kupfernen Kanone, die von einem Mann regiert, in einer Minute 50 Kartätſchenſchüſſe abgeben ſollte.

Die Kugelſpritze, mit der man ſo viel prahlte, iſt gar keine franzöſiſche, noch auch eine amerikaniſche Erfindung. Es iſt die Steinheilſche Fugalmaſchine, welche im Jahr 1832 zuerſt in Deutſchland erfunden und probirt wurde. Die Augsb. Allgem. Zeitung bemerkte: „Das Prinzip iſt der Fugalſchwung. Die Ausführung beſteht in einer Metallſcheibe, die für kleine Kaliber durch Menſchenkraft, für größere durch Dampf in Rotation verſetzt wird. Der Rand dieſer Scheibe nimmt eine Geſchwindigkeit an, welche die Geſchwindigkeit der abgeſchoſſenen Kugel übertrifft. In der Oberfläche der drehenden Scheibe iſt eine radiale Rinne von etwas mehr als der Hälfte des Kaliberdurchmeſſers ausgearbeitet. Wenn man in die vertiefte Mitte Kugeln rollen läßt, ſo müſſen ſie in Folge des Fugalſchwungs an der Rinne der drehenden Scheibe hinausgleiten und verlaſſen die Scheibe mit 12 Mal der Randgeſchwindigkeit. Damit aber alle Kugeln in derſelben Richtung entweichen, iſt über der drehenden Scheibe eine Eiſenplatte mit ganz kleinem Abſtand von der drehenden Scheibe angebracht. In dieſer Platte iſt nun zur Aufnahme der obern Hälfte der Kugel eine Curve eingearbeitet (die logarithmiſche Spirale), durch welche alle Kugeln, bei allen Geſchwindigkeiten, ohne Zwang zu er-

leiden, entweichen müſſen. An der Platte iſt ein Rohr in der Verlängerung der Seitencurve angebracht, das allen Kugeln genau dieſelbe Richtung gibt. Im Jahr 1848 hat Steinheil eine Maſchine für Kartätſchenkugeln mit Dampf getrieben, ausführen laſſen. Aber auch da fand eine Militärcommiſſion den Gegenſtand nicht für unſere Verhältniſſe, ſondern mehr für Feſtungen und Marine geeignet. Es ſcheint alſo die Steinheilſche Fugalmaſchine mit ſeinem galvaniſchen Telegraphen das Schickſal zu theilen, daß beide erſt Werth bekommen, wenn ſie über Amerika zu uns zurückkehren. Nach obigem iſt übrigens klar, daß Frankreich dieſes Geſchoß nicht ausſchließlich beſitzt, ſondern daß es jeder haben kann, wenn er es ausführen will." — Auch in Preußen hatte Dreyſe ſchon ſeit längerer Zeit eine Revolverkanone von ähnlicher Wirkung erfunden, ohne daß man damit geprahlt hätte. In einem Artikel der Allg. deutſchen Zeitung im Anfang Mai machte ein deutſcher Ingenieur geltend, daß die Kugelſpritze zum Feldgebrauch unpraktiſch ſey. „Die Flugbahn eines Geſchoſſes bildet eine Parabel, und da durch Verſuche ermittelt wurde, daß der theoretiſch günſtigſte Wurfwinkel von 45 Grad (im luftleeren Raume) nicht auch der in der Praxis günſtige Winkel ſey, ſondern jener von 33 Grad, ſo liegt der Scheitel der Parabel bei einer Wurfweite von 1500 Metern = circa 1 engliſche Meile, 250 Meter über der Oberfläche der Erde. Um ein Geſchoß von 2 Pfd. oder 1 Kilogramm Gewicht mit der gewöhnlichen Geſchwindigkeit der Flintenkugeln von 2—300 Metern per Sekunde durch dieſe Parabel zu treiben, bedarf es unter den günſtigſten Umſtänden mindeſtens einer Arbeit von 162 Meterkilogramm = circa 2 Pferdekräfte; es kann in dieſem Falle jede Sekunde eine Kugel fortgeſchleudert werden. Soll aber die Zahl der in 60 Sekunden fortgeſchleuderten Kugeln auf 360 ſteigen, ſo muß die Maſchine ſchon ziemlich 10 Pferdekräfte beſitzen. Dieſes wäre der allergünſtigſte Fall, es iſt hierbei die Reibung der Apparatbeſtandtheile und der Luftwiderſtand gar nicht berückſichtigt.

Will man die Kugeln mit derſelben Genauigkeit abſenden wie durch die gezogene Kanone, ſollen ſie erſt durch ein Rohr gepreßt werden, damit ſie Drehung erlangen, ſo geht ungeheuer viel lebendige Kraft verloren; durch die Theorie kann man dieſen Kraftverluſt nicht genau beſtimmen, es läßt ſich aber annehmen, daß von der ganzen Leiſtungsfähigkeit der Maſchine höchſtens 20 bis 25 Procent übrig bleiben, wenn der Werth nicht noch mehr ſinken dürfte. Sollen daher binnen 1 Minute 60 Kugeln geſchleudert werden, ſo braucht man mindeſtens 10 Pferdekräfte dazu, bei 300 Kugeln per Minute 40 bis 50 Pferdekräfte — eine kleine Lokomotive von ſolcher Fläche, daß ſie augenblicklich durch gewöhnliche gezogene 6-Pfünder zerſchoſſen wäre. Es leuchtet ein, daß eine Kanone, welche Geſchoſſe von 2 Pfd. = 1 Kilogramm Gewicht ſchießt, bedeutend leichter ſeyn wird, als eine Dampfmaſchine, welche 10 Pferdekräfte ſtark ſeyn ſoll; abgeſehen davon, daß es viel bequemer iſt, die Triebkraft in Form von Pulver oder dergleichen zu beſitzen, als Kohlen und Waſſer in die Gefechtslinie mitſchleppen zu müſſen. Mittels eines Geſchützes, welches Geſchoſſe von 2 Pfd. Gewicht wirft, kann man aber auch ſehr gut durch Vermehrung der Ladung cylindriſche Geſchoſſe von doppeltem Gewichte auf dieſelbe Entfernung werfen, ohne befürchten zu müſſen, das Rohr werde ſpringen. Dies iſt bei einer ſolchen Maſchine nicht möglich, weil durch dieſelbe nicht mehr Arbeit geleiſtet werden kann, als der Dampfproduction entſpricht. Dieſe Kugelſpritze wird alſo für die Feldſchlacht nie eine Bedeutung erlangen. Welche rieſigen Dampfmaſchinen man brauchen würde, um 10- und 20pfündige Kugeln zu ſchleudern, brauche ich wohl nicht erſt auszuführen; es würden dies willkommene Ziele für die Kruppſchen Hinterladungsgeſchütze ſeyn."

Ueber die Chaſſepotgewehre, die Frankreich den preußiſchen Zündnadelgewehren entgegenſetzt, erfuhr man aus Berlin, es ſeyen dort Verſuche mit jenen franzöſiſchen Gewehren aus franzöſiſchen Fabriken angeſtellt worden. „Beim Chaſſepotgewehr befindet ſich die Patrone

in einem Kautſchukverſchluß, welchen die Nadel jedesmal durchbohren muß. Dadurch wird allerdings die beim Zündnadelgewehr ermüdende Operation des Ladens erleichtert; der Kautſchukverſchluß aber, von dem der Soldat noch ein Reſerve-Exemplar mitführen muß, iſt ſehr leicht dem Verderben ausgeſetzt. Bei den Verſuchen durch geübte Leute verſagte das Chaſſepotgewehr bei langſamem Schießen öfters, beim Schnellfeuer aber nicht. Es kann in der Minute elf Schüſſe abgeben, das Zündnadelgewehr nur acht, obgleich ein tüchtiger Unteroffizier es auch mit dem preußiſchen Zündnadelgewehr auf zwölf Schüſſe per Minute brachte. Die Brauchbarkeit der Chaſſepotgewehre wird alſo hauptſächlich von der Frage abhängen, ob der Kautſchukverſchluß die nöthigen Strapazen aushält und ob die Reſerve-Exemplare, vor allem auf dem Marſche, in brauchbarem Zuſtande bewahrt werden können."

Mitten in die Ruhmredigkeiten der franzöſiſchen Kriegspartei hinein warf der bekannte Dichter Edgar Quinet eine Schrift, in der er auszuſprechen wagte, die Deutſchen würden, wenn ſie einmal einig wären, in der That die erſte und mächtigſte Nation der Welt werden. Die Nutzanwendung davon war aber: wie mögt ihr Franzoſen ſo thöricht ſeyn, den Nationalſtolz und Ehrgeiz zu wecken, der jetzt noch ſo tief in der deutſchen Nation ſchlummert. Danket doch Gott, daß ſie nicht daran denken, euch Elſaß und Lothringen wieder wegzunehmen, und ſeyd nicht ſo einfältig, ſie daran zu erinnern, daß ſie das Recht dazu haben, mehr Recht dazu als ihr habt, Luxemburg zu nehmen.

Als Preußen wiederholt erklärte, es betrachte ſein Beſatzungsrecht in Luxemburg einfach als ein auf dem Großherzogthum haftendes Servitut, und keine Miene machte, den Kauf anzuerkennen und ſein Beſatzungsrecht aufzugeben, ließ Napoleon III. durch de Mouſtier dem geſetzgebenden Körper erklären, es ſey noch gar kein Kaufvertrag mit Holland abgeſchloſſen, es habe bei vorläufigen Beſprechungen ſein

Bewenden gehabt. „Der Kaiſer hat mir den Befehl ertheilt, Ihnen von den Umſtänden, aus denen die luxemburgiſche Frage entſtanden iſt, ſowie von der gegenwärtigen Lage dieſer Frage Kenntniß zu geben. Von der tiefen Ueberzeugung beherrſcht, daß die wahrhaften und dauernden Intereſſen Frankreichs in der Erhaltung des europäiſchen Friedens liegen, iſt die kaiſerliche Regierung in ihren internationalen Beziehungen nur von Gedanken der Beſchwichtigung geleitet. Darum hat ſie auch aus freiem Antrieb dieſe Frage nicht in Anregung gebracht. Die unbeſtimmte Stellung von Limburg und Luxemburg hat eine Mittheilung des Haager Kabinets an die franzöſiſche Regierung veranlaßt. Die beiden Herrſcher kamen auch in die Lage, über den Beſitz Luxemburgs ihre Anſichten auszutauſchen. Uebrigens hatten dieſe Beſprechungen noch keinen officiellen Charakter angenommen, als, von dem König der Niederlande über ihre Anſicht befragt, die preußiſche Regierung die Beſtimmungen des Vertrags von 1839 anrief. Getreu den Prinzipien, welche ſtets unſere Politik geleitet, haben wir die Möglichkeit dieſes Gebietserwerbs niemals anders, als unter drei Bedingungen ergriffen: die freie Zuſtimmung des Großherzogs von Luxemburg, die loyale Prüfung der Intereſſen der Großmächte, der durch eine allgemeine Abſtimmung kundgegebene Wunſch der Bevölkerung. Wir ſind alſo geneigt, im Verein mit den andern Kabinetten Europas die Klauſeln des Vertrags von 1839 zu prüfen. Wir werden bei dieſer Prüfung mit der verſöhnlichſten Geſinnung zu Werke gehen, und wir glauben feſt, daß der europäiſche Friede durch dieſen Zwiſchenfall nicht geſtört werden wird.“ (Beifall.)

In Luxemburg ſelbſt wurde gewaltig agitirt. Der franzöſiſche Agent de Boigne ſtrengte ſich an, Adreſſen zu erwirken, in denen die deutſche Bevölkerung den Anſchluß an Frankreich fordern ſollte. Da nun auch die holländiſche Regierung für Frankreich arbeitete, hatte die Bevölkerung des kleinen Landes Angſt und wagte nur, in ihrem ökonomiſchen Intereſſe den Wunſch auszudrücken, im deutſchen Zollverein

bleiben zu dürfen. Nationale Sympathien für Deutſchland wagten ſich nur ſpärlich und nur in hoffnungsloſen Klagen hervor. Ein ſachkundiger Gelehrter ſchreibt: „Schon im Alter von ſechs Jahren müſſen die Kinder ein franzöſiſches und deutſches Abcbuch mit in die Schule bringen und nachdem ſechs Jahre hindurch Herz und Geiſt verunſtaltet wurden, weiß man kaum den Namen zu ſchreiben. Dasſelbe Syſtem wird in den höhern Unterrichtsanſtalten befolgt. Das gute Volk wird durch die walloniſche Beamtenſprache am Narrenſeile herumgeführt. Im Grunde ſcheint das ganze Unterrichtsſyſtem nur darum eingeführt worden zu ſeyn, um das Volk zu verdummen uno zu hintergehen. Der Angeklagte z. B. muß den Advokaten, den Notar u. ſ. w. ſehr theuer bezahlen und verſteht kein Wort von dem, was geſprochen oder geſchrieben wird. Daß unter ſolchen Umſtänden die conſtitutionellen und Gemeindefreiheiten nur leerer Schein ſind, liegt am Tage. Was die Herren in der Kammer ſagen, das muß dem Volke von dem Zeitungsſchreiber verdeutſcht werden; was die Regierung an die Gemeinderäthe zu ſchreiben beliebt, das muß der Sekretär verdolmetſchen ꝛc. Aus dieſen wenigen Daten erhellt, daß die ſogen. Gleichberechtigung beider Sprachen eine Lüge iſt. Das Schlimmſte iſt noch, daß man ſich in dieſe Zuſtände ſo hineingelebt hat, als ſeyen ſie ganz normal. In den letzten Jahren haben endlich einige Notare angefangen ihre Urkunden deutſch zu verfaſſen und das Volk freute ſich, doch einmal etwas in der Hand zu haben, was man leſen kann. So wird ein kerndeutſches Volk um ſeine Nationalität betrogen, weil einige Beamten zu ſtolz und zu träge ſind, um ſich die Sprache des Volkes anzueignen. Man hat nicht einmal eine autoriſirte Ueberſetzung des Code Napoléon.“

Die bayriſchen Landtagsabgeordneten entwarfen eine Adreſſe, die das Vertrauen ausſprach, Deutſchland werde Luxemburg nicht aufopfern; 115 Mitglieder der Kammer, denen ſpäter noch einige nachfolgten, hatten die Adreſſe unterzeichnet und eine Deputation

übergab ſie am 12. April dem Fürſten von Hohenlohe. Dieſer antwortete: „Ich begrüße die Adreſſe mit Freuden als den Beweis, daß es in Fragen der Ehre Deutſchlands nur eine Partei in der Kammer gibt, — als den Beweis, daß für Wahrung dieſer Ehre die Kammer und das Land zu jedem Opfer bereit iſt. Ich begrüße die Adreſſe als eine richtige Deutung des Vertrags, durch welchen Bayern zur Wahrung der nationalen Integrität mit dem übrigen Deutſchland verbunden iſt. So wenig Zweifel ich darüber beſtehen laſſen will, daß die Regierung ſich den ihr durch dieſen Vertrag auferlegten Pflichten nicht entziehen wird, ſo erachte ich es doch als meine nächſte Aufgabe, nichts zu unterlaſſen, was zur Erhaltung und Sicherung eines ehrenvollen Friedens beitragen wird.“

Fürſt Hohenlohe ſandte den bayriſchen Kabinetsrath Grafen Tauffkirchen in der Mitte des April nach Berlin und Wien, um womöglich zwiſchen Preußen und Oeſterreich eine Allianz im Intereſſe von Geſammtdeutſchland gegenüber von Frankreich zu Stande zu bringen, weil dies das ſicherſte Mittel ſeyn würde, Frankreich zu imponiren und ſeine Kriegsgelüſte zu dämpfen. In Wien aber wollte Herr von Beuſt aus der Neutralität nicht heraustreten, es wäre denn, daß Preußen ſich eine Reviſion des Prager Friedens würde gefallen laſſen, und es wurde angedeutet, wie es wenigſtens die Zeitungen berichteten, Oeſterreich verſtehe darunter, die ſüddeutſchen Staaten diesſeits des Main ſollten zu ihm in das nämliche Verhältniß treten, wie die norddeutſchen Staaten zu Preußen.

Man konnte billigerweiſe von Oeſterreich nicht verlangen, daß es einen guten Willen haben ſollte, irgend ein Unglück oder auch nur eine Gefahr von Preußen abzuwenden. Andrerſeits war es auch nicht im Fall, ſich mit Frankreich alliiren zu können, da die innern Zuſtände der öſterreichiſchen Monarchie und insbeſondere der Armee noch wenig befriedigten und es im Kriegsfall auch beſorgen mußte, Rußland werde Preußen zur Seite ſtehen. Herr von Beuſt präciſirte

daher ſeine Anſicht in den Worten: In der Luxemburger Frage müſſe man zuerſt das formelle Recht berückſichtigen, in zweiter Linie das europäiſche Gleichgewicht, und erſt in dritter die Nationalität. Oeſterreich arbeitete daher auf einen europäiſchen Congreß hin, dem auch England und Rußland ihre Zuſtimmung gaben.

Es iſt nothwendig, hier einige Bemerkungen über die Stellung Oeſterreichs zu Frankreich überhaupt einzuſchieben. Oeſterreich hatte Frankreich die größten, ja unglaubliche Conceſſionen gemacht, ſchon im Frieden von Villafranca und noch mehr nach der Schlacht bei Königgrätz, und zwar in beiden Fällen aus einem ſicher unklugen und blinden Haß gegen Preußen. Es hatte ſich damit aber keinerlei Dank von Frankreich erkauft, nicht einmal Vertrauen. Sogar der Umſtand, daß Frankreich Oeſterreichs Allianz gegen Rußland dringend bedarf, wenn die orientaliſche Frage aufs neue an die Tagesordnung kommen wird, konnte das Vertrauen nicht herſtellen. Frankreich wußte ſchon im Jahr 1859, daß Oeſterreich, wenn es in Italien geſiegt hätte, der napoleoniſchen Dynaſtie gefährlich worden wäre, und 1866, daß es, wenn es Preußen hätte niederwerfen können, eine Uebermacht in Deutſchland erlangt haben würde, die für Napoleon III. noch viel bedenklicher geworden wäre. Deshalb hat ſich Napoleon III. nicht beeilt, Oeſterreich gegen Preußen beizuſtehen. Hätte Oeſterreich den Rath, den ihm Graf Bismarck ſchon lange ertheilt hat, befolgt und den Schwerpunkt ſeiner Monarchie nach Peſth verlegt, d. h. hätte es ſein Feſthaltenwollen der Hegemonie in Italien und Deutſchland aufgegeben und ſeine Miſſion im Orient erkannt und verfolgt, ſo würde freilich ſeine Stellung ſowohl zu Frankreich als Preußen eine andere und weit günſtigere geworden ſeyn. So lange es aber ſeine unglückliche Politik im Weſten nicht aufgibt, um ſich ganz dem Oſten zuzuwenden, ſo lange kann ihm Frankreich kein Vertrauen ſchenken.

In Oeſterreich wurde endlich, ziemlich ſpät, der erſte Schritt

gethan, um die heilloſe Corruption der Armee zu beſeitigen. Am 20. April verkündeten Wiener Blätter ein neues Avancementgeſetz. „Der Bericht des Armeeobercommandanten, Erzherzog Albrecht, an den Kaiſer conſtatirt die höchſt mangelhafte und ungenügende allgemeine wie militäriſche Ausbildung eines großen Theils der Offiziere. Die außerordentliche Vermehrung an Offizieren im Kriegsfalle mußte nämlich bei dem bisher beobachteten Syſteme den in militäriſcher Beziehung nicht hoch genug anzuſchlagenden Nachtheil haben, daß bei der faſt allgemein ſehr beſchränkten Zahl intelligenter, gehörig vorgebildeter Offiziersaſpiranten und bei der leider beſtehenden Sucht, alle vacanten Offiziersplätze ſofort zu beſetzen, eine große Zahl ſolcher Individuen in die Offizierscharge gelangte, welche zu derſelben gar nie berufen waren oder zur Zeit ihrer Beförderung noch nicht die Eignung hiezu beſaßen. Daneben wird in dem bisherigen Beförderungsſyſtem ein großer Uebelſtand anerkannt. Bei einer Mobilmachung zeigte es ſich, daß man einen großen Ueberfluß an General- und Stabsoffizieren hatte, von denen der eine Theil körperlich, ein anderer bezüglich der Fachbildung für den Krieg nicht verwendbar war. Von den erſtern kamen die meiſten dann ſelbſt um Penſionirung ein, von den letztern mußte die Kriegsverwaltung einen Theil penſioniren, deſſen Unfähigkeit ihr eben bekannt wurde. Dadurch gab es im letzten Augenblicke Wechſel im Commando, der nicht heilſam wirkte, und Mangel in den unteren Chargen. Zur Abhilfe ſchlägt dann der Obercommandant vor und genehmigt der Kaiſer: Solche Vorkehrungen zu treffen, welche die Gewähr geben, daß ſchon in die niederſte Offizierscharge nur für ihren Beruf gehörig ausgebildete Individuen gelangen. Dieſe Aufgabe läßt ſich nur durch Einführung des ſchon in vielen anderen Staaten beſtehenden Inſtituts von ‚Offiziersaſpiranten,‘ wozu die Betreffenden erſt nach Ablegung einer beſonderen, ihre volle Eignung zum Offizier erweiſenden wiſſenſchaftlichen und praktiſchen Prüfung ernannt werden können, erreichen. Zur Hebung der Ambition und

des wahren Pflichtgefühls, und um den mit wirklichen Vorzügen für ihren Beruf ausgesprochen begabten Offizieren den Weg in höhere Chargen schneller und in jüngeren Lebensjahren zu bahnen, als dieß jetzt in der Regel möglich ist, wären bestimmte Aperturen für außertourliche Beförderungen, das heißt für solche Offiziere vorzubehalten, welche vermöge ihrer Gesammteigenschaften verdienen, so bald als möglich emporgebracht zu werden. Als Minimalzeit, welche vor Beförderung in die Hauptmanns- und Rittmeisterscharge unter normalen Verhältnissen in den subalternen Offizierschargen zugebracht werden muß, wären vier Jahre zu fixiren. Desgleichen wäre es wünschenswerth, eine normative Bestimmung zu erlassen, daß mit besonderem Vorzug classificirte Hauptleute und Rittmeister erster Classe, Majore und Oberstlieutenants auch in ihrer eigenen Waffe oder Branche selbst mit Vorzug befördert werden können, was besonders für die Artillerie- und Geniewaffe nöthig ist, um hervorragende Kapazitäten schneller, als es bis jetzt der Fall war, vorzubringen. Für den gesammten Offiziersstand, mit Einschluß der Generalität, muß nach Maaß der an die verschiedenen Chargengrade gestellt werdenden Anforderungen ein Maximalalter fixirt werden, bis zu welchem eine ersprießliche Dienstleistung zu hoffen ist. Die Beförderung von Charge zu Charge hängt von dem Erfolg einer jedesmal zu bestehenden Prüfung ab. Es wird der gemeinschaftliche Konkretualstatus für die Chargen eingeführt, um dem Uebelstande abzuhelfen, daß in einzelnen Regimentern Leute von weniger Dienstjahren rascher befördert werden als solche (oft von bedeutenderen Kenntnissen) in andern Regimentern. Bei allen Truppen, Corps und Branchen, mit Ausnahme des Generalstabes, sind in den Chargen vom Unterlieutenant bis incl. zum Hauptmann (Rittmeister) erster Classe je drei in demselben Chargengrade auf einander folgende Abgänge von dem Regimentsinhaber oder dessen Rechte Ausübenden nach der Anciennetät, die vollkommene geistige und moralische Befähigung, dann physische Qualification der an der

Beförderungstour Stehenden vorausgeſetzt, zu verleihen, die vierte Apertur aber durch eine außertourliche Beförderung oder eine durch ſonſtige Dienſtesrückſichten bedingte Eintheilung zu erſetzen."

Auch im höhern Armeeperſonal waren Aenderungen eingetreten. Crenneville hatte ſich zurückgezogen. *)

*) In der Flugſchrift „Der Krieg im Jahre 1866," 2. Auflage, Leipzig, 1867. S. 4 wird er im Vergleich mit ſeinem Vorgänger Grünne folgendermaßen charakteriſirt: „Von 1849 bis 1859 war Grünne Herr der Situation geweſen — nach ſeiner Anſicht war die Rechtloſigkeit Aller nöthig, um die Macht der Krone feſt zu begründen. Durch den Verſuch, aus Oeſterreich eine Art Perſien zu machen, verdarb er das Reich und das Heer — doch wird jedermann zugeben, daß er es ehrlich meinte und nur in Folge des Wahns, daß man Ideen unterdrücken und ausrotten könne, ſich in der Wahl der Mittel vergriff. — Graf Grünne war jedoch nicht heimtückiſch und niemals Agent; er bevorzugte zwar ſeine Standesgenoſſen, doch des Kaiſers Intereſſe ging ihm über alles. Dies war den Feudalen und Klerikalen keineswegs paſſend. Schon ſeit 1854 ſuchten ſie ihn zu beſeitigen, man hörte in gewiſſen Kreiſen, daß nur Mensdorff oder Crenneville für den Poſten eines erſten Generaladjutanten ſich qualificiren. Coronini und Comp. arbeiteten jedoch fruchtlos, bis die Unfälle des Jahres 1859 ihnen die Mittel boten, den Kaiſer zu überzeugen, daß Grünne einen großen Theil der Schuld trage. Coronini brachte Crenneville an ſeine Stelle, was, abgeſehen von deſſen viel bösartigerem Charakter, ſchon deshalb bedauerlich war, weil die Lection von Solferino dem durchaus nicht unverſtändigen Grafen Grünne ſehr gut bekommen hatte. ‚Mag der Krieg ein Handwerk oder eine Kunſt ſeyn, das ſehe ich, daß die Sache gelernt ſeyn will und es ſo nicht geht.' Damit war er auf dem rechten Wege; Selbſterkenntniß führt zur Beſſerung. Crenneville war im Heere ziemlich unbekannt. Da er als Prototyp des Höflings- oder Eunuchencharakters: kalt, glatt und giftig gelten kann, ſo gereichte ihm dies nicht zum Schaden. Alle Uebelſtände im Heere aufrecht zu erhalten, um das Intereſſe jener Kaſte, deren Agent er iſt, nicht zu verletzen, ſtellte er ſich zum Ziele. ‚Wenn dies geſchieht (Aufhebung der Inhaberrechte), ſo wird kein Cavalier im Heere dienen,' und damit war die Sache, trotz der unverhehlten Mißſtimmung des Offizierscorps, erledigt."

Durch dieſen ſehr intereſſanten Akt des Siegers von Cuſtozza wird beſtätigt, was bisher als die Corruption in der öſterreichiſchen Armeeorganiſation und Verwaltung und als Haupturſache der öſterreichiſchen Niederlagen in den Feldzügen von 1859 und 1866 bezeichnet worden iſt. Der Erzherzog gab damals noch einen zweiten Beweis von Großherzigkeit. Dem Feldzeugmeiſter Benedek, über den ſchon ſo viele Verunglimpfung gekommen war, wurden alle ſeine Orden geſtohlen, nicht aber andere, daneben liegende Werthgegenſtände, ſo daß nicht gemeine Habgier, ſondern nur eine boshafte Schadenfreude den Diebſtahl motivirte. Als Erzherzog Albrecht es erfuhr, ſchrieb er dem tief gekränkten Feldherrn einen freundlichen Brief und ſtellte ihm neue Exemplare von allen ſeinen Orden zu.

Italien blieb ſich in ſeiner Charakterloſigkeit treu. Kaum war die Luxemburger Frage angeregt, ſo ſchwenkte das Florentiner Kabinet von der preußiſchen Allianz ſchon wieder zur franzöſiſchen hinüber; Ricaſoli wurde entlaſſen und Ratazzi trat wieder an ſeine Stelle, am 11. April. Gleichzeitig hieß es, Victor Emanuel habe den Großjuden in Paris für 300 Millonen die italieniſchen Kirchengüter verpfändet.

Preußen behauptete eine merkwürdige Ruhe, echauffirte ſich ganz und gar nicht und nahm auch gar keine Rüſtungen vor. Das Säbelgeraſſel in Frankreich ſchien ihm keinerlei Sorge zu machen. Am 7. April ſchloß Preußen mit Heſſen-Darmſtadt eine Militärconvention ab, in Folge deren ſich die darmſtädtiſchen Truppen einſtweilen an das 11. Armeecorps des norddeutſchen Bundes anſchließen ſollten, bis ſie, künftig mit den badiſchen Truppen vereinigt, ein beſonderes Armeecorps, das 13. des gedachten Bundes würden bilden können. Am 25. April feierte Philipp, Graf von Flandern, in Anweſenheit ſeines Bruders, des Königs der Belgier, am Berliner Hofe ſeine Vermählung mit der Prinzeſſin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen. Ein Beweis mehr, wie ſehr Belgien auf den Schutz

Preußens rechnete, während Holland bereits in großer Uebereilung das Beiſpiel Frankreichs in eifrigen Rüſtungen nachahmte.

Bald darauf eröffnete König Wilhelm die wieder einberufenen preußiſchen Kammern perſönlich mit einer ruhigen und würdevollen Thronrede, am 29. April. Der König ſprach: „Aus den Berathungen des Reichstages, zu welchem das preußiſche Volk auf Grund des von Ihnen genehmigten Geſetzes ſeine Vertreter entſandt hat, iſt eine Verfaſſungs-Urkunde des Norddeutſchen Bundes hervorgegangen, durch welche die einheitliche und lebenskräftige Entwicklung der Nation geſichert erſcheint.

„Ich habe Sie um Meinen Thron verſammelt, um dieſe Verfaſſung Ihrer Beſchlußnahme zu unterbreiten. Das Werk nationaler Einigung, welches die Staats-Regierung unter Ihrer Mitwirkung begonnen hat, ſoll jetzt durch Ihre Zuſtimmung ſeinen Abſchluß finden. Auf dieſer Grundlage wird der Schutz des Bundesgebietes, die Pflege des gemeinſamen Rechtes und der Wohlfahrt des Volkes fortan von der geſammten Bevölkerung Norddeutſchlands und von deren Regierungen in feſter Gemeinſchaft wahrgenommen werden.

„Durch die Einführung der Bundesverfaſſung werden die Befugniſſe der Vertretungen der Einzelſtaaten auf allen denjenigen Gebieten, welche hinfort der gemeinſamen Entwicklung unterliegen ſollen, eine unvermeidliche Einſchränkung erfahren.

„Das Volk ſelbſt aber wird auf keines ſeiner bisherigen Rechte zu verzichten haben, es überträgt die Wahrnehmung derſelben nur ſeinen Vertretern in dem erweiterten Gemeinweſen: die Zuſtimmung der frei gewählten Vertreter des geſammten Volkes wird auch im Norddeutſchen Bunde zu jedem Geſetze erforderlich ſeyn. Durch die Bundesverfaſſung iſt in allen Beziehungen dafür geſorgt, daß diejenigen Rechte, auf deren Ausübung die einzelnen Landesvertretungen zu Gunſten der neuen Staatsgemeinſchaft zu verzichten haben, in demſelben Umfange der Reichsvertretung übertragen werden.

„Die ſichere Begründung nationaler Selbſtändigkeit, Macht und Wohlfahrt ſoll mit der Entwicklung deutſchen Rechtes und verfaſſungsmäßiger Inſtitutionen Hand in Hand gehen.

„Meine Regierung gibt ſich der Zuverſicht hin, daß die beiden Häuſer des Landtages, in richtiger Würdigung des dringenden nationalen Bedürfniſſes zur ſchleunigen Erledigung der vorliegenden Aufgabe bereitwillig die Hand bieten werden.

„Meine Herren! Der neu errichtete Bund umfaßt zunächſt nur die Staaten Norddeutſchlands; aber eine innige nationale Gemeinſchaft wird dieſelben ſtets mit den ſüddeutſchen Staaten vereinigen. Die feſten Beziehungen, welche Meine Regierung bereits im Herbſte vorigen Jahres zu Schutz und Trutz mit dieſen Staaten geſchloſſen hat, werden durch beſondere Verträge auf die erweiterte norddeutſche Gemeinſchaft zu übertragen ſeyn.

„Das lebendige Bewußtſeyn der ſüddeutſchen Regierungen und Bevölkerungen von den Gefahren deutſcher Zerriſſenheit, das Bedürfniß einer feſten nationalen Vereinigung, welches in ganz Deutſchland immer entſchiedener Ausdruck findet, wird die Löſung jener bedeutſamen Aufgabe beſchleunigen helfen.

„Die geeinte Kraft der Nation wird berufen und befähigt ſeyn, Deutſchland die Segnungen des Friedens und eines wirkſamen Schutzes ſeiner Rechte und ſeiner Intereſſen zu verbürgen.

„In dieſem Vertrauen wird Meine Regierung ſich angelegen ſeyn laſſen, jeder Störung des europäiſchen Friedens durch alle Mittel vorzubeugen, welche mit der Ehre und den Intereſſen des Vaterlandes verträglich ſind. Das deutſche Volk aber, ſtark durch ſeine Einigkeit, wird getroſt den Wechſelfällen der Zukunft entgegenſehen können, wenn Sie, meine Herren, mit dem Patriotismus, der ſich in Preußen in ernſten Stunden ſtets bewährt hat, das große Werk der nationalen Einigung vollenden helfen.“

Die Fortſchrittspartei des frühern Berliner Abgeordnetenhauſes

hatte, ſoweit ſie beim Reichstag vertreten geweſen war, öfter damit gedroht, das preußiſche Abgeordnetenhaus werde die neue norddeutſche Bundesverfaſſung nicht annehmen. Allein es geſchah doch, nach einer nicht ſehr ſtürmiſchen Berathung am 8. Mai mit 226 gegen 91 Stimmen. Man erkannte aus dieſem Zahlenverhältniß, wie ſehr es mit dem frühern Fanatismus der Fortſchrittspartei zu Ende ging, wenn auch ihre ſchwachen Reſte jetzt noch durch Polen und Ultramontane verſtärkt wurden. In den übrigen norddeutſchen Bundesſtaaten fand die Anerkennung der norddeutſchen Bundesverfaſſung noch weniger Schwierigkeiten. Die zweite Kammer in Sachſen erklärte ſich am 3. Mai dafür mit 67 gegen nur 6 Stimmen. Die erſte Kammer nahm ſie, nicht aus Luſt, aber aus Reſignation einſtimmig an.

In Bayern und Schwaben wurden mehrere Volksverſammlungen abgehalten und die ſüddeutſchen Regierungen dringend ermahnt, das bereits mit dem norddeutſchen Bunde eingegangene Schutz- und Trutzbündniß, das nur auf dem Papiere ſtehe, zu einer Wahrheit zu machen, durch eine immer noch nicht erfolgte Reorganiſation des Heerweſens. Stimmen wurden laut, die am guten Willen der einen oder andern Regierung zweifelten. Und, woran man in Deutſchland bereits gewöhnt iſt, wo die wenigſte Kraft und Energie liegt, macht man die größten Anſprüche. In denjenigen deutſchen Gauen, in denen Preußen am wenigſten unterſtützt wurde, ließen ſich am lauteſten Stimmen vernehmen, welche Preußen Schwäche oder wohl gar Furcht glaubten vorwerfen zu können, wenn es Frankreich um des Friedens willen auch nur im Geringſten nachgeben würde. Man ſprach die Befürchtung aus, wenn Frankreich die Räumung von Luxemburg durchſetze, werde es bald auch die von Mainz fordern. Wenn man ihm den kleinen Finger gebe, werde es die ganze Hand und den Arm dazu haben wollen ꝛc.

Indeſſen glaubte Preußen, dem allgemeinen Frieden ein Opfer bringen zu dürfen gegen Bürgſchaften, welche dem Intereſſe und der

Ehre Deutſchlands entſprächen. Es kam nur darauf an, den Verkauf des Großherzogthums Luxemburg rückgängig zu machen und unter der Garantie aller europäiſchen Großmächte die Neutralität des Großherzogthums in der Art feſtzuſtellen, daß es nie in die Hände Frankreichs fallen könne. Dann blieb die Abgrenzung Deutſchlands gegen Frankreich in statu quo und konnte Preußen ungefährdet ſein Beſatzungsrecht in der Feſtung Luxemburg aufgeben, die ſofort auch geſchleift werden ſollte. Gewann Frankreich dadurch keinen Angriffspunkt gegen Deutſchland, ſo konnte auf deutſcher Seite ein anderer Punkt zur Grenzfeſtung gewählt werden.

Nach mehrwöchentlichen Unterhandlungen vereinigten ſich die Großmächte zu einer Conferenz in London, die daſelbſt am 7. Mai unter dem Vorſitz des Lord Stanley, Staatsſekretär des Auswärtigen, eröffnet wurde. Die Bevollmächtigten waren der franzöſiſche Geſandte Fürſt de la Tour d'Auvergne, der preußiſche Graf Bernſtorff, der öſterreichiſche Graf Apponyi, der ruſſiſche Freiherr von Brunnow. Ferner durfte theilnehmen für Italien der Marqueſe Tapparelli d'Azeglio, für Belgien van de Weyer, für die Niederlande Freiherr v. Bentinck und für das Großherzogthum Luxemburg Baron von Tornaco. Da man vorbereitet war, brauchte es nur weniger Sitzungen, um die Sache zu erledigen. Es handelte ſich darum, eine genügende Garantie für die Neutralität Luxemburgs zu finden. „Preußen wollte durch eine ſolche Garantie nicht betrogen, Frankreich nicht genirt und die andern Mächte möglichſt wenig verpflichtet werden.“ England ſträubte ſich gegen die Verpflichtung am meiſten, gab aber endlich nach und am 11. Mai wurde der Vertrag, welcher die auf Luxemburg bezüglichen Fragen ordnet und die Garantie den preußiſchen Bedingungen gemäß gewährt, unterzeichnet.

Sein Wortlaut war: „Art. 1. Se. Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, hält die Bande aufrecht, welche das genannte Großherzogthum mit dem Hauſe von Naſſau-Oranien

verbinden, kraft der Verträge, welche dieſen Staat unter die Souveränetät Sr. Majeſtät des König-Großherzogs, ſeiner Nachkommen und Nachfolger geſtellt haben.

„Die Rechte, welche die Agnaten des Hauſes von Naſſau auf die Erbfolge des Großherzogthums kraft derſelben Verträge beſitzen, ſind aufrecht erhalten. Die hohen contrahirenden Theile acceptiren dieſe gegenwärtige Erklärung und nehmen davon Akt.

„Art. 2. Das Großherzogthum, in den Grenzen, wie ſie durch den, den Verträgen vom 19. April 1839 angefügten Akt unter der Garantie der Höfe von Oeſterreich, Frankreich, Großbritanien, Preußen, und Rußland feſtgeſtellt ſind, wird künftig einen für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten ſeyn, dieſelbe Neutralität den anderen Staaten gegenüber zu beobachten. Dieſer Grundſatz iſt und bleibt geſtellt unter die kollektive Garantie der Mächte, welche den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet haben, mit Ausnahme Belgiens, das ſelbſt ein neutraler Staat iſt.

„Art. 3. Da das Großherzogthum Luxemburg nach den Beſtimmungen des vorhergehenden Artikels neutraliſirt iſt, ſo wird die Aufrechterhaltung oder die Errichtung von befeſtigten Plätzen auf ſeinem Gebiete ohne Nutzen und ohne Gegenſtand. In Folge deſſen iſt man gemeinſam übereingekommen, daß die Stadt Luxemburg, welche in der Vergangenheit in militäriſcher Beziehung als eine Bundesfeſtung angeſehen wurde, aufhören ſoll, eine befeſtigte Stadt zu ſeyn. Se. Majeſtät der König-Großherzog behält ſich vor, in dieſer Stadt die nöthige Zahl von Truppen zu unterhalten, um daſelbſt über die Aufrechthaltung der Ordnung zu wachen.

„Art. 4. Gemäß den in den Artikeln 2 und 3 enthaltenen Stipulationen erklärt Se. Majeſtät der König von Preußen, daß ſeine Truppen, welche gegenwärtig die Beſatzung von Luxemburg bilden, den Befehl erhalten werden, mit der Räumung dieſes Platzes unmittelbar nach dem Austauſche der Ratificationen des gegenwärtigen

Vertrages vorzugehen. Man wird gleichzeitig damit beginnen, die Munitionen und alle Gegenstände zurückzuziehen, welche die Ausrüstung der genannten Festung ausmachen. Während dieser Operation wird nur die Truppenzahl dort bleiben, welche nöthig ist, um die Sicherheit des Kriegsmaterials zu überwachen und um die Expedition desselben zu bewerkstelligen, die in einer möglichst kurzen Frist vollendet seyn wird.

„Art. 5. Se. Majestät der König-Großherzog kraft der Souveränetätsrechte, welche er über die Stadt und die Festung Luxemburg ausübt, verpflichtet sich seinerseits, die nöthigen Maßregeln zu treffen, um die genannte Festung in eine offene Stadt zu verwandeln vermittels einer Schleifung (démolition), welche Se. Majestät für genügend erachten wird, um die Intentionen der hohen contrahirenden Theile zu erfüllen, die in dem gegenwärtigen Vertrage ausgedrückt sind. Die dazu nöthigen Arbeiten werden unmittelbar nach dem Abzuge der Garnison beginnen. Sie sollen mit aller derjenigen Schonung bewerkstelligt werden, welche die Interessen der Stadtbewohner erfordern. Se. Majestät der König-Großherzog verspricht außerdem, daß die Befestigungen der Stadt Luxemburg künftighin nicht wiederhergestellt und daß kein anderes militärisches Etablissement daselbst aufrechterhalten noch gegründet werden soll.

„Art. 6. Die Mächte, welche den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet haben, constatiren: da die Auflösung des deutschen Bundes gleichmäßig die Auflösung der Bande herbeigeführt hat, welche das Großherzogthum Luxemburg an den genannten Bund geknüpft haben, so folgt daraus, daß die Beziehungen, deren Erwähnung geschieht in den Artikeln 3, 4 und 5 des Vertrages vom 19. April 1839, zwischen dem Großherzogthum und gewissen Territorien, die zu dem Herzogthum Limburg gehören, zu bestehen aufgehört haben, indem diese Territorien fortfahren, einen integrirenden Theil des Königreiches der Niederlande zu bilden.“

Die kaiſerliche Regierung in Frankreich ließ durch de Mouſtier darüber am 13. Mai dem geſetzgebenden Körper folgende Mittheilung machen: „Die Londoner Conferenz hat ihre Arbeiten beendigt und, am 7. Mai zuſammengetreten, haben die Bevollmächtigten am 11. den Vertrag unterzeichnet, der in endgültiger Weiſe die internationale Stellung des Großherzogthums Luxemburg regelt. Die franzöſiſche Regierung hatte ſich ſchon lange mit dem ungewiſſen Zuſtand beſchäftigt, in dem eine für die Sicherheit unſerer Grenzen ſo wichtige Frage verblieb. Ob nun dieſe Sicherheit durch Vereinigung des Großherzogthums mit Frankreich oder durch irgend eine andere Combination verbürgt werde, die Hauptſache für uns war immer die, daß Preußen in der neuen Stellung, die ihm durch die jüngſten Veränderungen in Europa geſchaffen worden war, jenſeits ſeiner Grenzen und außerhalb des europäiſchen Rechtes keinen militäriſchen Platz behaupte, der uns gegenüber eine ungemein offenſive Poſition darſtellt. Wir waren zur Hoffnung berechtigt, daß unſere freundſchaftlichen Beziehungen zu dem Berliner Kabinet eine günſtige Löſung vorbereiten würden, denn ſtets war unſere Abſicht die, die gerechte Empfindlichkeit Preußens zu ſchonen und in einer Frage, die in unſeren Augen einen europäiſchen Charakter hatte, die loyale Prüfung der Verträge und des Intereſſes zuzulaſſen. Wir beeilten uns, dies zu erklären und durch dieſe Erklärung jede Urſache eines Conflictes zu beſeitigen. Die Mächte haben unter einander vorbereitende Unterhandlungen eingeleitet, in die wir uns, im gerechten Gefühle der Zurückhaltung und der Mäßigung einzumiſchen vermieden. Auf alle an uns gerichteten Fragen antworteten wir, daß wir jede mit unſerer Sicherheit und unſerer Würde vereinbare Löſung annehmen würden, die uns die Kabinette als zur Befeſtigung des europäiſchen Friedens geeignet zur Annahme anempfehlen würden. Wir können es nicht laut genug verkünden, welch unparteiiſche Geſinnung die Mächte bei der von ihnen übernommenen Aufgabe und welchen aufrichtigen Wunſch ſie an den Tag gelegt

haben, um durch ein billiges und ehrenhaftes Abkommen an das Ziel ihrer Bemühungen zu gelangen. Nach Austauſch der Ratifikationen wird die Regierung den Text des eben unterzeichneten Vertrages veröffentlichen, allein ſie kann jetzt ſchon die Hauptbeſtimmungen deſſelben andeuten. Die Einleitung zu dieſem diplomatiſchen Akt legt dar, daß der König der Niederlande, als Großherzog von Luxemburg, die in der Lage dieſes Großherzogthums durch Auflöſung der alten Bundesbande vorgegangene Veränderung in Betracht und in Erwägung ziehend, den Kaiſer von Oeſterreich, den König der Belgier, den Kaiſer der Franzoſen, die Königin von Großbritanien, den König von Preußen und den Kaiſer von Rußland eingeladen hat, ihre Vertreter in einer Conferenz zu London zu vereinigen, um ſich mit den Bevollmächtigten des König-Großherzogs über die im allgemeinen Intereſſe des Friedens zu treffenden neuen Maßregeln zu verſtändigen. Die Souveräne haben dieſe Einladung angenommen und in gemeinſamer Uebereinkunft beſchloſſen, dem Wunſche des Königs von Italien zu entſprechen, der dahin ging, an einer Verſammlung, welche dem Fortbeſtand der allgemeinen Ruhe ein neues Pfand der Sicherheit darzubieten beſtimmt ſey, Theil zu nehmen. Der Großherzog erklärte, daß er die Bande, welche das Großherzogthum mit dem Hauſe Oranien-Naſſau verbinden, aufrecht erhalte. Dieſe Erklärung wurde an- und zu Akt genommen. Das Großherzogthum wurde als neutraler Staat erklärt und ſeine Neutralität unter die Sanktion der Kollektivgarantie der unterzeichneten Mächte, mit Ausnahme Belgiens, das ſelber ein neutraler Staat iſt, geſtellt. Man kam außerdem überein, daß die Stadt Luxemburg aufhören ſolle, eine befeſtigte Stadt zu ſeyn, und daß der König-Großherzog ſich vorbehält, daſelbſt die zur Aufrechterhaltung der guten Ordnung nothwendige Truppenzahl zu unterhalten. Der König von Preußen erklärt folglich, daß ſeine Truppen, die augenblicklich in der Feſtung Garniſon halten, Befehl erhalten werden, die Räumung des Platzes vorzunehmen ſofort nach Auswechſelung der

Ratifikationen. Man wird gleichzeitig anfangen, die Artillerie und die Munitionen herauszuziehen; während dieſer Operation, die in möglichſt kurzer Friſt vollendet werden ſoll, wird im Platz nur die Anzahl Truppen verbleiben, die unerläßlich ſind zur Sicherheit und zur Fortſchaffung des Kriegsmaterials. Der König-Großherzog hat ſich ſeinerſeits anheiſchig gemacht, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um den Platz in eine offene Stadt zu verwandeln mittels einer Schleifung, die er für genügend hält, um die Abſichten der Mächte zu erfüllen. Die Arbeiten werden unmittelbar nach dem Rückzug der Garniſon beginnen und werden mit aller Schonung vor ſich gehen, welche die Intereſſen der Bewohner erfordern. Die Ratifikationen müſſen in der Friſt von höchſtens 4 Wochen ausgewechſelt ſeyn. Dieſer Vertrag entſpricht vollſtändig den Anſichten der franzöſiſchen Regierung, er macht einer Lage ein Ende, die in böſen Tagen gegen uns geſchaffen und während fünfzig Jahren aufrecht erhalten worden iſt, er gibt unſerer Nordgrenze die Garantie eines neuen neutralen Staates, er ſichert dem König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, eine vollſtändige Unabhängigkeit. Nicht allein unterdrückt er die Urſache zu einem bevorſtehenden Conflikt, ſondern er gibt auch noch ein neues Unterpfand der Befeſtigung unſerer guten Beziehungen mit unſern Nachbarn und für den Frieden Europas. Die Regierung des Kaiſers meint, ſie müſſe ſich Glück wünſchen, das Ergebniß erzielt zu haben und gleichzeitig conſtatiren gekonnt zu haben, wie ſehr die Geſinnungen der Mächte uns gegenüber ſich billig und freundſchaftlich gezeigt haben. Sie hält es endlich für nützlich, dieſe Thatſache hervorzuheben, daß, vielleicht zum erſten Male, einer Conferenz, anſtatt einem Kriege zu folgen und ſich darauf zu beſchränken, ſeine Ergebniſſe zu ſanctioniren, dem Kriege vorzubeugen gelungen iſt und Europa die Wohlthat des Friedens zu bewahren. Es liegt darin ein werthvolles Zeichen neuer Tendenzen, welche mehr und mehr

in der Welt vorwalten, und über die alle Freunde des friedlichen Fortschrittes und der Civiliſation ſich freuen müſſen."

Suchten die offiziellen Organe in Paris die Entſcheidung der Conferenz in einem für Frankreich möglichſt günſtigen Licht zu zeigen, ſo fanden ſie darin nur Unterſtützung in den Organen der deutſchen Demokratie und des Ultramontanismus. Die unabhängige Preſſe in Paris ſah im Gegentheil jene Entſcheidung als eine Niederlage der franzöſiſchen Diplomatie an. Der Ankauf des Großherzogthums war annullirt, das Großherzogthum blieb im deutſchen Zollverein. Die Norddeutſche Allg. Zeitung bemerkte mit Recht: beide Theile hätten einander Conceſſionen gemacht, Preußen das Beſatzungsrecht der Feſtung, Frankreich den Ankauf des Landes aufgegeben.

Kein deutſches Dorf iſt an Frankreich abgetreten worden. Wegen des ohnehin ſtrittigen Beſatzungsrechtes in Luxemburg durfte Preußen keinen Krieg anfangen, denn es kann Trier, es kann einen andern Punkt in der Nähe befeſtigen. Die Hauptſache bleibt immer, daß ein Krieg zwiſchen Frankreich und Preußen, zwiſchen der romaniſchen und germaniſchen Race, eben ſo unvernünftig ſeyn würde, als es der zwiſchen Oeſterreich und Preußen (durch Oeſterreichs Schuld) geweſen war. Denn beide Theile konnten ihren Intereſſen nachkommen durch gegenſeitige Verſtändigung. Alle aber haben ein gemeinſchaftliches Intereſſe zu wahren gegenüber dem großen Slavenreich im Oſten.

Die Anregung der Luxemburger Frage hatte für Deutſchland noch den Werth, die ſchlaftrunknen Augen der öffentlichen Meinung in Deutſchland endlich einmal auf die niederländiſchen Grenzen hinzulenken. Gar viele Deutſche, ſelbſt große liberale Wortführer, hatten bisher an die Schmach, welche der deutſchen Sprache und Nationalität an jenen Grenzen widerfährt, niemals gedacht, in der größten Gleichgültigkeit gelebt. Jetzt endeckte man erſt wieder, daß es auch dort Deutſche gebe. Dieſe Deutſchen an den Grenzen unſeres Niederlandes haben

freilich ſelber verſäumt, durch Anſchluß an das deutſche Literaturgebiet die Sympathien ihrer Brüder im Oſten zu gewinnen. Warum nahmen ſie nicht die allgemeine deutſche Schriftſprache an, wie die Schweizer, deren Mundart von der hochdeutſchen nicht minder verſchieden iſt, als die vlämiſche? Indeſſen beginnen ſie jetzt mehr und mehr einzuſehen, was ſie verſäumt haben, und die Luxemburger Frage hat auch ſie aufgeregt.

Wenn auch Löwe im Abgeordnetenhauſe zu Berlin Recht hatte, zu ſagen: Die Einheit Deutſchlands ſey lange noch nicht fertig und die Haltung der ſüddeutſchen Kabinette desfalls noch keineswegs geſichert, ſo war es doch nicht klug von Frankreich, den unter den Deutſchen noch ſo tief ſchlummernden Nationalſtolz durch den luxemburgiſchen Kaufhandel zu wecken. Sogar die Vlämingen regten ſich. Die in Antwerpen beſtehende Geſellſchaft het neder-duitsche Bond verpflichtete ſich, nur deutſch zu ſprechen, ihre Kinder nur deutſch unterrichten zu laſſen und ſich im geſchäftlichen und Amtsverkehr nur der deutſchen Sprache zu bedienen.

Die Straßburger Studenten hatten den Berliner Studenten eine Adreſſe zugeſandt, worin ſie ihnen im Sinn der Pariſer Studenten die Freundeshand darboten. Die Berliner antworteten eben ſo friedlich. Großes Aufſehen erregte eine angeblich von den Berliner Studenten ausgegangene Adreſſe, welche gefälſcht war, aber anfangs für echt gehalten wurde, weil ſie den Elſäßern grobe Wahrheiten ſagte: ihr ſeyd gar keine Franzoſen, ihr ſeyd Deutſche! wenn ihr ma patrie! kräht, werdet ihr lächerlich. Euer Vaterland iſt Deutſchland, eure Sprache die deutſche! — Bei der Ausſtellung in Paris zeigten ſich einige Hundert freiwillige Jäger aus den Vogeſen, „echte deutſche Geſtalten, aber fanatiſirt für Frankreich und hier zur Schau geſtellt, um den Deutſchen zu zeigen, wie ergeben die Elſäßer Frankreich ſeyen.“ So ſteht alſo der Deutſche noch immer gegen Deutſchland Schildwacht.

Wir können dieſes Werk auf keine befriedigendere Weiſe ſchließen,

als indem wir hier noch die Friedensrede hervorheben, mit welcher der Kaiſer von Oeſterreich den wiederhergeſtellten Reichstag für die Kronländer dieſſeits der Leitha am 22. Mai zu Wien eröffnete. Kurz vorher war, wie bereits erzählt iſt, Ungarn pacificirt worden und blieb nur noch die Abgeneigtheit Croatiens, ſich mit Ungarn vereinigen zu laſſen, eine bedenkliche Hemmung völliger Ausgleichung. Am 15. Mai hob der Kaiſer das den proteſtantiſchen Ungarn ungenügend geweſene und von ihnen verworfene Proteſtantenpatent wieder auf. Der Kaiſer ſelbſt erklärte, ſofern er allen conſtitutionellen Forderungen der Ungarn nachgegeben habe, folge daraus von ſelbſt, daß er auch den übrigen Kronländern das gleiche Recht angedeihen laſſe. „Der Reichsrath, dafür bürgt mir ſeine erprobte Einſicht, wird nicht verkennen, wie die neue Ordnung der Dinge, indem ſie die verfaſſungsmäßigen Rechte und Freiheiten der ungariſchen Kronländer mit neuen unumſtößlichen Bürgſchaften umgibt, eine gleiche Sicherheit für die übrigen Länder im nothwendigen Gefolge haben muß. Wie mir der Gedanke fremd geblieben, die einzelnen Königreiche und Länder in den ihnen zuſtehenden Rechten ſchmälern zu wollen, iſt es auch meine Abſicht, denſelben im Wege der Vereinbarung mit dem Reichsrathe jede Erweiterung der Autonomie zu gewähren, die ihren Wünſchen entſpricht und welche ohne Gefährdung der Geſammtmonarchie zugeſtanden werden kann.“ Man kann nun allerdings ſagen, dieſe Nachgiebigkeit der Regierung nach allen Seiten hin offenbare ihre Schwäche und es werde eine unendlich ſchwierige Aufgabe für ſie ſeyn, die Anſprüche der Kronländer da zu befriedigen, wo ſie collidiren, z. B. die einander widerſprechenden Anſprüche der Ungarn und Croaten in der Reichshälfte jenſeits der Leitha, oder die der Czechen und Deutſchen in Böhmen.

Schon iſt des wilden Zornes gedacht worden, mit dem die Czechen die Entlaſſung des Miniſteriums Belcredi und die neuen Maßregeln der Regierung aufgenommen haben. Sie wandten ſogleich ihre Blicke

nach Rußland und beſchickten die Moskauer Ausſtellung. Wiener Blätter meldeten aus Petersburg vom 22. Mai, Doctor Rieger, der ſeines deutſchen Namens unwürdige Schwiegerſohn Palacky's, der enragirteſte Redner der Czechen, ſey nach St. Petersburg gegangen und habe dort bei einem „den ſlaviſchen Gäſten zu Ehren veranſtalteten Bankette" eine fulminante Rede gehalten, worin er verkündet habe, „die Sonne des Panſlavismus ſey aufgegangen, denn alle Slaven hätten ſich überzeugt, ſie müßten ſich gegenſeitig unterſtützen und zuſammenhalten. Die bisher zerſtreuten Glieder dieſes großen Volkskörpers hätten bisher einzeln mit ihren geſchworenen Feinden, den Deutſchen, Magyaren, Italienern und Tartarn zu kämpfen gehabt. Von nun an würden ſie vereinigt ſeyn, das größte der Völker, nicht nur an Zahl, ſondern auch an Thaten!" Hinter dieſen leeren Prahlereien verbarg ſich immerhin etwas Reelles, die Czechen ſtellten ſich nämlich dem ruſſiſchen Kaiſer zur Verfügung.

Das Sichaufdrängen der Czechen war zu plump, als daß die ruſſiſche Regierung ſie nicht hätte zurechtweiſen müſſen. Fürſt Gortſchakof bemerkte daher der Slavendeputation, als ſie ihm vorgeſtellt wurde: „Meine Nachfolger wahren die Intereſſen der Slaven eben ſo warm wie ich; der gaſtfreundliche Empfang des ruſſiſchen Volks macht die Einmiſchung der Regierung überflüſſig." Die Deputation bat ihn um eine Audienz beim Kaiſer, was er ablehnte, indem er ſie an den öſterreichiſchen Geſandten verwies, dem es allein zukomme, öſterreichiſche Unterthanen dem Kaiſer vorzuſtellen. Bei dem großen Bankett aber gab der ruſſiſche Unterrichtsminiſter Tolſtoy den verdutzten Czechen wieder einen angenehmen Troſt, indem er ihnen ſagte: „Sie ſind keine von Ihren Mitbürgern dem Herkommen gemäß gewählte Deputirte, Sie haben keine förmlichen Vollmachten. Auch wir ſind hier keine offiziellen Perſonen, ſondern Ruſſen, nordiſche und öſtliche Slaven, die Sie, die weſtlichen und ſüdlichen, begrüßen. In unſerer Verſammlung, in den Ausdrücken unſerer Sympathie, iſt nichts combinirtes,

ſind keine politiſchen Berechnungen. Wird dadurch die Bedeutung unſerer Sympathie verringert? Im Gegentheile, ſie wird vergrößert! Sie iſt nicht auf ſchwankende äußere Verhältniſſe, ſondern auf einen innern Bund zwiſchen uns gegründet, der in uns ſelbſt, in unſerer tauſendjährigen Geſchichte, in unſerer Sprache, in der gemeinſchaftlichen Idee der Slaven, in unſerm Herzen, Blute, in unſern ſlaviſchen Adern lebt. Hört, wie ein Slavenherz ſchlägt; ſchlägt ſo ein fremdländiſches? Welche Skeptik wird an der Dauerhaftigkeit dieſes Bundes, an der großen Zukunft, welche die Vorſehung dem Stamme der Slaven zugedacht, zweifeln?"

Der ruſſiſche Dichter Markovic ging noch weiter und ſagte: „Das Amſelfeld, (wo die ſlaviſchen Serben den Türken unterlagen) und der weiße Berg (bei Prag, wo Ziska ſeine Heldenthaten vollbrachte und ſpäter im dreißigjährigen Kriege die böhmiſche Partei von den Deutſchen die größte Niederlage erlitt) ſind noch nicht geſichert." (Das heißt, Böhmen iſt für die ſlaviſche Weltmonarchie noch nicht geſichert, die Deutſchen müſſen erſt herausgetrieben werden.)

Wenn man erwägt, wie lange ſchon dieſe Koketterie der Czechen mit Rußland im Gange war (man denke an die Methudfeier und an die ruſſiſchen Ordensverleihungen), und wie auch unter den Ruthenen im öſterreichiſchen Galizien ruſſiſche Agenten thätig waren (im Mai wurden mehrere ſolche verhaftet), ſo verſteht es ſich von ſelbſt, daß ſolche Vorgänge der öſterreichiſchen Regierung nicht gleichgültig bleiben konnten.

Ohne Zweifel mußten dieſelben zu der Einſicht führen, daß es für Oeſterreich räthlich ſey, den Groll gegen Preußen zu überwinden und ſich mit dieſer erſten deutſchen Macht wieder in gutes Vernehmen zu ſetzen, wenn ihrem gemeinſchaftlichen deutſchen Intereſſe vom ſlaviſchen Oſten her Gefahr drohen ſollte. Der Kaiſer erklärt in der Thronrede in Beziehung auf den letzten großen Krieg: „Werfen wir über die nahe Vergangenheit, die dem Reiche tiefe Wunden ſchlug,

den Schleier der Vergeſſenheit; beherzigen wir die von ihr hinterlaſſenen Lehren, aber ſchöpfen wir aus ihnen die Kraft und den Willen, dem Reiche Ruhe und Wohlfahrt nach Innen, Anſehen und Macht nach Außen wiederzugeben. Nicht der geheime Gedanke an Wiedervergeltung ſey es, der unſere Schritte leite; eine edlere Genugthuung ſey uns beſchieden. Wenn es uns immer mehr gelingt, durch das, was wir leiſten, was wir ſchaffen, Ungunſt und Feindſchaft in Achtung und Zuneigung zu verwandeln, dann werden Oeſterreichs Völker, welchem Stamm ſie angehören und welche Sprache ſie reden, ſich um das kaiſerliche Banner ſchaaren und dem Worte meines Ahnen vertrauen, daß Oeſterreich unter dem Schutze des Allmächtigen dauern und blühen werde bis in die ſpäteſte Zeit.“ Der gefeierte Fürſt Carlos Auersperg, „Whiglord und erſter Cavalier des Reichs,“ wurde Präſident des Herrenhauſes, der nicht minder gefeierte, freimüthige Bürgermeiſter von Brünn, Doctor Giskra, Präſident des Abgeordnetenhauſes, beides deutſch geſinnte Männer.

Wir wagen, das vorliegende Werk mit der Hoffnung zu ſchließen, ein Zuſammengehen Oeſterreichs mit Preußen gehöre trotz des blutigen Krieges und ſeiner Nachwehen doch nicht zu den Unmöglichkeiten. Wir haben früher ſchon oft wiederholt, daß dies unſer Programm immer vor dem Kriege war und noch nach dem Kriege geblieben iſt, und in dieſem wohlwollenden Sinne für Oeſterreich möge man auch den Tadel verſtehen, den wir ihm in dieſem Werke nicht geſpart haben.

Register.

A.

Abgeordnetentag, Deutſcher in Frankfurt a. M. I. Bd. S. 127. 178. 181.
Adel, der altruſſiſche II. 360.
Adolf, Herzog von Naſſau II. 46.
Aegypten II. 378.
Albert, Prinz von England I. 80. 288.
Albrecht, Erzherzog II. 77. 474.
Alexander II., Kaiſer von Rußland I. 149. 273 f. II. 359 f.
— von Heſſen I. 246. II. 38 f.
Alſen I. 151.
Altona, Verſammlung zu I. 194.
Alvensleben, General von II. 8. 11.
Andraſſy, Graf II. 145.
Arentsſchild, Graf v. II. 7.
Aſchaffenburg, Kampf bei II. 42.
Auersperg, Fürſt v. I. 58. II. 492.
Auſſee, Verſammlung in II. 111.
Ausſchuß, Sechsunddreißiger I. 127. 139. 178. 181.
Auxerre, Rede in I. 270.

B.

Baden vor dem Kriege I. 229.
— nach dem Kriege II. 275.
Badiſche Truppen im Mainfeldzuge II. 50.
Badiſche, Verrath der ſog. II. 53 f.
Bamberg, als bayriſches Hauptquartier II. 21.
Bayern vor dem Kriege I. 225.
—, geh. Vertrag mit Oeſterreich I. 246.
— im Kriege II. 6. 17 f.
— verwirft die preußiſchen Anträge II. 33.
— nach dem Kriege II. 239 f.
Bazaine in Mexiko I. 266. II. 418. 422. 423.
Becker, Oskar I. 97.
Belcredi, Graf I. 54. 422. II. 146.
Benedek I. 22. 199. 395. II. 477.
Benedetti I. 411. II. 69.
v. Bennigſen I. 83. 127. II. 304. 454.
Berlin, Siegesfeier in II. 180 f.
—, Vergrößerung der Stadt II. 189.
v. Beuſt, Miniſter in Sachſen I. 87. 143. 224. 321.
—, Miniſter in Oeſterreich II. 131. 138. 377.
Beyer, General II. 5.
Bismarck, Miniſterpräſident I. 104.
— ſein Kampf im Abgeordnetenhauſe I. 106.

Bismarck, ſeine Stellung zur Feudalpartei I. 162.
— fordert Virchow I. 166.
— Geſpräch mit dem Prinzen von Auguſtenburg I. 173.
— wird Graf I. 181.
— in Biarritz I. 192.
— Mordverſuch auf ihn I. 211.
— Reden am nordd. Reichstage II. 309 f.
— über die Luxemburger Frage II. 459.
v. Blankenburg II. 320.
Blind I. 211.
Blumenau, Gefecht bei I. 416.
Bobrinsky I. 280.
v. Bockum-Dolffs I. 110.
Böhmen ſ. Czechen.
—, Noth in während des Kriegs I. 391 f. 397 f.
— Gefahr für Deutſchland II. 153.
Bokhara II. 367.
Bonin I. 334.
Braun von Wiesbaden II. 307.
Brünn I. 412.
Bulgaren II. 372.
Bund, der deutſche I. 72.
Bundesbeſchluß vom 14. Juni gegen Preußen I. 243.
Bundestag dem deutſchen Nationalintereſſe feindſelig I. 4.
— aufgelöst und wiederhergeſtellt I. 12.
— flieht aus Frankfurt II. 46.
— endet in Augsburg II. 49.

C.

Celle, Aufruhr in II. 12.
Chambord, Graf v. II. 398.
Charlotte, Kaiſerin von Mexiko I. 264. II. 420.
Chaſſepot-Gewehre II. 468.
Chauvinismus I. 269. II. 391. 465.
Cialdini II. 94.
Clam-Gallas I. 325. II. 113.
Claſſen-Kappelmann I. 171.
Conſorteria I. 302.
Conſularweſen II. 233.
Couza I. 256.
Crenneville I. 311. II. 476.
Croatien I. 59. II. 489.
Cuſtozza II. 79.
Czechen I. 38. 58. 196. II. 127. 366. 490.

D.

Dänemark drangſalirt die Deutſchen in Schleswig-Holſtein I. 118 f.
— will ſie in den Einheitsſtaat zwingen I. 121.
— Thronwechſel I. 123.
— neuer Uebermuth I. 127.
— Krieg mit Deutſchland I. 137 f.
— Wiener Frieden I. 153.
— Anſpruch auf Nordſchleswig II. 222.
Dammers, Oberſt II. 11.
Deak I. 59. 60. 418.
Delegirtenprojekt I. 88.
Derby, Lord II. 382.
Dermbach, Gefecht bei II. 29.
Diäten im Reichstag II. 354.
v. Döring, Oberſt II. 8.
Dresden, Einzug d. Preußen in I. 321 f.
Dreyſe I. 316.
Drouyn de Lhuis II. 393.
Düppeler Schanzen I. 140 f.
Düſſeldorfer Bilder II. 243.
Duncker II. 323. 352.

E.

v. Edelsheim I. 229.
Eiderdänische Politik I. 121.
Encyclica I. 295.
England droht wegen Dänemark I. 128. 144.
— läßt Dänemark im Stich I. 146.
— läßt Frankreich in Mexiko im Stich. I. 261.
England's Toryministerium Derby II. 382.
Ernst, Herzog von Coburg II. 10.
Escobedo II. 424.
Eugenie, Kaiserin I. 250. II. 103.

F.

Februarforderungen Preußens I. 159.
Fellner II. 48.
Feniers II. 384.
Feudalpartei in Preußen I. 75.
v. Flies, General II. 8.
Florenz wird Residenz des Königs von Italien I. 301.
— Parlament in, II. 103.
Florisdorf I. 423.
Forey, Marschall I. 263.
Frankfurt a. M., preußenfeindlich I. 223.
— Einfluß auf das 8. Armeecorps II. 39.
— von den Preußen besetzt II. 44.
— annektirt II. 208.
Frankreich, Septembervertrag I. 53.
— Chauvinismus I. 269.
— Verhalten im dänischen Kriege I. 131. 152.
— — zum deutschen Kriege I. 263. 271.
— — zu Mexiko I. 259 f.
— — zu Venetien I. 408.
v. Fransecky, General I. 345. 416.
Franz Joseph s. Oesterreich.
— Rundreise durch Böhmen II. 131.
—, Attentat auf, in Prag II. 134.
Freiconservative Partei am Reichstag II. 306.
v. Freydorff, badischer Minister II. 275.
Friedensadressen in Frankreich II. 464.
Friedrich v. Augustenburg, Prätendent I. 123.
— — Brief an Napoleon III. I. 133.
— — wahrt sein Erbrecht I. 147.
— — unterstützt vom Bundestage I. 172.
— — Gespräch mit Bismarck I. 173.
— — Nebenregierung in Kiel I. 174.
— — entbindet seine Anhänger vom Eide II. 222.
— Großherzog von Baden I. 229.
— Franz, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin II. 50. 58.
— Karl, Prinz, im dänischen Kriege I. 135. 141. 150.
— — im böhmischen Kriege I. 317. 342. 353. 416.
— Wilhelm IV, König von Preußen I. 79 f. 95.
— — Kronprinz von Preußen I. 317. 346 f. 414. II. 185.
— Kurfürst von Hessen II. 5. 206.
Fürstentag in Frankfurt I. 26.

G.

v. Gablenz in Schleswig I. 135. 179.
— Flucht aus Holstein I. 240.
— im böhmischen Kriege I. 334. 388.

Galizien II. 369.
Garibaldi in England I. 131.
— wüthet gegen Frankreich I. 293.
— in Südtirol II. 81.
— Rundreisen II. 105.
v. Gasser, Bischof von Brixen, Hirtenbrief II. 119.
Gasteiner Vertrag I. 177.
Georg V., s. Hannover.
— in Hietzing II. 199.
Gersfeld II. 30.
Giskra I. 412. II. 492.
Gitschin, Kampf bei I. 328.
Gladstone, Lord II. 386.
Gondrecourt, Graf II. 113.
v. Göben, General II. 7. 29. 34. 36. 41. 47. 50.
Goluchowski II. 369.
Gothaer Partei I. 11.
Griechenland II. 372. 375.
Grünne, Graf I. 311.

H.

v. Hake I. 129. 136.
v. Halbhuber I. 179.
Hall, dänischer Minister I. 121.
Hamburg II. 233.
Hammelburg, Gefecht bei II. 34.
Hannover, Königreich I. 72. 216 f. II. 1. 10 f. 161. 195 f.
— Stadt II. 3.
Hansestädte I. 64. II. 230. 342.
v. Harbegg, General I. 247.
v. Hennikstein I. 310.
Herbst, Doctor I. 58.
Herrenhaus in Berlin I. 111.
Herwarth v. Bittenfeld I. 317. 345.
Hessen-Darmstadt, Großh. vor dem Kriege I. 228 f.
— — nach dem Kriege II. 271. 275.
Hietzing II. 199.
Hiller von Gärtringen I. 346.
Höfler, Prof. I. 59.
Hoffmann, Darmstädt. Bevollmächtigter am Reichstag II. 354.
Hohenlohe, Fürst II. 251.
Holland, undankbar gegen Deutschland II. 440.
Holstein, s. Schleswig.
Hühnerwasser, Gefecht bei I. 326.
Hünfeld II. 29.
Hundheim, Gefecht bei II. 50.

J.

Jachmann, Capitän I. 137.
Jesuitenhetze in Wien und Prag II. 117.
v. Jakobi, Major II. 8.
Johann, König von Sachsen, Flucht aus Dresden I. 321.
— — Rückkehr II. 227.
— — in Berlin II. 228.
Josephstadt I. 335.
Iserlinie I. 325.
Italien, von Frankreich unterstützt I. 15. 291.
— Krieg von 1859 I. 17.
— rüstet gegen Oesterreich I. 209.
— Schulden I. 299. II. 107.
— Bund mit Preußen II. 75.
— unglücklicher Krieg mit Oesterreich II. 78 f.
— Waffenstillstand II. 94.
— Schwenkung zu Frankreich hinüber II. 477.
Itzehoe I. 240.
Juarez I. 260. II. 419.

K.

Kabel, transatlantisches II. 383.

Kandia, Aufstand in I. 285. II. 372.
Karakasof II. 360.
Karl, Prinz von Bayern II. 6. 17.
Karl von Hohenzollern, Fürst von Rumänien I. 257. II. 371.
Kassel II. 5.
Katholicismus in Preußen II. 215.
Kaufmann, General I. 279.
Kieler Professoren I. 124.
Kissingen, Kampf bei II. 34. 250.
Klapka I. 417. II. 112.
Klopp, Hofrath II. 21.
Köln I. 170.
Königgrätz, Schlacht bei I. 338 f.
Königinhof I. 335.
Königstein, Festung II. 226.
Kokand II. 367.
Kopenhagen I. 137.
Kronsyndici, die preußischen I. 189.
Kugelspritze II. 466.
Küstenbefestigung, norddeutsche I. 120.
v. Kuhn, General II. 81.
Kurhessen I. 220. II. 3. 16. 17. 206.

L.

Lamarmora, II. 79.
Langensalza II. 8.
Lasker II. 317.
Lauenburg I. 180.
Laufach, Gefecht bei II. 42.
Lavalette II. 393.
Leboeuf II. 97.
Lerchenfeld, Graf I. 127.
Liberalismus, der deutsche I. 8.
Liebenau I. 326.
Lissa, Seeschlacht bei II. 83 f.
Litthauen I. 278.
Livland, Protestanten in I. 280.
Londoner Conferenz in der dänischen Frage I. 138. 142. 146.
Londoner Conferenz in der Luxemburger Frage II. 481 f.
Losberg, General II. 17.
Ludwig II. von Bayern I. 226.
— III. von Hessen-Darmstadt I. 228. II. 46. 274.
Luxemburger Frage II. 442 f.
— Verkauf II. 450.
— Vertrag II. 481.

M.

Mainz II. 17. 207. 272.
Mannheim II. 58.
Manteuffel, General I. 179. II. 4. 50.
Marie, Königin von Hannover II. 200.
Marine, preußische I. 137.
— deutsche II. 342.
Maximilian II. von Bayern I. 139.
— Kaiser von Mexiko I. 264. II. 422.
Mecklenburg II. 229.
Mensdorff-Pouilly, Minister I. 158. 205.
Metternichsche System, das, I. 3. 71.
Metternich, Fürst, in den Tuilerien I. 191.
Mexiko I. 259. 261. II. 418 f.
Meza, de I. 137.
Michael Obrenowitsch I. 258.
Moldau, s. Rumänien.
v. Moltke, General I. 317. 433. II 331.
Monroedoctrin I. 262.
Montebello, Herzog von II. 102.
Moskau, Ausstellung in II. 490.
Moustier, de, II. 393.
Müller, Siegmund I. 127.
Münchengrätz, Kampf bei I. 326.

v. Münchhausen II. 13. 308.
Murawiew I. 278.

N.

Nachod I. 332.
Napoleon III., seine Politik I. 249 f.
— große Ideen I. 255.
— auf der Ausstellung II. 430.
Nassau I. 221. II. 211.
Nationalbank in Wien II. 124.
National-Liberale II. 306.
— verein I. 83. 127. 187. II. 72.
Neidhardshausen, Gefecht bei II. 29.
Neipperg, F. M. L., Graf II. 43.
Neubrunn, Gefecht bei II. 52.
Niederlande I. 66. II. 439 f.
Nikolsburg I. 413.
Nordamerika I. 261. II. 370. 379.
Norddeutschland I. 62 f.
Norddeutsche Bund, der II. 291.
Nordschleswig I. 158. II. 221.

O.

Oesterreichs undeutsche Politik I. 5 f.
— innerer Verfall I. 31 f.
— Judenwirthschaft I. 43 f.
— schlechte Armeeverwaltung I. 50 f.
— Reichsverfassung sistirt I. 55.
— Begünstigung der Czechen und Ungarn I. 58.
— kurzes Bündniß mit Preußen gegen Dänemark I. 126.
— Wiener Frieden I. 153.
— Gasteiner Vertrag I. 177.
— Rüstungen gegen Preußen I. 198.
— unterstützt vom deutschen Bunde I. 240 f.
— Nordarmee I. 307 f.
— Niederlagen in Böhmen I. 325 f.
Oesterreich schenkt Venedig weg I. 408.
— die Preußen vor Wien I. 419.
— Friedenspräliminarien und Prager Frieden I. 427 f.
— Nachwehen nach dem Kriege II. 111.
— Begünstigung der Slaven II. 127.
— Ministerium Beust II. 131.
— Ungarns Trotz II. 136.
— Aufregung der Deutschösterreicher II. 139. 144.
— Berufung eines außerordentlichen Reichstags, der nicht zu Stande kommt II. 143.
— Dualismus, Theilung des Reichs diesseits und jenseits der Leitha II. 143.
— Mission im untern Donauthal II. 151.
— Heerwesen nach dem Kriege II. 474.
— Eröffnung des ordentlichen Reichstags in Wien II. 489.
Oldenburg I. 149. II. 221.
Olmütz I. 11. 414.
Ortega II. 419.
Oswieczin I. 331.

P.

Palmerston I. 288.
Panslavismus I. 39. II. 365.
Pardubitz I. 392.
Paris, Weltausstellung II. 425 f.
— Corruption in II. 434.
Parlament, das erste deutsche I. 9.
— -Reform, englische II. 386.
Pearl, Cora II. 435.
v. Pechmann II. 30.
Persano II. 82. 88.
Pesth I. 59. II. 136.

Pfordten, v. d. I. 226. II. 19. 32. 68. 69. 241. 252.
Pius IX. I. 295. II. 102.
Platen, Graf I. 216.
Podol I. 326.
Polen, letzte Revolution in I. 275 f.
— bestraft II. 362.
— in Sibirien II. 365.
— auf dem norddeutschen Reichstage II. 335.
Prag I. 59. 415.
— Friede zu II. 110.
v. Pratobevera II. 144.
Prerau I. 414.
Preußens Verdienst um Norddeutschland I. 68.
— Liberalismus in I. 73.
— Feudalpartei I. 75.
— die Krisis von 1848 in I. 81.
— Armeereorganisation I. 94.
— Fortschrittspartei I. 97 f.
— Ministerium Bismarck I. 104 f.
— im dänischen Kriege I. 137 f.
— Februarforderungen I. 159.
— Kampf mit dem Abgeordnetenhause I. 161 f.
— neuer Bundesreformantrag I. 201. 207.
— Krieg mit Oesterreich I. 313 f.
— Siege in Böhmen I. 331 f.
— Wiedereröffnung der Kammern II. 157.
— Mäßigkeit und Weisheit der Regierung II. 170 f.
— große Siegesfeier II. 180.
— Annectirungen II. 192 f.
Protestantengesetz I. 40.

Q.

v. Quaade I. 146.
Queretaro II. 424.

R.

Ratazzi II. 109. 477.
Rauscher, Cardinal II. 114.
Rechberg, Graf I. 29. 158.
Reformverein I. 83. 127.
Reichstag, der norddeutsche II. 300 f. 355.
Ricasoli II. 81. 94. 477.
Rieger I. 196. II. 490.
v. Roggenbach I. 229.
Rom II. 101 f. 363.
v. Roon I. 106. 109. 165. 317.
Rosenberg, General I. 415.
Rotolo II. 96.
Rouher, Minister I. 210. II. 410.
Rumänien I. 256. II. 371.
Rußlands Einfluß auf Deutschland I. 4.
— dänische Politik I. 12.
— Gottorp'sche Ansprüche I. 134. 149.
— Bauernemancipation I. 273.
— Verfahren in Polen I. 274 f.
— — in Livland I. 280 f.
— Eroberungen in Turkestan I. 284.
— orientalische Politik I. 286. II. 359 f.
Ruthenen in Galizien II. 369.

S.

Sachsen vor dem Kriege I. 199. 224. 321.
— nach dem Kriege II. 233.
Sächsische Truppen in Böhmen I. 345.
— — in Oesterreich II. 224.
Sadowa I. 344.
Scheel-Plessen II. 221.
Schlesien, Plan, es gegen Venedig auszutauschen I. 192. 203.

Schleswig-Holstein, drangsalirt von Dänemark I. 118 f.
— — der Protokollprinz I. 12 f. 123.
— — der Prätendent Friedrich, I. 123.
— — Bundesexecution I. 129.
— — Oesterreicher und Preußen rücken ein I. 136.
— — deren Siege I. 141 f.
— — Augustenburgische Nebenregierung I. 174. 195.
— — annectirt II. 220.
Schlitter I. 311.
v. Schmerling, Ministerium I. 21. 54.
Schultze-Delitzsch I. 85.
Schutz- und Trutzbündniß Süddeutschlands mit Preußen II. 70. 241.
Schweden I. 134. II. 222.
Septembervertrag I. 301.
Serbien I. 257. II. 152. 371.
Sicilien II. 95.
Simson II. 304.
Skalitz I. 333.
Solidad, Vertrag von I. 261.
Stade II. 4.
Stanley, Lord II. 382.
v. Steinmetz, General I. 332. 339. 341. II. 334.
v. Stockhausen, General II. 42.
v. Strauß I. 244.
Strikes II. 433.
Südbund, Project des II. 238.
Süddeutschland, Wendepunkt für II. 285.
Suezkanal II. 379.
v. Sybel I. 109. II. 310.
Szechenyi I. 22.

T.

v. d. Tann I. 225. II. 21. 27. 35. 249.
Taschkund II. 367.
Tauberbischofsheim II. 50.
Taufskirchen, Graf II. 472.
Tegetthoff, Viceadmiral II. 82.
Thiers II. 403 f.
Thun, Graf I. 58.
Thurn und Taxis, Fürst II. 27.
Tirol I. 41 f. II. 81.
Tobitschau, Gefecht bei I. 414.
Trautenau I. 334.
Trient II. 81.
Türkei, aufs neue von Rußland bedroht I. 285.
Turin, Aufruhr in I. 302.
Turnau I. 326.

U.

Ungarn, Concessionen für, ungenügend I. 21. 36.
— vom Kriege berührt I. 418.
— unerbittliche Forderungen II. 136.
— — — werden bewilligt II. 145.

V.

v. Varnbüler II. 69. 262.
Venedig, Einzug Victor Emanuels in II. 97.
Venetien, Plan, es gegen Schlesien auszutauschen I. 192. 203.
— von Oesterreich an Frankreich weggeworfen I. 408. II. 93.
Victor Emanuel, s. Italien.
— — Kriegserklärung II. 77.
— — in Turin I. 302.
— — in Venedig II. 97.
Victoria, Königin I. 288. II. 389.

Villafranca I. 18.
v. Vincke II. 170. 174. 176. 334.
v. Vivenot I. 336.
Vogel v. Falkenſtein II. 3. 16 f. 332.
Voigts-Retz II. 204.

W.

Wagener II. 170. 314. 333.
Waldeck II. 170. 328.
Walachei ſ. Rumänien.
Warſchau während der neuen polniſchen Revolution I. 276 f.
Weiden II. 58.
Welfiſche Umtriebe II. 199. 205.
Welcker II. 267.
Wenzels Krone I. 197.
Werbach, Gefecht bei II. 50.
Wien, Frieden von I. 153. 158.
—, die Preußen vor I. 419.
— Stadtrath von II. 116.
— Geiſt der Bevölkerung II. 121.
— Reichstag in II. 489.
Wilhelm I. von Preußen I. 95. II. 155 f.
Wilhelm I. von Preußen tritt perſönlich für ſeine Miniſter ein I. 111.
— — verſöhnliche Geſinnung vor dem Kriege I. 314.
— — reist ins Lager ab. I. 340.
— — in der Schlacht bei Königgrätz I. 380. 385.
— — in Brünn I. 412.
— — in Nikolsburg I. 413.
— — König von Württemberg I. 227. 246.
—, Prinz von Baden I. 247.
Wrangel, F.-M. I. 135.
Würzburg, Conferenz der Mittelſtaaten I. 87. 138.
— Die Preußen vor II. 56.
Württemberg I. 227. II. 261 f.
Württembergiſche Truppen II. 39. 50.

Z.

Zacatecas II. 424.
Zauber II. 249.
Zoller, General II. 27.
Zündnadelgewehre I. 315.

Berichtigungen.

Zum ersten Bande.

Seite 54 Linie 7 von oben l. Schmerling für das Innere am 27. Juni 1865 das Portefeuille niederlegen und am 27. Juli trat Graf Belcredi an seine Stelle und wurde ꝛc.
„ 56 L. 14 von unten l. übernahm der Handelsminister, Herr von Wüllerstorf, die Sorge für Geldanschaffung und brachte ꝛc.
„ 59 L. 4 v. u. statt am folgenden Tage l. zwei Tage später.
„ 87 L. 12 v. o. st. 15. September l. 15. October.
„ 90 L. 15 v. o. l. 28. October.

Zum zweiten Bande.

„ 50 L. 16 v. o. l. Großherzog.
„ 58 L. 13 v. o. l. Großherzog.
„ 154 L. 7 v. o. l. Karl IV.

Digitized by Google

Im Verlag von Adolph Krabbe in Stuttgart sind erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig oder durch dieselben zu beziehen:

Wolfgang Menzel:

Geschichte Europas

vom Beginn der französischen Revolution bis zum Wiener Congreß

(1789—1815).

Zweite verbesserte Auflage.

2 Bände. 8. (60 Bogen). Geh. 2 Rthlr. 12 Sgr. oder 4 fl. 12 kr. Rhein.

Geschichte der letzten 40 Jahre

(1816—1856).

Dritte verbesserte Auflage.

2 Bände. 8. (62 Bogen). Geh. 2 Rthlr. 12 Sgr. oder 4 fl. 12 kr. Rhein.

Geschichte der neuesten Zeit

(1856—1860).

Zugleich Supplementband zu der Geschichte der letzten 40 Jahre

8. Geheftet 1 Rthlr. oder 1 fl. 45 kr. Rhein.

Die letzten 120 Jahre der Weltgeschichte

(1740—1860).

6 Bände. 8. (188 Bogen). Geh. 5 Rthlr. 12 Sgr. oder 9 fl. Rhein.

Allgemeine Weltgeschichte

von Anfang bis jetzt.

Neu dargestellt.

12 Bände. 8. (360 Bogen). Geh. 10 Rthlr. 24 Sgr. oder 18 fl. Rhein.

Deutsche Dichtung

von der ältesten bis auf die neueste Zeit.

3 Bände gr. 8. (100 Bogen). Geh. 5 Rthlr. oder 8 fl. Rhein.

(Neueste deutsche Literaturgeschichte.)

Auch sind obige Werke elegant gebunden durch jede Buchhandlung zu beziehen.